This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Digitized by Google

Ger 260.1

HARVARD COLLEGE
LIBRARY

FROM THE FUND OF
CHARLES MINOT
CLASS OF 1828

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutschland und die große Politik anno 1901.

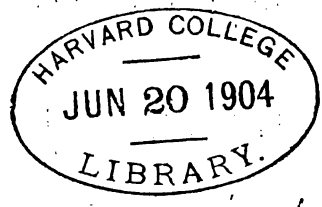
Von

Dr. Th. Schiemann,
Professor an der Universität Berlin.

Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1902.

Digitized by Google

Gr 260.1



Digitized by Google

Vorwort.

Die Uebersichten über „die äußere Politik der Woche", die hier unter dem Titel „Deutschland und die große Politik" veröffentlicht werden, sind ursprünglich in der Kreuzzeitung erschienen. Ihr Ziel war, allezeit das Interesse zu vertreten, das wir an den großen Problemen der Weltpolitik nehmen, und den Willen der Leser dahin zu richten, ein kraftvolles Eintreten der Regierung für dieses deutsche Interesse auch ihrerseits zu unterstützen und, wo nötig, hervorzurufen. Das Material zur Bildung des Urteils bot die sorgfältig verfolgte ausländische Presse, zumal die der großen Mächte, mit deren besonderen Bestrebungen, als mit Thatsachen, die deutsche Politik zu rechnen genötigt ist. Denn nur wer die berechtigten Ansprüche seiner Mitbewerber kennt und zu respektieren versteht, wird auch seinerseits Rücksicht und Anerkennung finden. Die Machtentwickelung der Nationen beruht auf den Kompromissen, die sie freiwillig oder gezwungen schließen, und es ist die Aufgabe der Diplomatie, in richtiger Schätzung der Machtverhältnisse und der in Frage stehenden Interessen in jedem einzelnen Fall zu den Mitteln zu greifen, die meist geeignet sind, um der nationalen Ehre und der historischen Mission gerecht zu werden, zu welcher die Vorsehung uns bestimmt hat. Der Kommentar, mit welchem wir den Gang unserer politischen Entwickelung begleiten, ist teils retrospektiv, teils greift er den kommenden Dingen voraus; er steht unter dem Einfluß der Stimmungen und Strömungen, die durch die Nation gehen, und wird mit ihnen irren. Den historischen Zusammenhang der Ereignisse erfassen, aus der Vergangenheit das Verständnis für die Gegenwart und für die Bedürfnisse der Zukunft finden und allezeit sich der Verantwortlichkeit bewußt sein, die an der vor der Oeffentlichkeit ausgesprochenen Willens- und Meinungsäußerung haftet, das ist wohl der Weg, der zu rechtem Urteil führt.

Digitized by Google

Gerade die den regelmäßigen von Woche zu Woche gehenden Betrachtungen vorausgeschickten Jahresübersichten werden dem Leser zeigen, wie unser politisches Urteil sich allmählich bildete. Nichts geht so leicht verloren wie die Erinnerung an die langsame Umformung unserer politischen Ueberzeugungen, an die Wandlung der Stimmungen und an die Ueberwindung politischer Irrtümer und Vorurteile. Wir stehen stets inmitten solcher Vorurteile, unter dem Bann von Schlagworten und Parteiinteressen, die dem Einzelnen kaum zum Bewußtsein gelangen. Daß diese Thatsache nicht vergessen wird, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir in unserer politischen Bildung vorwärts schreiten, und diese Erwägung zumal hat die Veröffentlichung dieser politischen Betrachtungen veranlaßt. Vielleicht wird sie noch durch eine andere Erwägung gerechtfertigt. Nicht nur das ist im politischen Leben von Wichtigkeit, was sich in der Form von Verträgen, von Krieg und Friedensschlüssen, von wirtschaftlichen und kolonialen Unternehmungen zu historischen Thatsachen umsetzt; auch gescheiterte Pläne, abgewehrte Anschläge, kurz das scheinbar nicht zur Wirklichkeit Gediehene hat seine sehr wesentliche Bedeutung. In dem steten Kampf, den das innere und äußere Leben der Nationen bedingt, in dem Ringen der nach Macht strebenden Parteien, Nationen, Rassen kehren die heute gescheiterten Pläne morgen wieder, und niemand wird mit Sicherheit vorhersagen können, welche Kräfte sich schließlich doch den Weg bahnen, der ihnen gestattet, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Wir haben in dem hinter uns liegenden Jahre fast ununterbrochen mit Elementen abzurechnen gehabt, die der Weltentwickelung neue Bahnen zu weisen bemüht waren. Es wäre Verblendung, sie zu übersehen, weil sie unterlegen sind. Deutschland geht heute auf aufsteigender Bahn, und wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß es dabei bleibt, aber selten hat es eine Zeit gegeben, in welcher wir mehr mit versteckter und offener Feindseligkeit zu rechnen gehabt hätten. Wenn jemals, so thut heute ein geschlossenes Zusammengehen aller Vaterlandsfreunde not. Denen, die gleichen Sinnes sind, die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu reichen, ist Ziel und Zweck dieses Buches.

Berlin im März 1902.

Theodor Schiemann.

Digitized by Google

1896.

I.

30. Dezember 1896.

Beim Rückblick auf das schwindende Jahr ist es weit leichter zu sagen, wie die politische Bewegung bei unseren Nachbarn vor sich gegangen ist, als zu bestimmen, wie sich der Gang der auswärtigen Politik Deutschlands weiter entwickelt hat. Im russischen auswärtigen Amte bestand und besteht wohl auch heute noch der gute Brauch, daß am Schluß jedes Jahres der Minister der auswärtigen Angelegenheiten dem Zaren eine Uebersicht über den Stand der einzelnen politischen Fragen vorlegt, gewissermaßen ein „Soll und Haben", das, von Jahr zu Jahr fortgeführt, ein ungemein klares Bild über Gang und Tendenz der russischen Politik giebt. Gewiß hat diese Praxis sehr wesentlich dazu beigetragen, der russischen Politik jenen Charakter der Stetigkeit zu geben, der sie auszeichnet und ein Moment ihrer Kraft ist. Die Notwendigkeit, sich die alten Zusammenhänge gegenwärtig zu halten, bedingt an sich eine Kontinuität, die leichter verloren gehen kann, als man anzunehmen geneigt ist, und giebt zugleich für die in der Hand des Herrschers ruhende letzte Entscheidung ein Korrektiv gegen die naheliegende Versuchung eines plötzlichen Richtungwechsels. Von solchen Berichten sind einige bekannt geworden, Martens hat sie für die Einleitungen zu seinem Recueil des traités benutzt, am bekanntesten ist wohl der Bericht, den Nesselrode dem Zaren Nikolaus I. zu seinem 25jährigen Regierungs-Jubiläum vorlegte, und den Heinrich von Treitschke im fünften Bande seiner deutschen Geschichte abgedruckt hat. In Preußen hat dieser Brauch nicht bestanden. Immediat-Berichte an den König, General-Berichte

Digitized by Google

der Gesandten an den fremden Höfen, die aus besonderem Anlaß eingefordert wurden, waren hier üblich und mögen ihren Zweck erfüllt haben. Wir halten aber die russische Praxis für die bessere, und seit geraumer Zeit ist es denn auch üblich geworden, daß die Presse von ihrer minder weit ausschauenden Warte aus und beeinflußt durch den verhüllenden und täuschenden Nebel ihres besonderen politischen Standpunktes, in Jahresübersichten die Legende vom scheidenden Jahre aufzubauen sich bemüht.

Auch wir haben seit Jahren eine ähnliche Arbeit zu leisten versucht, ohne uns zu verhehlen, daß die Aussicht gering ist, damit ein bleibendes Geschichtsbild zu schaffen. Solche Betrachtungen sind, aus der Feder des Publizisten, politische Stimmungsbilder, und als solche haben sie ihren Wert wohl auch für den künftigen Geschichtsschreiber unserer Epoche.

Ein Stimmungsbild also, und nicht mehr wollen wir mit unserem Rückblick auf das scheidende Jahr dem Leser bieten. Er mag prüfen, ob seine Stimmung der unsrigen entspricht, und wo wir divergieren, die Thatsachen zu Rate ziehen, die nunmehr hinter uns liegen. Ein merkwürdiges Zeichen dafür, wie langsam politische Entscheidungen sich entwickeln und wie wenig ein Jahr im Leben eines Volkes bedeutet, wenn es nicht gerade ein Jahr kritischer Entscheidung ist, wie etwa 1806, 1813, 1864, 1866 und 1870 es für uns waren, ist die Thatsache, daß wir die allgemeinen Bemerkungen, mit denen wir an dieser Stelle das neue Jahr 1896 einleiteten, heute dem scheidenden Jahre an die sinkende Stirn schreiben könnten. Im Januar 1895 hatten wir mit einem Rückblick auf die Aera Caprivi begonnen und daran den Ausdruck der Hoffnungen geknüpft, die sich uns mit dem Regime des Fürsten Hohenlohe verbanden. Wir schlossen mit den Worten: „Wir werden jede stolze und kraftvolle und selbstbewußte Politik Deutschlands unterstützen mit all unserm Vermögen. Und Kraft nach außen bedeutet Ansehen und Festigkeit im Innern."

Im Januar 1896 knüpften wir hier an und sagten: „Es wäre traurig, wenn wir aus dem letzten Satz den Rückschluß auf unsere auswärtige Politik im vergangenen Jahre machen wollten. Denn wohl nie seit 1890 ist die Zerfahrenheit, Unklarheit und Unsicherheit in unseren inneren Verhältnissen größer gewesen als jetzt. Die

Digitized by Google

Parteien ohne Zusammenhalt und ohne sichere Führung, die wirtschaftlichen Nöte die gleichen wie vorher, das soziale Problem, das die Begehrlichkeit der Sozialdemokratie und der enge Egoismus der großen Finanz zuspitzt, nicht um einen Schritt gedeihlicher Lösung näher gerückt. Im Reichstag keine sicheren Majoritäten, mit denen sich eine feste Politik führen ließe. Von einem „Ermannen" in diesem Sinne keine Spur, vielmehr das allgemeine Bekenntnis, daß die Führung nicht von unten, gewissermaßen aus der Volksseele hervorquellen könne, sondern von oben her uns gegeben werden müsse. Große und kleine Lärmprozesse, Zusammenbrüche rechts und links und dabei das widerliche Bestreben, für das Verschulden des einzelnen eine möglichst große Gesamtheit verantwortlich zu machen."

Wir wüßten wahrhaftig nicht, welches Wort von dieser Charakteristik wir jetzt, nachdem zwölf Monde hingegangen sind, zurückzunehmen hätten. Höchstens die wirtschaftliche Krisis hat sich gemindert dank einer leidlichen Ernte und auswärtigen Verhältnissen, an denen wir nun einmal einen Anteil haben, wir mögen wollen oder nicht. Die Hungersnot in Indien, die, beiläufig bemerkt, gerade jetzt in den nördlichen Provinzen und im Zentrum eine wahrhaft erschreckliche Ausdehnung gewonnen hat und Hunderttausenden das Leben kostet, bedingte ein Steigen der Preise auch bei uns und hat dadurch Katastrophen verhindert, die, wie man meinte, unmittelbar bevorstanden; es darf gehofft werden, daß der so gewonnene Aufschub nicht ungenutzt für die Sanierung der landwirtschaftlichen Kalamitäten hingehen wird. Im wesentlichen aber dauern die Klagen unserer Landwirte fort, ganz wie die Stimmung der Unzufriedenheit fortlebt, die an hundert Symptomen zu Tage tritt. Und doch fällt jedem Fremden, der durch Deutschland zieht, die Regsamkeit unserer Industrie, das Emporblühen unserer Städte, der Aufschwung unseres Handels auf. Nach wie vor sind unsere Bildungsanstalten bewunderte Muster für unsere Nachbarn, das Ansehen unserer Rechtspflege steht ungemindert da, und wenn es dem einzelnen im Gedränge einer stetig anwachsenden Bevölkerung schwer gemacht wird, seine besonderen Gaben zur Geltung zu bringen, es findet schließlich doch jeder seinen Platz. An die übertriebenen Plackereien eines Examenwesens, wie es nur in China übertroffen wird, haben wir uns nachgerade gewöhnt, und die Abgaben, über

Digitized by Google

die jedermann pflichtschuldig klagt, gehen schließlich bei uns pünktlicher ein, als sonst irgendwo in der Welt. Kurz, das alles mag wohl Anlaß geben zu Klagen, aber es erklärt nicht die allgemeine Depression unseres politischen Lebens. Und die läßt sich bei ehrlicher Betrachtung nicht wegleugnen.

Wir möchten die Lösung des Rätsels in der Thatsache finden, daß, seit dem Scheiden des Fürsten Bismarck aus seiner dominierenden Stellung, der Nation die ruhige Zuversicht verloren gegangen ist, mit der sie in allen Fragen, welche die auswärtige Politik des Reiches betrafen, auf die Zukunft blickte. Diese Zuversicht ist heute nicht vorhanden und wundern kann sich darüber niemand, der die Thatsache im Auge behält, daß wir während der Aera Caprivi mit unserer politischen Tradition brachen und durch die plötzliche Schwenkung nach der englischen Seite hin und durch die damit verbundene Preisgebung von Sansibar zugleich die Wendung herbeiführen halfen, welche Rußland und Frankreich zusammenbrachte. Dazu kam die heute wohl allseitig zugestandene Ungeschicklichkeit bei Abschluß der Handelsverträge, deren Detailbestimmungen, selbst wo die prinzipielle Notwendigkeit der Verträge nicht bestritten wurde, berechtigten Unwillen erregten. Es ist aber allezeit und überall so gewesen, daß eine unglücklich geführte auswärtige Politik ihren Rückschlag auf die Gesamtstimmung einer Nation ausübt. Zu fest stand in unserem politischen Katechismus der Satz, daß eine englische Bundesgenossenschaft die unsicherste aller Kombinationen ist und zu einer societas leonina führt, in welcher der Löwenanteil nicht den Genossen Englands zufällt. Der Verlust von Sansibar ist in Deutschland nicht verschmerzt worden, zumal sehr bald zu Tage trat, daß von den erhofften Vorteilen der großen Aktion nicht einer sich verwirklichte. Als nach einer Periode unsicheren Hin- und Herschwankens die Gärung einen bereits beängstigenden Charakter angenommen hatte, trat dann der Wechsel ein, der den Fürsten Hohenlohe ans Ruder führte. Gewiß unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen, denn es blieb nichts übrig, als den ganzen Weg wieder zurückzugehen, den der Graf Caprivi gegangen war. Nur ließ sich nicht ungeschehen machen, was geschehen war; Sansibar blieb verloren, in den Kolonien wollte der frische Unternehmungsgeist der ersten Periode nicht wieder

Digitized by Google

lebendig werden; die Nachwirkung der Handelsverträge, an die wir gebunden waren, blieb bestehen. Dagegen begann sich das Bestreben zu zeigen, nach der russischen Seite hin wieder festen Boden zu gewinnen. Die gemeinsame Aktion Deutschlands mit Rußland und Frankreich in Ostasien bedeutete eine Rückkehr zu früheren Anschauungen, und unsere Leser erinnern sich, daß wir die Wendung mit lautem Beifall begrüßt haben. Ebenso haben wir im Januar dieses Jahres die entschiedene Parteinahme für Transvaal und im August das Fernbleiben Kaiser Wilhelms von Cowes als erfreuliche Ereignisse eingehend zu kommentieren Gelegenheit gefunden. Alle diese Thatsachen zeigten, daß die deutsche Politik weit davon entfernt war, sich in den Dienst der englischen zu stellen, und auf ähnliche Erwägungen wird wohl unsere Haltung in der orientalischen und in der egyptischen Frage zurückzuführen sein. Sie haben das eine erfreuliche Resultat herbeigeführt, daß die entente franco-russe ihre Spitze weit mehr gegen England als gegen uns richtet, und daß zur Zeit vielleicht kein Wunsch in Petersburg lebendiger ist, als der, daß Deutschland mit dem vollen Gewicht seiner Macht die weiteren Aktionen der beiden befreundeten Staaten unterstützt. Wenn nur die Befürchtung nicht vorläge, daß in diesem Zusammengehen mit Rußland und Frankreich für Deutschland ein ähnliches Verhältnis sich herausbildet, wie es zur Zeit des Sansibar-Vertrages zu England bestand. Was wir in China erfahren haben, scheint wenigstens dafür zu sprechen. Wir sind die einzigen, die von der Aktion in Ostasien gar keinen Vorteil gehabt haben. Während Frankreich im Süden und Rußland im Norden Chinas Fuß gefaßt hat, während die Amerikaner eben jetzt das Privileg zum Bau einer Eisenbahn in Korea erlangt haben, die ihrem Einfluß eine bleibende Stätte bereitet, stehen wir mit unseren ausgedehnten Handelsinteressen, man kann wohl sagen, in der Luft, und bis zur Stunde ist nichts geschehen, uns Kohlenstation und befestigten Hafen zu erwerben, deren wir nun einmal nicht entbehren können. Wir wissen es wohl, daß es Kreise giebt, in welchen man über unser stetes Zurückkommen auf diesen einen Punkt sich lustig macht. Uns kommt es eher traurig vor, daß es nötig ist, diese Dinge zu wiederholen, denn es ist eines großen Staates unwürdig, seine Kräfte so zu verwenden, daß sie kein greifbares Resultat er-

Digitized by Google

zielen. Wie wir denn mit möglichstem Nachdruck den Satz wiederholen möchten, daß nichts in der gegenwärtigen Weltlage uns nötigt, auf eine aktive, unsere vitalen Interessen entschlossen verfolgende Politik zu verzichten. Ein rascher Blick auf die Gesamtheit der europäischen Lage wird diese These bestätigen.

Stellen wir zunächst das Soll und Haben der übrigen europäischen Großmächte fest.

Rußland hat durch den während der Krönungsfeierlichkeiten mit China abgeschlossenen Eisenbahn-Vertrag sich die Mandschurei eröffnet und den Zugang zu den besten eisfreien, nordchinesischen Häfen für seine Kriegsflotte gewonnen, während sein Landhandel ungehindert den Weg in das Innere Chinas findet. Es hat zweitens auf der Balkanhalbinsel seinen Einfluß in Bulgarien voll wiederhergestellt, in Serbien und in Montenegro die alte Stellung behauptet, in Konstantinopel die Leitung so ganz in seine Hände genommen, daß der Sultan bereits in der Stellung eines halben Vasallen Rußland gegenüber sich befindet.

Es hat drittens in Abessinien einen wertvollen Bundesfreund am Roten Meere gewonnen und scheint im Begriff zu sein, eben dort durch Erwerbung einer Kohlenstation sich den kürzesten Seeweg nach Ostasien zu sichern. Denn daß die egyptische Politik Rußlands als letztes Ziel den Suezkanal ins Auge gefaßt hat, kann kaum noch bestritten werden. Alle diese Erfolge aber sind errungen worden, ohne daß Rußland eine Kanone gelöst oder ein Armeekorps mobilisiert hätte; durch eine zähe Politik und durch Demonstrationen, die aller Welt imponiert haben, gefördert zumeist durch das Ausspielen des französischen Trumpfes, den es als Spielkarte stets in der Hand hält.

Wie das Verhältnis der realen Macht Rußlands zu diesen wahrhaft ungeheueren Erfolgen ist, haben wir noch vor 14 Tagen an dieser Stelle ausgeführt. Unserer Meinung nach kann dieser ganze gewaltige Bau eine ernste Krisis nicht überdauern.

Richten wir den Blick auf Frankreich, so ist der greifbare Erfolg der französischen Politik zwar geringer, aber immer noch sehr groß. Vor allem, Frankreich hat ganz Madagaskar erworben, es hat sich seine tunesische Stellung weiter gefestigt, es ist von Algier aus tiefer nach Süden und von Tonking aus höher nach

Digitized by Google

Norden vorgedrungen, und das alles sind lauter sehr reale Vorteile. Nicht erfüllt ist ihm der Wunsch, die Engländer aus Egypten hinaus zu diplomatisieren — das läßt sich nur durch einen Krieg erreichen — und nicht erfüllt ist ihm der Wunsch nach Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen. Die letztere Utopie ist vielmehr heute in weitere Ferne gerückt als je vorher, denn trotz der ungeheueren Begeisterung, die der Zarenbesuch in Paris hervorgerufen hat, zweifelt heute kein verständiger Franzose mehr daran, daß Rußland für einen Revanchekrieg als Bundesgenosse nicht zu haben ist. Auch weisen viele Anzeichen darauf hin, daß die politische Begeisterung Frankreichs für Rußland eine Krisis durchmacht. Der „Figaro" hat einen Artikel gebracht, der lebhaft an jenen „alliance ou flirt"-Artikel erinnert, der vor einigen Jahren so viel Lärm machte, nur daß er im Ton fast noch schärfer ist. Auch hat der „Standard", dem die russisch-französische Freundschaft, wie begreiflich, ganz besonders verhaßt ist, sich des dankbaren Stoffes zu einem wahrhaft fulminanten Leitartikel bemächtigt, um nachzuweisen, daß die Franzosen von den Russen doch nur genasführt würden.

Von großen Folgen werden diese Zeitungsstimmen natürlich nicht sein, sie haben vorläufig nur die Bedeutung von Symptomen, und wir wollen uns begnügen, festzustellen, daß die „Nowoje Wremja" in einem offiziösen entrefilet dem Boulevardblatt einen scharfen Verweis erteilt hat, den dieses dann, wie sichs gebührt, ruhig eingesteckt hat. Was sollte es auch sonst thun? Schließlich haben die Franzosen doch allen Grund, mit ihrem Jahresabschluß zufrieden zu sein. Es sind große und, wie wir meinen, bleibende Erwerbungen, die sie gewonnen haben.

Die englische Schlußrechnung ist weniger ungünstig, als es scheinen mag. England hat unzweifelhaft eine Reihe diplomatischer Mißerfolge erlitten, und das ungeheuere Geschrei, welches die englisch redende Welt darüber erhob, hat dahin geführt, daß die faktische Bedeutung dieser Niederlagen überschätzt worden ist. Im Grunde sind es doch nur zwei mißlungene Raubzüge, in Transvaal und in Venezuela, im übrigen haben die Engländer zwar an Achtung, nicht aber an Umfang eingebüßt, vielmehr in Afrika und in Südasien ihr Reich nicht unbeträchtlich erweitert. Egypten ist behauptet worden, durch den Feldzug nach Dongola die englische Einflußsphäre

Digitized by Google

auf diesem Boden ausgedehnt und gestärkt, im Persischen Meer endlich ein neuer Punkt erworben worden, der die Straße von Ormuzd und damit den Ausgangspunkt der künftigen Euphrat-Tigrisbahn neu befestigt. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist nach dem Dollarkriege wieder das des gegenseitigen Respekts geworden, die englische Flotte noch immer die stärkste der Welt. Die moralische Niederlage, welche England in der armenischen Frage erlitten hat, scheint bereits verschmerzt, so daß auch hier die Jahresbilanz nicht ungünstig ist, wenn auch der Ausblick in die Zukunft immerhin ein sorgenvoller sein mag.

Fast könnte man schwanken, ob Spanien überhaupt zu erwähnen ist, wenn wir von den Großmächten reden. Der Niedergang ist unverkennbar, und daß man ihn in Spanien selbst nicht wahr haben will, ist dabei vielleicht das schlimmste Symptom.

Mit einem Minus hat Italien abgeschlossen. Erythrea, an das sich so hochfliegende Pläne knüpften, ist zu einer bescheidenen Ackerbaukolonie zusammengeschrumpft, die geflissentliche Annäherung an Frankreich und Rußland aber bedeutet eine Wendung der italienischen Politik, die nur durch den noch aufrecht erhaltenen Zusammenhang mit den Mächten des Dreibundes ihr Gegengewicht findet, uns aber vom italienischen Standpunkte aus nicht unbedenklich erscheint. Auch hier hat die tiefe Enttäuschung, die Italien an der englischen Freundschaft erlebt hat, wesentlich zu dem Frontwechsel beigetragen.

Bleibt Oesterreich-Ungarn. Hier möchten wir uns auf die Bemerkung beschränken, daß jede Steigerung des russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel eine Minderung des österreichischen bedeutet. Es war sicher ein Fehler, dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien die Thür zur Hofburg zu schließen, nachdem er den Uebertritt seines Sohnes zur griechischen Kirche vollzogen hatte. Nicht politische Erwägungen, sondern Bedenken des Beichtstuhls scheinen dabei den Ausschlag gegeben zu haben. Nun haben wir keinerlei Anlaß, dem Fürsten Ferdinand irgend welche Sympathien entgegenzutragen, und der Stambulow-Prozeß, der sich jetzt in Sofia abspielt, hat das etwa vorhandene Minimum nicht gesteigert; für Oesterreich-Ungarn aber sind politisch gute Beziehungen zu Bulgarien eine Notwendigkeit, und Notwendigkeiten müssen über Abneigungen hinweghelfen. Auch läßt sich seither eine Steigerung der pan-

Digitized by Google

slavischen und griechisch-orthodoxen Propaganda nicht nur auf der Balkanhalbinsel, sondern in die slavischen Gebietsteile der habsburgischen Monarchie hinein verfolgen. Die orientalische Krisis aber ist für Oesterreich-Ungarn noch bedeutsamer als für England und Frankreich, so daß es wohl verständlich ist, wenn alle Aufmerksamkeit der Wiener und Pester Politiker nach dieser Seite gerichtet ist. Sehen wir von der neugefestigten Freundschaft zu Rumänien ab, so ergiebt sich uns als Facit ein Beharren auf dem bisherigen Standpunkte, nur daß die Lage heute weniger gesichert scheint als vor Jahresfrist.

Das Resultat dieser Abwägung dürfte wohl sein, daß bei Rußland und Frankreich sehr reale Gewinnposten, bei England ein, wenn auch geringes, Plus, bei Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein Stillstand, bei Spanien und Italien ein Rückschritt in der Machtstellung zu konstatieren ist. Oder anders gruppiert, der Dreibund ist schwächer geworden, die französisch-russische Kombination stärker, England trotz äußerer Zunahme in seiner Stellung gefährdeter, als es im Dezember 1895 der Fall war. Endlich hat die gegen Europa gerichtete wirtschaftliche und politische Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sich gesteigert und in Ostasien ein Mitspielen Amerikas begonnen, das voraussichtlich von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnen wird. So ist die allgemeine Lage unendlich verwickelt; das orientalische Problem in Europa, Asien und Afrika, und die Frage, ob die englischen Hoffnungen auf ein Auseinandergehen der russisch-französischen Verbindung sich verwirklichen werden, das sind die Hauptsachen, die der Entscheidung harren. Nun verstehen wir es wohl, wenn diesen orientalischen Problemen, sowie allem gegenüber, was mit der russisch-französischen Kombination zusammenhängt, Deutschland eine abwartende und beobachtende Haltung einnimmt: die Dinge sind noch nicht reif, und der Augenblick wird immer noch früh genug kommen, um Farbe zu bekennen und unsere Interessen zu wahren.

Was wir aber nicht verstehen, ist, daß unsere auswärtige Politik auch auf kolonialem Gebiet und in Ostasien absolut feiert. Die unerquickliche Lage in Samoa ist um nichts besser geworden, in Afrika ist unser Reich nicht gewachsen, in Ostasien sind wir

Digitized by Google

obdachlos. Gerade weil wir unsere Kräfte geschlossen zusammenhalten und nirgends engagiert sind, ist es Pflicht, an diesen Punkten anzusetzen. Dabei bleiben wir, und darauf werden wir auch in Zukunft dringen. Was in Transvaal geschehen ist, entspricht keineswegs den Erwartungen, die mit Recht an das Kaiserliche Januar-Telegramm geknüpft wurden, die Ehren, mit denen Li-Hung-Tschang bei uns empfangen wurde, haben sich als ein offenbarer Mißgriff erwiesen, die Gelegenheit, die sich bot, durch Gewährung militärischer Instruktoren sich ein großes Verdienst um China zu erwerben, ist nicht benutzt worden, unsere Flotte hat bei den mancherlei Anlässen, die gegeben waren, an keiner Stelle ihre stolzen Wimpel gezeigt. Eine große Macht muß sich durch ihre Anwesenheit kund thun und zur Geltung bringen, und nichts kann uns mehr schaden, als der Glaube, daß wir entschlossen sind, überall recht bescheiden aufzutreten.

Und so schließen wir mit dem Wunsche, daß im kommenden Jahre die Welt von uns mehr höre als Anno 1896. Es soll uns nicht grämen, wenn man unsere Politik dann für weniger tugendhaft hält, als heute die allgemeine Meinung ist.

Digitized by Google

1896.

II.

6. Januar 1897.

Am Schluß des alten Jahres haben wir versucht festzustellen, welches das Facit war, das die Politik der europäischen Großmächte erzielt hat, und wie die Weltlage in ihrer Gesamtheit und für jede der führenden Nationen im einzelnen sich gestaltet hat. Das so gewonnene Bild bliebe unvollendet, wenn wir nicht noch einen Blick auf die politischen Strömungen werfen wollten, die das innere, intime Leben dieser Mächte beherrscht haben, die charakteristischen Erscheinungen, die voraussichtlich nicht ohne Rückwirkung auf den Gang der großen Politik bleiben werden. Sind sie auch nicht leicht zu fassen, und führt gerade die „öffentliche Meinung" in ihrem selbstzufriedenen Unfehlbarkeitsdünkel leicht irre, so meinen wir doch, die Hauptströmungen zu erkennen, welche die Empfindungen und den Willen unserer Vettern, Freunde, Brüder, oder wie man sie sonst nennen will, unter den Völkern beherrschen. So richten wir den Blick zunächst auf England. Wir schicken dabei voraus, daß wir zwar entschlossene Gegner der englischen Politik von gestern und heute sind, es aber keineswegs billigen können, wenn dieser Gegensatz allmählich zu einem Haß von Nation zu Nation anzuwachsen droht. England ist durch sein Blut, den Gang seiner Bildung, die allgemeine Richtung seines religiösen Lebens wie durch seine Kulturbestrebungen immer noch die uns nächstverwandte Nation. Sogar eine Gemeinsamkeit der Interessen wäre bald gefunden, wenn England sich davon überzeugen könnte, daß die Zeiten endgültig vorüber sind, in denen es möglich war, über den Kopf Deutschlands hinweg in aller Welt zu walten und zu schalten, als sei der orbis terrarum bestimmt, dereinst angelsächsisch zu werden. England ist heute immer

Digitized by Google

noch derjenige Staat, der sich am wenigsten in die Thatsache eingelebt hat, daß Deutschland seit 1870 die stärkste politische Gewalt des Kontinents darstellt und entsprechende Rücksicht verlangt und zur Not erzwingen kann. Der ungeheuere Aufschwung, den unser Handel genommen hat, rief in England die allerhäßlichste Form nationalen Gegensatzes zu uns hervor, die des Geschäftsneides, und zur Zeit ist dieses Gefühl wohl dasjenige, das die großen Massen der geschäftigen Engländer — und wer ist dort nicht Geschäftsmann — zu allermeist beherrscht. Seit Jahren schon haben wir die lächerliche Agitation gegen die „made in Germany" Industrien verfolgt, die in ihrem Effekt nur als eine Reklame für unsere heimische Industrie gewirkt hat. Ebensolange haben wir den Weheruf über die Konkurrenz erklingen hören, welche der deutsche Handel allerorten dem britischen macht, und vollends giftig ist der Konkurrenzneid geworden, seit wir auf afrikanischem Boden uns ein eigenes Kolonialreich begründeten. Wir sind keinen Schritt vorwärts gegangen, ohne auf einen englischen Protest zu stoßen, und wenn wir darüber nicht gestolpert sind, so lag es eben nur daran, daß wir auf festen Füßen standen. Nun läßt sich nicht verkennen, daß diese Politik, die ihren empörendsten Ausdruck in dem Taumel fand, den das Telegramm Kaiser Wilhelms an den Präsidenten Krüger hervorrief, England in eine politische Sackgasse hineinführen muß, aus der es keinen Ausweg giebt. Denn Deutschlands Weltstellung entwickelt sich trotz England stetig weiter, und wir meinen, daß mit etwas mehr Rücksichtslosigkeit wir noch ein gut Stück weiter hätten kommen müssen; vitale Interessengegensätze zwischen England und uns giebt es aber nicht, sobald England sich in die einmal feststehende Thatsache findet, daß Deutschland nur deutsche und nie englische Politik machen kann. Der Gegensatz ist mehr ein künstlicher und müßte schon vor der nüchternen Betrachtung schwinden, daß England kein Interesse haben kann, sich zu zwei Feinden, Rußland und Frankreich, noch einen dritten zu erwerben. Die zahlreichen Versuche, die von London aus gemacht worden sind, um einen Kompromiß mit Russen und Franzosen zu finden, sind alle gescheitert und mußten scheitern, weil weder die einen noch die anderen aufgeben können, was sie in Händen haben: die Engländer nicht Egypten und Indien, Suezkanal und Rotes Meer, die Russen nicht Ostasien und den Schlüssel

Digitized by Google

zu Bosporus und Dardanellen, die Franzosen nicht ihre Stellung in Afrika und, was wohl noch wichtiger ist, nicht ihren Vorposten in Hinterindien. Stanley hat sich kürzlich in Paris über diese englisch-französischen Differenzen ausgelassen und dabei die egyptische Frage etwas leichtfertig abgethan, um so nachdrücklicher aber betont, daß ein Vordringen Frankreichs nach Siam hin mit Notwendigkeit zu einem Bruch führen müsse. Auch wir legen dieser noch schlummernden Frage die allergrößte Bedeutung bei und glauben nicht, daß Frankreich sich einem weiteren Vordringen nach Westen wird entziehen können. Die nationalen und geographischen Verhältnisse bedingen ein solches Vorgehen, das zudem so sehr im russischen Interesse liegt, daß die Petersburger Diplomatie gewiß nichts thun wird, um es zu verhindern. Nimmt man hinzu, daß eben jetzt ein heißblütiger Durchgänger, wie Mr. Doumer, als französischer Gouverneur — man könnte fast sagen als unumschränkter Vizekönig — in die Indo-Chine geht, so liegt die Vermutung nahe, daß Verwickelungen an dieser Stelle nicht lange ausbleiben werden. Steht es nun in Deutschlands Macht, den Engländern ihre egyptische Stellung unhaltbar zu machen, sobald es sich rückhaltlos der auf diesem Boden verfolgten Politik der Russen und Franzosen anschließt, so scheint sich daraus doch zu ergeben, daß England allen Grund hat, uns gegenüber die Politik des Neides fahren zu lassen, die es bis zur Stunde nörgelnd und bohrend einhält. Die englischen Flottenpläne, die bisher dahin gingen, eine Flotte zu bauen, die den beiden größten Flotten der Kontinentalmächte gewachsen sein sollte, haben sich jetzt dahin ausgedehnt, daß die künftige englische Kriegsflotte stärker sein soll als die von Rußland, Frankreich und einer dritten Macht, unter welcher ohne Zweifel Deutschland zu verstehen ist. Wie ungesund eine Politik ist, die zu solchen Mitteln greifen muß, um einer Gegnerschaft vorzubauen, die künstlich erzwungen worden ist, liegt auf der Hand, aber selbst wenn England mit den ihm sicher vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln diese ungeheure Rüstung zur See rechtzeitig vollenden sollte — was weniger sicher ist — bleibt die ungeheure Schwierigkeit, eine solche Flotte mit Offizieren und Matrosen zu bemannen. Das Matrosenmaterial Englands ist das alte nicht mehr, und der Ersatz, den die Handelsmarine bisher bot, wird immer weniger zulänglich, seit aus Sparsamkeitsgründen

Digitized by Google

die englischen Kauffahrer sich Kulis zu Matrosen dingen. Es scheint sich in der englischen Kriegsmarine eine Entwickelung vorzubereiten, die in der englischen Armee bereits weite Ausdehnung gefunden hat: an die Stelle der Pflicht tritt der Sport, der sich dem Staat zu Diensten stellt, solange es ihm, dem Sportsman, behagt. Aber selbst in bester und reichlichster Vertretung vermag die Leistung von freiwilligen Liebhabern des Krieges zu Wasser oder zu Lande nie an Zahl und Qualität zu ersetzen, was die allgemeine Wehrpflicht leistet. So liegt, sobald man das Problem tiefer faßt, zwischen uns und England die Unfähigkeit der Briten, sich zu den Opfern zu verstehen, welche die allgemeine Wehrpflicht vom einzelnen verlangt. England ist nicht mächtig genug, um in der gegenwärtigen Weltlage einen Bundesgenossen für uns abzugeben, und zwar sowohl politisch wie militärisch nicht mächtig genug. Denn solange England keine bindenden Verträge abzuschließen vermag, läßt sich mit ihm auch keine gemeinsame Aktion angreifen. Es liegt ja immer die Möglichkeit vor, daß ein Majoritätsbeschluß des Parlaments alle noch so fest fundierten Vereinbarungen zu nichte macht. Kurz, das alles giebt ein trübes Gesamtbild, das aller Wahrscheinlichkeit nach dahin führen wird, daß England in seiner isolierten Stellung verbleibt, nicht gleich stark, wie 1896, sondern gemindert durch die Lockerung seines halben Bundesverhältnisses zu Italien. Endlich spielen hier noch die inneren Verhältnisse mit. Deutet zur Zeit auch noch nichts darauf hin, daß Lord Salisbury seine Stellung nicht wird behaupten können, so ist ihm in der irischen Steuerfrage doch eine sehr bedenkliche Opposition erwachsen. Zum erstenmal tritt ganz Irland ohne Unterschied der Rasse, der Partei, oder der Konfession als eine Einheit auf, um nicht nur eine Herabsetzung seiner Staatslasten um gegen 30 Prozent zu verlangen, sondern mit dem Anspruch auf Rückzahlung von 100000000 Pfund Sterling, und zunächst scheint sich nicht die geringste Aussicht auf eine Verständigung zu bieten. Nehmen wir dann noch die steigende Macht des englischen Radikalismus, das mächtige Anwachsen der Arbeiterbewegung hinzu, so bietet das alles in seiner Kombination eine wenig erfreuliche Perspektive für die Zukunft.

In dem inneren und äußeren Leben Frankreichs stoßen wir gleichfalls auf eine Reihe sehr beachtungswerter Erscheinungen. Haben

Digitized by Google

zur Zeit die gemäßigten Republikaner das Heft in Händen, so scheint das gestürzte Ministerium Bourgeois mit den hinter ihm stehenden radikalen Sozialisten keineswegs auf die Hoffnung verzichtet zu haben, sich seine Stellung zurückzuerobern. Mit der Sendung Doumers nach Cochin-China ist aber nur ein Hauptschreier, nicht der eigentliche Führer der Partei, beseitigt. Sie wartet ihrer Stunde und scheint ein einflußreiches Element in den Pfarrern zu gewinnen, die entschieden Miene machen, sich der Leitung der Bischöfe zu entziehen, die mit der herrschenden Richtung paktiert haben. Die sehr beachtenswerten „kirchenpolitischen Briefe" von „Spectator" in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" geben dafür die merkwürdigsten Belege. „Man hat" — schreibt Spectator — „die alte gallikanische Kirche umgebracht; sie hatte ihre Einseitigkeiten und ihre Fehler, aber, was man ihr auch vorzuwerfen hat, sie war eine Person von großer Hoheit und imponierendem Geist. In die toten Formen hat der Ultramontanismus sich vergebens bemüht, neuen Geist einzugießen. Man kann nicht geben, was man nicht hat. Der zersetzende und negative Esprit eines Louis Veuillot konnte auf die Dauer so wenig wie die süßliche Devotion effeminierter „Geistesmänner" die Nation mit Inhalt erfüllen. Ihr junger Klerus zieht die Konsequenzen dessen, was man ihm jahrzehntelang gepredigt, und wird zusehends unbequemer. Noch steuert das stolze Schiff der französischen Kirche anscheinend majestätisch über die Fluten dahin, aber in seinen Fugen kracht es bedenklich. Es ist ein unheimlicher Geist, der unter den 600 Genossen des Abbé Lemire und seiner Freunde umgeht. Nicht der Geist, welcher den französischen Klerus in den Tagen der Pascal, Nicole und Duget erfüllte und mit einer die Welt abstoßenden Strenge, aber auch mit Ernst, Würde und Wissen ausstattete. Das Gespenst, das hier umgeht, ist der Geist Lamennais. Man hat den „liberalen Katholizismus" der vierziger und fünfziger Jahre abgethan, aber man hat auf seinen Vater, und zwar auf die letzten Jahre vor dessen Ausgang, zurückgegriffen. Gewiß, von einem Bruch ist zur Stunde durchaus keine Rede. Aber ich kann mir nicht helfen: sehe ich diese demokratischen Abbés an mir vorbeihuschen, so ist mir, als begegnete ich Physiognomien, die uns aus der „Galérie de la grande révolutionnaire" bekannt sind. Trägt nicht der eine die Züge jenes Abbés, der mit seiner: „Qu'est ce que le tiers

Digitized by Google

état?“ im Januar 1789 die Nationalversammlung einleitete, und konnte der andere nicht schon bei der Redaktion der „Constitution civile du clergé“ mitgearbeitet haben?“

Es weisen aber noch andere Merkmale auf eine werdende Wandlung der Geister nach der radikalen Seite hin. Die Ungeduld der Franzosen, die nach den Früchten der alliance Franco-Russe verlangt, ist durch den Zarenbesuch nur gesteigert worden, und wenn Hanotaux sich bis heute behauptet hat, dankt er es nur der Thatsache, daß in elfter Stunde Rußland sich entschloß, den französischen Finanzreformplänen in der Türkei — sehr widerwillig — beizutreten. Mit der egyptischen Frage in ihrer heutigen Gestalt aber vermag niemand in Frankreich sich zu befreunden, und daneben beginnen die Franzosen um die schönen Milliarden zu sorgen, die in Rußland so liebenswürdig aufgenommen worden sind. Man beschäftigt sich in Paris sehr eifrig mit der Lage der russischen Finanzen und mit den großen Plänen Wittes und jedenfalls nicht in einem Sinne, der in Petersburg Freude erregen könnte. Der „Figaro“, der stets ein feines Gefühl für kommende Windrichtungen gehabt hat, setzt seine Angriffe auf Rußland unentwegt fort und hat sich soeben deshalb einen neuen Verweis von der „Nowoje Wremja“ zugezogen; besonders bedeutsam aber scheint uns die Thatsache, daß die sozialistischen Schlagworte immer tiefer in die bäuerlichen Kreise einzudringen beginnen. Geht der niedere französische Klerus auf der radikalen Bahn, die er beschritten hat, noch weiter vorwärts, so wird gerade in den bäuerlichen Kreisen die Nachwirkung am fühlbarsten werden. Trotz alledem möchten wir doch eine plötzliche Systemänderung nicht ankündigen. Solche Dinge entwickeln sich langsam und vielleicht um so nachhaltiger, je länger die Entscheidung zurückgehalten wird.

Dagegen spricht vieles dafür, daß in Rußland der Uebergang zu einem neuen liberalen Regierungssystem noch im Laufe dieses Jahres kommen wird. Die neuen liberalen Zeitungen beginnen in den nächsten Tagen ihre Thätigkeit und nach der veränderten Haltung der alten bekannten russischen Blätter zu schließen, wird damit eine starke Wendung nach links eingeleitet werden, der sich auch die Organe nicht werden entziehen können, die bisher für das Bestehende quand même eintraten. Der intensive Gedankenaustausch mit dem französischen Radikalismus beginnt seine Wirkungen auch in den

Digitized by Google

oberen Kreisen zu äußern, und es ist eine trügliche Meinung, daß der junge Zar ihm prinzipiell feindlich gegenübersteht. Die vielbesprochene Antwort, die er den Delegierten des Gouvernements Twer gab, ist ihm durch Ueberrumpelung abgezwungen worden, und die Regierungsmaßregeln, die seither erfolgten, zeigen ein wirres Durcheinander liberaler und absolutistischer Tendenzen, so recht ein Spiegelbild der auf Tod und Leben miteinander ringenden Einflüsse. Die ganze junge Generation aber denkt entweder liberal, oder radikal, darüber darf man sich nicht täuschen. Und eben diese Strömungen gehen durch Heer und Marine, nur daß dort das Bewußtsein, daß Rußland von allen Seiten umworben wird, daß Geld und Machtmittel Frankreichs ihm à discretion zur Verfügung stehen, eine chauvinistische Stimmung hervorgerufen hat, die alle Merkmale des politischen Rausches trägt. Lösung der Orientfrage in Europa und Asien, Rückkehr zur Wielopolskischen Politik in Bezug auf Polen, Abrechnung vor allem mit Oesterreich und — etwas schüchterner — mit Deutschland, das sind die umlaufenden Schlagworte. Als im letzten Sommer der hundertjährige Geburtstag Nikolaus I. begangen wurde, teilte ein russisches Journal die folgende charakteristische Anekdote von dem Zaren mit: Im Februar 1854, als aus der Haltung des Wiener Kabinetts sich zu ergeben schien, daß es mit den Westmächten Hand in Hand gehen werde, fragte Nikolai den polnischen Grafen Rzewuski: „Welcher der polnischen Könige war, deiner Meinung nach, der dümmste?" Der Graf fand keine Antwort. „Ich will es dir sagen — fuhr der Kaiser fort — der allerdümmste polnische König war Jan Sobieski, weil er Wien von den Türken befreit hat. Der allerdümmste der russischen Kaiser bin aber ich, weil ich den Oesterreichern geholfen habe, den ungarischen Aufstand niederzuwerfen." Im Jahre 1849 aber, als Nikolai jene „Dummheit" beging, schrieb er am 24. Februar dem Fürsten Paskewitsch: „aus der Einheit Deutschlands und dem sonstigen Gefasel wird nichts werden!" Beide Aeußerungen des Zaren Nikolaus entsprechen ganz dem heutigen Empfinden der Russen. Die Einheit Deutschlands, die ihnen 1849 als ein leeres Geschwätz erschien, gilt ihnen heute als Unglück, und die von Rußland den Oesterreichern 1849 geleistete Hilfe als eine Dummheit, die sie entschlossen sind, nicht zu wiederholen. Weder Oesterreich noch sonst einer Macht

Digitized by Google

gegenüber, auch nicht in Bezug auf Frankreich, das doch im Grunde mit einem Gefühl pfiffiger Ueberlegenheit als ein nutzbares Werkzeug betrachtet wird. Und gerade die Thatsache, daß so viel französisches Kapital in Rußland festliegt, kann nicht mit Unrecht als eine Bürgschaft für die Dauer dieser Beziehungen gelten. Nur die Fanatiker unter den russischen Radikalen wollen von diesem utilitarischen Standpunkte nichts wissen und grollen dem einst so hochverehrten Volke der „großen Revolution" wegen des Byzantinismus, den es dem Zaren gegenüber bethätigte. Aber diese Elemente kommen in praxi nicht in Betracht. Was in Rußland entscheidet, ist das Beamtentum und vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft die Semstwos, die sich überraschend zäh in den Vordergrund zu drängen beginnen. Vielleicht am bezeichnendsten für die herrschende Unklarheit sind die wahrhaft abenteuerlichen Pläne, durch welche die Polen gewonnen werden sollen. Es ist allen Ernstes in der Presse darüber verhandelt worden, die katholische Kirche Polens von Rom zu lösen und sie zu einer polnischen Nationalkirche zu machen, deren Priestern das Heiraten freistehen soll. Also Ideen, wie sie im 15. und 16. Jahrhundert allerdings auf polnischem Boden lebendig gewesen sind, für welche aber heute kein Raum ist. Weit ernster ist das Programm zu nehmen, welches Rückkehr zu der Politik des Marquis Wielopolski verlangt, d. h. Versöhnung mit Polen ohne jeden Rückhalt und dafür aus Rußlands Händen Wiedergabe der alten polnischen Gebiete im vollen Umfang von 1772. Uns ist dabei aufgefallen, daß im Detail weit weniger an Posen als an Galizien exemplifiziert wird, wie denn Lemberg zur Zeit der für Rußland unbequemste Punkt des Polentums ist. Dazu kommt das Mißtrauen, das jeder Russe gegen die Namen Goluchowski und Badeni hegt, und die neuerstarkte Agitation des slavischen Wohlthätigkeitskomites in den österreichischen Balkangebieten und darüber hinaus, wo immer in Oesterreich-Ungarn slavisch geredet wird. Aus alledem ergiebt sich wohl, in wie großer Gärung die Zustände Rußlands sich befinden. Schließlich wird alles auf Personenfragen ankommen, und darüber kann wohl erst der 13. Januar (russisches Neujahr) Auskunft geben.

Von den italienischen Dingen möchten wir nur noch zwei Punkte hervorheben. Erstens das ersichtliche Bemühen, so weit irgend

Digitized by Google

möglich die Annäherung an Frankreich zu stärken und zu beschleunigen — was wirtschaftlich ganz rationell erscheinen mag, aber Gefahren in sich birgt, auf die wir heute nicht eingehen wollen. Das zweite ist das Hervortreten Papst Leos XIII. aus seiner Reserve. Seine letzte Ansprache klingt wie eine Kriegsfanfare, gleichsam, als hoffe er selbst noch die Herstellung der weltlichen Macht des Papsttums, zu erleben. Es heißt, daß der freiwillige Opfertod einer Nonne, die gestorben sei, um ihm das Leben zu verlängern, jene Zuversicht in ihm erweckt habe. Vielleicht lagen ihm auch die Worte im Sinn, die Herr Lieber im August vorigen Jahres in Dortmund sprach: „Die deutschen Katholiken verlangen die territoriale Unabhängigkeit des Papstes aus den zwingendsten Gründen, der Gerechtigkeit, der Kindesliebe, als Forderung der Interessen der Kirche und aus den wichtigsten Interessen der gesamten Menschheit. Die Mächtigen der Erde würden in ihrem eigensten Interesse handeln, wenn sie die Unabhängigkeit des Papstes wiederherstellten. Wir können und wollen es nicht ertragen, daß der Stellvertreter Gottes auf Erden der Gefangene eines weltlichen Machthabers ist." Das sind Ideen, welche heut innerhalb der katholischen Welt wohl zumeist die deutschen und belgischen Ultramontanen vertreten — aber vielleicht liegen sie in den letzten Konsequenzen einer französisch-italienischen Annäherung. Ein Moment der Beunruhigung ist dieses plötzliche Hervortreten des greisen Papstes jedenfalls; wir haben davon eine erneute Agitation zu erwarten und wollen mit der Hoffnung schließen, daß sie keinen zu bösartigen Charakter annimmt.

Für Oesterreich-Ungarns inneres Leben sind die Erscheinungen bestimmend, die von Rußland als Panslavismus, von Rom als Ultramontanismus und in der großen Politik von der Balkanfrage ausgehen. Das übrige trägt mehr den Charakter häuslichen Zankes als ernster politischer Arbeit. Mit am bedenklichsten erscheint uns in Oesterreichs Interesse, daß sich in Rumänien eine russische Partei unter Stourdzas Führung zu bilden beginnt. Kommt sie, was wir nicht hoffen wollen, zum Ziel, so ist damit Oesterreichs Stellung auf dem Balkan so gut wie gebrochen.

Digitized by Google

1897.

29. Dezember 1897.

Die letzte der 52 Wochen, die wir mit unserer politischen Ausschau zu begleiten pflegen, gehört billig der prüfenden Erwägung, was uns das nunmehr scheidende Jahr gebracht hat: Gutes oder Böses, Fortschritt oder Rückgang, Steigerung oder langsames Hinabgleiten unserer politischen Geltung in der Welt. Seit langer Zeit zum erstenmale sind wir geneigt, diese Fragen im günstigen Sinne zu beantworten. Große Gefahren, welche den Weltfrieden bedrohten, wurden abgewehrt, wo es notwendig war, das Ansehen des Reiches nach außen gewahrt, keine große Aktion ringsumher in Angriff genommen, ohne daß Deutschland in entsprechender Weise das Gewicht seiner Stimme zur Geltung brachte; endlich: Deutschland hat den entscheidenden Schritt gethan, um im äußersten Orient nicht länger die Rolle des Aschenbrödel zu spielen. Hatten wir früher schon manches verheißende Wort gehört, es fehlte die Erfüllung, die Initiative in der Ausführung. Es lastete wie ein Alp auf der Thatkraft unseres Volkes, und geschäftig wurde von allen Seiten, bald in tiefer Bekümmernis, bald schadenfroh, bald in selbstzufriedener Gesinnungslosigkeit, verkündet: es geht bergab mit Deutschland. Und in der That, die Zeiten, wo „nichts mit Deutschland und alles gegen Deutschland" geschah, sie liegen nicht allzu weit hinter uns. Wem die Erinnerung daran frisch geblieben ist, der begrüßt aber um so freudiger die unleugbare Thatsache, daß der Wind wieder die Segel unseres Staatsschiffes schwellen macht, und wünscht ihm glückliche Fahrt in das neue Jahr hinein. Wir möchten die Wandlung zum besseren von jenem Telegramm Kaiser Wilhelms datieren, das im Jahre 1896 bewies, wie ein Wort Deutschlands ermutigend und stärkend dem

Digitized by Google

Recht in Südafrika zum Siege verhalf. Der Bann war damit gebrochen, der uns in scheuer Ehrfurcht zu einer Politik aufblicken ließ, die sich vermaß, über unseren Leib hinweg rücksichtslos ihrem Vorteil nachzugehen. Die deutsche Nation erkannte darin die Abwendung von der Politik des Sansibarvertrages, die mit Recht allüberall in deutschen Landen als unverzeihlicher politischer Fehler empfunden worden ist. Darin lag die historisch-politische Bedeutung dieses Telegramms. Aber die Erfahrung eines langen Jahres mußte uns erst zeigen, wie schwer es ist, eingefahrene Bahnen zu verlassen. Das Jahr 1896 hat die Wendung vollzogen. Als das neue Jahr 1897 begann, war das Weltbild bereits ein anderes. Noch war nichts entschieden, aber die Entscheidung bereitete sich vor. England war in die moralische Zwangslage versetzt worden, sich selber in der Transvaalfrage den Prozeß zu machen, und wenn es sich gleich, wie zu erwarten stand, durch seine Geschworenen freisprechen ließ, das andere Schwurgericht, in dem ganz Europa zu Gericht saß, und dem der Umstand aller von England gedrückten großen und kleinen, schwarzen und gelben, braunen und weißen Nationen, von Portugal bis nach Egypten und Indien hin atemlos folgte — sprach: schuldig! Schuldig nicht nur für Jameson, sondern, was sehr viel mehr sagen wollte, für Cecil Rhodes und für Chamberlain. Seither aber war Englands Hand gegen jedermann und jedermanns Hand gegen England. Der Versuch einer Verständigung mit Frankreich über Egypten scheiterte im Keim, die Hoffnungen, welche Lord Salisbury auf den neuen Minister des Auswärtigen in Rußland, den Grafen Murawjew setzte, erwiesen sich als trügerisch, der Anlauf, den England nahm, durch die griechisch-türkischen Streitigkeiten einen europäischen Krieg zu entzünden, ganz wie es 1896 versucht hatte, die armenische Frage zu gleichem Zweck zu nützen, führte nur zu einem engeren Anschluß der übrigen Mächte. Ueber das Hinterland des Niger verwickelte England sich in einen noch heute nicht ausgetragenen Streit mit Frankreich, in Indien kam ein blutiger Aufstand der Himalaya-Stämme zum Ausbruch, und trotz unerhörter Anstrengungen und rühmlicher Tapferkeit mußten die englischen Truppen einen Rückzug antreten, dessen weitere Folgen noch abzuwarten sind; der Plan, einen Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika abzuschließen, mündete in einen kläglichen

Digitized by Google

Mißerfolg aus, an den zahlreichen Zusammenkünften der Monarchen und Staatsmänner des Kontinents hatte England keinen Anteil, und endlich die große Wendung, welche durch die Okkupation von Kiaotschu und Port Arthur bezeichnet wird, ist über den Kopf Englands hinweg geschehen.

Diese Minusrechnung ist, wie man zugeben wird, recht beträchtlich. Suchen wir dagegen das Plus zur Geltung zu bringen, so läßt sich nicht leugnen, daß England mit Erfolg bemüht gewesen ist, was es an Ansehen und Einfluß verlor, durch neue territoriale Ausdehnung wettzumachen. In Afrika hat es unermeßliche Landstriche am Niger, im Sudan und in jenem Rhodesien sich zu eigen gemacht, das in englischer Vorstellung bestimmt ist, zur Brücke zu werden, die nach Egypten hinüberführt. In Südasien ist, abgesehen von dem Territorium der Waziri und von Tschitral, dessen Erwerbung etwas älter ist, das wichtige Gebiet zwischen Kiang-Hung und Kuangnang erschlossen worden, dessen Aufgabe ist, den französischen Handel nach Hongkong abzuleiten und so die Provinz Jünnan zu einem englischen Hinterlande zu machen. Das letztere ist gewiß eine Thatsache, die heute alle Beachtung verdient, weil sie eine geradezu komische Illustration zu dem Aufwand sittlicher Entrüstung giebt, mit der England die Besetzung von Kiautschau begrüßte. Ob wir schließlich die Festlichkeiten, welche im Juni das 60jährige Regierungsjubiläum der Königin Viktoria begleiteten, zum Plus oder zum Minus zählen sollen, ist doch recht zweifelhaft. Das greater Bretain, welches die pièce de résistance, das thatsächliche Ergebnis der Feier sein sollte, ist in nichts vergangen. Weder Kanada, noch Australien, weder Neuseeland noch die Kapkolonie haben Neigung gezeigt, auch nur die geringsten Verpflichtungen zu übernehmen, welche ein Opfer an Selbständigkeit oder an Geld zugunsten des Mutterlandes bedeutet hätten. Die Kapkolonie, die im Rausch der Feste versprochen hatte, ein Kriegsschiff zu schenken, will sich jetzt auf geringe Abschlagszahlungen beschränken, und sogar diese sind vom Parlament in Kapstadt noch nicht genehmigt. Was wir gefunden haben, war Rassengefühl, nicht nationaler Patriotismus, und dabei, scheint es uns, wird es bleiben. Es läßt sich nicht verkennen, daß Großbritannien mit Sorgen der Zeit entgegensieht, da es einmal gegen europäische Mächte die Probe auf sein Können wird

Digitized by Google

machen müssen. Die Zeiten sind vorüber, da die Seemacht allein eine Entscheidung herbeiführen konnte, und die jüngsten Verhandlungen in England haben bewiesen, daß Land und Leute die Opfer nicht tragen wollen, welche eine entsprechende Militärmacht ihnen auferlegen würde. Selbst dem Seedienst beginnt die Nation sich zu entziehen. Wenn Deutschland von sich sagen kann, daß es ihm nie an Menschen für seine Marine fehlen wird, für England gilt der Satz schon heute nicht mehr. Auf seinen Kauffahrern sind viele der besten Kapitäne Deutsche; die Kriegsschiffe zu bemannen, fällt immer schwerer, und es wäre höchst interessant, eine Statistik über die nationale Herkunft der Matrosen auf der englischen Kriegsflotte zu besitzen. Alle diese Thatsachen geben zu denken. Auch in England giebt es Leute, die sie erwägen, aber wir glauben nicht, daß ein anderer Lehrmeister als die Erfahrung durchschlagend wirken kann. Die rettende Wendung für England wäre ein unbedingter und rückhaltloser Anschluß an Deutschland, d. h. eine Kombination, an welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen und gegenüber dem England von heute kein vernünftiger Mensch in Deutschland denkt. Die schmählichen Insulten, mit denen die englische Presse unseren Kaiser bedenkt, Handels- und Kolonialneid, die uns auf Schritt und Tritt begegnen, die stets erneuten Versuche, uns einen Fuß zu stellen, das alles hat eine entschlossene Abwendung von England zur Folge gehabt. Nicht wir können es sein, welche die Schritte zu einer Versöhnung thun. Sie ist auch nicht ohne Opfer von englischer Seite zu haben.

Wenn wir uns nun zum Antagonisten Englands, zu Rußland wenden, so sind die politischen Beziehungen zwischen uns und dem „empire des Zars“ vortrefflich geworden. Aber sie hängen an der Person Kaiser Nikolaus II. Die russische Politik hat mit uns gerechnet und dabei ihre Rechnung gefunden, die öffentliche Meinung Rußlands hat gegen uns gerechnet und steht grollend den Thatsachen gegenüber, die ihr nicht gefallen. Die Gegensätze der Meinungen stießen in fast unvermittelter Weise aneinander, als auf den Besuch Kaiser Wilhelms der Besuch des Präsidenten der französischen Republik, nur durch wenige Tage geschieden, folgte. Die französischen Kundgebungen trugen, wie stets, wenn die beiden Nationen zusammentreffen, einen schauspielerischen Charakter. Hier wie dort nahm man

Digitized by Google

état?“ im Januar 1789 die Nationalversammlung einleitete, und konnte der andere nicht schon bei der Redaktion der „Constitution civile du clergé“ mitgearbeitet haben?“

Es weisen aber noch andere Merkmale auf eine werdende Wandlung der Geister nach der radikalen Seite hin. Die Ungeduld der Franzosen, die nach den Früchten der alliance Franco-Russe verlangt, ist durch den Zarenbesuch nur gesteigert worden, und wenn Hanotaux sich bis heute behauptet hat, dankt er es nur der Thatsache, daß in elfter Stunde Rußland sich entschloß, den französischen Finanzreformplänen in der Türkei — sehr widerwillig — beizutreten. Mit der egyptischen Frage in ihrer heutigen Gestalt aber vermag niemand in Frankreich sich zu befreunden, und daneben beginnen die Franzosen um die schönen Milliarden zu sorgen, die in Rußland so liebenswürdig aufgenommen worden sind. Man beschäftigt sich in Paris sehr eifrig mit der Lage der russischen Finanzen und mit den großen Plänen Wittes und jedenfalls nicht in einem Sinne, der in Petersburg Freude erregen könnte. Der „Figaro“, der stets ein feines Gefühl für kommende Windrichtungen gehabt hat, setzt seine Angriffe auf Rußland unentwegt fort und hat sich soeben deshalb einen neuen Verweis von der „Nowoje Wremja“ zugezogen; besonders bedeutsam aber scheint uns die Thatsache, daß die sozialistischen Schlagworte immer tiefer in die bäuerlichen Kreise einzudringen beginnen. Geht der niedere französische Klerus auf der radikalen Bahn, die er beschritten hat, noch weiter vorwärts, so wird gerade in den bäuerlichen Kreisen die Nachwirkung am fühlbarsten werden. Trotz alledem möchten wir doch eine plötzliche Systemänderung nicht ankündigen. Solche Dinge entwickeln sich langsam und vielleicht um so nachhaltiger, je länger die Entscheidung zurückgehalten wird.

Dagegen spricht vieles dafür, daß in Rußland der Uebergang zu einem neuen liberalen Regierungssystem noch im Laufe dieses Jahres kommen wird. Die neuen liberalen Zeitungen beginnen in den nächsten Tagen ihre Thätigkeit und nach der veränderten Haltung der alten bekannten russischen Blätter zu schließen, wird damit eine starke Wendung nach links eingeleitet werden, der sich auch die Organe nicht werden entziehen können, die bisher für das Bestehende quand même eintraten. Der intensive Gedankenaustausch mit dem französischen Radikalismus beginnt seine Wirkungen auch in den

Digitized by Google

oberen Kreisen zu äußern, und es ist eine trügliche Meinung, daß der junge Zar ihm prinzipiell feindlich gegenübersteht. Die vielbesprochene Antwort, die er den Delegierten des Gouvernements Twer gab, ist ihm durch Ueberrumpelung abgezwungen worden, und die Regierungsmaßregeln, die seither erfolgten, zeigen ein wirres Durcheinander liberaler und absolutistischer Tendenzen, so recht ein Spiegelbild der auf Tod und Leben miteinander ringenden Einflüsse. Die ganze junge Generation aber denkt entweder liberal, oder radikal, darüber darf man sich nicht täuschen. Und eben diese Strömungen gehen durch Heer und Marine, nur daß dort das Bewußtsein, daß Rußland von allen Seiten umworben wird, daß Geld und Machtmittel Frankreichs ihm à discretion zur Verfügung stehen, eine chauvinistische Stimmung hervorgerufen hat, die alle Merkmale des politischen Rausches trägt. Lösung der Orientfrage in Europa und Asien, Rückkehr zur Wielopolskischen Politik in Bezug auf Polen, Abrechnung vor allem mit Oesterreich und — etwas schüchterner — mit Deutschland, das sind die umlaufenden Schlagworte. Als im letzten Sommer der hundertjährige Geburtstag Nikolaus I. begangen wurde, teilte ein russisches Journal die folgende charakteristische Anekdote von dem Zaren mit: Im Februar 1854, als aus der Haltung des Wiener Kabinetts sich zu ergeben schien, daß es mit den Westmächten Hand in Hand gehen werde, fragte Nikolai den polnischen Grafen Rzewuski: „Welcher der polnischen Könige war, deiner Meinung nach, der dümmste?" Der Graf fand keine Antwort. „Ich will es dir sagen — fuhr der Kaiser fort — der allerdümmste polnische König war Jan Sobieski, weil er Wien von den Türken befreit hat. Der allerdümmste der russischen Kaiser bin aber ich, weil ich den Oesterreichern geholfen habe, den ungarischen Aufstand niederzuwerfen." Im Jahre 1849 aber, als Nikolai jene „Dummheit" beging, schrieb er am 24. Februar dem Fürsten Paskewitsch: „aus der Einheit Deutschlands und dem sonstigen Gefasel wird nichts werden!" Beide Aeußerungen des Zaren Nikolaus entsprechen ganz dem heutigen Empfinden der Russen. Die Einheit Deutschlands, die ihnen 1849 als ein leeres Geschwätz erschien, gilt ihnen heute als Unglück, und die von Rußland den Oesterreichern 1849 geleistete Hilfe als eine Dummheit, die sie entschlossen sind, nicht zu wiederholen. Weder Oesterreich noch sonst einer Macht

Digitized by Google

gegenüber, auch nicht in Bezug auf Frankreich, das doch im Grunde mit einem Gefühl pfiffiger Ueberlegenheit als ein nutzbares Werkzeug betrachtet wird. Und gerade die Thatsache, daß so viel französisches Kapital in Rußland festliegt, kann nicht mit Unrecht als eine Bürgschaft für die Dauer dieser Beziehungen gelten. Nur die Fanatiker unter den russischen Radikalen wollen von diesem utilitarischen Standpunkte nichts wissen und grollen dem einst so hochverehrten Volke der „großen Revolution" wegen des Byzantinismus, den es dem Zaren gegenüber bethätigte. Aber diese Elemente kommen in praxi nicht in Betracht. Was in Rußland entscheidet, ist das Beamtentum und vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft die Semstwos, die sich überraschend zäh in den Vordergrund zu drängen beginnen. Vielleicht am bezeichnendsten für die herrschende Unklarheit sind die wahrhaft abenteuerlichen Pläne, durch welche die Polen gewonnen werden sollen. Es ist allen Ernstes in der Presse darüber verhandelt worden, die katholische Kirche Polens von Rom zu lösen und sie zu einer polnischen Nationalkirche zu machen, deren Priestern das Heiraten freistehen soll. Also Ideen, wie sie im 15. und 16. Jahrhundert allerdings auf polnischem Boden lebendig gewesen sind, für welche aber heute kein Raum ist. Weit ernster ist das Programm zu nehmen, welches Rückkehr zu der Politik des Marquis Wielopolski verlangt, d. h. Versöhnung mit Polen ohne jeden Rückhalt und dafür aus Rußlands Händen Wiedergabe der alten polnischen Gebiete im vollen Umfang von 1772. Uns ist dabei aufgefallen, daß im Detail weit weniger an Posen als an Galizien exemplifiziert wird, wie denn Lemberg zur Zeit der für Rußland unbequemste Punkt des Polentums ist. Dazu kommt das Mißtrauen, das jeder Russe gegen die Namen Goluchowski und Badeni hegt, und die neuerstarkte Agitation des slavischen Wohlthätigkeitskomites in den österreichischen Balkangebieten und darüber hinaus, wo immer in Oesterreich-Ungarn slavisch geredet wird. Aus alledem ergiebt sich wohl, in wie großer Gärung die Zustände Rußlands sich befinden. Schließlich wird alles auf Personenfragen ankommen, und darüber kann wohl erst der 13. Januar (russisches Neujahr) Auskunft geben.

Von den italienischen Dingen möchten wir nur noch zwei Punkte hervorheben. Erstens das ersichtliche Bemühen, so weit irgend

Digitized by Google

möglich die Annäherung an Frankreich zu stärken und zu beschleunigen — was wirtschaftlich ganz rationell erscheinen mag, aber Gefahren in sich birgt, auf die wir heute nicht eingehen wollen. Das zweite ist das Hervortreten Papst Leos XIII. aus seiner Reserve. Seine letzte Ansprache klingt wie eine Kriegsfanfare, gleichsam, als hoffe er selbst noch die Herstellung der weltlichen Macht des Papsttums, zu erleben. Es heißt, daß der freiwillige Opfertod einer Nonne, die gestorben sei, um ihm das Leben zu verlängern, jene Zuversicht in ihm erweckt habe. Vielleicht lagen ihm auch die Worte im Sinn, die Herr Lieber im August vorigen Jahres in Dortmund sprach: „Die deutschen Katholiken verlangen die territoriale Unabhängigkeit des Papstes aus den zwingendsten Gründen, der Gerechtigkeit, der Kindesliebe, als Forderung der Interessen der Kirche und aus den wichtigsten Interessen der gesamten Menschheit. Die Mächtigen der Erde würden in ihrem eigensten Interesse handeln, wenn sie die Unabhängigkeit des Papstes wiederherstellten. Wir können und wollen es nicht ertragen, daß der Stellvertreter Gottes auf Erden der Gefangene eines weltlichen Machthabers ist." Das sind Ideen, welche heut innerhalb der katholischen Welt wohl zumeist die deutschen und belgischen Ultramontanen vertreten — aber vielleicht liegen sie in den letzten Konsequenzen einer französisch-italienischen Annäherung. Ein Moment der Beunruhigung ist dieses plötzliche Hervortreten des greisen Papstes jedenfalls; wir haben davon eine erneute Agitation zu erwarten und wollen mit der Hoffnung schließen, daß sie keinen zu bösartigen Charakter annimmt.

Für Oesterreich-Ungarns inneres Leben sind die Erscheinungen bestimmend, die von Rußland als Panslavismus, von Rom als Ultramontanismus und in der großen Politik von der Balkanfrage ausgehen. Das übrige trägt mehr den Charakter häuslichen Zankes als ernster politischer Arbeit. Mit am bedenklichsten erscheint uns in Oesterreichs Interesse, daß sich in Rumänien eine russische Partei unter Stourdzas Führung zu bilden beginnt. Kommt sie, was wir nicht hoffen wollen, zum Ziel, so ist damit Oesterreichs Stellung auf dem Balkan so gut wie gebrochen.

Digitized by Google

1897.

29. Dezember 1897.

Die letzte der 52 Wochen, die wir mit unserer politischen Ausschau zu begleiten pflegen, gehört billig der prüfenden Erwägung, was uns das nunmehr scheidende Jahr gebracht hat: Gutes oder Böses, Fortschritt oder Rückgang, Steigerung oder langsames Hinabgleiten unserer politischen Geltung in der Welt. Seit langer Zeit zum erstenmale sind wir geneigt, diese Fragen im günstigen Sinne zu beantworten. Große Gefahren, welche den Weltfrieden bedrohten, wurden abgewehrt, wo es notwendig war, das Ansehen des Reiches nach außen gewahrt, keine große Aktion ringsumher in Angriff genommen, ohne daß Deutschland in entsprechender Weise das Gewicht seiner Stimme zur Geltung brachte; endlich: Deutschland hat den entscheidenden Schritt gethan, um im äußersten Orient nicht länger die Rolle des Aschenbrödel zu spielen. Hatten wir früher schon manches verheißende Wort gehört, es fehlte die Erfüllung, die Initiative in der Ausführung. Es lastete wie ein Alp auf der Thatkraft unseres Volkes, und geschäftig wurde von allen Seiten, bald in tiefer Bekümmernis, bald schadenfroh, bald in selbstzufriedener Gesinnungslosigkeit, verkündet: es geht bergab mit Deutschland. Und in der That, die Zeiten, wo „nichts mit Deutschland und alles gegen Deutschland" geschah, sie liegen nicht allzu weit hinter uns. Wem die Erinnerung daran frisch geblieben ist, der begrüßt aber um so freudiger die unleugbare Thatsache, daß der Wind wieder die Segel unseres Staatsschiffes schwellen macht, und wünscht ihm glückliche Fahrt in das neue Jahr hinein. Wir möchten die Wandlung zum besseren von jenem Telegramm Kaiser Wilhelms datieren, das im Jahre 1896 bewies, wie ein Wort Deutschlands ermutigend und stärkend dem

Digitized by Google

Recht in Südafrika zum Siege verhalf. Der Bann war damit gebrochen, der uns in scheuer Ehrfurcht zu einer Politik aufblicken ließ, die sich vermaß, über unseren Leib hinweg rücksichtslos ihrem Vorteil nachzugehen. Die deutsche Nation erkannte darin die Abwendung von der Politik des Sansibarvertrages, die mit Recht allüberall in deutschen Landen als unverzeihlicher politischer Fehler empfunden worden ist. Darin lag die historisch-politische Bedeutung dieses Telegramms. Aber die Erfahrung eines langen Jahres mußte uns erst zeigen, wie schwer es ist, eingefahrene Bahnen zu verlassen. Das Jahr 1896 hat die Wendung vollzogen. Als das neue Jahr 1897 begann, war das Weltbild bereits ein anderes. Noch war nichts entschieden, aber die Entscheidung bereitete sich vor. England war in die moralische Zwangslage versetzt worden, sich selber in der Transvaalfrage den Prozeß zu machen, und wenn es sich gleich, wie zu erwarten stand, durch seine Geschworenen freisprechen ließ, das andere Schwurgericht, in dem ganz Europa zu Gericht saß, und dem der Umstand aller von England gedrückten großen und kleinen, schwarzen und gelben, braunen und weißen Nationen, von Portugal bis nach Egypten und Indien hin atemlos folgte — sprach: schuldig! Schuldig nicht nur für Jameson, sondern, was sehr viel mehr sagen wollte, für Cecil Rhodes und für Chamberlain. Seither aber war Englands Hand gegen jedermann und jedermanns Hand gegen England. Der Versuch einer Verständigung mit Frankreich über Egypten scheiterte im Keim, die Hoffnungen, welche Lord Salisbury auf den neuen Minister des Auswärtigen in Rußland, den Grafen Murawjew setzte, erwiesen sich als trügerisch, der Anlauf, den England nahm, durch die griechisch-türkischen Streitigkeiten einen europäischen Krieg zu entzünden, ganz wie es 1896 versucht hatte, die armenische Frage zu gleichem Zweck zu nützen, führte nur zu einem engeren Anschluß der übrigen Mächte. Ueber das Hinterland des Niger verwickelte England sich in einen noch heute nicht ausgetragenen Streit mit Frankreich, in Indien kam ein blutiger Aufstand der Himalaya-Stämme zum Ausbruch, und trotz unerhörter Anstrengungen und rühmlicher Tapferkeit mußten die englischen Truppen einen Rückzug antreten, dessen weitere Folgen noch abzuwarten sind; der Plan, einen Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika abzuschließen, mündete in einen kläglichen

Digitized by Google

Mißerfolg aus, an den zahlreichen Zusammenkünften der Monarchen und Staatsmänner des Kontinents hatte England keinen Anteil, und endlich die große Wendung, welche durch die Okkupation von Kiaotschu und Port Arthur bezeichnet wird, ist über den Kopf Englands hinweg geschehen.

Diese Minusrechnung ist, wie man zugeben wird, recht beträchtlich. Suchen wir dagegen das Plus zur Geltung zu bringen, so läßt sich nicht leugnen, daß England mit Erfolg bemüht gewesen ist, was es an Ansehen und Einfluß verlor, durch neue territoriale Ausdehnung wettzumachen. In Afrika hat es unermeßliche Landstriche am Niger, im Sudan und in jenem Rhodesien sich zu eigen gemacht, das in englischer Vorstellung bestimmt ist, zur Brücke zu werden, die nach Egypten hinüberführt. In Südasien ist, abgesehen von dem Territorium der Waziri und von Tschitral, dessen Erwerbung etwas älter ist, das wichtige Gebiet zwischen Kiang-Hung und Kuangnang erschlossen worden, dessen Aufgabe ist, den französischen Handel nach Hongkong abzuleiten und so die Provinz Jünnan zu einem englischen Hinterlande zu machen. Das letztere ist gewiß eine Thatsache, die heute alle Beachtung verdient, weil sie eine geradezu komische Illustration zu dem Aufwand sittlicher Entrüstung giebt, mit der England die Besetzung von Kiautschau begrüßte. Ob wir schließlich die Festlichkeiten, welche im Juni das 60jährige Regierungsjubiläum der Königin Viktoria begleiteten, zum Plus oder zum Minus zählen sollen, ist doch recht zweifelhaft. Das greater Bretain, welches die pièce de résistance, das thatsächliche Ergebnis der Feier sein sollte, ist in nichts vergangen. Weder Kanada, noch Australien, weder Neuseeland noch die Kapkolonie haben Neigung gezeigt, auch nur die geringsten Verpflichtungen zu übernehmen, welche ein Opfer an Selbständigkeit oder an Geld zugunsten des Mutterlandes bedeutet hätten. Die Kapkolonie, die im Rausch der Feste versprochen hatte, ein Kriegsschiff zu schenken, will sich jetzt auf geringe Abschlagszahlungen beschränken, und sogar diese sind vom Parlament in Kapstadt noch nicht genehmigt. Was wir gefunden haben, war Rassengefühl, nicht nationaler Patriotismus, und dabei, scheint es uns, wird es bleiben. Es läßt sich nicht verkennen, daß Großbritannien mit Sorgen der Zeit entgegensieht, da es einmal gegen europäische Mächte die Probe auf sein Können wird

Digitized by Google

machen müssen. Die Zeiten sind vorüber, da die Seemacht allein eine Entscheidung herbeiführen konnte, und die jüngsten Verhandlungen in England haben bewiesen, daß Land und Leute die Opfer nicht tragen wollen, welche eine entsprechende Militärmacht ihnen auferlegen würde. Selbst dem Seedienst beginnt die Nation sich zu entziehen. Wenn Deutschland von sich sagen kann, daß es ihm nie an Menschen für seine Marine fehlen wird, für England gilt der Satz schon heute nicht mehr. Auf seinen Kauffahrern sind viele der besten Kapitäne Deutsche; die Kriegsschiffe zu bemannen, fällt immer schwerer, und es wäre höchst interessant, eine Statistik über die nationale Herkunft der Matrosen auf der englischen Kriegsflotte zu besitzen. Alle diese Thatsachen geben zu denken. Auch in England giebt es Leute, die sie erwägen, aber wir glauben nicht, daß ein anderer Lehrmeister als die Erfahrung durchschlagend wirken kann. Die rettende Wendung für England wäre ein unbedingter und rückhaltloser Anschluß an Deutschland, d. h. eine Kombination, an welche nnter den gegenwärtigen Verhältnissen und gegenüber dem England von heute kein vernünftiger Mensch in Deutschland denkt. Die schmählichen Insulten, mit denen die englische Presse unseren Kaiser bedenkt, Handels- und Kolonialneid, die uns auf Schritt und Tritt begegnen, die stets erneuten Versuche, uns einen Fuß zu stellen, das alles hat eine entschlossene Abwendung von England zur Folge gehabt. Nicht wir können es sein, welche die Schritte zu einer Versöhnung thun. Sie ist auch nicht ohne Opfer von englischer Seite zu haben.

Wenn wir uns nun zum Antagonisten Englands, zu Rußland wenden, so sind die politischen Beziehungen zwischen uns und dem „empire des Zars“ vortrefflich geworden. Aber sie hängen an der Person Kaiser Nikolaus II. Die russische Politik hat mit uns gerechnet und dabei ihre Rechnung gefunden, die öffentliche Meinung Rußlands hat gegen uns gerechnet und steht grollend den Thatsachen gegenüber, die ihr nicht gefallen. Die Gegensätze der Meinungen stießen in fast unvermittelter Weise aneinander, als auf den Besuch Kaiser Wilhelms der Besuch des Präsidenten der französischen Republik, nur durch wenige Tage geschieden, folgte. Die französischen Kundgebungen trugen, wie stets, wenn die beiden Nationen zusammentreffen, einen schauspielerischen Charakter. Hier wie dort nahm man

Digitized by Google

Attitüden an, man drapierte sich und sprach im Heldenton. Ziemlich verstimmt bei seite stand die liberale russische Intelligenz, welche nicht mit Unrecht von dem französischen Bündnis und den übertriebenen französischen Huldigungen eine Steigerung autokratischer Rücksichtslosigkeit fürchtete. Nicht sowohl von seiten des Zaren, der merkwürdig fremd inmitten dieser russischen Welt steht, ein Rätsel den einen wie den andern, als von seiten der Machthaber aus den Tagen Alexanders III. und ihrer Werkzeuge in der Beamtenwelt. Die russische Politik selbst aber ist die des Fürsten Lobanow geblieben: Die Huldigungen Frankreichs hinnehmen und praktisch ausnutzen und es mit Deutschland nicht verderben, keinesfalls pour les beaux yeux de la France einen Krieg auf sich nehmen, im europäischen Orient Frieden halten, um die Hände frei zu haben für eine Aktion im asiatischen Orient, die Offensivstellung im Westen behauptend, nicht um auszubrechen, sondern um den Franzosen die Möglichkeit einer Verwirklichung ihrer Deklamationen nicht ganz zu nichte zu machen, im übrigen stets bereit, zu nehmen, und sehr reserviert, wo es sich ums Geben handelt. Gegen England ist Rußland überall bereit, mit seinem Einfluß einzutreten, selbst da, wo es — wie in Armenien — nicht ohne ein Opfer alter Ueberlieferungen möglich ist. Aber in Abessinien, in Egypten, sogar in Transvaal, Indien, Korea, China versteht Rußland sich derjenigen anzunehmen, die dem englischen Einfluß feindselig gegenüberstehen. Völlig verdrängt ist dieser Einfluß aus seiner klassischen Sphäre: der Türkei, und was vielleicht noch bedeutsamer ist, Rußland hat sich vom englischen Geldmarkt ebenso emanzipiert wie vom deutschen, nur mit dem Unterschiede, daß Deutschland für einige Zeit seine Gelder freiwillig zurückzog, während in London die Entwickelung genau die gegenteilige war. Dafür liegen denn Milliarden französischen Geldes in Petersburg, ein wirksames Band, um die franko-russischen Beziehungen allen kleinen Rentiers in Frankreich ans Herz zu legen. Die Aktion des russischen Finanzministers Witte ist so nach allen Seiten hin geschickt und erfolgreich gewesen, sein Geheimnis ein doppeltes: er hat es verstanden, den Rubelkurs der Börse zu entziehen, und zweitens durch fremde Unternehmer die ungeheuren Naturalschätze Rußlands zu heben. Die Durchführung der Valutareform ist nur so möglich geworden, sie bedeutet aber eine Emanzipierung Rußlands, die vor einem Jahr-

Digitized by Google

zehnt noch für unmöglich gegolten hätte. Nach außen hin war die folgenreichste That Rußlands seine Mitwirkung an der Lokalisierung der türkisch-griechischen Kriegsgefahr; denn darüber wollen wir uns nicht täuschen, die Gefahr eines allgemeinen Krieges hat wirklich vorgelegen; in zweiter Linie stand das russische Vorgehen in China und Korea, das dritte endlich war die Verständigung mit Oesterreich-Ungarn in Bezug auf die Balkanstaaten. Wir haben über all diese Dinge so eingehend gesprochen, daß die Andeutung genügen wird. Die erwartete Wendung Rußlands zu liberalen Regierungsformen ist nicht erfolgt, und ebenso scheinen die hochfliegenden Pläne scheitern zu müssen, welche sich an eine polnisch-russische Versöhnung knüpften und damit eine Aera slavischer Wirren vorzubereiten schienen.

Wir werden damit notwendig zu den Angelegenheiten der habsburgischen Monarchie geführt. Aus unserem Mißtrauen gegen die Politik des polnischen Kabinetts in Oesterreich haben wir zu keiner Zeit ein Geheimnis gemacht. Inbetreff des Grafen Badeni haben wir recht behalten, das haben die Ereignisse der letzten Wochen, die Sprachenverordnungen mit allem, was daran hängt, gezeigt. Daß dagegen Graf Goluchowski Reichs- und nicht Rassenpolitik treibt, wird uns von bester Seite versichert, und so wollen auch wir daran glauben und uns freuen, geirrt zu haben. Ein Oesterreich-Ungarn, das seine wirklichen Interessen im Auge behält, wird allezeit Deutschland an seiner Seite finden. Aber verhehlen können wir uns nicht, daß die Aufgabe des Grafen Goluchowski eine außerordentlich schwierige ist, und daß die Monarchie zur Zeit eine ernste Krisis durchmacht. — Ueber Frankreich können wir, nachdem die französisch-russischen und französisch-englischen Beziehungen schon berührt worden sind, rascher hinweggehen. Das Wesentliche war doch der Besuch des Präsidenten der Republik in Petersburg und die damit verbundene Proklamierung der Thatsache, daß Frankreich eine „nation amie et alliée“ von Rußland sei. Die Franzosen haben sich über diese Worte gefreut wie die Kinder, und wir können ihnen die Freude aufrichtig gönnen. Sie stört in keiner Weise unsere Zirkel. Das Ministerium Méline, mit dessen Bestand auch wir allen Grund haben zufrieden zu sein, hat sich dank diesen Worten behauptet und Zeit gefunden, auf den eingeschlagenen Bahnen weiterzugehen. Diese

Digitized by Google

Bahnen führen von Europa ab nach Asien und Afrika. Jedermann wird aber zugeben müssen, daß die französische Kolonialpolitik mit außerordentlicher Kühnheit und Folgerichtigkeit geführt worden ist. Die endgültige Annektierung von Madagaskar — noch ein Werk des radikalen Kabinetts — die Ausbreitung im Niger und Sudan, die erfolgreiche Entwickelung der französischen Stellung im südöstlichen Asien, das alles sind Leistungen, denen wir gleichartiges nicht an die Seite stellen können. Uns fehlt ja die Flotte und ein Parlament von gleicher Opferwilligkeit in den großen Fragen des politischen Lebens. Der Pfahl im französischen Fleisch bleibt Egypten, weit mehr als Elsaß-Lothringen. Die französische Jugend beginnt über den Wert und die Aussichten eines Revanche-Krieges gegen Deutschland skeptisch zu werden, und wenn wir auch meinen, daß die gegenwärtige Generation nicht charakterfest genug ist, um sich dem Bann zu entziehen, welchen die Pariser Schlagworte seit hundert Jahren ausgeübt haben, so gehört es nicht zu den Unmöglichkeiten, daß diese Schlagworte selbst allmählich eine andere Richtung annehmen. In der orientalischen Frage hat Frankreich schließlich eine korrekt besonnene Politik geführt, wenngleich nicht vergessen werden darf, daß dabei eine Phasis russisch-französischer Gegensätze überwunden werden mußte. Im Innern dauern die alten Kämpfe mit Radikalen und Sozialisten fort, wobei jedoch auffällt, daß die französischen Ausstände einen harmloseren Charakter getragen haben als die englischen, und daß der französische Sozialismus im Gegensatz zum deutschen nicht in vaterlandslosen Kosmopolitismus verfallen ist. An causes célèbres hat es natürlich nicht gefehlt. Erst war es die Katastrophe in der Rue Jean Goujon, dann der Dreyfusprozeß, endlich die ewige Panama-Affaire. Die „Débats" klagen bitter, daß Frankreich die üble Gewohnheit habe, seine schmutzige Wäsche vor aller Welt zu waschen; aber schließlich ist es in anderen Staaten nur wenig besser.

Italien hat sich nun endlich aus dem bösen abessinischen Abenteuer ganz herausgezogen, auch leidlich seine inneren Krisen überwunden. Nach außen hin ist es nur bei der Blokade Kretas hervorgetreten, wobei dann dem italienischen Admiral als dem Rangältesten das Kommando zufiel. In Spanien absorbierten Kuba und Philippinen, Philippinen und Kuba alles Interesse so sehr, daß

Digitized by Google

von einem Mitthun in den allgemein europäischen Angelegenheiten nicht die Rede sein konnte. Im Innern sitzt auf diesem unglücklichen Boden der Anarchismus fester als sonst in Europa. Canovas fiel ihm zum Opfer, fast wäre jüngst General Weyler ihm nachgefolgt. Daneben gehen carlistische und republikanische Tendenzen, in der Ferne aber droht ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Sollte es wirklich zu einem Bruch zwischen Spanien und der großen amerikanischen Republik kommen, so werden alle Sympathieen auf spanischer Seite stehen. Daß eine andere europäische Macht die spanische Sache zur eigenen macht, ist ganz unwahrscheinlich. Allgemein aber ist das Mißtrauen gegen das Kabinet von Washington. Während einerseits die Monroe-Doktrin den amerikanischen Diplomaten als Hebel dient, um wohlerworbene Rechte Europas über Bord zu werfen, ist durch die Annexion Hawaiis der Standpunkt bereits verlassen, von dem aus allein eine solche Politik sich verteidigen läßt. Dabei behaupten die Yankees ihre Stellung in Samoa und während der armenischen Wirren haben sie sogar versucht, in einer spezifisch europäischen Angelegenheit mitzureden. Und bei alledem ist Tammany Hall und Zuckerring König in New-York und Washington. Das alles besteht dank der Vorstellung, daß die geographische Lage der Vereinigten Staaten nach allen Richtungen hin einen ausreichenden Schutz biete. Wer an das Walten sittlicher Mächte im Leben der Völker glaubt, wird anders denken. Wir unsererseits meinen, daß Touqeville mit seinen Zukunftsbildern schließlich doch recht behalten wird.

Sollen wir noch ein Wort über die Türkei und über die Balkanstaaten sagen? Die erstere steht vor dem unlösbaren Problem der Reformfrage, die letzteren sind, was Europa ihnen zu sein gestattet, nicht mehr und nicht weniger. Griechenland hat den Fortbestand seiner Dynastie und einen, trotz aller militärischen und politischen Unfähigkeit, die es zeigte, erträglichen Frieden dem Schutz Europas zu danken. Es war an sich nicht denkbar, daß das kleine griechische Reich aus eigener Kraft der ungeheuren Uebermacht der Türkei würde standhalten können. Die hellenischen Patrioten rechneten auf eine Erhebung der Balkanstaaten und auf den Schutz Englands, sie meinten Europa die Lösung des orientalischen Problems aufzwingen zu können, und dachten dabei zu ihrem historischen Recht

Digitized by Google

— so wie sie selbst dieses Recht auslegten — zu kommen. Dazu kam Ueberschätzung des eigenen Könnens, Unterschätzung des Gegners. Auf dem Schlachtfelde haben die stärkere Zucht und die bessere Ordnung, auch die größere Tapferkeit für die Türken entschieden. Die beschämende Thatsache läßt sich nun einmal nicht leugnen. Und so erwiesen alle politischen Spekulationen der Neuhellenen sich als trügerisch. Der Friedensschluß wurde aber von Europa, nicht von der Türkei diktiert, und damit ist wohl auch für die Zukunft festgestellt worden, daß die Entscheidungen auf diesem Boden dem europäischen Areopag gehören. Können wir demnach nur billigen, was der Friedensschluß inbetreff Griechenlands festgesetzt hat, so erscheint uns die Lösung in Kreta als ein unvollkommenes Werk, das keinerlei Gewähr des Bestandes in sich trägt. Bestenfalls bedeutet es ein Uebergangsstadium. Aber wir übersehen die diplomatischen Hindernisse nicht, die sich einer rationellen Lösung entgegenstellten und beschränken uns daher auf den Ausdruck der Befürchtung, daß in Kreta ein Herd künftiger Unruhen und Verwickelungen fortbesteht, der bei der nächsten orientalischen Krisis neue Sorgen bringen wird.

Schon aus dem Zusammenhang unserer Prüfung der Politik der übrigen Mächte ergiebt sich die Rolle, die Deutschland im letzten Jahre gespielt hat. Sie ist — wir wiederholen es — keine unrühmliche gewesen. Wir haben geschickt gesteuert. Unsere Beziehungen sind, soweit es sich um den offiziellen Verkehr von Staat zu Staat handelt, überall freundschaftliche gewesen. Der Dreibund besteht fort und ist heute allseitig als ein für den allgemeinen Frieden wirkender Faktor anerkannt. Die stärkste Macht in diesem Bunde ist naturgemäß Deutschland; daraus ergiebt sich auch, daß es mit Recht den stärksten Einfluß im Bunde behauptet. Die sehr entschiedene Stellung, die wir gleich zu Anfang des sich vorbereitenden griechisch-türkischen Krieges einnahmen, hat dafür den öffentlichen Beweis erbracht und nachträglich auch in der sehr schwierig durchzusetzenden Anerkennung der besonderen Ansprüche deutscher Gläubiger in Griechenland einen Ausdruck gefunden. Wären von vorn herein, wie Deutschland es vorschlug, die griechischen Häfen blokiert worden, das ganze Unglück jenes Krieges hätte sich vermeiden lassen. Das geben heute sogar Griechen und Türken zu. Unsere

Digitized by Google

politischen Beziehungen zu Rußland sind stetig besser und wirksamer geworden und das hat mit Notwendigkeit auch auf Frankreich zurückgewirkt. Nach der englischen Seite war es hüben und drüben eine zähnefletschende Freundschaft. Man hat bei uns gegenüber der entschlossenen Feindseligkeit der englischen Politik wie der englischen Volksstimmung allmählich die Geduld verloren und geht entschlossen die eigenen Wege, ohne weiter nach London zu schielen. Kurz bevor diese Wandlung in der Besetzung von Kiautschau ihren Ausdruck fand, hat bei uns ein Ministerwechsel stattgefunden, dem nicht mit Unrecht große Bedeutung beigelegt wird. An die Stelle des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall ist der Herr v. Bülow getreten, der mit Geschick und Glück in seine neue Bahn eingetreten ist. Er hat eine glückliche Hand, und Glück in der Politik ist ein Verdienst. Denn recht verstanden bedeutet es eine entschlossene und rasche Ausnutzung des Augenblicks, das aber entscheidet. Frhr. v. Marschall, den wir persönlich sehr hoch schätzen, litt in seiner politischen Karriere unter einer doppelten Belastung. Er übernahm das Verhängnis des Sansibarvertrages und trug die Last der ungeschickt geschlossenen Handelsverträge, bei deren endgültiger Fixierung die wirtschaftlichen und finanziellen Autoritäten und Verantwortlichkeiten Preußens und des Reiches nicht in entsprechender Weise herangezogen worden sind. Daran ist er gescheitert, die Ungeschicklichkeiten des Tauschprozesses waren ein Accidenz, nicht das entscheidende Moment. Aber wir wollen nicht verkennen, daß seit dem Amtsantritt des Fürsten Hohenlohe die Wendung erfolgte, die auf den richtigen Weg zurückführte. Die Wiederanknüpfung mit dem Fürsten Bismarck ward angebahnt und das deutsche Volk hofft, daß sie jetzt wirklich, nicht nur äußerlich vollzogen ist.

Wir erkennen in hohem Grade den Gang unserer Orientpolitik an und möchten dabei nochmals die griechische Schuldenfrage betonen. Die Einsetzung der europäischen Kontrollkommission ist ein neuer Schritt zur Fixierung völkerrechtlicher Grundsätze gegenüber renitenten Bankerotteuren. Was in Athen durchgesetzt worden ist, kann, wo analoge Verhältnisse vorliegen, etwa in Portugal oder in den kleinen amerikanischen Republiken wiederholt werden. Dann werden auch die Mächte, die sich unseren Forderungen gegenüber so spröde verhalten haben, zur Einsicht gelangen, wie notwendig und nützlich es

Digitized by Google

war, daß Deutschland ein völkerrechtlich anerkanntes Präcedenz geschaffen hat. Freilich, ohne Verluste wird es trotzdem nicht abgehen. Man hat einen Akkord geschlossen wie mit einem fallierten Bankhause.

Die Hauptaktion Deutschlands aber bleibt die Besetzung von Kiautschau und die infolgedessen erfolgte Klärung der allgemeinen Lage. Nach der Graudenzer Rede Kaiser Wilhelms kann gar nicht zweifelhaft sein, daß wir einen wohlüberlegten Plan zur Ausführung gebracht haben, kein Abenteuer. Es wird jetzt darauf ankommen, daß eine freiwillige Unterstützung dieser Politik von seiten unserer finanziellen Mächte folgt.

Wir schließen mit einem Wunschzettel für das neue Jahr. An die Spitze stellen wir die unverkürzte Annahme der Marinevorlage, dann folgt die energische Ausbeutung von Shantung, drittens zwei Eisenbahnlinien: die Eisenbahn nach Windhoek und die Fertigstellung der Usambarabahn. Ostafrika wird für uns erst nutzbar sein, wenn Tabora der Kreuzungspunkt ist, an welchem die Züge von Bagamojo, Tanganjika und Viktoria-See zusammentreffen. Ist der Plan im Prinzip festgestellt und der Anfang gemacht, so läßt sich auf glücklichen Ausgang hoffen. Das vierte wäre ein eigener Kabel für Afrika. Bleibt uns, wie gute Aussicht ist, der Friede gewahrt, so hoffen wir das Beste. An Arbeit fehlt es nicht, und je fester die Leitung unserer auswärtigen Politik vorgeht, um so lebhaftere Unterstützung und um so mehr Vertrauen wird sie finden.

Digitized by Google

1898.

4. Januar 1899.

Seit dem russisch-türkischen Kriege, der vor zwanzig Jahren in den Vertrag von San Stefano und in den Berliner Kongreß ausmündete, hat es kein Jahr so tiefgehender politischer Aufregungen und so unerwarteter Ueberraschungen gegeben, wie das Jahr 1898. In vier großen politischen Fragen sind die Konsequenzen der Thatsachen gezogen worden, die sich 1896 und 1897 vorbereitet hatten: in der europäisch-orientalischen, der egyptisch-sudanischen, der chinesisch-ostasiatischen und endlich in der kubanisch-spanisch-amerikanischen. Nebenher ging eine Wandlung in der Kolonialpolitik Englands, das mit dem System der privilegierten Kompagnieen (Chartered Companies) insoweit brach, als es ihnen die Ausübung der Hoheitsrechte entzog, die bisher fast unbeschränkt in ihren Händen ruhten. Auf österreichischem Boden bereitet sich ein gefährlicher Zersetzungsprozeß vor, der zu einer ernsten Krisis und zu der Notwendigkeit von Ausnahmemaßregeln geführt hat, um den Zusammenhang der Monarchie in den alten Formen aufrecht zu erhalten. Frankreich verfiel in das hitzige Fieber der Dreyfuskrankheit, Italien mußte eine sozialistische Revolution niederwerfen, in Schweden und Norwegen arbeiteten separatistische Elemente an einer Trennung des Zusammenhanges beider Reichshälften, Rußland durchlebte eine böse Hungersnot, deren Folgen noch lange nicht überwunden sind, Belgien wurde immer mehr zum Tummelplatz sozialdemokratischer Unfähigkeit und, was weit wichtiger ist als alle diese politischen Ereignisse zweiter Ordnung, es mehrten sich die Anzeichen, daß eine Wandlung in dem bisher geltenden Allianzsystem sich langsam aber sicher vorbereitet.

Wir haben keineswegs die Absicht, alle diese Thatsachen noch einmal in ihrem Zusammenhange unseren Lesern vorzuführen. Wo-

Digitized by Google

rauf es ankommt, ist, die entscheidenden Momente zu betonen, welche den Beginn einer neuen Weltaera ankünden. Denn darüber kann kein Zweifel mehr sein: die Entwickelung der letzten Jahre, und namentlich des Jahres 1898, hat dahin geführt, daß an die Stelle der europäischen Staatenpolitik eine Weltpolitik getreten ist, an welcher teilzunehmen jede Nation genötigt ist, die sich die Stellung einer Großmacht wahren will. Eine Kontinentalpolitik im alten Sinne des Wortes kann es heute nicht mehr geben, auch keine ausschließliche Landmacht mehr; Europa ist für die europäischen Völker zu klein geworden und sie gehen, im Interesse der Selbsterhaltung, daran, die Vormundschaft über die Völker minderer Rasse und niedrigerer Kulturkraft zu übernehmen. Das war eine Aufgabe, welche bis vor kurzem in großem Sinn und mit außerordentlichem Geschick nur von England angegriffen und auf ungeheueren Gebieten in Australien, Amerika, Afrika, Asien, teils vorbereitet, teils durchgeführt worden war. Sie haben aus Amerika Spanier und Franzosen, aus Indien Portugiesen, Franzosen, und Holländer, und ebenso die Holländer aus Südafrika und Australien verdrängt. Nach dem großen Raubzuge, den sie in den Tagen des ersten Napoleon machten und den der Wiener Kongreß legalisierte, sind sie stetig vorgeschritten, aber ein stürmisches Tempo nahm diese Bewegung erst an, seit die von dem Fürsten Bismarck inaugurierte Kolonialpolitik den Wettbewerb mit England erst in Afrika und dann in Asien aufnahm, wo als unerwünschter Konkurrent das wie ein Pilz über Nacht aufschießende Japan die unverkennbare Absicht zeigte, die von den Europäern ausgeübten und beanspruchten Vormundschaftspflichten im Interesse der gelben Rasse zu übernehmen.

Seit der Teilnahme Deutschlands an der Aktion Rußlands und Frankreichs gegen Japan beginnt nun eine neue Periode, nicht nur für Deutschland selbst, sondern für alle Mächte, die an der großen Aufgabe teilnehmen, der europäischen Kultur die Vorherrschaft zu wahren. Mit der Okkupation Kiautschaus zu Ende 1897 ging die Aera der Weltpolitik an, und als mit dem neuen Jahre 1898 die von Prinz Heinrich geführte deutsche Flotte den Kanal von Suez passierte, war auch entschieden, daß der nunmehr eingeschlagene Weg weiter verfolgt werden müsse. Die Annahme der Tirpitzschen Flottenvorlage durch den Reichstag bewies, daß die Nation hinter der

Digitized by Google

Regierung stand, und heute bereits hört man in den Kreisen weiterblickender Patrioten häufig die Klage, daß die damaligen Forderungen der Regierung zu gering gewesen seien. Die neue Weltlage, welche durch das Hinaustreten Amerikas aus den Schranken der Monroedoktrin geschaffen wurde, fordere neue Anstrengungen, wollten wir nicht ins Hintertreffen geraten, und ebenso habe die Faschoda-Affaire bewiesen, daß Schwäche ein politisches Verbrechen ist. Auch Spaniens schmählicher Niedergang sei eine weitere Illustration derselben Wahrheit. Die Politik sei gewaltsamer, brutaler geworden, und nur wer imstande sei, sich zu verteidigen, habe ein Recht auf Herrschaft und Selbständigkeit. Auch wir stehen dieser Anschauung nicht fern und müssen zugeben, daß in der Praxis der Politik mit ihr gerechnet werden muß. Aber unsere Regierung hat sich vorläufig die Hände gebunden und für eine wesentlich defensive Politik, wie wir sie treiben, können wir zur Not auch mit jenem Tirpitzschen Flottenplan uns den Respekt sichern, der uns zukommt. Wenn eine Initiative des Reichstages eine Wandlung zum besseren herbeiführt, werden wir es mit Freuden begrüßen, vorläufig begnügen wir uns mit dem, was wir haben und nach Ablauf der sechs Baujahre haben werden. Es war die Aufgabe unserer Diplomatie, den Gefahren vorzubeugen, welche die numerische Schwäche unserer Kriegsflotte unter Umständen bedeuten konnte, und durch das deutsch-englische Abkommen scheint in allen wesentlichen Punkten dieses Ziel erreicht zu sein. Der jüngste „Standard" sagt, durch dieses Abkommen seien die Interessen beider Staaten in Afrika und Asien in glückliches Einvernehmen gebracht. Eine offizielle deutsche Aeußerung liegt bis zur Stunde nicht vor. Wir wissen nur, daß man in unseren Regierungskreisen die Vereinbarung für günstig hält und die alten Gegensätze, die uns in Afrika in stete Streitigkeiten mit England setzten, für beseitigt erachtet. Daß auch Asien in den Kreis der Vereinbarungen hineingezogen sein sollte, ist neu und kaum wahrscheinlich. Deutschland nimmt in Kiautschau und Shantung eine geographisch wie politisch sehr günstige Stellung ein, die auf lange hinaus die Notwendigkeit einer Teilnahme an den englisch-russischen wie an den englisch-französischen Differenzen in China und Hinterindien auszuschließen scheint. Auch das jetzt gleichfalls in Ostasien ambierende Amerika kann unsere besonderen Zirkel nicht stören, so daß, wenn das Abkommen mit Eng-

Digitized by Google

land auch die chinesischen Verhältnisse betreffen sollte, es wohl nur diese feststehenden Thatsachen zur Anerkennung bringt. In Deutsch-China wird alles auf die Thätigkeit ankommen, welche die Privat-Initiative unserer Großindustrie und unserer Kapitalkräfte entfalten. Die wirtschaftliche Seite ist die überwiegende, und um ihretwillen ist die politische Aktion unternommen worden. Das schließt freilich nicht aus, daß die revolutionäre, gegen die Dynastie und zugleich gegen die Fremden gerichtete Bewegung, die jetzt einen gefährlichen Charakter anzunehmen scheint, uns auch zu militärischem Einschreiten nötigt. An eine wirkliche Gefährdung unserer Stellung in China glauben wir nicht. Dagegen haben sich die englisch-russischen und die englisch-französischen Gegensätze auf diesem Boden gesteigert. Als zu Anfang des Jahres Rußland Port Arthur und Talienwan okkupierte, antwortete England mit der Besetzung von Weihaiwei und einen Augenblick konnte es scheinen, als werde im Golf von Petschili eine Seeschlacht darüber entscheiden, ob England oder Rußland die Vorhut im nordchinesischen Meere haben sollte. Da kam das impromptu des russischen Abrüstungs-Antrages und mit einem Schlage änderte sich die Situation. Ostasien schien plötzlich aus dem Brennpunkt der politischen Interessen hinausgerückt und statt dessen richtete sich alle Aufmerksamkeit auf die Aktion Kitchener Paschas in Egypten und im Sudan; die Schlacht bei Omdurman, die Einnahme von Khartum und die unerwartet eintreffende Nachricht von der Besetzung Faschodas durch die Expedition Marchand schuf eine völlig neue politische Lage. Mit beispielloser Härte zwang England die Franzosen, Faschoda zu räumen und gleichzeitig fand jene Mobilisierung der englischen Flotte statt, die den Franzosen die Wahl ließ zwischen einer Kraftprobe, die sie nicht aufzunehmen wagen durften oder einer politischen Demütigung, wie sie eine Großmacht noch nicht hatte hinunterwürgen müssen. Marchand zog aus Faschoda ab, und England hielt nicht nur seine Mobilisierung aufrecht, sondern rüstete weiter. Es fand sich eine lange Reihe weiterer Streitpunkte mit Frankreich, die man entschlossen scheint, in ähnlicher Weise auszugleichen; in Neufundland, in Shanghai, in Siam zumal. Hier haben in den letzten Tagen die Gegensätze einen so schroffen Charakter angenommen, daß ein zweites Faschoda nicht unmöglich erscheint. Ueber all diese Fragen muß eine nicht allzu ferne Zukunft die Ent-

Digitized by Google

scheidung bringen und, wenn sie im englischen Sinne erfolgt, dürfte das Resultat ein Hinabgleiten Frankreichs auf einer schiefen Ebene sein, an deren unterstem Rand heute Spanien angelangt ist.

Die Bedeutung des spanisch-amerikanischen Krieges liegt wohl vor allem darin, daß Europa nicht nur den Zusammenbruch Spaniens in Westindien teilnahmlos ansah, sondern auch gegen die Festsetzung der Vereinigten Staaten auf den Philippinen keinen Einspruch erhob und sie dadurch anerkannte. Auch hierbei hat Frankreich eine wenig rühmliche Rolle gespielt. Der Friedens-Kongreß in Paris mündete in eine weitere Demütigung Spaniens aus, dem die bons offices der französischen Diplomatie nur Hoffnungen und Illusionen und nachträglich eine um so größere Enttäuschung eingetragen haben. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß Spanien nun noch weiter sinken wird, was wohl in entscheidender Weise zu Tage kommt, sobald die schleichende marokkanische Frage einmal in ein akutes Stadium tritt.

Die Bedeutung der neuen Stellung der Vereinigten Staaten aber charakterisiert sich wohl am besten dahin, daß die große protestantisch-germanische Republik durch ihre Teilnahme an der Weltpolitik genötigt ist, aus ihrer Europa unfreundlichen Haltung und aus ihrer Isolierung hervorzutreten. Sie wird mit den Staaten Kompromisse schließen, an welche sie durch gemeinsame Interessen gebunden ist, und so dürfte sich ein modus vivendi herstellen lassen, der allen Teilen zum Vorteil gereicht. Unberechenbar freilich ist die Rückwirkung, die diese Dinge auf das innere Leben und auf die Verfassung der Vereinigten Staaten haben werden. Ein stehendes Heer und die dauernde Rüstung einer mächtigen Kriegsflotte, das sind Konsequenzen, denen sich die Regierung in Washington nicht wird entziehen können. In Kuba und namentlich in den Philippinen giebt es ernste Schwierigkeiten zu bewältigen, ja, die Philippinen sind erst zu erobern. Es ist immerhin ein sieben Millionen-Volk anderen Glaubens und anderer Rasse, kurz die Vereinigten Staaten werden weder Kosten noch Opfer an Menschen und Blut sparen dürfen, wenn sie ihr Ziel ganz erreichen wollen.

Inzwischen macht sich immer mehr eine Annäherung der verwandten Rassen im Gegensatz zu anderen Rassenkombinationen geltend. Für die germanische Rassengemeinschaft ist neuerdings England ein-

Digitized by Google

getreten, aber schon weit älter sind die analogen Bestrebungen in Frankreich und Rußland. Die Idee der Union latine läßt sich in Frankreich bis über die Tage Ludwigs XIV. verfolgen, der erste Napoleon hat sie zeitweilig verwirklicht und unter der dritten Republik ist sie mehr als einmal aufgetaucht. Aber es fragt sich, ob Frankreich überhaupt noch imstande ist, eine Führerrolle zu übernehmen. Unterliegt es in Ostasien, so läßt sich darauf mit aller Bestimmtheit mit Nein antworten. Auch streitet das dynastische und nationale Interesse Italiens damit wegen der republikanischen Tendenz, welche alle diese französischen Bestrebungen tragen.

In Rußland ist es der Panslavismus, der dieses Rassenprogramm heute in der weit härteren Form des Panrussismus verfolgt. Die offizielle Regierungspolitik bekennt sich nicht zu diesem Rassenprogramm, aber sie negiert es auch nicht und duldet die leidenschaftliche Propaganda desselben durch die Presse und durch die Agenten der slavischen Wohlthätigkeitsgesellschaft. Sie ist umsomehr genötigt, nach dieser Seite hin die Zügel nicht allzu straff anzuziehen, als sie die hochgespannten Hoffnungen der russischen Liberalen in jeder Hinsicht getäuscht hat. Vielmehr ist der Absolutismus in strafffter Form behauptet worden. Parallel damit aber geht jene Uniformitätspolitik, welche in den Ostseeprovinzen thatsächlich, in Polen formell durchgeführt ist und die nun ihre Anpassung an Finnland versucht. Da sich damit die kirchlich-orthodoxe Propaganda verbindet, rufen all diese Dinge viel böses Blut hervor. Sie gehen auch nicht unbemerkt an den slavischen Brüdern auf der Balkanhalbinsel und in Oesterreich-Ungarn vorüber. Hier wie dort steht man den allzu warmen Aeußerungen russischer Sympathie mißtrauisch gegenüber, Um so größer sind die Hoffnungen, die man in Petersburg und Moskau an die Wendung knüpft, welche die innere Politik Oesterreich-Ungarns genommen hat.

Uns scheint darin die schärfste Verurteilung zu liegen, welche die mörderische Politik der Sprachenverordnungen finden konnte.

Die russisch-französische Allianz beginnt in eine bedenkliche Phase zu treten. Beide Teile sind miteinander nur wenig zufrieden. Frankreich sieht jetzt klar, daß Rußland keine Neigung hat, eigene Interessen dem Freunde zu opfern, auch dann nicht, wenn es sich um den gemeinsamen englischen Gegner handelt; in Rußland aber fühlt

Digitized by Google

man sich durch das leidenschaftliche radikale Treiben der französischen Parteien sehr unangenehm berührt. Am liebsten sähe man eine monarchische Restauration, etwa unter dem Prinzen Louis Napoleon; Herr Felix Faure gilt in Petersburg doch nur als Lückenbüßer.

Das wichtigste Ereignis im europäischen Orient war die endliche Regelung der bösen kretischen Schwierigkeiten. Eine abschließende politische Lage ist dadurch nicht geschaffen worden; denn daß Kreta nach einer definitiven Vereinigung mit Griechenland streben muß, ist eine politische und historische Notwendigkeit. Sie wird sich vollziehen, wenn auch wider alles Recht, und die Pforte wird sich in das Unvermeidliche fügen. Daß Deutschland an dieser wenig rühmlichen Aktion keinen Teil hat, kann uns nur lieb sein.

Die Palästinafahrt Kaiser Wilhelms hat zum erstenmal auf diesem klassischen Boden großer Traditionen und einer fanatischen Wirklichkeit, mit Nachdruck durch That und Wort den humanen Gedanken der religiösen Duldung gepredigt. Wir hoffen umsomehr, daß es nicht vergeblich sein wird, als Deutschland naturgemäß an Ansehen wie an wirtschaftlichem und politischem Einfluß im Orient gewonnen hat. Aber auch hier ringen andere Interessen um die Vorherrschaft und auch hier stehen wir am Anfang einer neuen Periode, deren Ende sich nicht überschauen läßt.

So stellt das neue Jahr in aller Welt ernste und wichtige Probleme auf, zu denen auch wir werden Stellung nehmen müssen. Nec temere nec timide, das soll unsere Losung sein.

Digitized by Google

1899.

28. Dezember 1899.

Das Jahr, an dessen Neige wir stehen, hat seinen besonderen Charakter durch den mächtigen Anlauf erhalten, den der imperialistische Gedanke in Großbritannien nahm, um sich gewaltsam zur Geltung zu bringen. Geboren aus einem Gefühl hochmütiger Ueberlegenheit über andere Rassen und Nationen, genährt durch den glücklichen Verlauf einer Geschichte, die seit dem 17. Jahrhundert keinen Feind an die Küsten Englands führte, gefestigt durch ein Bewußtsein körperlicher Leistungsfähigkeit, durch gewaltige Reichtümer und durch den Blick auf eine bewunderungswürdige Seemacht wuchs die Idee des Imperialismus sich zu einer nationalen Vorstellung aus, die schließlich jedem Engländer als etwas Selbstverständliches in Fleisch und Blut übergegangen ist. So von langer Hand vorbereitet, fand der Imperialismus seine Herolde in Dichtern wie Rudyard Kipling und Austin und seine politische Formulierung durch Staatsmänner wie Chamberlain, Cecil Rhodes, Lord Curzon, sodaß selbst besonnene Geister wie die Lords Rosebery und Salisbury sich ihm schließlich nicht zu entziehen vermochten. Er mobilisierte sich dann bei Gelegenheit des 60jährigen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria und stand so um die Mitte des Jahres 1897 bereits als eine Thatsache da, mit welcher jeder ernste und weiterblickende Politiker zu rechnen hatte. Sollen wir den Begriff des britischen Imperialismus definieren, so fällt zunächst die völlige Mißachtung fremder Rechte auf, die ihm zu Grunde liegt. England hat sich seit Jahrhunderten daran gewöhnt, mit Rassen von minderer Widerstandskraft, orientalischer Kultur und religiöser wie rechtlicher Vorstellungen zu kämpfen, die in der That dem Recht,

Digitized by Google

der Kultur und der Religion gegenüber, die den englischen Schiffen folgten, etwas Minderwertiges darstellten. Daher das skrupellose Hinwegsetzen über alles, was den eigenen Vorstellungen und dem eigenen Recht widersprach, sodaß der unsittliche Satz Gemeingut werden konnte: Ob Recht ob Unrecht, gleichviel, wenn es nur England nutzt!

Während der napoleonischen Kriege ist dieser Satz auch den schwächeren unter den europäischen Mächten gegenüber in Anwendung gekommen, und als endlich der Sturz Napoleons eine Periode der Ermattung herbeiführte, welche die Völker des europäischen Kontinents vor allem nach Ruhe und Frieden rufen ließ, da konnte England den großen kolonialen Raub sich rechtlich sichern, den es in den Jahren des Kriegsgetümmels gethan hatte. Europa machte nicht nur keinen Versuch, an den vollzogenen Thatsachen zu rütteln, es ließ den Engländern auch fast drei Menschenalter hindurch Zeit, die Beute in aller Ruhe zu verzehren und zu verdauen, Stück für Stück, so daß sich in ihnen je länger je mehr die Vorstellung festigte, daß ihnen das Meer, und soweit ihre Schiffe sie von Hafen zu Hafen führten, auch die Welt gehöre. Nur wollten sie die Früchte, eine nach der anderen, in aller Gemütlichkeit pflücken, wenn sie reif waren. In aller Naivetät hat England dabei gemeint, zugleich ein providentielles Werk zu thun: wer hätte es wehren oder es ihnen gleich thun können? Die russischen Barbaren, die Phantasten an der Seine oder gar die Träumer in Deutschland — sie alle ohnmächtig im Vergleich zu England zur See, unerfahren und unpraktisch in Fragen der Kolonisation und der Verwaltung fremder Länder — schienen kaum in Betracht zu kommen.

Erst das Jahr 1870 hat das alles geändert; in seinem Gefolge kam die neue Zeit, da Europa seine Blicke den Teilen der Erde zuzuwenden begann, die noch nicht englisch geworden waren: Rußland gleichzeitig den Weg zum Stillen Ozean und zum Persischen und Indischen Meere mit elementarer Gewalt, fast unbehindert, sich zu bahnen anfing, Frankreich — nachdem es den rechten Augenblick versäumt hatte, seine alten Positionen in Egypten und Syrien zurückzugewinnen — in Afrika mächtig um sich griff, und in Deutschland — endlich! die Einsicht durchschlug, daß ein großes Volk sich der Mitarbeit an der Kolonisierung der Welt nicht entziehen darf.

Digitized by Google

Wir faßten Fuß in Afrika und jedermann bei uns hat in lebendiger Erinnerung, wie jeder Schritt, den wir vorwärts gingen, dem bösen Willen Englands abgerungen werden mußte. Unsere Grenzen in Afrika zeugen davon und mehr noch die schmerzliche Entsagung, die wir zu üben genötigt waren. England aber erfuhr im chinesisch-japanischen Kriege, daß auch das Unwahrscheinlichste gegenüber der Insolenz einer Macht möglich war: das Zusammenwirken Rußlands, Frankreichs und Deutschlands in Ostasien. Von da ab aber hat England gerüstet, um zur See stärker dazustehen als jede mögliche Koalition, die ihm von seiten der Kontinentalmächte entgegentreten konnte, und in dem stolzen Bewußtsein, dieses Ziel erreicht, oder doch annähernd erreicht zu haben, konnte jener imperialistische Gedanke, von dessen Betrachtung wir ausgingen, seine endgültige Formulierung finden. Er lautet: Weltherrschaft der angelsächsischen Rasse unter englischer Leitung. Allerdings, durchzuführen ist dieser grandiose Plan nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen: die Bereitwilligkeit der so gut wie selbständigen Kolonien Englands in Australien und Amerika, die Unbequemlichkeiten einer solchen Leitung auf sich zu nehmen, zweitens: das völlige Preisgeben der Monroe-Doktrin von seiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und endlich drittens: ein thatenloses Zusehen von seiten der europäischen Mächte. Fast sollte man meinen, daß von diesen Voraussetzungen keine einzige voll zutreffen wird. Ueber die Haltung der australischen und der kanadischen Kolonie ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sehen wir sie heute mit ziemlichem Geräusch die englische Sache vertreten, so sind die Opfer, welche sie bringen, nach unseren Begriffen doch recht gering, und nichts bürgt dafür, daß jene Opferwilligkeit ernsten Proben gewachsen ist. Die Vereinigten Staaten aber haben bis zur Stunde die Neigung nicht gezeigt, mehr zu bieten als gute Worte, und auch diese blieben nicht unwidersprochen; Europa endlich regt sich und will sich nicht zur Vorstellung bekennen, daß es politisch abgedankt habe. Die Stellung auf dem Schachfelde der Weltpolitik zeigte eine Angriffsfront der drei hier in Betracht kommenden Spieler, Rußland, Frankreich, Deutschland, gegen den vierten Spieler, England, und wenn wir recht sehen, hat das Spiel eben erst begonnen; aber alle großen und kleinen Ereignisse, die uns das Jahr

Digitized by Google

1899 gebracht hat, stehen direkt oder indirekt im Zusammenhang mit ihm.

Wir wollen versuchen, die einzelnen Züge zu verfolgen.

Daß schon mit dem neuen Jahr in England die Absicht bestand, den 1896 so kläglich gescheiterten Versuch der Niederwerfung Transvaals nunmehr durchzuführen, kann nach allem, was wir heute wissen, mit Bestimmtheit behauptet, wenn auch noch nicht aktenmäßig erwiesen werden. Aber gewiß hat man in England nicht gemeint, deshalb einen Krieg führen zu müssen. Das Ziel sollte erreicht werden durch Einschüchterung, und um den Buren einen recht deutlichen Beweis von der Macht Englands zu geben, hat man vorher dieses Einschüchterungssystem erfolgreich gegen Frankreich, mit minderem Erfolg gegen Rußland und Deutschland in Anwendung gebracht.

Gegen Frankreich erst in der Faschoda-Angelegenheit, dann im Februar 1899 in dem Streit um die Kohlenstation von Jisseh in Maskat, der gleichfalls mit einem beschämenden Rückzug Frankreichs endigte. Vergeblich sind die französischen Staatsmänner bemüht gewesen, den Stachel aus diesen Wunden zu ziehen. Der Vertrag vom 19. Januar 1899, durch welchen das ganze Nilthal südlich vom 22. Gr. N. Br. englisch geworden ist, hat erst endgültig Frankreichs Ansprüche auf Egypten beseitigt und die zwischen den rivalisierenden Mächten geschlossene Grenzrichtung im Sudan hat die egyptischen Gegensätze nicht beseitigen, sondern nur notdürftig übertünchen können. Frankreich aber baut seitdem mit verstärktem Eifer an seiner Kriegsflotte. Ein ähnlicher Schlag war an der russisch-chinesischen Grenze gegen Rußland geplant, aber die russische Diplomatie parierte ihn geschickt durch den Antrag auf jene Abrüstungskonferenz, die schließlich sich zu der sogenannten Friedenskonferenz im Haag abstumpfte. Was auf jener Konferenz geredet und fein säuberlich zu Artikeln und Paragraphen formuliert worden ist, soll hier nicht wiederholt werden. Es liegt uns fern, die humanen Gedanken zu verkleinern, die dabei zu beredtem Ausdruck kamen; der Fernerstehende hatte doch den Eindruck, einer Versammlung von Auguren gegenüberzustehen, die sich gegenseitig durchschauten und froh waren, als sie schließlich zu einem Facit gediehen, das sich mit leidlichem Anstande vor der Welt produzieren ließe.

Digitized by Google

Es soll aber unvergessen bleiben, daß alle Hindernisse, die einer Humanisierung des Krieges sich entgegenstellten, von englischer Seite ausgingen und daß von eben dieser Seite der Versuch gemacht worden ist, die Schuld an dem Scheitern des utopistischen Grundgedankens der Konferenz der deutschen Politik zuzuweisen. Während aber die Konferenz im Haag tagte, arbeitete Rußland mit angespanntem Eifer an der Verstärkung seiner Flotte und an dem beschleunigten Ausbau seiner sibirischen und turkestanischen Bahnen. Mit Persien schloß es jenen Vertrag, der ihm auf siebzig Jahre die Ausbeutung der Provinz Aderbeidjan überließ, die öffentliche Meinung des Landes rief laut nach einem Hafen am Persischen Meere (Bender Abbas) und gleichzeitig festigte sich immer mehr der Einfluß Rußlands im Tsungli-Yamen und die militärische Stellung Rußlands am Golf von Petschili. Kein Zweifel, an dieser Stelle hatte England eine politische Niederlage erlitten. Aber Rußland zog die Konsequenzen nicht, die sich daraus zu ergeben schienen. Die Hungersnot, die Arbeit an der durch das Manifest vom 5./17. Februar des Jahres eingeleiteten Vernichtung des Verfassungslebens und der administrativen Selbständigkeit Finnlands, endlich der Druck finanzieller Schwierigkeiten, das alles mochte eine Unthätigkeit als klug erscheinen lassen, die dem Charakter und den Neigungen des Zaren entsprach.

Höchst merkwürdig und widerspruchsvoll sind nun im Laufe dieses Jahres die deutsch-englischen Beziehungen gewesen. Im allgemeinen hatte eine Abgrenzung der deutsch-englischen Interessensphären in Afrika stattgefunden und auch Vereinbarungen für die Zukunft im Hinblick auf einen alle Tage möglichen Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialmacht scheinen gesichert zu sein. Was früher kaum denkbar schien, Cecil Rhodes durfte nach Berlin kommen und eine Vereinbarung über eine Transafrikanische Telegraphen-Linie konnte abgeschlossen, der Gedanke einer afrikanischen Meridianbahn in Sicht genommen werden. Die Erwerbung der Karolinen, Mariannen und Palau-Inseln aus der spanischen Konkursmasse vollzog sich ohne Widerspruch, und auch als wir unsere anatolischen Eisenbahnkonzessionen vorbereiteten und durchführten, schwieg die auf diesem Boden sonst so empfindliche englische Eifersucht. Vielleicht, weil sie wußte, in Konstantinopel nicht durchdringen zu können,

Digitized by Google

seit der durch die Palästinareise Kaiser Wilhelms mächtig gehobene Einfluß Deutschlands am Goldenen Horn sich geltend machte; auch über den Bau der wichtigen Eisenbahnlinie Tientsin—Tschinkiang kam es zu freundschaftlicher Verständigung. Dagegen stießen wir an zwei Punkten auf die allerbösartigste Feindseligkeit von seiten der Engländer. Sie benutzten die Anwesenheit unserer Flotte in den Philippinen, um einen wahren Verleumdungsfeldzug gegen die Tendenzen der deutschen Politik in den Vereinigten Staaten zu führen und so auch thatsächlich vorübergehend eine Verstimmung hervorzurufen, die von amerikanischer Seite einen taktlosen Ausdruck sowohl in der gelben Presse, wie in unüberlegten Reden fand, und die längst beabsichtigte Rückberufung unserer Schiffe im Lichte eines notwendig gewordenen Rückzuges erscheinen ließ. Weit schlimmer noch aber waren die Schwierigkeiten, welche uns in Samoa gemacht wurden. Die englische Regierung schien sich mit ihren hochfahrenden und übermütigen Beamten identifizieren zu wollen, stachelte dabei nach Möglichkeit die noch fortwirkende Gegensätzlichkeit zwischen Deutschen und Amerikanern an und war auf dem besten Wege, uns hier ein Faschoda zu bereiten, das schlimmer werden konnte, als das französische gewesen ist. Daß es dahin nicht kam, ist gewiß nicht dem guten Willen der Engländer zu danken gewesen. Zunächst lag ein Vertrag vor, an dessen völkerrechtlicher Kraft nicht gezweifelt werden konnte und der nur durch einen Krieg hätte zerrissen werden können. Einen Krieg mit Deutschland wollten aber weder England noch die Vereinigten Staaten, sondern nur einen Rückzug. Daß dieser Rückzug nicht stattfand und unsere Politik die Nerven nicht verlor, ist das Verdienst der Samoa-Campagne des Grafen Bülow, die im Novembervertrag zu einem Ausgleich führte, mit dem wir uns zufrieden geben konnten. Die inzwischen zum Ausbruch gekommene südafrikanische Krisis hat dazu das ihrige beigetragen. Als Facit dieses englischen Verhaltens aber hat sich eine außerordentlich tiefgehende Verstimmung der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands gegen die englische Politik ergeben und zudem bei allen Einsichtigen die Erkenntnis, daß unsere Regierung nur ihre unabweisliche Pflicht gethan hat, wenn sie nun auch ihrerseits mit einem Flottenbauplan hervorgetreten ist, der es in Zukunft Deutschland möglich machen soll, auch gegen den üblen Willen der Nachbarn

Digitized by Google

seine nationale Ehre durch Stoß und Abwehr gleich wirksam zu verteidigen.

Und nun Transvaal. Wir sind für die englischen Ansprüche eingetreten, so lange es sich darum handelte, zweifellos vorhandene Mißstände zu beseitigen. Transvaal befand sich in der schwierigen Lage, einen Kompromiß finden zu müssen zwischen seinen besonderen Lebensbedingungen und den Forderungen einer über Nacht emporgewachsenen Mineninduſtrie von unermeßlichem Wert, an welcher die Kapitalien der ganzen Welt, zumal aber die Englands interessiert waren. So mußte es wenigstens den Außenstehenden erscheinen. Aber sowohl in Prätoria wie in London sah man die Dinge anders an. Die Frage der Rechte der Ausländer war nichts als eine Maske, bestimmt, den Anspruch Englands auf völlige Unterdrückung jeder politischen Selbständigkeit der Burenrepubliken zu begründen. In England hoffte man auch dies Ziel durch Einschüchterung zu erreichen, und wir haben gesehen, welche Vorbilder für einen Rückzug man den Buren zeigen konnte, aber die Engländer wurden diplomatisch nach allen Regeln der Kunst vom Präsidenten Krüger aus dem Felde geschlagen. Er nahm die Bedingungen, die sie ihm inbetreff der Ausländer stellten, an, und erst als sie auch damit sich nicht zufrieden gaben und ihr letztes Ziel, die völlige Entrechtung Transvaals, zu Tage trat, zeigte er, den Engländern völlig unerwartet, daß er nicht nur willig, sondern auch vorbereitet sei, die Entscheidung der Waffen anzurufen. Nichts ist bewunderungswürdiger als die Stille und Umsicht, mit welcher dieser Kampf vorbereitet wurde, von dem die Buren wußten, daß es ein Kampf auf Leben und Tod sein werde. In voller Rüstung standen sie da, während England die Unbewaffneten leicht meinte niederwerfen zu können. Was nun folgte und sich noch heute vor unseren Augen abspielt, ist allbekannt. Die Buren haben bis auf den einen Tag bei Elandslaagte nur Siege zu verzeichnen gehabt, England nur Niederlagen. Die vielgerühmten Paradetruppen von Aldershot haben sich als eine für den Ernst des Krieges unbrauchbare Masse erwiesen, die englischen Generale sind der Bauernstrategie kläglich unterlegen, und nichts spricht dafür, daß trotz Feldmarschall Roberts und Sirdar Kitchener dieses Verhältnis sich ändern wird. Das Kapland ist im Aufruhr. Schon zählt man die Afrikander, die sich ihren Stammes-

Digitized by Google

brüdern angeschlossen haben, nach vielen Tausenden — wer mag da den Ausgang vorhersagen. Aber wohl selten ist ein Krieg geführt worden, in welchem die Sympathien der gesamten Welt so sehr dem einen Teile gehörten. Nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sehen wir ein Schwanken: das angelsächsische Blut redet dort, aber es ist uns doch fraglich, ob es auf die Dauer ein gesundes Gerechtigkeitsgefühl unterdrücken wird. Eben jetzt ist Präsident Krügers Aufruf an die „amerikanische Nation" bekannt geworden. Er bittet nicht um Hülfe, sondern um Sympathien; er erinnert an den Freiheitskampf, den einst die amerikanischen Bürger gegen dieselbe englische Nation geführt haben für Eigentum und Unabhängigkeit, wie jetzt er und seine Landsleute. Die Ansprache ist schlicht wie der Mann, dem sie von den Lippen kommt, aber ein mächtiges Pathos liegt in der ruhigen Entschlossenheit, die aus den kurzen Worten spricht. Gott helfe ihm zum ruhmvollen Abschluß seines Lebenswerkes.

Die beste Lösung für Deutschland, dessen Interessen wir an dieser Stelle vertreten, wäre ein Friede, der den Buren ihre Selbstständigkeit und eine sichere Zukunft gewährleistet: einen Staat zu schaffen, dessen Grenzen das Meer berühren, dessen er bedarf, um sich so umzubilden, wie es die neuen Verhältnisse verlangen, in die nun einmal Afrika eingetreten ist — das muß das Ziel für die Politik der Buren sein. Wir wünschen nicht, daß England ganz aus Südafrika verdrängt wird, aber wir sehen auch die Notwendigkeit nicht ein, daß Afrika englisch werden muß. Die Ideen von Cecil Rhodes sind an dem Mannesmut der Buren gescheitert, wenn England zu den Niederlagen, die es bis zur Stunde erlitten hat, eine neue fügt. Sie stehen aber auch heute schon auf unsicheren Fundamenten.

„Die Machtmittel des Imperialismus — schreibt Charles Malo in der militärischen Uebersicht des „Journal des Débats" — entsprechen ebensowenig seinem Heißhunger, wie seine Verteidigungsmittel auf der Höhe der Zeit stehen. Großbritannien ist nur noch eine große militärische Ohnmacht, ein schwankes Rohr aus Simili-Bronze, ein Koloß mit Nickelfüßen" („Débats" 23. Dez. 99). Wir wollen das harte Urteil nicht unterschreiben, weil wir trotz allem an die Spannkraft und Zähigkeit der angelsächsischen Rasse glauben, aber sicher

Digitized by Google

ist doch, daß über das ganze englische Wehrsystem, von seinen Spitzen bis in die untersten Organe hinab, die Erfahrungen des Burenkrieges ein vernichtendes Urteil gesprochen haben.

Gegenüber diesen allgemeinen Angelegenheiten treten die Ereignisse weit an Bedeutung zurück, die sich im Einzelleben der Staaten abgespielt haben. Frankreich hat in Mr. Loubet seinen siebenten Präsidenten gefunden, er hat die „Affaire" glücklich aus der Welt geschafft, was schwer genug fiel, und steckt nun bis zum Halse in neuen Prozessen: royalistischen, nationalistischen und persönlichen Rekriminationen. Die Armee beginnt sich unter Gallifets kräftiger Leitung zu erholen von dem Debacle der Affaire, sonst sind es die ewigen parlamentarischen Zänkereien, die in aller Welt das Repräsentativsystem in seiner konsequenten Durchführung diskreditieren. Die Kakophonie eines Ministeriums, das konservative und sozialistische Minister verbindet, gehört dabei zu den Merkmalen des niedergehenden Systems. Schließlich tritt dann immer aufs neue hervor, welche Fessel sich Frankreich durch die Weltausstellung des Jahres 1900 um Hand und Fuß geschlungen hat. Seine Politik ist die Sklavin des Ausstellungstermins geworden, und es wird nicht eher ein Faktor sein, mit dem sich rechnen läßt, als bis es die — Enttäuschung dieser Ausstellung hinter sich haben wird.

Die Ereignisse dieses Jahres in Oesterreich haben eine andere Illustration zu der parlamentarischen Misère gebracht. Mit Slaven läßt sich überhaupt kein parlamentarisches System durchführen. Sie kennen weder Zucht unter sich, noch Unterordnung unter die Interessen der Gesamtheit. Wie soll mit solchen Massen regiert werden? Ob da Graf Clary oder ein anderer das Ministerium leitet, ist schließlich gleichgültig. Der Schade liegt im Fundament, und es könnte fast scheinen, als ob auf diesem Boden eine andere Heilung überhaupt nicht möglich ist als durch die Rückkehr zum Absolutismus, wenn nicht auch dieser schon unmöglich geworden wäre. Was Oesterreich-Ungarn zusammenhält, ist heute nächst der Dynastie die Zugehörigkeit zum Dreibunde; vielleicht auch die Armee, obgleich auch sie in den unseligen Sprachenhader mit hineingezogen worden ist.

Unklar und widerspruchsvoll liegen auch die Verhältnisse in Italien. Ist der nationale Zusammenhalt ein sicherer, so läßt

Digitized by Google

dafür die vom Parteiwesen der Kammern abhängige Verwaltung viel zu wünschen übrig. Zu einer großen Politik bot sich weder im Innern die Anregung und die Persönlichkeit, noch die nachhaltige Energie für eine Bethätigung nach außen hin. Der Versuch, die Sanmunbai zu erwerben, ist, zu nicht geringem Teil infolge der Haltung Englands, in einen Mißerfolg ausgemündet. Denn Italien hat mit seiner englischen Freundschaft bisher noch immer Unglück gehabt. Es ist, als ob ein böses Verhängnis hier waltete. Von den übrigen Mächten ist, abgesehen von Spanien, dessen Unglück wir im Zusammenhang der Weltpolitik erwähnen mußten, kaum wesentliches zu sagen. Die Kleinen werden wohl oder übel einen Anschluß an die großen Mächte suchen müssen und diejenigen ihre Zukunft am besten sichern, die rechtzeitig dazu den freien Entschluß zu finden wissen.

Digitized by Google

1900.

28. Dez. 1900.

Seit die Weihnachtsglocken verhallt sind, schreiten wir mit raschen Schritten dem Ende eines Jahres entgegen, das vor anderen ereignisreich für uns, wie für die Staaten und Völkerwelt um uns her gewesen ist. Da es vor Jahresfrist vor uns aufstieg als ein Unbekanntes, Kommendes, wäre es Vermessenheit gewesen, ihm den Ausgang vorherzusagen, den es genommen hat. Die Aspekten deuteten auf politischen Sturm: unsichere Allianzen, ungelöste Probleme, feindselige Strömungen, die von Volk zu Volk gingen, und bei der ungeheueren Ausdehnung, die der Weltverkehr genommen hatte, allüberall die Möglichkeit, ja beinahe die Wahrscheinlichkeit von Konflikten boten, die sich über Nacht zuspitzen konnten zu offener Feindseligkeit — das war die Lage, mit der gerechnet werden mußte. Auf der südlichen Halbkugel ein blutiger Krieg, an dessen Ausgang das gute Recht und die politische Existenz eines niederdeutschen Volksstammes hing, der durch seinen Heldenmut die Bewunderung und die Sympathien der gesamten Welt sich errungen hatte, an dem aber, so wie die Dinge einmal lagen, auch die Weltstellung eines Staates hing, der seit Abukir und Trafalgar unbestritten als die erste und gewaltigste Seemacht der Welt dastand und mit tausend Fäden die besonderen Interessen der übrigen Staaten von sich in Abhängigkeit zu setzen verstanden hatte. Dazu die ersten Anzeichen, daß zu diesem Gewitter im Süden auch ein Unwetter im äußersten Osten treten könnte, das alle großen Mächte Europas, Amerikas und Asiens in Mitleidenschaft ziehen mußte, sobald aus dem Wetterleuchten ein Gewittersturm würde.

Die nächste Folge dieser bedrohlichen Anzeichen war, daß alle europäischen Mächte einmütig bemüht gewesen sind, dafür zu sorgen,

Digitized by Google

daß Europa ruhig blieb. Die drohende Gefahr einer Balkankrisis wurde glücklich abgewehrt, obgleich die kleinen gegeneinander verhetzten und politisch fast zur Unzurechnungsfähigkeit aufgeregten ganzen und halben Selbständigkeiten der Halbinsel bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstanden und nur des Signals harrten, um einen Kampf zu beginnen, der in seinen Konsequenzen einen Krieg großer Mächte, und das heißt heute einen Weltkrieg, zur Folge haben konnte. Oesterreich, Rußland, Deutschland und der Sultan können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, den Brand im Keime gelöscht zu haben. Noch im April schien Bulgarien, wie es heißt, aber nicht bewiesen ist, auf englischen Antrieb hin, einen Krieg um Makedonien provozieren zu wollen. Nur langsam kam man zur Erkenntnis, daß ein Zusammenstehen Rußlands und Oesterreich-Ungarns für diesen Boden gebieterisch Frieden bedeute, und so hat man Flinten und Kanonen ruhen lassen und — zu Dolch und Beil gegriffen. Die von dem in voller Freiheit weiter wirkenden makedonischen Komitee in Sofia, unter Leitung Sarafows, ausgeführten Mordthaten sind Symptome der noch weiter lebenden gewissenlosen quasi patriotischen Agitation, die sowohl gegen Rumänien wie gegen Griechenland gerichtet, die Hoffnung nicht fallen läßt, ihr Ziel zu erreichen, und die noch bestehenden Fesseln zu durchbrechen, die der Berliner Traktat dem Ehrgeiz der Großen und Kleinen auf der Balkanhalbinsel gesetzt hat. Wir werden auch im kommenden Jahr mit diesen Dingen zu rechnen haben, wenngleich unter politischen Voraussetzungen, welche nicht mehr die des Januars 1900 sein werden. Serbien ist seit der Vermählung des Königs Alexander und der Entfernung des Generalissimus Milan ganz in den Kreis der russischen Einflußsphäre geraten, die Stellung des Fürsten Ferdinand ist merkwürdig unsicher in ihren Fundamenten geworden, Montenegro erstaunlich an Ansehen gestiegen. In der Türkei beginnt eine Agitation, welche an die unruhigen kurdischen und die viel mißhandelten armenischen Elemente anknüpft, und dadurch einen besonderen Charakter gewonnen hat, daß die russisch-englischen Rivalitäten an der Peripherie, speziell an der Ostküste von Arabien gegeneinander ein Spiel unermüdlicher Intriguen betreiben. Deutschland, das auch auf diesem Boden bemüht ist, den Frieden zu wahren und von der Türkei diejenigen Zugeständnisse

Digitized by Google

an die wirtschaftliche Bewegung der Gegenwart zu erhalten, welche im Prinzip eine Versöhnung des Islam mit der abendländischen Kultur in sich schließen, ist in diesem Sinne in der That der beste Freund des Sultans. Es kann seinem asiatischen Besitz weder das Schicksal des Kaukasus noch das Egyptens wünschen. Unsere Politik ist aber im Wesen verschieden von der mechanischen Konservierungspolitik Metternichs; sie sieht die Zukunft der Türkei auch nicht in dem Aufzwingen einer Reformpolitik, wie England und Rußland aus sehr verschiedenen Beweggründen thaten, sondern in der langsamen Gewöhnung an ein Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit dem Abendlande, aus dem sich die möglichen Entwickelungsformen für die Zukunft der Türkei ungezwungen ergeben müssen. Da es eine orientalische Politik Frankreichs infolge der alliance Franco-Russe nicht geben kann, spielt dieser sonst so bedeutsame Faktor heute im petit Orient nur beiläufig mit. Auch Frankreich wird, solange Rußland es wünscht, seinen Einfluß daran setzen, keimende Konflikte niederzuhalten, und so dürfen wir hoffen, wenngleich nicht ohne Schwierigkeiten, auch im Jahre 1901 in den Gebieten der Türkei den Frieden gewahrt zu sehen.

Eine internationale Konfliktsfrage außer der orientalischen aber giebt es zur Zeit in Europa nicht. Die Situation wird beherrscht durch die Zusammenhänge der außereuropäischen Weltpolitik. Da nun an dieser von den Großmächten Oesterreich-Ungarn und Italien nicht mehr Anteil nehmen, als die Behauptung ihrer Würde als Großmacht verlangt, Spanien zur Zeit erschöpft ist, die kleinen Mächte aber heute nur im Gefolge einer Großmacht politische Geltung gewinnen können, kommen für unsere politischen Erwägungen nur noch England, Frankreich, Rußland, Japan und die Vereinigten Staaten in Betracht. Deutschland steht in intensivem Interessenzusammenhang mit all diesen Mächten und ist bemüht gewesen, ihnen gegenüber eine Stellung zu behaupten, die uns den Frieden sichert, ohne die ideellen und materiellen Voraussetzungen zu schädigen, deren wir bedürfen, um uns in Ehren und in anerkannter Machtstellung zu behaupten. Wir versuchen es, den Wegen dieser Politik nachzugehen.

Des afrikanischen Problems haben wir bereits gedacht und es vor acht Tagen ausführlich analysiert. Es ruhte für uns in der

Digitized by Google

Thatsache, daß wir an drei bedeutsamen Punkten afrikanische Macht sind und deshalb mit der stärksten afrikanischen Macht, England, die einen mehr als hundertjährigen Vorsprung vor uns voraus hatte, rechnen mußten, zumal England einen noch weit größeren Vorsprung vor uns in der Entwickelung seiner Marine hatte. Da nun der Krieg gegen unseren Wunsch und Rat zum Ausbruch gekommen war, und die Uebernahme des Transvaalkrieges auf unsere Schultern ein Akt politischen Wahnsinns gewesen wäre, blieb nur übrig, unter höchst schwierigen Verhältnissen unserer Neutralität Achtung zu schaffen, und der Wiederkehr ähnlicher Verlegenheiten nach Möglichkeit für die Zukunft vorzubeugen. Das erste geschah, als wir im Januar die Aufhebung der rechtswidrigen Beschlagnahme des „Bundesrat", des „General" und des „Herzog" entgegentraten und eine befriedigende Satisfaktion erhielten. Die deutsche Schiffahrt ist bis zu dieser Stunde von den übermütigen englischen Kreuzern nicht mehr molestiert worden. Das zweite aber war gesichert, als am 15. Juni Kaiser Wilhelm durch seine Unterschrift die vom Reichstage nach heftigen Kämpfen angenommene Flottenvorlage zum Gesetz erhob. Der Eindruck, den diese Thatsache machte, ist genau demjenigen gleichzustellen, den am 16. April 1880 und am 20. April 1888 die Annahme der neuen Wehrpflichtgesetze hervorbrachte. Sie bedeutete die Erhaltung des Friedens für Deutschland im Augenblick, und für die Zukunft eine Perspektive größerer Selbständigkeit Mächten gegenüber, die sich daran gewöhnt hatten, ihr Uebergewicht zu mißbrauchen. Daß Deutschland nun bemüht sein muß, das neue Flotten-Programm auch auszuführen, und daß es Frieden braucht, um dies Ziel unbehindert zu erreichen, liegt so sehr auf der Hand, daß auch, abgesehen von allen anderen Erwägungen, schon dadurch jede Politik der Abenteuer, jede nicht gebotene Aufnahme von politischen Streitfragen als ausgeschlossen betrachtet werden muß.

Auch ist der Konflikt mit China uns aufgezwungen worden. Drei Tage nach endgültiger Erledigung des Flottengesetzes, am 18. Juni, wurde der Frhr. v. Ketteler ermordet, und damit waren wir genötigt, Stellung zu nehmen in der chinesischen Frage, und zwar auf einem Boden, von welchem wir uns bisher geflissentlich fernzuhalten bemüht gewesen waren. Unsere Position in Kiautschau war so gewählt worden, daß sie mit der Provinz Petschili

Digitized by Google

keinerlei direkte Berührungen hatte. Das südliche Schantung war etwas für sich. Es stieß weder an die von uns sorgfältig geschonten russischen Interessengebiete, noch an das koreanische Wespennest, noch endlich störte es die englischen oder französischen Zirkel. Von China war unsere Stellung durch Vertrag und Siegel zu Recht anerkannt worden. Wir wünschten nicht mehr, als auf dieser Basis unsere Interessen an diesen Küsten und an der Südsee zu behaupten. Es sind aber die englisch-russischen Gegensätze gewesen, die den chinesischen Konflikt mit den weißen Mächten und Japan herbeigeführt haben. Den ersten Anstoß gab der Versuch Englands, die Russen aus Port-Arthur zu verdrängen, als zu Anfang 1898 Rußland 90 Millionen Rubel zum Ausbau seiner Flotte bestimmt hatte. Damals schien ein russisch-englischer Krieg unmittelbar bevorzustehen; der russische Antrag im Haag, über eine allgemeine Minderung der Rüstungen zu beraten, parierte die Gefahr, und es folgte nun die Okkupation von Port-Arthur und Talienwan durch die Russen, von Wei-hai-wei durch die Engländer und jener russisch-englische Eisenbahnvertrag, durch welchen thatsächlich die Mandschurei in russische Hände gespielt wurde, während gleichzeitig England sich auf das Jangtsegebiet zurückzog und es als seine ausschließliche Einflußsphäre (d. h. als sein besonderes Handelsgebiet) in Anspruch nahm. So geschehen im April 1899. Diese russisch-englischen Okkupationen haben im Zusammenhang mit den ungeschickten Bemühungen Italiens um eine chinesische Konzession der nationalen Erhebung Chinas gegen die Fremden und gegen alles, was christlich war, den letzten Anstoß gegeben, wobei wahrscheinlich auch das durch ganz Asien verbreitete Gerücht von den englischen Niederlagen in Transvaal mitspielte. An Anzeichen der drohenden Boxerbewegung hat es bekanntlich nicht gefehlt. Auch wir waren genötigt, in unserem Gebiet schon im Februar für Erhaltung der Ruhe energische Maßnahmen zu treffen; sie haben dahin geführt, daß bis zur Stunde keine irgend bedenklichen Bewegungen auf diesem Boden mehr im Gange sind.

Die Notwendigkeit, die belagerten Gesandten zu befreien, die Ermordung Kettelers, die entsetzliche Christenverfolgung durch das ganze weite chinesische Gebiet haben dann jenes Einschreiten der Mächte notwendig gemacht, das mit der Erstürmung der Taku-Forts

Digitized by Google

begann und heute, nachdem unter Führung des Feldmarschalls Grafen Waldersee die Provinz Petschili zur Unterwerfung gebracht ist, zu Verhandlungen mit der chinesischen Regierung geführt hat, zu welchen nach außerordentlich schwierigen Kompromissen alle Mächte sich geeinigt haben. So dürfen wir hoffen, daß das neue Jahr uns einen soliden Frieden mit China auf der Grundlage ausreichender moralischer und materieller Genugthuung bringt und zugleich der friedlichen Erschließung Chinas die Wege geebnet werden. Das deutsch-englische Abkommen hat wesentlich zu diesem Resultat beigetragen, indem es einen Streitpunkt beseitigte, der zwischen uns und England lag und uns zu gleichem Recht das Jangtsethal öffnete. Die bisher vorhandene, und auch von nichtenglischer Seite sorgfältig gepflegte Rivalität, die zwischen uns in dem reichen Becken des Jangtse bestand, ist so im Prinzip beseitigt; wir wollen hoffen, daß es auch in praxi geschieht, und werden dessen um so sicherer sein, je stärker unsere Position zur See wird.'

Bringen uns die nächsten Monate einen wirklichen Frieden mit China, so wird in Deutschland die Freude groß sein. Denn dieser chinesische Krieg wird als eine traurige Zufallsnotwendigkeit betrachtet und ist keineswegs populär, ganz abgesehen davon, daß sein Verlauf einen langweiligen Charakter trägt. Ein Krieg, der kein Krieg sein will, ist für einen Durchschnittsverstand ein wenig faßbarer Begriff; die Intriguen, durch welche die alliierten Mächte sich gegenseitig gelähmt haben, werden nicht verstanden, und der Wunsch nach einer baldigen Rückkehr unserer wackeren Truppen ist in allen Schichten der Bevölkerung ohne jede Ausnahme verbreitet. Aber lehrreich ist dieser Krieg in hohem Grade durch das Material, das er uns für die Beurteilung der Interessenpolitik aller an demselben beteiligten Staaten geboten hat.

Für England bedeutet er trotz der gewaltigen Seemacht, die es entfaltet hat, einen Rückzug aus Nordchina; für alle Mächte die Lehre, daß die amerikanische Politik von eigensinniger Unberechenbarkeit ist; für China, wenn es die ihm jetzt gebotene Gelegenheit nicht mutwillig zurückweist, den Uebergang zu normalen Beziehungen mit den europäischen Mächten unter Wahrung seines Territorialbestandes. Denn der zu Anfang des Konfliktes hie und da auftauchende Gedanke einer Aufteilung Chinas in europäische

Digitized by Google

Einflußsphären kann als endgiltig aufgegeben betrachtet werden. Was bleibt, ist ein immerhin mögliches russisch-chinesisches Bündnis, wie es Fürst Uchtomski als das einzig rationelle Ziel der russischen Politik in Ostasien proklamiert hat. Aber bis zur Verwirklichung solcher Träume hat es gute Weile. Auch die russische Politik hat den chinesischen Konflikt weder gewünscht noch gesucht. Sie hat ihn aufnehmen müssen und in ihrer Art, recht barbarisch, auf ihrem besonderen Interessengebiet, der Mandschurei, durchgeführt. Der Machtaufwand, mit dem sie vorging, kam zu Lande dem der übrigen Mächte in ihrer Summe gleich, und schon das zeigt, wie wichtig diese chinesischen Angelegenheiten für Rußland sind. Es sind aber dabei die Mängel der eilig fertiggestellten sibirischen Bahn so deutlich zu Tage getreten, daß eine Erweiterung und Verbesserung derselben bereits beschlossene Sache ist, obgleich, wie es heißt, die Kosten der Reparatur denen des Baues gleichkommen werden. Besser bewährt hat sich die Transkaspi-Bahn, auf welcher die russischen Truppen schon im Januar von Tiflis nach Kuschk geworfen wurden. Damals tauchte das Gerücht auf, daß die Russen sich mit einem Angriff auf Herat trügen. Der Kriegsminister Kuropatkin und Graf Murawiew galten als eifrige Förderer des Gedankens, die englischen Verlegenheiten in Transvaal auszunützen, aber Kaiser Nikolaus II. hat sein Veto dagegen gesetzt, wie denn das Verhalten Rußlands während des Transvaalkrieges fast wie das eines englischen Bundesfreundes bezeichnet werden kann. Der Tod des Grafen Murawiew und die Ernennung des Grafen Lambsdorff zu seinem Nachfolger hat in dieser Hinsicht keinerlei Aenderungen hervorgerufen. Nur während der schweren Krankheit des Zaren in Livadia schien die Haltung der russischen Presse eine Wendung anzudeuten — sie ist ohne jede praktische Wirkung verpufft. Wir möchten dasselbe von der ganz außerordentlichen Feindseligkeit sagen, welche die russische Presse uns gegenüber bethätigt hat. Man gewinnt, namentlich wenn man die vielzitierte „Nowoje Wremja" liest, oft den Eindruck, als ob die russische Regierung diesem Blatt in seinen politischen Phantastereien völlig freie Bahn gebe, damit es sich selber politisch diskreditiere.

Im übrigen gilt auch von Rußland der elementare Satz, daß die Politik eines Staates in Abhängigkeit steht vom Stande seiner

Digitized by Google

Finanzen. Von diesen aber läßt sich, trotz der großen Baarmittel, über welche der Finanzminister Witte gebietet, nicht viel Rühmliches sagen. Namentlich nimmt die Verschuldung des russischen Adels reißend zu. Von 1894 bis 1898, also in nur 5 Jahren, ist die Zahl der verpfändeten russischen Güter von 62 290 auf 82 349 gestiegen, das in Pfand genommene Land von 37,3 Millionen Dessjätinen (1 Deßjätine = 109,25 ar) auf 42,1 Millionen Deßjätinen, die auf 2,3 Milliarden eingeschätzt wurden und 1327 Millionen Rubel Vorschuß erhielten, während eine Schuld von 1264 Millionen auf dem Lande ruhen blieb. Das giebt im Durchschnitt für eine Deßjätine, die auf 55 Rubel taxiert ist, 31 Rubel 50 Kopeken Vorschuß. Daß die Vorschüsse diese exorbitante Höhe erreicht haben, ist aber vornehmlich Schuld der Adels-Agrarbanken, welche die Güter höher einschätzen als die übrigen Banken, und diese allmählich nötigen, ihrem Beispiel, wenn auch nicht in gleichem Maße, zu folgen. In einer ähnlichen Krisis befindet sich die russische Industrie, die zudem viel zu viel mit fremdem Kapital arbeitet; endlich verlautet immer wieder, daß die Goldvaluta sich auf die Dauer nicht werde behaupten lassen. Ohne für das letztere einstehen zu wollen, halten wir uns doch zum Schluß berechtigt, daß die russische Politik die allertriftigsten Gründe hat, sich von auswärtigen Verwickelungen fernzuhalten. Sie hat an China reichlich genug zu thun und dürfte unter keinen Umständen Neigung zeigen, Abenteuer zu suchen. Alles in allem erwogen finden wir, daß Rußland durch die Lähmung Englands nächst den Vereinigten Staaten am meisten Nutzen gezogen hat, während Frankreich infolge der Weltausstellung an Händen und Füßen gebunden, keine Möglichkeit fand, die Gunst der Lage zu seinem Vorteil auszunutzen. Es hat sogar im Laufe des März sehr ernstlich eine Annäherung an England gesucht, ohne sie finden zu können, weil hüben und drüben die öffentliche Meinung sich dagegen sträubte. Dieses Eingreifen der öffentlichen Meinung in die Politik der französischen Regierung ist unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau auch sonst mehrfach zu Tage getreten, und das kann nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, daß der Handelsminister Millerand von der Führung der Sozialisten in der Kammer auf den Ministersessel avanciert ist. Es bedeutet etwas in der Geschichte Frankreichs, daß es Millerand war, der am 14. April die Weltausstellung eröffnete,

Digitized by Google

und jetzt, nachdem die Ausstellung glücklich geschlossen ist, läßt sich mit Bestimmtheit vorhersagen, daß eine Reaktion bevorsteht, die aller Wahrscheinlichkeit nach die Nationalisten wieder in den Vordergrund führen wird. Daß sie bei den Munizipalitätswahlen in Paris die Majorität erhielten, ist ein erstes Symptom, das Wiederauftauchen der Affäre (man denke an den Fall Cuignet!) trotz des angenommenen Amnestie-Gesetzes, ein zweites, und wir fürchten, daß weitere folgen werden. Bei uns ist der Gegensatz gegen Frankreich in der Volksstimmung nicht mehr vorhanden, in Frankreich scheint er wieder lebendig werden zu wollen. Aber das ist ein Luxus, den man sich drüben von Zeit zu Zeit gestattet, ohne daß darum irgend ernst zu nehmende Befürchtungen gerechtfertigt werden.

Die Vereinigten Staaten haben nun ihren Präsidenten wiedergewählt und all die großen und kleinen Rücksichten, welche ihnen die Wahlkampagne auflegte, sind damit überflüssig geworden. Die Politik ist wieder Aufgabe der Diplomaten und Berufspolitiker geworden und die haben damit begonnen, in der chinesischen Angelegenheit einzulenken und sich der Politik der übrigen Mächte anzuschließen, während sie in doch überraschender Weise in der Frage des Nicaragua-Kanals aufs schärfste Stellung gegen England genommen haben. Die Lage war die, daß England und die Vereinigten Staaten durch den bekannten Clayton Bulwer-Vertrag 1850 sich dahin geeinigt hatten, daß sie den Nicaragua-Kanal gemeinsam bauen würden, und sich gegenseitig verpflichtet hatten, ihn nicht zu befestigen, sondern in Kriegs- und Friedenszeiten offenzuhalten. In dem Hay-Pauncefote-Vertrage verzichtete England im Laufe dieses Jahres auf sein Anrecht am Bau, hielt aber an den übrigen Bestimmungen des nicht aufgehobenen Clayton Bulwer-Vertrages fest. Jetzt hat nun im Senat zu Washington Mr. Davis (der inzwischen gestorben ist) ein Amendement zum Hay-Pauncefote-Vertrag eingebracht, durch welchen die Vereinigten Staaten sich einseitig das Recht der Schließung und Befestigung des Kanals vorbehalten, und dieses Amendement ist mit einer überwältigenden Majorität angenommen worden. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, das sei eine „Ohrfeige" für England, und in der That, rücksichtsloser können Verträge nicht beiseite geschoben werden. Die Rechnung geht offenbar dahin, daß England nicht in der Lage ist, einen Bruch mit

Digitized by Google

den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen, und das mag richtig sein. Immerhin ist diese Nichtachtung des Völkerrechts, die schon während des spanischen Krieges bei den Friedensverhandlungen zu Tage trat, in höchstem Grade bedauerlich. Es ist ein Gegenstück zu dem Verhalten Englands den Buren-Republiken gegenüber, ein ernstes Walten der Nemesis, die, wie wir meinen, ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat.

Von England selbst ist indirekt so viel die Rede gewesen, daß wir nur wenig hinzuzufügen haben. Es ist das schwerste Jahr, das England seit Menschengedenken durchlebt und das wenigst ehrenvolle zugleich; selbst die Siege des Lord Roberts und der Freudentaumel, den sie hervorriefen, sind heute bereits völlig verblaßt. Kein Mensch in England bestreitet mehr, daß die so maßlos überschätzte englische Armee von Grund aus reformiert werden muß. Auch der imperialistische Enthusiasmus der Kolonien beginnt zu verpuffen. In Kanada ist er kaum noch zu finden; wie lange er sich in Australien, das jetzt Maoris (!) nach Afrika senden will[1]), behaupten wird, wollen wir abwarten. Die Expedition des Generals Carrington durch das „neutrale" portugiesische Gebiet wird von allen rechtlichen Menschen als eine Schmach empfunden und hat zudem absolut gar keine Wirkung ausgeübt. Zwischen Engländern und Holländern im Kaplande herrscht Todfeindschaft, die wohl vorübergehend verstummen, aber nicht verschwinden kann, und das Schlimmste für England ist deshalb nicht die gegenwärtige Lage, sondern das, was im Schoße der Zukunft ruht. Der Sieg Chamberlains bei den Wahlen trägt alle Merkmale eines Pyrrhussieges. Die Thatsache ist nicht zu beseitigen, daß er bei den großen kapitalistischen Unternehmungen, die den Burenkrieg erzwangen, mit seiner ganzen Familie beteiligt ist. Das bleibt nun einmal an seinem Namen haften, ganz wie die Geschichte nicht vergessen wird, daß man jenen Jameson, dessen Raubanfall als erstes Sturmsignal diente, zum Ehrenposten eines der Direktoren der De Beers-Diamanten-Kompagnie erhoben hat.

Nebenher aber ging der Krieg gegen die Aschanti und die entsetzlichste aller Hungerepidemien in Indien. Es ist gewiß kein lachendes Gesamtbild, und wir verstehen es wohl, daß man das

[1]) Ist nicht geschehen!

Digitized by Google

Tedeum abgesagt hat, mit dem Lord Roberts bei seiner Rückkehr begrüßt werden sollte. Aber liegt die Gefahr nicht vor, daß die Großspekulation auch in anderen Staaten ein entscheidender Faktor in der hohen Politik wird? Mancherlei Anzeichen weisen darauf hin, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus. Die Politik einzelner kleiner Staaten erinnert schon lange an das Gebahren eines großen Bankgeschäftes. Gott bewahre Deutschland in Gnaden davor, in ähnliche Wege einzulenken.

In Italien haben wir den Tod König Humberts zu betrauern, der von der Hand eines ruchlosen Mörders gefallen ist. Ein pflichttreuer König und ein edler Mensch, der besseren Dank verdient hätte.

Wir blicken, trotz mancher Sorge, mit Dank auf das verflossene Jahr. Ging nicht alles nach Wunsch, und haben Erscheinungen, die in den letzten Wochen die öffentliche Meinung tief erregten, schwere soziale Schäden aufgedeckt, es liegt kein Grund vor, trübe in die Zukunft zu blicken. Wir haben im Mai die Großjährigkeitserklärung unseres Kronprinzen, des Deutschen Kaisers der Generation, die auf uns folgen wird, festlich begehen können, im Oktober ist auf den scheidenden alten Reichskanzler Fürsten Hohenlohe im Grafen Bülow eine schon bewährte Kraft gefolgt, der wir volles Vertrauen entgegenbringen, unser ganzes Kaiserhaus geht in rüstiger Gesundheit dem neuen Jahre entgegen, mit ihm das Deutsche Reich, das, wenn in Königsberg das zweite Säkularfest der preußischen Königskrone begangen wird, seinen 30jährigen Geburtstag feiern kann.

Digitized by Google

1901.

31. Dez. 1900. In Peking wird der Mörder des deutschen Gesandten, Freiherrn von Ketteler, hingerichtet.

1. Jan. 1901. Der Commonwealth von Australien wird in Sidney inauguriert. Erster Generalgouverneur Lord Hopetown.

3. Jan. 1901. Einzug Lord Roberts in London.

---

3. Januar 1901.

Mit dem 1. Januar 1901 tritt der australische Commonwealth ins Leben, d. h. die zu einer Einheit zusammengefaßten englischen Kolonien von Australien senden fortan ihre Mitglieder in ein Parlament und werden durch ein einheitliches Ministerium, mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze, ihre besonderen Interessen im Greater Britain, in dem großen Zusammenhange der anglo-britischen Staatengemeinschaft zur Geltung bringen. Die Zukunft wird darüber entscheiden, ob damit ein zentrifugales oder ein zentripetales Element organisiert worden ist. Im großen Entwickelungsgange der politischen Geschichte der Menschheit bedeutet dieses neue Australien gewiß etwas Neues. Es ist das Charakteristische aller von England ausgegangenen Staatenbildungen, daß sie in die allgemeine Richtung des Menschengeistes ein hartes, ruheloses Element hineintragen. Sie alle verdanken ihre Entstehung nicht einer planmäßig vorbereiteten, langsamen und in sich gebotenen Entwickelung, sondern es ist etwas Krampfhaftes, Fieberisches in ihrer Geschichte, die dabei keineswegs arm ist an kühnen Thaten, bewunderungswürdiger Initiative und an jenen grandiosen Aeußerungen philantropischer Gesinnung, die all jenen Neuschöpfungen eigentümlich sind. Aber der unbestreitbare Grundzug ist ein rücksichtsloser Realismus, ein Verachten historisch erlebter Anschauungen, wie sie

Digitized by Google

den alten europäischen Nationen eigentümlich sind, dazu eine wissenschaftliche Unfruchtbarkeit, die nur auf den Gebieten der Technik und bestimmter, auf praktische Verwendung gerichteter naturhistorischer Disziplinen Neues zu schaffen vermag. Im wesentlichen sind diese Neubildungen receptiv und sie dürften noch auf lange hinaus vollauf zu thun haben, um zu verdauen, was sie von der alten Welt übernommen haben. Selbst von den Vereinigten Staaten von Nordamerika gilt das noch, wenn auch auf diesem Boden die zahlreichsten und rühmlichsten Ausnahmen von der allgemeinen Regel aufzuführen wären. Auch wird, was man heute in tadelndem Sinne als Amerikanismus bezeichnet, vielleicht in nicht zu ferner Zukunft von dem „Australianismus" abgelöst werden, der verwandte Eigentümlichkeiten in stärkerer Potenzierung zeigt. Wir denken dabei namentlich an zwei typische Erscheinungen: die Mißachtung des historisch gewordenen europäischen Vertrags- und Völkerrechts, und zweitens das Eindringen des Kapitalismus in die Politik.

Nach beiden Seiten hin hat freilich das englische Mutterland das böse Beispiel gegeben. Wir brauchen dabei kaum zu exemplifizieren: Der Burenkrieg in seinen vorbereitenden Stadien wie in seinem ganzen Verlauf zeigt eine Kette von völkerrechtswidrigen Handlungen, während andererseits das Regiment Chamberlains nichts anderes ist als die Beherrschung der auswärtigen Politik Englands durch kapitalistische Interessen. Ebenso zeigte der spanisch-amerikanische Krieg in seinem Verlauf die gleichen Merkmale, und von da ab droht diese Verwilderung des Rechtsgefühls weiter um sich zu greifen. Es ist keineswegs gleichgiltig, ob althergebrachte diplomatische Formen eingehalten werden oder nicht. Ein Krieg ohne Kriegserklärung und ohne Einhaltung der völkerrechtlichen Schranken ist wie ein Duell ohne Sekundanten und ohne vereinbarte und eingehaltene Mensurvorschriften. An beidem hängt ein Stück Ehre, das, was wir mit einem nicht mißzuverstehenden Wort „Ritterlichkeit" nennen, und was allein Krieg wie Duell humanisiert. Fast noch bedenklicher aber erscheint uns das Eindringen kapitalistischer Interessen in die Leitung der auswärtigen Politik. Es ist schlimmer in seinen Nachwirkungen, als das im 18. und auch zu Anfang des 19. Jahrhunderts nicht seltene Bestechen einzelner Staatsmänner, weil das sittliche Bewußtsein aller Völker und Zeiten einen be-

Digitized by Google

stochenen Staatsmann mit Verachtung gestraft hat, während in dem Machtkampf der Gegenwart das Großkapital, das nicht anders als einseitig wirken kann, die Erringung der leitenden Stellungen im Staatsleben als sein gutes Recht betrachtet und es vor aller Welt als das zu erstrebende Ziel bezeichnet. Ob Baumwolle oder Zucker, Diamanten oder Kohle König sind, ist im Grunde gleichgiltig, in dem einen wie in dem anderen Falle ist es erbarmungslose und sittlich völlig unbedenkliche Parteiherrschaft. Soll die Welt keine Aktiengesellschaft und alle höhere Kultur, welche in Durchbildung des Einzelnen, wie aller, zu sittlich-religiös-humanen Idealen ihre Aufgabe sieht, nicht verfehmt werden, so ist mit unerbittlichem Ernst dafür zu sorgen, daß fein säuberlich Politik und Großkapital auseinandergehalten werden.

Doch wir kehren zum Commonwealth von Australien zurück. Schon die Thatsache, daß es der Kolonialsekretär Chamberlain ist, der ihn ins Leben gerufen und organisiert hat, weist darauf hin, daß große finanzielle Pläne im Hintergrunde stecken. Und in der That, das einheitliche australische Parlament muß als eine unerläßliche Vorbedingung betrachtet werden, um jenes anglo-britische Zollreich zustande zu bringen, das unter seinen Gliedern auf dem Prinzip des unbeschränkten Freihandels, nach außen hin auf dem des gleich energisch aufrecht erhaltenen Prohibitivsystems ruhen will. Wie sehr damit den Interessen anderer Staaten ins Gesicht geschlagen wird, und wie ernstlich diese daran arbeiten müssen, sich rechtzeitig zu sichern, liegt ja auf der Hand. Jenes Greater Britain, wenn es einmal Wirklichkeit in dem von Chamberlain erstrebten Sinne werden sollte, wird, wie es seine Hände gegen jedermann zu erheben gedenkt, auch jedermanns Hand wider sich haben. Das ist eine unabweisbare Notwendigkeit, und damit ist wohl auch eine der Richtungen angegeben, in denen das 20. Jahrhundert sich wird bewegen müssen. Uebrigens läßt sich, auch vom englischen Standpunkte aus, jene Neubildung des australischen Commonwealth nicht ohne ernste Bedenken betrachten. England hat noch niemals einer seiner Kolonien so viel Freiheit der Bewegung und einen so bedeutsamen Namen verleihen müssen. Es war von jeher Maxime der englischen Politik, als Gouverneure in die australischen Kolonien unbedeutende Leute mit klingendem Namen und einem Stabe unwissender und un-

Digitized by Google

fähiger, aber hochbesoldeter junger Lordschaften zu schicken und im großen und ganzen jenen Kolonien völlig freie Hand zu lassen. Nur wo, wie in der Neu-Guinea-Frage, europäische Verwickelungen drohten, setzte London den Politikern von Sidney, Auckland und Melbourne einen festen Willen entgegen. Diesen aber blieb nichts anderes übrig, als sich zu fügen, weil sie weder über eine Seemacht, noch über eine Armee geboten. Das Verhältnis ruhte eben auf dem Schutz, den man gratis vom Mutterlande erhielt und dessen Kosten dieses nur auf Umwegen, wenn auch in mehr als vollem Umfange wieder einbrachte. Nun hat aber der Chamberlain'sche Imperialismus dafür gesorgt, daß es damit in Zukunft nicht so bleiben kann. Der Anspruch ist erhoben, daß die Kolonien dem Mutterlande in seinen Kriegen durch Stellung von Kontingenten beizuspringen haben; waren es während des Burenkrieges nur Mannschaften, so kann kaum daran gezweifelt werden, daß, wenn die Notwendigkeit eintreten sollte, auch Kriegsschiffe an die Reihe kommen werden, und damit ist der Weg gewiesen, der schließlich zu dem Tage führen muß, an dem die Kolonien des Schutzes nicht mehr bedürfen, den sie heute noch gern entgegennehmen.

Wir wissen nicht, wie weit diese Entwickelung liegt, aber wir wissen, daß sie kommt, und dann wird auch der neue Name der Kolonien seine innere Berechtigung erhalten. Commonwealth nannte sich England, als es ein Staat ohne König und Oberhaus war, in den Jahren Cromwells, und Commonwealth läßt sich wohl nicht anders übersetzen wie „Republik". Da schon seit 1869 kein englischer Soldat sich mehr auf australischem Boden befindet (in Kanada seit 1871 nicht!), Australien aber doppelt so groß ist als der gesamte englische Besitz in Afrika und fast zwanzigmal so groß als die beiden Burenrepubliken, gegen welche England heute seine gesamte Macht fruchtlos aufgeboten hat, leuchtet ein, daß es in der Hand des Commonwealth von Australien liegt, darüber zu bestimmen, wann es ihm vorteilhaft sein wird, sich ganz zu emanzipieren. Der Augenblick tritt ein, entweder wenn Australien den Schutz nicht braucht, oder, und auch diese Möglichkeit erscheint für die Zukunft nicht ausgeschlossen, wenn England ihn nicht mehr zu bieten vermag. Es liegt uns fern, unsern Herrn Vetter jenseits des Kanals mit diesen Möglichkeiten beunruhigen zu wollen. Lord Hopetown, der jetzige

Digitized by Google

Generalgouverneur von Australien, wird seines Amtes walten, bis man ihn abruft, und Mr. Barton, der neue australische Premier-Minister, denkt gewiß nicht daran, die eben geschlossenen Vereinbarungen zu lösen. Aber es giebt in Australien auch eine autonomistische Partei, und der Versuch Chamberlains, ihren Führer, Herrn William Lyné, in die jetzt von Barton eingenommene Stellung zu bringen und dadurch in sein Lager herüberzuziehen, ist kläglich gescheitert; es war nicht möglich, ein Ministerium der Renegaten zu konstruieren, und die Wahl Bartons, die einen Sieg Englands hätte bedeuten müssen, wurde zu einer Niederlage! Gewiß ein Beweis, daß Chamberlain trotz all seiner Erfahrung in großen „Geschäften" noch lange kein großer Staatsmann ist.

So erscheint uns, alles wohl erwogen, die Konstituierung des australischen Commonwealth zunächst nicht im Licht einer politischen Großthat; ob wir dabei richtig sehen, kann freilich nur die Zukunft lehren.

Für England sind mit dem schließenden Jahre an zwei Stellen neue Schwierigkeiten aufgetaucht. In Uganda und Jubaland sind Aufstände ausgebrochen, die gleich zu Anfang schmerzliche Opfer gekostet haben. Der englische Kommissar Jenner ist erschlagen, von seinen 150 Mann sind 35 gefallen, und die ganze Erhebung, die von dem kriegerischen Stamm der Beni Ahmed geführt wird, trägt zudem den auf diesem Boden stets besonders gefährlichen Charakter eines Glaubenskrieges. Die zweite ist ein Konflikt an der englisch-afghanischen Grenze, von dessen Bedeutung wir noch keinerlei Vorstellung gewinnen können und der wahrscheinlich übertrieben dargestellt wird. Immerhin ist jede Verwickelung in Asien für England besonders gefährlich, und es ist daher begreiflich, daß es in Lord Curzon einen seiner bedeutendsten Männer am Platze hat. Es ist aber nicht zu verkennen, daß jeden Tag neue Schwierigkeiten erstehen können, und diese Weihnachten sowie dieses Neujahr sind die sorgenvollsten, die das moderne England erlebt hat. Dem kontinentalen Zuschauer fällt dabei am meisten auf, wie weit die Engländer von einer richtigen Würdigung ihrer Lage entfernt sind. Es geht ihnen in dieser Hinsicht ähnlich wie dem ersten Napoleon, der alle „Ideologie" für eine Art Geisteskrankheit oder aber für Komödiantentum hielt.

Digitized by Google

Man höre z. B. die folgende Tirade aus einem der letzten Leitartikel des Standard: „There must be a strain of obstinacy in the Boer character more stubborn than can be reconciled with belief in their intelligence, if General Botha and his colleagues defer much longer the inevitable submission.“ Solange den Engländern das heldenmütige Kämpfen der Buren um ihre Freiheit und Selbständigkeit nichts anderes ist als eine „Halsstarrigkeit“, die sich mit „gesundem Verstande“ nicht vereinigen läßt, darf allerdings nicht gehofft werden, daß eine Wandlung in der Stimmung der Nation eintritt. Wir sind aber geneigt, zu glauben, daß das englische Volk nicht mehr so denkt, wie die wortführenden Zeitungen schreiben, und werden darin durch die Betrachtungen bestärkt, die das bekanntlich außerordentlich vorsichtige Organ der russischen Diplomatie, das „Journal de St. Petersbourg“, anstellt. Das „Journal“ konstatiert einen Gegensatz zwischen den parlamentarischen Kreisen und dem Lande. Schon würden Stimmen laut, welche die Anschauung vertreten, daß England zwischen zwei Dingen zu wählen habe, entweder müßte es die Unabängigkeit beider Republiken anerkennen, oder die Buren thatsächlich unterwerfen. „Das letztere aber gilt in diesen Kreisen nicht als durchführbar, oder doch nur unter Anstrengungen von nicht abzusehender Dauer.“ Auch wir sind der schon vor Monaten ausgesprochenen Meinung, daß England im eigenen wohlverstandenen Interesse einen Kompromiß mit den Buren schließen müßte. Die Selbständigkeit der keineswegs ganz unterworfenen nördlichen Gebiete würde dabei eine Mindestforderung der Buren darstellen; versäumt England den rechten Zeitpunkt, so kann es leicht in die Lage kommen, ihn überhaupt nicht wiederkehren zu sehen. Wir zweifeln nicht daran, daß es stark genug ist, im Laufe der Zeit eine völlige Unterwerfung zu erzwingen, aber doch nur unter Opfern, die dem unsicheren Gewinne nicht entsprechen, und unter der einen Voraussetzung, daß ihm alle Verwickelungen mit einer der großen Mächte erspart bleiben. Zu den bösen Schwierigkeiten, die an der Frage des Nicaragua-Kanals hängen, sind jetzt die alten Streitigkeiten wegen des French Shore auf New-Foundland gekommen. Auch hier ist es eine autonome Kolonie, die der großen Politik Englands Schwierigkeiten bereitet. Bekanntlich ist das Streitobjekt ein beinahe komisches. Es betrifft das durch

Digitized by Google

den Utrechter Frieden den Franzosen gesicherte Recht, an dem sog. French Shore Fischfang zu treiben. Bei Abschluß des Vertrages wurde an dieser Küste noch der Stockfisch gefangen. Der hat es aber seither vorgezogen, auf den großen Sandbänken bei New-Foundland zu laichen und am French Shore werden heute nur noch Hummer gefangen. Der Streit geht nur darum, ob der Hummer ein Krebs oder ein Fisch ist. Die Franzosen berufen sich darauf, daß es im Vertragsinstrument ausdrücklich heißt shell-fish, und daß im Englischen damit der Krebs bezeichnet wird. Die Newfoundländer Fischer wollen aber auf diese feine Distinktion nicht eingehen und so scheint jede Verständigung ausgeschlossen. Man lebt von verlängerten Provisorien. Nun wäre Frankreich bereit, auf seine Rechte zu verzichten, aber nur gegen Kompensationen, wobei speziell an Hinterindien gedacht wird. Darauf will aber England nicht eingehen, und ein Konflikt wird unvermeidlich, sobald einmal die Newfoundländer Fischer Gewalt brauchen und den Franzosen beweisen, daß der Hummer kein Fisch ist. Selbstverständlich werden weder England noch Frankreich Neigung haben, sich wegen der Hummern in die Haare zu fahren, aber hinter den Hummern stehen die Verträge, und die können nur durch neue völkerrechtliche Vereinbarung beseitigt werden.

Mit dem neuen Jahre hat Rußland in Bombay einen Berufskonsul eingesetzt, während bisher es nur einen russischen Konsularagenten in Aden, einen Vizekonsul in Colombo und einen Konsul in Singapore hatte. Das neue Konsulat ist von der russischen Presse mit außerordentlichem Jubel begrüßt worden, wohl weniger, weil davon wirtschaftliche Vorteile (speziell für den Handel mit grünem Thee) erwartet werden, als weil das offizielle Rußland zum erstenmal auf diesem Boden eine Vertretung gefunden hat, die ihm besser, als es bisher möglich war, einen Einblick in die inneren Verhältnisse des Anglo-Indischen Reiches gewähren wird.

Frankreich tritt nicht unter günstigen Aspekten in das neue Jahr. Zu der wieder auflebenden Affäre und den steigenden Gegensätzen zwischen Militär- und Zivilregierung tritt der Kampf mit dem Klerus. Nach dem Interview, das Papst Leo XIII. dem bekannten französischen Journalisten Henry de Houx (vom „Matin") gewährte, hat der greise Pontifex es für nötig gehalten, ein Schreiben an den französischen Kardinal Richard zu richten, das dann, offen-

Digitized by Google

bar auf Wunsch Leos XIII., in der „Croix“ veröffentlicht worden ist. Bei aller Schonung in der Form erhebt der Papst doch sehr bittere Anklagen gegen die gegenwärtige französische Regierung, und da diese sich bereits so weit gebunden hat, daß sie nicht mehr zurück kann, ist kaum abzusehen, wie sich ein in seiner Wurzel giftiger Kampf wird vermeiden lassen.

Am merkwürdigsten vielleicht ist der Pessimismus mit welchem die russische Presse die französischen Zustände beurteilt. Zu dem vielbesprochenen Artikel der „Nowoje Wremja“, den der Kriegsminister André als ein nationalistisches Kuckucksei abzuthun bemüht war, sind weitere Stimmen getreten, die außerhalb jedes Verdachtes stehen. Wir denken dabei namentlich an einen Leitartikel der Petersburger „Wjedomosti“ vom 28. Dezember, „Frankreich und die dritte Republik“, der es ganz direkt ausspricht, daß Frankreich vor der Schicksalsfrage stehe, ob die Republik sich weiter behaupten könne. „Die Ausstellung ist geschlossen und damit hat auch die Aera der Beruhigung ihr Ende gefunden. Die politischen Leidenschaften sind wieder lebendig geworden, und nicht nur die Affäre Dreyfus mit ihren Annexen, sondern auch andere Fragen treten wieder in den Vordergrund. So die Frage der Armeereform, des Volksschulwesens, der geistlichen Kongregationen, der Beziehungen zur Kurie“. Man könne nicht mehr übersehen, daß eine der Regierung feindselige Stimmung in der Armee Wurzel gefaßt habe und systematisch bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht werde. Welche Garantie habe die dritte Republik dagegen, daß nicht ernsthafte Bewegungen in der großen Armee stattfinden, deren Offiziere sich an ein republikanisches Treiben gewöhnt hätten? „Durchaus gar keine“. Und nun habe die der Armee nicht sichere Republik den Kampf mit den Klerikalen aufgenommen. Das sei ein Unternehmen, das über die Kräfte des Ministeriums Waldeck-Rousseau gehe. „Bei den gegenwärtigen Verhältnissen läßt sich auch für die nächste Zukunft Frankreichs keine Bürgschaft leisten, und wenn heute ein politischer Prophet erstünde und den Fall der dritten Republik voraussagte, würde er niemanden in Erstaunen, wohl aber viele in Schrecken versetzen.“

Der gewiß zu beachtende Leitartikel schließt: „Im Interesse des europäischen Friedens muß man besonders die Erhaltung des status

Digitized by Google

quo in Frankreich wünschen. Ein Staatsstreich könnte die gefährlichsten Folgen für Europa haben. Geht die Macht aus den Händen der friedlichen dritten Republik in die eines der Prätendenten über, so steht ein europäischer Krieg unmittelbar bevor, weil ein Staatsstreich nur durch eine gewagte auswärtige Unternehmung seine Rechtfertigung finden kann. Das französische Volk hat sich an den Frieden gewöhnt, aber es giebt im Lande eine starke Partei, welche mit Ungeduld darauf wartet, daß ihre Stunde schlägt.

Von der Weisheit, Kaltblütigkeit und Voraussicht der französischen Regierung hängt es ab, diese Stunde abzuwenden oder hinauszuschieben. Alle Agitatoren, die das hindern, begehen ein Verbrechen an ihrem Vaterlande und seinen Interessen."

Wir können diese Ausführungen Wort für Wort unterschreiben und meinen es damit um so aufrichtiger, als uns bekannt ist, daß es in Rußland weite Kreise giebt, welche die Entwickelung, die das Organ des Fürsten Uchtomski zu perhorreszieren scheint, sehnlichst herbeiwünschen.

Unsere Leser werden selbst erwägen, ob diese Weltlage eine politische Entfremdung zwischen Deutschland und England wünschenswert erscheinen läßt.

Digitized by Google

9. Januar 1901.

Langsam mehren sich die Anzeichen, daß die chinesische Krisis einer Lösung naht, welche die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den alliierten Mächten einer- und der chinesischen Regierung andererseits, als möglich erscheinen läßt. Es ist schwer, sich bestimmter auszudrücken, da allen Meldungen aus China ein „Wenn" oder „Aber" anzufügen ist. Wir sind über die Machtverhältnisse der Parteien am chinesischen Hofe, auf die es doch vor allem ankommt, absolut garnicht unterrichtet und können daher unliebsame Ueberraschungen keineswegs als ausgeschlossen betrachten. Die offenbar ernst zu nehmende Erkrankung Li-Hung-Tschangs kommt als weiteres erschwerendes Moment hinzu, und nebenbei spielen die Eifersüchteleien und Interessengegensätze der Alliierten mit. Auch wird Europa nicht weniger erfreut sein als China, wenn diese Tragödie mit dem endlichen Abzug der Truppen ihr Ende gefunden haben wird. Aber bis dahin dürften doch noch Monate hingehen, und als unerläßliche Folge der Dinge, die nun einmal geschehen sind, ist eine Verstärkung derjenigen militärischen Positionen zu erwarten, welche die einzelnen Mächte in ihren Pfandgebieten und Konzessionen einnehmen. In Schantung werden wir uns ohne Zweifel auch nach hergestelltem Frieden in einer Defensivstellung zu behaupten haben, die den Chinesen die Luft nimmt, es mit einem neuen Abenteuer zu versuchen, und uns die friedliche Durchführung der in Angriff genommenen Erschließung der nächst anstoßenden Gebiete ermöglicht. Das kann als selbstverständlich angesehen werden, weil es absolut notwendig ist, und die übrigen Mächte werden nicht anders handeln können. Der russisch-chinesische Vertrag über die

Digitized by Google

Verwaltung der Provinz Fongtien dürfte aus analogen Erwägungen zu erklären sein und darf keineswegs als eine dauernde Okkupierung dieses Teiles der Mandschurei betrachtet werden. Das ergiebt sich schon daraus, daß Rußland das deutsch-englische Abkommen acceptiert hat und selbstverständlich politisch zu klug ist, um sich schon jetzt in Gegensatz zu demselben zu stellen. Auch widerspräche es den Plänen, welche Rußland in China verfolgt, und die sich kurz dahin zusammenfassen lassen, daß es unter Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zu China, sich die Durchführung seiner Eisenbahnpolitik sichern will. Wir dürfen nicht vergessen, daß nächst dem Gesandten Giers, auch Fürst Uchtomski beim Abschluß dieses Vertrages stark beteiligt ist, und daß sein Programm nicht Annexion chinesischen Gebietes, sondern ein russisch-chinesisches Bündnis ist. Sobald wir den offiziellen Text dieses Vertrages vor uns haben werden, wird das alles klar zu Tage treten. Die Entrüstung, mit der französische Blätter, speziell der „Temps", die angebliche „Annexion" der Mandschurei denunzieren, hat den sehr durchsichtigen Zweck, einen Konflikt zwischen der russischen Politik und der deutsch-englischen aufzubauschen, gewiß nicht den, der Regierung Unbequemlichkeiten zu verursachen. Es läßt sich vielmehr mit Sicherheit vorhersehen, daß der „Temps" über kurz oder lang mit der Erklärung hervortreten wird, daß die russische Politik einen neuen, großen Sieg errungen habe. Das aber kann uns gleichgültig sein. Gegen die Durchführung der sibirischen Bahn und ihrer Abzweigungen hat Deutschland von vorn herein keine Einwendungen erhoben, vielmehr kann es uns nur recht sein, wenn Rußland seine Stellung im fernen Osten ausbaut und sichert. An diesem Punkte kreuzen sich unsere Wege nicht, und wir haben schon neulich ausgeführt, daß England de facto seinen Absichten auf Beherrschung des Golfes von Petschili entsagt hat. Die einzige Macht, die hier als Rivale Rußlands erscheint, ist Japan, das zur Zeit ebenfalls nicht daran denkt, an den chinesischen Konflikt einen neuen anzuknüpfen. Marquis Ito wird voraussichtlich darauf ausgehen, nach hergestelltem Frieden dem japanischen Einfluß in Peking eine bleibende Stätte zu sichern. Wie weit er dabei die Interessen seines Landes mit den russischen vereinbar findet, bleibt abzuwarten. Kurz, wir glauben nicht, daß diese chinesischen Dinge ernst zu nehmende

Digitized by Google

Differenzen unter den Alliierten zur Folge haben werden, wenn auch gewiß noch unerquickliche Erörterungen und Abrechnungen bevorstehen. In Deutschland ist der Wunsch nach einem definitiven Abschluß ganz außerordentlich lebhaft. Es steht ja in Zusammenhang mit dem Ursprung des Konflikts, daß der Kampf mit großer Erbitterung geführt worden ist. Die Kriegsweise und die unmenschliche Grausamkeit der Boxer nicht nur, sondern auch der regulären chinesischen Truppen, hat Repressalien notwendig gemacht, deren Härte man bedauern muß, die aber gewiß nicht den Charakter tragen, den die Soldatenbriefe des „Vorwärts" zeigen. Aber es ist doch wohl nützlich, darauf hinzuweisen, daß diese Briefschreiber entweder selbst Parteigenossen des „Vorwärts" sind, oder doch ihre Nächsten, unter deren erziehender oder verziehender Hand sie erwachsen sind, in den Kreisen der Sozialdemokratie haben. Andere Leute schicken bekanntlich ihre Briefe dem „Vorwärts" zur Publikation nicht zu. Danach dürfte wohl der Schluß berechtigt sein, daß die Vorwürfe, die der „Vorwärts" gegen den Geist unserer Armee erhebt, nicht diese trifft, sondern vielmehr die sozialdemokratischen Elemente in der Armee. Wir sind durchaus dafür, daß gegen Roheiten und Unmenschlichkeiten mit allem Nachdruck vorgegangen wird, weisen aber mit Entrüstung den Vorwurf zurück, daß die Armee als solche eine Mitschuld an diesen vorläufig noch nicht erwiesenen Ausschreitungen trägt.

In Südafrika haben inzwischen die Dinge eine Wendung genommen, die den Engländern die Freude an ihren Weihnachts- und Neujahrstagen gründlich verdorben hat. Nicht mehr Transvaal und Oranje-Republik tragen die Last des Krieges, sondern das Kapland. Das Afrikaander-Element beginnt sich den kämpfenden Buren anzuschließen und es will uns scheinen, daß diese Bewegung im Zunehmen, nicht in der Abnahme ist. England fühlt sich genötigt, nochmals an seine Kolonien zu appellieren, und in Australien hat es, zunächst wenigstens, Gehör gefunden. Aber Kanada, wo bei den letzten Wahlen das französische Element, das als burenfreundlich bezeichnet werden kann, einen entschiedenen Sieg davongetragen hat, zeigt keinerlei Neigung, neue Opfer zu bringen, und so hat Lord Kitchener zu dem nicht unbedenklichen Ausweg gegriffen, die Kapkolonie selbst zu den Waffen zu rufen. Bisher ist der Erfolg nur

Digitized by Google

gering, und selbst aus den Berichten englischer Zeitungen geht hervor, daß es schlechtes, gänzlich ungeschultes Material ist, das aus dieser Quelle dem englischen Heere zufließt. Aber wie beschämend ist doch die Thatsache, daß die 200000 Mann regulärer Truppen, die heute auf afrikanischem Boden stehen, den wenigen Tausend Buren nicht gewachsen sind, so daß eine neue Sendung von 50000 Mann in Sicht genommen werden mußte. Auch eine Neuorganisation der gesamten Verwaltung Südafrikas hat sich als Notwendigkeit erwiesen. Der in der Kapkolonie tödlich verhaßte Sir Alfred Milner ist, unter Wahrung seiner Stellung als High Commissioner, seiner Stellung als Gouverneur des Kaps enthoben und zum Gouverneur von Transvaal und der Oranje-River Colony ernannt worden. Seine nächste Aufgabe wird wohl sein, zu beweisen, daß es in diesen „Kolonien" eine Stätte giebt für eine englische Regierung. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er seine Residenzen je nach dem Verlauf der militärischen Ereignisse wird wechseln müssen. An Milners Stelle im Kap ist der frühere Gouverneur von Natal, Sir Walter Francis Hely-Hutchison, getreten, während für Natal ein früherer Militär, Sir Henry Edward McCallum, bisher Gouverneur von New Foundland, ernannt worden ist. Endlich ist ein Major Hamilton John Goold-Adams zum stellvertretenden Gouverneur der Oranje River Colony erhoben worden. Daß für Natal und Oranje-Staat Offiziere genommen worden sind, weist wohl darauf hin, welchen Charakter man der Regierung in jenen Gebieten zu geben gedenkt. Ueberhaupt wird man sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß die englische Regierung sich in arger Bedrängnis fühlt. Die Zeitungen sind voller Ratschläge, bald hochtrabend, bald kleinlaut, nur zu dem einen will man sich nicht entschließen, den Buren das Maß von Selbständigkeit zuzugestehen, mit dem sie sich zufrieden geben können. Wir haben gleich zu Beginn des Krieges darauf hingewiesen, daß die gewaltsame Unterwerfung der Buren für die Zukunft Englands die allergefährlichste Wendung bedeutet. Heute steht uns diese Ueberzeugung noch fester. Die Kinder und Enkel der Burengeneration, die diesen Krieg überlebt, können nicht vergessen, was geschehen ist, und können es auch nicht vergeben. Erzieht, wie nur zu wahrscheinlich geworden ist, England eine ähnliche Gesinnung bei den Afrikaandern des Kap-

Digitized by Google

landes, so bedeutet das für eine Zukunft, deren Jahreszahl sich nicht vorher bestimmen läßt, den Verlust Süd-Afrikas für England. Solche Behauptungen lassen sich natürlich nicht beweisen. Es ist historisch-politische Intuition, nach der das Urteil sich bildet, und es steht jedermann frei, sich ein anderes Zukunftsbild zu konstruieren. Uns ist eben jetzt ein sehr merkwürdiges und für England glänzendes Bild in einer Rede vorgeführt worden, die der Herzog von Bedford auf einem Festmahl zu Ehren eines jungen Lords Alwyne Compton gehalten hat, der als Freiwilliger in Südafrika gegen die Buren gefochten hat.

Der Herzog wies auf die große Rolle hin, welche die Freiwilligen während des Krieges gespielt haben. Er warf dabei die Frage auf, ob es recht und weise sei, wenn ein Staat auf die freiwillige Hingabe einzelner und auf die Mildthätigkeit von Privatpersonen baue, um die ihm zufallenden Aufgaben zu lösen? Die Thätigkeit all der freiwilligen Komitees, die seit dem Krimkriege in die Sphäre des Kriegsministeriums eingriffen, habe, recht betrachtet, das Unheil verschuldet, das England während des südafrikanischen Krieges erfahren habe. Es sei unerläßlich, daß die Nation einen Einblick erhalte in die Thätigkeit des Kriegsministeriums vor Beginn des Krieges. Nicht um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sondern um zu erkennen, wo der Fehler stecke. Erst wenn man in diesem Punkte klar sehe, könne an eine Reform gedacht werden. Nun sei Lord Wolseley seiner Stellung als Oberkommandierender in Südafrika enthoben, und man erwarte, daß er offen reden werde. „Der erste Schritt, um die Armee der Zukunft zu bilden, ist ein korrektes Bild der militärischen Bedürfnisse des Reichs und die genaue Angabe der Zwecke, denen diese Armee dienen soll. Vor dem südafrikanischen Kriege war es ein Glaubensartikel, daß das Schicksal des Reichs entweder durch eine Seeschlacht oder im schlimmsten Fall durch eine Schlacht auf englischem Boden entschieden werden müsse. Die jüngsten Erfahrungen haben aber gezeigt, daß eine solche Entscheidungsschlacht aller Wahrscheinlichkeit nach weder zur See noch in England, sondern in Afrika, Asien oder auf einem andern Kontinent geschlagen werden wird. Daraus folgt das unabweisliche Bedürfnis, das Schema für eine Verteidigung des Gesamtreiches zu finden" (scheme of Imperial defence). Daß die

Digitized by Google

Kolonien dabei mitwirken müßten, leuchte sofort ein. „Wenn wir eine Reichs-Armee (Imperial Army) haben, und wir müssen sie haben, so ist es unerläßlich, wenn anders es nicht eine Armee auf dem Papier sein soll, daß sie von Zeit zu Zeit versammelt wird, um im Felddienst geübt und zur Kameradschaft erzogen zu werden.“ In England könne es nicht geschehen, es fehle dazu an Raum, und würde zu einer Farce führen, die in eine Tragödie ausmünden könnte. „Wo also soll die Reichsarmee der Zukunft für den Kriegsdienst trainiert werden? Doch auf dem Boden, auf dem die Reichsarmee heute steht, und auf dem allezeit starke Garnisonen beizubehalten sein werden! Südafrika liegt nahe von Indien und vom großen Orient; es ist nicht weit von Egypten und vom Mittelmeer; es liegt auf halbem Wege nach Australien und Neu-Seeland, es ist nicht unerreichbar von Kanada. Das Klima ist herrlich, der Raum für Uebungen und Manöver unbegrenzt. Endlich würde die Konzentration der Reichsarmee zu Felddienstübungen in Südafrika unser Transportsystem für Kavallerie, Artillerie und Infanterie vervollkommnen und uns die Schnelligkeit der Bewegung verleihen, welche die Verteidigung des Reiches absolut erfordert.“ Der Herzog schloß seine Rede mit dem Ausdruck seiner ernsten Hoffnung, daß die Niederlagen, Fehler und Demütigungen der letzten Monate zu einem umfassenden Plan der Reichsverteidigung führen werden.

Man wird nicht verkennen, daß die Idee des Herzogs von Bedford in der That groß gedacht ist, und daß ihre Verwirklichung die Macht Englands ins Ungeheure steigern würde. So sehr, daß eben aus dieser Steigerung eine Gefahr entstehen könnte, zunächst für die übrigen afrikanischen Mächte, dann aber wohl für jedermann in der Welt, England mit eingeschlossen. Für ausführbar aber halten wir ihn nicht. Ganz abgesehen von den ungeheueren Kosten eines solchen Systems, setzt es eine Einmütigkeit der Gesinnung zwischen Mutterland und Kolonien voraus, die wohl in Tagen der höchsten Not zu finden sein dürfte, schwerlich aber in ruhigen Zeiten. Die Reichsarmee läßt sich zudem nicht improvisieren, am wenigsten zu einer Zeit, da englische Interessen an anderen Punkten des „Imperiums“ gefährdet sind. Endlich liegt dabei die große Gefahr für England vor, daß es zeitweilig selbst fast schutzlos dasteht, während seine Truppen sich im Caroo tummeln. So scheint uns der Plan

Digitized by Google

des Herzogs von Bedford mehr ein patriotischer Traum als ein ernst zu nehmender Reformgedanke zu sein. Ganz unbeachtet darf er jedoch nicht bleiben, und auch bei uns wird man gut thun, genau zu verfolgen, in welcher Weise Lord Roberts „of Khartum and Durban" die Reform der englischen Armee angreifen wird. Mit der „Imperial Army" aber hat es zunächst noch gute Weile.

Die Wahlen der fünften Kurie in Oesterreich haben den Beweis erbracht, daß die nationalen Gegensätze sich in keiner Weise abgestumpft haben, und wir sehen nicht, wie unter diesen Umständen das parlamentarische System sich wird behaupten lassen. Schließlich geht doch die Frage der staatlichen Existenz allen übrigen vor, und nachdem alles erschöpft ist, um die Parteien zu einigen, könnte der Kaiser Franz Josef doch zum Schluß gelangen, daß die Rückkehr zum absolutistischen Regiment als letzter Ausweg übrig bleibt. Man braucht dabei nicht an den bildungsfeindlichen Metternichschen Absolutismus zu denken, der würde einen Rückschritt bedeuten und eine Gefahr in sich schließen; wohl aber an den aufgeklärten Absolutismus, wie ihn Josef II. ausübte und wie er den Bedürfnissen des heutigen Oesterreich meist entspricht. Mit slavischen Völkern, das bestätigt die Erfahrung immer aufs neue, läßt sich parlamentarisch nicht arbeiten. Es giebt kein Beispiel dafür, daß die Rasse dieses System erträgt. Daraus sollten auch die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Wir glauben nicht, daß es einen andern Weg giebt, um Oesterreich aus dem jetzigen unleidlichen politischen Wirrwarr zu retten.

Die Agitation des makedonischen Komitees in Bulgarien dauert nicht nur fort, sondern wird täglich gefährlicher. Jetzt ist auch Griechenland genötigt, Klage zu führen, und Herr Sarafow, der noch immer unbehelligt in Sofia sein Wesen treibt, droht ungestraft mit neuen anarchistischen Freveln. Es ist wahrhaft erstaunlich, daß Fürst Ferdinand diesem Treiben zuschaut, ohne auch nur das Geringste zu thun, um hier einzugreifen. Neuerdings geht durch die russische Presse das Gerücht von einer werdenden montenegrinisch-bulgarisch-serbischen Allianz. Trotz des Abkommens, das 1897 mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossen wurde und dem eine solche Allianz strikt widersprechen würde, fassen die russischen Zeitungen sie sympathisch an. Aber es ist uns sehr zweifelhaft, ob die russische Re-

Digitized by Google

gierung denkt wie sie. Herr Witte, dem eben wieder ein Anleiheversuch mißglückt ist, hat gewiß keine Neigung dazu, und ebenso halten wir an der Ueberzeugung fest, daß Graf Lambsdorff (der nunmehr das Ministerium des Auswärtigen voll übernommen hat) und Kaiser Nikolaus II. den Frieden auf der Balkanhalbinsel gewahrt wissen wollen. Die Gefahr liegt trotzdem vor, daß die bulgarischen Desperados auf eigene Faust ein Abenteuer provozieren.

In hohem Grade bedenklich erscheint uns auch der stetig steigende Größenwahn Belgiens, das mit seinem unersättlichen Jagen nach vorteilhaften Geschäften überall unbequem geworden ist. Die letzte Rede des Königs klingt wie die des Chefs eines großen Bankhauses, nicht wie die eines Königs; das Eintreten Belgiens in die chinesischen Verwickelungen wirkt nur störend, und die zunehmende Demokratisierung des politischen Lebens muß allmählich dahin führen, daß die leitende Stellung im Lande der Sozialdemokratie zufällt. Sie hätte dann Gelegenheit zu zeigen, wie sie ihren Zukunftsstaat konstruieren will. Wir hätten nichts dagegen, wenn es nur möglich wäre, für die Dauer des Experiments Belgien zu isolieren. Da aber dieser parlamentarische Musterstaat nicht auf einer weltentlegenen Insel, sondern an den Eingangspforten des Kontinents liegt, würden wir es vorziehen, wenn die Mammonswirtschaft, welche dort die Sozialdemokratie förmlich züchtet, durch ein anderes System abgelöst werden könnte.

Digitized by Google

13. Jan. Unterzeichnung der Friedenspräliminarien durch die chinesischen Unterhändler.
14. Jan. Veröffentlichung des russischen Budjets. — Niederlage der Klerikalen im franz. Parlament.
18. Jan. Abschluß der Wahlen zum österr. Reichsrat.
20. Jan. Eintreffen Kaiser Wilhelms in London.

23. Januar 1901.

Die Feier des 18. Januar hat auch das Ausland veranlaßt, seine Betrachtungen der Geschichte des preußischen Königtums zuzuwenden. Wir können uns mit der Würdigung, die der aufsteigenden Kurve unserer Geschichte zu Teil geworden ist, wohl zufrieden geben. Ueberall wird anerkannt, daß es die Kombination der Thätigkeit eines Herrscherhauses von ungewöhnlichen Gaben mit der Kraft einer opferwilligen, arbeitsamen und geistig fortschreitenden Bevölkerung war, die unter wenig günstigen äußeren Bedingungen so Außerordentliches erreichte. Auch wird nicht bestritten, daß gerade das letzte Decennium jene Aufwärtsbewegung mächtig gefördert hat, und daß eine Kontinuität solcher Entwickelung als das Wahrscheinliche angesehen werden müsse. Nur in einem Teil der französischen und der russischen Presse sind, wie nicht anders zu erwarten war, andere Stimmen laut geworden. Das „Journal des Débats" hält es für nötig, recht nachdrücklich festzustellen, daß Preußen und Deutschland verschiedene Begriffe seien. Die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. habe das gezeigt, und die durch den Bruderkrieg von 1866 erzwungene Einigung wäre unnötig gewesen, wenn man rechtzeitig die Wünsche des Frankfurter Parlaments erfüllt hätte. Gegen diese Geschichtsauffassung läßt sich natürlich nicht polemisieren, da sie auf völliger Verkennung politischer Thatsachen ruht, deren Kenntnis man bei einem ernsten Blatt, wie das „Journal des Débats", wohl hätte erwarten dürfen. Schon wenn Herr Alcide Ebray, der Verfasser des Artikels, sich dessen erinnert hätte, daß die Einigung Deutschlands erst 1870 perfekt wurde, hätten sich ihm andere

Digitized by Google

Schlüsse aufgedrängt, vielleicht auch der, daß ein auf dem Fundament dieser Frankfurter Resolutionen aufgerichtetes deutsches Kaisertum den französischen Krieg niemals hätte führen können, und Preußen dann aller Wahrscheinlichkeit nach der Mittelstaat geblieben wäre, der als halber Vasall Rußlands oder Oesterreichs angewiesen war, eine den Nachbarn freilich sehr bequeme Bescheidenheit zu kultivieren. Eine andere These stellt der Fürst Uchtomski in den „Pet. Wjedomosti" auf.

„Preußen, sagt er, war, bevor es Königreich wurde und ebenso nachher kein Volk, keine Nation, sondern ein Militärstaat. Man kann nicht verkennen, daß nur dem unbedingt treuen Festhalten an diesem seinem historischen Beruf, Preußen sein rasches Auffsteigen und den schließlichen Triumph dankt, der es zum Haupt Deutschlands machte. Darin liegt seine Stärke und seine Schwäche. Was würde aus Preußen werden, wenn man ihm seine Armee und seine straff disciplinierte Bureaukratie nähme? Es würde in seine Bestandteile auseinanderfallen. Friedrich II. und sein Nachfolger haben 1772 und 1793 einen bedeutenden Teil Polens erworben. Seither sind über 100 Jahre hingegangen, und die Polen entrissenen Provinzen sind noch immer polnisch und dem Katholizismus treu geblieben. Alle Versuche, sie zu germanisieren, hatten keinen Erfolg. Bismarck, der Vieles dazu gethan hat, starb in der Ueberzeugung, daß die Aufgabe unlösbar ist. Weshalb? Weil, wir wiederholen es, Preußen nie ein Volk, sondern nur ein Staat war."

Wir unterbrechen diese Ausführung mit der Gegenfrage, was wohl aus Rußland und überhaupt aus jedem beliebigen Staat werden würde, wenn man ihm seine Armee und seine Beamten nehmen wollte, und weshalb wohl Rußland, das seine rein polnischen Provinzen genau ebenso lange besitzt wie wir, die zu ihm gehörenden Polen nicht hat russifizieren können, obgleich es doch zu ganz anders draftischen Mitteln gegriffen hat als wir?

Fürst Uchtomski führt nun des weiteren aus, daß auch die Kriegspolitik Bismarcks in der Preußen fehlenden Nationalität ihre Erklärung finde. Daher sei das gegenwärtige Jubiläum vor allem ein Militär-Jubiläum, und Preußen werde noch heute von den übrigen deutschen Staaten als undeutsch betrachtet und nicht geliebt. Preußen habe einige andere deutsche Staaten, wie Hannover und Hessen, zwar „verschlungen", und den Dänen Schleswig-Holstein

Digitized by Google

entrissen, aber das seien nur territoriale Erwerbungen, welche die nationale Einheit nicht gefestigt hätten. Das deutsche Volk sehe mißtrauisch auf diesen Staat, der ein Gemisch slavischer, littauischer und finnischer Elemente darstelle u. s. w." Auch hier fällt es schwer, einige Gegenbemerkungen zu unterdrücken. Wie steht es denn mit der nationalen Einheit Rußlands? Stellt es nicht das bunteste Völkergemisch Europas dar, das keineswegs zu einem Ganzen assimiliert ist! Tataren, Finnen, Letten, Littauer, Polen, Kleinrussen, Schweden und Deutsche bilden doch nicht etwa eine Nationalität? Sie alle sind im Lauf der Zeit von den auf überwiegend finnischer Grundlage erwachsenen Großrussen „verschlungen" worden und tragen dem „Moskowiter" gewiß weniger „Liebe" entgegen als der Süddeutsche dem Norddeutschen. Was aus den verschiedenen Nationalitäten und Staatensplittern werden würde, aus denen das heutige Rußland sich zusammensetzt, wenn man ihnen die Freiheit ließe, über sich selbst zu bestimmen, überlassen wir den „Wjedomosti" auszumalen. Gewiß wäre der Ausgang ein anderer, als ihn ein Votum der deutschen Stämme in analogen Verhältnissen ergeben würde.

Für ganz unbedenklich aber halten wir die Verbreitung derartiger falscher Auffassungen weder in Frankreich, noch in Rußland. Hier wie dort werden darauf thörichte Zukunftsträume gegründet, die ein Bewußtsein ruhiger Weiterentwickelung in friedlicher Kulturarbeit nicht aufkommen lassen. Russischerseits ist die Stimmung bereits so erhitzt, daß die gelegentlichen Paroxismen, in welche die „Nowoje Wremja" zu verfallen pflegt, wenn sie von Deutschland redet, einen immer weiteren Widerhall finden. Eben jetzt liegt uns ein neues Beispiel dafür vor. Das „Journal des Débats" vom 16. Januar hatte berichtet, daß die Deutsche Bank im Verein mit der Banque Ottomane von der türkischen Regierung die Konzession zum Bau der Bagdadbahn und zur Fortsetzung derselben an den persischen Meerbusen erhalten hätten. Die türkische Regierung habe ihnen dabei gestattet, sich gegen Anfälle der räuberischen Kurden und Araber in ähnlicher Weise zu schützen, wie Rußland die Eisenbahn schütze, die durch die Mandschurei führt. „Wir müssen offen gestehen — ruft die „Nowoje Wremja" aus — daß wir eine solche Dreistigkeit selbst von den germanischen Kulturträgern nicht erwartet

Digitized by Google

hätten. Man muß einen ungewöhnlichen Grad von Unverfrorenheit besitzen, um eine Parallele zwischen der Mandschurei und Kleinasien zu ziehen und zu glauben, daß Deutschland in dem letzteren gleiche Rechte besitze, wie Rußland in der ersteren." Es schließt sich hieran eine langstielige Ausführung, die darin gipfelt, daß Rußland wohlerworbene Rechte auf Kleinasien habe. Offenbar wolle Deutschland das Beispiel nachahmen, das England in Egypten gegeben habe. „Nein! es ist Zeit, den deutschen „Kulturträgern" zuzurufen: Nun ist es genug! Keine andere Frage soll unsere Aufmerksamkeit von dem nahen Orient ablenken. Es ist nicht möglich, noch weiter zu übersehen und nachzugeben, sonst werden wir in Zukunft teuer dafür zahlen müssen. Leider ist an der Bagdadbahn die Banque Ottomane, d. h. das französische Großkapital, interessiert und offenbar deshalb sagt das „Journal des Débats", daß diese Unternehmung nicht nur eine ausschließlich deutsch-türkische Angelegenheit sei, sondern in vieler Hinsicht auch die Sympathie und das Interesse Frankreichs errege. Diese Sympathien haben aber bereits ihren Ausdruck gefunden, da ohne die Unterstützung des französischen Botschafters in Konstantinopel die Deutsche Bank ihren Sieg schwerlich errungen hätte. „Dieses Verhalten der Regierung einer befreundeten und verbündeten Macht, in einer Frage, welche die wichtigsten Lebensinteressen Rußlands aufs lebhafteste berührt — muß uns betrüben. In Frankreich soll man sich dessen erinnern, daß Kleinasien ein Teil jenes „nahen Orient" ist, den zu gewinnen Rußland so viel geblutet und gelitten hat. Die Opfer, welche für alle Zeit die Schicksale Elsaß-Lothringens mit dem Nationalgefühl Frankreichs verbunden haben, reichen lange nicht an die Opfer heran, die wir im Lauf unserer Geschichte für Kleinasien gebracht haben. Auf das faktische Uebergewicht in Kleinasien verzichten, heißt zugleich die leitende Stellung in der Balkanhalbinsel preisgeben, das heißt auf alles verzichten, was von jeher unsere historische Mission war."

Dieser Leitartikel soll offenbar ein zweiter Verweis für die französische Regierung und eine Drohung an die Adresse Deutschlands, für die Türkei aber die Ankündigung des ihr von Rußland bevorstehenden Schicksals sein, und es wäre schlimm, wenn die Redaktion der „Nowoje Wremja" in der Lage wäre, die politischen Blitze, die sie Tag für Tag schmiedet, im Namen des offiziellen

Digitized by Google

Rußland gegen die Gegner zu schleudern, die sie in einer Art Verfolgungswahn sich überall konstruiert. Rußland stände dann längst mit aller Welt im Kriege. Auch wissen wir nicht, daß das offizielle Rußland je einen Anspruch auf den leitenden Einfluß in Mesopotamien erhoben hätte, das die „Nowoje Wremja" merkwürdigerweise zu Kleinasien rechnet. Man wird in Konstantinopel wenig erbaut sein von dieser Theorie, und sich vielleicht auch in Frankreich erinnern, daß es früher einmal eine französische Orientpolitik gegeben hat, die sehr ernst genommen wurde. Die Bagdadbahn aber ist ein Unternehmen ausschließlich wirtschaftlichen Charakters, das trotz des Zornes, mit dem Herr Ssuworin droht, durchgeführt werden wird, auch gegen seinen Willen, und unter den Vorsichtsmaßregeln, die sich aus den örtlichen Verhältnissen als notwendig ergeben.

Uebrigens beginnen auf der Balkanhalbinsel, in der Herr Ssuworin ja auch die leitende Stellung beansprucht, die Dinge einen immer weniger erfreulichen Charakter anzunehmen. In Makedonien haben wieder neue Morde stattgefunden, der Ausgleich zwischen Rumänien und Bulgarien ist nicht erfolgt, in Serbien versucht König Milan, eine Bewegung gegen seinen Sohn, den König, zu organisieren, während dieser sich in der Thronrede förmlich von dem Manne lossagt, der doch immerhin sein leiblicher Vater ist; und auch die nicht zu verkennende politische Annäherung, die zwischen Serbien, Bulgarien und Montenegro erfolgt ist, kann nicht als eine dem Frieden förderliche Wendung angesehen werden. Es kann unter diesen Umständen als ein Glück betrachtet werden, daß die Furcht vor den zum Sultan stehenden Albanern ernüchternd wirkt, zumal sich nach wie vor an dem Satz festhalten läßt, daß die russische Regierung einen Krieg auf der Balkanhalbinsel zu verhindern bemüht ist. Es ist lokaler Ehrgeiz, auf den die Gefahr der Lage zurückgeht, und wir dürfen wohl hoffen, daß er rechtzeitig in seine Schranken gewiesen wird. In England und Oesterreich werden naturgemäß diese Dinge sorgfältig verfolgt, wenn auch von verschiedenem Interessenstandpunkt aus. Während Oesterreich mehr als jemals bemüht ist, den Frieden zu erhalten, könnte ein Konflikt auf dem Balkan, wenn er nicht zu große Dimensionen annimmt, in England als eine Erleichterung seiner schwierigen Position empfunden und nicht ungern gesehen werden.

Digitized by Google

Inwieweit die überaus günstige Wendung, welche die Dinge in China genommen haben, in London als ein dauernder Vorteil betrachtet wird, wollen wir nicht entscheiden. Englands Lage ist eben eine andere als die der übrigen Mächte. Während Deutschland und Frankreich nach erlangter Satisfaktion sich auf ihre eng umgrenzten und nicht weiter ausgreifenden Interessensphären zurückziehen können, bleibt, wie immer der Ausgang sein mag, für England der Gegensatz gegen die russische Politik, und dieser Gegensatz wächst genau in dem Verhältnis, wie der Einfluß Rußlands steigt. Das ist gleichsam ein Axiom in der ostasiatischen Politik. Es läßt sich daher vorhersagen, daß wohl die anderen Mächte, und vor allem Deutschland, nachdem der Friede eine Thatsache geworden sein wird, ohne Sorge heimfahren können, daß aber England genötigt sein wird, mit noch gespannterer Aufmerksamkeit die weiteren Entwicklungsstadien zu verfolgen. Ist auch, dank der klugen und irenischen Politik Deutschlands die Frage der mandschurischen Eisenbahn in gute Wege gelenkt, was nachbleibt, ist der Gegensatz im Golf von Petschili, über den das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Auch von dem südafrikanischen Kriege möchten wir dasselbe sagen. In England ist man zwar zur Erkenntnis gekommen, daß im Grunde alles nochmals von vorn angegriffen werden muß, und auch bereit, die äußersten Anstrengungen daranzusetzen, um das Ziel, die völlige Unterwerfung der Buren, zu erreichen. Aber Gold, Pferde und neue Tausende von Tommy Atkins machen es nicht. Es fehlt an militärischer Schulung, an Disziplin bei Führern und Gemeinen, vor allem aber an überlegenen militärischen und politischen Talenten. Vielleicht bereitet Kitchener sich zu einem großen Schlage vor, ganz wie Lord Roberts es that, als er das Kommando übernahm, aber er hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Afrikaander ruhig bleiben. Erhebt sich der ganze Bond, so reichen die englischen Streitkräfte, selbst wenn alle geplanten Verstärkungen wirklich kommen sollten — woran wir vorläufig noch zweifeln — nicht aus, um der Buren Herr zu werden. Mit Polizeimaßregeln, Erklärung des Belagerungszustandes und Proklamierung des Kriegsrechts allein ist es nicht gemacht. Fürs erste ist das papierene Energie, die mehr erbittert als einschüchtert. Es mehren sich aber die Anzeichen,

Digitized by Google

daß seit dem Einrücken der Buren in das Kapland und in Natal die Unbotmäßigkeit des holländischen Elements in der Zunahme ist, und daß von Seiten des Kap-Parlaments England keineswegs die Unterstützung zu erwarten hat, auf die es rechnet und deren es bedarf.

Es ist von Holland aus ein Aufruf verbreitet worden, der sich direkt an uns, d. h. an alle Deutschen wendet, und um Unterstützung für zehn Burenfamilien bittet, die nach Deutsch-Südwestafrika übersiedeln wollen, denen aber die Mittel dazu fehlen. Wir dürfen wohl hoffen, daß die deutsche Kolonialgesellschaft die Sache in ihre Hand nimmt, und erinnern an das Wort Heinrich v. Treitschkes: „Ich mag nicht zu den kläglichen Gesellen gehören, die mit den Lippen freigebig, mit dem Beutel kargen."

In Oesterreich sind die Wahlen für den Reichsrat nun endlich zum Abschluß gelangt. Im wesentlichen zeigen sie uns das alte Bild, nur mit dem Unterschiede, daß die Klerikalen in Tirol einige Sitze verloren haben. Das führt sie vielleicht wieder in das deutsche Lager zurück. Der Gesamteindruck ist aber der, daß die Regierung dem Parteihader in einer Lage trostloser Hülflosigkeit gegenübersteht. Es ist wie eine Zwickmühle. Wendet sie sich dem einen Teil zu, so fällt der andere ihr in den Rücken. Man sieht nicht, wie ein erträgliches Regiment dabei bestehen soll.

In Frankreich hat das Ministerium Waldeck-Rousseau wieder einmal seine Stellung behauptet und alle Angriffe glücklich abgeschlagen. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Nationalisten an Einfluß und Anhang gewinnen. Auch die Provinzen beginnen unzuverlässig zu werden. Man lebt politisch von der Hand in den Mund und von Aufregung zu Aufregung. Ein ungeheurer Nervenreiz, der schließlich in eine Krisis ausmünden muß.

Digitized by Google

22. Jan. Tod der Königin Viktoria.
23. Jan. Thronbesteigung Eduard VII.
25. Jan. Aufgebot der Königin Wilhelmina von Holland und des Herzogs Heinrich von Mecklenburg-Schwerin.
28. Jan. Rückkehr Kaiser Nikolaus II. nach Petersburg.
30. Jan. Die deutsche Flotte auf der Fahrt nach Spithead.

30. Januar 1901.

Die aufrichtig monarchische Gesinnung, die heute durch ganz England geht, muß als die meist charakteristische Wirkung bezeichnet werden, welche die Regierung der Königin Viktoria für ihr Volk gehabt hat. Von den monarchischen Staaten Europas ist England heute der einzige, in dem es keine republikanische Partei giebt, sogar die sozialistischen Arbeiterverbände sind monarchisch gesinnt und machen kein Hehl daraus. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß hier ein persönliches Verdienst der Königin vorliegt, die, indem sie nur die menschlich wohlthuende Seite ihrer Königsmacht vorkehrte, nach keiner Seite hin einer Opposition Angriffspunkte bot, die gegen die Monarchin als solche ausgebeutet werden konnten. Sie ist seit den Tagen der Queen Bess ohne Zweifel die populärste Herrscherfigur Englands gewesen, und so wenig Vergleichsmomente auch zwischen ihr und ihrer großen Vorgängerin zu finden sind, in der historischen Erinnerung der Nation wird die Regierung dieser beiden Frauen als eine Zeit großartigen Aufschwunges der nationalen Kraft alle Zeit gefeiert werden. Auch liegt uns fern, unsere nationale Auffassung vom Königtum zur Kritik der englischen oder gar zur Kritik der Regierungsthätigkeit der Königin Viktoria heranzuziehen. In ihren Tagen hat sich das parlamentarische System in England bis zu seinen letzten Konsequenzen ausgebildet, und da die englische Nation gerade darin ihr politisches Ideal gefunden zu haben scheint, und die Königs-Initiative, auf die wir einen so großen und so entscheidenden Wert legen, nicht vermißt, wird auch das in englischer Beurteilung nur

Digitized by Google

als ein weiterer Baustein ihres Ruhmes betrachtet werden. Wie weit trotz des korrektesten Parlamentarismus doch ein Eingreifen der Königin in die Leitung der großen wie der kleinen Politik erfolgte, darüber zu streiten, wäre heute müßig. Bekanntlich hat Fürst Bismarck die Wirksamkeit dieses Einflusses sehr hoch eingeschätzt und mehr als einmal mit ihm zu ringen gehabt; ein zutreffendes Urteil wird sich darüber erst gewinnen lassen, wenn einst die Korrespondenz und die Tagebücher der Königin publici juris geworden sein werden. Darüber aber kann noch Jahr und Tag hingehen. Wir meinen aber, daß die Fäden, die von London oder Osborne ausgingen, oder wo sonst die Königin ihr Hoflager hielt, ein Netz bildeten, das sehr weit reichte und so ziemlich alles berührte, was direkt oder indirekt in das Gebiet der englischen Interessen fiel. Es ist uns keineswegs allezeit angenehm gewesen, wenn wir auch an unserem heimischen Herde Fäden dieses Netzes zu erkennen glaubten oder wirklich erkannten, und sie sind mehr als einmal zerrissen worden; aber wir wollen nicht verkennen, daß die Absichten der hohen Frau wohlmeinende gewesen sind, und dem dienen sollten, was sie für das beste Deutschlands hielt. Wenn sich ihr dabei die Vorstellung aufdrängte, daß dieses Beste auf dem Wege einer sanften Abhängigkeit von England zu finden sei, so war das eben englisch gedacht und frauenhaft empfunden. Wir sind trotzdem unsere Wege gegangen und wollen es auch nicht nachtragen, wenn hie und da eine Narbe als Erinnerung an einen Nadelstich übrig geblieben ist.

Als am 16. März 1888 unser großer alter Kaiser Wilhelm im Mausoleum zu Charlottenburg beigesetzt wurde, da ist auch der jetzige König von England dem Leichenzuge gefolgt; heute weilt Kaiser Wilhelm in England, der Großmutter und der Königin die letzte Ehre zu erweisen. Auch der Kronprinz und Prinz Heinrich sind in England, und unsere Flotte nimmt, soweit sie zur Verfügung steht, an dem großartigen Prunk dieser Leichenfeierlichkeiten teil. Wir wissen wohl, daß es unter uns Stimmen giebt, welche meinen, daß diese über alles je Dagewesene hinausgehende Beteiligung an der Trauer einer anderen Nation zu einer Zeit, da die politischen Sympathien der Völker nicht zu einander stimmen wollen, besser unterblieben wäre. Sie vergessen aber, daß es die Art unseres Herrn und Kaisers ist, sein Empfinden stets so nachdrücklich zum Ausdruck

Digitized by Google

zu bringen, daß darüber in aller Welt kein Zweifel bestehen kann. Das gehört zu seiner kraftvollen Individualität und gerade darauf geht zu nicht geringem Teil zurück, was er Großes erreicht und durchgeführt hat. So hoffen wir denn, daß diese englischen Tage mit ihrer Trauer wie mit ihrem Glanze und den engen persönlichen Beziehungen, die sie naturgemäß knüpfen müssen, beiden Nationen zum Heil gereichen werden. Gerade in der Art unseres Kaisers liegt auch ein Element nationaler Kraft. Es ist nur wünschenswert, daß man es in England kennen und damit rechnen lernt, dann wird auch ein besseres Verständnis von Nation zu Nation sich anbahnen, als es in den Tagen bestand, da die englische Politik darauf ausging, uns in Samoa auf die Füße zu treten und uns in den Philippinen eine Falle zu legen.

Ein Nebeneinander und Miteinander in ehrlicher gegenseitiger Gleichstellung, das ist es, was wir wünschen, und wir sehen nicht, daß nach irgend einer Seite hin vitale Interessen des einen oder des anderen Teiles dem widersprächen. Unseren „Platz an der Sonne" haben wir uns erworben, jetzt wollen wir ihn sichern und nutzbar machen und unserer Zukunft nicht präjudizieren lassen. Dasselbe gönnen wir allen anderen und ohne jeden Vorbehalt auch England. Der Burenkrieg und sein zeitliches Zusammenfallen mit den chinesischen Verwickelungen hat schon die eine Folge gehabt, daß England bescheidener geworden ist; wir wünschen ihm keine Demütigung und weitere Schwächung, und eben deshalb wünschen wir ihm einen baldigen und ehrenvollen Frieden in Südafrika. Was sich heute auf diesem Boden vollzieht, kann den Frieden nicht bringen. Lord Kitchener wird ebenso wenig wie Lord Roberts der Buren wirklich Herr, und so schwer es den heutigen Leitern der englischen Politik fallen mag, sie werden, wenn sie nicht der Zukunft ihres Landes etwas vergeben wollen, sich entschließen müssen, zu thun, was ebenso sehr die Gebote der Klugheit wie der Gerechtigkeit verlangen: einen ehrlichen Frieden mit den Buren zu schließen, der ihnen ihre Selbständigkeit sichert. In welchen Grenzen, unter welchen Formen, das muß sich aus der Erwägung der Möglichkeiten ergeben. Ein anderes giebt es nicht, und die Gefahr einer Erschöpfung der englischen Kräfte gehört bereits heute keineswegs mehr zu den Unmöglichkeiten. Was England riskiert, ist der Verlust von Südafrika

Digitized by Google

durch den Abfall der Afrikaander. Schon heute finden wir in einem französischen Blatt die folgende Notiz: „Eine Depesche, die wir unter Vorbehalt zitieren, giebt merkwürdige Aufschlüsse über den Eindruck, den der Tod der Königin auf die Afrikaander gemacht hat. Sie sagt, daß die Holländer des Distrikts Stellenbosch erklären, sie hätten stets die Königin Viktoria verehrt, glaubten aber nicht, dem Könige Eduard VII. Treue schuldig zu sein. Man glaubt, daß diese holländischen Kolonisten fortan den Buren effektive Hilfe leisten werden." Sollte sich das bestätigen, so hätte die gefährliche Wendung, die wir vor Monaten bereits als möglich ankündigten, schon begonnen, und es wäre die höchste Zeit, nun endlich das erlösende Wort zusprechen.

Vielleicht kann König Eduard VII. hier im entscheidenden Augenblick seinem Volke den ungeheueren Dienst leisten, daß er ihm hilft, die nervöse Eitelkeit zu überwinden, die ihm bisher jedes Nachgeben unmöglich gemacht hat. Es wäre dann auch mit einem Schlage beseitigt, was an bösen — gewiß falschen — Gerüchten durch die Welt geht, über angebliche Interessengemeinschaft des ehemaligen Prinzen von Wales mit den Herren Chamberlain und Rhodes. König Eduard VII. ist, trotz aller gegenteiligen Gerüchte, in England außerordentlich populär, er kennt Menschen und Verhältnisse, sowie die laufenden Geschäfte auf das allergenaueste, so wird er sich auch nicht darüber täuschen, daß es eine große Zahl höchst angesehener englischer Patrioten giebt, welche über den Burenkrieg ganz ebenso denkt wie wir, und wir könnten hinzufügen, wie ganz Europa, wenn der Unterschied nicht bestände, daß jene ein Scheitern Englands an Transvaal wünschen, wir einen endgültigen und dauernden Frieden, bei dem beide Teile leben können. Wir vergessen nie, daß England auch eine große evangelische Macht ist, und glauben, daß auch diese ideale Gemeinschaft ein reales Band werden muß.

In der großen Politik ist es still gewesen. Die chinesischen Friedensverhandlungen gehen langsam vorwärts unter all dem Schnörkelwesen, den Umständlichkeiten und Listen, die nun einmal von Verhandlungen mit Orientalen unzertrennlich scheinen. Trotzdem halten wir daran fest, daß der Ausgang ein günstiger und erwünschter sein wird, und daß in nicht allzuferner Zukunft unsere Truppen nach Europa werden zurückkehren können. Graf Waldersee behauptet mit bewunderungswürdiger Umsicht und Geduld seine über die Maßen

Digitized by Google

schwierige Stellung unter all den Rivalitäten und Nörgeleien, die ein Koalitionskrieg, zu dem auch politische Nebenbuhler wie England und Rußland sich zusammengefunden haben, mit sich bringen muß. Als ein gutes Prognostikon gilt uns die völlige Genesung Kaiser Nikolaus II. Er hat aus Livadia über Moskau nach Petersburg zurückkehren können und damit ist wohl allen Zweiflern geholfen, die nicht glauben wollten, daß Rußland die von ihm übernommenen Verpflichtungen in betreff der Mandschurei einhalten werde. Kaiser Nikolaus wird sein Wort bestimmt halten und die Friedenspolitik, zu der er sich bekannt hat, auch durchführen. Was sonst aus Rußland zu uns herüberklingt, ist nicht eben erfreulich. In einem Teil der südlichen Provinzen arge Hungersnot, geringe Aussichten auf eine gute Ernte, steigende Verschuldung des Großgrundbesitzes, Zusammenbruch einer Reihe industrieller Unternehmen, endlich wieder einmal Studentenunruhen in Kiew. Ueber die letzteren ist ein umständlicher Bericht im Petersburger „Regierungsanzeiger", der das ganze im Lichte thörichter Kindereien erscheinen läßt, enthalten. Man versteht nicht recht, wofür diese jungen Leute ihre Existenz eingesetzt haben. Aber derartige offizielle Kundgebungen pflegen nur den Schein der Wahrheit zu enthalten und auch aus diesem Berichte läßt sich herauslesen, daß, was der Regierung meist strafbar und bedenklich erscheint, der Zusammenhang ist, der zwischen den unruhigen Elementen der verschiedenen russischen Universitäten besteht. In Kiew spielt außerdem wohl noch der Umstand mit, daß kleinrussischer Partikularismus auf diesem Boden immer lebendig geblieben ist und dieses Kleinrussentum sich den Polen näher verwandt fühlt als den Großrussen. Im allgemeinen lassen sich die Wünsche der Studenten als ziemlich harmlos bezeichnen. Sie verlangen nicht mehr an Freiheit, als auf allen deutschen Universitäten den Studenten geboten wird. Was darüber hinausgeht, ist ein Accidenz, das von einigen wenigen Agitatoren hineingetragen wird und sich meist gegen bestimmte, mißliebige Professoren richtet, hat aber mit dem Kern der studentischen Wünsche nichts zu thun. Wenn nun die Regierung ihre Strafgewalt so braucht, daß sie die jungen Leute als Gemeine in die Armee steckt, wird dadurch eine bleibende Verbitterung in sie hineingetragen, die unter Umständen gefährlich werden kann, während, wenn man sie milder anfaßte, nichts übrig bliebe, als die Erinnerung

Digitized by Google

an einen dummen Streich. Die Freude am Radikalismus und am Lärmen überdauert in der russischen Jugend nur selten das 20. bez. 25. Lebensjahr. Dann pflegt der Uebergang zum Tschinownik sich zu vollziehen, das heißt zum Staatsphilister, der an seine Karriere denkt und an anderes nicht. Aber das sind Wahrheiten, die man in den Kreisen der hohen Beamtenschaft nicht verstehen will, und so drängt sich Mißgriff auf Mißgriff und alle zwei Jahre hört die Welt von einer neuen Studentenemeute.

Weit ernster sehen wir die Lage der russischen Landwirtschaft an. Ein bekannter russischer Agrarpolitiker, Herr Krjukow, spricht sich darüber in den „Petersb. Wjedomosti" vom 25. Januar folgendermaßen aus: „Man kann die russische Landwirtschaft mit einem Kranken vergleichen, dem nicht irgend eine bestimmte Stelle weh thut, sondern fast der ganze Organismus: Füße, Kopf, Herz, Hände u. s. w. Es ist nicht möglich, einen solchen Kranken mit einem beliebigen Mittelchen oder nach bestimmtem Rezept zu kurieren. So hat auch die russische Landwirtschaft so viele Mängel, so viele schwache Seiten, daß eine ganze Reihe von Mitteln erforderlich ist, sie zu bessern, sie zu entwickeln und auf den Weg des Fortschritts zu führen . . . Ich habe viele Gegenden unseres ungeheueren Reiches gesehen, aber nicht einen einzigen Ort, der nicht in Not wäre. Wer Rußland bereist und fremde Länder kennt, der überzeugt sich widerwillig durch den Augenschein, daß die Not sich bei uns ihr dauerndes Nest gebaut hat und so fest sitzt, daß man sie nicht ausräuchern kann. Bei uns giebt es so viele Notleidende und Bedrückte, daß auch ein steinernes Herz weich und die stärksten Nerven erschüttert werden müßten, wenn man erzählen wollte, welche Not und welcher Jammer unser Vaterland bewältigt hat. Der Dichter hat Recht, der da fragt, man möge ihm „die Stätte zeigen, wo der russische Bauer nicht stöhnt." Ich sage mit Nekrasow, ich bin viele Jahre durch Rußland gewandert und habe diese Stätte nicht gefunden. Ueberall giebt es einzelne Satte und Reiche, aber ich kenne keinen Ort, an dem ich nicht das hoffnungslose Elend gefunden hätte, in dem der Mensch lebt, welcher nicht weiß, was er morgen essen wird!" . . . So geht es noch lange weiter.

Herr Krjukow verlangt, daß vor allem für Wege gesorgt werde, dann fordert er Schulen für den ersten Unterricht der Kinder, endlich

Digitized by Google

ärztliche Hilfe und Arzenei! Das sei die unerläßliche Voraussetzung für alle weitere Hilfe. Gewiß, die Forderungen sind nicht unbescheiden; aber ist es nicht, als ob wir in eine andere Welt hineinblicken, wenn diese elementarsten Voraussetzungen fast als utopische Wünsche dargestellt werden?

Solchen Thatsachen gegenüber erstaunt man doch immer wieder aufs neue, wenn man die Eifersucht und Mißgunst verfolgt, mit der jeder neue Fortschritt anderer Nationen als ein Eingriff in die unveräußerlichen Rechte Rußlands denunziert wird. Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, welche Erbitterung der Bau der Bagdadbahn in der russischen Presse hervorgerufen hat. Diese speziell gegen uns gerichtete Agitation nimmt nicht ab, sondern steigert sich von Woche zu Woche, obgleich es stets dieselben Argumente sind, die vorgebracht werden und deren Nichtigkeit wir zum Ueberdruß nachgewiesen haben. Aber sollte man den oben angeführten Zuständen gegenüber nicht glauben, daß Rußland besser thäte, eine Zeitlang zu pausieren und sich einigermaßen im eigenen Hause einzurichten? Es giebt da doch immerhin noch einiges zu thun.

Eine eigentümliche Entwickelung scheint sich auch auf der Balkanhalbinsel vorzubreiten. Die Ministerkrisis in Sofia, die mit dem Rücktritt Iwantschows und der Ernennung des Generals Petrow zum Ministerpräsidenten endete, gilt als Anzeichen dafür, daß Fürst Ferdinand allmählich, wenn auch nicht zu einem absolutistischen, so doch zu einem sehr persönlichen Regiment überzugehen entschlossen ist. Dem Könige Alexander schreibt man ähnliche Absichten zu, und da in Montenegro dieses persönliche Regiment bereits besteht, alle drei Staaten aber in engere Beziehung zu einander getreten sind, könnte man beinahe annehmen, einem gemeinsam gefaßten Plane gegenüberzustehen. An sich könnten wir das nur billigen; denn alle diese Balkanstaaten sind für eine parlamentarische Regierung nicht annähernd reif. Die politische Schwierigkeit liegt jedoch in der Stellung, die Rußland dazu einnehmen würde. Gerade das parlamentarische Parteiwesen hat bisher Rußland die Mittel in die Hand gegeben, die Politik dieser Staaten nach seinem Willen zu leiten; es ist kaum anzunehmen, daß es ein so wirksames Machtmittel fahren lassen sollte.

Digitized by Google

Täuscht nicht alles, so ist auch die kretische Frage im Begriff, eine neue Gestalt anzunehmen. Es handelt sich nicht um eine endgültige Vereinigung Kretas mit Griechenland, wohl aber um ein Provisorium, dem das Verhältnis Bosniens und der Herzegowina zu Oesterreich-Ungarn zum Muster dienen soll! In jedem Falle können wir uns darüber freuen, daß wir unsere „Flöte" dem hier bevorstehenden Konzert entzogen haben. Ohne Dissonanzen dürfte es dabei schwerlich abgehen.

In der Frage der Kongregationen hat das Ministerium Waldeck-Rousseau wiederum einen Sieg errungen. Es war ein harter Redekampf, in welchem ganz hervorragende oratorische Leistungen einander gegenüber gestellt wurden. Der schließliche Ausgang war im voraus sicher, aber man fragt wohl, wie viele solcher Siege dieses Ministerium noch wird ertragen können.

Digitized by Google

31. Jan. Eröffnung des Reichsrats in Wien.
2. Febr. Leichenbegängnis der Königin Viktoria.
4. Febr. Beisetzung in Frogmore.
5. Febr. Rückreise Kaiser Wilhelms.

---

6. Februar 1901.

Die lange Anwesenheit Kaiser Wilhelms auf englischem Boden hat in der ausländischen Presse eine Hochflut von Kommentaren und Kombinationen hervorgerufen, die jedenfalls beweist, daß die Thatsache an sich ungewöhnliches Aufsehen erregt. Jede Rede, die gehalten wurde, jedes Wort, das wirklich oder angeblich gesagt worden ist, wird so lange gedreht und gewendet, bis es sich der Meinung anpassen läßt, die das jeweilig orakelnde Organ der „öffentlichen Meinung" von jeher vertreten hat oder vertreten zu haben vorgiebt. Trotzdem ist es nicht unwichtig, die Gedanken zu verfolgen, die dabei zum Ausdruck gelangen. Sie haben mancherlei Ueberraschungen gebracht und werden nicht ohne Nachwirkung bleiben.

Da ist vor allem eine Zuschrift an die „Pet. Wjedomosti", deren Verfasser sich „Dalni" zeichnet; wie sich aus der späteren Haltung des Blattes ergiebt, kein Mitglied der Redaktion, sondern ein Gast, aber jedenfalls keiner jener Alltagspolitiker, deren Hauptthätigkeit darin liegt, in jedes Feuer, das sie glimmen sehen, Oel zu neuem Brande zu gießen. Herr Dalni beginnt mit Citaten aus einem Buch, das in den Elementarschulen Frankreichs in Gebrauch ist und recht unverhohlen die Lehre predigt, daß „Revanche" für 1870 das höchste und letzte Bestreben aller Franzosen sein müsse. Diese Lehre, in einem Leitfaden für bürgerliche Erziehung gepredigt, schließe aber zweifellos eine Gefahr in sich. Elsaß-Lothringen sei nun einmal verloren und darin hätten die Franzosen sich zu finden. Sie sollten doch erkennen, daß der Verlust dieser Provinzen das notwendige Resultat einer unheilvollen Entwickelung gewesen sei. Frankreich thue am besten, wenn es sich ruhiger Friedensarbeit hingebe,

Digitized by Google

die Träume von Kriegsruhm fallen lasse und entschlossen der Revanche entsage. „Um seines Wohles und um der Ruhe Europas willen, muß es sich zu diesem Opfer entschließen." Schon das bloße Bestehen des Revanchegedankens sei eine Bedrohung des Friedens. Nicht Deutschland, sondern der von England drohende Imperialismus sei die eigentliche Gefahr. „Bei seinem unaufhaltsamen Streben nach territorialem Erwerb tritt England in Gegensatz zu den Interessen aller europäischen Staaten; gegen das ungenierte Vorgehen Englands in allen Weltteilen kann aber nur eine einmütige Politik aller Großmächte wirksamen Widerstand leisten; damit aber eine einheitliche Aktion der Mächte gegen England überhaupt möglich wird, muß die Frage Elsaß-Lothringen aufhören zu existieren und eben deshalb muß man mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß der Frankfurter Friedensvertrag aufrichtig als endgültig und unveränderlich anerkannt wird, auf daß Deutschland aus Furcht vor einem französischen Kriege wegen Elsaß-Lothringen nicht genötigt wird, sich England zu nähern, wie es schon jetzt zu thun beginnt. „Das russische Interesse fordert bestimmt, daß energische Maßregeln gegen diese Annäherung getroffen werden, wie denn leicht vorherzusehen ist, daß ein enger Anschluß Englands an den Dreibund zahlreiche höchst unangenehme Verwickelungen in der europäischen Politik zur Folge haben könnte." Rußland wünsche dem befreundeten Frankreich alles Gute, dürfe aber der von England drohenden Gefahr gegenüber nicht die Augen schließen, es müsse auch wünschen, daß Frankreich klar sehe. „Im Interesse der Kräftigung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich ist es daher für uns von höchster Wichtigkeit, daß in dieser Hinsicht nichts unausgesprochen bleibe, damit das französische Volk wisse und verstehe, wie das russische Volk über die Revanche denkt. Die reine Wahrheit ist besser als ein schmeichelnder Traum, die volle Klarlegung einer Frage besser, als grundlose Hoffnungen.

Das ist sehr vernünftig gedacht und hätte, vor einem Jahrzehnt und ex cathedra gesagt, wohl auch seinen Eindruck in Frankreich nicht verfehlt. Aber leider ist weder von offizieller und wissender französischer, noch von russischer Seite jemals eine unzweideutige Erklärung in diesem Sinne abgegeben worden; vielmehr haben beide

Digitized by Google

Teile geduldet, daß sich im französischen Volke die Vorstellung festsetzte, daß es unter allen Umständen auf Rußland rechnen könne. Man hat diese Vorstellung gelegentlich sogar direkt gefördert und noch heute ist die Haltung gewisser russischer Zeitungen darauf gerichtet. Immerhin nehmen wir mit großer Befriedigung von dieser Stimme Akt, aber wir haben bisher vergeblich nach einem Widerhall in der französischen Presse gesucht. Der sonst so eifrige Telegraph ist stumm geblieben, selbst das Wolff'sche Bureau, das für gewöhnlich eher zu viel als zu wenig Referate aus der russischen Presse bringt, hat sich aus unerfindlichen Gründen ausgeschwiegen; das Blatt des Fürsten Uchtomski aber, das die Korrespondenz des Herrn Dalni brachte, ist seither eifrig bemüht, den Eindruck zu verwischen, den diese Kundgebung hervorbringen mußte. Nicht 48 Stunden gingen hin, da erschien in demselben Blatt ein von Gift strotzender Artikel über die Lage in China, dessen Spitze sich direkt gegen uns richtet, und gleichzeitig ein Leitartikel über die englisch-russischen Beziehungen, der in striktem Gegensatz gegen die Ausführungen von „Dalni" in den Gedanken ausmündet, daß es eigentliche Interessengegensätze zwischen Rußland und England nicht gäbe, vielmehr sei die russisch-englische Allianz die wahre und notwendige Kombination der Zukunft. Man könne dabei auf ein Entgegenkommen Englands mit ziemlicher Bestimmtheit rechnen. Schon die verstorbene Königin habe in letzter Zeit gesagt, daß eine Verständigung mit Rußland ebenso wünschenswert wie erreichbar sei. „Ist das nicht gleichsam ihr politisches Testament, das den Engländern heilig und den Russen ehrwürdig und sympathisch ist? Und müssen ernstliche Versuche, dieses Testament zu verwirklichen, nicht uns sowohl wie den Engländern das unermeßliche Glück ruhiger, friedlicher Arbeit in den schwierigsten Aufgaben der Weltpolitik bringen?" Jedenfalls würden nicht von russischer Seite einem so großen, nützlichen, dem Weltfrieden dienenden Unternehmen, Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Ein dritter Leitartikel „Deutschland und England" ist bemüht, nachzuweisen, daß ein deutsch-englisches Bündnis nicht zu fürchten sei. Deutschland liebe die Engländer nicht und England würde sich nur im alleräußersten Fall dazu verstehen, mit uns Hand in Hand zu gehen. Man wisse dort sehr wohl, welcher Fehler es gewesen

Digitized by Google

sei, 1870 die Einigung Deutschlands zu gestatten, und es wäre seltsam, wenn die Engländer nun plötzlich das deutsche Reich und den deutschen Kaiser lieben sollten. Mit den Buren werde England allein fertig werden und andere Vorteile könne Deutschland nicht bieten. Es sei daher keinerlei ernster Anlaß, an ein deutsch-englisches Bündnis zu glauben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde Eduard VII. zunächst die Politik seiner Mutter fortsetzen und erst in der Folgezeit eine „eigene selbständige Politik" treiben. Man wird zugeben, daß diese Betrachtungen nicht eben homogen sind und den Lesern der „Pet. Wjedomosti" eigentümliche Gedankensprünge zumuten. Als der erste der drei Artikel erschien, glaubten wir, daß sich wirklich eine Wendung in der Haltung des Blattes vorbereite, der, wegen der bekannten Beziehungen des Fürsten Uchtomski, eine gewisse Bedeutung beizumessen gewesen wäre; jetzt wird wohl der Schwerpunkt auf die letzten Ausführungen gelegt werden müssen, und die zeigen, was wir zu finden gewohnt waren, entschlossenen Deutschenhaß. Was aber das Sorgenobjekt, das gefürchtete deutsch-englische Bündnis betrifft, so glauben wir darüber in Petersburg wie in Paris beruhigen zu können. Es besteht genau so, wie es vorher bestanden hat, das heißt es giebt Vereinbarungen ad hoc zwischen uns und England, Verträge, Abmachungen, ganz wie es solche Verträge zwischen uns und Rußland gegeben hat und noch heute giebt. Kriegs- und Friedensbündnisse (was meist dasselbe zu sein pflegt und einen Zusammenhang darstellt, wie Avers und Revers einer Medaille) haben wir nicht abgeschlossen, sondern uns nach wie vor die volle Freiheit unserer politischen Entschlüsse gewahrt. Wenn heute sich unsere Beziehungen zu England äußerlich als recht intime darstellen, wie der Charakter der jüngsten Ereignisse es mit sich gebracht hat, so sind sie auch vorher, seit die Samoakrisis überwunden war, von Staat zu Staat nicht nur korrekt, sondern gut gewesen. Wie dabei diese oder jene Haltung in der auswärtigen Politik des anderen Staates von der öffentlichen Meinung in England, bez. in Deutschland beurteilt wird, das ist dabei gleichgültig, und in diesem Punkte werden die Meinungen stets auseinandergehen. Wir haben unseren Standpunkt in der Burenfrage deutlich und oft genug ausgesprochen und werden ihn auch nicht ändern. Wir geben England die Schuld an dem Kriege und verurteilen rückhaltlos die Motive, die ihn herbei-

Digitized by Google

geführt haben. Wir sehen in ihm jedoch keine Frage, deren Lösung uns zukommt, weil wir nicht berufen sind, die Sittenpolizei der Welt zu besorgen; aber wir wünschen den Frieden im Interesse beider Teile: für die Buren: weil sie bewiesen haben, daß sie ein Volk sind, das seine Ehre und Selbständigkeit zu verteidigen versteht; für England: weil wir nicht wünschen dürfen, daß es durch den Verlust von Südafrika seiner Weltstellung verlustig geht; wir wünschen den Frieden endlich um unserer selbst willen, weil große und wesentliche Interessen privater und staatlicher Natur von einer friedlichen Entwickelung auf diesem Boden in Abhängigkeit stehen. Wir halten den Frieden nicht anders für möglich — wenn er mehr sein soll als eine Waffenruhe — als unter Anerkennung einer, wenn auch beschränkten, Selbständigkeit der beiden Burenrepubliken, und werden jede Kombination freudig begrüßen, die zu einer solchen Lösung führt. Vielleicht hat König Eduard VII. durch die Annahme des Titels „oberster Herr in und über Transvaal" sich die Möglichkeit einer solchen Lösung offen halten wollen, zumal die Annahme eines entsprechenden Titels in Bezug auf die Oranje-Republik fehlt. Der Präsident der Oranje-Republik, Stein, aber erscheint je länger je mehr, und in weit höherem Grade als Krüger, als der geistige Leiter des Krieges, als die unbeugsame Seite des Widerstandes; England wird mit der Thatsache dieses Widerstandes rechnen müssen, und je früher es zu dieser Einsicht kommt, um so besser. Es laufen hier Gerüchte um, welche wissen wollen, daß in Südafrika die Pest ausgebrochen sei, und das mag die entschiedene Abneigung erklären, die in England wie in den Kolonien gegen den Freiwilligendienst auf diesem blutgedüngten Boden besteht.

Die deutsche „St. Petersburger Zeitung" bringt „Briefe eines (aktiven) britischen Offiziers im Felde", die den Standpunkt zeigen, von dem aus ein echter englischer Gentleman die gegenwärtige Kriegsführung seiner eigenen Landsleute und seiner militärischen Oberen beurteilt. Es ist ein wahrhaft vernichtendes Urteil, das er fällt, und sowohl Lord Roberts wie Kitchener werden durch die Thatsachen, von denen der Briefschreiber als Augenzeuge berichtet, auf das allerschwerste belastet. Er schließt mit den Worten: „Dieser Krieg gegen Frauen, zu dem die englische Armee und die englischen Offiziere und „Gentlemen" jetzt ihre Zuflucht genommen haben, ist zu kläglich, als

Digitized by Google

daß ich noch länger bei ihm verweilen möchte. Was aus den hilflosen Opfern wird, weiß Gott allein; aber wenn England sich je in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt sieht, so wird die Gelegenheit zu einer fürchterlichen Rache da sein, und diejenigen, die es jetzt unter seinen Hacken zermalmt, mögen noch Feuer und Schwert von einem Ende ihrer Kolonie zum andern tragen. Können wir dann von ihnen Barmherzigkeit oder nur Menschlichkeit erwarten? Das Wehklagen der Kinder und Frauen schließt diese Hoffnung aus. Wir haben die Grenzen der Zivilisation überschritten."

Und das schreibt ein Engländer! Wenn nach 6 Monaten ein englisches Parlament auf Grund neuer Wahlen zusammentritt, findet diese Gesinnung vielleicht kräftigeren Ausdruck, als es in der letzten Parlamentssitzung geschah, und dann läßt sich hoffen, daß wieder eine Uebereinstimmung in den einfachen Grundfragen völkerrechtlicher Moral und zivilisierten Kriegsrechts zwischen England und den Nationen des Kontinents sich allmählich einstellt. Zur Zeit ist England in dieser Hinsicht moralisch isoliert; darüber helfen weder Ehrenbezeugungen noch Trauerkundgebungen hinweg. Beide sehen von jener fundamentalen Differenz in der Beurteilung der südafrikanischen Angelegenheiten ab und gelten nicht ihnen.

Nun will es scheinen, als raffe sich jetzt Lord Kitchener zu einer großen Aktion auf; die Verstärkungen beginnen einzutreffen und das englische Parlament hat neue, unermeßliche — und doch bald verschlungene — Summen zur Fortsetzung des Krieges bewilligt. Wir wollen den Ausgang abwarten. Wie er auch sei, in jedem Fall wird er die Spuren dieses unseligen Krieges nicht verwischen. Der politischen wie der militärischen Geschichte Englands ist unvertilgbar ein neues Blatt angeheftet, das, wie wir bestimmt glauben, die Söhne und Enkel der jetzigen Generation nicht ohne ein Gefühl bitterer Beschämung betrachten werden.

Die Erklärungen des Unterstaatssekretärs Dr. v. Mühlberg in der Budgetkommission des Reichstages über die Frage des Missionsschutzes haben in Frankreich eine gewisse Erregung hervorgerufen. Nach dem auch von uns veröffentlichten Berichte sagte der Herr Unterstaatssekretär: „Der Grundsatz, dessen Festlegung die Resolution (Lieber) verlangt, ist schon in den bestehenden Verträgen mit China deutlich und klar ausgesprochen, also im wesentlichen schon

Digitized by Google

geltendes Recht. Es wird also nicht sowohl noch auf Festlegung des Grundsatzes selbst, als vielmehr auf dessen bessere praktische Durchführung ankommen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Missionaren und chinesischen Christen. Hinsichtlich der ersteren liegt die Sache sehr einfach; sofern die Missionare Deutsche sind, sind wir ohne weiteres nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet, sie zu schützen. Verwickelter liegt die Frage bei den Chinesenchristen, denn diese sind Unterthanen der chinesischen Regierung geblieben. Hinsichtlich dieser Chinesenchristen läßt sich eine allgemeine Regel schwer aufstellen, es muß da vielmehr von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden, ob und inwieweit ein Eintreten für sie angängig ist. Die Prüfung und Entscheidung erfolgt auf Grund der von den Missionaren an die diplomatische Vertretung des Reiches in Peking zu stellenden Anträge. Jedenfalls ist, wo immer die deutschen Missionare sich an die Kaiserliche Gesandschaft in Peking mit dem Ersuchen um Schutz ihrer chinesischen Christen gegen Beeinträchtigungen gewandt haben, dieser Schutz schon bisher niemals versagt worden. Bei der Verhandlung in Peking ist die Frage bisher noch nicht zu besonderer Erörterung gekommen. Die Kaiserliche Regierung wird aber die Frage bei den weiteren Verhandlungen sorgfältig im Auge behalten und gern alles thun, was zur weiteren Sicherung und Förderung des Missionswerkes geschehen kann."

Das „Journal des Débats" referiert ganz korrekt über diese Erklärung unserer Regierung, benutzt aber die Gelegenheit, um die Frage des Missionsschutzes zu einer Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen und mit dem Austritt Frankreichs und Rußlands! aus dem Konzert der Mächte in der Chinafrage zu drohen. Nun glauben wir nicht, daß die „Débats" gerade das Mandat haben, im Namen der französischen oder gar der russischen Regierung zu reden. Die „Débats" sind Organ der klerikalen Opposition gegen das Ministerium Waldeck-Rousseau, und was sie beanspruchen und ausführen, kann daher wohl als Meinung ihrer Parteigenossen, nicht aber der französischen Regierung gelten. Seit Frankreich aufgehört hat, Monarchie zu sein, hat es de facto auch den Anspruch zurückgesetzt, die Vor- und Schutzmacht der katholischen Welt zu sein, und zwar um so mehr, als es im eigenen Hause der katholischen Kirche die selbstverständlichsten, ihr in ganz Mitteleuropa unbestrittenen Rechte ge-

Digitized by Google

nommen hat und weiter nimmt. Zudem hat, durch seine Allianz mit Rußland, Frankreich die Stellung thatsächlich aufgegeben, die es in der Levante bisher einnahm und im Krimkriege so energisch behauptet hat. Auch wird an dem Wortlaute der französischen Verfassung vom 24. Februar 1875, die ja mit geringen Modifikationen noch heute in Kraft steht, die besondere Stellung Frankreichs zum Katholizismus sich in keiner Weise ableiten lassen. Das „Journal des Débats" beruft sich auf Verträge. Wir wüßten nicht, durch welche Verträge Frankreich uns gebunden hätte; das Blatt verweist uns auf den Brief des Papstes an den Kardinal Longénieux und den späteren Brief an den Kardinal Richard, kurz, auf Kundgebungen, deren völkerrechtlich bindenden und bestimmenden Charakter kein Staat der Welt anerkennt. Weit solennere Erlasse Papst Pio IX. haben die in dem heutigen Frankreich geltenden politischen Prinzipien so nachdrücklich verdammt, daß es offenbar gefährlich ist, wenn die französische Regierung nach dem Beispiele der „Débats" ihre politische Stellung in der Welt auf solches Material gründen wollte. Als meist bedenklich erscheint den „Débats" die Resolution der Budgetkommission, die Regierung zu ersucheu, freie Ausübung des Christentums als Friedensbedingung für China zu stellen, und diese Glaubensfreiheit unter Schutz der Mächte zu stellen, die den Friedenstraktat unterzeichnen. „Wir werden, schließen die „Débats", fortfahren, unseren Schutz nach wie vor allen Missionaren, welcher Nationalität sie auch sein mögen, zu gewähren. Was aber die eingeborenen Christen betrifft, so meinen wir, daß die deutsche Regierung einen ungeheuren Fehler begeht, wenn sie in die Verhandlungen als neues Element die Motion Lieber hineintragen wollte. Denn es liegt auf der Hand, daß Frankreich an dem gemeinsamen Werk nicht teilnehmen kann, wenn man durch einen diplomatischen Text seine Rechte und Privilegien im äußersten Orient mindern sollte. Es ist nicht minder klar, daß Rußland genötigt wäre, uns zu folgen, sodaß die Gefahr vorläge, daß das mühsam verwirklichte europäische Konzert gesprengt wird." Man liest den Schlußsatz nicht ohne Lächeln. Wir können keinen Fall der Art nachweisen, daß Rußland seine Politik durch französische Interessen hätte bestimmen lassen. Der Gang ist allezeit der genau entgegengesetzte gewesen, und dabei, denken wir, wird es wohl auch bleiben.

Digitized by Google

Die Schwierigkeit, mit China zu einem Abschluß zu gelangen, aber liegt vornehmlich an der Politik der Vereinigten Staaten, die darauf hinarbeiten, sich den Dank Chinas für die Zukunft zu sichern, indem sie jede Gelegenheit benutzen, den Zusammenhalt der alliierten Mächte zu lockern, und gleichzeitig darauf hinarbeiten, die Räumung Petschilis so zu beschleunigen, daß der status quo ante hergestellt wird, bevor Garantien gegen eine Wiederholung der Pekinger Greuelthaten den Mächten geboten sind. Einmal ist es der Einfluß des chinesischen Gesandten in Washington U-Ting-Fan, der in dieser Richtung wirkt, dann aber die allgemeine Neigung, diese Schwierigkeiten los zu werden, die eine militärische Anstrengung verlangen, welche mit dem gegenwärtigen Bestande nicht wohl aufrecht zu erhalten ist.

Digitized by Google

6. Febr. Rücktritt des italienischen Ministeriums (Saracco).
7. Febr. Vermählung der Königin Wilhelmina von Holland.
8. Febr. Entlassungsgesuch des rumänischen Ministeriums (Carp.).
11. Febr. Tod Milans von Serbien.
12. Febr. Ernennung Lord Roberts zum Earl of Kandahar and Praetoria.

13. Februar 1901.

In Anbetracht der tiefgehenden Erregung, welche in den letzten 14 Tagen durch unser Volk gegangen ist, dürfte es nützlich sein, an ein Wort Friedrichs des Großen zu erinnern, das auch seinen Nachfolgern am preußischen Throne stets als Maxime gegolten hat. Am Tage vor jenem 28. August 1756, an dem Friedrich vom Paradeplatz zu Potsdam aus seine Armee nach Sachsen hineinführte und damit den glorreichen Krieg begann, der die historische Stellung Preußens für alle Zeit begründet hat, schrieb der große König seinem Gesandten in Paris, dem Frhrn. v. Knyphausen: „de grands princes ... n'ont point de parents", große Fürsten haben keine Verwandten. Diese Maxime drückt nur aus, was die nüchterne Politik und die sittliche Stellung des Monarchen zum Staate, mit dem er eins ist, vorschreibt. Sie giebt uns auch den allein richtigen Maßstab zur Beurteilung der Dinge, die sich während des Aufenthalts Sr. Majestät auf englischem Boden vollzogen haben. Kaiser Wilhelm hat seinen verwandtschaftlichen Gefühlen Ausdruck gegeben, und das war menschlich empfunden und kann nur allgemeine Billigung finden. Wie weit die bei diesem Anlaß einzelnen Persönlichkeiten, wie dem bei uns höchst unpopulären Lord Roberts, verliehenen Auszeichnungen als Notwendigkeiten zu betrachten sind, die sich aus der einmal vorhandenen Situation ergaben, vermögen wir nicht zu beurteilen. Dazu würde eine intime Kenntnis englischer Aktualitäten gehören, die zur Zeit wohl niemand besitzt, der nicht in der nächsten Umgebung des Kaisers jene Tage mitgemacht hat. Wohl aber können wir mit aller Bestimmtheit sagen, daß der Auszeichnung, die Lord Roberts zu teil wurde, eine politische Bedeutung nicht zukommen

Digitized by Google

kann. Lord Roberts ist keine politische Persönlichkeit und hat keinerlei Stellung, die einen Einfluß auf die politischen Entschließungen des englischen Kabinetts verfassungsmäßig mit sich bringt. Wir wissen zudem nicht, welche Stellung er in der heute brennenden Frage: Krieg oder Frieden in Südafrika, einnimmt, und sind geneigt, zu glauben, daß der Einblick, den er in die afrikanische Wirklichkeit gewonnen hat, ihn eher zum Frieden als zur Fortsetzung eines Krieges führen muß, dessen Ausgang, wenn er mit der Ausrottung der Buren unter unendlichen Schwierigkeiten und Opfern zum Abschluß gebracht werden sollte, England in wahrhaft beispielloser Weise moralisch isolieren würde.

Der französische Historiker und Diplomat Bignon sagt freilich (in Anlaß der Erwerbung Bialystoks durch die Russen im Jahre 1807) „l'injustice s'oublie, la honte passe et l'acquisition reste", aber wir glauben nicht, daß was in betreff des Preußen entrissenen Bialystoker Kreises wirklich eingetroffen ist, auch gelten wird, wenn England den Buren den Rest geben sollte. Doch ganz abgesehen davon, kann der Auszeichnung des Lord Roberts schon deshalb eine politische Bedeutuug nicht zugeschrieben werden, weil anderenfalls nach preußischen Usancen eine Zuziehung des Reichskanzlers ohne Zweifel stattgefunden hätte. Busch giebt dafür im dritten Bande seiner Tagebuchblätter aus dem Munde des Staatssekretärs v. Thile ein lehrreiches Beispiel. „Als die Kaiser von Oesterreich und Rußland (1872) in Berlin waren" — so erzählte v. Thile — „sollten ihre Botschafter, Karolyi und Oubril, nach Bismarcks Vorschlag zum Schlusse mit Porzellanvasen beschenkt werden. Der Kaiser schrieb an den Rand der Eingabe, das schiene ihm nicht passend, sie sollten den schwarzen Adlerorden bekommen. Als ich das sah, konnte ichs Bismarck nicht mitteilen, weil der mit den Kaisern bei der Revue in Tempelhof war, und da ich glaubte, es werde Sr. Majestät lieb sein, wenn die Herren noch diesen Abend bei der Schlußfestlichkeit mit der Dekoration bei ihm erschienen, ließ ich sofort die Insignien aus der Ordenskanzlei holen, und sie ihnen überbringen. Am nächsten Tage erschien Keudell schon um 9 Uhr bei mir und sagte, er komme in ernster Angelegenheit. Als er Bismarck die Sache mitgeteilt habe, habe der sich vor den Kopf geschlagen, das sei ja zum Umfallen, er möge Thile erklären, er könne

Digitized by Google

nicht mehr mit ihm verkehren. Ich erwiderte, ich wolle meinen Abschied verlangen u. s. w." In der That wurde Thile damals zur Disposition gestellt. Der Unterschied zwischen diesen Verleihungen und der dem Lord Roberts zu teil gewordenen liegt auf der Hand. Die Botschafter waren politische Persönlichkeiten, der englische Generalissimus ist es nicht, und das ist scharf dadurch zum Ausdruck gebracht worden, daß Graf Bülow der ganzen Angelegenheit fern geblieben ist, gerade wie er auch an der englischen Reise keinen Anteil hat. Politisch wäre eine besondere Auszeichnung Lord Lansdownes, Salisburys oder Chamberlains gewesen. Aber den letzteren hat Kaiser Wilhelm überhaupt nicht gesprochen, und die beiden anderen, die doch die ersten politischen Persönlichkeiten Englands sind, sind leer ausgegangen. Es fehlen demnach alle Anzeichen dafür, daß die für Se. Majestät so traurigen englischen Tage einen politischen Charakter getragen hätten: „de grand princes . . . n'ont point de parents", dieser Satz ist auch in London nicht zur Unwahrheit geworden, soweit es sich um mehr als um den rein menschlichen Charakter einer Trauerfeierlichkeit handelt, an der wir ebenso regen Anteil genommen haben, wie an allem, was Leid und Freud unseres Königshauses betrifft.

Uebrigens mehren sich die englischen Stimmen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, den Buren einen für sie annehmbaren Frieden zu gewähren. Lord Wantage hat in einer Rede, die er in Reading hielt, mitgeteilt, die letzten Worte der sterbenden Königin seien gewesen: „O, daß es doch endlich Friede würde!" Dann hat das konservative Mitglied des Kabinetts Sir Edward Clarke öffentlich erklärt, daß es für England weder eine Unehre noch unwürdig sei, den Buren annehmbare Friedensbedingungen vorzuschlagen. Endlich soll Chamberlain sich diese Erklärung Clarkes zu eigen gemacht haben und über eine Aenderung der ministeriellen Politik mit den Führern der Liberalen: Campbell-Bannerman, Harcourt, John Morley — über deren Stellung zum Kriege wir unseren Lesern häufig berichtet haben — in Verhandlung getreten sein. Das Gerücht, daß Milner abberufen werden soll, gewinnt immer größere Wahrscheinlichkeit, und dazu kommt noch, daß der von König Eduard VII. angenommene Titel supreme Lord von Transvaal die Möglichkeit einer Verständigung nicht ausschließt.

Digitized by Google

Das wesentlichste aber ist doch, daß, je länger je mehr, der Abschluß eines Friedens mit den Buren durch das Interesse der Engländer selbst gefördert wird. Am 6. Februar telegraphierte der Kriegskorrespondent der „Westminster Gazette“: „Wir dürfen mit der Absendung von Verstärkungen nicht zögern. Unter Verstärkungen meine ich nicht kleine Abteilungen, wie die Regierung sie für ausreichend zu halten scheint, sondern 50000 Mann, die zum größten Teil beritten sein müssen. Inzwischen aber ist die Lage eine derartige, daß sie wohl die größten Sorgen erregen muß. Unsere Armee besteht aus Kindern und Invaliden. Die Dienstzeit der Königlichen Reserve-Regimenter läuft bald ab. Wer soll sie ersetzen? Es ist höchste Zeit, daß die Regierung uns sagt, was sie zu thun gedenkt.“

Vielleicht bringen uns die beiden Bände Depeschen des Lord Roberts, die in den eben erschienenen Blaubüchern veröffentlicht werden, einen besseren Einblick in die wahre Kriegslage, als wir ihn aus den offiziellen englischen Telegrammen bis zur Stunde gewinnen konnten; das wäre sehr lehrreich und interessant, weil sich an ihnen erkennen ließe — wenn sie nicht gar zu sehr zusammengestrichen sind — wie der Geist im englischen Heere und wie die Kriegführung der Engländer wirklich gewesen ist. Es sind wahrhaft haarsträubende Berichte über die Grausamkeit nicht nur der englischen Truppen, sondern auch ihrer Führer, die aus Privatbriefen umlaufen. Sie werden viel gelesen und finden allgemein Glauben; die stets weiter um sich greifende Ueberzeugung, daß es sich um einen Ausrottungskrieg von seiten Englands handelt, die ist es, die unser Volk und mit ihm die anderen so tief erregt und verbittert hat. So ruft denn alle Welt nach Frieden! und dieser Friedensruf hat jetzt einen mächtigen Bundesgenossen gefunden: die Pest. Wir wiesen schon, als die ersten indischen Hilfstruppen nach Südafrika geworfen wurden, darauf hin, daß damit die Möglichkeit einer Einschleppung der Pest gegeben sei. Vor acht Tagen sprachen wir von dem hartnäckig sich behauptenden Gerücht, daß die Pest in Kapstadt ausgebrochen sei. Jetzt ist es Thatsache, daß dort die Beulenpest ausgebrochen ist, und für England stellt sich damit die Frage, ob es überhaupt noch Freiwillige finden wird, die diesem Feinde, dem auch der Tapferste aus dem Wege geht, die Stirn bieten wollen. Und nun will man gar 50000 Mann Verstärkungen haben!

Digitized by Google

Man fragt sich wohl, ob unter diesen unerhörten Zuständen König Eduard VII. es nicht für nötig halten wird, früher, als er zu beabsichtigen schien, das Parlament zusammenzurufen! Es ist notorisch, daß die Wahlen zum letzten Parlament unter dem Druck einer politischen Täuschung stattgefunden haben. „Nur noch eine kurze Frist, und der Krieg ist zu Ende; wer von Frieden spricht, ist ein Verräter!" Das war die Parole. Ihr, nicht dem richtigen Einblick der Wähler in die thatsächlichen Verhältnisse, dankt Chamberlain die Majorität, die ihm seinen Sitz im Kabinett rettete und so unsagbares Elend brachte. Sollte wirklich England bewußt noch weitere sechs Monate, unter den Nachwehen dieser Täuschung, den Fluch fortwirken lassen, den es durch diesen unseligen Krieg auf sich heraufbeschworen hat?

Inzwischen ist das Thema der angeblichen englisch-deutschen Allianz von allen Blättern der Welt in allen denkbaren Tonarten variiert worden. Wir halten es nicht für notwendig, darauf einzugehen. Eine englisch-deutsche Allianz ist nicht möglich, so lange es einen Transvaalkrieg giebt. Danach ist sie diskutabel. Es giebt eine ganze Reihe wesentlicher Interessen, die wir im guten Einverständnis mit England gelöst wissen möchten, ohne deshalb mit unseren anderen Nachbarn uns zu überwerfen. Und dieses Ziel scheint uns keineswegs unerreichbar.

In China gehen die Verhandlungen ihren schleppenden Gang weiter. Des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee Lage erscheint dabei keineswegs beneidenswert und wir bewundern die Umsicht, mit welcher er seine schwierige Position zu behaupten versteht. Welches die Beziehungen der Okkupationstruppen — so müssen wir heute wohl sagen — zu einander sind, haben den Lesern die überaus anschaulichen Schilderungen des Barons Binder gezeigt, die einmal, gehörig ergänzt und ausgearbeitet, eine Quelle von bleibendem Wert zur Geschichte des chinesischen Krieges sein werden. Der diplomatische Streit in Peking um die Köpfe der Schuldigen dürfte ein Unikum in den Annalen der Diplomatie darstellen. Man wird wohl längere Zeit in China gelebt haben müssen, um den Handel natürlich und notwendig zu finden. Von Europa aus angesehen, erscheint ein früherer Abschluß der Verhandlungen wichtiger als ein geköpfter Chinese mehr. Doch, wie gesagt, wir bescheiden uns, und erheben

Digitized by Google

nicht den Anspruch, in diesen vielleicht sehr wichtigen Dingen als Kenner aufzutreten.

Nach all dem Traurigen und Unerquicklichen, das die letzte Zeit gebracht hat, begrüßen wir mit herzlicher Freude die Königin Wilhelmina und ihren Gemahl, den Prinzen Heinrich, und sagen ihnen unseren Glückwunsch zu ihrem Hochzeitsfeste. Mag Segen und Glück dieser Ehe entspringen, die wie ein Idyll erquickend in dieser Welt kalter Berechnungen wirkt. Das deutsche Volk hat seit Jahrhunderten in seinen Empfindungen dem holländischen nicht so nahe gestanden wie heute. Auch ihm gilt dieser Gruß, es ist uns gleichsam verwandter geworden.

Von den politischen Ereignissen der Woche verdient noch der am 6. Februar erfolgte Zusammenbruch des Ministeriums Saracco in Rom genauere Betrachtung. Der frühere Senatspräsident Saracco wurde bekanntlich noch von König Humbert nach dem Sturz des Generals Pelloux berufen. Damals hatte es sich gezeigt, daß es nicht möglich war, gegen die Koalition der vereinigten Parteien der Linken eine Regierung zu behaupten, die sich das Ziel stellte, durch Beschneidung zu weit gehender Freiheiten ein stärkeres Regiment zu begründen. Als die von Pelloux aufgelöste Kammer in verschlechterter Gestalt wiederkehrte, blieb dem Minister nichts übrig, als dem Könige sein Portefeuille zurückzugeben. Saracco bildete dann ein reines Geschäftsministerium, in dem alle Parteien vertreten waren, und das im Grunde kein anderes Programm hatte, als zu leben, bis eine andere Kombination möglich geworden war. Die Ermordung des Königs am 29. Juli nötigte Saracco, nach altem Brauch, dem Könige Viktor Emanuel III. seine Demission anzubieten, und es entsprach wiederum den Traditionen, wenn der König sie ablehnte. Dennoch konnte sich niemand darüber täuschen, daß Italien nur ein Interimsministerium besaß, das fallen mußte, sobald die gegenseitige Eifersucht der Parteien die Gleichgewichtsstellung nicht aufrecht erhielt, die allein ihm den Bestand sicherte. Dieser Fall ist nun eingetreten in der an sich wenig bedeutenden Angelegenheit der Arbeiterkammer von Genua, die mit Genehmigung der Regierung vom Präfekten der Stadt im letzten Dezember aufgelöst worden war. Der Minister hatte aber gleich danach eine andere Arbeiterkammer in Genua bestätigt, und nun fiel alles über ihn her: die Parteien

Digitized by Google

der Rechten wegen der Gründung der neuen Kammer, die der Linken wegen Auflösung der alten, und nach dreitägiger Debatte fiel das Ministerium mit 102 Stimmen gegen 318. Das merkwürdige dabei ist, daß eigentlich niemand etwas gegen den allgemein hochgeschätzten 83jährigen Saracco einzuwenden hat. Man hat eine klarere Situation haben wollen, das ist alles. Aber es fragt sich, wie es möglich gemacht werden kann, für eine beliebige andere Kombination eine Majorität zu finden. Viel wird dabei auf die Initiative des Königs ankommen. Die letzten Nachrichten lassen ihn mit Zanardelli verhandeln, es wäre also die Linke, der damit die Führung in die Hände gelegt würde. Es gilt aber nicht für undenkbar, daß auch Sonnino in diese Kombination hineingezogen wird. Aber noch ist alles unsicher, und erst die nächsten Tage können die Entscheidung bringen.

Die Eröffnung des Reichsrats in Wien hat all die beschämenden Scenen gebracht, die nach dem Ergebnis der Wahlen sich erwarten ließen. Man kann nur die Langmut bewundern, mit der Kaiser Franz Josef trotz allem an der Fiktion festhält, daß sich mit diesem Parlament wird arbeiten lassen. Vielleicht giebt die Kraft, die in dieser Zähigkeit liegt, schließlich auch den disparaten Elementen der miteinander hadernden Parteien etwas von der staatsmännischen Umsicht, die ihnen bisher so völlig gefehlt hat. Das Resultat wird unter allen Umständen sein, daß der Kaiser, wenn er schließlich erklärt, mit diesem Parlamentarismus aufräumen zu wollen, vor aller Welt gerechtfertigt dastehen wird.

In Rußland wird nunmehr offiziell zugegeben, daß die längst angekündigte Hungersnot wirklich eingetreten sei. Sie umfaßt in Europa die Gouvernements Taurien, Bessarabien, Podolien, Kiew, also fast den ganzen Süden, die von Natur fruchtbarsten Gebiete; dazu in Asien ganz Tobolsk und Teile von Semipalatinsk und Transbaikalien. Es ist wahrhaft entsetzlich und bleibt unverständlich, wie das Reich fast alle 2—3 Jahre eine solche Kalamität ertragen kann Sie beginnt beinahe einen chronischen Charakter anzunehmen. Am besten sind noch die Soldaten daran, die von Staats wegen ernährt und gekleidet werden. Man wird an die Zustände erinnert, wie sie im 3. und 4. Jahrhundert unserer Aera im römischen Imperium bestanden.

Digitized by Google

14. Febr. Eröffnung des englischen Parlaments.
15. Febr. Konstituierung des italienischen Ministeriums: Zanardelli, Giolitti, Prinetti.
16. Febr. Ministerkrisen in Serbien und Bulgarien.
20. Febr. Fürst Radolin übernimmt den Botschafterposten in Paris, von Alvensleben in Petersburg.

20. Februar 1901.

Die Konstituierung des neuen italienischen Ministeriums, in dem Zanardelli als Ministerpräsident ohne Portefeuille, Giolitti als Minister des Innern und Prinetti als Minister des Auswärtigen die bedeutendsten Persönlichkeiten sind, zeigt eine Kombination, in der die Parteien der Linken durch die beiden erstgenannten Staatsmänner, die Rechte durch Prinetti vertreten ist. Die sozialistischen und radikalen Elemente sind erfreulicherweise ferngehalten worden, und es ist kein Geheimnis, daß König Viktor Emanuel III. in hervorragender Weise um das Zustandekommen des Ministeriums und die verhältnismäßig rasche Lösung der Krisis verdient ist. So können wir nur wünschen, daß sich damit eine Regierung konstituiert hat, der ein langer Bestand und eine fruchtbare Reformthätigkeit beschieden ist. Daß in der auswärtigen Politik im wesentlichen die alten Bahnen eingehalten werden und das Jahr 1903 die Erneuerung des Dreibundes bringt, dürfte das wohlverstandene eigene Interesse Italiens vorschreiben. Zunächst weist nichts in der Weltlage auf eine Aenderung des Systems hin, dem Europa so lange schon die Erhaltung des Friedens unter den großen Mächten und Italien seine Stellung in ihren Reihen dankt. Auch ist, soweit wir sehen, in der deutschen Presse die neue Wendung, welche die italienischen Angelegenheiten genommen haben, durchweg in freundschaftlichem und zuversichtlichem Sinne begrüßt worden. Um so merkwürdiger und politisch nicht bedeutungslos sind die Hoffnungen und Betrachtungen, die von russischer und französischer Seite an den Personenwechsel im italienischen Ministerium geknüpft werden.

Digitized by Google

In der „Revue politique et parlamentaire“ ist von einem Russen, der sich nicht nennt, eine längere Studie erschienen, deren Titel lautet: „Die Annäherung der slavischen und lateinischen Rassen und Oesterreich-Ungarn.“ Die in dieser Abhandlung vertretene These lautet: die Zukunft muß einen Kampf der Lateiner und Slaven einerseits, mit den Germanen andererseits bringen. Lateiner und Slaven sind von dem Germanentum gleich bedroht, daher die alliance Franco-Russe, die nichts anderes sei, als der Kern einer weiteren Allianz, zu welcher zunächst Italien hinzuzuziehen sei. Rußland und Italien hätten Oesterreich gegenüber gleiche Interessen, das von Deutschland gestützte Element der Deutsch-Oesterreicher sei der gemeinsame Feind; werde das künstliche Uebergewicht gebrochen, das diese Deutsch-Oesterreicher behaupten, so finde im Westen die Italia irredenta mit ihren alten Ansprüchen Raum, im Osten aber biete sich den zahlreichen slavischen Völkerschaften Oesterreichs die Möglichkeit, zu politischen Individualitäten auszuwachsen, die sich dann naturgemäß um die slavische Großmacht des Ostens, Rußland, gruppieren müßten. Italien hätte dann die Aussicht, 700000 unter fremdem Joch seufzende Italiener dem Vaterlande zurückzugewinnen, im adriatischen Meere die ihm gebührende Stellung einzunehmen und dadurch den wirtschaftlichen Bann zu durchbrechen, in dem es von Oesterreich-Ungarn gehalten werde. Dann heißt es zum Schluß: „Italien wird, wie wir glauben, diese augenscheinlichen Thatsachen erkennen und die Bahnen einschlagen müssen, auf denen Frankreich ihm vorausgegangen ist. Es wird ein Inventar seiner Interessen aufstellen, seiner Hoffnungen, Ideale und seiner Enttäuschungen gedenken, und wenn das alles redlich erwogen ist, trotz des Getümmels der widerspruchsvollen Parteimeinungen, die jeder neue Tag bringt, zu dem gleichen Ergebnis gelangen, das wir Russen, trotz der Deklamationen unserer überseeischen Theoretiker, so lebendig uns zu eigen gemacht haben. Italien wird fühlen, daß die Stimme des Blutes einen unermeßlichen Wert hat. Neben den Kombinationen des Augenblicks, wie die Politiker sie erklügeln, wird es eine geheimnisvolle Stimme hören, die aus der heimatlichen Erde emporbringt und die da spricht: Du bist nicht nur ein Volk, das für sich allein lebt; du bist ein Teil der großen lateinischen Gesamtheit (du grand Tout Latin), und aus dem Schoß deiner eigenen besonderen Bedürfnisse

Digitized by Google

werden früher oder später Bande emporsprießen, welche dir deinen Blutgenossen gegenüber ehrwürdig erscheinen werden. Und wenn du diesen Weg gehst, wird es dir noch beschieden sein, große Thaten zu vollbringen, um deine Rasse vor dem Niedergang zu retten, der sie bedroht." Wir bitten den Leser um Entschuldigung wegen des Schwulstes der letzten Sätze; sie sind nicht auf scharfes Durchdenken, sondern auf eine unklare Gefühlserregung berechnet, halb drohend, halb schmeichelnd, so recht bestimmt, den dröhnenden Beifall einer durch Worte berauschten Volksversammlung zu erregen. Wenn ein ernstes Journal, wie die „Débats", trotzdem von diesen Ausführungen wohlgefällig Notiz nimmt und sie sympathisch analysiert, so verstehen wir das wohl. Es ist jene lateinische Union ein altes Ziel der französischen Politik, das der erste Napoleon in seiner Weise zu verwirklichen bemüht gewesen ist, an dem der dritte Napoleon scheiterte, und das seither in immer neuer Gestalt aufgetaucht ist. Wir haben mehr als einmal darauf aufmerksam gemacht; es war vor der alliance Franco-Russe in der dritten Republik lebendig, und ist nach der Alliance mit neuen Hoffnungen wieder aufgenommen worden.

Jetzt haben die Franzosen, die schon auf Visconti-Venosta ihre Hoffnungen richteten, Prinetti als den geheimen Freund ihrer Wünsche begrüßt. „Wir haben — so schreibt Herr Alcide Ebray in den „Débats" — volles Vertrauen zu der auswärtigen Politik Italiens unter der Leitung Prinettis; er wird sich nicht durch eine unheilvolle Vergangenheit bestimmen lassen, und wir hoffen, daß Visconti-Venosta die Fortsetzung und Vollendung seines Werkes als Zeuge noch miterleben wird."

Das ist sehr hoffnungsfroh, aber keineswegs besonnen geurteilt, wie eine historisch-politische Betrachtung der Lage zeigt. Wir finden zunächst in der Zusammensetzung des Ministeriums nichts, was auf eine Verwirklichung der allzu optimistischen russisch-französischen Hoffnungen hinwiese. Zanardelli hat während des ersten Ministeriums Crispi die Erneuerung des Dreibundes unterstützt und ist auch später diesem politischen Kurs nie feindlich gewesen; als Giolitti in der Zeit vom Mai 1892 bis zum Dezember 1893 das Ministerpräsidium in Händen hatte, fand die dritte Verlängerung des Dreibundvertrages statt. Prinetti aber ist in so verantwortlicher Stellung vor der Oeffentlichkeit ein homo novus, und wenn man in Frankreich in ihm

Digitized by Google

einen Schüler Visconti-Venostas erblickt, so haben wir darauf zu bemerken, daß uns das keineswegs beunruhigen kann. Die Wiederanknüpfung eines normalen wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Italien und Frankreich ist bei uns nicht ungern gesehen worden, weil dadurch das wirtschaftliche Leben Italiens wieder in gesundere Bahnen geleitet wurde. In Deutschland legt man den Schwerpunkt auf das Fehlen der radikalen und sozialistischen Elemente im Ministerium Zanardelli, denn diese Elemente sind allerdings in einem Sinne franzosenfreundlich, der uns nicht behagen kann. Sie sind französisch, weil sie antimonarchisch sind, weil sie ganz folgerichtig von einem intimen Anschluß an Frankreich den Sieg der republikanischen Idee erwarten und weil ihnen diese Parteidoktrin höher steht, als der Gedanke der nationalen Unabhängigkeit. So lange also der italienische Stolz die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Nation nach innen wie nach außen verlangt, läßt sich der Traum eines auf den Trümmern der italienischen Monarchie errichteten lateinischen Bundesstaates unter französischer Leitung und russischer Vormundschaft nicht verwirklichen. Es giebt aber noch eine Reihe anderer Lebensfragen für Italien, die sich gegen eine solche Kombination sträuben. Vor allem die „Roma intangibile“. In der politischen Vergangenheit Frankreichs liegt der Anspruch, die weltliche Herrschaft des Papstes herzustellen. Darauf kann keine französische Regierung im Prinzip verzichten. Sie kann den Anspruch ruhen lassen, sobald sie aber die Macht in Händen hat, ihn zu verwirklichen, ist sie genötigt, ans Werk zu schreiten. Wir wissen, wie an dieser römischen Frage das französisch-italienische Bündnis 1870 scheiterte, und wie der dritte Napoleon und danach sein Sohn dem Papst gegenüber Verpflichtungen eingingen, als sich ihnen die Aussicht auf eine Restauration des Empire bot. Sogar die jetzige, im Grunde ganz unchristliche dritte Republik, in der es als ein Ereignis erscheint, daß der Kammerpräsident sich kirchlich trauen läßt, sieht sich genötigt, mit äußerster Vorsicht alles zu vermeiden, was als eine volle Anerkennung des fait accompli eines weltlichen Rom gelten könnte.

Als zweites, wenngleich minder gewichtiges Hindernis steht zwischen Frankreich und Italien der Vertrag von Bardo vom 12. Mai 1880, durch welchen Tunis unter französisches Protektorat trat. Italien muß heute, ganz wie einst das alte Rom, danach streben,

Digitized by Google

an der Stätte des alten Karthago Fuß zu fassen, und jedenfalls kann es keine Verbindung schließen, die ihm jede Aussicht in die Zukunft für immer versperren würde. Aus dieser Thatsache aber erklärt sich das noch nicht vor der Oeffentlichkeit kundgegebene besondere Verhältnis Italiens zu England, das sich für den Fall eines französisch-italienischen Verbandes naturgemäß sofort in sein Gegenteil verwandeln müßte. Diese englisch-italienischen Beziehungen aber bedeuten zugleich eine Festigung des Dreibundes, da die englisch-österreichische Interessengemeinschaft im Orient auf die Haltung Italiens den Wünschen der Irridentisten gegenüber zurückwirken muß. Aus alledem ergiebt sich der große Zusammenhang der politischen Notwendigkeiten, auf welchen der Dreibund beruht. Sie lassen sich nicht durch journalistische Improvisationen wegdiskutieren und müssen jedem verantwortlichen italienischen Staatsmann das Eingehen auf derartige Utopien und Phantastereien verbieten. In gewissem Sinne gilt zudem noch heute das Wort Massimo d'Azeglios: „Jetzt, da wir Italien aufgerichtet haben, ist unsere Aufgabe, Italiener zu erziehen." In der That ist die innere Einigung der Italiener zu einem politischen Ganzen noch durchaus nicht vollzogen; Partikularismus und Radikalismus, wirtschaftliche und politische Sünden und Versäumnisse stemmen sich der Durchführung jener Aufgabe entgegen, die Azeglio der kommenden Generation stellte. Das gegenwärtige italienische Ministerium wird am segensreichsten wirken, wenn es sich zu diesem Programm zusammenfindet.

Aber der russische Artikel in der „Revue politique" giebt noch zu weiteren Betrachtungen Anlaß. Zunächst muß doch auf die erstaunliche Unverfrorenheit hingewiesen werden, mit welcher er über die Zukunft der habsburgischen Monarchie disponiert und ihre Zerstörung und Auflösung fordert, um den großen Rassenkampf der Slaven und Lateiner gegen das Germanentum aufzunehmen, das er — ein wenig antizipierend — sich als ein Ganzes vorzustellen liebt. So weit sind wir heute noch lange nicht, weder in Bezug auf Oesterreich-Ungarn, das, wie uns scheint, noch keine Neigung hat, sich in seine Bestandteile auflösen zu lassen, noch in betreff der germanischen Staaten, die bis zur Stunde jeder seine besonderen Wege gehen. Vielleicht wäre die Verwirklichung der lateinisch-slavischen Allianz das einzige Mittel, die große germanische Föderation zu stande zu

Digitized by Google

bringen — dann aber könnte leicht dem slavisch-lateinischen Bunde die Lust vergehen, es mit dem angeblich bevorstehenden Entscheidungskampfe zu versuchen. Kurz, wohin wir greifen, sehen wir in jenem Projekt unreife Gedanken, unhistorische Auffassung und eine Ueberhebung, wie sie nur dort ungestraft zu tage treten darf, wo die Sicherheit ist, daß man sie nicht ernst nehmen wird.

Nicht unbemerkt ist übrigens geblieben, daß Kaiser Nikolaus II. Herrn Waldeck-Rousseau und seine Ministerkollegen mit den höchsten russischen Orden bedacht hat. Vielleicht hat diese Auszeichnung des buntkomponierten, sozialistisch gefärbten französischen Ministeriums den Zweck gehabt, die jetzt umlaufenden Gerüchte ad absurdum zu führen, die von einer Intrigue Rußlands zu gunsten der Bonapartes wissen wollen. Obgleich Herr Millerand, wenn er mit seinen politischen Ansichten auf russischem Boden lebte, schon längst in Sibirien oder in irgend einer Arrestantenkompagnie in Sicherheit gebracht wäre, hat Rußland doch das lebhafteste Interesse, das ihm so außerordentlich fügsame republikanische Regiment aufrecht zu erhalten. Bei all dem Lärm, den heute in steigendem Affekt die russische Presse anschlägt, müssen wir doch an der nicht anzuzweifelnden Thatsache festhalten, daß die russische Regierung nach wie vor den Frieden auf dem europäischen Kontinent wünscht. Die Rückkehr eines monarchischen Regiments in Frankreich aber stellt, schon weil eine neue Dynastie sich besondere Verdienste zu erwerben hätte, den Frieden sofort in Frage, und Rußland wäre dann wohl oder übel genötigt, in seiner Weise mitzumachen. Das erlauben ihm zur Zeit weder seine Finanzen, noch die bösen wirtschaftlichen Verhältnisse, mit denen es zu kämpfen hat, noch seine brennenden asiatischen Interessen. Rußland hat seine größten Vorteile im Frieden errungen, und nichts spricht dafür, daß es im Begriff wäre, andere, entgegengesetzte Bahnen einzuschlagen.

Zu den Studentenunruhen in Kiew, die noch keineswegs ganz abgethan scheinen, sind ähnliche Bewegungen und Tumulte in Moskau und Petersburg, wahrscheinlich auch in anderen Universitäten vorgekommen, wie es denn überhaupt in Rußland — wie stets bei währenden Notständen — zu gähren beginnt. Der „Standard" vom 13. Februar bringt die Nachricht von einem glücklicherweise gescheiterten Komplott gegen das Leben des Zaren. Ein durch das Loos zur

Digitized by Google

Ausführung des Anschlags bestimmter Petersburger Jüngling, Sohn eines Polizeibeamten, habe, als er seine Unthat vollführen sollte, sich selber das Leben genommen, vorher aber noch ein Geständnis abgelegt, das zahlreiche Verhaftungen zur Folge hatte. Wir geben die Nachricht unter Vorbehalt, wenn wir auch wissen, daß derartige Anschläge stets auf das strengste geheimgehalten werden. Es wäre ein böses Zeichen, wenn der Nihilismus, den man fast für ausgerottet halten konnte, aufs neue lebendig werden sollte!

Mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist Rußland in einen regulären Zollkrieg getreten. Die Amerikaner haben den Zoll auf russischen Raffinade-Zucker um nicht weniger als 35 Prozent erhöht, und Minister Witte, dem man Mut nicht absprechen kann, hat darauf mit einem Kampftarif geantwortet, der den amerikanischen Markt schwer treffen wird. In den Kreisen der russischen Freihand-Politiker, wir meinen die Redakteure der großen russischen Zeitungen, hat diese Differenz eine schmerzliche Enttäuschung hervorgerufen. Man hatte sich dort ein freundschaftliches Nordamerika konstruiert, in dem man den künftigen Bundesgenossen gegen England sah, das von den Redaktionsbänken aus, trotz gelegentlicher Höflichkeiten, wie sie jüngst Fürst Uchtomski vorbrachte, neben Deutschland als den Hauptgegner betrachtet wird.

Die Eröffnung des englischen Parlaments, mit all dem Pomp sorgfältig erhaltener Traditionen früherer Jahrhunderte gefeiert, hat politisch die wenig erfreuliche Thatsache gebracht, daß sowohl König Eduard VII. wie das Ministerium sich auf das Programm der Fortsetzung des Burenkrieges bis zur völligen Unterwerfung beider Republiken festgelegt haben. Das bedeutet eine Perspektive weiteren Elends und alle die politischen Möglichkeiten, auf die wir hingewiesen haben. Es ist denjenigen, die in den letzten Wochen in London waren, aufgefallen, daß die Spalier bildenden Truppen meist aus Knaben von 16 Jahren oder aus Männern über 40 bestanden, denen man es ansah, daß es Notsoldaten waren, wie man sie nur in Dienst stellt, wenn gar nichts anderes zu haben ist; Physiognomien, denen man abends nicht begegnen möchte. Sogar die Horse Guards, sonst die best berittene Truppe der Welt, soll mit ihren schlechten Kleppern einen geradezu kläglichen Eindruck gemacht haben. Ein Wunder ist das freilich nicht, wenn man die un-

Digitized by Google

geheuren Opfer an Menschen und Pferdematerial bedenkt, die der südafrikanische Krieg gekostet hat und noch weiter kostet. Aber über all diese Dinge sieht man in England hinweg. Die Reden der Opposition verhallten wirkungslos vor der festen Majorität des Ministeriums, dessen âmes damnées sie sind. Und inzwischen wird der Krieg im Kap geführt. De Wet hat den Oranje-Fluß glücklich überschritten, und bevor Lord Kitchener melden kann, daß er ihn gezwungen hat, sich zu ergeben, darf an ein Ende nicht gedacht werden. Die Mannschaft des kühnen Burengenerals besteht aber zu nicht geringem Teil aus Farmern und Arbeitern aus dem Kaplande! Sein anderer Bundesgenosse, Pest und Typhus, rückt immer weiter vor. Die Kaffern im Hafen von Kapstadt weigern sich aus Furcht vor Ansteckung zu arbeiten, die Schiffe können nicht löschen und die Verbindung zur See droht zu einer Zeit abgeschnitten zu werden, da England ihrer meist bedarf. In Kanada ist in Anbetracht dieser Dinge die weitere Sendung von Hilfstruppen auf den entschiedensten Widerspruch gestoßen; auch Australien soll eine Absage geschickt haben! König Eduard VII. und sein Unglücksministerium müssen ihrer Sache sehr sicher sein, wenn sie unter diesen Verhältnissen nach wie vor auf ihrem Unterwerfungsprogramm bestehen.

Der Tod des Königs Milan von Serbien ist in Rußland mit einer Befriedigung von der gesamten Presse begrüßt worden, die etwas Verletzendes hat. Die nachträglichen Ovationen, die König Alexander dem Leichnam des Vaters erwiesen hat, löschen die Thatsache nicht aus, daß er es nicht möglich gemacht hat, an sein Sterbebett zu eilen. Es wäre ihm durchaus möglich gewesen, rechtzeitig am Platze zu sein. Frau Natalie Keschko hat sich gleich unempfindlich gezeigt — das ganze ein höchst unerquickliches Familienbild, wenn es uns auch wie die Nemesis erscheint, die einem mit unverantwortlicher Frivolität vergeudeten Leben folgte. Aber er war doch immer der Vater und der Gatte! Wie diese Dinge im serbischen Volke nachwirken werden, wird sich wohl nicht so bald erkennen lassen; daß sie spurlos vorüberziehen können, glauben wir nicht.

In Bulgarien scheint man endlich! unter dem Druck der großen Mächte zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß dem mörderischen Treiben des makedonischen Komitees ein Ziel gesetzt werden muß. Fürst Ferdinand hat ganz direkt erklärt, daß es die Zukunft

Digitized by Google

der Dynastie bedrohe. Sie ist jetzt noch mehr durch die schwere Krankheit des Thronerben bedroht. Die Bulletins lauten widerspruchsvoll; sollte der kleine Prinz sterben, so wäre damit allerdings für Bulgarien, das eben wieder eine Ministerkrisis durchlebt, eine neue Aera gefährlicher Wirren in Sicht.

Daß in Rumänien das Ministerium Carp sich rekonstruiert hat, muß als ein erfreuliches Zeichen begrüßt werden. Wir dürfen jetzt hoffen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte der letzten Zeit, die einen recht bedrohlichen Charakter angenommen hatten, sich werden überwinden lassen.

Zum Schluß zwei kurze Notizen.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Mexiko, die seit dem 19. Juni 1867 alle Beziehungen abgebrochen hatten, ist durch Errichtung einer Sühnekapelle in Queretaro ein Ausgleich hergestellt worden. Die letzten Schatten, die die Abenteurerpolitik Napoleons III. in die Gegenwart hineinwarf, sind damit auf diesem Boden geschwunden.

In Châlon-sur-Saône ist ein Ausstand ausgebrochen, der alle Merkmale einer anarchistischen Emeute trägt. Die französische Regierung ist mit großer Energie dazwischengefahren, und die Ruhe scheint vorläufig hergestellt. Aber wir fürchten, das Uebel sitzt tiefer. Wo der Sozialismus am Staatssteuer steht, da sucht der Anarchismus zu ernten.

Digitized by Google

25. Febr. Rücktritt des Ministeriums Carp in Rumänien.
26. Febr. Rücktritt des Ministeriums Petrow in Bulgarien.
26. Febr. Rücktritt des Ministeriums Azcarraga in Spanien.
27. Febr. Attentat auf den russischen Minister der Volksaufklärung, Bogolepow.

27. Februar 1901.

Zu Ende der sechziger Jahre wurde als Professor der slavischen Litteratur und der russischen Sprache an die Universität Dorpat ein Mann berufen, dem der akademische Unterricht an russischen Universitäten verboten war: das war der durch seine vortrefflichen Arbeiten auf dem Gebiete altslavischer Geschichte bekannte Professor Kotljärewsky. Ein böses Geschick hatte ihn bisher verfolgt. Kurz nachdem er sich an der Universität Moskau habilitiert hatte, wurde er in einen der damals sich aneinander reihenden Nihilistenprozesse verwickelt. Der Freund eines Freundes hatte Kotljärewsky in einem interzipierten Briefe einen jungen Mann von gesunden politischen Ansichten genannt. Der betreffende Brief aber war an eine kompromittierte Persönlichkeit gerichtet gewesen, und die dritte Abteilung der höchsteigenen Kanzlei Sr. Maj. des Kaisers, d. h. die politische Geheimpolizei, zog daraus den Schluß, daß auch Kotljärewsky als verdächtig betrachtet werden müsse. Man warf ihn in die Kasematten der Peter-Paulsfestung und nachdem er dort Jahr und Tag gesessen hatte und ihm nichts Gravierendes nachgewiesen werden konnte, wurde er, da die Geheimpolizei doch unmöglich geirrt haben konnte, unter polizeiliche Aufsicht gestellt und des Rechts verlustig erklärt, auf russischen Universitäten zu dozieren. Da jedoch Kotljärewsky nicht ohne Protektion war, interpretierte man diese Bestimmung schließlich so, daß, da Dorpat eine deutsche und nicht eine russische Universität sei, ihm dort die akademische Karriere offen bleiben könne. So kam er nach Dorpat, überglücklich, ein Feld der Thätigkeit gefunden zu haben, nicht ohne Haß gegen die russische Bureaukratie,

Digitized by Google

aber liebenswürdig, ganz seiner gelehrten Arbeit lebend, ein vortrefflicher Lehrer. Erst als der Krieg von 1870 allen Russen die Köpfe verdrehte, ging es ihm wie den übrigen. Die deutschen Siege erschienen ihm wie Verrat; er begriff nicht, daß mit Sedan und dem Sturz Napoleons nicht alles zu Ende war, und sah im Frankfurter Frieden eine rohe Gewaltthat. Die natürliche Konsequenz war, daß er Panslavist wurde, und als er seiner Gesundheit wegen das ihm verleidete Dorpat verließ und nach Prag, später nach Kiew zog, stand er als einer der Extremsten in diesem Lager. Er konnte es nicht verwinden, daß die Deutschen aufgehört hatten, nur das harmlose Volk der Dichter und Denker zu sein, und so rücksichtslos mit dem Schwerte dreinzuschlagen gelernt hatten. In seinem Testament fand sich ein Vermächtnis für Studierende der slavischen Philologie, welche nachweisen konnten, daß seit vier Generationen kein Tropfen deutschen Blutes die slavische Seele ihrer Familie national beeinträchtigt hatte. Das Beispiel ist typisch und erklärt manches in der Entwickelung jener Generation Russen, mit der wir heute zu rechnen haben. Uns ist das Bild Kotljärewskys wieder lebendig geworden, als wir die letzte gegen Deutschland gerichtete Kundgebung des Finanzministers Witte lasen und dabei die Kommentare verfolgten, die sie in der russischen und — zu unserer Schande sei es gesagt — in einem großen Teil unserer Presse gefunden haben. Wer die Politik Rußlands aufmerksam beobachtet, weiß auch, daß sie fast alle ihre Erfolge durch Bravaden errungen hat, die den Gegner einzuschüchtern bestimmt waren und fast immer ihr Ziel erreichten, während in Wirklichkeit die Ausführung dieser Drohungen weit über die thatsächliche Macht Rußlands hinausging. Kotljärewsky charakterisierte dieses auch im bürgerlichen Leben übliche Verhalten seiner Landsleute sehr drastisch folgendermaßen: Wer sich vor uns tief verbeugt, gegen den werfen wir uns in die Brust, wer aber hochfahrend und fest gegen uns auftritt, vor dem fallen wir aufs Knie." Er pflegte dabei recht anschaulich mimisch die eine und die andere Lage darzustellen und sprach dabei als Kenner ersten Ranges.

Einer solchen Bravade stehen wir auch heute gegenüber, und daß unsere freisinnigen und industriellen Blätter sofort Zeter schreien, ist uns ein Zeichen des mangelnden nationalen Stolzes, der in diesen Kreisen, Gott seis geklagt, zur Regel zu werden scheint. In Wirk-

Digitized by Google

lichkeit liegen die Dinge doch so, daß es eine unerhörte Anmaßung ist, wenn Herr Witte sich herausnimmt, in einer Frage, die noch nicht einmal den Charakter einer Gesetzesvorlage angenommen hat, durch seine Drohungen einen Druck auf die öffentliche Meinung bei uns auszuüben und so gleichsam als Partei in die inneren deutschen Angelegenheiten einzugreifen. Eine Bravade aber ist die Kundgebung des russischen Finanzministers, weil wir den angekündigten Zollkrieg zehnmal besser ertragen können, als das gerade jetzt wirtschaftlich erschöpfte Rußland, dem jeder Tag neue Verlegenheiten bringt, und das heute die Stirn so hoch trägt, damit die Welt nicht erkenne, wie unsicher es auf seinen Füßen steht. Diese Thatsache soll dadurch verschleiert werden, daß die russische Presse, mit nur ganz wenigen Ausnahmen, während der letzten Monate zumal, in steigender Ueberhebung sich herausnimmt, Deutschland und seine Politik nach allen Richtungen hin zu meistern, daß sie uns bald zuruft: „Du darfst die Bagdadbahn nicht bauen, denn Vorderasien ist unsere Einflußsphäre und muß unserer großen Zukunft vorbehalten bleiben" oder aber: „Was habt ihr Deutschen in China zu suchen, die Chinesen sind unsere Brüder und China fällt in das mittel- und hinterasiatische Gebiet, das von Rechts wegen nach Rußland hin gravitieren muß" oder: „Wie kommt Deutschland darauf, am persischen Golf eine Kohlenstation zu suchen, da dieses Meer doch der notorische Ausgang Rußlands zum warmen Ocean hin ist?" und so weiter in infinitum. Tritt Deutschland in engere Beziehung zu England, mit dem es nun einmal eine Summe wichtiger Lebensinteressen zu teilen hat, so ist das Verrat an der russischen Freundschaft; denkt es an die Erneuerung seiner Verträge mit Italien und hält es seine politische Freundschaft zu Oesterreich-Ungarn lebendig, so ist das eine „Minderung der legitimen Ansprüche des russischen Alliierten Frankreich", dem die Führung der lateinischen Rassen gebührt, das andere eine schnöde Herausforderung Rußlands, dem die Zukunft der slavischen Völkerschaften der Habsburgischen Monarchie gehört. Die guten Beziehungen Kaiser Wilhelms zur Türkei vollends werden als ganz ungeheuerliche Anmaßung und fast wie eine Beleidigung dargestellt. Jeder Schritt, den Deutschland in den letzten 22 Jahren gegangen ist, wurde im feindseligsten Sinne kommentiert, und wo es nicht möglich war, uns den Weg zu verlegen, wenigstens versucht, uns durch andere zu hemmen

Digitized by Google

und zu behindern. Demgegenüber sollte man doch in Petersburg bedenken, daß man bei uns sehr genau zu unterscheiden weiß zwischen dem, was Realität und was Schein ist, und daß die sehr erheblichen Schwächen der russischen Weltstellung kein Geheimnis sind. Wir suchen keine Händel, aber wir scheuen einen uns aufgenötigten Streit auch nicht, und sollte er einmal kommen, so wird sich ja zeigen, was Kulissenbau und was festes Gemäuer ist.

Es ist kein Vergnügen, solche Dinge zu sagen; aber notwendig ist es doch, daß man in Rußland erfährt, daß es für unsere Geduld auch Grenzen giebt, und daß die Meinung Deutschlands eine ganz andere ist als die jener Zeitungsstimmen, die sich heute in ängstlichen Verbeugungen nach Osten hin zu übertrumpfen suchen. Der modus vivendi zwischen Deutschland und Rußland ist nur zu finden auf dem Boden solcher Kompromisse, die den berechtigten Interessen und den realen Machtverhältnissen beider Rechnung tragen. Nur so können wir uns verständigen, ein Drittes giebt es nicht.

Es hat eine Zeit gegeben, und sie liegt nicht eben weit zurück, da, was wir jetzt den Russen vorzuwerfen haben, sich fast wörtlich so von England sagen ließ. Das ist heute faktisch anders geworden. Trotz aller prinzipiellen Gegensätze, die namentlich in der Beurteiluug der südafrikanischen Politik Englands hervorgetreten sind, läßt sich doch nicht verkennen, daß jetzt eine Wiederholung der Politik, die England in Samoa durchzuführen versuchte, nicht mehr denkbar ist, und beide Nationen, wo sie auf gleichem Boden zu arbeiten berufen sind, sich recht wohl verständigen können und auch thatsächlich verständigen. Von da bis zu dem Aufhören politischer Rivalitäten und tiefgehender Differenzen in der politischen Praxis des Augenblicks ist zwar noch ein weiter Weg; zwischen uns liegt, um nur eines anzuführen: Sansibar und Walfischbai, und über den Gang des Burenkrieges hat sich das nationale Gewissen noch lange nicht beruhigen können. Trotzdem läßt sich mit aller Bestimmtheit vorhersagen, daß die Beziehungen zu England besser werden müssen, und wenn wir auch nicht wünschen in eine Lage zu kommen, die uns nötigt, zwischen England und Rußland zu optieren, können wir uns doch dem nicht verschließen, daß wenn die deutsch-russischen und die deutsch-englischen Beziehungen sich in der eingeschlagenen Bahn

Digitized by Google

weiter entwickeln, die ersteren eine Wendung nehmen dürften, bei welcher Rücksichten, wie sie bisher fast ängstlich eingehalten worden sind, nicht mehr beobachtet werden. So liegen die Dinge bei nüchterner Erwägung. Herr Witte hat durch sein Communiqué in der Petersburger „Börsenzeitung" allen feindseligen Strömungen in der russischen Presse frischen Wind gegeben, und eben deshalb trifft ihn ein Teil der Verantwortung für ihre unqualifizierbare Haltung. Das endliche Resultat wird ein Umschlag in der Richtung unserer öffentlichen Meinung sein und zugleich in politischer Hinsicht die Vorbereitung jener Maßregeln, welche die Notwehr dem Bedrohten vorschreibt.

Mit großem Interesse sind wir dem Verlauf der englischen Parlamentsverhandlungen gefolgt. Sie zeigen eine erbitterte Opposition, aber auch eine sichere Regierungsmajorität, die dem Ministerium über alle Schwierigkeiten hinweghilft. Die Abrechnung zwischen den Parteien wird erst erfolgen, wenn im Sommer das neuzuwählende Parlament zusammentritt. Ist bis dahin der Burenkrieg, wie es nach den jüngsten Nachrichten scheint, beendigt, so ist auch eine Wiederkehr der jetzigen Majorität nicht unmöglich. Wir wünschen beides nur unter bestimmten Voraussetzungen: die Beendigung des Krieges in einer Form, die den Buren die staatliche Selbständigkeit nicht ganz nimmt; die Wiederkehr des Ministeriums nur, wenn es das Programm von 1900 so modifiziert, daß es seinen agressiven Charakter verliert. Das letztere halten wir für wahrscheinlich, das erstere leider nicht. Die bedingungslose Unterwerfung der Buren wäre auch, abgesehen von den hier mitspielenden sittlichen Faktoren, ein Fehler, der sich an England einmal mit dem Verlust von Südafrika rächen muß — nicht morgen oder übers Jahr, aber dann, wenn die Burengeneration, die heute in den Kinderschuhen steckt, zu Männern herangewachsen ist. Eine Gewaltherrschaft läßt sich nur mit Gewaltmitteln behaupten, sie versöhnt nicht, sondern steigert die Gegensätze, und eine weise Politik rechnet mit der Zukunft. Wie es heißt, soll am 27. d. die Entscheidung fallen; sie wird in ihren Folgen von unermeßlicher Tragweite sein.

Die politischen Irrwege, die ein Teil unserer Presse zu gehen pflegt, sind in der Beurteilung des Besuches, den König Eduard VII. seiner schwer kranken Schwester abstattet, in recht unziem-

Digitized by Google

licher Weise offenkundig geworden; schon der Respekt, den jedes Unglück verdient, hätte sie davon abhalten sollen. Aber geradezu lächerlich erscheint es, wenn man diesem Besuch eine politische Spitze zu geben bemüht ist. Davon kann um so weniger die Rede sein, als ja in England die Politik bekanntlich nicht vom Könige, sondern vom Parlament und dem Majoritätsministerium gemacht wird.

In noch unbegreiflicherer Weise hat sich diese Urteilslosigkeit gezeigt, als die Nachricht kam, daß Graf Waldersee eine Expedition nach Singanfu vorbereite für den Fall, daß die chinesische Regierung das Ultimatum der Mächte nicht annehmen sollte. Denkbar war doch nur zweierlei: entweder es galt, China durch eine Drohung einzuschüchtern, um es zum Nachgeben zu bewegen; dann gebot der einfachste Menschenverstand, zu schweigen, oder besser noch, zu machen, als sei diese Drohung ernst gemeint; oder aber, es war ernst mit der Expedition, dann war es eine patriotische Pflicht, mindestens stillezuhalten und den Erfolg abzuwarten. Der Lärm, der von den überklugen Kritikern erhoben wurde, bedeutete in dem einen wie in dem anderen Falle eine Schwächung unserer Position, und wenn die angedrohte Expedition nun wirklich zum Ziele geführt hat, und, wie jetzt feststeht, der chinesische Hof die ihm gestellten Bedingungen annimmt, so können jene Blätter sich rühmen, daß sie wenigstens an diesem Ausgange unschuldig sind. Wie nötig übrigens die Vorbereitungen zu einem energischen Vorgehen waren, haben die Meldungen von den jüngsten Erfolgen des Generalfeldmarschalls gezeigt. Wir meinen, er hat wohl bewiesen, daß er berechtigt ist, ein wenig Vertrauen zu erwarten, nachdem er in all den so überaus schwierigen Verhältnissen, in die er hineingestellt war, sich nun monatelang bewegt, ohne auch nur einen falschen Zug gethan zu haben. Bei uns in Deutschland wenigstens sollte das anerkannt werden, in Petersburg und Moskau ist er ja zur Genüge insultiert worden. Aber eine andere Erfahrung hat die Welt wieder gemacht, die nämlich, daß es nichts Unpraktischeres und nichts Gefährlicheres giebt als einen Koalitionskrieg. Fast wie ein Wunder erscheint es, daß bei all den bis aufs Messer zugespitzten Gegensätzen der Mächte alles bisher in leidlichem Frieden abgegangen ist. Nun, wir wollen hoffen, daß es dabei bleibt, wenn wir gleich an die Rückkehr des

Digitized by Google

Hofes nach Peking erst glauben werden, wenn er in der „verbotenen Stadt" seinen Einzug gehalten hat, und an ein Ende erst, wenn unsere wackeren Truppen den Einzug durch das Brandenburger Thor gehalten haben werden.

Sehr merkwürdig wenden sich die Dinge auf der Balkanhalbinsel. Die gemeinsame Aktion der Mächte hat sich gegen das Treiben des makedonischen Komitees in Bulgarien gerichtet. Wir haben schon mehrfach davon zu reden Anlaß gehabt, mit welcher sträflichen Konnivenz die bulgarische Regierung das verbrecherische Treiben dieser Mordbande zu übersehen beliebte. In Rußland ist das lange geduldet worden, zumal solange Rumänien meist darunter zu leiden hatte. Jetzt aber hat Rußland die Initiative zum diplomatischen Einschreiten ergriffen und damit auch das von jenem Komitee in Umlauf gesetzte Gerede zu Schanden gemacht, daß Rußland insgeheim die auf die Annektierung Makedoniens gerichteten Bestrebungen der bulgarischen „Patrioten" begünstige. So wird denn in Sofia rüstig abgewiegelt, und man steht nunmehr vor der sehr unbequemen Erkenntnis, daß Rußland für Makedonien ganz besondere Zukunftspläne hat. Wie es scheint, nicht weniger als eine Art Selbständigkeit, wie sie einst als Uebergangsstadium auch den anderen Balkanstaaten von Rußland bereitet worden ist. Läßt sich das auch nicht über Nacht vollbringen, so steigt diese Möglichkeit doch am politischen Horizonte auf, und sowohl in Konstantinopel wie in Wien wird das nicht übersehen werden.

Im Reichsrat zu Wien ist zu all den Zänkereien, welche über Sprachen- und Rassenfragen unter dem üblichen würdelosen Lärmen Tag für Tag ausgefochten werden, ein neues Streitobjekt gekommen, die Moraltheologie des heiligen Alfons von Liguori. Der Mann war Jesuit und hat in zweiundvierzig starken Bänden seine Ansichten niedergelegt. Obgleich erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts gestorben, stand er um 1730 in der Fülle seiner Kraft, also zu einer Zeit, da die Moral in ganz Europa auf ganz besonders tiefem Niveau stand. Die Moraltheologie, um die es sich handelt, ist nicht ein Werk von ihm, sondern ein aus seinen Werken gezogenes Kompendium, das allerdings recht anstößige Bestimmungen enthält. Wer besonnen urteilt, wird aber schwerlich die katholische Kirche von heute für die hier niedergelegten Anschauungen verantwortlich

Digitized by Google

machen. Jedenfalls sind sie nicht geeignet, zum Gegenstand einer parlamentarischen Verhandlung zu werden und am wenigsten in der politisch überhitzten Atmosphäre des österreichischen Reichsrats.

In Spanien scheint die politische Krisis, welche die Vermählung der Schwester des Königs heraufbeschworen hatte, glücklich überwunden zu sein. Ganz rein freilich ist die Luft noch immer nicht, aber die Welt ist allmählich daran gewöhnt, das als den normalen Zustand des unglücklichen Landes anzusehen.

In Frankreich hat die Kammer eine progressive Erbschaftssteuer angenommen, die auf eine Konfiszierung der sehr großen Vermögen hinausläuft. Auch das ist eine Konsequenz, die sich aus der wunderlichen Zusammensetzung des Kabinets Waldeck-Rousseau ergiebt. Bleibt abzuwarten, was der Senat dazu sagen wird.

Digitized by Google

4. März. Mac Kinley tritt sein neues Quadriennium als Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika an.
4. März. Konstituierung des Ministeriums Karawelow in Bulgarien.
5. März. Graf Bülows Rede über die auswärtige Politik Deutschlands.
5. März. Konstituierung des Ministeriums Sagasta in Spanien.

— —

6. März 1901.

Wenn wir es für unsere Aufgabe hielten, an dieser Stelle regelmäßig eine Chronik dessen zu geben, was in den letzten acht Tagen an politisch beachtenswerten Thatsachen geschehen ist, wäre sie leicht erledigt. Es geschieht allezeit unendlich viel, und wo man in das volle Menschenleben hineingreift, da ist es, nach dem Goetheschen Wort, auch interessant. Die Krisis auf der Balkanhalbinsel, die Verhandlungen des englischen Parlaments, das dem Ministerium Salisbury immer neue Daumschrauben anlegt, die Verständigung New-Foundlands mit Frankreich über Verlängerung des modus vivendi am French Shore, die Wirren in Spanien, die immer erneuten Anstrengungen der Buren gegenüber der erdrückenden und doch nur langsam an Boden gewinnenden englischen Uebermacht, der Gang der Verhandlungen und das wiederaufflackernde Kriegsfeuer in China, die Rivalität Rußlands und Japans in Korea, die wieder lebendig zu werden beginnt, die Massenausstände in Frankreich, die Reise des französischen Generalstabschefs Pendezec nach Petersburg, um — wie Mr. Delcassé erklärt hat — eine Aufgabe zu erfüllen, die mitunter wichtiger sein könne als alle Diplomatie, das alles gäbe in seiner Summe reichlich Stoff zu eingehender und wohl auch nützlicher Betrachtung. Vorgehen aber muß das Notwendige, und das ist, wie uns scheint, eine Klärung unseres politischen Urteils. Wir haben in den letzten anderthalb Jahren derart mit politischen Sympathien und Antipathien gewirtschaftet, daß uns darüber das ruhige politische Urteil fast ganz verloren gegangen ist und es Pflicht wird, doch einmal den Revers der Medaille zu

Digitized by Google

zeigen: die Konsequenzen, die aus unserer Haltung in der Presse wie in der Richtung der öffentlichen Meinung, den anderen Mächten, mit denen wir doch als mit vorhandenen Faktoren rechnen müssen, sich als Niederschlag ergeben haben. Uns ist eben jetzt dafür ein außerordentlich lehrreicher Beleg in den Aushängebogen eines Aufsatzes zugegangen, der demnächst in der „National Review" erscheinen wird: „England and Russia. By Sir Rowland Blennerhasset".

Der Artikel geht von der großen Bedeutung aus, die das Scheiden einer Persönlichkeit, wie es die Königin Viktoria war, für England haben mußte. Ihr Tod sei ein großes Unglück, und die neue Regierung werde zumal in der auswärtigen Politik Entscheidungen treffen müssen, die Blennerhasset als Lebensfragen Englands bezeichnet. An erster Stelle kämen dabei die Beziehungen zu Deutschland in Betracht. Unzweifelhaft würden viele Engländer freundlichen Zusammenschluß, ja sogar eine Allianz mit Deutschland als höchst erwünscht betrachten. Sir Rowland Blennerhasset sei selbst früher ein Vertreter dieser Politik gewesen, jetzt aber halte er das für einen müßigen Traum. Teils die Politik Gladstones, teils die deutscher Staatsmänner hätte auf deutschem Boden eine Feindseligkeit großgezogen, von der man sich kaum eine Vorstellung machen könne, und die eben deshalb so gefährlich sei, weil sie so sinnlos sei und auf Unwissenheit zurückgehe. Die deutsche Regierung habe in ihrer Weise Nutzen daraus gezogen, zuletzt, um ihre Flottenvorlage durchzubringen, und sei erst stutzig geworden, als der Kaiser von Oesterreich erklärt habe, daß jede gegen England gerichtete ernste Aktion den Bestand des Dreibundes gefährden werde. (Beiläufig bemerkt, eine angebliche Thatsache, von der wir nichts wissen, und die uns um so unglaubwürdiger erscheint, als von einer „ernsthaften Aktion gegen England" nie die Rede gewesen ist.) Jetzt aber müsse die deutsche Regierung, die den Wind gesät habe, auch den Sturm über sich ergehen lassen, der inzwischen aufgezogen sei. Für Kaiser Wilhelm und den Grafen Bülow bedeute das wahrscheinlich eine Verlegenheit, aber diejenige auswärtige Politik Englands, die nicht mit dieser deutschen Feindseligkeit rechne, laufe Gefahr, in eine schimpfliche und vernichtende Niederlage zu geraten.

Nun sei Oesterreich-Ungarn zwar so freundlich gegen England gesinnt, wie man irgend wünschen könne. Aber alles hänge an der

Digitized by Google

Person des Kaisers, und es lasse sich nicht verkennen, daß die innere Lage der habsburgischen Monarchie äußerst kritisch sei. Eine Rückkehr zum Absolutismus, namentlich in Ungarn, sei nicht denkbar, und wenn auch das stabile Element der Monarchie auf Ungarn beruhe, so werde doch kein englischer Staatsmann mit Sicherheit auf thatkräftige Unterstützung Oesterreich-Ungarns rechnen wollen.

Gute Beziehungen zu Frankreich aufrecht zu erhalten, sei der leitende Gedanke der persönlichen Politik der Königin Viktoria gewesen, und man müsse hoffen, daß ihr Ziel in Zukunft erreicht werde. Nicht England trage die Schuld an Faschoda, sondern die damalige thörichte Leitung am Quai d'Orsay, die trotz aller freundschaftlichen Warnungen England in eine Lage versetzte, aus der es nicht zurück konnte. Von allerhöchster Wichtigkeit aber sei, die Stellung Englands zu Rußland so klar und fest wie irgend möglich zu fixieren. Zwei Ansichten ständen einander dabei gegenüber. Eine nicht zahlreiche, aber hervorragende Gruppe suche sich und die anderen davon zu überzeugen, daß die Interessen Englands und Rußlands identisch seien, und begrüße jede weitere Ausdehnung Rußlands mit Freuden. Die anderen erblickten in Rußland den Erbfeind, dessen boshaftes Treiben sich überall erkennen lasse. Aber beide Meinungen seien gleich irrig. Das Wachstum Rußlands sei keineswegs immer erfreulich, und es sei gewiß nicht die Aufgabe englischer Staatsmänner, es zu unterstützen. Andererseits sei es ganz falsch, in Rußland den bösen Genius Englands zu sehen. Vielmehr seien in vielen Punkten die Interessen beider Staaten nicht in Widerspruch und das gelte ganz besonders vom Interesse Rußlands an der panslavistischen Frage. Die Zeichen der Zeit schienen dahin zu weisen, daß England das Haupt einer Föderation englisch redender Völker werde. Die Leitung der slavischen Rasse und damit die Suprematie in Europa werde Rußland zufallen, und es sei nicht einzusehen, was sich vom englischen Standpunkte aus dagegen einwenden lasse. Die Führer der englischen Nation thäten gut, das Problem zu studieren, denn die Leitung der Welt im 20. Jahrhundert müßte zwischen Slaven und Angelsachsen geteilt werden.

Nun behaupteten zwar viele Engländer, es sei unmöglich, freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Rußland herzustellen,

Digitized by Google

da Rußland seine Verpflichtungen nicht zu halten pflege, andererseits Rußland von England nichts zu gewinnen habe. Es müsse auch zugegeben werden, daß Rußland allerdings häufig mit cynischer Verachtung seine nationale Ehre und seine Treue hintangesetzt habe; wenn man aber genauer zusehe, sei das aus einer gewissen Notwendigkeit geschehen. In Zentralasien und im Vorrücken gegen die indische Grenze sei das der Fall gewesen, und England dürfte nicht vergessen, daß es sich in der egyptischen Angelegenheit in ganz ähnlicher Lage befunden habe. Aus der Okkupation, die höchstens 6 Monate dauern sollte, seien mehr als 12 Jahre geworden. Auch habe Rußland allen Grund gehabt, über die Haltung Englands während des Krimkrieges zu klagen. Es sei bisher unbekannt geblieben, daß, als Kaiser Nikolaus 1844 in England war, Wellington, Peel und Aberdeen ein geheimes Memorandum unterzeichnet hatten, durch welches sie versprachen, Rußlands Ansprüche auf die heiligen Stätten, unter Ausschluß der Ansprüche Frankreichs, durch ihren persönlichen Einfluß zu unterstützen. (conf. Thortons Foreign Secretaries of the 19. Century.) Der Kaiser Nikolaus habe daher im Vertrauen auf England im Juni 1853 seine Truppen den Pruth überschreiten lassen und später durch die Vernichtung der türkischen Flotte bei Sinope den Krieg unvermeidlich gemacht. Es sei nicht gerade eine Treulosigkeit oder ein Verrat Englands gewesen, aber man verstehe wohl, wenn Rußland dadurch erbittert worden sei.

Da nun in politischen Angelegenheiten stets die wirklichen oder vermeintlichen Interessen den Ausschlag geben und eine englisch-russische Verständigung höchst wünschenswert sei, müsse erwogen werden, wie die rivalisierenden Interessen Englands und Rußlands sich ausgleichen ließen. Wer das für unmöglich halte, beweise nur, daß er ein unfähiger Politiker sei.

Nun folgt ein aperçu über den Gang der historischen Entwickelung Rußlands, der bestimmt ist, zu zeigen, daß Rußland durch eine Art Fatalität zu immer weiterem Ausdehnen seiner Macht gedrängt worden sei. Diese Darlegung könnte ebenso gut aus der Feder eines russischen Publizisten, etwa des Fürsten Uchtomski, wie aus der des englischen Essayisten stammen. Das Entscheidende, so führt er aus, sei für Rußland gewesen, im Westen, Osten, Norden und Süden das Meer zu gewinnen. Daneben hätte in Zentralasien,

Digitized by Google

wie Gortschakow im Jahre 1864 in einem berühmten Zirkular ausführte, die Unterwerfung der Nomadenstämme immer weitere Eroberungen unabweisbar gemacht, es sei eine ungeheuerliche Uebertreibung, wenn man darin die Anzeichen eines weit angelegten Planes zur Eroberung Indiens erkennen wolle. Solchen Plan habe allerdings der Kaiser Paul (the mad Emperor Paul) auf Napoleons Antrieb ausführen wollen, dann habe 1807 Alexander in Tilsit darüber mit Napoleon beraten (richtiger wäre der Hinweis auf den Brief Napoleons vom 2. Februar 1808 gewesen!), endlich habe Skobelew 1878 einen derartigen Plan gefaßt. Auch ließe sich nicht leugnen, daß der Gedanke eines Zuges gegen Indien in Rußland bestehe, und das sei unglücklich, da eben deshalb die englischen Russophoben ihre Stellung stärkten, und eine Verständigung zwischen beiden Staaten nicht denkbar sei, so lange russische Autoritäten den Plan uuterstützten. Genauere Betrachtung zeige aber, daß ein Angriff auf Indien erst möglich sei, wenn Rußland Afghanistan absorbiert habe. Dagegen gebe es aber nur ein Mittel, wenn England rechtzeitig selbst in Afghanistan eine so starke Position gewinne, daß jeder Gedanke an Indien darüber den Russen schwinde (that the first step towards establishing friendly relations with Russia is to establish such outposts beyond our true scientific frontier . . . as to make idle every dream of an invasion of India). Thue man das, so stärke man damit die Hand derjenigen russischen Staatsmänner, welche die Idee der unvorteilhaften indischen Eroberung aufgeben und Herz und Seele der Nation ihrer wahren imperialistischen Mission zuwenden wollen, nämlich der Aufrichtung und Leitung der slavischen Rasse. Sir Rowland Blennerhasset ist bereit, für die von ihm gewünschte Stellung in Afghanistan, Konstantinopel, vielleicht auch Persien und Nord-China preiszugeben, in betreff der übrigen Teile des chinesischen Reiches aber, meint er, würde man sich leicht verständigen können.

Die sich hieran schließende Endbetrachtung geben wir in wörtlicher Uebersetzung:

„Die Größe der imperialistischen Mission Rußlands wird täglich mehr und mehr ihrer Verwirklichung entgegengeführt durch eine kräftige Schule russischer Staatsmänner. Die Union der slavischen Rasse kann heute nicht mehr als ein eitler Traum betrachtet werden. Bisher hat nur die Haltung

Digitized by Google

der Polen die Verwirklichung erschwert. Das ändert sich rasch. In Russisch-Polen welkt die Feindseligkeit der Polen dahin. Die Fortschritte dieses Landes seit Unterdrückung der Insurrektion von 1863 sind wunderbar. Vor 20 Jahren betrug die Bevölkerung Warschaus 300 000 Köpfe, heute hat sie sich mehr als verdoppelt; Russisch-Polen wird rasch zu einem Industrielande, und dieser Umstand hat neben der panslavistischen Aussaat wesentlich dazu beigetragen, die Haltung der russischen Polen der Regierung und dem Zaren gegenüber zu ändern. In Preußen hat das Dogma des Panslavismus eine weite Verbreitung im Volke gefunden, das um so fester an ihm hält, weil es sich dazu nicht bekennen darf. Das Signal zur Einigung der Rasse aber werden die österreichischen Slaven geben. In Böhmen, wo die Slaven entschlossen sind, das Königreich herzustellen, kann es jeden Augenblick dazu kommen. Eine entschlossene Bewegung nach dieser Richtung hin setzt Rußland vor das Dilemma, entweder auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin für die Tschechen Partei zu ergreifen oder die Leitung und die Zukunft der Slaven zu verspielen. Unter solchen Umständen wäre die Freundschaft Englands nützlich — seine Allianz unschätzbar. Der formidable Feind, dem Rußland die Stirne bieten müßte, wäre Deutschland. England auf russischer Seite, bedeutet im Kriegsfall einen solchen Druck auf Deutschland, dem dann die vereinigte Seemacht Englands, Frankreichs und Rußlands gegenüberstände, daß die Existenz dieses Reiches unter einer industriellen Krisis von solcher Größe zusammenbrechen müßte. In jedem Fall würde der schließliche Triumph Rußlands absolut sicher sein. Mehr als ein russischer Politiker, den ich mit Namen nennen könnte, sieht das klar, und schon gewinnt unter den denkenden Köpfen in Rußland die Ueberzeugung Raum, daß die wahre Politik Rußlands ist, mit England Hand in Hand zu gehen, und womöglich eine Allianz beider Reiche zu stande zu bringen. Sie halten eine solche Kombination für unwiderstehlich. Deutschland und dessen Alliierte könnten ihr nicht standhalten. Wahrscheinlich würde es sogar nicht einmal zu einem Kriege kommen und der Platz Rußlands in der Entwicklung des Slaventums wäre endgiltig gesichert, Rußland zu einer Stellung zurückgeführt, wie es sie unter Nikolaus I. einnahm und zwar ohne einen Schuß abzufeuern. Wenn die russischen Staatsmänner der festen und thatkräftigen Unterstützung Englands sicher wären, würde man sie zu beträchtlichen Opfern, besonders in betreff Persiens, bereit finden; und es giebt keinen Punkt der Welt, an welchem die Interessen Rußlands und Englands sich besser zu vereinen scheinen als in Persien. Es ist notorisch, daß in den höchsten Kreisen Rußlands Gefühle aufrichtiger Freundschaft zu Großbritannien gehegt werden. Es scheint also, daß die Zeit bald kommt, *wenn sie nicht bereits gekommen ist*, da beide Nationen sich einander nähern, um eine endgiltige Vereinbarung zu treffen, die auf gemeinsame Interessen gegründet ist, deren Größe beide Länder antreibt, mit peinlichster Genauigkeit die getroffenen Abmachungen einzuhalten."

Wir wollen aus diesem sauberen Plan nicht mehr machen als er bedeutet. Es ist zunächst die politische Komposition des Sir Rowland

Digitized by Google

Blennerhaſſet, der im Augenblick noch nicht an der Spitze der engliſchen Politik ſteht, und die ruſſiſchen Staatsmänner, mit denen er verhandelt hat, dürften aller Wahrſcheinlichkeit nach — Frauen und Journaliſten ſein. Dennoch wäre es Thorheit, ihn nicht zu beachten. Er zeigt einmal, wie „vorurteilslos" in gewiſſen engliſchen Kreiſen gedacht wird — was, nebenbei bemerkt, auch in Wien nicht ohne Intereſſe ſein muß —, dann aber, welche Bedeutung man in England den Aeußerungen unſerer Preſſe beigelegt hat. Zwiſchen Sympathiebezeugungen für die Buren und Inſulten, wie ſie gewiſſe Blätter gebracht haben, iſt ein Unterſchied, den eine kleine Doſis einfachſten politiſchen Taktes erkennen laſſen ſollte. Es iſt darin aber bei uns nicht mehr geſündigt worden als 1896 und 1897 in England. Doch das nur beiläufig. Herr Blennerhaſſet irrt vor allem in zwei Punkten: erſtens, wenn er glaubt, daß Deutſchland ohne Kampf zu knechten ſei, zweitens, wenn er glaubt, daß ein mit engliſcher Hilfe ſiegreiches Rußland nach errungenem Erfolge auch nur ein Jahr zögern würde, um mit ſeiner rieſig angewachſenen Macht gegen Indien zu ziehen und dort dem dann ganz iſolierten England den Todesſtoß beizubringen. Auch jene vorläufige Beſetzung von Afghaniſtan dürfte man in Rußland einigermaßen mißtrauiſch anſehen. Aber vielleicht verzichten Staatsmänner vom Schlage des Herrn Blennerhaſſet auch auf dieſes Aſſekuranzgeſchäft, und dann wären die Ruſſen ja Narren, wenn ſie den Freund, der ſich ihnen an den Hals wirft, nicht eine Zeitlang dulden ſollten.

Für uns liegt die Frage ſo, daß wir bei der Möglichkeit einer ſolchen Kombination zu überlegen hätten, ob nicht unter Umſtänden eine Verſtändigung mit Rußland gegen England ſich empfehlen könnte. Wir würden nicht gern dazu greifen, da uns die Fortexiſtenz Englands als Staat nützlich, und ein zu großer Machtzuwachs Rußlands bedenklich erſcheint. Aber überlegen laſſen ſich dieſe Dinge. In Rußland aber dürfte man ſich ſagen, daß die Verwirklichung des panſlaviſtiſchen Ideals, das übrigens nicht uns, ſondern Oeſterreich-Ungarn direkt bedroht, zur notwendigen Konſequenz die Einführung einer Konſtitution in Rußland haben muß, bei der die Stellung der Dynaſtie ſofort gefährdet wäre. Herr Blennerhaſſet iſt zu ſeinem Artikel offenbar inſpiriert worden durch das begreifliche Gefühl der Hilfloſigkeit, in der England ſich heute

Digitized by Google

bewegt. Der Plan, ohne einen Schuß abzufeuern, England zu einer Teilung der Welt zu verhelfen, wäre sehr pfiffig, wenn er auf etwas festerem Boden stände. Daß zwischen England und Rußland konspiriert wird, wissen wir wohl; das soll uns aber nicht hindern, unter allen Umständen unsere nationale Würde zu wahren, mit anderen oder allein, mit Rußland oder gegen Rußland, oder auch gegen England oder mit England. Die Wahl wird der Augenblick der Entscheidung geben. Der Plan Blennerhassets aber ist eine der größten politischen Frivolitäten, die in den letzten hundert Jahren ausgeheckt worden sind, und das will bekanntlich viel sagen.

Digitized by Google

8. März. Verhandlungen zwischen Botha und Lord Kitchener.
9. März. Exkommunikation des Grafen Leo Tolstoi.

13. März 1901.

In Transvaal wie in China scheinen die schwebenden Wirren sich langsam einer vorläufigen Lösung zuzuwenden; es ist nicht unmöglich, daß die mit Botha angeknüpften Verhandlungen in einen Frieden ausmünden, und ebenso spricht zur Zeit die Wahrscheinlichkeit dafür, daß in China die allseitig ersehnte Pazifikation eintritt. Die Chinesen haben sich bereit gefunden, die vornehmsten Bedingungen der Alliierten anzuerkennen: die Häupter der gegen die Fremden gerichteten Bewegung sind bestraft worden, und wir legen keinen besonderen Wert darauf, ob einer oder der andere der minderschuldigen in den Provinzen seinem verdienten Schicksal entgeht oder nicht. Weit wichtiger ist die Regelung der Entschädigungsfrage und die faktische Rückkehr des Hofes nach Peking, und erst wenn beides Thatsache geworden ist, wird sich für uns von einem Abschluß der China-Expedition reden lassen. Je früher wir dahin gelangen, um so lieber soll es uns sein, und mit um so größerer Befriedigung werden wir uns auf unsere Kiautschau-Position und auf den Boden der erlangten Handelsvorteile zurückziehen, welche das Prinzip der offenen Thür uns, zumal im Jangtsegebiet, sichert. Was darüber hinausgeht, ist, abgesehen von der internationalen Sicherung des diplomatischen Verkehrs, vom Uebel und sollte weder angestrebt, noch auch nur gewünscht werden. Wir halten es nicht für geboten, uns direkt oder indirekt für die Frage der mandschurischen Eisenbahnen zu engagieren, das ist eine russisch-chinesische Angelegenheit, an welcher zwar ein Stück englischen und japanischen Interesses hängt, aber kein deutsches, so daß wir Verwickelungen, die sich daraus ergeben können, in voller Neutralität gegenüberzu-

Digitized by Google

stehen hätten. Ebenso wenig freilich sind wir daran interessiert, die weiteren russischen Bestrebungen zu fördern, die trotz aller mehr oder minder feierlichen Erklärungen der russischen Presse wie des offiziellen Rußland in eine schließliche Absorbierung des gesamten mandschurischen Territoriums ausmünden müssen. Rußland hat Erklärungen und Beteuerungen, wie es sie heute abgiebt, allezeit freiwillig von sich gegeben und sie niemals gehalten, vielleicht auch nicht halten können, da das Aufgeben einer einmal gewonnenen territorialen Stellung den Schein eines aufgenötigten Rückzuges trägt und gerade die asiatische Stellung Rußlands weniger das Prestige der bona fides als das der rücksichtslos zugreifenden Macht verlangt. Wir billigen das nicht, aber wir erkennen darin eine fast fatalistische Erscheinung, die erst dann schwinden wird, wenn eine andere asiatische Macht sich ihr kraftvoll entgegen wirft. Diese andere Macht sind keinesfalls wir, und nur indirekt werden wir, durch das rückhaltlose Eintreten Frankreichs für alle Schachzüge der russischen Politik, auch davon berührt. Man müßte blind sein, um das geflissentliche Zusammengehen Frankreichs und Rußlands gerade jetzt zu übersehen. Es macht sich bei allen Fragen der großen Politik fühlbar und gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die jetzige französische Regierung mit ihrem immer mehr in den praktischen Sozialismus ausmündenden Programm politische Prinzipien bethätigt, welche die in Rußland meist verfehmte Weltanschauung zum Fundament des staatlichen Lebens machen. Wer die letzten französischen Kammerverhandlungen über die Ausstandsepidemien gelesen hat, kann darüber nicht einen Augenblick im Zweifel sein, trotz der schönen Worte, durch welche Waldeck-Rousseau bemüht war, sich weißzuwaschen. In Rußland aber verschließt man beide Augen und thut, als gehe die innere Politik Frankreichs den Zarenstaat nichts an! Nach außen tritt die Allianz neben dem Zusammenstehen beider Mächte in den chinesischen Angelegenheiten namentlich in den Bemühungen zu Tage, Italien aus dem Zusammenhange des Dreibundes zu ziehen. Die Erklärungen Prinettis, die in betreff der Erneuerung des Dreibundes ihren Schwerpunkt weit mehr nach der Seite des Nein, als nach der des Ja finden, können als bedeutsames Symptom dafür gelten, daß jene Bemühungen nicht als ganz aussichtslos betrachtet werden dürfen, zumal die montenegrinische Verwandtschaft des Königs als ein Faktor

Digitized by Google

betrachtet werden muß, der jenen Bemühungen jedenfalls nicht feindselig gegenübersteht.

Wir würden diesen Dingen geringere Bedeutung beimessen, wenn nicht die unerhörte Feindseligkeit der russischen Presse gegen Deutschland offenbar von der russischen Regierung wohlwollend geduldet würde. Gerade der Vorstoß des russischen Finanzministers gegen den Reichskanzler ist wie ein Signal betrachtet worden und wirkt noch heute nach. Darüber kommen besonnene Erwägungen nicht zur Geltung, und doch sollte das eigenste Interesse Rußland dahin führen, die Frage der bevorstehenden Handelsverträge nüchtern anzufassen. Wir wollen einer solchen nüchternen und besonnenen Stimme hier Raum geben.

„Jüngst," so schreiben die „Pet. Wjedomosti" — „ist eine neue statistische Untersuchung von A. A. Radzig erschienen: „Produktion und Konsum des Roggens auf der ganzen Welt." Das Erscheinen dieser Untersuchung im gegenwärtigen Augenblick, da die Erneuerung der Handelsverträge mit Deutschland auf der Tagesordnung steht, muß als außerordentlich zeitgemäß betrachtet werden, da sich hier ein Material zur Beleuchtung der meist bestrittenen Punkte bietet. Besonders interessant ist der allgemeine „Endschluß" der Untersuchung. Herr Radzig erweist sich nämlich als ein entschiedener Gegner der Ansicht, daß eine Erhöhung der Getreidezölle von seiten Deutschlands eine schädliche Wirkung auf unsere Getreideproduktion ausüben müßte. Sein Satz lautet: „Wenn wir unser Getreide zum gleichen Preise an die Staaten verkaufen, welche es mit einem Zoll belegen, wie an diejenigen, welche es zollfrei zulassen, so geht doch daraus hervor, daß uns die Zölle gleichgiltig sind." Der Verfasser hebt mehrfach nachdrücklich hervor, daß die Preise in Abhängigkeit von der Welternte stehen, „wobei Rußland am wenigsten im stande ist, den Preis auf gleichmäßiger Höhe zu erhalten." Unter den vielen Ursachen, welche diese Thatsache erklären, stellt der Verfasser unsere Armut obenan. Der Konsum von Getreide und Fleisch in Rußland ist — wie Radzigs Ziffern zeigen — weit niedriger als in vielen anderen Staaten, wobei, wie er hinzufügt, unser Fleischkonsum ganz geringfügig ist im Vergleich zu den höher kultivierten Staaten. Unsere Ernährung ist unzureichend, weil unsere Bevölkerung arm ist, und arm ist sie vor allem wegen der zu schweren Last unserer in-

Digitized by Google

direkten Steuern; andererseits mindert die Teuerung der Maschinen, des Eisens u. s. w. den Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit. Wenn es unseren Landwirten gleichgiltig ist, mit welchen Zöllen andere Staaten das Getreide belegen, weil nicht wir, sondern die Konsumenten jener Staaten den Zoll tragen, so legt sich dagegen die volle Schwere unserer indirekten Steuern auf sie selbst, in Gestalt von hohen Accisen, Schutzzöllen und fiskalischen Abgaben. Bei entsetzlich niedriger Produktion, so daß die mittlere Ernte das 4. oder 5. Korn bringt, sind unsere Landwirte genötigt, eine ungeheuere Masse von Getreide zu verkaufen, um die hohen Preise aller Konsumartikel zu bezahlen, und gleichzeitig können sie es wegen des schlechten Zustandes unserer Eisenbahnen nicht voll verwerten. Bei uns sind alle Geräte entsetzlich teuer: die Bauern müssen sich mit hölzernen Eggen und schlechten Pflügen zufrieden geben, und das Resultat ist ein entsetzlich niedriger Ertrag der Felder.

Die Teuerung des Zuckers (infolge zu hoher Accise und der Protektionspolitik), des Thees (infolge der fiskalischen Abgaben), des Branntweins, Tabaks, der Streichhölzer, mindert den Verbrauch dieser Dinge und nötigt die Bevölkerung, sie mehr als zweimal so hoch zu bezahlen als ihr Wert ist. Die Baumwollenfabriken zahlen hohe Zölle für alles Rohmaterial, für alle Chemikalien, Farben, für Eisen und Maschinen, und infolge dessen muß die Bevölkerung bei uns die Baumwollenstoffe doppelt so hoch bezahlen wie in England. Die Unfertigkeit unserer Eisenbahnen ist gleichfalls eine Folge der Teuerung alles Eisens, seien es nun Schienen, Lokomotiven, Waggons oder dergleichen mehr. Das alles ist zu teuer und führt naturgemäß auch zu teueren Aufbesserungsarbeiten. Die Teuerung erschwert die Zufuhr, aber sie mindert auch die Ausfuhr. Die Abgabe auf Mehl z. B. beträgt 45 Kop. auf ein Pud, und infolge dessen ist Weizenmehl in Petersburg teurer als in London. Wie darf man unter solchen Umständen an eine Ausfuhr von Getreide denken? Ausführen kann man billige Ware in einen anderen Staat, der sie teurer bezahlt, aber doch nicht umgekehrt. Die Ausfuhr von Zucker kann nur beklagt werden, denn dieser Export wird von den Konsumenten bezahlt und stellt schon deshalb eine wenig normale Erscheinung dar.

Unser Landvolk, so fährt Herr Radzig fort, verarmt wegen zu geringer Produktion und wegen seiner Belastung mit Abgaben, die

Digitized by Google

über seine Kräfte gehen. Die Getreidepreise hängen von dem Weltmarkt ab, daß aber bei uns an den Produktionsstätten, wegen der Unordnungen im Eisenbahnwesen und wegen des entsetzlichen Geldmangels, der Preis niedriger ist als der des Weltmarktes, begreift sich sofort. Die Not kennt kein Gesetz, und so geschieht es, daß auf den Bazaren die Getreidepreise niedriger stehen, als sie an Produktionsstätten und Hafenplätzen stehen müssen. Und so zwingt die Not unsere Bevölkerung, zu niedrigen Preisen nicht den Ueberfluß ihrer Produktion, sondern vielmehr gerade das zu verkaufen, was ihr zur eigenen Ernährung unentbehrlich ist.

Die vom Verfasser aufgeführten Daten zeigen, daß Rußland im Konsum von Weizen und Roggen nicht entfernt die erste Stelle einnimmt, daß vielmehr, wenn unser Konsum an beiden dem der Deutschen gleichkäme, wir 500 Millionen Pud mehr konsumieren müßten, als wir heute überhaupt produzieren.

Herr Radzig glaubt daher, in Anbetracht aller dieser Dinge, daß, wenn etwas überhaupt bei Abschluß der Handelsverträge besondere Beachtung verdiene, es eine allgemeine Herabsetzung unseres Zolltarifs sein müsse; dadurch werde der Nationalwohlstand gehoben und die Hauptursache der niedrigen Getreidepreise beseitigt werden. Speziell eine Erhöhung des Roggenpreises an den Produktionsstätten ließe sich durch Herabsetzung des Eisenbahntarifs erreichen. Dadurch könnte der Kaufwert unseres Roggens um 50 bis 60 Millionen Rubel erhöht werden, denn wahrscheinlich werde drei Viertel der Gesamternte davon betroffen werden."

Dieser merkwürdige Artikel datiert vom 26. Februar, aber in den 14 Tagen, die seither hingegangen sind, hat er weder in der russischen Presse noch bei uns ein Echo gefunden. In Rußland nicht, weil sich über die mörderische Wirtschaftspolitik des Herrn Witte schwer etwas Vernichtenderes sagen ließe, bei uns nicht, weil unser offiziöser Telegraph ganz ebenso wie unsere Presse die Gewohnheit hat, allezeit das Wichtigste zu übersehen. Wir verstehen es sehr wohl, wenn Herr Witte gerade jetzt alles unterdrückt, was in Rußland den Revers seiner das Volk aussaugenden fiskalischen Finanzpolitik zeigt; weshalb man aber bei uns sich speziell der Witteschen Brillen zu bedienen pflegt, um ein Urteil über das russische Wirtschaftsleben zu gewinnen, ist allerdings ganz unerfindlich. Alle

Digitized by Google

die Drohungen, mit denen der Herr Finanzminister jetzt gegen die Erhöhung unserer Getreidezölle wettert, sind eitel Renommage und werden sich, wenn sie ausgeführt werden, gegen ihn und sein System, nicht gegen uns wenden. Wir können ohne jeden ernsten Schaden den Ausgang abwarten, er nicht, und mit dieser unbestreitbaren Thatsache ist vor allem bei Abschluß der Handelsverträge zu rechnen.

Was aber die Haltung der russischen Presse gegen uns betrifft, so haben wir uns in den letzten 14 Tagen eine Blütenlese anlegen können, die lebhaft an die Höhepunkte der deutsch-russischen Freundschaftskrisen zu Ende der achtziger und zu Anfang der neunziger Jahre, speziell 1893 erinnert. Es ist sogar, was nicht ohne Interesse ist, fast wörtlich ein Artikel aus jenem Jahre wieder ausgegraben und wiederholt worden. Wir meinen die schon damals viel verspottete Behauptung, daß die deutschen Kolonisten in Südrußland nichts anderes seien als die Avantgarde der auf die Eroberung dieser Gebiete ausgehenden ruchlosen deutschen Politik. Wir haben zu unserer Ueberraschung diesen alten Ladenhüter frisch aufgeputzt vor wenigen Tagen in der „Nowoje Wremja" wiedergefunden. In gleichem Ton schreiben „Rossija", „Nowosti", „Swjet" und wie sie alle heißen, mit einer Einmütigkeit, die über das mot d'ordre keinen Zweifel läßt. Nun läßt sich ja vorhersehen, daß nachträglich irgend eine offiziöse Verleugnung erfolgen wird — aber man müßte doch von außerordentlicher Naivetät sein, um sich dadurch täuschen zu lassen.

Von großem Interesse war es, die Stellung der Presse zu dem von uns jüngst skizzierten Blennerhassetschen Aufsatz über Rußland und England nach beiden Seiten hin, der russischen wie der englischen, zu verfolgen. Der „große Plan" ist auf keiner von beiden Seiten so beachtet worden, wie der Verfasser wohl gewünscht hätte. In Rußland macht man sich über die Idee lustig, daß die russische Politik sich zu einem Verzicht auf Afghanistan und Persien verstehen könnte, in England scheint man Herrn Blennerhasset nicht ernst zu nehmen, und damit geschieht ihm wohl recht. Rußland ist wohl für jeden Plan zu haben, der England kleiner macht, aber die Welt mit ihm zu teilen und den Kampf mit Deutschland auf die eigenen Schultern zu nehmen, dazu scheint vorläufig noch keine Neigung zu

Digitized by Google

bestehen. In England aber hat das militärische Fiasko in Transvaal so sehr das Augenmerk der Notwendigkeit einer Armeeorganisation zugewandt, daß davor die übrigen Interessen zurücktreten. Die darüber gepflogenen Verhandlungen in beiden Häusern des Parlaments haben gerechtfertigtes Aufsehen erregt. Im Oberhause der rhetorische Zweikampf zwischen Wolseley und Lansdowne, bei dem die Meinung des Kontinents wohl auf seiten des ersteren stehen dürfte, im Unterhause der vom neuen Kriegsminister Brodrick vorgelegte große Reformplan. Er mündet, wie unsere Leser wissen, in die Organisation einer Armee von in Summa 680 000 Mann aus, von welchen 155 000 nebst einer Reserve von 90 000 Mann die reguläre stehende Armee bilden sollen; dazu kämen 150 000 Milizen, 35 000 Yeomanry und ein Freiwilligenkorps von 250 000 Mann. Von dieser Armee sollen 120 000 Mann (3 Armeekorps und 1 Division Kavallerie) jederzeit bereitstehen, um verschifft zu werden und dort außerhalb Englands Verwendung zu finden, wo es die Umstände notwendig erscheinen lassen. Gerade dieser Teil seines Programms hat allerlei Kommentare provoziert. Offenbar, kommentieren die „Débats", sind diese Truppen zur Verwendung in Asien und Amerika bestimmt, eventuell auch für Europa, da Herr Brodrick bemerkte: „Ich will mich nicht bei der Frage eines europäischen Krieges aufhalten; aber ich glaube, daß niemand in diesem Hause kühn genug ist, zu behaupten, daß wir uns unter allen Umständen von allen europäischen Verwickelungen fernhalten müssen ... auch können wir nicht zugeben, daß, wenn wir in unglücklicher Weise in einen europäischen Krieg verwickelt werden sollten, wir unsere Pflicht gegen unsere Alliierten erfüllen, wenn wir uns auf den Seekrieg beschränken und unsere Soldaten in ihren Kasernen lassen." Wenn nun die 200 000 Mann, die England nach Südafrika schickte, so wenig zu einer Zeit ausgerichtet hätten, da den Transportschiffen die Meere offen standen, was lasse sich von einer Armee von 120 000 Mann erwarten, die in Asien gegen die Russen oder in der neuen Welt gegen die Amerikaner zu operieren habe. Gegenüber den ungeheueren Heeren des Kontinents aber würde eine so kleine Armee vollends verschwinden. Endlich sei es höchst zweifelhaft, ob die in Sicht genommenen 250 000 Freiwilligen sich je in England werden auftreiben lassen. Brodrick habe zwar mit Konskription und allgemeiner Wehrpflicht gedroht,

Digitized by Google

aber das dürfe nicht ernst genommen werden, da die unerläßliche Zustimmung des Parlaments überhaupt nicht zu haben sei.

Wir stehen dem englischen Reformplane weniger skeptisch gegenüber. Wird er durchgeführt, so gewinnt England an Wert als alliierte Macht, und nur als solche kann es in einem Kontinentalkriege in Betracht kommen. In Asien und in Amerika würde der Schwerpunkt so ganz auf die Thätigkeit der englischen Marine fallen, daß den Landtruppen wenig mehr als die Rolle des Accidenz zukäme, während in einem europäischen Kriege sie zu überaus wirksamen Diversionen Verwendung finden könnten. Aber das alles liegt in weiter Ferne, und wir glauben nicht, daß die englische Armeereform früher zum Abschluß gelangen kann, als etwa die Durchführung unseres Flottenprogramms. Auch dürfte Brodricks Plan bis dahin noch manche Umwandlung erleben. Die Voraussetzung jeder Reform aber ist die thatsächliche Beendigung des südafrikanischen Krieges durch einen Frieden, der ein wirklicher Friede ist, d. h. durch einen solchen, der den Buren die Form von Selbständigkeit läßt, die sie in Ehren verdient haben und mit der sie sich in Ehren zufrieden geben können. Jede andere Lösung bedeutet, das ist unser caeterum censeo, die Wiederholung des jetzigen Krieges unter schwierigeren äußeren und inneren Verhältnissen vor Ablauf eines Menschenalters. Eben weil wir den Engländern ihre Stellung im Kaplande gewahrt zu wissen wünschen, halten wir die wenn auch beschränkte Selbständigkeit der Burenstaaten für eine politische Notwendigkeit. Es scheint allmählich auch in England selbst eine ähnliche Auffassung an Boden zu gewinnen; wird Botha nicht kleinmütig, so ist ihr der Sieg sicher.

Die spanische Ministerkrisis hat ihren Abschluß mit der Konstituierung des homogen liberalen Ministeriums Sagasta gefunden, in welchem der Herzog von Almodovar als Minister der auswärtigen Angelegenheiten fungieren wird. Er ist ein direkter Nachkomme von Christoph Columbus — aber wie ganz ist das Erbe des großen Mannes für Spanien verloren gegangen! In den auswärtigen Fragen spielt der Wechsel auf den Ministerstühlen Spaniens keine Rolle mehr. Höchstens wenn die marokkanische Frage einmal wieder lebendig werden sollte, wird man die Blicke auf Madrid zu richten brauchen.

Digitized by Google

Auf der Balkanhalbinsel müht man sich erfolgreich, die makedonische Mörderbande auseinander zu sprengen. Es ist beste Hoffnung, daß dieses Ziel bald erreicht wird. Weniger zuversichtlich läßt sich das von den Wirren in Arabien sagen, die im Zunehmen begriffen scheinen, und die wir sowohl in russischen wie in englischen Blättern recht pessimistisch dargestellt finden.

Digitized by Google

14. März. sq. Russisch-englischer Eisenbahnkonflikt in China.
15. März. Rede des Reichskanzlers im Reichstage.
17. März. Studentenunruhen in Rußland.

20. März 1901.

In einer seiner wirkungsvollsten Reden hat Fürst Bismarck am 6. Februar 1888 gesagt: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken sucht und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, das Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin." Wir möchten diese Sätze gleichsam als Motto vor die Rede setzen, die der Reichskanzler Graf Bülow am letzten Freitage im Reichstage gehalten hat. Daß er sich genötigt sah, wie in der Defensive zu erhärten, daß er die Linie der deutschen Interessenpolitik scharf einhalte, ist in gewissem Sinne erfreulich; denn es ergiebt sich daraus der Schluß, daß dieses Axiom der Bismarckschen Politik auch unserer Volksvertretung in Fleisch und Blut überzugehen beginnt. Daß freilich dieselben Redner, die Freitag zu besonnener Interessenpolitik mahnten, am schärfsten die Enthaltsamkeit Deutschlands in den südafrikanischen Dingen beurteilt haben, gehört zu den Widersprüchen, in welche sich Parteiredner verfangen, die nach den jeweiligen Strömungen der allgemeinen Meinung zum Fenster hinausreden. Daran muß man sich eben gewöhnen und diese Sprünge nicht allzu tragisch nehmen. Es ist die Pflicht und Aufgabe des leitenden Staatsmannes, die Richtung zu bestimmen, von jeher aber das Privileg der Abgeordneten gewesen, sich von den Einfällen, die ihnen durch den Kopf schießen, durch eine Rede zu befreien. Wenn es neuerdings Stil geworden ist, solche Reden doppelt zu halten, erst in den Kommissionen und dann im Reichstage oder Landtage, so läßt

Digitized by Google

sich das wegen des damit verbundenen Zeitverlustes nur bedauern, und wir möchten uns deshalb, einer Anregung der Münchener „Allg. Zeitung" folgend, dafür aussprechen, daß in den Berichten über die Kommissionsverhandlungen, der früheren Praxis gemäß, die Namen der Redner nicht mehr genannt werden. Es ließe sich davon eine wesentliche Beschleunigung der Arbeiten erhoffen. Noch einen anderen Exkurs möchten wir uns in diesem Anlaß erlauben. Uns ist aufgefallen, daß einzelne unserer großen Zeitungen gleichsam das Privileg für sich in Anspruch nehmen, die richtenden Vertreter derjenigen Politik zu sein, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen Fürst Bismarck ihrer Meinung nach gemacht hätte. Nun giebt es zwar eine Reihe politischer Maximen, die Fürst Bismarck ausgesprochen hat, um die bleibenden Grundsätze jeder vernünftigen und sittlich berechtigten Politik zu fixieren. Wir haben einen solchen Satz an die Spitze unserer Betrachtung gestellt. Aber nichts hat ihm ferner gelegen, als politische Rezepte zu schreiben, dazu sah er viel zu scharf in die Wirklichkeit. Er wußte, daß die Geschichte sich nicht wiederholt, und hat seine Politik stets der gegebenen Lage anzupassen verstanden. Niemand urteilte verächtlicher als er über das, was man eine „konsequente" Politik nennt. „Konsequenz für einen Politiker, für einen Staatsmann — so sagt er einmal (22. April 1887) — ist um so leichter, je weniger er politische Gedanken hat. Wenn er nur einen hat, dann ist es ein Kinderspiel, und wenn er den nur immer wieder vorbringt, dann ist er der Konsequenteste." Woher wissen nun jene Blätter, die uns Tag für Tag belehren, wie Bismarck gestern und heute und morgen gehandelt hätte? Das ist armselige Weisheit, die uns nicht imponieren kann.

Doch wir kehren zur Rede des Grafen Bülow zurück. Wer sie aufmerksam studiert, wird finden, daß sie hinter der glatten Schale einen sehr ernsten Kern birgt, und daß wir allen Grund haben, die großen Schwierigkeiten der Lage nicht noch durch das Hineintragen der heimischen Parteipolitik zu steigern. Was der Reichskanzler mehrfach und mit besonderem Nachdruck betonte, war, daß „die Ansichten und Aspirationen der Regierungen gerade in China weit auseinander gehen", und daß sich „neuerdings" weitere „Schwierigkeiten hinsichtlich der chinesischen Verhältnisse herausgestellt haben".

Digitized by Google

Er faßt dieses Leitmotiv im weiteren Verlauf der Rede nochmals so zusammen, „daß zwischen den Mächten quoad China gewisse in der Natur der Dinge begründete Divergenzen bestehen". Es kam nun darauf an, gegenüber dieser bedauerlichen, aber heute offenkundigen Thatsache die Haltung Deutschlands zu rechtfertigen, und das ist ihm, wie es uns scheint, vortrefflich gelungen.

Er konnte nachweisen, daß das erste Stadium der Unterhandlungen durch Uebergabe einer von den Vertretern aller Mächte unterzeichneten Note, welche die Friedensbedingungen formuliert und den chinesischen Unterhändlern zur Unterzeichnung und Annahme übergeben worden ist, unter Aufrechterhaltung des Konzerts der Mächte, zum Ziel geführt worden ist. Daß es nicht leicht war, dahin zu gelangen, hat uns das Echo bewiesen, das die Verhandlungen der Gesandten in der gesamten europäischen, asiatischen und amerikanischen Presse gefunden haben.

Nunmehr stehen wir im zweiten Stadium der Verhandlungen ausschließlich unter den Mächten, und zwar über die Bestrafung der Schuldigen, sowie über die Entschädigungen. Die erstere ist nach den Traditionen des chinesischen Justizwesens mit den in analogen Fällen vorgeschriebenen härtesten Strafen zu vollziehen, wobei dafür Sorge getragen wird, daß keine Figuranten an die Stelle der wahren Schuldigen gesetzt werden. Die Frage der Entschädigungen, sowohl der in Betracht kommenden Regierungen, denen ihre Kriegskosten zu erstatten sein werden, wie der Privatpersonen, die Verluste erlitten haben, ist noch in der Schwebe, scheint aber dadurch ihre Lösung finden zu müssen, daß eine Erhöhung der Seezölle, in Anknüpfung an die bereits bestehende Organisation der Kontrolle, die Mittel zu beschaffen bestimmt ist. Das sehr interessante Detail der Erwägungen, die dabei stattgefunden haben, können wir übergehen. Die Gegenvorschläge stehen noch aus, aber die Mächte scheinen entschlossen, wenn nötig, ihren Finanzplan, wie immer er ausfallen mag, China zu oktroyieren. Die Schwierigkeit liegt in den von China für die Ausführung der von ihm anzunehmenden Friedensbedingungen zu leistenden Garantien. Erst wenn nach dieser Seite hin volle Sicherheit geboten ist, wird Deutschland das Gros seiner Truppen aus Petschili zurückziehen, während das deutsche Oberkommando so lange dauern wird, als es den Wünschen der Mächte entspricht. Das

Digitized by Google

warme Lob, das der Reichskanzler bei diesem Anlaß dem Feldmarschall Grafen Waldersee spendete, wird jetzt, da wir die ungeheueren Schwierigkeiten genauer kennen, mit denen er zu rechnen hatte und noch rechnet, besonders angenehm berühren. Der Reichskanzler berührte danach die heikele mandschurische Frage und betonte nachdrücklich, daß uns die Zukunft der Mandschurei nur soweit interessiert, als die Behauptung dieser Provinz für die finanzielle Leistungsfähigkeit Chinas in Betracht kommt. Dieses Interesse, daß nämlich keine ungebührliche Verringerung des chinesischen Staatsvermögens erfolge, haben auch alle übrigen Mächte, welche heute die Kreditoren Chinas sind; es ist in besonders nachdrücklicher Weise von den Vereinigten Staaten von Nordamerika in einer dem chinesischen Gesandten übergebenen und uns durch Mr. White mitgeteilten Note zum Ausdruck gekommen. Amerika nennt Vereinbarungen Chinas mit einer einzelnen Macht, sofern damit Aufgabe von Gebiet und finanzielle Verpflichtungen verbunden sind, „unpassend, ungehörig und sehr gefährlich“ und verweist die Chinesen auf das durch die Gesandten in Peking vertretene Konzert der Mächte. Genau denselben Rat hat auf eine direkte Mitteilung des hiesigen chinesischen Gesandten, „daß China von Rußland energisch gedrängt werde, den Mandschureivertrag zu ratifizieren“, Graf Bülow gegeben und dabei zugleich betont, „daß die Angaben des chinesischen Gesandten in direktem Widerspruch mit anderen, von glaubwürdiger Seite der deutschen Regierung zugegangenen Angaben stehen“. Diese glaubwürdige Seite ist natürlich die russische Regierung selbst, die damit nur wiederholt hätte, was sie so oft und so feierlich versichert hat, daß sie nämlich keinerlei Sondervorteile von seiten Chinas zu erreichen beabsichtige. Schon daraus ergab sich, daß von einer Isolierung Deutschlands und von einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen infolge der chinesischen Angelegenheiten nicht die Rede sein könne, zumal, wie der Reichskanzler ausdrücklich hervorzuheben für nützlich hielt, das deutsch-englische Jangtse-Abkommen mit der Mandschurei nichts zu schaffen hat. Die Beziehungen Deutschlands zu allen an der chinesischen Frage beteiligten Mächten seien ausnahmslos gute. Bei der Aufzählung der einzelnen kam es dann zu der interessanten Aeußerung, „daß wir endlich von unseren beiden Verbündeten in der loyalsten Weise unterstützt

Digitized by Google

worden sind; und daß wir mit diesen unseren Verbündeten auch in China Hand in Hand und Seite an Seite gegangen sind, versteht sich von selbst bei dem völlig unerschütterten Bestande des Dreibundes". Damit ist den Gerüchten vom drohenden Abfall Italiens recht gründlich die Spitze abgebrochen worden. Man hat es bisher nicht genügend beachtet, daß wir in der Teilnahme beider Mächte an den chinesischen Angelegenheiten das erste militärische Zusammenwirken des Dreibundes erlebt haben, und wir dürfen hoffen, daß die hier bewährte Waffenbrüderschaft ein weiteres festes Band in dem Zusammenstehen der Drei bedeutet.

Die Worte, mit denen der Reichskanzler seine erste Rede schloß, lauteten: „Unsere Aufgabe ist es, zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Mächte unsere Neutralität, unsere Selbständigkeit, unseren Frieden, also die großen und dauernden Interessen des Reiches zu wahren ..., durch eine gerechte und versöhnliche Haltung die vorhandenen Gegensätze zu mildern und durch gemeinsames Zusammenwirken die gemeinsamen Ziele zu erreichen: gerechte Sühne ... angemessene Entschädigung ... dauernde Bürgschaft für die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im Interesse einer ungestörten Entfaltung unseres Handels und der ungestörten Thätigkeit unserer Missionare ..."

Die zweite Rede galt im wesentlichen der Zurückweisung wenig überzeugender Ausstellungen und Wünsche des Zwiegespannes Richter-Bebel. Der eine wollte wissen, was das Mandschurei-Abkommen enthalte, und die Flotte zurückrufen, der andere, in seiner zarten Fürsorge für die chinesischen Brüder, keine Strafexpeditionen mehr dulden; sie wurden beide „abgeführt". Immerhin sind wir ihnen nicht böse, da wir dabei die Definition dessen erhalten haben, was man in unseren offiziellen Kreisen unter „Weltpolitik" versteht: die Förderung und Entwickelung der großen überseeischen Interessen, von denen wir, als von einer historisch gewordenen Thatsache, als vernünftige Leute nicht abstrahieren können. Die Definition ist gut, und wir wollen sie uns zu eigen machen.

Welches sind nun aber die „vorhandenen Gegensätze", die „in der Natur der Dinge begründeten Divergenzen", die „Schwierigkeiten, die sich neuerdings herausgestellt haben" oder wie sonst Graf Bülow den dunkeln Punkt umschrieb, mit dem wir zu rechnen haben?

Digitized by Google

Vor allem natürlich der russisch-englische Gegensatz, wie er in dem steten Zurückdrängen des englischen Einflusses zum Ausdruck gekommen ist. Heute steht Rußland in Niutschwang und Port Arthur, auf den Elliot- und Blonde-Inseln, es hat Beziehungen zum Dalai Lama gewonnen, der früher nach China und nach England blickte, es läßt den Erben des Schahs von Persien russisch lernen und gründet überall in Persien russische Schulen und Kirchen, es hat den Emir von Afghanistan abspenstig gemacht, in der Mongolei, in Chinesisch-Turkestan und in der Dsungarei an Einfluß und Boden gewonnen, und endlich, nachdem es in der Mandschurei alle irgend bedeutsamen Straßen besetzt hat, jetzt sogar durch Erwerbung von Grund und Boden in Hankau ins Jangtsegebiet eine Etappe vorgeschoben. Und das alles hat sich in den letzten Jahren, zumal aber während des Burenkrieges vollzogen, der so den Engländern in Ost- und Mittelasien noch weit teurer zu stehen kommt, als in Südafrika. Jede dieser Positionen wäre noch vor drei Jahren von England verteidigt worden — jetzt knirscht es mit den Zähnen und giebt einen Posten nach dem anderen preis. Neuerdings sind nun die Streitigkeiten wegen der Tientsinbahn dazugekommen und heute zeigt keiner von beiden Teilen Neigung, nachzugeben. In nicht geringem Maße wird auch England durch das Vordringen des russischen Einflusses in Korea geängstigt, aber — und das ist der zweite dunkle Punkt — hier stehen vornehmlich Russen und Japaner einander gegenüber. An der russisch-koreanischen Grenze hat nämlich der Tjumen seinen Unterlauf nach Süden hin verändert, und Rußland behauptet nun, daß seine Grenze mit dem Tjumen vorgerückt sei. Die Japaner wollen das nicht wahr haben und sind außerdem erbittert durch die Anlage einer russischen Kohlenstation und eines russischen Hospitals in Mokpho. Der Prinz Inouye, der die Integrität und Unabhängigkeit Koreas vertritt, kann als der wahre Herold der öffentlichen Meinung in Japan gelten, und wenn zur Zeit auch das Herrenhaus dem Steuergesetz, das der Aufrechterhaltung der japanischen Rüstungen dienen soll, die Zustimmung versagt, so ist doch nicht zweifelhaft, daß sie gerade infolge dieser Gegensätze schließlich doch erfolgt. Das sind aber Dinge, die eine ernste Wendung nicht ausschließen, sobald aus irgend einem Anlaß das „Konzert" der Mächte in die Brüche gehen sollte! Graf Bülow hat aber noch auf

Digitized by Google

eine andere Störung des guten Einvernehmens hingewiesen, die wahrscheinlich nur von wenigen verstanden worden ist. Er sagt, „daß neuerdings Privat-Gesellschaften angefangen haben, die gegenwärtige Lage von China zu benutzen, um der chinesischen Regierung allerlei Konzessionen abzuzwacken". Wenn wir recht verstehen, sind damit die Belgier gemeint, die sich heute als die finanziellen Vorposten des russischen Einflusses ausspielen, und sich jetzt um die Konzession für eine Eisenbahn Peking—Hankau bemühen. In diesem kleinen Staat, in dem alles, vom Könige bis zum Stallknecht, nebenbei Handel treibt, hat man eine außerordentlich scharfe Witterung für „Geschäfte". Wir hoffen aber, daß ihnen das chinesische Geschäft, das sie auf Kosten aller führen, nicht glückt, und daß es wenigstens gelingen wird, diesen kleinen Störenfried in den Winkel zu schieben.

Besondere Aufmerksamkeit haben in den letzten acht Tagen die inneren russischen Angelegenheiten erregt. Als Ergänzung zu unseren Ausführungen über die Abneigung vieler russischer Kreise gegen die vom Finanzminister angekündigte Steigerung der russischen Importzölle gegen Deutschland können wir heute auf einen höchst instruktiven Artikel des russischen Nationalökonomen Birjukowitsch im „Westnik Jewropy" hinweisen, der unter der Spitzmarke: „Die Liquidation des Aufschwunges der Industrie Rußlands zu Ende des 19. Jahrhunderts" in ganz unerbittlicher Weise mit dem Protektionssystem Wittes ins Gericht geht. Wir empfehlen diesen Artikel der besonderen Beachtung des Grafen Posadowsky und hoffen noch Gelegenheit zu finden, auf ihn zurückzukommen. Es ist das Schärfste und zugleich das sachlich Ueberzeugendste, was bisher gegen die Wittesche Politik gesagt worden ist.

Mehr bemerkt und vielleicht weniger bedeutsam ist die veränderte Haltung, welche die russische Gesellschaft und, was mehr sagen will, das russische Volk den jüngst ausgebrochenen studentischen Bewegungen gegenüber eingenommen hat. In Moskau hat, zum erstenmal, der Pöbel für die Studenten Partei ergriffen, während er sonst seine Freude daran fand, über sie herzufallen. Es ist zudem kein Geheimnis, und die Moskauer Professoren haben es in einem Aufruf an die Studenten ausdrücklich hervorgehoben, daß hinter diesen Studentenemeuten nihilistische Elemente stehen, die in Anbetracht der allgemeinen Unzufriedenheit, welche der Notstand im Süden,

Digitized by Google

das Darniederliegen von Handel und Industrie, die ungeheueren Verluste an der Börse hervorgerufen haben, zu glauben scheinen, daß ihre Zeit gekommen ist. Das Attentat auf den inzwischen seiner Wunde erlegenen Unterrichtsminister Bogolepow ist ein erstes, böses Anzeichen, und wir fürchten, nicht das letzte. Bogolepow war außerordentlich unbeliebt, ein rücksichtsloser, kalter Bureaukrat, und es ist bekannt, daß die Petersburger Studenten sich bemüht haben, auszusprengen, daß man seine Ermordung nicht als ein gemeines Verbrechen, sondern als einen politischen Racheakt zu betrachten habe. Wir verstehen nicht, wie unter solchen Verhältnissen Rußland sich einen durch nichts gerechtfertigten Zollkrieg, durch den es selbst am schwersten betroffen wird, auf den Hals laden kann. Die telegraphisch gemeldete neue Kundgebung Wittes als eine Entschuldigung wegen der Unhöflichkeiten, die er in seinem ersten Drohschreiben dem Reichskanzler Grafen Bülow ins Gesicht warf, zu betrachten, vermögen wir nicht. Es ist im wesentlichen mit nur geringen Abschwächungen die Wiederholung derselben Gedanken und derselben Drohungen.

In England steht nach wie vor die Brodrickſche Armeereform im Vordergrunde des Interesses. Kann ihre Annahme als sicher gelten, so bekommt das Ministerium doch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit harte Wahrheiten zu hören. Das schallende Gelächter, mit der die Behauptung Chamberlains begrüßt wurde, daß Sir F. Hodgson den goldenen Stuhl der Aschantis nur habe nehmen wollen, weil dieser Stuhl einen ideellen und moralischen Wert besitzt, zeigt deutlich die Wandlung, die sich in der öffentlichen Meinung zu vollziehen beginnt. Auch in betreff der Fortsetzung des Burenkrieges ist das der Fall. Die Sendung des früheren Finanzministers Merriman (im Kap-Ministerium Schreiner) nach England hat wesentlich dazu beigetragen, die Engländer aufzuklären. Dann ist De Wet ihnen wieder entgangen, und Bothas Bereitwilligkeit, weiter zu verhandeln, zweifelhaft geworden. Endlich nimmt die Pest zu, und bei der Gewissenlosigkeit, mit der die Engländer die Quarantänevorschriften handhaben, steht zu befürchten, daß die furchtbare Seuche auch nach England und leicht auch nach dem Kontinent verschleppt wird. In Südafrika marschiert sie mit den Truppen und mit den Ratten vorwärts — und all das Elend, damit Mr. Chamberlain mit seiner Politik nicht im Unrecht bleibe.

Digitized by Google

Der Reichsrat in Oesterreich hat endlich angefangen zu arbeiten. Leider spricht jedoch die Wahrscheinlichkeit dafür, daß bei den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn die Jungtschechen sofort zur Obstruktion übergehen werden.

Das neue bulgarische Ministerium Rodoslawow-Zankow trägt einen ausgesprochen russischen Charakter, worüber in Petersburg und Moskau begreifliche Freude herrscht. Die nächste Aufgabe der Regierung wird es sein, zu den makedonischen Wirren Stellung zu nehmen. Läßt sie es dabei an Energie fehlen, so kann uns das Frühjahr trotz allem unliebsame Ueberraschungen auf der Balkanhalbinsel bringen.

Digitized by Google

20. März. Vermittelung Graf Waldersees im russisch-englischen Eisenbahnkonflikt.
23. März. Attentat auf den Oberprokureur des heiligen Synod Pobedonoszew.
25. März. Erklärung Chamberlains gegen Friedensverhandlungen mit den Buren.

---

27. März 1901.

Die letzten acht Tage haben im fernen Osten eine scharfe Krisis gebracht, die heute glücklich als überwunden gelten kann; auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatze die gleich rasch aufgetauchte und wieder geschwundene Hoffnung auf einen Friedensschluß. Beide Ereignisse verdienen die ernste Beachtung aller politisch denkenden Köpfe, und in gewissem Sinne läßt sich nicht verkennen, daß ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Die Dinge, die sich an jener Eisenbahnweiche in Tientsin abgespielt haben, zeigen nicht nur, daß wir bisher wie durch ein Wunder der Gefahr entgangen sind, die scharf zugespitzten nationalen Gegensätze aufeinander platzen zu sehen, sondern auch, daß, was gestern leidlich ausgeglichen ward, sich morgen schlimmer wiederholen kann. Graf Lambsdorff, dem, wie es scheint, Feldmarschall Graf Waldersee den Boden bereitet hatte, kann wegen seines raschen Entschlusses, der ihn den allein richtigen Weg finden ließ, nur gerühmt werden. Er hat von der Petersburger Perspektive aus die Dinge richtiger angesehen, als es in Tientsin möglich war, und sich Kopf und Urteil klarer gehalten als die Moskauer, Petersburger und Londoner Journalisten. Zurückgeblieben ist freilich das Mißtrauen, mit dem nun einmal Briten und Russen einander auf asiatischem Boden gegenüberstehen, und wir fürchten, daß auch der dem Feldmarschall Grafen Waldersee auf russische Initiative und unter Zustimmung Englands zugewiesene Schiedsspruch nur den vorliegenden Streitfall, nicht die ihm zu Grunde liegende Stimmung wird beseitigen können. Soviel sich erkennen läßt, scheinen diesmal die Engländer die Schuld am Anfang des Konfliktes getragen zu haben; das Wegreißen der russischen

Digitized by Google

Grenzzeichen bedeutete allerdings eine Herausforderung. Dann aber haben die Russen mit gleicher Münze gezahlt, und das durch nichts zu rechtfertigende Eingreifen der Franzosen — nicht als Truppe, sondern als einzelne, drohte dem Konflikte eine besonders gehässige und gefährliche Wendung zu geben. Die nicht wegzuleugnende Unpopularität der Engländer in aller Welt hat sich aber im Laufe der letzten anderthalb Jahre in kaum glaublicher Weise infolge des Burenkrieges gesteigert, und da parallel damit das Prestige Englands, der Glaube an seine unerschöpfliche Kraft geschwunden ist, machen die feindseligen Instinkte sich ungenierter Luft, als sonst der Fall gewesen wäre. Es ist in der That hohe Zeit, daß die chinesischen Verhandlungen, die heute wohl in der Entschädigungsfrage gipfeln, zu einem ersprießlichen Ende geführt werden. Sie werden durch die besondere Stellung, die Rußland in der Mandschurei eingenommen hat, zum Schaden aller beteiligten Mächte verwickelt und wirken durch das Gefühl der Unsicherheit, das an ihnen haftet, auf die große Politik aller Mächte zurück. Diese mandschurische Angelegenheit aber ist eben deshalb so schwierig, weil die russische Regierung ihre Absichten verkleidet, oder, besser gesagt: verlangt, daß die Welt nicht den Thatsachen glaube, die sich vor aller Augen abspielen, sondern den Worten, durch welche das offizielle Rußland immer aufs neue seine völlige Uneigennützigkeit beteuert. Diese Zumutung ist aber schwer zu erfüllen, weil parallel mit jenen Beteuerungen die Leitartikel aller großen und kleinen russischen Blätter gehen, die von der Mandschurei nicht nur als von einem bereits russischen Gebiete reden, sondern zugleich noch über die Zukunft der Mongolei und Tibets verfügen, als gehöre sie ihnen.

Wenn man nun weiß, daß es nur eines Winkes der Oberpreßverwaltung in Petersburg bedarf, um solche Betrachtungen unmöglich zu machen, fragt man sich wohl, was von dieser doppelten Politik zu halten ist. Und zwar um so mehr, als Rußland noch nie einen Krieg geführt hat, bei dem nicht nach ähnlichen Erklärungen nachträglich recht ungeniert zugegriffen worden wäre. Nun ist man sich bei uns ja darüber ganz klar, daß Deutschland weder in die schwebenden noch in die wahrscheinlich bevorstehenden Händel um die Mandschurei eingreifen wird, aber die Erklärung des Grafen Bülow hat uns gezeigt, wie der Entschädigungsfrage durch jene „uneigennützige"

Digitized by Google

Haltung in der Mandschurei präjudiziert wird; und zum Ueberfluß sagen uns die russischen Blätter, daß es ungerecht und unbillig sei, von China Entschädigungen für die Verluste zu fordern, die Privatpersonen erlitten haben. Man ist eben, wie immer, sehr freigebig mit anderer Leute Geld, sehr zäh in Behauptung der eigenen Interessen und sehr klug in den Vorbereitungen für weitere Ausdehnung dieser Interessen. Daß für England die Aufnahme der Mandschurei in die russische Sphäre einen sehr empfindlichen Verlust nicht nur an Ansehen bedeutet, sondern auch an Werten, die sich direkt in Pfund und Shilling umsetzen lassen, liegt klar zu Tage und wird in London bitter empfunden. Fast noch mehr gilt das von Japan, das nicht mit Unrecht seine Stellung in Korea bedroht glaubt, und, wenn auch für den Augenblick keine akute Gefahr vorliegt, doch genötigt ist, darüber nachzudenken, was die Zukunft bringen kann. Man rechnet aber im Orient überhaupt mit längeren Zeiträumen als im Abendlande, und empfindet eben deshalb dort die Gefahr der Zukunft vielleicht lebhafter, als wir es zu thun gewohnt sind. Wenn die jüngsten Gerüchte über die Sendung russischer Kriegsschiffe nach Korea und über die bevorstehende Mobilisierung der japanischen Kriegsflotte auch wieder dementiert worden sind, so denken wir doch: „kein Rauch ohne Feuer", zumal wir wissen, daß in Japan die Parteien in leidenschaftlichem Gegensatz miteinander kämpfen. Solange der Marquis Ito das Heft in Händen hat, dürfte es schwerlich zu einem russisch-japanischen Zusammenstoß kommen, aber wer kann für die Stetigkeit japanischer Ministerien die Bürgschaft übernehmen? Man kann übrigens leicht verstehen, was die friedfertige Tendenz der Politik Itos bedingt: ohne Bundesgenossen darf Japan trotz seiner Ueberlegenheit an Schiffen und Mannschaft den Kampf mit Rußland nicht wagen, dem Frankreich sofort beispringen würde; Deutschland aber ist als Bundesgenosse in Angelegenheiten, die sein eigenes direktes Interesse nicht berühren, nicht zu haben, während England heute keinen anderen Gedanken hat als den, sich von dem südafrikanischen Désastre zu erholen. So bleibt für Japan das Abwarten einer günstigeren Konjunktur, wenn etwa Rußland nach anderer Seite hin engagiert ist, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß es dann bemüht sein wird, alte Rechnungen zu regulieren. Die Thatsache, daß der japanische Minister des Aeußeren das deutsch-englische Ab-

Digitized by Google

kommen, dem Japan beigetreten ist, so für Japan interpretiert, daß auch die Mandschurei hineingezogen werden muß, zeigt jedenfalls, wie ernst trotz allem die Lage noch heute ist.

Daß aber der südafrikanische Krieg für England nicht nur ein moralisches, sondern ein militärisches Désastre bedeutet, daran kann trotz der Erschöpfung der Buren kein Zweifel sein. England ist verhältnismäßig nicht nur ebenso, sondern mehr erschöpft, und deshalb ist das Scheitern der Friedensverhandlungen mit Botha fast wie ein nationales Unglück empfunden worden. Der südafrikanische Krieg hat die regierenden Klassen in England weit härter getroffen als jeder andere Krieg, den es je geführt hat. Das Heranziehen der Yeomanry zum Dienst außer Landes ist zum erstenmal geschehen, der Prozentsatz der gefallenen oder verwundeten Offiziere, die fast ohne Ausnahme den angesehenen Familien angehören, ist erschreckend hoch, und endlich sind die pekuniären Opfer, die der Krieg gefordert hat und weiter fordert, unerhörte, auch abgesehen von all den Verlusten, die das Stillestehen der Minen, das Stocken von Handel und Industrie, das Spiel der Börse u. s. f. gebracht haben. Die dem Parlament mitgeteilten Depeschen über die Verhandlungen zwischen Botha und Kitchener sind für die Buren ehrenvoll wie ihr Gesamtverhalten während des Krieges. Sie haben ihren Frieden nicht auf Kosten der Landsleute aus der Kapkolonie schließen wollen, die ihnen beigetreten sind. Nebenher mag noch der Umstand mitgespielt haben, daß Milner, den sie kaum weniger hassen als Cecil Rhodes, die Obrigkeit darstellt, mit der sie für die Zukunft rechnen müßten.

Wenn der „Standard" sich darüber lustig macht, daß Botha von „seiner Regierung" redet, der er die englischen Endvorschläge nicht vorlegen könne, so ist das aller Wahrscheinlichkeit nach ein Spott, der von der englischen Regierung selbst widerlegt werden wird. Denn mit wem soll sie verhandeln und durch wen die ersehnte Unterwerfung erreichen, wenn nicht durch die „Regierung" der Burenrepubliken! Darüber helfen keine Annexionsdekrete und keine Proklamationen hinweg. Unrechtmäßig wird der Kampf der Buren erst, wenn die von ihnen gewählte Regierung nach den geltenden Verfassungsformen mit der englischen Regierung oder ihren Bevollmächtigten abgeschlossen haben wird. Früher wird kein Völkerrechts-

Digitized by Google

lehrer die weiter kämpfenden einzelnen Burenscharen als außerhalb des Kriegsrechts stehend betrachten, und früher wird auch das empörte Gewissen der gesamten nichtenglischen Welt sich nicht zufrieden geben. Damit sollte England rechnen. Es sind das Realitäten, nicht Ideologie, wie der erste Napoleon es zu nennen liebte, und je länger jene Realitäten übersehen und als nicht vorhanden betrachtet werden, um so schwerer werden sie sich rächen. Wir wissen sehr wohl, daß das, was wir hier sagen, von Engländern nicht verstanden wird. Es ist heute noch mit ihnen, wie es von jeher war und wie Cavour in einer Rede vom 26. Mai 1860 es einmal charakterisiert: „Das englische Volk besitzt große Eigenschaften, unter denen der Patriotismus hervorragt. Der Engländer beurteilt alles von dem nationalen Standpunkte, und wenn die Interessen Englands auf dem Spiele zu stehen scheinen, so verliert bei ihm jede andere Rücksicht an Gewicht." Cavour sagte das damals, um die plötzliche Schwenkung Englands gegen Italien und zu Gunsten Oesterreichs zu erklären, obgleich die moralischen Sympathien der Engländer auf seiten der Piemontesen standen. Hätten die Buren heute gegen ein anderes Volk als das englische ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, so würde das gesamte England zu ihnen stehen, sie feiern und bewundern, und, wie es die Art dieses Volkes ist, gewiß nicht weniger geräuschvoll, als es heute auf dem Kontinent geschieht. Die Engländer würden eben sehen, was sie heute nicht sehen können, den Heroismus, die Vaterlandsliebe und die Opferwilligkeit der Helden von Transvaal und vom Oranjestaat; hätte aber gar der General eines anderen Volkes Frauen und Kinder eines anderen Volkes auf halbe Ration gesetzt, um dadurch auf die kämpfenden Männer einzuwirken, kein Volk der Erde hätte das schärfer verurteilt und glühender gebrandmarkt als das englische.

Wie mit einem Lande, in welchem die ganze Nation zu den Waffen gegriffen hat, Friede geschlossen werden muß, das hat 1871 Deutschland durch den Fürsten Bismarck der Welt gezeigt. Sollte im parlamentarischen England das Recht eines kämpfenden Volkes, über seine Zukunft mitzuentscheiden, weniger verstanden werden?

Nur mit steigender Sorge läßt sich die Kombination der studentischen Unruhen in Rußland mit Ausständen der russischen Arbeiter — in Moskau sollen es angeblich 20 000 Mann sein — und mit

Digitized by Google

nihilistischen Elementen verfolgen. Noch ist der Minister der Volksaufklärung, Bogolepow, nicht bestattet, und schon hat ein Attentat auf den noch weit mehr verhaßten Oberprokureur des hlg. Synod, Pobedonoszew, stattgefunden. Es scheint festzustehen, daß die streikenden Moskauer Arbeiter in den Studenten ihre Führer anerkennen und sich willig von ihnen leiten lassen. Wir hoben schon neulich hervor, daß dies eine in der Geschichte des russischen Volkslebens unerhörte Erscheinung ist; sie wird noch dadurch besonders bedenklich, daß die russischen Fabrikarbeiter eine fluktuierende Bevölkerung darstellen, die wieder in die Dörfer zurückfließt und dort naturgemäß das Gift der neu angenommenen sozialistischen und dem herrschenden Regime feindseligen Theorien weiter verbreiten muß. Man fragt wohl, welche Früchte aus dieser Saat aufgehen werden? Daneben steigt die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen System Rußlands. Die Kritik wagt sich selbst in Blättern wie die „Pet. Wjedomosti" an den allmächtigen Finanzminister heran und gelangt dabei zu doch sehr beunruhigenden Resultaten. So rechnet ein Herr Ossipow ihm vor, daß in den Jahren 1881 bis 1886 die mittlere Zahl der Reichsausgaben 883,8 Millionen Rubel betragen habe, im folgenden Quinquennium 1006 Millionen, von 1895 bis 1900 aber 1655 Millionen; wenn das so fortgehe, werde man zu Ende dieses Jahrhunderts ein Ausgabebudget von 5 Milliarden haben.

1883 haben die indirekten Steuern 381 Mill. Rubel betragen, 1892 gegen 475 Millionen, für das Jahr 1891 seien sie auf 652 Millionen veranschlagt. — Am deutlichsten trete diese Steigerung an der Getränksteuer zu Tage, die von 253,5 Millionen im Jahre 1883 auf 270 Millionen im Jahre 1892 und auf 487,9 im Jahre 1900 gestiegen sei. Die entsprechenden Ziffern für Kirche und Unterrichtswesen aber sind 19,5, 21,7 und 33 Millionen! „Das Galopptempo", sagt der Verfasser nicht ohne Bitterkeit, „ist durchaus nicht vorhanden, wo es sich um die geistige Nahrung handelt!" Dagegen sei das Budget des Ministeriums der Wege in folgender Proportion gestiegen: 1883 nur 20 Millionen, 1892 schon 67, im Jahre 1901 auf 383 Millionen; sein besonderes Ressort habe der Finanzminister Witte von 99 Millionen im Jahre 1883 auf 120 Millionen bei seinem Regierungsantritt und auf 305 Millionen für das Jahr 1901

Digitized by Google

gesteigert. Das ist um so auffallender, wenn wir sehen, wie für den gleichen Zeitraum das Budget des Ministers des Innern nur um 16 Millionen wuchs u. s. w.

So entwickle sich die Steuerfähigkeit der Russen allerdings in sonderbarer Weise, die wohl nur für Feinschmecker auf dem Felde der Finanzpolitik bewunderungswürdig erscheinen könne. Der Laie freilich erschrecke vor der Thatsache, daß, bei einem Gesamtbudget von fast 2 Milliarden, für eine Bevölkerung von 120 Millionen Köpfen durch zwei Jahrzehnte hindurch nicht mehr als 20 Millionen für die geistigen Bedürfnisse zur Verfügung standen. „Der lebendige Organismus wächst. Eiserne Muskeln setzen mächtige Hände in Bewegung, die hart arbeiten. Die Brust stemmt sich neuen Schlägen entgegen. Aber der Magen des Organismus ist krank, das letzte Dezennium brachte chronisch Hungerjahre. Die geistigen Funktionen arbeiten schwach und doch wächst der Organismus und muß wachsen. Ein Arzt, der solche Zustände bei einem Einzelorganismus zu behandeln hätte, würde sagen: das ist handgreiflicher Unsinn — nonsens. Für denjenigen, der das Leben des Staatsorganismus studiert, ist das unnormal, eine krankhafte Richtung, welche die größte Aufmerksamkeit verdient. Man darf sich nicht durch das Wiegenlied „Uns gehört die Zukunft!" einlullen lassen. Man muß die Gegenwart sorgfältig analysieren. Die Zukunft gehört jedermann — so lange er nicht im Grabe liegt. Daraus eine Kriegsdevise zu machen — ist sonderbar. Sicher gilt aber für Gegenwart und Zukunft die ewige Wahrheit: „Ertötet nicht den Geist!" Dieser Wahrheit nachzustreben ist unsere Aufgabe, die keineswegs erfüllt wird der kolossal aufgeschossenen, als Persönlichkeit gedachten Nation gegenüber. Sie trägt auf ihren Schultern die gewiß nicht leichte Geschichte der Gegenwart und hat ihre geistigen Kräfte ganz unzureichend entwickelt. „Unsere Muskeln sind stark, unsere Schultern breit, wir werden alles ertragen, was Gott schickt." Aber auch die Kraft des Verstandes und des Geistes muß stark sein, wenn die Last der Milliarden ertragen werden soll. ..."

Man braucht nicht sehr scharfsinnig zu sein, um in diesem Artikel, der gewiß aus der Feder eines sorgenden Patrioten stammt, den Widerhall der Studentenunruhen mit all ihren Annexen zu erkennen. In der That: die magere geistige und leibliche Nahrung,

Digitized by Google

die jener Generation des werdenden Rußland geboten wird, reicht nicht zum Leben und ist zu viel zum Sterben. Irren wir nicht, so bereiten sich in Rußland große Wandlungen vor. Der Größenwahn, der alle diese Dinge glaubt übersehen zu dürfen, liegt weniger in der Nation als in den leitenden Kreisen, in jener Welt des Tschinowniktums, die wohl der Meinung sein mag: „uns wird es überdauern". Das Volk ist geduldig und zahlt und hungert, so lange es eben gehen will; die junge Generation lärmt und protestiert und trägt in ihrer Mitte, wohl ohne es zu wissen, die Elemente, die zum Revolver greifen! Auch hier fällt uns ein Wort von de Maistre ein: „Si l'on pouvait enfermer un désir Russe sous une citadelle, il la ferait sauter" und „il n'y a point d'homme qui veuille aussi passionnément que le Russe". Er hätte hinzufügen sollen: „so lange er jung ist", denn im Amt und im Alter geht dem Russen die Kraft des Wollens und Wünschens verloren. Wer aber verfolgt, wie leidenschaftlich die heutige Jugend Rußlands sich aufbäumt gegen das herrschende System, und wie man ihre Wünsche „sous une citadelle" zu begraben bemüht ist, kann sich der Befürchtung nicht entziehen, daß jene Zitadelle schließlich „springen" könnte.

In der Münchener „Allg. Ztg." finden wir einen sehr optimistisch gehaltenen Artikel unter dem Titel „Die Umkehr in Oesterreich". Wir können nur wünschen, daß der Verfasser recht behält, wenn er uns versichert, das Ministerium Körber habe das Arkanum entdeckt, den alles verwirrenden und lähmenden Nationalitätenhader zu beseitigen. Das Rezept ist einfach genug: das Ministerium wird keine nationalen Konzessionen nach irgend welcher Seite hin gewähren. Das gäbe also im wesentlichen den status quo des Augenblicks. Aber werden sich damit die Slaven, die dem Siege so nahe zu stehen glaubten, zufrieden geben? und weiter: wird dadurch der Verwilderung des österreichischen Parlamentarismus ein Ziel gesetzt werden? Wir fürchten, weder das eine noch das andere zu erleben. Allerdings ist jene Verwilderung des Parlamentarismus keine spezifisch österreichische, sondern eine allgemein europäische Erscheinung. Ob das japanische Parlament sie mitmacht, wissen wir nicht. Aber man blicke auf Frankreich, wo man sich an parlamentarische Faustkämpfe bereits gewöhnt hat, auf England, das jüngst

Digitized by Google

genötigt gewesen ist, gewaltsam einige Parlamentsmitglieder aus dem Saal zu stoßen, endlich auch auf uns, wo, wie die letzten Tage gezeigt haben, der Ton der Gasse in die Kammer hineingetragen worden ist. Welche Gefühlsroheit lag darin, daß die gesamte sozialdemokratische Fraktion fernblieb, als es galt, der Entrüstung Ausdruck zu geben, welche die Nachricht von dem Attentat gegen unseren Kaiser hervorrief? Kurz, wir können keinen Stein auf die Oesterreicher werfen. Aber die Erwägung liegt doch nahe, ob den Präsidenten unserer Parlamente nicht weit größere Befugnisse zu erteilen sind, um Anstand und Sitte — man schämt sich, es niederzuschreiben — in dem Kreise der Vertreter des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten?

Digitized by Google

29. März. Annahme des antiklerikalen Vereinsgesetzes in Frankreich.
Ende März. Gefangennahme des Führers der Filipinos Aguinaldo.
Anfang April. Russisch-chinesische Schwierigkeiten wegen des Mandschureivertrages.

---

3. April 1901.

In der wissenschaftlichen „Beilage zur Allgemeinen Zeitung" finden wir von einem leider ungenannten Verfasser einen Aufsatz über Rudyard Kipling, den Dichter des Imperialismus. Unter voller Anerkennung des großen Talents und der reichen Anschauungskraft Kiplings wirft ihm der Verfasser der Studie vor, daß „der Geist des Dichters des Imperialismus statt vom Altruismus nur vom Rasseneigennutz beherrscht" sei. Er belegt das an zahlreichen Beispielen.

„Es scheint," sagt er, „als ob der Erzähler zwischen den Zeilen zu verstehen giebt: meine Helden sind wirkliche Schurken, aber laßt Euch ihretwegen keine grauen Haare wachsen; ihre Schurkereien schädigen nur Leute, die nicht zu uns gehören; ihre Brutalitäten sind im Grunde notwendig für das Reich. Wir hingegen sind der Ansicht, daß von der Zeit der ersten epischen Dichtungen an das Heroentum, so national gesinnt es auch sein mag, bestrebt war, sich von den Schlacken bestialischer Brutalität, Wut und Raubgier zu reinigen, und daß es sich, wie es auch noch an die eiserne Notwendigkeit der Gewalt gebunden ist, immer mehr davon losreißen und mit edleren Elementen durchtränken wird. Kiplings Grundsätze bedeuten eine Verirrung der Moral und der Kunst, Frucht jenes teuflischen Vorurteils, nach dem viele glauben, die Macht einer Nation beruhe in erster Linie auf einem gewissen Besitz an ursprünglicher Brutalität.

Mittels eines Werkzeuges, in dem aller Zauber der Kunst auf seltsame Weise mit den gewöhnlichsten Kunstgriffen des Journalismus verquickt ist, hat Kipling daran gearbeitet, bei einer Nation, deren

Digitized by Google

soziale Ueberlegenheit das Gewissen und den Verstand immer mehr entwickelt hat, gewisse brutale, atavistische Neigungen aus tiefem Schlafe wieder aufzuwecken, die gegen Fremde losgelassen werden müssen, da sie daheim keinen Spielraum finden. Für Kiplings Werk ist jene Verirrung charakteristisch; sie bildet den letzten Pinselstrich im Bilde des neuen Imperialismus. Chamberlain hat diesem vordem ganz aristokratischen Imperialismus die lüderliche und verdrehte Music-Hall hinzugefügt. Rhodes hat ihn die Gier und die Spielerleidenschaft der Stockexchange kennen gelehrt. Durch Kipling wird uns ein anderer wichtiger Bestandteil bekannt: Whitechapel, die Subura von London."

Wer die geistvollen Kommentare kennt, mit welchen Taine seine Darlegungen über die englische Litteratur begleitet, wird in diesen Bemerkungen einen verwandten Geist erkennen, der uns einen Blick in den heutigen Zustand der englischen Volksseele thun läßt. In der That, wer die Parlamentsverhandlungen, namentlich der letzten Monate, verfolgt, kann sich der Empfindung nicht entziehen, daß bei Behandlung der südafrikanischen Angelegenheiten der Imperialismus sich in den Bahnen der brutalen Kiplingschen Rassenauffassung bewegt. Es hat bis heute noch keinen einzigen Fall gegeben, in welchem das englische Ministerium seiner Majorität von 100—140 Stimmen nicht sicher gewesen wäre. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle, die mit dem Ministerium stimmen, sich auf dem Boden der Chamberlainschen Weltauffassung bewegen; sondern die Opposition hat sich in den Netzen des Imperialismus verfangen, seit sie anerkannte, daß, trotz des ungerechten Ursprunges dieses Krieges, er nicht anders als mit der vollständigen Unterwerfung der Buren enden dürfe. Wer sich einmal auf diesen Boden gestellt hatte, mußte auch die Mittel bewilligen, die allein das Erreichen des Zieles möglich machten. Es ist daher Chamberlain ein Leichtes gewesen, die sentimentalen Anwandlungen, denen von Zeit zu Zeit die liberalen Unionisten immer wieder verfielen, mit dialektischer Unerbittlichkeit zurückzuweisen; er brauchte nur in jedem Fall das Problem so zuzuspitzen, daß es in die Frage ausmündete: „Wollt Ihr die ehemaligen Republiken wiederherstellen oder sollen sie englisch bleiben?"

Dieses Mittel hat nie fehlgeschlagen, weil sich im Hause der Lords wie unter den Gemeinen kein Staatsmann fand, der die heikle

Digitized by Google

Frage von einem höheren Standpunkte aus anzufassen wußte; und doch liegt sie, recht betrachtet, so: soll England in einer der kritischsten Perioden der neueren Geschichte seine ganze Macht für eine Zeitperiode, deren Ende noch nicht abzusehen ist, an Südafrika ketten, nur um für die nächste Zukunft das Gebiet der Burenrepubliken mit dem Kaplande zu vereinigen? Denn nichts bietet eine Bürgschaft dafür, daß, wenn auch der gegenwärtige Krieg glücklich zu Ende geführt und die Annexion der Republiken Thatsache geworden ist, nicht die nächste Generation unter schwierigeren Verhältnissen denselben Kampf mit der gesamten holländischen Bevölkerung Südafrikas wird aufnehmen müssen. Auch nachdem sie gewaltsam unterworfen sind, gehen die Buren und mit ihnen die holländische Rasse in moralischem Sinne als die Sieger aus dem Kampfe hervor. Dem Kapital an Vaterlandsliebe, Opfermut und Gottvertrauen, das sie ihren Kindern hinterlassen, hat England nichts Gleiches entgegenzusetzen; und das, nicht der moderne Imperialismus, wird über die Zukunft entscheiden.

Die „Times" berechnet die mögliche Dauer des Krieges auf zwei, vielleicht auf zehn Jahre; wenn für diesen Zeitraum jene 300000 Mann, die England heute nördlich vom Kap stehen hat, gebunden bleiben, so liegt darin geradezu eine Herausforderung an die Gegner Englands, die Gelegenheit zu nutzen. Wir wissen, wie Rußland schon heute in Asien seine Rechnung gefunden hat; die Vereinigten Staaten in dem Handel um den Nicaragua-Kanal und in Venezuela. Es sollte uns nicht wundern, wenn auch Frankreich zugriffe, solange es Zeit ist. Die Vorbereitungen dazu werden bereits getroffen und das Ziel scheint dahin zu gehen, Italien vom Dreibunde abzuziehen und es der alliance Franco-Russe anzuschließen. Italien aber ist bis heute das Band gewesen, durch welches England an Oesterreich und Deutschland geknüpft war. Die englisch-italienische Kombination verhinderte den Zusammenschluß der französischen und russischen Flotten im Mittelmeer, sicherte den Engländern Egypten und verhinderte den Ausbruch des seit Jahren drohenden Konfliktes um Marokko. Es ist also im wesentlichen England an der Aufrechterhaltung des Dreibundes in seiner jetzigen Lage am allermeisten interessiert. Deutschland hat sich schon lange an den Gedanken gewöhnt, daß es nur einen unbedingt zuverlässigen Bundesgenossen hat: die eigene Wehr-

Digitized by Google

kraft. Es weiß sich außerdem für absehbare Zeit seines österreichischen Bundesgenossen sicher. In dieser Kombination wiegt das italienische Schwert verhältnismäßig wenig. Es würde sich, das liegt nun einmal in der italienischen Geschichte, gegen Oesterreich wenden, das immer stark genug bleibt, es mit einer Hand abzuwehren. Doch wir wollen das Bild dieser Möglichkeiten nicht ausmalen; wenn es auch aussieht, als solle das Spiel von Toulon und Kronstadt zum zweitenmal mit Italien gespielt werden, noch ist der Bund nicht perfekt.

Die montenegrinische Königin, die durch die Ueberlieferungen ihres Hauses gewohnt ist, nach Petersburg zu blicken; die russische und die französische Presse, wie es scheint auch der italienische Ministerpräsident Zanardelli, arbeiten auf dieses Ziel hin; vielleicht aber überlegt man in Rom noch, welchem furchtbaren Wagnis die Dynastie entgegengeführt wird. Wir können den Ausgang ruhig abwarten.

Inzwischen ist in Frankreich das Gesetz über die Kongregationen dank der entschlossenen Hilfe aller sozialistischen Gruppen wirklich angenommen worden, und eine merkwürdige Nemesis scheint dahin zu führen, daß die Grundsätze, durch welche die Kongregationen zu Fall gebracht wurden, nunmehr die großen kapitalistischen Genossenschaften zu sprengen bestimmt sind; wenigstens kündigt Mr. Viviani in der „Lanterne" diese Absicht seiner Parteigenossen an, und in den Kreisen der aufs tiefste gekränkten und geschädigten Geistlichkeit würde man diese Art Revanche nicht ohne Schadenfreude sich vollziehen sehen. Die Massenausstände in Marseille und Montceau-les-mines dauern zu unerhörtem Schaden des französischen Handels noch immer fort. Die Vermittlungsversuche sind gescheitert. Der Bürgermeister von Marseille, Mr. Flaissière, aber ist so sehr die Stütze der Ausständigen, daß die Pariser Zentralregierung, der die völlige Unthätigkeit der Marseiller Polizei verdächtig wurde, Gendarmen und Truppen hingeschickt hat. Von ihnen geschützt, haben gegen 3000 Tagelöhner, meist Italiener, die Arbeit am Hafen aufgenommen; und das kann vielleicht dahin führen, daß die Streikenden in der Sorge um die Zukunft schließlich nachgeben.

Ein merkwürdiges Zeichen der Stimmung in Frankreich ist übrigens die Parteinahme der französischen Studenten für die

Digitized by Google

Studentenbewegungen an den russischen Universitäten. Es ist fast wie 1867, da man in Paris dem Kaiser Alexander II. zurief: Sire, vive la Pologne! Welche Sorge dieses Verhalten der französischen Studenten ernsten Politikern macht, zeigt ein Leitartikel des „Journal des Débats", der den jungen Leuten tüchtig den Text liest; es ist nur schlimm, daß auch einige Professoren der Pariser Universität sich diesen Manifestationen angeschlossen haben. „Man glaubt zu träumen", sagt das „Journal des Débats", „wenn man hört, daß einer der Professoren in Anlaß dieser russischen Dinge sagt: „Es ist namentlich die Aufgabe Frankreichs, die revolutionären Ideen zu verteidigen, die es über die ganze Welt verbreitet hat, und Aufgabe der französischen Studenten, ihre russischen Kameraden im Kampf um die Freiheit zu verteidigen"; — „hat dieser Professor", so wettern die „Débats", „vergessen, daß die dritte Republik sich dadurch von der ersten unterscheidet, daß sie auf jede Propaganda nach außen verzichtet hat? Hat er andererseits vergessen, daß die Allianz zwischen Frankreich und Rußland auf dem Prinzip ruht, daß Russen und Franzosen sich nicht um die inneren Angelegenheiten des anderen Teiles zu kümmern haben?"

Es wird sich nur fragen, ob die leicht erregbaren Herren des Quartier latin ihrem feurigen Professor oder den für ihre Verhältnisse viel zu ernsten „Débats" folgen werden.

In Rußland hat übrigens die studentische Bewegung nicht ab-, sondern zugenommen, und überall dieselben Erscheinungen gezeigt: Zusammenrottungen, stürmische Versammlungen in den Hörsälen, das Absingen einer Art Arbeiter-Marseillaise, Unterstützung der Studenten durch streikende Fabrikarbeiter, hier und da lärmende Scenen in den Kirchen und als Epilog ein Raufen mit der Polizei und schließlich das Dreinschlagen der aufgebotenen Kosaken. Die Regierung verhaftet dann die Tumultuanten en masse und läßt sie nach Petersburg führen, wo sie in der Peter-Paulsfestung Aufnahme finden. Ueber 200 Studenten sind bereits unter die Soldaten gesteckt worden, doch scheint in den leitenden Kreisen eine Meinungsverschiedenheit darüber zu bestehen, wie dem Uebel abzuhelfen sei. Die einen plaidieren für drakonische Strenge, die anderen, darunter der Finanzminister Witte, für ein System von Zugeständnissen. Gewiß wäre das letztere das vernünftigste; denn was die Studenten

Digitized by Google

verlangen: die Wiederherstellung des liberalen Universitätsstatuts Alexanders II., läßt sich keineswegs als unvernünftig bezeichnen. Das Maß von Freiheit, welches sie dadurch bekämen, würde dem noch lange nicht gleichkommen, was unseren Studenten überall gewährt wird. Aber allerdings läßt sich der russische Student mit dem deutschen nicht vergleichen. Die russische Jugend ist durchweg radikal gesinnt, sie verliert leichter das Gleichgewicht und rekrutiert sich weit weniger aus den Kreisen der Gebildeten. Dazu kommt die eigentümliche Kameradschaft mit den meist noch weit radikaleren Studentinnen. Sie haben bei den letzten Ereignissen eine sehr bedeutende, vielleicht sogar eine führende Rolle gespielt. Endlich kommen zur Beurteilung dieser Verhältnisse noch hinzu die Einflüsse, die einerseits von den Sozialisten und im Hintergrunde von den Nihilisten, andererseits von den theosophischen Ideen des Grafen Tolstoi ausgehen. Graf Leo Tolstoi, der jetzt so feierlich aus dem Schoß der Kirche ausgestoßene Senior der russischen Litteratur, ist, abgesehen von einigen kleinrussischen Dialektdichtern, der einzige russische Schriftsteller, den das Volk kennt, bewundert und liebt. Erst kürzlich ist in Petersburg für eine Galerie ein Portrait des Dichters angekauft worden, das ihn im Bauernhemd und barfüßig darstellt. So ist er eine merkwürdige Brücke zwischen den Gebildeten und der Masse der Nation. Man darf es nicht als einen Zufall bezeichnen, daß während der letzten Unruhen sein Name gleichmäßig von Studenten und Arbeitern gepriesen worden ist.

Zu all diesen Dingen kommen die Nachrichten über die Hungersnot und die Typhusepidemie, die speziell im Gouvernement Saratow, aber auch darüber hinaus bis tief nach Sibirien hinein entsetzliche Verheerungen angerichtet haben. So sehr die Nachrichten über die Notlage von der Zensur abgeschwächt werden, die Thatsache selbst läßt sich nicht aus der Welt schaffen und giebt der gegenwärtigen Krisis einen traurigen Hintergrund. Zeigen so die inneren Verhältnisse Rußlands ein keineswegs erfreuliches, wenn auch noch nicht gefährliches Bild, so schreitet in der auswärtigen Politik Rußland nach wie vor von Erfolg zu Erfolg. Ob der vielumstrittene Mandschurei-Vertrag bestätigt oder nicht bestätigt wird, ist im Grunde gleichgiltig, denn Rußland hält bereits in Händen, was es haben wollte, und da es nicht daran denkt, seine Position preiszugeben,

Digitized by Google

niemand aber die Aufgabe auf sich nehmen will, sie ihm zu entreißen, geht der Streit um Worte.

Die vorübergehend drohende Krisis, welche der Gegensatz der beiderseitigen Interessen auf Korea zwischen Rußland und Japan zu bringen schien, ist vorläufig wieder vertagt worden. In China selbst wird das alte Spiel mit Zusagen und Ableugnen, mit Edikten und Gegenedikten fortgesetzt. Die Dinge verschleppen sich und die Rechnung der Chinesen scheint dahin zu gehen, daß die Eintracht der Alliierten nicht lange mehr standhalten werde. Wundern wird sich darüber niemand, der die offenen und geheimen Gegensätze kennt, die zwischen den 7 Mächten bestehen.

Den Amerikanern ist es gelungen, durch einen nicht eben rühmlichen Ueberfall sich des berühmten Führers der Filipinos, Aguinaldo, zu bemächtigen. Man hofft jetzt auf Frieden und will keine weiteren Verstärkungen auf die Inseln schicken. Im Grunde wird wohl nicht mehr als der Küstenstrich ganz unterworfen sein; mit den im Innern liegenden Provinzen werden die Yankees wohl noch lange genug zu thun haben. Aber schon was sie erreicht haben genügt, um ihre Stellung im asiatischen Orient wesentlich zu stärken. Es läßt sich voraussehen, daß die Vereinigten Staaten noch mehr als bisher das Gewicht ihrer Macht und ihrer ungenierten Begehrlichkeit dort zur Geltung bringen werden. Wir glauben nicht, daß es eine Macht giebt, die diese Entwickelung mit Wohlgefallen begrüßen kann.

Digitized by Google

5. April. Ernennung des Generals Wannowski zum russischen Minister der Volksaufklärung.
6. April. Kundgebung der russischen Regierung über ihre Chinapolitik.
6. April. Verhaftung der Häupter des makedonischen Komitees.

10. April 1901.

Das große Ereignis der „stillen" Woche ist die Kundgebung der russischen Regierung über die Politik, die sie in China während der letzten „Wirren" (wie man ja offiziell auch heute noch sagt) verfolgt hat und weiterhin zu verfolgen gedenkt. Hervorgerufen durch die Weigerung der chinesischen Regierung, das russischerseits verlangte Vertragsinstrument zu unterzeichnen, giebt jene Kundgebung des Grafen Lambsdorff nebst den später erfolgten Kundgebungen und Kommentaren zunächst eine Art geschichtlicher Darlegung, die bestimmt ist, der Welt zu zeigen, wie weise, human und selbstlos Rußland von Anfang bis zu Ende in diesen chinesischen Angelegenheiten gehandelt hat. Das Schreiben trieft förmlich von Edelmut und beweist der an die Höhe dieser Gesinnungen nicht heranreichenden nichtrussischen Welt, wie klug und zugleich wie sittlich sie gehandelt hätte, wenn sie von vornherein sich der russischen Führung anvertraut hätte. Nun müssen wir leider bemerken, daß ein so gut „russisches" Organ wie das „Journal des Débats" mit diesen „historischen" Darlegungen recht respektwidrig umgeht: „Cela", sagt das Blatt sehr treffend, „c'est la vérité à l'usage des chancelleries!" So schreibt man von Kabinet zu Kabinet und in solchen Fällen pflegt bekanntlich alles Licht stets auf den Teil zu fallen, der gerade das Wort hat. Wir halten es daher nicht für nötig, Absatz für Absatz diese Darlegung zu kommentieren. Das Wesentliche liegt darin, daß am 12. August 1900 die russische Regierung offiziell erklärte, daß, wenn sie sich genötigt sah, Niutschwang zu besetzen und ihre Truppen in die Mandschurei einmarschieren zu lassen, „diese

Digitized by Google

Maßnahmen doch als temporäre zu betrachten seien, daß sobald in der **Mandschurei** eine feste Ordnung hergestellt sei ... Rußland nicht unterlassen werde, seine Truppen aus den Grenzen des Nachbarreiches zurückzuziehen, falls dieses nur nicht durch die Handlungsweise anderer Mächte und Chinas selbst verhindert werde". Das „Journal des Débats", das diesmal als das „enfant terrible" der russischen Interessenpolitik betrachtet werden muß, bemerkt nun freilich in Anlaß der sich hieran knüpfenden Schlußerklärung, daß nämlich die Ausführung der ins Auge gefaßten Maßregeln zur allmählichen Räumung vorläufig unmöglich erscheine: on se demande comment personne a jamais pu croire sérieusement que les choses dussent autrement finir!" Das ist zwar hart, trifft aber den Nagel auf den Kopf. In der That hat niemand jenen Uneigennützigkeits-Erklärungen Rußlands geglaubt, am wenigsten die öffentliche Meinung in Rußland selbst, wie sich an der Hand der russischen Zeitungen vom Beginn der Krisis bis zum gegenwärtigen Augenblicke nachweisen läßt. Daß aber Graf Bülow nicht „dupe" dieser Versicherungen gewesen ist, beweist wohl deutlich der Inhalt des deutsch-englischen Abkommens.

Es ist aber notwendig, noch die beiden Schlußsätze der russischen Erklärung im Wortlaut anzuführen: „Was nun die definitive Rückgabe des erwähnten Gebiets an China betrifft, so versteht es sich von selbst, daß die Verwirklichung dieser Absicht erst nach Wiederherstellung der vollkommen normalen Lage der Dinge im Reiche und nach Etablierung einer selbständigen Zentralregierung in der Residenz geschehen kann, die stark genug ist, Rußland gegen die Wiederholung der Ereignisse des vorigen Jahres sicherzustellen. Indem sie die gegenwärtige zeitweilige Organisation der Mandschurei zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung an der ausgedehnten Grenze Rußlands wahrt und zugleich unentwegt ihrem anfänglichen, wiederholt erklärten politischen Programme treu bleibt, wird die Kaiserliche Regierung ruhig den weiteren Gang der Ereignisse abwarten."

Der Hauptunterschied zwischen der Kundgebung vom 12. August 1900 und der vom 6. April 1901 liegt, wie sofort auffällt, darin, daß Rußland jetzt die Räumung nicht mehr von der Herstellung der Ordnung in der Mandschurei, sondern von der Herstellung einer

Digitized by Google

vollkommen normalen Lage im Reiche, d. h. im ganzen großen China, in Abhängigkeit stellt, und da ein solcher Zustand idealer Vollkommenheit in China überhaupt nicht einzutreten pflegt, bedeutet das klipp und klar: „j'y suis, j'y reste"! Die „Débats" kommen zu dem gleichen Resultat und deuten das nicht übel in ihrer Weise so aus: Von allen Mächten ist Rußland die einzige, die in China keine Luxus-Politik treibt. Rußland ist genötigt, seinen allerdings schon mächtigen Staatskörper weiter zu vervollständigen, er ist in Asien noch etwas ungestalt und muß endgiltig zugänglich gemacht werden. Was Rußland okkupiert hat, ist nicht eine Dependenz, die sich wieder amputieren läßt, es ist gleichsam ein notwendiger Bestandteil seines Wesens, auf den Rußland ohne sehr große Gefahr für sich selbst nicht verzichten kann." Die „Débats" knüpfen daran eine recht höhnische Betrachtung der Irrgänge, in welchen die englische Politik sich bewegt hat. Man gewinnt aber den Eindruck, als ob dem Journal im Grunde nichts lieber wäre, als wenn über diese mandschurische Angelegenheit ein englisch-russischer Konflikt zum Ausbruch käme, der, wie ihm scheint, nicht anders als mit dem endgiltigen Triumphe der „politique immuable" Rußlands seinen Abschluß finden könne. In Betreff Japans aber scheint ihm eine Verständigung auf Kosten Koreas als das Wahrscheinliche.

Je mehr man sich bemüht, die so infolge der Ablehnung des Mandschureivertrages durch die Chinesen geschaffene Lage zu überdenken, um so weniger wird man sich entschließen, eine bestimmte Lösung als notwendig zu bezeichnen. In gewissem Sinne sind ja alle Mächte daran interessiert, daß die Mandschurei möglichst bald in chinesische Verwaltung zurückkehrt. Es ist ein Territorium von fast einer Million Quadrat-Kilometer, und die Absorbierung desselben durch Rußland bedeutet, abgesehen von allem anderen, eine derartige Minderung der Finanzkraft Chinas, daß damit die Zahlung der von China zu leistenden Kriegsentschädigung wesentlich erschwert wird. Die Erklärung, die Graf Bülow im Reichstage abgab, dürfte genau dem entsprechen, was für uns zunächst bei Beurteilung dieser Frage in Betracht kommt. Für England und Japan aber kompliziert sich die Frage noch weiter; beide Mächte sehen sich durch dieses Vorrücken Rußlands direkt in ihrem politischen Ansehen und in ihren sehr wesentlichen Handelsinteressen geschädigt. Das durch das

Digitized by Google

„Reutersche Bureau" (also aus englischer Quelle) verbreitete Telegramm, daß in Yokohama am 5. April in einer Kabinetssitzung von der japanischen Regierung beschlossen worden sei, sich gegenüber Rußland über die Mandschurei-Frage in entschiedener Weise auszusprechen, und „daß in Marine- und Militärkreisen außergewöhnliche Rührigkeit herrsche", wäre, wenn es sich bestätigt, entschieden ernst zu nehmen. Das inzwischen erfolgte offizielle Dementi beweist zunächst nichts und war unter allen Umständen zu erwarten. Es muß aber heute als ausgeschlossen gelten, daß irgend eine Macht den Japanern in den Arm fallen würde, wenn sie es für notwendig hielten, für die Integrität Chinas auch in der Mandschurei einzutreten. Vielmehr spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Japan wohlwollende Haltung der englischen Marine auch Frankreich nötigen würde, stille zu halten, wenn Japan und Rußland aneinanderkämen. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die Okkupation und schließliche Annektierung der Mandschurei als sofort eintretende Folge das Ueberwiegen des russischen Einflusses in Korea nach sich ziehen würde; das aber ist der eine Punkt, an dem Japan keine Kompromisse schließen kann. Nun gilt der Leiter der japanischen Politik Marquis Ito, allerdings für einen vorsichtigen und besonnenen Mann. Aber gerade die Thatsache, daß *er* es war, der den Frieden von Schimonoseki abschließen mußte, macht es ihm fast unmöglich, einen zweiten Rückzug anzutreten. Tritt aber ein Wechsel im Ministerium ein, so kann Ito nur durch einen Vertreter der Aktionspartei ersetzt werden. Die Japaner sagen sich zugleich, daß jedes weitere Jahr ihre Lage insofern verschlimmert, als die sibirische Bahn leistungsfähiger wird. Dieselbe Erwägung aber gilt auch für die englische Politik, nur daß diese mit der Thatsache rechnen muß, daß ihr gesamtes Heer mit gebundenen Händen in Südafrika festgelegt ist. Der „Standard" will das letztere natürlich nicht wahr haben. „Wir glauben nicht — schreibt er —, daß die Ratgeber des Zaren so kurzsichtig sind, sich einzubilden, daß unsere Beschäftigung in Südafrika uns für den Augenblick unfähig mache, Einfluß in China auszuüben;" das könnten nur stupide Buren thun (some of the more ignorant and obstinate Boers). Aber es scheint uns, daß der „Standard" in dieser Hinsicht die russischen Staatsmänner überschätzt; sie denken wie die Buren, und auch wir

Digitized by Google

müssen uns zu der gleichen Kurzsichtigkeit bekennen. Nicht daß wir den Engländern die Möglichkeit abstreiten wollten, auch heute noch Einfluß in China auszuüben, das können sie gewiß, aber sie können zu Lande keinen Krieg führen und nur durch ihre Flotte sich Geltung schaffen. Rußland aber kann aus der Mandschurei nur durch ein starkes Landheer verdrängt werden, etwa wie Japan es in wenigen Wochen aufbringen könnte.

Wie unbequem im Fall eines Krieges um die Okkupation der Mandschurei die Lage der alliierten Truppen in Petschili werden muß, brauchen wir nicht erst auszuführen. Sie ist ohnehin nicht beneidenswert. Wir wissen aus Privatbriefen unserer Offiziere, daß die in Folge der thörichten Parlamentsdebatten erlassenen Vorschriften über „humane" Behandlnng der Chinesen nur die Folge gehabt haben, die Disziplin zu lockern und den Chinesen die Vorstellung zu erwecken, daß sie sich alles erlauben dürfen. Daß so die Deklamationen unserer Sozialdemokraten nach China hinüberwirken und schon manchen braven Soldaten, dem streng befohlen war, nur im äußersten Falle von seiner Waffe Gebrauch zu machen, das Leben gekostet haben, ist eine traurige Thatsache, für die wir die betreffenden sozialdemokratischen Führer verantwortlich machen. Allerdings wäre uns lieber gewesen, wenn man die Reden dieser Herren überhaupt nicht beachtet hätte. Auch was von den Beziehungen der verschiedenen Nationen zu einander herüberklingt, ist wenig erfreulich; man gewinnt den Eindruck, als ob es nur eines Zufalles bedürfe, um die glimmenden Funken zum Feuer anzufachen. So drängt alles zum Schluß, daß jeder Tag, der den Abschluß der Verhandlungen mit China näher bringt, als ein Gewinn zu betrachten ist, dem gegenüber kleine Zugeständnisse an die nationale Art und Unart der Chinesen überhaupt nicht in Betracht kommen. Daß England durch seinen Einspruch gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Seezölle die ganze Verhandlung wieder ins Ungewisse verschleppt hat, ist einer jener Bärendienste, den es seinen Freunden gelegentlich zu erweisen pflegt; in dem vorliegenden Falle aber dürfte es sich selbst am allermeisten schädigen.

Es ist übrigens interessant, in diesem Zusammenhange einmal die russisch-französischen Beziehungen etwas schärfer ins Auge zu fassen. Nachdem jüngst der Chef des französischen Generalstabes

Digitized by Google

ad audiendum verbum in Petersburg gewesen ist, soll am 20. April Mr. Delcassé dieselbe Reise und wohl zum selben Zweck unternehmen. Man ist nämlich gegenseitig mit einander wenig zufrieden. Das sozialistische Ministerium in Paris behauptet sich gar zu lange, dazu will Frankreich kein Geld mehr geben, und die Nichtbeteiligung der russischen Flotte an der Zusammenkunft in Toulon hat die öffentliche Meinung in Frankreich arg verstimmt. Es liegt uns darüber eine höchst merkwürdige Korrespondenz der „Nowoje Wremja" aus Paris (6. April) vor. Der Verfasser geht davon aus, daß mit Ausnahme der rein jüdischen Blätter, „Siècle" und „Petite République", kein einziges Pariser Blatt heute auch nur eine Zeile abdrucke, die sich erlaube, die inneren russischen Verhältnisse oder den Gang der russischen Politik kritisch zu behandeln (was beiläufig, wie wir am letzten Mittwoch zeigten, nicht ganz zutrifft, da die Studenten-Unruhen Sympathien hervorgerufen haben). Dagegen seien die Geschäftskreise in Frankreich merklich abgekühlt. An den Anleihen, von denen etwa 6 Milliarden in Frankreich festlägen, haben sie verloren, namentlich aber an den Papieren der Adelsagrarbank, welche der Crédit Lyonnais von Zeit zu Zeit anzubringen verstehe. Die größten Verluste aber hätten diejenigen erlitten, die ihr Geld in russischen industriellen Unternehmungen anlegten. Mindestens ein Drittel des Kapitals sei so verloren gegangen. Man unterschätze aber die Höhe der Verluste, weil nicht berücksichtigt werde, daß die in Brüssel abgeschlossenen Geschäfte meist mit französischem Gelde gemacht wurden. Endlich habe die Weltausstellung eine große Enttäuschung gebracht. Man habe an russische Aussteller mehr hohe Orden verteilt als an die gesamte französische Armee während des Krimkrieges und doch keinen Vorteil davon gehabt u. s. w. Nun ist es ja kein Wunder, wenn die Depression, die das wirtschaftliche Leben Rußlands kennzeichnet, in Frankreich besonders schwer empfunden wird. Die Baumwollen- und Kohlenkrisis in Südrußland, die zahlreichen Ausstände, durch welche eben ins Leben gerufene, halb oder ganz französische Unternehmungen plötzlich ins Stocken geraten, das Aufhören der großen Bestellungen, durch welche der Staat anfänglich alle Fabrikunternehmungen in die Höhe trieb, um sie nachträglich sich selbst zu überlassen, das alles macht sich auch auf dem französischen Geldmarkt merklich. Dazu kommt der

Digitized by Google

Zwiespalt, der durch die Nation selbst geht. Die Konservativen, speziell die monarchischen Elemente, die in der russischen Staatsordnung etwas Verwandtes erblicken möchten, sehen, wie die russische Regierung dem französischen Sozialismus die Hand drückt, während dieser wiederum genötigt ist, beide Augen zu schließen, um nicht zu sehen, wie der russische Freund und Bundesgenosse daheim mit Füßen tritt, was jedem Sozialisten als heiliges Menschenrecht erscheinen muß. So bewegt man sich in unlösbaren Widersprüchen. Vernunft, Gesinnung, materieller Vorteil müssen zurückgestellt werden, und das Auge sieht nur eines, den lockenden Stern jener Alliance! Das ist so und wird voraussichtlich noch lange so bleiben, und das ist nicht unverständlich. Was Frankreich durch die Alliance erlangt hat, ist das Selbstgefühl, das ihm erlaubt, sich in weiter aussehende koloniale Unternehmungen einzulassen. Als einst Ferry auf Bismarcks Anregung diese Wege einschlug, geriet er in Gefahr, als Verräter geächtet zu werden; heute geht ganz Frankreich seine Wege. Die Kolonialpolitik ist vielleicht nirgends so populär wie dort, und während bei uns Parlament und Publikum knausern, sind dort Regierung, Volksvertretung und tout le monde einig, mit vollen Händen zu geben. Vielleicht am folgenreichsten sind die neuesten Erwerbungen Frankreichs in Tuat, die mit bewunderungswürdiger Zähigkeit und Besonnenheit zum Ziel geführt worden sind und weiteren Aufgaben entgegenführen. Der Trans-Saharien, die große Eisenbahnlinie, die von Algier nach Tschad-See und Niger führen wird, steht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Erwerbung von Tuat. Wenn nur im Hintergrunde nicht das böse marokkanische Problem stände. Trügt nicht alles, so gehen wir dort einer inneren Krisis entgegen, die nur zu rasch in eine schwere Frage der auswärtigen Politik für alle seefahrenden Nationen sich auswachsen kann.

Das englische Parlament ist in die Osterferien gegangen und tritt Ende April wieder zusammen. Die letzten Debatten sind außerordentlich heftig gewesen und in der Transvaalfrage ist von den radikalen Gegnern der Regierung gesagt worden, was sich irgend sagen läßt. Natürlich mit dem stets gleichen Mißerfolge bei der Abstimmung. Aber schon treten die ersten Symptome eines Umschlags der öffentlichen Meinung hervor. Die Arbeiterwelt beginnt sich vom Ministerium abzuwenden und das könnte der Anfang vom

Digitized by Google

Ende werden. Aber freilich Mr. Chamberlain spielt va banque und vielleicht gelingt es ihm noch einmal, sein Spiel zu retten. Um so größer wird schließlich der Zusammenbruch seiner Partei sein. Wir haben es oft gesagt, wir wünschen seine Niederlage, nicht die Englands. Noch ist es Zeit für einen wirklichen Staatsmann, durch Entgegenkommen die Situation in Südafrika und in Asien für England zu retten. Vielleicht ist es nach wenigen Monaten schon zu spät. Die merkwürdige Unterredung, die der bekannte Journalist de Houx mit Krüger gehabt hat und die im „Matin" in extenso veröffentlicht ist, zeichnet ganz richtig die Situation. Ohne Anerkennung einer, wenn auch beschränkten Unabhängigkeit der Burenstaaten ist der Friede nicht zu haben, und ohne den Frieden in Südafrika ist eine Herstellung des arg erschütterten englischen Ansehens in Asien nicht zu gewinnen. Ein Drittes giebt es nicht, und je später England zu dieser Erkenntnis kommt, um so schwerer wird es ihm sein, den Ausweg zu finden.

Mit großer Genugthuung läßt sich die endlich erfolgte Verhaftung der Mordgesellen des makedonischen Komitees in Sofia begrüßen. So spät Fürst Ferdinand zu einem Entschluß kam, so unerläßlich war es, ihn zu fassen. Das entscheidende Moment scheint der gleichzeitig von Petersburg und Wien her ausgeübte Druck auf den Fürsten gewesen zu sein, und auch das ist erfreulich. Wir erkennen daraus, daß Rußland den Frieden auf der Balkanhalbinsel gewahrt sehen will.

Wir erwähnen zum Schluß eines merkwürdigen Symptomes zur Beurteilung der inneren russischen Verhältnisse. Die Presse beginnt für die Reform der Universitäten u. d. h. für die Studenten Partei zu ergreifen. Es werden Stimmen laut, die lebhaft an die Zeiten erinnern, welche die liberale Aera Alexanders II. einleiteten. Es ist nicht unmöglich, daß wir ähnlichen Entwickelungen entgegenzusehen haben und die eben erfolgte Ernennung Wannowskis zum Minister der Volksaufklärung ist als ein erster Schritt nach dieser Richtung anzusehen.

Digitized by Google

10. April. Präsident Loubet und die italienische Flotte in Toulon.
13. April. Die italienische Flotte verläßt Toulon.
Mitte April. Deutsche Expedition an die große Mauer.

17. April 1901.

Von China und Südafrika ist wenig zu berichten. Die Erklärung Rußlands, daß es nicht weiter über einen Sondervertrag mit China verhandeln wolle und bis zur endgiltigen Herstellung geordneter Zustände in China die Mandschurei unter seinen schützenden Fittichen zu behalten entschlossen sei, keineswegs aber an eine Annektierung dieser Gebiete denke, hat eine politische Lage geschaffen, die nicht ohne innere Komik ist. Die offizielle Welt sieht sich genötigt, ein freundliches und gutgläubiges Gesicht zu machen und abzuwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Für den Augenblick ist sie froh, die Verhandlungen, die zur Räumung Petschilis führen sollen, weiter führen zu können; je früher der Abschluß, um so lieber. In der Frage der Entschädigungen scheint man, dank der Sendung Stuebel nach London, einer Verständigung näher gekommen zu sein, aber es sind noch Schwierigkeiten aller Art zu überwinden, ehe der Abschluß wirklich gefunden sein wird: die Frage des Schutzes der Gesandtschaften, die Rückkehr des Hofes nach Peking, die Schleifung der Forts, die Besetzung von Tientsin, das alles muß noch endgiltig geregelt werden. Ist das aber geschehen, so tritt vielleicht die mandschurische Frage aufs neue in den Vordergrund; denn trotz aller widersprechenden Meldungen, die uns der Telegraph gebracht hat, scheint doch das eine festzustehen, daß sowohl Rußland wie Japan die Möglichkeit eines Konfliktes nicht für ausgeschlossen halten. Rußland schickt über Odessa frische Truppen nach Ostasien, in Japan ringen Kriegs- und Friedenspartei miteinander, und es läßt sich nicht vorher sagen,

Digitized by Google

welche von ihnen siegen wird. Von England glaubt Rußland nichts fürchten, und glaubt Japan nichts hoffen zu dürfen. Sie bellen, aber sie beißen nicht, meint ein russisches Blatt. Man wisse jetzt ganz genau, daß auch 1878 England keinen Finger gerührt hätte, wenn die russischen Truppen entschlossen vorgegangen wären und Konstantinopel okkupiert hätten. In einem Leitartikel „England und Deutschland" führt Fürst Uchtomski zudem aus, daß auch ein deutsch-englisches Bündnis nicht zu befürchten sei. Die alten Erfahrungen, die Deutschland von jeher mit England gemacht habe, wirkten auch heute noch nach. Auch alliiere man sich nicht mit einer niedergehenden Macht. Sage man England, so denke man heute an Portugal, Spanien, die Niederlande, die auch vor Zeiten Großmächte gewesen seien. Kurz, man scheint sich in Petersburg und Moskau recht sicher zu fühlen, und die Tage von Toulon haben diese Zuversicht noch gesteigert. In Italien wisse man heute ganz genau, daß die Zugehörigkeit zum Dreibunde der Nation nur geschadet habe. Nur noch die Anhänger des Militarismus pur sang hielten am alten System fest. Im Bunde mit dem Lande der „gepanzerten Faust" habe Italien dreißig Jahre lang gestanden, heute bestehe bereits eine „Volksliga gegen den Dreibund", und ihr gehöre um so mehr die Zukunft, als die Fortsetzung dieser Dreibundspolitik das Land materiell ruiniere. Endlich sei die irredentistische Bewegung wieder lebendig geworden und die Freundschaft mit Oesterreich beleidige das nationale Gefühl.

So schrieb Fürst Uchtomski am 12. April, aber zwei Tage vorher finden wir in demselben Blatt die interessanten Ausführungen eines Herrn Lugowoi, welche für eine russisch-französisch-deutsche Tripelallianz plaidieren. Die Grundgedanken, von denen der Verfasser ausgeht, sind, daß von einem Kontinentalkriege nur England den Vorteil haben könne, weil es dann die Geltung einer Großmacht, die ihm im Burenkriege verloren gegangen sei, zurückgewinnen würde. Deshalb arbeite England auch mit allen Mitteln auf solch einen Kontinentalkrieg hin, und es sei keineswegs undenkbar, daß es schließlich zum Ziele gelange. Eine wirksame Abwehr solcher Bestrebungen aber könne ein Friedenssyndikat Rußland, Frankreich, Deutschland bieten, dem im Grunde nichts entgegenstehe als der französische Revanchegedanke und das Verlangen, Elsaß und Lothringen

Digitized by Google

mit Hilfe der russischen Bajonette zurück zu gewinnen. „Aber — so fährt Herr Lugowoi fort — ist denn das franko-russische Volksbündnis um Elsaß-Lothringens willen geschlossen worden, da doch beide Provinzen keinerlei Neigung zeigen, zu den Umarmungen Frankreichs zurückzukehren?

„Mit der Frage der Revanche abzuschließen ist die allerhöchste Zeit. Paris vaut bien une messe — sagte einer der besten Könige Frankreichs. Der Weltfriede ist für Frankreich auch das heutige Elsaß-Lothringen wert. Rußland hat mehr als einmal gezeigt, daß es alte Beleidigungen zu vergessen versteht. Bevor das franko-russische Bündnis zu Stande kam, mußte 1812, Sebastopol und Frankreichs Verhalten in der polnischen Frage vergessen werden. Damit Rußland jetzt in ein aufrichtiges Bündnis mit Deutschland treten kann, muß der Berliner Kongreß vergessen werden, der uns den Schlüssel der Dardanellen, nicht nach Sedan und Metz, sondern nach San Stefano nahm ... Das wiegt so viel wie Elsaß-Lothringen! Rußland hat keinen Grund, einen Krieg mit Deutschland zu fürchten. Wenn Preußen den Krieg mit Frankreich brauchte, um das deutsche Reich zu gründen, so kann ein neuer Krieg mit zwei Fronten Deutschland im Falle einer Niederlage nichts bringen als Unheil, für den Fall des Sieges aber nur unermeßliche Sorgen für die Zukunft. Wird Rußland in den Krieg hineingenötigt, so wird es sich freilich mit der allbekannten Hartnäckigkeit schlagen, bis es ein bestimmtes Ziel erreicht hat. Aber für den „Frieden der Welt", um welchen das russische Volk stets betet, kann man vieles vergessen und vieles aufgeben. Man darf nur eines nicht vergessen, es muß wirklich der „Friede der Welt" sein, und nicht eine Kräftigung der Schlauen und Starken zur künftigen Knechtung der Schwachen, dank unserem Vertrauen und unserer Nachgiebigkeit.

„Welche gewaltige Macht und welche sichere Stütze des Friedens wäre nun ein Dreibund Rußland, Frankreich, Deutschland? Sollte es wirklich eine — Utopie sein? Ich glaube, heute mehr als je kann es Wirklichkeit werden. Um aber dahin zu gelangen, müssen nicht nur die Regierungen sich mühen, sondern auch alle wohlgesinnten Elemente der drei großen Nationen müssen vereint auf dieses Ziel hinarbeiten. Dann werden weder Panslavismus, noch

Digitized by Google

Panmongolismus schrecklich sein, noch der englische Imperialismus, der bemüht ist, sich durch andere die Früchte aus dem Feuer holen zu lassen. Der neue Dreibund könnte einfach befehlen: es werde abgerüstet! und die Abrüstung würde erfolgen.

„Die ganze Frage aber liegt darin: wollen wir alle wirklich den Frieden?" Herr Lugowoi, der über diesen Artikel eine I setzt, hat offenbar die Absicht gehabt, die Schlußfrage zu beantworten, aber entweder ist ihm der Atem ausgegangen, oder dem Fürsten Uchtomski ist die Fortsetzung nicht opportun erschienen. Merkwürdigerweise ist es ihm genau ebenso mit einem zweiten deutschfreundlichen Artikel gegangen, der an der Hand des Buches von Paul de Rousiers: „La puissance commerciale de l'Allemagne" die ungeheuren Fortschritte schildert, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands in den letzten dreißig Jahren gemacht hat. Der Verfasser, ein Herr Porochow, hebt dabei namentlich hervor, daß die großartigen Leistungen der deutschen Landwirtschaft der „persönlichen Initiative der arbeitsfrohen und wissenschaftlich vorbereiteten Gutsbesitzer" zu danken seien, und exemplifiziert das an einer Reihe von Beispielen, die teils der Provinz Sachsen, teils Schlesien entnommen sind und ebenso sachkundig wie wohlwollend vorgeführt werden. Auch der slavischen Saison-Arbeiter und -Arbeiterinnen wird dabei in einer Weise gedacht, die seltsam gegen die Hetzereien absticht, mit denen die russische Presse in den letzten Wochen angefüllt war, als es galt, gegen die Handelsverträge Stimmung zu machen. Aber auch dieser Artikel ist ein Torso geblieben.

Versuchen wir nun, die Frage des ersten dieser Artikel zu beantworten: ob nämlich wirklich alle Welt den Frieden will? so läßt sich das mit der Beschränkung bejahen: gewiß, wenn ihr meine Zirkel nicht stört.

Daß dabei der englische Zukunftsplan, der *Machtring des angelsächsischen Imperialismus*, von aller Welt als unvereinbar mit einer friedlichen und gesunden Entwickelung der übrigen Staaten betrachtet wird, brauchen wir nicht auszuführen. Der Gedanke als solcher kann auch bereits heute als durch die kurze aber außerordentlich lehrreiche Erfahrung der letzten anderthalb Jahre für widerlegt betrachtet werden. Als defensive, nicht als agressive Kraft hat er seine Berechtigung und seine Wirksamkeit; aber es kann

Digitized by Google

schon heute die Frage aufgeworfen werden, ob selbst diese Defensivkraft da ausreicht, wo die Ausdehnung des imperialistischen Weltreiches Gebiete umschließt, welche die naturgemäße und notwendige Entwickelung anderer Rassen und Völker behindern, ohne für die Erhaltung des britischen Reichs notwendig zu sein. Dahin gehört der Rhodes-Chamberlainsche Plan der Verbindung des britisch-egyptischen Gebietes mit dem Kaplande, die Ausdehnung der englischen Herrschaft von Indien zum Persischen Meerbusen und die Beherrschung aller großen Handelsstraßen. Das eine wird sich nicht erreichen, das andere nicht behaupten lassen, und vollends der Zusammenschluß Englands und der Ver. Staaten von Nordamerika zu einer politisch einheitlich und einträchtig vorgehenden Kombination muß als ausgeschlossen gelten, wo nicht gelegentlich die Interessen beider Mächte, die sonst in scharfem Gegensatz stehen, zusammenfallen. Trotzdem aber scheint uns jener russische Gelegenheitspolitiker die Macht Englands zu unterschätzen, wenn er meint, daß ein Machtgebot es zur Abrüstung bewegen könnte. Auf eine Stellung, wie England sie zur See errungen hat, verzichtet man nicht ohne einen Kampf auf Leben und Tod — es dauerte über hundert Jahre, ehe Spaniens Weltmacht gebrochen war — und der Weltfriedensbund, von dem Herr Lugowoi träumt, würde daher sofort zum Kriegsbündnis zwischen Alliierten werden, die ihre Interessengegensätze keineswegs ausgeglichen haben, und gegen einen Feind führen, dessen Machtmittel nicht zu gering angeschlagen werden dürfen. Immerhin ist es richtig, daß keine Macht ein so großes Interesse an einem Kontinentalkriege hat wie England, und eben daraus erklärt sich auch das Mißtrauen, das seiner Politik allseitig entgegengetragen wird. Daß Deutschland nicht dazu helfen kann England ohnmächtig zu machen, aber gebietet, abgesehen von der Thatsache, daß trotz alledem England in seiner Kultur uud in der Weltauffassung seiner besten Männer uns näher steht als alle übrigen Mächte, die einfache Erwägung, daß wir keinerlei Garantie dafür haben, daß die Bundesgenossen von heute sich nicht nach Besiegung des englischen Gegners gegen uns wenden. In den letzten dreißig Jahren ist Deutschland die einzige Macht gewesen, die (abgesehen von der jüngsten chinesischen Expedition) das Schwert nicht gezogen hat. Es hat den Frieden gewahrt erst durch sich selbst, dann durch das Dreikaiser-

Digitized by Google

bündnis, endlich durch die, trotz allen Geredes und trotz Toulon, heute noch fortbestehende Tripelallianz. Unsere Entwickelung in dieser ganzen Zeit ist eine friedliche gewesen, und wenn wir dabei unsere Wehrkraft noch weiter entwickelt haben, so wissen wir, daß wir eben diesem Umstande unseren Frieden und unser wirtschaftliches Gedeihen danken. Mit der Illusion des Weltfriedens tragen wir uns nicht, aber wir sind entschlossen, unsererseits den Frieden zu halten solange wir nicht genötigt werden, unsere Ehre zu verteidigen. Auch möchten wir darauf hinweisen, daß es keine Partei in Deutschland giebt und auch kein Preßorgan, das nicht in diesem Punkte die Haltung und Politik unserer Regierung billigte. Bei uns treffen Regierung und öffentliche Meinung in dieser Hauptsache durchaus zusammen. Leider ist das weder in betreff Frankreichs, noch in betreff Rußlands der Fall. Auch in diesen beiden Staaten ist die offizielle Politik die des Friedens, sie wird aber in Frankreich modifiziert durch die den Regierenden von der öffentlichen Meinung oktroyierte Notwendigkeit, sich unter der Hand zum Revanchegedanken zu bekennen und die Hoffnung aufrecht zu erhalten, daß man jede sich bietende Gelegenheit benutzen werde, um das Ziel der Revanche zu erreichen. So wird, um ein Beispiel anzuführen, jetzt die Reise Delcassés nach Petersburg verwertet. An dieser Unwahrheit, aus der sich eine nörgelnde Politik ergiebt, kranken die Beziehungen Frankreichs zu uns. Niemand entzieht sich dem Drucke jenes offiziellen Patriotismus, der verlangt, daß man von Elsaß-Lothringen mit einem Griff nach der Schwertseite und mit einer Thräne im Auge rede. Selbst ernste historische Werke wie die Geschichte des zweiten Kaiserreichs von de la Gorce machen diese „Mode" — denn mehr ist es nicht — mit. Daß Frankreich sein großartiges Kolonialreich in Afrika und Asien nie ohne den guten Willen Deutschlands hätte erringen und behaupten können, wird darüber vergessen, und ebenso betrügt man sich geflissentlich selbst über den Charakter der alliance Franco-Russe. Mit diesen nationalen Schwächen rechnet unsere Politik und rechnet unsere öffentliche Meinung und eben deshalb glaubt vorläufig niemand an die Möglichkeit der deutsch-französischen Allianz.

Aehnlich aber liegen die Verhältnisse nach der russischen Seite. In Deutschland gelten die deutsch-russischen Grenzen als definitive

Digitized by Google

und ebenso fühlt Deutschland keinen Beruf, der asiatischen Politik Rußlands in den Weg zu treten. Auch herrscht kein Zweifel darüber, daß die russische Regierung in Europa den Frieden gewahrt wissen will. Zweierlei aber läßt einen Zustand ruhigen und neidlosen Nebeneinandergehens nicht aufkommen: die panslavistische Tendenz, die über die Grenzen des russischen Reiches hinaus speziell unter den österreichischen Slaven, aber auch bei uns in Posen in bösartigster Weise gegen Deutschland schürt, dem man seine feste Bundesgenossenschaft mit Oesterreich nicht verzeihen kann; und zweitens die gewissenlose Agitation eines großen Teils der russischen Presse. Es ist sehr merkwürdig, daß gewisse Ueberlieferungen der russischen Politik mit Leidenschaftlichkeit von der Presse aufgenommen und bis in die äußersten Konsequenzen vertreten werden dürfen. Dahin gehört die Lehre von der Mission Rußlands im Orient, aus welcher der Schluß gezogen wird, daß jede gute Beziehung zur Türkei, auch wenn sie sich nur auf wirtschaftlichem Boden bewegt, ein Verbrechen an dem Zukunftserbe Rußlands sei; und ziemlich auf eine Linie mit der Türkei stellt man England, mit dem in leidlicher Freundschaft zu leben gleichfalls wie ein Hochverrat an Rußland angesehen und verurteilt wird. Als drittes endlich kommt ein wirtschaftlicher Neid hinzu, der, zwischen Anerkennung und Mißgunst schwankend, schließlich überall in unverhüllte Abneigung ausmündet. Dadurch, daß die russische Regierung diesen Strömungen freien Lauf läßt, wird sie selbst von ihnen in Abhängigkeit gesetzt, und als Resultat ergeben sich dann Reibungen und Mißverständnisse, unter denen beide Teile zu leiden haben. Man mag das bedauern, aber es ist so, und wir glauben den Nachhall dieser Thatsachen in dem ungerechtfertigt gereizten Tone wiedergefunden zu haben, in welchem das letzte Regierungskommuniqué über die mandschurische Frage speziell in betreff Deutschlands gehalten war. Der Schluß, zu dem all diese Betrachtungen führen, ist wohl, daß Deutschland keinen Grund hat, nach anderen politischen Kombinationen auszuschauen, als die sind, auf welchen heute sein politisches System ruht.

In Rußland ist nach dem Kaiserlichen Reskript vom $\frac{25.\ \text{März}}{7.\ \text{April}}$ durch welches General Wannowski zum Minister der Volksaufklärung

Digitized by Google

ernannt wurde, das politische Barometer auf „schön Wetter“ gestiegen. Wir sehen darin ein weiteres Zeichen des vielleicht etwas leichtlebigen, aber doch glücklichen russischen Optimismus, der nun mit Sicherheit darauf rechnet, daß mit einem Schlage aller Not der Universitätsverhältnisse ein Ende bereitet werde. Man vergißt dabei, daß vieles, was geschehen ist, sich nicht mehr ungeschehen machen läßt; gebrochene Existenzen wieder aufrichten ist unendlich schwer, und Tote vollends lassen sich nicht lebendig machen. Die entscheidende Hauptsache aber ist, daß weder das Beamtenpersonal, das in den alten Traditionen der Bevormundung erwachsen ist, sich plötzlich umbilden läßt, noch auch die soziale Qualität der russischen studierenden Jugend über Nacht eine andere werden kann. Tauchte im ersten Moment der Gedanke auf, die Zahl der Studenten an den Universitäten ebenso zu beschränken, wie es einst Kaiser Nikolaus I. gethan hatte, so denkt man heute durch Uebertragung des deutschen oder schwedischen Verbindungswesens die sanierenden Heilmittel gefunden zu haben. Die Zeitungen übertrumpfen sich in stets neuen Reformvorschlägen, aber wir haben bisher nichts gelesen, was die Hoffnung erwecken könnte, daß eine wirklich erziehende Reform von unten nach oben in Angriff genommen wird. Das Uebel liegt aber tiefer, in der fehlenden sittlichen und wissenschaftlichen Vorbildung, in dem unerhört niedrigen Budget, das für Bildungszwecke ausgeworfen ist, in den bettelhaften Verhältnissen, in denen ein großer Teil der russischen Studentenschaft zu leben genötigt ist, und endlich in dem radikalen Sinn, den trotz alledem die russische Gesellschaft pflegt.

Man will in Rußland nichts davon wissen, daß die im europäischen Orient von Rußland vertretene radikale Politik in das Zarenreich zurückwirkt. Und doch ist dem zweifellos so. Was soll die russische Jugend dazu sagen, wenn sie täglich in den Zeitungen liest, wie scharf jeder nicht korrekt konstitutionelle Schritt in Serbien und Bulgarien verurteilt wird. Alle diese kleinen Balkanstaaten danken ihre liberalen Verfassungen Rußland, und überall ist es gerade die radikale Partei, die von der russischen Politik begünstigt wird. Jetzt wettert die gesamte russische Presse dagegen, daß in Serbien eine erste Kammer eingerichtet werden soll, in welcher der König dreißig lebenslängliche Mitglieder zu ernennen hat, während nur achtzehn

Digitized by Google

gewählt werden. Sofort wird eine hinterlistige Beeinflussung durch die „gelbe Kupplerin“ gewittert und Verrat an der heiligen Sache Rußlands angekündigt. In Serbien wie in Bulgarien, namentlich aber in Bosnien und der Herzegowina will man unbeschränkteste parlamentarische Freiheit auf Grund des allgemeinen Stimmrechts haben, man ereifert sich für die Rechte der „jüngeren Brüder“ und übersieht dabei, daß der ältere Bruder noch keinerlei politische Verfassungsrechte besitzt. Die Studenten machen diese logischen Sprünge nicht mit und wollen als die Söhne des führenden slavischen Volkes auch ihren Anteil an der Freiheit, wenn auch zunächst nur auf dem beschränkten Boden ihrer Universitätsinteressen haben. An solchen Widersprüchen könnten auch weniger leicht erregbare Köpfe sich erhitzen. Ist aber daran zu denken, daß General Wannowski in diesen Fundamentalfragen eine Aenderung wird vornehmen können? Gewiß nicht, und deshalb kann auch nicht mehr eintreten als eine vorübergehende Beruhigung. Nach fünf bis sechs Jahren kommt dann eine neue Explosion zum Vorschein.

So erfreulich das unter russischem Druck erfolgte Einschreiten der bulgarischen Regierung gegen das makedonische Komitee auch sein mag, läßt sich doch nicht verkennen, daß auch hier ähnliche Widersprüche die Bewegung hervorgerufen haben. Wer hat den Ehrgeiz Bulgariens großgezogen, wenn nicht Rußland, und wer mehr als Rußland Makedonien als slavisches Gebiet für eine spätere Zukunft in Anspruch genommen? Auch hier waren die Schüler ungeduldiger als die Lehrer, und darüber kann man sich kaum wundern.

Die verräterische Gefangennahme Aguinaldos hat nun doch den Vereinigten Staaten die erwarteten Früchte nicht gebracht. Die Filipinos sind von der Unterwerfung noch ebenso weit entfernt als vorher. General Sandiko ist zum Oberkommandierenden und zum Diktator ernannt, und wir sehen noch keine Wahrscheinlichkeit für eine baldige Beruhigung der Inseln. Das Schlimme ist dabei, daß offenbar viel schlechte Elemente von amerikanischer Seite zur Verwaltung der Philippinen herangezogen werden. Eben sind wieder Unterschlagungen aufgedeckt worden, an denen höhere Offiziere beteiligt zu sein scheinen.

Kaiser Franz Josef, dessen Gast unser Kronprinz in diesen Tagen war, hat mit warmen Worten der Freundschaft ge-

Digitized by Google

dacht, welche die Dynastien und die verbündeten Nachbarreiche aneinander knüpft. Er kann heute mit weniger Sorge als vor einigen Wochen in die Zukunft blicken. Zwischen den Parteien im Reichsrat hat der Ministerpräsident Körber wirklich eine Art Waffenstillstand vereinbart. Die Wahlen zu den Delegationen sind glücklich vollzogen und das Gesetz über die Rekrutierung ist angenommen worden. Das giebt Luft bis zu den Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn, die nicht vor Jahresfrist vorzukommen brauchen. Bis dahin fließt aber noch viel Wasser die Donau hinab.

Digitized by Google

17. April. Brand des Winterpalastes in Peking. Tod des GM. vom Schwarzhoff.
18. April. Annahme der vom Ministerium vorgeschlagenen Kriegssteuer durch des Unterhaus.
20. April. Reise Delcassés nach Petersburg.

24. April 1901.

Vor uns liegt die April-Nummer der „Fortnightly Review", der in London erscheinenden liberalen Monatsschrift, die sich mit der Hoffnung trägt, daß die Tage nicht fern sind, da die Leitung der britischen Politik in die Hände ihrer Gesinnungsgenossen übergehen könnte. Es ist schon deshalb nicht ohne Interesse, das Programm kennen zu lernen, mit welchem diese Partei in der auswärtigen Politik aufzutreten gedenkt. Wenngleich nicht mit absoluter Sicherheit, so doch mit gewisser Wahrscheinlichkeit ist darauf zu rechnen, daß mindestens der Versuch gemacht werden wird, es bei gegebener Gelegenheit zu verwirklichen. Auch verdient es vielleicht in Deutschland recht nachdrücklich gesagt zu werden, daß wir in den englischen Liberalen einen weit schärferen Gegner zu erwarten haben, als wir ihn in dem jetzigen Kabinet finden. Der englische Liberalismus hat seine hauptsächlichste Stütze in den Kreisen, die mit intensivem Neide die steigende Entwickelung unseres Handels verfolgen; ihr politisches Denken wird fast ausschließlich dadurch bestimmt. Die Konservativen denken weiter, sie wissen, daß der Handel allein es nicht thut, und sehen ihre Aufgabe zumeist in der Erhaltung und Sicherung des britischen Kolonialterritoriums. Ist der einen wie der anderen Richtung das Emporkommen Deutschlands unbequem, so liegt doch auf der Hand, daß mit der letzteren eher ein Kompromiß zu finden ist. Wer weiter denkt, wird daher in den bei uns so oft geäußerten Wunsch: vor allem weg mit Chamberlain und Salisbury, nicht ohne weiteres einstimmen.

In den Kreisen des englischen Liberalismus geht nun ein Plan um, dessen erste Formulierung wir bei Besprechung eines Blenner-

Digitized by Google

hassetschen Artikels unseren Lesern vorgeführt haben: die russisch-englisch-französische Allianz zu gemeinsamer Niederwerfung Deutschlands. Dieses Programm ist dann in allerletzter Zeit noch dahin erweitert worden, daß gleichzeitig Italien vom Dreibunde gelöst und jener mächtigen antideutschen Liga angeschlossen werden soll. Wir haben jüngst das Gegenstück dazu, die Idee der deutsch-russisch-französischen Allianz, an der Hand eines merkwürdigen „Eingesandt" der „Peterburgskija Wjedomosti" zu traktieren gehabt, und mit unseren Randglossen zu diesem Projekt nicht zurückgehalten. Die „Fortnightly Review" nimmt nun den Blennerhassetschen Gedanken wieder auf, und zwar in zwei Artikeln „Will Germany fail?" und „Germany and England", wozu in merkwürdigem Gegensatz ein dritter Artikel „The Czars friend" steht, der gleichsam als Kritik der beiden anderen dienen kann.

„Will Germany fail?" ist von einem Autor verfaßt, der sich „Calchas" nennt, also mit dem Anspruch auf prophetischen Blick in die Zukunft auftritt. Herr Calchas gelangt denn auch zum Schluß, daß sich in Deutschland ein moralischer und materieller Zusammenbruch vorbereite und hofft ihn dadurch zu beschleunigen und zu einem endgiltigen zu machen, daß er einen Zusammenschluß Englands und Rußlands empfiehlt, denn gegen diese beiden Staaten richte sich der Haß Deutschlands, des „Landes der fixen Ideen". Das Wort des Kaisers: „Unsere Zukunft liegt auf dem Meer" sei eine Bedrohung Englands, das Programm der Alldeutschen eine Bedrohung der slavischen Welt, deren natürliche Vormacht Rußland sei. Daraus eben ergebe sich eine Notwendigkeit des Zusammenschlusses der russischen und der englischen Politik. Dr. Kramarz habe es am 12. März im Wiener Reichsrate gesagt, und die Alldeutschen hätten es bestätigt, daß Deutschland nicht nur Herr von ganz Mitteleuropa bis zur Adria werden, sondern auch politisch und wirtschaftlich den Balkan und Kleinasien beherrschen müsse! „Weg daher mit den veralteten Gegensätzen in den orientalischen Angelegenheiten, weg mit dem Handelsstreit über die Mandschurei und mit der Obstruktion gegen die natürliche Entwickelung der Dinge, die dahin führt, daß der Boden, durch welchen die sibirische Eisenbahn zieht, auch russisch werden müsse." Ganz wie Fürst Uchtomski sich zum Gedanken einer Verständigung mit England bekehrt habe, sei eine entsprechende

Digitized by Google

Wandlung auch in der Gesinnung der Engländer vor sich gegangen: das hat das Volk mit dem schlechten politischen Instinkt herbeigeführt, das dem Genius seines Kaisers im kritischen Augenblick, d. h. nach dem Tode der Königin Viktoria, nicht zu folgen vermochte.

Wir versagen uns vorläufig die Kritik dieser Ausführungen des Propheten, da sie, wie wir gleich sehen werden, nicht original, sondern nur das Echo der Gedanken sind, die der Artikel „Germany and England" mit größerer Kenntnis und größerer Perfidie darlegt. Auch dieser zweite Artikel ist pseudonym. Der Verfasser zeichnet „Ignotus". Es ist aber nicht schwer, das Geheimnis dieses Namens zu enthüllen. „Ignotus" zeichnet ein Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", der seinen russischen Lesern kein Geheimnis daraus gemacht hat, daß er seit 1896 Präsident der Londoner „foreign press association" ist. Diese Stellung nimmt aber, wie allbekannt ist, Herr Wesselitzki Boshidarowitsch ein, und wer sich dafür interessiert, kann sein Konterfei und seine Lebensskizze im Aprilheft der Londoner illustrierten Zeitung „The Sketsch" finden. Ursprünglich Militär, studierte Wesselitzki in Heidelberg, trat dann in den Dienst des russischen Auswärtigen Amtes, nahm am Feldzuge 1877/78 teil, und machte danach die Journalistik zu seinem Beruf. Seit 1883 war er Korrespondent der „Nowoje Wremja" erst in Wien, dann in Berlin, und als ihm hier der Boden zu heiß wurde, siedelte er 1892 nach London über, wo er noch jetzt als Korrespondent der „Nowoje Wremja" thätig ist. Die „Sketsch" hat sich entgehen lassen, daß Herrn Wesselitzkis Treiben in Berlin durch den Prozeß, den der frühere Herausgeber der „Allgemeinen Reichskorrespondenz" v. Hellfeld gegen ihn führte, in eine Beleuchtung trat, welche Herrn Wesselitzki bewog, Berlin zu verlassen und seine streitbare Feder auf die andere Seite des Kanals hinüberzuführen. Im wesentlichen bestand seine Thätigkeit darin, daß er unter dem Deckmantel deutsch-offiziöser Nachrichtendienstes die deutsche Presse in den Dienst panslavistischer Interessen zu nehmen verstand. Auch der aus dem Leckert-Prozeß bekannte Lützow gehörte zu seinen Agenten. Kurz, das Andenken, das Herr Wesselitzki bei uns hinterließ, war nicht eben ein günstiges; er hat sich durch die giftige Gehässigkeit, mit der er fortan alles traktierte,

Digitized by Google

was Deutschland betraf, für sein Berliner Fiasko zu rächen gesucht.

Dieser Mann also ist der in der Maske des Engländers in der „Fortnightly Review" auftretende Herr „Ignotus". Er ist offenbar auch der Staatsmann, dem Blennerhasset seine Phantasien über die russisch-französisch-englische Tripelallianz zu danken hat; was aber „Calchas" sagt, ist ebenso nur die Paraphrase des Wesselitzkischen Programms, wie es in „England and Germany" dargelegt ist. Gewiß das schlimmste Basiliskenei, das die Feindseligkeit des russischen Agitators bisher in die Welt gesetzt hat.

Doch es lohnt, die Ausführungen Wesselitzkis etwas eingehender zu analysieren. Er beginnt mit einer Unterredung, die einer der hervorragendsten englischen Staatsmänner (one of the most distinguished of our public men) mit dem Fürsten Bismarck, als dieser auf dem Zenith seiner Macht stand, gehabt haben soll. Bismarck habe erzählt, wie er, um einen kombinierten Angriff Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland für die Zukunft zu vereiteln, Frankreich in den Streit um Egypten, Rußland in den um Afghanistan, und damit beide in einen Gegensatz gegen England gehetzt habe. So glaubte er, wenigstens für die Dauer seines Lebens jenem Kriege mit zwei Fronten vorgebeugt zu haben.

Nun weiß freilich jedermann, daß weder Frankreich in der egyptischen, noch Rußland in der afghanischen Frage eines Stimulus bedurften, um alten Rivalitäten entgegenzutreten, und es ist völlig unerfindlich, welches Motiv den Fürsten zu diesen angeblichen Konfidenzen veranlaßt haben könnte. Aber Herr Wesselitzki braucht es zum Beweis seiner These von der allezeit cynischen Doppelzüngigkeit der deutschen Politik. Er hat eine ganze Reihe von politisch-historischen Legenden zur Hand, um sie weiter zu belegen: Bismarck sei es gewesen, der den widerwilligen Gortschakow veranlaßte, den großen Traktat über das Schwarze Meer zu kündigen. Herr Wesselitzki beruft sich dafür auf Busch, den er zu diesem Zweck fälscht, da Bismarck bei Busch engl. Ausg. Bd. II. pg. 393 nur sagt, daß Rußland in London ohne die Unterstützung Deutschlands die Aufhebung der betr. Klausel nicht erreicht hätte. Sonst aber mißbilligte er das Vorgehen Gortschakows und hielt es für ungeschickt und unzeitig angebracht (conf. Bd. I pg. 312). Es

Digitized by Google

schließt sich an diese erste Unwahrheit eine Analyse des Aufbaues des deutschen Reiches, wie es über den dänischen und böhmischen Krieg durch den Frankfurter Frieden zum Abschluß gebracht wurde. Natürlich ist ihm das Ganze eine Frucht hinterlistiger und treuloser Politik, und der Gedanke, daß die Einigung Deutschlands eine sittliche Notwendigkeit war, die nur mit größter Klugheit vorbereitet werden konnte gegen eine Welt der Mißgunst, die ihr Interesse in der Ohnmacht Deutschlands fand, ist ihm überhaupt nicht gekommen. Der englische Leser liest über solche klaffende Lücken hinweg, und Herr Wesselitzki, der in seinen „Ignotus"-Korrespondenzen an die „Nowoje Wremja" der eifrigste Vertreter des panslavistischen Gedankens ist, lacht sich ins Fäustchen. Selbstverständlich fehlt auch die Legende von dem 1875 beabsichtigten Ueberfall auf Frankreich nicht, und der Russe erinnert den gerührten englischen Leser daran, daß damals auch „our late Queen" durch einen eigenhändigen Brief an Kaiser Wilhelm das Unheil verhindern half.

In diesem Stil geht es weiter, um dann zu verkünden, daß, wenngleich heute Bismarck nicht mehr da sei, sein Geist doch immer noch in der Wilhelmstraße umgehe. Graf Bülow sei ebenso falsch und doppelzüngig wie einst der Fürst. China muß dafür als Beleg dienen.

Dann fährt der Russe fort: „Mag es denn klar begriffen werden, daß Deutschland das einzige Land in Europa ist, mit dem England nicht zu einer Verständigung gelangen kann, die beiden Teilen zu gute kommt. Nicht nationale Antipathie, sondern ökonomische Notwendigkeiten machen es unmöglich. Schon Bismarck habe das erkannt und darauf hingearbeitet, den englischen Handel (unseren schreibt Herr Wesselitzki!) und die englische Suprematie zur See zu zerstören. Er habe seinen Reptilienfond benutzt, um in der russischen Presse eine aufreizende Kampagne gegen England zu führen, seinen Meister aber habe der Fürst — der übrigens mehr ein Verschwörer als ein Staatsmann gewesen sei — im deutschen Kaiser gefunden. Und nun folgt die Aufzählung der treulosen Unterminierungsmaßregeln, die Kaiser Wilhelm gegen England aufgebracht habe. Die Reise nach Konstantinopel, das Protektorat über alle Muselmänner, das Krüger-Telegramm, der Versuch, Frankreich nach Faschoda zum

Digitized by Google

Kriege gegen England zu bewegen, vor allem der Ausbau der deutschen Flotte! Auch aus dem Mittelmeer wolle er die Engländer verdrängen und in der Sudabai einen deutschen Hafen gründen, endlich seine chinesische Politik sei wesentlich gegen England gerichtet.

„How is England to checkmate a policy which means her future so seriously?“ Wie kann England eine Politik, die seine Zukunft so ernstlich bedroht, Schach und matt setzen? Es giebt für uns, sagt Herr Wesselitzki im Namen Englands, kein anderes Mittel als nur die Allianz mit Rußland. Ein Ammenmärchen sei es, daß Rußland Absichten auf Indien hege. Rußland ist so groß und so reich, daß es neuer Erwerbungen nicht bedarf, sie wären ihm eher lästig. Wenn England jetzt noch großmütig gegen die Buren handele, so schwinde jeder Mißklang zwischen beiden Reichen, denn auch in Afrika sei Deutschland der eigentliche Feind der Engländer. So mündet das Ganze in den Rat aus, den Buren ihre Unabhängigkeit zu lassen, ihnen aber dafür die 200 Millionen Pfund als Kriegsschuld aufzulegen, die anderenfalls England selbst werde tragen müssen. Frieden in Südafrika, Bündnis mit Rußland, und der deutsche Feind wird am Boden liegen.

Wir haben schon gesehen, wie „Calchas“ sich diesen Rat zu eigen gemacht hat. In merkwürdigstem Gegensatz dazu steht der schon erwähnte Artikel über den „Freund des Zaren“, ein Referat über das zweibändige Werk, das Fürst Uchtomski über die orientalische Reise des jetzigen Zaren Nikolaus II. veröffentlicht hat, und das eben jetzt in englischer Uebersetzung erschienen ist. Bekanntlich ist die Tendenz dieses Buches, nachzuweisen, daß Asiens Bestimmung sei, ein russisches Schutzgebiet zu werden. Wir finden darin auch den für England interessanten Satz: „Wir brauchen zwar Indien nicht, aber wir müssen den mythischen Gedanken lebendig halten, daß unser Marsch über den Hindukusch allezeit möglich ist. Die englischen Diplomaten und Strategen mögen noch so sehr beweisen, daß dieser Vormarsch unmöglich ist. Die Geschichte beweist das Gegenteil.“ Die Engländer werden demnach sich zu entscheiden haben, ob sie dem Fürsten Uchtomski oder Herrn Ignotus-Wesselitzki Glauben schenken wollen! Wie aber Fürst Uchtomski thatsächlich über alle nicht russischen und nicht asiatischen Völker

Digitized by Google

denkt, das hat der wahrhaft unerhörte Artikel gezeigt, in welchem er seinen Jubelruf erhebt über den Brand des Pekinger Schlosses. Die „Nowoje Wremja", die „Rossija" und die „Birshewyja Wjedomosti" haben sich inzwischen, wenn auch in minder brutaler Form, der Schadenfreude des Fürsten Uchtomski angeschlossen, ohne sich dadurch irre machen zu lassen, daß in Mukden, das bekanntlich in russischen Händen ist, nach den Berichten russischer Korrespondenten die Unsicherheit weit größer ist als in Peking, und zur Zeit die Mandschurei mehr gefährdet erscheint als Petschili! Es ist, wie wir zur Ehre Europas konstatieren, der einzige Ton roher Schadenfreude, der in Anlaß des Todes des Generals v. Schwarzhoff und der ernsten Lebensgefahr, in welcher der Feldmarschall Graf Waldersee geschwebt hat, laut geworden ist. Wir legen es zu dem übrigen, was uns an Gehässigkeit von dieser Seite entgegengetragen worden ist.

Daß der Pekinger Brand einem unglücklichen Zufall seine Entstehung dankt, scheint festzustehen. Aber selbst wenn, wie wir hoffen, das richtig ist, bieten die chinesischen Angelegenheiten doch einen keineswegs erfreulichen Anblick. Infolge der Sonderpolitik Rußlands verzögert sich der Abschluß des für alle Teile notwendigen Friedens, und es wird gegenüber der in China naturgemäß steigenden Hoffnung auf weitere Zuspitzung der Uneinigkeit zwischen den Alliierten, nichts anderes übrig bleiben, als mit größerer Strenge als bisher das Nachgeben Chinas zu erzwingen. Der Anfang dazu ist bereits gemacht, und wir können nur wünschen, daß mit rücksichtsloser Energie weiter vorgegangen wird, bis das Ziel erreicht ist.

Nächst diesen chinesischen Angelegenheiten hat nichts die Aufmerksamkeit mehr erregt als die Darlegungen des englischen Schatzkanzlers, Sir Michael Hicks Beach vor dem Unterhause am 18. April und die Annahme seiner Steueranträge mit einer Majorität von 60, bez. 44 Stimmen, der geringsten Majorität, die das Kabinett Salisbury-Chamberlain bisher gehabt hat. Immerhin wurden ihm die 60 Millionen Pfund, die er verlangte, bewilligt und ebenso wurden die Anträge genehmigt, die er stellte, um das Defizit zu decken und für die weiteren Kriegskosten aufzukommen. Aber in der Erwiderung Harcourts klang deutlich durch, welchen Schrecken sowohl die Erhöhung der Einkommensteuer um 2 d. vom Pfund wie der Ausfuhr-

Digitized by Google

zoll von 1 sh. für die Tonne Kohlen erregte. Auch die Zuckersteuer ist naturgemäß nichts weniger als populär. Harcourt rühmte die rückhaltlose Offenheit, mit der der Schatzkanzler die wirkliche finanzielle Lage des Reichs dargelegt hatte, richtete aber einen außerordentlich scharfen Angriff gegen das Ministerium, das die im Februar eingelaufene Depesche Sir A. Milners erst jetzt, also nach Verlauf von zwei Monaten, veröffentlicht habe. Bekanntlich war diese Depesche, im Gegensatz zu den gefärbten telegraphischen Berichten vom Kriegsschauplatze, außerordentlich pessimistisch gehalten. Nun habe Milner ausdrücklich gesagt, daß im letzten Halbjahr die Lage in Südafrika sich für England wesentlich verschlimmert habe. Wäre dieser Bericht, wie es Pflicht war, vor den Wahlen dem Parlament vorgelegt worden, der Ausgang hätte ein anderer sein müssen. Schon jetzt beginne das Land zu fragen, was denn der Vorteil dieses Krieges sei. Bisher habe er nichts eingebracht als Steuern, Schulden und die Notwendigkeit, in Zukunft den Schaden gut zu machen, der angerichtet sei. Die geplanten Reformen seien alle ins Stocken geraten, mit den 140 Millionen, die der Krieg gekostet habe, hätte die Wohnungsfrage für die Armen, die Altersversicherung, die Unterrichtsreform zu glücklichem Abschluß geführt werden können. Aber die Imperialisten seien allezeit besorgt um das britische Reich als Ganzes, eines jedoch vergäßen sie stets, und das sei das englische Mutterland mit seinen 40 Millionen Einwohnern. Milner schreibe in seiner Depesche, daß die loyale Bevölkerung Südafrikas für die Annahme der Friedensvorschläge Kitcheners gewesen sei, man müsse sie sofort anerkennen, wenn man den Frieden überhaupt haben wolle. Am 25. Februar sei die Regierung im Besitz dieser Depesche gewesen, und doch habe der Kolonialsekretär erklärt, daß er unter keinen Umständen in weitere Verhandlungen eintreten werde. Er hatte die Depesche in der Tasche, als das Haus über die Verhandlungen zwischen Botha und Kitchener verhandelte, und hat sie dem Hause vorenthalten. „I say it was a most unfair proceeding.“ Schärfer kann sich der Führer der Opposition kaum über einen Minister ausdrücken!

Nun habe Chamberlain zugegeben, daß England von der ganzen Welt gehaßt werde, er rühme sich dessen gar, denn nur die Starken würden gehaßt. Wenn aber gehaßt zu werden ein Beweis

Digitized by Google

für die Stärke sei, so habe niemand mehr zur Stärkung Englands beigetragen als gerade Chamberlain. Aber Chamberlains Satz sei nicht wahr. England habe niemals stärker dagestanden als 1814 und 1815 und sei doch nicht gehaßt worden, weil es sich nicht in Gegensatz stellte zu den sittlichen Empfindungen der Welt. Heute sei das nicht mehr der Fall, und England habe nicht nur mit der Feindseligkeit der Regierungen, sondern auch mit dem Haß der Völker zu rechnen. Es gebe in Europa Völker, denen es zweifelhaft sei, ob England wirklich nur aus Liebe zur Freiheit und zur Zivilisation den Krieg auf sich genommen habe. Man erinnere sich der Erklärung Lord Salisburys, daß er weder Land annektieren, noch Goldminen sich zu eigen machen wolle. So sei das afrikanische Problem fast unlösbar geworden. Man habe seiner Partei Pessimismus vorgeworfen, aber wo sei der Optimismus der Regierung geblieben? Sie habe mit ihrem Optimismus erst sich selbst getäuscht (perhaps!), dann aber England. Jetzt finde die Lage ihren Ausdruck in der unerhörtesten Finanzvorlage, die je ein Schatzkanzler dem Unterhause zugetragen habe (in the most disastrous financial statement, that has ever been made by a Chancellor of the Exchequer in this House).

Die anderen Redner der Opposition warfen der Regierung namentlich ihre Rückkehr zum Schutzzollsystem vor, das, wie wir beiläufig bemerken, damit zur allgemeinen Signatur unserer Zeit wird. Redmond sagte, daß, als Hicks Beach als Höhe der Kriegskosten die ungeheure Summe von 153 Millionen Lstr. angab, es ihm erschienen sei, als ziehe über das Antlitz der Männer von der Regierungspartei der graue Schatten des politischen Todes; wieder andere gaben ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß England und nicht Transvaal — wie die Regierung immer versicherte — die Kosten des Krieges tragen solle, und nach erfolgter Abstimmung, die wegen der geringen Regierungsmajorität von der Opposition mit lauten Beifallsrufen begrüßt wurde, rief der Abgeordnete Dillon dem Regierungstische zu: „Schließt jetzt Frieden, ihr werdet kein Geld mehr bekommen".

So endete diese stürmische Sitzung um $2\frac{1}{2}$ Uhr morgens, zwar mit dem Siege des Ministeriums, aber im Grunde doch mit einer moralischen Niederlage. Zum ersten Male hatte es sich ge-

Digitized by Google

nötigt gesehen, seine Karten aufzudecken — es ist nicht unmöglich, daß Zucker, Kohle und die zwei Pence vom Pfund der Einkommensteuer ihm den Boden unter den Füßen untergraben.

Wir können nicht schließen ohne darauf hinzuweisen, daß die russische Presse in der makedonischen Angelegenheit einen höchst unfreundlichen und gehässigen Ton gegen Oesterreich-Ungarn anzuschlagen beginnt, und daß parallel damit auch die alten Beschwerden wegen der Bagdadbahn gegen uns wieder ausgegraben werden. Man hat den Eindruck, als sei es den Politikern an den russischen Redaktionstischen mit den Schwierigkeiten in China noch lange nicht genug. Lauter als je fordern sie die ganze Welt zur Kniebeugung vor dem allein weisen, gerechten und starken Rußland auf. Wir aber hören durch all diesen Lärm das letzte Schluchzen der Hunderttausende, die im Chersonschen, in Bessarabien, in Sibirien ihre müden Hände nach dem Bissen Brot ausstrecken, der sie retten soll von einem Elend, das sie nicht mehr tragen können. Es ist nicht nur eine thörichte, sondern eine erbarmungslose Großmannssucht, die aus diesem Gebahren spricht, und es wäre wahrhaftig an der Zeit, daß einmal ein: Quos ego! von oben her etwas Besinnung und Mäßigung diesen angeblichen Führern der öffentlichen Meinung zur Norm setzte.

Digitized by Google

28. April. Abreise Delcassés aus Petersburg.
29. April. Auslegung und Ueberzeichnung der englischen Kriegsanleihe.

1. Mai 1901.

In den Tagen, da Kaiser Wilhelm mit seinem Thronerben im Kreise der Bonner Studentenschaft weilte und, wie andere Sterbliche auch, auf einige Stunden die Bürde und Würde seines hohen Berufes ruhen ließ, um sich zurückzuversetzen in die Jahre harmloser Jugendfröhlichkeit, in sicherem Vertrauen, daß die hohe Ehre, die er der deutschen Jugend erwies, recht verstanden werden und gute Frucht tragen müsse, fanden die stürmischen Verhandlungen statt, durch welche die russische Regierung vor ihrer aufgeregten Studentenschaft gleichsam kapitulierte. Denn was sie zu gewähren bereit war, bedeutete die schärfste Verurteilung der Politik, durch welche man bisher bemüht gewesen ist, den russischen Studenten zu bändigen und zu zügeln. An die Stelle des früheren Systems sollte, wie Kaiser Nikolaus II. in seinem Reskript an den alten wackeren Haudegen Wannowski, den früheren Kriegsminister, sagte, ein herzliches Entgegenkommen treten. Gewiß ein edel empfundenes und wohlgemeintes Wort, das nur den einen Fehler hat, daß es schwer fallen wird, es ins Praktische zu übersetzen. Dieselben Leute, die eben erst mit kleinlichstem Mißtrauen jeden Schritt der Studenten verfolgten, sollen nun mit einem mal nicht nur ihre Praxis, sondern auch ihre Gesinnung ändern, und ebenso sollen die Studenten sich plötzlich umdenken und Vertrauen zeigen, wo sie zu hassen und zu verachten gewohnt waren. Beides dürfte schwer genug zu erreichen sein, und was wir bisher sahen, weist nicht darauf hin, daß das erstrebte Ziel so bald erreicht werden wird. Wir wiesen schon darauf hin, in wie brutaler Weise die ersten Zusammenrottungen der Studenten auseinandergesprengt worden sind. Es hat mehrere

Digitized by Google

Tote, zahlreiche Verletzte gegeben, gegen 200 Studenten sind unter die Soldaten gesteckt worden, und es ist daher nicht unverständlich, wenn die russische Studentenschaft vor allem die volle Begnadigung der Gemaßregelten verlangt. Andererseits will die Regierung sich keine Bedingungen stellen lassen und sie hat nach allem, was geschehen ist, offenbar Grund, anzunehmen, daß die Führer der Bewegung keineswegs durchweg harmlose Idealisten sind. Es läßt sich doch nicht vergessen, daß ein Mord und ein Mordanschlag aus diesen Kreisen hervorgingen, und ebenso wenig kann der Zusammenhang übersehen werden, der zwischen den Studenten und den sozialistisch erregten Arbeitern bestand. Bei der Unfreiheit der russischen Presse läßt sich nicht erkennen, was an den umlaufenden Gerüchten wahr ist. Sie gehen zum Teil auf Berichte englischer Korrespondenten zurück, und da thut man gut, nicht alles à la lettre zu nehmen. Aber es heißt, daß der alte exkommunizierte Graf Tolstoi iu Moskau auf offenem Markt eine Ansprache an die Studenten gehalten und sie zum Ausharren aufgefordert haben solle. Man habe ihm danach aus Petersburg einen Paß zur Reise ins Ausland zugeschickt, so daß wir den ehrwürdigen alten Herrn, der übrigens immer mehr das Verständnis für den Staatsgedanken verliert, über kurz oder lang auf europäischem Boden zu sehen Gelegenheit haben können — wenn nämlich jene Gerüchte wahr sind. Es wäre aber auch denkbar, daß Tolstoi von einem solchen Paß keinen Gebrauch machte, sondern seiner Theorie folgend, es vorzöge, sich gewaltsam über die Grenze schaffen zn lassen! Gewiß wunderliche Zustände, um so wunderlicher, wenn man die weitschweifigen und stets am Richtigen vorübergehenden Ausführungen verfolgt, von welchen alle russischen Blätter heute voll sind. Sie dürfen der Thatsachen, die sich vor aller Augen vollzogen haben, nicht gedenken, aber sie dürfen sich in allgemeinen Betrachtungen ergehen, welche die Reform des studentischen Lebens zum Gegenstand haben. Keine Zeitungsnummer, die nicht mit irgend einem Universalmittel auftritt, wobei, mit alleiniger Ausnahme der russischen Moskauer Zeitung, alles für die Studenten Partei ergreift. Herr Gringmuth, der Redakteur dieses Blattes, beiläufig bemerkt einer der ärgsten Fremdenfresser — was bekanntlich viel sagen will — spielt sich als Hort des Autoritätsgedankens auf und will von Zugeständnissen nichts wissen. Er ist dafür von dem Fürsten Uch-

Digitized by Google

tomski in leidenschaftlicher Weise angegriffen, als fremder Eindringling, falscher Patriot und Denunziant stigmatisiert worden, und alles klatscht Beifall. Unter anderen auch die „Nowoje Wremja", die noch vor Jahresfrist nicht hart genug von den Studenten reden konnte und den „Moskowskija Wjedomosti" ihrer Gesinnung nach am nächsten stand. Aber — und damit kommen wir auf eine Frage, die doch auch außerhalb der russischen Grenzen Beachtung verdient — sie wittert neuen Wind und scheint zu glauben, daß Rußland im Begriff sei, wieder zum Liberalismus Alexanders II. zurückzuschwenken. Darauf wies schon ein Aufsatz über die „unvollendeten Reformen Aleranders I." hin, und es ist auch nicht unbemerkt geblieben, daß die Verfassungspläne, mit denen Alexander I. sich in der Speranskischen Periode und später bis in den Anfang der zwanziger Jahre trug, unbeanstandet in letzter Zeit veröffentlicht werden konnten. Neuerdings nun charakterisiert die „Nowoje Wremja" die Stimmung in der russischen Gesellschaft folgendermaßen: „Die Gesellschaft ist durch den andauernden Zustand der Ruhe übermüdet, sie braucht einen Wechsel der Eindrücke und dürstet daher vor allem nach dem Neuen, sie giebt sich Erwartungen hin." Nun merkt man freilich nichts von einem andauernden Zustand der Ruhe: der chinesische Krieg, die riesigen Eisenbahnbauten mit ihren Erfolgen und Mißerfolgen, der Aufschwung und der Niedergang der Industrie, die Hungersnöte, endlich die Ausstände und die Studentenunruhen, das alles hat, wie uns scheinen will, recht viel Neues gebracht. Aber die „Nowoje Wremja" meint, es müsse etwas ganz Besonderes kommen, irgend eine „schöpferische geistige Energie Leute von Talent, von geistiger und sittlicher Kraft" in den Vordergrund rücken und so eine neue Aera sich einleiten. Offenbar wird damit auf eine Form der Nationalvertretung angespielt, wie sie ziemlich unklar heute in fast allen russischen Köpfen spukt und wie man sie von einem so wohlwollenden Herrscher, wie Nikolaus II. es ist, wohl erhoffen kann.

Es ist aber auch ein anderes denkbar: der Ekel an dem Bestehenden, wie er ohne Zweifel wirklich vorhanden ist, kann einen anderen Ausweg in einem kriegerischen Abenteuer nach Westen hin suchen. Wie läßt sich das systematisch betriebene Hetzen gegen Deutschland anders erklären, das nicht nur eine Spezialität des

Digitized by Google

Fürsten Uchtomski ist, sondern ganz ebenso auch von den übrigen Blättern, z. B. von der „Nowoje Wremja" betrieben wird. So lesen wir in der Nummer vom 24. April die ungeheuerliche Behauptung, daß Deutschland das ganze chinesische Unternehmen inscenieret habe, „um auf einen recht langen Zeitraum die militärischen und finanziellen Kräfte Rußlands auf den fernen Osten abzulenken". Es wird dann mit Genugthuung bemerkt, daß zwar die gewünschte Schädigung Rußlands erreicht sei, aber dafür auch Deutschland selbst eine recht gründliche Enttäuschung erlebt habe!

Man darf die Bedeutung solcher Tag um Tag wiederholten Insinuationen nicht unterschätzen; die Vorstellung, daß alles Unheil von dem deutschen Nachbarn ausgehe, hat tiefe Wurzel geschlagen und ist allmählich ein Teil des eisernen Bestandes aller Politikaster Rußlands geworden.

In diesem Zusammenhange läßt sich die Reise Delcassés, was auch ihr Gegenstand gewesen sein mag, nur als ein wenig erfreuliches Ereignis bezeichnen. Sie hat die Erwartung nach „etwas Neuem" noch gesteigert, nnd muß ganz in derselben Richtung auch auf Frankreich zurückwirken. Demgegenüber tritt was thatsächlich in Petersburg verhandelt worden ist, an Bedeutung entschieden zurück; die Masse sieht den Schein, nicht die Wirklichkeit, und es ist keineswegs undenkbar, daß infolgedessen der Schein einmal zur Wirklichkeit wird.

Der Berliner Korrespondent der „Peterburgskija Wjedomosti" hat unsere Wochenschau vom 10. April durch einen wutschnaubenden Artikel ausgezeichnet. Er beschuldigt uns dabei, den Japanern geraten zu haben, die günstige Gelegenheit zu nutzen und über Rußland herzufallen, und zwar habe „das deutsche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten durch den Mund des Verfassers der politischen Wochenschau der „Kreuz-Zeitung" dem „Preußen des Orients" versprochen, es so einzurichten, daß keine andere Macht dazwischen treten werde, wenn Japan es für nötig halten sollte, für die Interessen und die Integrität Chinas auch in der Mandschurei einzutreten". Der letzte Satz wird dann in Anführungszeichen gesetzt, um die Leser glauben zu lassen, daß es sich um ein Zitat handele. Das ganze ist aber eine echt russische Verdrehung und das Auswärtige Amt genau mit demselben Recht ins Feld geführt, wie fast gleichzeitig der „Standard" that, dessen

Digitized by Google

Berliner Korrespondent die „Kreuz-Zeitung" als das bekannte Organ des Finanzministers bezeichnete. Aber das Handwerk der Berliner Korrespondenten russischer Zeitungen ist zu bekannt, als daß es lohnte, diese Machenschaften weiter zu verfolgen. Habeant sibi. Zu bessern und zu bekehren sind diese Herren umso weniger, als ihnen die geistige Schulung fehlt, deren jeder bedarf, der in politischen Dingen nicht leichtfertig urteilen will.

In Japan scheint übrigens die politische Erregung durch eine ernste finanzielle Krisis wesentlich zurückgegangen zu sein, so daß sich hoffen läßt, daß eine friedliche Lösung all der verwickelten Interessengegensätze in nicht allzu ferner Zukunft bevorsteht. Wir sind umsomehr geneigt, diese optimistische Anschauung zu vertreten, als sich immer mehr herausstellt, mit welcher Umsicht und Besonnenheit Feldmarschall Graf Waldersee die Stellung der alliierten Mächte in Petschili behauptet. Der letzte Erfolg der deutschen Waffen an der Großen Mauer wird den Chinesen den Beweis erbracht haben, daß es einen anderen Weg als den des Entgegenkommens und der Unterwerfung für sie nicht giebt, wenn sie in ihrer Kaiserprovinz wieder zu eigenem Recht walten wollen. Doch liegen auch heute noch die Parteiverhältnisse am Hofe so unklar wie bisher. Man weiß nie mit Sicherheit wer spricht, ob die Kaiserin-Witwe, der Kaiser oder irgend einer der Prinzen. Nur das eine scheint immer deutlicher hervorzutreten, daß die russische Politik die Kaiserin-Mutter begünstigt, und darin ist wohl eines der wesentlichsten Hindernisse zu einem gedeihlichen Abschlusse zu erkennen. Seit Fürst Uchtomski in jenem von uns gebrachten Artikel über die „vertierten Weißen" gelbe Farbe bekannt hat, liegt der Verdacht außerordentlich nahe, daß er während seiner letzten Anwesenheit in China all jene Kuckucks- und Basiliskeneier gelegt hat, welche die chinesischen Mandarinen eines nach dem anderen ausbrüten.

Ein Zeichen der Verlegenheiten, mit denen das England von heute zu rechnen hat, ist offenbar das Auftauchen der zahllosen Allianzprojekte für die Zukunft, in denen die englischen Monats- und Wochenschriften sich gefallen. Zu der vor 8 Tagen zur Genüge charakterisierten Idee der russisch-englischen Allianz gegen Deutschland ist jetzt im „Spektator" das nicht neue, aber neu aufgelegte Projekt einer englisch-amerikanischen Allianz getreten. Als Lock-

Digitized by Google

und Drohmittel dient dabei der Hinweis auf die Gefahr, welche Amerika drohe, wenn ganz Europa sich zusammenthue, um dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus der Vereinigten Staaten entgegenzutreten. Namentlich sei es darauf abgesehen, den Bann zu brechen, durch den die Vereinigten Staaten die fruchtbare Erschließung Südamerikas verhinderten. Der „Spektator" — wir zitieren hier nach der Uebersetzung der „M. Allg. Z." — schildert dabei nicht übel die Lage folgendermaßen:

„Da liegt der weite Kontinent, kaum bewohnt, mit Klimaten, die, wenn auch verschieden, doch europäische Arbeiten nicht hindern, mit geradezu unerschöpflichen Quellen des Reichtums in seinem Boden und mit riesigen Strömen, die den Zugang bis weit in das Innere zugleich billig und leicht machen." Dann folgt eine kleine Denunziation, recht für amerikanische Phantasie berechnet: „Deutschland möchte ganz Brasilien haben, in welchem es schon stark ist; Italien sendet heute noch seine Kinder zu Hunderttausenden nach Argentinien; Frankreich würde sich reicher fühlen, könnte es das Hinterland von Guayana erwerben und selbst Ungarn sähe es viel lieber, wenn seine slavischen Kinder, anstatt jetzt zu Zehntausenden in Nordamerika harte Arbeit zu verrichten, unter seiner eigenen Flagge in Uruguay eine neue Heimat finden könnten. Allem diesem wird von den Vereinigten Staaten in einer Weise abgewinkt, welche den Staatsmännern des Kontinents als die Klimax selbstsüchtiger Unverschämtheit erscheint." Nun solle man in Amerika nicht glauben, daß dieser Hinweis auf Absichten und Empfindungen des Kontinents vom „Spektator" nur gemacht werde um der anglo-sächsischen Allianz willen. Bewahre, diese Allianz werde von selbst kommen, sobald sie notwendig sei. Der Zweck sei nur, überall zu warnen, damit Amerika rechtzeitig und nicht sprungweise, sondern stetig seine Flotte vermehre, damit es gerüstet dastehe, wenn einmal der Kontinent sich gegen Amerika in Bewegung setze. Dann werde, wie im spanischen Kriege, nur England zu ihm stehen und der Friede der Welt nur erhalten werden „durch die heute noch nicht gut geheißene Annahme der Regel, daß diejenigen, welche englisch sprechen, in der Stunde der Gefahr zusammenstehen müssen".

Für England mag diese Kombination, wenn es in seiner Feindschaft gegen die übrige Welt beharrt, ja recht annehmbar sein, ob

Digitized by Google

für Amerika, ist eine andere Frage, und sie beantwortet sich sofort mit nein, wenn das Phantom von dem gegen Amerika ausziehenden geeinigten Europa vor einer nüchternen Betrachtung des Möglichen in nichts zerfließt. Es giebt zur Zeit nichts, was unwahrscheinlicher wäre als eine derartige Kombination. Der Hinweis auf die Haltung Englands in der kubanischen Frage ist nicht eben glücklich. Es ist der einzige Fall gewesen, in welchem beide Mächte in amerikanischen Angelegenheiten nicht gegensätzlich oder gar feindselig einander gegenübergestanden haben, und in England wird wohl die Alabama-Quälerei und der Alaska-Streit in ebenso lebendiger Erinnerung stehen wie in Washington. Die Gemeinsamkeit der Sprache aber allein macht es nicht, sonst müßten wir auch annehmen, daß die Iren englisch national denken, und jedermann weiß, wie einflußreich das irische Element und die anderen nicht aus England stammenden amerikanischen Bürger sind.

Wir haben in unserer Würdigung des Burenkrieges uns dahin formuliert: Wir wünschten ein bescheideneres England, mit dem könnten wir uns verständigen. Heute muß man wohl hinzufügen: auch ein weniger neidisches und mißgünstiges England. Der afrikanische Krieg, dessen Ende nach wie vor nicht abzusehen ist, wenn England sich nicht zu Konzessionen versteht, die den Buren eine relative Unabhängigkeit gewähren, hat die bösen Seiten des englischen Nationalcharakters in unliebenswürdigster Form zu Tage treten lassen. Wir können es nur bedauern, aber wir müssen damit rechnen und wenn keine Wandlung eintritt, wohl auch danach handeln.

Es hat einen Augenblick scheinen können, als werde das Ministerium Salisbury-Chamberlain infolge der Hicks Beachschen Steuervorlage zu Fall kommen. Die Thatsache, daß die Kriegsanleihe sofort gedeckt worden ist, spricht dagegen. Die Last ist für England nicht zu schwer und es wird sie tragen. Die Verantwortung für den Burenkrieg aber hat die Nation auf sich genommen, auf sich und auf ihre Kinder, und eben weil die Zahl der Mitschuldigen so groß ist, wird man die Hauptschuldigen nicht fallen lassen.

Aber einige minder hochstehende Opfer wird es wohl geben. Ein Vorspiel dazu gab die Rede des Abgeordneten Markham, der

Digitized by Google

am 14. März die Firma der Eckstein vulgo Wernher, Beit und Co. in voller Parlamentssitzung ganz gewöhnliche Diebe und Schwindler nannte (a common gang of thieves and swindlers) und sich erbot, das auch außerhalb des Parlaments aufrecht zu erhalten. Die Herren Wernher-Beit haben dann, um Zeit zu gewinnen, eine Klage beim Parlament anhängig gemacht, die natürlich nicht zum Ziel führen kann, da das im Parlament gesprochene Wort durch die Prärogative der Abgeordneten geschützt ist. Jetzt nach Verlauf von fünf Wochen fordern sie Markham auf, entweder im Parlament zu widerrufen, oder seine Anschuldigungen mündlich oder schriftlich zu wiederholen. Zu letzterem hat sich Herr Markham bereit erklärt, er sei entschlossen, Wernher-Beit in die Lage zu versetzen, daß sie gerichtlich gegen ihn vorgehen können, und dann wolle er die Wahrheit seiner Behauptungen beweisen.

Das kann einen sehr lehrreichen Prozeß geben und es ist nicht unmöglich, daß dabei auch anderen Leuten Sorgen aufsteigen, denn die beiden Gold- und Diamanten-Millionäre sind gewiß nicht ohne Mitschuldige gewesen.

Auf der Balkanhalbinsel liegen die Verhältnisse keineswegs befriegend. Die Gärung in Makedonien dauert fort, Rußland ist weder mit Serbien noch mit Bulgarien recht zufrieden, und ebenso sehen der Sultan und der Wiener Hof die Wirren mit Mißtrauen an, in denen sich beide Staaten bewegen. Auch in der muselmännischen Welt gärt es; in Algier regt sich der Panislamismus, in Marokko scheint die Neigung vorhanden zu sein, ein weiteres Vordringen der Franzosen zu verhindern, in Arabien ist offener Bürgerkrieg, endlich wollen die Russen sich nicht über die Machtverschiebungen am persischen Golf beruhigen. Am liebsten sähen sie, wenn Frankreich am Golf von Oman Fuß fassen wollte. Aber das könnte ein zweites Maskat geben, und dem ist man in Paris heute weniger als je bereit, sich auszusetzen.

Digitized by Google

8. Mai 1901.

Die Münchener „Allg. Ztg." bringt die folgende Uebersetzung einer Unterredung, die der Korrespondent des „New-York Herald" in der Wilhelmstraße „in einem Zimmer, in dem Bismarck einige seiner historischen, diplomatischen Triumphe vorbereitete", mit jemandem gehabt haben will, den er Excellenz nennt und in welchem jeder Leser den Reichskanzler Grafen Bülow vermuten muß. Der Artikel lautet: Korrespondent:

„Ich fragte, ob in Deutschland eine Voreingenommenheit gegen Amerika bestehe." Seine Excellenz antwortete: „Wir kennen die Mißstimmung, die in den Vereinigten Staaten gegen Deutschland herrscht. Unser Botschafter hat uns das berichtet, und wir sind darüber ebenso überrascht wie betrübt. Wir können für eine solche Stimmung im amerikanischen Volke den Grund nicht finden. Was man von Deutschlands Stellungnahme gegenüber der Monroe-Doktrin sagt, ist auch kein Atom wahr. Wenn Deutsche mißhandelt, ihr Eigentum, ihre Rechte mißachtet werden, so thun wir, was alle Nationen thun, und schützen sie. Deshalb sandten wir zwei Kriegsschiffe nach Port au Prince. Die deutsche Politik ist weit entfernt von einer Einmischung in die Vereinigten Staaten. Das ist so seit Friedrich dem Großen. Im Kriege zwischen dem Norden und dem Süden stand Deutschland fest zum Norden. Seit 1870 ist Deutschland fest für Amerika gewesen." — „Sie thun aber alles, um amerikanisches Fleisch abzuhalten." — „Das sind Schwierigkeiten, die von den Agrariern gemacht wurden; sie haben übrigens keine ernste Bedeutung." — „Und sie haben Beschwerden gegen die Union?" — „Ja, kleine, nämlich wegen der Eingangszölle. Wenn die amerikanischen Konsuln den Wert der einzuführenden Güter abgeschätzt und die Kaufleute auf Grund dieser Schätzung ihr Geschäft eingerichtet haben, so weigert sich die Zollbehörde der Vereinigten Staaten, diese Schätzung anzuerkennen und ändert sie willkürlich. Aber auch dies ist keine allzu ernste Sache." — „Deutschland will aber einen Hafen auf den Philippinen?" — „Nicht ein Wort ist wahr davon. Wenn wir einen

Digitized by Google

Hafen in der Gegend haben wollen, so sind ja die Karolinen da und eine Menge anderer Inseln. Hinsichtlich der Philippinen bestehen bloß Klagen einiger Kaufleute, die dort während des Krieges Geld verloren haben und Entschädigung verlangen." — „Was denken Sie über Admiral Deweys Prophezeiung, Amerikas nächster Krieg werde mit Deutschland geführt werden?" — Die folgende Pause war kurz, aber peinlich. „Ich wüßte wirklich nicht, weshalb das so sein sollte. Nicht eine einzige Streitfrage zwischen beiden Staaten besteht, auch keinerlei Mißverständnis. Wenn ich Sie auch bitte, meinen Namen nicht zu nennen (der Korrespondent spricht auch nur von „Excellenz"), so kann ich Ihnen doch amtlich sagen, daß Deutschland nicht die geringste Neigung zum Streite mit der Union hat, daß es vielmehr Freundschaft und gute Beziehungen mit ihr wünscht und auch keinen Grund sieht, weshalb solche nicht bestehen könnten." — „Das Publikum in den Vereinigten Staaten ist vielfach der Meinung, daß Deutschland in China einen Eroberungskrieg führt. . . . ." — „Die deutsche Regierung hat solche Absichten nicht. Neulich noch hat sich Deutschland mit England vereinigt, um die Aufteilung Chinas zu verhüten." — „Auch betreffs der Mandschurei?" — „Ja." — „Deutschlands Politik gegen Rußland hat sich geändert. Es ist nicht mehr wie unter Bismarck." — „Bismarcks russische Politik ist immer sehr verschieden gewesen. Unsere Haltung gegenüber Rußland ist ehrlich. Wir erkennen an, daß Rußlands Interessen in China weit größere sind als die anderer Staaten wegen seiner ausgedehnten Grenze gegen China. Andererseits ist auch Rußlands Art, zu kolonisieren, eine leichtere. Es dehnt einfach seine Grenzen aus. Deutschlands Politik wünscht gleiche Handelsrechte für alle. Wir wünschen ferner die Entschädigung zu erhalten, um dann so schnell als möglich abzuziehen. Wir verlangen nur zwölf Millionen Pfund. Amerika will ebenso wie Deutschland Handelsrechte in China." — „Ist die deutsche Flottenvermehrung gegen Amerika gerichtet?" — „Nicht im mindesten! Unser Programm liegt offen vor der Welt. Wir wollen unseren Handel schützen, sonst nichts. Wir wünschten uns eine noch größere Flotte, können sie aber nicht haben!" — „Was denken Sie über Zanardelli und die Möglichkeit, daß Italien den Dreibund verläßt?" — „Ich denke mir, daß man Verträge, die so lange bestehen und dem Frieden so viel genutzt haben, nicht leicht erschüttert." Damit endete die Unterredung, und Se. Excellenz erklärte, er hoffe, daß dieselbe Gutes bewirken werde im Sinne einer besseren Würdigung der deutschen Auffassung in Amerika."

Wir können diese zum Schluß ausgesprochene Hoffnung keineswegs teilen und bestreiten bis auf weiteres, daß die Unterredung in dieser Form stattgefunden haben kann. Die Unverschämtheit der Fragestellung, die fast durchweg den Charakter eines Zurredestellens trägt, hätte kein deutscher Staatsmann sich gefallen lassen, und die Wirkung der Wiedergabe dieses angeblichen Gesprächs könnte in Amerika nur sein, den ohnehin überspannten Hochmut, mit dem sich

Digitized by Google

die amerikanische Presse über Deutschland zu äußern erlaubt, noch weiter zu steigern. Man hat bei uns nicht kleine, sondern recht namhafte Beschwerden gegen Amerika, und sie richten sich zu nicht geringem Teil auch gegen die entschieden feindselige Haltung, die seit Beginn der Chinakrise die amerikanische Politik gegen uns eingenommen hat. Dazu kommen die alten wirtschaftlichen Beschwerden und der gewiß gerechtfertigte Unwille über die aufreizenden Zukunftsprophezeiungen unverantwortlicher Politiker, wie der Admiral Dewey einer ist. Deutschland ist nicht Kuba und wird sich durch offene oder versteckte Herausforderung von einer Verteidigung seiner Interessen nicht abhalten lassen. Beinahe albern erscheint die Frage, ob Deutschland in China eine Eroberungspolitik führe, und die langmütige Antwort, die „Excellenz" darauf erteilt haben soll, ist jedenfalls nicht authentisch, zumal sie, wo die Mandschurei berührt wird, in striktem Gegensatz steht zu den offiziellen Erklärungen, die der Herr Reichskanzler im Reichstage abgegeben hat. Kurz, das Ganze scheint bestenfalls die ungeschickte Wiedergabe schlecht verstandener Aeußerungen zu sein und wir hätten den Artikel überhaupt nicht berücksichtigt, wenn nicht ein ernstes politisches Blatt wie die Münchener „Allg. Ztg." es nötig gefunden hätte, darauf einzugehen.

Daß in den Vereinigten Staaten das Urteil über Richtung und Ziele der deutschen Politik irre geht, kann uns freilich nicht wunder nehmen. Die Presse Rußlands, Englands und Frankreichs ist gleich eifrig am Werk, uns zu verdächtigen und zu verleumden und bei der in Amerika herrschenden Unwissenheit über kontinentale Fragen ist es nicht erstaunlich, wenn auch das Unsinnigste schließlich Glauben findet.

Ueberhaupt wird, wer regelmäßig die fremde Presse verfolgt, gegenüber der endlosen Folge allarmistischer Artikel, die ihre Spitze gegen uns richten und immer mehr einen drohenden Ton anschlagen, zur Ueberzeugung gelangen, daß entweder ein Chor von Tollhäuslern uns anschreit, oder aber, daß die gesamte Welt sich dazu vorbereitet, bei nächstem Anlaß über Deutschland herzufallen. Soeben bringt uns die „Nowoje Wremja", die wir übrigens für politisch nicht zurechnungsfähig halten, die überraschende Nachricht, daß zu all dem übrigen Unheil, das wir in der Welt anrichten, auch der Panislamismus komme, der nichts anderes sei, als eine hinterlistige Frucht

Digitized by Google

deutscher Intriguen. Die türkische Mission, welche unter Führung Enwer Paschas eben jetzt unterwegs sei, um die muselmännische Bevölkerung Chinas davon abzuhalten, sich dem fremdenfeindlichen Treiben der Boxer anzuschließen, sei auf eine Pression Deutschlands hin, das wahrscheinlich auch das Geld dazu hergegeben habe, vom Sultan abgeschickt worden.

Nun sollte man meinen, daß, wenn das wahr wäre, alle an den chinesischen Angelegenheiten beteiligten Mächte Grund hätten, dafür dankbar zu sein, da dadurch die chinesische Gefahr sich erheblich mindern müßte. So wenigstens dürften weniger feine Köpfe, als es die Leitartikler der „Nowoje Wremja" sind, schließen. Die aber urteilen anders. „Die deutschen Kulturträger propagieren eifrig den Panislamismus" und wenn auch von jener Gesandtschaft keinerlei Erfolg zu erwarten sei, und die chinesischen Muhamedaner aller Wahrscheinlichkeit nach den Sultan nicht einmal als ihr Oberhaupt anerkennen, so liege die Gefahr doch nahe, „daß die deutsche Diplomatie es versteht, alles auszunutzen, was ihren Interessen dienen kann. Was immer in anderen Weltteilen geschieht, wie sehr auch Ereignisse von höchster politischer Wichtigkeit die Aufmerksamkeit der anderen Regierungen fesseln mögen, die Deutschen vergessen trotzdem keinen Augenblick den nahen Orient. Die Staatsmänner, denen die Wahrung der deutschen Interessen am Bosporus und in Kleinasien anvertraut ist, lassen sich durch die Tragödien von Peking, Tientsin u. s. w. nicht bewegen, diese Interessen preiszugeben. Im Gegenteil, sie suchen diese Ereignisse ihrem Programm anzupassen und sie so zu wenden, daß es dem deutschen Herzen erfreulich ist." Rußland dagegen lasse sich immer durch das faszinieren, was gerade vorliege; es gebe viele Millionen russischen Geldes für den fernen Orient weg, der doch in keiner Weise an Bedeutung dem nahen Orient gleichgesetzt werden könne.

„Die Interessen des Slaventums und den Ausgang zum warmen Meer (durch die türkischen Meerengen und den Golf von Persien), das ist es, was wir wollen, und kein Port Arthur, kein Schanheikwan oder Peiho kann uns den Bosporus ersetzen. Unsere Politik in der chinesischen Frage ist streng national; wollten wir aber diese Politik zu ihren rechten Grenzen führen, so mußten wir auch die Mission Enwer Paschas in sie einschließen und nicht zugeben, daß

Digitized by Google

diese Mission unter deutschem Protektorat stattfand. Rußland ist kein Feind des Orients, im Gegenteil, es ist sein einziger treuer Freund. Das ist jetzt zum Ueberfluß von uns in der chinesischen Frage erwiesen. Diese Idee an den Ufern des Bosporus zu verbreiten, erscheint als Pflicht derjenigen, die unsere Interessen zu überwachen haben."

Welche ungeheuerliche Begriffsverwirrung liegt hier vor! Nach dem Gezeter über die angebliche panislamitische Intrigue Deutschlands kommt der Vorwurf gegen die russischen Diplomaten in Konstantinopel, daß sie sich nicht an die Spitze des Panislamismus gestellt haben, und dazu die nachdrückliche Forderung, daß Bosporus, Dardanellen und Persischer Golf russisch werden müssen, neben der Versicherung, daß Rußland der einzige Freund der Türkei sei. Das alles durchzogen von jenem Gift des Deutschenhasses, mit dem alle uns betreffenden Artikel des Blattes durchtränkt sind!

Da fragt man wohl: wie müssen die Leser beschaffen sein, denen diese geistige Nahrung zugemutet werden darf?

Aber es kommt noch besser. In einem anderen Artikel, der Frankreichs Stellung im fernen Osten behandelt, wird folgende Phantasie als politische Offenbarung aufgetischt: „Es ist allgemein bekannt, wie listig Deutschland uns die Hände zu binden und in den Sumpf des fernen Ostens zu ziehen bemüht war; saßen wir in China fest, so sollten Japan und die Vereinigten Staaten gegen uns aufgehetzt und dann England vorgeschoben werden, um Rußland den Krieg zu erklären." Dieser ungeheuerliche Satz dient dann einer langen Ausführung als Einleitung, um zu beweisen, daß Deutschland im geheimen Einverständnis mit England Frankreich in einen marokkanischen Krieg zu hetzen bemüht sei! Die „Nowoje Wremja" warnt, so eindringlich sie irgend vermag, den Bundesfreund vor dieser teuflischen Falle und scheint in allem Ernst an ihre eigenen Hirngespinste zu glauben! Daß sie, wieder an anderer Stelle, unsere letzten Kämpfe an der Großen Mauer als eine schwere Niederlage Deutschlands darstellt, fällt ganz in denselben Rahmen, so daß man es schließlich aufgiebt, nach den Quellen zu forschen, auf welche alle diese Hirngespinste zurückgehen. Schon ernster sind die gehässigen Berichte zu nehmen, welche der bekannte Dr. Morrison aus China der „Times" zuschickt und die das Cityblatt wohlgefällig breittritt;

Digitized by Google

und ganz in den Kreis der Blennerhassetschen Ideen und der Ignotus-Artikel der „Fortnightly Review" gehört ein Aufsatz der „National Review", der gleichfalls in den Vorschlag einer englisch-russischen Allianz gegen uns ausmündet, wobei dann stets die Amerikaner als die dritte von Deutschland geschädigte Macht bezeichnet werden.

Nehmen wir hinzu, daß neuerdings in Frankreich die Presse ebenfalls einen gehässigen Ton anzuschlagen beginnt, so stehen wir einem Konzert von Uebelwollen gegenüber, das nur des Kapellmeisters wartet, um den Kriegsmarsch gegen Deutschland aufzuspielen.

Prüfen wir nun all diesem erhitzten Treiben gegenüber die thatsächliche Lage vom Standpunkt der deutschen Politik, so ergiebt sich das folgende Bild: Was uns von England entfernt hat, kann die Parteinahme der Volksstimmung in der südafrikanischen Frage für die Buren nicht sein, da in dieser Hinsicht alle Nationen Europas ganz in derselben Weise aus ihren Sympathien kein Hehl gemacht haben, die Haltung unserer Regierung aber von Anfang bis zu Ende die der strengsten Neutralität gewesen ist. Der Haß der Engländer müßte daher, wenn er konsequent wäre, alle Nichtengländer gleich treffen. Wenn er sich trotzdem vorzüglich gegen uns zu wenden scheint, so ist es einmal die Folge der Konkurrenz, die unser Handel ihnen macht, zweitens aber die Besorgnis, die unsere energisch anwachsende Flotte ihnen erregt. Beides ist gleich lächerlich. Für den englischen Handel ist nach wie vor Raum genug in der Welt, und im friedlichen Wettbewerb siegt bald der eine, bald der andere Teil, je nach der Energie, mit der er seine Interessen vertritt. Zur Zeit aber ist England uns mit seiner Handelsflotte noch ebenso überlegen wie mit seiner Kriegsmarine, die für den Angriff hergerichtet ist, während wir unsere Kriegsflotte nur soweit auf eine Aggression haben vorbereiten können, als für eine kräftige Defensive unerläßlich ist. Wir bestreiten also mit allem Nachdruck das Bestehen wirklicher vitaler Gegensätze zwischen uns und Großbritannien und halten es für frivol, sie künstlich hervorzurufen. Nichts steht einer Verständigung und einem freundlichen Nebeneinandergehen im Wege, sobald beide Teile ehrlich dazu entschlossen sind.

Ganz ähnlich liegen die Dinge Rußland gegenüber. Auch hier kann von Interessengegensätzen keine Rede sein, sobald sie nicht geflissentlich an den Haaren herbeigezogen werden. In China wollen

Digitized by Google

wir nichts als die Satisfaktion, die wir unserer Ehre nach der Ermordung Kettelers nun einmal schuldig waren, und möglichste Sicherung gegen Wiederholung ähnlicher Frevel für die Zukunft. In der Frage der Entschädigungen stehen wir auf gleichem Boden mit allen übrigen interessierten Mächten und ebenso in der Frage der Erschließung Chinas für den Welthandel. Von einem Zusammenstoßen dieser Interessen mit den russischen kann keine Rede sein, solange nicht Rußland selbst nach den Rezepten des Fürsten Uchtomski einen Konflikt sucht. Die Nachbarschaft, in welche unsere Expedition nach Petschili uns zudem zu den Russen gesetzt hat, ist vorübergehender Natur und wird, wie wir hoffen, nach einigen Wochen nicht mehr bestehen. Im übrigen Asien liegen weite Gebiete zwischen den Sphären, in welchen wir und die Russen uns bewegen, so daß die Erregung der russischen Zeitungen über die Arbeiten an der Bagdadbahn und über unser gutes Verhältnis zur Türkei, das stets so gebraucht wurde, daß alle dabei durch Aufrechterhaltung des Friedens ihren Vorteil fanden, sich nur als eine durch nichts gerechtfertigte Mache bezeichnen läßt. Daß aber in Europa Deutschland und Rußland einander nicht im Wege stehen, so lange beide Teile innerhalb ihrer Grenzen zu bleiben entschlossen sind, ist eine bereits zur Trivialität gewordene Wahrheit. Vielmehr sind diese Mächte durch Natur und Geschichte wirtschaftlich aufeinander so angewiesen, daß jede Chicane des einen auch den anderen wirtschaftlich schlägt. Wenn irgendwo, so ist hier eine besonnene und billige Abwägung dessen geboten, was der eine Teil dem anderen als Zugeständnis bieten kann. Aber die alliance Franco-Russe hat allerdings ein Moment der Spannung gebracht, das in der explosiven Natur des französischen Volkscharakters und in der Zügellosigkeit namentlich der russischen Presse stets neue Nahrung findet. Kaiser Nikolaus II. hat den französischen Minister des Auswärtigen, Herrn Delcassé, gewiß nicht nach Petersburg geladen, um den politischen Feldzugsplan gegen Deutschland zu beraten, es spricht alle Wahrscheinlichkeit vielmehr für finanzielle Vereinbarungen; aber Thatsache ist, daß dieser Besuch hüben wie drüben nicht beruhigend gewirkt, sondern die ohnehin unsichere allgemeine Lage verschärft hat.

Wie weit in Amerika mehr als Renommisterei hinter den letzten deutschfeindlichen Kundgebungen steckt, ist schwer zu sagen. Aber

Digitized by Google

man wird jenseits des Ozeans sich doch daran gewöhnen müssen, daß Deutschland unter keinen Umständen sich eine unparitätische Behandlung gefallen zu lassen gesonnen ist, sondern gleiches mit gleichem beantworten wird. Wir beanspruchen keine Vorzüge, sondern unseren „Platz an der Sonne", und wissen uns stark genug, ihn, wenn nötig, zu behaupten.

Was aber unsere Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn und Italien betrifft, so stehen beide bis 1903 in der Allianz, und das ist in der jetzigen Weltlage ein so langer Zeitraum, daß wir darüber nicht konjekturieren wollen. Nur eins sei gesagt. Es giebt in Deutschland keinen besonnenen Politiker, der nicht das Treiben der Alldeutschen in Oesterreich bedauerte. Die Deutschen in Oesterreich haben den Beruf, die festeste Stütze der habsburgischen Dynastie zu sein, und sobald sie von diesem Ziele abweichen, schädigen sie nicht nur sich selbst, sondern auch Oesterreich und Deutschland, für das zu arbeiten sie vorgeben. Steht aber der Dreibund, den sie durch ihr Vorgehen gefährden, fest zusammen, so wird auch, wie in den letzten 30 Jahren, der Friede in Europa gewahrt bleiben.

So sehen wir keinerlei notwendige Verwickelungen, die den Weltfrieden gefährden müßten, wohl aber zahlreiche Möglichkeiten, die eintreten können, wenn die gewissenlosen Hetzereien der russischen wie der englischen Presse fortdauern. Als der Westfälische Friede abgeschlossen wurde, sagte ein Schlußartikel, niemand solle diesen Frieden in irgend welcher Weise in Wort oder Schrift anfechten. Es kam darin das Bewußtsein zum Ausdruck, wie gefährlich beide, Wort und Schrift, werden können. Wir wünschten, daß der alte Weisheitssatz auch heute wohl beherzigt würde; denn geht es weiter wie bisher, so steht die Welt allerdings vor einer großen Gefahr, und nicht Deutschland allein wird dann an ihr zu tragen haben.

Digitized by Google

9. Mai. Eröffnung des australischen Commonwealth-Parlaments durch den Herzog von Cornwall.
12. Mai. Krisis des Postkonflikts mit der Pforte.
12. Mai. Reise Frau Bothas nach Europa.

15. Mai 1901.

Die große Wetterfahne an der Themse, die „Times", beginnt seit einiger Zeit in der südafrikanischen Frage einen so pessimistischen Ton anzuschlagen, daß der Rückschluß auf eine Wandlung in der Stimmung der Engländer nahe liegt. „Die britische Armee", so heißt es u. a. wörtlich, „ist nicht mehr aktionsfähig, und die Regierung ist nicht in der Lage, sie . . durch Nachschub . . zu beleben und zu erhalten." Zugleich weist das Blatt auf die steigende Unzufriedenheit der Holländer im Kaplande hin, kurz die Sorge um die nächste Zukunft klingt in nicht mißverständlicher Weise durch. Offenbar hat diese Wahrnehmung dazu beigetragen, daß Chamberlain in der Rede, die er am 10. Mai in Birmingham hielt, mit so außerordentlicher Schärfe gegen die Gegner der Regierungspolitik, speziell gegen Sir Henry Campbell Bannerman und Sir William Harcourt, die Führer der Opposition, vorging. Bisher war es üblich, daß die Häupter der sich ablösenden Parteien auch im bittersten Meinungskampfe, in der Form wenigstens, eine gewisse Urbanität beobachteten, die nicht mit Unrecht den Usancen anderer Länder als Vorbild vorgehalten zu werden pflegte. Damit ist es nun nichts mehr; die allgemeine Demokratisierung des politischen Lebens hat auch in dieser Hinsicht das Niveau herabgedrückt, und man insultiert und verdächtigt heute in London und Birmingham ganz — wie anderswo. Wie dem auch sei, die Chamberlainsche Rede verdient jedenfalls Beachtung. Der schlagfertige Redner begann mit einigen scharfen Hieben gegen die Iren und Nationalisten, wobei die letzteren sehr geschickt als die blinden Werkzeuge der Homeruler dargestellt wurden. Aber der Geist Parnells gehe offenbar noch um, und wie

Digitized by Google

einst eine „Union der Herzen" auf Kosten des protestantischen Ulster gefordert wurde, so rufe man jetzt nach einer übel angebrachten Großmut auf Kosten der loyalistischen Bevölkerung Südafrikas. Diese Leute seien eben blind und verschlössen sich dem, was jeder Unparteiische erkennen müsse. „Wir haben nicht um Detailfragen gefochten, nicht um irgend eine kleinliche Frage, nicht um Vorrechte zu verteidigen, oder sonst dergleichen, sondern wir haben gekämpft um die Existenz der britischen Herrschaft in Südafrika. Hätten wir den Kampf nicht auf uns genommen, der uns aufgenötigt wurde, so hätten wir die Achtung und das Vertrauen unserer autonomen Kolonien verloren und wären dem Spott und der Verachtung der zivilisierten Welt preisgegeben worden."

Nun wird man hier zunächst feststellen müssen, daß Detailfragen wie die Stellung der Uitlander, um die heute kein Hahn mehr kräht, mindestens den Vorwand boten; das ist Thatsache und läßt sich nicht wegstreiten. Aber bei Aufnahme eines Krieges pflegen ja Vorwände meist in den Vordergrund geschoben zu werden, und wir wollen daher diesen Punkt nicht weiter urgieren. Es wird also richtig sein, daß, als das Ministerium Salisbury den afrikanischen Krieg auf sich nahm, es wirklich meinte, die „Existenz der britischen Herrschaft in Südafrika" zu verteidigen. Auch geben wir ohne weiteres zu, daß dies ein Kampfobjekt war, für welches England seine volle Kraft einzusetzen berechtigt war. Kein Staat giebt freiwillig ein Stück seines Territoriums auf, man muß es ihm nehmen; so war es allezeit und so wird es bleiben. Höchst merkwürdig ist dagegen der Hinweis auf einen Druck, der von den Kolonien — man denkt an Kanada und Australien — ausgegangen sein muß. Sie hätten, sagt Chamberlain, uns Vertrauen und Achtung entzogen, wenn wir den Kampf nicht aufnahmen, und England wäre zugleich dem Spott und der Verachtung der Welt anheimgefallen. Damit tritt dieser Krieg in eine merkwürdige Beleuchtung. In Afrika wird um die Behauptung des imperialistischen Gedankens und um die Weltstellung Englands gefochten!

So wie die Dinge heute liegen, kann man das zugeben. In der That, wenn England jetzt unterliegt und, wie Chamberlain es darstellt, dann seiner südafrikanischen Besitzungen verlustig geht, kommt beides ins Schwanken: Imperialismus und Weltstellung.

Digitized by Google

Aber, so fragt jeder Nichtengländer, war es denn notwendig, eine Differenz, die zunächst nur Detailfragen betraf, so weit zuzuspitzen?

Chamberlain giebt darauf seine Antwort durch eine dreiste Verdrehung der Thatsachen, die sich vor den Augen der ganzen Welt abgespielt haben. Er sagt nämlich so: „Wir behaupten erstens, daß der Krieg gerecht war, daß er unvermeidlich war, daß er uns aufgenötigt wurde durch eine Invasion in das Territorium Seiner Majestät, daß eine lange Reihe von Provokationen vorausgegangen war und daß das Ziel des Krieges dahin ging, die britische Autorität abzuwerfen, die britische Herrschaft in Südafrika zu brechen und an ihre Stelle eine südafrikanische Republik zu setzen." Prüfen wir diese Sätze in voller Unparteilichkeit, so läßt sich zugeben, daß ein englischer Staatsmann mit Sorgen auf die stetig anwachsende pekuniäre und militärische Macht der beiden Burenrepubliken blicken konnte, zumal im Parlament der Kapkolonie die Afrikaander die Majorität erlangt hatten. Auch ist nicht unmöglich, daß in holländischen Kreisen der Gedanke gehegt worden ist, sich zu voller Selbständigkeit emporzuarbeiten. Mit aller Bestimmtheit aber läßt sich sagen, daß, wenn solche Gedanken bestanden, nicht der geringste Versuch gemacht worden ist, sie zu verwirklichen, daß vielmehr erst das gewaltthätige provokatorische Gebahren der Chartered Company, das in den Jamesonschen räuberischen Anfall ausmündete, die Krisis herbeiführte. Als dann 1897 die Chartered Company in den Hintergrund geschoben wurde und die englische Regierung selbst die Transvaalfrage in die Hand nahm, begann ein System von Chicanen, das darauf berechnet war, entweder die Buren zu einer Unbesonnenheit zu verleiten, die als Kriegsgrund dienen könnte, oder aber sie von innen heraus durch das Hineindrängen des Uitlander-Elements in ihren Vertretungskörper, auseinanderzusprengen. Wir halten es für wahrscheinlich, daß die englische Regierung davon überzeugt gewesen ist, durch dieses letztere Mittel zum Ziel zu gelangen und so schließlich durch einen Majoritätsbeschluß der Bürger von Transvaal selbst die Vereinigung der Republik mit den anderen südafrikanischen Kolonien Englands zu erreichen. Die Rechnung erwies sich als trügerisch, und die Buren zeigten den stärkeren Willen und die richtigere Einsicht, wenn sie, unter Vermeidung eines Bruches, seit 1896 alle Vorbereitungen für

Digitized by Google

einen künftigen Krieg trafen. Als im September 1899 England die letzten Konzessionen Krügers zurückwies, obgleich sie so weit gingen, daß durch ihre Annahme England sein Ziel, die allmähliche aber sichere Anglisierung und Majorisierung der Republik, erreicht hätte, war der Krieg unvermeidlich und es handelte sich für die Buren nur um die Frage, ob sie sich offensiv oder defensiv zu verhalten hätten, um ihre Freiheit zu verteidigen. Daß sie das erstere thaten, war vom Standpunkt der Selbsterhaltung geboten, und ihr Fehler lag nur darin, daß sie ihre Offensive nicht energisch genug weiter führten. Ueber all diese Dinge ist außerhalb Englands nur ein Urteil. Ebenso einmütig wird die Fahrlässigkeit verurteilt, die es geschehen ließ, daß England zu Beginn dieses von ihm provozierten Krieges in jeder Hinsicht unvorbereitet dastand. Es berührt daher höchst merkwürdig, wenn Chamberlain in seiner Rede fortfährt: „Ich gebe zu, daß wir nicht voraussahen, wie kostspielig oder wie langwierig der Krieg sein würde, aber ich sage, daß wir nie damit zurückgehalten haben, daß es der schwerste Krieg sein werde, den wir seit dem Krimkriege, vielleicht sogar seit dem großen Kriege zu Anfang des Jahrhunderts, geführt haben; wir sagten erstens, daß, nachdem wir in den Krieg hineingegangen wären, wir ihn durchführen müßten, wenn anders wir den Ruf nicht verlieren wollten, dessen sich das britische Volk durch so viele Generationen erfreut hat. Wir sagten endlich, daß es niemals wieder diesen beiden Republiken möglich sein soll, die Macht Großbritanniens herauszufordern, eine Gefahr für uns zu werden, unsere Landsleute zu unterdrücken oder unsere Suprematie in Südafrika in Frage zu stellen."

In der That, wußte England, daß der Burenkrieg dem Kriege gegen Napoleon (!!) oder gegen Rußland (!) an Gefahr gleichzustellen sei, so giebt es gar kein Wort, das hart genug wäre, um den Leichtsinn zu strafen, mit dem der Krieg ohne jede militärische Vorbereitung angegriffen wurde. Von den aufgezählten Kriegsgründen ist aber nur der letzte anzuerkennen, alle anderen geben Vorwände und Unwahrheiten. Ebenso ungeschickt wie auf dem militärischen Gebiete hat sich England aber auch in der diplomatischen Vorbereitung des Krieges gezeigt; das Resultat war, daß hier wie dort die Sympathien der gesamten nichtenglischen Welt auf seiten der Buren standen, und Herrn Chamberlains Reden werden daran nichts ändern.

Digitized by Google

Wohl aber rechnet die Welt und rechnen wir mit der Thatsache, daß der Kampf in seinem Verlauf zu einer Machtfrage geworden ist, in der von beiden Teilen ungeheuere Anstrengungen und Opfer gebracht sind, und da der Ausgang noch zweifelhaft erscheinen kann, ein Kompromiß als der im allgemeinen Interesse wünschenswerteste Abschluß erscheint. Wie er zu formulieren ist, darüber kann nur zwischen beiden Teilen entschieden werden. Ist den Buren ad oculos bewiesen, daß sich eine volle Selbständigkeit gegenüber der Weltmacht Englands nicht behaupten läßt, so hat England zu erwägen, was eine weitere Fortsetzung des Krieges ihm nicht nur an Geld und Menschen, sondern auch an Einfluß in allen übrigen Gebieten seiner Interessensphäre kostet. Schon in China hat es sich zu den schwersten Verzichten bereit finden müssen, sein Verhältnis zu Kanada und zur australischen Föderation ist schon heute beinahe ein Abhängigkeitsverhältnis geworden und wird es in steigendem Maße werden, je mehr sich England in Südafrika schwächt. Nur ein Friede, mit dem die Buren sich als Minimum ihrer Ansprüche zufrieden geben können, führt zu ersprießlichem Ausgang. Jede andere Wendung muß schließlich für England selbst eine Gefahr werden: sei es, daß es die Buren bedingungslos unterwirft und durch eine militärische Ausrüstung in Südafrika ihren Haß niederhält, sei es, daß es den Krieg fortsetzt und in eine ungewisse Zukunft hinein sich langsam, aber sicher an dieser südafrikanischen Wunde verblutet. Eine territorial beschränkte Selbständigkeit des Restes an Buren, der die entsetzlichen Verwüstungen dieses Krieges überlebt hat, bedeutet keine Gefahr für das englische Südafrika, sobald die Buren mit gesicherten Verhältnissen innerhalb ihrer Grenzen rechnen können; es steht in Englands Hand, nach seinen Interessen diese Grenzen zu bestimmen.

Wir wünschen den Faktor England nicht in der Weltpolitik gelähmt zu sehen und hoffen, daß nicht die blinde Unversöhnlichkeit Chamberlains, sondern eine tiefere Einsicht in die wahren Interessen des Landes den richtigen Ausgang zu finden wissen wird.

In China treten wir allmählich in das Stadium, da die νόστοι beginnen. Die Amerikaner haben bereits die Rückfahrt angetreten, die übrigen folgen, einer nach dem andern, auch Deutschland wird, nachdem die endgültigen Vereinbarungen getroffen und gesichert sind, seine militärische Okkupation Petschilis nicht länger aufrecht erhalten.

Digitized by Google

Was dann, nach all den Erschütterungen, die ihnen das letzte Jahr gebracht hat, die Chinesen thun werden, ist für alle Welt ein Rätsel. Ob Rückfall in den altchinesischen Konservatismus, ob eine Aera der Reformen bevorsteht, das wird aller Wahrscheinlichkeit nach von den unberechenbaren Intriguen abhängen, die sich um die Kaiserin-Witwe, den Kaiser und den Thronfolger abspielen. Eins aber scheint sicher, daß die Schwierigkeiten Rußlands in der Mandschurei auch nach der Räumung Petschilis fortdauern werden, denn dort kann trotz aller Expeditionen und trotz der 200 000 Mann, die Rußland aufgebracht hat, von einer Beruhigung noch keine Rede sein. Vielmehr scheint es, als ob der Widerstand der Chinesen zunimmt. Man denkt an die jahrelangen Kämpfe Rußlands um den Kaukasus, und weil man wohl auch in Petersburg und Moskau sich mit ähnlichen Reminiszenzen trägt, ist nicht unmöglich, daß die russische Regierung ihr Okkupationsgebiet vorläufig zu beschränken sich entschließt.

Ebenso bleibt unter allen Umständen die koreanische Frage zwischen Rußland und Japan lebendig. Sie ist schon jetzt in ein recht gereiztes Verhandlungsstadium getreten und schließt politische Ueberraschungen nicht aus.

Unsere Vermutung, daß Delcassés Reise in eine neue französische Anleihe Rußlands ausmünden werde, hat sich bestätigt. Frankreich bezahlt die zweistündige Audienz seines Ministers beim Zaren mit 450 Millionen Francs, was immerhin ganz anständig ist und die Gesamtsumme der russischen Anleihen in Frankreich auf etwa 6½ Milliarden erhöht. Nun, die Franzosen können sich das offenbar erlauben, und da Rußland seine Zinsen stets pünktlich zahlt, ist das Geschäft vielleicht für beide Teile nicht übel. Immerhin wird sich annehmen lassen, daß Frankreich sich Gegenleistungen ausbedungen hat, wobei freilich ganz unerfindlich ist, auf welchem Gebiete das sein könnte.

Der bekannte Nationalökonom Radzig führt in einem sehr instruktiven Artikel über die Verarmung des flachen Landes in Rußland (Pet. Wjed. Nr. 113) aus, daß Rußland, um seinen Viehstand verhältnismäßig auf die gleiche Höhe zu bringen wie den deutschen, eine einmalige Ausgabe von 2247 Millionen Rubel, also etwa den 15fachen Betrag der letzten französischen Anleihe aufwenden müßte! Man sieht aus solchen Ziffern, daß auch jene 450 Millionen Francs

Digitized by Google

nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß auch dieser Tropfen nicht der Landwirtschaft, sondern der eine akute Krisis durchmachenden Industrie zu gute kommen wird. Ueber die vom „Vorwärts" gemeldeten zahlreichen Verhaftungen in verschiedenen z. T. polnischen Städten des Reichs ist aus anderen Quellen, mit Ausnahme des heutigen Telegramms, nichts zu erfahren; wir möchten darum die Nachricht nicht als verdächtig bezeichnen, zumal jene Verhaftungen außerhalb des Kreises der Studenten stattgefunden zu haben scheinen. Es gärt eben überall und die herrschende Not steigert die ohnehin nicht geringe Unzufriedenheit. Dabei sind die Zeitungen voller Reformvorschläge, die nach wie vor nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die jetzt der Diskussion freigegebenen studentischen Angelegenheiten und das Erziehungswesen betreffen. Finden sich nun in Behandlung der ökonomischen Fragen gelegentlich sehr beachtenswerte Ausführungen — obgleich auch hier die Tendenz eine kritische ist und greifbare positive Vorschläge nur selten hervortreten —, so wird man durch die wunderliche und unreife Behandlung der das Bildungswesen betreffenden Fragen geradezu verblüfft. Hier ein Beispiel:

„Eine gewaltige Aufgabe steigt mit dem Morgenrot des neuen Jahrhunderts vor uns empor, den kommenden Schicksalen unserer Schule die rechte Direktive zu geben. Dabei kommt es vor allem darauf an, gleich anfangs den rechten Ton zu treffen. Die allgemein bildende russische humanistische Schule muß vor allem russisch sein. Sie muß stark durchdrungen sein von gesunden Elementen nationalen Geistes. Was ist nun „russischer Geist"? Worin liegen die eigenartigen Besonderheiten unseres nationalen Genius? Darin offenbar, was sich nirgends wiederholt, was weder die Franzosen, noch die Deutschen, noch die Engländer haben, und worin wir ein Unikum in der Geschichte darstellen. Die fundamentale Eigenart, dieser wesentlich charakteristische Zug unserer nationalen Physiognomie, liegt in unserer Universalität und Weitherzigkeit, in der wunderbaren in der Welthistorie nie dagewesenen Kraft der russischen Seele, die ganze Menschheit zu umfassen. Wir sind — Deutsche, Franzosen, Engländer, Orient und Abendland, und hören doch nie auf „wir selbst" zu sein. Die durch ihre beispiellose Selbständigkeit so genialen theologischen Broschüren von Chomjäkow sind französisch geschrieben.

Digitized by Google

Samarin, der originelle Nationalist, einer der Väter des Slavophilentums, setzte die Deutschen in Erstaunen durch seine korrekte Sprache. „So richtig und schön wie er, spricht niemand bei uns", sagten die Berliner, als sie seine Vorlesungen hörten. Und welchen Triumph hat nicht jüngst der Moskauer Schaljäpin in Mailand gefeiert? „Welch ein Poet! Wie spielt er. Er spricht nicht, sondern er deklamiert, seine Aussprache ist die Dantes! ... Diese Thatsache spricht. Das Fundament russischer Eigenart, ihre geheimnisvolle Tiefe, das ist ihre Kraft, die gesamte Menschheit zu umfassen. Osten und Westen, Nord und Süd, Himmel und Erde! Alles vereinigen, verstehen, rechtfertigen! Den Gedanken erschließen, den der Lauf der Jahrhunderte verschüttet hat, dem Prinzip des Guten zum Recht verhelfen, erhaben über nationale Parteilichkeit, über beschränkten Stammesegoismus, über geographische Schranken, soziale Vorurteile, ökonomische Mißverständnisse, überall das Schöne anerkennen, wo es ist, wo es war, wo es morgen sein wird, das ist russisch. So steht der russische Genius, weltumfassend, einzigartig in der Geschichte dar. Dem russischen Geiste Befriedigung schaffen, heißt daher eine solche Schule gründen, die seinen Durst und sein Verlangen stillt. Die nationale russische Allbildungsschule ist daher diejenige, welche offen und entschlossen das Erlernen der lebenden fremden Sprachen zum Mittelpunkt alles Unterrichts macht. Die lebenden fremden Sprachen vorzüglich erlernen, das müssen wir vor allem, und auf diesem Wege unsere eigene Sprache kennen lernen" u. s. w.

Diese sonderbaren Auffassungen, die die Wiedergeburt Rußlands von der fremde Sprachen lehrenden nationalen Schule erwarten, stehen aber nicht etwa in einem Witzblatt, sondern werden im Leiborgan des Fürsten Uchtomski als Leitartikel abgedruckt, und der Verfasser, ein Herr Zatotschnikow, versäumt nicht, seinen Namen darunter zu setzen.

Man könnte ihm entgegnen, daß die von ihm als russischer Genius beanspruchte Kraft, alle fremden Sprachen reden zu können, bei uns ein Vorzug der Oberkellner ist — aber jener Leitartikel war uns nicht als Stoff zur Polemik wertvoll, sondern als Zeuge der heillosen Verwirrung, die in den Reihen der jetzt hervortretenden Schulreformatoren herrscht. Was sie wirklich brauchen, wären tüchtige deutsche Schulmeister, die sie zur Arbeit zwingen und verhindern, daß ihre Ge-

Digitized by Google

danken die Menschheit umfassen. Weil ihnen aber nichts mehr wider die Natur ist, als eben das, so wird es wohl auch weiterhin beim alten bleiben, und das ist vielleicht so übel nicht.

In Frankreich, wo eben jetzt die Kammer auf acht Wochen wieder zusammengetreten ist, werfen die bevorstehenden Wahlen ihre Schatten voraus. Es scheint, daß alle Gegner des heutigen Regimes sich um Méline sammeln wollen, und wenn das geschehen sollte, kann der Sturz des Ministeriums Waldeck-Rousseau als sicher betrachtet werden. Für die auswärtige Politik würde das wohl die Ersetzung Delcassés durch Hanotaux bedeuten, d. h. die Namen würden wechseln, das System bleiben.

Auf der Balkanhalbinsel dauert die makedonische Krise fort. Wenn trotzdem die Hoffnung besteht, daß der Friede auch in diesem Jahre fortdauert, so ist es dem Verhalten der großen Mächte zu danken, die einmütig dahin arbeiten. Auch die Annäherung zwischen Rumänien und Griechenland läßt sich als günstiges Symptom auslegen. In Marokko ist starke Erregung gegen Frankreich und wohl in Zusammenhang damit beginnt man sich in England für die Befestigungen Gibraltars zu interessieren. Im Parlament ist neuerdings eine Anfrage darüber gestellt worden, die bestimmt war, eine beruhigende Antwort zu provozieren.

Ueberhaupt tauchen allerlei neue und alte Probleme wieder auf: Tripolis, Abessinien, der Kongostaat, die Zukunft der Philippinen, dazu die steten Wirren in Spanien; aber das alles tritt zurück vor den zwei akuten Fragen in Transvaal und China. Ist es dort still geworden, so wird es jedenfalls an neuem Lärm nicht fehlen.

Wir konstatieren zum Schluß, daß weder die englische noch die russische Presse für nützlich befunden hat, auf unsere Ausführungen über Herrn Wesselitzki-Ignotus einzugehen.

Digitized by Google

16. Mai. Die Enttäuschung der Königin Draga von Serbien.
14. Mai. Konstituierung des Ministeriums Inouye in Japan.

---

22. Mai 1901.

Am nächsten Sonntag trifft Sir Alfred Milner, der „Prokonsul" von Südafrika (so nennen ihn die Engländer selbst) in London ein, und sein erster Gang wird ihn nach Marlborough House führen, wo ihn der König in Audienz empfangen wird. Man hat den „hohen Kommissar" gerufen, um mit ihm die Politik zu beraten, welche in Südafrika nach völliger Unterwerfung der Buren eingehalten werden soll, und da Sir Alfred Milner ein Mann ist, dem Verständnis für Realitäten nicht abgesprochen werden kann, läßt sich das nur billigen. Lord Salisbury und Mr. Chamberlain werden Gelegenheit finden, sich genauer, als Denkschriften und Telegramme gestatten, über die wahre Lage in Südafrika zu orientieren, aber auch Milner wird einen Einblick in die Schwierigkeiten gewinnen, welche in England selbst allmählich der imperialistischen Politik erwachsen sind. Denn übersehen läßt es sich nicht mehr, daß, wenn auch die Majorität des Parlaments am Ministerium festhält, die Zahl der unabhängigen Männer stetig anwächst, welche den Standpunkt aufgeben, daß in diesem unseligen Kriege alles Recht auf Seiten der Engländer und alles Unrecht auf Seiten der Buren sei. Die letzten Parlamentsverhandlungen haben zu einer blutigen Kritik der Kriegführung, die heute beliebt wird, geführt; das Verbrennen der Farmen, das Wegschleppen wehrloser Frauen und Kinder, die Aufwiegelung der Zulukaffern, das alles ist auf dem Kontinent nicht schärfer gegeißelt worden, als in England selbst. Auch mehren sich die Anzeichen, daß Lord Salisbury allmählich seiner Verantwortung müde geworden ist, und sie auf die Schultern Chamberlains abzuwälzen gedenkt. Wie sehr der Imperialismus ins Gedränge geraten

Digitized by Google

ist, beweist wohl am besten der Umstand, daß der ministerielle „Standard" jetzt entschlossen auf den Standpunkt tritt, daß der Transvaalkrieg von England aufgenommen worden sei zu einer Zeit, da ihn die Buren nicht haben wollten, und daß der letzte Grund weniger im Verhalten Transvaals, als in der Haltung der Afrikaanderpartei gefunden worden sei.

Die Burenfreunde, so schreibt der „Standard", behaupteten immer, daß ohne Sir Alfred der Krieg überhaupt nicht gekommen wäre. Das sei auch in gewissem Sinne wahr. Milner habe die dichtverschleierte Verschwörung enthüllt, deren letztes Ziel die Niederwerfung des englischen Einflusses gewesen sei. „Er würdigte die Absichten des Afrikaanderbonds, nötigte diejenigen, die den Abfall vorbereiteten, hervorzutreten, und den Präsidenten Krüger, sein Spiel zu enthüllen, bevor dieser verschlagene Mann noch ganz fertig war. Er brachte den wahren Thatbestand der Konferenz von Bloemfontein ans Licht und duldete nicht, daß das Unheil noch 2 oder 3 Jahre länger im geheimen gärte. Solch ein Aufschub hätte der holländischen Oligarchie Zeit gegeben, ihre Vorbereitungen zu vollenden und sich so zu rüsten, daß die ganze Macht Englands nicht ausgereicht hätte, sie niederzuwerfen. Wenn wir den Verlauf dieses großen Krieges überschauen, sehen wir wohl, was das bedeutet hätte. Wenn die Buren noch 2 Jahre lang ihre Leute gedrillt und bewaffnet, lange Toms eingeführt, Mausergewehre und Patronen aufgehäuft und die rebellische Bewegung im Kap weiter organisiert hätten, dann wären die beiden kleinen Republiken allerdings formidabel geworden. Schon jetzt kämpfen wir über 18 Monate und der Krieg ist noch nicht ganz beendigt. Hätten sie aber Zeit gehabt, ihre militärische Organisation zu vollenden, so hätten sie den Augenblick wählen können, um über uns herzufallen, und sicherlich wäre unsere ohnehin schwierige Aufgabe noch schwieriger geworden. Sir Alfred Milner war nach Sir Bartle Frere der erste Gouverneur, der die Pläne der Holländer durchschaute. Er ließ sich nicht durch lügnerische Loyalitätserklärungen feindseliger Afrikaander in die Irre führen. Als er, ein Fremdling, ins Kap kam, erfüllt von den friedfertigen Absichten der Regierung, ergriff er schnell die der Lage angepaßten Maßregeln. Er sah, daß die Lage der Engländer unhaltbar würde, wenn nicht die Beschwerden der Uitlander in Johannesburg abgestellt würden."

Digitized by Google

Es schließen sich daran rühmende Bemerkungen über die Haltung Milners während des Krieges, und schließlich kommt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die endgültige Unterwerfung nunmehr bald erfolgen werde. Die Nachrichten, die eben jetzt vom Kriegsschauplatz einlaufen, lassen freilich diese Hoffnung optimistisch erscheinen, zumal der Winter im Kaplande begonnen hat, und die ohnehin wenig freudigen englischen Truppen mehr unter ihm leiden werden, als die des Klimas gewohnten Buren. Doch wir wollen das nicht weiter urgieren. Es ist uns durchaus verständlich, daß die Engländer auf ein baldiges Ende hoffen, und wenn sie ausharren, wird es wahrscheinlich über Jahr und Tag auch so weit kommen. Weit interessanter ist das Zugeständnis, daß der Krieg im Grunde weniger gegen Transvaal, als gegen die Bestrebungen des Afrikaanderbondes geführt würde, und daß Sir Alfred Milner die Ansicht vertrat, es handle sich um Sein oder Nichtsein der englischen Herrschaft in Südafrika. Das Falsum liegt nur darin, daß Präsident Krüger als derjenige dargestellt wird, der die „Verschwörung" der Afrikaander eingeleitet und veranlaßt habe.

Faßt man in England einmal den Entschluß, sich selber gegenüber ehrlich zu sein, so wird man sich sagen, daß die Einführung des Kap-Parlaments den Wendepunkt bezeichnet, der zum Bruch führen mußte. Sobald die Afrikaander die Majorität im Parlament erlangten, mußte sich eine Entwickelung vorbereiten, die zu einer afrikanischen, nicht zu einer englischen Politik des Kaplandes führte. Sir Alfred Milner hat alles, was an ihm lag, gethan, um diese Afrikaandermajorität zu lähmen, und im Kaplande ist ihm das bekanntlich gelungen. Sein Gedanke ging nun weiter dahin, durch Benutzung der Ausländerelemente in den Goldfeldern des Rand die geschlossene Burenvertretung im Volksraad von Transvaal zu sprengen und englische Interessen wie einen Keil in das besondere Leben der Burenstaaten zu treiben. Sie erschienen ihm gefährlich erst, seit England selbst sich im Kap-Parlament die holländischen Gegner geschult und organisiert hatte. Der „Raid" von Jameson war ein brutaler Versuch, die Früchte, die von diesem System erwartet wurden, durch Gewalt und Ueberrumpelung vorweg zu nehmen, hatte aber doch ähnliche Bedeutung, wie ein Rekognoszierungsgefecht vor der Feldschlacht. Deshalb sind die Engländer auch heute noch Jameson

Digitized by Google

dankbar, und wenn er lange genug lebt, wird er den Lohn nicht missen. Milner nahm daher nunmehr die Ausländerfrage erst recht auf, und trieb sie — wie hier der „Standard" rühmend zugesteht — bewußt und absichtlich zum Bruch. Man sollte also in England nicht mehr mit der heuchlerischen Behauptung auftreten, daß Krüger durch seinen Einfall in Natal den Krieg provoziert und England in den Stand der Notwehr versetzt habe. Davon kann fortan keine Rede mehr sein.

Die Wahrheit ist, daß England, in der Erkenntnis, daß seine Herrschaft in Südafrika auf thönernen Füßen ruhte, den Vorwand brauchte, um mit dem bisherigen System brechen zu können, und den Krieg herbeiführte, um ein für allemal die Kraft des holländischen Elementes in der Kolonie zu brechen. Der ungeheure Wert, welchen Diamant- und Goldfelder dem Lande gaben, kam als neues Moment hinzu und so ward der ungerechte Krieg begonnen, mit dem England das alte Jahrhundert ausläutete und mit dem es in das neue Jahrhundert hinübergegangen ist.

Wir haben von Anfang des Krieges ab die Ansicht vertreten, daß, nachdem einmal die Frage gestellt war, ob Südafrika England verloren gehen oder ihm bleiben solle, die ganze Kraft Großbritanniens eingesetzt werden mußte, um eine Position zu behaupten, an der die Welt- und Großmachtsstellung des Staates hing. In gewissem Sinne ist dieses Ziel schon jetzt erreicht. Die Buren kämpfen nicht mehr um ein holländisches Südafrika, sondern nur noch um eine Unabhängigkeit auf geographisch stark eingeschränktem Territorium. Sie können die Engländer nicht ins Meer werfen und die von Milner angenommene politische Solidarität von Buren und Afrikaandern hat sich als nicht vorhanden erwiesen. Die Afrikaanderpartei hat die ungeheure Chance, die sich ihr bot, nicht genutzt, und damit ihr historisches Anrecht auf eine nationale Selbständigkeit endgültig verspielt.

Mit den Buren liegt es anders. Sie haben bewiesen, daß sie auf eigenen Füßen stehen können und daß England wohl stark genug ist, sie territorial einzuschränken und materiell zu ruinieren, nicht aber sie zu beherrschen. Und diese Thatsache wird trotz allem früher oder später historische und politische Wirklichkeit werden, daran zweifeln wir nicht mehr. Auch dann nicht, wenn England schließlich eine

Digitized by Google

formelle Unterwerfung der heute noch kämpfenden 18000 Mann erreichen sollte.

So wie die Dinge liegen, könnte ein englischer Staatsmann, der den Mut dazu findet, morgen seinen Frieden mit den Buren schließen und dabei durch Brief und Siegel alles Land bis zum 24. Breitengrade dem englischen Südafrika einverleiben; was mehr ist: er könnte auf diesem Boden die englische Herrschaft dauernd konsolidieren und doch nördlich von jenem Strich das Häuflein Buren, das übrig geblieben ist, unbekümmert nach eigenem Ermessen in politischer und bürgerlicher Freiheit weiterleben lassen. Erst dann wäre England von dem Alp erlöst, der heute politisch auf ihm lastet und der das Gewissen seiner besten Männer bedrückt. Der Faktor England könnte in der Weltpolitik die Rolle wieder übernehmen, die ihm zukommt, und es könnte wieder bündnisfähig werden, was es heute nicht mehr ist.

Ungeheuer gevorteilt haben von der Lähmung Englands Nordamerika und Rußland. Es gewinnt schon heute immer mehr den Anschein, als wollten die Vereinigten Staaten in Ostasien die wirtschaftliche Rolle übernehmen, die bis vor wenigen Jahren England behauptete. Sogar aus Indien und Australien beginnt der amerikanische Handel den englischen zu verdrängen, und Kanada ist gerade in der letzten Zeit mit seiner Getreideausfuhr wirtschaftlich an Amerika gefesselt worden; der Londoner Korrespondent eines russischen Blattes berichtete jüngst, daß sämtliche Maschinen und Waggons der neuen Londoner Untergrundbahn amerikanischen Ursprungs seien, daß die neuen Themsedampfer aus Amerika verschrieben wurden, ja daß sogar die englischen Schuhwerkfabrikanten sich genötigt gesehen hatten, einem amerikanischen Konsortium beizutreten, um wenigstens nicht ganz vom eigenen Markte verdrängt zu werden. Endlich ging kürzlich die Nachricht durch die Presse, daß eine ganze englische Dampferlinie von den Amerikanern aufgekauft sei.

Rußland aber hat, ohne daß England das Geringste an entsprechenden Vorteilen aufzuweisen hätte, trotz aller Ableugnungen die Mandschurei thatsächlich sich zu eigen gemacht. Die gesamte russische Presse, soweit sie die mandschurische Frage behandelt, faßt sie so an, als sei dieser Teil Chinas für alle Zeiten Rußland einverleibt, und gewiß wird keiner von uns den Tag erleben, an dem die Rückgabe

Digitized by Google

erfolgt. Wäre nicht Japan dazwischengetreten, so hätte auch Korea dem russischen Einfluß verfallen müssen! Jetzt, da die Japaner in Masampo Fuß gefaßt haben, scheint Rußland diesen Plan vorläufig zurückgestellt zu haben, aber nichts bürgt dafür, daß er nicht aufgenommen wird, wenn der Krieg mit Transvaal wie bisher aussichtslos fortdauert.

Wir finden nicht, daß der in erster Lesung angenommene Gesetzentwurf über die englische Armeeorganisation großen Eindruck außerhalb Englands gemacht hätte. Ganz wie die Opposition im Parlament es hervorhob, zweifelt man auch auf dem Kontinent an der Möglichkeit, die Menschen zu finden, aus denen jene im Prinzip beschlossenen sechs Armeekorps gebildet werden sollen. „The question of men is the crux of the whole matter" sagte Mr. Asquith in der großen Debatte am 16. Mai, und bevor diese crux nicht beseitigt ist, läßt sich an die Wirksamkeit der Reform nicht glauben. Daran aber hängt alles, denn die Zeit, da durch Demonstrationen politische oder wirtschaftliche Erfolge erreicht wurden, ist endgültig vorüber. Jeder Staat hat einen viel zu genauen Einblick in die realen Machtverhältnisse des Nachbarn, um sich durch den Schein imponieren zu lassen.

Wir möchten das auch mit Nachdruck auf die russischen Aktionen angewandt wissen, soweit sie Europa — nicht Asien — betreffen. Auch dort wird mit Prestige und Schein gearbeitet, und die Welt weiß beides nachgerade richtig einzuschätzen. Hier heißt die crux: Geld, und wenn die letzte Anleihe bei den Franzosen auch wieder einige Millionen (425) eingebracht hat, so bedeutet das doch nur eine vorübergehende Erleichterung. Rußland hat zum erstenmal in London 60 Millionen Rubel aufnehmen müssen, um seine Kupons einzulösen, und von der französischen Anleihe soll die eine Hälfte den stockenden Eisenbahn-Unternehmungen zugewandt, die andere in die Staatskasse gegossen werden. Für Landwirtschaft und Schule, die meist bedürftig sind, bleibt da offenbar nichts übrig. Die Verhaftungen, deren wir jüngst gedachten, scheinen zum Teil nicht auf politische Umtriebe, sondern auf große Unterschleife zurückzuführen zu sein, die in den Gouvernements des Weichselgebiets stattgefunden haben und durch Fälschungen der Gewichtsangaben auf den Eisenbahnen die Kleinigkeit von 3½ Millionen Rubel der Krone entzogen.

Digitized by Google

Der Mittelpunkt dieser Operationen, an deren Spitze polnische Juden gestanden haben, war Warschau, und die Zeitung „Kiewljänin" hat sich das Verdienst erworben, den Betrug aufgedeckt zu haben. Thatsache bleibt dabei freilich, daß in Petersburg andere Verhaftungen stattfanden, deren Ursache politischer Verdacht ist. Aber diese Dinge werden so geheimnisvoll betrieben, daß es schwer fällt, klar zu sehen. Anarchistische Umtriebe finden leider auch anderen Orts statt, und eben jetzt sind zwei alarmierende Nachrichten in Umlauf gesetzt worden. Die eine berichtet aus ungarischer Quelle, daß der rumänische Thronfolger, Prinz Ferdinand, als er von der Revue in Turnu-Magureli nach Giurgevo kam, in Gefahr stand, einem Mordanschlag zum Opfer zu fallen, der, wie es scheine, vom bulgarischen revolutionären Komitee ausgegangen sei. Ein gewisser Andrievici, bei dem man Revolver, Dynamitpatronen und kompromittierende Papiere fand, gelte als das für das Attentat bestimmte Individuum.

Nach allem, was wir von dem verbrecherischen Treiben jenes makedonischen Komitees wissen, scheint die Angabe nicht unwahrscheinlich. Die moralische Verwilderung, die in Bulgarien seit dem niederträchtigen Anschlag gegen den Fürsten Alexander Battenberg immer mehr um sich gegriffen hat, reift mit innerer Notwendigkeit solche Früchte, wie denn überhaupt die nervöse politische Ueberreizung, die sich der Balkanslaven infolge der ewigen Intriguen, deren Gegenstand sie sind, bemächtigt hat, ein Element der Unsicherheit für den Weltfrieden zu werden droht. Von diesem Gesichtspunkte aus kann die Zusammenkunft von Abbazia, in welcher die Könige von Rumänien und Griechenland sich trafen, als eine erfreuliche Erscheinung bezeichnet werden. Beide Staaten sind Stützen der Ordnung auf der Balkanhalbinsel, freilich auch eben deshalb beide den Bulgaren gleich verhaßt.

Die zweite Nachricht, von der die Münchener „Allgemeine Zeitung" sagt, sie habe schon früher von ihr gehört, sie aber nicht für zuverlässig gehalten, wird jetzt nach den Akten der argentinischen Polizei von der „Weltkorrespondenz" veröffentlicht und besagt, daß aus der Stadt Rosario in Argentinien (Provinz Santa Fé) Mitte März ein Anarchist Rodolfo Romagnoli aufgebrochen sei „mit der ausgesprochenen Absicht, unserem Kaiser einen vergifteten Dolch in den Hals zu stoßen". Er sei beauftragt von der in New-York bez.

Digitized by Google

Patterson tagenden obersten Leitung der Anarchisten; Kaiser Wilhelm, Zar Nikolaus, Königin Elena von Italien und der Graf von Turin seien von ihnen zum Tode bestimmt worden „und das Loos habe unseren Kaiser als den ersten bestimmt". Diese Nachrichten gehen auf die mündlichen Mitteilungen Romagnolis an einen gewissen Caceres zurück, dem die argentinische Polizei die Angaben (die protokolliert sind) zu danken hat.

Thatsache ist nun, daß Romagnoli aus Rosario verschwunden ist und daß spätere Nachforschungen ergeben haben, daß er auf dem Norddeutschen Lloyddampfer „Halle" nach Antwerpen abgereist ist.

Nun läßt sich ja immer noch hoffen, daß diese ganze ungeheuerliche Affaire nichts anderes ist als die Ausgeburt der Phantasie jenes Caceres, und unter allen Umständen läßt sich darauf rechnen, daß Romagnoli rechtzeitig aufgegriffen wird; aber es will uns scheinen, daß hier eine Mahnung vorliegt, energischer gegen die Sekte vorzugehen, die sich aus Prinzip aller menschlichen und göttlichen Ordnung entgegensetzt und unbehindert ihre ruchlosen Lehren propagiert. Duldet man doch auch Diebesgenossenschaften und andere Verbrechergemeinschaften nicht — sollen die Mörder allein ein Privileg haben?

In Serbien hat der unglückliche Irrtum der Königin Draga mit Recht viel Lärm gemacht. Es hängen an dieser Heirat so viel böse Erinnerungen, vor allem der einsame Tod des Königs Milan, daß nur die Hoffnung auf die Sicherung der Zukunft von Dynastie und Thronfolge darüber hinwegzuhelfen vermochte. Jetzt ist beides in Frage gestellt und die Enttäuschung hat dem allerschlimmsten Gerede Glauben geschafft. Die Zukunft Serbiens ruht wieder auf den Augen des Königs, er ist nicht unsterblich und an die Königin gebunden.

Die Konstantinopeler Postaffaire sehen wir weniger ernst an, als meist zu geschehen pflegt. Wahrscheinlich werden wir schon in den nächsten Tagen erfahren, daß alles wieder in die alten Gleise zurückgeführt ist. (Wie telegraphisch berichtet wird, ist das bereits geschehen.) Aber bei der allgemeinen Unsicherheit, in der heute die orientalischen Angelegenheiten erscheinen, bauschen auch Kleinigkeiten sich vorübergehend zu großen Haupt- und Staatsaktionen auf. Ge-

Digitized by Google

fährlich werden können sie nur im großen Zusammenhang allgemeiner Verwickelungen.

Die Franzosen haben wieder einmal einen marokkanischen Konflikt und infolgedessen liegen zwei ihrer Kreuzer vor Tanger. Es handelt sich darum, Satisfaktion für die Ermordung eines Franzosen zu erhalten, der am Rif sein Leben hat lassen müssen. Was dabei auffällt, ist der Nachdruck, mit dem französischerseits der Anspruch erhoben wird, in Marokko die Vormacht zu sein. „Es giebt — schreiben die „Débats" — außerhalb Europas keine Frage, die für uns von größerer Bedeutung ist." Dabei wird nicht ohne Eifersucht darauf hingewiesen, daß die marokkanische Gesandtschaft, die jetzt nach London und Berlin unterwegs ist, keinen Auftrag hat, in Paris einzukehren. Vielleicht haben die beiden Kreuzer die Wirkung, den offenbar heiß erwünschten Besuch heranzuziehen. Wir unsererseits hätten nichts dagegen einzuwenden. Daß unsere besonderen Interessen darüber nicht vergessen werden, dafür wird sich wohl sorgen lassen.

In China gehen die Wirren immer mehr ihrem Abschluß entgegen. Die Rede Sr. Majestät des Kaisers in Urville kündigt die baldige Rückkehr der Truppen an. Wir werden sie freudig begrüßen, denn sie haben, in dem undankbarsten aller Kriege, den deutschen Namen in Ehren gehalten.

Digitized by Google

23. Mai. Einführung der allgemeinen, achtmonatlichen Wehrpflicht in Schweden.
24. Mai. Eintreffen Lord Milners in London.
25. Mai. Rückreise unseres ostasiatischen Geschwaders.
27. Mai. Verständigung Graf Waldersees mit Li Hung Tschang über die Räumung Pekings.

29. Mai 1901.

Die beiden großen Angelegenheiten, auf welche sich die Aufmerksamkeit aller politischen Köpfe bei uns wie außerhalb Deutschlands in letzter Zeit vor allem konzentrierte, beginnen allmählich aus dem Vordergrund unseres Interesses zu schwinden. Die chinesische Expedition geht ihrem Ende entgegen. Wir rechnen mit Wochen, nicht mehr mit Monaten, wenn von der Rückkehr unserer China-Truppen die Rede ist. Was in Peking zurückbleibt, werden je 300 Mann von Deutschland, England, Frankreich, Japan und Rußland sein, je 200 Italiener und Oesterreich-Ungarn, endlich 150 Amerikaner. Es wird gewiß mit Recht angenommen, daß nach der Lektion, welche die Chinesen erhalten haben, damit die Gesandtschaften genügend geschützt sein werden. Außerdem sind 6000 Mann bestimmt, Tientsin besetzt zu halten, jedoch so, daß zwei Drittel dieser Besatzung sobald wie möglich abgerufen werden; endlich werden 1500 Mann Schanhaikwan und Tsinan okkupieren, 9 Posten von je 300 Mann die Eisenbahn Peking — Schanhaikwan schützen und ebenso kleine Posten (an denen jedoch Amerika und Oesterreich-Ungarn nicht teilhaben) den Peiho. Das giebt in Summa 12650 Mann, die jedoch wohl bald wesentlich verringert werden können. Worauf es noch ankommt, ist die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage, bei der die Schwierigkeiten mindestens ebenso sehr von russischer wie von chinesischer Seite auszugehen scheinen. Rußland, das am Seehandel nur minimal interessiert ist, sucht die Last ganz auf die Seezölle abzuwälzen und findet, so weit sich erkennen läßt, bei Frankreich die übliche Vasallenhilfe. Immerhin wagen wir nicht,

Digitized by Google

uns mit voller Bestimmtheit über diese schwierige Frage auszusprechen, da die Verhandlungen noch schweben und plötzliche Wendungen nicht ganz ausgeschlossen scheinen. Die Rückkehr des Hofes nach Peking, die sowohl von der vollzogenen Räumung wie von den zureichenden Garantien für Satisfaktion und Kriegsentschädigung in Abhängigkeit steht, wird sich auch äußerlich als der Abschluß der Gesamtexekution der großen Mächte an China bezeichnen lassen. Freilich ist nicht daran zu denken, daß damit China wieder zurücktritt in das Stadium kontemplativer Abgesondertheit, die es bis in die Tage des chinesisch-japanischen Krieges einnahm. Denn alles, was auf diesen Krieg und den Frieden von Shimonoseki folgte, ist recht erwogen notwendige Konsequenz der großen Erschütterung, die das Reich des Himmels damals empfing. Erst regte sich die Rivalität Rußlands gegen Japan, dann spielte der englische Eifersuchtsfaktor mit, und das Facit war, daß sich herausstellte, wie eine große Frage der Weltpolitik unweigerlich alle großen Mächte, die sich den Anspruch auf diesen Namen wahren wollen, zwingt, mitzuthun, wenn sie nicht rücksichtslos beiseite geschoben werden wollen. Weder die Staaten des Dreibundes, noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika konnten sich auf die Dauer dieser Notwendigkeit entziehen und der Pekinger Frevel, der allen gleichmäßig galt, hat die Bedeutung, diese, bis dahin latente, Thatsache offengelegt zu haben. Das mag unbequem erscheinen, aber dieser moralische Zwang zur Solidarität besteht und wird voraussichtlich immer wieder zu Tage treten, wo verwandte Probleme sich aufdrängen.

Man kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus diese neue Thatsache beurteilen. Sie birgt einerseits immer die Möglichkeit eines Weltkonflikts in sich, führt aber andererseits zu Gleichgewichtskombinationen, die den Ausbruch eines Konflikts unwahrscheinlich machen. Das Ergebnis ist dann ein Kompromiß, wie wir ihn heute erleben und bei dem alle Teile, so weit das überhaupt möglich ist, ihre Rechnung finden.

Zwei große Schwierigkeiten bleiben allerdings übrig, auch wenn alles übrige sich so gut regelt, wie wir es wünschen: die mandschurische Frage und die koreanische. Seit die russischen Publizisten, vielleicht nicht ohne Autorisierung von höherer Stelle, uns immer aufs neue verkündigen „wir sind nicht Europa, sondern wir sind

Digitized by Google

Asien", „der Chinese steht uns auch seinem Blut nach näher als der Europäer", ist dieser chinesischen Frage eine merkwürdige Nuance gegegeben, deren Tragweite wir heute nicht übersehen können, die aber ohne Zweifel etwas Neues in der Weltpolitik darstellt, womit zu rechnen sein wird. Es wäre ein merkwürdiges Gegenspiel, wenn Japan dagegen, wie es zu thun begonnen hat, in das europäische Wesen aufgeht und sich ihm politisch und kulturell noch mehr anschließt, als es heute der Fall ist. Das gäbe einen sonderbaren Rollenwechsel — ob im Lustspiel oder in der Tragödie, zeigt eine vielleicht nicht fernliegende Zukunft.

Die zweite „große Angelegenheit" des öffentlichen Interesses, Englands Krieg mit den Buren, ist, wie wir gleich bei Beginn des Krieges immer wieder betont haben, eine Frage englischer Politik und niederländischer Zähigkeit und Tapferkeit geblieben. In Südafrika lokalisiert, ohne daß die kleine Heldenschar der Buren die geringste Aussicht hätte, von Europa oder Amerika Unterstützung zu finden, vielmehr im Verein mit England auch von Indien, Australien und Kanada bekämpft, hat dieser Krieg für unser moralisches Empfinden etwas unsagbar Peinliches. Und doch sind wir keinen Augenblick an der Ueberzeugung irre geworden, daß Deutschland zu Gunsten der Buren nicht eingreifen durfte. Wir wollen hundertmal Gesagtes nicht wiederholen, aber England oder überhaupt eine andere Macht um nicht direkt deutscher Interessen willen sich zum Gegner auf Leben und Tod zu machen, das wäre eine Donquichoterie, für welche kein deutscher Kaiser und kein deutscher Kanzler die Verantwortung übernehmen kann. Das, denken wir, ist doch der Niederschlag an politischer Einsicht, den uns die Aera des alten Kaisers und Bismarcks gebracht haben sollte. Es berührt schmerzlich, in einer so elementaren Frage die Nation nicht einig zu sehen. Eine Gelegenheit, das Blut unseres Volkes für das gekränkte Recht anderer einzusetzen, findet sich allezeit und hat es allezeit gegeben und der Fall ist nicht undenkbar, daß Verhältnisse eintreten, die eine Nation veranlassen können, fremdes Recht wie eigenes anzusehen. Der Krimkrieg ist aus einer solchen Kombination hervorgegangen und alle Kriege des dritten Napoleon haben diesen Charakter getragen. Aber schwerlich werden wir heute bei ernster Erwägung diese Muster als nachahmungswürdig bezeichnen; zudem aber zeigt die genauere Prü-

Digitized by Google

sung, daß es in jedem dieser Fälle nur Verkleidung eigener Interessen war, um die es sich handelte, und im letzten Grunde ein wohl oder übel angebrachtes eigenes Interesse den Ausschlag gab. Ueber den scheinbar widerspruchsvollen Gang, den die Haltung Deutschlands in der Transvaalfrage genommen hat, aber mögen wir nicht streiten. Man muß die Motive der Thaten kennen, um sie richtig zu beurteilen, und die Geschichte unserer jüngsten Vergangenheit ist uns in sehr wesentlichen Punkten noch heute ein Buch mit sieben Siegeln.

Im Kriege Englands mit den Buren aber steht die letzte Entscheidung noch aus; wie wir sie wünschen, daraus haben wir nie ein Hehl gemacht, aber wir wissen auch, daß, welches immer der Ausgang sein wird, das Kapital an Vaterlandsliebe, Opfermut und Heldentum, das die Buren für sich und ihre Kinder und Kindeskinder aufgesammelt haben, ganz bestimmt nicht verloren geht.

Doch wir kommen auf unseren Ausgangspunkt zurück. Nachdem die beiden großen Tagesfragen an Schärfe und Aktualität verloren haben, besinnt sich die Welt wieder darauf, daß es noch eine ganze Reihe von Problemen giebt, die gleichsam zurückgestellt waren und die sich nun wieder anspruchsvoll in den Vordergrund zu drängen beginnen.

Die erste Mahnung nach dieser Richtung hin hat uns Graf Goluchowski durch seine jüngsten Erklärungen gegeben. So vorsichtig sie gehalten sind, bestätigen sie doch, was zahlreiche Symptome in den letzten Monaten ankündigten, daß die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel erneute Wachsamkeit verlangen, wenn nicht schwere politische Störungen eintreten sollen. Das russisch-österreichische Abkommen von 1897 hat, wie wir es gleich voraussetzten, als es uns bekannt wurde, im Effekt eine Minderung des österreichischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel zur Folge gehabt. Seit König Milan die Augen geschlossen hat, ist Serbien in unbedingter Hingabe an Rußland dem bulgarischen Beispiel gefolgt, und das bedeutet bei der bekannten Haltung Montenegros allerdings eine unbequeme Störung des Gleichgewichts. Welchen Wert Rußland auf Serbien legt, zeigt, auch abgesehen von dem unversöhnlichen Haß, mit dem es den trotz aller seiner Sünden doch serbisch-patriotischen Milan verfolgte, wohl vor allem die erstaunliche Nachsicht, deren sich König Alexander und Königin Draga in Petersburg zu erfreuen haben. Während die „chercheurs de tards“ in aller Welt am

Digitized by Google

Werke sind, ohnehin unerfreuliche Dinge noch schlimmer zu machen, hat man in Rußland kein Wort des Tadels, sondern nur Worte herzlichsten Beileids. Der Zar, der dem „Ungeborenen" bereits seine Patenschaft zugesagt hatte, wahrt dem aller Wahrscheinlichkeit nach zur Kinderlosigkeit bestimmten serbischen Königspaar seine Freundschaft und, was sehr wesentlich ist, der Königin seinen Schutz. Am Horizont aber steigt leuchtend der Stern Montenegros auf, des „einzigen Freundes", wie Alexander III. einst sagte, und damit eine Kombibination, die spezifisch russisch und ganz und garnicht österreichisch ist.

Graf Goluchowski hat dergleichen natürlich nicht gesagt. Er begnügte sich mit allgemeinen Andeutungen, aber daß diese Frage für Oesterreich-Ungarn von allerhöchster Wichtigkeit ist, läßt sich nicht verkennen. Es ist dies eine Kombination, die Oesterreich-Ungarn nicht annehmen kann; und wenn sie auch heute noch in weiter Ferne liegt, es muß mit der Möglichkeit ihres Eintretens gerechnet werden. Auch die bulgarischen Dinge wirken keineswegs beruhigend. Dem makedonischen Mordkomitee ist der Ernst lange nicht gezeigt worden, den sein Verhalten verdient, und wenn die Zusammenkunft der Könige von Rumänien und Griechenland keinen Zweifel darüber ließ, daß diese beiden Nachbarmächte eine Absorbierung Makedoniens durch die Bulgaren nicht wünschen, so hat Graf Goluchowski im wesentlichen denselben Standpunkt vertreten. Der status quo in Makedonien, also die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität auf diesem Boden, entspricht auch den Interessen Oesterreich-Ungarns, ja man wird von einem allgemeinen humanen Gesichtspunkte aus sich gleichfalls auf diesen Boden stellen müssen. Der Haß, mit dem die einzelnen Balkanstämme sich verfolgen, die Ueberhitzung der slavischen Elemente, die in Verfolgung ihrer politischen Ziele sich über alle Moral und alles Recht hinwegsetzen, würde, wenn etwa die Bulgaren Herren Makedoniens werden sollten, in einen Vernichtungskampf aller gegen alle ausmünden. Da ist die Erhaltung der türkischen Oberherrlichkeit immer noch für alle Teile die bei weitem günstigere Eventualität. Was die Türkei von heute braucht, ist vor allem eine Reform ihres Finanzwesens — aber das scheint zu den pia desideria zu gehören, auf deren Verwirklichung man schließlich verzichtet, weil schließlich weniger das System als die ausführende Beamtenschaft Träger der geltenden Mißbräuche ist. Der jüngste Postkonflikt,

Digitized by Google

während dessen zu unserer Befriedigung Deutschland sehr maßvoll und versöhnlich aufgetreten ist, kann als eines der zahlreichen Symptome der ungeheueren Schwierigkeiten gelten, die einer Versöhnung abendländischer und orientalischer Lebens- und Rechtsformen entgegentreten.

Ein höchst beachtenswerter Schritt auf der Bahn rationeller Verwaltungspolitik ist übrigens am 25. März dieses Jahres in Persien geschehen (puliziert erst vor etwa acht Tagen). Muzafer Eddin, „König der Könige und unumschränkter Herrscher des gesamten persischen Reiches", hat nämlich alle Binnenzölle nebst einigen anderen den Handel beschwerenden Lasten aufgehoben und sie durch einen Grenzzoll von fünf Prozent vom Werte der ein- und ausgeführten Waren ersetzt. Das bedeutet einen gewaltigen Fortschritt, der allen nach Persien hin Handel treibenden Nationen zu gute kommen wird, vor allem aber Rußland, auf dessen Initiative der Entschluß des Schahs zurückzuführen sein dürfte. Aber auch die Bedeutung des Persischen Golfes wird nunmehr eine entsprechende Steigerung erfahren, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß in gleichem Verhältnis auch die alten Rivalitäten an diesen Küsten sich zuspitzen werden.

Rußland beginnt immer mehr unter das Zeichen der sozialen Probleme zu treten. Je länger der Streit um die Reform des höheren Unterrichtswesens währt, um so schärfer wird die Kritik. Die radikale Anlage der slavischen Natur, ihre besondere Art sich logisch zu steigern, bis sie an den Grenzen des Unerreichbaren steht, ist auch bei diesem Anlaß hervorgetreten, und wir fürchten eben deshalb, daß das schließliche Ergebnis minimal sein wird. Die nicht wegzuschaffende Thatsache, daß die studentische Bewegung dieses Jahres gleich in ihren Anfängen von sozialen Gesichtspunkten durchsetzt und mit einer sozialistischen Agitation unter den russischen Fabrikarbeitern verbunden war, hat in Petersburg um so mehr erschreckt, als jetzt überall Streike in den Fabriken ausbrechen und die Forderungen der russischen Arbeiter dabei in unverkennbarer Weise die Gedanken widerspiegeln, die der abendländische Sozialismus gezeitigt hat, und deren berechtigter Teil durch die soziale Gesetzgebung unseres ehrwürdigen alten Kaisers Anerkennung gefunden hat.

Wie die Strömung in der russischen Gesellschaft sein muß, zeigt der Umstand, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, die „No-

Digitized by Google

woje Wremja" zu maßregeln, weil sie in einem Artikel über die „Arbeiterunruhen" recht vorsichtig gedruckt hat, was „jedermann" in Petersburg denkt und wohl auch sagt.

Der betreffende Artikel (Nr. 9051 vom 24. Mai) liegt uns vor. Er würde, in einem beliebigen europäischen Blatt gedruckt, wohl kaum bemerkt worden sein. Er gipfelt in dem Satz, daß der Zeitpunkt günstig sei, um eine Reform der Fabrikgesetzgebung vorzunehmen. „Die außerordentlich thätige Fürsorge des Staates für die Entwickelung des Fabrikwesens hat bei uns den Boden vortrefflich vorbereitet, um der Regierung das Eingreifen zum besten der Fabrikarbeiter zu ermöglichen — schon Kaiser Alexander III. hat damit begonnen. Der Kapitalismus, der im Auslande hochmütig und allmächtig ist, ist bei uns noch schwach, er kann ohne Krücken nicht gehen, und da die Regierung ihm die Krücken stellt, kann es ihr nicht schwer fallen, darauf zu bestehen, daß die Arbeiterverhältnisse so geordnet werden, daß die gleichmäßige Fürsorge für die Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeiter, Friede und Ordnung in der Arbeiterwelt kräftig aufrechterhalten werden. Wie das geschehen soll, ist eine Frage für sich und muß sorgsam erwogen werden. Wir glauben nur, daß es sich ebenso gut machen läßt, wie vor einem halben Jahrhundert die Regierung that, als sie die Arbeiterfrage in ihre Hand nahm, weil sie der weisen Ansicht war, daß es besser ist, von oben her zu reformieren, als abzuwarten, bis von unten her solche Forderungen laut werden. Zur Reform der Arbeiterverhältnisse ist weder notwendig Land noch sonstiges Eigentum zu enteignen, die Regierung hat weit freiere Hand als in der Bauernfrage, welche eine Abrechnung mit vielhundertjährigen Rechten und Gewohnheiten verlangte. Daß die Regierung die Arbeiterfrage in ihre Hände nimmt, ist daher nicht nur aus ethischen Rücksichten, sondern auch durch rein utilitarische geboten."

Die gesperrten Stellen sind wohl diejenigen, welche den meisten Anstoß erregt haben; auch mag die Wendung gegen die von der Regierung geforderte kapitalistische Entwickelung verstimmt haben. Jedenfalls ist das achttägige Verbot der „Nowoje Wremja" (was eine sehr empfindliche Geldstrafe bedeutet) ein avis au lecteur für alle anderen russischen Zeitungsredaktionen, und so wird wohl bald in der Presse eine Stille eintreten, wie sie auch zu Anfang der

Digitized by Google

Studentenunruhen eingehalten wurde. Inzwischen wird dann in den Fabriken das hergestellt werden, was man in Rußland den „porjädok“, die Ordnung, nennt, d. h. die Arbeiter werden bestraft werden und die Fabriken in Gang gehalten werden, bis für neuen Arbeiterzuzug gesorgt ist. Da Rußland in Summa nicht über zwei Millionen Fabrikarbeiter zählt, diese aber durch das ganze Reich verstreut sind, so daß sich nur künstlich ein Zusammenhang schaffen läßt, kann von einer Gefahr für den Staat keine Rede sein. Bedenklicher war die von den Studenten ausgehende Propaganda unter den Arbeitern, aber damit scheint es am Ende zu sein. Nur wird man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Arbeiterverhältnisse allerdings unerträglich schwer gewesen sein müssen, wenn dieses geduldigste aller Völker sich bis zu einer Art Meuterei fortreißen ließ.

Digitized by Google

30. Mai. Trinkspruch Kaiser Wilhelms auf die französische Armee.
30. Mai. Dankestelegramm des Zaren an den Feldmarschall Grafen Waldersee.
31. Mai. Auszeichnung des französischen Generals Bonnal durch Kaiser Wilhelm.
1. Juni. Geburt der Prinzessin Jolanda Margherita von Italien.
3. Juni. Graf Waldersee verschiebt seine Abreise aus China wegen eines Krawalls in Tientsin.
5. Juni. Kruitzinger nimmt Jamestown ein.

— · —

5. Juni 1901.

Die letzten acht Tage haben in nicht mißzuverstehender Weise die Antwort gebracht auf jene Agitation, die gleichzeitig in der russischen und in der englischen Presse gemacht wurde, um für das Phantom einer russisch-französisch-englischen Allianz zur Niederwerfung Deutschlands die Stimmung vorzubereiten. Das Signal dazu hatten Artikel in den bekannten Hetzorganen des russischen Deutschenhasses gegeben, sie wurden zuerst aufgenommen von dem englischen Publizisten Blennerhasset, breit getreten, mit einer englischen Brühe übergossen, und dann nach Rußland zurückgeworfen. So inscenierte sich ein Fangballspiel, das schließlich in einer Artikelserie der „Fortnightly Review" gipfelte, die sich bei genauerer Kritik als Machwerk und Inspiration des übelberüchtigten Herrn Wesselitzki-Boshidarowitsch entpuppte, der unter der Maske des englischen Patriotismus seinem durch böse persönliche Erfahrungen zu erklärenden russischen Deutschenhaß Luft machte. Nun ist freilich, nachdem wir den ganzen Trug enthüllt haben, plötzlich ein Stillstand in dieser Aktion eingetreten. Man schämte sich offenbar der eigenen Ungeschicklichkeit, aber die „Fortnightly Review" ist nicht vornehm genug gewesen, sich zur Wahrheit zu bekennen, und selbstverständlich haben die Russen ihren Landsleuten nichts von den publizistischen Heldenthaten des großen Patrioten Wesselitzki erzählt. Sie wurden in dieser Angelegenheit — wie ein russisches Sprichwort sagt — „stiller als das Wasser und niedriger als das Gras".

Immerhin hatte die Agitation doch einiges Aufsehen erregt, und mag es nun Zufall oder indirekter Zusammenhang sein, in der Welt,

Digitized by Google

welche die Politik wirklich macht, kam es zu einer Reihe von Kundgebungen, die alles andere eher möglich erscheinen ließen als jene russisch-englisch-französische Tripelallianz mit der gegen Deutschland gerichteten Spitze. Kaiser Wilhelm feierte in Metz den Geburtstag des Zaren und hielt dabei eine vielbemerkte Ansprache, in den ungarischen Delegationen gab Graf Goluchowski eine Erklärung ab, die auf das nachdrücklichste den Fortbestand des Dreibundes betonte und — was früher nicht immer der Fall gewesen ist — überall Glauben fand, endlich folgte der Besuch des Generals Bonnal und des Oberstleutnants Gallet, die als Gäste Sr. Majestät des Kaisers der Truppenschau der preußischen Garden beiwohnten und aus dem Munde des Kaisers Worte hoher Anerkennung für das Verhalten der französischen Truppen in China hören durften. Nehmen wir dazu noch das Dankestelegramm des Zaren und die sympathische Würdigung, die er dem Grafen Waldersee zu teil werden läßt, so ergiebt sich aus alledem wohl schlagend, daß für die Phantasien der Herren Blennerhassset und Wesselitzki kein Raum in der gegenwärtigen politischen Konstellation zu finden ist.

Wer aber wollte verkennen, daß es ganz ungewöhnlicher staatsmännischer Klugheit bedurfte, um aus der Kette von Fährlichkeiten, die einerseits die südafrikanischen Angelegenheiten, andererseits der chinesische Konflikt brachten, nicht nur unbeschädigt, sondern in einer Stellung gesteigerten Ansehens hervorzugehen!

Je größer die Sorge war, mit der wir in das uns aufgezwungene chinesische Abenteuer hineingingen, um so größer ist auch jetzt die Befriedigung, mit der wir auf den Verlauf und Ausgang unserer Expedition zurückblicken. Es ist nützlich, sich den großen Zusammenhang dieser Dinge zu überlegen. Seit wir für unsere stetig zunehmenden ostasiatischen Interessen endlich in Kiautschau den unerläßlichen Stützpunkt gewonnen hatten, mehrten sich die Symptome, daß die große soziale und wirtschaftliche Krisis, welche für orientalische Reiche stets eintritt, wenn sie sich der europäischen Kultur zu erschließen beginnen, zu einer Explosion des Fremdenhasses führen werde. Wir hatten alle Hände voll zu thun, um vor allem unsere Position in Kiautschau soweit zu festigen, daß sie nicht nur den Wahrscheinlichkeiten, sondern auch den Möglichkeiten einer Zukunft gewachsen war, in welcher nicht nur China als Gegner gedacht werden

Digitized by Google

konnte. Diese erste Aufgabe war im wesentlichen gelöst, als durch den Angriff der Chinesen auf die europäischen Gesandtschaften und durch die ruchlosen Christenmorde, endlich durch die Ermordung der völkerrechtlich geheiligten Person unseres Gesandten mit einem Schlage das schwierigste aller asiatischen Probleme vor uns stand und gebieterisch eine Lösung verlangte. Es galt vor allem, diejenigen zu befreien, die in Peking bedrängt wurden, Sühne der geschehenen Frevel zu erlangen, ihre Wiederholung, soweit das überhaupt möglich ist, für die Zukunft unwahrscheinlich — wir sagen nicht unmöglich — zu machen, die einmal in Angriff genommene Erschließung des Landes aufrecht zu erhalten und zu erweitern, und endlich zu verhindern, daß andere, geographisch und politisch in Ostasien besser gestellte Mächte ihren Einfluß nicht auf Kosten des unserigen erweiterten. Da durch die Beleidigung und Gefährdung der Gesandten alle großen Mächte geschädigt waren, ergab sich die Notwendigkeit eines Einschreitens aller, und damit die ungeheuere Schwierigkeit eines Koalitionskrieges, wie er von so zahlreichen Alliierten niemals, so weit unsere historische Erinnerung reicht, geführt worden ist. Der Krieg des ersten Napoleon gegen Rußland, der allein zum Vergleich herangezogen werden könnte, war der Krieg eines Herrschers, der eine Gefolgschaft von Vasallen hinter sich her zog. Ein Wille bestimmte, die anderen hatten zu gehorchen. Die durch die Umstände geschaffene, als Thatsache plötzlich vorhandene Scheinkoalition der von China herausgeforderten Mächte vertrat aber in China disparate, mit Eifersucht behauptete Sonderinteressen, sie bestand, wenn wir von den Mächten des Dreibundes absehen, aus wirtschaftlichen Konkurrenten, die seit Jahr und Tag bemüht waren, sich jeden Markt und jedes politische Einflußgebiet strittig zu machen. Wie sollte man sie zusammenhalten, und wenn die gemeinsame Not ein zeitweiliges Zusammengehen herbeiführte, wie lange würde es sich behaupten lassen? Hier Rußland und England, die vor dem Haager Kongreß hart daran gewesen waren, wegen Port Arthurs gegeneinander zu den Waffen zu greifen, dort Rußland und Japan, zwischen denen immer noch ungelöst und drohend der Streit um Korea lebendig war, zwischen Deutschland und England verbitterte Handelseifersucht, zwischen Deutschland und Frankreich die Erinnerungen des letzten Krieges, und so fort mit Variationen, die zu den Vereinigten Staaten

Digitized by Google

von Nordamerika hinüberführen. Und dabei mußte ein rascher Entschluß gefaßt werden, denn jede Zögerung konnte den Untergang der Gesandtschaften und der weißen Kolonien bedeuten.

In diesem Zusammenhange verständigte man sich auf die Fiktion, keinen Krieg zu führen, sondern eine Exekution an China vorzunehmen, etwa wie der weiland deutsche Bund sie mehrfach an Dänemark vorgenommen hat: der Weltbund der Kulturvölker gegen eine Macht, die bereits bis zu gewisser Grenze mit in diesen Weltbund hineingezogen war und noch weiter in ihn hineingezogen werden sollte. Daß Deutschland dabei die „schwierige und undankbare" Aufgabe auf sich genommen hat, den Exekutionstruppen den Bundesfeldherrn zu stellen, ist vielfach für einen Fehler gehalten worden, war aber ohne Zweifel ein ebenso kühner wie glücklicher Griff und ist heute rückhaltlos durch den Erfolg gerechtfertigt worden. Freilich gehörte zum Gelingen eine Persönlichkeit von dem Takt und der militärischen Autorität des Grafen Waldersee, der in den acht Monaten seines Oberkommandos keinen Fehlzug gethan hat, obgleich ihm seine Feldherrnaufgabe durch eine drückende politische Mitverantwortlichkeit überaus erschwert wurde. Wir wollen hier auf das Detail dieser Dinge nicht eingehen. Das wesentliche war, daß er den Zusammenhang der militärischen Operationen aufrecht erhielt und thatsächlich die gesamte Provinz Petschili vom Zentrum seiner Operationen aus reinfegte. Hand in Hand damit ging die Arbeit unserer Diplomatie, die uns durch das Abkommen mit England das Thal des Jangtse für unseren Handel zu gleichem Recht öffnete und erfolgreich die Schwierigkeiten abwehrte, die sowohl von russischer wie von amerikanischer Seite einem einheitlichen Wirken des politisch-militärischen Druckes der Alliierten auf die chinesische Regierung entgegenarbeiteten, um ihre besonderen Interessen in den Vordergrund zu rücken. Es ist im Rückblick auf alle diese Dinge von besonderem Interesse, noch einmal die Rede zu lesen, in welcher Graf Bülow am 19. November vorigen Jahres die Ziele seiner Politik darlegte. Soweit Deutschland in Frage kommt, sind diese Ziele heute erreicht, wir sind nicht „über die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit" hinausgegangen, wir haben nicht in China „die Geschäfte anderer betrieben" und auch nicht den „Blitzarbeiter für irgend eine andere Macht" abgegeben. Die uns so ungünstige Theorie der besonderen Interessen-

Digitized by Google

sphären für den Handel dieser oder jener Nation kann als endgültig aufgegeben betrachtet werden, und von dem Boden der Mandschurei, der künftige Konflikte in sich birgt, haben wir uns klüglich ferngehalten. Die Gesamtdauer der Expedition läßt sich im Verhältnis zu dem, was erreicht ist, als außerordentlich kurz bezeichnen, und, was das wesentlichste ist, unsere braven Truppen kehren heim ohne einen Flecken auf ihren Fahnen, die überall nur in Ehren zum Siege geführt worden sind. Unser Verlust sind unsere Toten, unter ihnen Männer, auf denen der Blick der Nation mit stolzen Hoffnungen und Erwartungen ruhte. Sie ruhen in Ehren und in Frieden!

Aber, so läßt sich wohl fragen, wie steht es mit der Frage der Kosten? Wir unsererseits würden speziell bei diesem Exekutionskriege keinen besonderen Wert auf die Wiedererstattung unserer Ausgaben gelegt haben. So wie die Dinge lagen, wurde dieser Krieg um die Wahrung idealer Güter geführt, für die man neben größeren Opfern auch materielle à fond perdu einzusetzen bereit sein soll. Aber auch diese Frage ist, trotz ungewöhnlicher Schwierigkeiten, überraschend günstig entschieden worden. China zahlt in Summa 450 Millionen Taels, die unter die alliierten Mächte nach dem Verhältnis ihrer Aufwendungen in Gestalt von vierprozentigen Bonds verteilt werden. Die Verzinsung derselben wird garantiert durch die Einnahmen des Salzmonopols, der Dschunkensteuer und der Seezölle, die 5 Prozent ad valorem, im Goldwert berechnet, betragen sollen (gegen etwa $3^1/_2$ Prozent, die bisher erhoben wurden). Nach 5 Jahren soll dann noch ein Prozent zur Amortisierung dieser Schuld hinzukommen. Auf eine Gesamtgarantie dieser 450 Millionen Taels, wie Rußland es wünschte, haben die Mächte verzichtet. Eine gemischte Kommission von Vertretern der Mächte wird Erhebung der betreffenden Steuern und des Zolles kontrollieren und die Verteilung besorgen. Leider ist der deutsche Vorschlag, auch einen Vertreter Chinas in diese Kommission hineinzuziehen, nicht durchgedrungen, obgleich vieles sich dafür sagen läßt. Die Chinesen sind von allen Orientalen die geschäftlich zuverlässigsten, wie denn, um ein Beispiel anzuführen, während der ganzen Dauer des Krieges die fälligen Schulden Chinas pünktlich bezahlt worden sind. Diese Zuverlässigkeit pekuniären Verpflichtungen gegenüber, ohne Zweifel das Zeichen einer hohen Kultur, über deren Einseitigkeit und relative Beschränkt-

Digitized by Google

heit man staunen kann, die sich aber nicht wegleugnen läßt, ist uns eine der sichersten Bürgschaften dafür, daß China auch die jetzige Krisis verhältnismäßig leicht überwinden wird. Was zu befürchten steht, ist der Ausbruch eines Bürgerkrieges nach Abzug der Alliierten, und das mag allerdings eine neue, dann aber auf China lokalisierte Krisis hervorrufen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß die Vizekönige der Ost- und Südprovinzen die Entscheidung für den jungen Kaiser und für eine in langsamem Tempo vorgehende Reformarbeit geben werden. Persönlichkeiten, wie Juanschikai, der Gouverneur der Provinz Schantung, der, in richtiger Einschätzung des Ausgangs, und der thatsächlichen Macht seiner deutschen Nachbarn, mit eiserner Strenge die Boxerneigungen in seiner Provinz niederhielt — er soll gegen 4000 Mann hingerichtet haben — beweisen, was auf diesem Boden ein fester Wille vermag. Freilich sehen wir auch an diesem Beispiel, welche Gewaltmittel nach chinesischer Anschauung nicht nur berechtigt, sondern notwendig sind, wo es einer Regierung darauf ankommt, sich in Respekt und Ansehen zu erhalten. Daß dem gegenüber die durch den Hunnenbriefschwindel unseren Truppenführern aufgenötigte fast sentimentale Behandlung hinterlistiger und treuloser Feinde einen beinahe lächerlichen Eindruck macht, läßt sich nicht verkennen. Wir hätten bei größerer Strenge manches kostbare deutsche Leben erhalten können. Gewiß hat auch dieser Krieg, wie jeder andere, seine dunkelen und traurigen Seiten gehabt. Es liegt uns fern, sie wegloben zu wollen. Nicht jeder hat den moralischen Halt in sich, der ihn über die Versuchungen hinausführt, welche Stunden physischer und psychischer Erregung zu bringen pflegen, und gewiß ist auch in dem Kreise unserer Leute manches geschehen, worüber man gern einen Schleier deckte. Aber im ganzen hat die menschenfreundliche Richtung des deutschen Volkscharakters und die Disziplin, die in China gewahrt worden ist, wie zu Hause in der Garnison oder wie allezeit in Feindeslande, wo immer deutsche Truppen ins Feld zogen, sich glänzend bethätigt. Darüber ist nur ein Urteil, und die bewunderungswürdigen Marsch- und Kampfesleistungen während der letzten Kämpfe mit den Räubern im Gebirge haben der Welt gezeigt, wie viel auch am Ende einer Kampagne deutschen Truppen zugetraut werden darf. Verpflegung und Sanitätswesen waren musterhaft, die Leistungen unserer jungen Marine

Digitized by Google

rückhaltlos bewunderungswürdig, unsere Offiziere, wie sie immer sind. Kurz, wenn wir das alles zusammenfassen, haben wir allen Grund, unserer politischen Führung, dem Kaiser wie dem Reichskanzler, dankbar zu sein und mit Genugthuung auf Verlauf und Ausgang dieser chinesischen Kampagne zu blicken.

Politisch liegt das wesentlichste Resultat wohl darin, daß unsere Beziehungen zu den mitbeteiligten Mächten sich nicht verschlechtert, sondern gebessert haben, daß unsere Stellung in Asien heute eine stärkere und geachtetere ist als vor acht Monaten, und daß, wie Se. Majestät der Kaiser so nachdrücklich hervorhob, eine Waffenbrüderschaft zwischen unseren Leuten und ihren alten Gegnern aufkommen konnte, die beiden Teilen zur Ehre gereicht. Wer der finsteren Prophezeihungen gedenkt, mit welchen dieser Krieg eingeleitet wurde, wird diesen Ausgang ganz besonders hoch anschlagen. Was weiter folgt, hat die Bedeutung eines Nachspiels und wir sind berechtigt, zu hoffen, daß es mit gleichem Geschick und mit gleichem Glück zu Ende geführt wird, wie die gewonnene Hauptpartie.

Ein freudiges Ereignis war der Besuch der Königin Wilhelmina und ihres Gemahls in unserer Residenz. Die Herzlichkeit der Ansprachen, die dabei gewechselt wurden, drücken genau die Empfindung aus, mit der unser Volk zu der jugendlichen Herrscherin hinblickt, als wäre sie ein Glied unseres Königshauses. Wie Oranier und Zollern durch die Bande des Blutes und durch gegenseitige Dankesschuld aneinander gebunden sind, so sieht unser Volk in dem holländischen seinen nächsten Blutsverwandten, und die Königin Wilhelmina muß es gefühlt haben, daß wir so empfinden und denken. Ob diese Sympathie zu einer näheren politischen Verständigung zwischen uns und Holland führen kann, das ist eine Frage, in welcher die Initiative nur von holländischer, nicht von deutscher Seite ausgehen kann. Es läßt sich viel dafür, aber auch manches dagegen vom deutschen Standpunkte aus sagen, vor allem, daß wir politisch die Anlehnung nicht brauchen und wirtschaftlich vielleicht durch sie verlieren; aber wenn die Frage einmal an uns herantreten sollte, verdient sie ernste Erwägung und an der wird es gewiß nicht fehlen.

Aus England und Rußland haben wir nichts Erhebliches zu berichten, es sei denn, daß hier wie dort ein Gefühl entschiedenen

Digitized by Google

politischen und zum Teil auch wirtschaftlichen Unbehagens sich sehr merklich zu regen beginnt. Am 30. Mai hat Campbell Bannerman auf einem Bankett der Scottish Liberal Association eine blutige Rede gegen die afrikanische Politik des Ministeriums Salisbury gehalten. Sie gipfelte in dem Ruf nach Versöhnung mit den Buren. Geschehe vonseiten des Kabinetts wirklich nichts, um diese Versöhnung zu erlangen, dann glaube er allerdings, daß die 200 Millionen Pfund, die der Krieg gekostet habe, verloren seien. Verloren wäre aber dann noch weit mehr. „Verloren: Blut und Schatz, Macht und Prestige und, was viel kostbarer ist, verloren das, worauf die Stärke des Reiches beruht, nämlich die Sympathie, die Anerkennung und der Respekt des allgemeinen Gewissens der Menschheit." Die Edinburger Liberalen begrüßten diese Worte mit lauten Beifallsrufen, und eine Resolution der Versammlung sprach dem Redner Dank und ungemindertes Vertrauen aus.

Aber solche Reden verhallen, solange die Partei im Parlament in der Minderheit bleibt, und so weit wir sehen, ist heute noch nicht die mindeste Aussicht auf einen Wechsel der Regierungspolitik. So werden die afrikanischen Dinge ihren Weg weiter gehen, bis sich das Ende von selbst aufzwingt. Unerhört aber scheint es uns, daß das Ministerium Salisbury den Kronerben und seine Gemahlin als Werkzeug seiner Politik in die pestverseuchte Kapstadt schicken will, um dort heuchlerische Scheinovationen herbeizuführen, die dann das Ministerium für eigene Rechnung eskomptieren kann. Man darf wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß König Eduard diesen Plänen sein „Nein" entgegensetzen wird.

In Petersburg hat die „Nowoje Wremja" ihre Strafzeit abgebüßt. Sie sucht ihre Leser durch eine Monstre-Nummer zu entschädigen, die einen Ueberblick über die Ereignisse der acht Tage bringt, während welcher das Blatt schweigen mußte, aber inhaltlich so öde ist, daß sich auch nicht ein erwähnenswerter Gedanke aus ihr herauslesen läßt. Im übrigen ist die russische Presse an ihrer Feindseligkeit gegen uns nicht irre geworden, es geht im alten Stil weiter nach Rezepten, die wir zum Ueberdruß kennen. Am beachtenswertesten ist wohl eine Betrachtung der Zeitschrift „Unsere Wirtschaft", die in Anlaß der französischen Anleihe die folgenden melancholischen Betrachtungen anstellt: „Wie lange werden diese 159 Millionen Rubel

Digitized by Google

reichen, um unsere Bilanz mit Hilfe geliehenen ausländischen Geldes aufrecht zu erhalten? Wie weit werden wir jetzt die Zollschranken noch erhöhen müssen, damit wir um jeden Preis eine aktive Handelsbilanz herausschlagen?" Einige Leute meinten zwar, acht Milliarden Schulden an das Ausland seien für Rußland nicht viel, man müsse vielmehr diese Summe noch verdoppeln und so das Land zu wirklicher Blüte führen. „Wir selbst möchten uns gern dieser Ansicht anschließen, wenn wir nur die Bürgschaft hätten, daß diese ganze Summe zur Erhöhung des Volkswohles auch wirklich verwendet wird, . . . aber die Verschuldung dem Auslande gegenüber unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet ein stückweises Verkaufen nicht nur des gegenwärtigen, sondern auch des zukünftigen Nationalreichtums und sehr häufig auch der Volkswohlfahrt. Deshalb führt jede neue Anleihe uns zu traurigen Betrachtungen über die ökonomisch-wirtschaftlichen Schicksale unseres Vaterlandes."

Auch diese Stimme zeigt, mit welchen Sorgen man in den nicht offiziellen russischen Kreisen einer eventuellen Erhöhung der Zölle bei Revision der Handelsverträge entgegensieht.

Digitized by Google

6. Juni. Gen. Feldmarschall Graf Waldersee verläßt China.
8. Juni. Frau Botha in Southampton.
11. Juni. Frau Bothas Zusammenkunft mit Präsident Krüger und Leyds in Scheveningen.
12. Juni. Kaiser Franz Josef in Prag.

---

12. Juni 1901.

Wer wie der Schreiber dieser Zeilen seit über zehn Jahren den Gang der großen Politik kommentierend begleitet und zugleich gewohnt ist, die Ereignisse in ihrem historischen Zusammenhange zu betrachten, wird durch die scheinbaren Ueberraschungen der Tagespolitik meist in die Vergangenheit zurückgeführt, die ihm erst im Keim, danach in ihrer allmählichen Entwickelung die Probleme zeigt, mit denen wir heute zu rechnen haben.

Wir stehen gerade jetzt einer merkwürdigen Agitation gegenüber, die von zwei Seiten her auf österreichischem Boden betrieben wird und von einer dritten her in energischster Weise Unterstützung findet. Die französischen Nationalisten und die russischen Panslavisten reichen sich auf dem Boden Prags die Hände, um für die Verbrüderung aller Slaven und für die Umwandlung der habsburgischen Monarchie in einen Förderativstaat zu wirken, weil nur so das dem Untergang entgegenreifende Oesterreich-Ungarn gerettet werden könne. Von den Ufern der Themse her aber wird gleichzeitig in den tiefsten Unkentönen den Oesterreichern gepredigt, daß es kein anderes Heil für sie gebe, als sich zu lösen von dem politischen Zusammenhang, der seit dem Oktober 1879 zum Schutzbündnis mit dem Deutschen Reich und 1883 zum Abschluß des seither immer wieder erneuten Dreibundes führte. Was soll nun dieses Treiben, wo liegen seine Wurzeln und wohin will es führen? Wir müssen ziemlich weit zurückgreifen, um diese Dinge zu verstehen.

Von russischer Seite her sind die österreichischen Slaven als ein „interessantes" Objekt politischer Agitation schon sehr früh ins Auge gefaßt worden; aber erst 1812, als Oesterreich im Gefolge Napoleons

Digitized by Google

an der großen „Invasion" teilnahm, ist von dem Admiral Tschitschagow dem Kaiser Alexander I. ein Plan vorgelegt worden, der dahin zielte, die Macht Oesterreichs mit Hilfe seiner russisch-gesinnten slavischen Bevölkerung zu brechen. Der Kaiser hat den windigen Antrag zurückgewiesen, aber unzweifelhaft war der Gedanke jener slavischen Solidarität keine Erfindung Tschitschagows, sondern nur die Wiedergabe dessen, was in einem kleinen Kreise slavischer Politiker als Zukunftsideal gehegt wurde. Auch blieb die Idee lebendig, und als in den zwanziger Jahren die Knoten sich schürzten, die gleich nach dem Tode Alexanders die Decabristenverschwörung zur Folge hatten, da bildete ein Element jener Verschwörung auch der „Bund der vereinigten Slaven", dessen Ziel es war, alle Slaven politisch zusammenzufassen, um eine Föderativ-Republik zu konstruieren, in welcher jeder slavische Stamm volle Autonomie genießen sollte; Rußland und Oesterreich, als monarchische Staaten, aber sollten von der Bildfläche verschwinden.

Es ist bekannt, wie diese Phantasterei in sich zusammenbrach, als Kaiser Nikolaus im Dezember 1825 den Petersburger Aufstand niederwarf und seine Führer am Galgen oder in den sibirischen Bergwerken unschädlich machte. Es wurde für längere Zeit still in Rußland, und der Ausbruch der polnischen Revolution steigerte noch die autokratische Abneigung des Zaren gegen jede von unten her sich regende politische Idee. Er war ein überzeugter Feind der Revolution, und in den Kreis der revolutionären Verirrungen gehörte ihm der panslavistische Gedanke ebenso sehr wie der slavophile; für Rußland selbst ersetzte er ihn in praxi durch den panrussischen, dessen Verwirklichung er in Polen kräftig in die Hand nahm und in allen übrigen nicht nationalrussischen Teilen des Reiches langsam und vorsichtig vorbereitete. Aber schon vor Ausbruch der Revolution von 1848 hatte er die Herrschaft über die Geister verloren. Die russische Intelligenz, die in merkwürdiger Weise junghegelsche Lehren verarbeitete, sagte sich von der Idee des orthodoxen Absolutismus los und wandte sich teils den slavophilen (Chomjäkow), teils den panslavistischen Ideen zu; die letzteren verquickt durch erst liberale, dann radikale und anarchistische Utopien. Bekanntlich hat Michail Bakunin mit überraschender Schnelligkeit alle diese Entwickelungsstadien der russischen Intelligenz durchgemacht, ohne später an der

Digitized by Google

entscheidenden Entwickelung teilzunehmen, welche die oberen Zehntausend seiner Landsleute wieder in den Schoß des alleinseligmachenden Systems der „Selbstherrschaft" hineinführte. Auf dem Slavenkongreß, der am 30. Mai 1848 in Prag zusammentrat, ist jenes Programm des Bundes der „Vereinigten Slaven" von 1825 von ihm wieder hervorgeholt worden, und der Kongreß hat dann auch wirklich eine Resolution gefaßt, die in betreff Oesterreichs die Umwandlung der Monarchie in eine Föderation gleichberechtigter Völkerschaften zum Ziel faßte. Das alles brach dann mit der siegreichen Reaktion in sich zusammen; in Rußland selbst wurde jede Regung politischer Initiative noch nachdrücklicher als bisher niedergehalten, und erst der Krimkrieg mit seinen Folgen führte dahin, daß verwandte Anschauungen in anderem Gewande sich an die Oberfläche wagen durften.

Im Januar 1858 wurde in Moskau ein Komitee für slavische Wohlthätigkeit begründet, dessen erster Vorsitzender jener A. Bachmetjew wurde, der den Führern der radikalen Emigranten, Herzen und Ogarow, ein Kapital von 25000 Frc. hinterließ, um ihnen die Mittel für ihre revolutionären Zwecke zu Dienst zu stellen. Sein Nachfolger wurde der ehemalige Minister der Volksaufklärung Kowalewski, der ebenfalls alte Beziehungen zu jenen revolutionären Kreisen hatte, danach der Historiker Pogodin, zu dessen Zeiten das Wohlthätigkeitskomitee offen von dem Ministerium der Volksaufklärung subventioniert wurde, wie es auch heute, da der Graf Ignatieff als Präsident fungiert, der Fall ist. Dieses slavische Wohlthätigkeitskomitee wurde gleichsam eine politische „Missionszentralanstalt de propagando Moskovitismo", die ihre Sitzungen öffentlich abhielt, Rechenschaftsberichte ablegte und eine salbungsvolle, scheinbar harmlose Menschenliebe den slavischen Brüdern im Auslande bethätigte. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß einmal auch die Pflege kirchlicher Propaganda diesem Verein zufiel, da nach russischer Vorstellung sich das wahre Slaventum von der Zugehörigkeit zur russisch-orthodoxen Kirche nicht trennen läßt; zweitens aber gelegentlich diese Wohlthätigkeitsgesellschaft auch von der Regierung benutzt wurde, die Gesellschaft aber genötigt war, sich ihre Informationen aus dem sogenannten asiatischen Departement des russischen Auswärtigen Amtes zu holen. Wir wollen das Detail dieser Dinge nicht weiter ver-

Digitized by Google

folgen. Es ist außerordentlich schwer, die Verantwortlichkeiten festzustellen und im Grunde auch verständlich, daß die russische Regierung in ihrer Balkanpolitik sich der Gesellschaft und ihrer Agenten bediente, wenn es darauf ankam, unter den Balkanslaven eine ihr nützliche Agitation zu entfalten. Die Rolle, welche in den Vorbereitungen zu dem Kriege von 1877 und danach diesen Elementen zufiel, ist zu bekannt, als daß wir hier darauf einzugehen brauchten. So viel sich erkennen läßt, trat aber das Wohlthätigkeitskomitee nicht direkt mit der Regierung, sondern nur mit ihren untergeordneten Organen in Beziehung, was sich schon dadurch erklärte, daß es eine fast selbstverständliche Voraussetzung war, daß sämtliche Konsuln und Vizekonsuln in slavischen Ländern Mitglieder der Gesellschaft waren. Was uns interessiert, ist die Agitation auf böhmischem Boden und die daran geknüpfte tschechisch-französische Intrigue, die nachgerade einen gefährlichen Charakter angenommen hat. Sie spekuliert auf die Erbitterung, die seit der (bekanntlich vor dem Kriege von 1877 zwischen Oesterreich und Rußland vertragsmäßig vereinbarten) Okkupation von Bosnien und der Herzegowina in ganz Rußland gegen Oesterreich-Ungarn besteht, und auch durch die Vereinbarung von 1897 nicht beseitigt worden ist.

Die religiöse Propaganda des slavischen Wohlthätigkeitskomitees begann in Böhmen nach 1866, trug aber so geringe Früchte, daß man sie heute ganz aufgegeben hat und zur Zeit ein russischer Missionar (der letzte war der im vorigen Jahre abberufene Priester Apraxin) in Prag überhaupt nicht vorhanden ist. Um so fruchtbarer war die politische Arbeit, da man ihr von tschechischer Seite mit einem avancierten panslavistischen Programm entgegenkam. Der charakteristischerweise durch eine litterarische Fälschung, die sogenannte Königinhofer Handschrift, mobilisierte tschechische Größenwahn, hatte, genährt durch Palackis böhmische Geschichtskonstruktion, weiter erhitzt durch die Ereignisse von 1848, dann zwar gedämpft, aber innerlich weiter gärend in den Etappen über 1867, 1879, 1882 und 1886 sich allmählich die dominierende Stellung erworben, die er heute einnimmt. In dieser ganzen langen Periode hat der slavische Wohlthätigkeitsverein keine Gelegenheit versäumt, um den Zusammenhang mit den nichtrussischen, namentlich aber mit den tschechischen Slaven zu kräftigen. Die Slavenkongresse wurden ein Organ ihrer Ideen,

Digitized by Google

man begünstigte die Auswanderung größerer und kleinerer Gruppen von Tschechen nach Rußland hinein und erreichte sogar, daß diese Exulanten in ihrer überwiegenden Majorität zur griechisch-russischen Kirche übertraten. Namentlich in den letzten drei Jahren gab eine Reihe von Säkularfeiern den erwünschten Anlaß, für das große Ziel der Verbrüderung aller Slaven unter russischer Aegide zu agitieren. Die Palacki-Feier in Prag 1898, bei welcher der panslavistische Journalist Komarow seine vielbesprochenen deutschfeindlichen Reden hielt, 1899 die Mikiewicz-Feier in Krakau, die Feier zu Ehren Henryk Sienkiewiczs in Warschau, endlich im vorigen Jahre die Feier von Puschkins hundertstem Geburtstag haben das Thema der Solidarität aller Slaven dem deutschen Feinde gegenüber, möge er nun Reichsdeutscher oder Deutsch-Oesterreicher sein, in allen Tonarten variiert, und durch die russische und tschechische, bald danach auch durch die französische und englische Presse mit größerem Geschick und mit größerer Perfidie weiter verbreitet. Der eigentliche Mittelpunkt dieses Treibens aber blieb immer Prag, dessen Bürgermeister Podlipny sowie dessen Nachfolger Srb gleichsam als die vornehmen Spitzen der Aktionspartei gelten können. Namentlich Podlipny hat sein organisatorisches Talent nach dieser Richtung hin glänzend bethätigt. Was dem Fernstehenden als Ausfluß spontaner Regungen des tschechischen Nationalgefühls erscheint, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein Schachzug unter vielen in einer klug geleiteten Partie. Die gesamte Thätigkeit Skrejsowskis, der als Mitglied des Wohlthätigkeitskomitees und nicht ungeschickter Agent des Grafen Ignatiew erst in der von ihm begründeten und später an ein Konsortium verkauften „Politik", darauf in der gleichfalls von ihm gegründeten panslavistischen Zeitung „Epoche" seinen Deutschenhaß niederlegte, ist von dieser Seite gefördert worden, und es war ein wohlberechneter Schritt, als er später sein Aktionsfeld nach Wien verlegte und von dort aus in „Tribune" und „Parlamentaire" sein Gift weiter verbreitete. Der Mann ist schon seit Jahren tot († 1884), aber die Saat ist inzwischen aufgegangen, und was früher selbst in tschechischen Kreisen mindestens als ungeheuerliche Uebertreibung erschien, daß nämlich Deutschland darauf ausgehe, Oesterreich zu zertrümmern und die deutsch-österreichischen Elemente an sich zu reißen, wurde unter der, den politischen Verstand der Tschechen völlig de-

Digitized by Google

moralisierenden Wirkung dieser unwahren, jeder thatsächlichen Unterlage entbehrenden Deklamationen und Verleumdungen schließlich in den Augen der heranwachsenden Generationen zu einer trivialen Wahrheit, über deren Realität man überhaupt nicht mehr stritt. Das politische Evangelium der Sokol-Vereine ruht auf dieser Grundlage, und Herr Skrejsowski hat so sehr Schule gemacht, daß es unter den tschechischen Journalisten von heute kaum einen giebt, der auf anderen Bahnen wandelte. Herr Shiwny im „Parlamentaire", Doktor Tiestrunk als Vermittler der panslavistischen Korrespondenz zwischen den Petersburger und Prager panslavistischen Mittelpunkten, Herr Cenkow der Präsidialsekretär des Bürgermeisters Srb, Herr Kramarsz endlich als der Rufer im Streit auf parlamentarischem Boden, und all die kleineren Landsknechte dieser Feldherrn des böhmischen Panslavismus führen Jahr für Jahr und Tag für Tag dieselben Schreckgespenster ihrer eigenen erhitzten Phantasie der öffentlichen Meinung des slavischen Oesterreich vor: was Wunder, wenn sie schließlich selbst an diese Gespenster glauben und durch die Kraft ihres Glaubens auch die anderen zu sich hinüberziehen.

Wir würden trotz all des Lärmens diese Dinge zwar nicht unbeachtet lassen, aber sie doch nicht ernst nehmen, wenn nicht andere, uns gleichfalls übelgesinnte, mächtigere Gegner am Werk wären, sich diese tschechischen Thorheiten zu nutze zu machen. Wir unterscheiden dabei drei Gruppen von Bundesgenossen des tschechischen Panslavismus: die russische, die französische und die englische.

Der russischen haben wir in der Hauptsache schon gedacht. Sie hat aber in der letzten Zeit in sich eine Wandlung durchgemacht, die Beachtung verdient. Das slavische Wohlthätigkeitskomitee, das zeitweilig unter peinlicher Geldnot litt, hat sich im vorigen Jahre reorganisiert und seine Statuten der Regierung zur Bestätigung vorgelegt, um von ihr pekuniäre und moralische Unterstützung zu erhalten. Nachdem die Bestätigung aber wirklich erfolgt war, machten die Herren vom Wohlthätigkeitskomitee die unbequeme Erfahrung, daß sie in ihrer Aktion gebunden waren. Weder Herr Witte noch der Graf Lambsdorff zeigten Neigung, sich von ihnen führen zu lassen, das Komitee mußte das Feld seiner Thätigkeit in den Grenzen der Statuten halten und verlor darüber die Freudigkeit an der Arbeit. Die Folge davon war, daß sich eine neue Vereinigung bildete, die

Digitized by Google

den Namen „Russische Gesellschaft“ annahm und sich das Ziel setzte, namentlich die Verbindung mit den West- und Südslaven aufrecht zu erhalten. Der Fürst D. P. Galitzyn wurde der Präsident, ein Herr Ssyromjät Vizepräsident (d. h. der eigentliche Leiter) der Gesellschaft, die eine außerordentliche Thätigkeit in der russischen wie in der ausländischen Presse entfaltete und den tschechischen Ideen näher trat, als es das „Wohlthätigkeitskomitee“ vermocht hatte. Man kann aber nicht eigentlich sagen, daß es neue Gedanken sind, die von der „Russischen Gesellschaft“ aufgebracht wurden. Stellte man einerseits die Gefahren, mit welchen Deutschland die habsburgische Monarchie bedrohte, in schwärzesten Farben dar, so wurde nach wie vor der österreichisch-ungarischen Regierung ihr Verhalten in Bosnien und der Herzegowina zur Todsünde gemacht und damit ein Programm vertreten, das wir schon vor Jahren im „Warszawski Dnewnik“ (Oktober 1893) formuliert gefunden haben und das sich im wesentlichen dahin zusammenfassen läßt, daß Bismarck und Andrassy systematisch daran gearbeitet hätten, Oesterreich zu schwächen, um es unter die Botmäßigkeit Deutschlands zu bringen. Deshalb habe man Oesterreich in die Balkanhalbinsel gedrängt, „wo es weder Traditionen aus der Vergangenheit (!!!) noch Aufgaben in der Zukunft“ habe. Die einzige Rettung für die habsburgische Monarchie sei die Annäherung an Rußland, die aber nur unter einer Bedingung zu haben sei, wenn nämlich Oesterreich sich aus Bosnien und der Herzegowina zurückziehe, und zu seinen historischen Aufgaben in Deutschland zurückkehren wolle!

Wie dieses Leitmotiv seither immer wieder in den russischen Zeitungskorrespondenzen aus den okkupierten Gebieten, in Angriffen auf den Minister Kallay, und in einer wahren Hochflut von Leitartikeln ausgeführt worden ist, haben wir unseren Lesern mehr als einmal an der Hand der „Nowoje Wremja“, der „Pet. Wjedomosti“ und des „Swjet“ dargelegt. Wir haben auch der ganz besonderen Feindseligkeit gedacht, welche unser ökonomisches Vordringen in Kleinasien, der Bau der Bagdadbahn und was damit zusammenhängt, in Rußland hervorrief. Es war besonders der Fürst Uchtomski, der journalistische Spezialist für alle Fragen, welche die „asiatische Mission Rußlands“ betreffen, der, man kann beinahe sagen, in fassungslose Wut zu geraten pflegte, sobald er dieses Thema berührte. Dies

Digitized by Google

aber ist der Punkt, an dem die französischen Nationalisten einsetzten. Wir erinnern uns des Aufsehens und des Mißtrauens, welches das Treiben des französischen Konsuls in Bosnien, Dallemagne, seinerzeit erregte. Man kann ihn als denjenigen betrachten, der meist bemüht gewesen ist, in den österreichischen Slaven das Mittelglied zu finden, das die alliance Franco-Russe aneinanderschließen sollte, während neuerdings von montenegrinischer Seite her in verwandter Richtung auf die italienische Regierung einzuwirken versucht wird. Die Artikel der Prager „Politik" und der „Narodny Listy" dienen diesen Tendenzen, die mehr dem französischen als dem spezifisch russischen Interesse entsprechen. Das wesentliche aber bleibt doch, daß tschechische Journalisten nach Frankreich zogen, um die alliance Franco-Russe in die Wege der tschechischen Sonderpläne zu führen, und daß ebenso unbedenkliche wie talentvolle französische Journalisten daran gingen, in gleichem Sinne, aber mit weiteren Zielen die öffentliche Meinung Europas zu bearbeiten.

Wir schicken das überall sich wiederholende Leitmotiv dieser Agitation voraus. Oesterreich-Ungarn, so heißt es, geht seinem Niedergang entgegen. Der gefräßige Pangermanismus, dessen furchtbare Waffe (risum teneatis!) der alldeutsche Verband sei, arbeite an der Auflösung dieses Staates, um die deutsch-österreichischen Gebiete zu annektieren und sich so den Weg zum Adriatischen Meere zu bahnen, andererseits aber wolle Deutschland Kleinasien erobern und bedürfe der Straße nach Soloniki, die durch Böhmen nach Ungarn führe, das nur auf die Angliederung an das Deutsche Reich warte, welches, dank der so errungenen ungeheuren Macht, als der eigentliche Gebieter in Europa dastehen werde. Das Mittel, all dieses Unheil zu verhindern, sei die Umbildung Oesterreich-Ungarns in einen Föderativstaat, der Austritt aus dem Dreibunde und der Abschluß einer neuen Tripelallianz Oesterreich-Rußland-Frankreich, die dann in der Lage sei, dem Deutschen Reiche die Gesetze vorzuschreiben und den die Welt bedrohenden Pangermanismus zu brechen.

Sehen wir nun nach den Leitern dieser gegen uns gerichteten Verschwörung — man kann es kaum anders nennen —, so sind es verhältnismäßig kleine Leute: ein Journalist Saissy, der sein Bureau in Paris, Rue de St. Père 19 hat, durch die Vermittelung des Bürgermeisters Podlipny Fühlung mit den tschechischen Panslavisten

Digitized by Google

gewann und durch sie mit dem Wohlthätigkeitskomitee und den russischen Slavophilen anknüpfte; als seine rechte Hand ein aus den Tagen der Omladina-Bewegung bekannter Journalist und Agitator Schmidt-Beauchez. Ihr Organ ist die Pariser Zeitung „Le Journal", während ihnen selbstverständlich zugleich alle tschechischen und, wo es nötig wird, auch bestimmte russische Blätter offen stehen.

Bedeutender in seiner sozialen Stellung ist der Sekretär des französischen Kammerpräsidenten Deschanel, René Henry, dessen weiter angelegte Artikel, die mit dem Anspruch auf litterarischen Wert auftreten, in der „Revue politique et parlamentaire" erscheinen. Diese Henry'schen Hetzereien werden fast regelmäßig von der „Ceska Revue" übernommen, die geflissentlich verbreitet, daß Henry nur der Wortführer angesehener französischer Staatsmänner sei, wie Le Roy-Beaulieu, Méline, Deschanel, Lavisse, Lemaître, Rambaud, Sorel, und daß die Tschechen in dem welthistorischen Kampf, den sie gegen den Germanismus führten, diese Männer nicht nur als Ratgeber, sondern auch als Verbündete an ihrer Seite finden würden.

Der dritte in der Reihe der französischen Tschechen ist der ehemalige französische Botschaftssekretär Gabriel Salauson, der noch jüngst durch einen in der „Liberté" erschienenen unverschämten Artikel „un ami de Guillaume" der österreichischen Regierung zu insinuieren suchte, daß unser Kaiser durch den Fürsten Egon von Fürstenberg den Kaiser Franz Josef zu beeinflussen und den österreichischen Thronfolger zu bekehren oder ihm den Weg zu verlegen bemüht sei. Natürlich fährt auch dieser Mann unter falscher Flagge. Er schreibt unter dem Pseudonym „un magnat de Hongrie" und datiert seine in Paris geschriebenen Korrespondenzen aus Pest.

Der vierte und gewiß der bedeutendste aber ist Herr Cheradame, von dem wir im April und Mai, als er in Petersburg weilte, um mit den Herren Ssuworin und Komarow anzuknüpfen und womöglich vom Prinzen Louis Napoleon empfangen zu werden, durch die „Nowoje Wremja" und den „Swjet", die seine Interviews begierig wiedergaben, gehört haben. Er ist dort in rege Beziehungen zur „Russischen Gesellschaft" getreten, die er gleichsam als ein Gegenstück der „Ligue des patriotes français" betrachtet, wie denn in seinem Organ, der „Patrie française", sich noch kürzlich der klassische Ausspruch fand, daß jeder Russe, der ausschließlich nationale Interessen

Digitized by Google

vertrete, unbedingt eine Politik wünschen müsse, die den französischen Interessen entspricht. Was aber Herr Cheradame für französisches Interesse hält, das hat er uns in seinem eben erschienenen Buch: „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XXe siècle" gesagt, und wir finden vielleicht noch Gelegenheit, es eingehender zu analysieren. Es enthält im wesentlichen das Programm, das wir eben vorausgeschickt haben, und hat alles aufgesogen, was an politischen Gedanken von diesem Bündnis russischer, tschechischer und französischer Chauvinisten und Deutschenfeinde bisher zu Tage gebracht worden ist. Von dem Bakunin'schen österreichischen Föderativstaat bis zur neuen Tripelallianz, von dem drohenden Zerfall Oesterreichs bis zu der vorzubereitenden Vernichtung des Deutschen Reiches. Nichts fehlt, auch nicht die Aufzählung aller Sünden, die der Pangermanismus an Oesterreich-Ungarn verbrochen hat.

Was am meisten bei all diesen Zetteleien auffällt, ist — man verzeihe das Wort — die dumme Rolle, die man einen Staat wie Oesterreich-Ungarn spielen läßt. Gleichsam, als sei er ein politisches Wickelkind in den Händen eines Konsortiums kluger Frauen. Unsere Leser wissen bereits, daß zu diesen weisen Frauen auch Sir Rowland Blennerhasset gehört, der freilich selbst von Herrn Wesselitzki frische politische Windeln erhalten hat. Seine letzten litterarischen Lorbeern, über die wir ausführlich berichtet haben, sind nur die Vorläufer einer neuen Leistung gleichen Stils gewesen; nachdem er uns den bevorstehenden Untergang Deutschlands angekündigt hat, publiziert er im Maiheft der „National Review" einen Essay: „The Austrian Anxiety" d. h. österreichische Beklemmungen. Von seiner früheren These ausgehend, daß England und Rußland sich gegen Deutschland verbünden müßten, sucht er die Gunst dieses künftigen russischen Bundesgenossen dadurch zu gewinnen, daß er emphatisch erklärt, die Engländer seien gar keine Germanen, sondern — Lateiner! Nachkommen der alten Römer, mit französischer und keltischer Zuthat. Der Haß der Slaven gegen die Engländer als Germanen sei also ganz gegenstandslos! Daran schließt sich eine herzlich langweilige Ausführung über ethnographische und staatsrechtliche Verhältnisse Oesterreich-Ungarns, die Anerkennung des russischen Rechts auf Führung aller Slaven und die Empfehlung des tschechischen Rezeptes für das kranke Oesterreich, sich als Föderativstaat zu organi-

Digitized by Google

sieren. Herr Blennerhassset erklärt im Namen Englands, daß dieses dann gern bereit sein werde, zwischen Rußland und Oesterreich in der Balkanfrage, an der England selbst gar kein Interesse habe, zu vermitteln. Sei das geschehen, so ergebe sich der Anschluß Oesterreich-Ungarns an die englisch-russische Zukunftsallianz von selbst. Für den Engländer habe Oesterreich stets einen ganz besonderen Reiz gehabt. Es sei so groß, so reich und habe so interessante Völker, die der Menschheit noch große Dienste leisten könnten. Aber unerläßlich sei es, um den Staat aus der Todesgefahr, in der er schwebe, zu retten, daß die österreichischen Staatsmänner entschlossen mit allen deutschen Ideen brechen. Also größere, weitere Gesichtspunkte in der Politik und so fort. Man wundert sich wirklich, daß Sir Rowland nicht mit dem Vorschlage schließt, man möge ihm die rettende politische Arbeit übertragen. Aber vielleicht tragen unsere Ausführungen dazu bei, daß man in Wien auf ihn aufmerksam wird und sich den großen Mann noch rechtzeitig sichert.

Es ist wirklich schwer, diesen Kannegießereien gegenüber ernst zu bleiben. Aber sie machen einen ungeheueren Lärm und in ihrer Summe erweckt diese von Petersburg über Prag und Paris nach London und von da wieder zurücklaufende Agitation die Vorstellung, als stecke ein ganzes Heer von Politikern dahinter und als seien vier Großmächte im Begriffe, über Deutschland herzufallen — um Oesterreich zu retten. Wie wir gezeigt haben, sind es wenige kleine Leute, und uns ist dabei eingefallen, was Heinrich v. Treitschke von den Leipziger Juden zu erzählen pflegte: seien ihrer zehn in einer Straße, so gewinne man durch ihr geschäftiges Hin- und Herlaufen den Eindruck, als wären es mindestens hundert. Ganz so scheinen es die Herren Tschechen zu thun; es ist daher wirklich ein nützliches Werk, einmal darauf hinzuweisen, wie gering und unbedeutend die Kohorte ist, die sich anschickt, in majorem gloriam Bohemiae einen Weltenbrand anzufachen.

Und nun noch ein Wort zum Schluß. Wir können das Vorgehen des österreichischen alldeutschen Verbandes, der durch seine nach allen Richtungen übertreibende Thätigkeit nur aufregt, ohne Positives zu schaffen, und der in österreichischen Regierungskreisen allerdings die Vorstellung von vorhandenen separatistischen Tendenzen erweckt hat, nur mit aller Schärfe verurteilen. Kein politisch klar denkender Deutscher

Digitized by Google

im Reich wird diesem Verband die Hand zu gemeinsamer Aktion reichen. Die vitale Aufgabe der Deutschen in Oesterreich ist, sich selbst deutsch zu erhalten und der Dynastie gegen das vordringende radikale Slaventum als Stütze zu dienen, nicht ihr jedes Regieren unmöglich zu machen. Deutschland wünscht und braucht ein starkes Oesterreich, ganz wie Oesterreich im eigensten Interesse ein starkes Deutschland braucht. Wir sehen aber in der Politik der österreichischen Alldeutschen eine Schwächung Oesterreichs und erkennen darin eine der wesentlichen Ursachen für das Aufkommen jener slavischen Föderationspläne, deren Verwirklichung allerdings die schwerste politische Krisis herbeiführen könnte, welche die habsburgische Monarchie überhaupt erlebt hat.

Digitized by Google

11. Juni. Eröffnung der Cortez in Madrid.
13. Juni. Rückkehr des ersten Seebataillons aus China. Empfang in Kiel und Wilhelmshafen.
Mitte Juni. Erfolge der Buren unter Kruitzinger im Kaplande.
18. Juni. Geburt der Großfürstin Anastasia Nikolajewna.

---

19. Juni 1901.

Die Verhandlungen des englischen Parlaments tragen, soweit das Unterhaus in Betracht kommt, einen außerordentlich nervösen, man möchte beinahe sagen agacierenden Charakter. Es ist nicht mehr, als ob zwei um die Führung der Landespolitik ringende Parteien einander gegenüberständen, sondern man hat den Eindruck, zwei feindliche Lager vor sich zu sehen, die kein Kampfesmittel verschmähen, wo die Möglichkeit vorliegt, sich gegenseitig zu schädigen. Nicht nur die politischen Gegensätze und — was in England ja stets ein Faktor des politischen Lebens gewesen ist — die verschiedene Beurteilung von Fragen, die in das Gebiet der Moral fallen, liegen zwischen ihnen, sondern auch alte Rassenfeindschaft findet leidenschaftlichen Ausdruck. Die Thatsache, daß es die Iren sind, die der gegenwärtigen Regierung die bittersten Wahrheiten sagen und dabei die Unterstützung der liberalen Opposition finden, kann aber eher als Vorteil, denn als ein Nachteil für das Ministerium Salisbury-Chamberlain betrachtet werden. Es ist jeder Vorstoß der Iren eine Art indirekter Rechtfertigung für die Regierung. Die ungeheuere Mehrzahl der Engländer zieht daraus den Schluß, daß die Sache, für welche die Iren eintreten, eine Gefahr für England bedeuten müsse. Unzweifelhaft bringt diese Bundesgenossenschaft den Liberalen daher keinen Nutzen und ihre schwankende und unsichere Haltung findet zum Teil ihre Erklärung darin, daß sie zwar ihren Widerspruch gegen die Politik der Regierung im ganzen aufrecht erhalten müssen, ohne doch in der Lage zu sein, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus ihrem Widerspruch ergeben. Sie würden sonst in die Gefolgschaft der Iren geraten und sich dadurch dauernd diskreditieren. Anderer-

Digitized by Google

seits wird auf die Regierung erbarmungslos losgeschlagen, wo sich die Gelegenheit bietet, ihr einen empfindlichen Hieb beizubringen. Ein Beispiel für viele. Am vorigen Donnerstag fragt der Abg. Dillon (Ire) den Staatssekretär für den Krieg (Brodrick), ob er offizielle Nachricht darüber habe, daß General Rundle während seines jüngsten Zuges durch den nordwestlichen Teil des Oranje-Freistaates (die Engländer, auch die Liberalen, sagen Oranje-Kolonie) alle Mühlen sprengte und Backöfen, Pflüge oder was sonst zur Herstellung von Nahrungsmitteln dienen kann, zerstören ließ; wenn das aber der Fall sei, ob ein solches Vorgehen sich mit den durch die Haager Konvention übernommenen Verpflichtungen über ziviliserte Kriegführung vereinigen lasse.

Brodrick antwortete, er habe keinerlei offizielle Nachrichten in dieser Angelegenheit. In keinem Fall würde aber ein Bruch der Haager Konvention vorliegen, da sie ausdrücklich gestatte, Eigentum des Feindes zu konfiszieren und zu zerstören, wenn die Notwendigkeiten des Krieges es gebieterisch verlangten. Auf eine weitere Frage erläuterte er seine Meinung noch dahin, daß alles, was den Gegner in den Stand setze, den Krieg weiterzuführen, unter diese Definition der Haager Schlußakte zu rubrizieren sei, worauf dann Dillon die weitere bitterböse Frage richtete: ob auch das Vergiften von Brunnen! Er erhielt keine Antwort darauf und das war richtig, denn Dillon hat durch diese Frage seine eigene gute Position verdorben. Es kann aber gar nicht zweifelhaft sein, daß die Haager Konvention die Zerstörung von Ackerwerkzeugen nicht ins Auge gefaßt hat, zumal dadurch weit mehr die nicht am Kriege beteiligte Bevölkerung betroffen wird, als die im Felde stehenden Truppen, auch die Konsequenzen der Brodrick'schen Theorie zu einem System des Wüstlegens führen, das aller Ziviliſation widerspricht.

Ebenso konnte die Anfrage des P. M. Lambert, ob England beabsichtige, Truppen nach Kiautschu zu senden, um Deutschland in Aufrechterhaltung der Ordnung daselbst zu helfen, nur den Zweck haben, zu ärgern. Er erhielt keine Antwort. Sein Hieb sollte zeigen, daß die Regierung das Einrücken deutscher Truppen in Schanghai nicht hätte dulden sollen. Es liegt aber auf der Hand, daß sie keinerlei Recht zu einem Einspruch oder Widerspruch hatte. Ganz ähnlich operierte der Ire Redmond, als Balfour auf eine Anfrage

Digitized by Google

Campbell Bannermans bemerkte, die Gesamtmacht der Buren werde auf 17000 geschätzt, es seien Banden von 100 bis 200 Mann im Maximum und nie mehr als 600 gewesen; die Gerüchte von Friedensverhandlungen aber seien falsch. „Darf ich den ehrenwerten Herrn fragen — sagte darauf Redmond — ob er nicht dem Lord Kitchener mit seiner viertel Million britischer Soldaten den Befehl geben will, mit diesen 17000 Mann fertig zu werden und den Krieg zu beendigen?" Auch diesmal erfolgte keine Antwort, denn der Hohn in der Anfrage lag auf der Hand. Man kann aber mit größter Bestimmtheit sagen, daß Redmond damit den Buren keinen Dienst geleistet hat. Das Ministerium, das sich ohnehin in betreff des Kriegsausganges sehr unvorsichtig gebunden hat, wird immer fester auf das Brett seiner früheren Versicherungen und Versprechungen genagelt, und der so überaus wünschenswerte Kompromiß dadurch immer schwieriger.

Noch ungeschickter, aber politisch interessanter, war die von dem Abg. G. Bowles erzwungene Debatte über die Befestigungen von Gibraltar, obgleich die Regierung dringend gebeten hatte, die Diskussion aufzuschieben, da sie erst in einigen Tagen in der Lage sein werde, mit Bestimmtheit über das Für und Wider dieser wichtigen Angelegenheit Auskunft zu geben. Die Debatte fand statt, da sich kein formeller Grund dagegen in der Parlamentsordnung aufweisen ließ, und Mr. Bowles entwarf nun ein ungemein düsteres Bild von der gefährdeten Lage Gibraltars und verlangte, daß die an der Westseite vorgenommenen Befestigungsarbeiten sofort sistiert werden. Diese Arbeiten, deren Ausführung durch die sogenannte „Naval Works Act" von 1896 beschlossen war, seien nicht nur unschädlich, sondern gefährlich und würden England im Kriegsfall nötigen, ein Heer von 40000 Mann nach Spanien zu werfen, um Gibraltar zu schützen. Es handelt sich aber bei diesen Arbeiten um die Anlage von Docks, die, wie Gibson Bowles behauptet, bei der größeren Tragweite moderner Geschütze dem Feuer der an der Westseite der Bucht von Algesiras gelegenen spanischen Befestigungen ausgesetzt wären (konf. übrigens über diese Frage: Wachs, Schlaglichter auf das Mittelmeer. Berlin 1898, S. 4—6). Dabei entwarf Bowles ein so düsteres Bild der politischen Lage Englands, daß sich dem Zuhörer die Vorstellung aufdrängen mußte, daß Gibraltar eher eine

Digitized by Google

Gefahr für England im Kriegsfall bedeute, als einen Schutz. Er schloß mit der folgenden Apostrophe: „Sonderbare Dinge gehen in Marokko vor sich, wobei doch Gibraltar eine wichtige Rolle zu spielen bestimmt sein müßte. Sonderbare Dinge sind mit unserer Mittelmeerflotte geschehen und sonderbare Versäumnisse haben ihr gegenüber stattgefunden, obgleich sie im Hinblick auf Gibraltar doch ein wesentlicher Faktor ist. Endlich bereiten sich auf dem europäischen Kontinent Dinge vor, die, wenn der unglückliche und unheilvolle afrikanische Krieg nicht bald zum Abschluß kommt, uns nötigen werden, an ganz andere Dinge zu denken, als an die Absendung neuer Verstärkungen für Lord Kitchener." Gewiß meine das Ministerinm das beste, aber schon manches wohlmeinende Ministerium habe ein Land ins Verderben gestürzt. Deshalb halte er es für seine Pflicht, die Weiterführung von Arbeiten zu verhindern, welche die Verwundbarkeit von Gibraltar verewigen und steigern und diese Festung zu einer Versuchung und zu einem Köder für die Feinde Englands machen und einen Posten der Verteidigung und der Stärke umbilden „zu einem Fallstrick, einer Gefahr und zu einem Moment der Schwäche für das Reich" (into a snare, a danger, and a weakness to the Empire).

Obgleich die Antwort Balfours entschieden sachlich und überzeugend gehalten war und nachdrücklich darauf hinwies, daß der Gegenstand sich zu einer öffentlichen Diskussion schlecht eigene, konnte das Ministerium doch nur eine Majorität von 59 Stimmen aufbringen. Liberale, Radikale und Iren stimmten zusammen — was freilich an manche analoge Abstimmung bei uns erinnert.

Nun werden aufmerksame Zeitungsleser bemerkt haben, daß die marokkanische Frage eben in diesen Tagen ein kritisches Stadium durchgemacht — und glücklich überwunden hat; im Licht dieser Thatsache erscheint aber vom englischen Standpunkte aus der Vorstoß von Bowles dann doppelt anfechtbar.

Uns interessiert diese Frage natürlich von dem allgemeinen Gesichtspunkte aus. Unsere Politik hat sorgfältig daran festgehalten, der politischen Seite dieser marokkanischen Frage fernzubleiben. Sie birgt allerlei Klippen und Untiefen in sich, die man nicht aufsucht, ohne dazu durch zwingende Gründe getrieben zu sein. Solche Gründe aber liegen für uns nicht vor; wir halten daran, daß unser marok-

Digitized by Google

kanischer Verkehr seinen Schwerpunkt auf wirtschaftlichem Gebiet sucht, und dabei wird es wohl auch bleiben. England, Frankreich, Spanien stehen dieser Frage anders gegenüber, und wie wir schon hervorhoben, schien es in den letzten vierzehn Tagen, als solle sie plötzlich in den Vordergrund gehoben werden. Und diesen Augenblick gerade wählt Herr Bowles für seine Rede. In der That, die liberale Partei im englischen Parlament beweist immer wieder, daß ihr die Männer fehlen, die stark und einsichtig genug wären, um sich in kritischer Zeit das Vertrauen des Landes zu erwerben. Operieren sie in gleichem Stil weiter, so stehen Lord Salisbury und Chamberlain fester als je auf ihrem Posten.

Auch der Zwischenfall wegen Schanghais verdient näher betrachtet zu werden. Die englische Presse, speziell die „Times", hat darüber einen ungeheueren Lärm angeschlagen und eine Abweisung von französischer Seite her deshalb hinnehmen müssen. Das „Journal des Débats" sagt nämlich sehr treffend zu dieser Sache: „Um alles zusammenzufassen, unsere Nachbarn sprechen von Schanghai, als wäre es eine Stadt, die durch höheres Recht zu England gehört. Gleichsam als sei die Einsetzung einer deutschen Garnison in diese Hafenstadt eine Verletzung des britischen Territoriums . . . Sie treten damit in Gegensatz einerseits zur Geschichte von Schanghai, wie andererseits zum Geist des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober 1900 und zu den Prinzipien, welche die Haltung der Mächte im Laufe der letzten chinesischen Krisis bestimmt haben. Schanghai ist seinem Ursprunge nach eine internationale Stadt. Was aber den deutsch-englischen Vertrag betrifft, dessen Bedeutung anfangs so sehr mißverstanden wurde (nota bene von niemandem mehr als von Frankreich und seinem besonderen Freunde!), so sieht er keineswegs das gegenseitige Verhältnis beider Teile als endgültig geregelt an und bestimmt keineswegs im voraus, auf welche Sphären ihre Thätigkeit ausgedehnt werden soll, vielmehr wird festgesetzt, daß, wenn die Ereignisse in China dazu führen sollten, daß eine der Mächte Vorteile an Land und Leuten zu gewinnen suchte und damit das Signal zur Teilung gäbe, „die beiden vertragschließenden Mächte sich vorbehalten, zum Schutz ihrer eigenen Interessen in China ein Präliminarabkommen zu treffen". Diese Redaktion ist nicht sehr durchsichtig, aber die Ereignisse haben sie interpretiert. England hat

Digitized by Google

immer gesagt, daß es im Fall einer Teilung sich im Jangtse-Gebiet festsetzen werde. Wenn England also nachher zugesteht, daß es über die zu ergreifenden Maßregeln einen Vertrag mit Deutschland schließen werde, so liegt darin, daß es seine zukünftige Aktion zur Diskussion stellt. Liest man die Noten vom 16. aufmerksamer, so ist denjenigen recht zu geben, die in diesem Abkommen eine Vorsichtsmaßregel Deutschlands gegen eine ausschließlich englische Aktion in einer der reichsten Regionen Chinas erkennen ... Die Enttäuschung, welche die Rede des Grafen Bülow in Anlaß der Nichtanwendung der Konvention auf die russische Aktion in der Mandschurei in England hervorrief, zeigt doch, daß die Erhaltung der Integrität Chinas nicht die Hauptsache für Deutschland ist. Daraus folgt, daß die Berliner Regierung sich vor allem gegen Prätensionen sichern wollte, wie sie die englische Presse eben jetzt geltend gemacht hat, obgleich Deutschland nur bewiesen hat, daß es der Politik treu geblieben ist, die zum Abschluß des Abkommens vom 16. Oktober führte, und auf Gleichberechtigung mit England sowie darauf besteht, daß seine Truppen überall dort stehen dürfen, wo England für gut findet, die seinigen unterzubringen. Sollte übrigens England meinen, daß die Anwesenheit einer Garnison in Schanghai seinen territorialen Ansprüchen zu gute kommt, so würde eben das die militärischen Vorsichtsmaßregeln Deutschlands rechtfertigen, ja England würde sogar das Abkommen vom 16. Oktober verletzen, welches sagt: „Die Kaiserlich deutsche Regierung und die Regierung Seiner britischen Majestät werden, soweit sie in Betracht kommen, die gegenwärtigen Verwickelungen nicht benutzen, um irgend einen territorialen Vorteil in China zu erlangen." Das ist zudem die Politik, welche alle Mächte seit Beginn der Krisis adoptiert haben, denn England steht in dieser Sache nicht nur Deutschland gegenüber. Das Prinzip, das schließlich anerkannt wurde, ist nicht das der „Einflußsphäre", sondern das der „offenen Thür"; welches in praxi Integrität Chinas bedeutet, und diese hat bekanntlich niemand mit größerem Lärm verteidigt als die Engländer. Man muß sie also beim Wort nehmen und ihnen zu verstehen geben, daß unmöglich die offene Thür nur für die Gebiete gelten kann, die England nicht speziell interessieren, während das reichste Gebiet, das Thal des Jangtse, die Bedeutung einer englischen Depedenz hätte."

Digitized by Google

„Uebrigens sieht nicht Deutschland allein die Dinge vom Standpunkt dieser unwiderleglichen Logik an. Auch Frankreich hat eine Garnison von 800 Mann in Schanghai, und ebenso wenig wie die deutsche wird diese Garnison vermindert oder abgerufen werden, bevor die Politik der Einflußsphären siegt und den Jangtse den Engländern zuweist. Eine solche, wenig wünschenswerte Wandlung, könnte nur durch internationale Vereinbarungen herbeigeführt werden und nicht durch mehr oder minder schneidige Erklärungen britischer Journale oder Redner."

Wir haben diese Ausführungen fast in extenso gebracht, weil sie eine glänzende Rechtfertigung unserer Politik von einer Seite her geben, der man den Vorwurf nicht machen kann, daß sie bestrebt ist, alles zum besten zu kehren, was wir thun. Doch wollen wir in diesem Anlaß doch darauf hinweisen, wie sehr das Zusammenwirken in China die kameradschaftlich-freundlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen gefördert hat. In der „Revue des deux mondes" vom 15. Juni wird das Tagebuch des Leutnants zur See Darcy veröffentlicht, der in Peking die Belagerung des französischen Gesandtschaftsgebäudes mitmachte. Er schreibt u. a.: „Wir finden auch in unseren deutschen Kameraden hingebende Gefährten, immer bereit, zu lachen und sich zu amüsieren und uns zu versichern, daß alles bald mit unserer Befreiung und der Bestrafung Chinas enden werde. Voller Takt und Rücksicht, so liebenswürdig, als man es irgend sein kann; es ist eine wahre Freude, sie, wenn die Umstände es gestatten, auf einige Augenblicke bei uns zu haben." Das ganze Tagebuch verdient gelesen zu werden, auch in Oesterreich wird es Freude machen.

Mit großem Interesse und mit großer Sympathie verfolgen wir den Besuch Kaiser Franz Josefs in Prag. Das Werk der Versöhnung, das er anstrebt, wird hoffentlich zu einem erträglichen modus vivendi führen — wenn tschechischerseits der gute Wille dazu vorhanden ist. Ein richtiges Urteil wird erst möglich sein, wenn wir die Nachwirkung sehen und namentlich feststellen können, was die „tschechische Verschwörung", deren Werkstatt wir jüngst aufgedeckt haben, daraus machen wird. Ein keineswegs erfreuliches Prognostikon bietet ein Leitartikel der „Nowoje Wremja": „Die neue Aera in Oesterreich", welcher sich dahin zusammenfassen

Digitized by Google

läßt, daß er den Erzherzog Franz Ferdinand als den eigentlichen Leiter der österreichischen Politik gegen den Kaiser Franz Josef ausspielt. Des Erzherzogs „unbeugsamer Wille" habe sich schon einmal bei Gelegenheit seiner Vermählung gezeigt. In der Politik sei er im Kampf gegen den „wilden Ansturm der Pangermanisten diesseits und jenseits der Grenzen" hervorgetreten, um nicht nur die „Los von Rom-", sondern auch die „Los von Oesterreich"-Bewegung zu bekämpfen. So seien die Deutschen selbst schuld, wenn eine schroffe Wendung zu gunsten der Slaven sich vollzogen habe. Die Zukunft gehöre dem starken Willen des österreichischen Thronfolgers. Nur in Hinblick darauf hätten die Tschechen auf die sofortige Erfüllung ihrer berechtigten nationalen Wünsche verzichtet und dem Reichsrat die Möglichkeit geschenkt, wieder zu arbeiten.

Ueberhaupt beobachten wir eine Steigerung der Feindseligkeiten gegen alles Deutsche in der russischen Presse. Sogar das liberale Organ der russischen Intelligenz, die Monatsschrift „Westnik Jewropy", ist in ihrer Uebersicht über die auswärtige Politik voller Gift und wiederholt ihren Lesern alles, was sie aus den „Hunnenbriefen" an Greueln hat herauslesen können. Aber auch Oesterreich, speziell Graf Goluchowski, wird schlecht behandelt, seine Balkanpolitik hat in der Redaktion des „Westnik" verstimmt, wie denn der Wunsch nach einem Eingreifen Rußlands in die Balkanangelegenheiten deutlich durchklingt. Wir legen diesen Ausführungen vorläufig nur geringe Bedeutung bei, sie werden jetzt weder direkt noch indirekt den Gang der russischen Politik beeinflussen.

Dagegen erscheint uns das brüske und vertragswidrige Vorgehen des russischen Finanzministers Witte um so beachtenswerter. Es ist das Signal zu einer Hochflut von Angriffen gegen die deutsche Politik in der russischen Presse gewesen und wird eine ruhige Verständigung über die beiderseitigen Interessen bestimmt erschweren. Es handelt sich bekanntlich um eine Verfügung, „der zufolge die Kotierung von Wertpapieren, an deren Gründung und Verwaltung deutsche Reichsangehörige beteiligt sind, fortan an den russischen Börsen nur mit besonderer Bewilligung des Finanzministers in jedem Falle zuzulassen sind". Diese durch einen vielleicht nicht ganz ge-

Digitized by Google

schickt formulierten Beschluß der Zulassungsstelle der Berliner Börse veranlaßte Maßregel steht aber in striktem Widerspruch zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage vom 10. Februar 1894 und kann um so weniger ohne Erwiderung gelassen werden, als Herr Witte in seinen internationalen Beziehungen schon früher sich Willkürlichkeiten und Freiheiten im Ton erlaubt hat, die mit Recht sehr übel vermerkt worden sind. Nach solchen Kundgebungen des Ministers aber reguliert die Presse ihr politisches Thermometer. Wir sind allezeit für korrekte freundnachbarliche Beziehungen zu Rußland eingetreten, aber doch nur auf dem Boden der Reciprozität. Die Methode Witte ist, das können wir mit aller Bestimmtheit versichern, sehr übel angebracht, wenn ihr Ziel sein soll, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland in einem für Rußland vorteilhaften Sinne zu beeinflussen. Es ist asiatische, nicht europäische Methode, und der Herr Minister hat offenbar die Himmelsgegenden verwechselt, als er sein Reskript vom Stapel ließ. Bei besserer Orientierung läßt sich das Versehen vielleicht noch gut machen.

Uebrigens verstehen wir wohl, daß man in Rußlands finanziellen Kreisen übler Laune ist. Bei der Frage der chinesischen Kriegsschuld ist Rußland ganz isoliert geblieben. Ihm ist die Zahlung in Bonds unbequem, weil diese je nach dem Kredit des Staates, in dessen Händen sie ruhen, leichter oder schwerer zu realisieren sind. Das „Journal des Débats" aber bemerkte noch vor wenigen Tagen, daß Frankreich keinerlei Anlaß habe, mit der Ausgabe von Bonds unzufrieden zu sein, wogegen freilich „anderen" Mächten mit weniger festem Kredit eine Gesamtgarantie oder auch nur die gemeinsame Garantie einiger Mächte bequemer gewesen wäre. Man hört die kleine Schadenfreude, die in diesen Ausführungen liegt, recht deutlich durch, und wir glauben nicht, daß sie sich nur gegen Japan richtet. Aber vielleicht kommt den russischen Finanzen eine Hilfe von anderer Seite. Es heißt, daß amerikanische Kapitalisten Neigung zeigen, die russische Industrie in ihre „potenten" Hände zu nehmen, und das könnte allerdings neues Leben in Unternehmungen bringen, denen mit den Millionen der letzten französischen Anleihe doch nur in bescheidenem Maße geholfen werden konnte. Freilich würden die Amerikaner noch mehr als die Belgier, über die man in Rußland heute einigermaßen enttäuscht ist, dem eigenen Vorteil nachgehen. Sie

Digitized by Google

pflegen ihre Hand von einer Citrone nicht zurückzuziehen, ehe sie ganz ausgepreßt ist, aber im Moment wäre es wirkliche Hilfe, und schließlich hat nicht nur in dem Frankreich Ludwigs XV. das berühmte „après nous le déluge“ seine Geltung.

Am 11. Juni sind in Madrid vom liberalen Ministerium Sagasta die Cortez eröffnet worden. Die ersten seit König Alfons XIII. volljährig ist, was freilich nicht ausschließt, daß die Regierung thatsächlich nach wie vor in den Händen seiner Mutter, der Regentin, ruht. Auch ist der König zu der Feierlichkeit noch in der Uniform der Militärschule erschienen! Es fällt schwer, der neuen liberalen Aera ein Prognostikon zu stellen. Sagasta hat in der Thronrede ein sehr weitgehendes Reformprogramm entwickelt und auch einige Grundzüge der künftigen auswärtigen Politik Spaniens erkennen lassen. Was bei den letzteren auffällt, ist das entschiedene Bemühen, möglichst gute Beziehungen zu dem lateinischen Südamerika anzuknüpfen, und die Bedeutung der spanisch-afrikanischen Kolonien möglichst scharf hervorzuheben. Beides läßt sich nur billigen und entspricht durchaus den realen Bedürfnissen der Monarchie. Um so bedenklicher erscheinen uns einige Punkte des der inneren Politik geltenden Teils der Thronrede. Wahlreform, Reform des Gerichtswesens, der sozialen Gesetzgebung, Unterstellung der Kongregationen unter das bürgerliche Recht, Reform des Budgets für Kultus und Schule, Revision des Konkordats, Reorganisation der Armee und der Flotte, Herstellung des Gleichgewichts im Budget, Reform der Münze und des Bankwesens, endlich Konvertierung der Staatsschuld, soweit dies noch nicht geschehen ist! Das giebt eine ungeheuere Summe von Arbeit und berührt alle Fragen, an denen erfahrungsmäßig die Leidenschaften in Spanien sich meist zu erhitzen pflegen. Namentlich lassen sich die Maßregeln, welche die Kongregationen treffen sollen, wie überhaupt alles, was direkt oder indirekt den spanischen Klerus trifft, nicht ohne Beunruhigung anschauen. An diesen Dingen ist bisher noch jede spanische Regierung gescheitert und wir sehen eben jetzt, wie ungeheuer die Schwierigkeiten sind, mit welchen das Ministerium Waldeck-Rousseau in Frankreich zu kämpfen hat, seit es mit der Geistlichkeit im Kampfe steht. Spanien aber ist weit katholischer als Frankreich, seine öffentliche Meinung wird auch nicht in einem Zentrum, wie Paris es für Frankreich darstellt, ge-

Digitized by Google

macht, sondern gerade aus den Provinzen pflegt der Widerstand emporzusteigen: von der Peripherie zum Zentrum, nicht umgekehrt, wie in Frankreich.

Es soll uns freuen, wenn wir uns täuschen, denn wir wünschen den Spaniern eine Periode der Erholung und der Wiedergeburt. Es ist eine edle Rasse, in deren Adern auch edles deutsches Blut fließt. Wir schließen uns daher dem Wunsche an, in welchen die Königliche Botschaft ausmündet: „Mag König Alfons XIII. jetzt bei Beginn seiner Regierung einen hochgesinnten Patriotismus unter seinen Unterthanen finden, auf daß es ihm möglich wird, seinem Vaterlande die frühere Bedeutung zurückzugewinnen."

Digitized by Google

22. Juni. Ernennung des Generals Chaffee zum Generalgouverneur der Philippinen.
23. Juni. Graf Waldersee verläßt Nagasaki.

---

26. Juni 1901.

„Ueber die Notwendigkeit der Allianz zwischen Frankreich, Rußland und Oesterreich-Ungarn. Diplomatische Geheimverhandlungen zwischen Herrn Delcassé, französischem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und ungarischen Patrioten. (1899 bis 1901.) Von Julius Rimler, Doktor der Rechte, ungarischer Diplomat. Mit einer Vorrede von H. Alfred Duquet, Ritter der Ehrenlegion." Französisch. Eine deutsche Uebersetzung ist gleichzeitig erschienen. Verlag von A. Charles, Paris. 159 Seiten 8°.

Dies ist der etwas langatmige Titel eines soeben erschienenen Buches, das wir nicht ohne Spannung in die Hand genommen und in der heitersten Stimmung zu Ende gelesen haben. Ein ungarisches Seitenstück zur Allianz Kramarz-Chéradame, nur daß es im Gegensatz zu den fanatischen tschechisch-nationalistischen Zukunftsplänen, in unübertrefflicher Komik die Geschichte des politischen Fiasko eines ungarischen Mikosch-Konsortiums erzählt, das seine politischen Netze nach Petersburg und Paris hin auswarf, um die Gimpel zu fangen, welche ihm eine Million Francs (excusez du peu) nicht etwa vorstrecken, sondern schenken sollten, um als Gegendienst die Allianz Oesterreich-Ungarns auf einen Zukunftswechsel in Empfang zu nehmen!

In der That, das 20. Jahrhundert, das, wie die politischen Wetterpropheten in Petersburg und Prag versichern, ein slavisches Jahrhundert werden soll, beginnt mit interessanten Proben der schöpferischen Phantasie dieser neuen Kulturelemente. Wir können nur Beifall klatschen und werden mit Dank jedes weitere Bänd-

Digitized by Google

chen ähnlicher Enthüllungen unserer humoristischen Bibliothek einverleiben.

Aber wir müssen unsere Leser zunächst mit den Akteuren des Lustspiels bekannt machen. Hauptperson: Gabriel Ugron, ungarischer Abgeordneter, Chef der Unabhängigkeitspartei, als Redner und Staatsmann eine einzigartige Erscheinung, wie sie im Laufe der Jahrhunderte nur selten ersteht (que même des siècles ne produisent que rarement). Wenn er in den bald dreißig Jahren, die er als Abgeordneter fungiert, nichts Thatsächliches hat erreichen können, so lag das an der Ungunst der Verhältnisse und, wir bedauern es annehmen zu müssen, wohl auch an der politischen Unfähigkeit seiner Landsleute, die den großen Mann lange nicht zu erkennen vermochten. Und doch hat er die ganze Kampagne von 1870 bis 1871 als französischer Franctireur mitgemacht, was in besseren Tagen, da echtes Heldentum noch anerkannt wurde, selbst wenn es sich gegen Windmühlenflügel richtete, ihm sicherlich großes Lob eingetragen hätte. Dafür ist er heute, nach der großen Rede, die er im Dezember 1899 in den ungarischen Delegationen gegen die Tripelallianz hielt, unermeßlich populär und „der einzige Politiker in Ungarn, ja vielleicht in der gesamten habsburgischen Monarchie, der bereit ist, sein Ansehen für das franko-russische Programm einzusetzen" („le seul homme politique . . . décidé . . . en faveur de notre programme franco-russophile . . ."). Nun müssen wir gestehen, daß dieses letztere Bekenntnis uns lebhaft betrübt hat. Der große Mann scheint trotz all seiner Gaben isoliert dazustehen, aber freilich ist die Kühnheit um so genialer, mit welcher er über die Zukunft Oesterreich-Ungarns und über die Gestaltung der Karte Europas verfügt: unermeßlich populär und doch einsam wie ein Finger. Wie mag es im Busen des Gewaltigen aussehen?

Aber vielleicht urteilen wir zu pessimistisch. Der Mann hat einen Freund und einen treuen Diener. Der Freund ist Dr. Milos Stefanowitsch, Haupt der ungarischen Slovaken, in Preßburg wohnhaft und wegen der Lauterkeit seines Charakters weit berühmt. Sogar als die ungarische Regierung bemüht war, ihn erst durch beträchtliche Geldsummen, dann durch Ernennung zum Gerichtspräsidenten zu bestechen, hat er, was selbst unter seinen Freunden Aufsehen erregt zu haben scheint, die Versuchungen würdevoll zurückgewiesen. Das

Digitized by Google

ist antike Tugend und man denkt unwillkürlich an jenen Gaj. Fabricius, der den Lockungen und Drohungen des Pyrrhus von Epirus so mannhaften Widerstand entgegensetzte. Wer wird sich nicht freuen, daß gerade unter den Slovaken dieser Geist fortlebt: die Tugend des Stefanowitsch und der Genius von Ugron, welche Kombination! Und doch, was wären sie ohne den selbstlosen Diener, der sich den beiden zur Verfügung gestellt hat, um der Kombination von Kopf und Herz als Hand und Fuß zu dienen. Herr Dr. Julius Rimler, der Verfasser unseres Buches, ist dieser treue Diener, die rastlose, stets schreibfertige Hand und der unermüdliche Bote, der, mit den Instruktionen der beiden großen Männer versehen, heute nach Petersburg und morgen nach Paris eilt, dessen Eifer weder durch verschlossene Thüren, noch durch nicht beantwortete Briefe, ja nicht einmal dadurch zu lähmen ist, daß man ihm unhöflich den Rücken zukehrt. Er kommt doch wieder, wenn nicht anders durch die Hinterthür, und schließlich ist ihm keiner entgangen. Mit der Ungerechtigkeit der Welt hat auch er zu kämpfen gehabt. Die österreichische Regierung verstand seine Dienste nicht zu schätzen; er mußte schon als Hofrat seinen Abschied nehmen, obgleich gar nicht zweifelhaft sein kann, daß er viel mehr werden wollte. Dabei ist Herr Rimler von bewunderungswürdigem persönlichem Mut. Er ist, wie er uns selbst erzählt, einmal nach Petersburg gefahren, obgleich dort einige Cholerafälle vorgekommen waren — auch das eine fast antike Todesverachtung.

In dem Kreise dieser drei vortrefflichen Männer, die gewohnt waren, trotz ihres Idealismus auch, wie ernsten Staatsmännern ziemt, mit den Realitäten des Lebens zu rechnen, brach nun die Erkenntnis durch, daß sie vor allem einer Million bedurften, um Oesterreich-Ungarn so weit zu beeinflussen, daß es sich der Wohlthat ihrer Führerschaft anvertraute („la modeste somme d'un million de francs, qu'ils jugent nécessaire pour subvenir aux frais d'organisation . . ."). Wo aber wäre Geld zu haben, wenn nicht in Frankreich, das schon so vielen mit seinem Beutel geholfen und dem es auf eine Million mehr oder weniger unmöglich ankommen konnte? Herr Rimler kannte vom Jahre 1893 her den damaligen Abgeordneten Pichon, hatte auch einen sorgfältig bewahrten Brief Pichons in Händen, in welchem dieser sich dahin aussprach, daß eine Versöhnung zwischen Russen und Ungarn eine Verständigung zwischen

Digitized by Google

Frankreich und Oesterreich zur Folge haben müsse. Hier ließ sich anknüpfen, zumal er von früher her noch einige andere Freunde hatte, die Herren Poincaré und Jules Lemaître, einen der Unsterblichen von der Akademie. Vor allem aber war es ihm gelungen, an den Präsidenten der französischen Kammer, den schönen Paul Deschanel, heranzukommen, den Mann, von dem Rimler überzeugt ist, daß das Schicksal ihn bestimmt habe, dereinst als Präsident der französischen Republik den Anschluß Oesterreich-Ungarns an die alliance Franco-Russe durchzuführen. („Il a le courage politique, qui dompte les événements, les conduit et les mène au but sublime et précis auquel il veut et doit atteindre.") So reiste denn Herr Rimler nach Paris und entwickelte diesen kongenialen Männern sein Programm. Es ist in Kürze das folgende (wir empfehlen aber denjenigen unserer Leser, die Geschmack an hochfliegender politischer Phantasie haben, selbst bei Herrn Rimler nachzulesen):

Vor allem, Frankreich stellt den Herren Ugron, Stefanowitsch und Rimler eine Million Francs zur Verfügung. Dafür verpflichten sie sich bei den nächsten Wahlen zum ungarischen Parlament, mit Hilfe einer antideutschen Koalition von Slaven und Ungarn, die Majorität im Parlament zu erringen, womit eigentlich alles gewonnen wäre. „Denn diese neue franko-russophile Partei würde zugleich eine kostbare, ja unentbehrliche Stütze für die Slaven Oesterreichs werden, und es ihnen möglich machen ... für immer mit den Deutsch-Oesterreichern aufzuräumen." Die sich daraus notwendig ergebenden Konsequenzen seien einfach genug. Schon die bloße Thatsache, daß die Partei Ugron im Parlament siegt, würde jede Mobilisierung für einen gegen Rußland oder Frankreich gerichteten Krieg unmöglich machen, und es liege auf der Hand, daß Frankreich dadurch für die Rückerwerbung von Elsaß-Lothringen in eine überraschend günstige Lage versetzt werde. Aber dies sei nur eine erste Frucht, die sich aus dem mit Hilfe der französischen Million gesicherten Siege der Partei Ugron ergeben werde. Das nächste müsse der Sieg der Tschechen in Böhmen und das Unterliegen der böhmischen Deutschen sein, was den Kaiser Franz Josef unter dem doppelten Druck der ungarisch-slovakischen Koalition auf der einen, der Tschechen und ihrer Gefolgschaft auf der anderen Seite, nötigen werde, den Wünschen beider nachzugeben. Sei erst

Digitized by Google

die Stephanskrone in voller Selbständigkeit hergestellt, so falle auch das unselige dualistische System, das durch die Gemeinsamkeit der Armee und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten dahin geführt habe, die Herrschaft der Deutsch-Oesterreicher über Ungarn und Slaven zu verewigen. Also, keine gemeinsame Armee und keine gemeinsame auswärtige Politik mehr, an die Stelle des Dualismus die Selbständigkeit Ungarns und die Föderation in Oesterreich mit dem durch Personalunion gemeinsamen Oberhaupte, jetzt dem Kaiser Franz Josef, zu dessen väterlicher Weisheit seine loyalen Unterthanen unbegrenztes Vertrauen hätten, in Zukunft Franz Ferdinand, der schon glänzende Proben seines politischen Mutes gegeben habe, und endlich in weiterer Zukunft der Erzherzog Otto, der einer der glänzendsten Kavallerie-Generale Oesterreichs sei. Da aber Ungarn und Oesterreich in der ungeheueren Mehrheit ihrer Bevölkerung aus Ungarn und Slaven bestehen, verlange das eigene Interesse der Habsburger, daß sich das Kaiserhaus zu einer ungro-slavischen Dynastie umforme (de se transformer en une dynastie nationale uhgaro-slave). Sei dann die deutsche Organisation der Armee endgültig beseitigt, und habe Ungarn eine eigene nationale Vertretung in der auswärtigen Politik, so sei damit auch der deutschen Hegemonie in Ungarn der Todesstoß versetzt. Der Unterstützung der Kurie und des Klerus aber sei man sicher. Das Ziel locke sie. „Ist Oesterreich ein Föderativstaat, Ungarn thatsächlich und von Rechts wegen ein souveräner Staat geworden, beide brüderlich vereint unter dem glorreichen Scepter der Habsburger, so wendet sich die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns unzweifelhaft zu Frankreich und Rußland." Das ungarische Volk aber sei dann zu jedem Zugeständnis bereit, selbst zu dem Verzicht auf die geltende parlamentarische Ordnung und zur Herstellung eines absolutistischen Regiments (le peuple hongrois accorderait tout, même l'autocratie!), zumal das ungarische Parlament nichts anderes sei „als eine traurige Versammlung erkaufter oder bestochener Deputierter (triste assemblée composée de députés vendus ou achetés!).

Das ist freilich eine unerhörte Behauptung und Herr Rimler wird sich wohl darüber auszuweisen haben, ob die Herren Ugron und Stefanowitsch, die beide Abgeordnete sind, ihn auch zu diesem Angriff auf die gesamte Vertretung seines Landes bevollmächtigt haben.

Digitized by Google

Doch wie dem auch sei: wir kennen nunmehr die Trümpfe, die Herr Rimler in seinem Spiel hatte, als er 1898 nach Paris zog, um die Jagd nach der Million und nach der alliance Franco-Russe zu beginnen. Er selbst erzählt darüber das folgende: „Als Mandatar der Herren Gabriel d'Ugron und des Dr. Milos Stefanowitsch, habe ich mich an Herrn Delcassé, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich, gewandt. Ich hatte die Ehre, von ihm empfangen zu werden und habe mit ihm Unterredungen gehabt, die zur Bildung einer franko-russophilen Partei in Ungarn und schließlich zur franko-russisch-österreichisch-ungarischen Allianz führen sollten.

„Wir haben uns über alle in Sicht genommenen Punkte verständigt, und es fehlte nur noch die Sanktion des Deputierten d'Ugron, der auf die formelle Einladung Herrn Delcassés sich Anfang 1900 nach Paris begab. Das alles wird reichlich bestätigt durch die beigefügte diplomatische Korrespondenz."

Die Korrespondenz, die übrigens keinen einzigen Brief Delcassés enthält, sondern nur Schreiben der Herren Rimler, Ugron und anderer, ergiebt zwar, daß es Herrn Rimler gelungen ist, durch die Vermittelung der Herren Poincaré und J. Lemaître von Delcassé eine Audienz zu erhalten, und daß dieser sich dann auch herbeiließ, Herrn Ugron bei sich zu sehen, aber erst am 17. Januar 1900, und daß er dann die beiden Herren mit schönen Worten abgespeist und sie wegen ihrer finanziellen Pläne an eine Bank gewiesen hat — die ihnen kein Geld gab. „Mr. Delcassé — qui n'est pas un naïf — s'est moqué de nous et a trahi nos intérêts et ceux de la France!" Die Formulierung ist etwas drastisch, aber sie entspricht soweit der Wahrheit, als Herr Delcassé sich die Leute angesehen hat, um sie niemals mehr wiederzusehen. Es war ihm offenbar interessant, sich selbst davon zu überzeugen, wer der große Ugron war, den ihm seine Freunde, darunter auch Herr Deschanel, so warm empfohlen hatten — aber, wie Herr Rimler es so hübsch sagt: il n'est pas un naïf, und so ließ er sie wieder laufen, woher sie gekommen waren. 3000 km sind es gewesen, sagt Herr Rimler entrüstet, und das ward einem Manne wie Ugron zugemutet.

Der Schluß der Komödie läßt sich in drei Worten erledigen. Herr Rimler fuhr nach Petersburg und klagte den Herren Pobedonoszew, Ignatiew, Wassiltschikow, Gurko, Komarow u. s. w. sein

Digitized by Google

Leid; er veröffentlicht auch einen Brief, den er an eine „hohe russische Excellenz" gerichtet hat, schreibt noch einmal von Petersburg her an Delcassé — die verspielte Million läßt ihm keine Ruhe —, der wiederum nicht antwortet, reist nochmals nach Paris und bittet am 25. Januar 1901 den Präsidenten Loubet um eine Audienz „in wichtigen politischen Angelegenheiten". Aber auch der antwortet nicht, und ebenso finden zwei dringende Briefe an Delcassé vom 3. Februar und vom 5. Mai 1901 keine Antwort, obgleich Deschanel, der offenbar „un naïf" ist, sich für Rimler verwandt, und Ugron sich bereit erklärt hat, nochmals nach Paris zu kommen, wenn man ihn nur rufen wollte. Es blieb alles umsonst, und so entschloß sich Herr Rimler, sein Buch zu schreiben, das der Welt zeigen soll, wie der verantwortliche Leiter der französischen Politik die Allianz einer Großmacht von 46 Millionen Seelen zurückgewiesen habe. „Il nous a leurrés et ensuite lâchés, pour faciliter le jeu aux Austro-Allemands et surtout pour être agréable à Guillaume II." Daß Herr Rimler und seine Leute genasführt sind, wird sich wohl nicht bestreiten lassen, aber auch schwerlich läßt sich verkennen, daß ihre kindischen Anschläge diesen Ausgang finden mußten. Lehrreich sind sie uns trotz allem; zu der lächerlichen tschechischen Verschwörung, die wir jüngst enthüllten, ist das ungarisch-slavistische Seitenstück gekommen, und damit wohl der Beweis erbracht, daß sich mit diesen nationalistischen Elementen nicht regieren läßt. Die leitenden Kreise in Oesterreich-Ungarn werden wohl daraus ihre Schlüsse ziehen; wir hoffen aber auch, daß die Alldeutschen von Schönerers Observanz — und die sind es, die wir jüngst ins Auge faßten — sich daraus die Lehre ziehen, daß der Platz der Deutsch-Oesterreicher an der Seite der Dynastie ist und daß nur in engem Anschluß an sie das deutsche Element in Oesterreich-Ungarn den Platz behaupten kann, der ihm gebührt.

Eines freilich fällt auf: wie bei all diesen mit der Zukunft Oesterreichs spekulierenden und auf die Isolierung Deutschlands hinarbeitenden Zetteleien die französischen Nationalisten und die russischen „Patrioten" slavophiler und panslavistischer Richtung ihre Hand im Spiel haben. Es ist gleichsam die selbstverständliche Voraussetzung, daß jede Bestrebung, die dahin zielt, die zentrifugalen Kräfte in Oesterreich auf Kosten des Deutschtums zu stärken, dort ebenso

Digitized by Google

Unterstützung findet, wie jede gegen uns geplante Niedertracht. Die russische Presse der letzten Wochen hat in dieser Richtung erstaunliches geleistet, so daß man sich wohl fragt, aus welchem Grunde die russische Regierung diesem Treiben zuschaut. Die wahrscheinlichste Erklärung ist wohl, daß zur Zeit, im Hinblick auf die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen, es in Petersburg ganz nützlich scheint, wenn in Deutschland die Vorstellung sich festsetzt, daß die Regierung es mit einer antideutschen Bewegung von elementarer Kraft zu thun habe, mit der sie rechnen müsse. Man muß aber, um mit Herrn Rimler zu reden, „un naïf" sein, um sich dadurch täuschen zu lassen. Es hängt nur vom Willen der russischen Regierung ab, all diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, sie braucht sogar nur zu winken, um einen Hymnus uns zu Ehren ertönen zu lassen — nota bene wenn es ihr so paßt. Die öffentliche Meinung in Rußland denkt an ganz andere Dinge, als aus den Zeitungen herauszulesen ist, aber von diesen Dingen darf gerade nichts gedruckt werden. So sind diese russischen Preßäußerungen als Gradmesser der öffentlichen Meinung absolut wertlos, wohl aber zeigen sie, und das ist uns allerdings im höchsten Grade wichtig, was die russische Regierung für opportun findet, zu dulden: also in gewissem Sinne doch ein politisches Barometer, von welchem freilich nicht jedermann die richtigen Druckverhältisse abzulesen versteht.

Fast gleich unsicher und schwankend zeigt sich das politische Barometer Südafrikas. Die jüngsten Kundgebungen im englischen Parlament, sowie die große burenfreundliche Kundgebung in Queens Hall nebst der entsprechenden Gegendemonstration, der Widerspruch zwischen den offiziellen Nachrichten vom Kriegsschauplatz und privaten Nachrichten, Gerüchte über Verhandlungen, die begonnen, abgebrochen, wieder aufgenommen wurden, die Sendung der Frau Botha in den Haag und die angeblich in Südafrika eingelaufene Antwort des Präsidenten Krüger auf ihm (angeblich) zugegangene Friedensanerbietungen, endlich ganz neuerdings die in einem hiesigen Blatte kolportierte Nachricht vom Eingreifen anderer Mächte zur Herbeiführung eines Friedens zwischen Buren und Engländern, das alles giebt ein so verwirrtes Bild der Lage, daß es außerordentlich schwer fällt, zu sicherer Orientierung zu gelangen.

Digitized by Google

Dennoch möchten wir gewisse Punkte als höchst wahrscheinlich hervorheben: einmal, daß in England selbst die Opposition gegen die Regierung keine Aussicht hat, durchzudringen, zweitens aber, daß die Londoner Parole: kein Friede ohne völlige Unterwerfung der Buren! und die Haager Gegenparole: keine Unterwerfung ohne Anerkennung der vollen staatlichen Selbständigkeit beider Burenrepubliken! unmöglich das letzte Wort beider Parteien bleiben kann. Es scheint uns vielmehr, daß Afrika selbst mitzureden beginnt, einerseits durch Lord Kitchener, andererseits durch die Steijn, De Wet, Botha, d. h. durch diejenigen Elemente, die weit mehr als London und der Haag die eigentliche Last der Situation tragen. Damit stellt sich aber eine weitere Frage von geradezu entscheidender Bedeutung; wem gehört von seiten der Buren das letzte Wort, wenn es sich um eine Form des Friedensschlusses mit England handelt: dem Präsidenten Krüger oder dem Präsidenten Steijn und den kämpfenden Burengeneralen? Es läßt sich darauf keineswegs ohne weiteres antworten: natürlich Krüger! Krüger hat, so viel uns bekannt ist, seine Vollmachten nicht veröffentlicht. Sucht man sie aus dem zu konstruieren, was bisher geschehen ist, so müssen sie den Vollmachten von Thiers gleichgekommen sein, als dieser im November 1870 seine Rundreise durch Europa antrat, um eine Intervention zu Gunsten Frankreichs herbeizuführen. Wenn aber Krügers Vollmachten auch auf Abschluß eines Friedens gehen sollten, so ist die Voraussetzung doch, daß England sich an ihn oder er sich an England wendet, und das gerade scheint bis auf weiteres ausgeschlossen. Am 23. Januar 1903 aber ist das Quinquennium Krügers um; — soll nun bis zu diesem Termin der Krieg unter allen Umständen fortdauern, wenn Krüger Nein sagt, oder haben die in Südafrika Kämpfenden das Recht, von sich aus, auch ohne Genehmigung des Präsidenten oder gegen seinen Willen ein Abkommen mit England zu schließen, so gut sie es eben finden können? Es ist nicht wahrscheinlich, daß es darüber zu einer theoretischen Erörterung kommen wird. Entscheiden werden die inneren Notwendigkeiten, die sich aus der Kriegslage ergeben, und obgleich wir immer von neuen kleineren oder größeren Erfolgen der Buren hören, läßt sich die Stunde vorhersehen, da sie die Hände sinken lassen. In den 81 Wochen, die der Krieg nunmehr dauert, ist vielleicht ein Drittel der englischen Armee in Kriegsgefangenschaft

Digitized by Google

bei den Buren gewesen; aber sie können ihre Gefangenen nicht halten, während jeder ihrer Leute, der in englische Hände fällt, für den Kampf dauernd verloren geht. Schon sind St. Helena und die Lager in Ceylon überfüllt, bald werden es auch die Bermudas-Inseln sein. In Sehnsucht nach der Heimat vergehen die Männer, die Frauen welken in der Gefangenschaft der Zwangslager, welche die Engländer ihnen bereitet haben, dicht zusammengedrängt, bemüht, die Kleinen durchzubringen, die sie sich aus den jammervollen Tagen gerettet haben, da sie Haus und Hof brennend hinter sich zurückließen. Getrennt von Vater, Gatten und Söhnen, ganz auf sich selbst angewiesen in den Tagen, da die Frau zumeist der Stütze und des Rates bedarf! Das ist so entsetzlich, daß allerdings, von Afrika aus gesehen, die Dinge ein anderes Antlitz zeigen müssen, als wenn man von Europa aus zu ihnen hinüberschaut. Sollte sich nicht eben daraus das innere Recht der in Afrika Kämpfenden ergeben, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen? Was sie entscheiden, ist unter allen Umständen durch diese Thatsachen gerechtfertigt und England mag zusehen, daß es den Bogen nicht überspannt.

Digitized by Google

1. Juli. Chamberlain theilt dem Unterhause mit, daß vorläufig das Kapparlament nicht zusammentreten werde.

---

3. Juli 1901.

Wir sind in der letzten Zeit durch die Ueberraschungen, welche von den politischen Franktireurs in Böhmen, Ungarn, Paris, Petersburg und London angezettelt waren und allesamt in ein klägliches Fiasko ausmündeten, so sehr in Anspruch genommen worden, daß wir darüber den großen Zusammenhang der gegenwärtigen Weltlage nicht weiter verfolgen konnten. Und doch ist es unerläßlich, sich gerade diese Hauptsachen klar im Bewußtsein zu erhalten, weil man sonst Gefahr läuft, sich in Einzelheiten zu verlieren, die doch nur von sekundärer Bedeutung sind.

So möchten wir den Satz an die Spitze unserer heutigen Betrachtung stellen, daß an verantwortlicher Stelle in Europa wie in Amerika überall das aufrichtige Streben vorhanden ist, jeden Konflikt, der zu kriegerischen Verwickelungen führen könnte, zu vermeiden. Wo Symptome entgegengesetzter Bestrebungen uns entgegentreten, können wir mit absoluter Bestimmtheit sagen, daß es sich um Unterströmungen handelt, die den betreffenden Regierungen höchst unbequem sind, aber sich zum Teil ihrer Einwirkung zu entziehen vermögen. Eine rasche Prüfung der großen Politik, von Staat zu Staat verfolgt, wird unsere Behauptung bestätigen. Wir können dabei von Deutschland absehen, da es bei uns derartige friedensfeindliche Unterströmungen nicht giebt, und in dem einen Punkt alle unsere Parteien, von der äußersten Rechten bis hinab zu den auf den Zukunftsstaat wartenden Sozialdemokraten, einer Ansicht sind. Was Deutschland will, ist ein Frieden, den es gegen jedermann zu verteidigen stark genug sein will, und eine Politik, die ihre Kompromisse mit dem berechtigten Egoismus der anderen Mächte so

Digitized by Google

schließt, daß wir dabei nicht zu kurz kommen. Wir glauben nicht, daß es auch nur einen Deutschen giebt, der gegen diese Formulierung Widerspruch erheben wollte. Die Gegensätze treten erst da auf, wo es sich um Detailfragen handelt, und auch über sie würde man sich leichter verständigen, wenn man diesen Grundgedanken unserer politischen Haltung sich stets gegenwärtig hielte.

Sehen wir nun nach Rußland hinüber, so ist die aufrichtige Friedensliebe Kaiser Nikolaus' II. unbestritten und ebenso sicher, daß Graf Lambsdorff den Absichten seines Herrn Rechnung zu tragen entschlossen ist. Aber die Verhältnisse liegen auf russischem Boden nicht so einfach, und die Ziele der traditionellen Politik des Staates sind nicht so durchsichtig wie bei uns. Zunächst hat von jeher die russische Politik doppelt Buch geführt, sie will ihre Haltung in Asien, so weit das irgend möglich ist, völlig unabhängig erhalten von ihren europäischen Aufgaben. Sind die letzteren eminent friedlich, so hält jedermann in Rußland es für selbstverständlich, daß Rußland sich in Asien auch weiterhin territorial ausbreiten muß. Das gilt als Erfüllung einer gottgesetzten Aufgabe, als die historische Mission, der sich kein Herrscher und kein russischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten entziehen kann. So steht man den sich in Asien bietenden Problemen gleichsam naiv gegenüber. Wo sich eine Gelegenheit bietet, greift man zu, und wo sie sich nicht bieten will, da schafft man sie. Das gilt auch von der Politik Nikolaus' II. und von ihr vielleicht noch mehr als von der seiner Vorgänger. Man darf nicht vergessen, daß der gegenwärtige Zar mit dem Gedanken der Mission Rußlands im Osten groß geworden ist. Die entscheidenden Eindrücke seines Lebens haben ihn in diese Richtung gewiesen, und es ist gewiß nicht unwesentlich, daß sich ihm mit all diesen asiatischen Problemen persönliche Erinnerungen verbinden. Ob ein bestimmtes Endziel, ist freilich eine andere Frage. Wir möchten vielmehr annehmen, daß es ein solches Endziel überhaupt für die russische Politik nicht giebt: man rückt eben weiter vor und nimmt, „was Gott giebt". So ist man in die Mandschurei eingerückt, und trotz aller prinzipiellen Geneigtheit, wieder abzuziehen, ist doch nichts unwahrscheinlicher, als daß sich die Möglichkeit dazu bieten wird. Ja, wenn in China wieder völlige Beruhigung einträte, wenn die russische Eisenbahn keinen militärischen Schutz mehr verlangte, wenn

Digitized by Google

Korea keine Sorgen weiter machte, Japan seinen beunruhigenden Ehrgeiz und England die Bestrebung fallen ließe, auch auf chinesischem Boden imperialistische Politik zu treiben, wenn das alles zusammenträfe, würde Rußland schon morgen seine Truppen abrufen. Aber noch ist dieser glückliche Augenblick nicht gekommen, und in Petersburg fürchtet man ernstlich, daß er überhaupt nicht kommen könnte, so daß in der That nichts übrig bleibt, als vorläufig die Mandschurei weiter zu schützen. Da nun die große Stellung, die Rußland damit eingenommen hat, naturgemäß auf die Phantasie der Orientalen wirkt, wird man begreifen, daß der Dalai-Lama von Tibet aus im Verlauf weniger Monate die zweite große Gesandtschaft nach Rußland abfertigt. Den Schutz, den das unruhige und geschwächte China ihm nicht gewähren kann, wird ihm Rußland nicht versagen und so durch die Macht der Verhältnisse dahin geführt werden, daß es den Franzosen in Tseschuan und Jünnan hinein die Hand reichen kann. Von welcher Bedeutung für die Zukunft eine solche Verbindung werden kann, überlassen wir der Phantasie unserer Leser auszumalen. Doumers Eisenbahnpläne, die trotz der Angriffe Bernards in der „Revue de Paris" die beste Aussicht haben, Wirklichkeit zu werden, können sich damit in einer für Englands wirtschaftlichen Pläne sehr bedenklichen Weise kombinieren. Ganz ähnlich wirkt das in Asien überall gestiegene Prestige Rußlands nach Persien und Afghanistan hinein, und wie ein unabweisbares Verhängnis ersteht daraus auch ein politischer Gegensatz Rußlands zu England. Denn darin liegt ein fundamentaler Unterschied in der Lage beider Mächte: England ist nicht in der Lage, seine asiatische Politik von seiner Haltung in den europäischen Angelegenheiten zu trennen. Sie hängen zusammen, und jeder Versuch, sie zu differenzieren, muß als totgeboren bezeichnet werden. Wo die Interessen beider Mächte in Asien zusammenstoßen, giebt es für England nur Zurückweichen oder Krieg, denn Rußland geht auf diesem Boden nie zurück. Der ungeheure Nachteil Englands aber liegt darin, daß es einen asiatischen Krieg gegen Rußland nicht mit seinen asiatischen Streitkräften führen kann; die sind unzureichend, während Rußland schon heute eine schlagfertige asiatische Armee bereit stehen hat, die ohne Schwächung der russischen Aufstellung im Westen sehr wesentlich verstärkt werden kann. Nun glauben wir keineswegs, daß für absehbare Zeit —

Digitized by Google

was heute immerhin einige Jahre bedeutet — ein solcher Zusammenstoß zu fürchten sei. England wird in Asien seine politischen Augen zudrücken, so lange es irgend möglich ist; auch hat es keinen Schimmer von Recht, einer Verständigung zwischen Rußland und Tibet zu widersprechen; aber daß ihm diese Entwickelung in höchstem Grade unbequem sein muß, das liegt auf der Hand.

Die heute so außerordentlich starke Attraktionskraft Rußlands wirkt auch in die Balkanhalbinsel hinein, aus der das einst so eifersüchtige England sich so gut wie ganz zurückgezogen hat. Serbien, Bulgarien, Montenegro stehen mehr oder minder unter russischer Führung, und die Tendenz ist, daß die russophile Richtung an Boden gewinnt. Wenn sie bei der hohen Pforte selbst nicht dominiert, so liegt das an besonderen Verhältnissen, auf die wir heute nicht eingehen wollen. Der Besuch des Großfürsten Alexander Michailowitsch in Bulgarien, die angekündigten Besuche Ferdinands von Bulgarien und König Alexanders von Serbien mit seiner vielgeprüften Gemahlin in Petersburg werfen schon jetzt ihre Schatten voraus. Zum erstenmale hat ein russischer Gesandter eine Inspektionsreise durch Serbien halten können, als besichtige er ein großrussisches General-Gouvernement, und wider alles Erwarten hat der russische Botschafter in Konstantinopel ein freundliches Wort für die Sünder zweiter und dritter Kategorie vom makedonischen Komitee eingelegt. Ueberhaupt will uns scheinen, als sei wieder Rußland Trumpf auf der Balkanhalbinsel. Das klang uns in leiser Andeutung aus der Rede Goluchowskis in den Delegationen und in verblüffender Deutlichkeit aus den Worten Prinettis entgegen. Nicht etwa, als hätte der eine oder der andere auch nur mit einer Silbe auf Rußland gemünzt, aber hier war ein Ton der Besorgnis, dort die überraschende Hindeutung auf einen Anspruch, der sein Recht wohl nur auf die eben skizzierte Situation gründen kann. Wenn vor Jahr und Tag Garibaldi Albanien als das natürliche Erbe Italiens ansah, so hat das niemanden verwundert. Der vortreffliche Mann hatte, um mit Cavour zu reden, ein Herz von Gold, aber den Kopf eines Büffels; die Staatsmänner von heute aber dürfen sich in der Politik weder den einen noch den anderen Luxus erlauben. Albanien ist immerhin die Provinz eines völkerrechtlich anerkannten Staates, über den sich nicht disponieren läßt, als wäre es terra nullius. Uns scheint es nicht

Digitized by Google

glücklich, daß Italien sich, vielleicht unter montenegrinischen Einflüssen, mindestens sehr vorzeitig in Bezug auf Balkanprobleme engagiert, die vorläufig als nicht existent betrachtet werden müssen. Reden, wie sie Bovio gehalten hat, lassen sich nur aus dem Bewußtsein vollster Unverantwortlichkeit erklären, das uns bei südländischen Parlamentariern noch häufiger entgegentritt als bei — anderen.

Da wir nun einmal von der russischen Politik in die italienische geraten sind, mag die letztere mit zwei Worten charakterisiert werden. Italien ist in der Lage einer verheirateten Frau, die von vielen Bewerbern umgeben ist und sich fragt, wie lange sie ihre Tugend verteidigen und wem sie dieselbe opfern soll. Hier die alliance latine, dort der neue slavische cavaliere serviente. Bisher hat sie eine Entscheidung noch nicht getroffen. Aber der flirt läßt sich nicht verkennen, und das kann man in ihrem Interesse bedauern, denn wenn es, wie wir nicht glauben, zur Scheidung kommen sollte, würde sich herausstellen, daß die anderen ein Verhältnis, keine Ehe wünschten. Doch wir wollen lieber ernst bleiben. Wer die römische Korrespondenz der „Peterb. Wjedomosti" vom 25. Juni liest, wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß es sich um sehr ernst gemeinte Anschläge handelt, Italien vom Dreibunde zu lösen; allerdings ist es noch eine Agitation, die sich auf die Presse und auf nicht verantwortliche Kreise beschränkt. Aber sie ist gehässig gegen Deutschland und namentlich gegen Oesterreich-Ungarn. Die von Italien zu begünstigenden nationalen Bestrebungen Albaniens sollen gegen die österreichische Stellung in Bosnien und der Herzegowina ausgespielt werden, und es ist gewiß kein Zufall, wenn der Korrespondent der „Peterb. Wjedomosti" dabei mit Herrn Chéradames „L'Europe et la question d'Autriche" argumentiert. Uebrigens halten wir die letzten Publikationen über die österreichische Zukunftsfrage, wie sie die französischen Nationalisten, die Tschechen und die Ungarn à la Rimler und Ugron aufgebracht haben, für eine nützliche politische Aufklärungsarbeit. Sieht man doch heute was hinter diesen Herren steht, oder vielmehr was nicht hinter ihnen steht. Herrn Ugrons Verteidigung ist so über die Maßen schwach gewesen, daß alles von ihm abgerückt ist, Herr Rimler hat doch vornehmlich chantage getrieben, und die französischen und russischen Freunde der

Digitized by Google

Herren haben alles kompromittiert, was mit ihnen in Berührung gekommen ist. Auch hat die russische und die große französische Presse für gut befunden, nachträglich die Entlarvung der „Verschwörung" totzuschweigen. So wird das offizielle Oesterreich-Ungarn seine Wege weitergehen, nachdem es die unwahre und lästige Scheinfreundschaft dieser „Patrioten" abgestreift hat. Es tritt aber der sehr ernste Verdacht auf, daß auch klerikale Einflüsse jenen in die Hand gearbeitet haben, und zwar vornehmlich ausländischer Klerikalismus. Aber auch dieses heikle Thema wollen wir nur andeuten, nicht eingehend behandeln. Bei aller Verehrung, welche die ehrwürdige Figur des greisen Papstes verdient, trägt die Politik, die sich in der Persönlichkeit des Kardinals Rampolla verkörpert, einen beunruhigenden und irritierenden Charakter. Sie dient nicht dem inneren Frieden der Staaten und kann auch nach außen hin Verwickelungen anbahnen, bei denen dann schließlich gerade die Kurie am schlechtesten fahren würde.

In Frankreich, wo gerade jetzt die Maßregeln gegen die Associationen Gesetz geworden sind, zeigt die innere wie die äußere Politik überraschende Beweglichkeit. Hat das Ministerium Waldeck-Rousseau eben glücklich ein Biennium sorgenvoller Regierungsthätigkeit hinter sich und unter schwierigen Verhältnissen den Frieden im Innern und sein Ansehen nach außen hin aufrecht erhalten, so läßt sich doch nicht verkennen, daß in diesen zwei Jahren der Radikalismus sozialistischer Färbung entschieden an Boden gewonnen hat. In gleichem Verhältnis ist dann der innere Zusammenhang der Nationalisten einerseits und der Monarchisten andererseits gefestigt worden, obgleich die letztere Gruppe trotz der Unterstützung, die sie von klerikaler Seite findet, aktionsunfähig erscheint, und die Nationalisten ihre intransigenten Führer verloren haben. Aber es ist nicht daran zu denken, daß diese beiden Gegner der Republik von heute als politischer Faktor verschwinden, und beide haben die Chance, einmal durch Ueberrumpelung an die Spitze zu gelangen. Das wäre keineswegs erfreulich, denn wenn die gegenwärtige Regierung in der Lage ist, die Bahnen einer besonnenen Politik einzuhalten, müßten die anderen sich neue Verdienste erwerben, und zwar so, daß sie dem trotz allem nach wie vor lebendigen französischen Chauvinismus Gelegenheit zu Triumphen schaffen oder mindestens in Aussicht stellen.

Digitized by Google

Die Affaire Lur-Saluces und die Agitation, die Déroulède aus dem Winkel seines Verbannungsortes treibt, scheinen ungefährlicher, als sie in Wirklichkeit sind, und es ist gewiß kein erfreuliches Zeichen, wenn ein ernstes Blatt wie das „Journal des Débats" es für einen groben Fehler erklärt, daß Lur-Saluces schuldig gesprochen und bestraft wurde. Dazu kommt die doch sehr zweideutige Rolle, die Deschanel spielt, der sich offenbar den Sprung in das Lager jeder siegreichen Partei frei zu halten bemüht ist.

Nach außen hin hat Delcassé mehr Geschick gezeigt, als bei seiner Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten billig erwartet werden durfte. Bisher ist kein unbesonnener Schritt von ihm gethan worden, obgleich die Versuchung nahe genug gelegen haben mag. Dem Nichtfranzosen muß allerdings manches in den russisch-französischen Beziehungen abnorm erscheinen, aber in der Frage der nation amie et alliée befindet sich nun einmal jeder französische Staatsmann in einer Zwangslage, und schließlich wird man zugeben müssen, daß, solange der französische petit rentier bereit ist, seine Ersparnisse in russischen Anleihen anzulegen, ein französischer Minister sich nicht taub stellen kann, wenn Herr Witte anklopft. Frankreich hat seine Stellung in Marokko wesentlich gestärkt, nachdem es sich in Besitz aller Oasen der Westsahara gesetzt hat, und wenn die Verhältnisse in Algier Sorge machen, so hat man sie im entscheidenden Augenblick immer zum besten zu kehren verstanden. Uebrigens ist in Zusammenhang mit diesen algerischen Nöten ein Gedanke aufgekommen, der vielleicht von großer Tragweite werden kann. Der Abgeordnete d'Estournelle hat den Antrag gestellt, die Vertretung Algiers in der französischen Kammer zu beseitigen, weil eben Algier und das französische Mutterland in allen inneren Fragen verschiedene und zum Teil divergierende Interessen vertreten. In der That erscheint es beinahe lächerlich, die Araber und Juden Nordafrikas nach französischen Gesetzen zu regieren, die für ein Kulturvolk bestimmt sind, das sich im Stadium der Ueberreife befindet. Der Antrag fiel, aber wir zweifeln nicht daran, daß er wiederkommen und schließlich angenommen werden wird. Man würde dann von dem Gebiete der Fiktionen in Algier sich wieder auf den Boden der Realitäten stellen können. Die nationale Strömung in Frankreich ist heute vor allem antienglisch, während die Vorstellung von der Notwendigkeit einer

Digitized by Google

Revanche an Deutschland gleichsam in Reserve gestellt ist. Wir haben nichts gegen das letztere einzuwenden, blieb doch auch die Revanche für Waterloo über dreißig Jahre in Reserve, bis sie durch eine neue bête noire abgelöst wurde. Uebermäßige, übertriebene und geschraubte Empfindungen stumpfen sich mit den Jahren notwendig ab, und wäre nicht der große Hüter aller politischen Phrasen, Paris, Herr und Meister der französischen Gedankenwelt, die beiden Nationen würden sich ebenso freundlich und friedlich die Hände reichen, als die Privatpersonen hüben und drüben schon längst thun. Wenn in diesen Tagen in Anlaß des uns keineswegs begeisternden Automobil-Wettrennens bei uns von Privatleuten überall französische Fahnen ausgehängt wurden, zeugt das wohl dafür, wie völlig harmlos bei uns die öffentliche Meinung Frankreich gegenüber steht. Wenn nun ohne jeden Zweifel kein Franzose in Paris sich ähnlichen Kundgebungen hingeben würde, ist man geneigt, die Frage zu stellen, ob der deutsche Patriotismus unserer Berliner etwa geringer ist als der französische Patriotismus der Pariser? Gewiß nicht, aber er ist ruhiger und deshalb auch männlicher, und wir pflegen ja bei Personifizierung der Rassen der germanischen den männlichen und der lateinischen den weiblichen Typus zuzuweisen. Da alle Welt darüber einig ist, daß die Franzosen liebenswürdiger sind als wir, mögen sie sich das gefallen lassen, und auch wir wollen darum nicht streiten, erheben aber den Anspruch, jedenfalls weniger kapriziös und deshalb zuverlässiger als unsere liebenswürdigen Nachbarn zu sein.

Vielleicht erinnern sich unsere Leser, daß jüngst Herr Blennerhasset die neue Behauptung aufstellte, daß die Engländer eigentlich Romanen seien. Ob er damit ein Stück französischer Liebenswürdigkeit für sich in Anspruch nehmen wollte, wissen wir nicht, im allgemeinen wird wohl die Welt nach wie vor die Engländer für Germanen und — wir bedauern es sagen zu müssen — auch für wenig liebenswürdig erklären. In den letzten anderthalb Jahren hat England nach allen Seiten hin angestoßen und zwar indem es erst als Bewerber an fast allen Thüren auftrat, dann aber wieder recht brutal sich abwandte. Heute steht es so, daß England moralisch und politisch isoliert steht und zugleich mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten im Innern seines gewaltigen Imperiums zu kämpfen hat.

Digitized by Google

In Indien dauert die Hungersnot immer noch in wahrhaft erschrecklicher Weise fort; die großen Kolonien sind trotz der Hilfe, die sie im südafrikanischen Kriege geleistet haben, in ihren Beziehungen zum Mutterlande selbständiger geworden und von steigenden Ansprüchen. Die Vereinigten Staaten benutzen die Gelegenheit, um weit mehr und weit erfolgreicher als Deutschland es je gethan hat, in Konkurrenz mit dem englischen Handel und der englischen Industrie zu treten, so daß ein „made in America", wenn es wie einst das „made in Germany" aufkommen sollte, geradezu verblüffende Resultate ergeben würde. Die Reformarbeit in England stockt, und selbst die so laut verlangte Armeeorganisation will nicht zum Ziel führen. Kurz, es ließe sich aus solchen Symptomen ein äußerst pessimistisches Bild von demjenigen entwerfen, der nur die Passiva aufzählt, ohne die Aktiva in Rechnung zu setzen. Als Aktivum müssen wir aber das Zusammenhalten der Nation in der gegenwärtigen Krisis in Rechnung setzen. Das bedeutet sehr viel und hat mehr als alles andere die Folge gehabt, daß keine einzige auswärtige Macht in den südafrikanischen Krieg eingegriffen hat, obgleich sie alle, mit der einzigen Ausnahme der Griechen, mit ihren Sympathien auf seiten der Buren standen. Auch ist nichts sicherer, als daß auch in dem heutigen Stadium des Kampfes niemand den Engländern in den Arm fallen wird. Die Voraussetzung für die bons offices eines dritten ist notwendigerweise die Zustimmung beider kriegführenden Mächte, die Neigung Englands für eine Vermittelung dritter ist aber trotz der ungeheueren Opfer, die der Krieg forderte, heute eben so wenig vorhanden wie bei Ausbruch des Krieges. Auch die Haltung der Opposition kann das nicht ändern, und die Spaltung der Liberalen in die Gruppen Campbell Bannerman und Asquith, d. h. in liberale Radikale und liberale Imperialisten, bedeutet nur, daß schließlich die ganze Nation in das imperialistische Lager übergehen wird. Es ist in England allezeit so gewesen, daß die Nation ihre Regierung in Fragen der auswärtigen Politik, so lange es sich um schwebende Fragen handelte, nicht in Stich gelassen hat, gleichviel, ob Recht oder Unrecht geschehen war. Als 1856 der englische Kommissar in Hongkong, Sir John Bowring, Kanton bombardieren ließ, weil der chinesische Vizekönig Yeh sich weigerte, einheimische Piraten auszuliefern, die, um sich vor Verfolgung zu schützen, auf ihrem Fahrzeug,

Digitized by Google

der „Arrow", die englische Fahne gehißt hatten, erteilte zwar das Unterhaus unter dem Eindruck einer Rede von Cobden dem Ministerium ein Mißtrauensvotum, Palmerston aber, der seine Engländer kannte, brauchte nur das Parlament aufzulösen und durch Neuwahlen das Volk zu befragen, um einer überwältigenden Majorität sicher zu sein. An solchen Erfahrungen hat sich Disraeli geschult, und Lord Salisbury und Chamberlain mit ihrem Imperialismus sind keineswegs original, sondern stehen auf den Schultern des alten Pam und Disraelis. Das sind historische Thatsachen, mit denen zu rechnen ist, und die um so überzeugender wirken, als Campbell Bannerman mit einem Manne wie Cobden kaum in einem Atem genannt werden kann. Wenn wir also an unserem Kompromiß-Programm festhalten, wollen wir damit keineswegs sagen, daß wir an die Ausführung desselben glauben. Lord Kitchener scheint nicht Miene zu machen, seine bessere Einsicht der englischen Volksstimmung gegenüber nachdrücklicher als bisher zur Geltung zu bringen, General Buller aber ist der ausgesprochene Liebling des Hofes und bewegt sich im Fahrwasser Chamberlains, und so wird kommen, was kommen muß. Wir bedauern es nicht nur um der armen Buren, sondern auch um Englands willen, weil wir, soweit sich in die Zukunft hineinblicken läßt, ein südafrikanisches Strafgericht fast wie ein Fatum herannahen sehen. Ueber die Art, wie Rußland die gegenwärtige Bindung der englischen Kriegsmacht ausnutzt, haben wir schon geredet; es sind in der russischen Presse auch Stimmen laut geworden, die darauf hinweisen, daß der Augenblick nahe ist, da die egyptische Frage wieder lebendig werden könnte. Der Pomp, mit dem die marokkanische Gesandtschaft in London und Paris aufgenommen wird (bei uns wird, beiläufig bemerkt, zur Zeit der Ankunft der Marokkaner Graf Bülow nicht anwesend sein), läßt erkennen, wie stark die Rivalität Englands und Frankreichs auf diesem marokkanischen Schlachtfelde der Zukunft ist. Die jüngsten Aufregungen endlich über Gibraltar und über den angeblich ungenügenden Bestand der Mittelmeerflotte und was sonst von Sorgen am englischen Horizonte hängt, hat die Nation nicht zum Wanken gebracht. Wir überlassen es jedermann, sich seine Schlüsse daraus zu ziehen, in hohem Grade der Beachtung wert ist die Thatsache jedenfalls. Umsomehr werden wir es bedauern, wenn England sich durch ein Versteifen auf südafrikanische Eitelkeitsfragen

Digitized by Google

noch weiter schädigen sollte. Denn die Erhaltung eines starken England erscheint uns als eine Notwendigkeit: stark, nicht übermächtig; selbstbewußt, nicht übermütig, so muß es als nützliches Glied in der großen Gemeinschaft der Kulturvölker erhalten bleiben, wenn nicht andere weit unbequemere Kombinationen an die Stelle treten sollen.

Digitized by Google

5. Juli. Eintreffen der marokkanischen Gesandtschaft in Berlin.
6. Juli. Tod des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe in Ragaz.
8. Juli. Kaiser Wilhelm tritt seine Nordlandreise an.
9. Juli. Eröffnung der Grenzregulierungs-Kommission (Lago-Dahomey) in Paris zur Feststellung der deutsch-französischen Grenzlinie.

---

10. Juli 1901.

Am 21. Mai 1868 hatte die Berliner Kaufmannschaft die Mitglieder des Zollparlamentes, Abgeordnete wie Bundesräte, zu einem Bankett versammelt. Der Präsident Simson hatte gesprochen, nach ihm erhob sich Bismarck, und der poetische Schwung seiner Rede wirkt noch heute auf die Leser wie damals auf die Hörer. Er rief den süddeutschen Brüdern einen Scheidegruß zu, der in ein herzliches „Auf Wiedersehen!" ausmündete. Schnell wie ein Frühlingstag sei die kurze Zeit des Beisammenseins vergangen, „möge denn die Nachwirkung sein, wie die des Frühlings auf die künftige Zeit". Die Worte riefen endlosen Jubel hervor, im Auslande und namentlich in Frankreich erregte aber weit größeres Aufsehen eine andere Rede, die gleich auf die des Grafen Bismarck gleichsam als Antwort folgte. Es war der bayerische Ministerpräsident Chlodwig Fürst Hohenlohe; er schloß mit den Worten: „Ich trinke auf die Vereinigung der deutschen Stämme!"

Was dieses Wort bedeutete, haben damals wohl nur wenige verstanden; Sybel in seiner Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches erwähnt zwar jenes Bankett, aber ohne der Reden zu gedenken, und doch war jener Hohenlohesche Toast nicht weniger als eine vor aller Oeffentlichkeit gegebene Absage an Frankreich. Heute, da Fürst Hohenlohe nach einem Leben, das reich war an Arbeit und Verdiensten um das Vaterland, von uns geschieden ist, wird es erlaubt sein, die Vorgeschichte dieser Rede nach Akten zu erzählen, die der Schreiber dieser Zeilen seinerzeit einsehen durfte, und die sich im wesentlichen als kurze Zusammenfassungen der im Jahre 1868 von den französischen Gesandten in Deutschland nach Paris geschickten

Digitized by Google

Depeschen charakterisieren lassen. Der Staatsminister Rouher hatte sie anfertigen lassen, wohl um in kritischer Zeit den Zusammenhang der deutschen Angelegenheiten stetig und in leicht zu übersehender Form vor sich zu haben. Als im Oktober 1870 das deutsche Hauptquartier nach Versailles übersiedelte, fand eine glückliche Hand auch dieses interessante Konvolut, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Inhalt desselben wesentlich dazu beigetragen hat, die große staatsmännische Laufbahn des Fürsten Hohenlohe zu fördern.

Im Jahre 1868 hat Napoleon sich sehr ernstlich mit dem Gedanken getragen, gestützt auf eine mehr als wohlwollende Neutralität Oesterreichs und in der Hoffnung auf den Anschluß Süddeutschlands, den Krieg gegen Preußen aufzunehmen oder doch wenigstens alle diplomatischen Vorbereitungen für denselben zu treffen. Mr. d'Astorq in Darmstadt, Mr. de Cadore in München, Rothan in Frankfurt a. M. und andere waren beauftragt, ihre Fühler auszustrecken und als Versucher aufzutreten. Auch schien der Boden wohl vorbereitet zu sein. Die klerikalen und partikularistischen Gegner Preußens regten sich überall, und speziell bei der Agitation, die den Wahlen zum Zollparlament vorherging, konnte ein nicht ganz intimer Kenner der deutschen Angelegenheiten wohl den Eindruck gewinnen, daß bittere Feindschaft zwischen Nord und Süd bestehe und die Süddeutschen nur des Augenblicks harrten, um die ungeduldig getragene Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Bunde wieder abzustreifen. Baron Dalwigk hatte Mitte April dem Gesandten d'Astorq gesagt: „Ueberschreitet den Rhein bei Mannheim und stützt euch auf eine Allianz mit Holland und Belgien; schneidet Süddeutschland vom Norden ab, und ihr werdet sehen, wie sehr euch der Süden geneigt ist. Die Verträge werden fortgeweht werden wie von einem Sturmwind, denn der Haß der Völker gegen Preußen wird stärker sein als jede Rücksicht; der Geist der Armeen ist nicht preußisch und die Regierungen werden zu euch stehen. Um das aber zu erreichen, müßt ihr sehr geschickt und sehr zuverlässig sein. Es ist unbedingt nötig, daß jedermann davon überzeugt ist, daß ihr nur gegen die Uebermacht Preußens seid und keinen Zoll deutschen Landes erwerben wollt."

Rothan aber konnte über eine Unterredung mit Rothschild in Frankfurt berichten, in welchem genau dieselben Töne angeschlagen wurden. Gewiß werde ganz Deutschland zu Preußen stehen, wenn

Digitized by Google

Frankreich einen Eroberungskrieg unternehme, wenn aber der Kaiser erkläre, daß er ganz uneigennützig sei und für die von der öffentlichen Meinung verlangte Abrüstung eintrete, endlich wenn er für die Erhaltung des Friedens bessere Bürgschaften verlange, als sie der gute Wille des Berliner Kabinetts biete, dann lägen die Dinge wesentlich anders.

„Es ist wahrscheinlich, daß in diesem Fall im Angesicht einer imposanten französischen Armee und gestützt durch die sympathische Neutralität Oesterreichs die des Ausganges unsicheren Höfe zweiten Ranges den Anspruch erheben werden, daß der casus belli untersucht werde. Das sollen, wie sie behaupten, die Allianzverträge ihnen vorbehalten haben. So gewinnen sie Zeit, und bei der ersten Niederlage Preußens giebt es einen offenen Abfall (une éclatante défection)."

Aber Frankfurt, selbst wenn es aus Rothschilds Munde sprach, und Darmstadt bedeuteten noch nicht Süddeutschland. Auf Bayern vor allem kam es an, und dort gerade stieß man auf Schwierigkeiten, die zumeist in der Person des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe ruhten. Schon einmal hatte Herr v. Cadore vorsichtig nachgefühlt, ob nicht der bayerisch-preußische Vertrag einen Punkt biete, an dem sich einsetzen ließe, um ein eventuelles Zusammengehen zwischen Frankreich und Bayern anzubahnen, aber Hohenlohe hatte sich ganz unzugänglich gezeigt, und so war längere Zeit nicht weiter von dieser heiklen Frage die Rede. Erst die Haltung des Barons Dalwigk und die Agitation während der Wahlen zum Zollparlament scheint in Paris neue Hoffnungen erweckt zu haben. Am 20. April trat Herr v. Cadore nochmals an den Fürsten heran. Rouhers Auszüge berichten darüber das folgende: Es liegt auf der Hand, daß, wenn wir einmal dahin kommen, den Krieg zwischen Frankreich und Preußen als unvermeidlich zu betrachten, unsere erste Sorge sein muß, den König (Ludwig II.) zu bestimmen, seinen Minister (Hohenlohe) zu entlassen. Auch hat Herr v. Cadore sich darauf beschränkt, den Ministerpräsidenten zu fragen, ob der casus foederis für Bayern unter allen Umständen eintrete, oder nur für den Fall eines Krieges, der durch spezifisch deutsche Interessen bedingt ist. „Sie wollen, entgegnete der Minister, offenbar auf die orientalische Frage anspielen. Wenn Frankreich aus diesem Grunde Krieg führen

Digitized by Google

müßte, könnte es nur gegen Rußland sein, und ich sehe nicht, weshalb Preußen dann eingreifen sollte, denn ich glaube nicht, daß, wie man behauptet, geheime Verpflichtungen zwischen Berlin und Petersburg bestehen. Sollte aber das Gegenteil der Fall sein, so würde es für die Südstaaten doch außerordentlich schwer sein, in einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen neutral zu bleiben, ganz abgesehen von den Ursachen oder dem Ursprung des Krieges, nnd ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir früher oder später notwendig dahin gelangen werden, für Preußen Partei zu ergreifen."

Diese nicht mißzuverstehende Antwort, die sofort nach Paris telegraphiert wurde, hat dann ihre Wirkung nicht verfehlt. Herr v. Cadore wurde beauftragt, dem Fürsten Hohenlohe zu erklären, daß die Kaiserliche Regierung von den friedfertigsten Absichten erfüllt sei, und Cadore meldete, er glaube mit seinen Beteuerungen einen günstigen Eindruck gemacht zu haben.

Der Fürst Hohenlohe aber fuhr nach Berlin und hatte am 28. April eine Unterredung mit Bismarck. Worüber sie geredet haben, läßt sich wohl erraten. Als aber jenes Bankett am 21. Mai stattfand, auf welchem Hohenlohe seinen Toast auf die Einigung der deutschen Stämme hielt, hat Benedetti noch an demselben Tage darüber ein ausführliches Telegramm nach Paris geschickt. Dort wußte man nun, was man von dem bayerischen Ministerpräsidenten zu erwarten hatte, und ist fortan eifrig bemüht gewesen, ihn zu beseitigen. Als am 19. Juli 1870 Le Sourd in Berlin die französische Kriegserklärung überreichte, war Ministerpräsident in Bayern — ein anderer.

Wie 1868 ist Fürst Chlodwig Hohenlohe jederzeit vor allem ein deutscher Patriot gewesen und das soll ihm unvergessen bleiben, so lange die Erinnerung an die großen Tage fortlebt, an denen er seinen ruhmvollen Anteil hat.

Es kostet beinahe Ueberwindung, sich aus dem Vorspiel zu gewaltigen Ereignissen, wie sie der Ausgang der sechziger Jahre darstellt, hineinzuversetzen in die große Farce, die sich in den letzten acht Tagen in Prag auf dem Sokolfeste abgespielt hat. Und doch lassen sich auch diese Dinge nicht übersehen. Hat der deutschfeindliche tschechische Patriotismus sich auch in Reden und Kniebeugungen

Digitized by Google

verpufft, eins muß man ihm lassen: er hat sich so unzweideutig Luft gemacht, daß wir mit ihm als mit einem offenkundigen Faktor zu rechnen genötigt sind. Zwar große praktische Bedeutung legen wir dem Treiben der Tschechen überhaupt nicht bei. An diesen Leuten ist nichts original: ihre Wissenschaft, ihre Lebensformen, ihr ganzer Bildungsgang ist schlechte Kopie nach deutschen Originalen und auch ihre Geschichte läßt sich nur verstehen, wenn man sich die stete Abhängigkeit lebendig erhält, in der sie von den deutschen Angelegenheiten gestanden hat. Was nun ihre Turnvereine, die „Falken" (sokol) betrifft, so giebt es bekanntlich nichts Unslavischeres als eben das Turnen. Die Turnerei ist etwas so spezifisch Deutsches, daß sie nur auf deutschem Boden voll gedeihen kann. Auch ist sie bei den Tschechen nur Mittel zum Zweck, ihr Begründer natürlich ein Deutscher, Fiegner, wie es denn scheint, als ob die Energie, die von tschechischer Seite entwickelt wird, meist auf tschechisierte Deutsche zurückgeht. Die Blutmischung giebt der Rasse eine Kraft, die ihr sonst nicht eigen ist, und diese Erscheinung wiederholt sich bekanntlich überall, wo Slaven und Deutsche zusammenwohnen. Eine Studie, die sich das Ziel setzte, diese Zusammenhänge zu verfolgen, müßte zu den merkwürdigsten Resultaten führen. Nur sind die Spuren nicht immer leicht zu erkennen, da mit der Entnationalisierung oft auch ein Namenswechsel verbunden ist, wie wir — um auf allbekannte Thatsachen hinzuweisen — es so häufig in Posen erlebt haben. Es sollte uns daher nicht wundern, wenn eine Genealogie uns einmal den Nachweis bringt, daß der ehemalige streitbare Bürgermeister von Prag, Podlipny, ursprünglich Unterlindner hieß, es wäre das eine wörtliche Uebersetzung, während der Name Podlipny im Tschechischen mindestens als höchst ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Aber der Veteran des tschechischen Deutschenhasses, Rieger, trägt noch seinen deutschen Namen, in Taus wurden die als Turner verkleideten französischen Nationalisten von dem tschechischen Abgeordneten Steidl und einem Lehrer Gabriel empfangen, in Pilsen durch die Tschechen Josef Schmidt und Anichober u. s. f., was doch wohl zeigt, daß die Tschechen, die es zu etwas gebracht haben, zu nicht geringem Teil deutsche Renegaten sind.

Der Eindruck, den man bei Durchsicht der zahlreichen Berichte gewinnt, die von tschechischer, französischer und russischer Seite in

Digitized by Google

die Presse gesetzt worden sind, ist doch der, daß die Turnerei nichts anderes war als ein Vorwand zu politischen Demonstrationen, deren positive Seite in Liebeswerbungen nach der russischen und französischen Seite hin zu erkennen ist, während die negative eine Absage an das Versöhnungsprogramm bedeutet, welches durch die Huld, die Kaiser Franz Josef bei seinem letzten Aufenthalt in Prag der Bevölkerung erwies, angebahnt zu sein schien. Im Grunde bewegte diese ganze politisch hoch erregte Masse sich in den bekannten Anschauungen des Abgeordneten Kramarz (den wir übrigens auch im Verdacht haben, durch eine leise Aenderung seinen Namen tschechisiert zu haben!). Daraus ergiebt sich, daß die französischen und russischen Gäste, nicht die Sokols, den eigentlichen Mittelpunkt des Festes bildeten. Von den Franzosen waren 72 Mann unter der Führung des Herrn Dausset erschienen, der neben seiner großen Stellung in der Kommune von Paris noch Besitzer des „Cri de Paris“ ist; von den Russen waren viele Hunderte angesagt, aber nur acht erschienen, wie wir den Wiener Blättern entnehmen, dank der korrekten Haltung der russischen Regierung, deren Ansichten es offenbar nicht entspricht, ihre Unterthanen an derartigen Kundgebungen des souveränen tschechischen Volkes teilnehmen zu lassen. So geschah es, daß die wenigen Russen in der Masse fast verschwanden. Es hat nicht einmal mit Sicherheit festgestellt werden können, ob Herr Kirejew am Platze war. Sehr bemerkt wurde dagegen der Präsident des slavischen Wohlthätigkeitskomitees, Herr Tscherep-Spiridonowitsch, und vor allem General Rittich (auch dieser ein slavisierter Deutscher), Lehrer der Taktik an der Petersburger Kriegsakademie. Es scheint nun, daß Herr Rittich ohne Genehmigung seiner Regierung in Prag erschienen war, denn er wurde plötzlich abgerufen, und konnte nur noch von jenseit der Grenze eine verhaltene Rede nach Prag hinüberschicken. Die hat dann freilich um so größeres Aufsehen erregt, denn er spricht, als sei er der Herold des russischen Volkswillens, gleichsam prophetisch: „Amen, Amen, Amen — so schließt er sein Schreiben — ich sage Euch, glaubet und hoffet auf den Gott des russischen Landes, Er ist groß, Er hat unser slavisches Rußland aufgebaut!“ Der Nachsatz fehlt; aber welcher Tscheche sollte ihn nicht ergänzen können? Wie in einer Vision sieht er sein Böhmen, links von Frankreich, rechts von Rußland zu jener histori-

Digitized by Google

schen Größe geführt, welche die Tschechen aus eigener Kraft nie zu erreichen vermochten. Sie würden dabei freilich übersehen, daß alle diese Herrlichkeiten nur von dem Gott des „russischen Landes" zu haben sind, der aber ist bekanntlich griechisch-orthodox und fest entschlossen, alle Slaven unter diesem Kirchenbanner zu vereinigen.

Kurz, uns will scheinen, daß alle diese panslavistischen und nationalistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Was Beunruhigung erregen kann, ist die politische Unvernunft, die sich hier mit der grenzenlosen Begeisterungsfähigkeit der Tschechen für Utopien kombiniert. In der That ist es eine bisher noch nicht dagewesene Erscheinung, daß die Bevölkerung einer Provinz über den Kopf ihrer Regierung hinweg gleichsam Bündnisse von Volk zu Volk mit Nationen schließt, welche die Verbündeten ihrer legitimen Regierung nicht sind. Die französisch-russischen Verbrüderungen wurden durch die Politik der beiderseitigen Regierungen legitimiert und waren der Ausdruck eines fait accompli. In Prag lagen die Dinge umgekehrt, und der revolutionäre Grundgedanke der Sokolfeier ist, die Regierung zu einer Politik fortzureißen, die der Augenblicksstimmung der Tschechen, nicht dem wohlerwogenen Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie entspricht.

Auf die Unanständigkeiten, die in Anlaß der Prager Tage in der nationalistischen Presse Frankreichs, z. B. im „Petit Journal" erschienen sind, einzugehen, halten wir nicht für notwendig. Eines dieser Blätter resümierte sich dahin: Nous avons vu les mêmes ennemis!, d. h. die Deutschen, und diejenigen unserer Enthusiasten, die sich durch die Automobil-Begeisterung dahin gesteigert haben, nunmehr die französisch-deutsche Verbrüderung auf dem Boden gemeinsamer Interessen als nahe bevorstehend zu betrachten, mögen sich das gesagt sein lassen. Zu den Herren Rimler, Chéradame, Ugron und Deschanel sind jetzt die Prager Sokolisten und die Herren Daufset, Schmidt-Beauchez und Sansboeuf (der nicht zum Turnen zugelassene französische Vorturner) gekommen, und wir werden gut thun, für geraume Zeit mit einigem Mißtrauen hinzuhören, wenn uns aus Paris Freundschaftsversicherungen entgegengetragen werden. Wenn, wie man zeitweilig glauben konnte, die Politik Delcassés eine auf Annäherung an Deutschland berechnete Richtung zu nehmen schien, so haben jene Herren ihm einen schlechten Dienst geleistet.

Digitized by Google

Ganz rätselhaft sind die zuerst in der „Nowoje Wremja“ aufgetauchten Gerüchte über eine bevorstehende Reise des Grafen Bülow nach Petersburg. So viel wir wissen, ist davon nie die Rede gewesen, auch ist ganz unerfindlich, welches der Zweck einer solchen Reise sein sollte. Ueberhaupt geht zur Zeit viel Geklatsch durch die russische Presse. Der Berliner Korrespondent der Petersburger „Wjedomosti“, dessen Spezialität es ist, alles Skandalöse, welches die Gerichtschroniken unserer Zeitungen enthalten, zu düsteren Sittenbildern zu verarbeiten, welche den moralischen Niedergang Deutschlands schildern, und der nebenher auch die Wochenschauen der „Kreuz-Zeitung“ zum Objekt seiner Verdrehungen macht, hat neuerdings seine Phantasie mit hiesigen Kanzlerkrisen eigenster Erfindung beschäftigt. Weder Herr v. Lucanus als Würgeengel, noch Fürst Philipp Eulenburg als Nachfolger dürfen dabei fehlen, noch endlich die Rede des Reichskanzlers bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals. Erstaunlich ist dabei wohl nur, daß Blätter, welche, wie die „Pet. Wjedomosti“, doch über größere Mittel verfügen müssen, sich nicht Korrespondenten von etwas höherem Bildungsniveau zu schaffen wissen. Aber vielleicht sind gerade die angeschlagenen Töne das, was ihre Leser hören wollen.

Wir möchten jedoch recht nachdrücklich darauf hinweisen, daß alle Symptome, die für den nicht in die Werkstatt der großen Potitik direkt Einblickenden greifbar sind, darauf hindeuten, daß die Beziehungen zwischen unserer Regierung und der russischen gerade jetzt vortreffliche sein müssen. Kleine Hetzereien und Bosheiten in der Presse werden daran nichts ändern. Was entscheidet, sind die gemeinsamen großen Interessen, und diese weisen in Petersburg wie in Berlin dahin, daß der Weltfriede um so fester ist, je mehr der eine wie der andere Teil den berechtigten Interessen seines mächtigen Nachbarn Rechnung trägt.

Digitized by Google

10. Juli. Antrag Li Hung Tschangs, die chinesischen Truppen aus der Mandschurei zu ziehen.
12. Juli. Prinz Tschun verläßt als Haupt der chinesischen Sühnegesandtschaft Peking.

— —

17. Juli 1901.

In einem ziemlich pessimistisch gehaltenen Leitartikel der „Nowoje Wremja" (vom 12. Juli) finden wir eine unbeabsichtigte Würdigung unserer China-Politik, von der wir mit besonderem Vergnügen Notiz nehmen. „Die Folgen des Krieges" — sagt die „N. W." — „sind für die bisherigen Gegner Chinas keineswegs dieselben. Wir und die Japaner müssen am ernsthaftesten um unsere ferneren Beziehungen zu China Sorge tragen. Den Deutschen dagegen kann es ziemlich gleichgültig sein, ob die Chinesen über sie erbittert sind oder nicht." Das wäre ganz richtig, wenn noch der Nachsatz dazugekommen wäre, daß es dabei ein lebhaftes Interesse Chinas ist, seinerseits gute Beziehungen zu uns aufrecht zu erhalten. Denn in der That unsere gesicherte Stellung in Kiautschu giebt uns die Möglichkeit, in allen China betreffenden Fragen als förderndes oder als hemmendes Element zu wirken, so daß je eifriger China bemüht sein wird, den mit der Integrität Chinas identischen Interessen Deutschlands förderlich zu sein, um so wahrscheinlicher auch die Erhaltung des chinesischen Reiches in seinen jetzigen Grenzen erscheint. Die Sühnegesandtschaft, die heute unterwegs ist, um, so weit das möglich ist, gut zu machen, was an Freveln geschehen ist, soll uns ein günstiges Omen dafür sein, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen diese erwünschte Wendung nehmen. Unsere Politik verlangt einen ehrlichen Frieden auf der Basis der von den Gesandten vereinbarten und von den betreffenden Regierungen bestätigten Bedingungen, mehr nicht, aber auch nicht weniger. Auch knüpfen sich für uns an die Abwickelung der chinesischen Schwierigkeiten keine Pläne, die ein anderes Aktionsfeld ins

Digitized by Google

Auge fassen. Man kann mit voller Entschiedenheit behaupten, daß in Uebereinstimmung mit den Wünschen der gesamten Nation die offizielle Politik Deutschlands dahin gerichtet ist, auszubauen, was wir halten, und überall auch in der Praxis von Handel und Wandel uns die Gleichberechtigung zu sichern, die uns in thesi nicht zu bestreiten ist.

Das russische Blatt, das, wie bemerkt, pessimistisch über die Zukunft Chinas denkt und nach Abzug der verbündeten Truppen einen allgemeinen Aufstand erwartet, wie er auch 1860 erfolgt sei (gemeint ist die Fortsetzung des vorher keineswegs gedämpften Taiping-Aufstandes), hat freilich andere Gründe, um eine völlige Beilegung der Wirren im fernen Osten zu wünschen. „Werden wir nicht (für den Fall eines chinesischen Aufstandes) gar zu sehr vom nahen Orient, der Türkei, abgezogen werden, wo heute Deutsche und Engländer Schritt für Schritt neue Positionen einnehmen? Im fernen Orient haben wir eben erst angefangen, unsere Ziele zu bezeichnen, dort aber (i. e. in der Türkei) sind sie schon längst gewiesen und durch Ströme unseres Blutes besiegelt." Wenn dieser Satz mehr bedeuten sollte als eine Phantasie, die dem Leitartikler der „N. W." in die Feder geflossen ist, mußte man darin die Ankündigung einer neuen Aktion Rußlands im europäischen Orient erkennen. Auch halten wir an der Hand zahlreicher Aeußerungen der russischen Presse aller Farben für sicher, daß die öffentliche Meinung sich mit solchen Ideen trägt, wie denn überhaupt nicht zu verkennen ist, daß die Agitation, die von so vielen Seiten her in der letzten Zeit die slavische Welt in Erregung zu bringen versuchte, ihre Früchte getragen hat. Die Vorstellung ist ziemlich allgemein, daß jede wesentliche Veränderung im europäischen Orient direkt oder indirekt auch zu einem Zusammenstoß mit Deutschland führen müsse, ganz wie man sich die Lösung der „slavischen Frage" in Oesterreich-Ungarn nicht anders zu konstruieren versteht. Schwingt sich doch die „N. Wr." (9. Juli) in einer Betrachtung über die Sokolfeier zu dem Satze auf: „Wer wird siegen: Der Pangermanismus oder das franko-russische Bündnis nebst den Westslaven? — *von der Entscheidung dieser Frage hängt das ganze zukünftige Schicksal Europas, und vielleicht der ganzen Welt ab.* Wir stehen heute nur an der Schwelle dieses Kampfes, und es

Digitized by Google

kommt alles darauf an, nicht gleich anfangs an Boden zu verlieren. Sammeln wir unsere Kräfte erst, wenn der Gegner bereits zum Kampf auszieht, dann können wir schwerlich auf den Sieg rechnen. Die „Falken" sind auseinander geflogen, und das ist nicht wunderbar, denn der Falke ist ein Vogel, der seinen Feind von weitem erblicken kann, aber es muß noch mehr Falken geben, und der Falkengeist in der ganzen weiten slavischen Welt der herrschende werden!"

Die Frage an der Spitze: wer wird siegen? läßt die „N. Wr." durch den „Dziennik Poznanski" beantworten und zwar durch einen Artikel, den der „Warszawski Dnewnik" (bekanntlich ein offiziöses Organ der russischen Regierung in Warschau) folgendermaßen wiedergiebt: „Der Entscheidungskampf zwischen Rußland und Deutschland ist unvermeidlich und nur eine Frage der Zeit. Die Deutschen suchen jetzt mit allen Mitteln der Diplomatie die Sympathien Rußlands zu gewinnen, weil sie aber zu diesen Mitteln kein volles Vertrauen haben, waffnen sie sich von Kopf bis zu den Füßen und stehen in steter Kriegsbereitschaft. Das beweist auch der Umstand, daß die Kenntnis des Russischen und des Polnischen im Heere verbreitet wird, da man diese Sprachen auf dem künftigen Kriegsschauplatz nicht wird entbehren können. Rußland selbst ist bemüht, die Stunde des Entscheidungskampfes hinauszuschieben, und darin liegt auch die Gewähr, daß es in diesem Kampfe siegen wird."

Das Blatt stellt darauf die Kräfte Rußlands und Deutschlands in Vergleich und kommt zum Schluß, daß der Ausgang für Deutschland ein tödlicher sein werde.

„Die allgemeine Ueberzeugung, daß Rußland unbesiegbar ist, und die Vorstellung von seiner in der That unermeßlichen materiellen Kraft führt dahin, daß Deutschland höchst vorsichtig ist; es wagt nicht, den Krieg anzufangen und begnügt sich mit einem Frieden von Tag zu Tag ...

„Rußland aber nützt den Aufschub, baut Straßen, vervollkommnet seine Bewaffnung, verstärkt seine Festungen, bringt alle Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik in Anwendung, bereichert sich durch die Mineralschätze seines Bodens, erweitert seinen Handel und vergrößert ohne Unterbrechung seine Armee, deren Organisation immer vollkommener wird."

Digitized by Google

Zu diesem Artikel des „Dziennik Poznanski", also eines auf deutschem Boden erscheinenden, von preußischen Unterthanen redigierten und geschriebenen Blattes, bemerkt die „N. Wr." nicht ohne Schadenfreude: „Das Interessanteste an diesem Artikel ist die Sympathie für Rußland und der aufrichtige Wunsch, daß Rußland im Kampf mit Deutschland den Sieg davontrage. Von Seiten der polnischen Presse, als deren Führer das genannte Blatt gelten kann, ist ein solches Verhalten nicht ganz gewöhnlich." Das ist ganz richtig, und wir verstehen es sehr wohl, daß der „Warszawski Dnewnik" den Artikel abgedruckt hat. Er zeigt die Gesinnung, die Rußland bei seinen Polen wünscht. Daß aber in einem preußisch-polnischen Blatt mit solcher — Kühnheit auf preußische Niederlagen spekuliert wird, ist doch über die Maßen unverfroren. Da können uns die Gesinnungen nicht Wunder nehmen, die bisher bei der Aktenverlesung im Prozeß der Akademiker zu Posen an den Tag getreten sind. Wir wollen dieses Prozesses, als eines Symptoms, das für die Richtung unserer auswärtigen Politik von Bedeutung ist, noch ausführlich gedenken, wenn er seinen Abschluß im Urteil der Richter gefunden haben wird, bemerken aber schon jetzt, daß es ein historisch unhaltbarer Standpunkt ist, die ganze Angelegenheit in das Feld harmloser Kindereien zu verwerfen. Die polnischen Revolutionen von 1830 und 1863 sind von solchen Kindern gemacht und sogar geleitet worden. Die gefürchtete Geheimregierung von 1863 hat Leute an ihrer Spitze gehabt, die genau in das Alter und in den Bildungsgrad der Posener „Akademiker" rangieren, und damals wie heute ist es eine Verbindung gewesen, die von Posen aus nach Russisch-Polen übergriff, welche den Aufstand in Gang brachte. Sogar der „Kriegsschatz" der Aufständischen von 1863 war nicht größer als der der Akademiker von heute, während die Zöglinge der Unteroffiziersschule, welche die Revolution von 1830 machten, so viel wir wissen, gar keine Mittel hatten. Das wesentlichste ist die Gesinnung, oder sagen wir lieber die Ueberhebung, dieser unfertigen Jugend, die sich anmaßt, die Geschicke einer Nation zu führen. Seit Posen preußisch ist, hat unsere Regierung, wenn wir von dem kurzen Taumel des Jahres 48 absehen, der Provinz das Unglück eines polnischen Aufstandes erspart. Aber wenn das Geschwür so weiter eitert, könnte man fast wünschen, daß

Digitized by Google

einmal ein ernster Versuch gemacht würde, die Kraft dieser Geheimverbände zu erproben. Das könnte zu einer reinlichen Scheidung führen, bei der sich herausstellt, wie weit der dem preußischen Staate geleistete Treueid, dessen Erfüllung wir zu fordern, und wo nötig zu erzwingen berechtigt sind, eine Realität ist. Es kann aber garnicht bezweifelt werden, daß die Dinge, die sich jetzt in kleinem Rahmen in Posen abspielen, auch nur ein Teil des großen Programms sind, das sich uns bei dem Sokolfeste in Prag offenbart hat. Die Rede, die der Vertreter des Posener Sokolvereins (daß es einen solchen giebt, erfahren wir erst auf diesem Wege) „einer der Veteranen im Kampfe Polens für seine Freiheit" in Prag gehalten hat, ist nirgends in extenso gedruckt worden. Aber die Uchtomskischen „Wjedomosti" sagen uns, daß der Posener „Falke" „tiefen Eindruck" gemacht habe, und wir verstehen nicht recht, wie ein russisches Organ sich für jene polnische Freiheit erwärmen kann, die doch nicht anders als auch auf Kosten Russisch-Polens zu verwirklichen ist! Wahrscheinlich ging dem Berichterstatter das logische Urteil durch, als der polnische Redner vom Gegensatz der Slaven und der Deutschen sprach, und die Redaktion rechnete darauf, daß ihre Leser den Widerspruch nicht merken würden, in dem hier die Antipathie gegen die Deutschen zu dem russischen Reichsinteresse tritt, das nun einmal mit den nationalen Wünschen der Polen absolut unvereinbar bleibt.

Ueberhaupt darf man sich nicht wundern, wenn in russischen Preßorganen hart nebeneinander Ausführungen stehen, die sich strikt widersprechen. So bringt das vielzitierte Uchtomskische Organ (11. Juli) einen Spitzartikel, der Herrn Rittich vollständig preisgiebt und ihm vorwirft, den Tschechen und Slaven einen Bärendienst geleistet zu haben. Bedenkliche Folgen aber werde „die politische Unerzogenheit einer Privatperson" schon deshalb nicht haben, weil ganz Europa wisse, daß die Russen niemals „als politische Vertreter" der Regierung reden können, es habe daher auch in Prag niemand im Namen Rußlands geredet, am wenigsten der taktlose General Rittich. Uns wird von demselben Blatt zugleich mitgeteilt, „daß die früheren kriegerischen Slavenkomitees, die in ihrer Leichtfertigkeit viel gegen Rußland und gegen das Slaventum gesündigt haben, längst aufgelöst sind. An ihre Stelle ist niemand getreten,

Digitized by Google

und die Tage, da die Entstehung solcher Komitees möglich war, sind längst dahin. Die jetzt bestehende slavische Wohlthätigkeitsgesellschaft, auf den engen Rahmen von Statuten beschränkt, die nur der Wohlthätigkeit Raum lassen, ist in jeder Beziehung so schwach, und sogar in ihrer Wohlthätigkeitssphäre so welk, sie findet so wenig Hilfe bei der Gesellschaft, daß von irgend welchem direkten oder indirekten Einfluß auf die russisch-slavischen Beziehungen durch sie keine Rede sein kann."

Das ist ganz richtig und wir nehmen gern davon Akt, es gilt aber nur vom slavischen Wohlthätigkeitskomitee, nicht aber von der neugegründeten „Russischen Gesellschaft", der Fürst D. P. Galitzyn präsidiert und deren Vizepräsident Herr Syromyätnikow ist. Der ausdrückliche Zweck dieser Gesellschaft ist ja, die Vereinigung zwischen Ost- und Westslaven herbeizuführen, und ihr Programm wird von der gesamten russischen Presse Tag für Tag vertreten. Auch von den Petersburger „Wjedomosti", die in derselben Nummer, die den General Rittich so scharf desavouiert, in ihrem Bericht V über die Sokolfeier ein Gespräch ihres Korrespondenten mit Dr. Scheiner, dem Generalsekretär des tschechischen Sokolvereins, ihren Lesern vorführen, aus welchem eine kleine Blütenlese nicht ohne Interesse sein wird:

„Wir Tschechen gravitieren nach Rußland und zu den Russen mit ganzer Seele, und Sie werden nicht einen Tschechen finden, der nicht von dem Gedanken der Einigung aller Slaven erfüllt ist". „Wir Tschechen glauben und hoffen, daß einst der Tag kommt, an dem alle Grenzen schwinden, die uns trennen und an dem alle slavischen Stämme zu einem großen Ganzen verschmelzen." Auf die Frage des Korrespondenten, was denn die Tschechen für den Fall dächten, daß Rußland ihnen einmal ein ähnliches Schicksal bereiten sollte wie den Polen? antwortet Dr. Scheiner: „Wir lassen uns lieber russifizieren als germanisieren", und als der Korrespondent weiter fragt, weshalb denn die österreichischen Slaven, da sie doch in der Majorität sind, dies nicht ausnützen, *um das österreichische Joch abzuwerfen*, lautet die Antwort: „Ja, wenn wir Einigkeit zwischen allen Slaven Oesterreichs erzielen könnten, *wären wir schon weit gegangen*! Aber leider giebt es zwischen uns viele Differenzen. So sind z. B. die österreichischen Polen Rußland

Digitized by Google

feindlich gesinnt, während wir mit ganzer Seele zu Rußland hindrängen" u. s. w. Das ganze mündet schließlich in das Verlangen nach einem russischen Konsulat aus.

Da fragt man wohl, welches denn die Meinung der Petersburger „Wjedomosti" ist, die ihres Leitartikels oder die jener Korrespondenz, die uns im Hinblick auf den armen Dr. Scheiner, der ja seiner Regierung nicht anders als im Licht eines Hochverräters erscheinen kann, einigermaßen kompromittierend scheint. — Vielleicht hat aber der Fürst Meschtscherski recht, der jüngst in seinem Tagebuche in seiner draftischen Weise sich über die Publizisten seines Vaterlandes folgendermaßen formulierte: „Während man für alle Berufe bis hinab zum Branntweinverkaufe einen Bildungszensus und ein Zeugnis sittlichen Wohlverhaltens braucht, bedarf es für das Amt eines Publizisten, der doch schreibt, um die Gesellschaft zu beeinflussen und der die Rolle eines Konkurrenten der Regierung spielt, außer der Fertigkeit des Lesens und Schreibens nur einer ehernen Stirn, und es giebt, mit Verlaub zu sagen, keinen Hundsfott, der bei uns nicht das „Recht des Wortes" hätte! Aber der Fürst Meschtscherski ist ein Pessimist, wenngleich ein erster Kenner russischen Wesens und russischer Publizistik. Wir nehmen daher aus seiner Charakteristik nur den einen Satz von der Konkurrenz heraus, welche die Presse der Regierung macht. Denn da die Haltung der Presse in schreiendem Gegensatz steht zu allen Kundgebungen der russischen Regierung, die an die Oeffentlichkeit gelangen, bleibt allerdings nur das eine übrig, daß die Konkurrenz, welche die Presse den Absichten der Regierung macht, so weit es sich um die Richtung der Geister in politischer Hinsicht handelt, zu stark ist, um überwunden zu werden.

Die Welt urteilt aber nun einmal nach der Haltung der Presse über die politischen Strömungen eines Landes. Das mag irreführend sein, ist aber in Ermangelung besserer Quellen ein politischer Faktor von hoher Bedeutung.

Das führt uns zu unserem Ausgangspunkt zurück, dem Wunsch der öffentlichen Meinung Rußlands nach einer Aktion in der Türkei. Daß die leidenschaftliche Aeußerung dieses Wunsches gerade jetzt, trotz der bekannten Friedensliebe Kaiser Nikolaus' II., Aufsehen erregt, erklärt sich einmal aus der ohne Zweifel vorhandenen

Digitized by Google

Gärung auf der Balkanhalbinsel, dann aber aus der Thatsache, daß Bulgarien und Serbien merklich näher an Rußland herangerückt sind; die Symptome dafür sind, daß der Großfürst Alexander Michailowitsch Bulgarien besucht hat, daß Fürst Ferdinand und das serbische Königspaar nächstens ihre Aufwartung in Petersburg machen werden, sowie die merkwürdige Aufmerksamkeit, die neuerdings den italienischen Dingen zugewandt wird, um welche die russische Presse sich bisher doch so gut wie garnicht zu kümmern pflegte. Das ist erst anders geworden seit der montenegrinischen Heirat und seit Rußland sich für die albanische Frage lebhafter zu interessieren beginnt. Endlich gehören hierher noch die Verdächtigungen, die sich gegen König Karl von Rumänien richten und der Hinweis auf die Notwendigkeit, echt russische Geistliche ins rumänische Land zu ziehen. Die jetzigen Geistlichen verständen nichts von kirchlichen Dingen und thäten nichts, um Rumänien näher an Rußland zu schließen! Die Regierung zwar stehe auf Seiten Deutschlands, das Volk aber und die Armee sei entgegengesetzter Meinung und hasse sowohl Deutsche wie Juden und Ungarn. Dagegen liebe es Rußland, wenn man es auch fürchte. Der Bukarester Korrespondent der Petersburger „Wjedomosti" (Nr. 176), dem wir diese Dinge entnehmen, teilt zum Schluß mit, daß seit dem 1. Juli eine Wochenschrift „Der rechtgläubige Orient" in französischer und russischer Sprache erscheinen werde, an welcher auch hervorragende russische Schriftsteller mitarbeiten werden.

Das alles ist in seiner Summe doch recht auffallend und ist ein weiterer Beweis für das unruhige Treiben in der russischen Publizistik. Sie stellt in Bezug auf auswärtige Fragen das zügellosesteste Element in der gesamten europäischen Presse dar.

Was dabei trotz der oft betonten korrekten Haltung des offiziellen Rußland beunruhigen kann, ist die von dieser Presse ausgehende Demoralisierung der öffentlichen Meinung Rußlands, die sich an ein frivoles Phantasiespiel mit Ideen gewöhnt, die schließlich alle in den Weltenbrand ausmünden. Es ist ähnlich wie das Treiben der französischen Nationalisten und der ganz aus Rand und Band geratenen slavischen Elemente Oesterreich-Ungarns. Wir unsererseits sind freilich der Ueberzeugung, daß vorläufig bei alledem nichts Positives herauskommen wird. Wohl aber sehen wir, wie der

Digitized by Google

Boden sich für Möglichkeiten der Zukunft vorbereitet, und da ist es immer nützlich, sich keinen Illusionen hinzugeben. Daß man übrigens in Rußland allen Grund hat, sich um die eigenen inneren Angelegenheiten zu kümmern, mag der Bericht zeigen, den die gewiß nicht in schwarz malende „Nowoje Wremja" von den Ernteaussichten dieses Jahres entwirft:

„Die Nachrichten aus dem Gouvernement Moskau und weiter aus Nishni-Nowgorod, Kasan, Wjätka, Perm, Ufa, Samara, Saratow, Zaritzyn, aus dem Gebiet des Don, der Krim und der Gouvernements Jekaterinoslaw, Woroneſch, Kursk, eines Teils von Charkow, aus Orel und Rjäsan und aus dem im Zentrum des so umschriebenen Kreises liegenden Gouvernements Pensa und Tambow, sind höchst beunruhigend. Regenmangel und große Hitze haben das Sommerkorn vernichtet, namentlich Hafer und Buchweizen, die Roggenernte wird überall unter mittel sein, dazu ein ziemlich „buntes" Gewächs; mit anderen Worten, man erwartet in einigen Gegenden eine so völlige Mißernte, daß z. B. schon jetzt im Saratowschen die Sorge besteht, wie man die Bevölkerung mit Saatkorn für die Winterfelder versorgen soll. — Man hat in solchen Gebieten den Roggen entweder garnicht eingebracht, oder ihn als Futter für das Vieh gemäht. Und das ist noch besonders glücklich, denn parallel mit dem Mißwachs von Korn geht das Ausfallen der Heuernte . . . Ebenso beunruhigend sind die Nachrichten über die Ernte im sibirischen Uralgebiet, im nördlichen Kaukasus und in den südwestlichen Gouvernements; im sibirischen Uralgebiet ist dieselbe Dürre, dieselbe Mißernte an Korn und Futter wie in den Wolgagouvernements, im nördlichen Kaukasus wurden die Saaten durch Dürre und Hitze gleichfalls geschädigt, in der Krim und im südwestlichen Gebiet aber war anfänglich Dürre, später, als das Korn reifte und geschnitten werden sollte, haben Platzregen und Wolkenbrüche die herrlichen Ernteaussichten erheblich gemindert."

Soeben gehen uns die „Pet. Wjed." vom 14. Juli zu; sie enthalten einen Schlußbericht über das Sokolfest, das Gespräch des russischen Korrespondenten mit dem früheren Bürgermeister von Prag, Podlipny, der zwar nicht genannt, aber so deutlich bezeichnet wird, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Der Korrespondent hat versprochen, diskret zu sein. Was er trotzdem mitzuteilen für nötig

Digitized by Google

hält, ist interessant genug. Wir begnügen uns, in der Kürze die hauptsächlichsten Sätze hervorzuheben. Also erstens: die Errichtung eines russischen Konsulats in Prag ist gescheitert an dem Widerspruch des Wiener Hofes; zweitens, der Besuch des Kaisers Franz Josef hat einmal gezeigt, daß alle Bemühungen, die Tschechen anzuschwärzen, vergeblich gewesen sind, dann aber habe er der deutschen Regierung, die leidenschaftlich den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in ihre Bestandteile wünsche, um sich des fettesten Bissens zu bemächtigen, bewiesen, daß es noch zu früh sei, um diesen Plan anzugreifen, endlich hätten die Habsburger erkannt, wie viel Dank sie den Tschechen schuldig seien.

Drittens, Herr Podlipny hofft und erwartet, daß Kaiser Franz Josef sich zum Könige von Böhmen werde krönen lassen, was bisher aus Gründen, die er nicht anführen will, unmöglich gewesen sei.

Geschehe aber die Krönung, so sei dem nach dem Adriatischen Meer strebenden Pangermanismus der Weg verlegt. Der schlimmste Feind seien die Alldeutschen, die in Oesterreich mächtig und auch im deutschen Reiche fest organisiert seien unter Führung des Professors Haase (sic)! Kaiser Wilhelm, der schlechterdings alles wisse, kenne auch das Programm der Alldeutschen. Da nun die Politik des Kaisers auf Ausbreitung der deutschen Macht gerichtet sei, stoße er auf seinem Wege zunächst auf die Tschechen, „und wir sind zu ungleichem Kampf die Schwächeren". Uebrigens — mögen sie es versuchen. Die Eiche ist stark, aber unser Symbol, die tschechische Linde, ist biegsam. Die Eiche wird brechen, wo die Linde sich nur vor dem Sturme beugt.

Der Korrespondent bewundert die harmonische Verbindung von Patriotismus und staatsmännischem Fernblick, der aus diesen Erklärungen spricht. Wir müssen gestehen, einen konfuseren Unsinn nie gelesen zu haben.

Digitized by Google

18. Juli. Auflösung des deutsch-ostasiatischen Expeditionscorps.
20. Juli. Festsetzung der chinesischen Kriegsentschädigung auf 450 Millionen Taels.
22. Juli. Tod der Gemahlin des Präsidenten Krüger.
24. Juli. Erfolge der Buren unter Schaper und Kruitzinger.

---

24. Juli 1901.

Zwei außerordentlich lehrreiche Kundgebungen über die auswärtige Politik des heutigen Frankreich liegen uns vor. Die eine von Jean Bernard, Redakteur für politique étrangère am „Voltaire" führt den Titel: Un mot sur la politique étrangère du parti radical. Hier, Aujourdhui, Demain. Paris, 21 Juin 1901. Es ist eine kleine Broschüre, die sich als Publikation des radikal-sozialistischen Kongresses einführt. Die andere ist in der illustrierten Zeitschrift „Le Magazin colonial et du voyage" niedergelegt, die von einem Herrn Jean Heß redigiert und, wie es scheint, auch geschrieben wird. Mr. Jean Heß ist nicht ganz unbekannt. Er hat sich einen Namen als Reisender gemacht und kennt die französischen Kolonien in Asien und Afrika aus eigener Anschauung. Da er kein Bewunderer der dort erzielten Resultate und der Methoden französischer kolonialer Ausbreitung ist, hat er sich das Ziel gesetzt, die von ihm erkannten Schäden rückhaltslos bloßzulegen. Während daher Jean Bernard die Politik des Ministeriums Waldeck-Rousseau in jeder Hinsicht glorifiziert, zeichnet Jean Heß seine Bilder schwarz in schwarz und dabei belegt er, was doch recht unbequem ist, einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen mit Aktenstücken, gegen die wenig einzuwenden sein dürfte.

Jean Bernard beginnt mit einem historischen Ueberblick, der ebenso kühn wie oberflächlich den Beweis zu erbringen sucht, daß Frankreich seit den Tagen Dantons, der allein mit staatsmännischem Blick die wahren Bedürfnisse Frankreichs erkannte, Mißgriff auf Mißgriff gehäuft habe, bis es endlich, von Herrn Delcassé auf den

Digitized by Google

richtigen Weg geführt, Erfolg auf Erfolg erringen konnte. Unsere Leser wissen, daß wir der gegenwärtigen französischen Regierung wohlwollend gegenüberstehen. Wir glauben, daß sie unter den heutigen Verhältnissen die bestmögliche ist, und wünschen weder Nationalisten noch Monarchisten an ihre Stelle treten zu sehen. Haben wir auch gelegentlich Einwendungen gegen Dinge zu erheben, welche sie geschehen läßt, so hat sie doch in ihrem offiziellen Verkehr, soweit die Oeffentlichkeit davon erfahren hat, sich allezeit korrekt benommen. Damit geben wir uns zufrieden und überlassen es feineren Köpfen, Herz und Nieren auf ihre wahren Gesinnungen zu prüfen. Aber Herr Jean Bernard kompromittiert diejenigen, die er rühmen will, und gelangt bei seiner Charakteristik der gegenwärtigen Situation zu Resultaten, die nicht ohne Komik sind. Er geht die großen Mächte der Reihe nach durch. England hat 1871 dem besiegten Frankreich seine Sympathien gezeigt und das soll ihm nicht vergessen werden. Es hat 1875 geholfen, den drohenden Ueberfall abzuwehren, durch den Bismarck, wie die unsterbliche Legende sagt, Frankreich vernichten wollte, endlich, und das ist das Wesentliche, England hat im Jahre 1900 von Frankreich für 1239 Millionen Franks Waren gekauft, während umgekehrt von England nur Waren im Wert von 609 Millionen nach Frankreich gingen. So sei England für die Franzosen zehnmal mehr wert als die Summe ihrer Kolonien. Nun komme freilich als Gegenkonto Egypten, Faschoda und die das französische Gemüt verletzende Politik in Transvaal. Aber Jean Bernard ist Realpolitiker und meint, daß nur Tollhäusler aus diesen Gründen eine Feindseligkeit aufrechterhalten könnten, die einen désastre économique zur Folge haben könne.

Folgt das deutsche Konto, auf welchem als Guthaben für uns der Empfang des Generals Bonnal durch Kaiser Wilhelm und sein Toast auf die französische Armee figuriert, aber Frankreich kann nicht moralisch abdanken, indem es die Gewalthat von 1871 vergißt, die „gestohlenen Provinzen" bleiben trennend bestehen. Es sei der Zeit zu überlassen, hier einzugreifen und dem Recht zur Wahrheit zu verhelfen. „Das Wesentliche ist, die Hoffnung auf Recht und Gerechtigkeit lebendig zu erhalten, und sich den Glauben zu wahren an eine vorausschauende und stetige auswärtige Politik, wie sie trotz allem die Republik besser als sonst jemand verfolgen kann". Also

Digitized by Google

keine Allianz mit England oder Deutschland, sondern gute Beziehungen, nicht mehr und nicht weniger.

In betreff der Türkei geht Frankreich „stolz und frei" mit Rußland Hand in Hand. Bricht einmal der Staat zusammen, so hat Frankreich ein altes Programm, das nach Maßgabe des erworbenen Einflusses und der vorhandenen Kräfte zur Ausführung gelangen werde. Daß es dem russischen Programm direkt widerspricht, wird vorsichtig verschwiegen. Vorläufig heißt es auch hier: abwarten.

Hieran schließt sich ein scharfer Angriff auf Hanotaux und eine warme Anerkennung Delcassés, der aus Faschoda die Konvention vom Juni 1899 zu gewinnen verstand, durch welche das französische Senegal mit dem Mittelmeer verbunden und das afrikanische Reich Frankreichs vom Golf von Guinea und dem atlantischen Ocean bis zum Tschadsee und zum Hinterland von Tripolis ausgedehnt ward. Ein ungeheurer Gewinn, der noch durch die Konvention von Rio de Oro mit Spanien vervollständigt wurde.

Weitere Verdienste hat das radikal-sozialistische Kabinet sich durch den Handelsvertrag mit Italien und durch die italienisch-französische Grenzrichtung am Roten Meere erworben, so daß Toulon die freundschaftlichen Beziehungen beider Nationen zu glänzendem Ausdruck bringen konnte. Dank dieser weisen Politik habe Frankreich, ohne auf Widerspruch zu stoßen, sich Tuats bemächtigen können, und für die Ermordung des Franzosen Pouzet habe Frankreich eine eklatante Satisfaktion erhalten. In China gleiche Erfolge: die Exploitation der Eisenbahn Hankau—Peking, die Ausdehnung der französischen Konzession in Schanghai, die leitende Rolle Frankreichs während der letzten chinesischen Wirren seien der Beweis dafür. Die russischen Beziehungen streift Herr Bernard nur; sie stehen über jeden Zweifel fest. Endlich ist es ein Verdienst des Ministeriums, daß es das diplomatische Personal Frankreichs im demokratischen Sinne verjüngt habe, und eben dadurch habe die Diplomatie eine neue Richtung erhalten. Der französische Diplomat der Gegenwart geht nicht nur zu Hofe, er wendet sich auch an das Volk, an die öffentliche Meinung! (Hoffentlich dringt dieser ketzerische Satz nicht zu den Ohren der russischen Verbündeten, die in diesem Punkte empfindlich sein würden!) Schließlich faßt Herr Bernard den

Digitized by Google

Inhalt seiner Ausführungen so zusammen. „Sans rien abandonner des ses espoirs légitimes, car le droit ne se prescrit pas, la France ne saurait s'immobiliser dans une attente décevante, elle doit profiter des avantages d'une situation redevenue heureuse au point de vue international, et continuer sa tradition qui date de Richelieu". Dieser Satz verliert bei wörtlicher Uebersetzung. Wir wollen ihn daher umschreiben. Er sagt, daß Frankreich unter Aufrechterhaltung seiner unverjährbaren Ansprüche auf Elsaß-Lothringen und Egypten bereit sein solle, das gute Verhältnis zu Deutschland und England zu nutzen, um mit einem großen politischen Unternehmen vorzugehen. Welches Unternehmen gemeint ist, zeigt wohl das Datum der Broschüre; der 20. Juni 1901 giebt die Zeit ziemlich genau an, da die marokkanische Frage plötzlich mit außerordentlicher Schärfe in den Vordergrund rückte. Was ist es nun mit dieser marokkanischen Frage?

Die Antwort darauf soll uns Monsieur Jean Heß geben.

Wir haben schon vorausgeschickt, daß er kein Freund des gegenwärtigen Ministeriums ist. Auch macht er kein Hehl daraus, und da sein „Magazin colonial" das Datum 15. Juli 1901 trägt, könnte man fast glauben, daß er eine Erwiderung auf seinen Namensvetter Bernard hat schreiben wollen. Denn Faschoda und Marokko sind der eigentliche Gegenstand seiner Darlegungen, was freilich nicht ausschließt, daß auch einige bitterböse Hiebe gegen den Kongostaat und König Leopold II. geführt werden.

Zunächst berichtet Heß von einer Audienz, die er Ende 1898 bei Delcassé hatte. Er will dem Minister damals vorausgesagt haben, daß er einer schweren politischen Niederlage entgegengehe. Das Beste sei, die Engländer zu bitten, seine, Delcassés, Instruktionen Marchand zu übermitteln, damit sie ihn in allen Ehren als wissenschaftlichen Reisenden, frisch verproviantiert, heimschickten. „Mais M. Delcassé qui est aussi mauvais ministre qu'il fut piètre journaliste préféra . . . ce que l'on sait: l'aventure de Fashoda." Das ist sehr unliebenswürdig gesagt, aber nach den im „Figaro" erschienenen Enthüllungen wird sich schwer bezweifeln lassen, daß auch das gegenwärtige Ministerium den vollen Umfang der Mission Marchand kannte. Doch das soll nur beiläufig und unter Uebergehung der gegen Marchand (Ignorant, maladroit et lent. De

Digitized by Google

plus, sauvage) gerichteten Angriffe gestreift werden. Die Hauptsache bleibt doch Marokko.

Den Ausgangspunkt bildet der am 6. August 1845 ratifizierte Vertrag zwischen Frankreich und Marokko. Er knüpft an die Unterwerfung Abd-el-Kaders an und mündet in eine Grenzrichtung aus, durch welche bestimmt wird, daß die ehemals zwischen Marokko und der Türkei bestehenden Grenzen ebenso für Algier und Marokko gelten sollen. „Keiner beider Teile wird die Grenze des anderen überschreiten . . . . sie wird bleiben, wie sie vor der Eroberung Algiers durch die Franzosen war." Die Grenze wird dann nach den Ortschaften, die sie durchquert, bestimmt, aber man beschränkt sich darauf, als südlichsten Punkt Teniet-el-Sessi zu nennen. Die Araberniederlassungen, die von Marokko und diejenigen, die von Algier abhängen, werden namentlich aufgezählt. Von den Oasen im Süden ist keine Rede, die Herrschaft der Türken war nie über das Hochplateau im Norden hinausgelangt und in dem damaligen Frankreich hatte man von dem „Hinterland" in der Sahara, die als unbewohnbar galt, keinerlei Vorstellung. Kaum aber hatten die Franzosen sich in Algier festgesetzt, so begann bei ihnen der Drang nach Süden, und Heß belegt nun durch eine lange Reihe offizieller Aktenstücke, wie jetzt die Marokkaner stetig nach einer genauen Grenzregulierung verlangen und wie Frankreich unter immer neuen Vorwänden diese Regulierung verweigert, dagegen stetig nach Süden und Westen auf Marokko zu vordringt.

„Es liegt mir fern — sagt Heß — die Marokkaner als Heilige darstellen zu wollen, . . . aber wenn ich sehe, daß unsere gesamte Diplomatie, die ganze Presse, jede Regierung über diese armen Teufel Zeter schreit und sie aller möglichen Missethaten und Verbrechen beschuldigt, nur um in der öffentlichen Meinung die Vorstellung zu erwecken, wir seien berechtigt, Marokko zu nehmen, dann kommt mir das „stark" vor. Ich unterrichte mich, forsche nach und finde, daß wir nicht besser sind als die Marokkaner. Und ich frage mich, wie bei diesen Menschlichkeiten von „Recht" die Rede sein kann — es ist die Geschichte eines starken Volkes, das ein schwaches verschlingen will. . . .

Da haben wir zwei Völker. Wir — das starke, Marokko — das schwache. Sie sind Nachbarn, und ein Vertrag bestimmt ihre

Digitized by Google

Grenzen. Wir verständigen uns über die bekannten Orte. Das genügt und müßte jedem vernünftigen Wesen genügen.

Aber eines schönen Tages, sehr bald nach Abschluß des Vertrages, bemerkt man, daß der Vertrag zu Konflikten führt.

Wenn nun Marokko, um diese Konflikte zu beseitigen, sich auf den Wortlaut des Vertrages beruft, berufen wir uns auf den Geist desselben, und umgekehrt: wollen jene den Geist des Vertrages geltend machen, so bestehen wir auf dem Buchstaben. Sind aber Geist und Buchstabe gegen uns, so entscheidet die Gewalt.

Eine neue Grenzrichtung hätte alles in Ordnung bringen können, und die Gouverneure von Algier haben immer wieder darum gebeten, aber am Quai d'Orsay will man nichts davon wissen. Dort giebt es Leute, welche die marokkanische Frage lieben (comme une dartre à gratter sagt Bernard etwas unhöflich), sie haben sich in den Kopf gesetzt, den Franzosen ganz Marokko zu schaffen. „Darauf arbeiten sie hin. Nicht etwa, daß sie gleich einen Krieg beginnen wollten. Oh, nein! Marokko muß im Unrecht sein und sich selbst als Sühnopfer darbieten. Die öffentliche Meinung Frankreichs muß getäuscht und die Politik der Fremden muß an der Nase herumgeführt werden. Ein klassisches Mittel ist die Entschädigungsforderung, wenn ein Stamm im Süden einem anderen eine Herde abgejagt hat. Eine Zeit lang schickte man Note auf Note. Man glaubte, Marokko habe kein Geld und werde nicht zahlen können, dann könnte der grand coup folgen. Aber Marokko zahlt und zahlt noch immer. Herr von Martinière schreibt (1892) in diesem Anlaß: „Es entspricht unseren Interessen nicht, wenn die Nomaden die Vorstellung gewinnen, daß unsere Beziehungen zu Marokko sich so weit verändert haben, daß wir nicht mehr wie früher unseren Willen durchzwingen, sondern uns über Kleinigkeiten zu diskutieren bereit finden ...." So mag Marokko thun, was es will, es hat Unrecht.

Vergeblich bittet es, man möge ihm ein für allemal sagen, was uns im Süden gehört; wir gehen der Antwort aus dem Wege. Schon 1877 erhält M. de Vernouillet die Instruktion, nicht zu antworten, wenn die Marokkaner über die Festlegungen der Grenzen Eröffnungen machen. Von da ab werden ebenso wie die Regierung

Digitized by Google

von Algier die Marokkaner nicht müde, um eine Grenze zu flehen. Aber das ist stets vergeblich ....

Die marokkanische Frage besteht also im Folgenden: Ein Vertrag bestimmt unsere Grenzen im Norden, läßt aber die Sahara südlich von Teniet-el-Sessi dem Gebrauch beider Teile frei. Diese fehlende Abgrenzung giebt Anlaß zu Zwischenfällen.

Wir nutzen diese Zwischenfälle gegen Marokko aus. Um dieser Ausbeutung zu entgehen, welche seine Existenz bedroht, ersucht Marokko um eine Ergänzung des Vertrages von 1845 durch eine Grenzrichtung nach Süden zu, sie wollen, wie es völkerrechtlich Gebrauch ist, diskutieren und dann abschließen.

Seit dreißig Jahren gehen wir der Antwort aus dem Wege. Unsere Regierung aber täuscht die öffentliche Meinung und klagt in ihren Zeitungen über die Doppelzüngigkeit der Marokkaner, die unsere heiligsten Rechte verletzen ... Wollten wir dem Recht entsprechen, wir hätten die marokkanischen Vorschläge längst angenommen. Wir hätten unter ehrlicher Wahrung des Rechtes beider Teile endgültig festgesetzt, was zu Marokko gehört und was unser ist. Aber gerade das will man nicht. Man will ganz Marokko. Das ist aber ebenso ungerecht wie dumm. Ueber die Ungerechtigkeit diskutieren wir nicht weiter. Dumm aber ist es, weil, wenn einmal Europa dank der Geschicklichkeit des Quai d'Orsay, uns erlaubt, Marokko zu nehmen, sich andere Leute finden werden, die es uns nicht erlauben. Diese Leute sind die Marokkaner. Algier hat uns sechs Milliarden und gegen 200 000 Mann gekostet — und doch muß ein Blatt wie der „Temps" gestehen, daß nach einem halben Jahrhundert die Treue des Landes ausschließlich von der Stärke unserer Okkupationstruppen abhängt. Vom nackten Interessenstandpunkt aus ist Marokko nicht den tausendsten Teil dessen wert, was die Eroberung kosten würde."

Wir haben in unserem Referat all die scharfen Ausfälle gegen die französische Regierung übergangen, aber wir haben die von Heß veröffentlichten Akten genau geprüft und können nur bestätigen, daß er, was den Kern der Frage betrifft, kein Wort zu viel sagt.

Es liegt in der That so, daß Frankreich systematisch die Marokkaner zur Verzweiflung treibt und jeden Akt der Repressalien zur

Digitized by Google

Vergrößerung seines Gebietes ausnutzt, so daß sich schwerlich an der Absicht zweifeln läßt, ganz Marokko zu einem zweiten Algier zu machen. Interessant ist nun die Frage, ob Herr Delcassé sich wirklich gerade jetzt — wie man aus den zuerst angeführten Ausführungen Bernards zu schließen geneigt sein kann — mit dem Gedanken getragen hat, den entscheidenden Schlag gegen Marokko zu führen? Wir können darüber nur konjekturieren und glauben den richtigen Weg zu gehen, wenn wir in der parallel laufenden russischen Zeitungslitteratur Umschau halten. Denn es läßt sich fast als Regel der Satz aufstellen, daß, wo ernste französische Absichten vorliegen, sie in der russischen Presse einen scheinbar spontanen Ausdruck finden.

Da stoßen wir denn in der „Nowoje Wremja" Nr. 9095 vom 14. Juli im Zusammenhang eines Artikels, der an der Hand des „Figaro" die Faschodafrage recht leidenschaftlich behandelt, auf die folgenden Ausführungen:

„In gleicher Weise wie England und Deutschland geheime Abmachungen über Marokko getroffen haben, sind diese beiden Mächte auch über den Persischen Golf jetzt zu einer geheimen Verständigung gekommen (die „Nowoje Wremja" ist bekanntlich über alle Geheimverträge stets genau orientiert!), durch welche sie sich eine vorteilhafte Position an diesem wichtigen Punkte sichern. Darf man doch nicht vergessen, daß Deutschland durch seine kürzlich erfolgte Festsetzung auf der Fasaneninsel im roten Meere der Kamerad Englands werden wird. Nun ist der Suez-Kanal thatsächlich in englischen Händen, und die Sorge Englands um Wiederherstellung seiner früheren Vorherrschaft an der Bucht von Gibraltar trifft mit den Bemühungen Deutschlands zusammen, seine Handelsbeziehungen zu Marokko weiter zu entwickeln. So erscheint auf dem ganzen Seewege von Gibraltar bis zum Persischen Golf Deutschland jetzt Hand in Hand mit England. Wenn aber schon England allein den Franzosen ein Faschoda bereiten konnte, so wird das in rührendem Einvernehmen mit Deutschland umso eher möglich sein. Wird das auch nicht vorher gesagt, so erkennt man es doch gleichsam instinktiv, zugleich aber fühlt man, daß es nicht ausreicht, sich auf die Diplomatie allein zu verlassen, wo es sich darum handelt, Unvorsichtigkeiten zu meiden, die eine Handhabe bieten könnten, sondern daß es darauf ankommt, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß

Digitized by Google

Frankreich nicht zum zweiten Mal überrumpelt werde, bevor es bereit ist, freche Gewaltsamkeiten zurückzuweisen.

Was speziell den Persischen Golf betrifft, so dürfte er als Objekt für derartige Experimente wenig geeignet sein, weil er vom festen Lande aus zugänglich ist. Die Aufmerksamkeit Frankreichs muß sich daher auf Marokko konzentrieren, sowie auf den freien Ausgang vom Mittelmeer in den Ocean. Dort muß Frankreich eine solche Stellung einnehmen, daß kein Gedanke aufkommen kann, ihm auch nur den Schatten eines Faschoda zu bereiten."

Diese letzten Bemerkungen können nur auf Tanger gedeutet werden, und wollen offenbar die Vorstellung erwecken, als ob England sich mit dem Gedanken trage, Tanger zu besetzen! Bisher hat diese Ausführung des russischen Blattes in der uns zugänglichen französischen Presse noch kein Echo gefunden, und eben das scheint darauf hinzuweisen, daß die marokkanischen Pläne Frankreichs von irgend welcher Seite her direkten oder indirekten Widerstand gefunden haben.

Vielleicht haben auch die letzten Nachrichten aus Transvaal ernüchternd gewirkt. Nach den von Kitchener erbeuteten und veröffentlichten Papieren des Präsidenten Steijn scheint die Lage der Buren, trotz ihres Opfermutes, doch recht ungünstig zu sein. So entschieden und heroisch Steijn den Pessimismus des Staatssekretärs Reitz zurückweist, so wenig können wir uns doch verhehlen, daß die Argumente, die er für die Fortsetzung des Kampfes ins Feld führt, nach unserer genaueren Kenntnis der Lage unzureichend sind. Wir zählen sie kurz her und der Leser mag urteilen. 1. Steijn hat aus europäischen Zeitungen gefolgert, daß in den nächsten Monaten (die Depesche datiert vom 15. Mai) ganz bestimmt Komplikationen in Europa eintreten würden. 2. Die Thatsache, daß die Abgesandten der Buren nicht nach Afrika zurückkehren, um ihren kämpfenden und leidenden Landsleuten zu sagen, daß keine Aussicht auf fremde Hilfe sei, beweise, daß diese Hilfe nahe sei. Beides sind Illusionen, ganz wie 3. der Glaube an einen Umschlag der öffentlichen Meinung Englands nichts anderes ist als ein trügerischer Irrtum. Die Sache liegt vielmehr so, daß über kurz oder lang die ganze liberale Partei unter Roseberys Führung ins imperialistische Lager übergehen wird. Wir können in Südafrika noch einen Kampf

Digitized by Google

erleben, wie Totilas und Tejas ihn gefochten haben, vielleicht auch einen heroiſchen Exodus weniger ſtreitbarer Männer. Ob aber eine Rettung für die politiſche Selbſtändigkeit der beiden afrikaniſchen Republiken jetzt noch möglich iſt, bleibe dahingeſtellt, jedenfalls wird ſie, zum Schaden Englands, nach einem Menſchenalter kommen. Das wiſſen, ſo ſcheint es uns, die Engländer ſelbſt, aber die heute führende Generation kann nicht mehr zurück, ſie hinterläßt das böſe Erbe ihren Kindern.

Unter dieſen Umſtänden wünſchen wir einen möglichſt raſchen Abſchluß, damit dem unſagbaren Jammer in Südafrika endlich ein Ziel geſetzt werde.

Digitized by Google

28. Juli. Wahlerfolge der französischen Republikaner bei den Generalratswahlen.
29. Juli. Totenfeiern zum Andenken König Humberts in Italien.
31. Juli. Organisation eines Ausw. Amtes in Peking.

---

31. Juli 1901.

Der Besuch des Großfürsten Alexander Michailowitsch hat in letzter Zeit die Aufmerksamkeit wieder in erhöhtem Grade den Angelegenheiten der Balkanhalbinsel zugewandt. Die kleinen Balkanstaaten machen ihr jeden Sommer wiederkehrendes politisches Heufieber durch, das zwar an sich nicht gefährlich ist, aber nicht nur den leidenden Teilen unbequem, sondern auch ihren Nachbarn recht lästig werden kann. Wir wollen versuchen, die wesentlichsten Erscheinungen dieser periodisch wiederkehrenden Krankheit kurz zu charakterisieren, wobei wir freilich fürchten, daß die Diagnose auf einen Zustand hinweisen wird, der nur geringe Aussichten auf Heilung eröffnet.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Türkei nicht nur die Territorien, die ihr auf der Halbinsel gehören, festzuhalten bestrebt ist, sondern auch den Einfluß behauptet, der ihr teils vertragsmäßig zukommt, teils durch ihre thatsächliche Machtstellung bedingt ist. Beides bedeutet einen Gegensatz zu den Bestrebungen der slavischen Völkerschaften, die sowohl nach Ausdehnung ihrer Grenzen wie nach Steigerung ihrer Selbständigkeit streben, wobei die Pforte mit der Thatsache rechnen darf, daß die aus jenen Bestrebungen mit absoluter Notwendigkeit sich ergebenden Rivalitäten zwischen Serben, Bulgaren, Montenegrinern, Griechen, für sie den den Wert einer Bundesgenossenschaft erlangen. Diese der Pforte günstige Position wird noch weiter gefördert durch die ebenfalls nicht zu eliminierenden, sondern höchstens zeitweilig zu übertünchenden Gegensätze der österreichisch-ungarischen und der russischen Balkanpolitik. Halten sich diese das Gleichgewicht, so muß das Facit Ruhe auf

Digitized by Google

der Balkanhalbinsel sein. Das Gegenteil läßt mit absoluter Sicherheit darauf schließen, daß das Gleichgewicht gestört ist. In der That prädominiert heute sowohl in Serbien wie in Bulgarien der russische Einfluß. In Serbien infolge des Sturzes und danach des Todes von König Milan, in Bulgarien seit der Ermordung Stambulows, und seit Fürst Ferdinand sich davon überzeugt hat, daß er das Ziel seiner Wünsche, die bulgarische Königskrone, möglicherweise im Gegensatz zu den Wünschen Oesterreich-Ungarns, niemals aber gegen den Willen Rußlands gewinnen kann. Gerade der Umstand, daß Rußland ihm diese Hoffnung nicht ganz nimmt, fesselt seine Politik mehr an die russischen Interessen als jede andere wahrscheinliche Kombination. Diese innere Abhängigkeit von Rußland erklärt die Entschiedenheit, mit welcher Fürst Ferdinand sich bereit fand, der Thätigkeit des makedonischen Komitees Schranken zu setzen, obgleich er auffallend lange dem Treiben dieser Verschwörerbande ruhig zugesehen hat. Sarafow hat seine Stellung als Präsident des makedonischen Komitees niederlegen müssen und ist durch den Professor Michailowsky ersetzt worden, dessen Programm nicht den terroristischen Charakter trägt, den Sarafow für geboten hielt. Wir werden also nicht eine Aera neuer politischer Morde zu erwarten haben, sondern eine maßvollere Propaganda, deren Ziel in Bezug auf Makedonien die Ausführung des § 23 des Berliner Kongresses sein wird. Damit kann man sich im wesentlichen zufrieden geben. Es wird aber trotzdem von größtem Interesse sein, den Gang des Prozesses Sarafow zu verfolgen. Die übrigens nicht sehr geschickte Anklageakte läßt kaum einen Zweifel an der Schuld Sarafows und seiner Spießgesellen aufkommen. Namentlich in Rumänien ist man am Ausgang des Prozesses interessiert, und wir wünschen im Interesse aller Teile, daß durch energische Bestrafung der Schuldigen eine wirkliche Sühne der geschehenen Frevel eintritt. Auch Rußland scheint dieses Interesse zu verfolgen, wie denn überhaupt im Gegensatz zu der aufreizenden Haltung der russischen Presse das offizielle Rußland dämpfend und mäßigend wirkt.

Das hat sich auch bei Behandlung der kretischen Angelegenheiten gezeigt, die bekanntlich in eine Verlängerung der Vollmachten des Prinzen Georg ausmündeten, was sich zweifellos zur Zeit als förderlichster Ausgang bezeichnen läßt.

Digitized by Google

Von großem Interesse ist ferner die nunmehr erfolgte Bestätigung des ökumenischen Patriarchen Joachim des Dritten, der als russischer Kandidat einstimmig von den Vertretern der griechischen Bevölkerung gewählt worden ist. Man kann von dieser Thatsache eine Wendung in der Kirchenpolitik des ökumenischen Patriarchats datieren. In früheren Zeiten war der Patriarch stets griechischer Nationalist, und die allgemeine Anschauung, daß im türkischen Reich griechisch und orthodox identisch seien. Die allmähliche politische Emanzipation der slavischen Stämme hat aber zu einem unaufhaltsamen Rückzug des Griechentums vor dem Slaventume geführt, und es kann garnicht zweifelhaft sein, daß die Parole von der Enthellenisierung der ökumenischen Kirche von Rußland ausgegangen ist. Als zu Anfang der siebziger Jahre unter russischer Protektion das bulgarische Exarchat entstand, wurden diesem sämtliche im türkischen Reiche lebenden orthodoxen Bulgaren unterstellt; das bedeutete ein Schisma, denn das ökumenische Patriarchat duldet zwar geographisch begrenzte autokephale Kirchen, untersagt aber prinzipiell jede Kirchentrennung nach Nationalitäten. Das gilt als ketzerisch und ist kirchlich als Philetismus verdammt worden. Als vor, wenn wir nicht irren, achtzehn Jahren Joachim der Dritte zum erstenmal Patriarch wurde und den nationalen Sonderwünschen Rechnung zu tragen begann, wurde er, als von Rußland erkauft, gestürzt. Erst später merkten die Bulgaren, daß das Schisma einen Machtfaktor für sie bedeutete, so daß heute die alten Gegensätze nicht mehr bestehen, der Patriarch aber sich in der schwierigen Lage befindet, gleichzeitig die Wünsche der Russen und die entgegengesetzten Wünsche der Griechen befriedigen zu müssen. Die von Bulgarien errungene kirchliche Selbständigkeit hat, wie leicht begreiflich ist, verwandte Bestrebungen auch in anderen, dem ökumenischen Patriarchen unterstellten Gebieten hervorgerufen, so namentlich in Serbien, und unter den orthodoxen Christen Syriens und Arabiens. In Antiochia wurde vor zwei Jahren der Araber Meletios zum Patriarchen gewählt, aber auf Bitte des ökumenischen Patriarchen vom Sultan nicht bestätigt, so daß Meletios sich bis zum heutigen Tage mit der Stellung eines locum tenens begnügen muß.

Es scheint nun, daß man von dem Aufenthalt des Großfürsten Alexei Michailowitsch auch in Rumänien eine Stärkung der russo-

Digitized by Google

philen Richtung der Geistlichkeit erwartet, während in Serbien, wo in dieser Richtung nichts zu wünschen übrig ist, der Schwerpunkt auf einen engeren wirtschaftlichen Anschluß gelegt zu werden scheint. Im Augenblick agitiert der russische General-Major Schwedow, der sich in Belgrad aufhält, auf dieses Ziel hin. Er ist Begründer der Gesellschaft Wostoko-Wedinje, deren Ehrenpräsidentschaft der Finanzminister Witte angenommen hat. Es gilt, den russischen Einfluß und vor allem den russischen Handel im Orient zu fördern; schon jetzt ist die Gründung eines russisch-serbischen Handelsmuseums in Belgrad gesichert, ein Kartell der respektiven Dampferlinien ist vereinbart worden, man denkt an Einführung der Baumwollenkultur, und eine neue russische Buchhandlung ist in Belgrad entstanden. Das giebt in seiner Summe doch eine erhebliche Stärkung der gegenseitigen Interessengemeinschaft und bedeutet gewiß nur einen Anfang. Auch das verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß die russische Presse nach wie vor der albanischen Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwendet und daß die Denunziationen gegen die Politik Oesterreichs in Bosnien und in der Herzegowina eifrig fortgesetzt werden. Auch in Ungarn regt sich die panslavistische Agitation, die im Saroser Komitat ihren Mittelpunkt zu haben scheint, an einer anderen Stelle aber schmerzliche Niederlagen zu verzeichnen hat. Der Bischof von Eperjes, Walji, griechisch-katholischen Bekenntnisses, hat es als erster unternommen, die Wallfahrt der griechischen Katholiken ungarischer Zunge nach Rom zu führen und dem Papste anläßlich des feierlichen Empfanges unter sehr schweren Verhältnissen die Angelegenheit der ungarischen Liturgie ans Herz zu legen. So gehen die Schachzüge in diesem zum Teil mit geistlichen Mitteln geführten weltlichen Kampfe hin und her, und es läßt sich heute nicht vorhersagen, welchem Teile der Sieg zufallen wird.

Solange die Aktion von slavophiler Seite allein ausging, mochte man sich dabei beruhigen, daß der Lärm, den sie verursachte, größer war als der Erfolg ihrer Wirksamkeit. Seit jedoch die Agitation in Oesterreich-Ungarn hineingreift und von Frankreich aus ostensibel gestützt wird, liegt die Sache doch anders. Es ist Pflicht der Presse, den Spuren nachzugehen, welche sich verfolgen lassen, und die uns doch nur einen geringen Teil des Umfanges dieses gefährlichen Treibens enthüllen. Wir weisen in diesem Zusammenhange

Digitized by Google

darauf hin, daß auch in London neuerdings wieder Herr Wesselitzki — der falsche Engländer der „Fortnightly Review" — in einer Sitzung des Verbandes der ausländischen Presse präsidiert hat, um im alten Stil gegen Deutschland zu hetzen.

Ueberhaupt beginnt es wieder einmal auf der ganzen Linie gegen uns lebendig zu werden. Das „Journal des Débats" hat neulich in Anlaß des Rücktritts des Herrn v. Puttkamer wieder in ungehörigster Weise die nicht existierende elsässische Frage angefaßt. Wir möchten doch sehen, was für ein Gesicht die Franzosen dazu machen würden, wenn man ihnen in ähnlicher Weise ihr Recht an Savoyen und Nizza von italienischer Seite bestreiten wollte. Und doch sind diese beiden Provinzen von Frankreich nicht mit dem Schwert in der Hand gewonnen worden, sondern als Frucht der politischen Chantage, die Napoleon den Italienern gegenüber rücksichtslos geübt hat. Es ist aber System in diesem Treiben, und wer sich darüber orientieren will, lese in der „Histoire Générale" von Lariſſe und Rambaud den Abschnitt l'Allemagne de 1871 à nos jours von Dénis, in welchem ganz direkt die Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit des Frankfurter Friedens bestritten wird, weil die Elsässer nicht durch Plebiszit befragt worden seien, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören wollten! Dabei sucht Dénis seinen Lesern einzureden, daß das Land nach wie vor französisch gesinnt sei, und er gipfelt seine Ausführungen in dem Satz: „Il n'y a de traité valable que celui qui est accepté par les deux parties". Gewiß, aber hat Frankreich etwa den Frankfurter Frieden nicht unterzeichnet? Wir denken doch, und wenn Herr Dénis meint, auch die Elsaß-Lothringer hätten befragt werden müssen, so ist das eine völkerrechtliche Anschauung, die Ludwig XIV., auf den doch der französische Anspruch auf diese Lande zurückgeht, jedenfalls nicht geteilt hat.

Die Leser verzeihen die Vorführung dieser Binsenwahrheiten. Sie sind weniger für ihn bestimmt, als für den französischen Leser, dessen Auge vielleicht auf diese Zeilen fallen mag.

Ueberhaupt konstatieren wir ein Zunehmen des französischen Chauvinismus, der an jedem Punkte einsetzt, an welchem er eine wunde Stelle der Tripelallianz zu erkennen glaubt. Die Art, wie ebenfalls das „Journal des Débats" die nationalen Verhältnisse in

Digitized by Google

Wälsch-Tirol anfaßt, ist darauf berechnet, Italien gegen Oesterreich zu erregen, vielleicht auch Hoffnungen zu erwecken, die Frankreich gegen ein neues Nizza und Savoyen zu verwirklichen bereit sein könnte. Aber das alles hängt wohl mit dem Wettbewerb aller Parteien um die Stimmen der Wähler zusammen, die im nächsten Jahre über die Form zu entscheiden haben, in welcher Frankreich politisch weiterleben wird. An sich giebt das eine ungeheuerliche Situation, die auf den circulus vitiosus zurückzuführen ist, der in der Lehre von der Volkssouveränität steckt. Es ist im Grunde ganz derselbe Trugschluß, der aus dem unfehlbaren Konzil den unfehlbaren Papst hervorgehen ließ. Denn ist das Konzil unfehlbar, so kann es auch erklären, daß der Papst unfehlbar sei, und dann ist das Konzil überflüssig, ganz wie wiederum ein unfehlbarer Papst zur Erkenntnis gelangen könnte, daß nicht er, sondern die im Konzil vertretene katholische Christenheit im Besitz der vollen Wahrheit sei und sich daher proprio motu jederzeit seiner Unfehlbarkeit wieder zu entäußern vollauf berechtigt ist. Das ergiebt, auf die plebiszitäre Republik übertragen, den folgenden Zirkel: Die souveräne Majorität kann jederzeit erklären, daß sie der Republik überdrüssig ist und einen Monarchen an ihre Spitze führen, der dann kraft der auf ihn übertragenen Volkssouveränität unumschränkt walten kann und das Volk nicht weiter zu befragen braucht, sobald er aber durch eine Anfrage an das souveräne Volk diesem sein Recht zurückgiebt, genau dieselbe Situation herstellt, die vorher bestanden hat. So kommt man zum berühmten Zirkel von Cajus und den Kretensern!

Als wollte er uns die im Schoße der nächsten Wahlen ruhenden Möglichkeiten ad oculos demonstrieren, hat der „Figaro" neuerdings eine enquête politique angestellt, die den beiden monarchischen Prätendenten, dem Prinzen Napoleon und dem Herzoge von Orleans, galt. Beide werden mit gleich unparteiischer Gunst behandelt, und die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit, daß sie nach den Wahlen durch die Stimme der Nation an die Spitze Frankreichs berufen werden könnten, wird mit geradezu erstaunlicher politischer Naivetät als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt. Auch lassen es beide nicht an zuversichtlicher Bescheidenheit fehlen. Beide beugen sich gleich ergeben dem zu erwartenden Spruche der unfehlbaren Stimme der Nation. Der Prinz Napoleon beruft sich auf das Programm,

Digitized by Google

das er im Schreiben vom 20. Dezember 1899 dem Maire von Ajaccio gegenüber entwickelt hat. Er will von einer spezifisch bonapartistischen Partei nichts wissen, es gebe für ihn und seine Anhänger nur einen „parti plébiscitaire intégral"; und fast mit denselben Worten sagt der Herzog von Orleans „la monarchie n'est en réalité que le nationalisme intégral". Der Prinz Napoleon bietet respect de l'armée et du drapeau, Ordnung der Finanzen, Gewissensfreiheit. Das suffrage populaire ist ihm das Dogma, auf welchem als Fundament jede mögliche Politik (politique viable) sich aufzubauen hat, „il a une autorité supérieure à l'hypothèse du droit divin", denn es ist greifbar und fast wissenschaftlich (!), es steht demnach über den Parteien als eine unantastbare letzte Instanz, der sich notwendig alles unterwerfen muß. Im Grunde handele es sich um den Streit zwischen Parlamentarismus und Antiparlamentarismus. Der erste habe das gegenwärtig geltende unwahre Regiment mit seiner Fiktion eines unverantwortlichen Präsidenten und mit Ministern, deren Verantwortlichkeit nichts anderes sei, als ein leeres Wort, geschaffen und alles übrige den Parlamentariern überlassen, die nichts Gutes, nichts Gerechtes und nichts gethan hätten, was dem allgemeinen Interesse diene.

Als heilsames Gegenbild wird dann die Konsulatsverfassung geboten: die Regierung in Händen eines direkt gewählten verantwortlichen Oberhauptes, ihm zur Seite verantwortliche Minister, ein Staatsrat, der die Gesetze vorbereitet, und Kammern, welche beraten und abstimmen, kurz es ist das alte Napoleonische Rezept, wie der I. und der III. Napoleon es angewandt haben.

Uns ist dabei ein blutiges Witzwort Rocheforts eingefallen. In der Nummer 1 seiner „Lanterne" sagte er: „Ich bin aus Ueberzeugung Bonapartist, aber es wird mir erlaubt sein, mir meinen Helden aus der Dynastie zu wählen. Als Bonapartist entscheide ich mich nun für Napoleon II.; das ist mein gutes Recht, und ich füge hinzu, daß er für mich überhaupt das Ideal eines Herrschers darstellt. Niemand darf leugnen, daß er regiert hat, da sein Nachfolger sich Napoleon III. nennt. Quel règne, mes amis, quel règne! Pas de contribution, pas de guerre, pas de liste civile! Oh oui! Napoléon II je t'aime et je t'admire sous reserve!" Ob die Franzosen von heute nicht auch lieber einen gemalten als

Digitized by Google

einen wirklichen Napoleon haben wollen, bleibt abzuwarten. Wir unsererseits möchten es fast glauben.

Abgesehen von dem Verfassungsprogramm und der Regierung des Parlamentarismus bietet der royalistische Prätendent den Wählern dieselben Schlagworte: le respect et l'intangibilité de l'armée, ein Satz, der offenbar den Charakter einer Formel angenommen hat, dann la plus large liberté de conscience, wobei jedoch kein Zweifel darüber gelassen wird, daß nicht die Gewissensfreiheit gemeint ist, welche die Herren Waldeck-Rousseau vertreten, sondern die Gewissensfreiheit im Sinne der Klerikalen; endlich Reform der Finanzen durch Beseitigung der „reformes malheureuses ou mal étudiées der gegenwärtigen Regierung, wobei direkt auf Beseitigung der bestehenden Einkommensteuer und der Arbeiterpensionen (Altersversicherungen) hingewiesen wird. Ueberhaupt scheint der Herzog von Orleans mehr zur Aktion (elle sera légale et pacifique) entschlossen, als der Prinz Napoleon. Er (Orleans) erklärt, da sich die Gelegenheit biete, werde er auch mit lauter Stimme reden, er denke nicht mehr an die weiße Fahne, sie stelle eine Utopie dar, aber er will mit allen Mitteln seine Ansprüche geltend machen. Es fällt in der Unterredung sogar das Wort „On rentre comme on peut". In Summa: „wir haben ein Prinzip, Männer und eine Organisation. Wir gehen an die Wahlen heran, wie an ein Feld energischer Thätigkeit und wie an ein Mittel mächtiger Propaganda, damit das Land verstehe, daß die Monarchie, die Frankreich geschaffen, auch allein fähig ist, Frankreich wieder zu erneuern".

Man gewinnt bei Durchsicht dieser Prätendentenbekenntnisse von denen wir nur die wesentlichsten Punkte hervorgehoben haben, doch den Eindruck, daß sich eine Krisis in Frankreich vorbereitet, deren Ausgang nicht ohne weiteres vorauszusehen ist. Wir unsererseits haben nicht das geringste Interesse, einem der beiden Prätendenten Erfolg zu wünschen, die gegenwärtige französische Regierung ist uns lieber, als die neuen Männer, deren Programm mit innerer Nothwendigkeit zu neuen Abenteuern führen muß. Aber der Zustand des heutigen Frankreich erinnert allerdings an die Republik ohne Republikaner, die dem Staatsstreich des dritten Napoleon vorherging, oder an die Verhältnisse, wie sie in den letzten Tagen des Direktoriums bestanden, als der erste Napoleon den Staatsstreich des achtzehnten Brumaire

Digitized by Google

ausführte. Aber in beiden Fällen waren die Männer, die den entscheidenden Schlag führten, wunderbar für ihre Aufgabe vorbereitet, und wir zweifeln, nach allem was die Welt bis heute vom Prinzen Napoleon wie vom Herzog von Orleans weiß, ob diese Voraussetzung des Erfolges bei ihnen zutrifft. Für die Nachbarn Frankreichs wäre die Erhebung Orleans als die gefährlichere Kombination zu betrachten, weil er sich mit dem Nationalismus identifiziert; der Prinz Napoleon ist zurückhaltender und unbestimmter, mit welchen Hintergedanken, lassen wir dahingestellt.

Digitized by Google

1. August. Uebertritt eines Burenkommandos auf portugiesisches Gebiet.
3. August. Uebergabe des deutschen Teils des Pekinger Kaiserpalastes an die Chinesen.
5. August. Tod der Kaiserin Friedrich.

7. August 1901.

Wir müssen wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die durch den „Dziennik Poznanski" vertretene Polenpolitik lenken, da die russische Presse der Haltung dieses Blattes immer größere Aufmerksamkeit zuwendet. So schreiben die „Peterb. Wjedomosti", daß die Art, wie der „Dziennik Poznanski", „das meist verbreitete Organ der polnischen Presse in Preußen", die auswärtige Politik Rußlands beurteile, ganz besondere Beachtung verdiene, da sich daraus ergebe, daß die polnische Presse eine nicht mehr zu übersehende Schwenkung zu Rußland hin vollzogen habe.

Diese Bemerkung der „Pet. Wjed." wird durch die folgende Charakteristik der russischen Politik, wie der „Dz. Pozn." sie giebt, begründet: „Die Petersburger Politik zeichnet sich heute durch ihre ungewöhnliche Umsicht aus. Sie hat offenbar die Kinderschuhe abgelegt, seit der Fürst Gortschakow ins Grab gesunken ist. Von da ab begannen die Leiter der russischen Politik einen weiteren Kreis zu überblicken und scharfsinnig zu durchschauen. Als Frucht ihrer Politik ergab sich das russisch-französische Bündnis, die Erwerbung der Mandschurei, die Verstärkung des russischen Einflusses in Asien und in Europa, endlich die Annäherung an die Türkei, dank welcher Rußland in die Lage kommt, den deutschen Einfluß im nahen Orient einigermaßen zu paralysieren." Läßt sich aus diesen Aeußerungen des „Dziennik Poznanski" auch natürlich kein Stoff für einen Hochverratsprozeß finden, so wird jedenfalls die unpreußische Staatsgesinnung des führenden Blattes unserer polnischen Intelligenz in das allerhellste Licht gestellt. Demgegenüber werden die Polen in Posen sich nicht beklagen dürfen, wenn man sie als unsichere und

Digitized by Google

verdächtige Bürger unseres Staates schärfer, als es bisher geschehen ist, kontrolliert und in die Schranken zurückführt, in die sie gehören. Die polnischen Stimmungssymptome, auf welche hinzuweisen wir an dieser Stelle gerade in letzter Zeit mehrfach genötigt gewesen sind, bedeuten ja an sich nur wenig für den Gang und die Richtung der auswärtigen Politik. Es will aber stets etwas bedeuten, wenn dem politischen Nachbarn zugerufen wird: komm nur herüber, du findest einen Freund im feindlichen Lager, der bereit ist, dir allen Vorschub zu leisten. Wenn nicht anders, so erweckt es eine nicht ungefährliche Wahnvorstellung, die hüben wie drüben Verwirrung und Unheil anrichten kann. Dem Redakteur des „Dziennik Poznanski" aber wünschen wir von Herzen ein Jahr russischer Erziehung in Warschau oder in Wilna, er würde dort schnell und nachdrücklich lernen, daß man in Fragen staatlichen Interesses nicht Partei ergreifen darf gegen die eigene Regierung.

Aber vielleicht hat der „Dz. Pozn." sich ein Muster genommen an unseren freisinnigen und sozialdemokratischen Organen, die in der Frage des Zolltarifes geschrieben haben, als hätten sie sich mit Leib und Seele unseren wirtschaftlichen Gegnern verkauft. Jedes im „Berliner Tageblatt", dem „Vorwärts" oder der „Voss. Zeitung" gegen den Tarif vorgebrachte Argument, jede Verdrehung und Verleumdung hat ihr verstärktes Echo in der englischen, französischen, amerikanischen, russischen Presse gefunden, und es bedarf schon einiger Erfahrung, um in jenen ausländischen Organen die sympathischen Gesichter der Herren Levysohn, Mosse, Singer und ihrer Freunde wiederzuerkennen. Natürlich sind auch alle gegen den Reichskanzler gerichteten Spitzen, durch jene journalistischen Scheinwerfer vergrößert, nach Petersburg, London, New-York u. s. w. übertragen worden. Besonders thätig ist nach dieser Richtung der Berliner Korrespondent der „Peterb. Wjedomosti". Es soll uns nicht wundern, wenn man in seinem Leserkreise die Vorstellung gewinnt, Deutschland stehe infolge des neuen Zolltarifs am Vorabend einer Revolution. Eine Korrespondenz der „Wjedomosti" (3. August) schildert die durch den Tarif geschaffene Lage folgendermaßen: „Die „kräftige Hilfe", die Graf Bülow der Landwirtschaft gewährt, wird darin bestehen, daß 65 Millionen Konsumenten einen wirklichen Tribut an 30000 Stützen des Thrones und des Altars entrichten werden und

Digitized by Google

zwar von allem und jedem: von jedem Bissen, den sie in den Mund führen, von jeder Elle Zeug, jedem Stück Leder, das sie für ihr Schuhwerk brauchen, von jedem Blümchen, mit dem sie ihr Haus, ihre Geliebte, oder das Grab ihrer Toten schmücken wollen; sogar vom Pferde, das ihr Feld bearbeitet oder ihre Lasten schleppt. Kurz, das Volk wird für eine kleine Gruppe von Auserwählten arbeiten, damit es diesen möglich wird, nach Paris und Monte Carlo zu fahren, sich in Champagner zu baden, jede Art Sport zu treiben und ihre Steuerknechte zu verachten!"

Daran schließt sich eine Darlegung der ungeheuren politischen Fehler, die Graf Bülow sich durch diesen Tarif habe zu Schulden kommen lassen; schon seien durch ihn die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und zu Italien gelockert und weitere schwere Konflikte mit allen übrigen Staaten im Anzuge. In dem Konflikt mit Rußland seien aber alle Trümpfe in Händen der Petersburger Spieler, so daß in dem Wirtschaftskriege nur Deutschland verlieren werde. Wenn man in der Wilhelmstraße auf Kompromisse rechne, könne das nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen, da Rußland ja in der Lage sei, mit derselben Münze zu zahlen und seinerseits gleichfalls Zölle von skandalöser Höhe aufzustellen, um sie als Kompensationsobjekt zu verwerten, wenn die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten angehen. So komme man zu der gewiß nicht müßigen Frage, weshalb wohl Posadowsky mit seinen zahllosen Mitarbeitern die Leiter des Zolltarifs so hoch hinaufgestiegen sei, wenn ihm nichts übrig bleibe, als recht bescheiden wieder hinabzuklettern.

Alle diese Dinge sind für den Kenner russischer Publizistik nicht ohne Humor. Derselbe Mann, der für den bedrückten deutschen Steuerzahler eintritt und über den Niedergang der Tripelallianz jammert, vertritt in seinen von uns zur Genüge gekennzeichneten Korrespondenzen den Standpunkt, daß er jede angebliche Schwächung der Position Deutschlands mit Jubel begrüßt; wenn er daher über den Zolltarif und über die Wirtschaftspolitik des Grafen Bülow ein Jammergeschrei erhebt, folgt daraus, daß er günstige Resultate für Deutschland von dieser Politik befürchtet und eben deshalb als Bundesgenosse der deutschen Gegner des Grafen Bülow auftritt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß Rußland durch die Zollerhöhungen auf Getreide sehr wenig

Digitized by Google

betroffen wird, weil aller Wahrscheinlichkeit nach die Notwendigkeit eines Ausfuhrverbots für russisches Getreide sich nicht wird umgehen lassen. Sollte es aber nicht dahin kommen, so kann infolge der Notstände, welche die russischen Mißernten hervorgerufen haben, nur von einer geringen Ausfuhr die Rede sein. Kurz, der ganze Lärm ist auf Einschüchterung berechnet und nicht ernst zu nehmen; sollte es aber zu einem Zollkriege kommen, so sind wir weit eher in der Lage, ihn zu tragen, als Rußland, das seine Kräfte nach allen Seiten hin überspannt hat. Rußland befindet sich heute ziemlich genau in derselben Lage wie im Jahre 1891, und in den nächsten Monaten erst wird die Wirklichkeit dieser Thatsache ganz ersichtlich werden. Schon jetzt sind die Stimmungsbilder aus den von der Mißernte betroffenen Gebieten erschreckend; es ist kaum abzusehen, wie geholfen werden soll, wenn die Regierung nicht durch ein Ausfuhrverbot die von schwerer Hungersnot bedrohten Gebiete schützt.

Wir meinen also all dem Geschrei gegenüber: abwarten! und sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß Rußland weit mehr einer freundschaftlichen Haltung Deutschlands bedürftig ist, als umgekehrt. Will man das in Rußland nicht erkennen, so wird man es eben erfahren müssen; das ist offenbar der einzige Weg, auf dem politische Fortschritte und politische Klarheit sich erlangen lassen.

Mit Bravaden, wie man in Rußland zu thun pflegt, wird die Situation sich umso weniger auf die Dauer behaupten lassen, als der Mißernte eine Depression in der Industrie parallel geht, welche gleichfalls ernste Besorgnisse rechtfertigt. Wir finden darüber im „Standard" eine Odessaer Korrespondenz vom 2. August, die sich mit den Nachrichten deckt, die uns seit geraumer Zeit zugegangen sind. Im Gouvernement Jekaterinoslaw haben 70 Prozent der großen industriellen Unternehmer ihre Arbeiten eingestellt, und wenn nicht in spätestens sechs Monaten große Bestellungen kommen, werden sie liquidieren müssen. Ueber 40000 Arbeiter sind auf Kosten der Regierung in ihre Heimatsdörfer zurückbefördert worden, da sie im Jekaterinoslawschen weder Unterhalt noch Arbeit finden konnten. In den übrigen Industriebezirken Südrußlands steht es, wie der „Standard"-Korrespondent schreibt, ganz ebenso. Von den Verlusten werden außer den Arbeitern zumeist belgische

Digitized by Google

Kapitalisten und Aktionäre betroffen, ohne daß man ihnen selbst dabei Schuld geben könnte. Die Regierung, die sie in den ersten Jahren mit Bestellungen überhäufte, hat in ihren Finanznöten mit geringen Ausnahmen alle weiter ausblickenden Unternehmungen eingestellt, und dadurch sind namentlich die belgischen Eisenwerke betroffen worden. „Unabhängig von dieser Ursache allgemeiner Mißerfolge, so schließt der „Standard", ist aber noch ein anderes in Betracht zu ziehen, und die britischen Kapitalisten, oder wer sonst vielversprechende Verwendung für sein Geld und seine Energie sucht, thäten gut, es zu bedenken. Neun Zehntel der in den letzten zehn Jahren in Südrußland ins Leben gerufenen industriellen Unternehmungen haben nur dem persönlichen Vorteil der Gründer gedient. Die Unternehmungen selbst werden schon bei ihrem Entstehen durch wahre Mühlsteine von Spesen erdrückt, die dem Gründer und der Vampyr-Herde der Vermittler gezahlt werden müssen. So ist die Gründung von Gesellschaften hier zu Lande ein höchst unmoralisches Geschäft geworden. Wir haben erst jüngst erlebt, daß der Finanzminister noch gerade zur rechten Zeit sein Veto gegen ein gewisses Goldminen-Unternehmen in Sibirien einlegte, das britischen Ursprungs war."

Von großer Politik haben wir, abgesehen von diesen wichtigen zollpolitischen Treibereien, wenig zu sagen. Die stille Zeit macht sich bereits fühlbar. In England hatte die Frage der Dotation Lord Roberts' wieder gezeigt, wie scharf die Gegensätze einander gegenüberstehen und — wie sicher die Regierung ihrer Majorität ist. Es ist im Verlauf der Debatten sehr richtig hervorgehoben worden, daß, wenn Lord Roberts nicht rechtzeitig Entschluß und Besonnenheit, Einsicht und Mut bewiesen hätte, aller Wahrscheinlichkeit nach Südafrika für England verloren gewesen wäre. Die Niederlage Cronjes war der entscheidende Wendepunkt, und so schwer auch die Engländer bis zur Stunde mit dem sinkenden Häuflein der Buren zu kämpfen haben, der Ausgang kann bei der Haltung der englischen Nation kaum zweifelhaft sein. Auch kommt es England außerordentlich zu gute, daß die chinesische Krisis ihr vorläufiges Ende gefunden hat, ohne daß Verwickelungen der großen Interessengegensätze, welche auf diesem Boden aufeinanderplatzen, für die nächste Zukunft zu fürchten wären. Das giebt der englischen Politik etwas

Digitized by Google

Luft, und wenn sie klug arbeitet, muß sie auch ihren Frieden in Südafrika finden können. Je starrer England auf seinem Schein — der unbedingten Unterwerfung ohne vorausgarantierte Zugeständnisse — besteht, umso unsicherer wird dieser Friede sein, aber erzwingen läßt sich das Ende über kurz oder lang, daran kann heute, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, nicht mehr gezweifelt werden. Es kommt auf das Wie an, und an diesem hängt die Zukunft.

Der mit einer Trauerfeierlichkeit begangene Todestag König Humberts ruft traurige Erinnerungen wach und giebt keinen fröhlichen Ausblick in die Zukunft. Wir finden nicht, daß die inneren Zustände Italiens sich seither in gesünderen Bahnen bewegt hätten. Vielmehr hat die Demokratisierung der Regierung und die weitere Verrohung der parlamentarischen Formen noch zugenommen. Die Tage, da man einen unhöflichen Ausdruck als „nicht parlamentarisch" bezeichnete, liegen eben weit hinter uns. Heute gilt das Gegenteil. Was sich nirgends sagen läßt, ohne daß der Strafrichter eingreift, wird der Sprachgebrauch parlamentarischer Redner. Ein Lexikon der neuerdings in den europäischen Parlamenten gebrauchten Kraftworte, nach Nationen geordnet, würde ein außerordentlich lehrreiches Material zur Beurteilung der Verrohung unseres öffentlichen Lebens geben.

Die Demokratisierung der Parlamente geht namentlich in den kleinen Staaten, Dänemark, Holland, Belgien, reißend vor sich. Belgien hat uns sogar den neuen Typus des analphabeten Volksvertreters geschenkt, und sind erst die Diätenzahlungen allgemein geworden, so wird es wohl an Nachfolgern nicht fehlen. Wo Slaven und Romanen in Parlamenten tagen, spielen zudem die Uebertreibungen mit, in denen das Temperament und die geringe Achtung vor der Wahrheit bei beiden Rassen sich Luft macht. So sucht man schließlich das ruhige und besonnen abwägende Urteil über die auswärtige Politik eines Staates überall eher als in dem betreffenden Parlamente. Es ist als ob jedes Gefühl für Verantwortlichkeit aus diesen Kreisen geschwunden wäre, und das Resultat ist denn auch, daß man achselzuckend über „unverantwortliche" parlamentarische Aeußerungen hinweggeht.

Digitized by Google

8. August. Eintreffen des General-Feldmarschalls Grafen Waldersee in Hamburg.
9. August. Proklamation Kitcheners wider die kämpfenden Buren.
14. August. Protest des Präsidenten Krüger gegen diese Proklamation.
17. August. Vertagung des englischen Parlaments.
18. August. Präsident de Castro suspendiert die Verfassung von Venezuela.
22. August. Reorganisation der obersten Leitung in der japanischen Armee und Marine.
24. August. Der französische Botschafter Constans droht die diplomatischen Beziehungen Frankreichs zur Pforte abzubrechen.
25. August. Eintreffen der chinesischen Sühnegesandtschaft in Basel.
30. August. Abreise der Zarenfamilie nach Kopenhagen.
Ende des Mts.: De Wet in der Kapkolonie.
2. September. Abreise des Prinzen Tschun von Basel nach Berlin.
2. September. Die kaiserliche Stadt in Peking wird den Chinesen übergeben.
3. September. Proklamierung des Kriegsrechts in Venezuela.
4. September. Kaiser Wilhelm empfängt die Sühnegesandtschaft.
5. September. Präsident Mac Kinley stellt in Buffalo eine Aenderung der amerikanischen Handelspolitik in Aussicht.
6. September. Tödliche Verwundung des Präsidenten Mac Kinley durch den polnischen Anarchisten Czolgosz.
7. September. Unterzeichnung des Friedensprotokolls in Peking.
10. September. Verhaftung von Anarchisten in Chicago.
11. September. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren Nikolaus II. auf der Danziger Rhede.
12. September. Die Venezolaner unter de Castro dringen in Columbien ein.
13. September. Abfahrt des Zaren von Danzig nach Kiel.
14. September. Tod Mc. Kinley's, Roosevelt leistet den Amtseid als Präsident.
17. September. Eröffnung der niederländischen Generalstaaten durch die Königin Wilhelmina.
18. September. Empfang des Zaren durch den Präsidenten Loubet in Dünkirchen.
21. September. Das russische Kaiserpaar verläßt Frankreich.
24. September. Czolgosz wird zum Tode verurteilt.
Mitte des Mts.: Nachrichten von Erfolgen der Buren.
27. September. Beisetzung Mac Kinley's in Washington.
29. September. Empfang einer polnischen Adelsdeputation durch den Zaren in Skiernewice.
29. September. Abreise der chinesischen Sühnegesandtschaft.
3. Oktober. Tod des Emir von Afghanistan Abdur-Rahman, Thronbesteigung Habib-Ullah Khan's.
5. Oktober. Eröffnung des deutschen Reichstags.
6. Oktober. Empfindliche Verluste der Buren bei Sterkstrom.
7. Oktober. Der chinesische Hof tritt die Rückreise nach Peking an.
9. Oktober. Abkommen zwischen England und Amerika über den Bau des Nicaraguakanals.
10. Oktober. Proklamierung des Kriegsrechts in der Kapkolonie.
11. Oktober. Standrechtliche Erschießung des Burenführers Lotter.
11. Oktober. Gefangennahme des Burenführers Scheepers.
15. Oktober. In Sevilla wird der Belagerungszustand erklärt.

---

16. Oktober 1901.

Die Lähmung Englands, wie sie durch den unglückseligen südafrikanischen Krieg bedingt wird, macht sich, je länger je mehr, in den internationalen Beziehungen der großen Kulturvölker zu ein-

Digitized by Google

ander geltend. Hat schon der chinesische Exekutionsfeldzug seinen besonderen Charakter dadurch gewonnen, daß die Rücksichtnahme auf England weit geringer war, als vor wenigen Jahren denkbar schien, so scheint vollends das Gleichgewicht in Mittel- und Südasien verloren gehen zu müssen, sobald eine der mit England konkurrierenden Mächte sich, aus welchen Gründen immer, veranlaßt sieht, die günstige Stunde zu nutzen. Obgleich der am 3. Oktober erfolgte Tod Abdur-Rahmans bisher keine Erschütterungen nach sich gezogen hat und Habib-Ullah sein Regiment ruhig antreten konnte, werden doch die afghanischen Dinge mit Sorge und Unruhe verfolgt. Weder die unbezweifelte Friedfertigkeit Nikolaus' II. noch die sehr verständliche Abneigung Englands, an dem status quo in Afghanistan auch nur im mindesten zu rühren, bieten in sich die Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe auf diesem kritischen Boden. Die Entscheidung hängt an den unberechenbaren Sympathien der afghanischen Bevölkerung, die sich ebenso sehr Habib-Ullah, wie einem der immer vorhandenen Prätendenten zuwenden können. Ein Bürgerkrieg aber führt mit fast unabweislicher Notwendigkeit zur Parteinahme der mächtigen Nachbarn für einen der beiden Kandidaten, und wenn heute England und Rußland darin eines Sinnes zu sein scheinen, daß ihnen Habib-Ullah der rechtmäßige Nachfolger ist, so muß sich diese Stellung modifizieren, wenn der neue Emir im eigenen Lande nicht allgemeine Anerkennung finden sollte. Was bis zur Stunde an Nachrichten über Simla und Petersburg zu uns gedrungen ist, bedeutet sehr wenig und giebt uns kein Recht, für die Zukunft zu prognostizieren. Der Tod Abdur-Rahmans ist viel zu unerwartet gekommen, als daß die Prätendenten, unter denen der in Samarkand lebende Isaak Khan und Habib-Ullahs Halbbruder Mohamed Omar Khan, sowie Ejub Khan meist in Betracht kämen, Zeit gehabt hätten, ihre Vorbereitungen zu treffen. Es blieb daher zunächst nichts übrig, als den neuen Emir anzuerkennen, und wenn er die von seinem Vater ererbten Machtmittel mit starker Hand festhält, dürfte es auch dabei bleiben. Andernfalls aber steht der Bürgerkrieg vor der Thür und von da bis zum Eingreifen Englands und Rußlands ist es gewiß nicht weit.

Aber selbst angenommen, daß Habib-Ullah unangefochten bleibt, ist doch ein diplomatischer Kampf zwischen Petersburg nnd London,

Digitized by Google

oder sagen wir lieber Kalkutta, unvermeidlich. Es handelt sich darum, unter wessen vorwiegendem Einfluß der neue Emir regieren soll. Sein Vater war englischer Pensionär und gewiß wird man englischerseits nicht zögern, dem Sohn die gleiche goldene Leimrute zuzustrecken; auch läßt sich annehmen, daß Habib-Ullah den Wert einer derartigen regelmäßigen Einnahmequelle zu schätzen weiß. Sein Land giebt ihm, wie ein afghanisches Sprichwort sagt, „Steine und kämpfende Männer", das Wegfallen der englischen Subsidie würde die Aufrechterhaltung der afghanischen Armee wesentlich erschweren, so daß all diese Momente für die Fortdauer der guten Beziehungen zum britischen Nachbarn sprechen. Das Gegengewicht aber ist die Scheu vor Rußland, die nach den Mißerfolgen Englands in Afrika sich überall in Asien gesteigert hat.

Bekanntlich hat der unvergeßliche Graf Yorck in seiner 1900 erschienenen Studie über „Das Vordringen der russischen Macht in Asien" bereits alle diese Momente sorgfältig erwogen. Sein Resultat war, daß Englands Interesse für Erhaltung des Friedens unter allen Umständen sein müsse, während Rußland das afghanische Problem nicht zu scheuen brauche. Der russische und der englische Einsatz bei dem Kampfe um Afghanistan seien nicht gleich. „Haben die Truppen des Zaren erst in Kabul und in Kandahar festen Fuß gefaßt, so ist die englische Herrschaft in Indien auf das ernstlichste bedroht und erschüttert; wenn es dagegen den Engländern gelingt, die Russen hieran zu verhindern, sie zu zwingen, Herat wieder aufzugeben und hinter den Amu-Darja zurückzuweichen, so haben sie eben nur den jetzigen Zustand wieder hergestellt, haben Rußlands Ansehen in Asien sehr geschädigt und können vielleicht dem Emir von Afghanistan eine Grenzerweiterung verschaffen, Rußland manche lästige politische Bedingung auferlegen, jedoch die russische Macht in Taschkent und Samarkand, in Merw und Aschabad aufzusuchen und ihr einen entscheidenden Schlag zu versetzen, das bleibt unmöglich.

So setzt also Rußland einen Teil seiner politischen Stellung und Macht auf das Spiel, England aber die ganze."

Nun läßt sich nach der heutigen Weltlage die Yorcksche Ausführung nur in einem für England ungünstigeren Sinne verschärfen, und die Frage ist, ob die Versuchung, die günstigen Chancen des

Digitized by Google

Augenblicks zu nutzen, nicht eine gar zu große ist. Daß die intensive Teilnahme Rußlands an den letzten Ereignissen in China gegen die ursprünglichen Absichten der politischen Leitung des Staates durch die Militärpartei durchgesetzt wurde, ist kein Geheimnis. Die großen Vollmachten der in den mittelasiatischen Grenzgebieten stehenden Generale bedeuten aber an sich für ehrgeizige Köpfe eine starke Versuchung zu eigenmächtigem Vorgehen, das sich stets als ein vom Feinde erzwungenes darstellen läßt und noch immer als fait accompli acceptiert worden ist.

Das alles giebt Möglichkeiten Raum, mit denen England rechnen muß. Der Ton des Unbehagens, der aus der englischen Presse hervorklingt, ist daher wohl verständlich, und die Versicherung, daß alles in Ruhe beim alten bleiben werde, entspricht mehr ihrem Wunsch als ihrem sicheren Glauben. Die Schatten Südafrikas fallen auch hier verdunkelnd auf ein Gebiet, an dem nun einmal die Aufrechterhaltung der Weltstellung Großbritanniens hängt.

Eine weitere nicht unbedenkliche Folge der afrikanischen Schwierigkeiten sehen wir in der schweren diplomatischen Niederlage, die England den Vereinigten Staaten gegenüber in der Frage des Nicaragua-Kanals erlitten hat. Soll auch erst Anfang November die letzte Entscheidung fallen, so steht doch schon heute fest, daß Amerika den Kanal allein bauen wird, und daß England sich bereit gefunden hat, zuzugestehen, daß die Vereinigten Staaten in Kriegszeiten diejenigen Maßnahmen am Kanal treffen dürfen, die ihnen im eigenen Interesse notwendig erscheinen. Das heißt: sowohl der Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850, wie die Hay-Pauncefote-Konvention vom 11. Januar 1899 sind hinfällig geworden, und statt eines neutralen, unter der besonderen Kontrolle Englands und Amerikas und unter der Gesamtgarantie der übrigen Mächte stehenden interoceanischen Kanals wird es einen amerikanischen Kanal geben, den die Vereinigten Staaten nach Belieben schließen und öffnen können. Wie sehr dadurch auch alle übrigen seefahrenden Nationen geschädigt werden können, liegt auf der Hand, so daß wir hier ein schreiendes Beispiel dafür haben, wie die Schwächung Englands eine allgemeine Schädigung der Weltinteressen zur Folge hat. Wir bestärken uns aber immer mehr in der Ueberzeugung, daß die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik und Kriegführung

Digitized by Google

Englands den Buren gegenüber auch einen weiteren Niedergang zur Folge haben muß. Es ist die höchste Zeit, daß ein Wandel eintritt und England, um seine Weltstellung zu retten, sich den Buren gegenüber zu den Zugeständnissen bequemt, welche Gerechtigkeit und Klugheit ihm schon längst hätten abdringen müssen. Mit drakonischem Kriegsrecht und der Verkündigung des Belagerungszustandes im Kaplande ist es nicht gethan. England hat damit nur erreicht, sich den größeren Teil des Restes der holländischen Loyalisten abzuwenden, und wo es zu strafen meint, Märtyrer einer Sache zu machen, die im Bewußtsein der Bevölkerung eine gute ist. Es läßt sich eine erträgliche Rettung aus der Sackgasse, in der Englaud sich verfangen hat, nnr unter zwei Vorausſetzungen finden: einen Frieden mit den Buren, der ihnen politische Unabhängigkeit in wesentlich gekürzten Grenzen gewährt, und eine bedingungslose Amnestie für alle Afrikaander, die auf englischem Territorium als englische Unterthanen bleiben wollen. An die dritte Möglichkeit, die völlige Unterwerfung oder Ausrottung der Buren (und es ist fraglich, ob England die Buren anders denn als Leichen sich zu eigen machen kann) glauben wir nicht mehr oder doch nur als Ergebnis von Opfern, unter denen England sich wirtschaftlich und politisch so schwächt, daß die lähmende Rückwirkung auf seine Weltstellung nicht ausbleiben kann. Daß unter dem Ministerium Salisbury ein solcher Systemwechsel unmöglich ist, wollen wir nicht bestreiten. Aber soll England an den Fehlern dieses Ministeriums und seiner Hintermänner sich verbluten? Auch ist die öffentliche Meinung des Landes ihnen bereits abgewandt. Diejenigen, die den Krieg aufs Messer, bis zur völligen Vernichtung der Buren wollen, schauen nach Cromer, Curzon, Lord Beresford und anderen aus, um Salisbury zu ersetzen, die übrigen hoffen auf das Parlament, das in Anbetracht der Lage vielleicht schon im Laufe dieses Herbstes wird zusammentreten müssen.

Hoffen wir, daß die Not dieser Tage dem Lande den Mann giebt, den es braucht, einen Mann, dessen moralischer Mut groß genug ist, um gegen den Ring der City und der Salisbury-Chamberlainschen Presse den wahren Bedürfnissen des Staates Rechnung zu tragen.

Wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß die Unterstützung, die England in Australien und Kanada gefunden hatte,

Digitized by Google

bereits erschöpft ist. Wir hören nichts mehr von Truppennachschüben aus den Kolonien, die Begeisterung ist verflaut, seit die rückkehrenden Truppen das Bild des afrikanischen Krieges, wie er ist, heimgetragen haben, und auch in England ist die Neuwerbung von einigermaßen leidlichen Truppen fast unmöglich geworden. Dazu beginnt ein Teil der großen Blätter von der Regierung abzufallen. Die „Times" öffnet ihre Spalten Stimmen, die dem Ministerium entschieden feindselig sind, die Rekriminationen über die Vergangenheit — ein nach englischen Traditionen höchst bedenkliches Zeichen — beginnen immer mehr in den Vordergrund zu treten. General Buller hat sich selbst vor der Oeffentlichkeit heillos kompromittiert, Bestechungsgerüchte fliegen umher, und was noch in publico den Kopf hochhält, mag ihn in den eigenen vier Wänden tief genug hängen lassen.

Kurz, es bereitet sich eine Krisis vor, die, wenn sie mit dem Siege des Ministeriums und der Fortsetzung der bisherigen Afrikapolitik endet, für England verhängnisvoll werden kann.

Wie arg die Verlegenheit ist, zeigt vielleicht am deutlichsten, daß ein Blatt wie die „Pall Mall Gazette" wieder mit dem Projekt einer russisch-englischen Allianz hervortritt, und von der „Nowoje Wremja" höhnisch abgewiesen wird. All die windigen Projekte, wie sie vor einigen Monaten hervortraten, waren bereits Anzeichen der steigenden Ratlosigkeit; sie scheint jetzt ihren Gipfel erreicht zu haben, und damit ist vielleicht auch der Weg zur Umkehr gewiesen.

Als merkwürdiges Symptom dafür möchten wir auf die Bußgedichte Rudyard Kiplings hinweisen, die in der „Times" erscheinen, und deren Schlußfanfaren in merkwürdigem Gegensatz zu den einführenden Versen stehen.

Eines der ersten dieser Gedichte, das in der „Times" vom 29. Juli erschien, schließt folgendermaßen:

It was our fault, and our very great fault —
And now we must turn it to use . . .
We have fourty million reasons for failure
But not a single excuse.
So the more we work, and the less we talk
The better results we shall get —
We have had an Imperial lesson
It will make us an Empire yet.

Digitized by Google

(Es war unser Fehler, unser großer Fehler, und jetzt müssen wir Nutzen daraus ziehen. Wir haben 40 Millionen Gründe für unseren Mißerfolg, aber nicht eine einzige Entschuldigung. Je mehr wir daher arbeiten und je weniger wir reden, um so besser wird der Erfolg sein. Wir haben eine Lektion im Imperialismus bekommen, sie wird uns noch ein Imperium einbringen!)

Seither ist Rudyard Kipling pessimistischer geworden. Gesprochen wird mehr als je, und was geschieht, ist so elend, daß er schwerlich mehr hoffen darf, mit solchen Mitteln sein Imperium aufzubauen.

Kurz, im Interesse Englands, dessen Niedergang wir nicht wünschen dürfen, im Interesse der Buren, die ihr moralisches Recht auf ein selbständiges politisches Leben erwiesen haben, wünschen und hoffen wir, daß ein Friede in Ehren den Republiken zu teil wird. Die Gefahren, welche jede andere Wendung für England bringt, sind umso größer, als politische Ueberraschungen für die nächste Zukunft gerade an den Punkten, an denen das englische Interesse hängt, am allerwenigsten ausgeschlossen sind.

In Frankreich hat der Besuch Kaiser Nikolaus' II. ein wenig anständiges Preßtreiben zur Folge gehabt. Erst kamen allerlei Rekriminationen über Wert und Unwert der russischen Allianz, dann der Prozeß des Herrn Tailhade, der im „Libertaire" direkt zur Ermordung des Zaren aufgereizt hatte und vor dem Zuchtpolizeigericht mit der doch sehr niedrigen Strafe von 1 Jahr Gefängnis und 1000 Frcs. Buße fortkam, endlich hat der politische Leitartikler des „Journal des Débats", Alcide Ebray, in der jüngsten Nummer der „Revue politique et parlementaire" einen Aufsatz über die Bedeutung der russischen Allianz veröffentlicht, in welchem wir die folgende Schlußbetrachtung finden: „Aus dem streng defensiven Charakter der Allianz ergiebt sich nur, daß, wenn wir einen Offensivkrieg (sc. gegen Deutschland) führen wollten, wir ihn auf eigene Gefahr, das heißt ohne die Hilfe unseres Alliierten führen müßten. Aber selbst in diesem Falle würde die Allianz für uns den ungeheueren Vorteil haben, daß wir den Zeitpunkt wählen können, während wir ohne sie, wie es schon in 30 Jahren zweimal geschehen ist, der Willkür eines Gegners preisgegeben waren, der selbst den Augenblick wählen konnte, der seinen Absichten meist geeignet scheint. Wir wollen hier nicht die ernste Frage diskutieren,

Digitized by Google

ob wir uns mit der durch das Jahr 1870 geschaffenen Lage zufrieden geben sollen oder nicht. Es ergiebt sich aber für uns aus unseren früheren Ausführungen, daß sowohl die Resignierten wie diejenigen, welche die Lage verwirren wollen, eine russisch-französische Allianz, selbst wenn sie defensiv ist, als eine Wohlthat betrachten müssen. Den ersteren ist sie eine Sicherung gegen einen keineswegs unmöglichen Angriff, den anderen hält sie die Gelegenheit für ihre Offensive frei.

„Auch darf man nicht vergessen, daß eine Allianz sich mit der Zeit verändern kann, und daß in den russisch-deutschen Beziehungen Wandlungen eintreten können, welche Rußland nötigen, die Verteidigung seiner eigenen Interessen in die Hand zu nehmen und deshalb die Bande, die uns verbinden, noch enger zu festigen. Wenn übrigens die alliance Franco-Russe das Recht und den Frieden bezweckt, so doch nicht den Frieden „um jeden Preis" und ohne Bedingungen. Der Zar sagte an Bord des „Pothuau" in seinem Toast, er wolle den Weltfrieden „im Geist des Rechts und der Billigkeit". Und noch kürzlich in Fort Vitry, am 19. September, kam er auf denselben Gedanken zurück, als er von der französischen Armee sagte, sie sei „eine mächtige Stütze der Prinzipien der Billigkeit, auf welchen die allgemeine Ordnung, der Friede und das Wohlergehen der Völker ruhe". Diese Worte können nicht ohne Inhalt sein und deuten an, daß die Erhaltung des Friedens gewissen Bedingungen des Rechts und der Gerechtigkeit untergeordnet ist."

Das heißt doch, aller Phrasen entkleidet, Frankreich hofft trotz allem Rußland für den Revanchekrieg zu gewinnen, wenn nicht unter dem jetzigen Zaren — der wie der Prozeß Tailhade zeigt, in Frankreich nicht für unsterblich gilt — so doch unter seinem Nachfolger, jedenfalls aber sei Frankreich entschlossen, für den Fall eines immerhin möglichen russisch-deutschen Krieges seinerseits uns in den Rücken zu fallen.

Wir glauben nicht, daß es einen Franzosen giebt, der Herrn Alcide Ebray anders versteht, und glauben auch, daß er ganz richtig die Direktion zeichnet, die Frankreich einhalten wird, und mit der wir zu rechnen haben.

Uebrigens hat die Alliance an einem bestimmten Punkte völlig versagt. Rußland hat keine Neigung, das türkische Abenteuer des

Digitized by Google

Herrn Constans mitzumachen. Wir finden darüber in einer Berliner Korrespondenz des „Standard" folgende interessante Mitteilung: „Die folgende halboffizielle Mitteilung ist hier (bei wem?) aus Petersburg eingelaufen:

„Es ist in der französischen Presse angenommen worden, Rußland werde mit seiner vollen Macht die Forderungen unterstützen, die Frankreich an die Pforte richtet, und ihm für den Fall eines französisch-türkischen Krieges energische Unterstützung leisten. Verantwortliche Personen in Rußland, den Zaren, Graf Lambsdorff und die Mitglieder des russischen Auswärtigen Amtes mit eingeschlossen, wissen davon nichts. Frankreichs dahin zielende Anfragen sind so beantwortet worden, man wolle sie in freundschaftlichem Sinne erwägen, dabei aber ward der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in Kürze eine freundliche Verständigung zwischen Frankreich und der Pforte erfolgt sein werde. Mehr ist von Rußland nicht zu erwarten, da der Zar fest entschlossen ist, keine Verwickelung auf der Balkanhalbinsel zu erlauben. Der Zar hat außerdem aus Rücksicht für seine erlauchte Gemahlin alle Versuche zu nichte gemacht, einen Besuch des Königs und der Königin von Serbien in Petersburg herbeizuführen. Er hat zudem jetzt nicht den geringsten Wunsch, in Rußlands Interesse die Entfremdung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu steigern. Man hat in Belgrad darauf hingewiesen, daß der Zar höchsten Wert auf gute Beziehungen zwischen dem Donaustaat und Serbien lege, und daß der König von Serbien alle Zeit habe, solche Beziehungen herbeizuführen, da er vor nächstem Herbst nicht empfangen werden könne, dann hoffe man ihn in Livadia zu sehen."

Das ist ungewöhnlich deutlich und wird sowohl in Paris wie in Konstantinopel so verstanden werden, daß Frankreich sich zu einem Kompromiß bereit zu finden hat.

Die Alarmnachrichten, die aus Venezuela hierher gekommen sind, erscheinen uns weder klar noch sicher genug, um daran weitere Schlüsse zu knüpfen. Unter allen Umständen läßt sich darauf rechnen, daß die Angelegenheit, wie immer sie verlaufen sein mag, einen Ausgang nehmen wird, mit dem wir uns in Ehren zufrieden geben können.

Wir schließen mit einer merkwürdigen Pariser Korrespondenz des „Kuryer Poznanski". Der betreffende Korrespondent schreibt nämlich, daß der französische Minister des Auswärtigen einen besonderen Beamten mit dem Studium der preußisch-polnischen Beziehungen beauftragt habe, und daß ein hervorragender Gelehrter vom Unterrichtsminister angewiesen sei, im Institut des sciences politiques Vorlesungen über die preußisch-polnischen Beziehungen

Digitized by Google

zu halten. Von den führenden abendländischen Blättern hätten in letzter Zeit die folgenden italienischen Organe ausführlicher über diese Frage geschrieben: Der Osservatore Romano", die „Tribuna", der offiziöse „Corriere della serra", „Fanfulla", „Avanti", „Gazetta di Venezia". Französisch: der „Matin", das „Journal des Débats", „Gaulois", „Vérité", „Figaro", „Echo de Paris". In England: „Times", „Daily Mail" und „St. James Gazette". Auch amerikanische, schwedische, holländische, spanische, rumänische und selbstverständlich ungarische Blätter zeigten polnische Sympathien. Sogar die portugiesischen „Novidades" schrieben in diesem Sinne. Das alles mache in Preußen und Rußland einen unangenehmen Eindruck. Endlich habe der Garibaldianer Ungherini auf dem demokratischen Kongreß zu Ancona einen Aufruf zu Gunsten der Polen an seine Gesinnungsgenossen gerichtet!

Offenbar will der „Kuryer Poznanski" seinen Landsleuten die Köpfe noch mehr verdrehen, als sie leider schon politisch verdreht sind. Jeder denkende Mensch sagt sich, daß jene Zeitungsartikel nichts zu bedeuten haben, daß aber die französischen Minister in ihren Ressorts alle Fragen studieren können, die sie für lehrreich halten. Wenn es ihnen so beliebt, auch die der polnisch-preußischen Beziehungen.

Digitized by Google

17. Oktober. Eröffnung des österreichischen Reichsrats.
20. Oktober. König Alexander beschwört die neue serbische Verfassung.
22. Oktober. Wiedereröffnung der französischen Kammer.
23. Oktober. Absetzung Sir Redvers Bulwer's vom Kommando des ersten englischen Armeekorps in Aldershot.

23. Oktober 1901.

In Afghanistan ist bisher alles ruhig geblieben. Die Alarmnachricht, daß der russische Kriegsminister General Kuropatkin nach Mittelasien gegangen sei, um eventuell die afghanischen Angelegenheiten in seine Hand zu nehmen, ist schon deshalb falsch, weil General Kuropatkin 14 Tage vor dem Tode des Emirs seine sibirische Reise antrat, die durch die Notwendigkeit, in den neu okkupierten Gebieten und auf der sibirischen Bahn nach dem Rechten zu sehen, vollauf erklärt wird. Wollen doch böse Zungen behaupten, daß der Riesenbau der sibirischen Bahn so angelegt ist, daß er ununterbrochener Reparaturen bedürfen wird, von denen dann das Heer der sibirischen Eisenbahningenieure noch Jahr und Tag recht behaglich zu leben hoffe. Das gehört nun einmal zum Charakter solcher Anlagen, und da die sibirische Bahn in der Hauptsache, dem ausreichenden Transport von Truppen in die Mandschurei, geleistet hat, was man von ihr forderte, wird man wohl den Menschlichkeiten gegenüber, die dabei mit untergelaufen sind, beide Augen zudrücken. Mit unseren Maßstäben, den sittlichen wie den technischen, dürfen wir an russische Unternehmungen nicht herantreten, das führt allezeit in die Irre. Erwähnt mag jedoch in diesem Zusammenhange werden, daß die ungeheuren Summen, welche für jenes Riesenwerk aufgebracht worden sind, nach anderer Richtung hin zu einer Sparsamkeit geführt haben, die in anderen Ländern undenkbar ist. Daß das Budget des Unterrichtsministeriums nur 2 pCt. des Gesamtbudgets ausmacht, ist allerdings eine Ungeheuerlichkeit, die vor einigen Monaten von dem Organ der russischen Liberalen, dem „Westnik Jewropy" durch folgende Ziffern anschaulich gemacht

Digitized by Google

wurde (berechnet für 1897): In Rußland fallen auf den Kopf der Gesamtbevölkerung je 21 Kop. zu Unterrichts- und Bildungszwecken jeder Art, gegen 2 Rbl. 84 Kop. in England, 2 Rbl. 11 Kop. in Frankreich, 1 Rbl. 89 Kop. in Preußen und 64 Kop. in Oesterreich!

Fast ebenso auffallend erscheint es, daß, während ungeheure Summen für den Bau von Eisenbahnen hingehen (pro 1891, abgesehen von der sibirischen Bahn, für andere Linien 112 Mill. Rbl.), für die Anlage und Erhaltung der Wege so gut wie gar nichts ausgeworfen wird, obgleich gerade der unerhörte Zustand der Landstraßen und Vizinalwege es ist, an welchem die stetig niedergehende russische Landwirtschaft meist krankt.

Doch nicht dabei wollen wir verweilen; die ohne Zweifel sehr ernste wirtschaftliche Krisis, die Rußland heute durchmacht, hat, wenngleich aus anderer Wurzel hervorgewachsen, hier in höherem, dort in minderem Grade alle Welt betroffen, und wer schärfer zusieht, wird jedermann beschäftigt finden, vor der eigenen Thür zu fegen. England z. B. war recht eifrig an der Arbeit, als die Nachricht vom Tode des Emirs von Afghanistan die öffentliche Meinung wieder nach außen hin ablenkte. Jetzt hofft man auf Erhaltung der Ruhe in Mittelasien und behauptet mit großer Bestimmtheit, daß zwischen England und Rußland das völligste Einvernehmen über die afghanischen Zukunftsfragen erreicht sei. Das wäre sehr erfreulich, und wenn nicht die Afghanen selbst mitzureden anfangen, könnte dadurch ein Stillstand in diesem Teil Zentralsiens eingeleitet werden. Aber wir wissen ja, daß es heute noch zu früh ist, um eine sichere Erwartung auszusprechen. Bis zum Augenblick haben wir nur kurze telegraphische Nachrichten aus englischer wie aus russischer Quelle, und im Interesse beider liegt es, eher optimistisch als pessimistisch zu erscheinen. Immerhin hat man es in England für nützlich befunden, keine indischen Truppen nach Afrika zu senden, und im Publikum ist die Zuversicht geringer, als man aus den Leitartikeln der ministeriellen Blätter zu schließen berechtigt wäre. Sie trösten mit der bevorstehenden Rückkehr Lord Salisburys, der die stockende Regierungsmaschine wieder in Gang bringen werde. Aber selbst der „Standard" bekennt, daß es vergeblich wäre, die Thatsache zu leugnen, daß auch ein reiches und blühendes Land wie England durch einen Krieg wie den südafrikanischen schwer gedrückt und

Digitized by Google

ökonomisch geschädigt werde. Dazu kommt, daß trotz allem befürchtet wird, der Haager Schiedsgerichtshof könnte sich für kompetent erklären, die Beschwerde der Burendelegation entgegenzunehmen, da namhafte Rechtsgelehrte sich dahin ausgesprochen hätten. Endlich giebt es in England noch zwei direkt mit dem Kriege in Beziehung stehende Angelegenheiten, die Bestürzung erregt haben: der rückständige Sold der Yeomanry und die Soldatenemeute in Aldershot.

Das Kriegsministerium hat wirklich am 18. Oktober offiziell zugestanden, daß die schon lange umlaufenden Klagen der Yeomanry über Nichteinhaltung ihrer mit der Regierung abgeschlossenen Kontrakte in der That vollberechtigt seien. Der „Standard", der doch gewiß nicht im Verdacht steht, die gegenwärtige Regierung anzuschwärzen, spricht sich darüber wörtlich folgendermaßen aus: „Die Unzufriedenheit war in stetem Steigen und hat sich unglücklicherweise als durchaus gerechtfertigt erwiesen. Ein Kontrakt ward geschlossen und in nicht zu entschuldigender Weise gebrochen. Die Yeomanry erfüllte ihre Verpflichtungen, indem sie zu einer Zeit nationaler Gefahr sich zu Dienst stellte, auf die Gefahr hin, in Südafrika Tod und Verderben zu finden; das mindeste, was sie verlangen konnte, war pünktliche und schnelle Zahlung des zukommenden Soldes. Es ist aber allbekannt, daß das nicht geschehen ist. Die Leute sind von der Front heimgekehrt ohne einen Penny in der Tasche und sind wochenlang mittellos umhergezogen, während die Regierung ihnen beträchtliche Summen schuldig war. Bureaukratismus (Red-Tape) oder Mißwirtschaft, oder die Vereinigung beider haben einen argen Skandal herbeigeführt. Es war ebenso unpolitisch, wie ungerecht. Wir rufen die alte Yeomanry auf, sich wieder einreihen zu lassen, und gleichzeitig ziehen viele Hunderte dieser Leute unter Verhältnissen durch das Land, die das stärkste Argument gegen die Verheißungen der rekrutierenden Sergeanten sind. . . . In dem Zirkular des Kriegsministeriums heißt es, daß die Kompagnieführer häufig versäumten, den Pflichten nachzukommen, die ihnen oblagen, bevor sie die Mannschaften nach Hause entließen.

„Es kann, wie wir fürchten, in der That nicht bezweifelt werden, daß die Yeomanry-Offiziere den Teil ihrer Pflichten, der die Dienstroutine betrifft, wie Amateure behandelten! Im Felde

Digitized by Google

tapfer, aber abgeneigt Verwaltungsplackereien auf sich zu nehmen, ließen sie ihre Abrechnungen in so völlige Konfusion verfallen, daß die Autoritäten der „Pall Mall" versichern, sie seien ganz außer stande gewesen, sie zu entwirren. Aber selbst unter solchen Umständen hätte es doch möglich sein müssen, die einfache Operation fertigzubringen, die darin besteht, einer bestimmten Zahl von Leuten den Lohn für ihre Leistungen auszuzahlen. Ein elastischeres und praktischeres System der Ablösung hätte das Uebel längst beseitigen können. Wir hoffen bestimmt, daß die jetzt im Kriegsministerium liegenden neuen Reglements hier Ordnung schaffen werden. Wenn es auch richtig ist, daß man sich vor Betrug schützen muß, so ist doch unzweifelhaft die große Mehrzahl der geltend gemachten Forderungen echt, und es ist monströs, daß sie mehrere Monate auf die Liquidation einer rechten Schuld warten mußten. Die Nation hatte einen Vertrag mit der Yeomanry geschlossen und er mußte schnell und loyal erfüllt werden. Der Kredit der Nation stand auf dem Spiele, und die jüngste Offenbarung seiner Wirkungslosigkeit bedeutet eine schwere Schädigung." Es schließt sich hieran der Versuch, das Ministerium dadurch zu entschuldigen, daß auf das Uebermaß von Arbeit hingewiesen wird, das auf ihm lastet. Aber auch das wird unter der Feder des Verfassers jenes Leitartikels doch zu einer schweren Anklage. Indem er von den großen Schwierigkeiten spricht, die mit den Konzentrationslagern verbunden sind, beklagt er zugleich die zunehmende Sterblichkeit unter den „Flüchtlingen". „Es starben an Weißen im Laufe des August 1878, im September 2411, und was am schlimmsten ist, die Sterblichkeit unter den Kindern war im Steigen. Wir haben keinen Streit mit den holländischen Kindern, wie immer unsere Gefühle gegen ihre Eltern sein mögen, und alle Engländer werden herzlich betrübt sein zu hören, daß sechs bis siebentausend Knaben und Mädchen den Forderungen des Krieges während der letzten vier Monate geopfert worden sind. Es ist eine melancholische Thatsache, aber wir sehen nicht, daß irgend eine Schuld unsere Offiziere oder unsere Regierung treffen könnte . . ."

Nun, wir meinen, alle Welt wird anders urteilen, als die Ethiker des „Standard". Oder kann es etwa vergessen werden,

Digitized by Google

daß auf die entsetzliche Lage der Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern gleich nach ihrer Organisation laut und nachdrücklich hingewiesen wurde, und daß die englische Regierung und mit ihr der „Standard" fortgesetzt behaupteten, es sei alles in bester Ordnung, die liebevollste Fürsorge komme allen Wünschen der „Konzentrierten" zuvor! Noch vor wenigen Tagen haben wir im „Standard" gelesen, daß einige englische Damen eines dieser Lager besucht und alles in vollkommenster Ordnung gefunden hätten! Und nun gesteht das Kriegsministerium offiziell zu, daß in 4 Monaten 6—7000 Kinder in diesen Lagern gestorben seien! Es ist der erbarmungsloseste Kindermord, der je stattgefunden hat, und wir hoffen, daß kein englisches Gewissen sich mit dem frivolen Trost des „Standard" beruhigen wird, der den nicht beneidenswerten Mut findet, zu schreiben: „Ohne Zweifel sind diese Todesfälle gering im Vergleich zu dem, was geschehen wäre, wenn wir die Frauen und Kinder sich selbst in einem Lande überlassen hätten, das ihre natürlichen Verteidiger durch ihre Operationen verwüstet hatten."

Der „Standard" sieht das einzige Rettungsmittel in der freiwilligen Unterwerfung der Buren. Aber wie kann jetzt an eine freiwillige Unterwerfung gedacht werden, nachdem Lord Kitchener angekündigt hat, daß alle Buren, die noch weiter kämpfen, für ewige Zeiten aus Südafrika verbannt werden sollen und gleichzeitig das Kriegsrecht im Kaplande mit Erschießen und — was namentlich empörend ist — mit Hängen gefangener „Rebellen" eine Bewegung zu unterdrücken sucht, die nicht mehr den Charakter der Rebellion, sondern eines Rassenkampfes trägt.

Unser ceterum censeo bleibt: ohne Gewährung einer geographisch beschränkten Selbständigkeit für die Buren beider Republiken, und ohne bedingungslose Amnestie für alle Afrikaander kann es einen Frieden nicht geben. Die Engländer belügen und täuschen sich selbst, wenn sie an einen anderen Ausgang zu glauben vorgeben. Geht der Ausrottungskrieg weiter, so wird hinter ihm her die Nemesis schreiten, schon glauben wir ihren Schatten am Horizont zu erkennen.

Die englischen Blätter gehen über die Soldatenmeuterei in Aldershot rasch hinweg. Und doch ist die Sache schlimm genug, weil sie zeigt, wie locker die Bande der Disziplin im englischen Heere allmählich geworden sind. Am 16. Oktober hat

Digitized by Google

eine förmliche Schlacht zwischen dem Durham Light Infantry-Regt. und der berittenen Infanterie von Worcestershire stattgefunden. Es hat dabei 30 Verwundete, darunter 7 Schwerverwundete gegeben, von denen einer gestorben ist; die Offiziere scheinen anfangs machtlos den Erregten gegenüber gewesen zu sein. Den Anlaß bot eine Prügelei, und die ganze Sache wäre von geringer Bedeutung, wenn man sie als eine vereinzelte Erscheinung betrachten könnte. Das aber ist nicht der Fall; die Desertionen der Yeomanry, die Verhandlungen der Offiziere mit den Deserteuren, endlich die aus Kapstadt einlaufenden Berichte zeigen, daß allerdings etwas Ernsteres vorliegt: das Anzeichen einer steigenden Demoralisation, wie sie ein ruhmloser und ermüdender Krieg wohl hervorrufen kann.

Es ist nachgerade eine Pein, von diesen englisch-südafrikanischen Dingen zu reden. Mit Worten ist nicht zu helfen, den Buren ist nach der letzten Proklamation Kitcheners der Weg zur freiwilligen Unterwerfung abgeschnitten, was übrig bleibt, ist eine Wandlung in England, die der Gerechtigkeit nnd dem wahren Vorteil Englands eine Bahn frei macht; aber wann wird sie kommen?

Mit großem Interesse folgt alle Welt der Haltung, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigt. Was vor allem auffällt, ist sein Bemühen, sich von dem Bann freizumachen, der den Präsidenten zwingt, sich als einen Parteimann zu betrachten und der Sklave seiner Partei zu werden. Es ist allgemein bemerkt worden, daß er dem Boß seiner Partei, dem fast allmächtigen Haupt der Republikaner, Hannah, mit eigenem Willen entgegengetreten ist, und der Inhalt einer Unterredung wird kolportiert, die der neue Präsident mit den Mitgliedern einer Delegation des Staates Süd-Carolina gehabt hat. „Ich werde — sagte er — die besten Männer für die öffentlichen Aemter auswählen. Sollte das amerikanische Volk wünschen, mir seinen Beifall zu zeigen für meine Präsidententhätigkeit während der zwei Jahre, die ich zu dienen habe, indem es mich für 1904 zum Kandidaten der Republikaner macht, so werde ich dafür sehr dankbar sein. Es wäre eine Ehre, die keiner leicht zurückweisen dürfte. Müßte ich aber vor allen Cliquen, Kombinationen und Versammlungen buhlen, um ihre Genehmigung zu erlangen, so gebe ich dafür oder für meine Ernennung nicht ein Schnippchen (not a snap of my finger). Das Volk muß meine Kandidatur bekräftigen."

Digitized by Google

Das klingt sehr entschlossen und ist offenbar auch ernst gemeint. Der Präsident, der auch pekuniär ein ganz unabhängiger Mann ist, wird jedenfalls während der zweijährigen Waltung, die ihm sicher ist, seine eigenen Wege gehen, aber das gilt unter allen Umständen mehr von der inneren als von der auswärtigen Politik. Nach innen wird er der herrschenden Korruption entgegentreten, wohl auch manchem Vorurteil ins Gesicht schlagen, wie denn die für amerikanische Verhältnisse ungeheuerliche Thatsache, daß er einen Schwarzen, Mr. Booker, den Kurator der nur für Neger bestimmten Universität Tuskeegee in Alabama, zu Tisch geladen hat, gewiß von hohem Mut der öffentlichen Meinung gegenüber zeugt. Nach außen hin aber kann er schwerlich anders als in den eingetretenen Bahnen der Politik weiter schreiten. Der am 20. Oktober in Mexiko eröffnete zweite Panamerikanische Kongreß (der erste tagte bekanntlich 1889 in Washington) wird in dieser Hinsicht recht instruktiv sein, und ebenso die für den 2. Dezember angesagte Tagung des Kongresses der Vereinigten Staaten. In Mexiko, wo alle amerikanischen Staaten von Nord-, Mittel- und Südamerika mit Ausnahme der englischen Kolonien vertreten sein werden, handelt es sich im wesentlichen darum, die 1889 gescheiterten Pläne des Staatssekretärs Blaine wieder aufzunehmen und durchzuführen. Sie gingen, wie erinnerlich sein wird, im wesentlichen dahin, das romanische Amerika wirtschaftlich und politisch der Hegemonie der Vereinigten Staaten unterzuordnen, wobei an ein System obligatorischer Schiedsgerichte gedacht wurde, in denen jedoch europäische Mächte als Schiedsrichter nicht geduldet werden sollten; zugleich war die Absicht, Amerika gegen Europa, zunächst wirtschaftlich, auszuspielen. Aber es erscheint uns höchst unwahrscheinlich, daß Mr. Hay mehr Glück haben sollte als sein Vorgänger Blaine. Einmal liegt zwischen 1889 und 1901 der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien mit all seinen von den Lateinern sehr peinlich empfundenen Konsequenzen (Kuba! Philippinen!), die auf dem vorjährigen Kongreß zu Madrid, trotz aller Vorsicht, die man vor der Oeffentlichkeit beobachtete, doch recht lebhafte Beurteilung gefunden haben sollen. Das zweite aber, die wirtschaftliche Wendung gegen Europa, kann in gewissem Sinne bereits heute als antiquiert gelten. Sie ist eben nicht durchführbar, weil sie zur notwendigen Folge eine Einigung Europas gegen

Digitized by Google

Amerika nach sich ziehen muß, also im Effekt zu einem absurdum, dem ungeheuerlichsten Rückschritt im Völkerverkehr, führt. Es ist uns daher vorläufig ganz unerfindlich, welche praktische Frucht in Mexiko reifen soll. Das europäische Gespenst schreckt nicht mehr in Süd- und Mittelamerika, und vor amerikanischen Schiedsgerichten hat man dort einen gründlichen Respekt. 1889 waren es Mexiko, Argentinien und Chile, die den Widerstand gegen die panamerikanische Utopie leiteten. Heute mag Mexiko sich umgedacht haben, schwerlich aber die beiden anderen.

Der Washingtoner Kongreß wird wohl vornehmlich mit der Zollpolitik zu thun haben; dazu kommt aber eine zweite Frage von außerordentlicher Tragweite: die Entscheidung, ob die Verbindung zwischen Atlantischem und Großem Ocean durch einen Nicaragua-Kanal oder durch den Panama-Kanal verwirklicht werden soll. Es ist außerordentlich schwer, an der Hand der Presse zu erkennen, wohin die Entscheidung fallen wird, da ganz kolossale pekuniäre Interessen mitspielen. Vorläufig scheint die Entscheidung daran zu hängen, ob eine Verständigung mit der französischen Panama-Gesellschaft zu raisonnabelen Preisen zu finden ist. Gelingt das, so kommt ohne Zweifel das Panama-Projekt zur Ausführung; es ist leichter und weit billiger zu vollenden und kürzt zudem den Weg ganz erheblich. Vielleicht aber finden die amerikanischen Interessenten gerade in den Schwierigkeiten des anderen Plans einen Reiz, weil er bei größeren Opfern auch größere Aussicht auf reichen Gewinn bei den Ausführungsarbeiten bietet. Kurz, es wäre sehr unbesonnen, in betreff des Ausgangs den Propheten zu spielen.

Wir erwähnen in diesem Zusammenhange die interessante Thatsache, daß amerikanische Kapitalisten sich erboten haben, Petersburg mit einer elektrischen Straßenverbindung zu versorgen, die, weil sie notwendig auch nach Wassili Ostrow führen muß, zu kombinieren wäre mit dem Bau einer festen Brücke über die Newa, die an Stelle der heute von den Pferdebahnen benutzten und im Winter abgetragenen Holzbrücke zu treten hätte. Angeblich soll ein Kapital von 100 Millionen Rubel zu diesem Behufe beisammen sein. Findet der Plan die Billigung des Finanzministers Witte, so würde damit das amerikanische Kapital seinen Einzug in Rußland halten, und das kann allerdings von der größten wirtschaftlichen und politischen

Digitized by Google

Bedeutung werden, wobei wohl nicht verboten ist, auch an eine allmähliche Emanzipation Rußlands vom französischen Kapital zu denken. Doch das sind vorläufig noch politische Träume. Wir wollen aber nicht verkennen, daß trotz des ungeheueren Unterschiedes, der zwischen dem russischen und dem amerikanischen Volkscharakter besteht, sich eine gewisse Aehnlichkeit und Verwandtschaft in der Kühnheit der Konzeptionen ihrer Staatsmänner verfolgen läßt. Herr Witte verdiente gewiß Yankee zu sein; ob umgekehrt der Staatssekretär Hay sich in Rußland zurechtfinden würde, lassen wir freilich dahingestellt.

Während in Frankreich im Namen der Gewissensfreiheit die Kongregationen aufgelöst werden, das Budget für den Kultus beseitigt werden soll, und die öffentliche Meinung, Herr Zola an der Spitze, sich über die Verurteilung des Anarchisten Tailhade entrüstet, findet auch in Rußland eine lebhafte Preßdebatte über die Frage der Gewissensfreiheit statt. Den Anlaß dazu hat eine in Mord und Totschlag ausgeartete Prügelei zwischen Sektierern und Rechtgläubigen im Dorfe Pawlowka gegeben — übrigens das erste Beispiel einer Aggressive der Sektierer, von dem wir wissen —, die natürlich zu strenger Bestrafung der Schuldigen geführt hat. Daraus knüpft sich eine Zeitungspolemik, in der Liberale und Orthodoxe, d. h. dort: die Vertreter der Staatskirche, scharf aneinander gerieten. Schließlich hat der Bischof Nikanor gleichsam ex cathedra die überraschende Erklärung gegeben, „daß die Gewissensfreiheit im Christentum eine sehr beschränkte, ja eine nichtige Bedeutung habe". Dabei aber wird es wohl bleiben — bis es einmal anders wird und die Ungeheuerlichkeit aufhört, daß 10 Millionen russischer Christen thatsächlich verfehmt sind, und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses nur bestimmten Konfessionen innerhalb scharf gezogener Grenzen, nicht aber dem Einzelnen gewährt wird.

Zum Schluß die nicht uninteressante Notiz, daß die Tochter Alexanders II. und der Fürstin Jurjewski, der mit ihm morganatisch vermählten einstigen Fürstin Dolgoruki, sich in Biarritz mit dem Kapitän der Garde, Fürsten Barjätinski, vermählt hat. Beide Eheleute stammen direkt von Rurik ab, die Barjätinski im 14. Gliede von Rurik durch die jetzt ausgestorbenen Fürsten Mesetzki, die Dolgoruki aber haben selbst als Großfürsten in Kiew geherrscht.

Digitized by Google

25. Oktober. Verhaftung von Anarchisten in Barcelona.
25. Oktober. Rede Chamberlains in Edinburg gegen Buren und Iren.
27. Oktober. Beschlüsse der Arbeiter in St. Etienne über einen allgemeinen Ausstand.
28. Oktober. Eröffnung des ungarischen Reichstags durch Kaiser Franz Josef.

---

30. Oktober 1901.

In einem Petersburger Brief der „Politischen Korrespondenz" findet sich die folgende wichtige Mitteilung:

„Es ist die Absicht Rußlands, den Bau der sibirischen Bahn zu beschleunigen und die ursprünglich für 1905 geplante Beendigung des Riesenwerkes schon im nächsten Jahre zum Abschluß zu bringen. Die Motive dieser Beschleunigung sind nicht nur in den chinesischen Ereignissen des letzten Jahres und in der Okkupation der Mandschurei, sondern in wichtigen politischen Erwägungen zu suchen. Vor allem ist es der Wunsch, einen Konflikt Rußlands mit Japan und England dadurch ins Unbestimmte hinauszuschieben, daß man jenen Mächten gegenüber im fernen Osten das militärische Gleichgewicht herstellt. Um das zu erreichen, muß Rußland in der Lage sein, schnell eine große Militärmacht in Port Arthur zu konzentrieren und das ist vor Beendigung der transsibirischen Bahn ganz unmöglich."

An diese Notiz knüpft der Wiener Korrespondent des „Standard" Betrachtungen, die uns in den wesentlichen Punkten sehr beachtenswert erscheinen, wenn wir auch selbstverständlich die Uebertreibungen ablehnen, welche nun einmal nicht fehlen, wo ein Engländer über die orientalische Politik Rußlands urteilt.

Das Wesentliche dieser Ausführungen liegt nun darin, daß bereits Fürst Lobanow Rostowski die Grundzüge der jetzt von Rußland im fernen Osten verfolgten Politik festgelegt habe. Er habe aber das Gelingen seines Planes von zwei Voraussetzungen abhängig gemacht: einmal von der Vermeidung jedes russischen Konflikts in Europa, und zwar so, daß auch die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts nicht vorliegen dürfe; die zweite Bedingung verlangte: Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien, bis Rußland stark genug sei, eventuell auch einer Kombination von Mächten er-

Digitized by Google

folgreich die Spitze zu bieten. In Ausführung der ersten dieser Bedingungen habe Rußland den Fürsten Ferdinand von Bulgarien anerkannt, die Metzeleien in Armenien ignoriert, seine Balkan-Konvention mit Oesterreich abgeschlossen, endlich das Vorgehen der Deutschen in Kleinasien geduldet. Die zweite Bedingung sei zwar infolge der letzten chinesischen Ereignisse sehr wider Willen der russischen Diplomatie nicht durchgeführt worden; aber alle Vorbereitungen zur Stärkung der russischen Position am Großen Ocean seien keinen Augenblick ins Stocken geraten. Herr Witte habe die französische Freundschaft genutzt, um den Bau der sibirischen Bahn zu beschleunigen und die Mittel zu beschaffen, die es Rußland ermöglicht haben, eine Kriegsflotte für die ostasiatischen Gewässer zu bauen. Seither seien nun zwei wichtige Ereignisse eingetreten, von denen das eine die russischen Pläne förderte, das andere ihnen gefährlich werden kann. Den Vorteil brachte die unerwartet lange Dauer des englischen Krieges in Südafrika, der nun ins dritte Jahr geht, und, wie man in Petersburg bestimmt annehme, noch mindestens auf ein, wahrscheinlich auf zwei Jahre es England unmöglich machen werde, sich an anderer Stelle zu engagieren. Die den russischen Plänen ungünstige Thatsache ist, daß Japan sein Flottenprogramm nun wirklich durchgeführt hat. Alle die bestellten großen Kriegsschiffe sind bereits vom Stapel gelassen worden und zur Zeit meist in japanischen Gewässern, so daß, wenn Japan Englands sicher wäre, es den Russen den Handschuh hinwerfen und sie aus Korea, der Mandschurei und China drängen könnte; alles natürlich unter der Voraussetzung, daß die sibirische Bahn nicht vollendet ist. Denn nach der Ausführung des Baues kann Rußland eine beliebige Truppenzahl in die Mandschurei oder nach China und Korea werfen. Die englische Hilfe käme dann für Japan zu spät, und Rußland wäre der unbestrittene Herr der Lage. So sei es begreiflich, wenn der Zar und seine Ratgeber mit Ungeduld die Beendigung der sibirischen Bahn ersehnen. Jeder Monat, der ungenutzt hingehe, vermindere die Aussichten des größten politischen Unternehmens, das je eine Macht in Angriff genommen habe. Wenn Paris eine Messe wert war, so sei ganz China mit Japan als Zugabe wohl die, man könne sagen übermenschliche Geduld wert, mit der Rußland sich von jedem Streit mit großen oder kleinen Mächten fernhalte. Rußland

Digitized by Google

wende sein Auge ab von allem, was in der Türkei, im Persischen Golf, in Afghanistan und sogar in Südafrika geschehe: „Des Zaren Versprechen, nicht in Südafrika einzugreifen und womöglich auch andere von einer Intervention abzuhalten — in erster Linie ohne Zweifel dem politischen Anstande und der traditionellen Friedensliebe des Herrschers entsprungen — ist gewiß und mit Recht durch Rußlands eigenste Interessen veranlaßt worden. Diese Interessen verlangen gebieterisch die Erfüllung der zweiten Bedingung des Fürsten Lobanow, daß nämlich kein Konflikt mit anderen stattfinde, bevor Rußland seines Erfolges im fernen Osten sicher sein kann. Eine Intervention in Südafrika, sei es durch Rußland oder durch andere, hätte ohne Zweifel einen allgemeinen europäischen Krieg herbeigeführt, in dessen Schatten Japan im fernen Osten eine Lage schaffen konnte, die dem russischen Ehrgeize für die Gegenwart wie für die Zukunft verderblich werden müßte." Die größte Gefahr für die russischen Pläne, der Angriff auf die Pekinger Gesandtschaften, sei glücklich vorübergegangen, nun verlange die russische Politik, daß Japan bei guter Laune erhalten und die sibirische Bahn beendigt werde. So erkläre sich die Räumung der Mandschurei oder vielmehr das Versprechen, das Land in drei Jahren zu räumen; man wolle den Japanern den Vorwand zu einem Streite nehmen, und aus diesem Grunde treffe Rußland alle Vorbereitungen, um eine große Eisenbahnanleihe aufzunehmen, die der Vollendung der sibirischen Bahn zu gute kommen solle. Man brauche nur einen Blick auf die letzte Positionsliste der russischen Flotte zu werfen, um sich davon zu überzeugen, wie mißtrauisch man in Petersburg gegen Japan ist. Im Mittelmeer, im Atlantischen Ocean und in der Ostsee habe Rußland ein einziges Panzerschiff, den im Piräus liegenden „Nikolai", und zwei Kreuzer erster Klasse, den „Warjag" und den „Herzog von Edinburg", der Rest seien nur Kanonenboote, Torpedoboote und die drei Kaiserlichen Yachten. Alles übrige schwimme, wenn man vom Schwarzen Meer absieht, zwischen Port Arthur, Wladiwostock, Nagasaki und Schanghai.

Wir finden, wie bemerkt, den Kern dieser Ausführungen sehr treffend, wenn auch selbstverständlich keine Rede davon sein kann, daß Rußland sich mit der Absicht tragen sollte, ganz China oder gar Japan zu erobern. Schwerlich gehen seine Absichten für absehbare

Digitized by Google

Zukunft über die Mandschurei und über Korea hinaus, während in betreff Chinas ein System freundschaftlicher Bundesgenossenschaft erstrebt wird; auch das sind freilich Dinge, die England und Japan beunruhigen können, während sie die deutschen und ebenso die französischen Interessen nicht schädigen. Außerordentlich interessant ist dagegen auch für die Beurteilung unserer Politik gegenüber den südafrikanischen Verwickelungen aus englischem Munde zu hören, daß der Zar allerdings versprochen hat, in Südafrika nicht zu intervenieren und womöglich die Intervention Dritter zu verhindern. Danach werden wohl auch die Gegner unseres Stillehaltens zugeben müssen, daß jede andere Politik für uns nicht nur unklug, sondern geradezu verderblich gewesen wäre. Aber freilich tritt damit erst recht zu Tage, wie groß der politische Fehler war, den das englische Ministerium durch seinen Burenkrieg begangen hat. Es ist uns ganz unverständlich, wie die Gegner Chamberlains gerade dieses schlagendste Argument nicht ausgespielt haben.

Der Kampf zwischen den englischen Parteien wogt gerade jetzt besonders leidenschaftlich hin und her. Am 25. Oktober haben Campbell Bannerman in Stirling und Chamberlain in Edinburg zur selben Stunde über die große Streitfrage des afrikanischen Krieges geredet. Brachte Chamberlain nur die alten, abgegriffenen Argumente vor, so hat Campbell Bannerman einen bösen Hieb gegen ihn geführt, indem er die Disposition zu seinen Ausführungen einer Rede entnahm, die Chamberlain im Mai 1896 gehalten hat. Chamberlain sagte damals wörtlich:

„Ein Krieg in Südafrika wäre einer der ernstesten Kriege, die wir überhaupt führen könnten; seiner Natur nach aber wäre es ein Bürgerkrieg. Es würde ein langer Krieg, ein erbitterter Krieg und ein teurer Krieg sein. Er würde einen Stachel nachlassen, den, wie ich glaube, Generationen nicht verwinden könnten. Einen Krieg mit dem Präsidenten Krüger aufnehmen, um ihm Reformen in den inneren Angelegenheiten seines Staates aufzudrängen, da doch die zahlreiche Folge der Staatssekretäre, die an dieser Stelle gestanden haben, bestritten, irgend ein Recht zum Einschreiten zu haben, das wäre allerdings eine Handlung, die ebenso unmoralisch als unklug wäre."

Heute an diese Worte Chamberlains erinnert zu werden, ist allerdings pikant. Was der Führer der Liberalen dem Ministerium sonst vorwirft, deckt sich im wesentlichen ganz mit den Anschauungen, die auch in Deutschland von allen gerecht denkenden und menschlich

Digitized by Google

empfindenden Leuten vertreten werden. Man kann die Fehler der Kriegsleitung und die Barbarei der englischen Kriegführung nicht schärfer verurteilen, als er es thut. Zu dem Schluß aber, daß England die Pflicht habe, den Buren mindestens ein Stück ihrer Unabhängigkeit und ihres Territoriums zurückzugeben, vermag er sich nicht aufzuschwingen; alles, was er zu bieten hat, ist Home Rule für ganz Südafrika unter englischer Oberhoheit, und er verschlimmert seine Aussichten, auch nur das zu erreichen, indem er in einem Atem auch Home Rule für Irland fordert. Das letztere aber kann keine englische Regierung bewilligen, und zweifellos wird dieses irische Argument am energischsten und am erfolgreichsten gegen die Liberalen vom Ministerium ausgespielt werden.

Wir verkennen übrigens nicht, daß die Lage des Ministeriums sich in den letzten Wochen, namentlich aber in den letzten acht Tagen verschlechtert hat. Der Rückgang des englischen Handels, die wachsenden Staatslasten, der Skandal, den die Nichtablöhnung der Yeomanry zur Folge hatte, der schleppende und ruhmlose Verlauf des Krieges, das Kindersterben in den Konzentrationslagern, endlich, und mehr als alles übrige, die Entlassung Bullers haben die Zahl der Gegner des Ministeriums erheblich vermehrt. In Deutschland versteht man namentlich nicht, wie die Entlassung Bullers so wirken konnte, weil bei uns das Partei- und Intriguenwesen am englischen Hofe und im englischen Kriegsministerium wenig bekannt ist. Die Dinge liegen aber so, daß jene indiskrete Rede Bullers nur den erwünschten Vorwand zu seiner Beseitigung gab. Die Gegner, die miteinander kämpften, waren Roberts und Wolseley. Ersterer hat gesiegt und der Günstling Wolseleys, Buller, ist dabei als Opfer gefallen. Dem englischen Publikum ist Buller trotz allem derjenige, der Ladysmith befreit hat, und gerade sein immer erneutes, unvernünftiges Anrennen gegen die Positionen der Buren, speziell Spionskop, hat ihn populär gemacht. Seine Hartnäckigkeit ist echt englisch, und „Bulldog-Buller" ist ein Kosename, den der gemeine Mann ihm gegeben hat. Auch in den Reihen der Hochkonservativen ist der General äußerst beliebt und seine Mißerfolge hat ihm im Grunde niemand übelgenommen. Konnte doch Chamberlain in seiner letzten Rede unter allgemeinem Beifall darauf hinweisen, daß auch der Sieger von Waterloo seine Laufbahn mit Niederlagen begonnen

Digitized by Google

habe. Chamberlain dachte gewiß nicht daran, dadurch Buller zu rechtfertigen, thatsächlich aber kommt das Schlagwort ihm zu gute. Es ist schwer zu sagen, welches der Ausgang dieses nach allen Richtungen hin unerquicklichen Treibens sein wird. Das Ministerium lebt von der Zerrissenheit der liberalen Partei, der es durchaus an einem wirklichen Führer fehlt. Die Stellung Lord Roseberys aber hat sich so umgemodelt, daß es heute weit eher denkbar erscheint, daß wir ihn einmal neben Chamberlain im Ministerium finden, als daß er die Liberalen ans Ruder führt.

In Frankreich sind seit dem 22. Oktober die Kammern wieder beisammen, ohne daß im Laufe der Verhandlungen etwas Erhebliches zu melden wäre. Auch dort haben wir ein Ministerium, dem die Uneinigkeit seiner Gegner das Leben sichert; aber vielleicht führt die weitere Entwickelung der Dinge in Monceau les Mines zu einer Krisis. Bekanntlich hatten die Grubenarbeiter mit einem allgemeinen Strike für den 1. November gedroht, wenn man ihnen vorher nicht drei Forderungen bewillige: den Achtstunden-Arbeitstag, ein Minimum für den Lohn und nach 25jähriger Arbeit eine lebenslängliche Pension von 2 Francs täglich. Das letztere ist eine Forderung, die kein Budget tragen kann und deren Last den übrigen Franzosen zugefallen wäre, um eine Klasse gefährlicher Rentiers zu schaffen. Die ganze Lage schien außerordentlich gefährlich zu werden, als bekannt wurde, daß die Arbeiter in Monceau les Mines sich mit Flinten versorgt hatten. Man schien vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges zu stehen. Dann wieder beruhigte sich die Lage scheinbar; die Regierung verlangte Auslieferung der Gewehre, und etwa 200 Flinten sind wirklich wieder in ihre Hände gekommen. Man knüpfte Verhandlungen an und es hieß, der geplante Gesamtausstand aller Grubenarbeiter Frankreichs sei ins Unbestimmte vertagt. Jetzt aber ist alles wieder fraglich geworden. Die Metallarbeiter in St. Etienne haben sich das Programm von Monceau les Mines zu eigen gemacht und andere Arbeiterorganisationen scheinen folgen zu wollen. So ist Herr Waldeck-Rousseau allerdings nicht ohne Sorge. Eine weitere Verlegenheit liegt in dem türkischen Abenteuer, das der Botschafter Constans seiner Regierung an den Hals gehängt hat. Weder Rußland noch eine der anderen Mächte zeigt sich bereit, durch eine gemeinsame Aktion

Digitized by Google

dem Sultan die Erfüllung der französischen Wünsche aufzudrängen, zumal in der Hauptsache, der Angelegenheit der Quais, eine für Frankreich freilich nicht sehr günstige Vereinbarung erfolgt ist. Was nachbleibt sind die Geldforderungen zweifelhaften Rechtes, die vorschnelle Abberufung von Constans, das Aufbauschen von Bagatellen zu einer Staatsaktion. Das alles sind Fehler, die sich schwer so gut machen lassen, daß der äußere Schein gewahrt bleibt.

Neuerdings ist wieder die Frage von der Vereinigung Kretas mit Griechenland lebendig geworden. Der Prinz Georg hat auf seiner letzten Tournée sowohl mit Herrn Delcassé wie mit dem Zaren, der ihm bekanntlich intim befreundet ist, verhandelt. Offenbar wäre Rußland nicht abgeneigt, ihm seinen Wunsch zu erfüllen, gewiß aber nur so, daß kein Konflikt mit der Türkei die Folge sein muß; am liebsten also durch andere, zu denen jedenfalls Deutschland unter keinen Umständen gehören wird; wenigstens glauben wir nicht, daß Graf Bülow mit seiner Flöte wieder in das kretensische Konzert einzutreten Neigung hat.

Der Panamerikanische Kongreß in Mexiko ist inzwischen zusammengetreten, das Programm ziemlich dasselbe wie das des Staatssekretärs Blaine, aber entschieden vorsichtiger gehalten, so daß die wirtschaftliche Seite vor der politischen in den Vordergrund tritt. An große Erfolge der Beratungen glauben wir nicht. Süd- und Mittelamerika sind mißtrauisch, zudem ist auch die wirtschaftliche Seite der Monroedoktrin nicht mehr so stark wie vor elf Jahren, so daß die Politik der Ausschließung Europas von amerikanischem Handel nicht mehr als erstrebenswertes Ziel gilt. Beiläufig bemerken wir, daß die französische Panama-Gesellschaft durch ihren Präsidenten Hutin mit dem Präsidenten der Isthmus-Kanalkommission General Walker in Verhandlung getreten ist und ihm am 26. d. M. schriftlich die Bedingungen zu übergeben beabsichtigte, unter welchen sie ihre Arbeiten und ihr Terrain am geplanten Panamakanal den Vereinigten Staaten zu verkaufen bereit ist. Die Schwierigkeiten Amerikas auf den Philippinen wollen wieder lebendig werden. Auf den Inseln Samar und Palavan ist die Bevölkerung in vollem Aufstande.

Traurige Nachrichten kommen aus Indien, China, Rußland. Ueberall herrscht Hungersnot, am intensivsten wohl in Indien; aber

Digitized by Google

auch in den chinesischen Provinzen Hupei und Kiangsi scheint die Not entsetzlich zu sein. Wie die Verhältnisse in den russischen Hungergebieten liegen, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Aus gelegentlichen Korrespondenzen der russischen Zeitungen darf man nicht mehr auf einen gewöhnlichen Notstand schließen, was um so bedenklicher ist, als die sibirischen Gouvernements gleichfalls wohl eine völlige Mißernte gehabt haben. Das Schlimmste dabei scheint die trostlose Apathie der Bevölkerung zu sein; sie erwartet alle Hilfe vom Staat.

Digitized by Google

31. Oktober. Auslaufen eines französischen Geschwaders unter Kontreadmiral Caillard.
1. November. Herzog und Herzogin von Cornwall und York treffen in England ein.
2. November. Lord Kitchener meldet von englischen Verlusten bei Bethel.
4. November. Rede des Schatzkanzlers Hicks Beach in Bristol über die Notwendigkeit weiterer Steuererhöhung.
5. November. Kontreadmiral Caillard besetzt Mytilene.

---

6. November 1901.

Unmittelbar nach Beendigung der großen Flottenmanöver sind der Herzog und die Herzogin von Cornwall nach England zurückgekehrt. Sie haben nur englischen Boden berührt und sind doch um die ganze Welt gekommen, fast könnte man sagen, auch über ein englisches Meer. Denn noch ist das Uebergewicht Englands zur See unbestreitbar trotz seiner Isolierung und trotz der Anstrengungen, in welchen alle übrigen Völker der Welt wetteifern. Es ist nicht leicht zu sagen, welche Eindrücke die hohen Reisenden heimgebracht haben; unzweifelhaft den von der gewaltigen Ausdehnung und Schaffenskraft der angelsächsischen Rasse; aber ebenso sicher kann es nicht an Mißtönen, lautschreienden und mühsam verhaltenen, gefehlt haben. In Südafrika ist während der sieben Monate, die mittlerweile hingegangen sind, wie John Morley sich ausdrückt, die Krankheit des Landes zu einem unheilbaren Krebsgeschwür ausgewachsen, und fast gleichzeitig mit den Rückkehrenden traf die Trauerkunde ein von der schweren Niederlage, welche die Engländer bei Berkenlaagte durch eben jenen Botha erlitten haben, den man so oft „beinahe" gefangen, danach totgesagt, und den Lord Kitchener erst kürzlich auf ewige Zeiten aus Südafrika verbannt hat. Und das alles nach den hochfahrenden Reden, die Chamberlain noch jüngst auf schottischem Boden gehalten hat. Ein Burenheer, das eine englische Armee schlägt, ist keine Räuberbande, sondern ein Feind, der wohl das Recht hat, in dem Ton zu reden, den jüngst Steijn in seiner Antwort an den englischen Oberkommandierenden angeschlagen hat.

Digitized by Google

Es folgte der triumphartige Einzug in Indien; aber in Indien ist Hungersnot und heute blickt alles in Sorgen auf die Entwickelung, welche die Dinge in Afghanistan und in Persien nehmen. Der Tod des Emirs hat trotz der Ruhe, in welcher, dank dem Verstorbenen, die Thronbesteigung seines Nachfolgers sich vollzog, das schicksalsschwere afghanische Problem wieder in den Vordergrund gerückt. Die alte Frage, ob russischer oder englischer Einfluß hier vorwalten soll, muß entschieden werden. In London laufen beängstigende Gerüchte um, die von dem Gegensatz zwischen der Militärpartei und den offiziellen Leitern der russischen Politik erzählen. Man erinnert sich, daß Rußland am jüngsten chinesischen Konflikt sehr gegen den Willen des Grafen Lambsdorff und des Finanzministers, Herrn Witte, aktiv teilgenommen hat. Das Verhalten des Kriegsministers Kuropatkin auf seiner jüngsten Rundreise hat in Indien keineswegs beruhigend gewirkt, und es heißt, daß Lord Curzon seine Vorbereitungen für alle möglichen Eventualitäten trifft. Aber welchen Vorsprung hat Rußland durch seine große, in Turkestan schlagbereit stehende Armee, die nur zu wollen braucht, um zu können! Nun ist man freilich auch in Rußland mißtrauisch. Die Verschwörung in Teheran, die sich gegen den Reformminister Amin Sultan und gegen den vornehmsten seiner Mitarbeiter, Musdured Daula, richtete, wird auf englischen Ursprung zurückgeführt, weil Amin eine entschieden russenfreundliche Politik vertrat. Die Einlösung des von seinem Vorgänger den Engländern verpfändeten Hafens von Bender, Buschir, ist bekanntlich sein Werk gewesen. Es ist schwer denkbar, daß all diese Dinge nicht auch den englischen Thronerben zu wenig erfreulichen Erwägungen geführt haben sollten.

In Australien schien das Bild, das sich ihm zeigte, nur glänzende Seiten zu bieten. Unter seinen Augen vollzog sich auf imperialistischer Grundlage die Föderation der sechs australischen Kolonien. Die Stimmung war durchaus loyal, wenn auch die besondere australische Eigenart und ein Lokalpatriotismus, der, fast möchte man sagen, naiv seine besonderen Interessen in den Vordergrund schiebt, unmöglich übersehen werden konnte. Viel bedeutsamer aber ist doch eine andere Thatsache, die der Herzog gleichfalls nicht hat übersehen können, und das ist das allmähliche Verdrängen der Engländer vom australischen Markte durch ihre amerikanischen Vettern.

Digitized by Google

Nicht Deutschland, sondern die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind auf diesem Boden die Konkurrenten des englischen Handels. Im „Journal des Débats“ vom 30. Oktober hat Jacques Bardoux unter dem Titel: l'invasion américaine du monde anglo-saxon eine statistische Studie veröffentlicht, deren Zahlenbeweise einen geradezu verblüffenden Eindruck machen. Bardoux' These ist, daß die von der Politik Chamberlains erstrebte Zollunion Englands mit seinen Kolonien nichts anderes sei als ein Phantom, dem die amerikanische Konkurrenz nie gestatten werde, Leben anzunehmen. Die von Bardoux vorgelegten Tabellen zeigen, daß der Export amerikanischer Produkte jährlich um einen Wert von etwa 500 Millionen Francs gestiegen ist. Während derselben Jahre läßt sich in England eine entgegengesetzte Bewegung verfolgen. Der Import nimmt stetig zu, während der Export stationär bleibt. Die Invasion Englands durch amerikanische Produkte sei aber deshalb gefährlicher als die deutsche, weil sie, durch größere Kapitalien gestützt, festen Fuß fassen könne. Sehe man genauer zu, so kolonisierten die Engländer nur, um den Amerikanern neue Märkte zu öffnen. Bardoux belegt es durch folgende Angaben: Zu der Gruppe britischer Besitzungen, die mit den Vereinigten Staaten nur einen stationären Handel haben, gehören die asiatischen und afrikanischen Kolonien Englands. An der Elfenbeinküste und in Sierra Leone läßt sich dagegen eine Abnahme feststellen. Sieht man aber von diesen Exploitationskolonien ab, so stellt man überall sonst ein zunehmendes Eindringen der amerikanischen Industrie fest. Für die ganze Gruppe der britischen Besitzungen läßt sich eine langsame und stetige Infiltration verfolgen, die schließlich auch die stärksten Mauern erschüttern muß. So sinkt der englische Handel in Mauritius von 1886 auf 1899 um 27893 Rupien, während der amerikanische gleichzeitig um 223154 Rupien steigt. Von 1885—1899 steigt der amerikanische Import in Queensland und Neu-Seeland von 217000 Lstr. auf 373000 und überholt damit den englischen Import. In derselben Zeit nehmen in Südaustralien die englischen Importe um 741000 Lstr. ab, während die amerikanischen etwa um 182000 Lstr. steigen, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß in diesen Kolonien der englische Handel trotz allem ein erdrückendes Uebergewicht hat. Schlimmer liegt es in den anderen australischen Kolonien. In Westaustralien haben die Engländer von 1897—99

Digitized by Google

einen Minderimport von 1 036 052 Lstr. gehabt, während die amerikanische Einfuhr um 43 722 Lstr. stieg. Noch ungünstiger ist die Handelsbilanz Englands in Viktoria. Von 1897—99 sinken Import und Export Englands um 14 771 Lstr. und 3 911 099 Lstr., während der amerikanische Import und Export um 733 013 Lstr. resp. 49 668 Lstr. steigt. In Neusüdwales hat der englische Export sich von 1885 ab behauptet, der Import aber ist 1899 von 11 885 597 Lstr. auf 8 211 351 Lstr. gesunken. Die Vereinigten Staaten dagegen verdoppelten die Ziffer ihrer Einfuhr (2 219 319 Lstr. im Jahre 1899) und verdreifachten ihren Export (2 392 281 Lstr.).

Aus diesen Fortschritten lasse sich erraten, wie ungeheuer der Gewinn der Vereinigten Staaten in den ihnen benachbarten Kolonien Englands sein müsse; das sei nicht mehr der Beginn einer Invasion, sondern die Vollendung einer Eroberung. Die magnetische Anziehungskraft der Vereinigten Staaten sei so groß, daß sie eine Parzelle nach der anderen von den umgebenden Ländern an sich heranziehe, bis einst der Tag kommen werde, da all jene Länder, wenn nicht eine politische, so doch mindestens eine moralische Einheit mit den Vereinigten Staaten darstellen würden. Auf den kleinen Inseln behaupte der englische Handel noch mühsam sein Gleichgewicht mit dem amerikanischen. In Jamaika habe Amerika bereits den Vorsprung, „quant au Canada, c'est un irrémédiable désastre". 1886 hielten sich der englische und amerikanische Handel das Gleichgewicht. Seither hat der englische Export sich behauptet, aber der Import nahm ab, während die amerikanischen Waren sich siegreich aller Märkte bemächtigten. Im Jahre 1899 importierten die Engländer für 7,6 Mill. Lstr. gegen 11,1 Mill. amerikanischen Imports.

Immerhin übe diese Invasion der englischen Kolonien, so merkwürdig die Konsequenzen für die Zukunft auch sein mögen, nur indirekt einen Einfluß auf die Entwickelung der englischen Industrie. Weit gefährlicher aber sei der Kampf, den die amerikanischen Kaufleute auf englischem Boden führten.

Der amerikanische Import nach Großbritannien übertrifft um das doppelte, dreifache, ja vierfache den derjenigen Länder, die die engsten Handelsbeziehungen zu England pflegen. Frankreich z. B. importiert für 53¾ Mill. Lstr., Australien für 33⅓ Mill., Deutschland für 30⅕ Mill., Indien für 27½ Mill. Lstr., während der

Digitized by Google

amerikanische Import für 1899 die ungeheure Höhe von über 120 Mill. Lstr. erreicht hat. Die Steigerung betrifft aber nicht nur Getreide und Fleisch, sondern auch Eisen, Stahl, Oel, Zement u. s. w. Bestände nun die amerikanische Invasion nur in Lieferung desjenigen, was der Industrie nötig ist, so wäre trotz der Krisen nnd Bankerotte das Uebel nicht unheilbar. Aber es handelt sich bei diesen Importen auch um Manufakturen, und dadurch wird die Invasion gefährlich; sie löscht das Herdfeuer Englands so völlig, daß es nicht mehr entzündet werden kann, und zerbricht eine der Formen nationaler Arbeit. England scheint auf diesem Boden seine Ueberlegenheit verloren zu haben. Bardoux illustriert an der Schuharbeit, die eine der anerkanntesten Spezialitäten Englands bildete; nun betrug der Wert der aus den Vereinigten Staaten nach England und seinen Kolonien exportierten Schuhe 1898 142328 Lstr., im folgenden Jahre mehr als das doppelte: 323000 und darüber; anno 1900 426124 Lstr.

Der englische Export an Schuhen nach Indien, Australien und Afrika hat in demselben Zeitraum sich von 1092094 Lstr. auf 1075478 Lstr. gemindert. Für noch weit gefährlicher hält Bardoux das Eindringen des amerikanischen Kapitals, das dahin führe, daß die englischen Gesellschaften amerikanische Kompagnien werden. So bereite sich eine Umbildung der angelsächsischen Welt vor. Das Zentrum industrieller Thätigkeit und ökonomischer Kraft scheine sich verschieben zu wollen, und Amerika suche die bisher vorherrschende englische Industrie ins Herz zu treffen. Bardoux schließt mit folgender Frage: „Wen wird man glauben machen, daß die Grüne Insel, die sich mit Recht als die Gründerin jenes amerikanischen Reiches betrachtet, das Scepter der Weltherrschaft aus Händen fallen läßt, ohne zu versuchen es zu behaupten, und sollte es gleich mit Hilfe von Kanonenschüssen geschehen."

Doch wir kehren zur Reise des Herzogs von Cornwall zurück. Auch in Kanada ist er außerordentlich enthusiastisch empfangen worden, wenn auch auf diesem Boden die Begeisterung für den Imperialismus, so weit Südafrika in Betracht kommt, unverkennbar abnimmt. Aus dem Echo jedoch, das uns französische Blätter übermitteln, müßte man schließen, daß der zahlreichen und einflußreichen französischen Bevölkerung Kanadas gegenüber ein Taktfehler statt-

Digitized by Google

gefunden hat. Der Herzog und die Herzogin haben nur englisch gesprochen, man rechnete auch auf eine französische Ansprache.

Wie dem auch sei, einen Vorteil wird England ohne Zweifel aus der Reise des Thronfolgers ziehen: die lebendige Anschauung, die er von den Bedürfnissen und von der Eigenart jenes Greater Britain gewonnen hat, muß notwendig in der Haltung Englands den Kolonien gegenüber Berücksichtigung finden. Die Reise war eine vortreffliche Vorbereitung für seinen künftigen Herrscherberuf.

Inzwischen beginnt die öffentliche Meinung Englands immer deutlicher in einen Gegensatz zum Ministerium zu treten; die Nichtengländern wenig verständliche Parteinahme der öffentlichen Meinung, und zwar besonders in konservativen Kreisen, für den General Buller, ist in dieser Hinsicht symptomatisch; vielleicht noch mehr das Hervortreten politischer Volontäre, die es mit außerordentlicher Naivetät auf sich nehmen, Bündnisverträge anzubieten und politische Kombinationen zu ersinnen, die mit leichter Hand das ganze politische System Englands umwerfen und mit Kombinationen operieren, die der Realität bestehender politischer Verhältnisse Hohn sprechen. Solch ein politisches Fantasma ist ein, wie es scheint allen größeren Blättern Europas zugeschickter, Artikel der „National Review", der den Titel führt: British foreign policy. Man hatte, wie uns scheint, diesem Artikel viel zu große Ehre erwiesen, wenn man ihn allerorten besprach und widerlegte; es ist im wesentlichen die wohlbekannte Idee von der Notwendigkeit einer russisch-englischen Allianz, deren Spitze sich dann gegen Deutschland zu richten hätte. Die Idee ist von allen russischen Blättern, ohne Ausnahme, mit Hohn zurückgewiesen worden und schon dadurch ihre Nichtigkeit erwiesen. Die Verfasser des Artikels, die sich A. B. C. u. s. w. nennen, sind aber die Herren vom Konsortium Blennerhasset-Wesselitzki, die wir in früheren Ausführungen zur Genüge gekennzeichnet haben. Eine indirekte Kritik ihrer Bestrebungen geben die jetzt als Buch erschienenen Aufsätze von Brooks Adams: „Amerikas ökonomisches Uebergewicht". Mr. Brooks ist Amerikaner und plaidiert für ein englisch-amerikanisches Bündnis gegen Deutschland und Rußland. Kombiniert man seine Ausführungen mit denen der „National Review", so heben sie sich gegenseitig Punkt für Punkt auf, so daß das Facit Null ist, und dabei, denken wir, wird es auch bleiben.

Digitized by Google

Die französische Flottendivision, die unter dem Kontreadmiral Caillard ausgegangen ist, um einen Druck auf den Sultan auszuüben, ist der Anlaß zu einer Interpellation in der französischen Kammer geworden, auf welche Delcassé inzwischen geantwortet hat. Wir wollen diese Antwort heute nicht kritisieren. Sie stellt sich ganz auf den Boden, den Mr. Constans zubereitet hatte. Bisher aber hat die von Constans verfolgte Politik in ganz Europa, wobei wir Rußland nicht ausnehmen, einen unangenehmen Eindruck gemacht. Die Lorando-Affaire gewinnt eine fatale Aehnlichkeit mit dem berühmten Fall Don Pacifico, der Lord Palmerston veranlaßte, ein englisches Geschwader in den Piräus zu schicken, um einen ungerechten Anspruch durchzudrücken. Es liegt aber die Gefahr vor, daß nach dem soeben durch den französischen Botschaftsrat der Pforte zugegangenen Ultimatum die ganze Angelegenheit, auch wenn der Sultan nachgeben sollte, in ein neues bedeutsames Stadium tritt.

Mit großem Interesse haben wir die Briefe des früheren französischen Marineministers Lockroy gelesen, die den Zustand der gegenwärtigen deutschen Flotte behandeln. Sie sind voll besorgter Anerkennung und gelangen zum Schluß, daß die Welt an der deutschen Marine dieselbe Ueberraschung erleben könnte, durch die in den sechziger Jahren unsere Armee die Welt in Staunen brachte. Gefreut hat uns außerdem die Anerkennung der Thatsache, daß diese Flotte der anhaltenden Energie Kaiser Wilhelms das Beste zu danken hat, und daß sie heute in Deutschland wirklich populär ist. Höchst merkwürdig berührt dagegen der Bericht eines Pariser Korrespondenten der „Now. Wremja" über ein Interview, das ihm der Präsident der französischen Republik, Loubet, gewährt hat. Wir finden darin den folgenden Satz: „Der Präsident erwies sich als der alte Freund der alliance Franco-Russe, dessen Gefühle nicht durch die Geheimagenten Wilhelms verdorben werden konnten, die ihn dadurch für eine Annäherung an Deutschland zu gewinnen suchten, daß sie ihm die Rückgabe von Lothringen versprachen, natürlich mit der Absicht, dieses Versprechen nicht zu halten." Herr Syromjätnikow, der sich diese Enthüllung ohne Zweifel aus den eigenen Fingern gesogen hat, fördert damit das Spiel derjenigen französischen Politiker, die ihr Interesse dabei finden, den Revanchegedanken lebendig zu erhalten. In einer interessanten Korrespondenz der Münchener

Digitized by Google

„Allg. Ztg." fanden wir neulich die ganze Reihe der Führer richtig hergezählt; die Journalisten und Schriftsteller: Coppé, Lemaître, Mézières, den Historiker Lavisse, die ehemaligen Minister des Auswärtigen Freycinet und Hanotaux und den Präsidenten der französischen Kammer Deschanel. Es ist dabei charakteristisch, daß die ganze Reihe Persönlichkeiten zeigt, die politisch emporkommen wollen, was ganz besonders von den drei letzten gilt. Nicht die gegenwärtigen Machthaber gefährden die Ruhe der Welt, sondern die politisch hungrigen und unbefriedigten. Hinter dem Lärm, den sie machen, steckt eine Reklame für die eigene Person, die rücksichtslos alles übrige hintansetzt. Wir verweisen aber auf unsere Ausführungen in der letzten Wochenübersicht, um daran zu erinnern, wie unwahrscheinlich es ist, daß sich Rußland auf derartige Kombinationen einläßt, bevor es in Ostasien die Stellung erworben hat, auf die es hinarbeitet. Ist das aber einmal geschehen, so ist eine politische Lage inauguriert, für welche die Interessengruppen von heute nicht mehr gelten. Wir lehnen daher mit aller Bestimmtheit diejenigen Kombinationen ab, die auf Verwickelung Rußlands in einen europäischen Krieg aufgebaut sind.

Rußland ist heute zumeist mit inneren Fragen beschäftigt, welche die öffentliche Meinung außerordentlich tief erregen: die Universitäts- und Schulreform, die Organisation öffentlicher Arbeiten für die Hungerleidenden, endlich und zumeist die plötzlich aufgetauchte und mit außerordentlicher Leidenschaft diskutierte Frage der Gewissensfreiheit. Am auffallendsten ist dabei, daß in der Leidenschaft der publizistischen Verhandlungen der theoretische Kampf sich zu einem direkten Angriff auf den heiligen Synod, und das heißt auch auf den Oberprokurator Pobedonoszew zugespitzt hat. In dem Uchtomskischen Blatt, das mehrere Serien von Artikeln über diese Frage gebracht hat, finden wir am 1. November einen von N. Durnowo gezeichneten Artikel, der folgenden Satz enthält: „Nicht die Altgläubigen, nicht Stundisten, Anhänger Tolstois und die verschiedenartigen Sektierer haben den Abfall von der Kirche verursacht, sondern die nicht normale, unkanonische Lage unserer allrussischen Kirche, die durch eine Behörde bevormundet wird, welche ganze 35 Jahre hindurch ihre volle Thätigkeit darauf richtet, eine mehr als reichlich versorgte Geistlichkeit zu schaffen, damit diese ohne Sorge gemächlich, ohne sich

Digitized by Google

um ihre Herde zu kümmern, leben könne. Unsere geistliche Oberbehörde steht schon lange auf dem Boden der römischen Anschauung von der Kirche, der zufolge nicht das Volk die Kirche bildet und nicht das Volk der Bewahrer der Frömmigkeit ist; und deshalb hat man ihm alle die Rechte genommen, welche die heiligen, kanonischen Vorschriften ihm gewährt haben."

Das ganze gipfelt in der Forderung, daß der Kirche ihre kanonische Verfassung, d. h. die Verwaltung durch Synoden wiedergegeben werde, und sagt ganz direkt, daß der heilige Synod, von dessen Mitgliedern kaum ein Zwanzigstel nicht zum geistlichen Stande gehöre, sich parteiisch in der Frage der Gewissensfreiheit verhalte und sich fast gar nicht um das Volk kümmere. Deshalb treffe auch die Schuld am Abfall nicht das Volk, das aufrichtig bemüht sei, seinen religiösen Bedürfnissen nachzugehen, sondern den heiligen Synod und jene Kaste von Geistlichen, die allein daran denkt, für ihr eigenes materielles Wohl zu sorgen, und das Volk dem Klerus nicht nähere, sondern von ihm abwende.

Das ist eine Sprache, wie sie vor der russischen Oeffentlichkeit auf russischem Boden seit dem 16. Jahrhundert nicht geführt worden ist. Man muß bis auf Silvester und Adaschew zurückgreifen, um ähnliche Töne zu finden; umso höher ist der Mut derjenigen anzuerkennen, die mit ihrer Person für die Verwirklichung von Gedanken eintreten, die allerdings einen ungeheuren Fortschritt in geistlicher wie politischer Hinsicht bedeuten könnten — wenn sie sich je verwirklichen sollten.

Digitized by Google

6. November. Niederlage von Tammany Hall bei der Bürgermeisterwahl von New York.
8. November. Juan-Schi-Kai wird zum Vizekönig von Tschili ernannt; Wang-Wen-Tschao zum Chef des Auswärtigen Amtes.
9. November. Der Sultan nimmt die Forderungen Frankreichs an.
10. November. Das französische Geschwader verläßt Mytilene.

---

13. November 1901.

Die Zuversicht, mit welcher wir aus der Gesamtrichtung der russischen Politik auf einen unblutigen und raschen Abschluß der französisch-türkischen Differenz augurierten, hat eine so schleunige Bestätigung erhalten, daß uns heute nur übrig bleibt festzustellen, daß das Gewitter, das drohend aufzuziehen schien, ohne Entladung wieder vorübergegangen ist. Der Horizont an Bosporus und Dardanellen ist wieder klar, und wenn über das Wie und Warum noch gestritten wird, so liegt das Interesse solcher Erwägung darin, daß die Einsicht in den thatsächlichen Verlauf die Möglichkeit bieten müßte, mit einiger Sicherheit Schlüsse auf die Zukunft des orientalischen Problems zu machen.

Wir müssen aber von vorn herein uns damit bescheiden, mit dem zu argumentieren, was an offiziellen Kundgebungen und an begleitenden Preßkommentaren an die Oeffentlichkeit getreten ist, obgleich wir nicht daran zweifeln, daß sich im Hintergrunde ein diplomatisches Spiel abgespielt hat, dessen genaue Kenntnis ein wesentlich anderes Bild geben könnte. Wir setzen dabei von der Vorgeschichte der türkisch-französischen Differenzen das Wesentliche als bekannt voraus: die Nichtbefriedigung stark aufgebauschter pekuniärer Forderungen, die von einem europäischen Gerichtshof sehr wesentlich herabgesetzt worden wären, die Quaifrage, die Anerkennung der französischen Schulen, Kirchen und Wohlthätigkeitsanstalten im türkischen Reiche, sowie die Wiedererrichtung der während der armenischen Wirren (1894 und 1896) zerstörten Schulen und Klöster, endlich die Anerkennung des chaldäischen Patriarchen. Der Botschafter Constans hatte wegen jener pekuniären Ansprüche — natürlich mit Genehmigung

Digitized by Google

seiner Regierung — die Beziehungen zur Pforte abgebrochen und schließlich Konstantinopel verlassen. Es folgte ein französisches Ultimatum, und bevor noch die Pforte recht Gelegenheit fand, zur Besinnung zu kommen, lag bereits die von Kontreadmiral Caillard geführte Flotte vor jenem Hafen von Mytilene, den fast genau vor 130 Jahren, am 13. November 1771, die Russen unter dem Grafen Gregor Orlow bombardierten und einnahmen. Sie sind aber ganz wie Caillard nur zwei Tage auf der Insel geblieben, eine Annexion Mytilenes war damals nicht beabsichtigt. Auf einem Basrelief der zur Erinnerung an die Schlacht von Tschesme in Zarskoje Selo errichteten Siegessäule ist das alles recht erbaulich dargestellt.

Wir glauben nicht, daß man in Paris ebenfalls eine Siegessäule errichten wird, denn, recht betrachtet, ist es doch kein sehr günstiges Zeichen für die Macht des französischen Ansehens im Orient, wenn es eines so ungeheuren Apparates bedurfte, um eine Bagatelle durchzusetzen, denn auch jene für Kirchen und Schulen erreichten Zugeständnisse bedeuten nicht eben viel. Es wird darauf ankommen, was die Franzosen daraus machen, und machen sie allzu viel daraus, so kommen sie ihrem russischen Bundesgenossen auf einem Gebiete ins Gehege, in welchem er ganz außerordentlich empfindlich ist. Die amerikanischen und die deutschen Schulen und Kirchen genießen längst des Schutzes, den Frankreich so geräuschvoll sich hat versichern lassen. Man denkt an die französische Redensart: „tant de bruit pour une omelette.“ Denn in der That, der Lärm war ungeheuer, und aus der scheinbaren Zurückhaltung der englischen und italienischen Presse wie aus den widerspruchsvollen Aeußerungen der russischen Presse darauf zu schließen, was die betreffenden Regierungen gethan hätten, wenn Frankreich auch nur um einen Schritt weiter gegangen wäre, ist absolut nicht zulässig. Ebenso wenig konnte Frankreich mit Sicherheit darauf rechnen, daß der psychologische Augenblick nicht eintreten könne, der den Sultan zu einem verzweifelten Entschluß fortriß. Die Lage erinnerte doch in mehr als einer Beziehung an den Mai 1853, da der Fürst Menschikow als der Jupiter tonans der russischen Politik nach Konstantinopel geschickt ward, um die Pforte zu demütigen. Die Pforte hatte auch damals bereits alle Forderungen des Gesandten gebilligt, im letzten Augenblick ging Menschikow über die Grenze des Erträglichen hinaus — wie bekannt

Digitized by Google

ist, infolge einer von ihm nicht durchschauten Intrigue der türkischen Kriegspartei — und das Resultat war der Krimkrieg mit all seinen Folgen. Herr Delcassé ist in einer glücklicheren Lage gewesen als der Kaiser Nikolaus, der nicht mit Hilfe des Telegraphen das Tempo der Verhandlungen leiten und seinen zu hitzigen Gesandten rechtzeitig abrufen konnte, ganz wie er nicht — wie es heute möglich ist — die Vibrationen der Politik der großen Mächte von Stunde zu Stunde verfolgen konnte. Wie nun die Dinge gegangen sind, machen wir Herrn Delcassé unser Kompliment. Er hat sich mit Glück und Geschick aus einer höchst bedenklichen Lage gezogen, und wenn die Vorteile, die Admiral Caillard heimbringt, nicht eben berauschende sind, so werden sie doch ausreichen, um die französische Kammer zu befriedigen. Les apparences sont sauvées! und darauf kommt es für den Augenblick an. Sehen wir jedoch näher zu, so bleibt als faktischer Erfolg nur die Beitreibung jener Zahlungen, über deren sittliche Berechtigung auch die Franzosen nicht gern reden; der Rest aber ist, abgesehen von der Ernennung des chaldäischen Patriarchen, eine Anweisung auf die Zukunft, von der wir annehmen, daß die Pforte redlich bemüht sein wird, ihr gerecht zu werden, deren Einlösung aber von zwei Gesichtspunkten aus für Frankreich nicht unbedingt als günstig bezeichnet werden kann.

Einmal ist der auf die Pforte ausgeübte Druck nicht so stark gewesen, daß sie sich dadurch an die französische Politik wirklich gebunden fühlen müßte, vielmehr ist zu erwarten, daß sie sich nunmehr nach anderer Richtung zu orientieren sucht; dann aber können die Zugeständnisse, welche den Franzosen auf dem Gebiet von Kirche und Schule gemacht worden sind, in der Praxis sich nur gegen die konkurrierende, unter russischer Aegide arbeitende griechisch-orthodoxe Kirche wenden. Hier liegt eine Schwierigkeit, die wohl verdeckt, aber nicht weggeschafft werden kann. Es ist von außerordentlichem Interesse, daß die öffentliche Meinung Rußlands von der Expedition des Admirals Caillard weniger eine Demütigung der Pforte als eine Revanche für Faschoda erwartet hatte. Man hätte in den Kreisen der unverantwortlichen Petersburger Politiker gegen eine dauernde Besetzung, oder sagen wir lieber, um uns dem modernen Gebrauch anzupassen, gegen einen Pachtvertrag, der die Insel Lesbos den Franzosen überließ, nichts einzuwenden gehabt. Das hätte die

Digitized by Google

Engländer geärgert, und viel weiter pflegt man in diesen Kreisen nicht zu denken. Wir haben aber allen Grund anzunehmen, daß die russische Regierung anderer Meinung gewesen ist, und dürfen wohl weiter schließen, daß Herr Delcassé sehr feinhörig ist, wenn es sich um Wünsche handelt, die von dieser Seite herkommen.

Wie dem auch sei, wir sind herzlich froh, daß die Dinge so erträglich verlaufen sind, und der Welt die drohende Gefahr eines orientalischen Krieges erspart blieb. Auch haben wir nichts gegen den Jubel einzuwenden, mit dem man in Paris das Nachgeben der Pforte entgegengenommen hat. Man würde in Deutschland nur bedauern, wenn die öffentliche Meinung Frankreichs den Ausgang anders beurteilen und ihn gegen das Ministerium ausbeuten wollte. Das Ministerium Waldeck-Rousseau — Delcassé ist uns eine bekannte und gewohnte Größe geworden, mit der wir rechnen können, und Herr Millerand ist trotz seines sozialistischen Standpunktes bereits einigermaßen gezähmt. Die Notwendigkeiten und die Ehren, die seine hohe Stellung ihm bringt, haben ihre Wirkung nicht verfehlt, und so ziehen wir auch ihn all den großen Unbekannten vor, die auf den Sturz des Ministeriums spekulieren, um selbst emporzukommen.

In Deutschland würde es fast als eine politische Ketzerei betrachtet werden, wenn wir dasselbe Urteil in betreff des gegenwärtigen englischen Ministeriums aussprechen wollten. Und doch weiß jeder Kenner der englischen Verhältnisse, daß die Ersetzung des Ministeriums Salisbury-Chamberlain durch ein liberal-radikales Koalitionsministerium eine Verschärfung der deutsch-englischen Beziehungen wahrscheinlich macht. Der Glaube — oder sollen wir sagen der Aberglaube — dieser politischen Gruppe geht dahin, daß eine Ausgleichung der englisch-russischen und der englisch-französischen Differenzen das nächste durch Konzession zu erreichende Ziel der englischen Politik sein müsse. Als der eigentliche Gegner gilt ihnen Deutschland und sie suchen nach der politischen Kombination, die ihnen helfen könnte, diesen Gegner klein zu machen. Sind wir nun auch keineswegs der Meinung, daß Lord Salisbury mit besonderem Wohlwollen die steigende Entwickelung Deutschlands verfolgt, so liegt der Unterschied zwischen ihm und seinen liberalen Konkurrenten doch darin, daß er die Bedeutung der asiatischen Stellung Großbritanniens höher einschätzt und keinerlei Neigung hat, auf diesem

Digitized by Google

Boden sich zu Zugeständnissen bereit zu finden, die, wie er weiß und wie namentlich sein Freund Lord Curzon als erster Kenner wiederholt hervorgehoben hat, niemals wieder eingebracht werden können. Sehen wir recht, so ist man in London trotz der Ruhe und Ordnung, mit der der Thronwechsel in Afghanistan sich vollzogen hat, keineswegs ohne Sorge über die weitere Entwickelung dieses Landes, das nun einmal in der Zukunft das Schicksalsland Südasiens sein muß. Ein Dementi der „Zakaspiskoje Obozrenie", das angebliche Kriegsvorbereitungen Rußlands als Fabel zurückwies, hat keineswegs beruhigend gewirkt, weil es eine authentische Aeußerung wiedergab, die der Kriegsminister Kuropatkin in Samarkand durch seinen Dolmetscher an Ishak-Khan, den afghanischen Thronprätendenten, richtete: „Teilen Sie ihm mit" — sagte der russische Kriegsminister — „er solle sich nicht aufregen, stille sitzen und ruhig die Ereignisse abwarten". Jedenfalls wird damit dem Prätendenten nicht alle Hoffnung für die Zukunft genommen.

Ebenso empfindet das konservative Kabinet schärfer die für England, namentlich aber für Japan nicht unbedenkliche Wendung, welche die mandschurischen Angelegenheiten genommen haben. Es scheint festzustehen — vorsichtiger Zweifel ist bei Beurteilung dieser nicht nur geographisch fernliegenden Probleme immer geboten —, daß der neue Mandschurei-Vertrag noch immer nicht unterzeichnet ist. Aus englischer Quelle wird darüber das folgende berichtet: „Die unmittelbare Ursache vom Tode Li-Hung-Tschangs sind die Verhandlungen gewesen, die er über den Mandschurei-Vertrag mit dem russischen Gesandten gehabt hat. Die japanische Gesandtschaft hatte sich vor 14 Tagen eine Inhaltsangabe der Bedingungen des Vertrages verschafft und verlangte darauf von den Chinesen den Originaltext, wobei betont wurde, daß jede Veränderung in der Lage der Mandschurei die Interessen Japans in Mitleidenschaft ziehe. Da die chinesischen Bevollmächtigten sich ablehnend verhielten, wandte die japanische Regierung sich direkt an die Vizekönige des Südens und bewog sie, ihren Einfluß auf die Kaiserin geltend zu machen.

Mittlerweile hatte die Kaiserin Li-Hung-Tschang bereits befohlen, den Vertrag zu unterzeichnen, womöglich aber Modifikationen durchzusetzen, die in einer früheren Depesche vorgeschlagen waren. Es wurde ihm jedoch anheimgestellt, den Wortlaut des Vertrages den

Digitized by Google

Gesandten der fremden Mächte vorzulegen und seine Unterschrift nur zu geben, wenn diese Gesandten keinen Widerspruch erhoben. Li-Hung-Tschang ging nun zum russischen Gesandten Lesser und teilte ihm diese Instruktionen mit. Lesser widersprach heftig jeder Mitteilung an die fremden Mächte und es kam darüber zu heftiger Szene. Li kehrte wütend heim, es folgte ein Blutsturz wohl wegen Ueberreizung seiner ohnehin geschwächten Konstitution.

Während das in Peking geschah, schickten die Vizekönige des Südens der Kaiserin einen energischen Protest gegen den Vertrag, und die Kaiserin befahl Li sofort telegraphisch, nicht zu unterzeichnen. Als das Telegramm eintraf, hatte er aber schon die Besinnung verloren, und Lesser bemühte sich nun, das Siegel Li-Hung-Tschangs unter die Vertragsurkunde setzen zu lassen. Aber Tschao-Fu, der provisorische Stellvertreter Lis, war bereits aus Paotingfu eingetroffen und hatte die Siegel in seine offizielle Residenz tragen lassen."

Das alles klingt sehr glaubwürdig und würde, wenn es sich bestätigt, darauf hinweisen, daß die mandschurische Frage in ein neues, nicht unbedenkliches Stadium getreten ist. Demgegenüber macht es einen eigentümlichen Eindruck, wenn die russische Presse den verstorbenen Vizekönig emphatisch feiert. Namentlich Fürst Uchtomski — der die These von der Verwandtschaft der Chinesen und der Russen aufgestellt hat — kann sich in dieser Beziehung kaum genugthun. Er geht dabei so weit, daß er, um das zivilisierte Europa des 20. Jahrhunderts zu beschämen, den Burenkrieg und den Krieg gegen China in Parallele stellt, ohne freilich zu überlegen, daß Rußland an diesem Kriege einen recht eifrigen und recht vorteilhaften Anteil genommen hat. Dann fährt er fort: „Während diese Dinge geschehen, hat der Anarchismus, dieses letzte Wort des abendländischen Unglaubens und seiner völligen sittlichen Verkommenheit, entschlossener als je das Haupt erhoben und einen Schlag geführt . . . gegen den Vertreter der Demokratie, gerade in dem Augenblick, da die Obrigkeit sich mit dem Volke auf einem Feste des friedlichen Wetteifers und der Arbeit verbrüderte!" Man staunt wirklich, wie es in diesen russischen Fürstenköpfen ausschaut. Bekanntlich ist der Anarchismus durch Bakunin russischen Ursprungs und ebenso bekannt ist, daß in keinem Lande der Welt gleich viel

Digitized by Google

politische Morde und Attentate — man denke nur an das letzte Jahr — stattgefunden haben, wie in Rußland.

Aber in hohem Ton schließt Fürst Uchtomski: „Was mußte der chinesische Bismarck denken und fühlen, wenn er diesen geistigen Zwiespalt sah, der das Abendland schwächt und zerstört, diese Ausbrüche der Heuchelei und der Lüge, dieses niederträchtige Spielen mit einst hochgehaltenen Idealen?" Fürst Uchtomski verspricht, dieses Thema noch weiter zu traktieren, aber wir denken, mit dieser Probe wird es genug sein.

Doch wir kehren zu Lord Salisbury zurück. Am 9. November, dem Tage, da der neue Lord-Mayor von London, Sir Josef Dinsdale, introduziert wurde, hat er in Guild Hall eine Rede gehalten. Sie ist sehr optimistisch, sehr bestimmt in Bezug auf die Sicherheit, mit welcher er den Ausgang des südafrikanischen Krieges erwartet, schwach in Verteidigung des Ministeriums, im Ton ermüdend, ohne weitere Perspektiven zu bieten, wie man sie bei feierlichem Anlaß von einem Staatsmann in seiner Stellung wohl erwartet. Von der öffentlichen Meinung in England ist diese Rede denn auch schlecht aufgenommen worden, zumal sie auf einen so heftigen Angriff, wie ihn jüngst John Morley in Abraoth (am 31. Oktober) gegen das Ministerium erhoben hat, gewiß nicht eine ausreichende Widerlegung bot. Trotzdem glauben wir, daß Lord Salisbury recht hat, wenn er behauptet, das Land stehe noch hinter dem Ministerium und werde es nicht in Stich lassen. Das wird aller Wahrscheinlichkeit nach richtig sein, bis in einer oder der anderen Weise der Krieg mit den Buren zu Ende geführt ist. Unbedingte Regel ist ein solches Verhalten der Engländer jedoch nicht — bekanntlich hat während des Krimkrieges ein Ministerwechsel stattgefunden —, aber, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit spricht heute dafür, Ministerium und Nation haben sich im wesentlichen miteinander identifiziert und so werden die Dinge ihren unter allen Umständen unheilvollen Gang weiter gehen.

Immer interessanter wird die Wendung der amerikanischen Dinge, seit Präsident Roosevelt am Steuer sitzt. Die Politik der reinen Hände kommt in den inneren Angelegenheiten endlich zur Herrschaft. Die eklatante Niederlage, welche die von Richard Croker geführte Tammany-Klique bei den Wahlen für den Bürgermeister-

Digitized by Google

posten in New-York erlitten hat, bedeutet den völligen Zerfall dieser Korruptionspartei und es läßt sich erwarten, daß auch ihre Abzweigungen in anderen Staaten dem gleichen Schicksal nicht entgehen werden. Im übrigen ist die Politik des Präsidenten noch ganz die MacKinleys, nur daß sich erwarten läßt, daß bestimmte, besonders populäre Bestrebungen mit noch größerer Konsequenz und Energie zur Geltung kommen werden. Wir denken dabei namentlich an die Monroe-Doktrin in ihrer einseitigen Uebertreibung und in ihrer Uebertragung auf den südamerikanischen Kontinent, den die Vereinigten Staaten gleichsam als ihr Mündel zu behandeln die größte Neigung haben; zweitens aber an die Durchführung der angekündigten Verstärkung der Flotte. Das sind Dinge, mit denen alle europäischen Nationen genötigt sein werden, zu rechnen, namentlich aber wir, da mit den Vereinigten Staaten anders als im Verhältnis mindestens gleicher Machtentfaltung überhaupt nicht zu verkehren ist. Unsere Erfahrungen auf Samoa und auf den Philippinen sollen unvergessen bleiben und unter keinen Umständen zum zweitenmale gemacht werden. Uebrigens haben die Vereinigten Staaten auf den Philippinen doch eine so schwere Aufgabe zu lösen, daß man über die Mißerfolge Spaniens den Aufständischen gegenüber immer milder zu urteilen beginnt.

Wir schließen mit einem wahrhaft köstlichen Beispiel russischer Naivetät. Bekanntlich ist in Rußland jetzt eine Gymnasialreform im Werk, deren Grundgedanke sich dahin zusammenfassen läßt, daß der neue Kultusminister General Wannowski darauf ausgeht, die geplagte russische Jugend von dem Erlernen der alten Sprachen zu befreien. Das hat große Anerkennung und lebhafte Zustimmung, aber an einzelnen Stellen auch lebhaften Widerspruch gefunden. Zu den Opponenten gehört die Zeitschrift „Rußki Wjestnik". Sie will nicht dulden, daß die gesamte Bildung auf ein noch niedrigeres Niveau herabgedrückt werde; wenn das aber dennoch geschehen sollte, wünscht sie wenigstens, daß der Niedergang ein allgemeiner werde, damit keiner vor dem anderen einen Vorteil habe. Von diesem Standpunkte aus gestattet sich der „Rußki Wjestnik" die folgende Ausführung:

„Es ist doch zu beachten, daß man im Rigaschen Lehrbezirk die klassischen Gymnasien beizubehalten wünscht. Dort, wo hohe Kultur und alte Traditionen bestehen, versteht man, daß ohne klassische

Digitized by Google

Sprachen keine wahre Bildung denkbar ist. Wenn im Rigaschen Lehrbezirk die klassischen Schulen beibehalten werden, so werden sich nach kurzer Zeit die humanitären Wissenschaften in den Händen verrußter Deutscher, Esten und Letten befinden: aus ihnen werden sich die Lehrer der Mittelschulen und die Professoren der Hochschulen rekrutieren. Die Beibehaltung der klassischen Gymnasien in den Ostseeprovinzen wäre für ganz Rußland überaus gefährlich: wir würden wieder abhängig werden von den Deutschen. Wenn nun schon einmal Unbildung verbreitet werden soll, so darf der Rigasche Lehrbezirk keine Ausnahme machen . . . ."

Das dürfte doch schwer zu übertrumpfen sein!

Digitized by Google

14. November. Beginn des Prozesses in der Wreschener Angelegenheit vor der Strafkammer in Gnesen.
17. November. Ernennung Mahmed Said Paschas zum Großvezir.
19. November. Unterzeichnung des neuen Hay-Pauncefote Vertrages.

---

20. November 1901.

Die kurze orientalische Krisis, die hinter uns liegt, gehört zu den sonderbarsten, und man darf, da alles so harmlos verlaufen ist, wohl hinzufügen, zu den lustigsten politischen Aventiuren, deren wir uns erinnern. Sie läßt sich heute so ziemlich überschauen. Aus einem wenig sauberen Geldgeschäft in ihren Anfängen entsprungen, durch den Botschafter Constans zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht und bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der hohen Pforte zugespitzt, schien die vorliegende Differenz um so mehr in eine bedenkliche politische Aktion ausmünden zu müssen, als jeder Urteilsfähige sich sagen mußte, daß Frankreich doch unmöglich um der strittigen Bagatellen willen mit einem so ungewöhnlichen Apparat an politischem Pathos, Drohungen und kriegerischen Vorbereitungen auftreten werde. Man vermutete also weitere Absichten, und da Frankreich, wenn es Rußlands Freund bleiben will, im Orient nur im Einverständnis mit Rußland vorgehen kann, ergab sich daraus der Schluß, daß während der letzten Anwesenheit des Zaren und des Grafen Lambsdorff auf französischem Boden bündige Vereinbarungen getroffen sein müßten. Man wunderte sich freilich darüber, da das Programm der russischen Politik seit Jahren im „kleinen Orient" auf Erhaltung des status quo gerichtet ist; aber schon die Thatsache, daß gleich nach der Rückkehr Kaiser Nikolaus' II. nach Rußland jene Maßregeln folgten, durch welche der Bruch mit der Pforte zum fait accompli ward, schien das Fortwirken der alliance Franco-Russe auch in orientalischen Angelegenheiten zu beweisen. Es folgte die Abreise Caillards, seine Landung in Mytilene und unmittelbar danach die Bewilligung aller

Digitized by Google

französischen Forderungen. Der Kontreadmiral dampfte zurück, stolz und ruhmreich, wie er gekommen war, und alle Welt prüfte nun die Zugeständnisse, die er Frankreich heimgebracht hatte, auf ihre Bedeutung. An Land und Leuten hatte die Pforte zum Glück nichts verloren, das hätte englische, italienische, vielleicht auch andere Rivalitäten zum Vorgehen getrieben, aber die ungerechten, oder sagen wir lieber, die übertriebenen Geldforderungen der dunklen Ehrenmänner, für die Frankreich eingetreten war, waren auf Heller und Pfennig bewilligt und ihre Auszahlung gesichert worden. Frankreich hatte sich gezeigt, und die Türkei war zurückgewichen, um größeren Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Sie mochte sich mit einiger Schadenfreude dabei sagen, daß Frankreich jedenfalls für seine Expeditionskosten noch tiefer in den Beutel habe greifen müssen, als man schweren Herzens am Yildiz-Kiosk gethan. So weit war also alles gut. Dagegen sah man nicht ohne Erstaunen, daß Frankreich auch für seine Schulen und Kongregationen, kurz, für die Organe seiner konfessionellen und nationalen Propaganda sich Zugeständnisse erwirkt hatte, die keineswegs als unbedeutend bezeichnet werden konnten, deren Gewährung der Pforte aber um so weniger Sorgen zu machen brauchte, als *sie* unter allen Umständen davon nicht betroffen wurde. Die christlichen Missionen mit ihren Annexen an Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten sind — wo sie nicht, wie allein recht und billig wäre, sich darauf beschränken, für das geistliche und materielle Wohl ihrer glaubensverwandten Landsleute zu sorgen — darauf angewiesen, sich neue Bekenner in den Reihen der anderen christlichen Konfessionen zu suchen. Da nun die evangelischen Kirchen ihrer Natur nach nicht propagandistisch sind, sondern ihre Heilswahrheiten nur dem zutragen, der sie bei ihnen aus dem Bedürfnis seiner Seele heraus sucht, stehen auf dem Boden des türkischen Reiches die, gleichfalls ihrer besonderen Natur nach, auf Konvertierung ausgehenden Kirchen Roms und Moskaus einander in konkurrierender Stellung gegenüber. Eine Mission unter den türkischen Bekennern des Islams aber ist eo ipso ausgeschlossen. Sie wird durch drakonische Gesetze untersagt und findet zudem keinen fruchtbaren Boden in der islamischen Welt. Man mag das beklagen, aber die Thatsache läßt sich nicht übersehen.

Nun hat ja Frankreich von jeher den Anspruch erhoben, als Führerin und Beschützerin der lateinischen Kirche zu gelten. Mr.

Digitized by Google

Loubet fühlt sich in dieser Hinsicht als Nachfolger Ludwigs des Heiligen, Herr Hanotaux nahm sich Richelieu zum Muster, und Herr Delcassé wird wohl in Mazarin sein Vorbild gefunden haben. Das soll nicht Ironie sein, sondern ist im vollsten Ernst gemeint. Die antiklerikale Republik ist plus papiste que le pape. Das hat ein so feiner Beobachter wie Lord Beaconsfield schon in den Tagen, da Napoleon III. noch auf dem Gipfel seiner Macht stand, sehr treffend vorhergesehen: „Vanity will always keep France the eldest son of the church, even if she wear a bonnet rouge". Auch wenn es die rote Mütze aufgesetzt hat, wird Frankreich aus Eitelkeit darauf bestehen, der älteste Sohn der Kirche zu sein! Nie ist politisch glücklicher prophezeit worden; denn darüber kann kein Zweifel sein: alle jene aus Eitelkeit der Pforte abgerungenen Zugeständnisse auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens bedeuten einen schweren politischen Fehler, da sie ein sorgfältig gehütetes Geheimnis offengelegt haben, daß nämlich die französischen und die russischen Interessen im türkischen Orient sich nicht vereinigen lassen, und daß Frankreich keineswegs gewillt ist, der nation amie et alliée zu liebe diese Sonderinteressen fallen zu lassen. In einem sehr gewundenen Artikel, der bestimmt ist, die Politik Delcassés zu verteidigen und doch nicht die schmerzhaften Punkte der russischen Politik zu berühren, sieht der „Temps" sich zu dem Zugeständnis genötigt, daß die türkischen Angelegenheiten „den einzigen Reibungspunkt zwischen der russischen und der französischen Politik" bilden, und daß die Umstände Frankreich beinahe gezwungen hätten, „die Pläne unserer Freunde zu durchkreuzen". Das offizielle Organ des Ministers des Auswärtigen tröstet sich nun freilich mit der Hoffnung, daß die kluge Politik Delcassés alle diese bösen Klippen vermieden habe.

In Rußland sieht man jedoch die Sache ganz anders an. Die Empfindung ist, daß hier eine französische Treulosigkeit vorliege, und wenn auch sicher Graf Lambsdorff nicht Ausdrücke von solcher Schärfe gebraucht, aller Wahrscheinlichkeit nach sogar alle Rekriminationen unterlassen hat, so ist die russische Presse sehr ungeniert in Beurteilung der französischen Politik und mit der Versicherung zur Hand, daß die so errungenen Erfolge nicht von langer Dauer sein würden.

Digitized by Google

Die „Nowoje Wremja" berechnet, daß schon jetzt auf eine Bevölkerung von 300000 Katholiken in Syrien und Palästina 1600 Schulen mit 60000 Schülern kommen, während die etwa 300000 Anhänger der orientalischen Kirche nur 130 Schulen mit gegen 10000 Schülern besäßen; wenn nun dieses Uebergewicht der Katholiken durch die von Frankreich erzwungenen Zugeständnisse noch künstlich gesteigert werde, so bedeute es, daß die griechisch-orthodoxe Bevölkerung der katholischen Propaganda geradezu als Opfer hingeworfen werde. Die Schule sei ein sicheres Mittel der Propaganda, und wenn jetzt die aus Frankreich vertriebenen Kongregationen Tausende neuer Missionare lieferten, die mit neuen Berechtigungen ausgerüstet seien, so habe das für die anderen Konfessionen neue Vergewaltigung zur Folge. Wer den Orient kenne, wisse auch, daß in dem Kampf um die Schule man fortan stets hinter der schwarzen Soutane der Jesuiten die französischen Konsuln finden werde. Frankreich werde aber gut thun zu überlegen, ob es ihm vorteilhaft sei, die Politik der ersten Kreuzfahrer wieder aufzunehmen. So bringe das französische Ultimatum vom Standpunkt der beiden alliierten Nationen, Frankreich und Rußland, keinen Vorteil, sondern einen Nachteil. Es schließt sich hieran ein Hinweis auf die Schadenfreude, mit der England und Deutschland diese Entwicklung betrachten müßten, und endlich der Vorwurf an die Adresse der russischen Regierung, daß sie nicht rechtzeitig für Erledigung der Lorando-Angelegenheit gesorgt habe. Man scheine im Orient ganz zu vergessen, daß noch ein Rußland in der Welt existiere.

Wir halten diesen Vorwurf für ebenso unrichtig wie die kurz vorher ausgesprochene Vermutung, daß Deutschland sich nun auch allerlei Zugeständnisse erwirken werde.

Die russische Regierung muß vielmehr, wenn nicht alle Anzeichen trügen, sich das große Verdienst erworben haben, der Aktionslust der Franzosen sehr bestimmte Schranken gesetzt und dadurch die Gefahr einer drohenden, viel weiter gehenden Verwicklung beseitigt zu haben. Die von Frankreich auf konfessionellem Gebiete errungenen Zugeständnisse können aber nicht anders als hinter dem Rücken Rußlands durch eine Ueberrumpelung des Sultans gewonnen sein — sonst bleibt der ganze Hergang absolut unverständlich.

Digitized by Google

Was aber Deutschlands angebliche Ansprüche auf Kompensationen irgend welcher Art betrifft, so glauben wir daran unter keinen Umständen. Wir würden ein derartiges Benutzen der Verlegenheiten der Pforte für einen so groben Fehler halten, daß wir keinen Anstand nehmen, unserem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß Oesterreich-Ungarn es nicht verstanden hat, die Versuchung von sich zu weisen, welche die Gelegenheit des Augenblicks ihm bot. Diese österreichischen Kompensationen, die dazu nur Lappalien darstellen und durch welche die Stellung Oesterreichs im Orient nicht um ein Jota gestärkt worden ist, werden naturgemäß von türkischer Seite nicht als ein Freundschaftsdienst empfunden, und es ist nicht unmöglich, daß die „Nowoje Wremja" recht hat, wenn sie in ihrem jüngsten Leitartikel mit Befriedigung schreibt: „Jedenfalls wird wohl die erfolgreiche Ausnutzung des französisch-türkischen Zwischenfalls durch Oesterreich-Ungarn auf die Pforte und die Türkei einen weit unangenehmeren Eindruck machen, als der französische Zwischenfall selbst." Doch das ist nur sehr indirekt unser Mitinteresse. Denn wie uns zwar jede Stärkung der Position Oestereich-Ungarns erfreulich erscheint und wir jeden falschen Schritt bedauern, so ist es doch alter, stets streng eingehaltener Grundsatz der deutschen Politik gewesen, in die besonderen Interessen der habsburgischen Monarchie in keiner Weise einzugreifen. Daß unsere Presse diesen Dingen ein lebhaftes Interesse entgegenträgt, aber ist nur in der Ordnung, und es hat uns gefreut, daß die thörichte Demonstration der alldeutschen Studenten in Innsbruck gegen den neuen italienischen Professor Menestrina fast durchweg richtig beurteilt worden ist. Studenten sollen überhaupt nicht Politik machen, weil sie noch keine verantwortliche Stellung im Staate einnehmen; politischer Einfluß, der nicht auf dem Grunde einer Verantwortlichkeit ruht, für Wort und That einsteht, läßt sich kurzweg als unsittlich bezeichnen, und hat, wo er zur Geltung kommt, noch immer schädlich gewirkt. Das gilt ganz besonders von dem vorliegenden Fall. Jetzt agitieren die Südslaven für Errichtung einer besonderen Hochschule für ihre südslavischen Dialekte, die Tschechen wollen in Brünn, die Italiener in Triest ihre eigene nationale Universität haben. Beurteilt man die dadurch aufgebrachten Streitpunkte von einem allgemeineren Standpunkt, so läßt der Gedanke einer italienischen Hochschule sich rechtfertigen, weil hier eine

Digitized by Google

alte Kultursprache mit fertigem Bildungsapparat einen Platz für sich verlangt. Für die Kroaten u. s. w. müßte jener ganze Apparat erst geschaffen werden und fast dasselbe gilt von den Tschechen, deren gesamte Wissenschaft auf deutschen Krücken geht, und deren selbständige Arbeiten für die gesamte Kulturwelt verloren sind — Rußland mit eingeschlossen —, wenn sich nicht ein Uebersetzer ihrer erbarmt. Die Sentimentalität, mit der die Gegenwart die mühsam durch die Jahrhunderte hinkenden kleinen Volkssplitter zu erhalten sucht, würde sofort ad absurdum geführt werden, wenn man diesen Volkssplittern überließe, sich selbst ihren Schul- und Universitätsapparat zu schaffen!

Um jedoch auch vor unserer eignen Thür zu fegen, sei noch zweier politischer Angelegenheiten gedacht, die ihrer Natur nach in das Gebiet der inneren preußisch-deutschen Politik gehören, sich aber so gesteigert und aufgebauscht haben, daß sie fast den Charakter eines in die Wilhelmstraße gehörenden Problems gewinnen. Wir denken dabei an eine bestimmte Blüte der polnischen Agitation und an den ungeheuren Lärm, den der 6. Kongreß der deutschen Rechtspartei in Braunschweig zu machen — versucht hat.

Was zunächst die polnische Angelegenheit betrifft, so ist einer der leider wenigen Punkte, in welchen alle Deutschen in betreff unserer Polenpolitik eines Sinnes sind, daß der Ankauf deutscher Güter durch Polen in national bestrittenen Gebieten und das dadurch bedingte Vorrücken des Polentums auf Kosten der Deutschen unter allen Umständen zu behindern ist, soweit sich das ohne Verletzung des Rechts erreichen läßt. Nun erinnern wir uns, aus dem Munde des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe gehört zu haben, daß bedeutende jesuitische Kapitalien den Polen bei diesen Güterankäufen zu Hilfe kämen, und dasselbe ist uns durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, v. Miquel, bestätigt worden, der vom Reichskanzler darüber bestimmte Zahlenangaben erhalten hatte. Beide bedauerten, daß es nicht möglich sei, in den einzelnen Fällen den Nachweis zu erbringen, hielten aber die Thatsache für sicher. In den letzten acht Tagen taucht nun in ausländischen Blättern ein Gerücht auf, welches behauptet, daß die aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen ihr Geld in Posen anzulegen begonnen hätten. Auch hier wird der Nachweis schwierig sein, aber es läßt sich nicht verkennen, daß diese

Digitized by Google

Sache ganz besonders scharfe Beachtuug fordert, und daß dieses Eindringen fremder Kapitalien zu Zwecken, welche direkt dem Interesse Preußens widersprechen, durchaus verhindert werden muß. Was wir vor allem bekämpfen, ist die Aggression des polnischen Elementes unter dem Schutz unserer Gesetzgebung, und die Grenze, über welche die Langmut nicht hinausgehen darf, wird durch die vitalen Interessen des Reiches gezogen. In dieser Hinsicht ist Konsequenz im Schutz des deutschen Bodens eine unserer ersten Pflichten.

Mit dem Kongreß der deutschen Rechtspartei, oder sagen wir, allgemein verständlich, der Welfen, der am 25. und 26. September in Braunschweig tagte, dessen Verhandlungsprotokolle als Beilage der „Vaterländischen Volkszeitung" aber erst kürzlich veröffentlicht worden sind, verhält es sich folgendermaßen:

Bekanntlich wurde am 20. Mai 1885 von Preußen am Bundesrate der Antrag eingebracht, zu beschließen, daß, da der Herzog von Cumberland seinen Ansprüchen auf Hannover nicht entsagt habe, und auch für den Fall seiner persönlichen Entsagung die Haltung seiner Anhänger in Hannover nicht die Garantie gebe, daß die Bestrebungen auf Losreißung Hannovers aufhören, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei.

Der Bundesrat beschloß darauf am 2. Juli 1885 mit allen Stimmen gegen die von Mecklenburg-Strelitz und Reuß ä. L. „die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, da derselbe sich in einem dem reichsverfassungsgemäß gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet, und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates, mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei". Es folgte am 22. September ein Protestschreiben des Herzogs von Cumberland an das braunschweigische Ministerium, und am 21. Oktober die Wahl des Prinzen Albrecht von Preußen zum Regenten des Herzogtums.

Digitized by Google

Das Interesse der Verhandlungen des Braunschweiger Kongresses liegt nun darin, daß sie einmal den Beweis erbringen, daß die Haltung der Anhänger des Herzogs allerdings, wie der preußische Antrag sagte, „mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches" nicht vereinbar ist, denn diese Welfenpartei stellt sich auf den Boden der Verhältnisse, wie sie vor 1866 bestanden, und erstrebt ihre Restituierung ganz wie die Polen das Reich „vom Meer zum Meer" von 1772; — andererseits aber leben die Herren von der Rechtspartei in einer untergegangenen Welt, die mit der Gegenwart kaum noch etwas gemein hat. Der Rechtsanwalt Martin I (Kassel), dessen Rede die staatsrechtliche pièce de résistance war, mündet in seinen Ausführungen in die Forderung eines größeren Deutschland aus nach dem geographischen Programm des Arndt'schen Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?", und zuguterletzt „entspann sich sogar eine längere Debatte", ob nicht auch die Säkularisierungen von 1802 und 1803 in das Programm der Rechtspartei aufzunehmen seien. Leider hat man sich dazu nicht entschlossen, weil „aus inneren und äußeren Gründen die Rechtsverletzungen von 1802 und 1803 mit denen von 1866 nicht auf eine Stufe zu stellen seien". Auch wir sind der letzteren Meinung, nur mit dem Unterschiede, daß die in ihren Folgen heilsamen Säkularisationen und Mediatisierungen des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 allerdings eine der willkürlichsten Rechtsverletzungen bedeuten, von denen die Geschichte weiß, während das Jahr 1866 auf völkerrechtlicher Grundlage das unanfechtbare Facit unserer historischen Entwickelung zog.

Am deutlichsten trat der in der Versammlung waltende Geist in der Rede des Grafen v. d. Schulenburg-Oest zu Tage. Das heutige Deutschland ist ihm das Reich der Lüge und der Revolution, und die sich „königstreu geberdenden Preußen" sind ihm diejenigen, die dem Umsturz das Loblied singen. Für besonders verwerflich hält er den Grafen Bülow, dessen Beileidstelegramm an Crispi er durch ein anderes fingiertes Beileidstelegramm an die Angehörigen des Czolgosz persifliert, um zum Schluß zu gelangen, daß im Grunde zwischen Czolgosz und Francesco Crispi kein Unterschied sei. Folgt eine Kritik der deutschen Politik, die unter seinen Händen zu einem Programm wird: wir hätten Kreta befreien, für die Armenier ein-

Digitized by Google

treten, England bekriegen sollen. Der Krieg Englands mit den Buren sei gleicher sittlicher Qualität wie der preußische Krieg von 1866, und wie England die Buren verschleppe, so habe Preußen 1866 einen Bundesfürsten, der noch dazu ein naher Verwandter des Königs gewesen, in eine verseuchte Stadt verschleppt. Daß die China-Expedition und Graf Waldersee nicht besser wegkommen, versteht sich von selbst, und so geht es weiter, vorwärts und rückwärts durch die deutsche Geschichte des letzten Menschenalters. Nichts wird verschont: der Krieg von 1870, die Alldeutschen, die ein Kompliment erhalten, weil sie Großdeutsche seien, die Los von Rom-Bewegung, die schweren Tadel erfährt, der „Zigeuner-Graf" Andrassy, endlich der mitteleuropäische Friedensbund, von welchem Graf Schulenburg die Magyaren ausschließt, dessen rechte Stütze er aber in den slavischen Stämmen findet, den Polen, Wenden, Tschechen, Kroaten, Serben, Slovenen, Ruthenen, mit denen würde sich gut auskommen lassen. Auch das Zentrum erhält Hiebe, weil es seine Grundsätze zum alten Eisen geworfen und nur Nützlichkeitspolitik treibe. Die Katholikenversammlung in Osnabrück habe kein Wort von Hannover gesprochen, und die katholische Presse schreibe Leitartikel zum Geburtstag Kaiser Wilhelms, die ganz so aussehen — horribile dictu —, als ob sie im „Hannoverschen Kurier" oder in der „Kölnischen Zeitung" gestanden hätten. Eine Klage über das schwere Schicksal des beständig gequälten Bischof Martin von Paderborn, noch einige Verse, ein letzter Seitenhieb auf Cäsarismus und Militarismus und wir sind endlich am Schluß dieser Rede, von der wir trotzdem bedauern, sie nicht in extenso bringen zu können. Sie ist wohl das Aergste, was uns an politischer Verbissenheit und politischer Urteilslosigkeit entgegengetreten ist.

Aber, so fragt man wohl, in welcher Welt leben diese Herren von der Rechtspartei, und wie verblendet müssen die deutschen Wähler sein, die sie in den Reichstag schicken! Einer der Herren sagt einmal beiläufig in seiner Rede, er freue sich jedesmal, wenn er höre, wie die hannoverschen Bauern über Preußen schimpfen. Das sei gut. Wenn dem hannoverschen Bauern der Geist zugetragen wird, der über jener Braunschweiger Versammlung schwebte, ist eine andere Gesinnung bei ihm gewiß nicht zu erwarten.

Digitized by Google

Die Leiter unserer Politik werden selbstverständlich mit di
Gesinnung rechnen müssen, im übrigen aber den Herren auf
Kongressen und den Bauern auf ihrem Felde überlassen können
nach Geschmack zu schimpfen oder zu räsonnieren. Das eine wie
andere wird verhallen, ohne daß darum die Fundamente des Deutsc
Reiches ins Schwanken geraten werden.

Digitized by Google

Studentenunruhen in Athen.
Verhaftungen in Johannesburg.
Konstituierung des Ministeriums Zaimis in Athen.
Beilegung des französisch-türkischen Streitfalls wegen des zweiten Stationsschiffes.

---

27. November 1901.

as Echo der Entrüstungskundgebungen, die durch ganz
land in Anlaß der Chamberlainschen Rede gegangen sind,
unmehr von allen Seiten zu uns zurück. Suchen wir diese
en zusammenzufassen, so läßt sich kurz sagen, daß von
scher Seite wie von russischer mit ehrlicher Schadenfreude
llt wird, daß nunmehr wohl ein heilsamer und bleibender
ischen Deutschland und England sich vollzogen haben werde.
er geht dann ein Ausdruck des Staunens, weil die übrige
nicht recht verstehen kann, worüber wir uns entrüstet haben.
Journal des Débats" hat es für nützlich befunden, den
ischen Wortlaut des Satzes der Chamberlainschen Rede, der
urm hervorrief, zu wiederholen (französisch). Wir setzen,
vollständiger, den englischen Text her.
amberlain spricht von den Vorwürfen, die gegen die englische
ng erhoben werden. „It is that we have been too lenient
s our opponents (Hear, Hear). It is that we have not
vith the rebels or with the guerilla bands with sufficient
y. That is our responsability; that is the policy of the
ment which is questioned. Well, ladies and gentlemen,
s no subject which has given us greater anxiety, more
consideration. I think that the time has come — is
— when measures of greater severity may be necessary
Hear and cheers), and if that time comes we can find
ents for anything that we may do in the action of
nations who now criticize our „barbarity" and „cruelty",
hose example in Poland, in the Caucasus, in Almeria

Digitized by Google

(lies Algeria), in Bosnia, in Tongking, in the Franco-Germ
war, whose example we have never approached", d. h.: „M
wirft uns vor, daß wir zu milde gegen unsere Gegner gewesen s
(Hört, hört), daß wir nicht mit genügender Strenge gegen Rebel
und Guerillabanden vorgegangen sind. Dafür sind wir verantwortli
damit ist die Politik der Regierung angegriffen. Nun, meine Dan
und Herren, giebt es keine Frage, die uns größere Sorge u
ernstere Erwägung bereitet hat. Ich glaube, daß die Zeit gekomm
ist — daß sie kommt —, da Maßregeln größerer Strenge notwen
werden können (Hört, hört und Beifall) und falls diese Zeit kom
können wir Präcedenzfälle für alles, was wir thun mögen, in d
Thaten der Nationen finden, die jetzt unsere „Barbarei" und „Gr
samkeit" kritisieren, deren Beispiel in Polen, im Kaukasus, in Algi
in Tongking, in Bosnien, im französisch-deutschen Kriege wir a
niemals nahe gekommen sind." Die weitere Ausführung gipfelt da
dahin, daß er sich bisher davon nicht habe überzeugen können, d
die vorgeschlagenen neuen Maßregeln von Nutzen und Erfolg s
würden. („I have not, up to the present time, been able
convince myself that those measures would conduce either
a speedy termination of the war, or to a satisfactory peace
the end of it.")

Das „Journal des Débats" bemerkt nicht ohne Ironie da
daß der Hinweis auf das Verhalten anderer Nationen in ih
eigenen Kriegen offenbar nur auf Deutschland gemünzt sein kön
„da man ja nur in Deutschland die Ausführungen Chamberla
als Beleidigung empfunden habe" (puisque ce n'est qu'en Al
magne qu'on a relevé comme offensantes les appréciations
M. Chamberlain). Alles Interesse der Sache liege darin, d
Deutschland mit großer Heftigkeit protestiert habe, während
anderen drei Nationen (Russen, Franzosen, Oesterreicher) geschwieg
hätten. Jetzt habe auch die „Nordd. Allg. Ztg." der öffentlich
Meinung recht gegeben, aber allerdings betont, daß die englis
Regierung nicht für die Aeußerungen eines ihrer Mitglieder v
antwortlich gemacht werden könne. Dann heißt es wörtlich: „D
das Ausland ergiebt sich in dieser Kontroverse aufs neue der Bew
daß Deutschland eine besondere Feindseligkeit gegen England he
und daß diese Feindseligkeit immer mehr einer der Faktoren

Digitized by Google

tigen Politik wird, so daß einzelne Engländer daraus den
ziehen, daß die englische Politik sich neu orientieren muß."
habe die „Times" bemerkt, daß in England die öffentliche
g sich so gegen Deutschland steigern werde, daß damit ein
Einvernehmen zwischen beiden Mächten sich nicht werde ver-
n lassen.

Wir unsererseits — schließt das „Journal des Débats" —
, daß sich fast dasselbe von der Stimmung Deutschlands gegen
o sagen läßt. Der Graben zwischen beiden Staaten scheint
glich breiter zu werden. Und das ist, unserer Meinung nach,
zige praktische Moral, die aus dem neuen, von Herrn
erlain erregten Sturm gezogen werden muß."

as alles ist doch außerordentlich lehrreich. Zunächst wird bei
ner Prüfung des Wortlauts der Chamberlainschen Rede
nn zugeben müssen, daß keinerlei Notwendigkeit vorlag, sie
s allein zu beziehen. Die Bemerkungen richten sich ganz direkt
ie Kriegführung der Russen, Franzosen, Oesterreicher und in
Reihe wird der französisch-deutsche Krieg erwähnt. Daß bei
Deutschland interpretiert worden ist, mag insofern psychologisch
empfunden sein, als Chamberlain wohl auch an uns gedacht
mag, und wir können nur bedauern, daß in der Flut der
mlungen sich niemand gefunden hat, der den authentischen
ut der Rede mit etwas mehr Kritik ansah.

as aber die Stimmung betrifft, aus der die Proteste hervor-
so ist es die eines warmen menschlichen Mitgefühls für die
eldenmütige Schar, die ihre Freiheit der ungeheuren Ueber-
Englands und seiner Kolonien gegenüber bis zur Stunde
ich behauptet. Die Engländer bestreiten die bei uns um-
en und in der ganzen nichtenglischen Welt verbreiteten und
ten Erzählungen von den im Laufe des Krieges geschehenen
mkeiten, und gewiß wird vieles übertrieben sein; die Erzählung
Deckung englischer Truppen durch Burenfrauen bei Graspan am
ist bestimmt unwahr. Was unter allen Umständen bleibt, ist die
rch die Verlegenheiten Englands nicht zu rechtfertigende Anlage
onzentrationslager, in denen die Kindersterblichkeitsziffer 433
ausend, gegen 18 vom Tausend der Sterblichkeitsziffer in
o und Wales betrug. Diese Zahlen lassen sich nicht weg-

Digitized by Google

schaffen und bleiben ein dunkler Fleck, der an dem Minister Salisbury-Chamberlain trotz aller Erklärungen des letzten Blaubu haftet. Dazu kam die Erinnerung an die Insulten, die infolge Januar-Telegramms von 1896 gegen Kaiser Wilhelm laut wur die sonderbare Führung des Jamesonprozesses, bei dem die le Verantwortlichkeiten vertuscht wurden; die entschieden unfreund Haltung Englands in der Samoa-Affaire, die bestimmt war, zu ei deutschen Faschoda ausgebeutet zu werden, endlich seit einem J die Haltung der großen englischen Reviews, die systematisch da hinarbeiten, eine gegen uns gerichtete Koalition herbeizuführen.

Das alles erklärt die wenig freundschaftliche Stimmung, bei uns in weiten Kreisen allerdings England gegenüber herr ändert aber nichts an der Thatsache, daß in dem besonderen der Chamberlainschen Rede in seine Worte mehr hineingelegt wo ist, als eine ruhige Interpretation notwendig machte. Wenn fre die „Times" die ganze Bewegung mit dem Wort Anglopho meint bezeichnen zu können, täuscht sie ihre Landsleute wohl wissent Von „Phobos" kann keine Rede sein, eher schon von einer Un schätzung der Macht Englands, die wir trotz allem noch für respektabel halten.

Was aber das Facit betrifft, so sind wir keineswegs Meinung, daß nun eine unüberbrückbare Kluft zwischen Engl und Deutschland entstanden sei. In den Beziehungen Staat zu Staat hat sich nichts geändert, und wenn als Resu unserer Kundgebungen — wie notorisch ist — die Stellung Ch berlains sich gefestigt hat, so wird er wohl in Zukunft damit rech daß vieldeutige Ausdrücke nicht angebracht sind, wenn es sich Fragen handelt, die das deutsche Nationalgefühl treffen. Die Z sind eben andere geworden. Wenn wir früher über die Schw des nationalen Bewußtseins bei uns gerade im Vergleich zu Engländern klagten, dürfte nach dieser Richtung hin das Gleichge heute hergestellt sein. Um so eher kann bei Abwägung der bei seitigen Interessen eine Verständigung sich anbahnen; nur li heute die Verhältnisse so, daß die Initiative dazu von England gehen muß. Wir erwarten also von der schweren Krisis, die Engl heute durchmacht und die, wie wir trotz aller gegenteiligen teuerungen auch heute noch glauben, in einen Kompromiß zwi

Digitized by Google

dern und Buren auf der von uns schon oft dargelegten
lage der Anerkennung einer territorital, nicht rechtlich be-
ten Selbständigkeit ausmünden muß, keine Verschärfung,
eine Minderung der bestehenden Grundsätze. Und damit
ese Chamberlain-Angelegenheit erledigt sein. Zu einer Inter-
n im Reichstage scheint sie uns denkbar ungeeignet, weit eher
as englische Parlament Grund, Herrn Chamberlain Gelegenheit
r runden Erklärung zu geben.

s sprechen übrigens außerordentlich gewichtige Gründe dafür,
gland sich überlegt, ob es politisch klug ist, einen Fehler, der
begangen ist, um jeden Preis fortzusetzen. Die unversöhn-
eindseligkeit der Iren beginnt sich aufs neue zu regen. In
y ist Arthur Lynch mit 1247 Stimmen gegen 473 ins Par-
gewählt worden, obgleich dieser Mann vor kurzem noch als
einer Burenabteilung gegen die englischen Truppen im Felde
Lynch hält sich zur Zeit in Paris auf, soll aber entschlossen
e Wahl anzunehmen und, auf seine Immunität als Par-
smitglied bauend, sobald das Unterhaus zusammentritt — was
lich am 16. Januar geschieht — seinen Sitz einnehmen wollen.
iegt auf der Hand, daß keine Regierung sich eine derartige
forderung gefallen lassen darf, und wir halten es deshalb für
heinlich, daß Mr. Arthur Lynch sich im letzten Augenblick
esseren besinnen und den immerhin für ihn sehr heißen eng-
Boden meiden wird. Aber die Thatsache, daß die Wähler
alway den wunden Patriotismus der Engländer so arg her
rdert haben, läßt erwarten, das Gegenmaßregeln schwerlich
ben werden, zumal das gegenwärtige Ministerium sich ohnehin
änen in Bezug auf Irland zu tragen scheint. Es heißt, daß
eduktion der Zahl der irischen Parlamentsmitglieder beabsichtigt
nd augenscheinlich weisen die Wetterzeichen auf Sturm. Da
die Spaltung der Iren in Parnelliten und Antiparnelliten
ehr besteht, und der irische Einfluß in den Vereinigten Staaten
ls ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß, scheint es
enig klug, gerade jetzt einen Kampf aufzunehmen, der, wie die
ung gelehrt hat, immer große Erschütterungen im politischen
Englands hervorgerufen hat. Ein weiteres Moment, das zur
gung mahnt, ist die scharfe Wendung, welche die russische

Digitized by Google

Presse gegen England nimmt. Wir meinen damit nicht die unse
Presse noch weit übertreffende Schärfe der gegen den Burenkri
gerichteten Ausführungen, sondern die offenbare Bestrebung, d
russische Regierung in eine Aktion zu drängen, die sich die Bindu
der englischen Politik nutzbar macht. Es wird dabei nach zw
Richtungen hin gearbeitet: einmal soll die afghanische Frage ang
griffen, andererseits der Weg Rußlands in das Mittelmeer hine
endgültig geöffnet werden. Die Petersburger Börsenzeitung („Birs
Wjed."), die überhaupt neuerdings durch ihre politische Initiati
überrascht, hat nach beiden Richtungen hin die Führung übernomme
Sie wünscht vor allem eine ständige russische Vertretung in Kab
„Infolge unserer unstreitig günstigen geographischen Lage —
schreibt sie — konnten wir die Intriguen der anglo-indischen R
gierung ruhig ihrem natürlichen Gang überlassen. Aber ohne Zwei
macht das Fehlen russischer Agenten in Indien und Afghanistan u
die Entwicklung eines irgend bedeutenden Handels mit dem östlich
Asien unmöglich. Dieser Umstand hat aber auf unsere asiatis
Politik von jeher schädlich eingewirkt, denn Rußland mußte wichti
Zugeständnisse machen, um das Mißtrauen der Engländer zu b
schwichtigen. Jetzt aber ist die Frage der Errichtung einer dipl
matischen Vertretung Rußlands in der Hauptstadt Afghanista
völlig reif. Sie verlangt eine Entscheidung und darf nicht aufg
schoben werden."

Es ist nicht möglich, zu erkennen, wie weit die russische Regieru
hinter diesen Ausführungen steht, wohl aber kann man mit B
stimmtheit sagen, daß England auf die Errichtung einer stehend
Gesandtschaft in Kabul nicht anders als mit gleichzeitiger Einsetzu
eines englischen Gesandten antworten kann, und damit wäre
diesem gefährlichen Brennpunkte alter Rivalitäten der Gegensatz d
Interessen in so nahe Berührung gebracht, daß Konflikte kaum au
bleiben könnten.

Das zweite ist die merkwürdige Zähigkeit, mit der fast die g
samte russische Presse immer aufs neue die mit dem europäisch
Orient in Zusammenhang stehenden Fragen aufrührt. Man gewin
den Eindruck, als ob hier ein Bündnis der französischen Regieru
mit der russischen Presse, und zwar über den Kopf der russisch
Regierung hinweg besteht. Wenigstens ist es höchst auffallend, d

Digitized by Google

achdem Frankreich mit seiner Forderung eines zweiten Sta- am Bosporus hervorgetreten war, die „Birshewyja Wjedo- die Oeffnung der Dardanellen für die russische Schwarze- lotte verlangten, und gleichzeitig die „Nowosti" die Not- eit der Revision des Berliner Vertrages in ausführlicher ng plausibel zu machen bemüht waren. Die „Nowoje " weist nun freilich diesen Einfall mit Hohn zurück, aber er höchst interessanten Begründung. Das heißt ja, ruft sie nz Europa an das Bett des Kranken laden. Die soliden in ihren schwarzen Fracks mit chirurgischen Instrumenten in che kommen zusammen — und bleiben, bis der Kranke seinen ihren Händen aufgegeben hat. Gewiß, das braucht Europa, r Russen können es nicht brauchen; es ist uns sogar erschrecklich lhaft . . . Sollen wir etwa die orientalische Frage nach dem Bismarcks lösen? u. s. w. in dem bekannten Stil mit dem henden Schluß, daß es nur eine vernünftige Lösung der ischen Frage gebe, und das sei das russisch-türkische Bündnis. pfehlen den Artikel den Herren türkischen Diplomaten zu ger Erwägung, es ist das schönste Zuckerbrot, das ihnen je prochen worden ist.

ß die russische Regierung mit keinem dieser Projekte zu thun ann, ist an dieser Stelle schon oft ausgeführt worden. Auch, n von allem anderen, kann sie aus finanziellem Grunde heute ran denken, und Herr Witte würde denjenigen schön heim- die ihm im Ernst mit derartigen Projekten kämen. Daß che Pläne in die Welt gesetzt werden, dagegen wird auch er nzuwenden haben. C'est pour amuser le tapis!

ne merkwürdige Petition ist, wenn die „Narodni Listy" recht , von Prager Tschechen an den heiligen Synod gerichtet Sie wünschen nichts weniger als die Heiligsprechung von Huß, und der Oberprokurator des heiligen Synod soll eine wohlwollende Zusage erteilt haben. Das letztere wäre ständlich; ein besseres Mittel, in Böhmen für die russisch- e Kirche zu propagieren, ließe sich überhaupt nicht finden, derbar bleibt es doch, wenn römisch-katholische Tschechen sich kommunizierten Ketzer zum Heiligen aussuchen. Irren wir wird die Lösung des Rätsels sein, daß nicht der kühne

Digitized by Google

kirchliche Reformator in Huß heilig gesprochen werden soll, f
der fanatische Deutschenfeind, und das wäre allerdings ein G
der in das Programm der Tschechen von heute wohl passen
Sie würden, wenn er sich zum Führer bereitfände, woh
Lucifer zum Nationalheiligen zu erheben nicht abgeneigt sein.

Ein merkwürdiges Beispiel mittelalterlicher Verfinsteru
die Studentenrevolution in Athen geboten, der das Mini
Theotokis zum Opfer gefallen ist. Die Athener Studenten
sich über eine Uebersetzung der Bibel ins Neugriechische e
und verlangten die Exkommunikation des Uebersetzers. Als e
verweigert wurde, kam es zu einem förmlichen Aufstande, der
niedergeschlagen werden mußte. Pressensé, der Sohn des ber
reformierten Kanzelredners, hat darüber im „Temps" einen
vollen Leitartikel geschrieben, den wir allen empfehlen, dene
Blatt zu Gesicht kommt. Echt französisch in Esprit und G
der Phrase und in einer Auffassung, die seines Vaters nic
würdig ist.

Digitized by Google

ber. K. H. Wolf, Wortführer der Alldeutschen im österr. Reichsrat legt sein Mandat nieder.
ber. Demonstration polnischer Studenten vor dem deutschen Konsulat in Lemberg.
ber. Botschaft des Präsidenten Roosevelt an den Kongreß in Washington.

---

4. Dezember 1901.

s ist von zwei Seiten „with the Editor's Compliments“ er Artikel der Herren „A, B, C Etc“ zugegangen, der die emberheft vertretene Idee der englisch-russischen Ver- ng und der Weltallianz gegen Deutschland noch einmal mit en Apparat wie vor vier Wochen recht nachdrücklich vertritt. ätten, da absolut kein neues Argument und kein neuer Ge- n jenen Ausführungen uns entgegengetreten ist, von der ganzen tion überhaupt keine Notiz genommen, wenn sie nicht zu einer nen Betrachtung von großer Tragweite drängte. Seit etwa halben Jahre wird von verschiedenen Konsortien politischer ceurs, mit dem Anspruch auf „beste Quellen“, auf „weise“ änner, auf genauen Einblick in die letzten Absichten der n Staatsmänner diesseits und jenseits des Kanals, für eine Wendung in der politischen Orientierung der großen Mächte, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns, Englands und Rußlands t. Waren es zunächst die unseren Lesern bekannten Herren Stefanowitsch, Rimler, die rasch zum Schweigen gebracht weil das offizielle Oesterreich-Ungarn ihnen mit aller Ent- heit den Rücken kehrte, so folgten die Herren Chéradame und im Hintergrunde der Präsident der französischen Kammer, eschanel. Aber auch sie sind schnell wieder stumm geworden. tten die Empfindung, „hereingefallen“ zu sein, und die gut rte offizielle Leitung der französischen Politik mag ihnen haben, zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Wesentlich hart- ist aber das englisch-russische Konsortium, das in der „Nine-

Digitized by Google

teenth Century" und in der „National Review" in verschiede
Kombinationen für seine Idee Propaganda zu machen sucht.
sind zwei Engländer und zwei Russen, wobei die letzteren, der n
eben in guter Erinnerung stehende Herr Wessélitzki-Boshidarowi
und der bekannte, in Rußland unmöglich gewordene Exdiplor
Tatischtschew, unter englischer Fahne segeln und sich für Engländer a
geben, während die wirklichen Engländer Sir Rowland Blennerhas
der Mann der bekannten halbdeutschen Lady Blennerhassét, und
Mr. Maxse sind, der im 13. Königl. preußischen Ulanen-Regiment gedi
hat und eben jetzt zum englischen Konsul und Regierungskommis
auf den Samoa-Inseln ernannt worden ist.

Doch das sind nur beiläufige zur Orientierung unserer Le
bestimmte Thatsachen; wir legen weder den Ansichten dieser Herr
noch ihrer Persönlichkeit irgend welche Bedeutung bei. Sie s
weder für das politische Leben Englands, noch für den Gang
russischen Politik von wirklichem Einfluß. Wichtig ist nur die e
Thatsache, daß die öffentliche Meinung in England so völlig d
orientiert ist, daß solche Stimmen sich hervorwagen. Man fr
daher, ob das Ministerium Salisbury-Chamberlain wirklich so g
alle Fühlung mit der öffentlichen Meinung des Landes verlo
hat, daß diese ungebetenen Ratgeber ihm ein politisches Progra
an den Hals zu hetzen wagen dürfen. Die Stimmung in Engla
ist ja allerdings außerordentlich erregt; aber es scheint uns ein N
sens, zu glauben, daß sie Neigung hat, aus dem südafrikanisch
Abenteuer durch das hundertfach größere Abenteuer eines Weltkrie
sich herauszuhelfen, wie ihn jene politischen Freibeuter der „Natio
Review" heraufzubeschwören suchen. Der Schluß, den wir aus a
dem ziehen, ist daher, daß das englische Volksgewissen sich so
unruhigt fühlt, daß jene freiwilligen Aerzte für sich einen Glau
voraussetzen dürfen, wie ihn in Tagen großer Epidemien Marktschre
und Quacksalber zu finden pflegen. Als am 24. Juni 1850 Gl
stone sich gegen die Gewaltpolitik erhob, die Lord Palmerston el
damals, in schlechter Sache, dem ohnmächtigen Griechenland geg
über durchführte, da sagte er: „Sie wollen Ihre Sache vor d
Hause der Gemeinen gewinnen, aber auch von diesem Hause gi
es eine Appellation; sie geht zum Hause der Lords; vom Parlam
geht sie zum englischen Volk und zu allerletzt giebt es noch e

Digitized by Google

Instanz, die vom englischen Volk an die allgemeine Em-
der zivilisierten Welt appelliert. Ich, meinerseits, bin der
g, daß England den hauptsächlichsten Teil seines Ruhmes
es Stolzes verliert, sobald zu Tage tritt, daß es durch seine
ige Politik der moralischen Unterstützung verlustig geht, welche
emeinen und feststehenden Ueberzeugungen der Menschheit
n, und wenn der Tag kommen sollte, da England zwar das
en und die Furcht anderer Nationen erregt, aber keinen
nehr hat an ihrer Liebe und an ihrer Achtung. Nein, Sir,
arf es nicht kommen; wir wollen erkennen und es mit allem
sagen, daß der Schwache gleiches Recht hat wie der
daß die Grundsätze der Brüderlichkeit zwischen den Nationen
ihre Unabhängigkeit uns heilig sein sollen."

r gehören nicht zu den Bewunderern jenes Gladstone, der
m alten England das demokratische England von heute
hat; wir bewundern auch nicht seine auswärtige Politik;
unstet, nicht kalt und nicht warm; aber der Gladstone von
t uns ehrwürdig, und wir wünschten nichts lebhafter, als daß
ische Nation zu dem Fundament sittlicher Anschauungen zurück-
ie damals in ihm lebendig waren. Die Verhältnisse drängen
mehr darauf hin, daß eine Entscheidung in den südafrika-
Angelegenheiten um Englands selber willen gefunden werden
Die Stimmen, die jüngst aus den Vereinigten Staaten nach
herüberklangen, haben den Chor des dissentierenden Konti-
rheblich verstärkt, und inzwischen bereiten sich Wandlungen
Weltverhältnissen vor, die die lächerlichen Utopien der
al Review" in erstaunlichster Weise ad absurdum führen müssen.
ch wir wollen dieses Thema heute nicht berühren, es hat den
and unserer Betrachtungen in den letzten Wochen gebildet,
des Zusammenhanges halber sei noch erwähnt, daß die An-
it des Marquis Ito in Petersburg die Aussichten einer russisch-
hen Verständigung erheblich steigern kann. Auch tritt immer
Tage, daß die seit Jahresfrist mit außerordentlicher Zähigkeit
ltenen Anknüpfungen mit dem Dalai-Lama nicht ohne politische
bleiben werden. Rußland dringt in diesen Breiten, wie
n Naturgesetz getrieben, immer weiter vor, und aus handels-
en Beziehungen pflegen sich dort stets Verbindungen zu

Digitized by Google

ergeben, die erst den Charakter einer Schutzfreundschaft und dann einer politischen und materiellen Vormundschaft tragen. Auf afgh schem Boden geht dieser Prozeß mit zurückhaltender Vorsicht e falls weiter, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir schon eine Stärkung des russischen Einflusses am Hofe des Emirs zu kennen glauben. Kommt es dann noch zu dem geplanten russi Konsulat in Kabul, so dürfte der Halbkreis, der die Himal Gebiete umspannt, nahezu vollendet sein. Das Tempo, in dem Abhängigkeitsverhältnisse durchgeführt werden, hängt wesentlich dem englischen Gegendruck ab, der heute, trotz Lord Curzon, sch lich besonders stark sein wird.

Der vom Telegraphen gemeldete Sieg der Konservativen die liberale Partei in Kolumbien hat vorläufig einen Kon zum Abschluß gebracht, der wahrscheinlich allen Zeitungsleser Ursprung und Verlauf wenig verständlich gewesen ist. Die sich Wochen drängenden Nachrichten über die Streitigkeiten zwischen lumbien und Venezuela, der parallel gehende Bürgerkrieg in Kolumb die Haltung der Vereinigten Staaten, der wenig durchsichtige G der Verhandlungen des panamerikanischen Kongresses und endlich durch den neuesten Hay-Pauncefote-Vertrag zwar vereinfachte, keineswegs gelöste Problem des Isthmus-Kanals, das alles ga seiner Summe ein Netz sich kreuzender Interessen, in welchem der Kundige sich nur schwer zurechtfinden konnte.

Um die Fäden zu entwirren, müssen wir ziemlich weit zu greifen.

Bekanntlich hat Bolivar sich mit dem großen Plan getra aus den ehemals spanischen Kolonien einen ähnlichen Bund zu richten, wie ihn so kraftvoll die Vereinigten Staaten von Nordame aufgebaut haben. Es schien zeitweilig, als solle er sein Ziel erreic aber schließlich brach ihm sein Werk unter den Händen zusam Das entscheidende Ereignis war eine Rebellion Perus, das sich ständig machte und den Diktator nicht mehr anerkannte. Als dann in dem ihm gebliebenen Gebiet die Zügel straffer anzog, ließ ihn schließlich alles, die Republik Bolivars zerfiel in ihre a Provinzialbestandteile. Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru wu besondere Staaten. Das geschah 1830, und noch in demselben J ist Bolivar enttäuscht und lebensmüde, erst 47jährig, gesto

Digitized by Google

ging nun jede dieser Republiken ihre besonderen Wege, und
hrt keinerlei Interesse, den Gang ihrer Geschichte im einzelnen
olgen. Es sind, wie im spanischen Mutterlande, die Parteien
eralen und Klerikalen, oder, wie man dort sagt, der Konser-
die sich bekämpfen, stete Wechsel in der Präsidentschaft,
riege und Grenzstreitigkeiten, die nie zu einer allseitig an-
n Regulierung führen. Zwischen Kolumbien und Venezuela
ußerdem die Schwierigkeit, daß beide Staaten nach einer
ereinigung trachten, jedoch so, daß jede sich den anderen
als künftige Provinz denkt. In Venezuela vertritt heute
ident de Castro diese Tendenz. Da sein Regiment nun als
gilt, in Kolumbien dagegen die Konservativen die Regierung
den haben, ergab sich daraus die merkwürdige Erscheinung,
konservative Opposition in Venezuela bei der kolumbischen
ng Schutz und Unterstützung fand, während umgekehrt die
Opposition in Kolumbien im Präsidenten de Castro einen
genossen erblickte.

ese an sich wirren Verhältnisse werden aber noch dadurch
lter, daß heute eigentlich niemand mit Sicherheit sagen kann,
r Präsident des Freistaates Kolumbien ist. Der Gothasche
r nennt Sanclemente, der seit dem 3. November 1898 regiert.
nde Dezember rebellierten gegen ihn die Liberalen und pro-
en Santos Vargas zum Gegenpräsidenten, im September v. J.
kam es zu einem Staatsstreich des rechtmäßigen Vizepräsidenten
uin. Er setzte den altersschwachen Sanclemente gefangen
hob sich selbst aus eigener Machtvollkommenheit zum
nten.

vischen Venezuela und Kolumbien kam es nun, ohne daß zu-
ie diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden, zu einem
der wesentlich auf venezolanischem Boden geführt worden ist,
o gleichzeitig der Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Kon-
en in Kolumbien seinen, wie es scheint, mehr verwüstenden
tigen Gang weiter ging. Die letzten Nachrichten scheinen
ieg der Liberalen, die sich bereits Colons bemächtigt hatten,
tellen, sie dachten an einen Angriff auf Panama, um da-
hr Spiel zu gewinnen. Hier aber hat sie das Verhängnis
n. Die von Dr. Alban geführten Truppen — diese süd-

Digitized by Google

amerikanischen Generale scheinen immer Doktoren zu sein — schlu
nicht nur den Angriff auf Panama zurück, sondern brachten
Liberalen noch weiter so empfindliche Schläge bei, daß die Notwen
keit, zu kapitulieren, sich ihnen als einziges Rettungsmittel bot.

Da haben nun, als deus ex machina, die Vereinigten Sta
eingegriffen; auf einen 1846 mit der damaligen Republik Neu-Gran
geschlossenen Vertrag fußend, durch welchen die Vereinigten Sta
die Neutralität des Isthmus und die Freiheit des Handels von M
zu Meer garantierten, verboten sie zunächst das Bombardement
Colon durch die Regierungstruppen, dann rückten 500 Mann
„Machias" landeinwärts und besetzten die Panama-Eisenbahn.
gar der kolumbischen Regierung wurde nicht gestattet, die Trup
auf dieser Linie zu befördern. Gleich nach der Niederlage der Libera
lud darauf der Kommandant des „Machias" beide Parteien zu e
Konferenz an Bord seines Kriegsschiffes ein, und dort hat d
auch die Verständigung stattgefunden, durch welche dem Dr. Al
Colon übergeben wurde.

Das ist so ziemlich alles, was wir bisher wissen. Wahrschein
also ist der Bürgerkrieg in Kolumbien beendigt, ob dagegen
zwischen Venezuela und Kolumbien Friede eintreten wird, läßt
nicht absehen und ebensowenig, welche Folgen die Einmischung
Vereinigten Staaten nach sich ziehen wird.

In Frankreich folgt man diesen Dingen mit nicht geri
Sorge.

Das „Journal des Débats" will von einer Entschädigu
forderung Kolumbiens wissen, die der Regierung in Washington
gegangen sein soll, und knüpft daran die folgende beachtensw
Ausführung: „Wenn die neue französische Panama-Kanal-Kompag
nicht in diesen Gegenden wesentliche Rechte hätte, könnten uns
Ereignisse im Isthmus gleichgültig lassen. Aber man weiß ja,
eben jetzt geschieht. Die Vereinigten Staaten möchten der Kompag
ihr Privileg abkaufen. Da sie aber den Preis zu hoch fan
dachten sie daran, das schwierigere Nicaraguaprojekt auszufüh
In Anbetracht der Geistesrichtung gewisser Amerikaner kann
wohl die Frage aufwerfen, ob sie nicht jetzt, da sie durch die kol
bischen Wirren in Besitz des Isthmus gekommen sind, der Versuch
unterliegen werden, die Frage des Isthmuskanals durch Beseitig

Digitized by Google

störenden loyalen Hindernisse zu erledigen. Man mißverstehe
t. Wir sind weit davon entfernt, einen Zweifel gegen die
t der Regierung in Washington aufkommen zu lassen, nament-
) der letzten Rede des Staatssekretärs Hay würden wir es
en, ihm derartige Absichten zuzuschreiben. Aber wir können
rgessen, daß, als über die Hay-Pauncefote-Konvention ver-
wurde, einige Senatoren unbedenklich verlangten, daß die
ng sich um den mit England abgeschlossenen Clayton-Bulwer-
überhaupt nicht kümmern solle. Wir halten die Jingos
chule durchaus für fähig, uns mit ebenso geringem Respekt
ndeln wie England. Nun möchten wir gerne glauben, ja wir
ar fest davon überzeugt, daß, wenn sie mit derartigen An-
auftreten sollten, die amerikanische Regierung sie bekämpfen
sei es auch nur, um die Ehre der Vereinigten Staaten auf-
erhalten. Aber schon die bloße Thatsache, daß solche An-
formuliert werden, sei es auch nur durch eine exaltierte Mino-
üßte den beklagenswertesten Eindruck machen".

ese Ausführungen scheinen uns noch pessimistischer empfunden
nuliert zu sein, und wir wollen die Besorgnisse Frankreichs
egs als ganz leere bezeichnen. Im Hinblick jedoch auf die
Interessen, welche sich für die Vereinigten Staaten mit dem
rikanischen Kongreß verbinden, können wir an einen Gewalt-
nicht glauben, für den auch Präsident Roosevelt schwerlich
n sein dürfte. Dagegen verkennen wir nicht, daß die ungenierte
ie die Jingopartei prinzipiell sich über rechtliche Schranken
etzt, allerdings etwas sehr Bedenkliches hat. Das liegt jedoch
in den Worten als in ihrer Ausführung, und zu letzterer
stets zwei: einer der gewaltsam vorgeht und ein anderer,
sich gefallen läßt. Nun läßt sich nicht verkennen, daß die
nng des Hay-Pauncefote-Vertrages vom 5. Februar 1901 das
nz geschaffen hat, daß eine Großmacht vor jenen „extremists"
kzug angetreten hat, obgleich das gute Recht auf ihrer Seite

ir kennen nichts kläglicheres als die Darlegung dieser An-
heit in dem Buch von H. Whates: „The third Salisbury
stration, 1895—1900", das auf Seite 101—105 die Gründe
die Lord Salisbury veranlaßten, die jetzt über den Haufen

Digitized by Google

geworfene Konvention abzuschließen, sogar ohne in dem Alaska-S
ein Equivalent erhalten zu haben. Die Erlangung der unbedi
Neutralität des Kanals in Kriegszeiten ist das Argument, mit
Mr. Whates alle Gegner siegreich aus dem Felde schlägt.
Neutralitätsverpflichtung aber schüttelt der neue Vertrag bekan
ab. Es will uns aber scheinen, als ob auch das letzte Schlag
dieses Panegyrikers der Salisburyschen Politik auf gleich schw
Füßen steht. Herr Whates schreibt nämlich: „Die Konvention
hält den Keim zu einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zw
England und den Vereinigten Staaten, so wie zwischen ihnen
jeder anderen Macht, die diesen Vertrag mit unterschreibt".
läßt sich mit viel gutem Willen aus der Konvention vom 5. Fe
1900 herauslesen, aber auch der beste Wille wird nichts dav
der Konvention von 1901 finden, und alle Argumente, die Mr. W
zu Gunsten der Politik Salisburys geltend gemacht hat, wende
nun geradezu erdrückend gegen ihn.

Digitized by Google

ber. Angriff polnischer Studenten auf das deutsche Konsulatsgebäude in Warschau.
ber. Kundgebung des russischen Finanzministers Witte gegen den deutschen Zolltarif.
ber. Rede des Ministerpräsidenten von Körber im österreichischen Abgeordnetenhause.
ber. Erklärung des Reichskanzlers Grafen Bülow im Reichstage über die Politik der Regierung zum Schutze des Deutschtums in Posen.

---

11. Dezember 1901.

er Lärm, den die polnische Presse des Auslandes als Echo
nischen Agitation, die den Wreschener Prozeß begleitete,
hat Ausschreitungen gegen die deutschen Konsulate in Warschau
mberg zur Folge gehabt, denen wir nur insoweit Bedeutung
n, als sie die uns ohnehin bekannte Thatsache bestätigen, daß
olen in Preußen, Rußland und Oesterreich solidarisch zu
r stehen, wenn es sich darum handelt, neue Thorheiten ins
u setzen. Die russische und die österreichisch-ungarische Regier-
ben sich, wie selbstverständlich war, durchaus korrekt benommen
mentlich Graf Goluchowski fand Gelegenheit, zu zeigen, daß
rreichischer Staatsmann, nicht polnischer Agitator ist. Von
er Seite ist durch das Organ des Petersburger „Herold",
uns wenig sympathischer Chefredakteur in Fragen auswärtiger
gelegentlich von der Regierung benutzt wird, darauf auf-
n gemacht worden, daß all dem Lärm „die geräuschvoll und
angefangene Nummer eines bekannten und gefährlichen
mms" zu Grunde liege. Es handele sich darum, die europäi-
Verhältnisse gänzlich zu verschieben, zunächst die befreundeten
ächte untereinander zu verhetzen oder gar neue Reibungs-
zu schaffen. Um so erstaunlicher sei die „Dreistigkeit", mit
r „Temps" — bekanntlich das offiziöse Organ des Quai
— die historisch gerechtfertigte Teilung Polens in einer
besprechе, die auch Rußland tief verletzen müsse.
as ist sehr richtig bemerkt und macht in erfreulicher Weise
e trotz allem fortbestehende Interessengemeinschaft der drei
hte aufmerksam, wie sie heute auch in anderen Fragen als

Digitized by Google

der polnischen sich wieder geltend zu machen beginnt. Wir möch
aber noch besonderen Nachdruck auf die Bemerkungen des „Hero
legen, die auf ein Programm hinweisen, das sich die gänzliche U
schiebung der gegenwärtigen europäischen Verhältnisse zum Z
nimmt. Es ist dasselbe Programm, das von England, Frankre
Prag aus seit dem Februar des laufenden Jahres uns immer wie
entgegengetreten ist und auf das wir vor acht Tagen in Anlaß ei
der Abc-Artikel der „National-Review" wieder hinzuweisen genö
waren.

Bei jener Weltallianz gegen Deutschland, die das Ziel all di
thörichten Treibereien ist, soll auch Polen, wie es im Kopf je
polnischen Patrioten fortlebt, die nichts gelernt und nichts verge
haben, seinen Platz wiederfinden, und die untergehende Sonne Preuß
ihm eine Sonne des Aufgangs werden. Die Wreschener Affa
auf deren internes Detail wir nicht eingehen, bedeutete eine
Generalprobe der geplanten Mobilisierung und sollte zugleich
Fühler nach Deutschland hinein sein, wobei es namentlich dar
ankam, wie fest die polnische Leine halte, an welcher das Zentr
nun schon seit Jahr und Tag geführt wird. Hier liegt die eigent
politische Seite der Frage, und wir können denjenigen, die im Rei
tage oder sonst vor der Oeffentlichkeit ihr Urteil abzugeben ha
oder abzugeben gedenken, nicht ernst genug ans Herz legen, sich n
durch übel angebrachte Sentimentalität zu Werkzeugen einer Ag
tion herzugeben, die nichts weniger als sentimental ist und o
Bedenken die eigenen Volksgenossen als urteilslose Figuranten opf
wo es sich um ihre „höheren Ziele" handelt. Die Opfer, die di
Agitation fallen, sind ausnahmslos kleine Leute, während die Füh
und Anstifter sich geschickt von dem gefährlichen Spiel fernzuhal
wissen. Wo, wie in dem „Praca"-Prozeß, einer von ihnen einm
gefaßt wird, ist es meist ein glücklicher Zufall. Aber Männer
der Dr. Rakowski sind es gerade, die durch ihre gewissenlose
feige Agitation unsere Regierung zu den Repressivmaßregeln gedrä
haben, an denen festzuhalten wir heute nun einmal genötigt s
Wir wollen zugeben, daß sie den Einzelnen schmerzhaft treffen könn
aber wenn sie, wie wir mit Bestimmtheit hoffen, dahin führen,
Provinz Posen das Unheil zu ersparen, das die Revolutionen
1830 und 1863 über Russisch-Polen gebracht haben, so beden

Digitized by Google

ihrer Wirkung eine ungeheure Wohlthat. Der Weg,
ie Leiter der polnischen Agitation einschlagen, aber führt
evolte, die auf preußischem Boden noch weit aussichtsloser
s sie es je auf russischem Boden war. Und damit mag es
sein.

anz außerordentliches Interesse hat die Botschaft des
enten Roosevelt an den Kongreß zu Washington erregt.
weil sie viel Unerwartetes gebracht hätte. Unsere Leser werden
r Rede erinnern, die der unglückliche Präsident Mac Kinley
age vor seiner Ermordung in Chicago hielt. Sie kündigte
die am 2. Dezember von seinem Nachfolger promulgierte
ng von der reinen Prohibitivpolitik zu einer Politik der Ver-
an. Gewiß aber wird man richtig argumentieren, wenn man
setzt, daß es besondere, spezifisch amerikanische Interessen sind,
m diese Wendung wünschenswert erscheinen lassen. Der
sel zur Lösung des Problems liegt darin, daß Amerika sein
gebiet namentlich nach Europa hinein zu erweitern bemüht ist.
Jahre der Prohibition haben eine Reihe amerikanischer In-
n so weit gestärkt, daß sie die europäische Konkurrenz nicht
fürchten; diese Industrien also sind bereit, auf den Schutz,
den sie emporgekommen sind, zu verzichten und die natürlichen
ndeten der Exporteure zu werden, welche für die Schein-
ionen, die Amerika auf dem Papier macht, von denen man
rwartet, daß sie an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern
, für sich die Aufhebung der heute in Europa bestehenden Zoll-
ken zu erhalten hoffen. Die schwächeren Industrien dagegen
man nach wie vor zu schützen, oder doch nur diejenigen einer
ischen Konkurrenz auszusetzen, deren Niedergang sich am leich-
verschmerzen ließe. Wir haben über diese wichtige Frage eine
ein lehrreiche New-Yorker Korrespondenz in den Petersburger
omosti" vom 7. Dezember gefunden und empfehlen ihr Studium
Interessenten.

Noch zwei Punkte der Botschaft verdienen näher beleuchtet zu
n: die neue Formulierung der Monroedoktrin und die geplanten
egeln gegen die Anarchisten.

Was nun die Monroedoktrin betrifft, so tritt auch hier der
beherrschende handelspolitische Gesichtspunkt in den Vorder-

Digitized by Google

grund. Amerika will, um sich den Frieden zu sichern und um d
wirtschaftliche Ueberlegenheit zu wahren, die es dem Umstande dank
daß es ohne stehendes Heer und ohne irgend erhebliches Militä
budget leben kann, den europäischen Mächten jede Einmischung i
die Angelegenheiten der beiden amerikanischen Kontinente ve
wehren; sie sollen in Amerika nicht kolonisieren und annektieren, no
irgend einen Staat wider seinen Willen zu irgendwelchen Handel
abmachungen zwingen dürfen. Käme einer der südamerikanische
Staaten in Streit mit einer europäischen, oder vielmehr mit ein
nichtamerikanischen Macht, so übernehmen die Vereinigten Staat
nicht die Verpflichtung, den bedrohten (süd- und mittelamerikanische
Staat vor Strafe zu schützen, wenn er sich ungebührlich verhalt
hat, aber sie werden nicht dulden, daß die Bestrafung die For
einer Landabtretung an eine nichtamerikanische Macht annimm
Dagegen soll es jenen amerikanischen Staaten unverwehrt sein, si
gegenseitig zu verschlingen. Endlich kündigt der Präsident an, daß es no
wendig sei, die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten zu verstärken, dam
die Monroedoktrin nicht zum Gegenstande des Spottes werde. 300 Mil
onen Mark, als Ueberschuß des Budgets, liegen zu diesem Behuf bere

Ueberdenkt man den Inhalt der so bestimmten Doktrin, so fä
zunächst der Widerspruch auf, der darin liegt, daß Amerika kei
Militärmacht werden will und doch darauf ausgeht, eine formidab
Seemacht zu werden. Beides ist auf die Dauer nicht zu trenne
und Amerika hat nach dieser Richtung hin bereits sehr lehrreic
Erfahrungen im kubanischen Kriege und im Kriege gegen die Fi
pinos gemacht, die beide bewiesen haben, daß die Vereinigten Staat
auch rein offensiven Aktionen keineswegs abgeneigt sind. Seit d
Truppen der Vereinigten Staaten auf ostasiatischem Boden gefocht
haben, kann diese Notwendigkeit sich jederzeit wiederholen und, we
es zunächst genügen mag, die Cadres für eine zu improvisieren
Armee zu vergrößern, spricht doch die Wahrscheinlichkeit dafür, d
die Entwickelung dabei nicht stehen bleiben wird.

Das zweite ist die in der Botschaft streng eingehaltene Fiktio
daß es nur eine amerikanische Macht giebt, während — von d
kleineren Mächten abgesehen — England sehr wesentlich amerikanis
Macht ist, und wenn nicht an Bevölkerungszahl und Reichtum,
doch an Umfang mit den Vereinigten Staaten rivalisieren kan

Digitized by Google

kommt die starke Position Englands auf den Bermudas, die
nntermaßen einen mehr aggressiven als defensiven Charakter
und endlich das ungeheuere wirtschaftliche Interesse, das
nd an die drei Amerikas knüpft. Gilt nun jene neue Form
Konroedoktrin auch für England und namentlich, gilt auch die
ite der Doktrin für England? Sie führt in ihren Konsequenzen
bsorbierung der europäisch-amerikanischen Besitzungen, ganz wie
ihrem positiven Teil zur Proklamierung der Vormundschaft
ereinigten Staaten über Südamerika geführt hat.
Denn das ist es, was Präsident Roosevelt ankündigt, sobald
genauer zuschaut. Die Vereinigten Staaten nehmen in jedem
für sich das Recht in Anspruch, zu entscheiden, auf welcher
in einem Streite zwischen europäischen Mächten und einem
oder mittelamerikanischen Staate das Recht liegt. Hat die
äische Macht gegründete Beschwerden, so werden sich die Ver-
n Staaten neutral verhalten, im anderen Falle springen sie
Bedrängten bei, unter allen Umständen aber verhindern sie eine
tion von Land und Leuten. Mit anderen Worten: die Ver-
en Staaten erkennen für Amerika das Recht des Krieges nicht
as dem Besiegten unter Umständen Landabtretungen auferlegt.
e dagegen auch ihrerseits auf dieses Recht verzichten, obgleich
eben erst gegen Kuba ausgeübt haben, läßt sich ein solcher
punkt theoretisch acceptieren; zumal er für absehbare Zeit-
gewiß nicht praktisch in Frage kommen wird. Wie aber wäre
enn einer der südamerikanischen Staaten seine Wiederver-
ng mit dem spanischen Mutterlande freiwillig vollziehen sollte?
das wird schwerlich geschehen, ist aber in der Theorie nicht
kbar und wird durch die Monroedoktrin nicht klargelegt.
Weit bedeutsamer aber ist es, wenn Präsident Roosevelt er-
die Vereinigten Staaten werden nicht dulden, daß die
kanischen Staaten wider ihren Willen zu irgend welchen Ab-
ngen in betreff ihres Handels gezwungen werden. Hält man
n den strikten Wortlaut, so kann dieser Punkt ganz irrelevant
nen; sobald man ihn genauer prüft, kann er unerträglich
n. Denn einmal dehnt er die oben angeführte Bestimmung,
in Krieg mit Süd- oder Mittelamerika zu keinen Annektionen
darf, auch dahin aus, daß er keine handelspolitischen Vor-

Digitized by Google

teile für eine europäische Macht nach sich ziehen darf, dann ab
liegt darin der Anspruch der Vereinigten Staaten, in jedem einzeln
Fall zu entscheiden, wie weit eine handelspolitische Vereinbarun
freiwillig gewährt oder erzwungen ist.

Allen Respekt vor dem Urteil und dem Gerechtigkeitsgefühl d
Präsidenten, aber wer wird annehmen wollen, daß seine Gesinnung
auf dem Präsidentenstuhl im Weißen Hause, oder gar im Kongr
allezeit die herrschenden sein werden!

Kurz, das alles ist voller Klippen und Untiefen und kann gen
zu dem Gegenteil dessen führen, was die Botschaft als ihr Zi
bezeichnet: den dauernden Frieden auf der amerikanischen Hal
kugel.

So weit wir sehen, werden diese Fragen in Deutschland a
ruhigsten beurteilt. In England dagegen verbirgt sich hinter se
optimistischen, das Wesen der Botschaft verschleiernden Kommentar
eine ernste Beunruhigung, ganz wie man den am 6. Dezember ve
öffentlichten Hay-Pauncefote Vertrag zum besten zu kehren bemü
ist. Man konnte aus den Kommentaren englischer Blätter fast zu
Schluß gelangen, daß die Politik Lord Salisburys hier einen groß
Sieg erfochten hat. Und doch ist genau das Gegenteil geschehe

Die vom Präsidenten angekündigten energischen Maßregeln geg
die Anarchisten, die von uns und Rußland nachdrücklich befürwort
werden, sind nun auch nach England gegangen, und die Rü
äußerung bleibt abzuwarten. Auch hier wird die englische Poli
vor ein Dilemma gestellt. Sie hat bisher, wie bekannt ist, d
Anarchisten Schutz gewährt, solange sie auf englischem Boden ke
Verbrechen begingen. Das gerade soll nunmehr aufhören, und
fragt sich, ob das Ministerium den Mut finden wird, eine rigorose
Haltung einzunehmen. Unter allen Umständen wird so die Botsch
Roosevelts von lange nachwirkender Bedeutung sein. Wir glaub
nicht, daß schon die nächste Zukunft in der Praxis der Politik m
ihrer vollen Tragweite zu rechnen haben wird; irren wir nicht,
bezeichnet sie aber einen Wendepunkt in der Politik der neuen W
und wir finden nicht, daß er nach allen Seiten hin erfreuli
wäre.

Die Anwesenheit des Marquis Ito in Petersburg hat groß
politisches Aufsehen erregt und in der russischen Presse endl

Digitized by Google

ıtare hervorgerufen. Sie gehen durchweg über das Ziel
Marquis Ito macht im wesentlichen eine Orientierungs-
e ihn ebenso nach Berlin geführt hat wie vorher nach Peters-
d ihn noch weiter führen wird. Er ist zur Zeit Privatmann
nn wir auch für wahrscheinlich halten, daß ein so hervor-
Staatsmann, wie er es ist, nicht lange brach liegen wird,
ch schon dadurch ausgeschlossen, daß wichtige Veränderungen
nischen Politik hier anknüpfen sollten. Rußland sucht vor
zt Ruhe im großen Orient zu haben und ihm wird deshalb
uch Itos sehr genehm gewesen sein; der Vorteil dieser Reise
er ganz auf seiten des Marquis; er hat gesehen, was er
ollte, und gewiß hat die sibirische Bahn und der Einblick in
ten Lande, die er durchquert hat, ihn ganz außerordentlich
ert; aber wir glauben nicht, daß er mehr gesagt haben wird,
agen wollte und durfte. Das Wesentliche wird der Eindruck
sein, den er von der Macht Rußlands gewonnen hat, und
rd wohl nicht versäumt haben, ihn sehen zu lassen, was in
insicht nützlich sein konnte.

ß die Studenten-Unruhen nun doch wieder im Gange
d neues Einschreiten erforderlich gemacht haben, wird dem
gesinnten, wie uns scheinen will, etwas utopistisch angelegten
Wannowski sehr peinlich gewesen sein. Man gewinnt
mehr den Eindruck, daß es sich für diese studentische
on um die Ausführung eines Planes handelt, der die
ng entweder zu Konzessionen oder zu neuen Gewaltthaten
soll, von denen man dann als Reaktion eine Wendung zum
smus erwartet. Aber wie gering ist die Aussicht auf einen
Erfolg, und wie groß wird die Zahl der Bethörten sein, die
Opfer fallen!

ne höchst bemerkenswerte Ausführung finden wir in der
e Wremja" über den Wunsch der Tschechen, Johann
um Heiligen der griechisch-russischen Kirche kanonisieren zu
Der heilige Synod scheint keine rechte Neigung dazu zu
nd verlangt zunächst eine geeignete vita des neuen Heiligen,
eutlicher, als aus den bisher umlaufenden Lebensbeschreibungen
h ist, zu zeigen hätte, daß Huß wirklich auf dem Boden der
nungen der russischen Kirche gestanden habe, und das dürfte,

Digitized by Google

ohne den Entschluß zu einer kecken Fälschung, sich schwerlich errei
lassen.

Der Artikel der „Nowoje Wremja" enthält dann den folge
Satz: „Die Einheit des slavischen Blutes spricht ja dafür.
dazu kommt das gewichtige Argument des Autors jenes Vorschla
daß den Weg des verbrannten Huß, der ja in der That
Märtyrer war, viele nachgehen und tausende und abertausende
Tschechen in den Schoß der griechischen Kirche übertreten werd
Wenn der Verfasser trotzdem in betreff der Möglichkeit e
Kanonisation von Huß skeptisch bleibt, so ist das recht beschämend
die werbenden Tschechen — das für Rußland entscheidende Argu
aber dürfte sein, daß die Schriften des „Heiligen Johann von P
unmöglich verboten werden könnten. Die aber enthalten auch
Auffassung des heiligen Synod unzweifelhaft Ketzereien.

Digitized by Google

r. Mobilisierung von Chile und Argentinien.
r. Der chinesische Hof tritt die Rückreise nach Peking an.
r. Marquis Ito in Berlin.
r. Eröffnung der internationalen Zuckerkonferenz in Brüssel.
r. Rede Lord Rosebery's in Chesterfield.
r. Rücktritt des bulgarischen Ministeriums.

---

18. Dezember 1901.

Petersburger „Wjedomosti" haben in ihrer Redaktion
ou furieux", den sie für gewöhnlich an der Kette zu halten
der aber gelegentlich losgelassen wird, wenn es sich darum
ein großes Geschrei gegen Deutschland zu erheben.
as ist die Spezialität des Herrn „Wladimir Holmström",
ssifizierten Schweden, der offenbar an ataviſtischen Anfällen
serkerwut laboriert. Dieser Mann hat sich nun der Wreschener
bemächtigt, selbstverständlich nicht auf Grund der feststehen-
tsachen, wie sie jüngst — wenn auch leider erst spät —
urbi durch die „Nordd. Allg. Zeitung" an der Hand amt-
erichte dargelegt worden sind, sondern so, wie die polnischen
er sie in bewußter und beabsichtigter Entstellung der Wahr-
ubauschen beliebt haben.

s Bild, das Herr Holmström entwirft, ist dann wahrhaft
: Weinende Kinder im Hintergrunde, ein dumpfes, ver-
s Stöhnen klingt zu uns herüber, im Vordergrunde aber
af Bülow, ein „zweiter Chamberlain und neuer Pilatus",
scht seine Hände in Unschuld vor dem Reichstag. Hoch in
ten aber sehen wir die Schatten anderer Opfer roher Ge-
, die den Märtyrern von Wreschen vorausgegangen sind:
igen Gestalten der ermordeten Armenier, die unglücklichen
nd so fort. Ist durch dieses Gemälde die Seele der Leser
, so enthüllt ihnen Herr Holmström mit Prophetenblick die
: Deutschland verschlingt die habsburgische Monarchie und
ch den Weg nach Triest über die Leichen der Polen und
n. Als Waffe der Deutschen aber dient die „Los von Rom"-

Digitized by Google

Bewegung in Oesterreich und die gewaltsame Trennung der
nischen Kinder von ihrem angestammten Glauben auf preuß
polnischem Boden.

„Welch finsteres Bild aus der schlimmsten Epoche des M
alters!“ so ruft Herr Holmström aus. „Die Tage der Inquis
sind wiedergekehrt. Die Millionen deutscher Bajonette zittern
dem Kindergebet in polnischer Sprache, ja, es ist heute in Deu
land wie zur Zeit der Hexenprozesse und Scheiterhaufen“ u.
Herr Holmström meint, daß offenbar der jüngste Tag nicht
fern sei und ruft in seltsamen Sprüngen nach einem neuen M
Luther zum Kampf gegen den Germanismus, der die Lehre Lu
der weltlichen Gewalt überliefert habe. Hieran schließt sich
theologische Ausführung über das Zungenreden, und endlich mi
diese atemlose Philippika in einen Appell an Polen und R
aus, auf daß sie sich die Hand reichen gegen den gemeinsc
deutschen Feind. Rußland habe es mit Polen immer gut ge
und sei allezeit bereit, nicht nur die besondere Nationalität der P
sondern auch in ihnen ein vollberechtigtes Glied der großen slavi
Familie anzuerkennen. „Mag denn das Mitgefühl mit den P
in ihrem unverschuldeten Elend und ihrem Märtyrertum d
führen, daß die Wunden vernarben, die Polen und Russen sic
Uebermaß des Selbstgefühls und in der Hitze des Streites gesch
haben. Wir haben große Redner, Meister des Wortes, Schrift
mit tönenden Namen, Künstler, welche die Kraft und die Her
güte der russischen Natur in sich verkörpern und ihr Talent
im Parteistreit der Zeitungen verbrauchen! Wie wäre es,
jeder von ihnen es für seine heilige Pflicht hielte, mit überzeu
der Beredtsamkeit in Wort und Schrift gegen die letzten Sü
des Germanismus aufzutreten? Die preußischen Polen können
moralische Unterstützung nur durch den Gedanken der Gemeins
mit Rußland, nur aus der Erkenntnis ihrer Solidarität mit
land gewinnen, und so wollen wir hoffen, daß die unsere Seele
pörenden Ereignisse in Posen zum Wendepunkt werden in
russisch-polnischen Beziehungen, indem sie die gemeinsame Ge
zeigen und uns seelisch den Polen nähern. Wenn die Helden
des russischen Gedankens und des russischen Herzens sich helfend
leidenden Bruder, dem slavischen Polen zuwendet, dann wird

Digitized by Google

Wunder geschehen: das Gebet und die Thränen des Kindes
dem Bedrücker furchtbar werden."

Die Leser verzeihen die Ausführlichkeit der Wiedergabe. Aber
doch nützlich, zu verfolgen, wie die Lüge und wie die Ver-
ung wuchert und welche hohlen Phrasen dem russischen Publikum
vorfen werden. Wir haben noch in keinem russischen Blatt
iedergabe der Thatsachen gefunden, wie sie die „N. Allg. Ztg."
ellt hat, überall aber dieselben wutschnaubenden Deklamationen
uns, so daß wir allerdings glauben müssen, daß die russische
die formelle Erlaubnis zu ihrem Feldzug erhalten hat. Wir
sehr wohl, daß damit an der offiziellen Haltung der russischen
ung gegen uns nichts geändert wird, gewinnen aber den sehr
gen Eindruck, daß sie die Zügel nicht mehr fest in Händen
Deutscherseits ist gerade in den letzten dreißig Jahren eine
außerordentliche Zurückhaltung geübt worden, wo es sich um
russische Angelegenheiten handelte, obgleich nichts leichter
n wäre, als die Schwierigkeiten zu steigern, mit denen das
le Rußland zu kämpfen hatte. Wir haben in dieser Hinsicht
an der traditionellen Politik Preußens festgehalten, wie sie
von Bismarck prinzipiell formuliert worden ist, und zwischen
ung und Presse unterschieden. Wir hoffen auch, daß dieser
chied sich noch ferner wird aufrecht erhalten lassen; geht es
icht länger, so werden wir auch damit zu rechnen wissen, und
Schwierigkeiten ebenso Herr werden, wie wir andere über-
n haben.

Wie systematisch jenes Verhetzen der öffentlichen Meinung Ruß-
gegen uns betrieben wird, mögen noch zwei Beispiele zeigen.
Nowoje Wremja" meldet die neue Kunde, daß Deutschland
ns Werk mache, den russischen Einfluß und den russischen
l aus Persien zu verdrängen, und dasselbe Blatt bringt
Alarmruf, weil Deutschland daran gehe, Oesterreich durch
os von Rom"-Bewegung zu zertrümmern. In beiden Fällen
der böse Wille auf der Hand, und in beiden Fällen ist die
schaft des russischen Blattes für die bedrohten Mächte doch
als verdächtig. Die „Nowoje Wremja" hat Persien allezeit
n russisches Exploitationsgebiet, ja fast als einen russischen
enstaat behandelt, ohne daß sich bei uns jemand darüber auf-

Digitized by Google

geregt hätte. Wir wüßten auch nicht, was uns dazu veranlas
sollte, denn so thöricht ist doch kein deutscher Politiker, daß er u
mit mittelasiatischen Händeln belasten wollte; was aber Oesterre
betrifft, so sind die slavischen Länder Oesterreichs ja ganz das spezi
Arbeitsfeld der russischen „Wohlthätigkeitsgesellschaften" und je
freiwilligen Patriotismus, den die in fremde Lande dringend
Russen vom reisenden Kleinkaufmann bis zum Exdiplomaten
agitierende Wanderprediger bethätigen. Deutschland hat in
„Los von Rom"-Bewegung die peinlichste Zurückhaltung gezeigt, u
immer aufs neue die deutsche Bevölkerung Oesterreichs darauf h
gewiesen, daß sie sich den Zusammenhang mit ihrem Herrscherha
lebendig erhalten müsse und ihre eigenen Interessen am besten v
treten werden, wenn sie sich als die zuverlässigste Stütze der Dyna
bewähre. Denn darin liegt der Kern unseres Verhältnisses
Oesterreich-Ungarn, wir wünschen es stark und einig, und glaub
daß dieses Ziel am sichersten durch ein Zusammenstehen von Deut
Oesterreichern und Ungarn zu erreichen ist.

Wie aber verhält sich die russische öffentliche Meinung, so w
sie für uns durch ihre Presse sich erkennen läßt? Seit Jahr u
Tag säet sie Hader, agitiert durch die Emissäre, die sie in je
slavischen Winkel des Kaiserreiches sendet, und befördert die zen
fugale Tendenz der slavischen Stämme, wo immer sie sich zu re
beginnt. Es ist ein systematisches Verhetzen und Vergiften, u
das neueste Symptom dieser Arbeit die unverhohlene Genugthuu
welche die tschechische „Los von Rom"-Bewegung in den russisch
Residenz-Blättern findet. Wir haben der Petition um Kanonisieru
des Johann Huß durch den heiligen Synod schon gedacht.
„Pet. Wjedomosti" (vom 14. Dezember) bringen nun die vor vi
zehn Tagen gehaltene Rede des tschechischen Deputierten Klofatsch
vollem stenographischem Wortlaut, eine Rede, in welcher Klofat
ganz direkt die Lösung von Rom für die Nation Hussens verla
und ausdrücklich darauf hinweist, daß dadurch auch eine Annäheru
an die russische Kirche erreicht werden könnte. Es heißt am Schl
der Rede wörtlich:

„Schreckt uns nicht mit dem Gespenst der russischen Knu
Sobald wir unseren nationalen Charakter bewahren, bleibt uns a
unsere volle Selbständigkeit. Wir bleiben Tschechen und bleiben

Digitized by Google

auch gute Slaven. Wir wünschen Befreiung von Rom ohne
igung unserer westeuropäischen Individualität. Wir fürchten
von Rußland verschlungen zu werden und fürchten auch nicht
oßen slavischen Meere zu verschwinden. Das Gerede von den
ensionen' Rußlands und von unseren ‚Träumen' ist hier nicht
latze. Aber wir fühlen und wissen, daß, wenn wir uns der
n slavischen Schwester-Nation zu nähern wünschen, wir es vor
auf dem Gebiet der Religion thun müssen. Die religiöse
äherung wird auch eine Annäherung auf dem Gebiet
Kultur und der Politik zur Folge haben."
Der Schlußsatz ist charakteristisch, weil er zeigt, wie unklar diese
hen Polititer sind, sobald sie den Boden der Negation verlassen.
von Rom", das ist die negative Seite des Programms, wird
Klofatsch historisch und logisch als unerläßliche Notwendigkeit
legt; ein Volk läßt sich aber zu Schritten, die sein religiöses
betreffen, nicht durch logische und historische Gründe, sondern
Gründe bestimmen, die ihr Fundament im Gewissen haben,
urch jene geheimnisvollen geistigen Strömungen, welche die
gung bestimmter Generationen bedingen. Bisher haben etwa
Mann der von Rom Abgefallenen sich um die altkatholische
inde des Priesters Ischka in Prag geschart und aus diesem
ist die Petition um Kanonisierung Hussens hervorgegangen.
wir sehen, daß der hl. Synod sich sehr zögernd verhält, und
e wir die Tendenz der russischen Kirche zu kennen glauben, läßt
icht erwarten, daß sie die Tschechen anders zu sich nimmt, als
sie sich ohne jeden Vorbehalt den Lehren und Riten der
hen Kirche anschließen. Ganz ebenso aber steht es mit der
herung auf dem Gebiete der Kultur und der Sprache. Voller
luß, oder Abweisung bis zu der Zeit, da der volle Anschluß
en kann: tertium non datur. Man wird in Petersburg die
ische Strömung zum Hussitismus mit Vergnügen ansehen, aber
ussitische Tschechen vom Leibe halten, schon weil durch sie ein
Element der Sektenbildung ins Reich hineingetragen würde.
slavische Sprache läßt man in Rußland aber nur die groß-
he gelten, das haben die Kleinrussen ebensosehr erfahren wie
Polen, und das haben auch alle tschechischen Kolonien auf
hem Boden erfahren. Es ist eine Utopie, die Herr Klofatsch

Digitized by Google

seinen Hörern vorgetragen hat, und wie uns scheinen will, eine
Oesterreich-Ungarn sehr gefährliche Utopie.

In Rußland ist eben jetzt „verstärkter Schutz" für 15 Stä
und das ganze Gouvernement Wilna verkündigt worden, im Kön
reich Polen besteht dieser verstärkte Schutz ohnehin fort, es w
erstaunlich, wenn unter diesen Verhältnissen neue Elemente der
ruhe in das Reich hineingezogen werden sollten. Aber man k
doch mit Spannung darauf warten, was unsere Polen und
Polen in Galizien zu diesen Maßregeln sagen, durch welche a
in Rußland lebenden Polen betroffen werden, während die preußi
„Gewaltherrschaft" es nicht für notwendig befunden hat, auch nur
ein Jota die konstitutionellen und bürgerlichen Freiheiten ein
schränken, deren sich unsere polnischen Mitbürger ebenso erfre
wie jedes andere Glied des Königreichs Preußen und des Deutsc
Reiches.

Noch auf eine eigentümliche Erscheinung ist in diesem Zusamm
hange aufmerksam zu machen. Die Franzosen beginnen für
Polen wieder Partei zu ergreifen. Auf einen Artikel des „Temp
der eine scharfe halboffizielle russische Zurückweisung erfuhr, ha
wir schon vor acht Tagen hingewiesen, die „Débats" haben dar
denselben Ton, wenn auch akademischer in der Formulierung,
geschlagen; jetzt wettert Herr André Chéradame im bekannten Patl
in seinem Leiborgan, dem „Eclair": „Plus ça change, plus c'
la même chose!" Jedesmal wenn die Polen im Begriff war
eine große Thorheit zu machen, hat man ihnen von Frankreich
Ermutigungen zukommen lassen; so war es 1812, 1830, 1848, 18
jedesmal haben sie dafür bluten müssen. Wir würden nichts l
hafter bedauern, als wenn dasselbe gewissenlose Spiel von neu
beginnen sollte.

In Frankreich sind übrigens neuerdings allerlei Merkwürd
keiten an den Tag getreten. Zunächst droht die „Affaire" wie
lebendig zu werden, und das erklärt sich nur aus der offiziel
Heuchelei, die eine in gut orientierten Kreisen längst bekannte Th
sache verschleiert, welche in Petersburg nicht bestritten, sondern un
vier Augen rückhaltlos zugegeben wird. Obgleich irgend eine politi
Notwendigkeit heute dafür nicht vorliegt, leugnet man in Frankre
noch immer, daß Dreyfus für Rußland spioniert hat; er that

Digitized by Google

t in der Meinung, daß der Nation amie et alliée nichts
gert werden dürfe, aber es geschah doch immer hinter dem
seiner Vorgesetzten und das bleibt Spionage. Es ist uns
unverständlich, weshalb nicht durch Publizierung dieser That-
urch die dazu berufenen Organe ein für alle Mal dem Lärm
de gemacht wird. Alle Welt ist daran interessiert, daß
eich sich von der Herrschaft der nationalistischen Presse frei
und den Mut findet, seinen realen Interessen entschlossen
ehen. So wie es heute ist, bleibt es trotz allem für sich selbst
r die anderen Mächte — und wir schließen auch Rußland
us — etwas Unberechenbares, das allezeit durch Plötzlichkeiten,
en Ursprung in der überrumpelnden Macht klingender Schlag-
haben, von seinem Wege fortgerissen wird. Die Rede, welche
g. Massabuau während der Budgetberatung am 3. Dezember
nd die darin ausmündete, daß der Redner eine Annäherung
eichs an Deutschland empfahl, ist in dieser Hinsicht außer-
ich lehrreich. Kein Zweifel, daß sehr viele der patriotischsten
sen ebenso denken wie Massabuau, und auch in der Kammer
s ihm an heimlichen Gesinnungsgenossen nicht gefehlt haben.
mit seinem Bekenntnis hervorkam, daß er „partisan d'un
vivendi" mit Deutschland sei, fanden, wie der stenographische
notiert, „mouvements divers" statt, und als er gleich
seine Rede schloß, hörte man, wie derselbe Bericht zeigt, auf
denen Bänken Beifall (applaudissements sur divers bancs).
en war die französische Presse in ihrer Verurteilung dieses
Schrittes einstimmig. Die „Lanterne" nennt es einen Verrat,
r ein schallendes Gelächter hervorrief (nach dem stenographischen
zu schließen: eine Unwahrheit), die übrigen Blätter variieren
usdruck ihrer Ablehnung, und das finden wir ganz begreiflich.
Massabuau ist nach keiner Richtung hin eine Autorität, jeden-
ein Gambetta, und auch bei diesem erscheint es uns zweifelhaft,
die Nation mit sich fortgerissen hätte, als er im April 1878
einen Besuch in Friedrichsruh die Verständigung mit Deutsch-
inden wollte. Der Augenblick schien günstig, weil Gambetta
r Höhe seines Einflusses stand. Aber damals war er noch
der republikanischen Opposition; sobald er Ministerpräsident
begann sein Einfluß zu sinken und schließlich brach er an der

Digitized by Google

Frage der Verfassungsrevision zusammen. Was so 1884 gescha hätte auch 1878 geschehen können, und wenn Bismarck sich tr seiner Zweifel schließlich bereit erklärte, den von ihm als Staatsma sehr hoch eingeschätzten Franzosen zu empfangen, so beweist wohl d Thatsache, daß Gambetta nach dem April 1878 nicht mehr auf d Gedanken zurückkam, daß die günstige Stunde nicht wiederkehr Was uns betrifft, so meinen wir zwar, daß der Tag einer ehrlich Versöhnung mit Frankreich einmal kommen wird, aber wir könn ihm keinerlei Termin setzen. Er kann nur kommen, nachdem Fran reich die große Enttäuschung erlebt hat, die ihm die Fortsetzu seiner gegenwärtigen Potitik nicht ersparen wird, und diesen T können wir ruhig abwarten. Wir wachsen und Frankreich blei stehen, und deshalb wird, je länger die Entscheidung sich hinau schiebt, um so größer die Enttäuschung und um so entschiedener d Wendung sein.

Zum Schluß machen wir auf eine merkwürdige Schrift au merksam: Trading Monopolies in West-Africa. A protest agains territorial concessions by E. D. M. Liverpool 1901. Es i eine Sammlung von Artikeln, die ursprünglich in der englische Zeitschrift „West-Africa" erschienen und ihre Spitze gegen das vo Frankreich im französischen Kongo gegen den Artikel 5 der Kong Akte von 1885 beliebte Monopolsystem richten. Wie wir urteile mit Recht. Der eigentliche Schwerpunkt dieser Ausführungen fäl aber auf den Teil des Buches, der die wahrhaft unerhörte Mi wirtschaft in dem sogenannten freien Kongostaat betrifft. Es sin blutige, nur zu gut belegte Angriffe gegen die unmenschliche Politi die König Leopold im Kongostaate duldet, und wir bedauern, hinzu fügen zu müssen, durch das von ihm aufrechterhaltene Syste systematisch fördert. Das Ganze mündet aus in die Aufforderun an Kaiser Wilhelm, hier einzugreifen. Die Mächte hätten 1885 ihr Zustimmung dazu erteilt, daß die Association internationale d Congo in einen Staat umgewandelt wurde und daß der König de Belgier, Leopold II., sich zum Souverän dieses Staates proklamierte Auf Grund falscher Informationen sei dieses Abkommen 189 ratifiziert worden, aber unter der Bedingung, daß keine Handels monopole erteilt würden, der internationale Handel von aller Be lästigung frei und das Interesse der Eingeborenen gesichert bleibe

Digitized by Google

ese Stipulationen seien vielfältig und gröblich verletzt worden. sei der Kongostaat nichts als eine riesige Monopolgesellschaft, r durch Sklavenarbeit bestehe. Es gebe dagegen nur zwei : das sogenannte Domaine privé, die 800 000 englischen atmeilen, die der König sich vorbehalten, müßten der Revision lgischen Parlaments unterstellt und dem Despotismus des s entzogen werden, der all jene Greuel nach Zentral-Afrika n habe; oder aber, wenn Belgien die Verantwortung nicht wolle, müsse der Kongostaat geteilt werden zwischen den drei zenden Mächten: Frankreich, England, Deutschland. Das sei sung. Was die Mächte garantiert hätten, könnten die Mächte ieder wegnehmen.

er deutsche Kaiser sei der Mann, in dieser Sache die Initiative reifen. An sein hohes Pflichtgefühl gehe der Appell zu Gunsten ngeborenen Zentral-Afrikas. „Könnte er, der eine Gesamt- wortung trägt und dessen Aktionsfreiheit unbeschränkt ist, taub n Angstrufen gegenüber, die aus den dumpfen Wäldern des zu ihm hinübertönen?"

lit dieser pathetischen Ansprache schließt der Verfasser. Wir leider nicht, was hinter ihm steht. Wenn es ihm gelänge, glische und französische Regierung zu Herolden seiner Gedanken chen, wäre die Sache so übel nicht; denn daß die Mißwirtschaft ngostaate gen Himmel schreit, das ist allgemach weltkundig ben.

Digitized by Google

21. Dezember. Verurteilung der polnischen Studenten, die in Warschau das deutsche Wapp
schild am Konsulatsgebäude herabgerissen hatten.
21. Dezember. Arbeiterdemonstration in Pest.
22. Dezember. Enthüllung des Baudin-Denkmals in Paris.
23. Dezember. Beilegung der Zwistigkeiten zwischen Chile und Argentinien durch Un
zeichnung eines Protokolls.

25. Dezember 1901.

Die letzten Wochen sind vornehmlich durch den Lärm der Pole
frage in Anspruch genommen worden, und dieser Lärm war
intensiv und wurde gleichzeitig so nachdrücklich von den Polen i
drei Teilungsstaaten Rußland, Preußen, Oesterreich erhoben, d
er ein lautes Echo in aller Welt fand. In Frankreich konnten sel
die offiziellen Blätter der Versuchung nicht widerstehen, die verscholl
Weise von der französisch-polnischen Brüderschaft wieder anzustimm
in England griff man bei der peinlichen Verlegenheit, in welche i
englische Tugenddünkel durch den Dissensus der zivilisierten W
in der südafrikanischen Frage sich versetzt sah, begierig nach i
Ableitung, die sich darzubieten schien, und selbst von Rußland u
Oesterreich her konnten wir im Brustton der Ueberzeugung die V
sicherung hören, daß Preußen die Schranken der Humanität, die
Warschau und Lemberg gewissenhaft eingehalten werden, im Wid
spruch gegen den Geist des Jahrhunderts, mißachtet habe.

Alledem gegenüber ist wohl nützlich, einmal diese polnis
Frage klarzulegen, namentlich aber festzustellen, inwieweit sie
uns besteht, und was an ihr Realität, was Humbug und Lüge
Historisch betrachtet, liegt diese polnische Frage so: Als im Jah
1815 auf dem Wiener Kongreß die Neuregelung der politisch
Geographie Europas erfolgte, bestand weder die Neigung, noch
Möglichkeit, ein selbständiges Polen zu rekonstruieren. Ebensowe
war es dem Kaiser Alexander I. möglich, das gesamte ehema
polnische Gebiet in seiner Hand zu vereinigen. Das österreichis
und das preußische Interesse sträubten sich dagegen, und auch kei
der anderen Großmächte hielt einen so gewaltigen territorialen Z

Digitized by Google

für erwünscht. Der Kompromiß, der, wenn wir von dem bis bestehenden ohnmächtigen Schmarotzerstaat Krakau absehen, die geltenden territorialen Grenzen der drei Ostmächte bestimmte, t den drei Mächten ihre volle Souveränität in den einverleibten chen Gebieten vor. Was sie gewährten, war Gnadenakt, nicht rechtlicher Vertrag, der durch Nichterfüllung übernommener lichtungen verfallen wäre. Auch alles Einspruchsrecht der Mit- eichner des Wiener Traktats war ausgeschlossen, und ist, als hträglich von England und Frankreich beansprucht wurde, sowohl wie 1863 von russischer Seite sehr energisch zurückgewiesen worden. lber in allen drei Teilungsstaaten war man im Jahre 1815 olen außerordentlich wohlwollend gesinnt: Rußland verlieh dem reich Polen die freisinnigste Verfassung, die im damaligen a bestand, ausschließlich polnische Verwaltung, Schulen, Rechts- ngen; eine polnische Armee und, was wohl das Erstaunlichste eine Reihe russischer Provinzen, d. h. alles, was bis zum Frieden lndrussow polnische Provinz gewesen war, wurde den Polen l zur Polonisierung und thatsächlich zur Katholisierung über- . Der Kaiser Alexander trug sich mit der eigentümlichen Vor- g, daß die polonisierten Gebiete seinen Verfassungsplänen zu- cher sein würden, als die rein russischen Territorien. Sein hster Wunsch war, daß Polen sich der verliehenen Verfassung g erweise und in Dankbarkeit und Treue zu seinem Hause und ßland stehe. In alledem hat er sich bekanntlich getäuscht. Von bis 1824 bedeckte sich Polen mit einem Netz von Verschwö- , die dahin zielten, die russische Herrschaft abzuwerfen und ein ndiges Polen herzustellen, dem man die Grenzen von 1772, uch die Territorien geben wollte, die inzwischen preußisch und ichisch geworden waren. Von Russisch-Polen aus dehnte diese wörung sich auch über das Großherzogtum Posen und über en aus, und als im Jahre 1826, im Zusammenhang der Unter- gen, welche die russische Militäremeute der sogenannten Deka- zur Folge hatte, auch die polnischen Geheimorganisationen t wurden, gelang es, einen Teil der Führer unschädlich zu ; die Vereine der Verschworenen aber lösten sich auf. Im 1830, als die Julirevolution ganz Europa erregte, bestanden ht mehr.

Digitized by Google

Im Großherzogtum Posen hatten die Polen, wenn auch
anderer Weise, das gleiche Entgegenkommen und dieselbe landesvä
liche Fürsorge gefunden. Der Statthalter Fürst Radziwil war P
das polnische Schulwesen, das ganz verwahrlost darniederlag, wu
gehoben, die Kirche ganz der polnischen Geistlichkeit ausgeliefert und
Beamten die rücksichtsvollste Behandlung der national-polnischen S
munden empfohlen. Man wollte versöhnen und auf diesem Boden das P
zu einer preußischen Staatsgesinnung erziehen. Erzielt wurde bekannt
das Gegenteil. Als am 29. November 1830 die Emeute der Un
offizierschule — wir würden sagen der Kadetten — und der Warscha
Studenten ausbrach — dieser „Gelbschnäbel" (blanc becs), wie
seinem Eide treu gebliebener polnischer General noch im Dezem
1830 schreibt —, und die polnische Bevölkerung des Königrei
wider ihre bessere Einsicht sich von diesen Halbwüchslingen zu e
Revolution fortreißen ließ, da bestanden die weniger fest angefas
Geheimgesellschaften in Posen noch fort, und es hat nicht an ih
gelegen, daß nicht auch Posen in den Wahnsinn jenes aussichtsl
Verzweiflungskrieges mit hineingezogen wurde. Sie hielten still,
der König vier Armeekorps mobilisiert hatte und der Feldmarsc
Gneisenau, trotz der milden Güte seiner Natur, mit Nachd
die Ordnung aufrecht erhielt. Aber mit elementarer Gewalt
die Feindseligkeit der Posener Polen gegen die Deutschen zu T
und namentlich die Geistlichkeit schürte systematisch diese Gesinn
„Man macht uns den Krieg aus den Beichtstühlen", schrieb Gneise
im April 1831. In Oesterreich hatten die galizischen Polen
ruhiger verhalten. Der Wiener Hof, damals der aristokratischst
Europa, zog die polnischen Magnaten mächtig an, man wünschte
nicht zu kompromittieren und meinte zudem noch immer Zeit
Anschluß zu finden, wenn der Aufstand in Warschau von Er
gekrönt sein sollte.

Aber der 8. September 1831, da Paskewitsch siegreich in Wars
einzog, änderte das Bild. In Russisch-Polen kam es zu einem St
gericht von unerhörter Strenge und Härte, das die Polen nur
durch überstehen konnten, daß sie sich beugten „niedriger als
Gras"; in Preußen aber gewährte der König am 25. Dezember
Amnestie, die über alle Untreue des Jahres einen Schleier der Gn
deckte. Aber die ersten Maßregeln zum Schutz der Deutschen in

Digitized by Google

z, die, wie der Oberpräsident v. Flottwell einmal schreibt
geschüchtert waren, „daß sie kaum wagen, ihre Anhänglichkeit
reue zum Ausdruck zu bringen", sind damals endlich erfolgt.
rühmte Verordnung vom 16. Juni 1836 bestimmte, daß polni-
kten stets eine deutsche Uebersetzung beizufügen sei, und als
der Erzbischof Dunin die Frage der gemischten Ehen im
sse seiner Polonisierungspolitik auszubeuten bemüht war, griff
nig energisch ein. Man schien endlich in Preußen zu begreifen,
ne Versöhnungspolitik, die bisher verfolgt ward, nur Untreue,
Dank einbringe. Aber unter König Friedrich Wilhelm IV.
man zur alten Praxis zurück, und die Antwort darauf gaben
hre 1846 bis 1848. Wir brauchen hier nicht zu erzählen,
beide Male darauf abgesehen war, nicht nur Posen vom Reich
nen, sondern uns auch Preußen und Oberschlesien als Teile
zu rauben; wie man in Posen bereits von den „Deutschen
er Nationalität" sprach und der Erzbischof Przyluski damals
igte: „Die Hauptbewohner des Großherzogtums Posen sind
d. h. Katholiken, denn polnisch und katholisch gilt, wie ihr
unter uns für ein und dasselbe". In beispielloser Langmut
König wiederum durch eine Amnestie (9. Oktober 1849) Auf-
nd Aufwiegelung vergeben, dann aber durch Verleihung der
ung vom 5. Dezember 1849 das entscheidende Wort gesprochen,
die Einheit der preußischen Monarchie gegenüber dem polni-
eparatismus aufrecht erhielt. Fortan gab es nach dem Gesetz
Monarchie nur noch Preußen, einerlei ob deutscher oder
er Herkunft, und der Staat erkannte, daß es seine Pflicht
s deutsche Element in Posen zu schützen, damit eine Wieder-
der Schmach von 1848 unmöglich werde für alle Zukunft.
ber wenn so die preußische Regierung viele Jahre Zeit
e, ehe sie sich der Pflichten klar bewußt wurde, die sie der
n Bevölkerung Posens gegenüber zu erfüllen hatte, so dauerte
weit länger, ehe das deutsche Volk in Preußen einsehen
daß hinter den lauten Reden von Freiheit und Nationalität
laubensrechten ein bitterer Rassenhaß steckte, der seine Spitze
nlich gegen Preußen richtete. Die Warschauer Revolution
63, die ebenso wie die von 1831 nicht von Männern, sondern
nz jungen unerfahrenen Leuten, zum Teil Studenten, ein-

Digitized by Google

geleitet und später diktatorisch geführt worden ist, sah in der B
freiung Polens vom russischen Joch (NB. zu einer Zeit, da
Kaiser Alexander II. sich in Bezug auf Polen genau mit denselb
großmütigen Absichten trug, wie einst Alexander I.) nur das V
stadium zur Herstellung des Polens von 1772, und damals
1830/31 hat nur die militärische Aufrüstung Preußens Posen
gehalten, sich dem Aufstande anzuschließen. Es ist uns heute ka
noch verständlich, wie damals fast die gesamte öffentliche Meinu
so wie sie in dem frondierenden Abgeordnetenhause ihre Vertretu
fand, mit Leidenschaft für die Polen Partei ergreifen konnte. B
marck und der König haben der Nation die große Thorheit erspa
die sie zu machen bereit war, und während auf russischem Bo
Berg und Murawjew wiederholten, was Paskewitsch 1831 get
hatte, begann allmählich bei uns ein Umschwung im politisch
Denken sich vorzubereiten, und die Einsicht durchzudringen, daß
Ziele der polnischen „Patrioten" und die der deutschen einan
diametral entgegenstehen: daß die polnische Frage wohl ihre
scheinungsformen, aber nicht ihr Wesen ändert. Sie war im Ja
1863 dieselbe wie 1830, und die Führer, die damals ihr Volk
Unglück führten, standen wiederum auf dem Boden der polnisch
Patrioten von 1807. Der Marquis Wielopolski ist das getr
Gegenbild des Fürsten Czartoryski, ganz wie der Erzbischof Du
dem Erzbischof Przyluski und dieser seinen Nachfolgern entspri
Der Unterschied liegt nur in der den Zeitverhältnissen angepaß
Methode ihrer Feindseligkeit gegen alles Deutsche, mag es
protestantisch sein oder katholisch. Wir haben seither nichts erl
was darauf hindeuten könnte, daß eine Wandlung in der Gesinnu
unserer Posener Landsleute polnischer Sprache sich vollzogen hä
Sonst ist freilich vieles anders geworden in der Lage des Pol
tums. An eine polnische Revolution ist heute in Russisch-Po
nicht zu denken; die gewaltige Frontstellung Rußlands nach We
zu muß jeden Gedanken daran im Keim ersticken. Auch gelten
Prinzip die strengen Ordnungen Alexanders II. noch fort. A
heute noch darf in Russisch-Polen keine polnisch-katholische Kir
repariert werden, und jede Mischehe mit einem Gliede der russisch
Kirche führt Kinder und Kindeskinder obligatorisch von der katholisch
zur russischen Konfession. Seit dem 18. April 1885 ist das Russi

Digitized by Google

terrichtssprache in den Elementarschulen für alle Fächer
snahme des Religionsunterrichts, seit 1865 ist den Polen
rwerb von Grundbesitz, die Pachtung oder Verpfändung
n verboten, die polnische Bank in Warschau wurde 1889 auf-
u. s. f., und das völlige Aufgehen des Polentums in das
um ist auch heute das nicht aufgegebene Programm der
ng.

urchgeführt ist von all diesen Dingen nur wenig. Gesetze
sich umgehen, und die Polen haben auf diesem Felde eine
elen Jahrhunderten rechnende Erfahrung, die sie zu Meistern
ches ausgebildet hat. Dazu kommt, daß es sich nicht als
erwiesen hat, eine russische Einwanderung in das „König-
zu lenken. Die Begünstigung der polnischen Bauern durch die
e Regierung, die sie auf diesem Wege gewinnen und gegen
bel ausspielen wollte, hat aber diesen Bauernstand zu einem
en Patriotismus erzogen, den er im ganzen früheren Verlauf
Geschichte nicht kannte und der sich auch hier mit der Zu-
keit zum Katholizismus deckt. Ebenso ist ein polnischer
tand gleicher Gesinnung erstanden, wenn sich auch nicht ver-
läßt, daß diese beiden Stände sozialdemokratisch zersetzt sind.
Gesamtbild zeigt trotz allen Zwanges einen nur äußerlichen
ritt des Russentums, während andererseits das polnische
t in den nicht polnischen Provinzen mächtig vorgedrungen ist
gewissen Zweigen der Verwaltung einen erstaunlich hohen
tsatz darstellt. Auch das bedeutet ein Stück Macht und wird nicht
rfolg genutzt, so daß wir bei dieser Lage es wohl begreifen,
ußland seine militärische Stellung hier sorgfältig behauptet:
die Erfahrungen von 1831 und 1863 nicht zum drittenmal
olen.

as Eldorado des Polentums ist heute Oesterreichisch-Galizien
ort ist auch der Mittelpunkt der neuen politischen Schule
, der sog. Stanczyken, entstanden, die vor allem Erweiterung
nischen Nationalität und konvertierenden Katholizismus predigt.
wird auf der ruthenischen Unterlage Galiziens mit Konsequenz
rfolg betrieben und trifft auch die deutsche Stadtbevölkerung
ns, die in dem Jahrzehnt, das zwischen 1880 und 1890 liegt,
28000 auf 227000 herabgegangen ist, das heißt in diesen

Digitized by Google

10 Jahren sind (wenn wir den Zuwachs der Bevölkerung nicht
Anschlag bringen, durch den diese Zahl noch gesteigert wird) i
100 000 Deutsche in Galizien polonisiert worden und wir fürch
daß statistische Angaben für das Jahr 1901 noch einen schlimme
Rückgang anzeigen würden. In ähnlicher Weise schreiten dort
Polen auf Kosten der Ruthenen und der Katholizismus auf Ko
der unierten Kirche vor. Wie sich diese national-religiöse Propaga
mit einer unerhörten Korruption bei den Wahlen wie in der V
waltung verbindet, hat eine Reihe tönender Prozesse gezeigt,
denen noch das Aergste niedergeschlagen worden ist. Dabei
durch die unglückliche Rivalität der Ungarn und Deutschen
Polentum in Oesterreich allmählich die Stellung der ausschl
gebenden Partei gewonnen. Wenn einmal die intime Geschi
Galiziens und ihre Rückwirkung auf die innere Politik Oesterre
geschrieben wird, dürfte es ein merkwürdiges Kapitel geben,
aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf neuere Vorgänge in Russi
Polen wie in Posen ein neues Licht werfen würde, denn auch
uns wird jenes Stanczyken-Programm nachdrücklich in Anwend
gebracht: der national und konfessionell erobernde Polonismus,
ist der Feind, den wir bekämpfen. Die Tragikomödie in Wresc
in welcher nur die Marionetten, nicht die eigentlichen Akteure s
bar wurden, ist ein ernstes Symptom dieses Treibens, der Studen
lärm in Berlin aber ist nicht mehr als ein Jungenstreich,
nur insofern von Interesse ist, als alle großen Thorheiten
Polen in den letzten 70 Jahren von solchen halbwüchsi
Elementen ausgegangen sind. Man soll aber nicht an Sympto
kurieren, sondern dem Kern des Uebels nachgehen, und der l
in dem Zurückdrängen des Deutschtums auf Pose
Boden.

Wie hier einzugreifen ist, darüber haben die verantwortli
Kreise der Regierung zu entscheiden und es ist nicht unseres Ber
ein Programm zu entwerfen. Eins aber wissen wir bestimmt:
der heute in Posen leitenden Richtung eine Verständigung zu suc
wäre der größte aller Fehler. Wenn es sich um Verständig
handelt, gehört die Initiative ihnen, nicht uns. Wir werden prü
was sie bringen, und bringen sie nichts, so werden wir eben un
Wege weiter gehen.

Digitized by Google

on diesen heimischen Interessen führen die Ereignisse der großen , wie sie in den letzten acht Tagen sich abgespielt haben, weit weg. Wir denken dabei zunächst an die venezolanischen Angelegen- die, wie wir uns erinnern (vergl. Wochenschau vom 4. De-), mit dem Siege des Präsidenten de Castro die liberale wieder ans Ruder führten. Einen Grund, uns darüber zu hatten wir nicht, denn einmal finden wir in den Reihen der len" so ziemlich alles, was man die „anständigen Leute" in ela nennen könnte, dann aber ist es de Castro, der den Ver- ngen, die Venezuela uns gegenüber hat, den hartnäckigsten abei auch in der Form ungebührlichsten Widerstand entgegen- Es handelt sich bekanntlich um eine unanfechtbare Forderung eutschen Bank von beiläufig 40 Millionen Mark, und wenn tro sich nicht, wie zu hoffen ist, eines besseren besinnt, wird ichts anderes übrig bleiben, als eine Exekution vorzunehmen. t zwar unbequem, aber unerläßlich, wenn nicht jede Sicherheit erkehrs in Handel und Wandel verloren gehen soll. Es ist unmöglich, daß in diesem Zusammenhange die „Rebellen" die Herren in Venezuela werden, so daß de Castros Triumph ein rasches Ende nehmen könnte. Jedenfalls sind weitere kelungen nicht zu fürchten, da auch bei der neuen Roosevelt- Formulierung der Monroedoktrin ein Eingreifen der Ver- Staaten ausgeschlossen ist. Dasselbe gilt wohl von dem ernster ausschauenden Konflikt zwischen Argentinien und . Vor kurzem konnte man noch hoffen, daß ein in früheren gen vorgesehenes Schiedsgericht Englands das Aeußerste ab- werde. Heute ist so gut wie keine Aussicht mehr, daß ein vermieden wird, und bei den bedeutenden Mitteln, über welche Staaten verfügen, läßt sich befürchten, daß er blutig und von Dauer sein wird. (Der Ausgleich ist inzwischen wider alle cheinlichkeit doch zu stande gekommen.)

uch in Hinterindien ist über Nacht ein schon lange schwebender atz akut geworden. Die Stellung Frankreichs geht hier auf Bismarck geförderte Kolonialpolitik Jules Ferrys zurück, die Jahren 1883 bis 1885 zur Eroberung von Tonkin, 1885 nterwerfung von Annam und seither zum langsamen, aber Vordringen nach Westen und Norden führte. Die ur-

Digitized by Google

sprüngliche Absicht ging dahin, ganz Siam unter französisches Pr
tektorat zu setzen und dadurch ein hinterindisch-französisches Re
zu gründen, das nur durch Birma als Pufferstaat von den britisch
Besitzungen getrennt sein sollte. Da aber die Engländer in d
Jahren 1885—86 das obere Birma unterwarfen, hielten
Franzosen es für nötig, sich in Siam dafür zu entschädigen u
den übrigen Rest Siams zum Pufferstaat zu machen. Streitigkeit
mit Siam wegen Kambodjes gaben den Anlaß zum Einschreiten d
Franzosen, und am 3. Oktober 1899 mußte der König von Sia
einen Vertrag unterzeichnen, der alles Land auf dem linken Uf
des Mekong an Frankreich überließ. Mit England verständigt
sich danach die Franzosen durch ein Abkommen vom 16. Januar 189
welches das gesamte Thal des Menam neutralisierte, jedoch so, d
England sich ein Vordringen in das siamesische Malacca, Frankre
in das siamesische Mekonggebiet vorbehielt. Die Franzosen behaupt
nun, daß Siam sich Eingriffe in Gebiete erlaube, die nach dies
Verträgen ihnen vorbehalten sind und haben, um sich ihr „Rech
zu sichern, den Hafen von Shantabun besetzt, der außerhalb ih
Sphäre liegt. Daß die Engländer darüber unwillig sind, ist n
natürlich, denn auf dem künstlichen Gleichgewicht, das die Verträ
hergestellt haben, ruht der Friede in jenem fernsten Indien, und
läßt sich noch nicht absehen, wie das gestörte Gleichgewicht wied
hergestellt werden kann. Wahrscheinlich auf Kosten Siams, w
gewiß nicht sehr schwierig, aber auch nicht sehr rühmlich wäre, de
ein Kodex politischer Moral läßt sich aus der praktischen Poli
beider Mächte in Hinterindien nicht abstrahieren. Wir freuen un
daß wir mit diesen Dingen weder direkt noch indirekt etwas
schaffen haben. Dasselbe gilt glücklicherweise auch vom Streit üb
Koweit, der zunächst zwischen der Pforte und England spielt, ab
weil daran die Frage der maritimen Beherrschung des persisch
Meeres hängt, sehr leicht weite Dimensionen annehmen kann. W
finden, daß sich die russische Presse schon jetzt lebhaft darüber erregt u
dabei recht höhnisch jener Allianzpläne gedenkt, mit denen die Herr
ABC jüngst in der „National Review" hervorgetreten sind.

Digitized by Google

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

ia, Zusammenkunft in . 225
Artikel . . . 395. 404. 428
-Kader 311
-Hamid II., Sultan 205. 319. 365. 368. 380.
-Rahman, Emir von ganistan (siehe auch Afgha-n) . 146. 332. 333. 343. 360
een 127
nien . . . 6. 24. 26. 218
men, deutsch-englisches 33
9. 152. 167. 239. 261. 262.
g.-englisches 428
isch-österreichisches, 1897 231
th 374
ungskonferenz, russi-Antrag auf eine . 41. 52
. 48
ew, Rat Iwan des ecklichen 367
. 65
eidjan, persische Provinz 42
tisches Meer . . 252. 306
nistan 128. 130. 137. 187. 280
334. 342. 343. 353. 360. 372
398.
likt, eng.-afgh. 63
. . . . . 7. 9. 13. 50. 51
utschsüdwest-A. 82
onien, französ. 179
onien, span. 266
ridianbahn, Afrikanische . 42
afrika 30
tralafrika 419
ander 44. 70. 71. 81. 85. 86 222. 336. 346.
anderbond. . . 220. 221

Aguinaldo, Führer der Filipinos 165. 182
—, Gefangennahme 159
Ajaccio, Maire von 323
Alabama 200. 348
Alaska 200. 402
Alban, Doktor, südamerikanischer General 399. 400
Albanien 80. 281. 282. 304. 320
Albrecht, Prinz, Regent von Braunschweig 383
Aldershot 44. 342
—, Soldatenemeute in . . 344. 346
Alexander I., Kaiser von Rußland 128. 196. 246. 420. 421. 424
— II., Kaiser von Rußland 101. 163 164. 173. 196. 350. 424.
— III., Kaiser von Rußland 24. 232 234.
—, König von Serbien 80. 89. 114 226. 231. 232. 281. 304. 340. 342
Vermählung 49
Alexander v. Battenberg, Fürst von Bulgarien 225
Alexei Michailowitsch, Großfürst 281. 304. 317
Alfons XIII., König v. Spanien 266 267.
Algesiras, Bucht von . . . 259
Algier 6. 172. 201. 284. 311. 312 313. 314. 388.
Alldeutsche 385
— in Oesterreich . . 209. 255. 256
Alldeutscher Verband 185. 252. 306
Allianz, deutsch-russisch-französische 185
—, englisch-amerikanische 198. 364 402.
—, englisch-deutsche 104

Digitized by Google

Bewegung in Oesterreich und die gewaltsame Trennung der p
nischen Kinder von ihrem angestammten Glauben auf preußi
polnischem Boden.

„Welch finsteres Bild aus der schlimmsten Epoche des Mit
alters!“ so ruft Herr Holmström aus. „Die Tage der Inquisit
sind wiedergekehrt. Die Millionen deutscher Bajonette zittern
dem Kindergebet in polnischer Sprache, ja, es ist heute in Deut
land wie zur Zeit der Hexenprozesse und Scheiterhaufen“ u. s.
Herr Holmström meint, daß offenbar der jüngste Tag nicht m
fern sei und ruft in seltsamen Sprüngen nach einem neuen Ma
Luther zum Kampf gegen den Germanismus, der die Lehre Luth
der weltlichen Gewalt überliefert habe. Hieran schließt sich
theologische Ausführung über das Zungenreden, und endlich mün
diese atemlose Philippika in einen Appell an Polen und Ru
aus, auf daß sie sich die Hand reichen gegen den gemeinsa
deutschen Feind. Rußland habe es mit Polen immer gut gem
und sei allezeit bereit, nicht nur die besondere Nationalität der Po
sondern auch in ihnen ein vollberechtigtes Glied der großen slavis
Familie anzuerkennen. „Mag denn das Mitgefühl mit den Pe
in ihrem unverschuldeten Elend und ihrem Märtyrertum da
führen, daß die Wunden vernarben, die Polen und Russen sich
Uebermaß des Selbstgefühls und in der Hitze des Streites geschla
haben. Wir haben große Redner, Meister des Wortes, Schriftste
mit tönenden Namen, Künstler, welche die Kraft und die Herz
güte der russischen Natur in sich verkörpern und ihr Talent n
im Parteistreit der Zeitungen verbrauchen! Wie wäre es, w
jeder von ihnen es für seine heilige Pflicht hielte, mit überzeug
der Beredtsamkeit in Wort und Schrift gegen die letzten Sün
des Germanismus aufzutreten? Die preußischen Polen können
moralische Unterstützung nur durch den Gedanken der Gemeinsc
mit Rußland, nur aus der Erkenntnis ihrer Solidarität mit R
land gewinnen, und so wollen wir hoffen, daß die unsere Seele
pörenden Ereignisse in Posen zum Wendepunkt werden in
russisch-polnischen Beziehungen, indem sie die gemeinsame Ge
zeigen und uns seelisch den Polen nähern. Wenn die Heldenk
des russischen Gedankens und des russischen Herzens sich helfend
leidenden Bruder, dem slavischen Polen zuwendet, dann wird

Digitized by Google

s Wunder geschehen: das Gebet und die Thränen des Kindes
n dem Bedrücker furchtbar werden."
Die Leser verzeihen die Ausführlichkeit der Wiedergabe. Aber
doch nützlich, zu verfolgen, wie die Lüge und wie die Ver-
ung wuchert und welche hohlen Phrasen dem russischen Publikum
vorfen werden. Wir haben noch in keinem russischen Blatt
Wiedergabe der Thatsachen gefunden, wie sie die „N. Allg. Ztg."
tellt hat, überall aber dieselben wutschnaubenden Deklamationen
uns, so daß wir allerdings glauben müssen, daß die russische
die formelle Erlaubnis zu ihrem Feldzug erhalten hat. Wir
sehr wohl, daß damit an der offiziellen Haltung der russischen
rung gegen uns nichts geändert wird, gewinnen aber den sehr
chen Eindruck, daß sie die Zügel nicht mehr fest in Händen
Deutscherseits ist gerade in den letzten dreißig Jahren eine
außerordentliche Zurückhaltung geübt worden, wo es sich um
russische Angelegenheiten handelte, obgleich nichts leichter
en wäre, als die Schwierigkeiten zu steigern, mit denen das
lle Rußland zu kämpfen hatte. Wir haben in dieser Hinsicht
an der traditionellen Politik Preußens festgehalten, wie sie
von Bismarck prinzipiell formuliert worden ist, und zwischen
rung und Presse unterschieden. Wir hoffen auch, daß dieser
schied sich noch ferner wird aufrecht erhalten lassen; geht es
nicht länger, so werden wir auch damit zu rechnen wissen, und
Schwierigkeiten ebenso Herr werden, wie wir andere über-
en haben.
Wie systematisch jenes Verhetzen der öffentlichen Meinung Rußl-
gegen uns betrieben wird, mögen noch zwei Beispiele zeigen.
„Nowoje Wremja" meldet die neue Kunde, daß Deutschland
ms Werk mache, den russischen Einfluß und den russischen
el aus Persien zu verdrängen, und dasselbe Blatt bringt
Alarmruf, weil Deutschland daran gehe, Oesterreich durch
Los von Rom"-Bewegung zu zertrümmern. In beiden Fällen
der böse Wille auf der Hand, und in beiden Fällen ist die
dschaft des russischen Blattes für die bedrohten Mächte doch
als verdächtig. Die „Nowoje Wremja" hat Persien allezeit
in russisches Exploitationsgebiet, ja fast als einen russischen
lenstaat behandelt, ohne daß sich bei uns jemand darüber auf-

Digitized by Google

geregt hätte. Wir wüßten auch nicht, was uns dazu veranlass sollte, denn so thöricht ist doch kein deutscher Politiker, daß er u mit mittelasiatischen Händeln belasten wollte; was aber Oesterre betrifft, so sind die slavischen Länder Oesterreichs ja ganz das spezie Arbeitsfeld der russischen „Wohlthätigkeitsgesellschaften" und jen freiwilligen Patriotismus, den die in fremde Lande dringend Russen vom reisenden Kleinkaufmann bis zum Exdiplomaten a agitierende Wanderprediger bethätigen. Deutschland hat in d „Los von Rom"-Bewegung die peinlichste Zurückhaltung gezeigt, u immer aufs neue die deutsche Bevölkerung Oesterreichs darauf hi gewiesen, daß sie sich den Zusammenhang mit ihrem Herrscherha lebendig erhalten müsse und ihre eigenen Interessen am besten ve treten werden, wenn sie sich als die zuverlässigste Stütze der Dynas bewähre. Denn darin liegt der Kern unseres Verhältnisses Oesterreich-Ungarn, wir wünschen es stark und einig, und glaube daß dieses Ziel am sichersten durch ein Zusammenstehen von Deuts Oesterreichern und Ungarn zu erreichen ist.

Wie aber verhält sich die russische öffentliche Meinung, so w sie für uns durch ihre Presse sich erkennen läßt? Seit Jahr u Tag säet sie Hader, agitiert durch die Emissäre, die sie in jed slavischen Winkel des Kaiserreiches sendet, und befördert die zent fugale Tendenz der slavischen Stämme, wo immer sie sich zu reg beginnt. Es ist ein systematisches Verhetzen und Vergiften, u das neueste Symptom dieser Arbeit die unverhohlene Genugthuu welche die tschechische „Los von Rom"-Bewegung in den russisch Residenz-Blättern findet. Wir haben der Petition um Kanonisieru des Johann Huß durch den heiligen Synod schon gedacht. D „Pet. Wjedomosti" (vom 14. Dezember) bringen nun die vor vi zehn Tagen gehaltene Rede des tschechischen Deputierten Klofatsch vollem stenographischem Wortlaut, eine Rede, in welcher Klofat ganz direkt die Lösung von Rom für die Nation Hussens verla und ausdrücklich darauf hinweist, daß dadurch auch eine Annäheru an die russische Kirche erreicht werden könnte. Es heißt am Schl der Rede wörtlich:

„Schreckt uns nicht mit dem Gespenst der russischen Knu Sobald wir unseren nationalen Charakter bewahren, bleibt uns a unsere volle Selbständigkeit. Wir bleiben Tschechen und bleiben

Digitized by Google

auch gute Slaven. Wir wünschen Befreiung von Rom ohne
gung unserer westeuropäischen Individualität. Wir fürchten
on Rußland verschlungen zu werden und fürchten auch nicht
ßen slavischen Meere zu verschwinden. Das Gerede von den
sionen' Rußlands und von unseren ‚Träumen' ist hier nicht
atze. Aber wir fühlen und wissen, daß, wenn wir uns der
slavischen Schwester-Nation zu nähern wünschen, wir es vor
auf dem Gebiet der Religion thun müssen. Die religiöse
herung wird auch eine Annäherung auf dem Gebiet
ultur und der Politik zur Folge haben."
er Schlußsatz ist charakteristisch, weil er zeigt, wie unklar diese
en Polititer sind, sobald sie den Boden der Negation verlassen.
on Rom", das ist die negative Seite des Programms, wird
lofatsch historisch und logisch als unerläßliche Notwendigkeit
gt; ein Volk läßt sich aber zu Schritten, die sein religiöses
betreffen, nicht durch logische und historische Gründe, sondern
Gründe bestimmen, die ihr Fundament im Gewissen haben,
urch jene geheimnisvollen geistigen Strömungen, welche die
ung bestimmter Generationen bedingen. Bisher haben etwa
Mann der von Rom Abgefallenen sich um die altkatholische
de des Priesters Jschka in Prag geschart und aus diesem
ist die Petition um Kanonisierung Hussens hervorgegangen.
ir sehen, daß der hl. Synod sich sehr zögernd verhält, und
wir die Tendenz der russischen Kirche zu kennen glauben, läßt
ht erwarten, daß sie die Tschechen anders zu sich nimmt, als
sie sich ohne jeden Vorbehalt den Lehren und Riten der
en Kirche anschließen. Ganz ebenso aber steht es mit der
erung auf dem Gebiete der Kultur und der Sprache. Voller
ß, oder Abweisung bis zu der Zeit, da der volle Anschluß
n kann: tertium non datur. Man wird in Petersburg die
sche Strömung zum Hussitismus mit Vergnügen ansehen, aber
ssitische Tschechen vom Leibe halten, schon weil durch sie ein
Element der Sektenbildung ins Reich hineingetragen würde.
avische Sprache läßt man in Rußland aber nur die groß-
e gelten, das haben die Kleinrussen ebensosehr erfahren wie
olen, und das haben auch alle tschechischen Kolonien auf
em Boden erfahren. Es ist eine Utopie, die Herr Klofatsch

Digitized by Google

seinen Hörern vorgetragen hat, und wie uns scheinen will, eine
Oesterreich-Ungarn sehr gefährliche Utopie.

In Rußland ist eben jetzt „verstärkter Schutz" für 15 Stä
und das ganze Gouvernement Wilna verkündigt worden, im Kön
reich Polen besteht dieser verstärkte Schutz ohnehin fort, es w
erstaunlich, wenn unter diesen Verhältnissen neue Elemente der
ruhe in das Reich hineingezogen werden sollten. Aber man k
doch mit Spannung darauf warten, was unsere Polen und
Polen in Galizien zu diesen Maßregeln sagen, durch welche a
in Rußland lebenden Polen betroffen werden, während die preußi
„Gewaltherrschaft" es nicht für notwendig befunden hat, auch nur
ein Jota die konstitutionellen und bürgerlichen Freiheiten ein
schränken, deren sich unsere polnischen Mitbürger ebenso erfre
wie jedes andere Glied des Königreichs Preußen und des Deutsc
Reiches.

Noch auf eine eigentümliche Erscheinung ist in diesem Zusamm
hange aufmerksam zu machen. Die Franzosen beginnen für
Polen wieder Partei zu ergreifen. Auf einen Artikel des „Temp
der eine scharfe halboffizielle russische Zurückweisung erfuhr, ha
wir schon vor acht Tagen hingewiesen, die „Débats" haben dar
denselben Ton, wenn auch akademischer in der Formulierung,
geschlagen; jetzt wettert Herr André Chéradame im bekannten Patl
in seinem Leiborgan, dem „Eclair": „Plus ça change, plus c'
la même chose!" Jedesmal wenn die Polen im Begriff war
eine große Thorheit zu machen, hat man ihnen von Frankreich
Ermutigungen zukommen lassen; so war es 1812, 1830, 1848, 18
jedesmal haben sie dafür bluten müssen. Wir würden nichts
hafter bedauern, als wenn dasselbe gewissenlose Spiel von neu
beginnen sollte.

In Frankreich sind übrigens neuerdings allerlei Merkwürd
keiten an den Tag getreten. Zunächst droht die „Affaire" wie
lebendig zu werden, und das erklärt sich nur aus der offiziel
Heuchelei, die eine in gut orientierten Kreisen längst bekannte Th
sache verschleiert, welche in Petersburg nicht bestritten, sondern un
vier Augen rückhaltlos zugegeben wird. Obgleich irgend eine politi
Notwendigkeit heute dafür nicht vorliegt, leugnet man in Frankr
noch immer, daß Dreyfus für Rußland spioniert hat; er that

Digitized by Google

ht in der Meinung, daß der Nation amie et alliée nichts
gert werden dürfe, aber es geschah doch immer hinter dem
seiner Vorgesetzten und das bleibt Spionage. Es ist uns
unverständlich, weshalb nicht durch Publizierung dieser That-
urch die dazu berufenen Organe ein für alle Mal dem Lärm
nde gemacht wird. Alle Welt ist daran interessiert, daß
eich sich von der Herrschaft der nationalistischen Presse frei
und den Mut findet, seinen realen Interessen entschlossen
gehen. So wie es heute ist, bleibt es trotz allem für sich selbst
r die anderen Mächte — und wir schließen auch Rußland
us — etwas Unberechenbares, das allezeit durch Plötzlichkeiten,
en Ursprung in der überrumpelnden Macht klingender Schlag-
haben, von seinem Wege fortgerissen wird. Die Rede, welche
g. Massabuau während der Budgetberatung am 3. Dezember
nd die darin ausmündete, daß der Redner eine Annäherung
eichs an Deutschland empfahl, ist in dieser Hinsicht außer-
lich lehrreich. Kein Zweifel, daß sehr viele der patriotischsten
sen ebenso denken wie Massabuau, und auch in der Kammer
es ihm an heimlichen Gesinnungsgenossen nicht gefehlt haben.
r mit seinem Bekenntnis hervorkam, daß er „partisan d'un
vivendi" mit Deutschland sei, fanden, wie der stenographische
t notiert, „mouvements divers" statt, und als er gleich
seine Rede schloß, hörte man, wie derselbe Bericht zeigt, auf
denen Bänken Beifall (applaudissements sur divers bancs).
en war die französische Presse in ihrer Verurteilung dieses
Schrittes einstimmig. Die „Lanterne" nennt es einen Verrat,
r ein schallendes Gelächter hervorrief (nach dem stenographischen
t zu schließen: eine Unwahrheit), die übrigen Blätter variieren
usdruck ihrer Ablehnung, und das finden wir ganz begreiflich.
Massabuau ist nach keiner Richtung hin eine Autorität, jeden-
ein Gambetta, und auch bei diesem erscheint es uns zweifelhaft,
die Nation mit sich fortgerissen hätte, als er im April 1878
einen Besuch in Friedrichsruh die Verständigung mit Deutsch-
finden wollte. Der Augenblick schien günstig, weil Gambetta
er Höhe seines Einflusses stand. Aber damals war er noch
der republikanischen Opposition; sobald er Ministerpräsident
begann sein Einfluß zu sinken und schließlich brach er an der

Digitized by Google

Frage der Verfassungsrevision zusammen. Was so 1884 gesch
hätte auch 1878 geschehen können, und wenn Bismarck sich t
seiner Zweifel schließlich bereit erklärte, den von ihm als Staatsma
sehr hoch eingeschätzten Franzosen zu empfangen, so beweist wohl
Thatsache, daß Gambetta nach dem April 1878 nicht mehr auf
Gedanken zurückkam, daß die günstige Stunde nicht wiederkeh
Was uns betrifft, so meinen wir zwar, daß der Tag einer ehrlic
Versöhnung mit Frankreich einmal kommen wird, aber wir kön
ihm keinerlei Termin setzen. Er kann nur kommen, nachdem Fra
reich die große Enttäuschung erlebt hat, die ihm die Fortsetzu
seiner gegenwärtigen Potitik nicht ersparen wird, und diesen T
können wir ruhig abwarten. Wir wachsen und Frankreich ble
stehen, und deshalb wird, je länger die Entscheidung sich hina
schiebt, um so größer die Enttäuschung und um so entschiedener
Wendung sein.

Zum Schluß machen wir auf eine merkwürdige Schrift a
merksam: Trading Monopolies in West-Africa. A protest agai
territorial concessions by E. D. M. Liverpool 1901. Es
eine Sammlung von Artikeln, die ursprünglich in der englisc
Zeitschrift „West-Africa" erschienen und ihre Spitze gegen das
Frankreich im französischen Kongo gegen den Artikel 5 der Kon
Akte von 1885 beliebte Monopolsystem richten. Wie wir urteil
mit Recht. Der eigentliche Schwerpunkt dieser Ausführungen f
aber auf den Teil des Buches, der die wahrhaft unerhörte M
wirtschaft in dem sogenannten freien Kongostaat betrifft. Es f
blutige, nur zu gut belegte Angriffe gegen die unmenschliche Poli
die König Leopold im Kongostaate duldet, und wir bedauern, hin
fügen zu müssen, durch das von ihm aufrechterhaltene Syst
systematisch fördert. Das Ganze mündet aus in die Aufforder
an Kaiser Wilhelm, hier einzugreifen. Die Mächte hätten 1885 i
Zustimmung dazu erteilt, daß die Association internationale
Congo in einen Staat umgewandelt wurde und daß der König
Belgier, Leopold II., sich zum Souverän dieses Staates proklamie
Auf Grund falscher Informationen sei dieses Abkommen 18
ratifiziert worden, aber unter der Bedingung, daß keine Hande
monopole erteilt würden, der internationale Handel von aller
läftigung frei und das Interesse der Eingeborenen gesichert blei

Digitized by Google

ese Stipulationen seien vielfältig und gröblich verletzt worden. ei der Kongostaat nichts als eine riesige Monopolgesellschaft, durch Sklavenarbeit bestehe. Es gebe dagegen nur zwei das sogenannte Domaine privé, die 800000 englischen tmeilen, die der König sich vorbehalten, müßten der Revision gischen Parlaments unterstellt und dem Despotismus des entzogen werden, der all jene Greuel nach Zentral-Afrika habe; oder aber, wenn Belgien die Verantwortung nicht wolle, müsse der Kongostaat geteilt werden zwischen den drei enden Mächten: Frankreich, England, Deutschland. Das sei ung. Was die Mächte garantiert hätten, könnten die Mächte eder wegnehmen.

r deutsche Kaiser sei der Mann, in dieser Sache die Initiative eifen. An sein hohes Pflichtgefühl gehe der Appell zu Gunsten ngeborenen Zentral-Afrikas. „Könnte er, der eine Gesamt- ortung trägt und dessen Aktionsfreiheit unbeschränkt ist, taub Angstrufen gegenüber, die aus den dumpfen Wäldern des zu ihm hinübertönen?"

it dieser pathetischen Ansprache schließt der Verfasser. Wir leider nicht, was hinter ihm steht. Wenn es ihm gelänge, lische und französische Regierung zu Herolden seiner Gedanken en, wäre die Sache so übel nicht; denn daß die Mißwirtschaft gostaate gen Himmel schreit, das ist allgemach weltkundig n.

Digitized by Google

21. Dezember. Verurteilung der polnischen Studenten, die in Warschau das deutsche Wap
schild am Konsulatsgebäude herabgerissen hatten.
21. Dezember. Arbeiterdemonstration in Pest.
22. Dezember. Enthüllung des Baudin-Denkmals in Paris.
23. Dezember. Beilegung der Zwistigkeiten zwischen Chile und Argentinien durch U
zeichnung eines Protokolls.

25. Dezember 1901.

Die letzten Wochen sind vornehmlich durch den Lärm der Pol
frage in Anspruch genommen worden, und dieser Lärm war
intensiv und wurde gleichzeitig so nachdrücklich von den Polen
drei Teilungsstaaten Rußland, Preußen, Oesterreich erhoben,
er ein lautes Echo in aller Welt fand. In Frankreich konnten se
die offiziellen Blätter der Versuchung nicht widerstehen, die verscholl
Weise von der französisch-polnischen Brüderschaft wieder anzustimm
in England griff man bei der peinlichen Verlegenheit, in welche
englische Tugenddünkel durch den Dissensus der zivilisierten W
in der südafrikanischen Frage sich versetzt sah, begierig nach
Ableitung, die sich darzubieten schien, und selbst von Rußland
Oesterreich her konnten wir im Brustton der Ueberzeugung die V
sicherung hören, daß Preußen die Schranken der Humanität, die
Warschau und Lemberg gewissenhaft eingehalten werden, im Wid
spruch gegen den Geist des Jahrhunderts, mißachtet habe.

Alledem gegenüber ist wohl nützlich, einmal diese polnis
Frage klarzulegen, namentlich aber festzustellen, inwieweit sie
uns besteht, und was an ihr Realität, was Humbug und Lüge
Historisch betrachtet, liegt diese polnische Frage so: Als im Ja
1815 auf dem Wiener Kongreß die Neuregelung der politisc
Geographie Europas erfolgte, bestand weder die Neigung, noch
Möglichkeit, ein selbständiges Polen zu rekonstruieren. Ebensowe
war es dem Kaiser Alexander I. möglich, das gesamte ehem
polnische Gebiet in seiner Hand zu vereinigen. Das österreichi
und das preußische Interesse sträubten sich dagegen, und auch ke
der anderen Großmächte hielt einen so gewaltigen territorialen

Digitized by Google

ür erwünscht. Der Kompromiß, der, wenn wir von dem bis
eſtehenden ohnmächtigen Schmarotzerſtaat Krakau abſehen, die
eltenden territorialen Grenzen der drei Oſtmächte beſtimmte,
den drei Mächten ihre volle Souveränität in den einverleibten
en Gebieten vor. Was ſie gewährten, war Gnadenakt, nicht
chtlicher Vertrag, der durch Nichterfüllung übernommener
htungen verfallen wäre. Auch alles Einſpruchsrecht der Mit-
hner des Wiener Traktats war ausgeſchloſſen, und ihr, als
räglich von England und Frankreich beanſprucht wurde, ſowohl
e 1863 von ruſſiſcher Seite ſehr energiſch zurückgewieſen worden.
er in allen drei Teilungsſtaaten war man im Jahre 1815
en außerordentlich wohlwollend geſinnt: Rußland verlieh dem
ich Polen die freiſinnigſte Verfaſſung, die im damaligen
beſtand, ausſchließlich polniſche Verwaltung, Schulen, Rechts-
en; eine polniſche Armee und, was wohl das Erſtaunlichſte
ne Reihe ruſſiſcher Provinzen, d. h. alles, was bis zum Frieden
druſſow polniſche Provinz geweſen war, wurde den Polen
zur Poloniſierung und thatſächlich zur Katholiſierung über-
Der Kaiſer Alexander trug ſich mit der eigentümlichen Vor-
daß die poloniſierten Gebiete ſeinen Verfaſſungsplänen zu-
er ſein würden, als die rein ruſſiſchen Territorien. Sein
ter Wunſch war, daß Polen ſich der verliehenen Verfaſſung
erweiſe und in Dankbarkeit und Treue zu ſeinem Hauſe und
and ſtehe. In alledem hat er ſich bekanntlich getäuſcht. Von
s 1824 bedeckte ſich Polen mit einem Netz von Verſchwö-
die dahin zielten, die ruſſiſche Herrſchaft abzuwerfen und ein
iges Polen herzuſtellen, dem man die Grenzen von 1772,
h die Territorien geben wollte, die inzwiſchen preußiſch und
niſch geworden waren. Von Ruſſiſch-Polen aus dehnte dieſe
örung ſich auch über das Großherzogtum Poſen und über
aus, und als im Jahre 1826, im Zuſammenhang der Unter-
n, welche die ruſſiſche Militäremeute der ſogenannten Deka-
ur Folge hatte, auch die polniſchen Geheimorganiſationen
wurden, gelang es, einen Teil der Führer unſchädlich zu
die Vereine der Verſchworenen aber löſten ſich auf. Im
830, als die Julirevolution ganz Europa erregte, beſtanden
mehr.

Digitized by Google

Im Großherzogtum Posen hatten die Polen, wenn auch
anderer Weise, das gleiche Entgegenkommen und dieselbe landesväl
liche Fürsorge gefunden. Der Statthalter Fürst Radziwil war P
das polnische Schulwesen, das ganz verwahrlost darniederlag, wu
gehoben, die Kirche ganz der polnischen Geistlichkeit ausgeliefert und
Beamten die rücksichtsvollste Behandlung der national-polnischen St
munaen empfohlen. Man wollte versöhnen und auf diesem Boden das
zu einer preußischen Staatsgesinnung erziehen. Erzielt wurde bekannt
das Gegenteil. Als am 29. November 1830 die Emeute der Un
offizierschule — wir würden sagen der Kadetten — und der Warscha
Studenten ausbrach — dieser „Gelbschnäbel" (blanc becs), wie
seinem Eide treu gebliebener polnischer General noch im Dezem
1830 schreibt —, und die polnische Bevölkerung des Königrei
wider ihre bessere Einsicht sich von diesen Halbwüchslingen zu ei
Revolution fortreißen ließ, da bestanden die weniger fest angefaß
Geheimgesellschaften in Posen noch fort, und es hat nicht an ih
gelegen, daß nicht auch Posen in den Wahnsinn jenes aussichtsl
Verzweiflungskrieges mit hineingezogen wurde. Sie hielten still,
der König vier Armeekorps mobilisiert hatte und der Feldmarsc
Gneisenau, trotz der milden Güte seiner Natur, mit Nachd
die Ordnung aufrecht erhielt. Aber mit elementarer Gewalt
die Feindseligkeit der Posener Polen gegen die Deutschen zu T
und namentlich die Geistlichkeit schürte systematisch diese Gesinnu
„Man macht uns den Krieg aus den Beichtstühlen", schrieb Gneise
im April 1831. In Oesterreich hatten die galizischen Polen
ruhiger verhalten. Der Wiener Hof, damals der aristokratischste
Europa, zog die polnischen Magnaten mächtig an, man wünschte
nicht zu kompromittieren und meinte zudem noch immer Zeit
Anschluß zu finden, wenn der Aufstand in Warschau von Er
gekrönt sein sollte.

Aber der 8. September 1831, da Paskewitsch siegreich in Warsc
einzog, änderte das Bild. In Russisch-Polen kam es zu einem St
gericht von unerhörter Strenge und Härte, das die Polen nur
durch überstehen konnten, daß sie sich beugten „niedriger als
Gras"; in Preußen aber gewährte der König am 25. Dezember
Amnestie, die über alle Untreue des Jahres einen Schleier der Gn
deckte. Aber die ersten Maßregeln zum Schutz der Deutschen in

Digitized by Google

z, die, wie der Oberpräsident v. Flottwell einmal schreibt
eschüchtert waren, „daß sie kaum wagen, ihre Anhänglichkeit
reue zum Ausdruck zu bringen", sind damals endlich erfolgt.
rühmte Verordnung vom 16. Juni 1836 bestimmte, daß polni-
kten stets eine deutsche Uebersetzung beizufügen sei, und als
der Erzbischof Dunin die Frage der gemischten Ehen im
se seiner Polonisierungspolitik auszubeuten bemüht war, griff
nig energisch ein. Man schien endlich in Preußen zu begreifen,
ne Versöhnungspolitik, die bisher verfolgt ward, nur Untreue,
Dank einbringe. Aber unter König Friedrich Wilhelm IV.
man zur alten Praxis zurück, und die Antwort darauf gaben
hre 1846 bis 1848. Wir brauchen hier nicht zu erzählen,
beide Male darauf abgesehen war, nicht nur Posen vom Reich
nen, sondern uns auch Preußen und Oberschlesien als Teile
zu rauben; wie man in Posen bereits von den „Deutschen
er Nationalität" sprach und der Erzbischof Przyluski damals
igte: „Die Hauptbewohner des Großherzogtums Posen sind
d. h. Katholiken, denn polnisch und katholisch gilt, wie ihr
nter uns für ein und dasselbe". In beispielloser Langmut
König wiederum durch eine Amnestie (9. Oktober 1849) Auf-
nd Aufwiegelung vergeben, dann aber durch Verleihung der
ung vom 5. Dezember 1849 das entscheidende Wort gesprochen,
die Einheit der preußischen Monarchie gegenüber dem polni-
eparatismus aufrecht erhielt. Fortan gab es nach dem Gesetz
Monarchie nur noch Preußen, einerlei ob deutscher oder
er Herkunft, und der Staat erkannte, daß es seine Pflicht
s deutsche Element in Posen zu schützen, damit eine Wieder-
der Schmach von 1848 unmöglich werde für alle Zukunft.
er wenn so die preußische Regierung viele Jahre Zeit
, ehe sie sich der Pflichten klar bewußt wurde, die sie der
n Bevölkerung Posens gegenüber zu erfüllen hatte, so dauerte
weit länger, ehe das deutsche Volk in Preußen einsehen
daß hinter den lauten Reden von Freiheit und Nationalität
aubensrechten ein bitterer Rassenhaß steckte, der seine Spitze
nlich gegen Preußen richtete. Die Warschauer Revolution
63, die ebenso wie die von 1831 nicht von Männern, sondern
nz jungen unerfahrenen Leuten, zum Teil Studenten, ein-

Digitized by Google

geleitet und später diktatorisch geführt worden ist, sah in der Be
freiung Polens vom russischen Joch (NB. zu einer Zeit, da de
Kaiser Alexander II. sich in Bezug auf Polen genau mit denselbe
großmütigen Absichten trug, wie einst Alexander I.) nur das Vor
stadium zur Herstellung des Polens von 1772, und damals w
1830/31 hat nur die militärische Aufrüstung Preußens Posen ab
gehalten, sich dem Aufstande anzuschließen. Es ist uns heute kau
noch verständlich, wie damals fast die gesamte öffentliche Meinun
so wie sie in dem frondierenden Abgeordnetenhause ihre Vertretur
fand, mit Leidenschaft für die Polen Partei ergreifen konnte. Bi
marck und der König haben der Nation die große Thorheit erspar
die sie zu machen bereit war, und während auf russischem Bode
Berg und Murawjew wiederholten, was Paskewitsch 1831 getho
hatte, begann allmählich bei uns ein Umschwung im politische
Denken sich vorzubereiten, und die Einsicht durchzudringen, daß d
Ziele der polnischen „Patrioten" und die der deutschen einand
diametral entgegenstehen: daß die polnische Frage wohl ihre Er
scheinungsformen, aber nicht ihr Wesen ändert. Sie war im Jah
1863 dieselbe wie 1830, und die Führer, die damals ihr Volk in
Unglück führten, standen wiederum auf dem Boden der polnisch
Patrioten von 1807. Der Marquis Wielopolski ist das getre
Gegenbild des Fürsten Czartoryski, ganz wie der Erzbischof Dun
dem Erzbischof Przyluski und dieser seinen Nachfolgern entsprich
Der Unterschied liegt nur in der den Zeitverhältnissen angepaßte
Methode ihrer Feindseligkeit gegen alles Deutsche, mag es n
protestantisch sein oder katholisch. Wir haben seither nichts erleb
was darauf hindeuten könnte, daß eine Wandlung in der Gesinnu
unserer Posener Landsleute polnischer Sprache sich vollzogen hät
Sonst ist freilich vieles anders geworden in der Lage des Pole
tums. An eine polnische Revolution ist heute in Russisch-Pol
nicht zu denken; die gewaltige Frontstellung Rußlands nach West
zu muß jeden Gedanken daran im Keim ersticken. Auch gelten i
Prinzip die strengen Ordnungen Alexanders II. noch fort. Au
heute noch darf in Russisch-Polen keine polnisch-katholische Kirc
repariert werden, und jede Mischehe mit einem Gliede der russisch
Kirche führt Kinder und Kindeskinder obligatorisch von der katholisch
zur russischen Konfession. Seit dem 18. April 1885 ist das Russisc

Digitized by Google

terrichtssprache in den Elementarschulen für alle Fächer
snahme des Religionsunterrichts, seit 1865 ist den Polen
werb von Grundbesitz, die Pachtung oder Verpfändung
n verboten, die polnische Bank in Warschau wurde 1889 auf-
u. s. f., und das völlige Aufgehen des Polentums in das
um ist auch heute das nicht aufgegebene Programm der
ng.

urchgeführt ist von all diesen Dingen nur wenig. Gesetze
sich umgehen, und die Polen haben auf diesem Felde eine
elen Jahrhunderten rechnende Erfahrung, die sie zu Meistern
ches ausgebildet hat. Dazu kommt, daß es sich nicht als
erwiesen hat, eine russische Einwanderung in das „König-
u lenken. Die Begünstigung der polnischen Bauern durch die
Regierung, die sie auf diesem Wege gewinnen und gegen
el ausspielen wollte, hat aber diesen Bauernstand zu einem
en Patriotismus erzogen, den er im ganzen früheren Verlauf
Geschichte nicht kannte und der sich auch hier mit der Zu-
keit zum Katholizismus deckt. Ebenso ist ein polnischer
tand gleicher Gesinnung erstanden, wenn sich auch nicht ver-
läßt, daß diese beiden Stände sozialdemokratisch zersetzt sind.
esamtbild zeigt trotz allen Zwanges einen nur äußerlichen
ritt des Russentums, während andererseits das polnische
t in den nicht polnischen Provinzen mächtig vorgedrungen ist
gewissen Zweigen der Verwaltung einen erstaunlich hohen
satz darstellt. Auch das bedeutet ein Stück Macht und wird nicht
rfolg genutzt, so daß wir bei dieser Lage es wohl begreifen,
ußland seine militärische Stellung hier sorgfältig behauptet:
die Erfahrungen von 1831 und 1863 nicht zum drittenmal
olen.

as Eldorado des Polentums ist heute Oesterreichisch-Galizien
ort ist auch der Mittelpunkt der neuen politischen Schule
der sog. Stanczyken, entstanden, die vor allem Erweiterung
nischen Nationalität und konvertierenden Katholizismus predigt.
wird auf der ruthenischen Unterlage Galiziens mit Konsequenz
rfolg betrieben und trifft auch die deutsche Stadtbevölkerung
ns, die in dem Jahrzehnt, das zwischen 1880 und 1890 liegt,
28000 auf 227000 herabgegangen ist, das heißt in diesen

Digitized by Google

10 Jahren sind (wenn wir den Zuwachs der Bevölkerung nicht
Anschlag bringen, durch den diese Zahl noch gesteigert wird) üb
100000 Deutsche in Galizien polonisiert worden und wir fürchte
daß statistische Angaben für das Jahr 1901 noch einen schlimmer
Rückgang anzeigen würden. In ähnlicher Weise schreiten dort d
Polen auf Kosten der Ruthenen und der Katholizismus auf Kost
der unierten Kirche vor. Wie sich diese national-religiöse Propagan
mit einer unerhörten Korruption bei den Wahlen wie in der Ve
waltung verbindet, hat eine Reihe tönender Prozesse gezeigt, d
denen noch das Aergste niedergeschlagen worden ist. Dabei h
durch die unglückliche Rivalität der Ungarn und Deutschen d
Polentum in Oesterreich allmählich die Stellung der ausschla
gebenden Partei gewonnen. Wenn einmal die intime Geschich
Galiziens und ihre Rückwirkung auf die innere Politik Oesterreic
geschrieben wird, dürfte es ein merkwürdiges Kapitel geben, d
aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf neuere Vorgänge in Russis
Polen wie in Posen ein neues Licht werfen würde, denn auch h
uns wird jenes Stanczyken-Programm nachdrücklich in Anwendu
gebracht: der national und konfessionell erobernde Polonismus, d
ist der Feind, den wir bekämpfen. Die Tragikomödie in Wresche
in welcher nur die Marionetten, nicht die eigentlichen Akteure sich
bar wurden, ist ein ernstes Symptom dieses Treibens, der Studente
lärm in Berlin aber ist nicht mehr als ein Jungenstreich, d
nur insofern von Interesse ist, als alle großen Thorheiten d
Polen in den letzten 70 Jahren von solchen halbwüchsig
Elementen ausgegangen sind. Man soll aber nicht an Symptom
kurieren, sondern dem Kern des Uebels nachgehen, und der lie
in dem Zurückdrängen des Deutschtums auf Posen
Boden.

Wie hier einzugreifen ist, darüber haben die verantwortlich
Kreise der Regierung zu entscheiden und es ist nicht unseres Beruf
ein Programm zu entwerfen. Eins aber wissen wir bestimmt: m
der heute in Posen leitenden Richtung eine Verständigung zu suche
wäre der größte aller Fehler. Wenn es sich um Verständigu
handelt, gehört die Initiative ihnen, nicht uns. Wir werden prüfe
was sie bringen, und bringen sie nichts, so werden wir eben unse
Wege weiter gehen.

Digitized by Google

Von diesen heimischen Interessen führen die Ereignisse der großen
k, wie sie in den letzten acht Tagen sich abgespielt haben, weit weg.
Wir denken dabei zunächst an die venezolanischen Angelegen-
, die, wie wir uns erinnern (vergl. Wochenschau vom 4. De-
r), mit dem Siege des Präsidenten de Castro die liberale
ei wieder ans Ruder führten. Einen Grund, uns darüber zu
, hatten wir nicht, denn einmal finden wir in den Reihen der
ellen" so ziemlich alles, was man die „anständigen Leute" in
uela nennen könnte, dann aber ist es de Castro, der den Ver-
ungen, die Venezuela uns gegenüber hat, den hartnäckigsten
dabei auch in der Form ungebührlichsten Widerstand entgegen-
Es handelt sich bekanntlich um eine unanfechtbare Forderung
Deutschen Bank von beiläufig 40 Millionen Mark, und wenn
astro sich nicht, wie zu hoffen ist, eines besseren besinnt, wird
nichts anderes übrig bleiben, als eine Exekution vorzunehmen.
ist zwar unbequem, aber unerläßlich, wenn nicht jede Sicherheit
Verkehrs in Handel und Wandel verloren gehen soll. Es ist
unmöglich, daß in diesem Zusammenhange die „Rebellen"
r die Herren in Venezuela werden, so daß de Castros Triumph
ein rasches Ende nehmen könnte. Jedenfalls sind weitere
ickelungen nicht zu fürchten, da auch bei der neuen Roosevelt-
Formulierung der Monroedoktrin ein Eingreifen der Ver-
en Staaten ausgeschlossen ist. Dasselbe gilt wohl von dem
r ernster ausschauenden Konflikt zwischen Argentinien und
e. Vor kurzem konnte man noch hoffen, daß ein in früheren
ägen vorgesehenes Schiedsgericht Englands das Aeußerste ab-
en werde. Heute ist so gut wie keine Aussicht mehr, daß ein
vermieden wird, und bei den bedeutenden Mitteln, über welche
Staaten verfügen, läßt sich befürchten, daß er blutig und von
r Dauer sein wird. (Der Ausgleich ist inzwischen wider alle
scheinlichkeit doch zu stande gekommen.)
Auch in Hinterindien ist über Nacht ein schon lange schwebender
nsatz akut geworden. Die Stellung Frankreichs geht hier auf
on Bismarck geförderte Kolonialpolitik Jules Ferrys zurück, die
en Jahren 1883 bis 1885 zur Eroberung von Tonkin, 1885
Unterwerfung von Annam und seither zum langsamen, aber
en Vordringen nach Westen und Norden führte. Die ur-

Digitized by Google

sprüngliche Absicht ging dahin, ganz Siam unter französisches Pr
tektorat zu setzen und dadurch ein hinterindisch-französisches Re
zu gründen, das nur durch Birma als Pufferstaat von den britisch
Besitzungen getrennt sein sollte. Da aber die Engländer in d
Jahren 1885—86 das obere Birma unterwarfen, hielten
Franzosen es für nötig, sich in Siam dafür zu entschädigen u
den übrigen Rest Siams zum Pufferstaat zu machen. Streitigkeit
mit Siam wegen Kambodjes gaben den Anlaß zum Einschreiten d
Franzosen, und am 3. Oktober 1899 mußte der König von Sia
einen Vertrag unterzeichnen, der alles Land auf dem linken Uf
des Mekong an Frankreich überließ. Mit England verständigt
sich danach die Franzosen durch ein Abkommen vom 16. Januar 189
welches das gesamte Thal des Menam neutralisierte, jedoch so, d
England sich ein Vordringen in das siamesische Malacca, Frankre
in das siamesische Mekonggebiet vorbehielt. Die Franzosen behaupt
nun, daß Siam sich Eingriffe in Gebiete erlaube, die nach dies
Verträgen ihnen vorbehalten sind und haben, um sich ihr „Rech
zu sichern, den Hafen von Shantabun besetzt, der außerhalb ihr
Sphäre liegt. Daß die Engländer darüber unwillig sind, ist n
natürlich, denn auf dem künstlichen Gleichgewicht, das die Verträ
hergestellt haben, ruht der Friede in jenem fernsten Indien, und
läßt sich noch nicht absehen, wie das gestörte Gleichgewicht wied
hergestellt werden kann. Wahrscheinlich auf Kosten Siams, w
gewiß nicht sehr schwierig, aber auch nicht sehr rühmlich wäre, de
ein Kodex politischer Moral läßt sich aus der praktischen Poli
beider Mächte in Hinterindien nicht abstrahieren. Wir freuen un
daß wir mit diesen Dingen weder direkt noch indirekt etwas
schaffen haben. Dasselbe gilt glücklicherweise auch vom Streit üb
Koweit, der zunächst zwischen der Pforte und England spielt, ab
weil daran die Frage der maritimen Beherrschung des persisch
Meeres hängt, sehr leicht weite Dimensionen annehmen kann. W
finden, daß sich die russische Presse schon jetzt lebhaft darüber erregt u
dabei recht höhnisch jener Allianzpläne gedenkt, mit denen die Herr
ABC jüngst in der „National Review" hervorgetreten sind.

Digitized by Google

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

ia, Zusammenkunft in . 225
-Artikel . . . 395. 404. 428
l-Kader 311
-Hamid II., Sultan 205. 319. 365. 368. 380.
-Rahman, Emir von hanistan (siehe auch Afgha- an) .146. 332. 333. 343. 360
een 127
nien . . . 6. 24. 26. 218
men, deutsch-englisches 33
69. 152. 167. 239. 261. 262.
nz.-englisches 428
fisch-österreichisches, 1897 231
th 374
tungskonferenz, russi-
r Antrag auf eine . 41. 52
r 48
hew, Rat Iwan des reclichen 367
. 65
eidjan, persische Provinz 42
tisches Meer . . 252. 306
nistan 128. 130. 137. 187. 280
334. 342. 343. 353. 360. 372
398.
flikt, eng.-afgh. 63
. . . . 7. 9. 13. 50. 51
utschsüdwest-A. 82
onien, französ. 179
onien, span. 266
ridianbahn, Afrikanische . 42
afrika 30
ntralafrika 419
ander 44. 70. 71. 81. 85. 86 222. 336. 346.
anderbond. . . 220. 221
Aguinaldo, Führer der Filipinos 165. 182
—, Gefangennahme 159
Ajaccio, Maire von 323
Alabama 200. 348
Alaska 200. 402
Alban, Doktor, südamerikanischer General 399. 400
Albanien 80. 281. 282. 304. 320
Albrecht, Prinz, Regent von Braunschweig 383
Aldershot 44. 342
—, Soldatenemeute in . . 344. 346
Alexander I., Kaiser von Rußland 128. 196. 246. 420. 421. 424
— II., Kaiser von Rußland 101. 163 164. 173. 196. 350. 424.
— III., Kaiser von Rußland 24. 232 234.
—, König von Serbien 80. 89. 114 226. 231. 232. 281. 304. 340. 342
Vermählung 49
Alexander v. Battenberg, Fürst von Bulgarien 225
Alexei Michailowitsch, Großfürst 281. 304. 317
Alfons XIII., König v. Spanien 266 267.
Algesiras, Bucht von . . . 259
Algier 6. 172. 201. 284. 311. 312 313. 314. 388.
Alldeutsche 385
— in Oesterreich . . 209. 255. 256
Alldeutscher Verband185. 252. 306
Allianz, deutsch-russisch-französische 185
—, englisch-amerikanische 198. 364 402.
—, englisch-deutsche 104

Digitized by Google

Alliance Franco-Russe 16. 36 50. 108. 109. 133. 161. 172. 176. 179. 208. 252. 273. 298. 326. 338 339. 365. 377.
Allianz, franko-russisch-österreichisch-ungarische 273
—, lateinisch-slavische 111
—, montenegrinisch-bulgarisch-serbische 74
—, russisch-englische 198. 207. 255 337. 364.
—, russisch-englisch-französische . 185 187. 236.
—, russisch-türkische 393
Almodovar, Herzog von — span. Minister d. Auswärtigen 139
Alvensleben, Graf von — Botschafter in Petersburg . 107
Amerika (s. a. Verein. Staaten) 5 33.
—, Freiheitskampf, amerikanischer 45
—, Handel, engl.-am. 361. 362. 363
—, Mittelamerika . . . 406. 407
—, Südamerika 199. 266. 375. 406 407.
—, Zollkrieg, russ.-amerikan. . . 113
Amin Sultan, persischer Minister 360
Amu-Darja. 334
Anastasia Nikolajewna, russ. Großfürstin 257
Anatolische Eisenbahn . . . 42
Ancona, demokratischer Kongreß zu 341
Andrassy, Graf . . . 251. 385
André, französischer Kriegsminister 66
Andriavici, Anarchist . . . 225
Andrussow, Friede von . . 421
Angelsachsen 126
Anichober, Tscheche 293
Anleihe, russisch-französ. 171. 215 224. 265
Annam 427
Antiochia 319
Antwerpen 226
Apraxin, russ. Missionar . . 248
Arabien . . . 78. 140. 201. 319
—, Ostküste von 49
Arbeiterausstand, Moskauer 155
Argentinien 199. 225. 349. 411 420. 427.
Armenien . 8. 24. 352. 384. 411
Arndt, Ernst Moritz 384
„Arrow", Piratenschiff . . . 287
Aschabad 334
Aschanti . . . . . 57.
Asien . . . 173. 279. 280.
—, franz. Kolonien in . . . .
—, Mittelasien 127. 146. 333. 343.
—, Ostasien 5. 9. 12. 33. 36. 40. 146. 174. 223. 238. 366. 406.
—, Südasien . . . . . 7.
Asquith, M. P. . . . 224.
Association internationale du Congo . . . . . .
d'Astorg, franz. Gesandter .
Athen . . . . . .
—, Studentenunruhen in . 387.
Atlantischer Ocean 309. 349.
Aucklaud . . . . . .
Austin . . . . . .
Australien 22. 57. 62. 114. 223. 230. 336.
—, Commonwealth 59. 61. 62. 63. 214.
—, Südaustralien . . . .
—, Westaustralien . . . .
Auswärtiges Amt, deutsches
— Amt, russisches . . . . .
Automobil-Wettrennen . .
„Avanti" . . . . . .
d'Azeglio, Massimo . . . .

B.

Bachmetjew, A., ...
Badeni, Graf . . . . 18.
Bagamojo . . . . . .
Bagdad-Bahn 78. 79. 80. 118. 193. 208. 251.
Bakunin, Michail, russischer Anarchist . . . 246. 254.
Balfour, engl. Staatsmann 260.
Banque Ottomane . . . 78.
Balkan-Halbinsel 6. 8. 9. 19 27. 36. 75. 79. 80. 89. 122. 140. 149. 173. 181. 185. 201. 225. 231. 251. 255. 264. 281. 304. 317. 318. 340.
— -Konvention, russisch-österreichische . . . . . .
— -Slaven . . . . . .
Barcelona . . . . . .
Bardo, Vertrag von . . . .
Bardoux, Jacques, Journalist 363.
Barjätinski, Fürst . . . .
Bartle Frere, Sir . . . .

Digitized by Google

n, Mr., australischer Pre-
niniſter 62. 63
. 332
n-Denkmal 420
n 291
rag, bayr.-preuß. . . . 291
nsfield, Lord . . . 379
Abgeordneter 145
d, Rede des Herzogs
. . . . . 72. 73. 74
ers-Diamanten-Kom-
ie 57
n 31. 75. 147. 265. 290. 331

d 320. 340
etti, franz. Diplomat . 292
r Abbas 42. 360
ir 360
lhmed 63
ford, Lord 336
Graf 424
laagte, Niederlage der
änder bei 359
101. 186. 217. 227. 285. 289
292. 296. 332. 409. 411. 426
rag, Berliner 393
er Kongreß . . 31. 176. 318
eblatt" 327
das-Inseln . . 277. 407
rd, franz. Journalist 280. 307
309. 310. 312. 314.
agnahme des „Bundes-
„General", „Herzog" . 51
abien, Gouvernement . 106

, Gefecht bei 359
tok, Erwerbung von . 101
ß 350
n, franz. Diplomat . . 101
r, Baron 104
owitsch, russ. National-
m 147
. 428
ngham 210
ewyja Wjedomosti"
rsburger Börsenzeitung) 190
393.
rck, Fürst 4. 29. 77. 84. 101
142. 154. 172. 187. 188. 202
230. 251. 289. 292. 308. 393
418. 424. 427.
e, Staatssekretär des Aus-
igen, Ver. Staaten von
amerika 348. 357
erhasset, Sir Rowland 125

128. 130. 131. 137. 184. 185. 187
207. 236. 237. 254. 255. 285. 364
396.
Bloemfontein 220
Blonde-Inseln 146
Bogolepow, russ. Minister der
Volksaufklärung 155
—, Attentat auf ihn. . . 116. 148
Böhmen . 129. 252. 271. 278. 393
—, russische religiöse Propaganda
in 248
Böhmischer Krieg 188
Bolivar, Präsident 398
Bombay, russ. Berufskonsulat in 65
Bonn 194
Bonnal, General . 236. 237. 308
Booker, Kurator der Tuskeegee
Universität 348
Bosnien 90. 182. 248. 251. 282
320. 388.
Bosporus 13. 205. 206. 368. 393
Botha, General 63. 132. 139. 148
153. 191. 276. 359.
—, Frau 210. 245. 275
Bourgeois, Ministerium . . 15
Bovio, ital. Abgeordneter . . 281
Bowles, M. P. . . . 259. 261
Bowring, Sir John, englischer
Kommissar 286
Brasilien 199
Braunschweig 382. 383
„Briefe eines (aktiven) britischen
Offiziers im Felde" 95
Bristol 359
Brodrick, engl. Kriegsminister 138
139. 148. 258.
Brooks Adams, amerikanischer
Politiker 364
Brünn 381
Brüssel 171. 411
Buffalo 332
Bukarest 304
Bulgarien 6. 8. 49. 74. 80. 107
114. 115. 116. 122. 181. 182. 201
225. 231. 232. 281. 304. 317. 318
319.
Bulgarisches Exarchat. . . 319
Buller, General 287. 337. 342. 356
364.
—, Entlassung 355
Bülow, Reichskanzler, Graf von 29
58. 102. 124. 125. 141. 142. 144
145. 146. 148. 151. 167. 168. 188
202. 204. 239. 242. 262. 287. 296
327. 328. 357. 384. 403. 411.

Digitized by Google

„Bund der vereinigten Slaven“ 246 247.
Bundesrat 383
„Bundesrat“, Beschlagnahme des 51
Bündnis siehe Allianz.
Buren 41. 44. 45. 63. 68. 70. 101 102. 120. 130. 150. 153. 154. 169 189. 212. 213. 214. 219. 222. 223 230. 231. 243. 287. 336. 338. 346 347. 391. 411.
— -Krieg 48. 51. 57. 60. 62. 64. 71 72. 81. 85. 86. 94. 95. 96. 103 104. 113. 114. 119. 120. 124. 139 146. 148. 151. 153. 160. 191. 192 200. 207. 210. 211. 212. 213. 214 219. 220. 221. 222. 223. 224. 230 231. 258. 259. 260. 275. 276. 277 286. 307. 315. 326. 330. 332. 337 343. 344. 347. 352. 354. 355. 373 374. 385. 389. 392.
— -Gesandtschaft 315. 344
— -Republiken 44. 57. 62. 95. 139 153. 161. 173. 212. 213. 220. 276 316. 346.
Busch, Moritz 101. 187

C.

de Cadore, franz. Gesandter 290 291. 292.
Caillard, Kontreadmiral 359. 365 369. 370, 377. 378.
„Calchas“-Korrespondenz 185. 187 189.
Caceres, Anarchist 226
Campbell Bannerman, M.P. 102 210. 243. 259. 286. 287. 354.
Canovas, span. Staatsmann 27
Caprivi, Reichskanzler, Graf 2. 4
Carp, rumän. Ministerium 100. 115
Carrington, Expedition des Generals 57
de Castro, Präsident von Venezuela 332. 399. 427
Cavour 154. 281
Cenkow, Präsidialsekretär des Bürgermeisters Srb 250
„Ceska Revue“ 253
Ceylon 277
Chaffee, General 268
Châlon-sur-Saône 115
Chamberlain 21. 38. 57. 60. 61 62. 63. 86. 102. 104. 148. 150. 160 173. 178. 184. 191. 192. 210. 211 212. 213. 214. 219. 261. 278. 287 336. 351. 354. 355. 356. 359. 411.
Chamberlain-Rede 387. 388. 390. 391.
Chartered Company . . 31.
Chéradame André, Journalist 253. 254. 268. 282. 295. 395.
Cherson, Gouvernement . .
Chesterfield . . . . . .
Chicago . . . . . .
Chicago, Anarchistenverhaftungen in . . . . . .
Chile. . . . . 411. 420.
China 3. 5. 6. 10. 24. 25. 33. 52. 53. 54. 68. 69. 81. 85. 93. 104. 118. 121. 124. 128. 132. 142. 144. 145. 146. 147. 150. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 188. 190. 193. 197. 198. 203. 205. 206. 207. 208. 214. 215. 223. 227. 229. 236. 237. 238. 241. 425. 257. 261. 262. 263. 280. 297. 298. 309. 330. 333. 349. 352. 253. 354. 372. 373.
— Angriff auf die europäischen Gesandtschaften in . . . .
Boxergrausamkeiten . . .
— Boxerbewegung . . 34. 52.
Christenverfolgung in China 238
China, deutsche Truppen in .
—, deutsch-französische Waffenbrüderschaft in . . . . .
—, Entschädigungsfrage . . .
—, Ermordung des deutschen Gesandten in . . . . . .
— Friedensverhandlungen . 86. 143. 151
—, Hungersnot in . . . . . .
—, Kaiser von . . . . . .
—, Kaiserin-Witwe von . . .
—, Krieg, chinesisch-japanischer 40.
—, Kriegskostenentschädigung 240. 307
—, Schutz der Christen in. 97.
—, Sühnegesandtschaft . . 297.
—, Vertrag russ-chin. . . 68.
Chinesisch-Turkestan. . . .
Chomjäkow, Slavophile 216.
Christine, Königin-Regentin von Spanien . . . . . .
Chulalongkorn, König von Siam . . . . . .
Clarke, Sir Edward . . . .
Clary, Graf . . . . . .

Digitized by Google

on Bulwer-Vertrag 56. 335
en, engl. Staatsmann . 287
n-China 15
. . . . . 399. 400
nbo 65
nbus, Christoph . . . 139
ans, franz. Botschafter Konstantinopel 332. 340. 356 365. 368. 377
ton, Lord Alwyne . . 72
, franz. Schriftsteller . . 366
iere della serra" . . . 341
z, Eröffnung der . . . 266
s 5
t Lyonnais 171
oe Paris" 294
i, Francesco, ital. Staats- n 109. 384
x" 65
r, Richard, amerikanischer itiker 374
er, Lord 336
well 62
e, General 330
net 56
erland, Herzog von 383. 384
n, Lord Vicekönig von ien 38. 63. 336. 360. 372. 398
orynski, Fürst 424
osz, Anarchist, Mörder Präsidenten Mac Kinley 332

D.

y Mail" 341
i Lama . . . 146. 280. 397
magne, franz. Konsul in snien 252
igk, Baron — Großh. hess. nister 290. 291
mark 239. 331
scher Krieg 188
on 307
ig 332
g, Leutnant zur See . . 263
anellen 13. 176. 206. 368
stadt 290. 291
set, Präsident des Pariser dtrats 294. 295
s, Mr., amerikanischer aatsmann 56
hristenverschwörung 246
Delcassé, franz. Minister des Ausw. 124. 171. 179. 184. 194 197. 208. 215. 218. 268. 273. 274 284. 295. 307. 309. 310. 314. 340 357. 365. 370. 371. 379.
Dalui, Korrespondent d. Petersb. „Wjedomosti" 91. 93
Demokratischer Kongreß in Ancona 341
Dénis, franz. Historiker . . . 321
Déroulède 284
Deschanel, Kammerpräsident 253 271. 273. 274. 284. 295. 366. 395
Dunin, Erzbischof von Posen 423 424.
Deutsche Bank 79. 427
— Bund, der 239
Deutschland, Abkommen mit England 33. 53. 69. 152. 167. 239 261. 262.
—, Auswärtiges Amt 197
—, deutsch-englische Beziehungen 1899 42
—, Einfluß am Goldenen Horn . 43
—, Flotte, deutsche 365
—, Flotte bei Spithead . . . 83
—, Flottenvorlage 32. 33. 43. 51 125.
—, Handelsvertrag, dtsch.-russ. 265
—, Jangtse-Abkommen, dtsch.-engl. 144
—, Kolonialgesellschaft, deutsche . 82
—, Kriegsflotte 33
—, Reichstag 3
—, Tripelallianz, Rußl.-Frankr.-Deutschl. 175. 176
Deutsch-französischer Krieg 117. 385 388. 389.
— -Oesterreicher . . 271. 272. 274
— -Südwestafrika 82
Dewey, Admiral . . . 203. 204
Dillon, irischer Abgeordneter 192 258.
Dinsdale, Sir Joseph, Lord-Mayor von London . . . 374
Disraeli, engl. Premierminister (siehe Beaconsfield) 287
Dolgoruki, Fürstin 350
Don, Gebiet des 305
Dongola 7
Dorpat, Universität (Jurjew) 116 117.
Dortmund 19
Doumer, Gouverneur von Indo-China 13. 15. 280

Digitized by Google

Draga, Königin von Serbien 219 226. 231. 232. 281. 304. 340.
Dreibund 8. 9. 28. 46. 92. 107. 109. 111. 125. 133. 145. 161. 175 179. 185. 203. 209. 229. 237. 238 245. 252. 282. 321. 328.
Dreikaiserbündnis . . . 178
Dreyfusaffäre . . 26. 66. 416
Dsungarei 146
Dünkirchen 332
Durham Light Infantry-Rgt. 347
Durnowo, russ. Minister . . 366
Duget, klerikaler Schriftsteller 15
Duquet, Alfred 268
„Dziennik Poznanski" 299. 300 326. 327.

E.

Ebray, Alcide — französischer Journalist . . 76. 109. 338. 339
„Echo de Paris" 341
Eckstein vulgo Wernher, Beit & Co. 201
„Eclair" 416
Ecuador 398
Edinburg . . . 243. 351. 354
Eduard VII., König von England 84 86. 94. 95. 104. 113. 114. 120 219. 243.
—, „oberster Herr in und über Transvaal" 95. 102
—, König von England, Thronbesteigung 83
Egypten 5. 7. 12. 16. 21. 22. 24 26. 34. 39. 41. 50. 73. 79. 127 161. 187. 308. 310.
Eisenbahn-Vertrag, russisch-chinesischer 6
Ejub Khan, afghanischer Prätendent 333
Elandslaagte 44
Elena, Königin von Italien 162 226.
Elfenbeinküste 361
Elisabeth, Königin von England 83
Elliot-Inseln 146
Elsaß-Lothringen 7. 26. 79. 91 92. 175. 176. 179. 271. 310. 321
Enwer Pascha 205
England 5. 7. 8. 9. 11. 12. 13. 14 21. 22. 23. 27. 29. 31. 32. 33. 34 35. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 47 50. 51. 52. 53. 55. 56. 57. 59. 60 61. 62. 63. 64. 65. 67. 70. 71. 73. 79. 80. 81. 82. 83. 85. 86. 92. 93. 94. 95. 96. 101. 102. 104. 111. 113. 114. 118. 119. 121. 125. 126. 127. 129. 130. 132. 135. 137. 138. 139. 146. 150. 151. 152. 153. 154. 157. 168. 169. 170. 173. 175. 178. 184. 185. 187. 188. 189. 191. 198. 200. 204. 206. 207. 210. 212. 213. 214. 218. 219. 220. 222. 223. 224. 228. 230. 231. 242. 254. 255. 258. 259. 260. 262. 263. 275. 276. 277. 280. 285. 286. 287. 288. 308. 309. 314. 315. 316. 330. 331. 332. 334. 335. 336. 337. 338. 343. 345. 346. 347. 351. 352. 354. 359. 361. 362. 363. 364. 369. 372. 374. 380. 385. 388. 389. 391. 392. 395. 396. 397. 401. 406. 407. 408. 419. 420. 421. 428.
—, Abkommen mit Deutschland 53. 69. 152. 167. 239. 261.
—, Abkommen, franz.-engl. . .
—, Armeereform 138. 139. 148.
—, Beziehungen, deutsch-englische 1899 . . . . . .
—, Commonwealth . . . . .
—, Eisenbahnkonflikt, russ.-engl. in Tientsin 1
—, Eisenbahnvertrag, russ.-engl.
—, Greater Britain . . . 59.
—, Handel, englisch-amerikanischer 362. 363.
—, Jangtse-Abkommen, deutsch-englisches 1
—, Imperialismus 38. 159. 160. 211. 219. 287.
—, Kolonien 62. 73. 95. 211. 286. 362. 363. 364.
—, Kolonien in Amerika . . .
—, Kolonien in Australien 40.
—, Konflikt, afghanischer . . .
—, Kriegführung in Südafrika . 355.
—, Kriegsanleihe 1
—, Marine, englische . 13. 23. 1
—, Parlament . 113. 120. 124. 1 257.
—, Versöhnung, engl.-russ. . .
„Epoche" 2
Erythrea . . . . . .
Esten 3

Digitized by Google

urnelle, französischer
eordneter 284
burg, Fürst Philipp . 296
rat-Tigrisbahn . . . 8
enwesen 3

F.

cius, Gajus 270
karbeiter, Russische . 155
fulla" 341
eninsel im Roten Meer 314
oda 33. 34. 41. 43. 126. 188
309. 310. 314. 315. 370. 390
, Felix, Präsident der franz.
ublik 37
uch in Petersburg . . . 23
ien, chinesische Provinz . 69
nand, Fürst von Bul-
en 8. 49. 74. 89. 173. 281. 304
352
nz von Rumänien . . . 225
, Jules 172 427
ro" 7. 16. 310. 314. 322. 341
inos . . . 159. 182. 406
inaldo, Führer der Fil. 159
182.
n 78
nd 36. 42
sière, Bürgermeister von
rseille 162
well, von, Oberpräsident 423
nightly Review" 184. 185
. 207. 236. 321.
kfurt a./M. . . . 290. 291
kfurter Frieden 92. 188. 321
clament 76
kreich 4. 5. 6. 8. 9. 12. 13
16. 17. 18. 19. 21. 24. 25. 26
31. 32. 34. 35. 36. 39. 40. 41
50. 55. 56. 58. 64. 65. 66. 67
79. 80. 81. 82. 91. 92. 93. 94
97. 98. 108. 109. 110. 112. 117
. 124. 126. 127. 129. 133. 151
. 157. 159. 161. 162. 163. 169
. 172. 176. 179. 187. 188. 197
. 201. 204. 206. 207. 215. 218
. 227. 228. 238. 252. 261. 263
. 266. 267. 268. 270. 271. 272
. 276. 280. 283. 284. 285. 289
. 292. 294. 295. 307. 308. 309
. 311. 312. 313. 314. 315. 320
. 322. 323. 324. 325. 332. 338
. 343. 350. 356. 357. 362. 368
. 370. 371. 377. 378. 379. 380
382. 387. 388. 389. 392. 393. 395
400. 401. 404. 416. 417. 418. 419
421. 427. 428.
Frankreich Abkommen, fran-
zösisch-englisches 428
—, Anleihe, russische . 171. 215. 224
265.
—, Amnestie-Gesetz 56
—, Armee 66
—, Entente franco-russe . . . 5
—, Erbschaftssteuer in 123
—, Handelsvertrag, ital.-franz. 309
—, Kirche in 15
—, Kolonialpolitik 172
—, Kolonien 307. 308
—, Kolonien in Afrika 179
—, Kolonien in Asien 179
—, Konflikt, französisch-türkischer
356. 357. 368. 369. 370. 371. 377
378. 381. 387.
—, Kongregationen 162. 350. 380. 382
—, Krieg, deutsch-franz. 117. 385. 388
389.
—, Kriegsflotte 41
—, Professoren 163
—, Studenten 162. 163
—, Tripelallianz, Rußl.-Frank-
reich-Deutschland . . . 175. 176
—, Tripelallianz, Rußl.-Oester.-
Frankreich 252. 254
—, Verbrüderung, franz.-poln. 420
—, Verbrüderung, tschech.-franz. 248
—, Verfassung vom 24. Februar
1875 98
—, Vertrag mit Marokko 311. 312
313.
— Weltausstellung 1900 . 46. 55
Franz Ferdinand, Erzherzog 253
264. 272
Franz Josef, Kaiser von
Oesterreich 74. 101. 106. 125. 126
182. 245. 253. 263. 264. 271
272. 294. 306. 351.
French Shore bei New-Found-
land 124
Friedenskongreß in Paris 35
Friedrich, Kaiserin, Tod der 326
Friedrich II., König von
Preußen 77. 100
—, Wilhelm III., König von
Preußen 422. 423
—, Wilhelm IV., König von
Preußen 423
—, Ablehnung der Kaiserkrone . 76
Friedrichsruh 417

Digitized by Google

Frogmore, Be[illegible]nigin Victoria . 91
Fürstenberg, [illegible] von 253

Gabriel, tsch[illegible]rer . 293
Galitzyn, Fü[illegible]sident der „Russ[illegible]chaft" 251. 302.
Galizien [illegible] 425. 426
Gallet, Obe[illegible] . . . 237
Gallifet, franz. Kriegsminister 46
Galway 391
Gambetta 417. 418
Garibaldi 281
„Gaulois" 341
„Gazetta di Venezia" . . . 341
„General" Beschlagnahme des 51
Genua 105
Georg I., König von Griechenland 225. 232
—, Prinz von Griechenland 318. 357
—, Herzog von York und Cornwall 210. 243. 359. 360. 363. 364
Getreideproduktion, russische 134
Getreidezölle . . . 134. 137
Gibraltar 218. 259. 260. 287. 314
Giers, russischer Gesandter . . 69
Giolitti, Minister des Innern (Italien) 107. 109
Giurgevo 225
Gladstone . . . 125. 396. 397
Gneisenau, Feldmarschall . . 422
Gnesen 377
Goldenes Horn, Einfluß Deutschlands 43
Goluchowski, Graf 18. 25. 231. 232. 237. 264. 281. 403.
Goold-Adams, Hamilton John — stellv. Gouverneur der Orange-River Colony . . . 71
Gorce, de la, franz. Geschichtsschreiber 179
Gortschakow, Fürst, russ. Reichskanzler 128. 187. 326
Goethe 124
Graspan 389
Greater Britain . . . 59. 61
Grenzregulierungs-Kommission (Togo Dahomey) . . 289
Griechenland 27. 28. 37. 49. 74. 90. 218. 286. 317 319. 357. 396
Griechisch-türkischer Krieg . . 28
Griechische Schuldenfrage . . 29
Griechisch-türkische Streitigkeiten . . . . . .
Gringmuth, Redakteur der russischen Moskauer Ztg . .
Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen . . . . .
Guayana . . . . . .
Guinea, Golf von . . . . .
Gurko, General, russischer . .

H.

Haag . . . . . 275. 276.
—, Friedenskonferenz im 41. 42.
—, Konvention . . . . . .
Haase, Professor . . . . .
Habib-Ullah Khan, Emir von Afghanistan (s. a. Afghanistan) 333. 334.
„Halle" Lloyddampfer . . .
Hellfeld, von . . . . . .
Hamburg . . . . . .
Handelsmuseum, russisch-serbisches . . . . . .
Handelsverträge 4. 29. 134. 137. 177. 244. 265.
Hankau . . . . . .
—-Peking, Eisenbahn . . . .
Hannah, amerik. Politiker . .
Hannover . . . . 77. 383.
„Hannoverscher Kurier" . .
Hanotaux, franz. Staatsmann 218. 309. 379.
Harcourt, Sir William 102. 191. 210.
Hawaii, Annexion von . . .
Hay, Staatssekretär des Auswärtigen der V. St. von Nordamerika . . . . 348. 350.
— Pauncefote-Vertrag 56. 335. 398. 401. 408.
Heidelberg . . . . . .
Heinrich, Prinz . . . 32.
—, Herzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz der Niederlande . . . . . 83. 105.
Hely-Hutchison, Sir Walter Francis — Gouverneur der Kapkolonie . . . . . .
Henry, René, Sekretär des franz. Kammerpräsidenten . . .
„Herold", Petersburger. 403.
Herat . . . . . 54.
Herzegowina 90. 182. 247. 282. 320.

Digitized by Google

en, Alexander, russischer
form-Politiker 247
zog", Beschlagnahme des . 51
n Edinburg", russ. Kreuzer
el. 353
Jean, Journalist. . 307. 310
n 77
Beach, Sir Michael, Schatz-
zler . 190. 191. 192. 200 359
laya-Gebiete 388
ukusch 189
rindien . 13. 33. 427. 428
oire Générale" von
isse und Rambaud" . . 321
son, Sir F. 148
nlohe, Fürst, Reichs-
zler 2. 4. 29. 58. 289. 290. 382
lodwig, Fürst, bayrischer
nisterpräsident . 289. 291. 292
nzollern 242
nd . . . 82. 242. 290 331
ström, Wladimir, Leit-
ker der „Pet. Wjedomosti" 411
Rule 210. 355
kong 22. 286
town, Lord, General-
verneur von English-Au-
lien 59. 62
e Guards 113
ux, Henry, franz. Jour-
ist 65. 173
bert, König von Italien 105
. 331.
mordung des Königs 58. 105
nenbriefe" . . 241. 264
i, chines. Provinz . . . 358
Johann 393. 394. 409. 410
. 415.
t, Präsident der franz.
nama-Gesellschaft . . . 357

J.

ika 362
son . 21. 57. 212. 221. 236
stown, Einnahme von . 236
tse-Abkommen, deutsch-
lisches 144
tsegebiet 52. 53. 132. 146
. 262. 263.
n 32. 50. 52. 69. 124. 132
. 152. 153. 165. 168. 169. 170
. 175. 197. 198. 206. 215. 219
. 228. 229. 230. 238. 265. 280
. 351. 352. 353. 354. 372. 397

Japan, Armee und Marine . 332
—, Krieg, chines.-japan. . 40. 229
—, Kriegsflotte 152
—, Parlament 157
Jeh, chines. Vizekönig 286
Jekaterinoslaw, Gouv. 305. 329
Jenner, englischer Kommissar. 63
Jesuiten 380. 382
Ignatiew, Graf, Präsident des
sl. Wohlthätigkeitsvereins 247. 273
„Ignotus"-Korrespondenz . 186
187. 188. 207. 218.
Jingopartei 401
Jisseh in Maskat, Kohlenstation 41
Imperial Army . . . 73. 74
Imperialismus, englischer 159
160. 177. 211. 219. 287.
Indien 12. 24. 73. 127. 128. 130
178. 189. 223. 230. 334. 360. 362
392.
—, Aufstand in 21
—, Hungersnot in . 3. 57. 286. 357
Indischer Ocean 39
Innsbruck 381
Inquisition 412
Insurrektion, polnische . . 129
Joachim III., ökumen. Patriarch 319
Johannesburg . . . 220. 387
Jolanda Margherita, Prin-
zessin von Italien 236
Josef II., Kaiser von Oesterreich 74
„Le Journal" 253
„Journal des Débats" 26. 45. 76
78. 79. 97. 109. 138. 163. 166
167. 168. 227. 261. 265. 284. 321
338. 341. 361. 387. 388. 389. 400. 416
„Journal de St. Petersbourg" 64
Iren . 200. 210. 257. 260. 391
Irland. 14. 355
—, Steuerfrage in 14
Isaak Khan, afghanischer Prä-
tendent 333. 372
Ischka, altkatholischer Priester 415
Islam 50. 378
Isthmus, mittelamerikanischer 400
—-Kanal 357. 398
Italien 8. 9. 14. 18. 26. 31. 36
46. 47. 50. 52. 58. 107. 108. 109
110. 111. 118. 133. 145. 154. 161
162. 175. 185. 199. 203. 209. 228
281. 282. 304. 321. 322. 328. 331
369. 381.
—, Handelsvertrag, ital.-franz. . 309
Ito, Marquis 69. 152. 169. 397
408. 409. 411.

Digitized by Google

Juan-Schi-Kai, Vizekönig von Tschili 241. 368
Jubaland, Aufstand in . . 63
Julirevolution 421
Jungtschechen 149
Jünnan, Provinz . . . 22. 280
Jurjewski, Fürstin 350
Iwantschew, bulgarischer Ministerpräsident 89

K.

Kabul 334
—, russ. Gesandtschaft in . . . 392
—, russ. Konsulat in 398
Kaffern 114
Kallay, Statthalter von Bosnien und Herzegowina . . . 251
Kambodja 428
Kanada 22. 57. 62. 70. 73. 114. 211 214. 223. 230. 336. 362. 363.
Kandahar 334
Kanton. 286
Kapland 22. 44. 57. 68. 70. 71 114. 139. 155. 161. 178. 212. 220 221. 257. 332. 336
—, Einrücken der Buren ins . 82
—, Kriegsrecht im 346
Kap-Holländer 82. 86. 161. 210. 212 220. 221. 222. 336.
— -Parlament. . . 82. 221. 278
Kapstadt 22. 243. 347
—, die Pest in 103
Karawelow, bulgar. Ministerpräsident 124
Karl I., König von Rumänien 225 232. 304
Karolinen 42. 203
Karolyi, Graf, Botschafter . 101
Karthago 111
Kasan, Gouvernement . . . 305
Kaukasus. . . 50. 215. 305. 388
Keschko, Natalie 114
Ketteler, Ermordung des Freiherrn von 51. 52. 59
Keudell, Robert von . . . 101
Khartum, Einnahme von . . 34
Kiang-Hung 22
Kiangsi, chinesische Provinz . 358
Kiautschau 33. 51. 132. 237. 258 297.
—, Besetzung von. 22. 29. 30. 32
„Kiewljänin" 225
Kiel 257. 332
Kiew. 106. 117. 350

...munruhen in . 87.
... Rudyard 38. 159.
... Präsident des fl.
...igkeitskomitees . .
...ussisch-orthodoxe 247.
..., Lord 44. 70. 81.
... 132. 153. 191. 259.
... 315. 346. 359.
...mation gegen die Buren
...n 79. 80. 185. 205.
...en . . . 78. 87.
...panischer . . . . .
..., tschechischer Depu- . . . . . 414.
...fen, Frhr. von,
...er in Paris . . .
..., ungarisch-slovakische
...skrieg gegen China
...e Zeitung" . . .
...sellschaft, deutsche
...politik, französische
..., siehe bei den betr.
...n, deutsche, in Süd- . . . . . .
...en . . . . . 332.
...krieg in . . . 398.
..., Panslavist 249. 253.
Kongo, franz. . . . . .
— -Akte . . . . . .
— association internationale du
Kongostaat . 218. 310. 418.
Kongregationen, französische 350. 380. 382
—, spanische . . . . . .
Kongreß Berliner . .31. 176.
—, demokrat. in Ancona . . .
— der deutschen Rechtspartei 382. 384. 385.
„Königinhofer Handschrift"
Königsberg. . . . . .
Konoye, Prinz . . . . . 146.
Konstantinopel 6. 42. 79. 80. 128. 175. 188. 206. 281. 369.
Konstantinopeler Postkonflikt 226. 232.
Konzentrationslager 277. 346. 355. 389.
Kopenhagen . . . . . .
Körber, von — österr. Ministerpräsident 157. 183. 403.

Digitized by Google

a 24. 25. 124. 146. 152. 165
. 169. 215. 224. 229. 238. 280
. 354.
senbahn in 5
ärewsky, Professor 116. 117
lewski, Minister der
ltsaufklärung 247
it, Hafen am persischen
lf 428
au 421
ickiewicz-Feier in . . . 249
arz, Doktor, Tscheche 185
. 268. 294
28. 37. 89. 90. 318. 357. 384
okade von 26
uz-Zeitung" . 197. 198. 296
von 1866 . . . . 76. 385
. 305
krieg 72. 127. 171. 213. 230
. 370. 374.
low, russischer Agrarpoli-
r 88
ten 382. 385
stadt 162
er, Präsident 44. 95. 173. 213
. 221. 222. 245. 275. 276. 332

fruf an die „amerikanische
tion" 45
d der Gemahlin des Präsi-
ten 307
egramm 188
inger, Burenführer 236. 257

gnang 22
. 26. 35. 200. 204. 348. 406
. 14
en 78
atkin, russ. Kriegsminister,
neral . . . 54. 342. 360. 372
ger Poznanski" . . 340. 341
l, Gouvernement . . . 305
t 54

L.

smith 355
ert, irischer Abgeordneter 258
sdorff, Graf, russischer
inister des Auswärtigen 54. 75
. 166. 167. 250. 279. 340. 360
. 379.
nnais, französ. klerikaler
riftsteller 15
owne, Lord . . 102. 138
„Lanterne" 162. 417
Lavisse, franz. Historiker 253. 321
366.
Leckert-Prozeß 186
Lemaitre, Jules, franz. Poli-
tiker . . . 253. 271. 273. 366
Lemberg . . . 18.395. 403. 420
Lemire, Abbé 15
Leo XIII., Papst 19. 65. 283. 320
Leopold II., König von Belgien 75
310. 418. 419.
Le Roy-Beaulieu, franz.
Nationalökonom 253
Lesbos, Insel 370
Lessar, russ. Gesandter in China 373
Letten 78. 376
Le Sourd, franz. Diplomat . 292
Levysohn 327
Leyds, Dr., Staatssekretär von
Transvaal 245
„Liberté" 253
Lieber, Abgeordneter . . 19. 98
Liguori, Alfons von, Moral-
theologie 122
Li-Hung-Tschang 10. 228. 297 373
—, Erkrankung 68
—, Tod von 372
„Libertaire" 338
Littauer 78
Livadia 54. 87. 340
Liverpool 418
Lobanow Rostowski, Fürst 24. 351
353.
Lockroy, franz. Marineminister 365
London 84. 102. 113. 135. 174
186. 210. 219. 223. 227. 228. 255
276. 278. 287. 327. 333. 360. 372
397.
Longénieux, Brief des Papstes
an Kardinal 98
Lorando-Affaire . . . 365. 380
„Los von Rom"-Bewegung 264
385. 411. 413. 414. 415.
Lothringen 365
Lotter, Erschießung des Buren-
führers 332
Loubet, Präsident . . 46. 174. 274
332. 365. 379.
Lucanus, von, Chef des Civil-
kabinetts 296
Ludwig II., König von Bayern 291
— der Heilige, König von Frank-
reich 379
— XIV., König von Frankreich 36
321.

Digitized by Google

Ludwig XV., König von Frankreich 266
Lugowoi, russ. Journalist 175. 176 177. 178.
Lur-Saluces, Anarchist . . 284
Luther, Martin 412
Lützow-Prozeß 186
Lynch, Arthur, irischer Abgeordneter 391
Lyné, William 63

M.

McCallum, Sir Henry Edward — Gouverneur von Natal . 71
„Machias", amerik. Kriegsschiff 400
MacKinley, Präsident der Ver. Staaten . . 124. 332. 375. 405
Madrid 139. 266
—, Eröffnung der Cortez . . . 257
—, Kongreß zu 348
Madagaskar 6
—, Annektierung von 26
„Le Magazin colonial et du voyage" 307. 310
Magyaren 385
Mahmed Said Pascha, Großvezier 377
Mailand 207
Maistre, de 157
Makedonien 49. 80 122. 149. 201 218. 232. 318.
Makedonisches Komitee 74. 114 218. 122. 140. 166. 173. 182. 225 281. 318.
Malacca 428
Malo, Charles 45
Mandschurei 6. 52. 54. 69. 78. 79 87. 133. 144. 146. 151. 152. 153 166. 167. 168. 169. 170. 174. 180 185. 190. 197. 203. 204. 215. 223 229. 240. 262. 279. 280. 297. 326 342. 351. 352. 353. 354. 372. 373
Mandschureivertrag 144. 145 159. 164. 168. 372.
Mandschurische Eisenbahn 81. 132
Mannheim 290
Maori 57
Marchand, Oberst-L. . . . 310
—, Expedition 34
Mariannen, Erwerbung der 42
Marinevorlage 1897 . . . 30
Markham, M. P. . . 200. 201
Marlborough House . . . 219
Marokko 35. 161. 172. 201. 218. 227 260. 284. 310. 311. 312. 313. 315.
—, Vertrag mit Frankreich 311. 313.
Marokkanische Gesandtschaft 289.
Marroquin, Vizepräsident v. Kolumbien . . . . . .
Marschall, Frhr. von, Staatssekretär . . . . . .
Marseille, Massenausstand in
Martens, recueil des traités.
Martin, Bischof von Paderborn . . . . . .
— I., Rechtsanwalt . . . . .
Martinière, de — franz. Diplomat . . . . . .
Mary, Herzogin von York und Cornwall . . . 243. 359.
Masampo . . . . . .
Maskat . . . . . .
Massabuau, franz. Abgeordneter . . . . . .
„Matin" . . . . . 65. 173.
Mauer, Große, die . . 198.
—, deutsche Expedition an die
Mauritius . . . . . .
Maxse, engl. Konsul . . . .
Mazarin . . . . . .
Mecklenburg-Strelitz . . .
Mekong . . . . . .
Melbourne . . . . . .
Meletios, griechisch-orthodoxer Priester . . . . . .
Méline, franz. Staatsmann 25. 253.
Menam . . . . . .
Menestrina, Professor . . .
Menschikow, Fürst . . . .
Merriman . . . . . .
Merw, in Turkestan . . . .
Meschtscherski, Fürst, Redakteur des „Graschdanin" .
Mesopotamien . . . . .
Metternich . . . . . 50.
Metz . . . . . .
Mexiko . . . 115. 348. 349.
Mézières, franz. Politiker .
Michailowsky, Professor . .
Milan, König von Serbien 49. 226. 231. 318.
—, König von Serbien — Tod 114.
Millerand, französ. Handelsminister . . . . . 55. 112.

Digitized by Google

ilner, Sir Alfred, High-Commissioner, Gouverneur von Transvaal und der Orange-River Colony 71. 102. 153. 191 219. 220. 221. 222. 228.
issionen, christliche . . . 378
issionsschutz 96
ittelamerika . . . 406. 407
ittelasien 146. 333. 342. 343
ittelmeer. . . 189. 353. 392
iquel, Dr. von — Finanzminister 382
ohamed Omar Khan, afghanischer Prätendent 333
okpho, russ. Kohlenstation in 146
ongolei 146. 151
onroe-Doktrin 27. 33. 40. 202 357. 375. 405. 406. 407. 427.
onceau-les-Mines Arbeiterausstand in. 162. 356
onte Carlo 328
ontenegro 6. 49. 80. 89. 231 232. 252. 281. 304. 317.
orlen, John, M. P. 102. 359 374.
orrison, Dr. 206
oskau 36. 87. 116. 121. 149. 175 195. 215. 247. 305.
Arbeiterausstand in. . 154. 155
Professoren Aufruf der . . 147
Studenten . . . 112. 147. 155
Moskowskija Wjedomosti" 195 196.
osse 327
uhamedaner, chinesische . 205
ühlberg, Dr. von — Unterstaatssekretär 96
ukden 190
ünchen 290
ünchener „Allgemeine Zeitung" 15. 142. 157. 159. 199. 202 204. 225. 366.
urawiew, Graf, russischer Minister d. Auswärtigen 21. 54 424.
usdured Daula, pers. Staatsmann 360
uzefer Eddin, Schah von Persien 233
ytilene. 359. 368
franz. Flotte vor . . 369. 377

N.

agasaki 268. 353
Napoleon I. 32. 36. 39. 63. 109 128. 154. 213. 238. 245. 323. 324
— II., König von Rom . . . 323
— III. 109. 110. 115. 117. 230. 290 291. 321. 323. 324. 379
—, Prinz Louis 37. 253. 322. 323 324. 325.
„Narodny Listy" . . . 252. 393
Natal 82. 222
„National Review" 125. 207. 254 364. 396. 397. 404. 428.
„Naval Works Akt" . . . 259
Nekrasow, russischer Dichter . 88
Nesselrode, russ. Kanzler . . 1
Neufundland . 34. 64. 65. 124
Neu-Guinea 61
— -Granada, Republik. . . . 400
Neuseeland . . . 22. 73. 361
Neusüdwales 362
New-York 27. 225. 327. 375. 405
—, Bürgermeisterwahl in . . . 368
— „Herald" 202
Newa 349
Nicaragua-Kanal 56. 64. 161. 332 335. 349. 400.
Nicole, Abbé 15
Niederlande 175
Niger 22. 26. 172
—, Hinterland des 21
Nihilismus, Nihilisten 113. 147 155. 164.
Nikanor, Bischof 350
„Nikolai", russ. Panzerschiff . 353
Nikolaus I., Kaiser von Rußland 1 127. 129. 181. 246. 370
— hundertj. Geburtstag . . 17
— II, 17. 23. 42. 54. 75. 83. 87. 112 189. 194. 196. 208. 215. 226. 232 236. 237. 279. 303. 332. 333. 338 339. 340. 353. 357. 377.
„Nineteenth Century" . . . 396
Nishni-Nowgorod, Gouvernement 305
Niutschwang 146. 166
Nizza 321. 322
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" . . . 388. 411. 413
Norddeutscher Bund . . . 290
Norwegen 31
Novembervertrag 1899 . . 43
„Novidades" 341
„Nowoje Wremja" 7. 16. 54. 66 78. 79. 80. 137. 171. 186. 188. 190 196. 197. 204. 205. 206. 234. 243 251. 253. 263. 296. 297. 298. 299

Digitized by Google

300. 305. 314. 337. 365. 380. 381 393. 409. 410. 413
„Nowosti“ 137. 393

O.

Oberschlesien 423
Odessa 174. 329
Ogarow, russ. Reformpolitiker 247
Oekumenisches Patriarchat 319
Oman, Golf von 201
Omdurman, Schlacht bei . . 34
Omladina-Bewegung . . . 253
Oranje-Fluß 114
— -Freistaat . . 70. 95. 154. 258
Oranier 242
Orel, Gouvernement 305
Orient, ferner 298. 409
— naher 5. 9. 37. 50. 111. 152. 180 181. 205. 206. 298. 320. 326. 377 380. 381. 392.
—“, „Der rechtgläubige, Wochenschrift 304
Orleans, Herzog von 322. 323. 324 325.
Orlow, Graf Gregor . . . 369
Ormuzd, Straße von . . . 8
Osborne 84
Osnabrück, Katholikenversammlung in 385
„Osservatore Romano“ . . 341
Ossipow, russ. Journalist . . 155
Ostafrika 30
Ostasien 5. 9. 12. 33. 36. 40. 54. 146 174. 223. 238. 366. 406.
Oesterreich 17. 31. 46. 77. 80. 154 157. 158. 161. 162. 175. 180. 246 247. 272.
—, Abkommen, russ.-öster. 1897 . 231
—, Alldeutsche in . . 209. 255. 256
—, Balkan-Konvention, russ.-öster. 352
—, Deutsch-Oesterreicher 271. 272. 274
—, Föderativstaat, österreichischer 254
—, Parlamentarismus . . 74. 157
—, Polen in 420
—, Reichsrat in 82. 122. 123. 149. 342
—, Tripelallianz Oesterr.-Rußl.-Frankr. 252. 254
— -Ungarn 8. 9. 18. 19. 25. 36. 49 50. 74. 90. 108. 111. 115. 118. 125 126. 130. 193. 209. 228. 232. 245 248. 249. 251. 252. 254. 255. 256 263. 264. 268. 269. 270. 271. 274 282. 283. 290. 291. 295. 298. 302 304. 306. 317. 318. 320. 322. 328 340. 343. 352. 381. 388. 398. 403. 411. 412. 413. 414. 416. 426.
Oesterreichisch-ungarische Ausgleichsverhandlungen . . .
Ostsee . . . . . .
Ostseeprovinzen, russische 376.
Otto, Erzherzog . . . . .
Oubril, Botschafter, russischer in Berlin . . . . . .

P.

Pacifico, Don . . . . . .
Palacki, tschechischer Historiker
Palästina . . . . . .
Palau-Inseln Erwerbung der
Palavan-Insel . . . . .
„Pall Mall Gazette“ . . 337.
Palmerston, Lord 287. 365.
Panama . . . 349. 357. 399.
— -Affaire . . . . . .
Panamerikanischer Kongreß, zweiter 348. 357. 401
Pangermanismus 252. 254. 298. 306
Panrussismus . . . . .
Panslavismus 19. 36. 117. 129. 130. 176. 180. 188. 201. 205. 206. 245. 246. 249. 250. 274. 295. 320.
Paotingfu . . . . . .
Paris 13. 163. 227. 252. 253. 266. 268. 270. 271. 273. 274. 285. 287. 289. 291. 295. 307. 369. 371. 391. 420
—, Friedens-Kongreß . . . .
—, Weltausstellung in . . . .
—, Zarenbesuch in . . . . .
„Parlamentaire“ . . 249.
Parlament, Englisches 120. 172
—, Japanisches . . . . . .
Parlamentarismus, Oesterreichischer . . . . . .
Parnell, Charles Stewart .
Pascal . . . . . .
Paskewitsch, Graf später Fürst 17. 422.
Patriarch, chaldäischer . . .
„Patrie française“ . . . .
Patterson . . . . . .
Paul, Kaiser von Rußland 127.

Digitized by Google

owka, ruff. Dorf . . . 350
. . . . . 205. 228
ig 69. 97. 99. 104. 122. 132
. 190. 198. 205. 228. 263. 297
. 332. 373. 411.
griff auf die Gesandt-
aften in 353
sw. Amt in 317
and des Winterpalastes in 184
.
sandtenmord in 229
kau Eisenbahn 147
g, Rückkehr des Hofes nach 174
.
hanheikwan Eisenbahn . . 228
ux, General 105
ezec, franz. Generalstabs-
. . . . . 124. 170
a, Gouvernement . . . 305
, Gouvernement 305
, Rebellion in 398
en 128. 129. 137. 146. 233
. 360. 413.
rtrag Rußlands mit . . 42
scher Golf 8. 39. 42. 118. 178
. 205. 206. 233. 314. 315. 353
.
. . . . . 253. 420
-Paulsfestung . . 116. 163
sburg 36. 37. 83. 87. 113
. 124. 135. 149. 162. 163. 164
. 173. 175. 179. 184. 194. 195
. 208. 215. 225. 231. 233. 234
. 250. 253. 255. 268. 270. 273
. 275. 278. 280. 281. 292. 296
. 327. 333. 340. 349. 351. 352
. 408. 409. 415. 416.
such des Präsidenten der
ng. Republik in 25
sburger Börsenzeitung 120
sburg „Regierungsan-
ger" 87
sburger „Wjedomosti" 66
78. 88. 91. 94. 134. 155. 185
. 215. 251. 282. 296. 301. 302
. 304. 305. 326. 327. 405. 411. 414
Petersburger Zeitung",
tsche 95
t Journal" 295
ow, General — bulgari-
r Ministerpräsident . . . 89
hili, Expedition nach . . 208
olf von . . 34. 42. 69. 81
ovinz 51. 53. 99. 143. 170. 174
. 198. 214. 215. 239.

Philippinen 26. 35. 43. 85. 165. 182
202. 218. 268. 348. 357. 375.
Pichon, franz. Abgeordneter . 270
Piemont 154
Pilsen 293
Pio IX., Papst 98. 110
Piräus 353. 365
Pobedonoszew, Oberprokurator des hl. Synod 273. 366. 393
—, Attentat auf 150. 155
Pogodin, Historiker 247
Podlipny, Bürgermeister von Prag . 249. 252. 293. 305. 306
Podolien, Gouvernement . . 106
Poincaré 271. 273
Polen 17. 18. 36. 77. 78. 87. 129
246. 300. 301. 302. 326. 327. 341
382. 283. 384. 385. 388. 403. 404
411. 412. 415. 416. 420. 421. 423
424. 425. 426.
—, galizische 422
—, Revolution . . 129. 246. 300
— in Preußen 420. 422
— Russisch-Polen 129. 404. 416. 421
422. 424. 426.
„Politik" 249. 252
„Politische Korrespondenz" . 351
Porochow, russ. Journalist . 177
Port Arthur 22. 34. 52
146. 205. 238. 351. 353.
Port au Prince 202
Portugal 21. 29. 175
—, Kolonien 42
Posadowsky, Graf . . 147. 328
Posen 18. 180. 293. 300. 301. 326
382. 403. 404. 412. 421. 422. 423
424. 426.
Posener Akademiker-Prozeß . 300
— Sokolverein 301
Postkonflikt, Konstantinopeler 210
232.
„Pothuau" französisches Schiff 339
Potsdam 100
Pouzet, Ermordung des Franzosen 309
„Praca"-Prozeß 404
Prag 117. 245. 248. 249. 250. 255
268. 292. 294. 295. 301. 305. 393
404. 410. 415.
—, Besuch Kaiser Franz Josef in 263
—, Palacki-Feier in 249
—, russ. Konsulat in 306
—, Slavenkongreß in 247
Prätoria 44
Pressensé, franz. Politiker 394

Digitized by Google

Preßburg 269
Preußen, Königreich 77. 100. 101. 129. 176. 290. 291. 292. 300. 301. 326. 341. 343. 383. 384. 403. 404. 412. 413. 416. 422. 423. 424.
—, Säkularfeier 76
—, Vertrag, bayrisch-preuß. . . 291
Prinetti, italienischer Minister des Auswärtigen 107. 109. 133. 281.
Professoren, Französische . 163
Pruth 127
Przyluski, Erzbischof von Gnesen 423. 424
Puschkin, Feier des 100. Geburtstages von 249
Puttkamer, Staatssekretär 321
Pyrrhus von Epirus . . . 270

Q.

Quai d'Orsay . . 312. 313. 403
Queretaro 115
Queensland 361

R.

Radoslawow-Zankow, bulgar. Ministerium 149
Radolin, Fürst — Botschafter in Paris 107
Radzig, A. A., russischer National-Oekonom 134. 135. 136. 215
Radziwil, Fürst, Statthalter in Posen 422
Ragaz 289
Reitz, Staatssekretär 315
Rakowski, Doktor 404
Rambaud, franz. Historiker 253. 321.
Rampolla, Kardinal . . . 283
Rand, Goldgebiet des . . . 221
Reading 102
Redmond, irischer Abgeordneter 192. 258. 259.
„Reichskorrespondenz" Allgemeine 186
Reichstag, Deutscher . . . 3
„République, Petite" . . . 171
Reuß ä. L. 383
„Reutersches Bureau" . . . 169
Revolution von 1848 . . . 246
Revolutionen, Polnische 246. 300
„Revue des deux mondes" . . 263
„— de Paris" 280
„Revue politique et parlamentaire" . . 108. 111. 25
Rhodes, Cecil . 21. 38. 4. 153. 160. 178.
—, Cecil, in Berlin . . . .
Rhodesia . . . . . .
Rjäsan, Gouvernem. . . .
Richard, französischer Kardin. 65. 98.
Richelieu 31
Richter, Abgeordneter . .
Rieger, Tscheche . . . .
Rigascher Lehrbezirk. . 37
Rimler, Dr. Julius, ungarisch. Politiker 268. 270. 271. 27. 274. 275. 282. 295. 395.
Rio de Oro, Konvention von
Rittich, russ. General 29. 302.
Roberts, Lord, Feldmarscha. 57. 81. 85. 100. 101. 10. 330. 355.
—, Lord, Einzug in London .
—, Lord, Ernennung zum Ea. of Kandahar and Praetoria
—, Lord „of Khartum an. Durban . . . . . .
Rochefort . . . . . .
Rom . . . . 105. 110. 32.
Romagnoli, Rodolfo, Ar. chiſt . . . . . 22.
Roosevelt, Präsident der Ve. Staaten 332. 347. 348. 37. 395. 401. 405. 407. 408. 42.
Rosario . . . . . 22.
Rosebery, Lord 38. 315. 35.
„Rossija" . . . . . 13.
Rotes Meer . . . . . 1.
Rothan, franz. Gesandter .
Rothschild, Baron . . 29.
Rouher, franz. Staatsminiſte. 291.
Rousiers, Paul de . . .
Rumänien 9. 19. 49. 80. 11. 218. 318. 319.
—, Rücktritt des Ministeriums Carp in . . . . . .
Rue Jean Goujon, Katastroph. in der . . . . . .
Rundle, General . . .
Rurik . . . . . .
„Rußki Wjestnik" . . .
Rußland . . . . . 1.
—, russischer Abrüstungs-Antrag 52.

Digitized by Google

and, Adels-Agrarbanken 55
nleihe 171. 224
rbeiterunruhen in 154. 233. 234
rbeiterverhältnisse in 155. 234
5.
uswärtiges Amt 186. 247. 340
alkan-Konvention russ.-östr. 231
2.
ildungswesen in 343
udget 155. 156
senbahnen in . . . 135. 343
senbahnkonflikt russ.-engl. Tientsin 141. 150
senbahnvertrag, russ.-engl. her 52
ntente franco-russe . . . 5
nanzen . . . 55. 155. 156
kussische Gesellschaft" 251. 302
oldvaluta 55
ymnasialreform in . . . 375
andelsmuseum, russ.-serbisch 320
andelsvertrag, dtsch.-russ. 265
ungersnot in 31. 42. 87. 106
4. 357. 358.
nportzölle 147
ndustrie . . 55. 216. 329. 330
ssisch-orthodoxe Kirche 36. 247
7. 393. 409. 410. 414. 415.
ssisch-türkischer Krieg 31. 248
riegsflotte . . 42. 152. 353
ndwirtschaft . . . 88. 135
5. 215. 216.
anifest vom 5./17. Februar 899 42
ißernten in 305. 329
berpreßverwaltung . . . 151
stseeprovinzen 376
eformprojekte in 366
ussisch-Polen 129. 404. 420. 422
4. 426.
euerung in 135
yphusepidemie in 164
chwarze Meerflotte . . . 393
tudenten . . . 195. 196. 216
tudentenunruhen 141. 154. 156
3. 164. 233. 235. 409.
üdrußland, Baumwollen- u. hlenkrisis. 171
üdrußland, Notstand . . . 147
ripelallianz Rußland, ankr. Deutschl. . . 175. 176
ripelallianz Rußl. Oestr. ankr. 252. 254
chinowniktum 157
niversitäten 173. 181. 182. 194
Rußland, Universitätsstatut . 164
—, Unterrichtsministerium . . . 342
—, Valutareform 24
—, Versöhnung, engl.-russ. . . 395
—, Vertrag mit Persien . . . 42
—, Vertrag, russ.-chin. . . 68. 69
—, Volksernährung in 134
—, wirtschaftliche Krisis in . . 343
—, „Wohlthätigkeitsgesellschaften" 414
—, Zollkrieg russ.-amerikan. . . 113
Ruthenen 385. 426
Rzewuski, Graf 17

S.

Sachsen 100
—, Provinz 177
Sagasta, span. Ministerpräsident 124 139. 266.
Sahara 311. 313
St. Etienne, Arbeiterausstand in 351 356.
— Helena 277
„— James Gazette" 341
Saissy, Journalist 252
Salisbury, Lord 14. 21. 38. 102 124. 184. 192. 219. 261. 287. 343 374. 401. 402. 408.
—, Ministerium 190. 200. 211. 243 257. 336. 257. 376. 390. 396.
Salauson, Gabriel, französischer Botschaftssekretär 253
Saloniki 252
Samar, Insel 357
Samara, Gouvernement . . 305
Samarkand. . . 333. 334. 372
Samoa 9. 27. 43. 85. 94. 119. 375 390. 396.
— -Affaire 390
Sanmunbai 47
Sanclemente, Präsident von Kolumbien 399
Sandiko, Generaloberkommandierender auf den Philippinen 182
Sansboeuf 295
Sansibar 4. 119
— -Vertrag 5. 21. 29
Sobieski, Jan, König von Polen 17
San Stefano, Vertrag von 31. 176
Santa Fé, Provinz 225
Santos Vargas, Präsident v. Kolumbien 399
Saracco, ital. Ministerpräsident 100. 105. 106.

Digitized by Google

Saraſow, Präſ. des Makedon. Komitees 49. 74. 318
Saratow, Gouvernement 164. 305
Saroſer Komitat 320
Savoyen 321. 322
Schah von Perſien 146
Schaljäpin, Moskauer Schauſpieler 217
Scheeper, Burenführer . . . 307
—, Gefangennahme des Burenführers 332
Scheiner, Dr. — Generalſekretär des tſchechiſchen Sokolvereins 302 303.
Scheveningen 245
Schleſien 177
Schleswig-Holſtein 77
Schmidt, Joſef, Tſcheche . . 293
— -Beauchez, Journaliſt . 253. 295
Schönerer 274
Schreiner, Kap-Miniſterium . 148
Schulenburg-Oeſt, Graf von der 384. 385
Schwarzes Meer . . . 187. 353
Schwarzhoff, General von 184. 190
Schweden 31. 78. 228
Schwedow, ruſſ. Generalmajor 320
Scottish Liberal Association . 243
Sebaſtopol 176
Sedan 117. 176
Sektierer, ruſſiſche 350
Semipalatinsk, Gouvernement 106
Senegal 309
Serbien 6. 49. 80. 114. 181. 182 201. 226. 231. 281. 304. 317. 318 319. 320. 340. 385.
—, Handelsmuſeum, ruſſiſch-ſerbiſches 320
—, Miniſterkriſis in 107
Sevilla, Belagerungszuſtand in 332
Shanghai 34. 258. 261. 262. 263 309. 353.
Shanheikwan . . . 205. 228
Shantung . . . 30. 33. 52. 68
Shantabau, Hafen von . . 428
Shimonoſeki, Friede von 169 229.
Shiwny, tſchechiſcher Journaliſt 250
Siam 13. 34. 428
Sibirien 112. 164. 193. 246. 330
Sibiriſche Bahn 42. 54. 69. 185 342. 343. 351. 352. 353.
—, Uralgebiet 305
Sidney 59. 61
„Siècle“ . . . . . .
Sierra Leone . . . . . .
Silveſter, Prieſter, Rat Iwan des Schrecklichen . . . . .
Simla . . . . . .
Simſon, Reichstagspräſident .
Singanfu, Expedition nach .
Singapore . . . . . .
Singer . . . . . .
Sinope . . . . . .
„The Sketsch“ . . . . . .
Skiernewice . . . . . .
Skobelew, General . . . .
Skrejſowski, Mitglied des ſlav. Wohlthätigkeitskomitees 249.
Slaven . 157. 254. 256. 264. 293. 295. 301. 302. 319. 414.
—, Balkanſlaven . . . . . .
—, Bund der vereinigten Sl. 246.
—-Kongreß Prag . . . . .
—-Kongreſſe . . . . . .
—, öſterreichiſche 129. 180. 245. 252. 271. 302.
—, Südſlaven . . . . . .
Slaviſche Saiſon-Arbeiter .
— Wohlthätigkeitskomitee 36. 248. 250. 251. 253. 301. 302.
Slovakiſch-Ungar. Koalition
Slovenen . . . . . .
Slavophilen . . 217. 246.
Sofia . . . . .8. 74. 122.
—, makedoniſches Komitee in .
—, Miniſterkriſis in . . . . .
Sokolfeier . 292. 294. 295. 299. 301. 302. 305.
Sokolvereine . . . . . .
Sonnino, italieniſcher Staatsmann . . . . . .
Sorel, franz. Hiſtoriker . . .
Southampton . . . . . .
Sozialdemokratie 3. 133. 170.
Spanien 8. 9. 26. 27. 33. 35 50. 123. 124. 139. 175. 178. 259. 261. 266. 267. 309. 375. 407.
—, Klerus . . . . . .
—, Kolonien . . . . . 266.
—, Kongregationen . . . . .
—, Krieg, Spaniſch-amerikaniſcher 57. 60. 199. 348.
—, Miniſterkriſis in . . . . .
—, Rücktritt des Miniſteriums Azcarraga in . . . . . .
„Spektator“ . . . 15. 198.

Digitized by Google

nskop 355
yead, Deutsche Flotte bei 83
Bürgermeister von Prag 249
.
arin, Schriftsteller . . 217
orin, Herausgeber der
wwoje Wremja" . . 80. 253
bulow 8. 318
ndard" 7. 33. 63. 112. 153
. 197. 220. 222. 329. 330. 340
. 344. 345. 346. 351.
ley 13
czyken, polnisch-galizische
rtei 425. 426
nowitsch, Dr. Milos 269
. 271. 272. 273. 395.
l, tschechischer Abgeord-
er 293
, Präsident der Oranje-
ublik . . . 95. 276. 315. 359
enbosch, Südafrika . . 86
kstrom, Gefecht bei . . 332
el, Kolonialdirektor . . 174
er Ozean . . 39. 349. 352
ing 354
rdza 19
enten, Französische 162. 163
ssische 148. 155. 195. 196. 216
entenunruhen in Athen 387
.
Lemberg 395. 403
Rußland 87. 112. 141. 147. 154
. 163. 164. 233. 235. 409.
Warschau . . 403. 420. 422
n 22. 26. 34. 41
frika 43. 45. 70. 72. 73. 85. 95
101. 119. 120. 138. 141. 146. 150
. 169. 173. 174. 189. 191. 211
. 213. 214. 219. 221. 222. 223
. 237. 275. 276. 315. 316. 330
. 335. 344. 346. 347. 353. 354
. 359. 363. 396. 397. 420.
dafrikanische Friedensver-
dlungen 153
iegführung, englische, in . 103
e Pest in 148
sien. 7. 333
merika 199. 266. 375. 406
.
Carolina 347
ußland, Baumwollen-
Kohlenkrisis in 171
tstand in 147
laven 381
kanal . . . 6. 12. 32. 314

Sühnegesandtschaft, Chi-
nesische 297
„Swjet" 137. 251. 253
Sybel, Heinrich von 289
Synod, Der heilige 366. 367. 393
409. 410. 414. 415.
Syromjätnikow, Vizepräsi-
dent der „Russ. Gesellschaft" 251
302. 365.
Syrien . . . . 39. 319. 380.

T.

Tabora 30
Tailhade, Anarchist 338. 339. 350
Taine, H., franz. Geschichts-
schreiber 160
Taiping-Aufstand 298
Taku-Forts, Erstürmung der . 52
Talienwan, Okkupation von 34. 52
Tambow, Gouvernement . . 305
Tammany Hall . . . 368. 374
Tanganjika 30
Tanger 227. 315
Taschkent 334
Tataren 78
Tatischtschew, russ. Ex-Dip-
lomat und Londoner Korre-
spondent der Nowoje Wremja.
Pseudonym „Argus" . . . 396
Taurien, Gouvernement . . 106
Taus 293
Tauschprozeß 29
Teheran, Verschwörung in . 360
„Temps" 69. 313. 379. 394. 403
416.
Teniet-el-Sessi 311. 313
Themsedampfer 223
Theotokis, griech. Minister-
präsident 394
Thiers 276
Thile, Staatssekretär von 101. 102
Tibet 151
—, Dalai-Lama von 280
Tieftrunk, Doktor, tschechischer
Journalist 250
Tientsin . . . 174. 205. 228
—, Krawall in 236
—, russisch-englischer Eisenbahn-
konflikt in 150
Tientsinbahn 146
Tientsin-Tschinkiang Eisen-
bahnlinie 43
Tiflis 54
Tilsit 128

Digitized by Google

Saraſow, Präſ. des Makedon. Komitees 49. 74. 318
Saratow, Gouvernement 164. 305
Sarofer Komitat 320
Savoyen 321. 322
Schah von Perſien 146
Schaljäpin, Moskauer Schauſpieler 217
Scheeper, Burenführer . . . 307
—, Gefangennahme des Burenführers 332
Scheiner, Dr. — Generalſekretär des tſchechiſchen Sokolvereins 302 303.
Scheveningen 245
Schleſien 177
Schleswig-Holſtein 77
Schmidt, Joſef, Tſcheche . . 293
— -Beauchez, Journaliſt . 253. 295
Schönerer 274
Schreiner, Kap-Miniſterium . 148
Schulenburg-Oeſt, Graf von der 384. 385
Schwarzes Meer . . . 187. 353
Schwarzhoff, General von 184. 190
Schweden 31. 78. 228
Schwedow, ruſſ. Generalmajor 320
Scottish Liberal Association . 243
Sebaſtopol 176
Sedan 117. 176
Sektierer, ruſſiſche 350
Semipalatinsk, Gouvernement 106
Senegal 309
Serbien 6. 49. 80. 114. 181. 182 201. 226. 231. 281. 304. 317. 318 319. 320. 340. 385.
—, Handelsmuſeum, ruſſiſch-ſerbiſches 320
—, Miniſterkriſis in 107
Sevilla, Belagerungszuſtand in 332
Shanghai 34. 258. 261. 262. 263 309. 353.
Shanheikwan . . . 205. 228
Shantung . . . 30. 33. 52. 68
Shantabau, Hafen von . . 428
Shimonoſeki, Friede von 169 229.
Shiwny, tſchechiſcher Journaliſt 250
Siam 13. 34. 428
Sibirien 112. 164. 193. 246. 330
Sibiriſche Bahn 42. 54. 69. 185 342. 343. 351. 352. 353.
—, Uralgebiet 305
Sidney 59. 61
„Siècle“ . . . . . .
Sierra Leone . . . . . .
Silveſter, Prieſter, Rat Iwan des Schrecklichen . . . . .
Simla . . . . . .
Simſon, Reichstagspräſident .
Singanfu, Expedition nach .
Singapore . . . . . .
Singer . . . . . .
Sinope . . . . . .
„The Sketsch“ . . . . . .
Skiernewice . . . . . .
Skobelew, General . . . .
Skrejſowski, Mitglied des ſlav. Wohlthätigkeitskomitees 249.
Slaven . 157. 254. 256. 264. 293. 295. 301. 302. 319. 414.
—, Balkanſlaven . . . . . .
—, Bund der vereinigten Sl. 246.
—-Kongreß Prag . . . . .
—-Kongreſſe . . . . . .
—, öſterreichiſche 129. 180. 245. 252. 271. 302.
—, Südſlaven . . . . . .
Slaviſche Saiſon-Arbeiter .
— Wohlthätigkeitskomitee 36. 248. 250. 251. 253. 301. 302.
Slovakiſch-Ungar. Koalition
Slovenen . . . . . .
Slavophilen . . 217. 246.
Sofia . . . . . 8. 74. 122.
—, makedoniſches Komitee in .
—, Miniſterkriſis in . . . . .
Sokolfeier . 292. 294. 295. 299. 301. 302. 305.
Sokolvereine . . . . . .
Sonnino, italieniſcher Staatsmann . . . . . .
Sorel, franz. Hiſtoriker . . .
Southampton . . . . . .
Sozialdemokratie 3. 133. 170.
Spanien 8. 9. 26. 27. 33. 35. 50. 123. 124. 139. 175. 178. 259. 261. 266. 267. 309. 375. 407.
—, Klerus . . . . . .
—, Kolonien . . . . . 266.
—, Kongregationen . . . . .
—, Krieg, Spaniſch-amerikaniſcher 57. 60. 199. 348.
—, Miniſterkriſis in . . . . .
—, Rücktritt des Miniſteriums Azcarraga in . . . . . .
„Spektator“ . . . 15. 198.

Digitized by Google

onskop 355
thead, Deutsche Flotte bei 83
, Bürgermeister von Prag 249
0.
marin, Schriftsteller . . 217
worin, Herausgeber der
Nowoje Wremja" . . 80. 253
mbulow 8. 318
andard" 7. 33. 63. 112. 153
9. 197. 220. 222. 329. 330. 340
3. 344. 345. 346. 351.
nley 13
nczyken, polnisch-galizische
artei 425. 426
anowitsch, Dr. Milos 269
0. 271. 272. 273. 395.
dl, tschechischer Abgeord-
ter 293
n, Präsident der Oranje-
publik . . . 95. 276. 315. 359
lenbosch, Südafrika . . 86
kstrom, Gefecht bei . . 332
bel, Kolonialdirektor . . 174
ler Ozean . . 39. 349. 352
ling 354
urdza 19
denten, Französische 162. 163
russische 148. 155. 195. 196. 216
pentenunruhen in Athen 387
4.
Lemberg 395. 403
Rußland 87. 112. 141. 147. 154
6. 163. 164. 233. 235. 409.
Warschau . . 403. 420. 422
an 22. 26. 34. 41
afrika 43. 45. 70. 72. 73. 85. 95
6. 101. 119. 120. 138. 141. 146. 150
1. 169. 173. 174. 189. 191. 211
2. 213. 214. 219. 221. 222. 223
0. 237. 275. 276. 315. 316. 330
1. 335. 344. 346. 347. 353. 354
5. 359. 363. 396. 397. 420.
Südafrikanische Friedensver-
handlungen 153
Kriegführung, englische, in . 103
Die Pest in 148
asien 7. 333
amerika 199. 266. 375. 406
07.
-Carolina 347
rußland, Baumwollen-
nd Kohlenkrisis in 171
Notstand in 147
slaven 381
zkanal . . . 6. 12. 32. 314
Sühnegesandtschaft, Chi-
nesische 297
„Swjet" 137. 251. 253
Sybel, Heinrich von 289
Synod, Der heilige 366. 367. 393
409. 410. 414. 415.
Syromjätnikow, Vizepräsi-
dent der „Russ. Gesellschaft" 251
302. 365.
Syrien . . . . 39. 319. 380.

T.

Tabora 30
Tailhade, Anarchist 338. 339. 350
Taine, H., franz. Geschichts-
schreiber 160
Taiping-Aufstand 298
Taku-Forts, Erstürmung der . 52
Talienwan, Okkupation von 34. 52
Tambow, Gouvernement . . 305
Tammany Hall . . . 368. 374
Tanganjika 30
Tanger 227. 315
Taschkent 334
Tataren 78
Tatischtschew, russ. Ex-Dip-
lomat und Londoner Korre-
spondent der Nowoje Wremja.
Pseudonym „Argus" . . . 396
Taurien, Gouvernement . . 106
Taus 293
Tauschprozeß 29
Teheran, Verschwörung in . 360
„Temps" 69. 313. 379. 394. 403
416.
Teniet-el-Sessi 311. 313
Themsedampfer 223
Theotokis, griech. Minister-
präsident 394
Thiers 276
Thile, Staatssekretär von 101. 102
Tibet 151
—, Dalai-Lama von 280
Tieftrunk, Doktor, tschechischer
Journalist 250
Tientsin 174. 205. 228
—, Krawall in 236
—, russisch-englischer Eisenbahn-
konflikt in 150
Tientsinbahn 146
Tientsin-Tschinkiang Eisen-
bahnlinie 43
Tiflis 54
Tilsit 128

Digitized by Google

„Times“ 161. 206. 210. 261. 337 341. 389. 390.
Tirol 82
Tjumen 146
Tobolsk, Gouvernement . . 106
Tolstoi, Graf Leo . . . 195. 366
—, Exkommunikation des Grafen 132. 164.
Tonking 6. 388. 427
Toulon 162. 171. 175. 179. 309
—, italienische Flotte in . . . 174
Tocqueville, franz. Geschichtsschreiber 27
Trafalgar 48
Transafrikanische Telegraphen-Linie 42
Transbaikalien 106
Transkaspi-Bahn 54
Trans-Saharien Eisenbahnlinie 172
Transvaal 5. 7. 10. 21. 24. 41 44. 52. 54. 70. 86. 132. 138. 154 172. 192. 212. 218. 220. 221. 231 308. 315.
—, Mineninduſtrie in 44
Treitſchke, Heinrich von 1. 82. 255
„Tribune“ 249. 341
Trieſt 381
Tripelallianz, öſterreichiſch-ruſſiſch-franzöſiſche . . 252. 254
Tripelallianz, ruſſ.-franz.-deutſche 175. 176
Tripolis 218. 309
Tſungli Yamen 42
Tſchad-See 172. 309
Tſchao Fu, chineſiſcher Staatsmann 373
Tſchechen 129. 249. 253. 255. 263 264. 271. 282. 292. 293. 294. 295 301. 302. 306. 381. 382. 385. 393 394. 409. 410. 411. 114. 415.
—, -Verbrüderung tſchech. franz. 248
Tſcherep-Spiridonowitſch, Präſident des ſl. Wohlthätigkeitskomitees 294
Tſcheſchuan 280
Tſchesme, Schlacht von . . 369
Tſchinowniktum, ruſſiſches 157
Tſchitral 22
Tſchitſchagow, Admiral . . 246
Tſchun, Prinz 297. 332
Tſinan-Fu 228
Tuat 172. 309
Tunis 6
Turin Graf von 226
Türkei 16. 24. 27. 37. 49. 50. 78. 79 118. 180. 206. 208. 232. 281 303. 309. 311. 317. 319. 326 340. 353. 357. 368. 369. 370 377. 378. 379. 381. 428.
—, Türkiſche Chinamiſſion .
—, Türkiſche Flotte . . . .
—, franz.-türkiſch. Konflikt 369 371. 377. 378.
—, Krieg, ruſſ.-türk. . . 31
—, Türkiſche Meerengen . .
—, Streitigkeiten, griech.-türkiſ
Turkeſtan . . . . . .
—, Chineſiſch-T. . . . . .
Turkeſtaniſche Bahn . .
Turnu-Magureli . . . .
Turnvereine, tſchechiſche .
Tuskeegee, Univerſität .
Twer, Gouvernement . . .
Tſu Hſi, Kaiſerinwitwe von China 372

U.

Uchtomski, Fürſt 54. 67. 69 93. 94. 127. 175. 177. 183 190. 196. 197. 198. 208. 217 301. 366. 373. 374.
Ufa, Gouvernement . . .
Uitlander . . . 211. 212
Ultramontanismus . .
Uganda, Aufſtand in . .
Ungarn 126. 183. 199. 252 272. 273. 278. 320. 426.
—, Koalition, ungar.-ſlovakiſch
Ungherini, Garibaldianer
Ugron, Gabriel, ungariſche Abgeordneter 269. 270. 271 273. 274. 282. 295. 395.
Union latine . . . . .
Univerſitäten, ruſſiſche 173 182. 194.
Univerſitäts-Statut, ruſſiſche
„Unſere Wirtſchaft“, .
Uralgebiet, ſibiriſches . .
Uruguay . . . . . .
Urville . . . . . .
Uſambarabahn . . . .
U-Ting-Fan, chineſiſcher Ge ſandter in Waſhington .

V.

Valutareform, Durchführung der, in Rußland . . . .
„Vaterländiſche Volkszeitung“ . . . . . .

Digitized by Google

ezuela 7. 161. 332. 340. 398
99. 427.
ezolanisch-kolumbischer
Krieg 399. 400.
brüderung, tschechisch-
ranzösische 248
einigte Staaten 8. 9. 27. 35
0. 43. 45. 50. 55. 56. 57. 58. 60
9. 113. 138. 144. 161. 165. 178
82. 199. 200. 202. 203. 204. 206
08. 214. 223. 228. 229. 238. 239
65. 278. 286. 332. 335. 347. 348
49. 350. 357. 361. 362. 363. 374
75. 391. 397. 398. 400. 401. 405
06. 407. 408. 427.
Präsidentenwahl 56
rité" 341
nouillet, de, Gouverneur
. Algier 312
trag, bayerisch-preußischer 291
Berliner 393
russisch-chinesischer . . 68. 69
vom 19. Januar 1899 . . 41
wischen Frankreich u. Marokko 311
12. 313.
sailles 290
illot, Louis 15
tor Emanuel III., König von
talien 105. 106. 107. 133.
toria, Königin von Eng-
and 83. 93. 102. 125. 126. 186
88. 362.
Beisetzung der Königin . . 84
Königin, 60jähr. Regierungs-
ubiläum der 22. 38
Leichenbegängnis der Königin 91
Tod der Königin 86
ee 30
conti-Venosta . . 109. 110
ry, Fort 339
iani, franz. Sozialist . . 162
ksraad 221
ltaire" 307
rwärts" 216. 327
Soldatenbriefe des 70
ff. Zeitung" 327

W.

chs, Major 259
rjag", russ. Kreuzer I. Kl. 353
lbeck-Rousseau, Ministe-
ium 55. 66. 82. 90. 97. 123. 218
66. 283. 307. 371.
Ministerpräsident 112. 133. 324. 356
Walderſee, Gen.-Feldmarschall, Graf 53. 86. 104. 121. 144. 150 190. 198. 228. 236. 237. 239. 245 268. 332. 385.
Wales 389
—, Prinz von 86
Walfischbai 119
Walji, Bischof von Eperjes . 320
Walker, General, Präs. der Isthmuskanalkommission . . 357
Wälsch-Tirol 322
Wang-Wan-Tschao, Chef des Ausw. Amtes 368
Wannowski, General, russ. Minist. der Volksaufklärung 166. 173. 180. 182. 194. 375. 409
Wantage, Lord 102
Warschau 129. 225. 299. 327. 420
—, Emeute der Unteroffizierschule in 422
—, Henrik Sienkiewicz-Feier in . 249
—, polnische Bank in 425
—, Studentenunruhen in 403. 420 422.
Warschauer Revolutionen 1831 423
—, von 1863 423
„Warszawski Dnewnik" 251. 299 300.
Washington 27. 56. 200. 332. 348 400. 401.
Washingtoner Kongreß 349. 395 405.
Wassili Ostrow 349
Wassiltschikow 273
Waterloo 285. 355
Waziri, Territorium der . . 22
Weihaiwei, Besetzung von 34. 52
Welfen 383. 384
Wellington. 127
„Weltkorrespondenz" . . 225
Wenden 385
Wernher, Beit & Co. . . . 201
Wesselitzki, Boshidarowitsch 186 187. 188. 189. 218. 236. 237. 254 321. 364. 396.
„Westafrika" engl. Zeitschrift 418
Westfälische Friede, der . . 209
Westindien 35
„Westminster Gazette" . . . 103
„Westnik Jewropy" 147. 264. 342
Westsahara 284
De Wet, General 114. 148. 276. 332
Weyler, General, spanischer . 27
Whates, H., englischer Historiker 401. 402

Digitized by Google

White, Mr., amerikanischer Botschafter 144
Wjätka, Gouvernement . . . 305
Wielopolski, Marquis 17. 18. 424.
Wien . . . 173. 186. 249. 422
—, Eröffnung des Reichsrats in 91. 106.
Wiener Kongreß . . . 32. 420
—, Traktat 421
Wilhelm I., König von Preußen 424
—, Kaiser 101. 230
—, Kaiser, Beisetzung im Mausoleum zu Charlottenburg . . 84
Wilhelm II., Kaiser 5. 23. 51. 84. 85. 100. 102. 118. 125. 185. 186. 188. 194. 225. 226. 227. 236. 237. 242. 253. 274. 289. 306. 308. 322. 365. 385. 418. 419.
—, Attentat auf 158
—, Besuch in England 91
—, Besuch in London 76
—, Besuch in Petersburg . . . 23
—, Graudenzer Rede 30
—, Krügertelegramm 10. 12. 20. 390
—, Palästinafahrt 37. 43
Wilhelm, Kronprinz . . 84. 194
—, Besuch in Wien 182
Wilhelmina, Königin der Niederlande . 83. 105. 242. 332
—, Vermählung 100
Wilhelmshaven 257
Wilna 327. 416
Windhoek, Eisenbahn nach . 30
Witte, russischer Finanzminister 16. 24. 55. 75. 113. 117. 118. 120. 134. 136. 137. 147. 148. 155. 163. 250. 264. 265. 284. 320. 330. 349. 350. 352. 360. 393. 403.
Wladiwostock 353
„Wohlthätigkeits-Gesellschaften, russische 414
Wohlthätigkeits-Komitee, Slavisches . . 36. 247. 248. 2
Wolf, K. H., Mitglied der „Alldeutschen" 3
Wolff'sches Telegraphen-Bureau . . . . . .
Wolseley, Lord . . 72. 138. 3
Worcestershire 3
Woronesch, Gouvernement . 3
„Wostoko-Wedinje", serbische Gesellschaft 3
Wreschener Affaire 377. 403. 4. 411. 426.

Y.

Yeomanry 153. 3
—, Nichtablöhnung der 344. 345. 3
Yokohama 1
York, Graf 3

Z.

Zaimis, griech. Ministerpräsident 3
„Zakaspiskoje Obozrenie" . 3
Zanardelli, italien. Ministerpräsident 106. 107. 109. 110. 1
Zaritzyn 3
Zarskoje Selo 3
Zatotschnikow, russ. Journalist 2
Zentrum 385. 4
Zentralafrika 4
Zentralasien 1
Zola, Emil 3
Zollkrieg 1
Zollkrieg, russisch-amerikan. 1
Zollparlament, deutsches 290. 2
Zolltarif . . . 237. 328. 4
Zulukaffern 2

Digitized by Google

Deutschland und die große Politik anno 1902.

Von

Dr. Th. Schiemann,
Professor an der Universität Berlin.

Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1903.

Digitized by Google

Digitized by Google

zember 1901. Sieg Dewets bei Tweenfontein.
zember 1901. Verständigung zwischen Chile und Argentinien.
zember 1901. Der deutsche Kreuzer „Vineta" trifft in La Guayara ein.
zember 1901. Beitritt der Mächte des panamerikanischen Kongresses zur Haager Konvention.
zember 1901. Rußland lehnt jede Veränderung des Mandschurei-Vertrages ab.
zember 1901. Zurückweisung der Deklaration des Fürsten Czartorysky im galizischen Landtage durch die N. A. Z.

---

1. Januar 1902.

Mit der Beilegung der Streitigkeiten zwischen Chile und
entinien, die in einen Krieg auszumünden drohten, und mit
Beitritt der Staaten des panamerikanischen Kongresses zu den
ulationen des Haager Friedenskongresses klingt das alte Jahr
Wir haben es für uns eingeläutet mit der Gedenkfeier an
200jährige Bestehen des Königreichs Preußen und
n auf den Verlauf des Jahres mit Dankbarkeit zurück. Es
mancherlei Nöte und Sorgen gebracht — sie haben sich über-
en lassen, und dabei konnten wir in angestrengter Arbeit die
ereitungen treffen für die große Neuregelung unserer wirtschaft-
Beziehungen zu den gleich uns emporstrebenden anderen
nen. Die Welt ist wieder weiter geworden. Durch die glück-
und namentlich für uns ruhmvolle Beendigung der chinesischen
ren erschließt sich Ostasien, dessen Schwellen wir bisher kaum
reten hatten, dem Wettbewerb aller, unter Bedingungen, die
als je vorher mit europäischem Völkerrecht vereinbar scheinen.
der dunkle Weltteil, Afrika, wird uns immer mehr ein Be-
es. Wie weit liegen die Tage Livingstones und Stanleys
uns! Fast wie ein Märchen wirken heute die Schilderungen
Fährlichkeiten, die sie überwunden haben, denn so wie sie wird
mehr sie durchleben. Ist von dem Teile Afrikas, der unser

Digitized by Google

geworden ist, am wenigsten die Rede gewesen, so erscheint uns a
das als ein Vorzug. Ruhig und stetig, wenn auch langsamer,
wir wohl wünschten, ist die Arbeit der Erschließung unserer Kolon
vorwärts gegangen und wir können uns rühmen, daß noch niem
eine weite Herrschaft mit weniger Gewaltsamkeit und weniger B
vergießen begründet worden ist. Wir haben Gewalt gebraucht n
wo es Schwäche gewesen wäre, nicht durch die Tat zu bewei
daß wir die Verantwortung für den Frieden des Landes auf un
Schultern genommen haben, und deshalb bedeutete jedes Einschre
auch eine stärkere Festigung des Friedens. Ein größerer Gegen
als zwischen dem Kongostaat, wo die Lothair und Genossen hau
und Deutsch-Ostafrika ist, soweit die Lage der Eingeborenen in
tracht kommt, garnicht denkbar. Im Kongo herrschen die Zustän
die eine nur auf Gewinn bedachte monopolistische Handelsgesellsch
allezeit herbeigeführt hat, wo man ihr unbeschränkte Freiheit l
und das ganze Gebilde dieses Scheinstaates leidet an der inne
Kraftlosigkeit des sogenannten (belgischen) Mutterlandes, dessen E
stenz nur auf dem Kompromiß ruht, den, faute de mieux, die N
barn geschlossen haben. Der Kongostaat ist heute die schlechtest
gierte und best ausgebeutete afrikanische Kolonie, so daß jede Wa
lung der auf diesem Boden betriebenen Raubwirtschaft einen sittli
und politischen Fortschritt bedeuten müßte. Eine Prüfung der Fr
wieweit der Souverän des Kongostaates den auf der Berliner Kon
konferenz vereinbarten Bestimmungen nachgekommen ist, wurde n
jüngst von England aus in Anregung gebracht. Es scheint uns
wünschenswert, daß von berufener Seite einmal die Frage angegri
wird, zumal die belgische Mißwirtschaft in ihren Folgen auch
die Bevölkerung der benachbarten französischen, englischen und d
schen Kolonien zurückwirken muß. So wie die Dinge heute lie
dürfen sie keinesfalls bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß
„Souverän" des Kongostaates erheblich an seinen Einnahmen
lieren sollte. Die Welt hat kein Interesse daran, daß er
reicher wird, wohl aber ist sie in allerhöchstem Grade daran in
essiert, daß die Erschließung Afrikas in einer Weise erfolgt, die
gesunde Entwicklung für die Zukunft verbürgt. Und da scheint
wir wiederholen es, der Weg ganz besonders erfreulich, den
deutsche Kolonialpolitik eingeschlagen hat. Was wir auszuse

Digitized by Google

en, richtet sich an die Adresse des Reichstages, der mit seinen
ligungen so karg ist, daß wir speziell mit der Anlage von Straßen
Eisenbahnlinien bedenklich im Rückstande bleiben. England
trotz der Nöte des südafrikanischen Krieges die Ugandabahn her-
ellt und damit eine Ableitungslinie geschaffen, die der Entwicklung
Deutsch-Ostafrika entschieden gefährlich werden muß, wenn wir
t rechtzeitig ein Gegengewicht gegen die Anziehungskraft dieser
e fertigstellen. Wie großartig ist die Teilnahme der öffentlichen
inung Frankreichs und der französischen Kammern in allen afri-
schen Unternehmungen, gleichviel, ob sie der Initiative Privater
der Regierung entspringen! Das sind doch Tatsachen, die
te Berücksichtigung verlangen und dem Reichstage eine nationale
enpflicht zuweisen, welcher er sich nicht entziehen darf und dem
en Jahre hoffentlich nicht abschlagen wird.

Die Art, wie die nicht von der Gunst der Nation geförderten
nesischen Angelegenheiten zum Abschluß geführt worden
, kann gleichfalls nur mit voller Befriedigung rückschauend ge-
gt werden. Sowohl unsere Diplomatie wie der Feldmarschall
f Waldersee haben es verstanden, in einer Situation von
erordentlicher politischer und militärischer Schwierigkeit jeden
chen Zug zu vermeiden. Wir haben für den Gesandtenmord volle
ugtuung, für unsere Kriegsaufwendungen Ersatz erhalten, unsere
tärische Aktion hat sich vergangener Tage würdig gezeigt, unsere
llung in Kiautschu und seinem wirtschaftlichen Hinterlande hat
gefestigt, endlich haben wir durch unser Abkommen mit England
„Prinzip der offenen Tür" auch für das Jangtsetal zur An-
nnung gebracht. Das ist mehr, als wir erwarten durften, und
so höher anzuschlagen, als zugleich alle Klippen vermieden
den, die den Keim künftiger Verwicklungen in sich schlossen. So
en wir nicht an, der Lösung, welche der chinesische Konflikt ge-
den hat, in vollstem Maße unsere Anerkennung zu zollen.

Was sonst von unserer Regierung auf dem Felde der großen
itik geschehen ist, entzieht sich den Augen der Menge. Aber wir
ben nicht, daß die Aufgabe eine leichte gewesen ist. Das Jahr
01 ist weniger reich an großen positiven Aktionen als an vor-
eitenden Maßnahmen gewesen und hat nebenher eine Summe
politischen Intriguen und von Schwierigkeiten gebracht, die mit

Digitized by Google

der besonderen Politik anderer Staaten zusammenhingen, zu dene Stellung genommen, oder die abgewehrt werden mußten.

Vor allem denken wir dabei an den nunmehr in das drit Jahr gehenden Krieg in Südafrika. Er hat die letzten Auge blicke der greisen Königin Viktoria getrübt. Sie soll — wie glaub haft erzählt wird — mit den Worten hingegangen sein: „O, daß e doch endlich Friede würde!" Es war der traurige Abschluß eine Regierung, die im Laufe von 64 Jahren England zu einer so un erhörten Höhe der Macht und des Reichtums gebracht hatte, daß wie es scheint, der Nation darüber der Maßstab des Möglichen sicher aber der Maßstab für die Grenzen verloren ging, welche un geschriebene Gesetze auch dem Mächtigsten setzen. Unser Volk, da mit Leidenschaft für die Buren Partei ergriff, hat sich nur schwe zu der Einsicht bekehren lassen, daß Deutschland eine Interventio nicht auf sich nehmen durfte, wenn anders es nicht den Krieg au sich ablenken wollte. In denjenigen Kreisen, welche die auswärtig Politik Deutschlands regelmäßig und in ihrem Zusammenhange ver folgen, ist heute kein Zweifel mehr, daß unsere Neutralitätspoliti den Pflichten entsprach, welche wir vor allem doch unserem eigene Volke gegenüber zu erfüllen haben. Heute ist Portugal der einzig Staat in aller Welt, der die Annexion der beiden Burenrepublike als zu Recht bestehend anerkennt. Sonst überall gilt der Krieg, de die Buren gegen England zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständig keit führen, als ein rechter, unter dem Schutz des Völkerrecht stehender und nur durch einen Friedensschluß oder durch die tatsäch liche Eroberung und die danach folgende Unterwerfung der Bure zu beendigender Krieg. So ist denn der Krieg auch durch das ganz Jahr geführt worden mit größerem Verlust und minderem Ruhm der Engländer, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß sie sic tapfer schlagen. Aber der Raum arbeitet ebenso gegen sie, wie di standhafte Freiheitsliebe der Buren und die Abneigung des Afrikander Elements, das seit dem Sommer durch freiwilligen Zuzug di Lücken füllt, welche Tod oder Gefangenschaft in die Reihen de Buren reißen. Der Vorteil, den England dadurch hat, daß di Buren ihre Gefangenen wieder freigeben, gleicht sich so einiger maßen aus, zumal sich immer mehr herausstellt, daß die Organi sation der sogenannten Konzentrationslager nicht nur eine Barbare

Digitized by Google

ern auch eine Torheit war. England hat sich damit eine Last
legt, die selbst bei der nur mangelhaften Verpflegung, die sie
n können, ihrer Kriegführung außerordentlich hinderlich ist.
u kommen die ungeheuren Kosten des Krieges, das allmähliche
achen des Gewissens in weiten Kreisen des englischen Volkes,
ch die Erkenntnis, daß es so wie bisher noch lange, vielleicht
re hindurch, weiter gehen kann. Dieses sind wohl die Er-
ungen, die zu der Dezember-Rede Lord Roseberys geführt
n, durch welche eine Wendung in der künftigen Politik Eng-
s den Buren gegenüber sich ankündigt: Abschluß des Krieges
y Verhandlung und Vertrag mit der vom gegenwärtigen Kabinet
anerkannten Regierung der beiden Republiken. Es würde sich
olchem Falle bestätigen, wie klug der viel kritisierte Schritt
gers war, der ihn zur Übersiedlung nach Holland führte. Aber
ch, es hängen noch viele „Wenn und Aber" vor solchem Aus-
: Der Widerstand der Buren muß sich kraftvoll mindestens noch
halbes Jahr behaupten, und das Ministerium Salisbury-
mberlain muß fallen, endlich — und das ist keineswegs die
gste aller Schwierigkeiten —, die Buren müssen sich bereit
n, entweder auf einen Teil ihres Territoriums, oder auf einen
ihrer Unabhängigkeit zu verzichten, sonst wird auch ein Rosebery
imstande sein, Frieden zu schaffen.

Die Verluste Englands infolge der Bindung seiner Kräfte an
südafrikanischen Boden sind nicht eigentlich direkte; sie charakteri-
n sich dahin, daß England gewisse Grundgedanken seiner Politik
preisgeben müssen. Daß Rußland tatsächlich Herr im Golf
Liaotung werden und in der Mandschurei festen Fuß fassen
te, wäre ohne den Burenkrieg wohl nicht geschehen, und ebenso-
g wahrscheinlich ist es, daß England sich unter anderen Ver-
nissen bereit gefunden hätte, den günstigen Boden zu verlassen,
ihm der Clayton-Bulwer Vertrag in der Frage des Isthmischen
als verlieh. Dasselbe gilt wohl von dem Abkommen über
dyke. Dagegen hat England seine Stellung im Sudan und
ischen Golf nicht nur behauptet, sondern erheblich verstärkt, und
er ist auch sein Einfluß in Afghanistan und Persien nicht merk-
gesunken. Der Thronwechsel hat sich so vollzogen, daß an dem
alismus Englands und seiner Kolonien nicht der geringste Zweifel

Digitized by Google

aufkommen kann, und der imperialistische Gedanke ist durch di
Organisation des Common wealth von Australien erst recht lebendi
geworden. Dafür hat die Weltreise des Prinzen von Wales de
bündigen Beweis gebracht. Kurz, wenn wir summieren, von der
vielbesprochenen Niedergange Englands kann bisher noch keine Red
sein, und die Welt wird nach wie vor mit der Tatsache rechnen
daß England in der Reihe der großen Mächte eine der stärksten is

Unsere Beziehungen zu Frankreich sind nach wie vor gut
gewesen. Die Waffenbrüderschaft in China ist nicht spurlos vor
übergegangen, und die große Politik hat uns nicht in Gegensätz
gestellt. Das Vorgehen Frankreichs in Marokko hat die Grenze
nicht überschritten, von denen wir wünschen müssen, daß sie eing
halten werden, und jene acht Tage orientalischer Krisis, mit dene
Frankreich die Welt überraschte, sind so rasch vorübergegangen, w
sie aufstiegen, und zwar, was doch höchst lehrreich war, auf eine
Wink von Petersburg her. Was aber das mit so vielem Mis
trauen aufgenommene Abkommen Frankreichs mit Italien übe
Tripolis betrifft, so erscheint es uns mehr wunderlich als von pra
tischer politischer Bedeutung. Vorläufig bildet Tripolis noch eine
Teil des türkischen Reiches und wir sehen nicht, daß die Türk
Anlaß hätte, auf diese Gebiete zu verzichten, ganz wie wir nich
glauben können, daß ein italienischer Politiker Neigung hätte, d
orientalische Frage wieder heraufzubeschwören. Italien beginnt i
sehr erfreulicher Weise im Innern energische Reformen vorzunehmen
und das ist zur Zeit wichtiger als alles übrige. Im übrigen geh
die Politik beider Staaten in den eingetretenen Bahnen der b
stehenden Bündnisse weiter, wie denn die oft verlangte und ang
kündigte Wandlung im System der europäischen Allianzen nicht ein
getreten ist, trotz aller Bemühungen einer internationalen Kliqu
von Intriganten, die in der zweiten Hälfte des Jahres viel von sic
reden machte. Engländer, Russen, Ungarn, Tschechen, Franzosen –
ein merkwürdiges Gespann, hinter welchem, wie sich bald zeigt
nichts anderes stand als die ungeheure Eitelkeit dieser Herren selbs
Das verhältnismäßig viele Mitglieder der österreichisch-ungarische
Monarchie dazu gehörten, erklärt sich aus den unerquicklichen Gegen
sätzen der Nationalitäten, die sich gerade dort mit blinder Leiden
schaft bekämpfen. Das Ministerium Körber hat mit bewunderungs

Digitized by Google

iger Langmut getan, was an ihm lag, um eine Wendung zum
en herbeizuführen. Fast scheint es, als wäre es nahe daran,
er Möglichkeit einer Wendung zum besseren zu verzweifeln.
bliebe als ultimo ratio die Rückkehr zu einem autoritativen
nent. Aber auch dann — wie viele Klippen und Untiefen gäbe
überwinden!

Wir sind damit an eine Frage gekommen, die das scheidende
als ein ernstes Problem gestellt hat. In einer ganzen Reihe
Staaten verwirtschaftet der Parlamentarismus den Rest
Ansehen, der ihm geblieben ist. Die Schimpf- und Prügel-
, wie sie sich in Wien und Paris mit einer gewissen Regel-
gkeit in den Kammern wiederholen, analoge Erscheinungen in
en und in Spanien geben begründeten Anlaß zu den trübsten
chtungen. Muß nicht einmal der Augenblick eintreten, wo
was mit dem hohen Gedanken einer Volksvertretung Vor-
ngen von Anstand und Würde verbindet, sich von ihm abwendet,
läßt sich bestreiten, daß auch da, wo heute noch die Formen
hrt werden, eine Deteriorierung nicht zu verkennen ist?

Das nächstliegende Hilfsmittel, die strenge Handhabung einer
olchen — früher für undenkbar gehaltenen — Ausschreitungen
enden Geschäfsordnung, ist eine Palliativ, nicht ein wirkliches,
Wesen der Krankheit treffendes Heilmittel. Die Krankheit liegt
. Es ist eine gewisse Verrohung, wie sie weniger durch die
andlungen in den Parlamenten selbst, als durch die voraus-
den Aktionen der in den Wahlkampagnen überhitzten Partei-
sätze, durch das Reden über das Parlament hinaus, kurz nicht
den demokratischen, sondern durch den demagogischen Charakter
es öffentlichen Lebens bedingt wird. Wo, wie bei uns, ein
tutionelles Königtum dem Minister stürzenden und Minister
enden parlamentarischen Ehrgeiz Schranken setzt, läßt sich mit
leben, und ebenso in England, wo die Tradition eine Macht
Wo dagegen der volle Parlamentarismus herrscht und romanische
nschaftlichkeit oder gar slavische Zügellosigkeit mit ihm agieren,
cheint die Wendung zu irgend einer Form des Absolutismus
geradezu aufzudrängen. Von diesem Standpunkt aus scheint
ablehnende Haltung, welche Rußland den auf eine Verfassung
nteten Wünschen seiner Liberalen gegenüber einnimmt, wohl ver-

Digitized by Google

ständlich. Ein russisches Parlament wäre aller Wahrscheinlich
nach für fruchtbare Arbeit ebenso ungeeignet, als es alle Zeit
polnischen Reichstage gewesen sind. Aber verkennen läßt sich ni
daß dieses Verlangen nach einer Verfassung in den Kreisen der
bildeten Russen, besonders aber der russischen Jugend, den Chara
einer fast krankhaften Leidenschaft angenommen hat. Die chronis
Studentenunruhen sind ein Symptom dieser Stimmung und ha
dadurch besondere Bedeutung gewonnen, daß sie sich mit einer
nehmenden Arbeiterbewegung kombinieren, die einen sozialistis
Charakter zu gewinnen beginnt, und sich dadurch eigentümlich fä
daß sie zum Teil sektiererische Elemente in sich schließt. Die w
schaftlichen Nöte, die parallel gehen, die neue Form des Tolstois
Mystizismus, die, sobald man schärfer zusieht, Staat und Ki
negiert und sowohl in die oberen Gesellschaftsschichten hinauf wi
das Volk hinab wirkt, das alles gibt ein überaus merkwürd
Bild der in dem heutigen Rußland herrschenden Gärung.
vermögen ihren Ausgang keineswegs vorherzusagen, gerade
Unwahrscheinlichste ist vielleicht bestimmt Wirklichkeit zu werd
plötzliche Umkehr oder völlige Wandlung des Bestehenden. Be
ist denkbar.

In der Richtung seiner Politik ist Rußland in bekan
Bahnen weitergeschritten: friedlich in Europa, stetig vordring
in Asien, an der französischen Allianz festhaltend, aber auch in g
Beziehungen zu England und zum Dreibunde, zur Zeit wi
offiziell der beste Freund der Türkei, wie die jüngste Auszeichn
des Botschafters Sinowjew durch den Sultan beweisen sollte,
doch sehr interessiert an der steten Beunruhigung, die von den kle
Balkanstaaten ausgeht, kurz so, wie wir es seit Jahren ken
Vor allem geduldig in seiner Politik und zäh, es kann warten,
es gibt nichts auf. Fast könnten wir das Gegenteil von der Po
der Vereinigten Staaten sagen, wenn nicht die Zähigkeit
gleiche wäre. Aber Amerika ist merkwürdig ungeduldig, impu
und vordringend, weniger heuchlerisch, aber ebenso praktisch
England, zur Zeit vor allem eine wirtschaftliche Bedrohung für
europäischen Staaten durch die Rücksichtslosigkeit seines wirtschaftli
Egoismus. Aber auch politisch hat die neue Fassung, die Präsi
Roosevelt der Monroedoktrin gegeben hat, etwas Verblüffendes

Digitized by Google

ungeschminkten Anmaßung. Nie hat sich eine politische Theorie
cher und dehnbarer gezeigt, und nichts gibt uns die Bürgschaft
daß sie nicht in Zukunft einmal unter einem neuen Präsidenten
neue noch überraschendere Gestalt annimmt. Vielleicht liegt die
ktur aber eben in jener Überspannung der politischen und
haftlichen Ansprüche. Es steht keineswegs fest, wie die kräftigeren
üdamerikanischen Staaten, vor allem Chile und Argentinien,
ehre von der Vormundschaft des Nordens über den Süden
hmen werden. Sie ist bequem, so lange sie Schutz verheißt,
uem, wo sie der Selbstbestimmung Schranken setzt. Die praktische
sche Erfahrung allein wird die sich daraus ergebenden Schwierig-
deutlich hervortreten lassen.

Wir müßten in dieser raschen Übersicht noch Japans und der
n Staaten gedenken. Aber die letzteren kommen mehr als
ßgebiete der großen Mächt ein Betracht oder stehen, wie Schweden,
atenlos bei seite, Japan aber wartet seiner Stunde und wird
wenn die große orientalische Frage wieder einmal lebendig
n sollte. In China gewinnt es merklich an Boden und Geltung,
aber muß es sich bescheiden. Mehr als überall sonst fühlt es
ähmung Englands. Doch wir brechen ab. Das Jahr 1901
uns trotz allem ein günstiges Jahr und ein Jahr des Vorwärts-
ens auf richtig erkundeten Wegen, und „vorwärts" soll auch
arole der Zukunft sein.

Digitized by Google

1. Januar 1902. Rede des französischen Botschafters Barrère über die französisch-italie Verständigung.
3. Januar 1902. Arbeiterunruhen in Barcelona.
3. Januar 1902. „Enthüllungen" der Times zur Vorgeschichte des Gesandtenmordes in P
7. Januar 1902. Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking.

---

8. Januar 1902.

Wir haben an dieser Stelle lange nicht von der Lage auf Kriegsschauplatz in Südafrika geredet, weil es dem n tärischen Laien immer schwieriger wird, nach den einseitigen Berich die das englische Ministerium zu veröffentlichen für gut findet, aus den erbitterten Stimmen, die von Zeit zu Zeit aus dem L der Buren zu uns herüberklingen, die Wirklichkeit der politischen der militärischen Lage zu erkennen. Jetzt, da wir Gelegenheit ge haben, einen besonnenen und wahrhaftigen Mann zu sprechen, vor dem Kriege und während der ganzen Dauer desselben bis wenigen Monaten, erst unter den Buren, dann mitten im Kri treiben des englischen Hauptquartiers den Ereignissen ins Ge sehen konnte, glauben wir unsere Zurückhaltung aufgeben zu kön Freilich werden wir uns genötigt sehen, manchen Illusionen entge zutreten, die uns lieb geworden sind, aber wir denken, auch hier der Satz: amicus Plato, amicus Aristoteles, magis amica veri

Gleich der erste Kardinalpunkt muß befremden. Was ist letzte und entscheidende Grund, der die Buren in ihrem Kampf g England in Waffen hält, und ihnen trotz allem stets neuen Z aus den Reihen der Afrikander des Kaplandes, ja zum Teil s aus den Reihen der Engländer selbst zuführt? Jeder von uns sagen: sie kämpfen um ihre Unabhängigkeit und sind, wie uns Präsidenten Krüger und seinem Stabe so oft und so nachdrü versichert wird, entschlossen, diese Unabhängigkeit zu behaupten lange noch ein Atemzug in ihnen lebt. Die anderen aber, die i

Digitized by Google

n und ihre Gefahren teilen, sympathisieren mit dieser helden-
n Freiheitsliebe, und deshalb steht heute fast ganz Südafrika
ffen gegen England. Gewiß, so scheint es, und die Buren-
in Europa mögen es wohl glauben. Es ist aber nur ein
er Wahrheit, und zwar der Teil der Wahrheit, der am
en Aussicht hat, sich zu behaupten. Kämpft England um die
ung des Territoriums der Buren und um die Begründung
englischen Alleinherrschaft auf diesem Boden, so bleiben die
jetzt schon das dritte Jahr in Waffen, weil die Frage ihrer
ingigkeit sich mit einem anderen Problem so völlig verschmolzen
aß im Augenblick ihnen beides identisch erscheint, und dieses
m ist die Frage nach der künftigen Stellung der
rn. Nichts ist falscher als die von England aus verbreitete
ptung, daß die Buren die Kaffern mißhandelt hätten und noch
nißhandeln. In Wirklichkeit ist das Verhältnis ein vortreff-
nur daß die Buren unter keinen Umständen eine Flinte im
der Kaffern dulden und niemals den Kaffern die Stellung
leichberechtigten gewähren. Die Schwarzen bleiben Diener,
t und gerecht behandelt werden, zu denen der Bur sich wohl
g herabläßt, denen er aber ebensowenig eine politische Gleich-
gung zugesteht, wie das Recht, europäische Schußwaffen zu
Daß eine solche Behandlung der Schwarzen richtig, ja
dig ist, darüber herrscht in ganz Südafrika nur eine Meinung.
die im Kaplande dauernd lebenden Engländer urteilen und
n nicht anders. Nur daß sie es nicht wie die Buren, welche
fahrung von mehr als einem Jahrhundert hinter sich haben,
en, die Kaffern richtig anzufassen. Es ist eine bekannte Tat-
daß jeder Schwarze gern in die Dienste eines Buren und nur
erster Not in die eines Engländers tritt. Selbst heute liegen
rhältnisse so, daß der Engländer in Pretoria, selbst wenn er
eifachen Lohn zahlt, keinen Schwarzen zum Diener bekommt,
d dieselben Schwarzen als unbezahlte, nur genährte Diener
uren ins Feld folgen, ihr Gepäck zu tragen oder Dienste als
r und Pferdeknechte zu leisten. Denn ins Feuer schickt ein
kommando die Kaffern unter keinen Umständen.
iese Verhältnisse von Weißen und Schwarzen, die zu Anfang
rieges von den Engländern noch respektiert wurden, sind nun

Digitized by Google

im Fundament dadurch gewandelt worden, daß sie die Kaffern waffnet, ja sogar ganze Kaffernkommandos organisiert haben, um gegen die Buren ins Feld zu schicken. Schon das erregte die gr Erbitterung in den Kreisen der Afrikander, und wenn die B jeden Kaffern, den sie bewaffnet antrafen, niederschossen, taten nur, was jeder Afrikander als Notwendigkeit anerkennt und was tun mußten, um die Grundlagen ihrer Existenz aufrecht zu erha Wenn gefangene Buren deshalb von englischen Kriegsgerichten Tode verurteilt und standrechtlich erschossen worden sind, so ers jede derartige Hinrichtung den Afrikandern als Mord und er kaum glaubliche Erbitterung. Diese Erbitterung steigerte sich noch, als England mit dem neuen Programm auftrat, daß in „annektierten" Republiken den Kaffern das volle Bürgerr zu verleihen sei. Und dies ist der Punkt, über welchen Buren nicht transigieren können und wollen. So lange Eng auf politische Gleichberechtigung der Schwarzen besteht, werden Buren weiter kämpfen bis auf den letzten Mann, und so lange es ihnen auch an Zuzug aus dem Kaplande nicht fehlen.

Eine wichtige Tatsache, die diese Auffassung bestätigt, er sich aus den Verhandlungen, die im vorigen Sommer zwischen Kitchener und Botha stattfanden. Die Friedensbedingungen, die man sich verständigt hatte, garantierten den Buren die Wie herstellung ihrer Verfassung unter englischer Oberhoheit, verspra Entschädigung für die zerstörten Farmen, boten den aus dem den Buren zugezogenen Afrikandern eine erträgliche Amnestie acceptierten in Betreff der Kaffern den status quo ante. So s glaubte Lord Kitchener auf dieser Grundlage des Friedens zu sein, er eine umfangreiche Forderung von Munition und Waffen wi rückgängig machte. Aber die sich den Engländern bietende Aus so in günstigster Weise dem unheilvollen Kriege ein Ende zu bere ist von dem Ministerium Salisbury-Chamberlain zurückgew worden: das aus London zurückkommende Friedensprojekt bes auf der bedingungslosen Unterwerfung und die war für die B unannehmbar, solange sie nicht wegen der Kaffernfrage Sicherh hatten. Lord Kitchener, der damals zurücktreten wollte, ist im geblieben, der Krieg dauert fort, und wir können mit aller stimmtheit sagen, er wird auch ferner fortdauern, wenn nicht

Digitized by Google

Chamberlain zurücktritt oder aber Lord Salisbury vor dem
ent eine Erklärung abgibt, durch welche er sich verpflichtet,
ffern in ihre frühere Stellung wieder zurückzuführen und auch
unft an diesem wundesten Punkte der südafrikanischen Frage
rühren. Uns ist unter diesen Verhältnissen nichts wunder-
rschienen, als daß Lord Rosebery in seiner Programmrede
affernfrage überhaupt nicht berührt hat. Gewiß ein Zeichen,
echt selbst die bestorientierten Männer in England in diesen
gland vitalen Fragen orientiert sind. Denn wie liegen zur
e Machtverhältnisse beider Teile wirklich?
ie große numerische Überlegenheit der englischen Armee macht
bar nicht. Tatsächlich ist nur eine Reihe von Städten und
tte von Blockhäusern, die sie langsam vorzuschieben denken,
den der Engländer. Das ganze weite Land ist nach wie vor
den der Buren und die Streifzüge, welche die meist nicht sehr
gen englischen Kommandos gegen sie unternehmen, dringen
ten über die Vorpostenstellungen der Buren hinaus. Dann
wir hier und da von einem überrumpelten Lager und regel-
von eingebrachten Gefangenen, während, wie wir wissen, die
ihre Gefangenen, Offiziere wie Gemeine, freizulassen pflegen.
nfaches Subtraktionsexempel schien mit Notwendigkeit zu er-
daß früher oder später auf diese Weise die Kraft der Buren
chöpfen müsse, und so haben auch wir argumentiert.
ber in dieser Rechnung sind zwei grobe Fehler. Einmal
die von den Engländern gemachten Gefangenen stets sum-
gezählt und nicht spezifiziert. Der kontinentale Leser und
uch der englische schließt, da es sich doch um Kriegsgefangene
daß 70 Gefangene siebzig weiße Männer bedeuten. Das
wie unser Gewährsmann aus eigenen Anschauungen und aus
eugniß anderer Augenzeugen weiß, wohl niemals oder doch
den seltensten Fällen richtig. 70 Gefangene bedeuten 2 bis 4
sonst sind es Greise, Frauen und in starkem Prozentsatz
knechte der Buren.
ir kennen ja nicht die authentischen Telegramme Lord
ers und trauen ihm eine solche Additionsmethode auch nicht
r jedermann weiß, daß seine Berichte, so wie das englische
ninisterium sie veröffentlicht, niemals anders als in summarischen

Digitized by Google

Zahlen reden und nie einen Unterschied zwischen Weißen und Ka
knechten bei Aufzählung der Gefangenen machen. Die Kaffernk
der Buren sind aber stets unbewaffnet.

Das zweite aber ist, daß der Zufluß an Kämpfern aus
Kaplande bei den Buren stärker ist, als ihr Abgang an Toten
Verwundeten. Unbedingt sicher ist von den Afrikandern des
landes den Engländern nur der Bauernwirt und sein ältester
Die bleiben unter allen Umständen auf ihrem Grund und
und die Buren verstehen diesen Standpunkt so wohl, daß sie
Leute garnicht in Versuchung zu bringen scheinen. Was ihne
strömt, daß sind die jüngeren Söhne dieser kinderreichen Fam
Knechte und die sogenannten Beilieger, das ist Knechte mit ger
Gartenland und einigen Stück Vieh. Geht diesen Leuten ihr
zu Grunde oder wird ihnen das Vieh geraubt oder requirie
gibt es nichts, was sie hält, während das an Abenteuern
ungebundene Leben der reitenden Burenkrieger sie mächtig a
Endlich entkommen ununterbrochen einzelne Buren aus der Gefa
schaft der Konzentrationslager, die mit ihrem Zwang und b
Unmöglichkeit, gewohnter Tätigkeit nachzugehen, auch, abgesehe
allem Jammer, der sie umgibt, ihnen wie eine Hölle erscheinen.
es doch mehr als einmal vorgekommen, daß mit ihnen en
Soldaten, ihre Aufseher, zu den Buren entflohen sind. Wi
rühren damit einen besonders wunden Punkt in der militär
Lage Englands. Das Verhältnis der Offiziere zur Truppe un
Offiziere der unteren Grade zu ihren Chefs macht jede geo
Kriegführung unmöglich. Die Offiziere setzen sich über die B
ihrer Oberen so völlig hinweg, daß es zum Beispiel vorgeko
ist, daß ein Leutnant einen Schutzbrief Kitcheners in Stücke ge
und den Mann, dessen Farm er schonen sollte, hat ausplünder
die Farm verbrennen lassen, ohne, nachdem die Tatsache er
war, dafür bestraft zu werden. Zwischen der Truppe und
Offizieren aber besteht meist auf der einen Seite ein Verh
hochmütiger Verachtung, auf der anderen bitterer Haß, so da
zahlreichen Rückenwunden mit klaffender Öffnung in der Bru
für Schüsse aus der Truppe gegen die eigenen Offiziere ge
werden müssen. Auch das ein Beitrag zu dem hohen Proze
der gefallenen Offiziere!

Digitized by Google

Was aber Kleidung und Verpflegung der Buren betrifft, so ist lage der Engländer, daß die Buren Khaki-Uniformen tragen, rn ungerechtfertigt, als England die großen Bestellungen, welche uren an geeigneter Kriegskleidung gemacht hatten, bekanntlich zu Anfang des Krieges angehalten haben, so daß ihnen, da cht nackt gehen können, nichts übrig blieb, als sich mit den rn der von ihnen gefangenen Engländer zu versorgen. Mangel leidung haben sie infolgedessen niemals gelitten.

Mit der Beschaffung von Lebensmitteln aber geht es ähnlich. erfahren wohl regelmäßig von den großen Herden, die England Buren abjagt, niemals aber, daß die Buren, was die Regel zu flegt, sie wieder zurückgewinnen. Da die Engländer das Vieh selbst hüten können, es wohl auch nicht tun wollen, betrauen affern mit dieser Aufgabe. Weil aber der Kaffer den Buren mehr fürchtet als den Engländer, auch trotz allem noch in der hnheit des Respekts geblieben ist, jagen die Buren ihnen diese n ab, sobald sie ihrer bedürfen. Es ist vorgekommen, daß eine en Toren Pretorias unter der Hut von Kaffern weidende Herde gegen 1000 Stück Vieh von einem einzigen Bur erbeutet n ist. Der Mann stand plötzlich vor dem Kaffer-Oberhirten befahl ihm und seinen Leuten, das Vieh fortzutreiben — und le gehorchten.

Endlich haben die Buren an geeigneten Stellen ihre großen ntrationslager, in deren Nähe regelmäßig gesät und geerntet und wo sie mit Frauen und Kindern, deren zum Glück höchstens Drittel in die Hände der Engländer gefallen sind, gemächlich Alle Versuche, die englischerseits gemacht worden sind, sie aus Punkten zu verdrängen, sind bisher blutig zurückgeschlagen n, weil trotz der kaum begreiflichen Sorglosigkeit, mit der auch wärtig die Buren meist nur die nächste Gefahr abwehren, sie ur Verteidigung dieser Orte sofort in Massen zusammenfinden. Pferden aber fehlt es ihnen ebensowenig wie an Vieh, da sie nglische Pferdematerial weit sorgsamer behandeln, als die Eng- es tun und auch wohl tun können. Sie sorgen namentlich sie in der gefährlichen Jahreszeit von den Niederungen halten, so daß sich unter ihrer Pflege die Tiere besser akkli- eren.

Digitized by Google

White, Mr., amerikanischer Botschafter 144
Wjätka, Gouvernement . . . 305
Wielopolski, Marquis 17. 18 424.
Wien . . . 173. 186. 249. 422
—, Eröffnung des Reichsrats in 91 106.
Wiener Kongreß . . . 32. 420
—, Traktat 421
Wilhelm I., König von Preußen 424
—, Kaiser 101. 230
—, Kaiser, Beisetzung im Mausoleum zu Charlottenburg . . 84
Wilhelm II., Kaiser 5. 23. 51. 84 85. 100. 102. 118. 125. 185. 186 188. 194. 225. 226. 227. 236. 237 242. 253. 274. 289. 306. 308. 322 365. 385. 418. 419.
—, Attentat auf 158
—, Besuch in England 91
—, Besuch in London 76
—, Besuch in Petersburg . . . 23
—, Graudenzer Rede 30
—, Krügertelegramm 10. 12. 20. 390
—, Palästinafahrt 37. 43
Wilhelm, Kronprinz . . 84. 194
—, Besuch in Wien 182
Wilhelmina, Königin der Niederlande . 83. 105. 242. 332
—, Vermählung 100
Wilhelmshaven 257
Wilna 327. 416
Windhoek, Eisenbahn nach . 30
Witte, russischer Finanzminister 16. 24. 55. 75. 113. 117. 118. 120 134. 136. 137. 147. 148. 155. 163 250. 264. 265. 284. 320. 330. 349 350. 352. 360. 393. 403.
Wladiwostock 353
„Wohlthätigkeits-Gesellschaften, russische 414
Wohlthätigkeits-Komitee, Slavisches . . 36. 247. 248. 25
Wolf, K. H., Mitglied der „Alldeutschen“ 39
Wolff'sches Telegraphen-Bureau 9
Wolseley, Lord . . 72. 138. 35
Worcestershire 34
Woronesch, Gouvernement . 30
„Wostoko-Wedinje“, serbische Gesellschaft 32
Wreschener Affaire 377. 403. 40 411. 426.

Y.

Yeomanry 153. 34
—, Nichtablöhnung der 344. 345. 35
Yokohama 16
York, Graf 33

Z.

Zaimis, griech. Ministerpräsident 38
„Zakaspiskoje Obozrenie“ . 37
Zanardelli, italien. Ministerpräsident 106. 107. 109. 110. 16
Zaritzyn 30
Zarskoje Selo 36
Zatotschnikow, russ. Journalist 21
Zentrum 385. 40
Zentralafrika 41
Zentralasien 12
Zola, Emil 35
Zollkrieg 11
Zollkrieg, russisch-amerikan. 11
Zollparlament, deutsches 28 290.
Zolltarif . . . 237. 328. 40
Zulukaffern 21

Digitized by Google

12

Deutschland und die große Politik anno 1902.

Von

Dr. Th. Schiemann,
Professor an der Universität Berlin.

Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1903.

Digitized by Google

Digitized by Google

ember 1901. Sieg Dewets bei Tweenfontein.
ember 1901. Verständigung zwischen Chile und Argentinien.
ember 1901. Der deutsche Kreuzer „Vineta“ trifft in La Guayara ein.
ember 1901. Beitritt der Mächte des panamerikanischen Kongresses zur Haager Konvention.
ember 1901. Rußland lehnt jede Veränderung des Mandschurei-Vertrages ab.
ember 1901. Zurückweisung der Deklaration des Fürsten Czartoryski im galizischen Landtage durch die N. A. Z.

---

1. Januar 1902.

Mit der Beilegung der Streitigkeiten zwischen Chile und
entinien, die in einen Krieg auszumünden drohten, und mit
Beitritt der Staaten des panamerikanischen Kongresses zu den
ulationen des Haager Friedenskongresses klingt das alte Jahr
Wir haben es für uns eingeläutet mit der Gedenkfeier an
200jährige Bestehen des Königreichs Preußen und
n auf den Verlauf des Jahres mit Dankbarkeit zurück. Es
mancherlei Nöte und Sorgen gebracht — sie haben sich über-
en lassen, und dabei konnten wir in angestrengter Arbeit die
ereitungen treffen für die große Neuregelung unserer wirtschaft-
Beziehungen zu den gleich uns emporstrebenden anderen
onen. Die Welt ist wieder weiter geworden. Durch die glück-
und namentlich für uns ruhmvolle Beendigung der chinesischen
ren erschließt sich Ostasien, dessen Schwellen wir bisher kaum
reten hatten, dem Wettbewerb aller, unter Bedingungen, die
als je vorher mit europäischem Völkerrecht vereinbar scheinen.
der dunkle Weltteil, Afrika, wird uns immer mehr ein Be-
es. Wie weit liegen die Tage Livingstones und Stanleys
uns! Fast wie ein Märchen wirken heute die Schilderungen
Fährlichkeiten, die sie überwunden haben, denn so wie sie wird
mehr sie durchleben. Ist von dem Teile Afrikas, der unser

Digitized by Google

geworden ist, am wenigsten die Rede gewesen, so erscheint uns d
das als ein Vorzug. Ruhig und stetig, wenn auch langsamer,
wir wohl wünschten, ist die Arbeit der Erschließung unserer Kolon
vorwärts gegangen und wir können uns rühmen, daß noch niem
eine weite Herrschaft mit weniger Gewaltsamkeit und weniger B
vergießen begründet worden ist. Wir haben Gewalt gebraucht n
wo es Schwäche gewesen wäre, nicht durch die Tat zu bewei
daß wir die Verantwortung für den Frieden des Landes auf un
Schultern genommen haben, und deshalb bedeutete jedes Einschre
auch eine stärkere Festigung des Friedens. Ein größerer Gegen
als zwischen dem Kongostaat, wo die Lothair und Genossen hau
und Deutsch-Ostafrika ist, soweit die Lage der Eingeborenen in
tracht kommt, garnicht denkbar. Im Kongo herrschen die Zustä
die eine nur auf Gewinn bedachte monopolistische Handelsgesellsc
allezeit herbeigeführt hat, wo man ihr unbeschränkte Freiheit l
und das ganze Gebilde dieses Scheinstaates leidet an der inne
Kraftlosigkeit des sogenannten (belgischen) Mutterlandes, dessen
stenz nur auf dem Kompromiß ruht, den, faute de mieux, die N
barn geschlossen haben. Der Kongostaat ist heute die schlechtest
gierte und best ausgebeutete afrikanische Kolonie, so daß jede Wa
lung der auf diesem Boden betriebenen Raubwirtschaft einen sittli
und politischen Fortschritt bedeuten müßte. Eine Prüfung der Fr
wieweit der Souverän des Kongostaates den auf der Berliner Kon
konferenz vereinbarten Bestimmungen nachgekommen ist, wurde n
jüngst von England aus in Anregung gebracht. Es scheint uns
wünschenswert, daß von berufener Seite einmal die Frage angegri
wird, zumal die belgische Mißwirtschaft in ihren Folgen auch
die Bevölkerung der benachbarten französischen, englischen und d
schen Kolonien zurückwirken muß. So wie die Dinge heute lie
dürfen sie keinesfalls bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß
„Souverän" des Kongostaates erheblich an seinen Einnahmen
lieren sollte. Die Welt hat kein Interesse daran, daß er n
reicher wird, wohl aber ist sie in allerhöchstem Grade daran in
essiert, daß die Erschließung Afrikas in einer Weise erfolgt, die
gesunde Entwicklung für die Zukunft verbürgt. Und da scheint n
wir wiederholen es, der Weg ganz besonders erfreulich, den
deutsche Kolonialpolitik eingeschlagen hat. Was wir auszuse

Digitized by Google

n, richtet sich an die Adresse des Reichstages, der mit seinen ligungen so karg ist, daß wir speziell mit der Anlage von Straßen Eisenbahnlinien bedenklich im Rückstande bleiben. England trotz der Nöte des südafrikanischen Krieges die Ugandabahn her- llt und damit eine Ableitungslinie geschaffen, die der Entwicklung Deutsch-Ostafrika entschieden gefährlich werden muß, wenn wir rechtzeitig ein Gegengewicht gegen die Anziehungskraft dieser e fertigstellen. Wie großartig ist die Teilnahme der öffentlichen nung Frankreichs und der französischen Kammern in allen afri- schen Unternehmungen, gleichviel, ob sie der Initiative Privater der Regierung entspringen! Das sind doch Tatsachen, die te Berücksichtigung verlangen und dem Reichstage eine nationale enpflicht zuweisen, welcher er sich nicht entziehen darf und dem n Jahre hoffentlich nicht abschlagen wird.

Die Art, wie die nicht von der Gunst der Nation geförderten esischen Angelegenheiten zum Abschluß geführt worden kann gleichfalls nur mit voller Befriedigung rückschauend ge- gt werden. Sowohl unsere Diplomatie wie der Feldmarschall f Waldersee haben es verstanden, in einer Situation von erordentlicher politischer und militärischer Schwierigkeit jeden chen Zug zu vermeiden. Wir haben für den Gesandtenmord volle ugtuung, für unsere Kriegsaufwendungen Ersatz erhalten, unsere tärische Aktion hat sich vergangener Tage würdig gezeigt, unsere llung in Kiautschu und seinem wirtschaftlichen Hinterlande hat gefestigt, endlich haben wir durch unser Abkommen mit England „Prinzip der offenen Tür" auch für das Jangtsetal zur An- nnung gebracht. Das ist mehr, als wir erwarten durften, und so höher anzuschlagen, als zugleich alle Klippen vermieden den, die den Keim künftiger Verwicklungen in sich schlossen. So en wir nicht an, der Lösung, welche der chinesische Konflikt ge- ben hat, in vollstem Maße unsere Anerkennung zu zollen.

Was sonst von unserer Regierung auf dem Felde der großen itik geschehen ist, entzieht sich den Augen der Menge. Aber wir aben nicht, daß die Aufgabe eine leichte gewesen ist. Das Jahr 1 ist weniger reich an großen positiven Aktionen als an vor- eitenden Maßnahmen gewesen und hat nebenher eine Summe politischen Intriguen und von Schwierigkeiten gebracht, die mit

Digitized by Google

der besonderen Politik anderer Staaten zusammenhingen, zu denen Stellung genommen, oder die abgewehrt werden mußten.

Vor allem denken wir dabei an den nunmehr in das dritte Jahr gehenden Krieg in Südafrika. Er hat die letzten Augenblicke der greisen Königin Viktoria getrübt. Sie soll — wie glaubhaft erzählt wird — mit den Worten hingegangen sein: „O, daß es doch endlich Friede würde!" Es war der traurige Abschluß einer Regierung, die im Laufe von 64 Jahren England zu einer so unerhörten Höhe der Macht und des Reichtums gebracht hatte, daß wie es scheint, der Nation darüber der Maßstab des Möglichen sicher aber der Maßstab für die Grenzen verloren ging, welche ungeschriebene Gesetze auch dem Mächtigsten setzen. Unser Volk, das mit Leidenschaft für die Buren Partei ergriff, hat sich nur schwer zu der Einsicht bekehren lassen, daß Deutschland eine Intervention nicht auf sich nehmen durfte, wenn anders es nicht den Krieg auf sich ablenken wollte. In denjenigen Kreisen, welche die auswärtige Politik Deutschlands regelmäßig und in ihrem Zusammenhange verfolgen, ist heute kein Zweifel mehr, daß unsere Neutralitätspolitik den Pflichten entsprach, welche wir vor allem doch unserem eigenen Volke gegenüber zu erfüllen haben. Heute ist Portugal der einzige Staat in aller Welt, der die Annexion der beiden Burenrepubliken als zu Recht bestehend anerkennt. Sonst überall gilt der Krieg, den die Buren gegen England zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit führen, als ein rechter, unter dem Schutz des Völkerrechts stehender und nur durch einen Friedensschluß oder durch die tatsächliche Eroberung und die danach folgende Unterwerfung der Buren zu beendigender Krieg. So ist denn der Krieg auch durch das ganze Jahr geführt worden mit größerem Verlust und minderem Ruhm der Engländer, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß sie sich tapfer schlagen. Aber der Raum arbeitet ebenso gegen sie, wie die standhafte Freiheitsliebe der Buren und die Abneigung des Afrikander-Elements, das seit dem Sommer durch freiwilligen Zuzug die Lücken füllt, welche Tod oder Gefangenschaft in die Reihen der Buren reißen. Der Vorteil, den England dadurch hat, daß die Buren ihre Gefangenen wieder freigeben, gleicht sich so einigermaßen aus, zumal sich immer mehr herausstellt, daß die Organisation der sogenannten Konzentrationslager nicht nur eine Barbarei

Digitized by Google

ern auch eine Torheit war. England hat sich damit eine Last
rlegt, die selbst bei der nur mangelhaften Verpflegung, die sie
n können, ihrer Kriegführung außerordentlich hinderlich ist.
u kommen die ungeheuren Kosten des Krieges, das allmähliche
achen des Gewissens in weiten Kreisen des englischen Volkes,
ich die Erkenntnis, daß es so wie bisher noch lange, vielleicht
re hindurch, weiter gehen kann. Dieses sind wohl die Er-
ungen, die zu der Dezember-Rede Lord Roseberys geführt
n, durch welche eine Wendung in der künftigen Politik Eng-
s den Buren gegenüber sich ankündigt: Abschluß des Krieges
) Verhandlung und Vertrag mit der vom gegenwärtigen Kabinet
anerkannten Regierung der beiden Republiken. Es würde sich
olchem Falle bestätigen, wie klug der viel kritisierte Schritt
gers war, der ihn zur Übersiedlung nach Holland führte. Aber
ch, es hängen noch viele „Wenn und Aber" vor solchem Aus-
: Der Widerstand der Buren muß sich kraftvoll mindestens noch
halbes Jahr behaupten, und das Ministerium Salisbury-
nberlain muß fallen, endlich — und das ist keineswegs die
gste aller Schwierigkeiten —, die Buren müssen sich bereit
n, entweder auf einen Teil ihres Territoriums, oder auf einen
ihrer Unabhängigkeit zu verzichten, sonst wird auch ein Rosebery
imstande sein, Frieden zu schaffen.

Die Verluste Englands infolge der Bindung seiner Kräfte an
südafrikanischen Boden sind nicht eigentlich direkte; sie charakteri-
n sich dahin, daß England gewisse Grundgedanken seiner Politik
preisgeben müssen. Daß Rußland tatsächlich Herr im Golf
Liaotung werden und in der Mandschurei festen Fuß fassen
te, wäre ohne den Burenkrieg wohl nicht geschehen, und ebenso-
g wahrscheinlich ist es, daß England sich unter anderen Ver-
issen bereit gefunden hätte, den günstigen Boden zu verlassen,
ihm der Clayton-Bulwer Vertrag in der Frage des Isthmischen
als verlieh. Dasselbe gilt wohl von dem Abkommen über
dyke. Dagegen hat England seine Stellung im Sudan und
ischen Golf nicht nur behauptet, sondern erheblich verstärkt, und
r ist auch sein Einfluß in Afghanistan und Persien nicht merk-
gesunken. Der Thronwechsel hat sich so vollzogen, daß an dem
alismus Englands und seiner Kolonien nicht der geringste Zweifel

Digitized by Google

aufkommen kann, und der imperialistische Gedanke ist durch di
Organisation des Common wealth von Australien erst recht lebendi
geworden. Dafür hat die Weltreise des Prinzen von Wales de
bündigen Beweis gebracht. Kurz, wenn wir summieren, von de
vielbesprochenen Niedergange Englands kann bisher noch keine Red
sein, und die Welt wird nach wie vor mit der Tatsache rechne
daß England in der Reihe der großen Mächte eine der stärksten is

Unsere Beziehungen zu Frankreich sind nach wie vor gu
gewesen. Die Waffenbrüderschaft in China ist nicht spurlos vo
übergegangen, und die große Politik hat uns nicht in Gegensät
gestellt. Das Vorgehen Frankreichs in Marokko hat die Grenze
nicht überschritten, von denen wir wünschen müssen, daß sie eing
halten werden, und jene acht Tage orientalischer Krisis, mit dene
Frankreich die Welt überraschte, sind so rasch vorübergegangen, w
sie aufstiegen, und zwar, was doch höchst lehrreich war, auf eine
Wink von Petersburg her. Was aber das mit so vielem Mis
trauen aufgenommene Abkommen Frankreichs mit Italien übe
Tripolis betrifft, so erscheint es uns mehr wunderlich als von pra
tischer politischer Bedeutung. Vorläufig bildet Tripolis noch eine
Teil des türkischen Reiches und wir sehen nicht, daß die Türk
Anlaß hätte, auf diese Gebiete zu verzichten, ganz wie wir nic
glauben können, daß ein italienischer Politiker Neigung hätte, d
orientalische Frage wieder heraufzubeschwören. Italien beginnt i
sehr erfreulicher Weise im Innern energische Reformen vorzunehme
und das ist zur Zeit wichtiger als alles übrige. Im übrigen ge
die Politik beider Staaten in den eingetretenen Bahnen der b
stehenden Bündnisse weiter, wie denn die oft verlangte und ang
kündigte Wandlung im System der europäischen Allianzen nicht ei
getreten ist, trotz aller Bemühungen einer internationalen Kliq
von Intriganten, die in der zweiten Hälfte des Jahres viel von si
reden machte. Engländer, Russen, Ungarn, Tschechen, Franzosen —
ein merkwürdiges Gespann, hinter welchem, wie sich bald zeigt
nichts anderes stand als die ungeheure Eitelkeit dieser Herren selb
Das verhältnismäßig viele Mitglieder der österreichisch-ungarische
Monarchie dazu gehörten, erklärt sich aus den unerquicklichen Gege
sätzen der Nationalitäten, die sich gerade dort mit blinder Leide
schaft bekämpfen. Das Ministerium Körber hat mit bewunderung

Digitized by Google

iger Langmut getan, was an ihm lag, um eine Wendung zum
en herbeizuführen. Fast scheint es, als wäre es nahe daran,
er Möglichkeit einer Wendung zum besseren zu verzweifeln.
bliebe als ultimo ratio die Rückkehr zu einem autoritativen
nent. Aber auch dann — wie viele Klippen und Untiefen gäbe
überwinden!

Wir sind damit an eine Frage gekommen, die das scheidende
als ein ernstes Problem gestellt hat. In einer ganzen Reihe
Staaten verwirtschaftet der Parlamentarismus den Rest
Ansehen, der ihm geblieben ist. Die Schimpf- und Prügel-
n, wie sie sich in Wien und Paris mit einer gewissen Regel-
gkeit in den Kammern wiederholen, analoge Erscheinungen in
en und in Spanien geben begründeten Anlaß zu den trübsten
chtungen. Muß nicht einmal der Augenblick eintreten, wo
was mit dem hohen Gedanken einer Volksvertretung Vor-
ngen von Anstand und Würde verbindet, sich von ihm abwendet,
läßt sich bestreiten, daß auch da, wo heute noch die Formen
hrt werden, eine Deteriorierung nicht zu verkennen ist?

Das nächstliegende Hilfsmittel, die strenge Handhabung einer
olchen — früher für undenkbar gehaltenen — Ausschreitungen
enden Geschäfsordnung, ist eine Palliativ, nicht ein wirkliches,
Wesen der Krankheit treffendes Heilmittel. Die Krankheit liegt
. Es ist eine gewisse Verrohung, wie sie weniger durch die
andlungen in den Parlamenten selbst, als durch die voraus-
den Aktionen der in den Wahlkampagnen überhitzten Partei-
nsätze, durch das Reden über das Parlament hinaus, kurz nicht
den demokratischen, sondern durch den demagogischen Charakter
es öffentlichen Lebens bedingt wird. Wo, wie bei uns, ein
itutionelles Königtum dem Minister stürzenden und Minister
enden parlamentarischen Ehrgeiz Schranken setzt, läßt sich mit
leben, und ebenso in England, wo die Tradition eine Macht
Wo dagegen der volle Parlamentarismus herrscht und romanische
enschaftlichkeit oder gar slavische Zügellosigkeit mit ihm agieren,
cheint die Wendung zu irgend einer Form des Absolutismus
geradezu aufzudrängen. Von diesem Standpunkt aus scheint
ablehnende Haltung, welche Rußland den auf eine Verfassung
hteten Wünschen seiner Liberalen gegenüber einnimmt, wohl ver-

Digitized by Google

ständlich. Ein russisches Parlament wäre aller Wahrscheinlichkei
nach für fruchtbare Arbeit ebenso ungeeignet, als es alle Zeit di
polnischen Reichstage gewesen sind. Aber verkennen läßt sich nich
daß dieses Verlangen nach einer Verfassung in den Kreisen der ge
bildeten Russen, besonders aber der russischen Jugend, den Charakte
einer fast krankhaften Leidenschaft angenommen hat. Die chronische
Studentenunruhen sind ein Symptom dieser Stimmung und habe
dadurch besondere Bedeutung gewonnen, daß sie sich mit einer zu
nehmenden Arbeiterbewegung kombinieren, die einen sozialistische
Charakter zu gewinnen beginnt, und sich dadurch eigentümlich färbt
daß sie zum Teil sektiererische Elemente in sich schließt. Die wirt
schaftlichen Nöte, die parallel gehen, die neue Form des Tolstoische
Mystizismus, die, sobald man schärfer zusieht, Staat und Kirch
negiert und sowohl in die oberen Gesellschaftsschichten hinauf wie i
das Volk hinab wirkt, das alles gibt ein überaus merkwürdige
Bild der in dem heutigen Rußland herrschenden Gärung. Wi
vermögen ihren Ausgang keineswegs vorherzusagen, gerade da
Unwahrscheinlichste ist vielleicht bestimmt Wirklichkeit zu werden
plötzliche Umkehr oder völlige Wandlung des Bestehenden. Beide
ist denkbar.

In der Richtung seiner Politik ist Rußland in bekannte
Bahnen weitergeschritten: friedlich in Europa, stetig vordringend
in Asien, an der französischen Allianz festhaltend, aber auch in gute
Beziehungen zu England und zum Dreibunde, zur Zeit wiede
offiziell der beste Freund der Türkei, wie die jüngste Auszeichnun
des Botschafters Sinowjew durch den Sultan beweisen sollte, un
doch sehr interessiert an der steten Beunruhigung, die von den kleine
Balkanstaaten ausgeht, kurz so, wie wir es seit Jahren kenne
Vor allem geduldig in seiner Politik und zäh, es kann warten, abe
es gibt nichts auf. Fast könnten wir das Gegenteil von der Polit
der Vereinigten Staaten sagen, wenn nicht die Zähigkeit di
gleiche wäre. Aber Amerika ist merkwürdig ungeduldig, impulsi
und vordringend, weniger heuchlerisch, aber ebenso praktisch w
England, zur Zeit vor allem eine wirtschaftliche Bedrohung für al
europäischen Staaten durch die Rücksichtslosigkeit seines wirtschaftliche
Egoismus. Aber auch politisch hat die neue Fassung, die Präsiden
Roosevelt der Monroedoktrin gegeben hat, etwas Verblüffendes i

Digitized by Google

r ungeschminkten Anmaßung. Nie hat sich eine politische Theorie tischer und dehnbarer gezeigt, und nichts gibt uns die Bürgschaft ir, daß sie nicht in Zukunft einmal unter einem neuen Präsidenten neue noch überraschendere Gestalt annimmt. Vielleicht liegt die rektur aber eben in jener Überspannung der politischen und schaftlichen Ansprüche. Es steht keineswegs fest, wie die kräftigeren südamerikanischen Staaten, vor allem Chile und Argentinien, Lehre von der Vormundschaft des Nordens über den Süden nehmen werden. Sie ist bequem, so lange sie Schutz verheißt, equem, wo sie der Selbstbestimmung Schranken setzt. Die praktische tische Erfahrung allein wird die sich daraus ergebenden Schwierig- en deutlich hervortreten lassen.

Wir müßten in dieser raschen Übersicht noch Japans und der nen Staaten gedenken. Aber die letzteren kommen mehr als flußgebiete der großen Mächt ein Betracht oder stehen, wie Schweden, tatenlos bei seite, Japan aber wartet seiner Stunde und wird en, wenn die große orientalische Frage wieder einmal lebendig den sollte. In China gewinnt es merklich an Boden und Geltung, st aber muß es sich bescheiden. Mehr als überall sonst fühlt es Lähmung Englands. Doch wir brechen ab. Das Jahr 1901 r uns trotz allem ein günstiges Jahr und ein Jahr des Vorwärts- reitens auf richtig erkundeten Wegen, und „vorwärts" soll auch Parole der Zukunft sein.

Digitized by Google

1. Januar 1902. Rede des französischen Botschafters Barrère über die französisch-italie
Verständigung.
3. Januar 1902. Arbeiterunruhen in Barcelona.
3. Januar 1902. „Enthüllungen" der Times zur Vorgeschichte des Gesandtenmordes in P
7. Januar 1902. Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking.

---

8. Januar 1902.

Wir haben an dieser Stelle lange nicht von der Lage auf
Kriegsschauplatz in Südafrika geredet, weil es dem
tärischen Laien immer schwieriger wird, nach den einseitigen Berich
die das englische Ministerium zu veröffentlichen für gut findet,
aus den erbitterten Stimmen, die von Zeit zu Zeit aus dem L
der Buren zu uns herüberklingen, die Wirklichkeit der politischen
der militärischen Lage zu erkennen. Jetzt, da wir Gelegenheit ge
haben, einen besonnenen und wahrhaftigen Mann zu sprechen,
vor dem Kriege und während der ganzen Dauer desselben bis
wenigen Monaten, erst unter den Buren, dann mitten im Kri
treiben des englischen Hauptquartiers den Ereignissen ins Ge
sehen konnte, glauben wir unsere Zurückhaltung aufgeben zu kön
Freilich werden wir uns genötigt sehen, manchen Illusionen entge
zutreten, die uns lieb geworden sind, aber wir denken, auch hier
der Satz: amicus Plato, amicus Aristoteles, magis amica veri

Gleich der erste Kardinalpunkt muß befremden. Was ist
letzte und entscheidende Grund, der die Buren in ihrem Kampf g
England in Waffen hält, und ihnen trotz allem stets neuen Z
aus den Reihen der Afrikander des Kaplandes, ja zum Teil s
aus den Reihen der Engländer selbst zuführt? Jeder von uns
sagen: sie kämpfen um ihre Unabhängigkeit und sind, wie uns
Präsidenten Krüger und seinem Stabe so oft und so nachdrü
versichert wird, entschlossen, diese Unabhängigkeit zu behaupten
lange noch ein Atemzug in ihnen lebt. Die anderen aber, die i

Digitized by Google

n und ihre Gefahren teilen, sympathisieren mit dieser helden-
n Freiheitsliebe, und deshalb steht heute fast ganz Südafrika
ffen gegen England. Gewiß, so scheint es, und die Buren-
in Europa mögen es wohl glauben. Es ist aber nur ein
er Wahrheit, und zwar der Teil der Wahrheit, der am
ten Aussicht hat, sich zu behaupten. Kämpft England um die
nung des Territoriums der Buren und um die Begründung
englischen Alleinherrschaft auf diesem Boden, so bleiben die
jetzt schon das dritte Jahr in Waffen, weil die Frage ihrer
ängigkeit sich mit einem anderen Problem so völlig verschmolzen
aß im Augenblick ihnen beides identisch erscheint, und dieses
em ist die Frage nach der künftigen Stellung der
ern. Nichts ist falscher als die von England aus verbreitete
ptung, daß die Buren die Kaffern mißhandelt hätten und noch
mißhandeln. In Wirklichkeit ist das Verhältnis ein vortreff-
nur daß die Buren unter keinen Umständen eine Flinte im
der Kaffern dulden und niemals den Kaffern die Stellung
Gleichberechtigten gewähren. Die Schwarzen bleiben Diener,
t und gerecht behandelt werden, zu denen der Bur sich wohl
ig herabläßt, denen er aber ebensowenig eine politische Gleich-
igung zugesteht, wie das Recht, europäische Schußwaffen zu
. Daß eine solche Behandlung der Schwarzen richtig, ja
dig ist, darüber herrscht in ganz Südafrika nur eine Meinung.
die im Kaplande dauernd lebenden Engländer urteilen und
n nicht anders. Nur daß sie es nicht wie die Buren, welche
rfahrung von mehr als einem Jahrhundert hinter sich haben,
en, die Kaffern richtig anzufassen. Es ist eine bekannte Tat-
daß jeder Schwarze gern in die Dienste eines Buren und nur
äußerster Not in die eines Engländers tritt. Selbst heute liegen
erhältnisse so, daß der Engländer in Pretoria, selbst wenn er
reifachen Lohn zahlt, keinen Schwarzen zum Diener bekommt,
nd dieselben Schwarzen als unbezahlte, nur genährte Diener
Buren ins Feld folgen, ihr Gepäck zu tragen oder Dienste als
r und Pferdeknechte zu leisten. Denn ins Feuer schickt ein
kommando die Kaffern unter keinen Umständen.

Diese Verhältnisse von Weißen und Schwarzen, die zu Anfang
rieges von den Engländern noch respektiert wurden, sind nun

Digitized by Google

im Fundament dadurch gewandelt worden, daß sie die Kaffer
waffnet, ja sogar ganze Kaffernkommandos organisiert haben, u
gegen die Buren ins Feld zu schicken. Schon das erregte die g
Erbitterung in den Kreisen der Afrikander, und wenn die B
jeden Kaffern, den sie bewaffnet antrafen, niederschossen, tate
nur, was jeder Afrikander als Notwendigkeit anerkennt und wo
tun mußten, um die Grundlagen ihrer Existenz aufrecht zu erh
Wenn gefangene Buren deshalb von englischen Kriegsgerichten
Tode verurteilt und standrechtlich erschossen worden sind, so er
jede derartige Hinrichtung den Afrikandern als Mord und e
kaum glaubliche Erbitterung. Diese Erbitterung steigerte sich
noch, als England mit dem neuen Programm auftrat, daß in
„annektierten" Republiken den Kaffern das volle Bürger
zu verleihen sei. Und dies ist der Punkt, über welche
Buren nicht transigieren können und wollen. So lange Eng
auf politische Gleichberechtigung der Schwarzen besteht, werde
Buren weiter kämpfen bis auf den letzten Mann, und so lange
es ihnen auch an Zuzug aus dem Kaplande nicht fehlen.

Eine wichtige Tatsache, die diese Auffassung bestätigt, e
sich aus den Verhandlungen, die im vorigen Sommer zwischen
Kitchener und Botha stattfanden. Die Friedensbedingungen,
die man sich verständigt hatte, garantierten den Buren die Wi
herstellung ihrer Verfassung unter englischer Oberhoheit, verspr
Entschädigung für die zerstörten Farmen, boten den aus dem
den Buren zugezogenen Afrikandern eine erträgliche Amnestie
acceptierten in Betreff der Kaffern den status quo ante. So
glaubte Lord Kitchener auf dieser Grundlage des Friedens zu sein,
er eine umfangreiche Forderung von Munition und Waffen w
rückgängig machte. Aber die sich den Engländern bietende Aus
so in günstigster Weise dem unheilvollen Kriege ein Ende zu ber
ist von dem Ministerium Salisbury-Chamberlain zurückgen
worden: das aus London zurückkommende Friedensprojekt be
auf der bedingungslosen Unterwerfung und die war für die B
unannehmbar, solange sie nicht wegen der Kaffernfrage Sicherh
hatten. Lord Kitchener, der damals zurücktreten wollte, ist im
geblieben, der Krieg dauert fort, und wir können mit aller
stimmtheit sagen, er wird auch ferner fortdauern, wenn nicht

Digitized by Google

Chamberlain zurücktritt oder aber Lord Salisbury vor dem
ment eine Erklärung abgibt, durch welche er sich verpflichtet,
ffern in ihre frühere Stellung wieder zurückzuführen und auch
kunft an diesem wundesten Punkte der südafrikanischen Frage
u rühren. Uns ist unter diesen Verhältnissen nichts wunder-
erschienen, als daß Lord Rosebery in seiner Programmrede
Kaffernfrage überhaupt nicht berührt hat. Gewiß ein Zeichen,
glecht selbst die bestorientierten Männer in England in diesen
ngland vitalen Fragen orientiert sind. Denn wie liegen zur
ie Machtverhältnisse beider Teile wirklich?

Die große numerische Überlegenheit der englischen Armee macht
enbar nicht. Tatsächlich ist nur eine Reihe von Städten und
ette von Blockhäusern, die sie langsam vorzuschieben denken,
nden der Engländer. Das ganze weite Land ist nach wie vor
nden der Buren und die Streifzüge, welche die meist nicht sehr
chen englischen Kommandos gegen sie unternehmen, dringen
lten über die Vorpostenstellungen der Buren hinaus. Dann
wir hier und da von einem überrumpelten Lager und regel-
von eingebrachten Gefangenen, während, wie wir wissen, die
ihre Gefangenen, Offiziere wie Gemeine, freizulassen pflegen.
infaches Subtraktionsexempel schien mit Notwendigkeit zu er-
daß früher oder später auf diese Weise die Kraft der Buren
schöpfen müsse, und so haben auch wir argumentiert.

Aber in dieser Rechnung sind zwei grobe Fehler. Einmal
die von den Engländern gemachten Gefangenen stets sum-
gezählt und nicht spezifiziert. Der kontinentale Leser und
auch der englische schließt, da es sich doch um Kriegsgefangene
t, daß 70 Gefangene siebzig weiße Männer bedeuten. Das
r, wie unser Gewährsmann aus eigenen Anschauungen und aus
Zeugniß anderer Augenzeugen weiß, wohl niemals oder doch
den seltensten Fällen richtig. 70 Gefangene bedeuten 2 bis 4
sonst sind es Greise, Frauen und in starkem Prozentsatz
nknechte der Buren.

Wir kennen ja nicht die authentischen Telegramme Lord
ners und trauen ihm eine solche Additionsmethode auch nicht
er jedermann weiß, daß seine Berichte, so wie das englische
ministerium sie veröffentlicht, niemals anders als in summarischen

Digitized by Google

Zahlen reden und nie einen Unterschied zwischen Weißen und Ka
knechten bei Aufzählung der Gefangenen machen. Die Kaffernk
der Buren sind aber stets unbewaffnet.

Das zweite aber ist, daß der Zufluß an Kämpfern aus
Kaplande bei den Buren stärker ist, als ihr Abgang an Toten
Verwundeten. Unbedingt sicher ist von den Afrikandern des
landes den Engländern nur der Bauernwirt und sein ältester
Die bleiben unter allen Umständen auf ihrem Grund und
und die Buren verstehen diesen Standpunkt so wohl, daß sie
Leute garnicht in Versuchung zu bringen scheinen. Was ihne
strömt, daß sind die jüngeren Söhne dieser kinderreichen Fam
Knechte und die sogenannten Beilieger, das ist Knechte mit ger
Gartenland und einigen Stück Vieh. Geht diesen Leuten ihr G
zu Grunde oder wird ihnen das Vieh geraubt oder requirie
gibt es nichts, was sie hält, während das an Abenteuern
ungebundene Leben der reitenden Burenkrieger sie mächtig a
Endlich entkommen ununterbrochen einzelne Buren aus der Gefa
schaft der Konzentrationslager, die mit ihrem Zwang und b
Unmöglichkeit, gewohnter Tätigkeit nachzugehen, auch, abgesehe
allem Jammer, der sie umgibt, ihnen wie eine Hölle erscheinen.
es doch mehr als einmal vorgekommen, daß mit ihnen en
Soldaten, ihre Aufseher, zu den Buren entflohen sind. Wi
rühren damit einen besonders wunden Punkt in der militär
Lage Englands. Das Verhältnis der Offiziere zur Truppe un
Offiziere der unteren Grade zu ihren Chefs macht jede geo
Kriegführung unmöglich. Die Offiziere setzen sich über die B
ihrer Oberen so völlig hinweg, daß es zum Beispiel vorgeko
ist, daß ein Leutnant einen Schutzbrief Kitcheners in Stücke ge
und den Mann, dessen Farm er schonen sollte, hat ausplünder
die Farm verbrennen lassen, ohne, nachdem die Tatsache er
war, dafür bestraft zu werden. Zwischen der Truppe und
Offizieren aber besteht meist auf der einen Seite ein Verh
hochmütiger Verachtung, auf der anderen bitterer Haß, so da
zahlreichen Rückenwunden mit klaffender Öffnung in der Bru
für Schüsse aus der Truppe gegen die eigenen Offiziere ge
werden müssen. Auch das ein Beitrag zu dem hohen Proze
der gefallenen Offiziere!

Digitized by Google

Was aber Kleidung und Verpflegung der Buren betrifft, so ist
lage der Engländer, daß die Buren Khaki-Uniformen tragen,
rn ungerechtfertigt, als England die großen Bestellungen, welche
uren an geeigneter Kriegskleidung gemacht hatten, bekanntlich
zu Anfang des Krieges angehalten haben, so daß ihnen, da
cht nackt gehen können, nichts übrig blieb, als sich mit den
ern der von ihnen gefangenen Engländer zu versorgen. Mangel
leidung haben sie infolgedessen niemals gelitten.

Mit der Beschaffung von Lebensmitteln aber geht es ähnlich.
erfahren wohl regelmäßig von den großen Herden, die England
Buren abjagt, niemals aber, daß die Buren, was die Regel zu
flegt, sie wieder zurückgewinnen. Da die Engländer das Vieh
selbst hüten können, es wohl auch nicht tun wollen, betrauen
affern mit dieser Aufgabe. Weil aber der Kaffer den Buren
mehr fürchtet als den Engländer, auch trotz allem noch in der
hnheit des Respekts geblieben ist, jagen die Buren ihnen diese
n ab, sobald sie ihrer bedürfen. Es ist vorgekommen, daß eine
en Toren Pretorias unter der Hut von Kaffern weidende Herde
gegen 1000 Stück Vieh von einem einzigen Bur erbeutet
n ist. Der Mann stand plötzlich vor dem Kaffer-Oberhirten
befahl ihm und seinen Leuten, das Vieh fortzutreiben — und
e gehorchten.

Endlich haben die Buren an geeigneten Stellen ihre großen
ntrationslager, in deren Nähe regelmäßig gesät und geerntet
und wo sie mit Frauen und Kindern, deren zum Glück höchstens
Drittel in die Hände der Engländer gefallen sind, gemächlich
Alle Versuche, die englischerseits gemacht worden sind, sie aus
Punkten zu verdrängen, sind bisher blutig zurückgeschlagen
n, weil trotz der kaum begreiflichen Sorglosigkeit, mit der auch
wärtig die Buren meist nur die nächste Gefahr abwehren, sie
ur Verteidigung dieser Orte sofort in Massen zusammenfinden.
Pferden aber fehlt es ihnen ebensowenig wie an Vieh, da sie
nglische Pferdematerial weit sorgsamer behandeln, als die Eng-
r es tun und auch wohl tun können. Sie sorgen namentlich
sie in der gefährlichen Jahreszeit von den Niederungen
halten, so daß sich unter ihrer Pflege die Tiere besser akkli-
eren.

Digitized by Google

Alle diese Dinge zusammengenommen erklären es wohl, wie
weshalb die Buren den Engländern solange widerstehen kön
Wir sehen, auch wenn die neuen Verstärkungen eintreffen, kein E
wenn England sein politisches System den Buren gegenüber n
ändert. Das Erste und Unerläßlichste wäre Auflösung der Kaff
kompagnien und Entwaffnung aller Schwarzen. Erst dann wird
bei dem tiefen Mißtrauen der Buren und aller Afrikander, mög
sein, fruchtbare Verhandlungen anzuknüpfen. Für das Progra
„kein Fußbreit Landes und keine Form der Unabhängigkeit" wer
die Buren nicht weiter kämpfen, sobald ihnen die Aufrechterhalt
ihrer Verfassung, Entschädigung für ihre Farmen oder doch Un
stützung zur Wiederherstellung derselben und endlich eine leidl
Amnestie für die Mitkämpfer aus dem Kaplande gesichert w
Kurz, das ursprüngliche Botha-Kitchenersche Programm könnte
machen. Mit dem Programm Salisbury-Chamberlain aber nim
der Krieg kein Ende und ebensowenig mit dem Programm Krü
Leyds.

Es bleibt uns nur wenig Raum übrig und wir verzichten da
auf die Besprechung der Tripolis-Frage, zumal sich wohl
warten läßt, daß die Reden Prinettis und Barrères im Reichst
nicht ohne Erwiderung bleiben werden. Aufgefallen sind uns
die Kommentare des „Fremdenblattes" und der „Neuen Fr
Presse", die nicht mißverständlich andeuten, daß das französi
italienische Abkommen über Tripolis, das uns zunächst deshalb n
recht glaubhaft erscheint, weil wir nichts davon wissen, daß
Türkei auf Tripolis verzichten will, das Fortbestehen des Dreibun
zweifelhaft erscheinen lassen. Die „Neue Fr. Presse" verke
offenbar die Lage. Soviel wie sehen, hängt die politische S
ständigkeit Italiens an seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde, währ
es außerhalb dessen sofort in die, wie es scheint, systematisch v
bereitete Vasallenschaft Frankreichs geraten muß. Weil kein it
enischer Staatsmann die Verantwortung für eine solche Minder
der Weltstellung Italiens auf sich nehmen kann, erscheint uns
nächst die Rede Barrères etwas zu temperamentvoll formuliert,
eben deshalb enthalten wir uns weiterer Kommentare.

Unerläßlich aber ist es, noch mit einigen Worten auf
Haltung der galizischen Polen zurückzukommen. Die „Norddeut

Digitized by Google

meine" hat mit einer Schärfe, die namentlich im Auslande
ehen erregt hat, die Rede des Fürsten Czartoryski im galizischen
tag zurückgewiesen und damit in ganz Deutschland lebhaften
all gefunden. Jetzt endlich ist auch eine offiziöse österreichische
ort im „Fremdenblatt" erschienen, die wörtlich folgendermaßen
t:

„Es wäre besser gewesen, wenn im galizischen Landtage Fürst
toryski die vor dem Eingang in die Tagesordnung von ihm
gebene Erklärung unterlassen hätte, da dieselbe dem Wirkungs-
des Landtages nicht gemäß war. Wenn der Vertreter
Regierung trotzdem keine Einsprache erhob, so ent-
g sein Verhalten nur dem Wunsche, der Angelegenheit dadurch
zu einer größeren Ausdehnung zu verhelfen und dieselbe möglichst
ch und klanglos zu Ende zu führen. Den beiden Regierungen
wir es zu danken, wenn das Überschäumen der Wreschener
re auf den österreichischen Boden und das Anschlagen derselben
hl im österreichischen Abgeordnetenhause wie im galizischen Land-
keinen Augenblick lang jene Beziehungen tangieren konnten, die
hen unserer Monarchie und der deutschen verbündeten, sowie
hen den beiderseitigen Regierungen bestehen. Man darf wohl
, daß die Wreschener Affaire noch rechtzeitig von jenem klaren
wasser abgeleitet wurde, auf dem sich die Politik der beiden
ndeten Staaten mit völliger Sicherheit bewegt. . . . . Es ist
rlich der Beweis erbracht, daß es bei der Innigkeit der beider-
en Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland keine
chenfälle geben kann, die eine Schwierigkeit bereiten können,
deren plötzliches Auftauchen zu fürchten wäre. Die stärkste
zel des Bundesgefühls in beiden Staaten ruht darin, daß jeder
l in seinem Hause Herr ist."

Damit können wir uns, soweit das offizielle Österreich in Frage
nt, wohl zufrieden geben, wenn uns die Argumentation auch
einleuchtet, durch welche das Verhalten des Vertreters der
erung in Galizien entschuldigt werden soll. Wenn aber gleich-
galizisch-polnische Blätter in ihrem gegen uns gerichteten Feld-
mit äußerster Unverfrorenheit fortfahren und für ihr zukünftiges
n Schlesien, Pommern und Preußen beanspruchen, ja sogar
en, der Kampf zwischen Deutschen und Polen werde darüber

Digitized by Google

entscheiden, ob Berlin die Hauptstadt des Deutschen Reiches bleib
so ist daß ein Schimpfen aus dem Nachbarhause, gegen welches m
vom Hauseigentümer Abhilfe verlangen kann. Die „Allpolnisc
Revue", der wir diese erbaulichen Ansprüche entnehmen, sagt
ihrer Nr. 11 wörtlich wie folgt:

„Der Kampf zwischen den Deutschen und uns ist ein Kamp
der jede Möglichkeit gegenseitiger Annäherung au
schließt, ein Kampf auf Leben und Tod . . . Das ist d
Kampf um die Herrschaft einer riesenhaften Fläche, um die deutsch
Aussichten auf dem baltischen Meere, endlich darum, ob Berlin d
Hauptstadt Deutschlands bleiben, ob den Preußen die Hegemonie d
Reiches gewahrt bleiben soll. Wenn wir aus dem Kampfe siegrei
hervorgehen werden, so werden die Deutschen nicht nur das Gro
herzogtum Posen, sondern auch das ganze polnisch redende Schles
und das baltische Pommern, mithin eine Fläche verlieren, auf welch
heute 7 Millionen Menschen leben . . . ." Wir denken, das
deutlich, aber wenn die Herren Polen uns Krieg ankündigen, werd
sie sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn man in Preußen a
mählich das Kriegsrecht zu brauchen beginnt.

Eine sensationelle Nachricht von außerordentlicher Tragwei
wenn sie sich bestätigen sollte, ist am 3. Januar durch ein Pari
Telegramm der „Times" veröffentlicht worden. Es handelt sich u
nicht mehr und nicht weniger als um den dokumentarischen Nachwe
daß Rußland die Boxerbewegung zunächst mit Hilfe des Dalai La
gegen die Kaiserin Mutter von China in Gang gebracht und dann
im Einverständnis mit Li-Hung-Tschang, durch das Medium d
Fürsten Uchtomski, sich erboten hat, gegen Abtretung der Man
schurei und gegen Öffnung der Mongolei diese Bewegung von d
Dynastie abzulenken und sie gegen die fremden Mächte zu wende

Die betreffenden Dokumente sind von dem aus der Mandschu
zurückgekehrten Dr. Ular nach Europa gebracht worden. Die „Time
erklärt sie für glaubwürdig und weist in einem langen Leitartik
nach, daß alle erwähnten Tatsachen sich in vollem Einklang mit de
befinden, was von den Ereignissen in China während der letzt
zwei Jahre zuverlässig bekannt geworden sei. Da, wenn das wa
sein sollte, mehr als die bloß moralische Schuld an dem Gesandte
mord in Peking und an allen späteren Schäden und Greueln Rußla

Digitized by Google

, wird eine eingehende Rechtfertigung am besten durch einen
geß gegen den Dr. Ular von seiten der russischen Regierung nicht
vermeiden sein. Unter allen Umständen werden wir auf diese
elegenheit noch zurückzukommen haben. Aber wir halten es für
endig, ausdrücklich hervorzuheben, daß der Pariser Korrespondent
„Times", der diese Nachrichten übermittelt hat, Herr Oppert
lowitz ist. Die französischen Blätter haben bisher keine Notiz
den Ularschen Enthüllungen genommen; sie warten wahrscheinlich
Verhalten Rußlands ab.

Digitized by Google

8. und 9. Januar. Reden des Reichskanzlers Grafen Bülow zur auswärtigen Politik.
11. Januar. Rede Chamberlains in Birmingham.
12. Januar. Abfahrt der „Gazelle" nach Venezuela.
13. Januar. Rede Graf Bülows zur Polenfrage.
14. Januar. Eröffnung der französischen Kammern.
15. Januar. Wiederwahl des Abgeordneten Wolff in den Reichsrat.

---

15. Januar 1902.

Wir haben in unserer letzten Wochenübersicht auf eine P
kation der „Times" hingewiesen, die auf Grund von Mitteilun
die Dr. Ular aus China heimgebracht hatte, es wahrscheinlic
machen schien, daß die durch die Rückkehr des Hofes nach P
jetzt zum Abschluß gebrachten chinesischen Wirren — die B
bewegung, der Gesandtenmord, der Krieg und die schließ
Annektion der Mandschurei — nichts anderes gewesen seien als
Folgen einer von langer Hand angelegten russischen Intrigue.

Die Presse des In- und Auslandes hat diese „Enthüllun
der „Times" meist gar nicht berücksichtigt. Von deutschen Blä
brachte die „Kölnische Zeitung" einen Auszug, die „Vossische" e
Leitartikel, der sich mit der Person des Herrn Ular beschäftigt
darauf hinweist, daß der Mann mit richtigem Namen Uhlen
heißt und aus Bremen stamme. Er habe im vorigen Jahre
Sühneprinzen Tschun interviewt und darüber einen für Deutsch
wenig freundlichen Bericht an den „Matin" geschickt. Das
faßt dann schließlich sein Urteil ganz korrekt dahin zusammen,
wenn die veröffentlichten Aktenstücke echt wären, in ihnen die sch
Beschuldigung gegen Rußland läge, den Boxeraufstand verar
zu haben; seien sie eine Fälschung, „für die Herr Ular nicht
antwortlich zu sein brauchte", so müsse man zugeben, daß sie ge
durchgeführt sei. Eine kurze farblose Behandlung hat die
gelegenheit dann im „Temps" gefunden, sonst ist uns trotz sorgfäl

Digitized by Google

hau darüber nichts zu Gesicht gekommen. Nur glauben wir
daß sich diese ganz sensationelle Angelegenheit damit abtun
Ist es eine Fälschung, so liegt ein außerordentliches politisches
esse daran, das festzustellen und womöglich auch den Fälscher
zu fassen, sind die Dokumente echt, so gilt es auch dazu
ung zu nehmen.

Wir beginnen, um zur Klarheit zu gelangen, mit der Person
Dr. Ular. Es ist ganz richtig, wenn die „Vossische Zeitung"
hlemann nennt, nur ist er unseres Wissens Elsässer und zur
einer der Redakteure des „Matin". Er ist aber vorher lange
hina gewesen und erst im vorigen Frühjahr nach Paris zurück-
rt, sodaß die Möglichkeit für ihn ohne Zweifel vorlag, sich
Dokumente persönlich zu verschaffen. Jedenfalls muß er in der
sein, über das Wie und Wo? genaue Auskunft zu geben.
ist kurze Zeit, nachdem Ular aus China heimgekehrt war, der
ewandte Herr von und aus Blowitz, dessen Spürsinn sich nie
Kleinigkeiten abgegeben hat, auf ihn aufmerksam geworden. Er
hn ausgeholt und in einer Korrespondenz an die „Times" vom
Mai 1901 ausführlich dargelegt, daß der Annektierung der
dschurei durch die Russen ein Abkommen zu Grunde liege, das
sei als die Wendung der Boxer gegen die Fremden. Wir
ern uns nicht, ob Blowitz damals den Dr. Ular als seine
e nannte, glauben es aber nicht. Daß er ihn jetzt nennt und
Ular erst jetzt mit seinen Dokumenten hervorkommt, deren Echtheit
Unechtheit wir noch dahingestellt sein lassen, ist jedenfalls
kteristisch, und entspricht der politischen Situation nach der
iterten orientalischen Expedition Frankreichs nicht übel. Schon
der „Temps" von dem „Times"-Artikel Notiz genommen hat,
sreichend, um die wohltuende Schadenfreude zu erkennen, mit
nan am Quai d'Orsay der nation amie et alliée in die Karten
kt hat, zumal wenn man erwägt, daß die publizistische Methode
Herrn Blowitz mit Sicherheit den Schluß erlaubt, daß er noch
re Enthüllungen über dieses chinesische Rätsel in der Tasche hat.
v. Blowitz ist bisher immer nur allmählich, und zwar regel-
g so mit seinem Material hervorgetreten, daß er die erste
ation durch eine zweite, größere, übertrumpfen konnte. Bevor
nun zum Text der von Dr. Ular via Blowitz in der „Times"

Digitized by Google

veröffentlichten Dokumente übergehen, bemerken wir, daß der Abs
des Telegramms der Taotai vom Kanton ist, in dessen Stad
damals (Februar 1900) Li-Hung-Tschang als Vizekönig von
Kwangs aufhielt; Adressat ist der Sohn des Taotai, Chef
Telegraphenamtes in Maimatschin an der mongolisch-sibir
Grenze. Wu ist die chinesische Bezeichnung für den F
Uchtomski, den bekannten Direktor der russisch-chinesischen
Chefredakteur der „Petersb. Wjedomosti" und Verfasser de
Juli 1900 erschienenen, so großes Aufsehen erregenden Bro
„Zu den Ereignissen in China, ein Beitrag zu den Beziehu
Rußlands und des Abendlandes zum Orient". Diese Bro
vertrat den Standpunkt, daß der Feind Rußlands im Orien
Europäer sei, gleichviel ob Engländer, Deutscher, Italiener
Österreicher (mit den Franzosen wird aus naheliegenden Gr
eine Ausnahme gemacht), während der Chinese als der eigen
Freund Rußlands betrachtet werden müsse, auch der Vorstellun
gänglich sei, daß Gott die Herrschaft über alles Land dem „n
Zaren" übertragen wolle. Fürst Uchtomski vertrat auch
besonderem Nachdruck die Ansicht, daß Rußland nicht an de
strafung der Boxer teilnehmen solle, und leistete sich u. a.
monumentalen Satz: „Asien, das in vollem Sinne des W
nichts anderes in seinem gesamten Umfange ist, als ein
Rußland" (S. 43), oder in etwas anderer Fassung: „In Asien
es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen, und kann es auch
geben" (S. 84). Auch ist es in Hinblick auf den Inhalt
Dokumente von besonderem Interesse, daß Fürst Uchtomski
außerordentlichem Nachdruck die freundschaftlichen Beziehu
Rußlands zu den Lamas und den Einfluß derselben auf die Chi
betont. Daß endlich Fürst Uchtomski im Frühjahr 1900 i
sonderer Mission, angeblich im Interesse seiner Bank, nach
reiste und in direkte Verhandlungen mit Li-Hung-Tschang
dürfte noch in lebendiger Erinnerung sein, da die Tatsache
zeit großes Aufsehen erregte.

Mit der Bezeichnung Fo sind die buddhistischen Priester ge
Su ist der russische Grenzkommissar Sulwoski, Ikhetuan sin
Boxer und Tsu-tsi ist die Kaiserin-Witwe, Ku Beamter der ru
chinesischen Bank und russischer Agent in Urga.

Digitized by Google

Es handelt sich nun um die folgenden drei Stücke:

I. Telegramm: Zwölfter Tag des 2. Monats (Februar 1900) Kanton über Peking Shang-tsia-ku dem Chef des Telegraphen- es Mai-mat-schin. Der Vizekönig (Li-Hung-Tschang) kam zum verständnis mit Fürst Wu (Uchtomski) in betreff der Agitation Fo (buddhistischen Priester) auf der vorher ausgeführten Grund- . Unterrichte Su und Ku, damit sie so rasch wie möglich die dkonzessionen erwerben. Wu verlangt, daß Yi (der Groß-Lama Burjäten) nach Petersberg reise. Ich schicke Brief und Detail Abmachungen. Sage Su, daß in betreff der Ikhetuan (Boxer) Lage äußerst kritisch ist."

Über diese mysteriöse Angelegenheit gibt nun der am folgenden abgesandte Brief nähere Aufklärung.

II. Brief. „Mein Sohn! Du wirst hier die Angaben über gestrigen Verhandlungen zwischen dem Fürsten Wu (Uchtomski) dem Vizekönig (Li-Hung-Tschang) finden. Wenn Du diesen ef bekommst, werden, wie ich hoffe, alle nötigen Maßregeln ge- fen sein, um einem möglichen Konflikt mit den Westmächten zubeugen. Ich kann jedoch noch das folgende hinzufügen: Der ekönig ist jetzt ganz sicher, daß Tsu-tsi (die Kaiserin) nicht mehr ande ist, das Vorgehen der Boxer aufzuhalten. Obgleich er in ger Verlegenheit ist, zu entdecken, wie es kam, daß diese Be- ung sich gegen die regierende Dynastie richtete, ist er doch nahezu zeugt, daß russische Politiker durch Vermittlung von Yi (den na) die buddhistischen Priester angestachelt haben, diese Ver- örung gegen die Dynastie in Gang zu bringen. Jedenfalls ist er Meinung nach Rußland jetzt die einzige Macht, die fähig und ig wäre, der Kaiserin aus ihrer schwierigen Lage herauszuhelfen. n ist höchst wahrscheinlich, daß die Dynastie eine Wendung der xer gegen die Fremden gestatten muß, wenn sie noch einmal die neigung des Volkes zurückgewinnen will. In solchem Falle bedarf -tsi (die Kaiserin) der Hilfe, um einer wahrscheinlichen Aktion zwölf Mächte zu widerstehen.

Fürst Wu (Uchtomski) bietet, wenn der Angriff erfolgen sollte, Sympathien Rußlands unter den beiliegenden Bedingungen an. Vizekönig ging schließlich darauf ein, denn er glaubte, daß die rde des Reiches der Mitte eben durch das Aufgeben außerhalb

Digitized by Google

liegender Territorien, die von keinem Nutzen sind, gewahrt wer
könne. Herr Ku (der russische Agent Grote) wird umgeh
Instruktionen in betreff der Angelegenheiten von Urga erhalten.
alle Maßnahmen zum Schutz der Dynastie werden, wenn nötig,
Zeit und direkt getroffen werden. Der Vizekönig wünscht nur,
Du den einliegenden Zettel direkt dem Herrn Su abgibst.

Im übrigen hoffe ich, daß Deine vermittelnde Tätigkeit
Reiche und der Dynastie zum Heile gereicht. Der Weg des Himm
ist gerecht. Ich denke an Deine Wohlfahrt."

Die einliegende russische Aufzeichnung ist das interessan
Stück:

III. Russische Aufzeichnung (ohne Adresse und Unterschri

„Folgendes sind die Ergebnisse der Verhandlungen mit
Ich bitte, zu bemerken, daß sie in völliger Übereinstimmung mit
Wünschen und Voraussetzungen der Minister sind.

In betreff unserer Verpflichtungen gegen die Regierung
Bogdy Chan (russische Bezeichnung für den Kaiser von Ch
werden wir zu garantieren haben, für alle Fälle und für alle d
baren Ereignisse, die Aufrechterhaltung der Dynastie und den
bestrittenen Besitz von Inner-China, so wie sein Territorium h
ist. Wir werden insbesondere allen Landkonzessionen zu widerspre
haben, gleichviel ob sie durch friedliche Verhandlungen oder
bewaffneter Hand beansprucht werden. Andererseits werden wir
Dynastie sowohl gegen eine Intervention der Westmächte, wie g
die Boxer, wenn es notwendig werden sollte, aufrecht erhal
Sollte die Dynastie infolge der Rebellion, die jetzt unvermeid
scheint, in eine schwierige Lage geraten, so werden wir ihr, w
nötig, mit Vorschüssen helfen. Das hätte über Urga zu gesche

Als Kompensation würden wir über die tributpflichtigen Provi
verfügen.

Was vor allem die Mandschurei betrifft, so ist die Konven
von 1896 in betreff der russisch-chinesischen Bank offiziell auf
bestimmte Zeit zu verlängern, so daß die ostchinesische Eisenb
offiziell als russisches Eigentum anerkannt wird. Wir wer
autorisiert, wenn die Umstände es verlangen, die Mandschurei m
tärisch zu besetzen. Es wird aber vorsichtig sein, wenn man
Verwaltung chinesischen Beamten unter russischer Kontrolle überl

Digitized by Google

aber die eventuelle Organisation des Landes betrifft, so haben
natürlich volle Freiheit, es wird aber ratsam sein, so vorzugehen,
wir das Mißtrauen der Westmächte gegen China entwaffnen
jede Möglichkeit eines Konfliktes Chinas mit Japan oder den
mächten ausschließen. Wenn militärische Garnisonen notwendig
wird es unter allen Umständen nützlich sein, chinesische Soldaten
rwenden. Die Dynastie des Bogdy Chan hat auf die Erhebung
Abgaben zu verzichten, aber Rußland wird natürlich die Mittel
Verwaltung des Landes hergeben. Der Bogdy Chan soll fort-
n, die Namen der drei Provinzen in der Liste seiner Besitzungen
ühren. Selbstverständlich haben wir volle Freiheit, über alle
els- und Mienen-Privilegien des Landes zu verfügen, da keinerlei
ihungen an fremde Bewerber stattgefunden haben. Was,
ens, Setsen-Khan und Tushket-Khan (d. h. die Mongolei) betrifft,
n wir, wenn wir es vermögen, dort ein Protektorat begründen,
Li lehnt jede Verantwortung ab, da die mongolischen Prinzen
ssungsmäßiges Recht haben, es abzulehnen, wenn sie wollen.
käriſche Expeditionen würden nutzlos sein. Das Beste wäre, die
e G. zu überlassen, und zu einer Erledigung der Angelegenheit
ls des Goldgeschäftes zu gelangen. Jedenfalls ist es notwendig,
n Khutuktu für diesen Zweck zu gewinnen. Wir dürfen mit
Bau der Eisenbahn fortfahren. Die Regierung der Stämme
den Khans überlassen. Was aber Tianshan-pe-lu betrifft, so
unerläßlich, daß die chinesische Verwaltung bleibt, damit schwere
aben vermieden werden.

Von dem Dalai-Lama ist keine Rede gewesen. Sie kennen die
hungen nicht, die wir zu ihm haben. (Ein Irrtum, wie sich
II ergibt.)

Im Fall diplomatischer Schwierigkeiten hat Li es so eingerichtet,
er mit der Beilegung beauftragt wird. Er fürchtet, daß die
e mit den Ikhetuan (den Boxern) ernstere Folgen haben wird,
vir annehmen.

Es wird bei dieser Sachlage von großem Nutzen sein, die
ket-Khan- (Mongolei-) Angelegenheit zu beschleunigen und die
valtung der mandschurischen Eisenbahn zu verstärken. Sie
n jede Verantwortung für mögliche Revolten oder andere
ierigkeiten in den Distrikten ab, die unsere Verhandlung betrifft.

Digitized by Google

Dies nur als schriftliche Aufzeichnung. Da ich kein Detail
die Ikhetuan-Angelegenheit habe, so glaube ich, ist unsere Mi
erledigt. Die Ausführung unserer Stipulationen kann nur mö
werden infolge von Ereignissen in Peking.

Man hat sie zu Hause und in Peking rechtzeitig unterrich

Damit schließen diese merkwürdigen Aktenstücke, aber Dr.
fügt noch einige Erläuterungen hinzu. Die jetzigen Verhandlu
über die Mandschurei, meint er, seien nichts anderes als Kom
Die Bedeutung der Mongolei für Rußland liege, abgesehen da
daß sie Rußland von China trennt, in den ungeheuren Goldla
deren Ausbeutung bei Todesstrafe verboten war. Die chine
Regierung könnte hier nichts vergeben, da die Privilegien
mongolischen Fürsten, namentlich Tushket-Khans, durch chinesi
Gesetz geheiligt waren. Der russische Vertreter habe aber, g
nach Empfang jenes Telegramms, eine Mine bei Urga eröffnet,
nachdem die Mongolen erst protestiert, dann Miene gemacht hä
zu den Waffen zu greifen, sie schließlich durch Überredung
reichliche Bestechungsgelder zum Nachgeben bewogen. Um 17.
1900 rückten vier Sotnien Kosaken von Kiachta aus in Urga
Jetzt haben die Russen dort eine Festung erbaut und das
organisiert. Zwischen August 1900 und Februar 1901 seien
20 Millionen Rubel Silberbarren via Urga an die chinesische Regie
gegangen, am 19. Februar 1901 aber wurde das russische Protek
über Urga offiziell erklärt.

Die Reise des Groß-Lamas Yi nach Petersburg ist eine
kannte Tatsache, und ebenso, daß Rußland durch den Bur
Groß-Lama in Beziehung zum Dalai-Lama in L'Hassa stand, d
Kanzler seit 1896 russischer Untertan ist. Seit November
führe Kaiser Nikolaus II. den Titel: „Meister und Verwalter
Gaben des Glaubens" und das bedeute „Schutzherr aller Buddhis

Wenn nun die „Times" daran erinnert, wie anfänglich
russische Gesandtschaft sich weigerte, an dem Protest der and
Mächte gegen die Boxerbewegung teilzunehmen, wie nach Aufhe
der Belagerung Pekings Rußland weder seinen Gesandten noch
Truppen in Peking lassen wollte, sondern sie eilig zur Küste
ziehen ließ, wie es gegen die Bestrafung der Hauptübeltäter protest
wie endlich in der Höhe der russischen Kriegsentschädigung ein

Digitized by Google

nnis stecke, das jetzt seine Erklärung finden könnte, so macht das
s wohl begreiflich, daß Herr Ular Glauben bei ihr findet.

Auch wir halten diese Schreiben im wesentlichen für echt und
r namentlich weil sie noch einige unerklärliche und unverständliche
nkte in sich schließen, die sich nicht komponieren lassen. Als
schung wäre es ein Meisterstück, wie es ein Europäer schwerlich
en könnte, so daß höchstens daran gedacht werden könnte, daß
Dr. Ular selbst durch einen besonders feinen chinesischen Diplomaten
uscht worden sei. Dagegen aber spricht wieder der russische Brief,
so kein Chinese komponieren könnte. Kurz, die Annahme der
schung macht die Frage erst recht schwierig.

Je mehr man die Sache überlegt, um so wahrscheinlicher wird
Annahme, daß Dr. Ular die chinesischen Schriftstücke und eine
ückbehaltene Abschrift der russischen Anlage direkt oder indirekt
dem Chef des Telegraphenamtes in Maimatschin erworben hat.
r darüber ist er, nachdem diese den Fürsten Uchtomski und seine
traggeber so sehr gravierende Angelegenheit an die große Öffent-
keit gebracht ist, Auskunft zu geben verpflichtet.

Uchtomski beruft sich in dem Schreiben III darauf, daß er die
träge der Minister genau erfüllt habe. Dies ist der einzige
nkt in dieser Publikation, der durchaus so nicht im ursprünglichen
t gestanden haben kann. In Frage kann nur ein Minister
men, der der auswärtigen Angelegenheiten. Aber auch das
heint uns nicht wahrscheinlich. Im russischen Text wird gestanden
en: des Ministeriums, was einen sehr naheliegenden Lesefehler
rscheinlich macht, sobald man das Wort russisch denkt. Und
it ist vielleicht auch der Schlüssel der perfiden Intrigue gefunden,
welche wir selbstverständlich nicht den Zaren verantwortlich
hen können, der solche Detailarbeit gewiß nie kennen lernt,
en Verantwortung aber wohl auch den Grafen Lambsdorff nur
rekt trifft, sondern auf bestimmte Räte zurückzuführen ist, die
e chinesischen Angelegenheiten bearbeiten und in nahen Beziehungen
Fürsten Uchtomski stehen. Ist das „asiatische Departement"
) aufgehoben und heute kein selbständiges Departement mehr, so
eht es doch de facto fort und wir hätten dann nur ein chinesisches
alogon zu der Aktion, die jenes Departement in der bulgarischen
gelegenheit gegen den Fürsten Alexander durch den damaligen

Digitized by Google

Agenten in Sofia, Chitrowo, den späteren Gesandten in Bukar
betreiben ließ. Darüber, daß die sogenannten Jacobsohnschen Do
mente, die K. Leonow 1892 publizierte, bis auf geringe Willkürli
keiten echt sind, ist heute kaum noch ein Zweifel. Trotzdem w
niemand Alexander III. zumuten, daß er um die Niederträchtigkei
gewußt habe, mit denen Chitrowo und seine Leute vorgingen. D
Zar wollte den Battenberger gestürzt wissen, das Wie überließ
seinen Dienern, und die hüteten sich wohl, ihm den Revers
Medaille zu zeigen. Genau so aber wird es mutatis mutan
jetzt gewesen sein. Wir glauben nicht, daß es eine andere Lösu
gibt und beneiden den Fürsten Uchtomski nicht um die Rolle, die
dabei gespielt hat. Was aber Li Hung Tschang betrifft, so tritt
uns in voller, unbefangener Gewissenlosigkeit gegenüber, ganz
wir ihn kennen.

Aber wie will man, in Hinblick auf diese chinesischen Din
die ungeheure sittliche Entrüstung erklären, mit der Fürst Uchtom
Tag für Tag in seiner Zeitung gegen den Burenkrieg der Engländ
Verwahrung einlegt?

Uns bleiben nur noch wenige Zeilen Raum und doch haben
letzten Reichstagsverhandlungen eine Fülle des wichtigs
politischen Stoffes in Fluß gebracht. Wir denken — da
Chamberlain-Affaire für uns erledigt ist — zumeist an die
klärungen des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu unse
Bundesgenossen. Sie sind uns in doppelter Beziehung wicht
Einmal, weil sich aus ihnen ergibt, daß die Gefahr eines Krieg
nach zwei Fronten sehr wesentlich geringer geworden ist, zweite
aber, weil sie uns eine in nicht zu weiter Ferne stehende Erneueru
des Dreibundes als wahrscheinlich erscheinen lassen. Wie wir sch
vor acht Tagen vermuteten, haben weder die Rede des Her
Barrère noch das inzwischen auf seinen formellen Inhalt dementie
Interview Delcassés die Bedeutung, welche ihnen die Presse hüb
und drüben beigemessen hat. Zunächst ist außerdem Tripolis türkisch
Gebiet und uns scheint, daß über Zukunft dieses Landes niema
weniger zu bestimmen in der Lage ist als Frankreich. Tripo
grenzt nicht nur an Algier und es gibt Leute, denen eine intim
Nachbarschaft der Franzosen sehr unbequem und unerwünscht wä
Kurz über diese Frage ließe sich viel sagen und eine genauere Anal

Digitized by Google

lben könnte die italienischen Politiker leicht zu einer besseren ischen Orientierung führen. Auch das Verhältnis zu Österreich-arn ist, seit unsere Stellung zur heimischen Polenfrage in nicht uverstehender Deutlichkeit fixiert wurde, in erfreulicher Weise irt nach der Methode des guten Goetheschen Spruches: Es fege jeder vor seiner Tür — Und rein wird jedes Stadtquartier.

Nach Venezuela sind nun einige Fahrzeuge unterwegs. Wie hoffen, nicht die letzten, denn es ist ganz unzuläßlich, daß wir so auftreten, daß die Entscheidung rasch fällt. Wir würden es einen Mißgriff halten, wenn wir in die Lage kämen, später tärkungen nachsenden zu müssen. Aber das ist gewiß eine un-ge Befürchtung, da sie den Traditionen nicht entspräche, die wir eingehalten haben, wenn es darauf ankommt, die Würde des hes nach außen hin zu wahren.

Digitized by Google

17. Januar. Eröffnung des Schwedischen Reichstags.
17. Januar. Konzessionierung der anatolischen Eisenbahngesellschaft zum Bau der Bagdad
18. Januar. Aufhebung des Kriegszustandes im Amurgebiet.
18. Januar. Erschießung Scheepers in Graafreinet.
20. Januar. Erfolge der Aufständischen in Panama.
20. Januar. Polnische Demonstrationen vor dem russischen Konsulat in Lemberg.

---

22. Januar 1902.

Die „Times" vom 14. Januar bringt folgende Notiz: „U
Petersburger Korrespondent telegraphierte am 11. Januar, daß F
Uchtomski in den allerenergischsten Ausdrücken den Behauptu
zu widersprechen wünsche, die in einer Mitteilung enthalten
welche uns durch unseren Pariser Korrespondenten von Dr.
zugegangen sind und die unter dem Titel „Rußland und die M
schurei" in der „Times" vom 3. Januar erschienen. Fürst Uchto
nannte Dr. Ulars Enthüllungen „einen schlechten Scherz und
Anfang bis zu Ende erlogen", und fügte hinzu, er sei in der a
zogenen Zeit in Petersburg gewesen und erst 6 Monate später
China gereist. „Rußland — sagte er zum Schluß — hat mehr
irgend eine andere Macht von den Boxern gelitten", und des
halte er es für „absurd, russischen Intriguen eine Bewegung
zuschreiben, die chinesisch und nationalistisch ihres Charakters w

„Wir haben diese Mitteilung, bevor wir sie veröffentlich
durch unseren Pariser Korrespondenten dem Dr. Ular zugehen la
und von Dr. Ular direkt ein Telegramm erhalten, in welchem e
Erwiderung auf das kategorische Dementi des Fürsten Uchto
sagt: „Ich war durch ein Telegramm vom 6. Januar von e
Mittelsperson des Fürsten Uchtomski gewarnt worden, der Fürst
sehr zornig, und werde mich, falls es nötig werden sollte,
avouieren." Dr. Ular hebt nicht nur hervor, daß, wenn seine M
teilungen von Anfang bis zu Ende erlogen wären, der Fürst

Digitized by Google

gewarnt, sondern sein Dementi sofort veröffentlicht hätte, sondern
estiert „energisch und kategorisch“ gegen die Behauptungen des
ten Uchtomski. „Ich halte aufrecht — schließt Dr. Ular — die
lute Authentizität meiner Mitteilung; und wenn Fürst Uchtomski
chen sollte, die Angelegenheit Schiedsrichtern vorzulegen, so bin
ereit, sie anzunehmen.“

„Wir enthalten uns — schließt die „Times“ — jedes Kommen-
über diese einander widersprechenden Behauptungen, sprechen
die Hoffnung aus, daß Fürst Uchtomski die Herausforderung
Dr. Ular annehmen und so die Sache zu einem klaren Abschluß
en wird.“

Wir denken, Fürst Uchtomski wird es nicht nötig haben, sich
den von Dr. Ular vorgeschlagenen Schiedsspruch einzulassen,
ern es vorziehen, eine Verleumdungsklage anzustellen. Schon
haben wir uns überzeugen können, daß in dieser unter allen
ständen wichtig bleibenden Sache die Welt durch eine freche
chung getäuscht worden ist.

Die Reise des Fürsten Uchtomski nach China hatte ihrerzeit
so großes politisches Interesse erregt, daß sich die Spuren
s Aufenthalts im Orient in den Zeitungen verfolgen lassen.
haben das folgende Itinerar mit absoluter Sicherheit feststellen
en: Am 27. August 1900 finden wir den Fürsten noch in
-York. Von dort schifft er sich nach China ein.

Am 19. Oktober wird er als in Schanghai anwesend erwähnt,
16. November traf er in Peking ein, das er am 20. Dezember
) verläßt, um direkt über Port Arthur und Schanghai nach
land zu fahren.

Da nun die von Dr. Ular veröffentlichten Aktenstücke von Ver-
lungen erzählen, die angeblich im Februar 1900 zwischen Uchtomski
Li-Hung-Tschang stattgefunden haben, so liegt auf der Hand,
entweder ein Irrtum im Datum oder eine Fälschung vorliegt.
Februar 1900 und bis zum August des Jahres war, wie sich
den „Peterb. Wjedomosti“ ergibt, der Fürst Uchtomski als
redakteur seiner Zeitung in Petersburg tätig. Die drei von
veröffentlichten Dokumente aber sind auf eine politische Lage
hnet, die im August nicht mehr so bestand, und daraus folgt
er, daß nicht ein Fehler im Datum, sondern wirklich eine freche

Digitized by Google

Fälschung vorliegt, die bereits zu einer Zeit verfaßt sein muß
dem Gedächtnis des Fälschers der chronologische Zusammenhang
schwunden war.

Das Raffinement der Fälschung und ihre Verbreitung
die „Times“ und ihren Pariser Korrespondenten ließ uns a p
annehmen, daß die Daten richtig sein müßten. Auf Uchtor
Dementi hin haben wir sie nachgeprüft und das obige Resulta
funden. Was wird nun der Dr. Ular sagen? Der für ihn güns
Fall wäre, daß er selbst einem Fälscher zum Opfer gefallen
Dann aber ist es von höchstem Interesse, dessen Namen zu ke
um den Zweck der Fälschung zu durchschauen. Wir wollen in d
Hinsicht keinerlei Mutmaßung wagen, um nicht auch unsere
haltlosen Verdacht wachzurufen. Zunächst ruht die volle Ve
wortung auf dem Dr. Ular, der ein politisch toter Mann ist,
er nicht seine bona fides in dieser unerhörten Sache nachweisen

Schwierig bleibt die ganze Angelegenheit trotz allem. Nam
lich die angebliche russische Instruktion, die der Nr. II angeschl
war, erweckt den Verdacht, als stehe sie in Zusammenhang mit
jetzigen Verhandlungen der russischen Regierung über ihre kün
Stellung in der Mandschurei und Mongolei, und als sei es da
abgesehen, den Russen dadurch einen Stein in den Weg zu we
daß man das Mißtrauen und die Entrüstung der anderen M
gegen sie erregt. Es ist daher nicht undenkbar, daß diese Instru
aus echten Verhandlungsparzellen komponiert ist, als Ganzes ist
sie zweifellos unecht. Die Hauptsache aber bleibt jetzt, daß Dr.
die Entstehungsgeschichte dieser Dokumente vor der Öffentli
darzulegen hat und da auch des Herrn von und aus Blowitz
nalistische Ehre daran hängt, läßt sich vielleicht auf eine ausreic
Klärung hoffen.

Wir möchten übrigens in diesem Zusammenhange an eine a
russisch-chinesische Sache erinnern, die den Satz im Dementi
Fürsten Uchtomski illustriert, „daß Rußland mehr als irgend
andere Macht von den Boxern gelitten“ habe. Diese Leiden h
sehr auf Gegenseitigkeit beruht.

Vielleicht erinnern sich die Leser noch des Gerüchtes, das
Juli 1900 durch deutsche und ausländische Zeitungen ging, daß
russische Besatzung von Blagoweschtschensk die gesamte chine

Digitized by Google

ölkerung der Stadt ans Ufer getrieben und im Amur ertränkt
. Man sprach von vielen Tausenden — englische Blätter von
00 Mann —, aber die Tatsache erschien so ungeheuerlich und
e zudem so energisch dementiert, daß man ihr schließlich keinen
ben schenkte, oder sie doch für ins Ungeheuerliche übertrieben hielt.
Es stellt sich nunmehr heraus, daß jener Massenmord wirklich
gt ist. Die völlig einwandfreie Quelle, der wir die folgenden
achen entnehmen, ist der bekannte Künstler Wereschtschagin (A. W.),
am 30. Juni (russ. Stils) 1900 Moskau verlassen hat, um über
tsk nach Blagoweschtschensk, und von da über Chabarowska
Chuntschun zu reisen, wo er chinesische Antiquitäten aus der
derungsmasse zu erwerben beabsichtigte. Er hat seinen Reise-
gt soeben im Januarheft der Zeitschrift „Westnik Jewropy"
ropäischer Bote") Seite 103—148 veröffentlicht und wir ent-
nen ihm über diese Tragödie von Blagoweschtschensk, die am
uli erfolgt war, die folgende Darstellung. „Es ist Morgen.
gehen alle aus, um freie Zimmer in einem Gasthofe (in
goweschtschensk) zu suchen. Mir glückte es, eine vortreffliche
mer nahe am Hafen zu finden und ich siedelte sofort dort-
über . . . Um diese Zeit sprach man in der Stadt von nichts
rem als von dem Ertränken der chinesischen Bewohner von
goweschtschensk im Amur. Obgleich seither schon drei Wochen
egangen waren, sprach man doch so hitzig darüber, als ob es
rn gewesen wäre.

Wir sitzen an dem gemeinsamen Tische und frühstücken. Ein
ier in Polizei-Uniform tritt ein. Ich denke: „Mit dem über
Katastrophe zu reden, wäre gut, ich will ihn kennen lernen."
gehe ich auf ihn zu und stelle mich vor. Wir machen Be-
tschaft. Ich führe ihn auf mein Zimmer und wir plaudern.

„Bitte, sagen Sie, wer hat denn befohlen, sie zu ersäufen?"

„Sie zu ersäufen hat niemand befohlen" — antwortet er ruhig
leert sein Glas Limonade. „Vom Vorsitzenden der Heeres-
altung war der Befehl gekommen, alle Chinesen zu sammeln
sie zum Ufer nach Werchne-Blagoweschtschensk zu treiben, wo
Amur schmäler ist, und sie dort in Böten auf das andere Ufer
efördern. Ich befahl dem Pristaw, das auszuführen, und der
die Chinesen hingejagt, aber es zeigte sich, daß gar keine Böte

Digitized by Google

vorhanden waren. Nun, da hat man sie direkt ins Wa
getrieben, denn es war eine Panik über alle gekommen."

„Wie viele sind denn ihrer Meinung nach ertrunken?"

„Ja, viele werden es sein, denn es ist dreimal getr
worden," erklärte mein neuer Bekannter. Dies war alles, wa
von ihm herausbekommen konnte. Aber abends ging ich an
Hafen, um zu erfahren, wann der erste Dampfer nach Chabaro
abgeht, und unterhielt mich dort, auf einer Bank sitzend, mit
Kassierer, einem lieben und ehrwürdigen Greise.

„Sehen Sie jenes große Steinhaus," sagte der. „Die ganze
Etage war von einem chinesischen Magazin eingenommen.
Besitzer, ein dicker Alter, hat wohl 30 Jahre dort Handel getri
Er war ein sehr reicher Millionär, eine gute Seele, und hat un
Russen viele Schulden erlassen. Wir waren als Nachbarn
Freunde. Als man nun die Chinesen austrieb, hat man aud
fortgejagt. Er war aber, als ein angesehener Mann, nicht gew
daß man ihn stieß. Alle in der Stadt achteten ihn und er
einen gewaltigen Geldumsatz. Es war aber an diesem Tage
große Hitze und mein Chinese konnte nicht ordentlich gehen.
er mich sah, wollte er mich umarmen und umfaßte meine K
„Iwan, Iwan!" rief er, „rette mich!" Er zog sein Tasche
heraus. „Sieh," rief er, „hier sind 40000, nimm sie für Dich,
rette mich!" Nun, ich sagte ihm: „ich bin ein kleiner Mann,
kann ich machen?" Da aber schlug ihn ein Kosak mit der Pe
(pletj) über den Rücken und trieb ihn vorwärts. Und so hab
ihn weiter nicht gesehen.

Der Kassierer erzählte das alles so aufrichtig und mitl
daß ich nicht den geringsten Zweifel an der Wahrheit hegen ko
Mir war es, als sähe ich diesen dicken, von der Hitze gerö
schwitzenden Chinesen, in seinem blauen Seidengewande, den
Kosaken mit Kantschuhieben mit dem großen Haufen forttreiben

Gewiß, das ist ein arges Greuel — so eine friedliche Ber
rung von einigen tausend Menschen umzubringen. Denn man
ja nur, daß es 3000 gewesen seien. Andere haben mir die
sicherung gegeben, daß beinahe 10000 umgekommen seien! Wir
Wahrheit je zu Tage kommen? Gott weiß es. Aber man mu
auch in unsere Lage versetzen. Die halbe Bevölkerung der S

Digitized by Google

ınd aus Chinesen. Und plötzlich fängt man vom anderen Ufer zu schießen. Und wer schießt? Ihre Brüder und Glaubens- ɔssen! Eine begreifliche Erbitterung entsteht. Die ganze Stadt ɛbt, sie hätten sich mit den anderen Chinesen verschworen, die ʃen umzubringen. Es waren außer einem Bataillon Reserve fast e Truppen vorhanden, auch keine Waffen. Wie nun das Schießen nnt, stürzen alle Russen zur Obrigkeit und verlangen Waffen und eich bitten sie, daß man die Chinesen auf das andere Ufer schaffe. man sie dann ans Ufer treibt und nichts zur Überfahrt vorhanden ɔo entstand naturgemäß jene Katastrophe, die erfolgen mußte."

Wir müssen gestehen, daß die Art, wie ein Mann von reschtschagins Bildung diese Untat entschuldigt, fast ebenso bar- ʃch ist, wie die Tat selbst. Denn das Erstaunliche ist die Gewissen- ɣkeit, mit der alles den untersten Organen überlassen wird. Weder „Chef der Militärverwaltung", noch jener Polizeimeister, der den ɣang erzählt hat, noch sonst irgend eine Person von Autorität es der Mühe wert, die Ausführung eines Befehls zu überwachen, dem das Leben von vielleicht 10000 Menschen abhing, obgleich undenkbar ist, daß der dreimal wiederholte Jammer der Fort- iebenen, durch den Kantschu der Kosaken Angefeuerten, nicht zu n gedrungen sein sollte!

Wereschtschagin erzählt weiter, wie er auf der Fahrt von goweschtschensk nach Chabarowska mit dem Dampfer durch die ɛmeßliche Reihe der aufgedunsenen auf dem Amur schwimmenden ɛesenleichen fährt, die von den Fäulnisgasen vom Grunde des ʃes emporgehoben, jetzt langsam dem Meere zuschwimmen. Er t: 130, 131, 132! eine Landzunge verlegt die Aussicht, aber an en Ufern zieht sich wie eine Garnitur die endlose Reihe der ɛesenleichen hin. „Die Luft ringsumher war stark verpestet und alle hielten unwillkürlich unser Taschentuch vor die Nase." „Es chwer, auch nur annähernd zu sagen, wie viel Leichen wir an em Tage überholten, aber da wir an der einen Landzunge 150 ten, muß man wohl annehmen, daß es nicht wenige waren! Wir ɣen Halt um Holz einzunehmen. Ein Chinese wird ans Ufer orfen. Ich nehme meinen Apparat, um ihn rasch zu photogra- ren. Aber als ich eben beginnen wollte, ergriff eine Welle die he und trug sie fort . . ."

Digitized by Google

Man sage nicht, daß die Wereschtschaginsche Erzählung kei
Raum in einer politischen Betrachtung finden sollte! Sie ist auf
ordentlich wichtig, ein Stück aus der Praxis der Orientpolitik R
lands und eine drastische Illustration zugleich, die bestimmte nation
Eigentümlichkeiten verständlich macht. Chinesen und Russen le
30 Jahre lang neben und miteinander in Blagoweschtschensk
der reiche Chinese ist dem gemeinen Mann unter den Russen
barin (Herr) wie die anderen auch. Fürst Uchtomski hat in sei
vielerwähnten Broschüre gerade dadurch die Überlegenheit der r
schen Kolonisationserfolge im Orient begründet. Die hochmüti
Abendländer können es nicht nachmachen. Aber ein Moment
Erregung, und das alles ist vergessen, und mit den „Ungläubig
wird umgesprungen, schlimmer als mit dem Vieh. Gefühllos bri
man sie um; von der „herzlichen Gutmütigkeit" der Russen ist ni
mehr übrig geblieben, und unter all den tausend russischen Bewohn
von Blagoweschtschensk hat sich nicht einer gefunden, der einem G
freund das Leben gerettet hätte; sie sind umgekommen bis auf
letzten Mann. Ob auch die Weiber und Kinder, wird nicht ges
aber wir haben auch nirgend erwähnt gefunden, daß sie am Le
geblieben sind.

Doch das liegt nunmehr bereits anderthalb Jahre hinter u
die Zehntausend von Blagoweschtschensk haben längst am Gru
des Meeres dauernde Ruhe gefunden, und wenn auch der Rückst
chinesischer Bevölkerung nur langsam erfolgt und die russis
Bewohner der okkupierten oder annektierten Gebiete auch empfindli
Mangel an Bedienung leiden, allmählich füllen sich die Lücken,
schon heißt es, daß die Goldfelder der Mongolei eine immer grö
Anziehungskraft ausüben. Erweisen sie sich so ergiebig, wie angenom
wird, so wird der russische Finanzminister trotz des glänzen
Reichsbudgets, das er für 1902 veröffentlicht hat, gewiß erleich
aufatmen. Die 900 Millionen Rubel des „freien Baarbestan
der Reichsrentei" können die Tatsache doch nicht verdecken, daß
zur Zeit wirtschaftlich übel um Rußland steht. Die Jahresberi
der großen und kleinen Zeitungen sind außerordentlich pessimist
Die „Pet. Wjed." haben eine Reihe solcher Berichte (offenbar
stimmend) zusammengestellt. „Das vergangene Jahr" — schreibt
Smolensker Zeitung — war ein Jahr nicht erfüllter Hoffnungen

Digitized by Google

nichts zerronnener Träume." „Dieses Jahr" — sagt die Zeit- ift „Volksgesundheit" — „hat nichts getan, was zum Heil der nschheit dienen könnte; Armut und Bettelei haben zugenommen, e aber sind bekanntlich die schlimmsten Feinde der Volksgesundheit." „Nowoje Wremja" klagt, daß auf die Mißernte des Jahres 0 das vergangene Jahr wiederum einen Mißwachs gebracht habe daß der gegenwärtige ungünstige Winter für das Jahr 1902 e Not fürchten lasse. „In Anlaß dieser so häufigen Mißernten ren sich die Stimmen, welche behaupten, daß es sich nicht um zufällige Erscheinung handle, sondern um die Konsequenzen der eder Hinsicht unbefriedigenden Lage der russischen Landwirtschaft." t ebenso pessimistisch behandelt diese große Petersburger Zeitung Lage der russischen Industrie; doch spricht sie die Hoffnung aus, die gegenwärtige Krisis das Gute gehabt haben werde, viele äden aufzudecken und hoffentlich dahin führen werde, „daß einige f eingewurzelte Übertreibungen unseres Schutzzoll- tems revidiert und im Interesse der Konsumenten, s heißt der großen Masse des Volkes gemildert rden." Auch der Überblick über die Tätigkeit der Banken und Börse ist in Schwarz gezeichnet und offenbar nicht übertrieben, denn überhaupt diese Jahresberichte der „Nowoje Wremja" allen eressenten und auch unseren Herren Vertretern in Reichstag und dtag nur dringend zum Studium empfohlen werden können. Sie in der Nr. 9277 1./14. Januar 1902 zu finden.

Wenn, wie wir mit Recht meinen annehmen zu dürfen, der simismus der russischen Presse vollberechtigt ist, so wirkt der ressive Ton, der uns gegenüber angeschlagen wird, recht befrem- d. Wenn man große und doch nicht ganz unbedenkliche politische ternehmungen vorhat, muß man mindestens wirtschaftlich dazu bereitet sein. Was denkt nun die „Nowoje Wremja", wenn sie 2./15. Januar ihren Lesern die folgende Weisheit auftischt: „Am opäischen Horizonte erhebt sich in noch undeutlichen Umrissen das chtbare Gespenst des europäischen Krieges. Man ahnt, daß jener mpf, der seit Jahrhunderten geführt wird und der fortdauert bis heutigen Tage, daß der Kampf zwischen Slaven und Germanen ießlich zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen den uptvertretern diesen beiden Rassen, den Russen und den

Digitized by Google

Deutschen führen wird. Früher oder später, aber kommen
der Krieg." Diese Äußerung der „Nowoje Wremja" abe
charakteristischerweise sofort an die Londoner Zeitungen telegrap
worden.

Uns scheint das nicht nur frivol, sondern außerordentlich tö
gedacht. Für die Notwendigkeit eines solchen Krieges spricht ni
wenn nicht etwa die blutige Phantasie der „Nowoje Wremja";
mehr läßt sich voraussehen, daß die divergierenden Interessen
allmählich ausgleichen und die bestehenden Gegensätze in glei
Verhältnis abstumpfen werden. Bei uns in Deutschland sieht
die Entwicklung der russischen Dinge wie ein Schauspiel an,
jede Beunruhigung, bald beifällig, bald mißbilligend, wie es das
Recht dessen ist, der einen Platz im Parket hat. An einen b
stehenden russisch-deutschen Krieg glaubt kein politisch denke
Mensch. Es ist das heute die unwahrscheinlichste aller politi
Kombinationen, denkbar nur, wenn Rußland auf Abenteuer
Westen hin ausginge, während doch jedermann weiß, daß die P
des Petersburger Kabinets nach Osten hin orientiert ist und
empfindlichen Punkte am Persischen Golf und am S
Ozean hat. Ebenso fern aber liegt die Wahrscheinlichkeit,
Rußland durch einen deutsch-französischen Krieg zu einer A
herangezogen wird. Deutschland will keinen Krieg mit Frank
führen und Frankreich, so lange es das republikanische Frank
bleibt, wird keinen Krieg gegen Deutschland führen. Auch
Frankreichs politische Orientierung heute nach Afrika und
Ostasien hin. Die Zettelungen aber, die auf die englisch-franzö
russische Allianz hinzielten, um durch diese Deutschland klei
machen, können bereits als endgiltig gescheitert betrachtet we
Also, was soll der Lärm?

Die Eröffnung des englischen Parlamentes un
ersten Verhandlungstage haben wenig Neues gebracht. Die Par
stehen einander ohne gegenseitiges Verständnis gegenüber, wie wä
des ganzen Verlaufes des südafrikanischen Krieges. Die s
Kritik, der Lord Rosebery die Politik des Kabinets unterz
ändert nichts an der Tatsache, daß nach wie vor Lord Salis
und Chamberlain am Ruder bleiben und wenn der erstere j
der es hören will, unter der Hand mitteilt, daß er Chamber

Digitized by Google

en nie lese und keinerlei Verantwortung für sie übernehme (konf. ats vom 20. Januar), so läßt er ihn doch vor dem Parlament h Landsdowne und Balfour, so gut es eben gehen will, ver- gen. Auch scheint sich allmählich das Ohr des Ministeriums den nmen zu erschließen, die von der Notwendigkeit reden, mit den en in irgend welcher Form Verhandlungen anzuknüpfen. Die indische Regierung scheint durch Herrn Kuyper die ersten dis- n Vermittlungsversuche gemacht zu haben. Haben sie bisher zum Ziel geführt, so scheint uns doch nicht alle Hoffnung für Zukunft ausgeschlossen. Im persischen Golf ist den Engländern Versuch, ihre Suprematie weiter auszudehnen (über Gazireh und ar) mißglückt und die Russen haben die Gelegenheit benutzt, um ostentativ den Kreuzer „Warjäg" in Maskat anlegen zu lassen dort ein kleines Verbrüderungsfest mit der französischen Kolonie Ortes zu begehen.

In Frankreich ist man ganz mit den Vorbereitungen zu den hlen beschäftigt, und was jetzt dort getan und geredet wird, ist diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen, verdient also nicht ndere Beachtung. Immerhin hat es uns gefreut, daß die endlich lgte Bestätigung der Konvention über die Bagdadbahn für die anato- e Eisenbahngesellschaft von der französischen Presse gut aufgenommen den ist. Der Sultan hat die Garantie der Kilometergelder (16500 .) gewährt und bestimmt, daß die Eisenbahn von Konieh über Biredjik, ul, Bagdad nach Bassora gehen wird. Also nicht nach Koweit, ursprünglich beabsichtigt war. Eine Zweigbahn von Biredjik Alexandrette wird wohl von den Franzosen gebaut werden. ganze Linie wird 2500 km lang sein. Die Deutsche Bank und Banque Ottomane arbeiten hier Hand in Hand, wir hoffen das e von ihrem Zusammenwirken.

Die Fahrt des Prinzen Heinrich nach New York kann sehr beifällig begrüßt werden. Alles, was unsere guten Be- ungen zu den Vereinigten Staaten fördert, ist uns erwünscht.

Digitized by Google

24. Januar. Unterzeichnung des Vorvertrages über Verkauf der dänisch-westindischen
an die V. St. von Nordamerika.
24. Januar. Abreise des Prinzen von Wales nach Berlin.
25. Januar. Jnanschikai wird mit der Neuorganisation der chinesischen Armee betraut
27. Januar. Kaiser Wilhelm schenkt der Stadt Rom eine Goethestatue.
28. Januar. Eintreffen einer französischen Gesandtschaft in Marokko.
29. Januar. Rückkehr des Prinzen von Wales.

29. Januar 1902

Zum 43. Geburtstage Kaiser Wilhelms sind zahlreiche
liche Gäste nach Berlin gekommen. Auch wir sagen ihnen u
Bewillkommnungsgruß zugleich mit den aufrichtigen Wünschen,
wir unserm Kaiserlichen Herrn in Treuen entgegentragen.
Welt hat sich allgemach daran gewöhnt, den 27. Januar als
Tag zu betrachten, der ihr erneute Friedensbürgschaft bringt,
gewiß mit Recht. Gerade die an diesem Tage besonders he
tretende Idee des Zusammenstehens von Kaiser und Reich un
sorgfältig gepflegte Zusammenhang der dynastischen Beziehungen
zwischen dem Reichsoberhaupt und den Fürsten der Bundesst
bestehen, dient der Zuversicht auf Erhaltung des Weltfriedens,
heute ohne ein einiges Deutschland nicht mehr denkbar ist. Die
beispiellos dastehende gewaltige Überzeichnung unserer bescheid
Reichsanleihe hat noch kürzlich dieser Vorstellung Ausdruck geg
und wir schätzen von diesem Standpunkte aus es keineswegs ge
daß gerade die Beteiligung der auswärtigen Mächte an dieser
leihe eine so ungewöhnlich starke gewesen ist. Sie zeigt uns,
die verhetzende und aufreizende Tätigkeit einer ausländischen
nalistenklique heute als endgiltig gescheitert betrachtet werden k
alle die Anläufe auf die große Weltallianz gegen Deutschland,
die Sprengung des Dreibundes und was sonst an unterirdi
Wühlerei sich ans Licht der Öffentlichkeit drängte, sind in n

Digitized by Google

angen, und ebenso das mit besonderer Zähigkeit festgehaltene
reben, einen tatsächlichen Bruch zwischen Deutschland und England
eizuführen. Auch hier haben die dynastischen Zusammenhänge
als ein positives Moment von außerordentlicher Stärke und
eutung erwiesen. Der Prinz von Wales, den wir heute unter
glänzenden Reihe der Gäste des Kaisers noch besonders begrüßen
en, steht den Jahren nach unserem Kaiser näher als König
ard VII.; die schwierigen Probleme, die im Schoß der Zukunft
n, werden dereinst den Gegenstand seiner Lebensarbeit bilden,
rend er in den Kämpfen der Gegenwart, nach den Traditionen
t nur des englischen Königshauses, als ein Unparteiischer außer-
des Getriebes der Parteien steht. Die Reise, die ihn im
gen Jahre durch die Kolonien des greater Britain geführt hat,
nicht an ihm vorübergegangen sein, ohne starke Eindrücke von
besonderen Geist hinterlassen zu haben, der in jenen Halbrepu-
n lebt. So sehr dabei der Zusammenhang der angelsächsischen
se in fast überschwenglicher Weise in den Vordergrund gerückt
de, und so natürlich es war, daß er auch seinerseits in seinen
iderungen nachdrücklich den gleichen Ton anschlug, kann ihm doch
nicht entgangen sein, daß in diesen neuen Welten sich eine be-
ere Geistesart ausgebildet hat, die sich vielleicht am besten als
ieuropäisch bezeichnen läßt. Der australische und der kanadische
perialismus sind nicht bloß in der Form, sondern im Wesen
Imperialismus des Mutterlandes unterschieden, und wenn es
e in England eine politische Schule gibt, die den Kolonien
enüber in steter Rückzugsbewegung ist, so daß, wenn diese Ent-
lung weitergeht, die Richtung der Reichspolitik nicht mehr vom
tterlande, sondern von ihnen bestimmt werden wird, so gibt es
egen nur ein Remedium, die feste Aufrechterhaltung des euro-
chen Charakters des vereinigten Königreichs.

Sehen wir recht, so liegt hier die entscheidende Zukunftsfrage.
Entwicklung der letzten 30 Jahre ist so gegangen, daß England
von seinen europäischen Zusammenhängen immer mehr löste.
n hat dafür das Schlagwort der „splendid isolation“ ge-
ben, aber das scheint uns nur ein glänzender Name für eine
lage zu sein, die sich auf die Dauer ohne eine empfindliche
ädigung nicht wird behaupten lassen. Wir wünschen, daß der

Digitized by Google

Prinz von Wales noch oft unser Gast sei, damit ihm jene europäis
Notwendigkeiten und Zusammenhänge recht lebendig werden.
ruhen, trotz aller Realpolitik, auf einem Untergrunde idealistis
Anschauungen, die wir als kostbarstes Erbe der Geistesarbeit
gangener Jahrhunderte hochhalten, und in dieser Geistesarbeit
kein anderes Volk der Erde so sehr mit uns in gleicher Richt
gegangen, wie das englische. Die weltumfassenden philosophis
Systeme, auf denen das sittliche Urteil und das Denken der Ge
wart seinen Fortschritt gründet, sind in Deutschland und in Engl
erdacht und erlebt worden; unsere großen Dichter werden nirge
besser gewürdigt als in England, und Deutschland ist das klass
Land der Shakespearekenner. Wir könnten gerade dieses M
noch weit ausführen, aber wir brechen ab. Was uns zu sagen
Herzen lag, war, daß wir über die peinlichen Empfindungsgegen
des Augenblicks hinweg an eine Zukunft glauben, die sie überwun
haben wird, und daß uns der Prinz von Wales als einer der
deutsamsten Träger dieser Zukunft doppelt willkommen sein soll.

Umsomehr bedauern wir die großen und kleinen Ungeschick
keiten, die uns in letzter Zeit wieder auf englischem Boden entge
getreten sind. Der Entrüstungslärm über die Bemerkungen
Grafen Bülow gehört in erster Reihe hierher. Wir möchten da
mit den Worten einer angesehenen englischen Zeitschrift „The Pi
antworten, die sehr treffend das folgende bemerkt: „Was hat
der Reichskanzler eigentlich gesagt, das eine solche Entrüstung
rechtigte? Er hat im Reichstage am Mittwoch vor acht Ta
erklärt, daß, wenn der Minister eines befreundeten Landes Beis
aus dem Auslande herbeizieht, er in Gefahr ist, nicht bloß miß
standen zu werden, sondern auch ohne Absicht die Gefühle and
zu verletzen. Nun, daß eine solche Gefahr besteht, ist doch deu
an dem Fall Chamberlain zu erkennen. Er zog, ganz bona
ein fremdes Beispiel heran, ohne damit andere verletzen zu wo
und trotzdem verletzte er, wie die Tatsachen beweisen. Und
Bülows Lage ist genau die nämliche. Wo ist ein Stachel in se
Erklärung, daß er hoffe, es werde im Reichstage nicht in Üb
kommen, Minister eines fremden Landes zu beschimpfen oder fre
Armeen zu insultieren? Wahrscheinlich ist Graf Bülow ebenso
fähig, die Wirkung seiner Worte in England zu erklären, wie

Digitized by Google

Chamberlain mit seinen Worten in Deutschland ergangen ist. n wir Graf Bülows Stellung im Reichstage hinzunehmen und wige Schwierigkeit, die er zu überwinden hat, um eine Mehrheit ich zusammenzuhalten, so kann kein verständiger Mensch rhaupt mehr von ihm erwarten, als er wirklich getan

Wir zweifeln z. B. daran, daß ein englischer Minister bei ckweisung der Angriffe, die Engländer sich während des Dreyfus- sses gegen die französische Nation geleistet haben, sich um ein breit entschiedener ausgedrückt hätte, als Graf Bülow hat."

Wir registrieren diese klare und vernünftige Auffassung der mit um so größerer Genugtuung, als ein Teil der deutschen nie in London im Begriff zu sein scheint, durch eine Protest- mmlung gegen deutsche Verunglimpfungen Englands eine große eit und was mitunter schlimmer ist, eine noch größere Takt- keit zu begehen.

Das Protestieren können sie den Engländern überlassen, wir en jenen Herren Landsleuten nur dann ein Recht dazu zuer- en, wenn sie im Januar 1896 und bei zahlreichen späteren genheiten nicht versäumt hätten, gegen die Verunglimpfungen zu estieren, die von englischen Blättern und von englischen Körper- ten gegen unseren Kaiser und gegen unsere Nation ausgegangen

Aber damals haben jene Herren geschwiegen, so mögen sie auch heute schweigen!

Zu den Ungeschicklichkeiten rechnen wir auch die Erklärung, der Unterstaatssekretär Cranborne, bekanntlich der Sohn Lord sburys, der einst, als er in das politische Leben eintrat, denselben l führte, auf die Anfrage des Mr. Norman gab, als dieser te, ob ein geheimes deutsch-englisches Abkommen bezüglich des ischen Golfes bestehe. Der Unterstaatssekretär antwortete nicht, es allein korrekt und den Tatsachen entsprechend gewesen wäre, einem unzweideutigen „Nein", sondern ausweichend; wenn er ngen wollte, den Abschluß eines Abkommens über den einen oder anderen Punkt abzuleugnen, wäre das Geheimnis bald kein eimnis mehr.

Wie diese Entgegnung wirkte, zeigten schon die Verhandlungen folgenden Tages im englischen Parlament (am 23.), in welchen

Digitized by Google

derselbe Mr. Norman in nicht mißverständlicher Weise andeut
daß er an ein derartiges geheimes Einverständnis mit Deutschl
glaube, und das Vorrücken Deutschlands zum Persischen Golfe
als eine der bedenklichsten politischen Erscheinungen der Gegenw
bezeichnete. Die Folge könne für England nicht nur eine schw
Schädigung seines Handels, sondern sogar „imperial disaster"
deuten. In der sich daran schließenden Debatte hatte Lord Cr
borne Gelegenheit, auf diese Frage zurückzukommen. Er hat es a
nur beiläufig und in einer Allgemeinheit und in einer Verbind
getan, die jede Wirkung a priori ausschließen mußte. Er sag
„Wir würden es willkommen heißen, wenn die Russen ihren An
an der Entwicklung des Eisenbahnwesens des Landes nehmen, g
wie wir es willkommen heißen würden, wenn die Deutschen an
Entwicklung dieser Regionen teilnehmen."

Die Antwort darauf klingt uns nun in der durch den Telegrap
alarmierten russischen Presse entgegen. Der Fürst Uchtomski ha
für nützlich befunden, in den „Petersburger Wjedomosti" wie
einmal seinen wilden Mann, den unseren Lesern bekann
Wladimir Holmstroem, loszulassen, der, an den Abschluß der Bagd
konvention anknüpfend, in einem atemlosen Leitartikel den ber
stehenden Untergang der Türkei ankündigt:

„Als Vorläufer der zum Bewußtsein gekommenen (sic!) I
der Teilung der Türkei erscheint das Vorgehen Englands an
arabischen Küste; die neue Richtung der Politik läßt sich daran
kennen, wie Deutschland sich systematisch zu seiner neuen Rolle v
bereitet und muß dahin führen, daß Rußland sich in diesen Gebie
das politische System Englands zu eigen macht. Außerdem ist
Kategorie dieser Erscheinungen das franko-italienische Abkomm
über Tripolis, die französische Demonstration in Mitylene und
Vorbereitung Österreichs auf mögliche Ereignisse im Orient
rechnen. Allerdings gibt die deutsche Regierung sich alle Mühe,
Aufmerksamkeit der europäischen Kabinete vom nahen Orient ab
wenden: das Aufbauschen der Schwierigkeiten in Venezuela, jetzt
Austausch von Liebenswürdigkeiten a grand scala mit den V
einigten Staaten, das alles soll nur die Augen ablenken. Das
eine neue Auflage des „Telegramms Krüger". Aber, man täu
sich in Berlin, wenn man glaubt, daß Europa sich noch nicht an

Digitized by Google

ik des „Kaiserlichen Kabinets" gewöhnt hat — Rußland und
and können nicht übersehen, daß die neue Rolle, in welcher
schland jetzt in Kleinasien auftritt, es ihm möglich macht, Un=
hervorzurufen, die ebenso gefährlich für die russischen, wie für
nglischen politischen Interessen sind. Es ist sehr unvorteilhaft,
schland die Rolle des tertius gaudens spielen zu lassen. Noch
r Berliner Traktat in Kraft — wenigstens um als Mittel der
ehr zu dienen. „Messieurs faites votre jeu!"

Das ist der Schluß der Holmstroemschen Fanfare, und wir
en gestehen, ein tolleres politisches Kauderwelsch noch nie gelesen
aben. Das Merkwürdigste dabei ist wohl, daß er am Schluß
englisch=russische Verständigung zum Schutz der Integrität der
ei — gegen Deutschland zu wünschen scheint, und toller läßt
er politische nonsens schwerlich schreiben, wenn man gleichzeitig,
Herr Holmstroem es tut, an ein geheimes politisches Einver=
nis zwischen England und Deutschland glaubt. Aber dieser
el war uns doch in doppelter Hinsicht von Wert. Einmal,
er uns als Resonanz der englischen Parlamentsverhandlungen
eint, dann aber, weil er recht unverhüllt die Stimmung zu Tage
läßt, die in Rußland der Zug der Franzosen nach Mytilene
das Gerücht vom französisch=italienischen Abkommen über Tripolis
t hat. Ein drittes wird verschwiegen, hat aber nicht minder
ert und das ist der Anteil, den Frankreich an dem Unternehmen
Bagdadbahn nimmt. Hinc illae lacrimae! Aber wir bedauern
nicht trösten zu können, denn die Dinge verhalten sich
ich so.

Doch wir kehren zu unserem Ausgangspunkt zurück. Nicht für
sche Ungeschicklichkeit, sondern für ein schweres Unrecht und für
groben politischen Fehler halten wir die Erschießung des
eren Scheepers, weil er bewaffnete Kaffern hat füsilieren
n. Wir haben die Bedeutung der Kaffernfrage von einigen
gen an dieser Stelle dargelegt. Die Buren können nicht anders
durch drakonische Strenge den Kaffern die Lust benehmen, am
pfe teilzunehmen. Täten sie anders, so wäre es ihr eigener
rgang und wenn das englische Kriegsgericht es möglich macht,
Kriegsmaßregeln als „Mord" zu bestrafen, so ist das ein em=
ndes Unrecht. Es ist aber zugleich eine Unklugheit, denn wenn

Digitized by Google

etwas die Buren zur Fortsetzung des Kampfes bis aufs äuße
und zu wilden Repressalien veranlassen kann, so sind es solche Sprü
Wie man in Deutschland darüber denkt, brauchen wir nicht zu sag
aber sehr bedeutsam ist es doch, daß der Senator Teller am 23.
Monats im Senat zu Washington zu einer Intervention zu Gun
Scheepers aufforderte. Was Teller in Verurteilung der englis
Praxis den Buren gegenüber sagte, war außerordentlich scharf
hat dadurch an Schärfe nicht verloren, daß die während der V
handlung eingetroffene Nachricht von der Erschießung Scheepers
Abstimmung zwecklos machte.

Auch das möchten wir hervorheben, daß man in Washing
bestimmte Äußerungen, welche in der Rede Cranbornes auf die V
dienste Englands um Amerika während des Philippinenkrieges
wiesen, als einen Versuch betrachtet, die zur Zeit vorherrsche
deutschfreundliche Richtung zu durchkreuzen oder, wie ein New-Yo
Telegramm des „Standard" es ausdrückt: „Lord Cranborne sp
with a view of effectively checking the German flirtatio
Wir glauben nicht, daß solche Bemühungen zum Ziele führen kön
Der New-Yorker „World" hat das rechte Wort gefunden, wenn
die Herrn Poultney Bigelow zugeschriebene Äußerung: „in 6 Mona
könne es kommen, daß wir gegen Deutschland kämpfen, wie
gegen Spanien gekämpft haben", folgendermaßen abfertigt: „V
einem deutsch-amerikanischen Kriege reden „is the babble of fo
or knaves, and is either preposterous or criminal", also „
Gewäsch eines Narren oder eines Schurken und entweder unsin
oder verbrecherisch". Das ist sehr kräftig ausgedrückt, aber es tr
den Nagel auf den Kopf und mag auch auf jene anderen Freu
angewandt werden, die uns alle 14 Tage einmal mit ihren Krie
ankündigungen nervös zu machen — versuchen.

Mit besonderem Interesse haben wir die Darlegung gele
die am 21. Januar der französische Minister des Auswärtig
Delcassé, der Kammer über die Stellung Frankreichs in
großen Politik gab. Telegraphische Wiedergaben pflegen ja im
etwas mager zu sein, weil sie aus vielleicht berechtigter, aber n
immer geschickter Sparsamkeit das Charakteristische der Formulier
in verblaßten Farben wiedergeben. Gelesen macht die Rede ei
weit bedeutenderen Eindruck. Sie hat unser Urteil von der gro

Digitized by Google

hicklichkeit des Ministers nur gekräftigt. Die unbequemen Punkte
Interpellation Etienne wurden übergangen oder nur leicht gestreift,
andere mit großem Nachdruck so gefaßt, daß es die Politik
Kabinets in das allerbeste Licht setzt. Den Ausgangspunkt gab
raſcher Überblick über den erfolgreichen Abschluß der französischen
on in China, wobei dann freilich der Hörer den Eindruck ge-
nen mußte, daß eigentlich die Leitung und die politische Führung
Anfang bis zu Ende in französischen Händen gelegen habe. Aber
infach pflegen die Ereignisse sich niemals zu vollziehen, und ohne
Verdienste Herrn Delcassés mindern zu wollen, werden wohl
die anderen Kabinete und die übrigen an dem chinesischen Kriege
ligten Truppen ein bescheidenes Verdienst für sich in Anspruch
nen dürfen. Neu an diesem Teil der Mitteilungen war, daß
na Frankreich gegenüber die ausdrückliche Verpflichtung über-
men hat, Ruhe und Ordnung in Yün-Nan aufrechtzuerhalten.
Stellung dieser Provinz als besonderer französischer Einflußsphäre
us zu folgern, wäre jedoch ein Irrtum, man würde das tat-
ich bestehende Verhältnis übertreiben. Es ruht auf nachbarschaft-
n Beziehungen und schließt bekanntlich nicht aus, daß auch die
länder von Ober-Birma aus den Weg nach Yün-Nan gefunden
n. In Bezug auf die Dauer friedlicher Zustände in China
h sich der Minister sehr zuversichtlich aus, wenn er auch nicht
Möglichkeit von Überraschungen ausschloß.

Der Teil der Rede, die sich mit Frankreichs Stellung in Vorder-
beschäftigte, wird namentlich in Rußland interessieren. Es war
mehr und nicht weniger als die sehr bestimmte Behauptung,
Frankreich heute die erste Stelle auf diesem Boden einnehme,
e place qui n'est égalée par personne". Das wird dann
allen Richtungen hin im Detail nachgewiesen. Die französische
ustrie ist dort die mächtigste, mehr als ein Drittel aller Eisen-
en ist in französischen Händen, es hat die vier großen Häfen
die Leuchttürme und verfügt über die größten Kapitalien; unter
Schutz der Trikolore stehen 500 geistliche Niederlassungen,
nter mehr als 300 Schulen, und jetzt habe der Sultan sich ver-
tet, die legale Fortexistenz dieser Schulen, der französischen wie der
Frankreich beschützten, der Hospize, Kirchen, Asyle und der übrigen
ösischen Anstalten anzuerkennen. Man wird sie frei lassen von

Digitized by Google

Grundsteuer und Zollpflicht und dulden, daß sie vermehrt und
größert werden. Und das alles sei erreicht worden „sans tou
au droit des autres“, der Platz Frankreichs „au grand s
d'Orient“ sei nunmehr gesichert. Im Auslande habe man
wohl verstanden. Wenn man aber frage, weshalb Frankreich M
lene wieder verlassen habe, antworte er, „weil wir alles erha
haben, was wir der Welt zu begehren erklärten, weil die Welt
Glauben schenkte, und weil es eine große Kraft bedeutet, Vertr
eingeflößt zu haben“. Das ist wirklich sehr hübsch gesagt und
wollen hoffen, daß es auch überall zutrifft.

Es schließen sich hieran einige kurz abweisende Bemerkun
die im wesentlichen sagen, daß der Minister über die äthiop
Eisenbahn, Neu-Fundland, Neu-Kaledonien, die Neuen Hebriden
Siam nicht reden wolle — es sind das die alten Streitpunkte
England —, etwas genauer geht er auf Marokko ein und zwar
daß er dem Leser die Vorstellung erweckt, gerade hier handl
sich um ein ganz intimes Einverständnis mit Rußland, w
natürlich nur die strikte Erhaltung des status quo das Ziel
beiläufig aber auch eine etwas zuverlässigere Festsetzung der Gre
Den die französisch-italienischen Beziehungen behandelnden Teil
Rede geben wir als den uns meist interessierenden wörtlich.
Delcassé knüpfte an die Reihe von Vorträgen an, welche die Gre
des französisch-afrikanischen Territoriums — „l'empire le plus va
le plus compact du continent africain“ — bestimmt haben
fuhr dann fort: „Die franko-italienische handelspolitische Verständig
vom 21. November 1898 und die afrikanische Konvention
21. März 1899 haben glücklicherweise den Charakter der politi
Beziehungen zwischen Frankreich und Italien verändert. Diese
ziehungen sind so freundschaftlich und vertrauensvoll geworden, da
es beiden Regierungen möglich gemacht haben, sich zu beiderseitiger
friedenheit vollständig über alle ihre Interessen im Mittelmeer zu erkl

Diese Erklärungen (explications) haben sie dahin gebracht,
zustellen (constater), daß ihre Absichten (vues) in betreff
Punkte, die ihre besondere Lage angehen, übereinstimmen, und h
im Monat April zu der Kundgebung von Toulon geführt, die
wie dort als der Abschluß einer langen Periode unnötiger
verständnisse begrüßt worden ist.“

Digitized by Google

Gerade in Betreff der französisch-italienischen Beziehungen hatten infolge der Rede von Herrn Barrère und des (übrigens inhaltlich ntierten) Interviews, dem Herr Delcassé sich selbst hatte unter- n lassen, eigentlich mehr erwartet. Von Tripolis keine Silbe, ebensowenig von all den Mutmaßungen und Kombinationen, die räglich von Wohl- und Übelwollenden daran geknüpft worden Man wird daher gut tun, sich an die hier ex cathedra ge- ne Erklärung zu halten, die wohl auch bald in Italien ein Echo cken wird.

Ein Kompliment an die Vereinigten Staaten und die nach- liche Behauptung, daß die russisch-französische Allianz notwendig damit die Welt ihr Gleichgewicht nicht verliere, bilden den tlichen Schluß, obgleich noch zwei Nachsätze folgen. Der eine et sich gegen diejenigen, welche die russisch-französische Allianz günstig ansehen und ihre einfachsten Erscheinungsformen miß- en, die aber damit nur beitragen, sie weiter zu festigen; der re gilt der Anwesenheit des Zaren in Dünkirchen und Reims der Weisheit des Parlaments, dem im Grunde alle diese schönen lge zu danken seien.

Der Dank des Parlaments bestand denn auch außer dem ver- ten rauschenden Beifall für den Redner darin, daß gegen das m der Budget-Kommission die Gesandtschaft am Vatikan wieder- estellt wurde. Mit 335 gegen 200 Stimmen! Gewiß ein gutes piel dafür, daß Höflichkeit nicht schadet.

Digitized by Google

Ende Januar. Versuch einer holländischen Vermittlung zwischen England und den Bu
31. Januar. Rückkehr des italienischen Geschwaders aus China.
1. Februar. Empfang der Damen des diplomatischen Korps durch die Kaiserin von China.
4. Februar. Angebliche Verhandlungen über Tripolis zwischen Frankreich, Italien u Türkei.
5. Februar. Die französische Kammer nimmt für die Grubenarbeiter den 8stündig beitstag an.

5. Februar 190

Wer regelmäßig die englischen Parlamentsverhandlungen folgt, und das sollte jeder Politiker tun der es mit seiner Au ernst nimmt, weiß auch, daß das wichtigste politische Material in den breit angelegten, behaglich rollenden oder scharf zugesp Reden der Regierungspartei oder der Opposition zu finde sondern in den Antworten, welche die Regierung auf die schr eingereichten Fragen der wißbegierigen Parlamentsmitglieder Sie sind stets möglichst kurz gefaßt, scharf präzisiert und im G der Verantwortlichkeit vor einer über England hinaus reich Öffentlichkeit abgegeben. Man darf unter allen Umständen derartige Antwort vom Regierungstische her als hochoffiziel trachten und ist daher wohl berechtigt, sie scharf ins Auge zu f

Gerade die Verhandlungen der letzten 8 Tage haben nach Richtung ein sehr reichhaltiges Material geboten, und es schein nützlich, aus demselben eine mehr historisch-politische und eine a politische Frage hervorzuheben.

Freilich hat jene historisch-politische Frage — wir meine Verhalten Englands während des spanisch-amerikanischen Krieg in gewissem Sinne auch eine aktuelle Bedeutung, deren Trag aus einem raschen Rückblick auf die jüngsten Phasen der de amerikanischen Beziehungen deutlich genug hervorspringt.

Digitized by Google

Als nach der Übernahme der Präsidentschaft durch den jetzigen
sidenten Roosevelt eine sichtliche Annäherung zwischen Deutsch-
d und den Vereinigten Staaten von Nordamerika sich anzubahnen
ann, wurde plötzlich in der sogenannten gelben Presse eine Cam-
ne gegen uns in Angriff genommen, und zwar unter Hinweis
die zweideutige Rolle, die Deutschland angeblich während des
nisch-amerikanischen Krieges gespielt haben sollte. Englischerseits
de lebhaft sekundiert und dabei Gelegenheit genommen, in aller
cheidenheit darauf hinzuweisen, wie ganz anders loyal doch Eng-
d dem angelsächsischen Bruder in jenen Tagen zur Seite ge-
den habe. Natürlich gab es Entgegnungen, aber die ganze An-
egenheit schien in den Sand zu verlaufen, weil eine retrospektive
litik der Rekriminationen dem praktischen Sinn der Amerikaner
nlich zwecklos zu sein scheint. Man pflegt dort vorwärts, nicht
kwärts zu sehen. Aber die Nachricht von der Reise des Prinzen
nrich machte in England das Interesse für das Verhalten Deutsch-
ds in der Zeit des spanisch-amerikanischen Konflikts wieder lebendig
abermals klang, wenn auch merklich schwächer, ein gefälliges
o über den Ozean herüber. Offenbar in diesem Zusammenhange
während des jüngsten Kreuzfeuers von Fragen, das der Unter-
atssekretär Cranborne zu bestehen hatte, Mr. Normann die Frage
ihn gestellt, ob England während dieses Krieges eine Vermittler-
le zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten gespielt habe.
e Antwort sagte, die englische Regierung habe sich an einer Note
eiligt, die eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen suchte,
her aber sich die Sicherheit geschafft, daß ein derartiger Schritt
Washington nicht ungünstige Aufnahme finden würde. Spätere
rschläge, eine Pression auf Amerika auszuüben, aber habe Eng-
d abschlägig beschieden.

Diese Erklärung des Unterstaatssekretärs sagt nun freilich dem
storiker, der den Verlauf dieser Dinge genau verfolgt hat, nichts
ues über die Auffassung, die England zu verbreiten bemüht ist.
dem dickleibigen Buche von Whates: „The third Salisbury
ministration 1895—1900“, dem man einen Salisbury-offiziösen
arakter nicht absprechen kann, wird (S. 95) diese Legende folgender-
ßen eingeführt: „In dem Kriege mit Spanien hatte Groß-
tannien strikte Neutralität eingehalten. Aber die Vorstellung war

Digitized by Google

verbreitet, daß die Mächte, geführt von Deutschland, geplant
für Spanien einzutreten und an England herangetreten wären
einen gemeinsamen Druck auf die amerikanische Regierung ausz
Großbritannien, sagte man, habe sich geweigert, an irgend n
Schritten teilzunehmen, die geeignet waren, Amerika zu behi
Nun hat Deutschland zwar geleugnet, daß es selbst oder
andere darauf ausgegangensei, in der kubanischen Frage Stellung
die Vereinigten Staaten zu nehmen, und bisher ist kein off
Beweis des Gegenteils in England oder in Amerika erbracht w
Andrerseits ist es aber Tatsache, daß unser Botschafter in Wa
ton der amerikanischen Exekutive von der günstigen Stimmung
britanniens Mitteilung gemacht hat, und daß der britische Kor
schutz für amerikanische Untertanen im Gebiet der spanischen
diktion ein freundschaftlicher Akt war, der dem amerikanischen
höchst genehm war." Man sieht, die Fassung ist hier so ge
daß den Amerikanern die Vorstellung erweckt werden soll,
deutschen Interventionspläne seien doch eine Realität gewese
nur an der entschlossen freundlichen Haltung Englands gesch

Da ist es nun sehr interessant, daß die oben wiederge
Erklärung Lord Cranbornes sofort mit einem weitergehenden
mentar an die „Associated Preß" in New-York depeschiert w
ist (21. Januar) und zwar in folgendem Wortlaut: „Nachforsch
welche den Gegenstand der Erklärung Lord Cranbornes bet
haben die folgenden wichtigen Tatsachen klargelegt. Es kan
Grund der höchsten Autorität (also Lord Salisburys) fest
werden, daß Großbritannien zweimal formell angegangen word
wenn auch nur einmal nach Beginn der Feindseligkeiten zwische
Vereinigten Staaten und Spanien. Lord Cranbornes Hinwei
mehr als einen Vorschlag war offenbar eine Verallgemein
die auch nicht streng offizielle Vorschläge einschloß. Die Geleg
da England entschieden eingriff, war, als der österreichische
schafter Lord Salisbury aufsuchte und fragte, ob England will
sich einer Kollektivnote der europäischen Mächte anzuschließen,
die Vereinigten Staaten ersuchen sollte (urging, das Wort
gewählt, daß es auch in stärkerem Sinne etwa wie „kateg
verlangen" verstanden werden kann), vom Kriege mit Spanie
zulassen; die Note solle nicht mit Repressalien oder mit Interv

Digitized by Google

en, sondern den Charakter eines starken Protestes und eines enden Hinweises auf ein Schiedsgericht tragen. Lord Salisbury in diesem Vorschlag eine unverantwortliche (unwarrantable) ischung in die Angelegenheiteu einer befreundeten Macht, und das offen aus, indem er erklärte, daß England an keinem tigen Schritt teilnehmen werde, namentlich im Hinblick auf die ung, die Präsident McKinley zu den Bemühungen der Mächte bellum eingenommen habe. Seither ist in Downing-Street mehr von einer Kollektivnote gehört worden."

Auch diese auf dem Umwege über Washington zu uns zurück-mene Aufklärung trägt die Merkmale der oben gekennzeichneten enz und dem gegenüber ist es doch nützlich, den wahren Sach-lt einmal festzustellen.

Es sind ziemlich genau vier Jahre her, als durch das Medium hiesigen spanischen Botschafters die Anfrage an uns herankam, eutschland zum Schutz des monarchischen Prinzips sich an die e einer gegen Amerika gerichteten Aktion stellen wolle. Die ort war eine bestimmt ablehnende und ebenso als einen Monat h (es muß nach unseren Notizen Mitte März gewesen sein) die rderung an uns herankam, uns einer auf österreichische Initia-u unternehmenden Vermittlung anzuschließen. Wir haben diese e, die kein Geheimnis waren, seinerzeit in unseren Berichten die äußere Politik der Woche genau verfolgt. Es waren die en, die unter der Nachwirkung der traurigen Katastrophe des ne" standen, von der man damals glaubte, sie könne eine An-ung zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten erleichtern. unsere Regierung hielt es doch für nötig, Herrn v. Radowitz tragen, daß er der Regierung in Madrid mitteilen solle, chland sei außer stande, zur Beilegung des spanisch-amerikanischen es beizutragen.

Es haben danach noch mehrfache Bemühungen stattgefunden, chland oder den Dreibund für eine Aktion zu gewinnen, wobei ntlich Papst Leo XIII. eifrig tätig gewesen ist. Das schließ-Resultat war, daß unser Botschafter in Washington, v. Holleben, diesen wurde, sich einem Schritt, den etwa Österreich in Vor-bringe, nur dann anzuschließen, wenn die übrigen 5 Groß-e sich beteiligten. Wie es zu dieser Vereinigung kam, können

Digitized by Google

wir nicht mehr feststellen. Tatsache ist jedenfalls, daß am 7. A
eine Kollektivnote in Washington überreicht wurde, die zu friedl
Verständigung riet und von England, Frankreich, Italien, Öster
Rußland und dem deutschen Vertreter unterzeichnet war. Wi
hat man darauf etwa 8 Tage lang glauben können, daß sich
Krieg werde abwenden lassen. Der Marschall Blanco erhielt
Madrid aus den Befehl, den aufständischen Kubanern eine Wa
ruhe zu bieten, man war entschlossen, ihnen eine weitgehende A
nomie zu bieten, in der Frage des „Maine" sich einem Schiedsg
zu fügen. In den politischen Kreisen aber gab man sich k
Illusionen hin, und als England durch seinen Botschafter
14. April den Antrag auf eine neue Kollektivdepesche stellte
welcher die Mächte erklären sollten, Europa halte eine bewaf
Intervention Amerikas in Kuba nicht für berechtigt, fragten
übrigen Botschafter telegraphisch in Europa an, und auf die
schiedene Ablehnung Deutschlands hin ist dann dieser Schritt u
blieben.

Das gibt, so scheint uns, ein sehr wesentlich von der engli
Legende verschiedenes Bild!

14 Tage danach war im Repräsentantenhause und im S
zu Washington die gleichlautende Form für die Kriegserklärun
funden und der Krieg nahm jenen Verlauf, den das unerhört
nachlässigte Kriegswesen Spaniens herbeiführen mußte.

Als dann im Juni und Juli die Unternehmungen der
einigten Staaten sich mit immer größerem Erfolge auch gege
Philippinen richteten, ist England eifrig bemüht gewesen, die Sp
zu veranlassen, ihnen die Bitte um eine spezielle Friedensvermit
zu übertragen. Aber die Spanier wollten nicht, obgleich es
ihnen vielleicht klug gewesen wäre, sich die englische Vermit
gefallen zu lassen; denn keiner Macht der Welt war das
greifen der Vereinigten Staaten in die Sphäre des Stillen O
lästiger als den Engländern. Aber zwischen Spanien und En
lagen alte Erinnerungen, die sich nicht verwischen ließen.
Spanier haben sich an Frankreich gewandt, das dann dem latein
Bruder zu helfen suchte, aber nur erreichte, daß die schließ
Friedensbedingungen in den Pariser Verhandlungen noch wese
geschärft wurden.

Digitized by Google

Das ist der historische Zusammenhang, und wir hoffen damit
nglische Legende recht gründlich ad absurdum geführt zu haben.
Was aber die zweite aktuell politische Frage betrifft, so denken
an die jetzt umlaufenden Friedensgerüchte, die der Besuch
niederländischen Premier-Ministers Kuyper in London zum
nstand des Interesses der ganzen Welt gemacht hat. Denn
nicht ein so verstockter Politiker ist, daß ihm sein menschliches
efühl über dem Wunsch untergeht, daß England sich durch eine
re Fortsetzung des Krieges schwäche, der wünscht den Frieden,
t endlich diesem südafrikanischen Jammer ein Ziel gesetzt werde.
in dieser Frage sind wir der Meinung, daß weder die Er-
ngen Kuypers noch die Antworten Balfours und Chamberlains
die im Parlament an sie gerichteten Anfragen mehr bieten als
Schein von Wahrheit. Kuyper ist gewiß nicht aufs Blaue
nach London gegangen, es ist nicht denkbar, daß er nach allen
nsigenten Erklärungen, die von der englischen Regierung vor
großen Öffentlichkeit des Parlaments gemacht worden sind, ohne
erige Sicherheit, daß der Versuch einer Vermittlung in London
m sei, sich auf die Reise gemacht hätte. Aber allerdings scheint
den Erklärungen im Parlament nicht zweifelhaft, daß man nicht
sondern einen diskreten Mittelsmann gewünscht hat, der im
wirkte, ohne durch persönliche Eitelkeit dahin geführt zu
en, sich selbst in den Vordergrund zu drängen. Schon daß
er persönlich nach Brüssel ging, war ein grober Mißgriff.
rtige Besuche bleiben nun einmal nicht geheim. Auch zweifeln
nicht daran, das, was uns als englische Antwort angekündigt
unmehr eine in der Form zwar höfliche, aber entschiedene Ab-
ng sein wird. Trotzdem aber glauben wir an kommende
ensverhandlungen, und wenn die Engländer die Zeit nützen,
die Notwendigkeit der Aussaat die Buren milde stimmt, und
England klug ist, auch an die Möglichkeit eines günstigen
anges. Es klingen Nachrichten herüber, aus denen sich ergibt,
seit einiger Zeit von nichtoffiziellen Persönlichkeiten und neuer-
auch von Kapministern in privater Form Versuche gemacht
en, um die Führer der kapländischen Afrikander zu bewegen,
Einfluß auf die Buren im Interesse des Friedens geltend zu
en. So meldet die „Kap Times", daß man in gut unter-

Digitized by Google

richteten holländischen Kreisen in Kapstadt hoffe, Hofmeyer w
die niederländische Regierung veranlassen, an die englische Regie
mit Friedensvorschlägen heranzutreten. Also doch wieder die ni
ländische Regierung! Die Frage ist nur, wie? und auf welcher
handlungsbasis?

Überdenkt man die Lage, so haben die Engländer sich so
geredet, daß man nicht sieht, wie sie auf den Anspruch der S
hoheit verzichten können. Unsere Idee, die Anerkennung einer
graphisch beschränkten Unabhängigkeit der Buren, die wir nach
vor für die einzige Lösung halten, die einen dauernden Fr
bringen kann, hat bis zur Stunde in England keinerlei Wide
gefunden und ist ebensowenig von den Kreisen um den Präsid
Krüger aufgenommen worden. Daß Emigranten intransigent sind
die Fühlung für das Mögliche verlieren, ist nun freilich nicht wu
bar. Das liegt im Wesen der menschlichen Natur begründet.
wie die Dinge liegen, ist aber die Herstellung des status quo
für England eine Unmöglichkeit, darüber darf man sich nicht täu
und soweit wir über die Denkungsart der Buren unterrichtet
täuscht man sich in Afrika auch nicht darüber. Also wir me
die Anerkennung der englischen Fahne als der Landesfahne n
kein unüberwindliches Hindernis bieten. Vor dem Jameson-E
hatten die Verhältnisse in Transvaal sich bereits so gestaltet, da
Buren holländisch und englisch nebeneinander sprachen, ja sog
den Kreisen der besser Gebildeten englisch miteinander korrespondi
Sie waren damals noch unbewaffnet und hatten Flinten von
gänzlich veralteten Typus. Erst der verbrecherische Jameson-E
hat das geändert. Aber es läßt sich trotz der Erbitterung
heute besteht, wohl denken, daß die Gewährung voller lokaler
nomie unter den ihnen gewohnten Formen sie zum Niederlege
Waffen veranlaßt. Denn auch sie sind Menschen und sehne
nach Ruhe, Frieden und Häuslichkeit. Aber freilich, es darf
Kaffernwahlrecht bestehen und es muß eine Amnestie für die tap
Mitkämpfer aus den Reihen der Kapholländer gewährt werden

Uns scheint, England kann beides bieten. Geschieht es
so dauert der Krieg fort. So liegen die Dinge, und uns wu
nur, daß niemand in England den Mut findet, sich vor der Ö
lichkeit zu diesem Programm zu bekennen. Das Fegefeuer der

Digitized by Google

riffe, die das Ministerium am 1. Februar bei der Etatdebatte zu estehen gehabt hat, zeigt, daß man in England allmählich einsieht, aß auch die reichste Nation der Welt auf die Dauer dieses un=eheure Kriegsbudget nicht ertragen kann. Der berühmte französische lationalökonom Paul Leroy=Beaulieu kommt in einem Artikel von berzeugender Beweiskraft zum Schluß, daß dieser Krieg dem nglischen Volke dauernd weit höhere Lasten auflege, als der Krieg on 1870/71 den Franzosen, und auf Jahrzehnte England ökonomisch n eine Lage versetzen müsse, die es seinen Konkurrenten gegenüber hnmächtig machen werde. „C'est une dure leçon qui devra rofiter aux autres peuples!"

Wir schließen mit einer Betrachtung, zu der uns eine Pariser Korrespondenz des „Hannoverschen Kurier" veranlaßt. Diese Korre=pondenz lautet:

Paris, 31. Januar. In kolonialpolitischen Kreisen herrscht große Be=riedigung über den Eifer, den Delcassé neuerdings für die Förderung der ranzösischen Kolonial=Interessen entfaltet. Mehrere einflußreiche Persönlichkeiten wurden unter der Hand verständigt, daß dem Botschafter in ondon, Cambon, wichtige Instruktionen zugegangen sind, die auf Herbei=ührung einer möglichst umfassenden kolonialen Entente mit Eng=and abzielen. In erster Reihe steht die Erwerbung der Neuen He=riden für Frankreich, das zum Entgelt auf seine Fischereirechte in Neufundland verzichten würde. Auch die noch unerledigte Siam=An=elegenheit spielt in die von Cambon zu führenden Verhandlungen inein. Als Hauptstück seiner Bemühungen werden aber mehrere afrikanische ragen bezeichnet, für deren Regelung der Botschafter bei der englischen Regierung günstige Disposition festgestellt hat. Man hofft hier, die Ver=ändigung auch auf Marokko ausdehnen zu können, nachdem man sich einer assiven Haltung Italiens in dieser Frage versichert hat.

Was bei Erwägung dieser, in Bezug auf ihren Inhalt wahr=cheinlich durchaus zutreffenden Notiz auffällt, ist der Widerspruch, n welchen die Politik, die Frankreich verfolgt, seit Herr Delcassé ie auswärtigen Angelegenheiten führt, mit der Idee der alliance ranco-russe getreten ist, wenigstens so wie man diese in Peters=urg versteht. Es ist nicht mehr wie vor wenigen Jahren, daß rankreich russische Politik macht, sondern es geht mit steigendem elbstbewußtsein seinen eigenen Interessen nach, die oft in merk=ürdig scharfem Gegensatz zu dem treten, was man an der Dworzowaja loschtschadj für vorteilhaft hält. Die Annäherung an Italien mit

Digitized by Google

dem unangenehmen Beigeschmack, den sie durch die sehr lebendi
auf Albanien gerichteten Wünsche der Italiener gewinnt, die den
strative Expedition nach Mitylene mit ihrem in Rußland noch
unbequemeren Anhang an Zugeständnissen für die lateinische Ki
im Orient und jetzt, um den Zirkel zu schließen, die geflissent
Annäherung an den alten Rivalen der russischen Politik, Engla
Man kann sich demgegenüber kaum der Vorstellung entschlagen,
Herr Delcassé auf die alte historische Orientpolitik Frankr
zurückgreift, wie Richelieu und Ludwig XIV. sie vertraten und
zuletzt Napoleon im Krimkriege sie gegen Rußland auszuspi
verstand. Sollte er wirklich die Neubelebung der alten Gruppe
Westmächte zum Ziel seiner Politik machen wollen? Fast möc
wir es glauben. Es fehlt ihm weder an Geschick, noch an Eh
dazu und wir halten — trotz allem — es nicht für undenkbar,
das französische Volk ihm auf diesen Wegen Gefolgschaft lei
Aber welche Wandlung der gesamten Weltpolitik würde das
deuten?

Digitized by Google

Februar. Abreise des Erzh. Franz Ferdinand aus Petersburg.
Februar. Schluß der Session des italienischen Parlaments.
Februar. Ermordung des bulgarischen Unterrichts-Ministers Kantschew.
Februar. Nachricht von Aufständen im mittleren Arabien.
Februar. England erklärt, daß es Weihaiwei zu einem offenen Platz bestimmt habe.

---

12. Februar 1902.

Der historische Überblick, den wir an dieser Stelle vor acht gen über die Haltung der europäischen Mächte während der ersten ndien des spanisch-amerikanischen Konflikts wegen Kubas gaben, einen merkwürdig lauten Widerhall gefunden. Wir wollen halb in Kürze rekapitulieren. Lord Cranborne hatte im Parlament, chsam ex cathedra, eine Erklärung abgegeben, welche die Vor- lung erwecken mußte, daß, während England von Anfang bis zu de entschlossen auf amerikanischer Seite gestanden habe, andere chte — wobei die Kommentare der Presse auf Deutschland, aber h auf Rußland hinwiesen —, eine den Vereinigten Staaten günstige, um nicht zu sagen, feindselige Rolle gespielt hätten. s gab uns den Anlaß, zusammenzustellen, was uns über die ltung der Mächte an der Hand zugänglicher Quellen bekannt ge- den war, und unser Resultat zeigte, daß gerade Deutschland den ndpunkt vertreten hatte, daß in diesem spanisch-amerikanischen reite, nachdem einmal die Vereinigten Staaten zu der durch eine lektivnote aller Mächte vom 7. April 1898 angeratenen friedlichen rständigung nicht gegriffen hatten, eine Politik völligster Ent- tung die allein richtige sei.

Wir führten weiter aus, wie trotzdem England durch seinen tschafter in Washington am 14. April den Antrag auf eine neue lektivnote stellte, durch welche die Mächte erklären sollten, daß ropa eine bewaffnete Intervention Amerikas in Kuba nicht für

Digitized by Google

berechtigt halte und wie, auf die entschiedene Ablehnung Deut
lands hin, diese geplante englische Tadelsnote und jede weitere Akt
der Mächte unterblieben sei.

Der Inhalt unserer Ausführungen ist noch an demselben T
nach Amerika gekabelt und nach London telegraphiert worden
rief hüben wie drüben gewaltige Aufregung hervor. In Amer
waren die Stimmen geteilt, ein Teil der Presse nahm unsere A
führungen richtig als Konstatierung einer politisch-historischen Tats
auf und paßte dem ihr Urteil an, ein anderer Teil scheint sich
der englischen Botschaft informiert zu haben und wollte daher
unseren Ausführungen nichts anderes erkennen, als einen böswilli
Verleumdungsfeldzug gegen England. Das war der Ton
„New-York Times", des „Journal of Commerce" und der „Even
Post". Die letztere faßte ihr Urteil dahin zusammen, daß al
was wir gesagt hätten, nichts anderes sei als eine törichte Behaupt
(an absurd statement).

Nun ist aber gestern (Montag, den 10.) in der Abendnumm
der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" eine offiziöse Erklärung
schienen, die unsere Darlegung nicht nur bestätigt, sondern inhalt
noch weiter begründet.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der in der Presse laut
wordenen Äußerungen, verweilt die „Nordd. Allg. Ztg." bei
erwähnten drastischen Formulierung der „Evening Post" (abs
statement) und sagt: „Wir haben hierauf zu erklären, daß
dieser Sache die Torheit nur dort zu entdecken ist, wo man
suchen will, einen Vorgang zu verdunkeln, der sich nicht unter
Augen abgespielt hat, über den vielmehr am 14. April 18
die Vertreter sämtlicher europäischer Großmächte
Washington nach Verabredung gleichzeitig und glei
artig an ihre Regierungen berichtet haben."

Damit, so sollte man meinen, dürfte die gegen uns ausgespi
hinterlistige Taktik gewisser englischer Politiker und Journalisten e
gültig aus dem Felde geschlagen sein, und wir wollen deshalb a
nicht länger bei dieser für England beschämenden Angelegen
verweilen. Aber es wird doch interessant sein, zu verfolgen,
der Rückzug angetreten wird, der jetzt unvermeidlich geworden
und was die amerikanischen Blätter und die öffentliche Meinu

Digitized by Google

Landes sagen werden, nachdem man sie so kläglich irre ge-
t hat.

Aber vielleicht wird die Welt nach Jahr und Tag erfahren,
ähnliche Legenden auch über andere Fragen von hoher politischer
eutung im Umlauf sind; denn die Gegenwart bildet sich stets
Urteil an dem Schein, an den Symptomen der tiefer und meist
orgen liegenden treibenden Kräfte, und eben deshalb ist es so
erordentlich wichtig, diejenigen Tatsachen festzuhalten, die über
en Schein hinausführen. Uns ist beim Studium der Rede, die
d Salisbury am 5. im Junior Constitutional Club, Piccadilly,
alten hat, doch die Vorstellung lebendig geworden, daß sich an
unser Urteil über die Motive Englands bei Aufnahme und
rung des südafrikanischen Krieges klären kann.

Den Anlaß zur Rede des Premier-Ministers hatte die Bitte des
cadilly-Klubs gegeben, daß Lord Salisbury persönlich die Ent-
ung einer von dem Bildhauer T. Brock, R. A., verfertigten
rmorstatue der Königin Viktoria vollziehen möge. Die Statue
int nach dem Urteil englischer Blätter sehr schön zu sein und
t die jugendliche Königin überlebensgroß (sechs Fuß) stehend, mit
Szepter in der gesenkten Rechten dar.

Nachdem die Hülle gefallen war und der Vorsitzende einige
eichelhafte Worte an Lord Salisbury gerichtet hatte, folgte die
e Salisburys. Er leitete sie mit Worten hoher Anerkennung
die verstorbene Königin ein und ging dann sofort auf die Tages-
tik über. Mit beißender Ironie behandelte er den „sonderbaren
ritt" (curious step, der Ausdruck wird mehrfach wiederholt)
niederländischen Regierung, die aus Gründen, die sich seinem
ständnis entzögen, von ihrer Fürsprache für die Buren irgend
chen Erfolg erwartet habe. Vielleicht habe die Partei, die man
England „Pro-Boers" nenne, ihr Hoffnungen gemacht; er, Salis-
y, aber sei der Meinung, England stehe in einer Periode, in
cher für sentimentale und empfindsame Auffassung kein Raum
r übrig sei. Es handle sich nicht darum, einen Frieden zu-
menzuflicken, der keinen Bestand haben könne, sondern um die
rechterhaltung der Sicherheit des Reiches. „Wir würden" — so
r er wörtlich fort — „jede Herstellung des Friedens, durch welche
Rechte unseres Herrn, des Königs, voll anerkannt werden, nicht

Digitized by Google

nur willig, sondern mit Entzücken annehmen. Es gibt nichts, wir mehr wünschen als einen Frieden, der die Erfüllung all unsr Pflichten und die Erreichung der hohen Ziele mit sich bringt, wo zu verfolgen unsere Aufgabe ist." („Which it is our business pursue". Wir haben business höflich mit „Aufgabe" übers obgleich es näher läge und vielleicht auch treffender wäre, d „Geschäft" zu setzen.) Aber England müsse Sicherheit haben. Buren hätten sich in Englands Hand gegeben und er werde r ruhen, bevor in dem verwüsteten, durch Krügers Ehrgeiz ins E geführten Lande die Sicherheit hergestellt sei. Die Gefühle jenigen, die anders denken, seien ihm gleichgiltig, er denke an loyal gebliebene Bevölkerung Südafrikas und an deren Gesi Auch solle man bedenken, daß alle wesentlichen Teile des britis Reiches ihre Blicke auf den Ausgang des Krieges gerichtet hie und von diesem Ausgange werde es abhängen, ob das Reich Stärke wachse und ob die Verbindung mit den Kolonien noch wo an Festigkeit gewinne. Der südafrikanische Krieg sei von so au ordentlicher Bedeutung, weil er die wundervolle Tapferkeit englischen Soldaten gezeigt und mehr Vertrauen in die auswär Politik des Landes erweckt habe. Auch solle man nicht verges daß die gegenwärtige Krisis zwar beängstigend, schrecklich, erschöp (anxious, terrible, exhausting) sei, aber doch nicht ewig dau werde. Er zweifle nicht an dem günstigen Ausgang; sei es abe weit, so solle der Klub und sollten alle ähnlichen Genossenscha nicht vergessen, daß sie gestiftet seien, weil es notwendig war, Irl zu retten. Dieser Gedanke habe die Partei der Unionisten sammengeführt. Die Aufrechterhaltung seiner Machtstellung in Irl sei aber die wichtigste Lebensfrage, die England jetzt ins Aug fassen habe, und lasse man nach in Wachsamkeit, so stelle n England vor die größte Gefahr, der es je ins Auge blicken hatte (the greatest danger it has ever had to fa Die Feindseligkeit gegen England werde heut von den Iren bitt und unversöhnlicher zum Ausdruck gebracht, als je in den To Parnells und O'Connells. Denke man sich nun, daß in Irl eine Regierung walte, die, wie die Buren es getan, Waffen Munition sammle, so werde England dort weit ernsteren Din gegenüberstehen als heute in Südafrika.

Digitized by Google

Der Schluß der Rede war ein heftiger Ausfall gegen die rer der Liberalen, Rosebery und Campbell Bannerman, obgleich erstere sich bekanntlich sehr entschieden von den Iren losgesagt und endlich die noch mehrfach wiederholte Mahnung, nicht nachssen im Kampf zur Aufrechterhaltung der Union zwischen England Irland.

Diese Rede ist doch in vielfacher Hinsicht interessant. Einmal die große Schärfe, mit der Salisbury den Interventionsversuch Ministers Kuyper zurückweist, doch im Gegensatz zum Ton der 5. veröffentlichten Antwortnote Englands. Dazu kommt der weis auf Mittelspersonen, wobei zwar zunächst an die Friedensnde unter den Liberalen zu denken ist, aber doch auch eine andere tung an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Seit geraumer Zeit bereits das Gerücht, daß König Eduard VII. weit weniger intransigent e, als das gegenwärtige Ministerium, so daß etwa sein Standt dem Roseberys gleichzusetzen wäre. Der Hieb gegen Rosebery e in solchem Falle bestimmt, höher hinauf zu treffen und das de erklären, weshalb Rosebery wider alle Gerechtigkeit zum Mitdigen an der Haltung der Liberalen in der Home-Rule-Frage acht wird.

Der zweite springende Punkt ist der mehrfach mit Nachdruck erholte Satz, daß der Gesichtspunkt des Mitleids überhaupt in Frage kommen dürfe, und wir wären bereit, dem zuzunen, wenn das nur den Notwendigkeiten gälte, die der g nun einmal mit sich bringt. Hier aber handelt es sich wohl mehr: um eine künstliche Harthörigkeit Notrufen gegenüber, denen Mensch sein Ohr verschließen darf. Der Bericht der Miß Hobhouse o nicht aus der Welt zu schaffen, und den von ihr geschilderten ständen gegenüber, deren Realität nicht widerlegt ist, ist die fohlene Hartherzigkeit nicht am Platz.

Sehr zu beachten ist der Hinweis auf den Zusammenhang, der chen dem Ausgang des Krieges und Englands Verhältnis zu en Kolonien bestehe. Wir erkennen darin ein wesentliches Moment, England treibt, den Kampf bis aufs äußerste fortzusetzen. n in der Tat: muß England den Buren ihre Selbständigkeit geren, so wird, nach allem was gesagt und getan worden ist, aus nicht ein Schluß auf die zu bewundernde Großmut Englands,

Digitized by Google

sondern der andere Schluß gezogen werden, daß England
stark genug ist, seine Kolonien zu schützen. Lord Salis
hat das nicht mit diesen Worten gesagt, aber sie sind an
nicht zu verstehen, und der ihnen zu Grunde liegende Ged
ließe sich vielleicht am besten dahin formulieren, daß am
reichen Ausgang des Krieges die Zukunft des britischen Imperialis
hängt.

Was aber seine Behandlung der irischen Frage betrifft
teilen wir Lord Salisburys Meinung durchaus. Vorläufig ist
Kombination denkbar, in der England den Iren Home Rule, d
doch schließliche Selbständigkeit gewähren darf, ohne einen politi
Selbstmord zu begehen. Und deshalb können wir der liber
Opposition auch keine Zukunft zusprechen, solange sie an diesem
ihres Programms festhält. Es läßt sich daher mit größter
stimmtheit sagen, daß der nächste Wahlkampf in England um
Parole Home Rule geführt werden wird und daß diese Parole
die berechtigten Beschwerden, die sich gegen das Ministerium S
bury-Chamberlain erheben lassen, übertönen wird. Das wird
nur ändern, wenn Rosebery an Campbell Bannermans Stelle
Führung der Liberalen übernimmt und den nicht unbeträchtli
Teil der Unzufriedenen unter den Unionisten zu sich herüberz
Steht dann noch der König zu ihm, dessen indirekter Einfluß
nicht unterschätzt werden darf, so könnte eine neue liberale Ar
England angehen. Vorläufig jedoch stehen noch so viele „We
und „Aber" dazwischen, daß jede sichere Kombination aus
schlossen ist.

Inzwischen haben sich in Rußland Dinge vollzogen,
vielleicht dort zu der so oft angekündigten und immer wie
Schatten geschwundenen liberalen Ära hinüberleiten könnten.

Am 6. Februar ist nämlich im „Regierungsanzeiger" der
gende Ukas veröffentlicht worden:

„Seine Majestät der Kaiser hat Allerhöchst zu befehlen ger

I. Zur Klarstellung der Bedürfnisse der Landwirtschaft
zur Erwägung der zum besten dieses Betriebes und der mit
verbundenen Zweige der Volkswirtschaft zu ergreifenden Maßre
ist eine besondere Konferenz unter dem Vorsitze des Finanzminist
aus den Ministern der Landwirtschaft und der Reichsdomänen,

Digitized by Google

ern und anderen Personen, die Seine Kaiserliche Majestät direkt
en wird, niederzusetzen.

II. Der Präsident der besonderen Konferenz ist zu berechtigen,
Teilnahme an den Arbeiten der Konferenz mit beratender Stimme
nigen Personen hinzuzuziehen, deren Meinungsäußerung in der
ferenz sich als nützlich erweisen könnte.

III. Zur genaueren Ausarbeitung der ihrer Beratung unter-
nden Fragen ist der Konferenz anheimzustellen, vorbereitende
missionen zu bilden und zwar so, daß die Konferenz Bestand
Grundlage dieser Kommissionen bestimmt.

IV. Der Präsident der besonderen Kommission ist zu berechtigen,
Konferenzbeschlüsse dem Gutachten Sr. Kaiserlichen Majestät zu
breiten, um fernere Direktiven, die den Allerhöchsten Weisungen
Majestät entsprechen, zu erhalten.

Darüber hat der Finanzminister am 23. Januar 1902 (i. e.
Februar) dem dirigierenden Senat zur Veröffentlichung Bericht
ttet."

Kaiser Nikolaus hat nun 20 Personen zu Mitgliedern der
mission ernannt, darunter nicht den G.-R. Pobedonoszew, ob-
ch nicht übersehen werden kann, daß auch die Frage der Stellung
Sektierer in diesen Beratungen eine Rolle spielen wird. Denn
ber kann kein Zweifel sein; es handelt sich um einen Schritt
allergrößter Tragweite. Das Uchtomskische Blatt, das, wo es
nicht um Fragen der auswärtigen Politik und des nationalen
uvinismus handelt, oft vortreffliche Artikel bringt, bemerkt sehr
ig: „In der Tat, die Landwirtschaft ist in Rußland nicht nur
Betrieb oder nur eine Seite der Volksarbeit, sie ist zugleich und
noch höherem Grade die Art und Lebensweise der erdrückenden
rzahl der Russen. Landwirtschaft ist fast dasselbe wie Zustand
Landes, und das will sagen, daß es sich um das Schicksal
den Wohlstand von mindestens 100 Millionen Köpfen
delt, das heißt um die weit überwiegende Majorität im
schen Reiche. Das ganze Leben dieser Bevölkerung ist von allen
en her bedingt durch Landarbeit und durch die damit verbundenen
ige der Volksarbeit. Weder die bäuerliche Gemeindever-
sung, noch die Verhältnisse in Familie und Haus können ver-
den werden, wenn man sie nicht in Beziehung zur Landwirtschaft

Digitized by Google

setzt, und umgekehrt bedingt und beeinflußt die ganze Organi
des Landlebens den Erfolg dieses „Betriebes".

Wo also soll man die Nöte der Landwirtschaft aufs
wie sie erklären, wenn man nicht in die rechtlichen, jurid
Beziehungen eindringt, in welchen die wirtschaftliche Tät
des Teils der Bevölkerung sich bewegt, welche den Bauer
bildet?

Gewiß kann man von der Landwirtschaft auch von dem S
punkte aus reden, daß sie nur ein Betrieb ist, aber dann berührt
weder die praktischen Lebensbedingungen, noch die Rechts
hältnisse, in welche jene „Gewerbetreibenden" in Rußland
und handeln. Aber abgesehen davon, daß eine derartige Abstra
auf landwirtschaftlichem Gebiete am wenigsten geeignet ist,
richtigen Einschätzung des Notstandes zu führen, so kann der
wirtschaftliche Betrieb als solcher nicht abgesondert und unabh
von der ganzen Sphäre der wirtschaftlichen Tätig
des Volkes betrachtet werden. Spricht man von der L
wirtschaft nur als von einem Betriebe, so muß man anerkennen,
die Nöte dieses Betriebes und die Maßregeln, die zu seinem N
ergriffen werden können, in Zusammenhang stehen mit der
meinen ökonomischen Politik des Reiches. Das bedeutet,
wird über die Grundprinzipien unseres staatli
Wirtschaftssystems reden müssen!

Wie man die Fage auch ansehen mag, und von welchem S
punkte immer man an sie herantritt, der außerordentliche Un
des Problems kommt in der ihm gegebenen Fassung klar zur Gel
Man kann die Not und die Bedürfnisse der Landwirtschaft aus
Lebensweise und den Lebensbedingungen unserer heutigen D
erklären, und darin die Hauptursache der anerkannten H
losigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes finden, oder in
ökonomischen Bedingungen die Heilung der kranken Seiten der L
wirtschaft suchen, oder auf welchen Standpunkt sonst die „beso
Konferenz" sich stellen mag — unter allen Umständen beweist
schon die Tatsache ihrer Organisation, daß von der bloßen Te
des landwirtschaftlichen Betriebes und von kleinen Palliativmaßr
keine Rede sein kann. Der Glaube an solche Mittelchen fäng
uns Gott Lob zu schwinden an. Schon die Zusammensetzung

Digitized by Google

nission aus den allerhöchsten Staatsbeamten bürgt dafür, daß Frage in großem Sinne angegriffen wird. Sie bürgt auch , daß die beiden von uns hervorgehobenen Seiten der Frage sorgfältig und allseitig bearbeitet werden."

So vorsichtig auch Fürst Uchtomski sich formuliert hat, wer die mung im heutigen Rußland kennt, fühlt die Wünsche, die hier an- tet werden, deutlich durch. Man hofft auf eine fundamentale rm des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Auch die Frage bevorstehenden Handelsverträge wird dabei ohne Zweifel ein- d berücksichtigt werden müssen, wie denn die „Now. Wremja" jetzt darauf hinweist, daß die industriellen Schutzzölle gewiß Landwirtschaft nicht zum Nutzen gereichen.

Weit offener aber spricht sich Fürst Meschtscherski in seinem letzten buche aus. Er schreibt: „Rußland braucht Wohlstand des Volkes, alismus und Fortschritt." Es frage sich nur, wie das zu er- n sei. Der Kampf gegen die „Tyrannen der Selbstherrschaft", Beamten, sei unmöglich. Die besten Kräfte des Volkes und die freiheit gingen in Knechtschaft unter und der Augenblick könne nen, da dieser Krebs den ganzen Organismus zerfressen habe. Es nur eine Rettung, „den Selbstherrscher im Bündnis mit dem Volke, Verbesserung der Volksregierung durch ihr Zusammenwirken, die chterung der Lasten des Volkes, die Heilung der Ohnmacht des es. Kraft seiner Macht, seines Willens, seiner Liebe zum Volke, er (der Selbstherrscher) die Freiheit erweitern, die Willkür ränken und alle Kräfte eines gesunden und edlen Liberalismus f richten, unter Gottes Segen das Wohlergehen des Volkes zu nden, im Bündnis mit den besten Männern des ischen Landes.

Der Selbstherrscher braucht, um die Freiheit zu erweitern, wie Erfüllung all seiner Aufgaben zum Besten der Volkswohlfahrt — he Leute."

Das klingt wahrhaftig wie eine Stimme aus den Tagen, die großen Reformära Alexanders II. vorausgingen, und man ist berechtigt zu fragen, ob wir einer neuen, erweiterten Wieder- ng der damals geltenden Anschauungen gegenüberstehen. Daß e der Finanzminister Witte die Frage aufgegriffen hat, gibt ch zu denken. Die Erfüllung der Wünsche, die wir eben ge-

Digitized by Google

hört haben, würde einen völligen Bruch mit dem von ihm so nachdrücklich vertretenen System bedeuten, und daß er do schlossen wäre, gehört zu den allergrößten Unwahrscheinli Aber unmöglich ist in dem Rußland von heute nichts, auch d nicht, daß diese besondere Konferenz tut wie unzählige Kon vor ihr und, nachdem sie ein „schätzenswertes Material" ge hat, tatenlos auseinandergeht.

Digitized by Google

ruar. Veröffentlichung des Reichsanzeigers in Anlaß des spanisch-amerikanischen Konfliktes von 1898.
ruar. Veröffentlichung des englisch-japanischen Offensiv- und Defensivbündnisses zur Aufrechterhaltung der Integrität Chinas.
ruar. China lehnt weitere Verhandlungen über den von Rußland beantragten Mandschuret-Vertrag ab.
ruar. Prinz Heinrich tritt auf dem „Kronprinz Wilhelm" seine Fahrt nach Amerika an.
ruar. Beilegung des Ausstandes und der Revolte in Triest.
ruar. Ausstand in Barcelona, sozialistische Erhebungen in Katalonien.

---

19. Februar 1902.

Wenn man nachträglich den für England wenig rühmlichen
uf des Streites über die Stellung der Mächte während der
reitenden Stadien des spanisch-amerikanischen Konfliktes über-
und die Frage aufwirft, welches die Motive gewesen sind, aus
sich das Bestreben erklärt, uns in den Augen der Amerikaner
rdächtigen, oder um einen zwar trivialen, aber bezeichnenden
ruck zu brauchen, „uns eins anzuhängen", so kommt man zu
sehr einfachen und vielleicht eben deshalb nicht vorgebrachten
g des Rätsels. Es galt einen auch heute noch fortbestehenden,
Natur nach nicht auszugleichenden Gegensatz der englischen
amerikanischen Interessen zu verdecken. Damit aber steht es
bermaßen: Wo ein Krieg zwischen zwei Mächten bevorsteht,
naturgemäß, die nächste Pflicht der anderen, nicht direkt be-
en Staaten, zu erwägen, wie weit ihre besonderen Interessen
itleidenschaft gezogen werden. Da nun jeder Krieg eine wirt-
liche Störung bedeutet, überwiegt der Wunsch, den Krieg ver-
n zu sehen, und je weitere Kreise ein solcher Krieg ziehen muß,
lebhafter wird das Bemühen um eine friedliche Lösung sein.
sehen daher ausnahmslos Kriegen das Anerbieten befreundeter
te vorhergehen, durch ihre bons offices, womöglich noch in

Digitized by Google

letzter Stunde einem Konflikte vorzubeugen. Ist der Ruh
keiner der Großen, und liegt die Gefahr vor, daß eine Lokali
des Brandes schwer zu erreichen sein dürfte, so haben mehr a
mal die Großmächte gewaltsam einen Ausbruch des Konflikte
hindert. Auf der Balkanhalbinsel hat sich seit mehr als
Jahrzehnt diese Erscheinung immer wieder erneut: Bulgaren, S
Montenegriner, Griechen wollten losschlagen, sind aber dara
hindert worden. Sie standen gleichsam unter Aufsicht der
orientalischen Frage interessierten Mächte, und bisher hat sic
Polizei genötigt gesehen, in jedem Frühjahr einzugreifen. Ge
für gewöhnlich diplomatische Noten und ernste Mahnungen,
Europa sich doch mehr als einmal genötigt gesehen, seine Flo
Bewegung zu setzen. Man denke nur an Kreta. Aber nic
höchst anmaßend, sondern auch lächerlich wäre es, diese
mundung auch den großen Mächten gegenüber ausüben zu
Die handeln zu eigenem Recht und zu eigener Verantwortun
müssen stets erwägen, wie weit sie durch ihr Tun und La
die Interessensphäre Dritter eingreifen. Wo sie das tun, tr
Wahrscheinlichkeit eines weiteren Konfliktes ein, mit all de
sequenzen, die daran hängen. In dem spanisch-amerikanischen
sind die bons offices der großen Mächte angeboten und v
Vereinigten Staaten abgelehnt worden. Damit war diese Se
Frage für alle diejenigen Mächte erledigt, die nicht durch eine
verschiebung in den westindischen Gewässern direkt geschädigt
d. h. für alle Mächte, mit Ausnahme von England.

England nimmt von den Tagen her, da die Vereinigten S
von heute noch englische Kolonien waren, immer noch eine
Stellung in Amerika ein. Auch abgesehen von Kanada, dessen
Landgrenze durch mehr als 60 Längengrade an den Nord
Vereinigten Staaten stößt, umschließt es Alaska, dessen Go
heute ein heiß umworbenes Konkurrenzgebiet geworden sind
wie ein eherner Ring liegen die englischen Inselfestungen v
bis zum 11. Grade nördlicher Breite vor den Ausgängen des
von Mexiko und des Karibischen Meeres, während weiter
ziemlich genau vor der Chesapeake-Bai, etwa 700 englische
östlich, das Malta des Atlantischen Ozeans, die Bermudas
aus ihren Feuerschlünden nach Amerika hinüberschaut. Dem spa

Digitized by Google

ba baute ſich die engliſche Machtaufſtellung im Norden durch die hama-Inſeln, im Süden durch Jamaika vor, während in Mittel- erika Engliſch-Honduras eine wertvolle Stütze bietet. Dazu kommt große Stellung Englands in den kleinen Antillen, von dem liſchen Anteil an den virginiſchen Inſeln bei Portorico, bis hin- er nach Tabago hart am ſüdamerikaniſchen Kontinent. Für ein nächtiges Volk, das im Beſitz der ſtärkſten Flotte der Welt iſt, eutet das eine gewaltige ſtrategiſche Aufſtellung und ſie ſchien dadurch gefeſtigt, daß Kuba, das durch ſeine geographiſche Lage Beherrſcherin der Gewäſſer im Norden wie im Süden beſtimmt en, ſich in Händen Spaniens und nicht der Vereinigten Staaten nd. Von Spanien hatte England nichts zu fürchten, aber nichts zte ihm bedenklicher erſcheinen, als wenn dieſe Inſel in amerikaniſche nde überging, da dann die Stellung Englands in den mittel- erikaniſchen Gewäſſern ſich entſprechend ſchwächte.

Nun waren die beiden Jahre, welche dem amerikaniſch-kubaniſchen ſflikte vorausgingen, ſeit den Tagen des Alabama-Prozeſſes die eſten in den engliſch-amerikaniſchen Beziehungen geweſen. Die ſchaft des Präſidenten Cleveland hatte im Dezember 1895 eine nroedoktrin in erweiterter Form verkündet, die ſich ziemlich genau den Sätzen deckt, die Präſident Rooſevelt in ſeiner Botſchaft geführt hat. Die Erregung darüber war namentlich in England ß, und zwar umſomehr, als Staatsſekretär Olney in einer berühmt ordenen Note die neue Theorie ſofort auf den zwiſchen England Venezuela ſchwebenden Streit über die Grenzen von Britiſch- ayana angewandt wiſſen wollte. Es iſt darüber auf beiden Seiten heftigen Invektiven gekommen, deren Echo ſich noch heute in dem he von Whates: „The third Salisbury Administration“ ver- en läßt, das mit dem Präſidenten Cleveland der demokratiſchen tei, und ſpeziell mit der amerikaniſchen Preſſe etwas unſanft ins icht geht. Whates nennt die von Amerika verlangte ſchieds- terliche Entſcheidung eine „unverſchämte Anmaßung“, er ſpricht dem mehr als ſchmutzigen Spiel der inneren Politik Amerikas did game of American domestic politics) und ſagt ſchließlich der Preſſe: kein anderer Staat der Welt beſitze eine, die mehr rnehmend und mehr verächtlich ſei, als die Amerikas (so con- ptible as that of America). Es konnte einen Augenblick

Digitized by Google

scheinen, als sei ein Krieg unvermeidlich und man begann ern
die beiderseitigen Aussichten abzuwägen. Whates, in seinem
erwähnten, im vorigen Jahre erschienenen Buche resümiert die
so: „Mit unserer ungeheuren Überlegenheit zur See konnten wi
amerikanische Flotte zerstören; der auswärtige Handel Ame
konnte ruiniert werden, jede Küstenstadt konnte, soweit unsere
schütze reichten, zusammengeschossen werden, aber —" und nun f
die Bedenken, die schließlich überwogen. Man begnügte sich d
die in Amerika liegenden Kapitalien zu kündigen und eine Panik
infolgedessen in Wallstreet am 20. Dezember ausbrach, half
zu einem Kompromiß, das im Vertrag vom 2. Februar 1897 e
Tribunal von fünf Juristen die Entscheidung der strittigen F
übertrug. Sie hat bekanntlich erst im Oktober 1899 zu endgült
Abschluß geführt, so daß die Differenz im Frühjahr 1898 noch
vorhanden betrachtet werden muß. Gleichzeitig aber lagen noch
andere, mit großer Bitterkeit verhandelte Fragen vor. Der S
wegen des Robbenfanges im Behringsmeer und die Alaskasche G
frage, die ganz besonders akut wurde, als Anfang 1898 die G
felder am Yukon entdeckt wurden und der Zug der Goldsucher
Klondike begann, das sowohl die Vereinigten Staaten, als Eng
im Namen des Dominion of Canada für sich beanspruchten.

Dies also war die politische Lage, als im Frühjahr 189
spanisch-amerikanischen Streitigkeiten wegen Kubas zur Krisis fü
Alle Mächte standen in besten Beziehungen zu den Verein
Staaten; auch England hatte in der Hauptsache den schwebe
Gegensätzen die Spitze abzubrechen gesucht. Aber es war über
Stellung in den westindischen Gewässern beunruhigt. Es lag i
Natur der Dinge, daß, während die übrigen Mächte sich bemü
durch vermittelnde Zusprache den Ausbruch des Konfliktes zu
hindern, das englische Interesse, mit dessen Vertretung Sir J
Pauncefote beauftragt war, weiter ging, und wenigstens den Ve
verlangte, eine Kombination zu stande zu bringen, die den A
kanern den Krieg gegen Spanien unmöglich machte. Es la
England allerdings ungeheuer viel daran, daß Kuba nich
amerikanische Hände überging. Wenn Sir Julian Pauncefote
sich darum bemüht hat, eine Kollektivaktion der Mächte herbeizufü
tat er nur, was vom Standpunkte Englands aus seine Pflicht

Digitized by Google

wie es dem Interesse der übrigen Mächte entsprach, eine solche
bination abzulehnen. Sie hatten um des lieben Friedens willen
n, was sie tun konnten. An der Frage, ob Kuba spanisch bleiben
amerikanisch werden solle, hatte keine von ihnen eine Interesse.
konnte ihnen absolut gleichgültig sein, wenn es nicht gar der
n oder der anderen von ihnen recht erwünscht gewesen ist, ein
rikanisches Kuba mit der Front gegen die Reihe der englischen
lfestungen an Stelle des politisch machtlosen spanischen Kuba
n zu sehen. Wir meinen also, daß es einigermaßen hart ist,
n Lord Cranborne den Botschafter, der in den schweren April-
n des Jahres 1898 seine Pflicht im englischen Interesse zu er-
n bemüht gewesen ist, so rücksichtslos desavouiert. Auch können
nicht verstehen, weshalb England sich nicht zu der Pauncefoteschen
tik bekennen will. Es hat seine Interessen vertreten, wie sie
einmal aus geschichtlich gewordenen Verhältnissen sich ergaben,
in Amerika, wo man doch auch gewohnt ist, Interessenpolitik
reiben, würde man eine offene Erklärung dieser Tatsache sehr
l verstehen, wahrscheinlich sogar bewundern. Also wozu all der
n? Was sich an der Haltung der englischen Politik nicht ent-
digen läßt, ist das offenkundige Bestreben, andere und speziell
anzuschwärzen. Deutschland hat durch die Veröffentlichung im
ichsanzeiger" den tatsächlichen Zusammenhang urkundlich dargelegt.
England etwas darauf zu erwidern, so muß es auf gleichem
ge antworten. Mit bestellter Preßpolemik ist es nicht getan.
s ist der Eindruck, den alle Welt gewonnen hat, und der
entlich deutlich aus den Stimmen der französischen Presse zu uns
berklingt.

Und damit mag es genug sein, zumal jenen englischen Lufthieben
sehr bedeutsame politische Aktion parallel gegangen ist, die
re volle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Wir meinen
irlich den am 12. Februar veröffentlichten englisch-japanischen
rtrag vom 30. Januar 1902.

Die Veröffentlichung ist in der Weise erfolgt, daß den englischen
ttern der Text des Vertrages nebst einer erläuternden Depesche
Staatssekretärs Lord Lansdowne an den englischen Gesandten
Tokio, Sir Claude MacDonald, mitgeteilt worden ist. Der
trag ist im Duplikat zu London von Lansdowne und von Hayashi,

Digitized by Google

dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
Maj. des Kaisers von Japan, unterzeichnet. Sowohl Komme
als Vertrag sind auch bei uns in wörtlicher Übersetzung bekannt
geben worden, so daß es genügen wird, die wesentlichen Pu
hervorzuheben. Wie alle Bündnisse aller Zeiten ist auch dieses
schlossen worden, um den Frieden aufrecht zu erhalten, und
speziell in China und Korea, deren Unabhängigkeit und territo
Integrität ausdrücklich garantiert wird. Jede beider Mächte b
sich vor, zur Aufrechterhaltung ihrer besonderen politischen, komm
ellen und industriellen Interessen solche Maßregeln zu ergreifen,
geeignet sind diese Interessen zu schützen, falls sie durch den An
einer anderen Macht, oder durch Unruhen, die in China oder K
entstehen, gefährdet werden sollten. Gerät eine beider Mächt
Wahrung dieser Interessen in Krieg mit einer dritten Macht
wird die zweite Vertragsmacht strikte Neutralität einhalten und
bemühen, andere Mächte von Angriffen auf ihren Alliierten abzuha
falls aber eine oder mehrere Mächte sich dem Gegner der allii
Macht dennoch anschließen sollten, der letzteren zu Hilfe kommen
mit ihr gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen. Keine
beiden Mächte wird zum Nachteil der anderen Sonderverträge
schließen; wo zwischen ihnen Interessengegensätze sich geltend ma
wird man rückhaltlos und offen darüber verhandeln. Das Bün
soll sofort in Kraft treten und fünf Jahre dauern; wird es
zwölf Monate vorher gekündigt, so dauert es ein weiteres Jahr
Kriegsfall bis zur Beendigung des Krieges.

Der Vertrag sieht außerdem für alle Mächte eine gleiche Po
der „offenen Tür" für China und Korea vor.

Wir müssen dieser Inhaltsangabe noch die Erklärung
Cranbornes im Unterhause anreihen, daß beide Mächte die Ma
schurei als einen integrierenden Teil Chinas unter ihre gemeins
Garantie stellen. Man wird, da eine ausdrückliche Erwähn
der Mandschurei im Vertragsinstrument nicht zu finden ist, da
den Schluß ziehen müssen, daß dieser Vertrag noch Geheimar
in sich schließt.

Suchen wir nun den Inhalt des Vertrages zu würdigen, s
zunächst zu betonen, daß es das erste förmliche Bündnis Jap
mit einer der weißen Mächte ist, in deren Reihen Japan nunm

Digitized by Google

ls paritätisch eintritt. Es ist zugleich das Heraustreten Englands us jener Politik der „glänzenden Isolierung", die bisher als das tzte Wort der englischen Staatsweisheit ausgespielt wurde. Es ist n Offensiv- und Defensivbündnis, lokal beschränkt auf China und orea, aber da es beide Mächte in Krieg mit einer Allianz bringen nn, dehnbar und vieldeutig, so daß es kaum denkbar erscheint, daß uf ostasiatischem Boden der Krieg anders geführt werden kann, als egen die Allianz beider Mächte. Dieser Fall würde sogar sofort ntreten, wenn, wie französische Blätter melden, die Antwort Rußlands uf die japanisch-englische Allianz der Abschluß eines russisch-inesischen Bündnisses sein sollte. Es ist im höchsten Grade un-ahrscheinlich, daß Japan die ihm auf fünf Jahre gesicherte englische llianz hingehen lassen sollte, ohne eine Revanche für Liao-Tung an ußland zu nehmen und in Korea eine politische Lage zu schaffen, ie mit der russischen Politik nicht vereinbar ist. Dann das läßt ch nicht verkennen, die Spitze dieser Allianz ist gegen Rußland ge-chtet, und falls, was wir noch nicht glauben, die Alliance Franco-Russe uch auf Ostasien ausgedehnt sein sollte, auch gegen Frankreich. uch kann man sich dem Schluß nicht entziehen, daß Rußland durch iesen Vertrag nicht nur in Ostasien, sondern überhaupt in seiner siatischen Position verwundbarer geworden ist. Alle Wahrschein-chkeit spricht dafür, daß die russischen Pläne, die auf Gewinnung iner Position am Persischen Golf gerichtet waren, nunmehr vertagt erden müssen, da sie einen Gegenzug in Ostasien zur Folge haben önnen und ganz dasselbe könnte für den Fall eines Konfliktes um fghanische Rivalitäten geschehen. Das Wesentliche und Entscheidende ber bleibt immer die Mandschurei und man wird mit äußerster Spannung die Schritte verfolgen, die nach dieser Richtung hin von en beiden Alliierten zu erwarten sind.

Nun haben allerdings sowohl Kaiser Nikolaus als Graf Lambs-orff erklärt, daß Rußland an eine Annektierung der Mandschurei icht denke, und es brauchten daher die faktisch in der Mandschurei estehenden Verhältnisse, die das Bild einer russischen Okkupation eigen, nur rückgängig gemacht zu werden, um jeden Streitpunkt zu eseitigen. Aber wir wissen ja, daß die russische und die ausländische Presse die Annektierung wie ein fait accompli behandeln und daß uch vor der öffentlichen Meinung Rußlands dadurch der Rückzug

Digitized by Google

außerordentlich erschwert wird. Trotzdem wird sich dieser Rück immer noch als der für Rußland vorteilhafteste Ausweg aus ei Lage darstellen, deren ungewöhnliche Schwierigkeit niemand v kennen wird.

Als völlig in nichts versunken scheinen die Pläne der Her Blennerhasset und Konsorten, sie sind durch den Vertrag v 30. Januar geradezu ad absurdum geführt worden.

Die Ankündigung einer Politik der offenen Tür für ganz O asien kann von uns, und wir meinen auch von allen übrigen Mächt nur beifällig begrüßt werden. Auch der Verzicht Englands auf Befestigung von Wei-hai-wei gewinnt im Licht des Vertrages e neue und erfreuliche Bedeutung. Sie mindert die Spannung diesen Gewässern und ist zudem unnötig geworden, seit die Flot der neuen Alliierten zusammenstehen.

Aber auch abgesehen von alledem bedeutet das Hinzutreten ei dritten Allianz zu den beiden schon bestehenden ein Novum, des Gewicht in der großen Politik erst abzuwarten ist. Den deutsch Interessen erscheint die Kombination nicht ungünstig. Wir wünsch in Ostasien nichts als den status quo und die Möglichkeit, ru unseren handelspolitischen Interessen nachgehen zu können, niemandes Wege kreuzen. Aus unserem Abkommen mit Engla hatten wir die Frage der Mandschurei sorglich ferngehalten. W haben auch heute keinerlei Anlaß, an sie heranzutreten und woll hoffen, daß Rußland Mittel und Wege findet, sich in Ehren a der unbequemen Verwicklung herauszuziehen, in die es, wie nicht übersehen läßt, nunmehr geraten ist.

Die Nachrichten aus Südafrika lauten für England we erfreulich. Auch eine andere Tatsache erschwert die Stellung regierenden Kabinets. Lord Rosebery beginnt sich mächtig zu reg Er hat am letzten Freitag in dem liberalen Klub der Philharmon Hall eine Rede gehalten, in welcher ganz direkt seine Kandida als Leiter der Partei und künftiger Prim-Minister gestellt wi Unter Beibehaltung der ewig-wahren Prinzipien des Fortschritts u des Liberalismus praktische Politik treiben, das ist, wie er mei die Aufgabe, und die Politik der Familie Salisbury scheint i nichts weniger als praktisch zu sein, der englisch-japanische Vertr aber mehr lächerlich und bedenklich, als erfreulich.

Digitized by Google

Das alles klingt sehr selbstbewußt, scheint aber perspektivische rtümer in sich zu schließen. Die Tage eines liberalen Ministeriums ɔsebery sind noch nicht gekommen, und vorläufig sieht die unge- ure Majorität der Engländer nicht mit Unrecht in jener englisch- panischen Allianz einen ebenso kühnen wie zweckmäßigen Schachzug. ɔst noch größer ist die Freude in Japan. Man kann sich dort in stlichkeiten und Kundgebungen kaum genugtun und sieht einen eblingswunsch der Nation der Verwirklichung ganz nahe gerückt. hne Zweifel liegt darin eine Gefahr, aber es ist nicht unmöglich, ß England diesen heißen Eifer zu zügeln noch stark genug ist. nmerhin ist in dieser neuen Allianz die große Zukunftsfrage: Wer hrt: England oder Japan?

Digitized by Google

20. Februar. Eröffnung des italienischen Parlaments.
21. Februar. Rücktrittsgesuch des Ministeriums Zanardelli.
22. Februar. Arbeiterunruhen in Turin.
23. Februar. Eintreffen des Prinzen Heinrich in New-York.
24. Februar. Sieg Delareys in Klerksdorp.
25. Februar. Miß Roosevelt tauft die Kaiseryacht Meteor.
26. Februar. Lord Rosebery konstituiert die „liberale Liga".

---

26. Februar 1902.

Die „N. Allg. Z." hat dem greisen Pontifex einige W
warmer Anerkennung in Anlaß seines 25jährigen Jubiläums
widmet und wir stehen nicht an, uns dem, soweit die Pe
Leos XIII. in Betracht kommt, anzuschließen. Leo XIII. ist
Zweifel ein guter Papst, und an der Lauterkeit seiner Absichten
nicht gerührt werden. Daß ihn seine Stellung als Haupt e
ecclesia militans in Gegensatz zu Bestrebungen bringt, die
einmal mit dem Wesen des Protestantismus untrennbar verbu
sind und auf denen die aufsteigende Bewegung der Welt zur Fre
der Gewissen und zur Freiheit wissenschaftlich-geistiger Entwick
beruht, das verstehen wir durchaus. Es gehört in die Atmosp
die untrennbar die Kurie umringt. Aber, und auch das
doch hervorgehoben werden, die Politik der Kurie wird seit la
Jahren nicht von dem römischen Papste gemacht, sondern
dem Kardinal Rampolla, in dem alle Überlieferungen lebendig
die in eine Kriegsfanfare austönen. Er ist unser Freund nicht,
wir haben keinerlei Anlaß gehabt, uns seiner Tätigkeit zu fre
In ihm ist allezeit neben dem Kirchenfürsten, der die katholi
Welt mit seinen Blicken umspannt, auch der Lateiner und der int
sigente Italiener lebendig und die politische Lage von heute ersch
ihm gleich unannehmbar, wie einst Papst Pius IX. Zudem ha
keine glückliche Hand. Wohin haben alle Zugeständnisse geführt,

Digitized by Google

nach der französischen Seite gemacht hat, wohin die auf öster-
hischem Boden verfolgte Politik, wohin das Buhlen um die Gunst
slavischen Nationalitäten, was ist aus Spanien geworden, was
der Idee der Vereinigung der orientalischen und der römischen
che? In Frankreich bildet in den regierenden Kreisen die klerikale
uppe eine verschwindende Minderheit, die ungeheure Majorität
jenigen, die am politischen Leben teilnehmen, sind aller Religion
dlich, die Orden und Kongregationen, soweit sie nicht vor den
olen des Tages ihr Knie gebeugt haben, haben den Boden
ankreichs verlassen müssen, eine „Los von Rom"-Bewegung ist in
zelnen Departements im Gange und nimmt stetig an Umfang zu,
nichts weist darauf hin, daß Frankreich geneigt wäre, für das
östliche Rom auch nur einen Finger zu rühren. Die Tschechen
en den heiligen Synod in Petersburg um die Kanonisierung des
Rom verbrannten Ketzers Johann Huß gebeten, und in den
nischen Gebietsteilen wird die Kirche als Kampfesmittel zu sehr
tlichen Zwecken benutzt, die in offener Feindseligkeit sich gegen
ensinteressen des preußischen Staates richten. Kurz, das alles
wenig erfreulich, und auch vom Interessenstandpunkte der katholischen
che betrachtet, wenig vorteilhaft. Wir wünschen von unserm
ndpunkte aus eine Entwicklung zum Frieden der Konfessionen,
t zum Kampf, und bedauern deshalb die Macht der Einflüsse,
über den Kopf des Papstes hinweg den Unfrieden lebendig halten.
pst Leo XIII. ist auch uns eine ehrwürdige Erscheinung und wir
nschen ihm einen Lebensabend in Frieden und zum Frieden.
mit wird ihm und der Gesamtheit meist gedient sein.

Vor wenigen Tagen, am 20. Februar, hat König Viktor
anuel sein erstes Parlament eröffnet. Allgemein wurde der
ronrede, der ersten des Königs, mit Spannung entgegengesehen.
wohl in Bezug auf das, was sie sagen, wie wegen dessen, was
nicht sagen werde. Auch hat der positive Teil dieser Thronrede
nicherlei enthalten, was zur Klärung der innerpolitischen Lage
liens beitragen muß. Wir wissen heute, daß der König sich mit
r Entschiedenheit auf den Boden der Verfassung und auf den
den der in Italien vorherrschenden liberalen Strömung stellt. Er
l mit der „neuen Zivilisation" Hand in Hand gehen, den Ge-
ken der vollen Gewissensfreiheit schützen, aber auch die Grenzen

Digitized by Google

zwischen den Rechten der Kirche und des Staates scharf eingeh
wissen. In dieser Hinsicht steht er ganz im Kreise der Anschauu
die einst Cavour unter so schweren Kämpfen dem Großvater
Königs, Viktor Emanuel II., gegenüber zur Anerkennung gebracht
Er hat ein Ehescheidungsgesetz in Aussicht gestellt, obgleich ihn
intransigente Stellung der Kurie in diesem Punkte bekannt ist
will wirtschaftlich auf Hebung des Wohlstandes hinarbeiten und
sozialen Frieden fördern. In Bezug auf die auswärtige Politi
die Thronrede jede sensationelle Äußerung vermieden, nichts, wa
die Rede Barrères oder an die Absichten erinnerte, die dem Mi
des Auswärtigen, Prinetti, zugeschrieben wurden. Auch des franz
italienischen Abkommens über eventuelle Zukunftsentwicklunge
Tripolis geschieht keiner Erwähnung.

Wenn trotzdem der Thronrede unmittelbar eine Kabinets
gefolgt ist, so läßt sich das nur aus der inneren Lage Italiens
aus der Unsicherheit der Parteikombinationen erklären. Der z
zurücktretende Graf Giusso war als Arbeitsminister eine Fachkapa
ersten Ranges, dabei eines der drei Mitglieder des Kabinets,
der Rechten angehören. Man kann aber kaum bezweifeln, daß
Dissensus Giussos in der Frage der Vorlage über die Ehescheid
nur ein Anlaß gewesen ist, der unter anderen Verhältnissen
Ausschlag nicht gegeben hätte. Die ganze Politik Giolittis in
Arbeiterfrage, speziell in Betreff des Eisenbahnstrikes, traf
Tätigkeit des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf das emp
lichste, und nebenher scheinen noch andere Gegensätze mitgespie
haben, die sich aus der Ferne mit Sicherheit nicht übersehen la
Nun übernahm Zanardelli provisorisch das freigewordene Ministe
und die Situation schien für das Ministerium vorläufig gerettet,
es völlig unerwartet bei der Präsidentenwahl in der Kammer
Niederlage erlitt. Am 21. erhielt der Kandidat der Regier
Villa, beim ersten Wahlgange nur 142, bei der Stichwahl mit
Sozialisten Costa nur 135 Stimmen, während die erforderliche
solute Majorität 147 Stimmen beträgt. Es waren 142 unbeschri
Wahlzettel abgegeben worden, und darauf hat das Ministe
Zanardelli-Giolitti-Prinetti demissioniert. Gewiß ein peinlicher An
für den König, in dessen Händen nunmehr die Bildung des n
Kabinets liegt.

Digitized by Google

Wie weit die Unzufriedenheit der Kammer durch die auswärtige olitik des Ministeriums mit beeinflußt worden ist, wagen wir nicht konjekturieren. Der englisch-japanische Vertrag hat seine Schatten ch auf die Mittelmeer-Mächte geworfen und es hat in Italien und rüber hinaus eine Art Sensation erregt, daß die beiden englischen reuzer „Surprise" und „Theseus" gerade jetzt die tripolitanischen äfen besucht haben. Denn eine Annäherung an Frankreich bedeutet dieſen Gewässern eine Entfernung von England. Das ist nun nmal die Lage und läßt sich nicht wegdiskutieren, ganz wie es nun nmal Tatsache ist, daß die Politik Prinettis es nicht für notwendig elt, mit dieſem gegebenen Verhältnis zu rechnen. Die nächsten Wochen bieten uns wohl die Möglichkeit, mit größerer Sicherheit die edeutung all dieſer Dinge zu beurteilen.

Es sind doch zum größeren Teil italieniſche Sozialiſten und narchiſten, auf welche der traurige Ausgang der Arbeiterunruhen Trieſt zurückzuführen ist. Die Erklärungen Körbers im österreichiſchen bgeordnetenhauſe laſſen es als ſicher erſcheinen, daß eine böswillige gitation die Arbeiterbewegung, die auf dem beſten Wege war, zu lſeitiger Zufriedenheit einen friedlichen Ausgang zu nehmen, ver-ftet und ihr die blutige Wendung gegeben hat. Der Regierung lieb nichts übrig, als militäriſch einzuſchreiten und Offiziere wie annſchaften haben mit bewunderungswürdiger Langmut ſo lange n ſich gehalten, wie irgend erwartet werden konnte. Erſt als der ommandierende Offizier infolge eines Steinwurfes ohnmächtig zu oden geſunken war, iſt geſchoſſen worden, und dann war es raſch enug zu Ende.

Es iſt dasſelbe Treiben, das uns in noch weit größerem mfange in Spanien entgegentritt. Dort ſcheint allerdings aus der meute eine Revolution werden zu wollen. In Barcelona ſind in reitägigen Straßenkämpfen 40 Tote und 200 Verwundete die Opfer er gewiſſenloſen Aufreizung geworden, die Regierung hat 500 Ver-aftungen vorgenommen, und inzwiſchen geht die Empörung weiter. aragoſſa, Manreſa, Tarragona ſind im Aufruhr, ebenſo Valencia nd Sevilla gefährdet. Es heißt, daß in Sevilla italieniſche ozialiſten und Anarchiſten gelandet ſeien, das Kriegsrecht iſt ver-indet, die Truppen ſtehen überall kampfbereit. Der arme junge önig wird ſo durch ſchwere Anfänge in die Sorgen ſeiner hohen

Digitized by Google

Stellung eingeführt, die ihm bisher nur die drückende Schwere
Königskrone, nicht das Glück geboten hat, das die einträchtige Ar
aller zum gleichen Ziele verspricht. An der spanischen Königskr
hängt eine unselige Vergangenheit, welche die Ehrfurcht vor
Staatsgedanken und vor dem berufenen Hüter desselben, dem Kö
tum, untergraben hat. Unwürdige Herrscher, ehrgeizige Prätenden
das Aufeinanderplatzen der Gegensätze, die sich auf der einen S
in dem besonderen altspanischen Klerikalismus, auf der anderen
dem bis zum Unsinnigen gesteigerten Aufnehmen sozialistischer
anarchistischer Utopien zeigen, endlich ein Rückgang des politis
Ansehens nach außen hin, das alles hat in seiner Summe die schw
Krankheit hervorgerufen, an der das Spanien von heute darniederli
Der Geist Philipps II. und die Geister der Revolution im uns
willigen Bunde, die sind es, die am Niedergange Spaniens arbei
Ob das Ministerium Sagasta stark genug ist, um an der Seite
Königs diesen Gefahren zu steuern, muß die Zukunft lehren. A
wird daran hängen, ob die Armee fest bleibt und ob das Minister
diese immer noch übermächtige Waffe zu benutzen versteht.
jetzt hoffen wir das Beste, aber jeder neue Tag kann das
ändern.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß Lord Salisbury vorlä
seine Stellung durch den Bündnisvertrag mit Japan erheblich
stärkt hat. Man war der „glänzenden Isolierung" doch her
müde geworden und wollte sich nur nicht zugestehen, daß sie
letzte Wort der großen Politik eines Staates zu einer Zeit
sein könne, in welcher die übrigen Mächte in Gruppen zueina
standen. Auch läßt sich nicht verkennen, daß sich in Ostasien die
mit einem Schlage geändert hat. Rußlands Stellung in der Ma
schurei ist jetzt allerdings gefährdet und ohne einen Krieg die O
pation nicht in eine Annexion umzuwandeln. Aber wie wir s
hervorhoben, das offizielle Rußland hat zu keiner Zeit behauptet,
es diese Gebiete dauernd zu behalten beabsichtige. Vielmehr ha
Graf Lambsdorff wie Kaiser Nikolaus II. ausdrücklich erklärt,
bald die Ordnung ganz hergestellt sei, solle China wieder in
vollen Besitz des Landes treten. Nun läßt sich allerdings nicht ü
sehen, daß dieser Augenblick jetzt noch nicht eingetreten ist, daß
mehr, so wie die Dinge liegen, Rußland nicht nur an Prestige

Digitized by Google

ient verlieren, sondern auch sehr wesentliche materielle Einbußen
eiden würde, wenn es nun plötzlich sich auf das Amurgebiet zu-
kziehen wollte. Auch wären in solchem Falle wohl bestimmt
ne fremdenfeindliche Regungen in der Mandschurei zu erwarten,
e blutige Revanche, der Rußland seine zahlreichen, in den mand-
urischen Städen lebenden Untertanen nicht aussetzen darf. Das
d Verhältnisse, auf welche England und Japan Rücksicht nehmen
ssen und wohl auch nehmen werden. Lord Cranborne hat noch
uerdings vor dem Parlament erklärt, er sei durchaus überzeugt,
ß Rußland die Verheißungen, die es bei Okkupation der Mand-
urei gab, auch einhalten werde, und hat mit keiner Andeutung
rauf hingewiesen, daß etwa die Absicht vorläge, dem Kaiser
kolaus II. einen Termin für die Räumung der Mandschurei zu
llen. Das wäre auch in Hinblick auf die Haltung, die England
Ägypten behauptet und die sich mit der Stellung Rußlands in
r Mandschurei völlig deckt, durch politische Analogien schwerlich
rechtfertigen. England wird den Zeitpunkt abwarten müssen, den
Weisheit der russischen Politik für den geeigneten hält, ganz
e die Türkei und andere Mächte auf den Zeitpunkt warten, an
lchem den Engländern die Zustände in Ägypten so gesichert
einen, daß sie proprio motu ihre Truppen hinausziehen und dem
edive vertrauensvoll die inzwischen von ihnen organisierten Ein-
borenen-Regimenter übergeben. Auf einen Punkt aber drängen
gländer und Japaner und im Anschluß an sie auch die Ver-
igten Staaten von Nordamerika schon jetzt mit vollem Nachdruck.
e verlangen, daß die Politik der offenen Tür sofort zur Wirklichkeit
rde und wollen von den besonderen Privilegien der russisch-
nesischen Bank nichts wissen, auch die seit dem August 1900 in
ssischen Händen befindliche Verwaltung der Zollstätten von Niutsch-
ng betrachten sie, in Übereinstimmung mit den offiziellen Er-
rungen Rußlands, als ein Provisorium (temporary and provi-
nal).

Nun kann Rußland dem Prinzip der offenen Tür gewiß ohne
iteres zustimmen. Der Handel der Mandschurei wird noch lange
ndhandel bleiben und es kann Rußland, dank der großen Stellung,
ihm seine Landgrenze und seine sibirisch-mandschurische Bahn gibt,
r angenehm sein, wenn fremde Kapitalien die Erschließung der

Digitized by Google

Mandschurei fördern. Der Vorteil davon muß doch bei Ruß
bleiben. Anders aber steht es mit jenen Sonderprivilegien
russisch-chinesischen Bank, mit den Bergwerken, den Zöllen
anderen Detailfragen. Wir sehen bis heute noch nicht, wie
Schwierigkeiten sich werden beseitigen lassen. Inzwischen haben
die νόστοι der Franzosen begonnen. Der Oberst L. Marchand
von dem englischen Admiral Creagh herzlichen Abschied genom
und es sind bei dieser Gelegenheit allerlei Komplimente ausgeta
worden. Marchand ist ja der Führer jener ruhmvollen Exped
die schließlich bei Faschoda durch England zum Aufgeben
weiteren Pläne genötigt wurde. Seine Popularität wurde
der französischen Regierung unbequem, er verschwand eine Zei
in der Armee, bis man seinen Namen wieder bei seiner Sen
nach China hörte. Aber Oberst Marchand ist offenbar eine
Offiziere, deren Schritte einen lauten Wiederhall finden. Es e
großes Aufsehen, daß er jetzt als Gast der Russen an der g
Mauer weilt und unter russischer Eskorte seinen Rückweg
Frankreich durch Sibirien und das europäische Rußland ne
wird. Es läßt sich mit voller Sicherheit vorhersagen, daß wir
viel von ihm hören werden, und da Marchand bisher bei jede
legenheit ebensoviel Takt wie Tüchtigkeit bewiesen hat, läßt sich
eine glänzende Karrière prognostizieren.

Diese ostasiatischen Dinge, die man in England nicht als
betrachtet, haben die Aufmerksamkeit von den eben jetzt die ö
liche Meinung lebhaft beschäftigenden Parteikämpfen unter
englischen Liberalen nicht abzulenken vermocht. Die von Cam
Bannerman geführten Altliberalen Gladstoneſcher Schule und
sich erst bildende Partei der liberalen Imperialisten unter Rose
Führung stehen trotz aller Höflichkeiten, die sie gelegentlich ein
sagen, doch in bitterem Gegensatze einander gegenüber. Und
ist sehr begreiflich, denn die eine Gruppe kann nur auf Koste
anderen wachsen.

Vom Kontinent aus gesehen müßte man annehmen, daß, ob
die ungeheure Majorität der Liberalen noch zu Campbell-Banne
steht, der schließliche Sieg doch Rosebery gehören wird. In
auf die Verurteilung der südafrikanischen Politik der Regierung
beide konkurrierenden Führer einig, ebenso darüber, daß Engla

Digitized by Google

i der Annektierung der beiden Freistaaten bleiben lassen müsse,
d auch darin, daß der Friede durch Verhandlungen mit den
urenführern erreicht werden müsse. Einig sind beide in ihrer Ver-
teilung der inneren Politik Salisburys, aber sie gehen in dem
nen wesentlichen Punkte auseinander, daß Campbell-Bannerman
s Home Rule für Irland beibehält, während Rosebery es ent-
lossen verwirft. Und in diesem Punkte ist, wie die letzten Reden
der gezeigt haben, eine Verständigung nicht zu finden. Da aber
e politische Vernunft die Organisierung eines Todfeindes, von dem
an sich geographisch nicht trennen kann, verbietet, die Engländer
) aber auf die Dauer dem Verständnisse politischer Lebensfragen
cht entziehen, muß über kurz oder lang Rosebery den Sieg davon-
agen. Seine Partei mag langsam wachsen, aber sie wird wachsen
d aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Iren selbst ihm dazu
lfen. Diese irisch-englischen Wechselbeziehungen erinnern ja in
eler Hinsicht an unsere Beziehungen zu den Polen der Provinz
osen, nur daß der englische Zusammenhang mit Irland um viele
ahrhunderte älter ist, und daß von englischer Seite allerdings den
ren gegenüber durch Jahrhunderte ein System rücksichtsloser Ge-
altsamkeit stattgefunden hat. Irland wurde wirtschaftlich nieder-
halten, wir haben Posen wirtschaftlich gehoben und unseren polnischen
itbürgern von vornherein ohne Einschränkung alle Rechte geboten,
e wir zu vergeben haben. Sprachlich ist das Irentum in die
glische Nationalität aufgegangen, aber was fortbesteht, ist das
denschaftliche Bestreben, ein politisch selbständiger, von England
abhängiger Staat zu werden. Denn das ist Home Rule, wie die
ren es verstehen, nicht jenes Home Rule der Altliberalen, die an
s Eintreten des tausendjährigen Friedensreiches glauben, wenn
re Formel einmal Wirklichkeit geworden ist. Das aber ist ebenso
ne Illusion wie die, daß ein selbständiges Polen konstruiert werden
nnte, das nicht unser Feind wäre. Fürst Bismarck hat einmal im
eichstage den Polen gesagt, er wolle ihren Loyalitätsversicherungen
lauben schenken, wenn die Herren Abgeordneten der polnischen
raktion ihm ihr Ehrenwort geben wollten, daß sie nicht die Wieder-
rstellung des Polens von 1772 als ihr politisches Ziel ins Auge
faßt hätten. Aber, wiederholte er, nur wenn Sie mir ihr Ehren-
ort darauf geben, will ich es glauben! Dieses Ehrenwort zu geben

Digitized by Google

hat damals keiner der Herren für gut befunden und ganz da
Verhalten würde sich bei den Iren zeigen, wenn man sie übe
Hoffnungen befragen wollte, die sie an Home Rule knüpfen.
Irrtum der Altliberalen vom Bekenntnis Campbell Banner
ist genau derselbe, in dem bei uns die trefflichen Patrioten
schlechten Politiker von 1848 und 1849 gelebt haben. Irland
englisch bleiben und Posen preußisch; wer es anders will, i
Feind Englands, oder er ist ein Feind Preußens, und danach
hier wie dort diejenigen zu handeln, in deren Händen die
antwortung für die Zukunft ihres Staates liegt.

In Südafrika haben die Buren in der letzten Zeit sehr
hafte Erfolge errungen, zuletzt aber wieder einen Mißerfolg,
ihnen fast anderthalbhundert Kämpfer geraubt hat. Sie haben
stets, alle ihre Gefangenen wieder freigegeben, England schickt
Gefangenen über See. Im Grunde liegt darin der schlie
Ausgang einbegriffen. Er muß kommen — wenngleich es noch
dauert; der „Standard" meint neuerdings, es könne bis zum nä
Herbst währen — wenn die Zahl der Männer unter den Bure
einmal erschöpft hat. Bisher hat, soweit uns bekannt ist,
niemand den Prozentsatz der kämpfenden Buren im Vergleich
Gesamtbevölkerung der beiden afrikanischen Republiken bere
Er ist wahrscheinlich noch höher, als derjenige der Niederländer
einst gegen Philipp II., Alba und dessen Nachfolger kämpften,
als die Leistung Preußens in den Freiheitskriegen. Man muß
Verständnis für die Kraft heroischer Selbstaufopferung haben,
man nicht bewundernd zu diesem Volke aufzublicken vermag.
die historische Gerechtigkeit läßt sich nicht an den Erfolgen des A
blicks erkennen. Sie wirkt nach und lohnt das Heldentum der Vät
den Geschicken der Söhne und Enkel. Wenn England heute
einen Carlyle hätte, riefe er diesen Satz seinem Volke zu; und
kein zweiter Carlyle sich finden sollte, werden ihn einst die F
in Südafrika der Welt entgegenrufen.

Digitized by Google

27. Februar. Militarisierung des italienischen Eisenbahnpersonals.
27. Februar. Die spanische Regierung erklärt den Aufstand in Catalonien für niedergeworfen.
ıde Februar. Studentische und sozialistische Unruhen an russischen Universitäten.
2. März. Anarchistische Unruhen in Paris.
3. März. Feier des 25jährigen Krönungstages Papst Leos XIII.
3. März. Reden des Grafen v. Bülow über die große Politik.
3. März. König Victor Emanuel III. lehnt die Demission Zarnadellis ab.
4. März. Prinz Heinrich in Chicago.
5. März. Unterzeichnung der Zuckerkonvention in Brüssel.
5. März. Der Deutsche Reichstag lehnt die Fortführung der ostafrikanischen Eisenbahn ab.

---

5. März 1902.

Die in Port Arthur erscheinende russische Zeitung „Nowy rai", das neue Gebiet (im Sinne von neue „Provinz"), bringt e Übersetzung des russischen Vertragsentwurfes über die Mandschurei und der Note, durch welche der chinesische Bevollmächtigte Pan-Wen-Shao den russischen Entwurf beantwortet. Wir bringen en Inhalt dieser Texte nach der Wiedergabe der „Nowoje Wremja", a uns die Originale nicht zugänglich sind.

Das russische Projekt faßt vier Fragen ins Auge: die Eisenahnlinie Niutschwang—Schanghaikwan (also vom Nord- zum Westufer des Golfs Liao-Tong bis zum 40. Gr. n. Br.); die Räumung er Mandschurei durch die russischen Truppen, Handel und Bergerkindustrie des Landes, endlich die Kriegsmacht Chinas.

In Betreff der unter russischem Protektorat stehenden Eisenbahn on Schankhaikwan nach Niutschwang wird versprochen, diese Linie nter den folgenden Voraussetzungen an China auszuliefern, wenn der Bau von Zweigbahnen nicht anders als nach vorausgegangener Verständigung mit Rußland erfolgt, 2. wenn keine dieser Zweigahnen den Ljaoho überschreitet (der südöstlich von Niutschwang

Digitized by Google

mündende Strom), 3. wenn die Benutzung der Bahnlinie d
englische und japanische Beamte bestimmte Beschränkungen erf
und wenn 4. der russischen Regierung 1½ Millionen Tael gez
werden. Die russischen Truppen, die jetzt in der Mandsch
stehen, werden mit Ausnahme der zur Verteidigung der Bahnl
notwendigen Abteilungen, das Land verlassen und zwar so, daß
Hälfte der Truppen im Laufe von zwei Jahren abzieht, die an
Hälfte im Laufe von drei Jahren, wenn bis dahin die Ordnung
den nördlichen Provinzen hergestellt ist. Die Hälfte der für
Unterhalt der Truppen erforderlichen Summen hat die chinesi
Regierung zu tragen, die außerdem diese Truppen zu schü
(pokrowiteljstwowatj) verpflichtet ist.

Handel und Bergwerksindustrie in der Mandschurei geh
nach dem Text des Vertrages wie bisher China. Rußland sch
nur ihre Entwicklung und muß deshalb China pekuniär unterstü
dabei ist aber jede Einmischung einer anderen Macht fernzuhal
Die Ausbeutung der Mineralschätze muß durch russische Kapita
geschehen und der gesamte russische Handel muß von der chinesi
Regierung beschützt werden.

In Betreff der bewaffneten Macht verpflichtet der Vertr
entwurf China, die Kopfzahl nicht zu erhöhen; strategische Pu
dürfen befestigt werden, doch nicht mit Artillerie; die Instrukt
der chinesischen Armee müssen russische Offiziere sein.

Darauf hat der chinesische Bevollmächtigte erwi
daß die von Rußland in Betreff der chinesischen Truppen gestel
Bedingungen die Würde des chinesischen Reiches beleidigten.
sei, seiner Meinung nach, die Frist für den Abzug der russi
Truppen zu lang, die Ansprüche, die Rußland für seinen Ha
und für die Ausbeutung der Bergwerke erhebe, bedrohten die
tegrität Chinas. Das Verbot, Zweiglinien von der Niutschwang-B
über den Ljaoho zu führen, müsse aufgehoben werden, was aber
Beschränkung des Rechts englischer und japanischer Beamten,
Eisenbahn zu benutzen, betreffe, so müsse diese Angelegenheit
Prüfung der daran interessierten Mächte übergeben werden.

Hierzu bemerkt die „Nowoje Wremja": „Ohne die Frage
Autenthicität dieser Dokumente zu berühren, machen wir da
aufmerksam, daß alle in dem Vertragsentwurf aufgeführten Forderu

Digitized by Google

lands nichts auffallendes zeigen, und sich logisch aus der gegen-
igen Lage der Mandschurei ergeben. Nachdem wir, nach Ver-
arung mit der chinesischen Regierung die chinesische Ostbahn
ut haben, können wir dem weiteren Schicksal dieser Bahn nicht
ahmlos gegenüberstehen. Sie hat uns viele Millionen gekostet.
it die mandschurische Bahn der Entwicklung des russischen
dels diene, müssen wir das Recht anderer Nationen auf Handels-
eit beschränken, und ganz dasselbe gilt von den Bergwerken.
Sorge um Sicherstellung der Interessen der mandschurischen
n nötigt uns, die Linie Schanhaikwan—Niutschwang scharf ins
e zu fassen. Überschreitet diese Linie den Ljaoho so, daß sie
an die südmandschurische Bahn anschließt, so wird der Waaren-
hr von der Provinz Petschili nach Schanhaikwan abgezogen und
südliche Teil unserer Eisenbahn (an der Halbinsel Liao-Tong)
ert seine Bedeutung und dadurch auch Port Arthur und Dalni.
ist der Grund, weshalb wir die Niutschwangbahn den Ljaoho
überschreiten lassen dürfen. Außerdem geht die Eisenbahn
nkhaikwan-Niutschwang nördlich von der Großen Mauer, also
die Sphäre unseres ausschließlichen Einflußgebietes.
n wir nicht dafür Sorge tragen, daß diese Bahn ausschließlich
sisch bleibt, so liegt die Gefahr vor, daß der englische und der
nische Einfluß sich in der südlichen Mandschurei festsetzen, d. h.
nem Gebiet, das unsere Eisenbahn exploitiert.

Daß der Abzug der russischen Truppen aus der Mandschurei
allmählich geschehen kann, ist selbstverständlich. Wir sind in
chinesischen Grenzen eingerückt, weil ein dreister Überfall unserer
wzorte uns dazu nötigte, und es leuchtet ein, daß wir erst ab-
n können, nachdem wir uns vollständig überzeugt haben, daß
weiter keine Gefahr bedroht. Der Wunsch, die chinesischen
itkräfte beschränkt zu sehen, ergibt sich gleichfalls als eine ein-
Konsequenz der traurigen Ereignisse des Jahres 1900.

In der Antwort des chinesischen Bevollmächtigten erkennen wir
ich dieselben feindseligen Einflüsse, die vor Jahresfrist den Ab-
ß eines Vertrages über die Räumung der Mandschurei ver-
erten. Wenn die chinesische Regierung sich von diesen uns
seligen Einflüssen nicht zu befreien vermag, dann können die
handlungen wiederum abgebrochen werden, und Rus-

Digitized by Google

land wird sich in solchem Falle genötigt sehen, „unter Au
erhaltung der gegenwärtigen zeitweiligen Organisation der
schurei die Ordnung an seiner weitausgedehnten Grenze au
zuerhalten und ruhig den weiteren Gang der Ereig
abzuwarten".

Das deckt sich im Schlußresultat ziemlich genau mit dem,
wir gleich nach Veröffentlichung des englisch-japanischen Ver
als wahrscheinlich annahmen und kommt noch draftischer zum
druck in einem Artikel der „Nowosti", der die Möglichkeit
englisch-japanischen Eingreifens in die mandschurischen Angelegen
folgendermaßen ablehnt: „Eine derartige Einmischung hat e
wenig Grund, wie eine Einmischung in den englischen Transvaa
Wie England erklärt hat, daß es keine Einmischung in seinen
mit den Buren dulden wird, kann auch Rußland erklären, d
wegen der Mandschurei keine Einmischung annehmen wird.
ist sein unveräußerliches Recht. Vom ersten Beginn der chine
Unruhen war die Mandschurei-Frage von den Aufgaben ausgeno
welche die verbündeten Mächte verfolgten. Das Schicksal der
schurei wurde durch Waffengewalt entschieden. Dies Land i
den russischen Truppen erobert, und von Rußland hängt es
auf immer unter seiner Verwaltung zu behalten oder es China
gewissen Bedingungen zurückzugeben."

Die „Birshewyja Wjedomosti" drücken sich nicht erheblich
aus und kommen zum Ergebnis, daß Japan wahrscheinlich seine en
Allianz geschlossen habe, um einige Anleihen in London aufzune

So leichterhand wird sich aber die Sache schwerlich
lassen, zumal die jüngste Erklärung des Washingtoner Kabinet
Druck der beiden anderen Mächte erheblich verstärkt und das P
der offenen Tür auch ausdrücklich für die Mandschurei in
Weise interpretiert, die mit dem „russischen Projekt" des
chinesischen Regierung angeblich vorgelegten Mandschureiver
auf keinerlei Weise zu vereinigen ist. Aber wir verkennen nich
es ungemein schwierig sein dürfte, Rußland aus der Stellun
der es sich nun einmal befindet, hinauszumanövrieren, wen
keine Neigung hat, sich von den Argumenten der anderen über
zu lassen. Ja selbst wenn Rußland im Prinzip die „offene
für die Mandschurei akzeptieren sollte, blieben ihm trotz alle

Digitized by Google

lige Mittel, um lästigen Elementen die Teilnahme am mand-
rischen Handel zu verleiden. Zu der ultima ratio eines
eges zu greifen, um Rußland aus der von ihm eingenommenen
ellung zu verdrängen, glauben wir aber, je mehr wir alle Seiten
Frage erwägen, weder England noch Japan, und noch weniger
beide zusammen vorläufig entschlossen. Zeitungsstimmen, wie
sie eben angeführt haben, sind keine Kundgebungen, mit denen
offiziell politisch argumentieren läßt, die russische Regierung aber
, wie Lord Cranborne noch jüngst vor dem Parlament erklärte,
Versicherung abgegeben, daß sie die Mandschurei nicht annektieren
de, und der englische Unterstaatssekretär hat ebenso ausdrücklich
ärt, daß er jener Verheißung vollen Glauben schenke. Das
ingt die Verpflichtung, zu warten, bis Rußland mit seinen Be-
hungen, den Abzug seiner Truppen möglich zu machen, ans Ziel
ommen ist, und jede Mahnung, die auf schnellere Ausführung
ngt, würde demgegenüber den Charakter einer Unfreundlichkeit
innen und den Mahnenden ins Unrecht setzen. Fast ebenso liegt
aber mit der „offenen Tür". Ist die Mandschurei nicht annektiert,
gehört sie zu China, und Reklamationen sind dann an das neu
chtete auswärtige Amt in Peking zu richten. Hat dieses den
ssen besondere Zugeständnisse gemacht, so ist es seine Sache, und
n andere Mächte gegen solche Zugeständnisse demonstrieren, so
ifen sie damit die Souveränetät — die doch mit zur Integrität
ört — des chinesischen Reiches an, zu deren Aufrechterhaltung sie
verbündet haben.

Solche formale Schwierigkeiten dürfen aber nicht gering an-
chlagen werden; sie spielen im politischen Verkehr eine sehr wesent-
e Rolle und müssen in der vorliegenden Frage unter allen Um-
nden ein Hinausschieben der Krisis zur Folge haben. Jeder Auf-
ub aber kommt den Russen zu gut und erschwert die Aufgabe der
greifenden. Gewiß wird daher viel von der Geschicklichkeit ab-
ngen, mit der auf beiden Seiten dieses gefährliche politische Spiel
pielt wird. Nach den Erfahrungen, welche die letzten Jahre in
Orientpolitik gebracht haben, liegt es nahe, den stärkeren Spieler
Petersburg zu suchen.

Der von einigen Blättern, natürlich englischen, gemachte Versuch,
h unsere Stellung in Schantung in den Bereich der englisch-

Digitized by Google

japanischen Abmachungen hineinzuziehen, ist rasch als unsinnig sich zusammengebrochen. Wir haben mit China einen völkerrech gesicherten Vertrag, und unsere industriellen und kommerziellen ziehungen in der Provinz unterscheiden sich in nichts von ähnli geschäftlichen Unternehmungen anderer Nationen, die seit der schließung Chinas mit Kapital und Menschen auf chinesischem Bo arbeiten. An diesen Dingen rühren, hieße nicht mehr und weniger, als allen Handelsbeziehungen Europas und Amerikas China den Rechtsboden entziehen, auf dem sie ruhen; sie bedin sich gegenseitig. Die „offene Tür" anderen zu verschließen, liegt uns fern, wir werden uns im Gegenteil freuen, wenn die K fahrer anderer Nationen ihren Weg recht regelmäßig nach Kiaut lenken. Das alles ist also nichts als leeres Gerede. Dagegen sich nicht übersehen, daß der japanische Vertrag eine Entlastung England im Persischen Golf und in seinem indischen Interessengeb bedeuten kann, da Rußland mit allen Möglichkeiten rechnen muß daher naturgemäß den Schwerpunkt seiner asiatischen Aufstellung die Grenzen der Mandschurei und in das Amurgebiet zu verle genötigt ist.

Wir haben übrigens aus den englischen Zeitungen der let acht Tage den Eindruck gewonnen, daß man an der Themse Erschütterungen im Innern Rußlands rechnet, die eine Lähm nach außen hin zur Folge haben könnten. Und in der Tat die Unruhen, die an den russischen Universitäten seit Jahr Tag vor sich gehen, durch den besonderen Charakter, den sie a nommen haben, nicht unbedenklich. Der Umstand, daß die studentis Forderungen überall mit großem Nachdruck auf völlige Gleic rechtigung der Juden dringen, während die Russen fast ohne Ausnahme durch Erziehung, aus religiösen Gründen und durch i scharf ausgebildeten Rasseninstinkt Antisemiten sind, kann als Bew mittel dafür dienen, daß unter den Leitern der studentischen Beweg das außerordentlich radikale jüdische Element stark vertreten muß. Diese russischen Juden, die bekanntlich einen auffallend ho Prozentsatz an „Arbeitern" den gefährlichen Nihilisten ge haben und auch unter den Studentinnen die einflußreichsten mente liefern, haben nichts zu verlieren und alles zu gewin Wir irren wohl nicht mit der Annahme, daß die Ablehnung

Digitized by Google

entgegenkommenden Ordnungen des alten Generals Wannowski
sie zurückzuführen ist, denn gerade den jüdischen Studenten
en jene neuen Ordnungen nicht zu gute gekommen. Für sie blieb
s beim alten. Da nun der russische Student vor allem liberal
radikal ist, jene studentische Bewegung auch ohne Zweifel eher
kosmopolitische als eine nationalistische Färbung trägt, kann es
jüdischen Studenten nicht schwer gefallen sein, die Masse hinter
fortzuziehen und der Bewegung jenen Charakter der Unversöhn-
eit zu geben, der sie kennzeichnet. Dazu kommt nun noch die
ıbination mit dem auf russischem Boden allmählich ausgereiften
eiter-Sozialismus. Die Generation der heute in den russischen
riken stehenden Arbeiter ist bereits in sozialistischen Anschauungen,
bis in das Ende der siebziger Jahre ihnen nur schwer verständlich
en, herangewachsen und hat sich gewöhnt, in den jungen Herren
der Universität ihre opferwilligen und uneigennützigen Führer zu
n. Auch haben bei den letzten Unruhen in Moskau und Kiew
e Arbeiter gleichsam die Truppe gestellt, während die Studenten
Führer fungierten. In dem Kommuniqué der russischen Re-
ung tritt das nicht zu Tage, aber die sehr ausführlichen Korre-
ıdenzen, welche den großen englischen Zeitungen zugehen und in
den Beweis der Wahrhaftigkeit tragen, lassen keinen Zweifel
über aufkommen. Es scheint uns nur, das noch ein anderes
nent der Dekomposition mitwirkt, und zwar der höchst schädliche
fluß des Grafen Leo Tolstoi. Bei der übermäßigen Ver-
ng, die der ohne Zweifel subjektiv wohlmeinende Graf auch bei
genießt, erscheint eine solche Behauptung fast wie eine Ketzerei.
r der Kern seiner Lehre ist doch die Negierung des Staats-
nkens und was er an die Stelle zu setzen sucht, ist eine geistige
ise, die der gemeine Mann in Rußland nur zu verdauen vermag,
n er sie durch Zusätze, die seinem besonderen Geschmack ent-
chen, gleichsam brutalisiert. Der Niederschlag, den die Tol-
chen Lehren bei ihm zurücklassen, ist herzliche Verachtung aller
elieferten weltlichen und geistlichen Autorität. Die praktischen
sequenzen, die er daraus zieht, aber zeigen sich an den auf-
erischen Bewegungen, welche die russische Regierung jetzt fast in
ı großen Städten zu bekämpfen hat. Die materielle Not, welche
Mißernten und die wirtschaftliche Depression herbeigeführt haben,

Digitized by Google

vervollständigen das Gesamtbild und niemand wird behaupten, es erfreulich ist. Ob deshalb der Gang der auswärtigen P Rußlands sich auch nur um Haaresbreite modifizieren wird, ist ganz andere Frage, und wir sind geneigt, sie entschieden zu neinen. So lange die Armee zuverlässig bleibt, ist an einen G dieser sozialistischen Anläufe nicht zu denken. Ihr Ausgang ist bisher immer gleich geblieben: die Aufstandsversuche werden das Militär auseinandergesprengt. Es gibt Tote, Verwu endlose Verhaftungen und der Rest ist Schweigen — bis ein Ausbruch kommt.

Inzwischen ist Prinz Heinrich an das Ende seiner Am fahrt gelangt und ihr Verlauf kann nur mit großer Genugt verfolgt werden. Der Prinz hat es verstanden, genau den T treffen, der unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staate besten entspricht. Er hat sich gegeben ganz wie er ist, unbefa und doch würdevoll, wie es dem Bruder und Vertreter des Deu Kaisers geziemt. Er hat den herzlichen Ton, der ihm entgegenk mit gleicher herzlicher Aufrichtigkeit zu erwidern verstanden, und ein gutes und nützliches Werk gefördert: die Beseitigung von verständnissen und Irrungen, die mit ebenso großer Kunst wi Hinterlist zwischen zwei Nationen geworfen waren, welche ihr r verstandenes Interesse zusammenführen muß. So hoffen wir, als Nachklang des Aufenthalts des Prinzen auf amerikani Boden, hüben wie drüben, das Bewußtsein zurückbleiben wird, es nur eines beiderseitigen guten Willens bedarf, um dauernd i angebahnten guten Beziehungen zu bleiben.

Die Zentenarfeier zu Ehren Viktor Hugos am 26. Februa unseren Freunden, den Sokols, die erwünschte Gelegenheit geg für die Utopie, die slavisch-französische Verbrüderung, neuen zu machen, und sie sind dabei vom Pariser Stadtrat, Herrn D an der Spitze, energisch unterstützt worden. Im wesentlichen si die politisch längst ad absurdum geführten Chéradameschen I die wieder aufgewärmt wurden, und auch die Herren a, b, c, der „National Revue" haben nach Kräften sekundiert. Wir diesen Kundgebungen praktisch gar keine Bedeutung für die g Politik bei, halten es aber doch für nützlich, auf die Zähigkeit zuweisen, mit der die Tschechen auf jene Herzensallianz von N

Digitized by Google

lation über den Kopf der österreichischen Regierung hinarbeiten.
neue Schlagwort lautet, die alliance Franco-Russe müsse zu
r alliance Franco-Slave umgebildet werden, also ein Programm,
en Voraussetzung der völlige Zusammenbruch Österreich-Ungarns
die Aufnahme der orientalischen Frage auf der Balkanhalbinsel ist.
n braucht nur darauf hinzuweisen, um jedem besonnenen Politiker
völlige Phantasterei dieser Zukunftsideale ad oculus zu führen.
ist übrigens in diesem Zusammenhange nicht uninteressant, die
lich im „Matin" erschienenen Berichte eines hochgestellten
zösischen Seemanns zu lesen, der unter dem Pseudonym Olivier
lor durch drei Nummern über „Marins Français — et Russes"
lehrreiche Betrachtungen anstellt.

Historisch interessant ist zunächst der Nachweis, daß Rußland
dem chinesisch-japanischen Kriege und nach dem Ultimatum,
hes am 17. April 1895 den Frieden von Shimonoseki erzwang,
er noch hoffte, in Gemeinschaft mit Frankreich einen Krieg mit
an vom Zaun zu brechen. Der russische Admiral Tirtoff ist
durch die Besonnenheit und diplomatische Geschicklichkeit des
zösischen Admirals La Boninnière de Beaumont an der Aus-
ung seiner Pläne verhindert worden. Es gelang Beaumont
amuser Tirtoff", d. h. ihn zu nasführen, und der Friede blieb
ahrt. Wir bedauern, den vollen Hergang nicht wiedererzählen
können, es ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Geheimgeschichte
russischen Politik jener Tage.

Dagegen halten wir es im Hinblick auf jene französisch-slavischen
armungen für nützlich, die Schlußbetrachtung Seylors wiederzu-
n. Er schreibt: „Die sehr klare Vorstellung, welche die
zösischen Offiziere gewannen, war, daß slavische und französische
elligenzen sich niemals verständigen werden. Diese nicht doku-
tarisch zu belegende Intuition wurde noch dadurch verstärkt, daß
jedem Bankett oder Punsch die Russen ebensosehr von dieser
ereinbarkeit der Empfindungen überzeugt schienen. Bedauerten sie
Vielleicht, denn ihre Gastfreundschaft war zu groß und zu
lich, um nur Ausdruck eines Befehls zu sein . . . Trotzdem
ten solche Bemühungen nicht zum Ziel. Konnte bei Tafel nur
Gemeinschaft in Hunger und Durst sich geltend machen, so trat
zu Tage, daß ein Abgrund die heitere Trunkenheit des Franzosen

Digitized by Google

von dem völligen Zusammenbrechen des Russen trennt . . .
die Elite der Slaven, die Gardeoffiziere, nicht dem Beispie
Kameraden folgten, so konnten sie doch die verhaltene Ver
nicht übersehen, mit der die Franzosen die russische Manierl
erwiderten."

Aber noch andere Mißtöne hätten die endlosen of
Hymnen auf die russisch-französische Allianz gestört. So hab
der Gardeoffiziere — und die Garde sei nicht nur die El
Armee, sondern der Nation — gesagt, daß Rußland einen
nicht zu fürchten brauche, denn alles russische Papiergeld sei i
lande und das fremde Gold in Rußland. Komme es zum
so werde man vor allem einen nationalen Staatsbankrott
Ein anderer Offizier habe nach einem vortrefflichen Diner a
Forfait gesagt: „Unter uns können wir wohl gestehen, daß
möglich ist, gegen die kommende Weltentwicklung anzukämpfe
Osten gehört Rußland, der Westen Deutschland, das ist das
Schicksal Europas!" Ein dritter habe bedauert, daß Fr
keinen Kaiser habe, ein vierter sich sehr abfällig über die An
Frankreichs auf die heiligen Stätten ausgesprochen!

Seylor schließt mit einem Hinweis auf den eiligen Rück
Franzosen aus Mitylene und einer bitteren Bemerkung über
fruchtbarkeit der russischen Allianz.

Wir glauben, das viele Franzosen denken wie er, wolle
nicht übersehen, daß der „Matin" eine Art Ableger der „
ist, daß also hier englische Einflüsse mitspielen können, we
Veröffentlichung dieser Artikel gerade jetzt erfolgt. Aber fran
Gedanken geben sie trotz allem wieder und wir fragen uns
soll es dem gegenüber mit jener alliance franco-slave?

Eben erst geht uns der Text der letzten Reichst
handlungen zu. Sie haben durch zwei Reden des Grafen
ein ganz außerordentliches Interesse gewonnen, und werden w
von denjenigen voll verstanden werden, die den letzten Verhand
im englischen Parlament aufmerksam gefolgt sind. Graf Bül
eine ganze Wolke von uns feindseligen Legenden zerstreut, d
dort her aufstiegen und sich zusammenzuballen begannen. N
Beseitigung der Fabel über Deutschlands Haltung im s
amerikanischen Kriege war das immer noch eine notwendi

Digitized by Google

ıd nützliche Arbeit. Zunächst stellte Graf Bülow fest, daß die olitischen Interessen Deutschlands in Ostasien nicht in die Gebiete ördlich und östlich vom Golf von Petschili hineingreifen, d. h. unter inen Umständen die Mandschurei berühren. Beiläufig wurde dann – im Gegensatz zu französischen Ansprüchen, die in der Presse und legentlich auch in der chambre immer wiederkehren, nachdrücklich ıs Schutzrecht Deutschlands über seine Missionen aufrechterhalten. ehr dankenswert war ferner die genaue Feststellung des Inhalts ıseres Yangtse-Abkommens mit England vom 16. Oktober 1900, die äzise Bestimmung der rechtlichen Grundlagen unserer Position in chantung, wobei die englischen Anrempelungen wegen unserer Kon- ssionen gebührend zurückgewiesen wurden. Auch das war wichtig, aß der Reichskanzler ausdrücklich erklärte, daß wir vom englisch- panischen Vertrage erst nach seiner Unterzeichnung am 30. Januar fahren haben, und ebenso mußte im Hinblick nicht nur auf die ngriffe, die im Reichstage erhoben wurden, sondern auch in Anlaß m Anfragen, die im englischen Parlament gestellt worden sind, die lärung über die militärischen Notwendigkeiten in Tientsin und hanghai allseitig beruhigend wirken. Endlich gratulieren wir dem rafen Bülow zu seiner Definition der Weltpolitik, die, wie uns heint, auch mißtrauische Gemüter beruhigen wird.

In der zweiten Rede fällt der Schwerpunkt auf die Bestimmung ıserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. „Auch in der rnsten Zukunft", so sagt Graf Bülow, „sieht mein Auge keinen unkt, wo die politischen Wege des deutschen Volkes und des nerikanischen Volkes sich zu durchkreuzen brauchen." Den Schluß ldete eine Rechtfertigung unserer Haltung in der südafrikanischen rage und die Ablehnung eines nochmaligen Eingehens auf die ifferenz mit dem Kolonialsekretär Chamberlain. Dem lebhaften eifall, den die Rede fand, schließen wir uns rückhaltlos an.

Digitized by Google

6. März. Präsident Roosevelt lehnt jede Einmischung in den südafrikanischen Krieg a
7. März. Gefangennahme Lord Methuens durch Delarey.
11. März. Abreise des Prinzen Heinrich aus New-York.

---

12. März 1902

Seit Dienstag, 4. März, berät das Unterhaus über „Army Estimates", was auf den eigentlichen Kern der Verhandlu zurückgeführt, bedeutet, daß die Frage über die vom Ministerium S bury durch den Staatssekretär Brodrick eingebrachte Armeeref zur Entscheidung gestellt ist. Nach dem, was bis zur Stunde die Tagesordnungen des Unterhauses bekannt geworden ist, diese Entscheidung unter keinen Umständen vor Mittwoch, 12. fallen. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Debatte sich länger hinzieht, wenn auch schon jetzt feststeht, daß das Ministe mit einer Majorität von gegen 120 Stimmen als Sieger aus Abstimmung hervorgeben wird. Es ist daher nicht voreilig, jetzt die Brodrickſche Reform näher ins Auge zu fassen, zuma Staatssekretär sein Projekt durch eine zweistündige, in alles T eindringende Rede eingeführt und nachher noch mehrmals das W ergriffen hat. Von der Opposition hat bisher Campbell Banne geredet und wohl die hauptsächlichsten Gegenargumente, soweit Argumente überhaupt in England vorgeführt werden können, Geltung gebracht.

Mr. Brodrick begann mit einer captatio benevolentiae das Kriegsministerium, und wer nicht unbillig urteilt, wird zu müssen, daß in der Tat eine ganz ungeheure Arbeitslast bew worden ist, seit er vor Jahresfrist in den ersten großen Um seine Gedanken über die künftige Organisation der Armee entwi Auch verdient der streng sachliche Ton seiner Ausführungen umso Anerkennung, als Brodrick unter dem Eindruck eines von Cam

Digitized by Google

nnerman beantragten Tadelsvotums sprach. Er hat sich, ab-
ehen von einem unerläßlichen Hieb auf Rosebery, jedes persönlichen
sfalls enthalten, ist aber genötigt gewesen, zunächst in der Defen-
e zu bleiben, um seinen Gegnern die Argumente zu entziehen, mit
nen sie, im Zusammenhang mit den früheren Debatten, voraus-
tlich operieren mußten. Der erste Punkt betraf die Remonten.
r Ausbruch des Krieges hatte der jährliche Bedarf Englands
00 Pferde betragen. Er stieg nun plötzlich auf 150000, und
hrend in den ersten sechs Monaten des Jahres 1900 82000 Pferde
Afrika eingeführt wurden, sind in Summa in weniger als
Monaten 290000 Pferde und 126000 Maulesel über See ein-
ührt und gleichzeitig 126000 Pferde in Südafrika aufgebracht
rden. Das mache 600 Tiere täglich, und bei so riesigen Be-
rfnissen sei es wohl selbstverständlich, daß auch Mißgriffe vorge-
nmen seien. Man habe häufig zu hohe Preise gezahlt, und es
auch richtig, daß Hunderte von Pferden zu Grunde gegangen
en, weil man sie unmittelbar, nachdem sie von der Seereise
chöpft angekommen waren, in Gebrauch nahm. Das alles habe
er jetzt aufgehört, und eben habe Kitchener ihm geschrieben, daß
zur Zeit 16500 Pferde in seinen Depots in bestem Zustande
eit halte. In Zukunft solle für geeigneten Pferdeersatz in England,
land und Kanada Sorge getragen und ebenso der Kontinent zu
sem Behufe schärfer ins Auge gefaßt werden. Jedenfalls lehne
jeden Vergleich der Tätigkeit seines Ministeriums mit den Fehlern
ner Vorgänger zur Zeit des Krimkrieges ab. Er habe in
Monaten 230000 Mann regulärer Truppen und darunter
0000 aus England nach Südafrika verschifft, zuletzt in Abteilungen
n 53000 Mann, und das sei mehr als die ganze, zur Zeit der
imkampagne verschiffte Armee, und zweimal so viel, als 1882
ter großen Schwierigkeiten nach Ägypten expediert wurde. Zur
it unterhalte England, den Troß mit eingerechnet, über 300000 Mann
230000 Pferde und Maulesel in Südafrika.

Das alles wird sich zugeben lassen und verdient volle Aner-
nung, wenn auch, von unserem Standpunkte aus, der Vorwurf
der Kriegsverwaltung haften bleibt, daß sie völlig rohe Pferde
n Mannschaften, die zum erstenmal in ihrem Leben beritten ge-
cht worden waren, zu Grunde richten ließ. Denn darin sind alle

Digitized by Google

einig, die Gelegenheit gehabt haben, einen Einblick in die Verhä
der südafrikanischen Kriegführung zu gewinnen, daß der en
Soldat die Pflege der Pferde völlig vernachlässigt und daß
vor allem die großen Verluste der Engländer an Pferden, abe
ein nicht geringer Teil ihrer Mißerfolge im Felde zurückzu
ist. Kavallerie läßt sich eben nicht improvisieren, und wenn Er
durch die Verhältnisse dazu genötigt wurde, so hat es au
Kosten des Experiments zu zahlen gehabt.

Doch das sind Dinge, die heute bereits mehr historisch
aktuelle Bedeutung haben. Das Wesentliche bleibt der „große
zur Reorganisation des englischen Heerwesens. Durchgefüh
daran bereits die Einteilung in Armeekorps nach deutschem Vo
und die Ersetzung des bisherigen Systems der Kontrolle d
Hand schriftlicher Berichte der Oberkommandierenden, durch
Inspektionen. Bisher ist ein General-Inspekteur der Artiller
gesetzt worden, es soll ein General-Inspekteur für die Neo
folgen. Die letztere soll von 10000 Mann auf 17500 ve
werden. 14 neue Regimenter von den 21, die erforderlich
wurden bereits formiert, 5 weitere in Angriff genommen.
werden 8 Garnisonregimenter aus ausgedienten Soldaten ge
Es seien das lauter Leute, die im Alter der „alten Garde" Nap
gleichstanden (wobei man freilich geneigt ist zu fragen, welche
der Herr Staatssekretär ins Auge gefaßt hat!). Hieran schl
die wichtige Frage des Rekrutenersatzes für die Armee, ein bes
schwieriges Problem, da, um die aktive englische Armee a
Höhe von 250000 Mann und die Reserve auf 90000 Ma
erhalten, was Mr. Brodrick für unerläßlich erklärte, der Ers
35000 Mann, auf den sich als Maximum in Friedenszeiten
ließe, ein Manko von 40 bis 50000 Mann ergeben müsse.
lehre aber die Erfahrung, daß die bestgelöhnten Regimente
am leichtesten Rekruten fänden, schon ein Unterschied von 2 d.
sich stark fühlbar; ebenso lasse sich nicht verkennen, daß ein
pflichtung auf kurze Frist leichter eingegangen werde, als auf
Dauer des Dienstes. Auf diese beiden Sätze baut nun Mr. B
sein, wie uns scheint, etwas sanguinisch angelegtes System.
den Tageslohn der Soldaten in der ganzen Armee vom 1.
d. J. ab von 10 d. auf 1 sh. steigern. Es steht dann

Digitized by Google

oldaten frei, nachdem er zwei Jahre gedient hat, zu erklären, ob in die Reserve treten, oder ob er volle acht Jahre in der aktiven rmee dienen und erst danach auf vier Jahre Reservist werden will. n ersten Fall bleibt es bei dem einen Shilling, im anderen erhält vom Beginn des dritten Dienstjahres ab eine Zulage von 6 d. glich. Es soll dabei von dem kommandierenden General abhängen, er einen so kapitulierenden Soldaten annehmen will oder nicht, d man hofft auf diesem Wege nach Ablauf von zwei Jahren die litärisch untauglichen und unzuverlässigen Elemente abstoßen zu nnen. Dieses Sixpence-System soll vom 1. April 1904 ab in raft treten und Brodrick berechnet die Kosten dieser Neuerung auf 048000 Lstr. für England und 786000 Lstr. für Indien. Die esamtkosten für die Erhaltung der Armee aber werden jährlich 0000000 Lstr. betragen.

Was Mr. Brodrick an anderen Reformen von minderer Trageite (Miliz, Medizinalwesen, Krankenpflege u. s. w.) in Aussicht llte, können wir füglich übergehen. Wichtig war dagegen eine Berkung des Staatssekretärs über die Truppen der Kolonien, die, viel wir sehen, wenig Beachtung gefunden hat. „Ich habe die versicht," sagte er, „daß es möglich sein wird, eine Abmachung treffen, welche die ganze Kraft des Imperiums verwendbar macht, enn es zu einem Kriege kommt, der die Interessen des Gesamtperiums betrifft. Eine Gelegenheit, mit unseren kolonialen Freunden er diesen Gegenstand zu beraten, wird der Besuch der Staatsinner unserer Kolonien zum Krönungsfest bieten. Wir werden dann gen, wie weit unser Schema sich den Kolonien anpassen läßt und wieweit sie bereit sind, eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, elche die verschiedenen Teile des Imperiums enger miteinander kettet." Mr. Brodrick schloß mit einem Hinweis darauf, wie r die übertriebene Kritik der Opposition das Ansehen Englands ädige, während doch das Verhalten der englischen Truppen in üdafrika und neuerdings auch in China gezeigt habe, daß auch ne ein System der Konskription oder der allgemeinen Wehrpflicht r englische Soldat vor keinem anderen Soldaten der Welt zurücktreten brauche.

Die Entgegnung Campbell Bannermans, die erst am 7. März lgte, mußte notwendig wenig überzeugend sein, da er noch ein

Digitized by Google

weit schärferer Gegner der allgemeinen Wehrpflicht ist, als das g
wärtige Ministerium. Was er einzuwenden hatte, mündete schli
dahin aus, das Brodrick sklavisch deutschen Formen nachgeh
sein System schließlich zur allgemeinen Wehrpflicht überführen
Der entscheidende Gesichtspunkt für ihn schien der zu sein, sic
seine Partei von aller Mitverantwortung an den Folgen des
afrikanischen Krieges freizuhalten. Wir verzichten daher a
Wiedergabe seiner Rede. Dagegen möchten wir von unserem deu
Standpunkt aus doch darauf hinweisen, daß, sobald die Höh
Löhnung als das entscheidende Motiv für den Entritt in die
der Nation geradezu aufgedrängt wird, die Regierung mit
weisbarer Notwendigkeit in einen Konkurrenzkampf mit den Ar
löhnungen der industriellen Unternehmungen aller Art wird
müssen. Es wird sich fragen, ob der Lohn des Fabrikarbeiter
höher einschätzen läßt, als die freie Verpflegung des Soldaten
dem Shilling oder dem 1 sh. 6 d., den dieser erhält. Au
Erwägung der Zahl der Arbeitsstunden und der mit dem Sol
beruf verbundenen Gefahren muß mit in Anschlag kommen,
man sich auf den Boden der mechanischen Weltauffassung stell
dem englischen System zu Grunde liegt. Mr. Brodrick illu
das selbst, wenn er sagt: „Ich erinnere mich ganz genau geh
haben, wie Lord Wauchope einige Monate, bevor er England v
und bald nach seiner Rückkehr aus dem Sudan, in einer
versammlung sagte: Ich bin tief beschämt, wenn ich daran
welche schwere Arbeit unter tropischer Sonne ich der Mannsch
zehn Pence täglich zumuten mußte." Wenn Mr. Brodrick fü
solche Auffassung kein Wort des Tadels hat, so zeigt sich dar
tiefe Abgrund, der unsere Auffassung vom Beruf des Soldate
der englischen trennt. Darüber läßt sich nicht streiten. Wir u
übrigen Staaten der allgemeinen Wehrpflicht sehen im Kriegs
die selbstverständliche Pflicht, die jeder körperlich Taugliche
Vaterlande schuldet. Wogegen man sich in England sträubt,
die Übernahme der Verpflichtung. Der Kriegsdienst ist den
Mittel des Erwerbs, den anderen Sport, fast der gesamte
stand und ein ungeheurer Prozentsatz der Arbeiterbevölkerun
der Aristokratie aber zieht anderen Erwerb und anderen Spor
Sir Henry (Campbell Bannerman) meinte gar, wenn die militär

Digitized by Google

Nationen die Vorzüge der allgemeinen Wehrpflicht rühmten, so innere ihn das an den Fuchs der Fabel, der seinen Schwanz ver- ren habe und nun bemüht sei, auch die anderen zu bereden, ihren chwanz abzutun. Es kann demnach kein Zweifel sein, daß Regierung nd Opposition gleich fest entschlossen sind, unter keinen Umständen ber das Sold- und Werbesystem hinauszugehen. Freiwillige, Yeo- anry und Miliz sind ein Accidenz und können im Verhältnis zum edarf der Armee nur eine minimale Bedeutung gewinnen. Nun leibt allerdings die Frage, ob die Kolonien bestimmte, in Zahlen stzustellende Verpflichtungen auf sich nehmen wollen und damit steigt ne Zukunftsfrage von höchster Wichtigkeit auf. Bekanntlich wurde e Zustimmung der Kolonien zur imperialistischen Politik des ngland von heute während der Begeisterung gewonnen, die das Djährige Regierungsjubiläum der alten Königin hervorrief. Man chnet in den Kreisen der Regierung offenbar auf eine ähnliche Be- isterung bei Gelegenheit der Krönung König Edwards VII. Aber bgesehen davon, daß die Verdienste König Edwards in seiner kurzen egierungszeit noch nicht zu voller Geltung haben kommen können, heint uns wenig wahrscheinlich, daß die großen Kolonien — Kanada, ustralien, das Kapland — Neigung zeigen werden, sich ihrer Ent- heidung in jedem einzelnen Falle im voraus zu begeben. Sollte aber geschehen, was immerhin möglich ist, so würde ein Verhältnis er Reziprozität sich begründen, das leicht die Politik des Mutter- ndes in Abhängigkeit von dem unruhigen Ehrgeiz der Kolonien nan denke an Neu-Seeland) bringen könnte. Auch ein gemeinsames mperialistisches Parlament scheint fast mit Notwendigkeit aus dieser ombination hervorgehen zu müssen. In der Rede Brodricks finden ir die beiläufige Bemerkung: „Es ist mehr als wahrscheinlich, daß er Truppenbedarf für Indien sich eher steigern wird, als daß er nimmt. Indien braucht mehr Artillerie und kann jederzeit für en Fall einer Expedition noch weitere Unterstützung von uns ver- ngen." Diese Äußerung wird durch folgende Nachrichten illustriert, e neuerdings (8. März) der „Nowoje Wremja" zugegangen sind. er neue Emir — schreibt sie — hat seinen Agenten bei der citischen Regierung abberufen, und man behauptet, es sei geschehen, eil der Mann zu anglophil ist. Zum Oberkommandierenden der fghanischen Truppen in Asmar sei Sadabraft-Chan ernannt, der

Digitized by Google

wegen seines Hasses gegen die Engländer bei Abdurrahman in
gnade fiel; Sadabraft aber habe gleich nachdem er seinen P
übernommen, Beziehungen zum Hada-Mollah — dem pestile
listischen Pfaffen, wie ihn die „Times" vor wenigen Tagen nannt
angeknüpft. Mit den Kämpfen Englands gegen die Bergstämm
Waziristan stehe es keineswegs gut. Die in Allahabad erschein
Wochenschrift „Pioneer Mail" berichtet, daß an der Blockie
Waziristans 20000 Mann englischer Truppen beteiligt seien,
unterscheide sich die Blockade in nichts von einem wirklichen Kr
es fanden blutige Schlachten statt und beide Teile erlitten g
Verluste. Der „Pioneer" sagt, daß die englischen Truppen
Epidemien und übermäßige Strapazen so schwer gelitten hätten,
es unerläßlich sei, sie durch frische Truppen zu ersetzen.

Die „Nowoje Wremja" knüpft daran die folgende schaden
Bemerkung: Bisher ist das Glück den Engländern ungewöh
günstig gewesen, sie haben zur Zeit immer nur eine Gefahr zu
kämpfen gehabt. Man kann das nicht durch die weise Voraus
der englischen Regierung erklären, denn sowohl der Aufstan
Indien wie die Verwicklungen im Sudan sind Ursachen entsprun
mit denen Mr. Chamberlain nichts zu schaffen hat. Aber das
kann sich wenden. Der Friede und die Stille, die seit Beginn
Burenkrieges in allen englischen Besitzungen herrschten, könnten ge
werden, und es hat beinahe den Anschein, als ob eine solche Stö
begonnen hat." Das klingt fast wie eine Drohung und mag
Verstimmung, welche das englisch-japanische Bündnis unzweife
hervorgerufen hat, seinen Ursprung danken. Wahrscheinlich
die Freude des russischen Blattes noch heller gewesen, wenn
damals schon gewußt hätte, daß die Unruhen in Irland
Wendung genommen haben, welche die englische Regierung vera
hat, ein Bataillon Freiwilliger vom Suffolk-Regiment, das
Südafrika bestimmt war, nach Irland zu senden!

Wir meinen, daß diese Dinge und die Möglichkeit, wenn
die Wahrscheinlichkeit bevorstehender Verwicklungen in Ostasien
ernüchternd auf die Kolonien wirken können für England aber Mög
keiten am Horizont aufsteigen läßt, denen auch die durch Bro
reformierte Armee sich kaum gewachsen zeigen dürfte, wenn nich
Burenkrieg durch eine billige Verständigung mit den tapferen Freih

Digitized by Google

ofern zu raschem und dauerndem Abschluß gebracht wird. Jeder und Englands muß einen solchen Ausgang wünschen. Die eben etroffene Nachricht von der Niederlage und Gefangennahme Methuens bestärkt uns in dieser Auffassung. Nie war der enblick für einen haltbaren Frieden günstiger!

Auch in Südchina sind Unruhen ausgebrochen, die, wie das reau Reuter" meldet, sich mit fabelhafter Schnelligkeit in der vinz Kwangsi ausbreiten und die Vertragshäfen Kweilin und ning ergriffen hätten. Die Rebellen seien ehemalige Soldaten Marschalls Su-Juan-Tschun, die bei der Versetzung Sus nach e entlassen wurden. Der Aufstand sei antidynastisch und die esen behaupten, daß die Franzosen ihn heimlich unter- ten. Eine etwas abweichende Version gibt der Pekinger Korre- dent der „Times" jedoch so, daß gleichfalls ein Verdacht auf Franzosen fällt und man deshalb geneigt sein könnte, beide ichte auf eine Quelle zurückzuführen. Der Aufstand, es in diesem Bericht, sei vornehmlich durch die Unerfahrenheit Nachfolgers, den man dem Marschall Su gesetzt, hervorgerufen den. Su habe lange die Ordnung an der französischen Grenze echt erhalten und in besten Beziehungen zu den Franzosen ge- den. Die Chinesen fürchteten jetzt, daß, wenn der Aufstand bis die Grenze Tonkins dringe, Frankreich eingreifen könnte. nbar habe das englisch-japanische Bündnis den Chinesen Mut acht, so daß sie den Forderungen der Europäer entgegentreten. falle es auf, daß China jetzt darauf dringe, daß die Mandschurei rei aufeinanderfolgenden Zeiträumen von je vier Monaten ge- nt werde. Auch wollten sie keineswegs darauf verzichten, Artillerie der Mandschurei zu führen. Das gäbe also in China eine dung sowohl gegen die Franzosen wie gegen die Russen; nur ns völlig unerfindlich, welches Interesse gerade Frankreich haben e, sich jetzt eine solche Unbequemlichkeit, wie es ein Aufstand den Grenzen von Tonkin doch ist, zuzuziehen. Offenbar liegt hier noch nicht durchsichtige Intrigue vor, deren Verlauf zu beachten nfalls lehrreich sein wird.

In Rußland scheint augenblicklich die Ruhe an den Univer- en leidlich hergestellt, aber wie uns aus Petersburg geschrieben , erwartet man für den 4./17. März neue Unruhen der Arbeiter

Digitized by Google

wie der Studenten. Die Zeitung „Rossija" ist ganz unter
worden, dem Uchtomskischen Blatt ist zeitweilig der Straßenv
untersagt worden, in Wilna hat der Gouverneur für die sämt
Bewohner des Gouvernements den folgenden Befehl erl
„1. Alle Hausbesitzer der Stadt Wilna und ihrer Vorstädte
ihre Vertreter, sowie die Gastwirte und die Vermieter möbl
Wohnungen, in Gebäuden, die der Krone oder Gesellschaften ge
die Verwalter, werden verpflichtet, Hausbücher nach vorgeschrie
Muster mit größter Sorgfalt zu führen. 2. Gastwirte, Besitze
Absteigequartieren und Vermieter möblierter Zimmer haben
Polizeioffizier des Bezirks jeden Anreisenden oder Abreis
spätestens nach 12 Stunden zu melden, alle übrigen Personer
Hausbücher zu führen verpflichtet sind, nach spätestens 24 Stu
3. Schweizer und Hauswächter (dworniks) und wo es keine
die Hausbesitzer, sind verpflichtet, ohne jeden Verzug der P
alles Außergewöhnliche zu melden, was in ihren Häusern oder
geschieht und ebenso von allen Zusammenkünften und Versamml
in ihren Häusern zu berichten. 4. In der Stadt müssen in
Hause ein oder mehrere Hauswächter sein. Das Verzeichnis da
stellt die Polizei zusammen und ich bestätige es. Die Hausb
dürfen Hauswächter nur mit Zustimmung der Polizei in
nehmen. Diese Hauswächter erhalten eine ausführliche Instru
deren Nichterfüllung eine Geldstrafe und außerdem, auf Verf
des Polizeimeisters, Dienstentlassung nach sich zieht, was ihnen
zuteilen ist, wenn sie mit einem Hausbesitzer abschließen. 5
Hauswächter müssen ein Abzeichen aus Blech haben, das s
ihrer Amtsführung zu tragen haben.

Personen, die diesen Befehlen zuwiderhandeln, werden
administrativem Wege mit einer Geldstrafe bis 500 Rbl. ode
Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden. Eine ähnliche
trifft alle, welche gegen diese Verordnung aufhetzen oder ihre
einhaltung zulassen."

Das bedeutet doch, daß in jedem Hause des Gouverne
Littauen fortan mindestens ein Aufpasser der Regierung ang
sein wird und zeigt jedenfalls, daß die russische Regierung
zu haben meint, der Bevölkerung des Gouvernements, die bekan
polnisch-littauisch ist, zu mißtrauen.

Digitized by Google

In Finnland wird gegen die einheimische Presse mit äußerster
te vorgegangen. Am 2. März ist die Zeitung „Vüpurio Sa-
at Supistus“ wegen eines Gedichts „Sie erhebt sich“ ganz ver-
n worden, sechs andere Zeitungen (eine schwedische und fünf
ische) sind suspendiert worden, zwei Zensoren sind ihres Amtes
ezt, einer auf einen, ein anderer auf zwei Monate suspendiert
den, vier finnische und eine schwedische Zeitung sind verwarnt
den. Es ist uns aufgefallen, daß auch die russischen Zeitungen
einiger Zeit merkwürdig dürftig in Behandlung aller inneren
elegenheiten sind. Sie bewegen sich ungeniert zur Zeit nur in
m gesteigerten Interesse an den Balkanangelegenheiten und in
m Schimpfen auf Deutschland und England. Über die ost-
tischen Dinge sind sie sehr einsilbig geworden. Es scheint
nach, daß eine starke Hand über sie gekommen ist.

Endlich verdient beachtet zu werden, daß sich in Petersburg
außerordentlicher Hartnäckigkeit das Gerücht behauptet, daß
nächster Zukunft die Gebühr für Auslandspässe auf 500 Rubel
Jahr erhöht werden solle. Das käme fast einem Verbot gleich
würde namentlich allen weniger bemittelten Personen das Reisen
das Studium außerhalb Rußlands unmöglich machen. Aus-
men sollen nur mit Kranken gemacht werden!!

Digitized by Google

14. März. Delarey gibt Methuen frei.
15. März. Vertrauensvotum für das Ministerium Zanardelli.
18. März. Prinz Heinrich trifft in Deutschland ein.
18. März. Sendung Lord Wolseleys nach Südafrika.
18. März. Schönerers „Hoch und Heil dem Hause Hohenzollern".
17.—19. März. Debatte im englischen Parlament über die Lieferungsverträge.
19. März. Neu-Konstituierung des Ministeriums Sagasta in Madrid.

---

19. März 19

In der „association générale des étudiants", eine politischen Studentenverein zu Paris, hat Casimir Périe ehemalige Präsident, eine Rede gehalten, die von den jungen mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurde und in der Erm gipfelte, unter keinen Umständen den Glauben an die Zuku Vaterlandes zu verlieren. Frankreich verjünge sich, wie die es tue. Wenn auch welke Blätter vor unseren Füßen niede so wissen wir doch bestimmt, daß wir den Frühling wied werden.

Der Gedanke ist nicht neu und jeder Patriot wird ihn wenn er die Blicke auf die Jugend seines Volkes richtet. Casimir Périer schloß in seine Rede einen Rat ein, den w unglücklich erregten russischen Jugend zurufen möchten, die revolutionären Wegen, die sie eingeschlagen hat, sich selbst Aussichten auf eine gesunde Wendung in der inneren Politik R immer aufs neue zu Grunde richtet. „Tretet ins Lebe ohne skeptisch und ohne ungeduldig zu sein!" rief Périer den französischen Studenten zu! Er hat damit eine M ausgesprochen, welche die jungen Leute, die heute etwa im 20. jahre stehen, sich überall zur Richtschnur nehmen könnten, d nirgend mehr am Platz ist, als auf russischem Boden, wo der s Pessimismus und die ruhelose Ungeduld zu einer nationalen K

Digitized by Google

werden drohen. Dort haben tatsächlich die Studenten die Führung
politischen Bewegung im Innern an sich gerissen, und trotz der
ßerordentlichen Strenge, welche die Zensur entwickelt, folgt die
esse der von diesen Kreisen ausgehenden Anregung. Nicht etwa
ekt; das ist so sehr unmöglich, daß sogar die gewiß nicht über-
ebene Bemerkung, die sich die „Pet. Wjedomosti" in einem Jubi-
msartikel über Gogol, den bekannten Romanschriftsteller, erlaubten,
ß es nämlich heute in Rußland viel besser stände, als in Gogols
ten, dem Blatte eine sehr empfindliche Strafe zuzog. Dagegen
ßt man sich durch Anspielungen zu helfen, die der gewitzigte Leser
ht versteht, eine „politique par allusion", wie sie in der ersten
riode des dritten Napoleon in den großen Pariser Blättern so
chickt betrieben wurde. Oder aber man druckt Äußerungen der
ovinzialblätter ab, welche die Zensur durchgelassen hat, obgleich
selben Gedanken oder Tatsachen in einem der Residenzblätter
ß eine Maßregelung nach sich gezogen hätten. Die geringere
rbreitung der Provinzialblätter, wohl auch die Annahme, daß das
ende Publikum in der Provinz weniger leicht aufzuregen ist, mag
se Praxis der Zensur erklären. So hat ein Herr Sfergejew in
Sfibirskaja Shisn (Leben in Sibirien) ausfürlich über die Be-
gungen geschrieben, unter denen die niedergehende russische Haus-
ustrie gehoben werden könne. Das von ihm entwickelte Programm
ß in Hinblick auf die von der russischen Regierung vertretene
irtschaftspolitik kurzweg als eine Ketzerei bezeichnet werden. Herr
ergejew plaidiert für Aufhebung der Zölle auf Eisen, land-
rtschaftliche Maschinen und Geräte, überhaupt dafür, daß für
lige Preise aller unentbehrlichen Gegenstände gesorgt werde. Der
nze Kurs der ökonomischen Politik Rußlands müsse ein anderer
rden. Er verlangt Kredite gegen Verpfändung von Getreide,
eliorationskredite, Kredite zum Ankauf von Maschinen u. s. w.
e Hauptsache aber sei, daß im ganzen Reich die Grundlagen zu
em Selfgovernment entwickelt, die rechtliche Stellung des Volkes
d die Volksbildung gehoben werde. „Mit einem Wort, man
nmt stets auf die Fragen der Gegenwart zurück, die uns schmerzen,
d deren Fruchtlosigkeit und Unentschiedenheit uns schon ganz stumpf-
nig gemacht hat." Nichts sei unwahrscheinlicher, als daß die vom
iser eingesetzte Kommission den Nöten der Landwirtschaft wirklich

Digitized by Google

abhelfen werde. Übrigens „wer lebt, wird es erfahren". Residenzblatt, das wir lieber nicht nennen wollen, knüpft dara folgende Bemerkung: „Wer weiß? Vielleicht erleben wir noch Besseres, als Herr Ssergejew erwartet. In den Rahmen techn Probleme lassen sich die Aufgaben der „Kommission" nicht eine sie führen logisch und notwendig zu den „Fragen der Gegen die uns wehe tun".

Das heißt doch wohl zur „Verfassung", denn das ist das süchtige Verlangen der russischen Intelligenz, und so ohne Z wird die Bemerkung verstanden. Aber da die „Verfassung" genannt ist, läßt sich einer zu neugierigen Obergroßverwe gegenüber auch mit Nachdruck behaupten, der schmerzhafte sei die Unordnung und der böse Geist der Jugend, den wolle durch Herstellung der Autorität beseitigen.

Ein anderes Beispiel. Eine in Ssamara erscheinende Ze die über den Tag der Bauernbefreiung, den 19. Februar, leita sagt, dieser Tag sei den Russen nicht nur deshalb lieb, weil e liege, sondern weil er im Prinzip das Recht der Persönlichke Bauern gesichert habe, und wegen des Programms, das sic Notwendigkeit aus der Abschaffung der Leibeigenschaft ergebe; das Leben der Bauern sei nach wie vor wie durch ein Ne Überbleibseln der Leibeigenschaft umschlossen. Ein Residen das diese Ausführungen wiedergibt, bemerkt, das gelte ganz eben den Arbeitern in den städtischen Fabriken. Die Feier des 19. F in Moskau habe bewiesen, daß Arbeiter und Bauern sich gan darisch fühlten.

Nun ist in Petersburg und Moskau heute von nichts me Rede, als von dem Zusammenhang zwischen sozialistisch ge Fabrikarbeitern und den Studenten, die sich zu ihren Führe geworfen haben. Sollten wirklich Bauern und Arbeiter sich soli fühlen, so gäbe das eine böse Perspektive für die Zukunft.

Eben jetzt haben die Moskauer Studenten eine Proklar erlassen, in welcher sie erklären, sie würden fortan nicht meh besonderen studentischen Interessen, sondern den Anspruch all Freiheit vertreten. Es schließt sich daran ein förmliches Prog das im wesentlichen alle Voraussetzungen einer konstituti Monarchie, oder — obgleich es nicht ausgesprochen ist —

Digitized by Google

epublik enthält. Jene französischen Studenten, zu denen Casimir érier sprach, werden erstaunt sein, wie man so selbstverständliche inge wie Gewissensfreiheit, Lernfreiheit, Verfassung fordern kann, d auch im übrigen Europa würde an einem derartigen Programm n Anstoß genommen werden. Das Gefährliche der Bewegung gt aber darin, daß kein Staat der Welt seiner studierenden Jugend e politische Initiative in Lebensfragen der Nation überlassen darf, enn er nicht selbst abdanken will, und daß die Moskauer Studenten rem Programm die sozialistische Wendung durch Aufnahme des chtstundentages in die Reihe ihrer Forderungen gegeben haben. nen verwandten Charakter trägt das gestern veröffentlichte Pro- amm der Petersburger Studenten.

Wer gerecht denkt, wird den Idealismus nicht verkennen, der tz allem in diesen Programmen steckt, für welche die jungen Leute tsächlich ihre Existenz einsetzen. Aber es ist ein ungeduldiger, un- ser Idealismus ausschließlich politischer Natur, während jener dere Idealismus, aus dem jede Generation ihre Kraft schöpfen muß, s Suchen nach Wahrheit und Erkenntnis, der ernste Fleiß, der als ndament für die Arbeit des Mannes dienen muß, in dieser regten und überhitzten, durch vorzeitigen, nicht auf Grund eigener tudien erworbenen Skeptizismus gelähmten Jugend keinen Raum det. Und wie kann das wundernehmen, wenn man den Charakter r Literatur verfolgt, unter deren Eindruck diese Jugend heranwächst. ir haben des schädlichen Einflusses schon gedacht, den die Schriften lstois ausüben. Bei uns, wo schwerlich jemand darauf ausgehen rd, sich nach ihren Forderungen das Leben einzurichten, werden mehr als literarische denn als politische Kundgebungen aufge- mmen. In Rußland ist die Wirkung genau die umgekehrte. an saugt aus ihnen den Haß gegen den Staat, als den gott- drigen Urheber alles Bösen und verbindet das mit den trostlosen itten, welche die Koryphäen der russischen Literatur von Dostojewski s zu Maxim Gorki anszumalen lieben. Man wird in dieser ganzen teratur keine einzige Gestalt finden, an der ein junges Menschenherz h erbauen und erheben könnte. Im Grunde ist es eine Galerie fertiger er noch unfertiger, überführter oder ungestraft durch die Ungerechtigkeit eses Lebens schreitender Verbrecher. Und diesen Maxim Gorki hat an dieser Tage zum Mitgliede der Petersburger Akademie gemacht!!

Digitized by Google

Zu den Studentenunruhen in Moskau, Jurjew — wo
harmlosen und glücklichen Tage geblieben, da die Universitä
Dorpat hieß? — sind jetzt höchst gefährliche Unruhen in Ode
kommen. „160 Personen" — so schreibt der Odessaer Korresp
des „Standard" am 9. März — „sind infolge der gestrigen pol
Demonstration verhaftet worden. Gleichzeitig fanden im
Monat 470 Verhaftungen hier in Anlaß revolutionärer
mationen und Unordnungen statt. Die Unzufriedenheits-Äuße
unter den Studenten des Lyceums und der Universität tra
keiner Hinsicht mehr einen akademischen Charakter. Die Regieru
folgt mit nicht geringer Sorge das Entstehen einer jungruss
Partei politischer Reformer. Es ist ein Jammer, d
jungen aufgeklärten Russen von heute enthusiastische und in
Sozialisten sind, die in höchster Ungeduld auf die alte lega
fortschrittliche Methode politischer Reform herabschauen u
Glaubens sind, daß nur ein plötzlicher und gewaltsamer
(bouleversement) der bestehenden Institutionen helfen könne.
aber am schlimmsten ist, sie haben keine Vorstellung davon, w
die Aussichten auf Erfolg liegen, weil sie nicht wissen, da
intelligente, umfassende Organisation die erste Voraussetzu
Erfolges ist. Die jetzige Bewegung wird ohne Zweifel
erfolglos sein, wie die vorausgegangenen; sie wird alle Bet
in das größte Elend führen und unglücklicherweise schlecht
Regierung wirken. Aber der Tag kann einmal kommen,
verantwortliche Macht dieses Landes Ursache haben wird zu be
daß sie die an die Oberfläche tretenden Symptome, der
Brand schwelenden Abneigung des Volkes nicht berücksichtig

Gewiß spielt bei dieser nicht mehr wegzuleugnenden Unzu
heit die materielle Not der Massen eine große Rolle. In dem
der gemäßigten Liberalen, dem „Westnik Jewropy", veröf
der Nationalökonom Richter einen Vortrag, den er Ende
Jahres auf dem IX. Kongreß russischer Naturforscher und
in Petersburg „über die Verarmung des Gebietes der sch
Erde in Rußland" gehalten hat. Von dem blühenden Z
dieser Gebiete vor 30—40 Jahren ausgehend, schildert er die
wärtigen Verhältnisse. Die Steuerrückstände, die in der
1871—1875 gegen vier Millionen Rubel betrugen (10 Proz

Digitized by Google

esamtabgaben), hatten 1898 die Höhe von 55 Millionen, das heißt
77 Prozent erreicht, während in den anderen Regionen die Rück-
ände zwischen 7 und 80 Prozent schwankten, um in den östlichen
ouvernements 232 Prozent (41 Millionen Rubel) zu erreichen.
ie Kartoffelernte habe im Gebiet der schwarzen Erde um 33 Prozent
genommen, während sie sonst um 7 bezw. 84 Prozent gestiegen
i. Die Zahl der Pferde nehme mit Ausnahme der westlichen
ouvernements überall ab, am stärksten aber sei die Abnahme wieder
n Gebiet der schwarzen Erde, wo der Verlust 931000 Tiere oder
0 Prozent, und im Osten, wo er 462000 oder 43 Prozent betrage
s. w. Das Schlimmste aber ist wohl das Schlußresultat Richters:
Unser Zentralgebiet schwarzer Erde ist in 30 bis 40 Jahren ein
rmes Land geworden; es ist anerkannt, daß auch das Gebiet der
Volga verarmt, man sieht voraus, daß in diesem Prozeß Klein-
ußland und der Süden des europäischen Rußlands bald an die
eihe kommen. Da fragt es sich, wo haben wir denn Daten, um
it Zuversicht sagen zu können, daß nicht in etwa 100 Jahren
nsere „Kornkammer", das Gebiet der schwarzen Erde — eine Wüste
in wird? . . ."

Merkwürdig, wie gering die Hoffnungen sind, die zur Heilung
ieser Übel auf die vielbesprochene Kommission vom 23. Januar bis
. Februar gesetzt werden. Auch Richter erwartet mehr von der
nitiative der Semstwos und wünscht, daß sie sofort ans Werk
ehen. Man kann aber mit Bestimmtheit sagen, daß das nicht ge-
hehen wird. Das Ganze ist im letzten Grunde eine Frage richtiger
Verwendung der Staatsmittel, und in diesen Dingen läßt die Re-
ierung sich nicht dreinreden. Die wirtschaftlichen und die politischen
Fragen stehen, wie in aller Welt, so auch in Rußland im engsten
Zusammenhange. Die Regierung ist aber der Ansicht, daß sie ihre
Mittel zu anderen Zwecken braucht, als zu weit ausschauenden Landes-
Meliorationen, sie ist der Ansicht, daß die Semstwos einer wirklichen
Selbstverwaltung unfähig sind, und sie hält es für unerläßlich, das
Volk in all seinen Schichten von einem Anteile an dem Regiment
ernzuhalten, soweit es nicht in den Kreis der regierenden Beamten-
chaft eingetreten ist. Die Regierung ist schutzzöllnerisch, das Land
ruft nach Niederreißung der Zollschranken, kurz es stehen sich eben
er Wille der Regierung und der Wunsch der Nation gegenüber.

Digitized by Google

Man sieht keinen Ausweg, denn beide versteifen sich immer meh
ihren Ansichten, es ist heute bereits ein förmlicher Kampf
Macht zu Macht, und wir sehen nicht, wem der endliche Sieg
fallen wird, wenn nicht rechtzeitige Kompromisse diesen Gegens
die Spitze abbrechen.

Je sorgfältiger nun die in der Presse zu Wort komm
öffentliche Meinung ihre wahre Gesinnung in Bezug auf die inn
Angelegenheiten zu verbergen genötigt ist, um so leidenschaftl
und bissiger ist sie in der Kritik der auswärtigen Politik der
anderen Mächte. Die Rolle, welche dabei die „Nowoje Wre
spielt, ist unseren Lesern zur Genüge bekannt, es verdient aber
einmal ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß diese Zeitung
französisches Aktienunternehmen ist, weil dadurch vieles in der Hal
des Blattes sich erklärt, namentlich auch der Parallelismus gew
französischer und russischer Artikel, den wir schon häufig zu beoba
Gelegenheit fanden. Jetzt richtet sich die Spitze vornehmlich g
die Besserung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten,
da in dieser Hinsicht England gleiche Eifersucht zeigt, hat der
kannte Londoner Korrespondent des Blattes „Argus“ (Herr
schtschew) den Augenblick für günstig gehalten, um sein altes Progra
die russisch-französisch-englische Vereinbarung zur Niederwer
Deutschlands, wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Zu den
lischen Politikern, die diese Kombination begünstigen, gehört
neuerdings in auswärtigen Angelegenheiten ewig im Parlament i
pellierende oder anfragende Mr. Norman, der, wie wir aus
Indiskretion des Herrn Argus erfahren, früher der Korrespon
der „Nowoje Wremja“ war. Das Tollste an Anschwärzung Deu
lands leistet ein Herr Vendome („Nov. Wremja“ vom 10. M
in einem Artikel, der etwas vom Geiste jenes Herrn Witte an
zu tragen scheint, der neuerdings den Versuch gemacht, unserem
schafter in Washington gegenüber den maître chanteur zu spi
Herr Vendome schildert, wie wir mit den 30 Silberlingen klimp
die uns Transvaal eingebracht habe, danach guten Gewissens e
Vertrag mit England abschließen, und ohne auch nur die Unters
abzuwarten, dann den neuen Verbündeten in wenig präsental
Kostüm vor die Öffentlichkeit schleppen, um ihn dem Gelächer p
zugeben. Und solcher Unsinn wird im höchsten Pathos vorgetr

Digitized by Google

nd vielleicht nicht ungern geduldet: Wir Irokesen sind doch bessere Menschen! Das ist alles von psychopathischem Interesse und gehört n Summa zur Charakteristik des heutigen Rußland, so wenig rquicklich es ist, stets dieselben Krankheitserscheinungen verfolgen zu üssen.

Nächst den deutschen Angelegenheiten wendet sich diese Presse or allem den Balkanstaaten zu. Daß sie für den „tollen" Fuad Pascha und die Jungtürken gegen den Sultan Partei nimmt, versteht ch von selbst. Die Briefe, auf die hin Fuad verurteilt wurde, ien gefälscht, und die Richter, die ihn schuldig sprachen, hätten das ohl gewußt. Die fremden Gesandten täten gut, den Sultan von er ihn beherrschenden Kamarilla zu befreien, sonst könne es zu ffenem Aufstande kommen, und das sei, um des Friedens am Bos- orus willen, wenig wünschenswert. Natürlich ist das alles sehr bertrieben, es läßt sich bestimmt darauf rechnen, daß alles bald ieder ruhig sein wird, denn solche Verhaftungen und Verbannungen flegen in der Türkei alljährlich vorzukommen, ohne viel Aufsehen n erregen. Es ist die orientalische Form der Ungnade, und im orliegenden Falle scheint Fuad den Sultan allerdings in höchstem Grade gereizt zu haben. Es kommt hinzu, daß die Jungtürken euerdings von Paris aus einen ungeheuren Lärm machen und ein Programm angenommen haben, das jedem türkischen Patrioten, ge- hweige denn dem Sultan, als Hochverrat erscheinen muß. Die ächste Aufgabe sei, so führen sie aus, eine Intervention der Mächte n der Türkei herbeizuführen. Sie leugneten zwar nicht, daß in olchen Fällen die Türkei bisher stets einen Verlust an Land und euten zu beklagen gehabt habe, aber wer könne dafür bürgen, daß die ürkei nicht ohne den Anstoß dieser Interventionen in sich zusammen- ebrochen wäre? Gegen solche Politik läßt sich natürlich nicht rgumentieren, sie will bekämpft sein, und im Orient kämpft man it orientalischen Mitteln. Daß dabei Deutschlands wachsender irtschaftlicher Einfluß den Russen ein Dorn im Auge ist, kann icht wundernehmen, und es entspricht wiederum den Gepflogenheiten ieser Presse, wenn sie aus dem wirtschaftlichen Einfluß flugs einen olitischen macht, und nachdem sie eben erst die Notwendigkeit eines ussisch-französisch-englischen Bündnisses dargelegt, uns als die ge- eimen Bundesgenossen von England und Japan darstellt („Nov.

Digitized by Google

Wremja“ 13. März). Mit Serbien und Bulgarien, namentlich
letzterem gibt man sich leidlich zufrieden, vor allem aber wird Mo
negro gehätschelt und die Verlobung des Fürsten Mirko von Mo
negro mit Fräulein Nadeshda Constantinowitsch, einer Verwan
des kinderlosen Königs Alexander von Serbien, hat wahre Hym
hervorgerufen. Auch läßt sich nicht übersehen, daß eine Zuku
chance an dieser Verlobung hängt, von der Rußland wohl
mit Unrecht seinen Vorteil erwartet.

Von allgemeinerem Interesse ist eine Konstantinopeler Ko
spondenz der „Pet. Wjedomosti“, welche die tripolitani
Frage zum Gegenstand hat. „Ein Zusammenstoß der Türkei
Italien auf afrikanischem Boden“, so führt sie aus, „wird im
wahrscheinlicher und deshalb ist der Sultan durch die Gerüchte
einer französisch-italienischen Verständigung in Betreff des Mi
meeres sehr beunruhigt.“ Um dem kläglichen Zustande der türki
Flotte abzuhelfen, von deren Budget der Marineminister Ha
Pascha mehr als 75 Prozent in seine Tasche zu stecken pflegte,
der Sultan angeordnet, daß die in ausländische Werften zur Repar
geschickten und dort wegen ausstehender Zahlung zurückgehalt
türkischen Kriegsschiffe sofort eingelöst würden. Der immens r
Hassan verhandle jetzt darüber mit dem Finanzminister, werde
aber gewiß auch entschließen, in die eigene Tasche zu greifen.
Sultan sei infolge der aus Rom einlaufenden Nachrichten h
erregt und zeige nicht die geringste Neigung, Tripolis aufzug
und es ohne Kampf den Italienern abzutreten. Im Kriegsminister
sorge man bereits für die Verstärkung der türkischen Garnison
Tripolis; eine Division Infanterie, drei Schwadronen Kaval
und acht Feldgeschütze sollen hinübergeschafft werden. Schon hä
einige Generalstabsoffiziere und Militäringenieure Befehl erhal
die Befestigungen von Tripolis instandzusetzen. Hassan w
daß mit dem Sultan nicht zu scherzen sei, wenn der Zorn über
komme, und da ein Versagen der Flotte für die Türkei die schlimm
Folgen haben könne, werde Hassan unter allen Umständen
Flotte einlösen, um dem Sultan sagen zu können: „Unter
Schatten des Padischah steht alles zum besten, siehe Deine Fl
und Dein Heer sind jeden Augenblick bereit, gegen den Feind
ziehen.“

Digitized by Google

Die ganze, gleichfalls aufgebauschte Affaire scheint uns am
freulichsten für die in Frage kommenden Werften und für den
ultan zu sein. Die ersteren haben so Aussicht, zu ihrem Gelde zu
mmen, und der Sultan wird eine Flotte haben, die zur Zeit nicht
erade repariert wird.

Am 27. April finden die allgemeinen Wahlen in Frankreich
att. Das ist immer ein großes Ereignis, heute vielleicht mehr als
seit MacMahons Rücktritt. Sehen wir recht, so wird es der
tzte große Entscheidungskampf zwischen den Freunden und den
egnern der Republik, und alle Aussichten sprechen vorläufig zu
unsten der ersteren. Da Delcassé den Präsidenten auf seiner
ahrt nach Petersburg begleiten soll, scheint auch das Ministerium
it großer Bestimmtheit auf einen Sieg zu rechnen.

Die Buren haben Methuen nun doch, ohne jede Bedingung
aran zu knüpfen, freigegeben. Großmütig war es gewiß, ob auch
ug, bleibt abzuwarten. Aber dieser südafrikanische Krieg spottet so
hr alles Hergebrachten, daß er nicht nur seine besondere Strategie
nd sein besonderes Völkerrecht, sondern auch seine besondere politische
oral hat.

Digitized by Google

21. März. Amtliche Veröffentlichung des russisch-französischen Bündnisvertrages v. 3./1
22. März. Abreise des Reichskanzlers Grafen v. Bülow nach Venedig.
22. März. Schalk Burgher trifft unter Parlamentärflagge in Prätoria ein.
23. März. Tod Koloman Tiszás.
23. März. Abreise Schalk Burghers nach Kroonstadt.
23. März. Veröffentlichung der englisch-persischen Telegraphenkonvention.
23. März. Rekonstruktion des russophilen Ministeriums Danew in Bulgarien.
25. März. Angebliche Einladung des serbischen Königspaars nach Livadia.

26. März 19

Als der Schreiber dieser Zeilen im September 1890 das
hatte, eine längere Unterredung mit dem Fürsten Bisma
Kissingen führen zu dürfen, kam die Rede auch auf den dam
Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Grafen von Ber
Fürst Bismarck sagte: „Das ist ein Gentleman und ein Ke
Dieser „Gentleman und Kenner" hat nun in der Sonntag-Nu
der Münchener „Allg. Ztg." einen Artikel veröffentlicht, dem
Überschrift gibt: „Gefühle und Politik." Wir hoffen, daß die
männisch und groß gedachten Ausführungen des Grafen Berch
unserem Volke, namentlich aber in den Kreisen, die sich b
glauben, die ohnehin nicht geringe Gefühlserregung bei uns le
zu erhalten und womöglich zu steigern, ernste Beachtung finden m
Es ist in der Tat hohe Zeit, daß jenes Akkompagnieren der g
Politik durch Resolutionen patriotisch gestimmter Versamm
endlich einmal aufhört, zumal nicht nur bei uns dadurch das
wohlmeinender Männer irregeführt wird, sondern auch im Au
die Vorstellung immer tiefer Wurzel faßt, daß die deutsche
in ihrem Gange in Abhängigkeit von den Strömungen stehe, d
so lärmend und rücksichtslos in den Vordergrund drängen.

Graf Berchem richtet sich in seinen Ausführungen sowohl
diejenigen, die es für ihr gutes Recht halten, ihrer Begeisteru

Digitized by Google

Buren jenen für England beleidigenden Ausdruck zu geben, den allmählich angenommen haben, wie gegen diejenigen, welche von Erregung der öffentlichen Meinung eine Beschleunigung des pos unserer Flottenvermehrung erwarten. Die letzteren weist er auf hin, daß sie gegen einen Elementarsatz unserer Politik ver- en, wonach innere Fragen niemals auf das Gebiet swärtiger Politik übergreifen dürfen, ebenso aber gegen Interesse Deutschlands, welches verbietet, daß unsere legitime niemand bedrohende Flottenvermehrung sich unter n Schein einer Gegnerschaft zu Nachbarländern an- ndige und vollziehe; die ersteren erinnert er an das Wort Fürsten Bismarck, „daß die Großmächte, von denen wir ringt, nicht so gutmütig geworden, um uns den Luxus cher Rankünen und Gefühlspolitik zu gestatten".

Graf Berchem betont sehr nachdrücklich unser Interesse an einem en Einvernehmen mit England und findet es sehr erfreulich, daß ere Regierung durch den Mund des Staatssekretärs eine ernste rnung erlassen hat, die Empfindlichkeit Englands nicht weiter zu letzen. Er schließt selbst eine weitere ernste Warnung daran, wie ein im Amte stehender Staatsmann wie Frhr. v. Richthofen t aussprechen dürfte, die wir aber allen Patrioten, die ein Be- ztsein ihrer Verantwortlichkeit dem Vaterlande gegenüber haben, Beherzigung empfehlen können. „Wer nicht mit Blindheit ge- agen," sagt Graf Berchem, „wird zu würdigen wissen, welche sten Gefahren, abgesehen von Frankreich, die unberechenbaren eren Schwierigkeiten unserer östlichen Nachbarn in sich schließen, gen unsere Beziehungen zu deren Regierungen noch so gute sein. gestattet man sich den Sport, England zu provozieren in der raussetzung, daß England dagegen nicht reagieren werde! Gerade gland gegenüber aber gilt heute der Satz, daß die Empfindlichkeit nentan schwacher Regierungen sorgfältig zu schonen und daß es unzu- ig ist, sie zum Eingeständnis ihrer Schwäche zwingen zu wollen."

Es sei ein Falsum, wenn gerade diejenigen, die die Buren ver- lichen und über die Niedertracht ihrer Gegner am lautesten klagen, zu Vertretern der Bismarckschen Traditionen aufwerfen. Bismarck te: „Wir haben nicht eines Richteramts zu walten, sondern tsche Politik zu treiben." „Letztere aber" — so schließt Graf

Digitized by Google

Berchem — „erheischt Beherrschung unseres Temperaments Sammlung unserer Kräfte zur Verteidigung langgestreckter Ang fronten und zur Lösung der Aufgaben der Zukunft."

Wir haben den Kern dieser Gedanken an dieser Stelle wä der letzten Jahre immer aufs neue vertreten und haben gerad eine sehr lebhafte Empfindung von den Gefahren, die eine P des Durchgehens und der großen Worte nach sich ziehen muß. klassisches Beispiel dafür bietet uns ja der Führer der Alldeu in Wien, Schönerer, zur Zeit wohl der Mann, der und auch die Sache, die er vertreten will, das heißt das Deutsc in Österreich, am meisten geschädigt hat. Sein Hoch au Hohenzollern! hat natürlich das Echo gehabt, das wir erwar hämische und giftige Angriffe der französischen und russischen P Jetzt hat derselbe „Freund" in einer von den Alldeutschen veranstal Versammlung die neue Parole ausgegeben, die Engländer m aus Südafrika geworfen und ganz Südafrika müsse deutsch we Wie man das in England auffaßt, zeigt die folgende Beme des „Standard": „Herr Schönerer und seine Partei stehen in Beziehung zu den Alldeutschen in Deutschland, und ihr Einflu die öffentliche Meinung, den sie systematisch gegen England wend notorisch im Wachsen. Es ist daher gut, ihr Programm zu ken

Es ist ja zu bedauern, aber vielleicht nicht zu verwundern man in England unsere Alldeutschen mit der völlig zerfal und politisch gänzlich urteilslosen Partei der österreichischen Alldeu identifiziert, aber die Tatsache bleibt, daß diese höchst schä Agitation uns nicht nur unseren nächsten österreichischen Bu genossen verstimmt und der Feindseligkeit der gegen uns wüt nationalistischen Parteien in Rußland und Frankreich stets Angriffspunkte bietet, sondern auch systematisch und nicht ohne G dahin arbeitet, uns an England als dem wirtschaftlichen Konkur einen politischen Feind zu erziehen.

Graf Berchem sagt: Es ist nicht patriotisch, eine fr Macht ohne Grund zu provozieren und dadurch die Fr der Wahl unserer Bundesgenossen einzuschränken einer europä Lage gegenüber, welche diese Freiheit gebieterisch erheischt." sind Worte, von denen wir wünschten, daß sie zu lesen wären in Saale, in dem aus freier Hand über politische Fragen diskutiert

Digitized by Google

Wir haben im Laufe des verflossenen Jahres fast ohne Unter-
ung von jenen Preßfeldzügen berichten müssen, die gegen uns
rnommen wurden: Engländer, Russen, Polen, Tschechen, Ungarn,
zosen fanden sich dabei zusammen und das Ziel war immer
lbe, die Kombination zu finden, bei welcher — unter Sistierung
zwischen anderen Staaten bestehenden Gegensätze — eine Welt-
tion gegen Deutschland aufgebaut werden könne. Diese Pläne
Anschläge sind nicht in politische Taten umgesetzt worden. Es
en diejenigen, an deren Namen und Stellung die Verantwortlich-
haftet, davor zurück, den Weltenbrand zu entfesseln, der so leicht-
g vom Rednerpult oder vom Schreibtisch des Journalisten aus
eigesehnt wird!

Aber es wäre ein arger und gefährlicher Irrtum, zu glauben,
jene unterminierende Arbeit unserer Feinde eingestellt ist: im
enteil, sie sind nach wie vor am Werke, und wenn wir davon
wiegen haben, geschah es nicht, weil wir sie übersahen oder
ng schätzten, sondern weil wir durch das Zuviel zu ermüden und
stumpfen fürchteten. Aber heute wird es erlaubt sein, an einem
piel zu zeigen, wie maßlos und ingrimmig jene Feindseligkeit ist.

In dem Organ des Fürsten Uchtomski, den „Peterburgskija
domosti" vom 22. März, ist ein Leitartikel von Wladimir Holmström,
es als das eigentliche und vorzügliche Ziel Europas bezeichnet,
allem uns Elsaß-Lothringen zu entreißen.

„Die elsaß-lothringische Frage — schreibt dieser Mann — hat
nkreich von einem tatkräftigen Zusammenwirken mit den Völkern
teleuropas abgeschnitten und das Gleichgewicht zum Nutzen Deutsch-
s gestört. Nicht nur für Frankreich, sondern für alle Völker
tteleuropas muß die Idee der Revanche lebendig
iben! (Gesperrt gedruckt von den „Pet. Wjed.") Ihr Gedanke
sich von dem Bewußtsein durchdringen, daß die elsaß-lothrin-
che Frage ein Joch für ganz Mitteleuropa bedeutet.
ederum gesperrt von den „Pet. Wjedom.") Diese Idee einer
n auch unblutigen Revanche, die ein Gegengewicht gegen das
h den Besitz Elsaß-Lothringens geschaffene Übergewicht Deutsch-
s begründen soll, muß alle mitteleuropäischen Völker um sich
pieren und sie einander nähern; über Elsaß-Lothringen muß
nkreich ihnen die Hand entgegenstrecken. Man muß die elsaß-

Digitized by Google

lothringische Frage „umgehen"! Italien hat, wenngleich schi
und ohne rechte Zuversicht, den ersten Schritt auf diesem Wege
weil sich das italienische Volk seiner Individualität bewußt ge
ist, seine Interessen erkennt und die Rechte einer besonderen
sönlichkeit beansprucht. Jetzt ist die Reihe an Österreich-Unga
die slavischen Staaten gekommen: und in dieser Frage, die Bi
unklar und ungelöst hinterlassen hat, müssen sie zu klarem Er
gelangen. Semons le blé, l'avoine et l'orge! (was wohl be
soll, wir wollen unsere Saat weiter ausstreuen, sie wird scho
gehen, oder wie der Schlußvers des Zitats lautet: et le feu
notre pain!) Zum Glück öffnet die kriegerische „Weltp
Deutschlands allen die Augen. Teilnehmer dieses Bündniss
Sicherung der Integrität der Interessen Mitteleuropas können
Dänemark, Holland und Spanien werden. Schweden und Nor
aber könnten unter gewissen Bedingungen sich damit solidari
klären." Wir begnügen uns mit dieser Probe, der Artikel
zehn Spalten ein und ist, damit er nur ja nicht übersehen wer
Feuilleton untergebracht worden. Er erläutert uns, was in h
Varianten zu uns herüberklingt: neben dem durchaus korrekte
halten der russischen Regierung geht eine sorgfältig gepflegt
großgezogene Strömung, die als Ausweg aus allen Verlege
der inneren wie der äußeren Politik den Gesamtkampf von O
West, von Nord und Süd gegen Deutschland empfiehlt.
Rechnung ist, daß, wenn einmal der Anfang gemacht ist, etwa
Frankreich, was man am liebsten sähe, keine russische Regierun
genug wäre, eine neutrale Haltung zu behaupten. Ja, im
grunde steht die Berechnung, daß gerade so unter dem patrio
Aufschwung, der unzweifelhaft die Nation ergreifen muß, Stud
unruhen und Arbeiteremeuten, Verfassungsbegehren und was
heute in Rußland an Nöten und Wünschen umläuft, zurüc
und die gestörte Ordnung unter dem Klang der Trommeln
wiederhergestellt sein würde. 1877 ging man in dieser Erw
in den Türkenkrieg: es folgte aber gerade danach die Reih
brecherischer Attentate, die in die Katastrophe des 1./13. März
ausmündeten, und als Frankreich 1870 in gleicher Rechnun
Krieg mit Deutschland herausforderte, folgten der 2. und 4
tember und alles, was sich an diese Tage geschlossen hat.

Digitized by Google

Wir meinen daher, so pfiffig auch die „Pet. Wjedomisti“ ihre
hwörung gegen Deutschland aufzubauen denken, es könnte sich
allem ein Fehler in der Rechnung zeigen und das Facit ein
es werden, als es uns und den anderen Mitverschworenen (der
nft) vorgespiegelt wird. Leichtfertig aber soll man solche
mungssymptome nicht in den Wind schlagen und vor allem nicht
ehler verfallen, die denen verwandt sind, die wir an unseren
ern tadeln: nicht in die Sphäre anderer Mächte eingreifen, uns
zu Richtern aufwerfen, wo wir nicht berufen sind zu richten,
cht einmal das Material für einen gerechten Spruch in Händen
. England, um auf unseren Ausgangspunkt zurückzukommen,
eine schwere innere und äußere Krisis durch. Nichts wider-
t unserem Interesse mehr, als ihm die Überwindung dieser
s zu erschweren. Denn der Faktor England in der großen
ik ist auch für uns ein unentbehrlicher, seine Lähmung in höchstem
e unerwünscht, ganz wie wir es nur beklagen könnten, wenn
ie Stelle der gegenwärtigen, notorisch friedlich gesinnten russi-
Regierung die Elemente als die Leitenden hervortreten würden,
Organ die „Petersb. Wjedomosti“, und die französische „Nowoje
nja“, und deren Mundstück Politiker vom Schlage des Herrn
imir Holmström sind.

Es scheint eine stillschweigende Übereinkunft aller Beteiligten
in, die Ausdehnung der russisch-französischen Allianz
as Gebiet des Stillen Ozeans als eine Kundgebung darzustellen,
welche die Aussicht auf Erhaltung des allgemeinen Friedens
r gekräftigt worden ist. Wir teilen diese Meinung nicht, wenn
auch fest davon überzeugt sind, daß von russischer Seite die
gung in dieser Absicht gegeben worden ist. Denn in der Tat,
weniger wahrscheinlich, daß Rußland in seiner mandschurischen
ung belästigt wird, wenn Frankreich in solchem Fall verpflichtet
ihm beizuspringen, als wenn Rußland allein steht. Aber die
ierigkeit liegt eben darin, daß das englisch-japanische Bündnis
die Erhaltung der Integrität Chinas mit Einschluß der
dschurei und zugleich auf die Integrität Koreas geht, während
russisch-französische Bündnis auf dem Boden des status quo
Je eingehender man aber die gegenwärtige Stellung Rußlands
Ostasien prüft, um so mehr leuchtet ein, daß Rußland seine

Digitized by Google

Stellung in der Mandschurei nicht preisgeben kann. Wer ein S
werk, wie die mandschurische Bahn, errichtet hat, deren in
strategische Bedeutung gar nicht hoch genug angeschlagen werden
ist nicht mehr in der Lage, sich bescheiden zurückzuziehen. R
muß nicht nur die Verwaltung und Leitung dieser Bahn in H
behalten, es muß auch in der Lage bleiben, sie zu verteidige
das letztere bedingt die militärische Okkupation der Mandsc
Diese Notwendigkeiten sind stärker als alle geschriebenen oder
schriebenen Versprechungen und müssen sich geltend machen.
Äußerste, wozu Rußland, wenn es nicht seine wesentlichsten Int
wegwerfen will, sich verstehen darf, ist, eine nominelle Ober
Chinas in diesen Gebieten vorläufig anzuerkennen, den Chinese
gewisse Hoheitsrechte zu lassen, in der Hauptsache aber ist
nötigt, Herr auf diesem Boden zu sein. Auch ist die de
Stellung Rußlands hier außerordentlich stark, so daß wir
sehen, wie es auf diesem Boden angegriffen werden könnte.
geht die Vollendung der noch ausstehenden Strecke der sibi
Bahn mit Riesenschritten ihrem Abschluß entgegen, und wie w
einem Gewährsmann wissen, der erst vor wenigen Monat
ganze Strecke von Ostasien nach Europa auf dieser Bahn be
hat, funktioniert sie vortrefflich und die zahlreichen Ausweich
und Wasseranlagen machen es möglich, in verhältnismäßig
Frist große Truppenmassen von Westen her an den Stillen
zu werfen. Kurz, wir glauben nicht, daß jemand imstan
Rußland aus der Mandschurei hinauszudrängen. Gefährde
dagegen die Häfen, speziell Wladiwostock, Port Arthur, Dal
offen steht den Gegnern Rußlands Korea. Korea und die Ha
Liatung aber sind es gerade, auf welche der Ehrgeiz Japa
richtet, und der Verteidigung dieser Interessen gilt wohl zume
Ausdehnung der Alliance Franco-Russe auf Ostasien. Nun
sich das politische Problem auf die Frage zu, ob Japan die fünf
auf welche ihm das Bündnis mit der stärksten Seemacht der
gesichert ist, ungenutzt wird hingehen lassen, ohne wenigstens
suchen, das Ziel seiner Wünsche zu erreichen. Daran aber
Krieg und Frieden, d. h. also an dem doch unberechenbaren En
einer Nation von hohem Ehrgeiz und hohem Selbstgefühl und
auch von nicht geringer politischer Initiative. Hinzu komm

Digitized by Google

größere Leichtigkeit, mit der der Orient über Menschenleben niert. Er achtet die Opfer geringer.

Von der englischen Seite gesehen, spricht alles Interesse für eidung eines Krieges und für die Zurückdrängung Rußlands eine diplomatische Aktion und durch Demonstrationen. Auch s englische Interesse an der Mandschurei und an Korea ge- r als an den Nachbarstaaten Indiens und des Persischen Golfes. iesen stets bedenklichen Punkten liegen aber im Augenblick die ältnisse so, daß England in Persien wider Erwarten in letzter seine Position gestärkt hat, während in Afghanistan der russische uß immer mehr an Boden zu gewinnen scheint. Auch bedeuten ussischen Anknüpfungen in Tibet eine Bedrohung der englischen ung. Als noch unberechenbares Element sind dann die Unruhen üdchina hinzugetreten, die immer mehr den Charakter einer olution annehmen und wenn sie zunächst im französischen Tonkin en erregen, doch auch die britische Sphäre in Birma beunruhigen en. Das alles sind nicht unbedenkliche Symptome und wir ver- es sehr wohl, wenn man sowohl im englischen Parlament wie r französischen Kammer von den betreffenden Regierungen Auf- ngen zu erlangen sucht. Die hier wie dort erteilten Antworten n, wie sich nicht anders erwarten ließ, konventionell und haben Wissen nach keiner Seite hin bereichert. Für ebenso kon- onell halten wir die Aufklärungen, die das französische Gelbbuch nachträglich über die Mitylene-Expedition gebracht hat. Die ikation ist bestimmt, der Welt zu beweisen, daß es russisch-französi- Gegensätze in Betreff der Orientpolitik Frankreichs nicht gegeben und wir haben keinen Grund, ein ungläubiges Gesicht zu machen, die beiden in Frage kommenden Mächte sich freundlich anlächeln. Rußland sich als Antwort auf die der lateinischen Kirche ge- ten Zugeständnisse nun seinerseits eine Reihe von russisch-orthodoxen en von der Pforte hat privilegieren lassen, wird — so charakte- ch es ist — heute die russisch-französische Freundschaft nicht stören. Im Augenblicke, da wir diese Zeilen schreiben, kommt die hoch- uliche Nachricht von der Anknüpfung von Verhandlungen chen England und den Buren. Wir hoffen das Beste: n England auf die politische Gleichberechtigung der Kaffern ver- et und eine weite Amnestie gewährt und den Buren in Betreff

Digitized by Google

ihrer Autonomie die Zugeständnisse macht, die mit der Oberherr
Englands irgend vereinbar sind, läßt sich ein wirklicher Frie
warten. Wir wünschen ihn beiden Teilen und es soll uns bes
freuen, wenn es die Initiative des Königs gewesen ist, welc
Wendung herbeigeführt hat.

In Spanien und in Italien sind die Ministerkrisen zu
lichem Abschluß gelangt, indem hier wie dort mit geringen
änderungen die früheren Ministerien ihre Tätigkeit wieder
nommen haben. Auch die sozialistischen Unruhen in den beiden
sind erfolgreich niedergezwungen worden. Auch in Serbie
Bulgarien gibt es Ministerkrisen, die hier wie dort zu einer w
Kräftigung des russischen Einflusses geführt haben. Spezie
Ministerium Danew in Sofia gilt als unbedingt der russischen
ergeben. Ein Element der Unruhe bleibt die immer noch von Sf
geleitete makedonische Bewegung, aber man darf erwarten, da
dieses Frühjahr, wie die vorausgegangenen, hier keine Störu
Friedens bringen wird.

In Frankreich haben die bevorstehenden Wahlen d
merkenswerte Resultat gehabt, daß die Kammer durch Überrum
bestimmt hat, das Mandat der Abgeordneten solle in Zukunf
4, sondern 6 Jahre dauern. Das bedeutet, daß die jetzige Regie
majorität und mit ihr natürlich auch das Ministerium sich der W
wahl absolut sicher fühlt. Der Vorgang ist außerordentlich bezei
und hat eine weitere Illustration dadurch gefunden, daß i
letzten Kammersitzung einzelne Abgeordnete zunächst, um Stim
für sich zu machen, eine Reihe von Amnestieanträgen einbrachte
ihre Annahme auch glücklich durchsetzten, dann aber, auf den
spruch der Regierung hin, die eben angenommenen Anträge
en bloc ablehnten! Das „Journal des Débats" bemerkt dazu:
Kammer hat gestern (den 24. März) wieder einmal das Bild eine
sammlung gegeben, die weder weiß, was sie will, noch was sie t
Nachdem die Kammer einsah, daß, was sie beschlossen hatte, nich
noch Verstand hatte, verwarf sie en bloc, was sie en déta
genommen hatte!" Wir können das nur Wort für Wort unterschr

Digitized by Google

rz. Cecil Rhodes stirbt in Capstadt.
rz. Prinetti trifft in Venedig ein.
rz. Schließung der französischen Kammer.
ril. Verstärkung der Garnison in Kuschk.

2. April 1903.

In der Reihe der großen Abenteurer wird der Name von Cecil
des, der am 26. März erst 49 Jahre alt in Kapstadt gestorben
mit Recht eine hervorragende Stelle einnehmen. Auch hat man
mit dem größten und erfolgreichsten aller Abenteurer, Napoleon,
ichen und ihn noch bei seinen Lebzeiten den „Napoleon des
genannt. Wir möchten aber für diese übertreibende Schätzung
eintreten. Von der universalen Begabung des großen Korsen
Cecil Rhodes nichts gehabt, von militärischem Talent keine Ader,
schon die Tatsache zeigt, daß er all den blutigen Kämpfen fern-
eben ist, die sein Ehrgeiz hervorrief. Seine einzige kriegerische
ist das Ausdauern in Kimberley, seiner Diamantenmetropole,
auch das war nicht eigentlich eine Tat, sondern ein Stück jener
ben Kraft, die eine besondere und eigentümliche Seite seiner
r zeigt. Hätte er einen anderen Gegner gehabt, so mußte
erley sein Grab werden. Aber unzweifelhaft besaß er, wie
e Fatalisten auch, persönlichen Mut. Er hat es bewiesen, als
ährend des Matabelekrieges den Entschluß fand, mit nur drei
eitern ins feindliche Lager zu reiten und die Führer der Matabele
Niederlegen der Waffen bewog. Und eine mutige Tat war es
ß, als er nach dem Zusammenbruch Jamesons nach London fuhr,
Schuld und Verantwortung für das mißlungene Unternehmen
eine Schultern zu nehmen. General Boulanger hat unter Ver-
issen, die, wenn auch nicht ähnlich, so doch verwandt waren, es
zogen, seine Person rechtzeitig jenseits der Grenze in Sicherheit

Digitized by Google

zu bringen. Allerdings war Boulanger ein armer Teufel und Rhodes ein zweihundertfacher Millionär, der wohl wußte, daß und Macht Bundesgenossen sind, und der zugleich als st Bundesgenossen das Lockbild der Machtgedanken mit sich füh denen er sich berauscht hatte, und die mit unwiderstehlicher jedes englische Herz faszinierten. Ein Augenzeuge hat un Eindruck geschildert, den ihm Rhodes machte, als er in West vor jener parlamentarischen Kommission saß, die berufen wa Urteil in dem Jameson-Prozeß zu finden, und die sich g gesehen hatte, Rhodes als einen höchst verdächtigen Zeug sich zu laden. „Es war — schreibt unser Gewährsmann höchst merkwürdiges Schauspiel. Einige der schärfsten genzen des Reichs saßen um jenen hufeisenförmigen Tisch William Harcourt, Mr. Chamberlain, Sir Michael Hicks- Sir Henry Campbell-Bannerman, Sir Richard Webster, Mr. und Mr. Bigham, Mr. Wyndham, Mr. Blake und Mr. Lab — zum Teil Meister der Debatte und der Dialektik, alle er Parlamentarier oder geschickte und feine Advokaten. Der Mann mit der schlechten Sache saß im Zeugenstuhl, und wir g zunächst, es werde ihm kläglich genug gehen. Sein Gedächtn so unsicher, sein Überblick über alles Detail so ganz unzureiche die grobe ausweichende Art, in welcher er die forschenden umging, machte den Eindruck, als ob er einen Hieb mit dem mit dem Knüppel des Landstreichers pariere. Aber schon bald sein alter Einfluß sich geltend. Er schob die Fragen bei seite sie zu beantworten; er hielt dem Komitee gleichsam eine Vo über Politik und Moral (on the ethiks of Empire), er hob w seinen Finger gegen Labouchère, und ging über das The Jamesonritts und des Komplotts hinweg, als ob das unter Würde wäre; sein Geierblick leuchtete auf und sein bald milde höhnisches Lächeln machte sich wirkungsvoll geltend, als er in Ernst und wie beiläufig zu reden begann: von Rhodesia u Deutschland, und von dem Weg zum Norden hin; und die Ka minister, die berühmten Rechtsgelehrten, die erbitterten ra Mitglieder des Parlaments hörten ihn sanftmütig und mit heucheltem Interesse an. Lange vor Schluß hatte Rhod Komitee völlig gebändigt; er war tatsächlich wie ein Verbrech

Digitized by Google

hör herangezogen worden, und nun saß er da, als wäre er der
ron und der Lehrmeister seiner Richter, und doch war jeder
lne von ihnen begabter als er, soweit Begabung an sich in
ge kommt. Es war eine höchst erstaunliche Illustration des
mphs, den Charakter über den Intellekt, persönliche Kraft und
rgie über Klugheit, Wissen und vollendete Bildung davonträgt."
Wir möchten nicht, daß die Schilderung dieser Szene, die wir
iner Zuschrift an den „Standard" (27. März) gefunden haben,
die geschichtliche Würdigung von Cecil Rhodes — und der Mit-
er seines Komitees verloren ginge, denn hier ist alles echt, es ist
Augenblicksbild aus der Geschichte des englischen Imperialismus,
nichts erscheint uns charakteristischer als jene Vorlesung, die
l Rhodes vor der Elite der Nation „on the ethics of the
oire" halten durfte. Daß dabei die Ethik selbst über Bord
n mußte, versteht sich ebenso sehr von selbst, wie jener Spruch des
chts, der darin gipfelte: wir haben kein Falsch an ihm gefunden.
Doch wir wollen nicht richten, sondern den Mann, so wie er
zu verstehen suchen. Wir können uns das England von heute
ohne Salisbury und Rosebery, ohne Campbell Bannerman
Balfour, ohne Lord Roberts und ohne Kitchener vorstellen, das
sind Dutzendmenschen; auch ohne Jameson, denn er war nur
Werkzeug, nicht aber ohne Joe Chamberlain und ohne Cecil
des. Ohne diese beiden gab es keinen Imperialismus, und das
ge England trägt nun einmal den Stempel des imperialistischen
ankens an der Stirn. Worin nur lag und liegt die besondere
t, die von ihnen ausging?

Wir nannten Cecil Rhodes oben eine Abenteurernatur, das ist
Kraft die, um zur Wirkung zu gelangen, eines besonderen
ens und besonderer Verhältnisse bedarf, um den Spielraum zu
n, den Ehrgeiz und Phantasie verlangen. Der Sohn des Reverend
B. Rhodes wäre in geregelten Verhältnissen schwerlich hoch empor-
nmen. Ein mittelmäßiger Schüler, der 5. Sohn unter 11 Ge-
schwistern in einem unbemittelten Hause, ist er als 17jähriger Junge
Durban gefahren, um sich einem älteren Bruder anzuschließen,
Baumwollenpflanzer in Natal war. Die Legende, die Cecil
des in Australien durch eine kühne Spekulation den Grund zu
m riesigen Vermögen legen läßt, hat gar kein Fundament, er

Digitized by Google

ist nie in Australien gewesen. Er blieb kurze Zeit beim Bru
ging dann in das Gebiet der Diamantenfelder, die seiner Phan
einen Traum von Reichtum und Macht vorzauberten und fan
dann nützlich, zunächst nach England zurückzukehren und sich
Oxford einen gelehrten Grad zu erwerben. Als er 1873 nach S
afrika zurückkehrte, galt er für einen Todeskandidaten, er war schw
süchtig, aber das Klima des Landes gab ihm Kraft und Gesund
wieder, und aus dem zauberischen Bewußtsein, daß er über Sch
wandelte, die nur gehoben zu werden brauchten, erwuchs ihm
Glaube an eine Zukunft von Reichtum und Macht, die ihn mit
Sicherheit eines Nachtwandlers seinen Weg weiter schreiten
„Exzentrisch und ein Träumer"; so charakterisieren ihn diejenigen,
ihn damals gekannt haben. Hochaufgeschossen, vernachlässig
Kleidung und Manieren, originell in seinem Urteil über Men
und Dinge. Sie alle bedeuten ihm nicht an sich etwas, son
nur so weit sie von ihm in Beziehung zu seinen Gedanken
Plänen gesetzt werden. Und das gibt ihm eine Stellung der U
legenheit. Seine älteren Brüder ordneten sich ihm unter. Er
winnt in dem Dr. Jameson einen Adepn, der fortan bis an
Totenbett treu zu ihm hält, sein blindes und williges Werkzeug,
unfähig, anders zu denken als der junge Meister, dessen Überle
heit sich ihm für immer oktroyiert hat. Inzwischen ist Rhodes be
einer der bestsituierten Geschäftsleute des Minendistrikts gewo
„a farsighted man of business, with a head for finan
Daß 1880 die De Beers Diamantenkompagnie zustande kam
sein Werk, und von da ab gibt es kein großes geldbringendes Un
nehmen in Südafrika, an dem seine Hand nicht teilhätte.
200 Millionen Mark, die er hinterlassen hat — trotz der gr
Verluste, die der Krieg auch ihm brachte — sind so erworben wor
sie gaben ihm, wonach er strebte: Macht. Denn dazu, nicht zu ras
Genuß, sollte sein Reichtum ihm dienen. Und hier ist die Gr
die ihn über die Reihe der gewöhnlichen Glücksjäger hinaushebt.
hatte einen politischen Gedanken, dessen Durchführung ihm mehr
deutete: er wollte Südafrika zu einem einheitlichen Staatenkom
zusammenfassen, in dem er die weißen Elemente, gleichviel
Engländer oder Holländer, durch gemeinsames politisches und
schaftliches Interesse zu verschmelzen dachte. Nicht jene Einheit,

Digitized by Google

Jahren der Kolonialsekretär Lord Carnarvon hatte durchführen
len und die schließlich am Majuba zusammenbrach, sondern eine
eration gleichberechtigter autonomer Staaten, in denen Afrikander
Engländer nebeneinander und miteinander in voller Freiheit
n sollten, unter englischer Oberhoheit zunächst, das schien uner-
ich, in Zukunft einmal vielleicht zu eigenem Recht. Die Engländer
nen, nur Jameson habe die letzten Gedanken von Rhodes ganz
nnt. Gordon jedenfalls, obgleich er sein guter Freund war,
nte sie nicht. Die beiden Männer zogen sich an und stießen sich
leich ab, und Rhodes war der größere und der stärkere Ehrgeiz.
r zu erreichen war das Ziel von Cecil Rhodes nur, wenn die
ren mitmachten und wenn ihm der Weg zum Ziel nicht durch
andere Macht abgeschnitten wurde. Und hier stieß er auf einen
gner, der ihm an Verschlagenheit gewachsen, an sittlicher Würde
t überlegen war: auf Paul Krüger, den Präsidenten von Transvaal.
war Krüger damals der Schwächere, finanziell wie politisch und
tärisch. Nach beiden Richtungen ist er bemüht gewesen, sich auf
Zukunft, deren Gefahren er voraussah, vorzubereiten. Zunächst
nziell durch Ausbeutung der Goldminen des Rand; denn erst
n die Finanzen nicht nur geordnet waren, sondern zur Bildung
s Kriegsschatzes geführt hatten, konnte zweitens dazu geschritten
den, sich auf einen Kampf vorzubereiten, der mit dem Einfluß
den Kriegsmitteln einer europäischen Großmacht zu rechnen hatte.
s alles aber verlangte Zeit und gab Cecil Rhodes einen Vor-
ung, den er meisterhaft ausnutzte. Rhodes erkannte ganz richtig,
er die beiden Republiken vor allem isolieren müßte. Um dieses
l zu erreichen, griff er zu zwei Mitteln: er suchte das Vertrauen
Afrikanderbondes zu gewinnen und gute Beziehungen zu den
enrepubliken aufrecht zu erhalten, dann aber schritt er mit der
cht der inzwischen organisierten Chatered-Company zur Er-
rung von Betschuana-Land, das bestimmt war, jede mögliche Ver-
bung zwischen Deutsch-Südwestafrika und Transvaal für alle
unft abzuschneiden und zur Eroberung von Rhodesia, das sich
chen den östlichen und den westlichen Teil der portugiesischen
itzungen wie ein Keil eindrängte, und einerseits an den Kongostaat,
rerseits an Deutsch-Ostafrika und den Tanganyika-See stieß.
n Gedanke war, mit der Zeit diesen Keil, wenn auch nur in

Digitized by Google

schmaler Spitze, nach Norden hin so weit vorzustoßen, bis er
südlich vom Äquator wieder auf britisches Gebiet stieß. Er
Telegraph, dann eine Eisenbahn sollten so die Verbindung zw
Kapstadt und Kairo herstellen.

Gewiß ein grandioser Gedanke, und wir verstehen wohl,
ein englisches Herz sich dafür begeistern konnte. Selbst wenn,
schon damals auch einzelne Engländer glaubten, Rhodes einmal
Rebellen wurde und als erster Präsident der Vereinigten St
von Südafrika das Land selbständig machte, es blieb der
Auch ist es bewunderungswürdig als politische Tat, daß er den
Teil des Programms tatsächlich in erstaunlich kurzer Zeit, im w
lichen bis 1895, durchführte. Die entscheidenden Erwerbungen
sind nach 1890 geschehen, zur Zeit, da bei uns die Ära C
dahin geführt hatte, daß Deutschland die Augen geflissentlich
Südafrika, wie überhaupt von den kolonialen Interessen des R
abwandte. Die Versäumnisse, die damals geschehen sind, k
überhaupt nicht mehr gut gemacht werden und heute wäre es To
zu wollen, was in jenen Jahren ein höchst erstrebenswertes
erreichbares Ziel war. Doch wir wollen mit der Vergang
nicht rechten, auch nicht der Regierung allein eine Schuld zuw
die unser Parlament und unser Volk mit trifft. Wo die Vol
tretung, wie bei uns, jeden Schritt auf kolonialem Gebiet mit
gunst begrüßt hat und die Initiative der einzelnen, von we
ruhmvollen Ausnahmen abgesehen, fehlte, da war gegenüber
Energie, gleich derjenigen, die Rhodes entfaltete, das Spiel von
herein verloren. „Ich war niemals zufriedener", sagte Rhodes
mal, „als da ich die neue Entwicklung der deutschen Politik ver
Was war das Hindernis auf dem Wege Deutschlands? Betsch
land! Was nutzten den Deutschen ihre Sandstreifen bei
Pequena und das Land dahinter, wenn England mit seinen K
zwischen ihnen und Transvaal als ein Wall stand? Wären w
West-Griqualand stehen geblieben, so hätte Deutschland seine
geizigen Absichten erreicht. In der Tat, Betschuanaland wa
Schlüssel zur Suprematie Englands in Südafrika. Die Entsch
fiel damit nicht nur zwischen Engländern und Holländern, so
es handelte sich auch darum, ob einer Großmacht, die begieri
eine Machtstellung in Afrika ausschaute, der Weg versperrt w

Digitized by Google

t sie uns nicht den Ausgang nach Norden verlege und Kapland Natal zu bloßen Enklaven mache."

Es ist dies wohl die bitterste Kritik der Politik, die bei uns dem Sansibar-Vertrage begann und in eine große Retirade aus ka auszumünden drohte.

Als die Rückkehr zur Politik der großen Zeit bei uns anhob, n die bösen Tage für Cecil Rhodes. Er begann Fehler zu en. Einer der schlimmsten war die rechtliche Gleichstellung der parzen mit den Weißen, dann folgten pekuniäre Krisen in der ctered-Company und endlich der schlimmste von allen Fehlern: Einfall von Dr. Jameson in Transvaal. Es ist interessant, e, nachdem 6 Jahre hingegangen sind, das Urteil der Engländer ören, die sich damals so sehr über das Telegramm Kaiser Wilhelms ísteten. Der „Standard", 1896 einer der allerlautesten und bös- sten Schreier, schreibt heute: „Im Jahre 1895 griff Mr. Rhodes berühmtes und unglückliches Projekt an, die Transvaal-Regierung ürzen. Im Mai verpflichtete er sich durch einen Vertrag, die nder zu unterstützen, indem er eine Rebellion für Ende des es in Johannesburg vorzubereiten versprach. Nachdem der Ent- ß einmal gefaßt war, wurden die Pläne rasch gemacht. Ein ag, durch Bestechung den Rand zu gewinnen, wurde fallen ge- n, aber man sorgte für Waffen und brachte sie heimlich mit e der Goldfields-Company nach Johannesburg. Denn Rhodes leitender Direktor der Company und die Vorbereitungen wurden) Dr. Jameson getroffen, der die Verwaltung des Landes der ctered-Company und die Verfügung über ihre Streitkräfte in den hatte. Gleichzeitig mit der Rebellion in der Minenstadt e ein Angriff auf den Sitz der Regierung in Pretoria erfolgen. war aber wünschenswert, leichteren Zugang in das Gebiet von nsvaal zu erhalten, und zu dem Zweck mußte ein Streifen Landes der Ostgrenze von Transvaal erworben werden, der zum Bet- naland-Protektorat gehörte. Rhodes schickte Mr. Rutherfoord is nach London, um vom Kolonialamt die Abtretung dieses es unter dem Vorwande zu erhalten, daß es zur Fortsetzung der hbahn von Mafeking nach Bulawayo notwendig sei.

Um dieselbe Zeit wurde Oberst Frank Rhodes (der ältere Bruder) Johannesburg abgesandt, angeblich als Inspektor der Goldfields

Digitized by Google

Company, in Wirklichkeit aber, um die bevorstehende Rebellio
organisieren. Mr. Rutherfoord Harris erreichte seinen Zweck;
Land wurde gegeben. Aber wir haben das Zeugnis von Mr. C
berlain, Lord Selburne und des verstorbenen Mr. Fairfield, daß
niemals etwas mitgeteilt worden ist, was die Übertragung des L
zu anderen Zwecken als zum Eisenbahnbau wahrscheinlich gemacht

Die Vorbereitungen zum Aufstande waren nun abgeschl
Ende November kam Dr. Jameson nach Johannesburg und
Führer des Platzes stellten einen Brief fertig, den er datieren
veröffentlichen sollte, wenn es an der Zeit sei und sie ihn zur
nach Johannesburg riefen. Dieses Dokument wurde einem Ag
in London mitgeteilt, es sollte aber nicht veröffentlicht werden,
telegraphische Instruktion aus Kapstadt einlief. Gegen Ende Dez
kam es zu Differenzen zwischen den Verschworenen. Johanne
sollte sich am 28. erheben und gleichzeitig sollten Dr. Jameson
die Truppen die Grenze überschreiten. Nun war aber mit R
vereinbart worden, daß der Union Jack nicht gehißt werden
andrerseits hatte Rhodes nach London telegraphiert: „Nat
würde ich nicht alles aufs Spiel setzen, wie ich es tue, wenn es
für die englische Flagge geschieht". Die Johannesburger sch
Mr. Leonard zu Rhodes, um in Betreff der Flagge auf den Ve
zu bestehen. In Anbetracht dieser Meinungsverschiedenheit und
um mehr Waffen zum Rand zu schicken, verschob Rhodes die A
auf den 6. Januar und telegraphierte an Jameson, er solle
stehen bleiben, wo er gerade sei. Aber der Doktor weigerte si
warten. „Ich breche heute Nacht nach Transvaal auf", telegrap
er seinem Chef. „Sie sollen sich unter keiner Bedingung rüh
antwortete Rhodes. „Ich untersage aufs strengste solch ein
nehmen." Aber Dr. Jameson hatte die Telegraphendrähte
schnitten und der Befehl hat ihn niemals erreicht.

Inzwischen war der High Commissioner, Sir Hercules Robi
später Lord Rosmead, erst unterrichtet worden, als es schon zu
war. Das erste, was er erfuhr, war: in Johannesburg sei ein
stand ausgebrochen und die Truppen der Company im Veldt.
schickte einen Boten, um Dr. Jameson einzuholen und berichtete
Kolonialamt. Was folgte — die Niederlage der Truppen u.
braucht nicht erzählt zu werden . . ."

Digitized by Google

Auch wir brechen hier ab, und wollen nur auf die Unglaub-
digkeit desjenigen Teils der Darstellung hinweisen, der die Mit-
ld Chamberlains in Abrede stellt. Rhodes, der als Kapminister
rt zurücktreten mußte, wurde durch jene Kommission reingewaschen,
wir oben charakterisiert haben und kehrte darauf nach Afrika
ick, um den schweren Aufstand der Matabele beizulegen. Von
en Plänen aber hatte er keinen aufgegeben, nur ward ihre Durch-
rung von 1896 ab in die Hände des Kolonialsekretärs Chamberlain
gt, der nicht mit geringerer Gewaltsamkeit, aber unter besserer
hrung des Scheines, die Dinge so zu wenden verstand, daß die
ren zu den Waffen griffen. Rhodes lebte in der Zeit, die dem
ege vorausging, ganz dem Gedanken der Kairo-Kapbahn. Er
ihn bekanntlich im Sommer 1899 nach Berlin geführt, und
des die hohe Ehre gehabt, von Kaiser Wilhelm empfangen zu
den. Aber auch all die Hoffnungen, die er an die Berliner Ver-
barungen knüpfte, sind infolge des südafrikanischen Krieges zu
nden geworden, und wir hoffen mit aller Bestimmtheit, daß die
lische Meridianbahn nicht eher deutsches Territorium berühren
d, als bis eine deutsche Eisenbahn von der Küste zum Tanganjika-
führt. Unter jeder anderen Voraussetzung erscheint uns eine
tsches Gebiet passierende englische Bahn wirtschaftlich wie politisch
ein Fehler, ganz wie wir der Meinung sind, daß die Konsequenz,
sich für uns aus der Kap-Kairo-Bahn ergibt, eine Kolonialarmee
wird. Doch das liegt heute noch weit, und seit Cecil Rhodes
t mehr lebt, weiter als vorher. Er war keineswegs des Glaubens,
er sein Lebenswerk vollendet habe. 1899 meinte er, nun fange
Hauptarbeit erst an. Und eines seiner letzten Worte, bevor sich
die Augen für immer schlossen, war: „Es ist so wenig geschehen,
noch so viel zu tun." Gewiß, wenn er länger gelebt hätte, boten
afrikanischen Dinge ihm noch ein weites Feld der Tätigkeit. Er
nschte sehnlichst den Frieden und wußte sehr wohl, daß eine Haupt-
pierigkeit in der Frage der Gleichberechtigung der Eingeborenen
Darüber hat er sich in nicht mißzuverstehender Weise ausge-
chen. Für die Buren wäre es vielleicht günstiger, wenn er noch
e, für England erscheint sein Tod fast wie ein Glück. Denn es
nicht wahrscheinlich, daß er einen Erben seiner Gedanken und
er Tatkraft hinterläßt. In ihm stand der nationale Ehrgeiz

Digitized by Google

hinter dem persönlichen, der spezifisch englische hinter dem afrikanisch zurück. Jetzt ist, wenn England mit dem Frieden abschließt, den haben will, auf lange nichts unwahrscheinlicher als ein Afrika n eigenem politischen Ehrgeiz. Es wird viel zu abhängig sein, u ihn hegen zu können. Kommt es aber zu einem Frieden, wie d Buren ihn wollen, so kann er nur den Charakter eines Stillstand tragen. Rhodes hätte, so sonderbar das klingen mag, eher als jed andere mit beiden Teilen verhandeln und zwischen beiden vermitte können, weil er durch eigene Wahl und durch die Richtung sein Gedanken Afrikaner war. Chamberlain ist und bleibt Engländ Darin liegt seine Stärke, aber auch seine Schwäche dem afrikanisch Problem gegenüber.

Der Mensch in Rhodes ist uns nicht sympathisch. Neben de großen Zuge, der durch sein Wesen geht, stoßen wir auf ei moralische Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, auf einen Cynism in der Praxis wie in der Theorie seiner Politik, die sich von keine Standpunkte aus rechtfertigen lassen, und schließlich zum Gegent dessen geführt haben, was er erstrebte. Kenner der südafrikanisch Verhältnisse behaupten, daß ohne den Jameson Raid die beid Burenrepubliken über kurz oder lang sich freiwillig einer südafrik nischen Föderation angeschlossen hätten. Rhodes hat ursprüngli die beiden weißen Rassen versöhnen und verschmelzen wollen: d Resultat seines Lebens ist Steigerung der Gegensätze zu blutige Haß. Er hat die Macht Englands oder doch der englischen Ra heben wollen, sie ist heute mehr als je in ihrer Weltstellung g fährdet. Er hat ein reiches blühendes Afrika hinterlassen wolle und was ihn überlebt, ist Jammer und Elend. Alles in allem: war ein Spieler, der hohes Spiel spielte, das Spiel ist verlore Sein Leben war ein Einsatz zu vielen anderen Menschenleben, u gewiß nicht der kostbarste. Aber das Kapparlament hat ihm e Begräbnis auf Staatskosten dekretiert und seine Gebeine werden der blutgedüngten afrikanischen Erde ruhen. Lord Rosebery, d Schwiegersohn Rothschilds, ist sein Testamentsvollstrecker.

Noch zwei andere Todesfälle hat die letzte Woche gebrach Koloman Tisza und Graf Münster sind dieser Tage hingegange nach ehrenvoller Laufbahn, die auf ein langes, nützliches Leb hinweist. Das Urteil über beide Männer steht geschichtlich fe

Digitized by Google

ben sie auch nicht an erster Stelle gestanden, so doch in den vor-
sten Reihen. Keiner von beiden hat durch sein Tun eine Tränen-
t gesät wie Cecil Rhodes, ihr Lebensbuch liegt offen vor uns,
o sie brauchen keine Seite zu verdecken. Beide waren bereits aus
n praktischen Berufsleben hinausgetreten, Koloman Tisza seit
hren, als der Tod sie hinwegraffte. Ihr Andenken in Ehren.
e waren aus dem Holz geschnitten, mit dem sich fest und dauerhaft
nen läßt. Wohl dem Staat, dem es nie an solchen Männern von
erm Verstande, treuer Arbeitskraft und echtem Patriotismus fehlt.

Digitized by Google

2. April. Schalk Burgher tritt in Beziehung zum Präsidenten Steyn.
4. April. Unruhen in Albanien und Makedonien.
7. April. Freisprechung Kruizingers.
8. April. Unterzeichnung des Mandschureivertrages.

9. April 1902.

Bei uns werden meist nur die in deutscher Sprache erscheinen
Organe der russischen Presse gelesen und daraus ergibt sich, d
man bei der gebotenen vorsichtigen Haltung dieser Blätter ke
Vorstellung von den Strömungen gewinnt, die heute durch
öffentliche Meinung Rußlands gehen. Und doch ist es
außerordentlicher Wichtigkeit, zu einer Zeit, die sich als Übergan
stadium zu einer neuen auswärtigen und inneren Politik bezeich
läßt, die Strömungen zu kennen, die durch das Volk gehen und
geistige Nahrung, die ihm täglich zugeführt wird, auf ihre Bedeut
richtig einzuschätzen. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu biet
sich ein eigenes Urteil zu bilden, halten wir es für nützlich, einm
den vollen Inhalt einer großen russischen Zeitung kurz zu analysier
Wir wählen dazu die „Peterburgskija Wjedomosti" vom 3. Ap

Die Spitze bildet eine Korrespondenz aus Berlin. D
Thema ist die Polizeiwillkür, die das Vereinswesen in ganz Deutschl
knebelt, wobei der Verfasser mit Leidenschaft Partei ergreift für
Sozialdemokraten und für das Recht der Frauen, an dem prakti
politischen Leben teilzunehmen und an den Universitäten völ
Gleichberechtigung mit den Studenten zu erlangen. Natürlich
dem (ungenannten) Verfasser diese deutschen Verhältnisse abs
gleichgültig. Aber er sucht auf diesem Umwege seinen Sympath
für die analogen, jetzt so blutig unterdrückten Bestrebungen
Rußland Ausdruck zu geben. Politique par allusions Leitartike
Von A. Polenow; unter dem Titel „Eine ungeheure Aufgal

Digitized by Google

o die Frage behandelt, wie dem drohenden völligen Untergange Bauernstandes abzuhelfen sei. Das Rezept ist: Aufhebung der er geltenden bäuerlichen Gemeindeverfassung, des Gesamtbesitzes der Gesamtbürgschaft und Übertragung des Grund und Bodens die einzelnen Bauernwirte zu vollem Eigentum.

Aus dem persischen Meerbusen. Korrespondenz, in klichkeit Paraphrase event. Verdrehung der „Times of India" Bombay. Die neue russische Dampferverbindung aus Odessa Persischen Golf beunruhige England sehr, zumal auch französische uzer, wie der „Catinatt", sich in diesen Gewässern zeigten. Der lische Resident Kamball habe auf dem Kreuzer „Lawrence" Bender das, Ormuz, Kischm, Linga und Naband inspiziert. Die Engländer en offenbar Neigung, sich in der vortrefflichen Bucht von Naband Süd-Laristan) festzusetzen. Aus Kueit hätten die Engländer den kib von Bagdad verdrängt, aber der Sultan habe ihn jetzt mit em eigenhändigen Briefe zu Habibulla Khan nach Afghanistan hickt. In Basra herrsche völlige Anarchie, aller Wahrscheinlichkeit stehe Arabien an der Schwelle höchst wichtiger Ereignisse.

Revue der Presse: Wiedergabe eines Artikels der „Russ. edom.", der für Aufhebung der bäuerlichen Gesamtbürgschaft ritt, aber die Befürchtung ausspricht, daß, wenn die Regierung zu dieser Maßregel entschließen sollte, der einzelne Bauernwirt noch drückendere Abhängigkeit vom Fiskus geraten werde, ssen Hauptinteresse das rücksichtslose Eintreiben der gaben sei. Wiedergabe eines Artikels des „Swjet", der über klagt, daß die zur russischen Kirche übergetretenen Juden Volk unerträglich bedrücken. „Es ist für einen russischen Mann ver, sich mit solchen Zuständen im Zentrum des russischen Reiches zuföhnen."

Wiedergabe einer in der „Ssamara-Zeitung" veröffentlichten reffe, die an einen von seiner Stellung zurücktretenden Beamten dortigen Gouvernements-Landschafts-Vertretung gerichtet ist. Er e, im Gegensatz zu anderen, nicht nur das materielle Gedeihen Volksmassen, sondern auch die Erweiterung der unmittel- ren Selbstverwaltung des Gouvernements erstrebt.

Wiedergabe eines Artikels der Zeitung „Wolga", der über evormundung und Reglementierung der Bevölkerung

Digitized by Google

klagt, es komme vielmehr darauf an, alle Anstrengung daran
setzen, das geistige Niveau und den Bildungsstand der Bauern
heben. Das System der Zentralisation wirke, auch wo
zur Vollkommenheit entwickelt sei, nur schädigend.

Aufruf an die Frauen zur Bekämpfung des Alkoholism
Die russische Frau allein sei in diesen Kampf noch nicht eingetre

Zur Frage über den Transport von Arbeitern. Brief an
Redaktion, tritt für Herabsetzung des Eisenbahntarifs zu Gun
der Arbeiter ein.

Auswärtige Politik.

Türkei. Reproduktion eines Artikels des „Fremdenblatt
der die bulgarische Regierung auffordert, der Agitation des m
donischen Komitees entgegenzutreten und der Türkei zu Reformen

Artikel des „Meschweret", der für die Jungtürken
Armenier eintritt, und darauf hinweist, daß das Ministerium Wald
Rousseau sie nach Möglichkeit unterstütze.

Bosnien und Herzegowina: Korrespondenz. Österreich verdrä
systematisch die rechtgläubige und muhammedanische Bevölkerung,
Katholiken an die Stelle zu setzen.

Serbien: Sympathische Darlegung der gegen Paschitsch
richteten Studentendemonstration.

Österreich-Ungarn: Brief aus Triest. Schilderung der in
banien herrschenden Anarchie.

Italien: Begegnung des Grafen Bülow mit Prinetti. M
festationen der Eisenbahnarbeiter, farblos.

England: Artikel der „Fortnightly Review", das Amerika
Stütze der englisch-japanischen Allianz darstellt.

Belgien: Über die Friedensaussichten in Südafrika nach
„Temps".

Deutschland. „Im „Shamarok" wird viel von den V
folgungen in Posen gesprochen: „Seit dem Kindermorde
Herodes sind 20 Jahrhunderte hingegangen. Die Zivilisation
sich zum Zenith erhoben, auf die barbarischen Rasseneigensch
der Germanen hat sie aber so wenig gewirkt, daß ihre Gewaltt
noch weit ärger sind, als die des Herodes. Durch
drakonischen Gesetze, welche die polnische Sprache aus Schule, Fam
Presse und Gesellschaft verdrängen, bringt die deutsche Regie

Digitized by Google

gt nur 2—3000 Kinder um, sondern sie tötet die Seele der heran-
chsenden Generation, entfremdet die Kinder den Müttern, sucht
zu sittlichen Kretins zu machen, sie werden unpersönliche und ge-
lloſe Wesen, denen jeder Boden des Seelenlebens geraubt ist, die
s Deutsche hassen und ihre polnische Muttersprache nicht kennen.
rer Kultur nach stehen die Türken heute ja niedriger als die
utschen. Aber selbst die Türken erröten vor Scham, wenn man
an ihre Janitscharen-Regimenter erinnert, die aus gewalsam ge-
bten Christenkindern gebildet wurden. Wodurch unterscheiden
die Deutschen von den türkischen Henkern ... u. s. w.
r einzige Trost Polens sei die entrüstete Stimme Rußlands, wie
in der russischen Presse laut werde. Denn das Gewissen des
ssischen Mannes empört sich gegen solche Gewalt, die
nem Geist, seinem Glauben, seinen Traditionen und
n Aufgaben der Geschichte widerspricht. (Gesperrt von
„Pet. Wjed.") Der Protest der russischen Presse ist eine laute
curteilung des von Deutschland aufgegriffenen unmenschlichen und
natürlichen Systems, die Völker zu assimilieren u. s. w."

Spanien. Wiedergabe der Debatte im spanischen Parlament,
welcher der Abgeordnete Lerra den Anarchismus rechtfertigte.
Es folgen Telegramme, die Rubrik „Chronik" (meist Hofnach-
hten, Regierungsmaßregeln u. s. w.) Bericht über die Sitzung
russischen Kongresses für Hausindustrie unter Vorsitz des
R. Temirjäsew. Die Versammlung hatte die Resolution gefaßt,
ß es notwendig sei 1. die Bildung durch Einführung obligatorischen
gulunterrichts zu fördern und die Einwirkung der gebildeten Klassen
die Arbeiter zu steigern, 2. durch unparteiische Rechtspflege,
durch unbehinderte Gründung technischer und industrieller Ge-
senschaften das Volk zu heben. Der Vorsitzende weigerte sich,
r diese Resolution abstimmen zu lassen. Dagegen lebhafte Proteste
Herren Radetzki und Fürst Schachowskoi; der letztere sagt unter
gemeinem, anhaltendem Beifallklatschen, gerade diese beanstandeten
solutionen seien die allerwichtigsten, und alle folgenden Redner,
unter Graf Heyden, schließen sich ihm an. Geheimrat Temirjäsew
ing nun den Fehler, auf Antrag des Fürsten Schachowskoi die
age zur Abstimmung zu stellen, was natürlich für ihn eine Nieder-
ge ergab. Er erklärte darauf die Abstimmung für ungültig, und

Digitized by Google

annullierte die beschlossene Resolution mit der Begründung, da
der hohen Obrigkeit freistehe, diejenigen zur Beratung heranzuzi
die sie zu hören für wünschenswert halte. Die Resolutionen
Versammlung seien daher unpassend und gingen über das Progr
hinaus. Auch gehöre es nicht zur Kompetenz der Versammlung,
Wunsch auszusprechen, daß Zusammenkünfte der Vertr
aller russischen Landschaftsversammlungen (Semst
stattfinden sollten."

Die Schlußredaktion der für Gouvernements ohne Sem
wünschenswerten Maßregeln wurde — vertagt. So endigt
Verhandlung über die „allgemeinen Gesichtspunkte zur Hebung
bäuerlichen Hausindustrie"!

Den nun folgenden Bericht über die Versammlung der Br
weinbrenner übergehen wir, um uns den „inneren Nachrichten"
zuwenden.

Hier ist erstens eine Korrespondenz, die in schwärzesten Fa
die Not im Dorfe Groß-Jablonowo (mit 5000 Einwohnern
Gouvernement Kursk schildert, und sie aus dem Umst
erklärt, daß die Bevölkerung ihr fruchtbares Land unbearbeitet l
läßt, um in der Umgegend minder schwere Gelegenheitsarbe
suchen.

Nr. 2. Korrespondenz aus Charkow schildert die Tätigkei
orthodoxen Missionars Bogoljubow in den Dörfern
Charkow. Er hat die Stundisten zu einem Religionsgespräch i
Kirche der kleinen Stadt Bogoduchow geladen. Es finden
25 Stundisten und gegen 2000 Rechtgläubige ein. „Das Relig
gespräch fand in eigentümlicher Weise statt: sobald einer der Stund
zu entgegnen versuchte, schrie der Missionar ihm zu, er hab
schweigen. Diese Dialektik führte dahin, daß die Stundisten
Kirche zu verlassen begannen. Da fielen aber die Rechtgläu
über sie her und prügelten sie, obgleich die Polizei zu sch
versuchte, gründlich durch." Es ist zum Glück niemand ersch
worden.

4. Bericht über einen Raubanfall.

5. Bericht über das Attentat auf den Oberpolizeimeister
Major Trepow. Die Attentäterin war die Hauslehrerin Allart
soeben aus dem Gefängnis entlassen war, in dem man sie n

Digitized by Google

eilnahme an den Straßenunruhen vom 9./22. Februar fest-
halten hatte.

6. Zirkular des Gouverneurs von Wladimir, Klingenberg,
elches vorschreibt, kranke Arrestanten nicht zu transportieren, und
berhaupt die Arrestanten in Zukunft der Witterung entsprechend zu
eiden, wenn man sie aus einem Gefängnis ins andere überführe.

7. In Archangelsk sind die Räume der Besserungsanstalt frei
macht worden, um Platz für die verurteilten Moskauer Stu-
enten zu schaffen.

8. Das Volkstheater in Nishny Nowgorod könne nicht fertig
baut werden, weil es dem Bankkomitee an Mitteln fehle.

9. Bericht der Gouvernements-Landschaftsversammlung in
Sjätka. Zur Aussaat fehle es in 9 Kreisen an 1,34 Million
ud Korn. 1/3 der Bevölkerung des Gouvernements habe einen
berschuß von 6,52 Millionen Pud eingebracht, bei 2/3 der Be-
lkerung fehle zur eigenen Ernährung 7,85 Millionen Pud. Rechne
an aber die Bedürfnisse zur Erhaltung des Viehes hinzu, so sinke
r Überschuß auf 3,5 Millionen Pud, während bei der notleidenden
evölkerung das Defizit auf 14 Millionen Pud steige. Ebenso
hle es an Stroh und Heu. Von den 356683 Bauerhöfen des
ouvernements haben 37282 gar keine Pferde, Vieh 0,8 Köpfe
f den Hof; in 21500 Höfen ist je ein Pferd, aber keine Kuh,
ieh 1,3 Köpfe auf den Hof; 167060 Höfe haben je ein Pferd und
ühe, 2,3 Stück Vieh auf den Hof; 96948 Höfe haben je zwei
ferde und fünf Stück Vieh. Höfe mit mehr Pferden gibt es
893, diese zählen 8,6 Stück Vieh auf den Hof. Der Gouver-
ements-Landschaftsrat berechnet die unerläßlichen Unterstützungen
f 4900000 Mark. Die an den Bericht geknüpfte Debatte läßt
eses Bild noch düsterer erscheinen.

10. Bericht über den um sich greifenden Skorbut und Scharlach
n Kreise Nowossensk. Ursache Mangel an Nahrung.

11. Referat über einen Prozeß in Helsingfors wegen Verbreitung
rbotener Bücher.

12. Über die Arbeitsnot im Wolgagebiet.

13. Festessen der Gouv. Landschaftsbeamten in Wologda. Die
eden feiern namentlich die Opposition, die eifrig ihre persönliche
berzeugungen geltend zu machen suche.

Digitized by Google

14. Willkürlichkeiten eines Landschaftsvorstehers in Sjan

Über die Abteilungen Sport und Börse gehen wir hinweg, sie halten nichts Charakteristisches.

Aber es lohnt doch wohl die Frage aufzuwerfen, welches Eindruck sein muß, den eine derartige politische Nahrung, wen täglich geboten wird, auf die russischen Leser machen muß. N dem sorgfältig gepflegten Haß gegen Deutschland, der mit Haltung der russischen Regierung in schärfstem Gegensatz stehe Behandlung der Polenfrage, und dem gleichfalls systematisch triebenen und der Politik der Regierung nicht entsprechenden regenden Anfassen der Balkanfrage, klingt durch alle diese A die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, der Ruf nach Steige der Volksrechte, die heimliche Sympathie für jede Kundgebung Protestes gegen die bestehende Ordnung durch. Und daneben düsteren Bilder von der fortwirkenden Not im Lande.

Wir könnten an jeder beliebigen Zeitung, mit Ausnahme „Graschdanin" und der „Moskowskija Wjedomosti", ins unend variiert, nach Talent und Temperament der Verfasser mehr minder farbenreich das gleiche Bild entwerfen und ziehen alledem den Schluß, daß wir in Rußland einer Zeit entgegeng die je länger je mehr auf tiefgreifende Reformen im Innern drä wird. Die Gefahr liegt in der fehlenden Disziplinierung der telligenz, der völligen Unbildung des Bauernstandes und der bu kratischen Willkür des Beamtentums; nehmen wir noch den steige Radikalismus der Jugend hinzu, der die Regierung genötigt fast alle Universitäten zu schließen, so ergibt das eine Gesamt die es begreiflich macht, wenn die leitenden Petersburger K keinerlei Neigung zeigen, dem Volke eine Teilnahme am Regi zu gewähren. Man bewegt sich so in einem Zirkel: je mehr u stürmischer die Massen drängen, um so schärfer werden die angezogen, ohne daß etwas anderes dadurch erreicht würde als weiteres Anwachsen des Widerstandes.

Und noch auf eins ist hinzuweisen. Die Zeitungen hetzen Deutschland und agitieren für eine russisch-polnische Versöhn deren Spitze dann gegen den „Germanismus" gerichtet sein sol noch kürzlich ist durch zwei langatmige Zuschriften an die „ Wjedomosti" diese Tendenz in böswilligster und wahrheitswidri

Digitized by Google

eise vertreten worden — ebenso aber wird die Erregung über die lkanangelegenheiten sorgfältig lebendig erhalten, gleichsam als lle man der Regierung die Wahl stellen, ob sie ein Ventil für innere Gärung nach Deutschland hin oder durch Aufrollen oriantalischen Frage öffnen solle.

Nun können wir aber mit größter Bestimmtheit sagen, daß des den Absichten der russischen Regierung gleich sehr widerspricht. e will notorisch den Frieden und hat das nach beiden Seiten hin viesen. Über die friedliche Gesinnung Kaiser Nikolaus II. besteht erhaupt kein Zweifel. Dasselbe gilt aber auch von Graf Lambs- ff und dem bekanntlich höchst einflußreichen Finanzminister Witte, zudem allen Grund hat, für das Entgegenkommen dankbar zu n, das ihm von unserer Seite bei der letzten Anleihe — der ten nichtfranzösischen seit einer langen Reihe von Jahren — be- esen worden ist. Was aber die orientalische Frage betrifft, so hat allerdings auch in diesem Frühjahr wieder eine Gestalt ange- mmen, die Sorge erregen könnte, wenn das russisch-österreichische kommen von 1897 nicht noch in Kraft bestände. Es sind daher ch wie vor die Rassenrivalitäten zwischen Serben und Bulgaren, banern und Serben, Griechen und Slaven, die hier das Element Unsicherheit darstellen, und da im Orient alles den Charakter igiöser Gegensätze annimmt, spielen auch die konfessionellen Unter- iede mit. Zur Zeit ist es die in den letzen zwei Jahren, wie es ien, zum Schweigen gebrachte Frage der Bestätigung des Bischofs rmilian in Üsküb. Bulgarien nimmt in kirchlicher Beziehung als archat eine besondere Stellung ein und will sich den „Fremden" m Patriarchen von Konstantinopel nicht oktroyieren lassen, obgleich se Kandidatur von russischer Seite lebhaft unterstützt werden soll. r Exarch ist mit Hand und Fuß dagegen, und es scheint fast, als le diese Angelegenheit benutzt werden, um die ohnehin hochgradige regung zu steigern, welche die fortdauernde Agitation des von rafow nach wie vor geleiteten makedonischen Komitees in Bul- rien noch weit mehr als in Makedonien hervorgerufen hat. bei spielen allerlei unlautere Machenschaften mit. Es stellt sich t heraus, daß das Lösegeld der vielberufenen Miß Stone ganz in Hände Sarafows geraten ist, der damit seine Banden neu aus- rüstet hat.

Digitized by Google

Die albanesischen Unruhen aber sind durch serbisch
montenegrinische Agitatoren veranlaßt worden, welche die ort
Bevölkerung gegen die muhamedanische Bevölkerung aufhetzen.
ist zwar Fürst Ferdinand von Bulgarien und sein ganz russ
Ministerium, Herr Danew, der jetzt in Petersburg Geld fü
bulgarische Anleihe zu finden sucht, an der Spitze, gewiß gewil
russischen Regierung jeden Gefallen zu leisten und sowohl den
Firmilian zu acceptieren als von der makedonischen Agitation
lassen, aber bei der trostlosen Schwäche der Regierungen
kleinen Balkanstaaten sagt ihr guter Wille sehr wenig. D
dann eine ähnlich beschämende Situation ergeben, wie sie noch
an den heiligen Stätten alle Tage beobachtet werden kann
Türkei ist genötigt, die Christen vor einander zu schützen, und
die Dinge liegen, läßt sich ihr nur der beste Erfolg wünschen.
friedliche Tendenz hat die russische Regierung auch durch ihr
halten in der Frage des Mandschureivertrages gezeigt, indem
Chinesen so weit entgegengekommen ist, daß sie sich in k
Terminen für die Räumung der okkupierten Territorien ver
hat, jedoch natürlich so, daß die mandschurische Eisenbahn in
Händen bleibt. Es ist, wie Rußland es so häufig und so g
zu machen verstanden hat, ein Zurückweichen, das ihm die Wa
seiner wesentlichen Interessen vorbehält und ein Vorrück
mehr gelegener Zeit gewiß nicht ausschließt. Der jetzt aus
über Rußland heimreisende Oberstleutnant Marchand, der Hel
Faschoda, hat in Maskau, wo man ihn rauschend gefeiert h
einer durch die russischen Zeitungen gegangenen Rede gesagt,
ja selbstverständlich, daß Rußland die Mandschurei behalten
und wir zweifeln nicht daran, daß er recht hat. Nur wird e
jetzt geschehen, sondern Rußland wird gewiß die von ihm dur
Mandschureivertrag übernommenen Verpflichtungen einhalten,
gewiß aber, wenn sich einmal die Notwendigkeit einstellt, zur Wa
seiner Interessen wieder nach Süden vorzugehen, die Gele
nicht unbenutzt vorüberziehen lassen. Das liegt in der Natur
ostasiatischen Grenzverhältnisse und kann nicht anders sein, es
Stärke der russischen und die Schwäche der englisch-japanische
sition. Wir bemerken übrigens, daß die russische Presse si
besorgt über die japanische und über die amerikanische Konk

Digitized by Google

ausspricht, wirtschaftlich fürchtet man die letztere und politisch die erstere mehr. Wir können darin den Russen nur recht geben. Aber auch diese Verhältnisse liegen in der Natur der Dinge. Hat einmal, wie es geschehen ist, Rußland das Prinzip der offenen Tür anerkannt, so muß es sich auch die ihm so außerordentlich überlegene wirtschaftliche Konkurrenz der Amerikaner gefallen lassen, und es hat in der Tat den Anschein, als wolle sie sich mit ganz besonderer Energie gerade auf die Mandschurei werfen.

Von den südchinesischen Unruhen ist es still geworden, man hat offenbar ins Abenteuerliche übertrieben und das wird nirgends mehr Freude erregen, als in Frankreich, wo keinerlei Neigung besteht, sich gerade jetzt, da man unmittelbar vor den Wahlen steht, in weitaussehende politische Abenteuer zu stürzen. Am 27. April treten die Wähler zur Feststellung der Kandidaten zusammen, und wenn der Präsident am 16. Mai nach Rußland abdampft, werden Wahlen und Stichwahlen bereits erledigt sein. Welches Bild das Frankreich der neuen Kammer darbieten wird, ist schwer zu sagen. Eine andere Majorität gibt auch ein anderes Ministerium und das bedeutet bei dem in Frankreich herrschenden System eine Gefährdung aller derjenigen, die heute als Parteigänger Waldeck-Rousseaus in Amt und Würden stehen. In gewissem Sinne bedeutet der Wahlkampf daher für sehr viele nicht nur einen Kampf um die Macht, sondern um die Existenz, und es ist daher begreiflich, daß alles, was zur Fahne des Ministeriums geschworen hat, mit aller Anstrengung für dessen Kandidaten eintritt. Dazu kommt, daß Herr Waldeck-Rousseau unbedenklich die Machtmittel, die er bis zum Moment der Entscheidung in Händen hat, in Anwendung bringt und dadurch seinen zahlreichen, ungeduldig auf den Platz an der Krippe wartenden Gegnern gegenüber einen bedeutenden Vorteil hat. Klerikale, verkappte und offene Monarchisten, endlich die Nationalisten, das ist die mehr oder minder feste Koalition der Gegner, mit denen er zu kämpfen hat. Seine Freunde sind die radikalen Republikaner, soweit sie nicht Männer des Plebiszits sind, und die Sozialisten Millerandscher Färbung, die Kollektivisten, die Méline jüngst in Remiremond so drastisch charakterisiert hat. Daß uns Herr Millerand und seine Leute nicht sympathisch sind, versteht sich von selbst. Dennoch scheint uns, alles erwogen, vom allgemein europäischen Interessenstandpunkt aus ein

Digitized by Google

Sieg der gegenwärtigen Regierung als das Wünschenswerteste.
ziehen das Bekannte dem Unbekannten und Unberechenbaren
schieden vor, zumal wenn wir erwägen, daß die auswärtige
Delcassés doch so war, daß sich mit ihr leben ließ. Haben wi
die großen und kleinen Intriguen nicht vergessen, die von Fra
aus gegen den Dreibund gerichtet wurden, so verkennen wi
nicht, daß Herr Delcassé dabei die Formen zu wahren ver
Auch sehen wir solche Bemühungen ohne jede Erregung an.
ja doch die Verhältnisse so, daß nicht Deutschlands Weltstellu
der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde hängt, sondern umg
die politische Unabhängigkeit Italiens sich auf die Assekuranz gr
die es durch den Anschluß an den Dreibund gewonnen hat. Pa
liegt für Italien die Frage so, ob es unter französisch-russische
mundschaft treten oder nach wie vor etwas für sich sein will.

Die außerordentliche Feinheit und Sicherheit, mit der
Bülow die politischen Fragen anzufassen pflegt, ist auch in den
Dinge berührenden Interview zu Tage getreten, das er dem Ver
des „Giornale d'Italia" am 1. April gewährt hat. Wir b
das um so nachdrücklicher, als von verschiedenen Seiten her
dieses Interview falsche Auslegungen erfahren hat, die gewa
in den Text des Gesprächs hinein interpretiert wurden. Es w
die wesentlichen politischen Fragen nicht nur Italiens, sondern
einige die große Politik betreffende Probleme berührt: die Beurt
der Annäherung zwischen Frankreich und Italien neben der
hörigkeit zum Dreibunde ruhte auf dem Grunde der Anschau
die Fürst Bismarck allezeit für den Dreibund in Anspruch geno
hat, daß nämlich „die herzlichen Beziehungen zwischen einer od
anderen den Dreibund bildenden Mächte zu der einen oder
anderen der übrigen Großmächte in keiner Weise den Dreibu
rühren können". Das war die Politik, die Fürst Bismarck i
Wahrung unserer Beziehungen zu Rußland verfolgte und die
in dem russisch-österreichischen Balkanabkommen ihren Ausdruck
und sich bis zur Stunde glänzend bewährt hat. Bei Beurt
der Frage, welche Stellung Deutschland zu einer eventuellen Expe
Italiens nach Tripolis einnehmen werde — beiläufig bemerk
merkwürdig indiskrete Frage — wies Graf Bülow darauf hin
Deutschland im Mittelmeer kein anderes Interesse habe, al

Digitized by Google

riedliche Entwicklung der berechtigten Interessen seines Verbündeten. In Betreff der beiden ostasiatischen Bündnisgruppen betonte er die Tatsache, daß die Dreibundmächte an den möglichen Differenzpunkten keinen Anteil hätten und hob in Betreff der anderen diejenigen Momente hervor, die auf die Chancen eines friedlichen Ausgleiches hinweisen. Endlich verwies er die albanischen Angelegenheiten aus dem Kreise der Probleme, an denen das deutsche Interesse hängt. Was aber den deutsch-italienischen Handelsvertrag betrifft, so stellte er sich auf den Boden des eingebrachten Zolltarifs.

Wir fragen nun, wie hätte der leitende Staatsmann sich zugleich bestimmter und doch vorsichtiger ausdrücken können? Auch sehen wir in dem Widerspruch, den die Äußerung des Kanzlers namentlich in Frankreich hervorgerufen hat, nur ein unfreiwilliges Kompliment. Wir hätten uns über ein Beifallklatschen der Franzosen nicht gefreut.

Und nun noch ein Wort über eine Bemerkung des „Temps". Er bemerkt beiläufig, Minister Prinetti sei auf den Wunsch des Grafen Bülow nach Venedig gekommen. Obgleich wir der Ansicht sind, daß auch in solchen Fragen la recherche de la paternité est interdite, wollen wir doch von der bestimmten Mitteilung anderer Blätter Notiz nehmen und wiederholen, daß es Prinetti gewesen ist, der den Kanzler um eine Unterredung ersuchte. Und das scheint uns genau der Lage zu entsprechen.

Digitized by Google

9. April. Emeute in Belgien.
10. April. Graf Bülow trifft in Wien ein.
10. April. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italie
11. April. Rückkehr des Grafen Bülow nach Berlin.
11. April. Straßenkämpfe in Brüssel.
14. April. Verhandlungen in Prätoria zwischen den Führern der Burenkommandos
Lords Kitchener und Milner.
15. April. Ermordung des Ministers Ssypjägin durch den Studenten Balmaschow in Pe

16. Ap

Mit außerordentlichem Geschick führt die russische Regi
ihr Gegenspiel gegen den englisch-japanischen Vertrag
Der erste und notwendigste Schritt war die Sicherung gegen im
mögliche Überraschungen, welche die Kombination der beiden
rischen Mächte, so dürfen wir wohl sagen, bringen konnte.
geschah durch die Ausdehnung der alliance franco-russe a
fernen Orient, und als avis au lecteur, die überraschend
Veröffentlichung dieser Vereinbarungen, eine Tatsache, die
mehr auffällt, wenn man bedenkt, wie lange es dauerte, ehe R
sich bereit fand, die Existenz der gegen den Dreibund geschl
Allianz zuzugestehen, und daß der eigentliche Inhalt jenes
traktates bis zur Stunde noch nicht bekannt gegeben ist. Ma
daraus den Schluß ziehen, daß das englisch-japanische Bünd
Rußland als eine aktuelle Gefahr betrachtet wurde, mit der so
rechnet werden müsse. Aber das Zusammenstehen von Fra
und Rußland bot offenbar noch nicht genügende Garantien ge
Möglichkeiten, die für den Ausbruch eines Krieges sprache
mußte der englisch-japanischen Allianz der Vorwand zum Eins
genommen werden, und das ist, ohne Preisgebung irgend
Zukunftsaussichten, in geradezu musterhafter Weise durch de
veröffentlichten Mandschurei-Vertrag geschehen. Je aufme

Digitized by Google

nan ihn prüft, um so mehr festigt man sich in dieser Auffassung. n verbis wird den Chinesen alles geboten, was sie billig erwarten önnen. Rußland räumt die ganze Mandschurei in verhältnismäßig icht allzulang bemessenen Zwischenräumen, aber es legt dabei der hinesischen Regierung Verpflichtungen in Betreff der Aufrechterhaltung er Ordnung auf, die diese aller Wahrscheinlichkeit nach nicht wird rfüllen können, die jedenfalls eine verschiedene Auffassung und Aus- egung offen lassen, und deren Nichteinhaltung in irgend einem Punkte Rußland von allen in jenem Vertrage übernommenen Verpflichtungen ntbindet. Ebenso ist aber Rußland des Vertrages ledig, sobald die Handlungsweise anderer Mächte, in diesem Falle also Englands und Japans, es daran hindert. Die Übergabe der Zivilverwaltung von Niutschwang an China wird zudem erst erfolgen, nachdem Tientsin, as unter internationaler Verwaltung steht, den Chinesen zurückge- eben ist.

Mit diesem Vertrage ist das Versprechen Rußlands, daß es nicht robern und die Mandschurei nicht behalten wolle, im Prinzip er- üllt; ob es möglich sein wird, es auch in praxi einzuhalten, ist aber ine ganz andere Frage, deren Entscheidung nunmehr in chinesischen Händen liegt. Wenn sie nicht peinlich genau erfüllen, was Rußland ur Wahrung seiner Interessen ihnen an Verpflichtungen aufzulegen enötigt gewesen ist, fällt die Verantwortung „für alle Folgen, die araus entstehen können", den Chinesen zu! Das gibt für China ine ganz klägliche Lage. Es steht unter dem dauernden Drucke der Gefahr eines russischen Einschreitens und muß im eigensten Interesse emüht sein, auch England und Japan zur äußersten Rücksicht auf Rußland anzuhalten. Man kann gespannt sein, wie diese Ver- ältnisse sich weiter entwickeln werden und welche Gegenzüge die nglisch-japanische Allianz machen wird. Vorläufig scheint sie uns chach und matt zu sein.

Aber noch an anderer Stelle hat Rußland eingesetzt. Den Persern ist eine Anleihe von 10 Millionen Rubel gewährt worden, nd da man im Orient nichts umsonst tut, haben sie sich bereit- nden müssen, als Gegenleistung den Bau von fahrbaren Straßen u übernehmen, die von der kaukasischen Grenze über Tabris nach Kaswin führen und so dem russischen Handel den Weg bis in das Herz Persiens öffnen, da ähnliche Fahrstraßen auf russischen Antrieb

Digitized by Google

bereits von Ashabad nach Meschhed, und von Reścht nach Tel
gelegt worden sind. Es ist die Antwort auf die Errichtung
Telegraphenlinie, welche die Engländer sich von Kaschan über
und Kirman zur Grenze von Beludschistan hin ausbedungen h
Nun hat freilich Rußland mit der Anleihe, die es vor zwei J
den Persern gewährte (es waren damals 22½ Millionen R
üble Erfahrungen gemacht, sie wurde völlig unproduktiv verg
Es scheint aber, daß man sich dieses Mal besser gesichert glaub
jedenfalls wird die politische Dankbarkeit recht nachdrücklich in
spruch genommen werden. Man rechnet in Rußland sehr sorg
mit dem Dankbarkeitskonto, das man von anderen glaubt beanspr
zu dürfen und läßt dabei nicht gern die Gegenrechnung g
Aber vielleicht ist das überhaupt eine Eigentümlichkeit jenes beson
nationalen Egoismus, der seine Ansätze überall zeigt und wie
Wucherpflanze alles übrige ersticken würde, wenn ihm nicht äh
Neigungen bei den Nachbarn rechts und links entgegenträten.
sind deshalb auch nicht geneigt, eine Richterrolle zu übernehmen
halten die des Beobachters, der von dem Verhalten der anderen
ihre weiteren Ziele zu schließen sucht, nicht nur für die kl
sondern auch für die vorteilhaftere. Das russische Bestreben
Ausdehnung, wie es in den letzten 50 Jahren mit erstaun
Zähigkeit und mit ebenso erstaunlichem Erfolge sich geltend ge
hat, bedeutet für uns vorläufig nur eine politische Entlastung,
die politischen Verhältnisse immer mehr die weitere Ausdehnung
russischen Herrschaft oder mindestens des russischen Einflusses
Süden und Osten hin zu einer Notwendigkeit gemacht h
während nach Westen zu jede territoriale Erweiterung eine
legenheit und jede Kriegspolitik eine ernste Gefahr für Rußlan
deutet. Diese sehr einfachen, aber oft übersehenen Wahrheiten
bei jeder Beurteilung der deutsch-russischen Beziehungen in Rec
zu stellen. Wir regen uns deshalb über das Zähnefletschen
russischen Presse sehr wenig auf, denn wir wissen, daß es im G
ohnmächtiger Zorn ist, und aus eben diesen Erwägungen h
lassen uns die alljährlich mindestens einmal zwischen Rußland
Frankreich ausgetauschten Liebesschwüre außerordentlich kühl.
ganz richtig, wenn die deutsche Politik nach wie vor ihre Beziehu
zu Rußland in bestem Einvernehmen behauptet, und, ohne auf

Digitized by Google

keit zu rechnen, gelegentlich auch sich zu einer so großen Gefälligkeit
eitfindet, wie die Gewährung der letzten Anleihe es ohne allen
eifel ist. Auch erscheint uns die günstige Aufnahme, welche diese
leihe bei uns gefunden hat, weniger im Licht eines Vertrauensvotums
Rußland, denn als Ausdruck des Vertrauens zur Leitung unserer
litik, die gewiß nicht bereit gewesen wäre, einem politischen Gegner
Zwecken, die uns schädlich oder gar direkt feindselig sind, die
ttel in die Hände zu spielen. Wenn man von den direktionslosen
tartiklern gewisser russischer Blätter etwas ruhige Erwägung er-
rten dürfte, müßten sie sich das längst selbst gesagt haben. Aber
se Leute leben in der überhitzten Welt ihrer Phatasien, und gingen
en ihre Wünsche in Erfüllung, so wäre Rußland schon längst im
iege mit aller Welt.

Interessant ist es aber zu beobachten, wie diese Heißsporne
er russisch-englischen Verständigung, deren Ziel ein Kleinmachen
utschlands sein sollte, allmählich selbst recht kleinlaut geworden sind.
e beiden ostasiatischen Allianzen haben ihnen das Konzept verdorben,
o sie haben den Schmerz, jetzt von sehr antirussischen Artikeln in
englischen Reviews berichten zu müssen. Im „Nineteenth Century
o after" wird über „die englisch-japanische Verständigung" mit
ärfster Spitze gegen Rußland philosophiert, und ganz dieselben Töne
lägt ein Artikel der „Contemporary Review" an, der, wie die
daktion bemerkt, bereits vor Abschluß des englisch-japanischen Ver-
ges geschrieben war und den künftigen Krieg Rußlands gegen
pan zum Gegenstande hat. Die „Nineteenth Century" aber war
s Organ jenes Sir Rowland Blennerhasset, der mit den Herren
esselitzki und Konsorten eine Zeitlang mit Unterstützung der „National
vue" durch seine russophile und antideutsche Richtung die ganze
esse Petersburgs und Moskaus in freudige Erregung versetzte.
ch die öffentliche Meinung Englands war eine Zeitlang durch die
chickte und nachhaltige Agitation dieses englisch-russischen Jour-
listen-Konsortiums stutzig und in ihrem Urteil unsicher geworden:
ute ist die Ernüchterung an der Themse ebenso vollständig wie an
Newa, und man hat zur Zeit in London wohl keinen lebhafteren
unsch als den, endlich einmal die Hände in Südafrika frei zu
ben, um den bedrohten Interessen im fernen Osten die Unterstützung
währen zu können, deren sie so dringend bedürfen. Auch sind ja seit

Digitized by Google

bald 14 Tagen in Südafrika Verhandlungen in Angriff genc
worden, und schon zweimal war in London das Gerücht verb
daß man unmittelbar vor Abschluß des Friedens stände.
Male war das Gerücht leider falsch, und im Augenblick wisse
nicht mehr, als daß die Häupter der Buren sich zu einer Kor
zusammengefunden haben. Transvaal ist durch den stellvertre
Präsidenten Schalk Burger und seinen Beirat Reitz, sowie dur
tapferen Generale Botha, Delarey und Lukas Meyer; durch K
Jacobs und van Velden vertreten. Der Oranje-Staat durch Prä
Steijn, General De Wet und drei ehemalige Minister. Nu
richten englische Blätter, diese Konferenz habe gewisse Vorschlä
Kitchener gelangen lassen, aber das scheint zunächst wenig mel
eine Konjektur zu sein. Der Schwerpunkt wird immer auf die
fallen, ob die Buren in Afrika oder in Europa die endgültige
scheidung fassen wollen. Es ist bis zum Augenblick noch völl
klar, auf welchem Wege Präsident Krüger und Dr. Leyds
Nachrichten vom Kriegsschauplatze beziehen. Daß sie regeln
Berichte bekommen, ist wohl sicher, aber man wird annehmen m
daß diese Berichte stets mehrere Wochen alt sind, ehe sie in H
eintreffen und daß, was an ganz frischen Nachrichten aus
Emigrantenkreise kommt, meist auf Konjekturen an der
englischer Nachrichten zurückgehen wird. Wir wollen damit
sagen, daß jene Nachrichten aus dem Krügerschen Hauptquartier
sind. Vielmehr läßt sich annehmen, daß die auf Grund ge
Kenntnis von Personen und Zuständen, sowie auf Grund
direkter Nachrichten an den englischen Depeschen vorgenom
Korrekturen richtig sein werden. Nur wird man allen Meld
gegenüber mißtrauisch sein müssen, die etwas Aktuelles, eine
neuigkeit bringen wollen. Wir können demnach über den Gan
Friedensverhandlungen vom Präsidenten Krüger und von Dr.
zur Zeit nichts erfahren. Daß aber, trotz der ablehnenden Ha
welche das englische Ministerium den Anfragen gegenüber einn
die aus den Reihen der Parlamentsmitglieder kommen, etwas
tiges vorgeht, halten wir für sicher. Am 12. hat ein außero
licher Ministerrat stattgefunden und es geht das Gerücht, da
König einen zweiten Vertrauten (der erste war Lord Wolseley)
Südafrika schicken wolle, um den Abschluß zu fördern. Den

Digitized by Google

nig Edward den Frieden wünscht, ist über allem Zweifel sicher. as dagegen steht, ist das Beharren des Ministeriums auf dem ogramm des „unconditional surrender", und dieses Programm für die Buren ebenso unannehmbar — wie andererseits das Pro- mm Krügers: völlige Herstellung der Unabhängigkeit und des vollen rritorialbestandes beider Republiken — es für England ist.

Nun hat noch ganz neuerdings der Buren-Delegierte Wessels em Redakteur des Amsterdamer „Telegraph" gegenüber seinen andpunkt folgendermaßen zusammengefaßt: „Was die Friedens- ingungen sein werden — die Unabhängigkeit der Repu- iken vorausgesetzt —, wie man zu einer Verständigung ge- gen kann, darüber rede ich nicht. Eins aber will ich Ihnen en, diejenigen, die davon gesprochen haben, daß in irgend welcher rm Territorien des Minengebietes an England abgetreten werden nten, die irren ganz und gar. Das ist völlig unmöglich, r jetzt wie für alle Zukunft. Die Republiken setzen sich der fahr aus, von England erdrückt zu werden, wenn sie Distrikte fgeben, die sie nicht aufgeben können. Ich kann Ihnen die Ver- erung geben, daß davon niemals die Rede sein wird, wenn die publiken nicht zu völliger Ohnmacht gebracht sind." Ein so in- nsigenter Standpunkt wird sich gewiß nicht behaupten lassen, und scheint uns dem Interesse der holländischen Bevölkerung Süd- ikas auch nicht zu entsprechen. So sehr der jetzt in Südafrika tretende Winter auch die weiteren Kriegsoperationen der Engländer chweren mag, er kostet auch den Buren schwere Opfer und wird turgemäß den Zuzug aus der Kapkolonie mindern. Das Häuflein Kämpfer aber schmilzt zusammen, und die Toten werden nicht endig, die Gefangenen nicht freigegeben. Beide Teile brauchen n Frieden und ohne Zugeständnisse von beiden Teilen ist er nicht haben. Je früher er kommt, um so größer ist auch die Aus- gt, daß die Buren als Volk fortleben und das ist, nachdem r Ehre genuggetan, das Wesentlichste. Es sind falsche Freunde, e ihnen das Ausharren bis ans Ende raten, damit das Prinzip, n dem sie ausgingen, gerettet werde; wir wünschen sie selbst ge- ttet zu wissen. Auch ist der Vergleich falsch, der den Kampf der iederländer gegen Spanien mit den südafrikanischen Verhältnissen Parellele setzt. Die Niederländer hatten ein offenes Meer, sie

Digitized by Google

hatten bald Frankreich, bald England zu Verbündeten, deutsche
schaften haben auf ihrer Seite gefochten. Die Buren-Republi
auf die eigene Kraft angewiesen, und was sie bedroht, wenn
einen Vergleich schließen, der ihnen ihre Autonomie, wenn au
die volle Unabhängigkeit sichert oder ihnen eine territorial bes
Unabhängigkeit läßt, ist lange nicht das Schicksal, das König
den Niederlanden zudachte. Vor ihnen aber liegt die Zukunf
sie sie nicht um der Gegenwart willen verspielen. So lie
Dinge bei nüchterner Betrachtung, und es will uns scheinen,
für beide, für die Engländer wie für die Buren, höchste
in nüchterner Erwägung an die Zukunft zu denken. Es
wahr, daß es für die Buren eine sittliche oder politische Notw
ist, ihr ganzes bisheriges Territorium in voller Unabhängig
rückzugewinnen, und es ist nicht wahr, daß Englands E
Macht daran hängt, daß die Selbständigkeit der Burenre
bis in die Wurzel hinein zerstört werde. Das eine ist ein
rausch, das andere ein Rausch nationalen Eigendünkels,
Rausch ist beides.

Mitunter freilich könnte man glauben, daß es überha
ein Taumel durch die Welt zieht. Die Emeute des vierten
in Belgien, bei dem die Parole „allgemeines gleiches Stim
ein Vorwand, der Sieg der Straße über Parlament und K
das eigentliche Ziel ist, läßt sich zwar als Folge jenes Bü
zwischen Großkapital und Klerikalismus begreifen, an d
belgischen Verhältnisse seit Jahr und Tag kranken, ist aber
auf die systematische Agitation der sozialdemokratischen Leiter
zuführen, welche die lange angekündigte Kraftprobe nunmehr
wollten. Bisher ist es eine noch wenig zusammenhängend
von Straßenkrawallen, die unter mehrfachen Verlusten an M
leben und zahlreichen Verwundungen bisher überall glücklich
geworfen werden konnten, aber die eigentliche Gefahr wird,
fürchten, eintreten, wenn der ad hoc organisierte allgemei
stand an den politischen Demonstrationen teilzunehmen
Auch in Belgien haben, wie in Italien und Spanien, anar
Elemente an der Bewegung ihren verbrecherischen Anteil, so
energisches Einschreiten der Regierung wahrlich am Pl
Aber man hat die Zügel solange am Boden schleifen lassen,

Digitized by Google

ließlich kaum wundernimmt, wenn die Männer von der Straße aufheben und in ihrer Weise zu regieren versuchen.

Den italienisch-schweizerischen Konflikt wollen wir zuächst nur als Kuriosum notieren, da eine Publikation der Akten, e uns den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden taaten erklären soll, noch aussteht und wir uns bis dahin unser rteil vorbehalten. Es sei jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinwiesen, daß in den Kreisen der polnischen „Patrioten" die Frage bhaft erwogen wird, eine polnische Universität in der Schweiz zu gründen, deren Aufgabe es wäre, die polnische Jugend zu jenem atriotismus zu erziehen, dessen Vorfrüchte sich schon jetzt bei uns ie in Russisch-Polen und Galizien fühlbar gemacht haben. Das nnte recht interessant werden und vielleicht von verschiedenen Seiten Reklamationen führen. Wir finden eben jetzt in der Warschauer orrespondenz der „Nowoje Wremja" die folgende Charakteristik r polnischen Bestrebungen von heute: „Es scheint wirklich, daß die olen in das Stadium des politischen Auseinanderlaufens eingeeten sind, und da sie den Satz zum Programm erhoben haben, ß die Moral hinter der Politik zurücktreten müsse, auch ihr oralisches Niveau im Sinken ist. Die früheren politischen rogramme der Polen haben offenbar allen Kredit verloren. In osen sind sie „russophil" geworden, in Galizien wird die Partei r „Roten" immer stärker und ein Teil von ihnen hat das „panlnische" Banner fallen lassen. Was soll aber der „Panpolonismus" deuten, der nach dem Vorbild der „Alldeutschen" und der „Panwisten" fabriziert ist? Wenn die Ideen der Panslavisten und der lldeutschen sich auf wirkliche Tatsachen gründen, so fragen wir, wo die reale politische Größe, auf welche die panpolnische Idee h stützt? Als man in den letzten Jahren in der russischen, utschen und englischen Presse von Weltpolitik zu sprechen begann, nnte man in den polnischen Zeitungen auch von der Rolle Polens der Weltpolitik lesen. Wo ist die polnische Macht, die irgend ne Aussicht auf eine Weltrolle hätte? Der polnische Poet Slowacki nnte die Polen den „Papagei" der Völker. Diese Bezeichnung ßt in der Tat genau für die Journalisten, die von der Weltolitik Polens und von der „panpolnischen" Idee reden. Beweist cht vielmehr das Auftauchen des russophilen Polonismus in Posen

Digitized by Google

auf der einen Seite und des Rußland höchst feindseligen
polonismus", wie des ganz antirussischen polnischen Sozialis
Galizien auf der anderen Seite, daß die Polen eine Zeit de
durchleben und daß ein Kampf zwischen neuen politischen Strö
ausgefochten wird? Es ist verständlich, daß in solchen Ze
moralischen Pfeiler der polnischen Gesellschaft zusammenbrech
zwar umsomehr, als von alten Zeiten her der Moralkodex de
in Abhängigkeit von ihrem politischen Programm stand."
Betrachtungen sind um so interessanter, als sie in schreiendem
satz stehen zu der Polenpolitik, die der Fürst Uchtomski in
Blatte verfolgt, das die Russenliebe unserer posener Polen
weise für echte Münze nimmt. Es läßt sich aber mit vo
stimmtheit vorhersagen, daß eine polnische Universität auf schweiz
Boden ein Unglück vor allem für die Polen selbst wäre; wir
ihnen aufrichtig, daß sie davor bewahrt werden, und neben
Herren Schweizern, falls die Versuchung an sie herantrete
ein wenig ruhige Überlegung; denn das scheinbar gute
könnte schließlich ein sehr schlechtes werden.

In Frankreich geht inzwischen der Wahlkampf weiter
raschend ist die Opposition, auf die der Handelsminister M
bei seinen Parteigenossen, den Kollektivisten, und noch mehr
parti socialiste de France stößt. Er ist beiden Teilen n
genug gegangen und einer seiner Gegner, der Dr. Péchin,
ein ganz formidables Sündenregister vorgehalten. Merkw
weise hat seine Kandidatur aber gerade bei der extremsten
der Sozialisten, dem parti ouvrier socialiste révolutionnair
gefunden, während der parti socialiste de France ihm
daß er das Vertrauen der Sozialisten schmählich verrat
Der Ausgang der Wahl ist also keineswegs vorherzusehen,
schon jetzt als sicher anzunehmen ist, daß der eben aus de
Chine zurückgekehrte bisherige Generalgouverneur Doumer
werden wird und einer glänzenden Zukunft entgegengeht. D
wie vorauszusetzen ist, geschickt operiert, könnte es ihm glü
Deschanels Stelle zum Kammerpräsidenten gewählt zu werd
würde auf einen weiteren Ehrgeiz hinweisen, als wenn er
Nachfolgerschaft Waldeck-Rousseaus ausginge, denn der D
Ministerium zur Präsidentschaft der Republik ist ein schwieri

Digitized by Google

er vom Sessel des Kammerpräsidenten aus. Man kann sich aber ohl fragen, ob eine Persönlichkeit wie Doumer überhaupt je Aus- cht haben kann, an die Spitze Frankreichs zu treten. Man hat seit en Tagen Grévys stets nur Präsidenten gewählt, die als Persönlich- iten gleichsam neutral waren. Casimir Périer, die einzige Aus- ahme in der Reihe, trat bekanntlich sehr bald zurück, Doumer stellt ber einen wirklichen Ehrgeiz und einen Willen dar; er hat kein Hehl araus gemacht, daß er mit der Rolle Frankreichs in der großen olitik nicht zufrieden sei, kurz, er scheint sich nicht bescheiden zu nnen. Solche Leute aber können in dem heutigen Frankreich auf galen Wegen nicht an die erste Stelle gelangen, und so wie die inge liegen, läßt sich das auch nicht wünschen. Die Welt wird it dem Ausgang der Wahlkampagne am zufriedensten sein, wenn e uns im wesentlichen die alten bekannten Gestalten zurückführt.

Der Oberst Marchand, der eben jetzt wie Doumer aus dem rnen Osten heimkehrt, aber über Sibirien, Moskau und Peters- rg, wo er sich rauschend hat feiern lassen, ist gleichfalls ein kommender Mann". Aber vorläufig ist er noch aktiver Offizier, nd von seiner Wahl in die Kammer kann daher keine Rede sein.

Über die Balkanangelegenheiten, deren Schwierigkeiten ir keineswegs verkennen, wollen wir mit einigen raschen Strichen nweggehen. Die Lage ist im wesentlichen die, daß neben der lgarischen Agitation in Macedonien eine serbische Agitation an den banesischen Grenzgebieten hergeht und daß gleichzeitig die freund- haftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien alles zu ünschen übrig lassen. Die sich daraus ergebende nicht unbedenkliche age wird wesentlich gebessert durch die starke militärische Aufstellung er Pforte in Macedonien und an den albanesischen Grenzdistrikten, wie durch den gemeinsamen Druck, den Österreich-Ungarn und Rußland auf die feindlichen slavischen Brüder der Balkanhalbinsel aus- ben. Immerhin können wir die Verhältnisse nicht allzu sanguinisch eurteilen, da der aufgesammelte Zündstoff sehr groß ist. Es kann nter diesen Umständen als ein Glück betrachtet werden, daß es der forte gelungen ist, Briefe aufzufangen, in welchen der bulgarische letropolit Sinesius seine Untergebenen zum Widerstande gegen den m Metropoliten von Üsküb bestätigten serbischen Archimandriten irmilian auffordert. Die Briefe zeigen, daß Sinesius im Auftrage

Digitized by Google

des bulgarischen Exarchen Joseph handelt und im Zusam
mit dem macedonischen Komitee Sarafows steht. Die Auslag
Freunde verspricht Sinesius „aus dem Fonds unserer Freu
Mitarbeiterin Miß Stone" zu ersetzen! Das gibt ein er
Bild nationaler, sittlicher und kirchlicher Verhältnisse, wie
nur auf diesem durch Intriguen jeder Art demoralisierte
möglich ist.

Von dem Resultat der wichtigen vom Grafen Bü
Wien gepflogenen Verhandlungen wollen wir reden — sobo
Zuverlässiges darüber bekannt sein wird.

Digitized by Google

. April. Verhängung des Belagerungszustandes über einen Teil von Irland.
. April. Plehwe wird an Ssypjägins Stelle zum ruff. Minister des Innern ernannt.
. April. Scheitern des Gesamtausstandes in Belgien.
. April. Saenger an Wannowskis Stelle zum ruff. Minister der Volksaufklärung ernannt.

---

23. April 1902.

Am 15. April ist der russische Minister des Innern von
inem Studenten Balschanow, der Adjutanten-Uniform angelegt hatte,
m hellen Tage vor der Tür seiner Dienstwohnung durch mehrere
us nächster Nähe abgegebene Revolverschüsse tödlich verwundet
orden, so daß er nach einer Stunde etwa verschied. Der Mörder,
er sich widerstandslos verhaften ließ, soll weitere Attentate ange-
ündigt haben, wenn nicht durchgreifende Reformen im Innern er-
olgten. Doch müssen alle diese Gerüchte als unsicher betrachtet
erden. Als Grund zum Morde wird Rache angegeben, der Mörder
ehöre zu den infolge der letzten Unruhen gemaßregelten Studenten.

Zum Nachfolger Ssipjägins ist der Staatssekretär von Finnland,
Wiätscheslaw v. Plehwe, ernannt.

Das alles ist im höchsten Grade bedenklich: die Wahl des Opfers,
er neue Trik des Mörders und die prämeditierte Entschlossenheit,
it der er sein eigenes Leben wegwarf, die ohne Zweifel ernst zu
ehmende Drohung mit neuen Mordtaten, endlich auch die Auswahl
er Persönlichkeit, die zum Nachfolger Ssipjägins ausersehen wurde.

Der so schmählich umgekommene Minister war, wie wir nach-
rücklich hervorheben möchten, ein vortrefflicher Mensch und gewissen-
after und pflichttreuer Beamter. Die Familie, die dem alten titel-
osen russischen Adel angehört, hat dem Staat eine Reihe tüchtiger
Diener gestellt; einer von ihnen, Martjan Jakowlewitsch, war Vize-
dmiral in den ersten Jahren Kaiser Pauls, ein anderer wurde als
reiser General-Leutnant 1812 von den Franzosen gefangen ge-

Digitized by Google

nommen und in Moskau zu Erdarbeiten genötigt, ein dritter
ist der aus der Geschichte Puschkins wohlbekannte General K
Gouverneur von Tiflis, der 1829 starb, als der Kaiser Ni
ihn gerade zum Nachfolger Paskewitschs im Kaukasus ernennen
Der verstorbene Minister des Innern hat seine Laufbahn als
waltungsbeamter in immer aufsteigender Stellung gemacht.
lich beliebt war er charakteristischerweise nur in Kurland, wo
sachliche, streng gesetzliche Haltung Verständnis und Anerke
fand. Dem russischen Volkscharakter entsprechen aber diese
schaften nicht; sie sind ihm unsympathisch und werden als Pedo
und Herzlosigkeit verurteilt. Im Grunde wünscht man Herrenl
die heute züchtigen, aber morgen verzeihen und belohnen. Vo
nicht 14 Tagen lasen wir in einer russischen Zeitung, wen
nicht irren in der „Nowoje Wremja", eine Korrespondent
Sibirien, die allen Ernstes dafür eintrat, daß der gute alte
der wsjätki, d. h. das System des Trinkgeldergebens an Beamt
Sibirien geduldet und nicht verfolgt werde. Die unbestechliche
amten ruinierten das Land und die Leute, weil sie unerbittli
Ausführung der Gesetze dringen; dabei aber könne man nicht
denn die Gesetze rechneten nicht mit den wirklichen Zustände
den Menschen, wie sie nun einmal seien. Mit dem Beamten
der sein Trinkgeld (die wsjätka) einstreiche, finde man sich
und schließlich habe jeder Teil seinen Vorteil davon. Jener
spondent hätte noch hinzufügen können, daß es sich um einen
eingewurzelten Brauch handelt, und das direkte oder indirekt
gehen der Gesetze die Regel in Rußland ist. Der Minister Sfi
aber war ein Mann des Gesetzes und eben deshalb verhaßt.
wird ihm keineswegs den Vorwurf übermäßiger Härte machen
aber allerdings die in Anwendung gebrachten Gesetze waren
hart und in ihrer Ausführung durch die unteren Organe oft
Dazu kam noch der weitere Umstand, daß die innere Polit
heutigen Rußland in schreiendem Gegensatz zu den Wünsche
gebildeten Kreise der Nation steht und daß die studentische Opp
sich einer gewissen Popularität erfreute. Das hat den erhitzten
Leuten, deren ursprüngliche, auf eine Erweiterung der studen
Freiheiten gerichteten Wünsche sich keineswegs als gefährli
zeichnen ließen, völlig das Urteil verwirrt. Sie fühlten sich a

Digitized by Google

Führer der Nation in ihren, auf politische Freiheit gerichteten Bestrebungen, aus dem studentischen Programm wurde ein politisches Verfassungsprogramm und aller Halt ging ihnen vollends verloren, als sie die weitere Aufgabe auf sich nahmen, die russische Arbeiterschaft in die sozialdemokratische Doktrin einzuführen. Daß auf solchem Boden Fanatiker heranreifen, wie jener 23jährige Alexander Michailow, der fast alle nihilistischen Unternehmungen der letzten Jahre Alexander II. organisierte und schließlich bei dem letzten Attentat, dem der unglückliche Kaiser zum Opfer fiel, selbst umkam, kann nicht wundernehmen. Aber ohne jedes politische Urteil sind jene unreifen Fanatiker allezeit gewesen und sie haben bisher immer noch das Gegenteil von dem herbeigeführt, was sie bezweckten. Alexander II. ward in dem Augenblick ermordet, da er die Urkunde eben unterzeichnet hatte, die bestimmt war, Rußland zu einem Verfassungsstaat umzubilden, und die 13jährige Regierung Alexanders III. bot trotz aller Attentate, die auch ihn verfolgten, das Bild einer sicher fortschreitenden Reaktion zu absolutistischem Regiment zurück. Aber als er starb, schien die nihilistische Sekte tatsächlich ausgerottet zu sein und vielleicht wäre nun der Augenblick gewesen, zu den letzten Gedanken Alexanders II. zurückzukehren. Die Wünsche und Hoffnungen der Nation, Temperament und Charakter des edlen jungen Herrschers schienen gleichmäßig dafür zu sprechen. Wer damals in Rußland gewesen ist, wird sich erinnern, wie hochfliegend die Hoffnungen waren, mit denen man die „neue Ära" begrüßte. Alle Anzeichen wiesen auf einen Übergang zu einer liberalen Politik stark nationaler Färbung. Da brachte der 19. Januar 1895 die erste große Enttäuschung. Der Kaiser hatte in einer Ansprache, die in ihrem offiziellen Texte veröffentlicht wurde, von dem „unsinnigen Gedanken eines Teils der Semstwo-Vertretung an der inneren Verwaltung des Reiches teilzunehmen" gesprochen und erklärt, er werde das Fundament der Selbstherrschaft ebenso fest aufrecht erhalten, wie sein unvergeßlicher Vater! Im Mai 1896 folgte dann die entsetzliche Katastrophe auf dem Chodinski-Feld und im Zusammenhang damit die erste große Studentendemonstration unter der neuen Regierung am 16. und 17. November in Moskau.

Wie weit liegen diese Tage hinter uns zurück, aber wie nachhaltig haben sie weitergewirkt! Parallel mit der systematischen Fort-

Digitized by Google

führung der reaktionären Politik Alexanders III. ging die ste
Exaltation der Jugend und das allmähliche Anwachsen der libe
man könnte beinahe sagen radikalen Richtung in der russischen J
genz, so daß heute — abgesehen von den leitenden Spitzen de
amtentums und eines wohl nur geringen Teils der Garde-Off
diese Gesinnung als die allgemeine gelten kann. Geführt wi
nach wie vor von dem Obergouverneur des heiligen Synod, d
innere Politik des Reiches unter seinem Einfluß hält, unterstützt
das besondere Interesse, das dem russischen Finanzministe
konzentrierte unumschränkte Gewalt als unumgängliche Notwen
zur Behauptung seines tollkühnen, unter anderen politischen L
formen undenkbaren Finanzsystems erscheinen läßt, endlich im F
ment begründet — wie behauptet wird — auf eine testamente
Bestimmung Alexanders III., die dem neuen Kaiser jenes Ein
in liberale Staatsformen unmöglich machte. Wie verkehrt
töricht es war, unter solchen Verhältnissen dem unglücklichen M
des Innern zu Leibe zu gehen, liegt auf der Hand, zumc
Minister gerade in letzter Zeit den Semstwos etwas freiere Bew
zugestanden und weitere Selbstverwaltungsrechte in Aussicht g
hatte. Sein Nachfolger, der bisherige Staatssekretär von Finn
stellt eine weit härtere Richtung des rücksichtslosen Absolutismus
so daß jetzt die Wahrscheinlichkeit nicht für Milderung, sonder
eine Verschärfung des geltenden Systems spricht. Plehwe i
russifizierter Deutscher, in russisch-nationaler und russisch-kird
Richtung durchaus intransigent, dazu als Untersuchungsrichter i
Nihilistenprozessen der 80er Jahre emporgekommen, und das
in der Summe keine glückliche Kombination. Überdenkt ma
diese Zusammenhänge, so drängt sich mitunter die Vorstellung
daß ein ungeheures Mißverständnis zwischen dem Kaiser Nik
und seinem Volke liegt. Auf der einen Seite die Vorstellung
einer absichtlichen und bewußten Knechtung, auf der anderen die
Furcht vor revolutionären Tendenzen. Weder das eine noch
andere liegt vor. Die nihilistische Sekte würde mit dem
schwinden, da jenes „herzliche Wohlwollen", das Kaiser Nik
bei Ernennung des Generals Wannowski zum Minister der V
aufklärung der studierenden Jugend gegenüber zur Geltung br
wollte, auch in der Praxis sich geltend machen wollte. Eine wi

Digitized by Google

Revolution aber ist in Rußland nicht denkbar; was vorkommt und wohl auch weiter gelegentlich vorkommen würde, sind Emeuten, deren Spitze sich gegen ungerechte und harte Beamte, nicht gegen die Dynastie richtet. Kaiser Nikolaus II. aber ist seiner ganzen Natur nach nichts weniger als ein Tyrann, wie wir meinen, nicht einmal ein überzeugter Absolutist. Die Entwicklung, die Rußland seit 1861 genommen hat, weist aber mit unabweislicher Notwendigkeit dahin, daß Rußland sich den Formen des abendländischen Staatslebens nähern muß. Die Frage ist nur die, wie viele Opfer noch diesem unseligen Mißverständnisse fallen sollen? Wir haben es immer als ein Verhängnis für Rußland bezeichnet, daß seine auswärtige Politik den anderen slavischen oder glaubensverwandten Staaten gegenüber in schroffstem Gegensatz zu der inneren Politik Rußlands stand. Wir denken dabei nicht an die besonderen Verhältnisse, die lange in den baltischen Provinzen und in Finnland geduldet wurden, bis man sie — ebenfalls infolge eines historisch-politischen Mißverständnisses — zu zerstören begann, sondern an jene Politik, die Alexander I. dahin führte, dem neu geschaffenen Königreich Polen eine Verfassung zu verleihen und sie Rußland zu versagen, eine Politik, die dann später in Griechenland, den Donaufürstentümern, namentlich aber in den slavischen Balkanstaaten geradezu potenziert wurde, indem man diesen Staaten nicht nur liberale Verfassungen, sondern radikale aufnötigte, und auch heute noch überall auf diesem Boden die radikalen Parteien unterstützt. Dadurch hat die russische Regierung selbst den heimischen Radikalismus erzogen, der dann weiter gefördert wurde durch das Bündnis mit der radikal-sozialistischen französischen Republik. Das sind Tatsachen, die sich nicht wegdeuteln lassen, und die naturgemäß die allersonderbarsten Früchte gezeitigt haben. Es wird sich keine große russische Zeitung finden, die nicht über jede Verletzung oder Schädigung konstitutioneller Freiheiten im Auslande mit tiefster sittlicher Entrüstung ihren Lesern berichtete und jeden Akt administrativer Willkür außerhalb der eigenen russischen Lande mit den härtesten Worten brandmarken wollte. Wie soll nun die heranwachsende Jugend sich in diesen Widersprüchen zurechtfinden?

Das Thema ließe sich in das Endlose fortführen, denn der tatsächliche Stoff wird von jedem neuen Tage neu hinzugetragen. Aber wir brechen ab, um uns einem Gebiet zuzuwenden, bei dem

Digitized by Google

allerdings die besondere Politik Rußlands auf der Balkanh
ein verbindendes Glied gibt, den immer leidenschaftlichere
annehmenden Streit um die Bestätigung des Bischofs von Ü
Firmilian. Um die ganze Sachlage und ihre Tragweite r
verstehen, ist es nötig, etwas weiter auszuholen. Eine eig
bulgarische Kirche hat es — wenn wir von dem altbulgarischen
absehen — vor 1870 überhaupt nicht gegeben, das kirchliche n
nationale Bewußtsein des Volkes ist erst durch Diebitschs
übergang 1828 geweckt worden, und wenn der Friede von Adr
auch nicht die erhoffte politische Selbständigkeit brachte, so
die Wünsche doch lebendig und das begann sich nach zwei Rich
hin geltend zu machen: politisch gegen die türkischen Obe
und in konfessioneller Hinsicht gegen die Leitung der bulg
Gemeinden durch griechische Priester, die auf bulgarischem
wie überall auf der Balkaninsel die Leitung der Kirche
Hände gespielt hatten. Der Patriarch in Konstantinopel w
Oberhaupt, die griechischen Bischöfe in Bulgarien ein hellenisi
Element, dessen Überlegenheit in aller Naivetät anerkannt
Man nannte sich griechisch-orthodox, nicht bulgarisch-orthodox
wie man heute noch in Erinnerung an längst verschollene Ta
aber einst Wirklichkeit waren, von der griechisch-orthodoxen
Rußlands spricht. Es folgte der Krimkrieg, der neue Hoff
und neue Enttäuschungen brachte. Die griechischen Bischöf
konnten bereits damals ihre Stellung nur mit Hülfe türkischer
stützung behaupten, so sehr begann sich der nationale Sinn zu
Da geschah es, daß der Gedanke auftauchte — wie behauptet
unter österreichischem Einfluß — sich durch Union mit der late
Kirche vor dem übermächtigen griechischen Einfluß zu retten. U
begannen einzelne Gemeinden die Oberhoheit des Papstes un
Bedingung anzuerkennen, daß ihren Priestern die Ehe, und a
slavische Sprache für den Gottesdienst gelassen werde. Österre
Frankreich, das damals noch eine eigene Orientpolitik hatte,
stützten naturgemäß eine Bewegung, die in ihren Konsequenz
Abwendung von Rußland bedeutete, das seit einigen Jahren
mehr den slavischen Gedanken und den Gedanken der kir
Einheit aller Slaven in den Vordergrund seiner Interessen zu
begann. Die Bewegung zur Union erregte die lebhafteste Be

Digitized by Google

Rußlands, und da man in Petersburg erkannte, daß jene „Los von Konstantinopel-Bewegung“ nicht aus religiösen, sondern aus politischen Motiven entsprang, war man klug und geschickt genug, den Sultan zu veranlassen, die Gründung einer unabhängigen bulgarischen Kirche zu gestatten, deren Oberhaupt, der „Exarch von Bulgarien“, in Konstantinopel seinen Sitz haben sollte, ohne dem griechischen Patriarchen in Konstantinopel untergeordnet zu sein. Das geschah 1870 und der Exarch wurde natürlich vom Patriarchen exkommuniziert. Der letztere war dabei in vollem Recht, da das ökumenische Patriarchat niemals besondere nationale Kirchen geduldet hat. Erst 1883, als Joachim III. zum erstenmal das Patriarchat übernahm, kehrte der Friede wieder und auch nach seinem Sturz behauptete Bulgarien fast unangefochten seine kirchliche Unabhängigkeit, und in Bulgarien werden nur Bulgaren zu Bischöfen geweiht. Neuerdings scheint man nun russischerseits an dieser scharfen Ausbildung des besonderen bulgarischen Nationalgedankens Anstoß genommen zu haben. Rußland ist seit einigen Jahren bemüht, den serbischen Archimandriten Firmilian auf den bisher stets von Bulgaren besetzten bischöflichen Stuhl von Üsküb in Macedonien zu setzen und drückt in diesem Sinne auf den Sultan. Dagegen protestiert nun der bulgarische Metropolit Sinesius, und wie sich herausgestellt hat, handelt er darin im Sinne und im Auftrage des in Konstantinopel residierenden bulgarischen Exarchen Josef. Natürlich hat auch das macedonische Komitee seine Hand im Spiel und wir wiesen schon neulich darauf hin, daß die famose Miß Stone für die Zwecke dieses Komitees das Martyrium ihrer angeblichen Gefangenschaft getragen hat. Nun soll, wie die „N. Fr. Presse“ seinerzeit mitteilte und später von russischen Blättern wiederholt wurde, der russische Botschafter an der Pforte, Ssinowjew, zum zweitenmal kategorisch die Bestätigung Firmilians von der Pforte verlangt haben, die Bulgaren dagegen drohen die Politik von 1859 wieder aufzunehmen und in Union mit der römisch-katholischen Kirche zu treten. Das Ministerium Danew und der Fürst Ferdinand scheinen diesen Dingen ziemlich hülflos gegenüberzustehen, sie fürchten die Agitation des macedonischen Komitees und sie fürchten Rußland, dessen pekuniäre Unterstützung ihnen gerade jetzt unerläßlich ist. Das gibt eine höchst bedenkliche Lage, da die Neigung, die macedonische Frage in Fluß zu bringen,

Digitized by Google

ohnehin in Bulgarien zu einer nationalen Leidenschaft herang
ist. Die „Nowoje Wremja", die von diesen Dingen Notiz ni
bemerkt höchst charakteristischerweise dazu: „Mit einem Wort,
Bulgaren sind bereit, wie es ihre Gewohnheit ist, alle Mittel
wenden, gute und schlechte, mögliche und unmögliche, nur um
ihrem Willen zu bestehen und in Macedonien keinen Fuß
Landes preiszugeben, obgleich das Land ihnen doch bisher gar
gehört. Dieser eigenartige patriotische Fanatismus kennt keine Gre
ihm ist nichts heilig, so daß man sehr traurige und für die Bulg
selbst sehr unvorteilhafte Verwicklungen in nächster Zukunft erw
muß." Wir sehen die Sache weniger pessimistisch an. Wer
Machtverhältnisse erwägt, kann garnicht darüber im Zweifel
daß Rußland seinen Willen durchsetzen wird. Auch hat es
bereits viel zu stark und viel zu öffentlich engagiert, um zurückwe
zu können, selbst wenn es wider Erwarten daran denken sollte.
halten deshalb auch die von bulgarischen Blättern verbreitete Nach
daß der russische Vertreter in Sofia sich in Petersburg für
bulgarischen Wünsche verwandt haben sollte, vorläufig für ungl
würdig. Das würde ein Vorgehen gegen den mächtigsten Mann
Reiche, den Oberprokureur Pobedonoszew, bedeuten, der diese g
Aktion leitet, und für so kühn halten wir Herrn Bachmetjew
Es ist aber nicht denkbar, daß an dieser ganzen, gegen die Wü
der Bulgaren gerichteten Aktion noch ein anderer Faktor bet
ist, nämlich die Moskauer slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft,
Präsident der serbische Konsul Herr Tscherep Spiridonowitsch
der vom Prager Slaven-Kongreß her uns noch in frischer Erinne
steht. Jene slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft steht in lebh
Fühlung mit Pobedonoszew, und Herr Tscherep Spiridonowitsc
ein Mann von Gedanken und Initiative. Eine Moskauer K
spondenz des Uchtomskischen Blattes hat darüber merkwürdige
schlüsse gegeben. Danach hätte er eigenmächtig den Präsid
Loubet zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft ernannt und sich
weitere Kompetenzüberschreitungen erlaubt. Jetzt wolle er die Pe
burger slavische Gesellschaft mit der Moskauer verschmelzen und
Leitung der am 23. April zur Erinnerung an den 25. Jahre
des russisch-türkischen Krieges bevorstehenden Feierlichkeiten
nehmen. Der dem Herrn Tscherep Spiridonowitsch feindlich ges

Digitized by Google

orrespondent hofft aber, daß all diese Herrlichkeit zusammenbrechen
nd ein Russe zum Präsidenten der Slavischen Gesellschaft gewählt
erde. Die große bulgarische Kolonie in Moskau sei gegen ihn,
nd das könne den Ausschlag geben. Man sieht, der serbisch-bulgarische
egensatz spielt bis in den Schoß der slavischen Gesellschaft hinein.
a bisher Herr Tscherep Spiridonowitsch das Heft in Händen hatte,
klärt sich auch, daß die Balkanpolitik der Gesellschaft die serbische
nd nicht die bulgarische Richtung vertrat. Aber es wird interessant
in, zu erfahren, wie dieser Kampf um die Präsidentschaft der
Soltätigkeitsgesellschaft ausläuft. Wenn, wie der Korrespondent
nimmt, weder Serben noch Bulgaren die Führung behalten, werden
ir darin das rechte Omen für den Ausgang des eifersüchtigen
treites beider Nationalitäten auf der Balkanhalbinsel finden.

Die Aussichten auf einen Frieden in Südafrika mehren sich
erfreulicher Weise. Wir bedauern nur eins, daß Lord Kitchener
en Waffenstillstand abgelehnt hat, der billig von den Buren ver-
ngt werden durfte. Wenn sie trotzdem eine Versammlung zustande
ringen, die auf die vereinbarten Bedingungen eingeht, wird es mehr
r Verdienst, als das der Engländer sein. Wir haben schon vor
Monaten auf die Notwendigkeit einer solchen Versammlung hinge-
iesen, wenn der Friede zustande kommen und von Dauer sein solle.
ber um die Möglichkeit eines sicheren Erfolges zu erlangen, hätte
ngland tun müssen, wie Deutschland im Jahre 1871 tat. Das ist
cht geschehen und könnte zum Ergebnis führen, daß das gewonnene
esultat von einem Teil der Buren nicht anerkannt wird und auf
en Krieg ein Zustand schwer erträglicher Unsicherheit folgt.

Auch in Belgien scheint, nachdem der Gesamtausstand auf-
egeben ist, die Hauptgefahr der Lage überwunden zu sein. Aber
och nur die Hauptgefahr. Die sozialistische Emeute flackert hin
nd her im Lande, immer wieder auf und besser kann es nicht
erden, wenn nicht eine Abwendung der Regierung von dem bisher
eltenden System rücksichtsloser Geldmacherei erfolgt. Am 27. März
t dem englischen Parlament eine Denkschrift der „Gesellschaft zum
chutz der Eingeborenen" (Aborigines Protection Society) vorgelegt
orden, die wahrhaft erschütternde Beweise für die ruchlose Wirt-
haft Belgiens im Kongostaate bringt. Sie bestätigt durchaus, was
ie in der Zeitschrift „West-Afrika" erschienenen und als Buch unter

Digitized by Google

dem Titel „Trading Monopolies in West Africa“ zusamme
sachkundigen Artikel eines anonymen Verfassers damals
Er schlug als Remedium die Teilung des Kongostaates
Frankreich, England und Deutschland vor, die „Gesellsc
Schutz der Eingeborenen ersucht“ „ernstlich“ die englische
mit den übrigen Mächten, die den Berliner Kongovertrag
Brüsseler Generalakte unterzeichnet haben, schleunig in Be
treten, um die Aufmerksamkeit des Souveräns des Kongost
diese Dinge zu lenken, und ihn zur Teilnahme an den
aufzufordern, die zum Schutz der Neger in diesem groß
Afrikas unerläßlich seien.

Wir wollen alle die dokumentarisch festgestellten Gr
durch Beamte, Soldaten und Offiziere des Kongostaates
sind und dauernd als System fortgesetzt werden, nicht
Sie zeigen, daß die Forderung der „Aborigines Protection
das Minimum ist, das verlangt werden kann. Der Vors
Verfassers von „Trading monopolies“ ist zwar radikale
uns aber der bei weitem wirksamere zu sein. Der richt
wäre wohl, es mit Vorschlag 1 zu versuchen, und falls
Abhülfe bringt, zu Vorschlag 2 zu greifen.

Digitized by Google

27. April. Neuwahlen in Frankreich.
28. April. Rücktritt des italienischen Kriegsministers Ponza di San Martino.

---

30. April 1902.

Eine Reihe wichtiger politischer Fragen steht der Entscheidung unmittelbar gegenüber oder drängt ihr mächtig entgegen. Nach wenigen Tagen werden wir den Ausgang der französischen Wahlen kennen, freilich nur, um dann dem Resultat der zahlreich zu erwartenden Stichwahlen entgegenzusehen. Am Sonntag den 27. sind die Stimmzettel abgegeben worden, nachdem die Wahlagitation ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie ist seit den Tagen Boulangers nicht mit größerer Leidenschaft und größerer Rücksichtslosigkeit geführt worden. Wer das Detail der Wahlkampagne verfolgt hat, wird gewiß nicht den Eindruck gewonnen haben, daß es die höflichste und liebenswürdigste Nation der Welt war, die sich auf der Rednertribüne zu ihrem politischen Glauben bekannte. Vielmehr erinnern die zahllosen „professions de foi", die in den letzten Wochen abgegeben wurden, lebhaft an die Ungeniertheit amerikanischer Wahlkämpfe, bei denen bekanntlich das Kleinmachen und Verdächtigen des Gegenkandidaten eine sehr wichtige Rolle spielt. Sogar der alte Haß, der an der „affaire" haftet, ist wieder ausgegraben worden, und man könnte mitunter glauben, daß zwei feindliche Völker kampfbereit einander gegenüberstanden. Nun ist freilich solche Wahlhitze nicht allzu ernst zu nehmen. Nach der gefallenen Entscheidung pflegt die Temperatur ganz außerordentlich schnell zu sinken, und jeder richtet sich darauf ein, mit der vollzogenen Tatsache möglichst vorteilhaft seinen Frieden zu schließen. Was sich gegenüberstand, waren die ministeriellen Republikaner mit dem zu ihnen gehörenden rechten Flügel der Sozialdemokraten. Diese Leute sind als echte Republikaner

Digitized by Google

ein gut Stück Eifersucht erkennen, möchten wir doch darauf h
wie nachdrücklich Herr Argus mit seiner Stimme in den Cho
der heute in der öffentlichen Meinung Rußlands eine A
nahen Orient verlangt.

Rußland hat am 24. April den 25jährigen Jahrest
letzten Orientkrieges gefeiert. Es war im 19. Jahrhundert
Krieg Rußlands mit der Türkei, die Friedensschlüsse von
1812, von Adrianopel 1828, von Paris 1856 und v
Stephano 1878 geben uns ihren Abschluß. So liegen d
räume von je 16, 28, 22 Jahren zwischen Krieg und Frie
auf eine gewisse Periodizität hinweist. Auch haben, mit A
von Paul, alle russischen Herrscher ihren Türkenkrieg gehab
gleich Alexander III. nur als Großfürst-Thronfolger.
demnach nicht wundernehmen, wenn die öffentliche Meinung in
gleichsam als etwas Selbstverständliches eine Aktion im O
wartet. Unter Alexander III. wurde sie durch den S
Fürsten Alexander von Bulgarien und durch die seinem A
gezeigte geflissentliche Mißachtung, sowie durch die Vors
die sich mit dem französischen Bündnis verbanden, abgel
durch die Russifizierungspolitik in den westlichen Grenzma
schädigt; aber Alexander II. hatte sie den Krieg aufgezwu
heute liegt offenbar die Absicht vor, das gleiche Manöver z
holen. Wir möchten überhaupt die Ereignisse des Jahres
den heutigen in Parallele setzen. Wie damals drängt sich
leidenschaftliche Wunsch nach einer Veränderung im Inn
nach einer großen Sensation nach außen hin in den Vor
wie damals wird auch jetzt die Regierung durch Unru
Attentate geängstigt, und das Verlangen nach einer Verf
heute genau so lebendig, wie 1876. Nur dürfte die Neigu
zugeben, noch weit geringer sein als unter Alexander II.
zielle Rußland wünscht heute weder einen europäisch-orie
Krieg, noch hat es Lust, es mit dem Experiment einer
versammlung aller Reußen zu versuchen, und wir können n
daß es nach beiden Richtungen hin fest bleibt. Was
wünschenswert halten, ist eine Erweiterung der Befugnisse,
Organen der russischen Selbstverwaltung gehören. Alexa
hat sie der russischen Bureaukratie ausgeliefert und daran

Digitized by Google

Reich vor allem. Aber nichts könnte unerwünschter sein, als ine russische Revolution oder, was in den Konsequenzen vielleicht leichbedeutend wäre, ein Aufrollen der europäisch-orientalischen Frage durch Rußland. Das letztere müßte aller Wahrscheinlichkeit ach einen Weltkrieg nach sich ziehen, die Revolution aber wäre ein nglück nicht nur für Rußland, sondern auch für seine Nachbarn. urz, nach dieser Richtung scheint uns in jeder Hinsicht wünschenswert, aß die Regierung mit Festigkeit sich ihr Selbstbestimmungsrecht ahrt. Wohl aber würden wir es als eine fast ebenso große Gefahr etrachten, wenn den Wünschen nach freieren Formen der Selbst-erwaltung und des öffentlichen Lebens gar nicht Rechnung getragen ürde. Die Übertreibung des absolutistischen Systems führt schließlich icht nur zur Negierung desselben, sondern zum entgegengesetzen Extrem. Und das ist die Gefahr des Augenblicks. Wir haben be-eits die Bedenken genannt, die sich uns an den Namen Plehwe nüpfen, bei dem vielfach nur an rücksichtslose Repression gedacht ird. Aber es soll uns freuen, wenn wir uns täuschen, und wenn r mit der starken Hand auch die Einsicht verbindet, daß Gewalt llein es nicht tut. Das wenige, was über ihn seit Übernahme des Ministeriums des Innern bekannt geworden ist, macht zunächst keinen ngünstigen Eindruck. Wenn der persönliche Mut, den er durch Bereisung des aufständischen Südens zeigt, sich auch darin bewährt, aß er den Entschluß findet, offenkundige Fehler seiner Vorgänger, ie das systematische Aufreizen der Finländer rückgängig zu machen, o wollen wir glauben, daß er mehr ist als nur ein hoher Beamter. Leider weist aber seine Vergangenheit darauf hin, daß er ein Feind ller Selbständigkeit ist. Seine Haltung den ritterschaftlichen Or-anen der Ostseeprovinzen gegenüber, wie seine Politik in Finland prechen nicht für weite und freie Gesichtspunkte. Die Ernennung es G.-R. Sänger zum Minister der Volksaufklärung an Stelle Wannowskis scheint dagegen auf einen Systemwechsel hinzuweisen. Der alte General hatte einen gründlichen Abscheu vor Latein und Griechisch und wollte „die herzliche Teilnahme" für die Jugend, die hm Kaiser Nikolaus II. als Geleitwort auf den Weg gegeben hatte, unächst dadurch beweisen, daß er sie vom Ballast der alten Sprachen efreite. Das Griechische wurde aus der „allgemein bildenden Schule" ganz verbannt, das Lateinische möglichst eingeschränkt, um

Digitized by Google

allem empirischen Wissen Raum zu schaffen. Was er
Universitäten vorhatte, ist in den 381 Tagen, die er im A
nicht ans Licht getreten. In der ersten Zeit war viel von
Freiheit für die Studenten und von größerer Selbständigkei
Professorenkollegien die Rede. Aber es wurde je länge
stiller davon, und so ist schließlich nichts perfekt geworde
einer langen Reihe von Gutachten, über deren Schicksal ni
lautet. Nun ist aber der neue Kultusminister ein klassisch
Philologe, der einige geschätzte Arbeiten in lateinischer Spr
öffentlicht hat über Horaz, Tibull und grammatische Frag
hat in Berlin als „Professorstudent" bei Mommsen,
Kirchhof, Wattenbach, Treitschke, Hübner gehört, ist acht Ja
im Nješhinschen philologischen Institut Professor der alten
gewesen, danach Professor für klassische Philologie in Wars
von 1897—99 Rektor der Universität. Das ist ein Leb
der mit Notwendigkeit zu anderen Auffassungen von den Bed
der Schulen und Universitäten führt, als sie der dem Pa
entstammende alte General Wannowski haben konnte. So k
wohl mit Spannung der Praxis seiner Amtsführung entge
Offenbar macht Rußland neben der wirtschaftlichen Krisis
es steht, auch eine schwere innere Krisis durch, deren Ausg
Richtung sich vorläufig aller Berechnung entzieht.

Auf der Balkanhalbinsel ist es bisher zwischen Se
Bulgaren bei großen Worten geblieben, und wir hoffen, daß
nicht ändern wird. Die Tatsache, daß der Ministerpräsiden
in Begleitung des Finanzministers Sarafow (nicht zu ve
mit dem gleichnamigen Direktor des makedonischen Komite
Paris reist, um, durch russische Empfehlungen unterstützt,
Anleihe zu negotiieren, kann als sicheres Zeichen gelten, daß B
in der Angelegenheit des Metropoliten Firmilian nachgeb
wenn auch mit geballten Fäusten — in der Tasche.

Auch die Frage nach Krieg und Frieden in Südaf
noch in der Schwebe. Das einzige Authentische an Nachrich
wir bisher besitzen, ist eine Äußerung, die der Staatssekr
Krieges, Brodrick, in der Broderers Company, einer Art K
seine Familie schon seit 300 Jahren angehört, getan ha
Telegraph hat über diese Äußerung nicht in genügender Ausfü

Digitized by Google

berichtet. Sie lautet wörtlich: „When peace arrived, and the army returned, it was his strong impression that they would find themselves stronger than they were now. They hoped that the peace was in sight, but in the interwall they were sending out unreservedly men and materials of all descriptions, as if they had to carry on the war for another year or two years.“ (Wenn der Friede gekommen und die Armee heimgekehrt sei, so würden sie (die Engländer) sich seiner festen Überzeugung nach stärker fühlen, als sie es jetzt seien. Er (und das Ministerium) hoffe, daß der Friede in Sicht sei, inzwischen schicke er ohne Rückhalt Mannschaft und jegliches Material, als ob er den Krieg noch ein oder zwei Jahre führen müsse.) Da nun inzwischen durch die über Delarey eingetroffenen Nachrichten die Aussichten auf einen Frieden sich noch wesentlich verstärkt haben, gewinnt der vom Telegraphen nicht wiedergegebene Vordersatz erheblich an Bedeutung. Er sagt wohl zunächst, daß sich England augenblicklich nicht sehr stark fühlt, und das kann zu einer Zeit, da fast seine sämtlichen Truppen in Afrika sind, nicht wundernehmen, wenn man die gespannte Lage in Ostasien, die drohende Mittelmeerfrage und die Unruhen in Irland in Betracht zieht. Die Zurückberufung der Truppen wird also zunächst in England das Gefühl der Sicherheit und damit auch die Unternehmungsluft steigern. Es läßt sich aber nebenher annehmen, daß der durch die Ereignisse der letzten Jahre arg verletzte britische Nationalstolz sich dadurch äußern wird, daß die Stellung der Nation zur Armee einen anderen Charakter annimmt. Schon jetzt hört man von denjenigen, die kürzlich aus England heimkehrten, nachdem sie längere Zeit nicht dort gewesen waren, daß die Soldaten in Haltung und äußerer Erscheinung entschieden gewonnen hätten. Es sei, als ob man Tommy Atkins mit einem gewissen Respekt anzusehen beginne. Das wird wahrscheinlich nicht ab-, sondern zunehmen und kann von weittragender Bedeutung werden. Allerdings wird der heißersehnte Friede in Südafrika noch geraume Zeit ein bewaffneter sein müssen, und zwar um so länger, je drückender die den Buren auferlegten Bedingungen sein werden. Wir halten es aber nicht für unwahrscheinlich, daß König Eduard bei seiner Krönung dann Erleichterungen und namentlich — was doch unerläßlich sein dürfte — den „Kaprebellen“ volle Amnestie gewähren wird. Vielleicht gehört

Digitized by Google

allerdings die besondere Politik Rußlands auf der Balkanha
ein verbindendes Glied gibt, den immer leidenschaftlichere F
annehmenden Streit um die Bestätigung des Bischofs von Ü
Firmilian. Um die ganze Sachlage und ihre Tragweite re
verstehen, ist es nötig, etwas weiter auszuholen. Eine eige
bulgarische Kirche hat es — wenn wir von dem altbulgarischen
absehen — vor 1870 überhaupt nicht gegeben, das kirchliche w
nationale Bewußtsein des Volkes ist erst durch Diebitschs B
übergang 1828 geweckt worden, und wenn der Friede von Adri
auch nicht die erhoffte politische Selbständigkeit brachte, so l
die Wünsche doch lebendig und das begann sich nach zwei Rich
hin geltend zu machen: politisch gegen die türkischen Ober
und in konfessioneller Hinsicht gegen die Leitung der bulga
Gemeinden durch griechische Priester, die auf bulgarischem
wie überall auf der Balkaninsel die Leitung der Kirche i
Hände gespielt hatten. Der Patriarch in Konstantinopel wa
Oberhaupt, die griechischen Bischöfe in Bulgarien ein helleniſie
Element, dessen Überlegenheit in aller Naivetät anerkannt
Man nannte sich griechisch-orthodox, nicht bulgarisch-orthodox
wie man heute noch in Erinnerung an längst verschollene Tag
aber einst Wirklichkeit waren, von der griechisch-orthodoxen
Rußlands spricht. Es folgte der Krimkrieg, der neue Hoffn
und neue Enttäuschungen brachte. Die griechischen Bischöfe
konnten bereits damals ihre Stellung nur mit Hülfe türkischer
stützung behaupten, so sehr begann sich der nationale Sinn zu
Da geschah es, daß der Gedanke auftauchte — wie behauptet
unter österreichischem Einfluß — sich durch Union mit der latei
Kirche vor dem übermächtigen griechischen Einfluß zu retten. Un
begannen einzelne Gemeinden die Oberhoheit des Papstes unt
Bedingung anzuerkennen, daß ihren Priestern die Ehe, und al
slavische Sprache für den Gottesdienst gelassen werde. Österrei
Frankreich, das damals noch eine eigene Orientpolitik hatte,
stützten naturgemäß eine Bewegung, die in ihren Konsequenze
Abwendung von Rußland bedeutete, das seit einigen Jahren
mehr den slavischen Gedanken und den Gedanken der kir
Einheit aller Slaven in den Vordergrund seiner Interessen zu
begann. Die Bewegung zur Union erregte die lebhafteste Be

Digitized by Google

Rußlands, und da man in Petersburg erkannte, daß jene „Los von Konstantinopel-Bewegung" nicht aus religiösen, sondern aus politischen Motiven entsprang, war man klug und geschickt genug, den Sultan zu veranlassen, die Gründung einer unabhängigen bulgarischen Kirche zu gestatten, deren Oberhaupt, der „Exarch von Bulgarien", in Konstantinopel seinen Sitz haben sollte, ohne dem griechischen Patriarchen in Konstantinopel untergeordnet zu sein. Das geschah 1870 und der Exarch wurde natürlich vom Patriarchen exkommuniziert. Der letztere war dabei in vollem Recht, da das ökumenische Patriarchat niemals besondere nationale Kirchen geduldet hat. Erst 1883, als Joachim III. zum erstenmal das Patriarchat übernahm, kehrte der Friede wieder und auch nach seinem Sturz behauptete Bulgarien fast unangefochten seine kirchliche Unabhängigkeit, und in Bulgarien werden nur Bulgaren zu Bischöfen geweiht. Neuerdings scheint man nun russischerseits an dieser scharfen Ausbildung des besonderen bulgarischen Nationalgedankens Anstoß genommen zu haben. Rußland ist seit einigen Jahren bemüht, den serbischen Archimandriten Firmilian auf den bisher stets von Bulgaren besetzten bischöflichen Stuhl von Üsküb in Macedonien zu setzen und drückt in diesem Sinne auf den Sultan. Dagegen protestiert nun der bulgarische Metropolit Sinesius, und wie sich herausgestellt hat, handelt er darin im Sinne und im Auftrage des in Konstantinopel residierenden bulgarischen Exarchen Josef. Natürlich hat auch das macedonische Komitee seine Hand im Spiel und wir wiesen schon neulich darauf hin, daß die famose Miß Stone für die Zwecke dieses Komitees das Martyrium ihrer angeblichen Gefangenschaft getragen hat. Nun soll, wie die „N. Fr. Presse" seinerzeit mitteilte und später von russischen Blättern wiederholt wurde, der russische Botschafter an der Pforte, Sinowjew, zum zweitenmal kategorisch die Bestätigung Firmilians von der Pforte verlangt haben, die Bulgaren dagegen drohen die Politik von 1859 wieder aufzunehmen und in Union mit der römisch-katholischen Kirche zu treten. Das Ministerium Danew und der Fürst Ferdinand scheinen diesen Dingen ziemlich hülflos gegenüberzustehen, sie fürchten die Agitation des macedonischen Komitees und sie fürchten Rußland, dessen pekuniäre Unterstützung ihnen gerade jetzt unerläßlich ist. Das gibt eine höchst bedenkliche Lage, da die Neigung, die macedonische Frage in Fluß zu bringen,

Digitized by Google

ohnehin in Bulgarien zu einer nationalen Leidenschaft herange
ist. Die „Nowoje Wremja", die von diesen Dingen Notiz nir
bemerkt höchst charakteristischerweise dazu: „Mit einem Wort,
Bulgaren sind bereit, wie es ihre Gewohnheit ist, alle Mittel a
wenden, gute und schlechte, mögliche und unmögliche, nur um
ihrem Willen zu bestehen und in Macedonien keinen Fuß
Landes preiszugeben, obgleich das Land ihnen doch bisher gar
gehört. Dieser eigenartige patriotische Fanatismus kennt keine Gre
ihm ist nichts heilig, so daß man sehr traurige und für die Bulg
selbst sehr unvorteilhafte Verwicklungen in nächster Zukunft erwa
muß." Wir sehen die Sache weniger pessimistisch an. Wer
Machtverhältnisse erwägt, kann garnicht darüber im Zweifel
daß Rußland seinen Willen durchsetzen wird. Auch hat es
bereits viel zu stark und viel zu öffentlich engagiert, um zurückwe
zu können, selbst wenn es wider Erwarten daran denken sollte.
halten deshalb auch die von bulgarischen Blättern verbreitete Nachr
daß der russische Vertreter in Sofia sich in Petersburg für
bulgarischen Wünsche verwandt haben sollte, vorläufig für ungl
würdig. Das würde ein Vorgehen gegen den mächtigsten Mann
Reiche, den Oberprokureur Pobedonoszew, bedeuten, der diese g
Aktion leitet, und für so kühn halten wir Herrn Bachmetjew n
Es ist aber nicht denkbar, daß an dieser ganzen, gegen die Wü
der Bulgaren gerichteten Aktion noch ein anderer Faktor bete
ist, nämlich die Moskauer slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft, d
Präsident der serbische Konsul Herr Tscherep Spiridonowitsch
der vom Prager Slaven-Kongreß her uns noch in frischer Erinne
steht. Jene slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft steht in lebh
Fühlung mit Pobedonoszew, und Herr Tscherep Spiridonowitsc
ein Mann von Gedanken und Initiative. Eine Moskauer Ko
spondenz des Uchtomskischen Blattes hat darüber merkwürdige
schlüsse gegeben. Danach hätte er eigenmächtig den Präside
Loubet zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft ernannt und sich
weitere Kompetenzüberschreitungen erlaubt. Jetzt wolle er die Pe
burger slavische Gesellschaft mit der Moskauer verschmelzen und
Leitung der am 23. April zur Erinnerung an den 25. Jahre
des russisch-türkischen Krieges bevorstehenden Feierlichkeiten ü
nehmen. Der dem Herrn Tscherep Spiridonowitsch feindlich gesi

Digitized by Google

orrespondent hofft aber, daß all diese Herrlichkeit zusammenbrechen
d ein Russe zum Präsidenten der Slavischen Gesellschaft gewählt
erde. Die große bulgarische Kolonie in Moskau sei gegen ihn,
d das könne den Ausschlag geben. Man sieht, der serbisch-bulgarische
egensatz spielt bis in den Schoß der slavischen Gesellschaft hinein.
a bisher Herr Tscherep Spiridonowitsch das Heft in Händen hatte,
klärt sich auch, daß die Balkanpolitik der Gesellschaft die serbische
d nicht die bulgarische Richtung vertrat. Aber es wird interessant
n, zu erfahren, wie dieser Kampf um die Präsidentschaft der
oltätigkeitsgesellschaft ausläuft. Wenn, wie der Korrespondent
nimmt, weder Serben noch Bulgaren die Führung behalten, werden
ir darin das rechte Omen für den Ausgang des eifersüchtigen
treites beider Nationalitäten auf der Balkanhalbinsel finden.

Die Aussichten auf einen Frieden in Südafrika mehren sich
erfreulicher Weise. Wir bedauern nur eins, daß Lord Kitchener
n Waffenstillstand abgelehnt hat, der billig von den Buren ver-
ngt werden durfte. Wenn sie trotzdem eine Versammlung zustande
ingen, die auf die vereinbarten Bedingungen eingeht, wird es mehr
r Verdienst, als das der Engländer sein. Wir haben schon vor
onaten auf die Notwendigkeit einer solchen Versammlung hinge-
iesen, wenn der Friede zustande kommen und von Dauer sein solle.
ber um die Möglichkeit eines sicheren Erfolges zu erlangen, hätte
ngland tun müssen, wie Deutschland im Jahre 1871 tat. Das ist
cht geschehen und könnte zum Ergebnis führen, daß das gewonnene
esultat von einem Teil der Buren nicht anerkannt wird und auf
n Krieg ein Zustand schwer erträglicher Unsicherheit folgt.

Auch in Belgien scheint, nachdem der Gesamtausstand auf-
egeben ist, die Hauptgefahr der Lage überwunden zu sein. Aber
ch nur die Hauptgefahr. Die sozialistische Emeute flackert hin
d her im Lande, immer wieder auf und besser kann es nicht
erden, wenn nicht eine Abwendung der Regierung von dem bisher
ltenden System rücksichtsloser Geldmacherei erfolgt. Am 27. März
dem englischen Parlament eine Denkschrift der „Gesellschaft zum
chutz der Eingeborenen" (Aborigines Protection Society) vorgelegt
orden, die wahrhaft erschütternde Beweise für die ruchlose Wirt-
haft Belgiens im Kongostaate bringt. Sie bestätigt durchaus, was
e in der Zeitschrift „West-Afrika" erschienenen und als Buch unter

Digitized by Google

dem Titel „Trading Monopolies in West Africa“ zusammeng
sachkundigen Artikel eines anonymen Verfassers damals da
Er schlug als Remedium die Teilung des Kongostaates z
Frankreich, England und Deutschland vor, die „Gesellscha
Schutz der Eingeborenen ersucht“ „ernstlich“ die englische Re
mit den übrigen Mächten, die den Berliner Kongovertrag u
Brüsseler Generalakte unterzeichnet haben, schleunig in Berat
treten, um die Aufmerksamkeit des Souveräns des Kongostaa
diese Dinge zu lenken, und ihn zur Teilnahme an den Ma
aufzufordern, die zum Schutz der Neger in diesem großen
Afrikas unerläßlich seien.

Wir wollen alle die dokumentarisch festgestellten Greu
durch Beamte, Soldaten und Offiziere des Kongostaates g
sind und dauernd als System fortgesetzt werden, nicht he
Sie zeigen, daß die Forderung der „Aborigines Protection So
das Minimum ist, das verlangt werden kann. Der Vorschl
Verfassers von „Trading monopolies“ ist zwar radikaler,
uns aber der bei weitem wirksamere zu sein. Der richtig
wäre wohl, es mit Vorschlag 1 zu versuchen, und falls e
Abhülfe bringt, zu Vorschlag 2 zu greifen.

Digitized by Google

7. April. Neuwahlen in Frankreich.
8. April. Rücktritt des italienischen Kriegsministers Ponza di San Martino.

---

30. April 1902.

Eine Reihe wichtiger politischer Fragen steht der Entscheidung unmittelbar gegenüber oder drängt ihr mächtig entgegen. Nach wenigen Tagen werden wir den Ausgang der französischen Wahlen kennen, freilich nur, um dann dem Resultat der zahlreich zu erwartenden Stichwahlen entgegenzusehen. Am Sonntag den 27. sind die Stimmzettel abgegeben worden, nachdem die Wahlagitation ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie ist seit den Tagen Boulangers nicht mit größerer Leidenschaft und größerer Rücksichtslosigkeit geführt worden. Wer das Detail der Wahlkampagne verfolgt hat, wird gewiß nicht den Eindruck gewonnen haben, daß es die höflichste und liebenswürdigste Nation der Welt war, die sich auf der Rednertribüne zu ihrem politischen Glauben bekannte. Vielmehr erinnern die zahllosen „professions de foi“, die in den letzten Wochen abgegeben wurden, lebhaft an die Ungeniertheit amerikanischer Wahlkämpfe, bei denen bekanntlich das Kleinmachen und Verdächtigen des Gegenkandidaten eine sehr wichtige Rolle spielt. Sogar der alte Haß, der an der „affaire“ haftet, ist wieder ausgegraben worden, und man könnte mitunter glauben, daß zwei feindliche Völker kampfbereit einander gegenüberstanden. Nun ist freilich solche Wahlhitze nicht allzu ernst zu nehmen. Nach der gefallenen Entscheidung pflegt die Temperatur ganz außerordentlich schnell zu sinken, und jeder richtet sich darauf ein, mit der vollzogenen Tatsache möglichst vorteilhaft seinen Frieden zu schließen. Was sich gegenüberstand, waren die ministeriellen Republikaner mit dem zu ihnen gehörenden rechten Flügel der Sozialdemokraten. Diese Leute sind als echte Republikaner

Digitized by Google

zu betrachten und sie kämpfen neben dem Prinzip, das sie ve
für die Erhaltung ihrer Stellung. Wir haben bereits mehrfa
geführt, daß ihr Sieg uns als der erwünschte Ausgang e
wenn wir auch keineswegs meinen, daß er eine weitere Ausg
der deutsch-französischen Beziehungen zur Folge haben wird;
gibt dann bekannte Größen, mit denen sich rechnen läßt. Die
des Ministeriums Waldeck-Rousseau, die von Jules Lemaitre
Ligue de la patrie française, besteht aus verkappten und
Monarchisten, Nationalisten und den extremen Sozialdemokra
sich zu einem seltsamen Bündnis zusammengetan haben.
schwerlich regierungsfähige Koalition ist aber eben deshalb ge
Sie wäre genötigt, eine Politik der Abenteuer zu suchen, und
so zu einem Element der Unruhe werden, das in der gegenn
politischen Lage Europas nichts weniger als erwünscht sei
Angenommen aber den Sieg Waldeck-Rousseaus, so ist dan
nicht gesagt, daß wir das Ministerium in seinem vollen al
stande wiedersehen. Aber die wichtigsten Persönlichkeiten
wahrscheinlich zurück, nächst dem Ministerpräsidenten, And
Delcassé. Millerand ist schon zweifelhafter und von höchstem
wird es sein, zu verfolgen, wo Doumer, dessen Wahl in die K
sicher ist, auftauchen wird. Für die in Frankreich herrschende St
ist uns ein Brief von Interesse, den der Londoner Korres
der „Nowoje Wremja" (Argus) eben jetzt veröffentlicht. Ei
zösischer Freund schreibt ihm nämlich aus Paris: „Die Ei
die ich in den ersten Tagen nach meiner Rückkehr ge
habe, bestärken mich noch mehr in dem, was ich Ihnen
London sagte. Die Empfindungen meiner Landsleute Deu
gegenüber haben sich radikal geändert. Die Idee einer fra
deutschen Annäherung, die bisher nur die eingefleischten
der alliance franco-russe zuerst zu Freunden hatte, näm
Juden und Freimaurer, ist heute der Mehrzahl der Politik
pathisch. Am meisten habe ich mich gewundert, Freunde Deut
unter den Nationalisten gefunden zu haben. Ihre Angl
die durch den Burenkrieg ins Unmögliche gesteigert wurde,
zu Deutsch-Freunden gemacht. Ich brauche Ihnen natürli
zu sagen, daß Deutschland keine Gelegenheit vorübergehen l
kein Mittel verschmäht, um diese ihm günstige Strömung zu

Digitized by Google

und auszubeuten. Dagegen ist das Bündnis mit Rußland aus Gründen, die Ihnen wohlbekannt sind und die ihrer Natur nach indirekte und nebensächliche sind, in der öffentlichen Meinung immer weniger populär. Namentlich tragen die Verluste daran schuld, welche französische Kapitalisten in russischen Industriepapieren erlitten haben. Niemand verteidigt das Bündnis in der Presse, niemand kümmert sich darum. Formelle Freundschaftsbeteuerungen ne sont que des remèdes de surface qui ont perdu toute leur vertu." Leider hört hier die vollständige Wiedergabe des Briefes auf, Herr Argus erwähnt nur noch, daß sein Korrespondent darüber klagt, daß Rußland seine Orientpolitik aufgegeben habe. Der Franzose sage wörtlich: „Nachdem Ihr das Deutsche Reich geschaffen und ihm Mitteleuropa gegeben habt, schenkt Ihr ihm den nahen Orient. Wie sollen da die Franzosen nicht um ihre Interessen besorgt werden, da sie sehen, wie Ihr Eure eigenen vitalen Interessen vernachlässigt." Auch klage der Franzose über die deutsch-freundliche Haltung der russischen Presse (!) und gelange so zum Schluß, daß, da die Russen sich so entschieden Deutschland näherten, auch Frankreich die Freundschaft Deutschlands suchen müsse, um seine nationalen Interessen besser zu schützen.

Höchst charakteristisch ist nun der Epilog, den Herr Argus an diese Betrachtung seines Pariser Freundes knüpft. „Die Verirrungen des Ausländers" — sagt er — „über die Motive der russischen Politik und die Gefühle der russischen Gesellschaft sind zu augenscheinlich, um vor russischen Lesern der Widerlegung zu bedürfen. Aber es ist nützlich zu wissen, wie unser Tun sich im Geist eines befreundeten Beobachters spiegelt. Mein Korrespondent hat aber, abgesehen von einigen Verirrungen, die historische Aufgabe Rußlands ganz richtig erfaßt und wünscht ihre Verwirklichung. Wir müssen hoffen, daß, wenn die Ereignisse, deren Beginn uneingeweihten Augen nicht erkennbar ist, zeigen werden, wie sehr Rußland seiner Mission und seiner Geschichte treu ist, alle jetzigen Zweifel unserer Bundesgenossen der Erkenntnis weichen werden, daß Frankreich nur dann seine eigene historische Mission erfüllen kann, wenn es die nationalen Ziele Rußlands fördert."

Ohne auf die in dem Brief des Franzosen durchklingende Verstimmung einzugehen, weil wir darin des querelles d'amants und

Digitized by Google

ein gut Stück Eifersucht erkennen, möchten wir doch darauf hi
wie nachdrücklich Herr Argus mit seiner Stimme in den Chor
der heute in der öffentlichen Meinung Rußlands eine Ak
nahen Orient verlangt.

Rußland hat am 24. April den 25jährigen Jahresta
letzten Orientkrieges gefeiert. Es war im 19. Jahrhundert d
Krieg Rußlands mit der Türkei, die Friedensschlüsse von
1812, von Adrianopel 1828, von Paris 1856 und vo
Stephano 1878 geben uns ihren Abschluß. So liegen al
räume von je 16, 28, 22 Jahren zwischen Krieg und Frieb
auf eine gewisse Periodizität hinweist. Auch haben, mit A
von Paul, alle russischen Herrscher ihren Türkenkrieg gehabt,
gleich Alexander III. nur als Großfürst-Thronfolger.
demnach nicht wundernehmen, wenn die öffentliche Meinung in
gleichsam als etwas Selbstverständliches eine Aktion im O
wartet. Unter Alexander III. wurde sie durch den St
Fürsten Alexander von Bulgarien und durch die seinem Na
gezeigte geflissentliche Mißachtung, sowie durch die Vorste
die sich mit dem französischen Bündnis verbanden, abgele
durch die Russifizierungspolitik in den westlichen Grenzmar
schädigt; aber Alexander II. hatte sie den Krieg aufgezwung
heute liegt offenbar die Absicht vor, das gleiche Manöver zu
holen. Wir möchten überhaupt die Ereignisse des Jahres 1
den heutigen in Parallele setzen. Wie damals drängt sich
leidenschaftliche Wunsch nach einer Veränderung im Inne
nach einer großen Sensation nach außen hin in den Vorde
wie damals wird auch jetzt die Regierung durch Unruh
Attentate geänstigt, und das Verlangen nach einer Verfa
heute genau so lebendig, wie 1876. Nur dürfte die Neigun
zugeben, noch weit geringer sein als unter Alexander II.
zielle Rußland wünscht heute weder einen europäisch-orien
Krieg, noch hat es Lust, es mit dem Experiment einer
versammlung aller Reußen zu versuchen, und wir können nu
daß es nach beiden Richtungen hin fest bleibt. Was
wünschenswert halten, ist eine Erweiterung der Befugnisse,
Organen der russischen Selbstverwaltung gehören. Alexan
hat sie der russischen Bureaukratie ausgeliefert und daran kr

Digitized by Google

Reich vor allem. Aber nichts könnte unerwünschter sein, als eine russische Revolution oder, was in den Konsequenzen vielleicht gleichbedeutend wäre, ein Aufrollen der europäisch-orientalischen Frage durch Rußland. Das letztere müßte aller Wahrscheinlichkeit nach einen Weltkrieg nach sich ziehen, die Revolution aber wäre ein Unglück nicht nur für Rußland, sondern auch für seine Nachbarn. Kurz, nach dieser Richtung scheint uns in jeder Hinsicht wünschenswert, daß die Regierung mit Festigkeit sich ihr Selbstbestimmungsrecht wahrt. Wohl aber würden wir es als eine fast ebenso große Gefahr betrachten, wenn den Wünschen nach freieren Formen der Selbstverwaltung und des öffentlichen Lebens gar nicht Rechnung getragen würde. Die Übertreibung des absolutistischen Systems führt schließlich nicht nur zur Negierung desselben, sondern zum entgegengesetzen Extrem. Und das ist die Gefahr des Augenblicks. Wir haben bereits die Bedenken genannt, die sich uns an den Namen Plehwe knüpfen, bei dem vielfach nur an rücksichtslose Repression gedacht wird. Aber es soll uns freuen, wenn wir uns täuschen, und wenn er mit der starken Hand auch die Einsicht verbindet, daß Gewalt allein es nicht tut. Das wenige, was über ihn seit Übernahme des Ministeriums des Innern bekannt geworden ist, macht zunächst keinen ungünstigen Eindruck. Wenn der persönliche Mut, den er durch Bereisung des aufständischen Südens zeigt, sich auch darin bewährt, daß er den Entschluß findet, offenkundige Fehler seiner Vorgänger, wie das systematische Aufreizen der Finländer rückgängig zu machen, so wollen wir glauben, daß er mehr ist als nur ein hoher Beamter. Leider weist aber seine Vergangenheit darauf hin, daß er ein Feind aller Selbständigkeit ist. Seine Haltung den ritterschaftlichen Organen der Ostseeprovinzen gegenüber, wie seine Politik in Finland sprechen nicht für weite und freie Gesichtspunkte. Die Ernennung des G.-R. Sänger zum Minister der Volksaufklärung an Stelle Wannowskis scheint dagegen auf einen Systemwechsel hinzuweisen. Der alte General hatte einen gründlichen Abscheu vor Latein und Griechisch und wollte „die herzliche Teilnahme" für die Jugend, die ihm Kaiser Nikolaus II. als Geleitwort auf den Weg gegeben hatte, zunächst dadurch beweisen, daß er sie vom Ballast der alten Sprachen befreite. Das Griechische wurde aus der „allgemein bildenden Schule" ganz verbannt, das Lateinische möglichst eingeschränkt, um

Digitized by Google

allem empirischen Wissen Raum zu schaffen. Was er m
Universitäten vorhatte, ist in den 381 Tagen, die er im Amt
nicht ans Licht getreten. In der ersten Zeit war viel von g
Freiheit für die Studenten und von größerer Selbständigkeit
Professorenkollegien die Rede. Aber es wurde je länger
stiller davon, und so ist schließlich nichts perfekt geworden,
einer langen Reihe von Gutachten, über deren Schicksal nich
lautet. Nun ist aber der neue Kultusminister ein klassisch geb
Philologe, der einige geschätzte Arbeiten in lateinischer Sprac
öffentlicht hat über Horaz, Tibull und grammatische Frage
hat in Berlin als „Professorstudent" bei Mommsen, D
Kirchhof, Wattenbach, Treitschke, Hübner gehört, ist acht Jah
im Njeshinschen philologischen Institut Professor der alten Sp
gewesen, danach Professor für klassische Philologie in Warscha
von 1897—99 Rektor der Universität. Das ist ein Leben
der mit Notwendigkeit zu anderen Auffassungen von den Bedür
der Schulen und Universitäten führt, als sie der dem Page
entstammende alte General Wannowski haben konnte. So kan
wohl mit Spannung der Praxis seiner Amtsführung entgege
Offenbar macht Rußland neben der wirtschaftlichen Krisis,
es steht, auch eine schwere innere Krisis durch, deren Ausgan
Richtung sich vorläufig aller Berechnung entzieht.

Auf der Balkanhalbinsel ist es bisher zwischen Serb
Bulgaren bei großen Worten geblieben, und wir hoffen, daß s
nicht ändern wird. Die Tatsache, daß der Ministerpräsident S
in Begleitung des Finanzministers Sarafow (nicht zu verw
mit dem gleichnamigen Direktor des makedonischen Komitees
Paris reist, um, durch russische Empfehlungen unterstützt, do
Anleihe zu negotiieren, kann als sicheres Zeichen gelten, daß Bul
in der Angelegenheit des Metropoliten Firmilian nachgeben
wenn auch mit geballten Fäusten — in der Tasche.

Auch die Frage nach Krieg und Frieden in Südafri
noch in der Schwebe. Das einzige Authentische an Nachrichten
wir bisher besitzen, ist eine Äußerung, die der Staatssekretä
Krieges, Brodrick, in der Broderers Company, einer Art Klu
seine Familie schon seit 300 Jahren angehört, getan hat.
Telegraph hat über diese Äußerung nicht in genügender Ausführ

Digitized by Google

berichtet. Sie lautet wörtlich: „When peace arrived, and the army returned, it was his strong impression that they would find themselves stronger than they were now. They hoped that the peace was in sight, but in the interwall they were sending out unreservedly men and materials of all descriptions, as if they had to carry on the war for another year or two years.“ (Wenn der Friede gekommen und die Armee heimgekehrt sei, so würden sie (die Engländer) sich seiner festen Überzeugung nach stärker fühlen, als sie es jetzt seien. Er (und das Ministerium) hoffe, daß der Friede in Sicht sei, inzwischen schicke er ohne Rückhalt Mannschaft und jegliches Material, als ob er den Krieg noch ein oder zwei Jahre führen müsse.) Da nun inzwischen durch die über Delarey eingetroffenen Nachrichten die Aussichten auf einen Frieden sich noch wesentlich verstärkt haben, gewinnt der vom Telegraphen nicht wiedergegebene Vordersatz erheblich an Bedeutung. Er sagt wohl zunächst, daß sich England augenblicklich nicht sehr stark fühlt, und das kann zu einer Zeit, da fast seine sämtlichen Truppen in Afrika sind, nicht wundernehmen, wenn man die gespannte Lage in Ostasien, die drohende Mittelmeerfrage und die Unruhen in Irland in Betracht zieht. Die Zurückberufung der Truppen wird also zunächst in England das Gefühl der Sicherheit und damit auch die Unternehmungsluft steigern. Es läßt sich aber nebenher annehmen, daß der durch die Ereignisse der letzten Jahre arg verletzte britische Nationalstolz sich dadurch äußern wird, daß die Stellung der Nation zur Armee einen anderen Charakter annimmt. Schon jetzt hört man von denjenigen, die kürzlich aus England heimkehrten, nachdem sie längere Zeit nicht dort gewesen waren, daß die Soldaten in Haltung und äußerer Erscheinung entschieden gewonnen hätten. Es sei, als ob man Tommy Atkins mit einem gewissen Respekt anzusehen beginne. Das wird wahrscheinlich nicht ab-, sondern zunehmen und kann von weittragender Bedeutung werden. Allerdings wird der heißersehnte Friede in Südafrika noch geraume Zeit ein bewaffneter sein müssen, und zwar um so länger, je drückender die den Buren auferlegten Bedingungen sein werden. Wir halten es aber nicht für unwahrscheinlich, daß König Eduard bei seiner Krönung dann Erleichterungen und namentlich — was doch unerläßlich sein dürfte — den „Kaprebellen“ volle Amnestie gewähren wird. Vielleicht gehört

Digitized by Google

eine dahin zielende Zusage bereits zu den Faktoren, mit den
Burenkommandos bei ihren Beratungen rechnen. Das alles i
unserer Seite freilich nur Konjektur, ganz wie sich über die even
Friedensbedingungen nur konjekturieren läßt. Das Wesentliche
daß der Friede zum Abschluß gelangt, damit das unnütze Bl
gießen aufhöre. Vor der Zukunft aber liegt ein Schleier –
sie die Buren als Nation bedroht, halten wir für ganz
schlossen.

Die neuerdings durch die Blätter laufende Nachricht von
Vertrage Englands mit dem Kongostaat, in dem vereinbart w
sei, die Kap—Kairobahn durch das Gebiet des Kongostaat
legen, scheint vorläufig nicht mehr zu sein als ein Gerücht, da
einmal recht glaubhaft ist, da es unserem Abkommen mit
Rhodes nicht entspricht, auch, wo es sich um ein so ohnmä
Staatswesen, wie es der Kongo ist, handelt, fast einer An
der von jener Eisenbahn durchschnittenen Gebietsteile gleic
Das aber könnte Reklamationen und Ansprüche nach sich zieh
in ihrem Effekt nach Jahr und Tag zu einer Teilung führen kö
etwa in dem Sinne, wie die Zeitschrift „West-Afrika“ in Vo
brachte.

Auf die chinesischen Verhältnisse ist insofern neues
gefallen, als zwar zwischen England und China eine Vereinb
über die Rückgabe der Eisenbahnlinie Peking—Tientsin erfol
andererseits aber die fortdauernden Unruhen in der Mandschur
jetzt auch im südlichen Tschili zeigen, daß es den Russen an tr
Gründen nicht fehlen kann, wenn sie einmal die Zeit für gek
halten, den Mandschureivertrag in Stücke zu zerreißen. W
Dinge ansieht, wie sie wirklich liegen, kann an die tatsächliche
gebung der Mandschurei nicht glauben. Selbst wenn Rußla
Vertrag halten wollte, wird es sich als unmöglich erweisen.

Mit großer Genugtuung haben wir die Mitteilung der Ham
Amerika-Linie über den Vertrag gelesen, den die beiden
Schiffahrtsgesellschaften mit dem amerikanisch-englischen Syndik
geschlossen haben. Sie sind diesem Syndikat nicht beigetreten,
aber Vereinbarungen getroffen, die dem drohenden Konkurren
der deutschen Schiffe mit den englisch-amerikanischen vorbeuge
status quo der deutschen Gesellschaften sichern, und der Z

Digitized by Google

nicht präjudizieren. Wir legen namentlich Wert darauf, daß dadurch nicht nur die drohenden Invasionen unserer Häfen abgewehrt sind, sondern daß auch allen Eifersüchteleien und Chikanen im voraus die Spitze abgebrochen ist. Das ganze Abkommen erscheint uns ebenso patriotisch wie klug getroffen, und als Resultat erwarten wir eine wesentliche Förderung des gegenseitigen guten Einvernehmens. Wir unterschreiben gern die Schlußsätze jener „Mitteilung": „Die deutschen Gesellschaften erwarten daher mit Recht von der jetzt endlich vollzogenen, bisher niemals erreichbar gewesenen Einigung der großen amerikanischen und englischen Rhedereien ein Aufblühen auch ihres eigenen Geschäfts. Der Verlauf, den die ganze Angelegenheit genommen hat, ist demnach als ein großer, von den deutschen Gesellschaften erzielter Erfolg anzusehen."

Wir schließen mit einem Blick auf zwei heimische Ereignisse, denen wir eine mehr als bloß interne Bedeutung beilegen. Am 24. April hat Se. Kgl. Hoheit der Großherzog von Baden sein 50jähriges Jubiläum gefeiert, wir dürfen wohl sagen als ein Liebling der deutschen Nation. Es ist aber eine Tatsache von allgemeiner Bedeutung, daß unsere Landesfürsten über den Kreis ihrer besonderen Landeskinder hinaus, gleichsam als gehörten sie der ganzen Nation, überall Liebe und Verehrung finden. Die ehrwürdigen Erscheinungen, die wir an der Spitze Badens, Sachsens, Bayerns sehen, das herzliche Einvernehmen, das sie mit unserem Kaiser verbindet, das sind sehr wesentliche Faktore der nationalen Kraft. Sie sind die Hüter des gesunden monarchischen Sinnes unseres Volkes, das trotz allem, was an destruktiven Elementen an ihm arbeitet, sich dessen bewußt bleibt, welcher Segen von einem edlen Fürsten ausgeht.

Eine Verkehrung dieses Sinnes durch unklare Verhältnisse, die neuerdings viel von sich reden gemacht haben, ist uns in der Erklärung des Landgerichts-Präsidenten Dr. Dedekind in Braunschweig entgegengetreten, der die staatsrechtlich unhaltbare These aufgestellt hat, daß in Braunschweig die Untertanenpflicht der Treue und des Gehorsams gegen Kaiser und Reich nicht bestehe. Wir wollen uns mit Wiederholung der Gründe nicht aufhalten, die diese Anschauung widerlegen. Das ist eingehend in zahlreichen Blättern geschehen, so namentlich in der Münchener „Allgemeinen Zeitung". Auch haben

Digitized by Google

wir am 20. November vorigen Jahres unsere Leser eingehend
die Wunderlichkeiten unterhalten, die auf dem Kongreß der deu
„Rechtspartei" zu Tage getreten waren und speziell diese b
schweigischen Angelegenheiten zum Gegenstande hatten.

Dagegen möchten wir doch hervorheben, daß all diese
irrungen ihren letzten Grund darin haben, daß bisher noch i
nicht eine definitive Klärung der braunschweigischen Frage e
ist. Das perennierende Provisorium hat ein Gefühl der Unsich
hervorgerufen, dem nur durch ein Definitivum ein Ende b
werden kann.

Da wir schließen, treffen die Nachrichten über den Ausfa
französischen Wahlen ein. Sie zeigen, wider Erwarten, schon
den Sieg des Ministeriums als gesichert. Die Stichwahlen n
die Position eher stärken als schwächen, und das ist der Aus
der uns trotz allem als der wünschenswerteste erschien. Was
bleibt, sind Personenfragen, an denen dann freilich noch ein g
Interesse hängt.

Digitized by Google

4. Mai. Schwere Erkrankung der Königin Wilhelmine von Holland.
6. Mai. Ernennung des Fürsten Obolenskï zum Gehülfen des russischen Finanzministers, des Senators Durnowo zum Chef des Polizeiwesens.
6. Mai. Ausbruch des Montpelée auf Martinique.
6. Mai. Eröffnung der Delegationen in Pest.

---

7. Mai 1902.

Der Ministerpräsident und Minister des Innern Waldeck-Rousseau hat am 2. Mai an die französischen Präfekten das folgende Zirkular gerichtet:

Herr Präfekt: Die mir zugehenden Berichte weisen darauf hin, daß in einer großen Zahl von Departements der Klerus in die Wahlen eingegriffen hat; die Kundgebungen, denen er sich hingab, sind nicht als die Ausübung desjenigen politischen Rechtes zu betrachten, das jedem Bürger zusteht, sondern als ein offenkundiger Mißbrauch geistlicher Amtshandlungen und der auf ihnen ruhenden moralischen Autorität. Derartige Mißbräuche dürfen nicht geduldet werden und können nicht anerkannt werden. (Der französische Text scheint hier korrumpiert; er lautet: De tels abus ne peuvent être tolérés et demeurer sans sanction.) Ich bitte Sie daher, mir einen umständlichen Bericht über derartige Handlungen, die stattgefunden haben, oder in Ihrem Departement noch stattfinden sollten, zuzustellen, damit ich die Maßregeln ergreifen kann, die sich als notwendig erweisen. Diese Instruktionen gelten auch in Bezug auf Kundgebungen gleichen Charakters, die von autorisierten oder nicht autorisierten Geistlichen ausgehen. Waldeck-Rousseau.

Dieses Zirkular des Ministerpräsidenten bestätigt uns einen Eindruck, den wir durch die Wahlreden und den ganzen Verlauf der Wahlagitation in Frankreich gewonnen haben. So unzweifelhaft der Sieg ist, den das Ministerium Waldeck-Rousseau errungen hat,

Digitized by Google

so sicher scheint doch auch die klerikale Partei an Boden und
schlossenem Zusammenhang gewonnen zu haben. Das „Journal
Débats", dessen klerikale Tendenz trotz aller Bemühungen, sie hi
dem Schirm eines gemäßigten Liberalismus zu verstecken, im
wieder zum Durchbruch kommt, ist geflissentlich bemüht, diesen Ei
der Klerikalen möglichst harmlos darzustellen. „Wir wollen
behaupten — sagen die „Débats" — nachdem sie beiläufig von
halben Dutzend Royalisten oder Bonapartisten gesprochen haben,
es ebensowenig Klerikale wie Reaktionäre gibt, aber man
merkwürdig voreingenommen sein, um anzunehmen, daß sie in ei
Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen gefährlich sein könnten. Sie w
es nicht vor dem 27. April und sind es heute noch weniger, n
das überhaupt möglich ist, denn sie haben durch die Wahlen
nicht um ein Atom an Kraft gewonnen. Die klerikale Gefahr
also nicht ernster zu nehmen als die Gefahr der Reaktion." S
das sind Trugschlüsse, bestimmt, das Leitmotiv des Blattes zu
weisen, daß das Programm des Ministeriums Waldeck-Rousseau,
„défense républicaine", von vornherein nichts anderes gewesen
als ein künstlicher Vorwand, bestimmt, Frankreich zu schrecken
es dadurch von Herrn Waldeck-Rousseau und seinen Leuten in
hängigkeit zu halten. Nun muß man aber ein kurzes Gedäch
haben, wenn man vergessen hat, in welcher Atmosphäre drohe
Staatsstreiche und weitgehender monarchistischer und klerikaler Zukun
hoffnung jenes Frankreich sich bewegte, dem das Ministerium Wal
Rousseau die republikanische Staatsform allerdings gewahrt
Zu Ende des Jahres 1900, nach Schluß der Weltausstellung,
nicht nur in Frankreich, sondern sogar in Rußland die Vorstel
weit verbreitet, daß es nur eines entschlossenen Mannes bedürfe,
der Republik den Todesstoß zu versetzen. Bei all diesen Ko
nationen aber bildeten die „Katholiken" einen sehr wesentlichen Fa
der um so bedeutsamer schien, als sich mit ihm die treu gehe
Hoffnungen der Kurie auf ihre endliche „Befreiung" durch Frank
verknüpften.

Wer die von der Kurie und ihren entschlossenen Anhän
verfolgte Politik richtig beurteilen will, tut immer gut, sich de
zu erinnern, daß diese Politik wohl Zugeständnisse in Betreff
Formen zu machen bereit ist, daß sie aber in ihren Prinzipien

Digitized by Google

in ihren letzten Zielen nicht variiert. Die bleiben sich gleich und sind, so sehr der äußere Schein dagegen zu sprechen scheint, noch heute unter Leo XIII. und Rampolla genau dieselben, wie in den Tagen Pio nonos. Der Gedanke, Frankreich als Werkzeug für diese Politik der Kurie zu gewinnen, ist nie aufgegeben worden, und die Encyklika Leo XIII. vom 16. Februar 1892, die die Royalisten nötigte, sich der Republik zu „ralliieren", war dem Gedanken entsprungen, daß die „Katholiken" die Konstitution annehmen sollten, um die Gesetzgebung zu ändern. Es sind heute fast genau 30 Jahre verflossen, seit Kardinal Bonnechose mit Papst Pio nono die Erklärung vereinbarte, die Napoleon erlassen sollte, wenn er, wie verabredet war, nach Frankreich zurückkehrte, um das Kaisertum und danach die weltliche Herrschaft des Papsttums wieder herzustellen. „Man wird — so sollte es heißen — nichts ohne Religion tun, das heißt, nichts ohne die Hülfe und ohne die Zustimmuug der Kirche." Wer sich über diese Dinge orientieren will, lese das „Journal de dix ans par Fidus", Paris 1896, und als royalistisches Gegenstück dazu den 2. Band von Falloux: mémoires d'un royaliste. Paris 1888. Es läßt sich schwer etwas finden, was lehrreicher wäre, um in das Verständnis der klerikalen Bewegung Frankreichs einzuführen. Im letzten Grunde hat erst das Scheitern Boulangers ihr das Konzept verrückt und die obenerwähnte Encyklika von 1892 brachte auch nach außen hin den Beweis, daß die Kurie ihre Taktik, die Republik zu bekämpfen, aufgegeben hatte, um die Republik von innen heraus umzuwandeln und sie so auf Umwegen den Zielen zuzuführen, die sich direkt nicht erreichen ließen. Daß diese Taktik scheiterte, ist wesentlich das Werk des gegenwärtigen französischen Ministeriums gewesen, und daraus erklärt sich der offene Haß, den ihm die „Katholiken" in Frankreich entgegentragen und die verhaltene Abneigung der Kurie gegen Herrn Waldeck-Rousseau. Sie tritt aber gelegentlich doch zu Tage, wie ganz neuerdings in Anlaß des Konfliktes, der zwischen den Führern der französischen Klerikalen und Msgr. Turinaz, dem Bischof von Nancy, zu einem éclat geführt hat. Turinaz ist nämlich, wie viele der höheren französischen Geistlichen, im Gegensatz zur ungeheueren Mehrzahl der Pfarrer ganz ministeriell gesinnt, und hat während der letzten Wahlkampagne seinen Diözesanen das Lesen der außerordentlich leidenschaftlich gehaltenen Flugschriften

Digitized by Google

verboten, die von den Gegnern des Ministeriums in Umlauf g
wurden. Ein Mr. Harmel, der Führer der christlich-demokrati
Vereinigung, fühlte sich durch eine gegen ihn persönlich geri
Broschüre des streitlustigen Bischofs so verletzt, daß er in Rom K
führte und erklärte, er sei entschlossen, diese Broschüre der Ko
gation der Bischöfe und Orden vorzulegen. Wie jetzt ein Brief
dem Vatikan in der politischen Korrespondenz uns belehrt, i
jedoch der Kurie gelungen, Mr. Harmel zu beruhigen. Er
jenen Appell an die Kongregation unterlassen, „nachdem der Kar
Staatssekretär Rampolla ihm erklärt hatte, daß der päpstliche S
obwohl er die Angriffe des Bischofs Turinaz bedauere, doch
Bischof nicht öffentlich des Unrechts zeihen könne". Es kann
kein Zweifel sein, daß es rein politische Gründe sind, die den Va
trotz allem auch heute noch bewegen, mit dem offiziellen Fran
seinen Frieden aufrecht zu erhalten, und das unter Verhältnissen,
wenn sie auf deutschem Boden sich abgespielt hätten, schon l
einen neuen Kulturkampf schärferer Observanz hervorgerufen hä
In Wirklichkeit aber sind alle seine Sympathien auf seiten
klerikalen Opposition und ihrer Bundesgenossen, ganz wie si
Italien den Gegnern der gegenwärtigen Regierung gehören.
Schluß liegt nun nahe, daß die italienische und die französ
Opposition, so verschiedene Elemente sie auch darstellen, sich als
heime Bundesgenossen betrachten; und das ist denn auch tatsä
der Fall. Die ganze Lage verwickelt sich aber noch dadurch,
die Politik des offiziellen Frankreich, trotz der antiklerikalen Rich
die sie im Innern verfolgt, sich nach außen hin zur Verteidi
der Interessen der Kurie aufwirft, was dann diese sich natü
gern gefallen läßt. Wie unsere Leser sich erinnern werden,
gerade diese Tendenz im November vorigen Jahres bei der fr
sischen Expedition nach Mytilene so deutlich zu Tage, daß man
sogar am Quay d'Orsay nicht scheute, den Interessen des russi
Bundesgenossen im kleinen Orient einen recht empfindlichen S
zu versetzen. Man wird unter diesen Umständen mit besond
Interesse die Rückwirkung dieser französisch-vatikanischen offiz
und nichtoffiziellen Beziehungen auf Italien verfolgen. Sie m
sich, das liegt in der Natur der Dinge, früher oder später ge
machen, und je stärker der Einfluß der offenen und verka

Digitized by Google

klerikalen in Frankreich wird, um so deutlicher dürfte er sich erkennen lassen. Es ist aber ganz außerordentlich schwer, das Verhältnis der Parteien, wie es sich aus dem Resultat der Wahlen ergibt, in Ziffern auszusetzen, zumal die Stichwahlen (ballotage) erst am 11. Mai erfolgen. Der „Matin" hat das folgende Exempel aufgestellt: Ministerielle Stimmen 5099000, antiministerielle 3373000. Dabei differenziert er die letzteren so, daß er auf die revolutionären Sozialisten 155000 rechnet, Rechtsrepublikaner 1105000; Nationalisten 161000, Ralliierte und Monarchisten 994000.

Man wird aber schwerlich irre gehen, wenn man auch im ministeriellen Lager versteckte Klerikale vermutet, und von den antiministeriellen dürfte die große Mehrzahl der Rechtsrepublikaner und wohl auch zahlreiche Nationalisten zu ihnen zu rechnen sein. Jedenfalls halten wir für sicher, daß das Ministerium mit einer ziemlich starken klerikal gefärbten Opposition zu rechnen haben wird. Schon jetzt bei den Stichwahlen gibt es allerlei unangenehme Überraschungen. Millerand und Leygues stehen mitten im härtesten Kampf, der alte Brisson, der 1894 mit Casimir Périer um den Präsidentenstuhl kämpfte, hat den Ärger erleben müssen, daß sich ihm im letzten Augenblick der in Algier durchgefallene Drumont als Gegenkandidat in den Weg stellt, Aynard, Ribot, Poincaré, Méline sind gleich im ersten Wohlgange gewählt worden, und Paris hat sich, wie freilich vorausgesehen wurde, für die Nationalisten entschieden. Mit den letzteren ist, wie wir schon vor acht Tagen an der Hand eines russischen Berichtes über die Pariser Wahlen zeigten, insofern eine Wandlung vorgegangen, daß sie heute mehr antienglisch als antideutsch sind. Das wird neuerdings auch von englischer Seite behauptet und erscheint nicht unglaubhaft, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Leidenschaft auch in Frankreich von der öffentlichen Meinung für die Buren Partei ergriffen wurde.

So erscheint uns, trotz des Sieges, den die Wahlen für das Ministerium ergeben haben, die Lage noch recht unklar. Es steht nicht einmal fest, ob Waldeck-Rousseau im Amte bleibt, ebenso wissen wir nicht, ob die neue Kammer den jetzigen Präsidenten Deschanel wieder zu ihrem Vorsitzenden wählen wird. Für alle beide wird als möglicher Nachfolger Mr. Doumer genannt, der in Lyon fast einstimmig gewählt worden ist und dessen Einfluß sich schon jetzt

Digitized by Google

darin zeigt, daß in Frankreich sich alle Welt wieder für
zu interessieren beginnt. Uns ist dabei aufgefallen, daß da
dieser Dinge sofort von der Newa her zurückklang. In ihrer N
vom 27. April fordert die „Nowoje Wremja" Frankreich g
auf, im Einvernehmen mit Rußland sein sinkendes Ansehen in
wiederherzustellen. „Die Sphäre des möglichen Zusammenw
der russisch-französischen Allianz — so führt das Blatt aus
außerordentlich groß. Man muß nur die Kräfte kombinier
auf ein Ziel richten. Wir haben gesehen, welchen Eindru
gleichzeitige Erscheinen des russisch-französischen Geschwad
Tanger gemacht hat. Dieselbe Wirkung werden die einfachs
meinsamen Schritte beider Mächte in Südasien haben." D
aber zugleich vom russischen Standpunkte aus höchst korrekt g
da es naturgemäß im russischen Interesse liegt, bei der gesp
Lage im großen Orient England vom Norden nach Süden l
zulenken und Frankreich gegen England zu engagieren.

Auch verfolgt man in Petersburg mit dem allergespan
Interesse, was an Nachrichten über die südafrikanische
gelegenheiten an die Öffentlichkeit dringt. Bekanntlich
herzlich wenig, was wir wissen. In England sind die vor 14
noch sehr zuversichtlichen Stimmen allmählich etwas kleinlaut ge
Die Vorstellung, daß es sich vielleicht doch wieder um ein M
handelt, das darauf berechnet ist, für die Tage der Krönun
nunmehr endgültig auf den 26. und 27. Juni festgesetzt sind, Sti
zu machen, beginnt hie und da zum Ausdruck zu kommen, ab
halten das nicht für wahrscheinlich, weil schon vorher die L
Südafrika zu einer Entscheidung für oder wider den
geführt haben muß. Wer dieser Entscheidung mit Ernst geg
steht, wird sich sagen müssen, daß er den Entschluß, den die
in Afrika fassen, unter allen Umständen gutheißen wird. Sie
können richtig beurteilen, was sie noch zu leisten und zu trag
mögen, sie allein darüber befinden, welche Bedingungen ihn
nehmbar sind und welche nicht. Daß sie in der Verteidigun
guten Rechtes und ihrer Unabhängigkeit mehr geleistet habe
man billig für wahrscheinlich halten konnte, ist ebenso unbest
Wir sind nach wie vor der Meinung, daß nicht nur die Anerke
welche dieses von aller Welt verlassene Häuflein von Held

Digitized by Google

zwungen hat, den Engländern die allerweitesten Zugeständnisse zur flicht machen sollte, sondern auch das Gebot ihres eigenen Interesses nd der Klugheit. Aber wir wissen weder, was die Buren fordern, ch was die Engländer bieten. England hat neuerdings wieder roße Truppentransporte nach Südafrika geschickt, aber es kann icht in die Lage kommen, Truppen und Schiffe an anderer Stelle brauchen, und daß die Buren, wenn man sie zur Verzweiflung ängt, die Engländer noch sehr lange in Atem halten können, scheint enfalls sicher zu sein. Andererseits muß, wer sich vergegenwärtigt, ie groß die materielle, physische und psychische Not ist, die auf den uren im Felde, in ihren Zufluchtsorten, in den Konzentrationslagern nd in der Gefangenschaft lastet, sich sagen, daß sie das Ende herbei=hnen müssen. Welches auch der Ausgang sei, wir werden den in üdafrika gefaßten Beschluß der Buren nicht kritisieren und könnten auch nicht billigen, wenn die Exulanten im Haag einen Druck uf sie ausüben wollten.

Die kriegsgerichtlichen Urteile, die jüngst über Kolonialoffiziere efällt wurden, die in Südafrika kalten Blutes ihre Gefangenen er=hossen haben, werfen ein grelles Licht auf die Qualität dieser von er englischen Presse so ausschweifend gepriesenen Hülfsvölker des reater Britain. Wir möchten aber die Erfahrungen, die mit diesen euten gemacht worden sind, in Parallele setzen mit dem Prozeß, er sich eben in den Vereinigten Staaten abgespielt hat, und der enso grell das Verhalten der amerikanischen Truppen auf en Philippinen beleuchtet. Die Freisprechung von Waller ver=tzt unser Gefühl ebenso sehr wie das Verhalten des Generals Smith der das jener standgerichtlich erschossenen Kolonialoffiziere in Süd=frika. Gemeinsam ist den einen wie den anderen, daß ihnen die rziehung in einem stehenden Heere mit festem Standesbewußtsein nd geschultem Ehrgefühl fehlt. Der Soldat, der diese Schule nicht urchgemacht hat, wird zum Abenteurer, und das ist der Fluch der nprovisierten Armeen.

Was über die Bauernemeuten in Rußland zu uns herüber=ingt, trägt zum großen Teil den Charakter des Gerüchts. Wir issen bis zur Stunde nichts mit voller Sicherheit, können aber an er Hand der sich mehrenden Nachrichten über die wirtschaftlichen öte, die sich mit dem kommenden Frühjahr in den Hungergouverne=

Digitized by Google

ments noch gesteigert haben, nicht anders schließen, als
wirkliche Not ist, die das duldsame Volk aus seiner Passivität
gerissen hat. Dazu scheinen dann allerdings auch sozi
Wühlereien gekommen zu sein. Es ist die Nachwirkung ei
langer Hand betriebenen Propaganda, deren erste Anfänge
Jahre 1879—81 fallen und deren Organ der sogenannte ts
peredjel (schwarze Umsturz) war. 1883 tauchte dieselbe
gandistische Gruppe als die Partei der „Befreiung der Arbeit"
auf, von da ab hat diese sozialistische Agitation stetig an Bo
wonnen. Am 13. Februar 1883 erschien eine Proklamati
Zentralkomitees der Partei „Proletariat", im März eine
Proklamation, die in Anlaß der Rede des Kaisers Alexan
sich direkt an die Bauern in Polen und Littauen wandte, w
überhaupt zunächst Polen als Mittelpunkt dieser Bestrebun
scheint. Erst 1885 fanden die ersten größeren Arbeiterunr
Orechowo-Subowo und in Jelisawetpol eine Bauernemeu
aber es gelang der Regierung, die Gesellschaft „Proletar
Warschau zu fassen und mit ihr aufzuräumen. Das Jah
brachte noch Arbeiterunruhen auf der Demidowschen Fabrik
aber kamen infolge der mit außerordentlicher Härte geübten
lichen Repressiv-Maßregeln einige stillere Jahre, in denen j
steigendem Maße die sozialistische Literatur in Rußland
Russisch-Polen eindrang. Die Wirkung zeigte sich zuerst 1
Polen, als in der Jussowschen Fabrik bei Warschau ein A
erfolgte, an dem 30000 Arbeiter teilnahmen und der mit Ze
der Fabrik und der Erschießung von 500 Arbeitern endete
danach folgte ein Ausstand von 60000 Arbeitern in Lodz, der
kostete, 1895 aber schlug die Bewegung wieder nach Rußlan
in Jekaterinoslaw, Jaroslaw, Teikowa, Iwano-Wosnessensk, S
Bialystok, in Borissow, Wilna u. s. w. kam es zu Ausständ
blutig unterdrückt wurden, und im Herbst des Jahres organis
der „Bund zur Befreiung der arbeitenden Klasse". Am 1. M
wurde in Petersburg zum erstenmal der Arbeiterfeiertag b
und es knüpfte sich daran ein großer Ausstand, an dem 30000
teilnahmen, im Juni ein neuer Arbeiterausstand an der A
Kursker Eisenbahn. Schon vorher hatte das furchtbar au
Unglück auf dem Chodinskifelde am dritten Tage nach der K

Digitized by Google

ser Nikolaus' II. stattgefunden, und in direktem Zusammenhang
it kam es zu Studentenunruhen, die von da ab nicht mehr ab-
rochen sind. Es wäre ermüdend, sie alle herzuzählen, aber es ist
akteristisch, daß seit etwa zwei Jahren die Arbeiterbevölkerung regel-
ig für die Studenten Partei ergreift, und daß neuerdings auch
sogen. „Volksgängerei" von Studenten und anderen Enthusiasten
sozial-revolutionären Bewegung wieder aufgenommen worden ist.
Facit läßt sich die Tatsache schwer übersehen, daß es sich aller-
s um ein stetiges Vordringen sozialistischer Theorien unter den
rikarbeitern handelt, während die agrarischen Unruhen im Süden
l meist als Ausdruck einer wirklich vorhandenen schweren materiellen
zu betrachten sind, die von revolutionären Elementen, die aus
Kreise der Gebildeten stammen, geführt wird. Nun kann wohl
Sicherheit vorhergesagt werden, daß die Regierung die Ruhe
der herstellen wird, schon weil bei den ungeheuren Entfernungen
Rußland an ein Zusammenwirken der Aufständischen nicht zu
ken ist und die Truppen überall ihre Pflicht tun; aber damit
in ist es gewiß nicht getan und es bleibt abzuwarten, mit welchen
ßregeln der neue Minister des Innern hervortreten wird. Die
gabe ist ganz außerordentlich schwierig, weil es unmöglich ist,
einem Mal die Übelstände zu beseitigen, deren Symptom die
egung des Volkes ist und jeder ungenutzte Monat einen Vorteil
die Agitatoren und für die Regierung einen Verlust an Terrain
eutet.

Politisch haben wir sonst nur wenig zu bemerken. In Belgien
der Versuch der Sozialisten, der Kammer das allgemeine gleiche
mmrecht abzutrotzen, gescheitert und es ist glücklicherweise nicht
nal nötig gewesen, mit den Truppen vorzugehen. Die städtischen
lizen haben genügt, die Ruhe herzustellen. Dagegen mehren sich
Anzeichen, daß die Regelung der Verwaltung im Kongostaate,
belgischen wie im französischen, zu einer unabweisbaren Not-
digkeit werden wird.

Herr Danew hatte seine Anleihe glücklich in Paris zustande
racht und wird dafür in Macedonien seine Dankesschuld zu ent-
ten haben, so daß als Resultat wohl die Anerkennung Firmilians,
Rußland es wünscht, zu erwarten ist. In Italien ist der
egsminister Ponza die San Martino zurückgetreten, als Opfer

Digitized by Google

der vielbesprochenen Reservistenunruhen. In China ist am 2
von Sir Edward Satow die Konvention über Ausliefer
Linie Peking—Tientsin—Shanhaikwang unterzeichnet worden
die übrigen Mächte zustimmen, wird sie den Chinesen üb
werden, jedoch so, daß zwar die Direktion chinesisch wird, ein e
Mitdirektor und 2 deutsche und japanische Subdirektoren ih
zur Seite stehen werden. In Südchina scheinen die Unruhen
dauern und nicht unbedenklich zu sein.

Die allerlebhafteste Sorge macht der Zustand der
Königin Wilhelmine. Sie erfreut sich in ganz Deutschl
herzlichsten Sympathien und die Freude wird bei uns gr
wenn, wie wir hoffen, die nächsten Tage gute Nachrichten

Digitized by Google

7. Mai. Rede des Grafen Goluchowski in Pest, Lord Salisburys in der Primrose League.
8. Mai. Revolution in Haiti.
10. Mai. Präsident Loubet übernimmt den Schiedsspruch zwischen Italien und Guatemala.
10. Mai. Aufhebung des Diktaturparagraphen im Elsaß.
10. Mai. Prinz Heinrich in Irland.
11. Mai. Abschluß der Stichwahlen in Frankreich.
12. Mai. Erste Verhaftungen in der Humbert-Crawfordschen Betrugssache.
13. Mai. Völlige Genesung der Königin Wilhelmine von Holland.

14. Mai 1902.

Bekanntlich gewinnen die Lieblingsblumen großer Männer leicht eine weite Popularität. Wer denkt bei uns nicht an Kaiser Wilhelm, wenn ihm ein Sträußchen Kornblumen zum Kauf geboten wird? Es geht kein Wilhelmstag hin, ohne daß das Denkmal des alten Kaisers mit Kornblumen geschmückt wird, und jedermann in ganz Deutschland weiß, was das bedeutet. Wir glauben nicht, daß Chamberlains Orchideen in England je einen gleichen Kultus finden werden, aber eine Blume gibt es jenseits des Kanals, die wirklich zum Abzeichen einer großen Partei geworden ist, die Lieblingsblume Disraelis, die Schlüsselblume (primula acaulis), die kaum vier Jahre nach des Meisters Tode zum Symbol der Partei gemacht wurde, die heute, nach merkwürdigen Gesinnungswandlungen, die regierende in England geworden ist. Als sich 1884 die Primrose League konstituierte, setzte sie sich das Ziel, im Sinne ihrer Doktrinen die öffentliche Meinung Englands zu beeinflussen und im Gegensatz zu Gladstone die alten Traditionen der Disraelischen Machtpolitik wieder zur Geltung zu bringen. Sie war aber erst 1895 stark genug geworden, um ohne Alliierte, die andere Parteianschauungen vertraten, die Regierung zu übernehmen. Das Ministerium Salisbury hätte ein reines Parteiregiment im Sinne der Primrose League führen können, denn selbst wenn liberale Unionisten, Liberal-Radikale und

Digitized by Google

Iren sich verbanden, wäre ihm immer noch eine Mehrheit von
Stimmen geblieben. Salisbury zog es aber vor, die Führe
liberalen Unionisten, den Herzog von Devonshire und Joe C
berlain, in sein Ministerium zu ziehen und so eine Koalition zu b
die sich nunmehr sieben Jahre lang am Staatsruder zu beha
stark genug war. Den Kern der Partei bildet aber immer no
Primrose League und Lord Salisbury ist ihr Grand Master.
dieser Eigenschaft hat er am 7. Mai in Albert Hall eine Red
halten, die in ihrem vollen Wortlaut doch weit wichtiger ers
als sich aus den kurzen bei uns umlaufenden Wiedergaben sch
ließ. Gleich die einleitenden Betrachtungen sind wert, komme
zu werden. Lord Salisbury wies darauf hin, daß die 17 J
die seit Gründung der Liga hingegangen seien, eine erregte
politischer Erfahrungen darstellten. Man habe großen Gefahre
gegnen und schwierige Probleme lösen müssen, aber der Ver
der Verhältnisse von 1884 und 1885 mit den heutigen zeige
Fortschritt, den damals wohl niemand vorherzusagen gewagt
Damals stand man vor dem ägyptischen Problem — in Äg
herrsche heute England (in Ägypt at present we are supr
der Untergang Gordons stellte die schwierige sudanesische F
nunmehr sei der Sudan englisch, in Irland sei eine separati
Bewegung durch den Staatsmann unterstützt worden, der in En
in der allgemeinen Schätzung am höchsten stand, heute sei kein S
mann zu finden, der eine so ungesunde und selbstmörderische P
vertreten wollte. Das bedeute einen ungeheuren Gewinn, d
nicht geringem Teil dem Einfluß zu danken sei, den die Pri
League kraft ihrer Organisation ausgeübt habe.

Allerdings stehe man jetzt in einem großen und ernsten K
aber groß wie die Opfer, die er England auferlegt habe, sei
der Erfolg, denn Großbritanniens Macht, Prestige, Einfluß
magische Effekt seines großen Reiches sei heute stärker, wirk
bewunderungswürdiger als zu Beginn dieser Periode. Es sei
klagen, daß nicht alle Engländer diese Überzeugung teilten.
Morley habe noch jüngst gesagt, daß, wenn das Kabinet im Jahre
die Resultate des Krieges hätte voraussehen können, wohl
seiner Mitglieder zur Diplomatie gegriffen hätte, die jene bekl
werten Folgen herbeiführte. Dagegen nun wolle er, Salisbur

Digitized by Google

aller Entrüstung protestieren. Und nun folgt eine emphathische Ausführung, wie England mitten im Frieden von den Buren, die keinerlei Grund zur Beschwerde hatten, wider alles Völkerrecht in seinem Territorium überfallen worden sei, so daß ein Zweifel an dem Rechte Englands, sich zu verteidigen, überhaupt nicht aufkommen könne.

Salisbury ging dann zu den jetzt schwebenden Verhandlungen über, um nachdrücklich zu betonen, daß England noch ganz auf dem Standpunkte stehe, den es ursprünglich einnahm, d. h. die Regierung des Königs wolle dafür Sorge tragen, daß es den Buren unmöglich werde, den Kampf wieder aufzunehmen, der jetzt langsam zu Ende gehe. Es sei wichtig, das auszusprechen, denn es gebe Leute, welche meinten, daß in dieser Lebensfrage nachgegeben werden könne. Er wolle keineswegs Bitterkeit unter denen erregen, die Englands Feinde waren oder noch seien. Er wünsche vielmehr nichts lebhafter, als daß sie sich dem politischen Bau Englands anschließen, damit man ihnen in aller Fülle den Genuß der Ordnung und der Kraft gewähren könne, die dem altbewährten englischen Kolonialsystem eigentümlich sei, und gewiß solle alles geschehen, um sie zu einem Teil jenes Reiches umzuformen, das dem Menschengeschlecht so viel Segen gebracht habe. Eines aber werde nicht geschehen, man werde nicht in die Hand irgend eines übelwollenden Mannes die Macht legen, den Konflikt zu erneuern oder die unbedingte Suprematie des Königs in Frage zu stellen.

Nun solle aber die Primrose League nicht meinen, daß mit der Beendigung des Krieges ihr Werk getan sei. Die Zukunft drohe mit ebenso schweren Gefahren, wie die Vergangenheit sie gebracht habe. Es sei kein Zweifel, daß während des Krieges die Welt ein anderes Aussehen gewonnen habe. In den Kolonien sei eine Wärme des Gefühls und ein Eifer für den Fortschritt des Imperiums, eine Schätzung der Vorteile, die es biete, zum Durchbruch gekommen, wie vor fünf Jahren wohl nur wenige für möglich gehalten hätten. Das sei ein Phänomon, das so plötzlich und so spontan zu Tage trat, daß es unmöglich für eine bloß vorübergehende Erscheinung gehalten werden könne. Aber allerdings sei auch eine entgegengesetzte Strömung bei den Rivalen Englands zum Ausbruch gekommen. Beides sei in allerhöchstem Grade wichtig, auf beiden beruhe die Zukunft, und

Digitized by Google

mit beiden hätten alle Staatsmänner zu rechnen. Trotzdem a
er nicht der Meinung, daß, wie Männer von großem Intelle
von Autorität es wünschten, schon jetzt der Augenblick gekomm
durch einen von England ausgehenden gesetzgeberischen A
Föderation der Kolonien herbeizuführen. Vielmehr müsse di
tiative dazu von den Kolonien ausgehen, damit was Mut
und Kolonien verbinde, mit unwiderstehlicher Kraft eine Komb
schaffe, die alles in Schatten stellen werde, was bisher an
dem britischen Reiche zu eigen gehörte. Aber man dürfe nich
Gesetze antizipieren, was die natürliche Entwicklung bringen
Noch gebe es zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden: die fina
Lasten, die Pflicht der Verteidigung, die Frage, welches Re
Entscheidung dem Mutterlande bleiben solle, das alles dürf
beim besten Willen nicht übers Knie gebrochen werden. Es
menschlich, wenn ein Staatsmann, der doch auch nur 60—70
zu leben habe — dem natürlichen Spiel der Kräfte und Kombin
vorzugreifen suche. Aber nichts sei gefährlicher als eine Entsch
zu erzwingen, bevor sie ausgereift sei und dadurch Unzufrie
und Verstimmungen zu erregen, statt durch geduldiges Warten gl
von selbst das Ziel zu erreichen. Eine überstürzt erzwungene
ration sei die größte Gefahr, die England bedrohe. Warte n
duldig, so stehe eine wunderbare Zukunft bevor. Das en
gesetzte Schicksal aber werde durch Übereilung herbeigeführt
Dann könne es wohl geschehen, daß die Kräfte sich abwende
bestimmt sind, den majestätischen Bau des Reiches zu errichten.
dürfe nie vergessen, daß die Weltlage sich verändert habe, daß
Kräfte als bisher sich geltend machen und sorgfältig darauf zu
sei, daß ihre Energie nicht Interessen antaste, deren Vertei
Englands Aufgabe sei. „Erinnert Euch — so schloß Salisb
daß aus der Verwirrung, welche die jüngsten Ereignisse er
daß aus den neuerstandenen Schwierigkeiten eine völlig neue
lage hervorgegangen ist, in welcher das britische Reich, das
Abhängigkeit von irgend einer Territorialmacht steht, sonde
von der Wirksamkeit seiner maritimen Verteidigungsmittel ab
langsam aus dem Meere emporsteigt; daß es mit den Gefühl
den Affekten einiger der wirksamsten und leidenschaftlichsten
der Welt zu rechnen hat; daß die Zukunft des Reiches dav

Digitized by Google

hängt, ob diese Kräfte mit Vorsicht und Weisheit geleitet werden. . . ." Wir lassen die auf die Versammlung berechneten Schlußfloskeln fort, sie sagen uns nichts. Wohl aber dürfte es nützlich sein, sich die Hauptgedanken der Rede nochmals zu vergegenwärtigen. Der Hinweis auf Ägypten bedeutet ein nach Frankreich gerichtetes sehr energisches j'y suis, j'y reste! aber das wurde gleichsam beiläufig abgetan, und wir haben nicht bemerkt, daß man in Frankreich den Handschuh aufgenommen hätte; um so ausführlicher und abfälliger wird dagegen der die Bureu betreffende Abschnitt behandelt. Wie uns scheint, mit Unrecht. Abgesehen von der Legende über den Ursprung des Krieges, über die zu streiten müßig ist, lassen sich zwei positive Gedanken mit aller Deutlichkeit als Kern des Salisburyschen Programms für Südafrika herausschälen: keinen Frieden ohne Anerkennung Englands als Landesherrn, und keine Zugeständnisse, welche den Buren die Möglichkeit gewähren, über kurz oder lang den Krieg wieder aufzunehmen. Im übrigen ist er bereit, ihnen zu gewähren, was sich irgend gewähren läßt. Dieses Programm ist vom englischen Standpunkte ein notwendiges geworden und, trotz der entgegengesetzten Behauptung Salisburys, von dem unconditional surrender doch sehr wesentlich verschieden. Auch schließen wir aus einer Korrespondenz, die dem „Standard" aus Durban zugeht, daß man endlich der Kaffernfrage nähertritt. Die Kaffern, so konstatiert die Korrespondenz — seien in ihrem Bildungsniveau in den letzten Jahren noch weiter herabgegangen. Es fragt sich nur, ob daraus der notwendige Schluß gezogen wird, ihnen das politische Stimmrecht zu entziehen. Daß Kitchener und Milner in ihren Vollmachten nicht über die von Salisbury gezogenen Linien hinausgehen dürfen, kann wohl als sicher gelten, und damit ist auch gesagt, daß die Entscheidung über den Frieden davon abhängt, wie die Abstimmung der Buren-Kommandos ausfällt. Angeblich sollen die nächsten Tage ihr letztes Wort bringen. Es werden wohl die schwersten Tage dieser bitteren drei Jahre sein, aber wie die Entscheidung auch fallen mag — wer hätte ein Recht, ihr gegenüber als Richter aufzutreten?

Der zweite Teil der Rede ist, trotz der optimistischen Beurteilung des Verhältnisses der Kolonien zum Mutterlande, in Bezug auf die Gesamtlage und die besondere Stellung Englands schwarz in schwarz gemalt. Die Warnung vor überstürztem Abschluß einer Reichs-

Digitized by Google

föderation ist ein scharfer Hieb gegen Chamberlain, der die lan
laufenden Gerüchte von einem Gegensatz zwischen Salisbu
seinem Kolonialminister in überraschender Weise bestätigt.
hat Salisbury, dessen allgemeine Bemerkungen über die Not
keit geduldigen Abwartens kommenden Entwicklungen geg
goldene Worte ausgereifter Lebensweisheit enthielten, in der
sache recht. Es fragt sich nur, ob Chamberlain sich stark
fühlt, den Kampf aufzunehmen. Die Wahrscheinlichkeit spri
gegen, weil in Australien wie in Kanada die Neigung ger
vom enthusiastischen zum pflichtmäßigen Imperialismus überz
Auch will uns scheinen, daß vorläufig die Macht der Kolonie
außerordentlich überschätzt wird. Sie haben alle zusamme
50000 Mann aufgebracht und pekuniär zu den Lasten des
so gut wie garnicht beigetragen, über die Qualität der K
truppen aber wird auch ein nachsichtiger Beurteiler nur sagen
daß sie höchst ungleich war. Kurz, uns will scheinen, daß d
kunftsperspektive, für welche Lord Salisbury seine Zuhörer
geistern bemüht war, noch sehr weit liegt, und daß Engl
seinem neuen Alliierten Japan zur Zeit eine stärkere Stütze h
an allen Kolonien zusammengenommen.

Recht im Gegensatz zur Rede Salisburys war die Re
Grafen Goluchowski vor den seit dem 6. Mai in Pest to
Delegationen außerordentlich optimistisch gehalten. Wir
dabei natürlich nicht an die wichtigen Mitteilungen über der
bund. Sie haben das Verdienst, dem Auslande deutlich
zu haben, woran man in den beiden anderen Dreibundsta
allen besser unterrichteten politischen Kreisen nicht gezweifelt h
nämlich die Allianz in ihrem vollen Gehalt erneuert wird. D
günstigen Betrachtungen, die darüber in Frankreich und R
angestellt werden, geben den besten Beweis dafür, daß das
änderte Fortbestehen des Dreibundes nach wie vor dem un
Ehrgeiz der Elemente, die hüben und drüben von einer Wa
des Schwerpunktes in Mitteleuropa ihren Vorteil erwarten,
unbequem ist. Auch in der Debatte, die sich an die Rede des
Goluchowski knüpfte, kam bei den verwandte Richtungen vertr
Rednern, wie namentlich beim Dr. Kramarz und bei dem S
der Polen, diese Stimmung zum Ausdruck, ohne daß freilich

Digitized by Google

eine praktische Folge davon zu erwarten wäre. Optimistisch erscheint uns der den Vertrag von 1897 betreffende Abschnitt der Rede, und wie wir erwarteten, hat er auch in der russischen Presse eine höhnische Abweisung gefunden. Als Beispiel mag ein Leitartikel der „Nowoje Wremja" vom 9. Mai dienen. Er beginnt mit einigen ironischen Bemerkungen über den „friedlichen" Dreibund und spottet über die wertvolle Ergänzung, die der Zweibund dazu biete. Dann aber geht er in medias res. „Die Grundlagen unserer sogenannten Verständigung mit Österreich-Ungarn sind längst bekannt: sie tragen einen rein negativen Charakter. Um im Interesse des Friedens möglichst lange den gegenwärtigen politischen (nicht den administrativen, ökonomischen u. s. w.) status quo auf der Balkanhalbinsel zu wahren, beschlossen Rußland und Österreich-Ungarn 1897 sich nicht einseitig in die wichtigeren Angelegenheiten der Balkanhalbinsel einzumengen, ohne vorher in einen aufrichtigen und wohlwollenden Austausch ihrer Ansichten getreten zu sein. Das ist der ganze Inhalt der vielgenannten Verständigung. Man hat sie nur nicht veröffentlicht, weil es nichts zu veröffentlichen gab. Noch im vorigen Jahre hat Graf Goluchowski selbst im Eifer gesagt, es gebe gar keinen russisch-österreichischen Vertrag, sondern nur ein gutes Einvernehmen über die Balkan-Angelegenheiten." Die österreichisch-ungarischen Vertreter und die Presse in Wien und Pest aber hätten den Balkanslaven zu Gemüt geführt, daß Rußland sie auf Gnade und Ungnade an Österreich ausgeliefert habe. Es sei erst allmählich möglich gewesen, das Jammern über den russischen „Verrat" bei den Slaven zum Schweigen zu bringen und ihnen ein richtigeres Urteil über die „Verständigung" beizubringen. Jetzt wolle Graf Goluchowski offenbar den ersten Eindruck wieder auffrischen, und um das zu erreichen, suche er der Welt einzureden, Rußland werde kraft dieser Verständigung die Frucht seiner hundertjährigen Anstrengungen und Opfer, brüderlich mit Österreich-Ungarn teilen und sich seines historischen geistlichen Prestiges und seiner allgemein anerkannten führenden Stellung begeben. Aus der Tatsache, daß Rußland um des Friedens willen gute Beziehungen aufrecht erhalten wolle, folgere Graf Goluchowski auf eine „paritätische Stellung". Wenn er ferner seine Freude darüber ausspreche, daß weder Rußland noch Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel eigennützige Pläne verfolgten, so gelte das wohl von Rußland;

Digitized by Google

Österreich-Ungarn könne diesen Anspruch erst erheben, wenn es B
und die Herzegowina geräumt habe, deren Okkupationstermin
abgelaufen sei u. s. w. Es folgen noch eine ganze Reihe von S
die wir nicht alle wiederholen wollen, der Schluß ist von
suchter Grobheit, und wenn, wie wir vermuten, die „Pet. Z
ihren Wladimir Holmström auf dieselbe Spur loslassen, w
wohl noch weit ärger kommen. Es läßt sich eben nicht verk
daß die öffentliche Meinung in Rußland sich immer mehr üb
Balkanfragen erhitzt und das hat, so wie die Dinge in Ru
liegen, trotz der nur anzuerkennenden korrekten Haltung der Regi
seine sehr bedenkliche Seite.

Die Veröffentlichung des russischen Regierungsanzeigers
die Unruhen im Poltawaschen macht einen außerordentlich
lichen Eindruck, weil sie die Not und den Hunger der Aufständ
die überall nur Korn und Mehl geraubt haben, als bloßen Vo
betrachtet. Diese Leute sind wirklich hungrig gewesen und
scheinlich seit Jahr und Tag nicht wirklich satt geworden. Der
russische Volk ist duldsam und gewohnt, seinen Jammer still zu t
Es muß sehr arg hergehen, wenn es die Schranken durchbrich
ihm gesetzt sind, und wenn in dem vorliegenden Falle auch so
sozialistische Agitatoren mit am Werk gewesen sind, so hätten s
einen wirklichen Notstand, keinen Boden für ihre Lehren gef
Das alles ist höchst traurig, und man wird außerhalb Rußlan
Hauptschuld nicht den betörten Bauern, sondern denjenigen zusch
deren Pflicht es war, der äußersten Not vorzubeugen. Au
„Brandsaison", um einen Ausdruck der „Nowoje Wremja
brauchen, hat wieder begonnen und man sieht nicht, wohin das
ausmünden soll.

Wahlen und Stichwahlen in Frankreich liegen
glücklich hinter uns. Wie wir voraussetzten, hat die Stellun
Regierungspartei sich noch weiter gekräftigt. Auch Brisson
Millerand sind glücklich gewählt worden und die Frage ist nu
Waldeck-Rousseau seine Demission einreichen wird und wer vo
Kammer zum Präsidenten gewählt wird. Der Präsident Loub
seine Reise nach Rußland nunmehr in aller Ruhe an und w
Petersburg, nach den Mitteilungen der Blätter zu schließen,
großartigen Empfang finden. Es heißt, daß er auf der Rü

Digitized by Google

Kopenhagen besuchen wird und daran knüpfen sich allerlei Konjekturen. Es ist uns aufgefallen, daß Jaques Bardoux, der uns durch eine vortreffliche Arbeit über die Konkurrenz, die Amerika den Engländern macht, im Gedächtnis geblieben ist, nunmehr sehr eifrig für eine englisch-französische Allianz eintritt. Aber in solche Utopien können auch geistreiche Menschen sich verirren, wenn sie die großen Zusammenhänge außer Augen verlieren. An sich ist die englisch-französische Allianz keineswegs eine unmögliche Kombination, wenn auch beide Mächte es stets nur wenige Jahre miteinander ausgehalten haben, sie ist aber undenkbar, solange die russisch-französische Kombination fortdauert. Hier heißt es aut—aut und vorläufig ist nicht daran zu denken, daß in den russisch-französischen Beziehungen die geringste Wandlung eintritt.

Mit merkwürdiger Zähigkeit, und, wie uns scheint, im Zusammenhang mit parallelen Strömungen in Frankreich, drängt die russische Presse auf ein energisches Vorgehen Frankreichs gegen Siam. Offenbar hat die Rückkehr Doumers und sein Wiedereintritt in das politische Parteileben den Anstoß dazu gegeben. Die Folgen werden abzuwarten sein.

Allgemeines Mitgefühl hat das entsetzliche Unglück auf Martinique hervorgerufen. St. Pierre war die Geburtsstadt der Kaiserin Josephine und der Madame de Maintenon, zweier Frauen, deren Leben tiefer in die Geschicke Frankreichs eingegriffen, als seit den Tagen der Königin Maria Medici je eine andere getan.

Digitized by Google

14. Mai. Abreise des Präsidenten Loubet nach Rußland.
14. Mai. Protest Don Carlos gegen die Krönung Alfons XIII.
14. Mai. Abreise der Burenführer nach Vereeniging.
16. Mai. Vertagung der Entscheidung über den Verkauf der westindischen Inse
Vereinigten Staaten. Dänisch.
17. Mai. König Alfons XIII. übernimmt die Regierung Spaniens.
19. Mai. Attentat auf den Gouverneur von Wilna, v. Wahl.
20. Mai. Proklamierung der Republik Kuba.

---

21. Mai 1

Nunmehr sind auch die Stichwahlen in Frankreich
ohne das Resultat des ersten Wahlganges irgend erschüttert zu
Frankreich hat sich für die Politik des Ministeriums ausgesp
oder, um das Ergebnis weniger persönlich und parteipoli
fassen, gegen jede tiefer einschneidende Veränderung der g
Ordnung: keine Abwendung von der Republik zu monarch
Staatsformen, die, so wie die Dinge liegen, den Charakt
gefährlichen Experiments tragen müßten; keine Unterordnun
nationalistische, sozialistische oder ausgesprochen klerikale F
weil auch sie den ruhigen Fortbestand eingewohnter Verh
gefährden würden. Man könnte die ungeheure Erregung, die
der Wahlkampagne herrschte, wohl am besten durch die A
klären, mit der die große Mehrheit der Franzosen jeder po
Änderung entgegensieht. Was man haben will, ist Fortbesta
politischen Lebensordnungen, die dem einzelnen gestatten, i
seinen besonderen Interessen nachzugehen, namentlich den mat
und wenn, wie Waldeck-Rousseau und seine Leute es ver
haben, damit der Schein einer großgedachten auswärtigen
verbunden wird, nimmt man das, gleichsam als Rechtfertig
eigenen Verhaltens, gern mit in den Kauf. Gerade die Extrav
der Opposition haben, weil sie beunruhigten, sehr wesentl

Digitized by Google

Siege der Republikaner ministerieller Färbung beigetragen. Man ist zufrieden mit dem, was das Ministerium bietet: Aufrechterhaltung der Allianz mit gelegentlichen kleinen Satisfaktionen für diejenigen, die Wert auf eine selbständige Haltung der auswärtigen Politik Frankreichs legen, kleine Rempeleien mit dem Dreibunde unter sorgfältiger Umgehung wirklicher Konflikte, freien Raum für die Äußerung politischer Sympathien und Antipathien. Endlich, und das ist ein wesentlicher Punkt, Festigkeit in Wahrung der kolonialen Interessen Frankreichs. Wir berühren damit einen Punkt, in welchem die öffentliche Meinung Frankreichs seit den Tagen Jules Ferrys eine merkwürdige, vom Standpunkt der französischen Interessen nicht hoch genug anzuerkennende Schwenkung vollzogen hat. Die Kolonialpolitik ist in Frankreich höchst populär geworden, Parteien, die ihr — wie ja leider bei uns geschieht, wo unsere überseeischen Interessen in Frage kommen, — prinzipiell feindlich gegenüberstehen, würden sich sehr bald politisch unmöglich gemacht haben, und die Regierung ist sicher, unterstützt zu werden, sobald sie in diese Saiten der politischen Harfe Frankreichs greift. Wir möchten aber hervorheben, daß diese Stellung der Nation zu ihrer Kolonialpolitik verhältnismäßig jung ist. Sie datiert von Faschoda; bis dahin waren es die Kolonialgesellschaften und einzelne Persönlichkeiten von Ehrgeiz und Energie, die die Bewegung unter großen Schwierigkeiten in Gang hielten; erst nach Faschoda wurde sie populär, so daß sich wohl der Satz verteidigen läßt, daß das Ministerium Salisbury die größten Verdienste um die Aufklärung der öffentlichen Meinung Frankreichs sich zuschreiben darf, was freilich, vom englischen Ufer aus angesehen, nicht gerade ein Verdienst sein dürfte.

Nach etwa 14 Tagen wird nun Waldeck-Rousseau vor die neue Kammer zu treten haben, und wir warten mit großer Spannung darauf, wie sich inzwischen die Parteien der Opposition organisiert haben werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der in diesen Parteien, mit Ausnahme der sozial-revolutionären, überall vorhandene klerikale Kern sich zusammenfindet und das Zentrum einer Opposition bildet, die damit freilich noch nicht den Charakter der englischen „Opposition" gewinnen würde. Was der französischen Opposition fehlt, ist das Bewußtsein einer Mitverantwortlichkeit. Sie ist politisch nicht genügend erzogen, und in allem Wechsel der

Digitized by Google

Richtungen, die sie seit den Tagen der ersten Charte vertr
vielleicht mit alleiniger Ausnahme des aus der Opposition
gegangenen Ministeriums Martignac, opposition quand mê
positiv durchführbares Programm gewesen. Wenn die Wahlp
erledigt sind und der Finanzminister das Budget für 1903
hat, werden wir an dem Verlauf der Debatten mit größere
heit über die nicht unwichtige Frage der Gruppierung der
urteilen können. Auch der Präsident Loubet wird dann v
Zarenfahrt heimgekehrt sein, gewiß voller Eindrücke ang
Art. Denn wo verstände man besser als in Petersburg die
des Wirtes in glänzender, liebenswürdiger und ungezwunge
zu erfüllen. Schon die Kaiserin Katharina war darin
und wenn wir von der in Extremen sich äußernden Natur de
Paul und von der bequemen Nonchalance Alexanders III.
sind alle späteren Zaren charmeurs gewesen. Dazu kommt
in den Hof eingedrungene demokratische Grundzug des
Wesens, der den Bourgeois-Präsidenten Loubet gewiß
angenehmer berühren wird, als einst Felix Faure, der nac
und Bildungsgang dahin geführt war, zu posieren, und der
liebte. Aber verkennen läßt sich nicht, daß zwischen de
Exodus des regierenden Frankreichs nach Rußland und dem
ein großer Unterschied liegt. Sowohl Frankreich wie Rußl
anders geworden, und völlig anders geworden ist die gesa
lage. Der „Figaro" hat im April des laufenden Jahre
den Versuch gemacht, die historischen Daten der werdenden
Franco-Russe festzustellen, und soviel wir sehen, scheint
unterrichtet zu sein. Danach hätte im Dezember 1891 Frey
Entwurf einer Allianzakte redigiert, die im folgenden Ja
von Alexander III. gutgeheißen, aber nicht unterzeichnet wu
Frankreich in das Vertragsinstrument eine politische Kla
genommen wissen wollte, durch welche beide Staaten für
eines feindlichen Angriffs fest miteinander verbunden wurd
im März 1893 sei nach ziemlich langen Verhandlungen a
Grundlage der Vertrag wirklich unterzeichnet worden.
aber nicht proklamiert, und erst in Kronstadt sind am 24. Au
erst von Felix Faure, dann vom Kaiser Nikolaus II., di
sehnten Worte nation amie et alliée gebraucht worden.

Digitized by Google

hat man sie so reichlich gebraucht, daß sie nachgerade etwas abgegriffen erscheinen. Auch ist das nur natürlich. Enthusiasmus ist als eine Alltagsstimmung nicht echt zu behaupten, wo das trotzdem zu geschehen scheint, tritt die Komödie in ihr Recht und der Außenstehende gewinnt damit die Rechte des Zuschauers im Parterre. Wir meinen, ohne den großen Aufwand an Begeisterung würde man jene Salutreisen, die fast den Charakter einer Staatsetikette angenommen haben, ernster beurteilen. Der Ernst ist vorausgegangen; er lag in der am 13. März des Jahres vereinbarten Ausdehnung des französisch-russischen Bündnisses auf die asiatische Konflikts- und Interessensphäre Rußlands wie Frankreichs, wobei freilich trotz der neuerdings so ostentativ in den Vordergrund tretenden Differenz Frankreichs mit Siam, die stärkere Assekuranz ohne allen Zweifel von französischer Seite geboten wird. Präsident Loubet wird, wie nur billig ist, den Dank dafür entgegennehmen.

Es ist uns übrigens aufgefallen, daß der jetzige französische Präsident aus der farblosen Zurückhaltung, die seit der Präsidentschaft Grévys Usus geworden war, hinauszutreten beginnt. Seine Rede in Brest war nichts weniger als farblos, sondern der Ausdruck der denkbar entschiedensten Parteinahme für Waldeck-Rousseau, und wir dürfen wohl daraus den Schluß ziehen, daß er eine ihm vielleicht gebotene Demission des Ministeriums bestimmt ablehnen wird. Beides soll uns recht sein, sowohl Waldeck-Rousseau als Ministerpräsident, wie Mr. Loubet, wenn er ein Präsident der Republik wird, der mehr ist, als eine Formel. Gerade da Loubet keinen persönlichen, sondern einen objektiven, das Wohl Frankreichs vertretenden Ehrgeiz hegt, kann das nur erfreulich sein. Aber es erscheint fraglich, ob Frankreich einen Präsidenten erträgt, der mehr ist als Dekoration und Formel.

Da wir gerade von diesen russisch-französischen Beziehungen reden, sei auf ein eben erschienenes Buch aufmerksam gemacht, das neben wahrhaft abenteuerlichem politischem Unsinn einige Abschnitte enthält, die Beachtung verdienen. Es führt den Titel: „La Russie d'Aujourdhui“ und der Verfasser nennt sich „Niet“, eine schlechte Transskription des russischen: „Nein“. Herr „Nein“ will durch die Wahl seines Pseudonyms sagen, daß er jedenfalls der Mann nicht sei, auf den der Leser als Verfasser raten könnte. Sein Buch ist

Digitized by Google

ursprünglich in den Feuilletons des „Echo de Paris“ erschi
hat, wie Herr „Nein“ versichert, wir aber nicht bemerkt hab
damals ungeheures Aufsehen gemacht.

Die Prämissen, auf welche sich die Darstellung aufbo
Ungeheuerlichkeiten. Nachdem nämlich schon Bismarck an
im Einverständnis mit England Frankreich zu überfallen dac
er später die, von hohen polnischen und deutschen Mil
russischen Diensten, organisierte Nihilistenverschwörung mit
und Sprengbomben versorgt und so Alexander II. aus de
geräumt („Alexandre II. supprimé par Bismarck“ [
„Alexandre II. venait de sauter grâce à quelques
introduites par Bismarck [pg. 73]), auch Skobelew 1882 u
der General Niribel sind seine Opfer! Selbst Alexander III
mordet worden, und da Bismarck anno 1894 unmöglich
Schuldige sein konnte, tritt nun in seine Rolle ein englisch-
Syndikat, das mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, Frank
Rußland erst zu schwächen und dann auch die französisch
Allianz zu zerreißen. Wie schon bemerkt, ist das so unge
und zeugt so sehr von einer kranken Phantasie, daß wi
ebenso wenig Notiz genommen hätten, wie von den sch
Klatschgeschichten (beiläufig eine alte mit Liebe gepflegte S
des „Echo de Paris“), die über die russischen Großfürsten u
andeutend, auch über den jetzigen Kaiser erzählt werden, w
neben dieser Haupttendenz noch andere Tendenzen liefen
„Nein“ ist Feind von Delcassé, als Anglophilen, nament
Feind des russischen Finanzministers Witte, den er gleich
dupe jenes deutsch-englischen Verschwörerkonsortiums darstellt
ist Herr „Nein“ entschlossener Antisemit und ebenso entsc
Gegner der haute finance.

Hält man daran fest, daß Herr „Nein“, wo er auf ein
„Tollpunkte“ kommt, unfehlbar durchgeht, so wird sich der
Buches nicht ohne Nutzen lesen lassen. Er ist entschiedener
des russischen Sicherheitsdienstes in Paris, wenngleich auch b
Schilderung seine Phantasie ihre vergrößernde Kraft spiel
Aber wir halten es nicht für unmöglich, daß Kaiser Nikol
seinen Pariser Agenten wirklich die folgende Charakter
französischen Minister erhalten habe: Millerand: Ehrgeizig

Digitized by Google

Auszeichnungen wird man von ihm erreichen, was man will. Von ganz geringer Herkunft. Großer Arbeiter. Sehr nervös. Autokratische Neigungen.

Waldeck. Wirklicher Staatsmann. Kein Republikaner. Despotischen Geistes, aber zu oft durch Gerede bestimmt (ayant trop souvant la „volonté de l'escalier"). Vom russischen Standpunkt aus einer derjenigen, auf die Rußland am meisten rechnen kann; denn er ist den Anerbietungen Englands unzugänglich.

Delcassé. Sehr anglophil. Völlig dem englischen Einfluß unterworfen, der mit großem Geschick an ihn herantritt.

General André. Nullität. Gemeiner Ehrgeiz. Völlige Inkompetenz. Serviles Werkzeug in Händen desjenigen, der ihn zu fassen verstehen wird. Man sollte versuchen, ihn durch einige russische Orden zu gewinnen, gebe aber nicht zu hohe. Terrorisiert durch Jesuitenriecherei, er kennt aber die Jesuiten nicht und übertreibt ihre Macht."

Die Charakteristik ist interessant, weil sie genau der Haltung entspricht, welche die russische Presse diesen Männern gegenüber eingenommen hat. Aber wenn man zugeben kann, daß ein russischer Agent eine solche Charakteristik geben konnte, leuchtet doch sofort ein, daß die Veröffentlichung eines solchen Berichts dem russischen Interesse ins Gesicht schlägt. Wir werden daher gerade aus diesen vier Charakterskizzen nahezu mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß Herr „Nein" kein russischer Feind Wittes ist, wie uns anfänglich wahrscheinlich schien, sondern wirklich ein französischer, und zwar, wie fast als gewiß erscheint, ein Mann aus dem klerikalen Lager und Angehöriger des Jesuiten-Ordens. Wir haben bei sorgfältiger Prüfung des Buches nichts gefunden, was dieser Annahme widerspräche, vieles, was sie bestätigt, so z. B. auch den Schlußsatz in der Charakteristik Andrés. Die Reisen des Verfassers durch Rußland, die ihm gebotene Möglichkeit, in sonst schwer zugängliche Kreise einzudringen, und noch andere Erwägungen, namentlich sein Haß gegen den Protestantismus, sprechen dafür. Das geht so weit, daß von allen russischen Sekten die harmlosen Stundisten als die gefährlichsten bezeichnet werden: „d'origine luthérienne, aidés par l'or de l'Angleterre ... soigneusement tenus en réserve pour une révolution possible."

Digitized by Google

Von wirklich politischen Problemen behandelt Herr „N
Burenfrage, wobei er natürlich die Schuld der Nichtint
Europas Kaiser Wilhelm zuschreibt, und die russische Po
stetig bemüht zeigt, diese Intervention herbeizuführen, au
Berufung auf Herrn Berthelot als Kronzeugen bestreitet,
dem Krügertelegramm Kaiser Wilhelms Frankreich den Engl
Fall eines englisch-deutschen Konflikts seine wohlwollende N
geboten habe. Wir erinnern uns aber, wie 1896 v
Seite erzählt wurde, daß das betreffende Angebot tatsächli
von einer offiziellen Persönlichkeit an maßgebender Stelle in
geschehenen Erklärung bestand, daß Frankreich im Kriegsfalle
gessen werde, daß es nur einen wirklichen Feind habe!

Die zweite Frage großer Politik, die besprochen wird
das Verhältnis Rußlands zu Japan. Natürlich habe das
japanische Bündnis seine erste Quelle in einer deutschen
Deutschland wollte eine Kombination schaffen, die ihm seine
in Kiautschu sicherte. Die Hauptschuld aber treffe Herrn
der dem Marquis Ito das Geld verweigerte, das statt
Wittes Hände fiel, während Ito in England Geld und
erhielt.

Witte aber habe die alte Politik Alexanders III. au
um ausschließlich seinen Finanzoperationen nachzujagen und
habe Rußland trotz Nikolaus II., neben seiner dominierenden
in Ostasien, auch die Rolle des Friedensstifters in Südas
spielt. Aber noch sei es möglich, wenigstens an England
zu nehmen: „Noch liegt Marokko an den Pforten Algier
nur 80 km von Kuschk und endlich der Krieg in Transvaal
nicht zu Ende geführt." Interessant bei all diesen Ausf
ist die Hartnäckigkeit, mit der an der Fiktion eines Zusamm
der deutschen Interessen mit den englischen festgehalten wir
das würde seine Erklärung finden, wenn unsere Hypoth
jesuitischen Ursprung des Buches sich bestätigen sollte; denn
von Wahrheit liegt darin: Deutschland und Großbritan
protestantische Großmächte und für Rom nicht zu haben, di
für sich zu gewinnen, hat aber die römische Kirche bekan
aufgegeben. Es ist das eine Lieblingsidee Leo XIII. Da
Herr „Nein" die russischen Polen preisgibt, ist ein um so

Digitized by Google

Zug, als Rom ihrer ohnehin sicher ist, und zur Zeit der Zar wichtiger ist als sie. Auch der außerordentliche Respekt, mit dem Pobedonoszew angefaßt wird, bedeutet keine Inkonsequenz; denn die von dem Oberprokureur des heiligen Synod ausgehende Strömung führt in ihren Konsequenzen eher zu Rom, als von Rom ab, jedenfalls ist sie unvereinbar mit protestantischer Weltauffassung.

Die Kapitel über die inneren Zustände Rußlands mögen übergangen werden. Sie enthalten neben groben Irrtümern feine Beobachtungen, werden aber, abgesehen von einigen drastischen Anekdoten, unseren Lesern nichts Neues sagen. Fassen wir noch einmal den Inhalt des Buches zusammen, so möchten wir sagen: sehr lehrreich für den Kenner, irreführend für die große Masse.

Da wir gerade die katholische Seite der französischen Interessen berühren, mag hier die folgende Notiz aus dem „Journal des Débats" ihren Platz finden. Das klerikale Blatt schreibt: „Der Sultan hat soeben ein Irade erlassen, welches das katholische Protektorat Frankreichs empfindlich verletzt. Es bestimmt nämlich, daß in Sachen des Konflikts, der in der Kirche des heiligen Grabes zu Jerusalem zwischen katholischen und griechischen Mönchen ausgebrochen ist, die italienischen Mönche durch die Vermittlung des italienischen Konsuls, nicht durch die des französischen vor Gericht zitiert werden sollen. Italien würde durch dieses Irade als offizieller Protektor seiner Nationalen anerkannt sein. Die französische Botschaft hat energisch protestiert und verlangt, daß das Irade zurückgezogen werde. Sie beruft sich dabei auf Versprechungen der Pforte und auf eine Klausel des Berliner Traktats sowie auf Präzedenzfälle aus dem vorigen Jahre, in deren Verlauf Italien, ohne Widerspruch zu erheben, das französische Protektorat über italienische Priester im Orient anerkannte." Die Tatsache ist interessant, denn sie würde beweisen, daß der auf längst veränderte politische Verhältnisse zurückgehende Anspruch Frankreichs auf Schutzherrschaft über alle Katholiken des Orients, den das Deutsche Reich nie anerkannt hat, nunmehr auch in den Augen der Pforte und Italiens obsolet geworden ist. Was aber die Berufung auf den Berliner Traktat betrifft, so hat der Botschafter offenbar den Art. 62 herangezogen, in welchem es Absatz 6 und 7 heißt: „Das Recht der amtlichen Schutzgewährung steht den diplomatischen und konsularischen Vertretern der Mächte

Digitized by Google

in der Türkei sowohl bezüglich der vorerwähnten Personen (Geistliche, Pilger, Mönche), als auch der von denselben zu re Wohltätigkeits- und anderen Zwecken an den heiligen Or anderwärts gemachten Anlagen zu." „Die bestehenden Recht reichs werden ausdrücklich gewahrt, und man ist einverstanden daß kein Eingriff in den gegenwärtigen Zustand an den Orten geschehen soll." Nun liegt auf der Hand, daß de Absatz nicht den Inhalt des vorausgehenden aufheben ka dieser Logik wird sich schließlich wohl auch Frankreich beugen

Die Dinge in Südafrika haben keine Wendung ge die wohl mit Bestimmtheit die endliche Entscheidung über K Frieden, wie wir es wünschen, in die Hände derjenigen leg die Last und Not dieses Krieges tragen. So viel sich erken ist es eine Abgeordneten-Versammlung, die in Vereeniging tagt englische Regierung hat sich so weit entgegenkommend gez Lord Kitchener seine Operationen denjenigen Burenkommando über eingestellt hat, deren Führer die Beratung mitmache jetzt in dieser Versammlung beschlossen wird, kann das let noch nicht sein, da eine Rückäußerung Lord Kitcheners un Umständen abzuwarten ist, und auf diese ein neuer Beschluß eine nochmalige Beratung mit den Männern im Felde und eine neue Zusammenkunft. Jedenfalls sind es ernste Verhan und wir haben vor diesen eisernen Männern viel zu viel um ihnen mit Rat oder Wunsch drein zu reden. Was sie be wird das Notwendige und deshalb auch das Richtige sein.

König Alfons XIII. hat den Verfassungseid gelei die Regierung Spaniens tatsächlich angetreten. Man wird Verehrung auf die Frau blicken können, die in der schwers die Spanien seit den Tagen Napoleons durchzumachen ha seine Krone treu und sicher zu wahren verstanden hat. der Lohn werden, daß ihr Sohn, der junge König, in E Volk auf die Bahnen einer gesunden, auf Fortschritt und Gesittung beruhenden Entwicklung führt und ihm eine Zeit de Sammlung und Erneuerung seiner Kräfte sichert.

Das schwere Unheil, das Martinique und St. V betroffen hat und noch weiter bedroht, hat nach langer Fri wieder der Solidarität allgemein menschlichen Empfindens

Digitized by Google

trennenden nationalen Schranken hinweg Ausdruck gegeben. Wer fragt noch, ob Franzose oder Engländer, wo es Leidende zu trösten und Unglücklichen zu helfen gilt?

Am 20. Mai ist Kuba von den Vereinigten Staaten definitiv dem Präsidenten der kubanischen Republik überliefert worden. Die von gewissen Seiten erstrebte volle Annektierung der Insel hat sich als unmöglich erwiesen, ganz wie es unmöglich sein wird, aus den Philippinen einen gleichberechtigten Teil der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu machen. Gegensätze der Rasse und der Kultur machen eine solche Verschmelzung unmöglich. Was erreicht wurde, ist die Verdrängung fremder Einflüsse aus einer unbequemen Nachbarschaft und die Begründung einer wirtschaftlichen Vasallenschaft, von der man sich in den Vereinigten Staaten wohl mit Recht großen Nutzen verspricht. Auch läßt sich annehmen, daß mit den wirtschaftlichen Wandlungen eine allmähliche Wandlung der politischen Lebensformen Kubas verbunden sein wird, die im Vergleich zu den unglücklichen Verhältnissen der Vergangenheit schließlich doch einen Fortschritt der Kultur bedeuten dürfte. In den Philippinen liegt dieses Ziel noch weiter und der Übergang dazu vollzieht sich in kaum erträglichen militärisch-politischen Krisen. Je früher ein Definitivum eintritt, um so besser wird es für alle Beteiligten sein.

Was endlich den Kampf in Österreich-Ungarn um die Ausgleichsfrage betrifft, so liegt so sehr auf der Hand, daß dieser Ausgleich erfolgen muß, daß uns der Ausgang keinen Augenblick zweifelhaft erschienen ist. Aber verkennen läßt sich nicht, daß der harte politische Egoismus Ungarns den endgültigen Abschluß außerordentlich erschwert.

Digitized by Google

22. Mai. 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Rumäniens.
23. Mai. Abreise des Präsidenten Loubet aus Rußland.
24. Mai. Tod des englischen Botschafters in Washington Sir Julian Pouncefote.
25. Mai. Loubet in Kopenhagen.
27. Mai. Rücktritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau.

---

28. Mai 1

Die Petersburger Festtage sind hingegangen. S
offiziellen Reden gesagt werden konnte, ist gesagt worden, w
traulich zwischen den Staatsmännern verhandelt ward, wis
nicht, wenn nicht etwa das Telegramm, das der politische R
des „Figaro" dem großen Boulevardblatt zuschickte, mehr
eine bloße Konjektur. Ist ihm, was wir nicht für ausge
halten, die Bedeutung einer offiziösen Mitteilung beizumessen
die russisch-französische Allianz zu einer alliance quand mê
gewachsen. Wo immer die eine oder andere Macht Inter
vertreten hat, wird die andere ihr beispringen, natürlich im
des Friedens, denn auf diesen Ton ist nun einmal überall die
sche Harfe gestimmt, wenn es sich um ein Konzert vor dem
Publikum handelt. Auch zweifeln wir nicht im geringsten
daß der gute Wille sowohl zur Aufrechterhaltung des Frie
aller Welt, wie zur gegenseitigen Förderung der beiderseitigen
essen ehrlich vorhanden ist, ohne uns freilich darüber zu t
daß all diesen Abmachungen und Hoffnungen eine etwas sang
Voraussetzung zu Grunde liegt: die nämlich, daß die fran
und die russischen Interessen unter allen Umständen und in
sehbare Zukunft hinein identisch bleiben. Das ist bekanntli
immer der Fall gewesen, und es gibt in Rußland wie in Fr
törichte Leute, die das offenbar nicht vergessen können.
aber existieren diese Gegensätze nicht, und wo sie, wie in der M

Digitized by Google

Affäre zu Tage zu treten drohten, hat der rücksichtsvollere Teil, und das ist stets das liebenswürdigere Frankreich, mit Geschick einen verdeckten Rückzug anzutreten verstanden. Es bleibt ja der Trost, daß schließlich der Klügere nachgibt! Doch, wir wollen nicht spotten. Es kann ja nur erfreulich sein, wenn so nachdrücklich, wie es in Petersburg und Kronstadt geschehen ist, der Friede als das letzte Ziel der Politik zweier mächtiger Staaten der Welt verkündet wird. Russische Blätter, die den Satz kommentieren, fügen freilich hinzu: natürlich nur so lange es in Ehren geht! Und auch das ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Wer angegriffen wird, wehrt sich seiner Haut, und schließlich entscheidet jeder Staat, wo die Grenze liegt, über welche hinaus ihm Kompromisse, wie man sie um des lieben Friedens willen schließt, nicht mehr annehmbar sind.

Uns ist von all den zahllosen Betrachtungen, die über jene neue Bekundung der russisch-französischen Freundschaft und Bundesgenossenschaft erschienen sind, als meist charakteristisch ein Leitartikel der „Pet. Wjed." aufgefallen, der folgendermaßen schließt: „Das französisch-russische Bündnis wird erstarken und zwar nicht kraft materieller Interessen — nein, hundertmal nein! Es wird erstarken kraft jener geheimnisvollen und magischen Macht, die in der Völkerpsychologie waltet, und die wir mit einem wunderbaren von Goethes Genius gefundenem Wort „Wahlverwandtschaft" nennen. Von diesem Gesichtspunkte aus das französisch-russische Bündnis betrachtend, wollen wir die handgreiflichen Vorteile nicht aufzählen, die es beiden Mächten gebracht hat, sondern darauf hinweisen, daß seine Bedeutung eben darin liegt, daß es sich weiter auswächst. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich und Rußland gleichsam die Kristallisationspunkte zweier Welten werden — der slavischen und der lateinischen. Frankreich und Rußland in ihrem Bunde sind der strahlende Bogen, der über den Abgrund geworfen ist, um diese beiden Welten zu verbinden."

Das klingt sehr hübsch, aber höchst unfriedlich, sobald man sich die Mühe gibt, den hier hingeworfenen Gedanken zu Ende zu denken. Auch überlassen wir unseren Lesern, es zu tun. Zu verwirklichen ist er nur um den Preis eines Weltkrieges auf Leben und Tod, über den Sturz von Dynastien und über die Trümmer bestehender Reiche hinweg. Was aber die russisch-französische Wahlverwandt-

Digitized by Google

schaft betrifft, so ist es mit ihr doch ein sonderbares Ding hat schon oft bestanden, gelegentlich auch recht lange gehalt schließlich doch mit einem Eklat abzubrechen.

Eben jetzt, wenige Tage vor dem Eintreffen Loubets in burg, veröffentlicht die historische Zeitschrift „Das russische eine bisher noch nicht gedruckte Novelle des Grafen Rost des bekannten Generalgouverneurs von Moskau, der sich s energisch gegen den ihm aufgedrängten Ruhm wehrte, 1812 Residenz in Brand gesteckt zu haben, damit sie nicht in die Napoleons falle. Der Mann war, wie alle vornehmen Russe Tage, durchaus französisch erzogen, was ihn freilich nicht h den Landesfeind mit aller Glut einer leidenschaftlichen S hassen. Die Novelle führt den Titel: Ach, die Franzosen! Wahl dieses Titels wird im 4. Kapitel folgendermaßen erklärt. Titel muß ein Buch doch haben, und wer mein Buch zu En der seufzt gewiß am Schluß tief auf: Ach, diese Franzosen! ihr aber einen Beweis, so schlage ich vor, recht grammatisch F zu deklinieren: Nominativ: die Franzosen haben viel Böses Genetiv: wegen der Franzosen kam uns viel Böses. Dati Franzosen ist nichts heilig. Akkusativ: die Franzosen sind z bereit. Vokativ: Ach, die Franzosen!

Das ist nicht sehr geistreich und nicht einmal richtig de aber sehr deutlich und entspricht ziemlich genau den Empfin welche die große Masse der Russen noch heute allen Fremden über empfindet. Der gemeine Mann in Rußland kennt kei wandtschaft wie die, welche das gleiche Glaubensbekenntnis und die Franzosen sind ihm ebenso „Unchristen" wie alle nicht gläubigen". Aber der Russe ist gastfrei und duldsam un enthusiasmiert und die Aufnahme der französischen Gäste ha nichts zu wünschen übrig gelassen.

Dagegen ist die liberale Intelligenz Rußlands dem franz Bündnis nicht geneigt, weil sie in den Huldigungen, wel Republik dem Absolutismus entgegenbringt, nur eine weitere S des geltenden freiheitfeindlichen Regiments erblickt. Wenn zialistischen und revolutionären Elemente trotzdem an den strationen für die Franzosen teilnahmen, so geschah es, um sie beuten und durch sie geschützt und gedeckt, die Propaga

Digitized by Google

fördern, die heute rücksichtsloser als je durch ganz Rußland geht. Die Unordnungen die am letzten Tage von Loubets Anwesenheit in Petersburg stattfanden, haben dafür einen weiteren Beweis gebracht und die Marseillaise in einem Sinne interpretiert, den sie in Frankreich, wo sie konventionell geworden ist, lange nicht mehr besitzt, deren aufreizende Bedeutung für das Rußland unserer Tage aber kein politisch denkender Kopf übersehen wird. Für diese Elemente waren die französischen Gäste Mittel zum Zweck, und es müßte sehr merkwürdig zugehen, wenn die Nachwirkungen ausbleiben sollten.

Um also zu resumieren: von Wahlverwandtschaft sehen wir keine Spur. Vielleicht ist der Gegensatz der Lebensformen, der Bildung, der Richtung des Denkens, eben so groß wie einst in den Tagen Rostoptschins. Was wir vor uns haben, ist eine politische Allianz von Staat zu Staat, die so lange halten wird, wie das politische Interesse beider Teile es erlaubt. Auch ist uns die Gedankenleere der Reden aufgefallen, die von beiden Seiten gehalten worden sind, in offiziellen wie in privaten Kreisen. Es waren die alten, bis zum Überdruß gehörten Beteuerungen, greifbar nur da, wo beide Teile sich ihre Waffenbrüderschaft nicht versprachen, sondern andeuteten. Dazu kommt noch die besondere Stellung, die der Präsident der Republik als unpolitische Persönlichkeit und der Minister des Auswärtigen, Delcassé als Mitglied eines demissionierten, nur noch interimistisch in den Geschäften stehenden Ministeriums einnimmt. Der Rücktritt Waldeck-Rousseaus gerade im entscheidenden Augenblick gab der Petersburger Zusammenkunft eine ganz eigentümliche Färbung. Da man nicht voraussetzen kann, daß der Präsident durch den Schritt des Ministers überrascht wurde, bleibt, wenn er trotzdem wesentliche politische Abmachungen getroffen haben sollte, nur zweierlei übrig: Entweder er ist entschlossen, aus seiner Stellung mehr zu machen, als sie bis zur Stunde bedeutete, oder aber er ist sicher, daß Delcassé im Ministerium, das Waldeck-Rousseau ablösen wird, seine Stellung als Minister des Auswärtigen behaupten wird. Auch das letztere wäre schon ein Eingriff in das politische Gewohnheitsrecht, wie es sich beim Wechsel von Ministerien in Frankreich ausgebildet hat. Der Usus ist der, daß der Präsident eine Persönlichkeit mit der Bildung des Ministeriums betraut und ihr freie Wahl in der Auswahl der übrigen Minister läßt, die einzige Bedingung die, daß der

Digitized by Google

künftige Ministerpräsident seine Kollegen auf ein Programm v
und sich für dieses Programm auch eine Majorität in der K
sichert. Es wäre etwas ganz Neues, wenn der Präsid
Republik dem neuen Ministerium den Minister des Aus
gleichsam oktroyierte, und doch ist es kaum möglich, eine and
klärung für all die Wunderlichkeiten zu finden, die sich jetzt ab
haben. Zu diesen Wunderlichkeiten rechnen wir auch den
ursprünglichen Reiseprogramm des Präsidenten liegenden B
Kopenhagen, von dem wir beinahe glauben möchten, daß er
sammenhang mit einer von Schweden ausgegangenen und in
lebhaft aufgenommenen publizistischen Agitation steht. In St
erschien kürzlich eine Broschüre unter dem Titel: Politis
trachtungen von Georges (Politiska Reflectioner af G
Stockholm 1902. 42 S.) Sie plädiert vom demokratischen
punkt aus für ein schwedisch-russisches Bündnis, weil es
dieser Grundlage möglich sei, die Selbständigkeit Schwedens
Dauer zu wahren. Die „Peterb. Wjedomosti", welche die B
fast ganz übersetzen, bemerken dazu: wir können nur wünsch
diese politischen Betrachtungen möglichst weite Verbreitung
des baltischen Meeres finden. Von dorther haben wir zu ein
da sie uns fehlte, die „Ordnung" erhalten (Anspielung auf
rufung Ruriks) und auch später sind mehr als einmal von
Lehrer zu uns gekommen, auf deren Gesundheit wir gern g
haben. Wir hoffen, daß man uns endlich Gerechtigkeit widerfah
und uns freundschaftlich die Hand entgegenstrecken wird. Ru
Frankreich und Skandinavien, das gibt nach unsere
Überzeugung ein so unerschütterliches Bündnis, daß alle
scheinlichkeit dafür spricht, daß dann wirklich die Sonne des
und der wahren Kultur am politischen Horizonte Europas auf
wird!" (Nr. 126 vom 24. Mai.) Gewiß wäre in solche
Dänemark keine übele Ergänzung, und wenn dann noch di
slave et latine hinzutritt, könnte, wie Herr Georges sich
ausdrückt, allerdings „die phrygische Mütze mit Eichenlaub um
den Sieg davontragen. In Rußland hat man aber die ph
Mütze bisher nicht gerade zu schätzen gewußt und heute v
weniger Neigung dazu als je. Doch läßt sich nicht verkenne
die Krisis, die der Staat heute durchmacht, auch zu ganz unern

Digitized by Google

Wendungen führen kann und deshalb ist es uns nützlich erschienen, hier auf die Symptome auftauchender Möglichkeiten hinzuweisen. Daß es gerade überall die demokratischen Elemente sind, die ihre Hoffnung auf Rußland richten, ist dabei vielleicht das allercharakteristischste Moment.

Inzwischen ist Präsident Loubet in Dünkirchen eingetroffen; Waldeck-Rousseau und die übrigen Interimsminister sind ihm entgegengefahren, und die nächsten Tage müssen daher die Entscheidung bringen. Am 1. Juni tritt die Kammer zusammen und wählt ihren Präsidenten. Bourgeois, Brisson, Deschanel, Doumer sind die Kandidaten, Bourgeois wird aber auch als Kandidat zum Ministerpräsidenten genannt, und im Augenblick scheint niemand in Frankreich zu wissen, welches der Ausgang sein wird. Von unserem Standpunkte aus wäre jede Kombination erwünscht, die aus der jetzigen Kammermajorität hervorgeht; vom englischen aus wird das meiste Gewicht auf die Wiederkehr Delcassés in seine frühere Stellung gelegt, vorausgesetzt natürlich, daß er sich in Petersburg nicht umgedacht hat.

Mit außerordentlicher Spannung wartet ganz England, und mit ihm alle Welt, auf den Ausgang der Friedensverhandlungen mit den Buren. Daß es wirklich ernst mit den Aussichten auf Frieden ist, schließen wir zumeist aus der Tatsache, daß jetzt die so lange in England vertuschte und verschwiegene Kaffernfrage in den Vordergrund des Interesses getreten ist. So sehr wir es gewünscht hätten, daß den Buren eine, wenn auch territorial beschränkte Unabhängigkeit geblieben wäre, da sie selbst dieses Ziel als unerreichbar zu betrachten scheinen, bescheiden auch wir uns, obgleich wir nach wie vor der Meinung sind, daß diese Lösung auch im englischen Interesse die günstigere wäre. Es handelt sich jetzt um die Form der Selbstverwaltung, die den Buren gelassen wird, um die Rückgabe ihres Grundeigentums, die Erhaltung ihrer Sprache, um Entschädigung für die Zerstörungen, die der Krieg gebracht hat, Amnestie für die Mitkämpfer aus dem Kaplande, Rückkehr der Gefangenen und der „Konzentrierten", Verzicht der Engländer auf volle Entwaffnung der Buren und endlich Verzicht auf eine Gleichberechtigungsstellung zwischen Kaffern und Buren. Die Gegenleistung der Buren wäre dann der schmerzliche Verzicht auf ihre staatliche

Digitized by Google

Selbständigkeit und die Anerkennung Eduard VII. als
Königs.

Aber auszuschließen ist auch nicht, daß noch im letzten
blicke alles sich zerschlägt, und die Engländer täten deshalb g
Bogen nicht zu überspannen. Es wird dabei im wesentlich
die Haltung Chamberlains ankommen, weil ohne ihn das
wärtige Ministerium sich in seiner Stellung nicht behaupten
Lord Salisburys Müdigkeit ist kein Geheimnis, die übrigen M
sind Männer zweiten und dritten Ranges oder noch n
Chamberlain die einzige wirklich allseitig anerkannte Kapazität
gegenwärtige Lage Englands aber verlangt nach allen Rich
hin eine klare und entschlossene Führung: in Ost- und Mitt
am Persischen Golf, in Marokko und in Ägypten, gilt es w
Posten zu behaupten, wirtschaftlich die verfahrenen Verhältnisse
zu rücken, die durch die Invasion des amerikanischen Großk
herbeigeführt worden sind, endlich das Verhältnis des Mutte
zu den großen Kolonien in Kanada, Australien, Neuseelan
Südafrika auf der Konferenz zu regeln, zu der die Kolonialm
sich in London an den Krönungstagen zusammenfinden
Führt hier nicht eine feste Hand die Zügel, so drohen unab
Schwierigkeiten und auch das ist uns ein Argument dafür,
ein grober Fehler wäre, die Buren noch einmal in den Verzwei
kampf zu treiben.

Interessante Aufklärungen über die allgemeine Lag
die Rede Prinettis in der römischen Kammer gebracht. In
des Dreibundes bestätigte sie im wesentlichen, was wir bereits
Über die Erneuerung desselben ist kein Zweifel mehr und
steht fest, daß er in seinem vollen bisherigen Umfang erneuer
Neu war, was wir über die Mittelmeerfrage erfuhren. Man
vorübergehend glauben, daß die Vereinbarungen zwischen
und Frankreich in Betreff der Westgrenze von Tripolis die
freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und England
gestalten würden. Nachdem wir nun erfahren haben, daß E
der italienischen Regierung genau dieselben Zusagen im
auf die Ostgrenze Tripolitaniens gegeben hat, verliert di
Vereinbarung den sensationellen Charakter, durch den sie
auffiel. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Franzose

Digitized by Google

großen Lärm gemacht haben, während die Engländer schwiegen, was dem Unterschied des politischen Temperamentes beider Nationen nicht übel entspricht.

Wir kommen zum Schluß, wenngleich ungern, wieder auf die polnischen Dinge zu reden. Seit es polnische Taktik geworden ist, sich über die politischen Grenzen hinweg als eine politische Solidarität aufzuspielen und ungeniert, als wäre es ein selbstverständliches Recht, nicht nur über die Regierung des Nachbarstaates zu raisonnieren, was niemand den Polen verwehren kann, so lange der Staat es duldet, zu dem sie gehören, sondern auch durch eine direkte Agitation in das politische Leben des Nachbarstaates einzugreifen, gewinnen die polnischen Fragen, zumal aber bei uns, einen Charakter, der es unmöglich macht, über sie hinweg zu sehen, wo die Probleme der auswärtigen Politik ins Auge gefaßt werden.

Der dem Landtage zugegangene Gesetzentwurf über die „Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen" hat nun sowohl in Rußland, wie in Österreich und Frankreich zunächst einen Pressesturm polnischen Ursprungs wachgerufen, den wir nicht weiter beachtet hatten, weil wir in dieser Hinsicht nachgerade abgehärtet sind. Auch ist Wortlaut und Bedeutung des Gesetzentwurfs bereits in der „Kreuz-Zeitung" zur Genüge kommentiert worden, so daß wir uns eine weitere Erörterung hätten ersparen können, wenn nicht der Lemberger Erzbischof Bielczewski mit dem Marschall von Galizien, Andrzei Potocki, als Führer einer Schaar von 150 Polen die polnische Frage vor das Forum des Papstes gebracht hätten und zwar als Sprecher des ganzen Polens, und wenn nicht Papst Leo XIII., wie die Polen behaupten, wie jedoch keineswegs feststeht, sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht hätte. Der Papst soll nämlich gesagt haben: „Unser Herz schmerzt uns wegen ganz Polens und wir kommen auf den Gedanken, wie euer Volk inmitten verschiedener sehr schwerer und kummervoller Unglücksfälle den Glauben der Väter mit unerschütterlicher Festigkeit bewahrt hat und bereit ist, eher unterzugehen, als sich zu unterwerfen! Was kann besser sein, als dieser Mut, und was kann eine bessere Zukunft bereiten?"

Wenn nun die polnische „Graudenzer Zeitung" daraus folgert, daß der Papst die Aufrichtung eines neuen Polens wünsche, so

Digitized by Google

könnte man ihr darauf erwidern, daß der Papst offenbar
erlogene Beschwerde wegen Verfolgung des katholischen Beken
der Polen antwortet, und daher, wenn er Preußen in seine
mit einschließt, in einem argen Irrtum befangen ist. Es
aber sehr zweifelhaft, ob der Papst wirklich den Ausdruc
Polen gebraucht hat, und wir werden daran erst glauben
Leo XIII. darüber eine offizielle Kundgebung erlassen habe
Sollte er es aber gesagt haben, so werden wir uns damit
müssen, daß die Kurie sowohl gegen den westfälischen Frie
gegen die Bestimmungen des Wiener Kongresses protestiert u
alle späteren Wandlungen der Formen und Grenzen des po
Lebens nicht anerkannt hat.

Die zitierte Graudenzer polnische Zeitung gelangt aber zum
daß zu jenem ganz Polen die folgenden Länder gehöre
Stück Pommern, Westpreußen, Österreichisch- und Preußisch-S
Ermeland, Masovien, Herzogtum Posen, Galizien, Königreich
Littauen, Wolhynien, Podolien!, und der Anspruch geht dahi
Gebiete, wenn man sie auch zur Zeit nicht politisch zu einem
vereinigen kann, sprachlich, national und kirchlich als eine
zu behaupten. Die Antwort auf diese Prätensionen, die bek
nicht neu sind, sondern seit 1815 immer aufs neue erhoben
ist, so weit wir in Betracht kommen, die neue Gesetzesvorla
mehr wir anerkennen, daß die Polen mit großem Geschick,
unter Anwendung von Mitteln, um deren Gebrauch wir
beneiden, es verstanden haben, an die Verwirklichung dieses Prog
zu schreiten und uns einen namhaften Verlust an Grund und
wie an deutschen Seelen beizubringen, für um so notwendiger
wir es, ihnen diesen Boden mit allen gesetzlich erlaubten u
ralisch zu verantwortenden Mitteln wieder abzujagen, um d
wirklichung ihrer Utopien, die mit den Lebensinteressen des
schen Staates nicht vereinbar sind, für alle Zeiten unmög
machen. Es handelt sich also um ein systematisches Zurück
des Polentums in Posen und Westpreußen und, soweit wi
sind die von der Regierung beantragten Mittel, sobald sie mit
und Konsequenz von einsichtigen Männern durchgeführt werd
zur Zeit einzig möglichen. Daß damit eine großgedachte
arbeit verbunden wird, entspricht den besten Überlieferung

Digitized by Google

preußischen Staates. Es wäre aber zu erwägen, ob die Mißerfolge unserer Polenpolitik in den letzten Jahrzehnten nicht in direktem Zusammenhange mit der Tatsache stehen, daß wir den polnischen Teil der Provinz Posen in das Reich mit hineingezogen haben. Eine deutsche Gesinnung, wie wir sie von den deutschen Reichsangehörigen als selbstverständliche Voraussetzung entgegennehmen, haben wir von polnischer Seite gewiß nicht früher zu erwarten, als bis sie sich eine preußische Staatsgesinnung zu eigen gemacht haben. Die praktische Betätigung dieser preußischen Staatsgesinnung können wir von ihnen verlangen, sie sind allesamt darauf verpflichtet, die Gesinnung in ihnen zur Wahrheit zu machen, ist die erzieherische Aufgabe des Staates. Preußen hat schon schwerere Aufgaben gelöst, wo ihm die Zeit dazu gelassen wurde. Das neue Ansiedelungsgesetzt ist ein erster Schritt auf gutem Wege, der zweite und der dritte werden folgen, bis endlich das Ziel erreicht ist.

Digitized by Google

28. Mai. Beilegung der Streitigkeiten zwischen Argentinien und Chile.
31. Mai. Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Buren und Engländern.
31. Mai. Orangestaat und Transvaal erkennen im Könige von England ihren So
Ende des Monats. Nihilistische Drohbriefe gegen die Minister Witte und Plehwe.
1. Juni. Bourgeois wird zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.
4. Juni. Verhandlungen des Wiener Polenklubs über das Verhältnis Österrei
zum Deutschen Reiche.
4. Juni. Unruhen in Barcelona.
4. Juni. Erhebung Lord Kitcheners zum Viscount.
2.—5. Juni. Straßenunruhen in Lemberg.

---

4. Juni 1

Nun ist der langersehnte Friede wirklich Tatsache ge
im wesentlichen auf der Grundlage, die wir vor 8 Tagen
wahrscheinliche bezeichneten. Nur ist alles um eine Scha
ungünstiger, als man annehmen durfte, und wir werden n
Schluß daraus ziehen müssen, daß die militärische Lage de
keineswegs so günstig gewesen, als die letzten Nachrichten g
machten. Doch wie dem auch sei, wir bleiben dabei, d
Männer wie Steijn, De Wet, Olivier, Botha und Delarey al
Notwendigkeit hingenommen haben, ein Maximum dessen
was überhaupt zu erreichen war. Nicht diese tapferen Män
besiegt worden, sondern die Kräfte des Landes hatten sich
und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Kriegsmittel. A
das psychische Moment der Ermattung mitgespielt haben
schwersten wird nächst dem Verzicht auf die Unabhängigkeit de
die Schulfrage geworden sein, die ihren Kindern das Engli
troyiert und die sehr ungenügende Amnestie für die Helfer, di
dem Kaplande gezogen haben. Man hört es den Paragrap
besonderen Abkommens, das die „britischen Untertanen" in de
der Buren betrifft, deutlich an, wie sehr gerade um diese

Digitized by Google

gerungen worden ist. Wenn die Buren schließlich sich mit dem zufrieden gaben, was erreicht wurde, so war es eben nicht möglich, mehr zu erreichen, und es ist nicht an uns, den Richter zu spielen.

Die Geschichte jener drei Jahre des Krieges wird für alle Zeiten dem Namen der Buren einen Nimbus verleihen, der auf die kommenden Generationen dieses Volkes zurückwirken und ihnen nicht verloren gehen wird. Was die Buren geleistet haben, steht würdig den Taten ihrer holländischen Vorfahren im Kriege gegen Philipp II. zur Seite, und wenn ihr Ringen nicht zum Ziele führte, so waren sie in einer Lage, die weit ungünstiger war, als die Hollands, oder die der Vereinigten Staaten von Nordamerika, oder die der Griechen während der Freiheitskriege. Sie waren von Anfang an isoliert. Die politische Weltlage schloß ein Einschreiten anderer Mächte zu ihren Gunsten aus; vom Meere abgeschnitten, nur auf sich selbst angewiesen, genötigt, eine Heeresorganisation erst zu improvisieren, sich während der zweiten unglücklichen Periode ihres Krieges Waffen, Pferde, ja sogar Kleidung und Nahrung erst vom Feinde zu erobern, geschwächt durch den Verlust an Kriegsgefangenen, während sie selbst genötigt waren, ihre Gefangenen wieder freizugeben, da sie die Mittel nicht hatten, sie zu bewachen und zu ernähren, gedrückt durch die Sorge um Weib und Kind, die in des Feindes Hand gefallen waren, so haben sie trotz allem den Kopf hoch gehalten bis ans Ende, bis jenes Salisburysche Programm vom „unconditional surrender", der Ergebung auf Gnade und Ungnade den Engländern selbst als eine unerreichbare Utopie erschien. Weder Delarey, noch Botha, noch De Wet sind als Besiegte zu bezeichnen. Sie haben sich unterworfen, um dem Jammer ein Ende zu bereiten und um ihrer Nation die Zukunft nicht zu verspielen. Die Zukunft aber liegt, wie die Alten sagten, auf den Knien der Götter, und es liegt uns fern, den Propheten zu spielen. Nur eines wissen wir sicher, daß ein Volk, hinter dem diese Vergangenheit lebt, nicht als Volk verschwinden kann. In welchen Formen es weiterlebt, ob eine wirkliche Versöhnung sich vorbereitet, wie sie in Kanada zwischen Engländern und Franzosen, in den Vereinigten Staaten zwischen all den verschiedenen Nationen stattgefunden hat, die heute durch ein starkes Staatsgefühl zu einer Einheit verschmolzen sind, das ist ein Problem der Zukunft, dessen schließliche Lösung zum großen Teil davon in Abhängigkeit stehen wird, ob England mit

Digitized by Google

Klugheit und Takt die neuen, höchst schwierigen Verhältni
fassen versteht, mit denen es nunmehr rechnen muß.

England hat keine Periode in seiner Geschichte aufzuf
welcher die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt sich
von ihm abgewandt hätte, wie während dieses Krieges. E
eine bewußte Unwahrheit der englischen Presse und auch
englischer Regierungskreise gewesen, wenn man es so da
beliebte, als sei es speziell Deutschland gewesen, in de
Gegensatz am gehässigsten zum Ausdruck kam. In Frank
Rußland, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika n
Empfindungen der englischen Politik gleich abgewandt und
druck mindestens gleich drastisch. Wenn man sich in Eng
Mühe machen wollte, eine Sammlung der russischen und fra
u. s. w. Witzblätter aus der Kriegszeit im British Museum au
würde die Korrektur jenes falschen Urteils sich bald ergebe
bestreiten keineswegs, daß auch bei uns dabei weit über
besonnener Gegnerschaft hinausgegangen worden ist, aber
Eigentümlichkeit solcher Blätter, schonungslos und rücksicht
zugehen und der Empfindung und Gesinnung, aus der jene of
Kritik hervorging, schämen wir uns keineswegs. Es lag
gesunder Kern zu Grunde, der Protest eines verletzten
Gefühls, das unserem Volke, wie wir fest hoffen, niemals
gehen wird. Demgegenüber stand nun die politische Haltung
Regierung, die nicht das Recht hat nach Empfindungen, na
pathien und Antipathien ihre Entschlüsse zu fassen und die
ihrer Politik zu bestimmen. Sie hat die bleibenden Inter
Reichs und des deutschen Volkes zu vertreten, und nicht die
die Sittenpolizei in der großen Politik auf sich zu nehm
streng neutrale Haltung, die wir während der 32 Monate de
eingehalten haben, war die notwendige und gebotene Politik
müssen, namentlich heute bei rückschauender Betrachtung, de
und dem Kanzler dankbar sein, daß sie sich nicht von diesem P
haben ablenken lassen. Was es uns eingebracht hat, war
liche Lösung der Samoafrage, die Festigung unserer St
Ostasien, vor allem aber die Erweiterung und Stärkung
Kriegs- und Handelsmarine. Es läßt sich mit absoluter
sagen, daß eine andere Politik nach all diesen Richtungen

Digitized by Google

tiven Resultaten geführt und wahrscheinlich sogar einen Weltkrieg zur Folge gehabt hätte. Deutschland mußte vor allem stärker werden, um in der zur unabweislichen Notwendigkeit gewordenen Konkurrenz in der Weltpolitik mit Ehren eintreten und sich behaupten zu können. Stärker sein als vor 1899 war zudem die conditio sine qua non eines zukünftigen guten Einvernehmens mit England, wie wir es aufrichtig anstreben, ohne damit unsere Kraft in den Dienst anderer Interessen als unserer eigenen stellen zu wollen.

Doch wir kehren zu unserem Ausgangspunkt — dem Rückblick auf den südafrikanischen Krieg — zurück. Wenn heute die Engländer sagen, dieser Krieg sei der schwerste gewesen, den sie je geführt hätten, so ist das — abgesehen von dem Kriege mit dem ersten Napoleon — wohl ganz richtig. Im Krimkriege stand England nicht allein, auch hat es damals nicht annähernd die gleichen Opfer zu bringen gehabt. In Südafrika galt es zunächst auf eine ungeheure Entfernung hin das gesamte Kriegsmaterial an Menschen, Geschützen, Pferden und sogar an Proviant über See zu führen; man hatte mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die der weit ausgedehnte Kriegsschauplatz bot, ungewohnte klimatische Verhältnisse zu überwinden, zum ersten Mal stand man einem Feinde gegenüber, der mit den modernen Kriegswaffen ausgerüstet und darin in der ersten Kriegsperiode den Engländern sogar überlegen war, einem Feinde, so tapfer, verschlagen und todesmutig, wie England ihn in seinen gegen schwarze und gelbe Gegner gerichteten Kriegen noch niemals gefunden hatte. Dazu eine dem Boden angepaßte ursprüngliche Kunst der Kriegführung, der sie zunächst nichts ebenbürtiges entgegenzustellen hatten und der sie höchstwahrscheinlich erlegen wären, wenn den militärischen Tugenden der Buren nicht mindestens gleich große militärische Mängel die Wage gehalten hätten. Es ist heute leicht, die einen wie die andern kritisch ad absurdum zu führen. Was sie taten und unterließen, entsprach der besonderen Natur des einen wie des andern Teiles und geschah gleichsam aus gebotener Notwendigkeit. Man wird dabei, trotz der offenkundigen Schäden, die das englische Kriegswesen auf Schritt und Tritt zeigte, doch anerkennen müssen, daß die Engländer sich tapfer geschlagen haben und in oft geradezu verzweifelter Lage gelassen in den Tod zu gehen verstanden. Dann kam die entschlossene Einmütigkeit der Nation in all ihren Teilen, um trotz der drückenden

Digitized by Google

Opfer, die jeden trafen, durch immer erneute Anstrengu
Ausgang herbeizuführen, der schließlich erreicht worden ist.

Daß das Aufnehmen des Krieges ein großer politischer
war, wird unter Nicht-Engländern heute kaum mehr be
Intime Kenner der südafrikanischen Verhältnisse haben uns d
sicherung gegeben, daß bevor die Chartered Company mi
Aktion begann und — um den entscheidenden Wendepunkt
zeichnen — vor dem Jameson-Einfall, die allmähliche Angl
der Burenstaaten und ihr schließlicher freiwilliger Anschluß
land die naturgemäße und notwendige Entwicklung gewese
Auch hatte die so märchenhaft aufblühende Mineninduſtrie,
das Land plötzlich einströmende Reichtum, sittliche Schäden
Burenrepubliken gezeitigt, die heute, da sie in Heldenblut abge
sind, nicht vertuscht zu werden brauchen. Erst die durch Je
Einfall und durch die dabei aufgefangenen Dokumente erkannte
veranlaßte die Buren, sich zu waffnen und alles, was weiter
ist nur die notwendige Antwort auf entsprechende Maßregel
lands gewesen. Mit dem einen Unterschiede freilich, daß die En
den Gegner unterschätzten, während die Buren sich auf einen
und schweren Krieg vorbereitet hatten.

Doch das alles liegt weit hinter uns. Die nächste
muß die Rückkehr der Gefangenen aus St. Helena, Ceyl
Bermudas, die Räumung der Konzentrationslager, das A
der Stätten bringen, wo ehemals blühende Farmen stand
heute nur noch verkohlte Wände und wüste Acker von früherer
zeugen. Man mag sich das Wiedersehen der Heimkehrend
dem, was von den Ihrigen am Leben geblieben ist, kaum au
Eine Wolke von Tränen und Kummer schwebt über Südafri
England steht der schwersten seiner Aufgaben gegenüber, wen
Bitterkeit dieser tiefverwundeten Herzen versöhnen will.

Kein Zweifel, daß ein großes Verdienst an dem schli
Zustandekommen des Friedens dem Könige Eduard VII.
Er hat mehr dazu getan als jeder andere Engländer und die
stände, die er dabei zu überwinden hatte, waren gewiß nicht
Daß er den Abschluß vor seiner Krönung herbeiführen wo
sehr begreiflich und mindert nicht sein Verdienst. Wir rechn
mit Bestimmtheit darauf, daß er bei der Krönung durch weit

Digitized by Google

Ausdehnung der Amnestie und durch Milderung der nicht zu umgehenden Strafbestimmungen dem Frieden seinen bösesten Stachel nimmt. Der König teilt sein Verdienst mit der liberalen Opposition speziell mit Roseberry, der nunmehr, wie es scheint, in den Vordergrund zu treten bestimmt ist. Lord Salisbury dürfte in nicht allzulanger Frist ausgespielt haben, Chamberlain schwerlich, wenn sich auch nicht recht absehen läßt, wie ein Kompromiß zwischen ihm und der Opposition zu finden sein könnte. Wahrscheinlich wird die Frage des Zollvereins mit den Kolonien, die während und nach den Krönungstagen zur Verhandlung stehen wird, über den Kurs der inneren und äußeren Politik Englands auf lange hinaus entscheiden. Wenn man die unpolitische und renommistische Haltung des neuseeländischen Premiers während seiner jüngsten Anwesenheit in Südafrika als typisch für die kolonialen Politiker ansehen müßte, wäre ihre staatsmännische Begabung sehr niedrig einzuschätzen. Wie es uns denn überhaupt scheint, daß Chamberlain von seiner imperialistischen Förderation weit mehr erwartet, als sie zu bieten überhaupt fähig ist. Was uns auf diesem Boden entgegentritt, zeigt die nicht zu verkennende Selbstüberschätzung einer begehrlichen Jugend, bei der Wollen und Können nicht im richtigen Verhältnis zu einander stehen. Es stehen aber noch andere aufregende Fragen zur Entscheidung, die sogenannte Erziehungsbill, in welcher die Regierung nicht nur die Liberalen, sondern auch alle Dissenters zu Gegnern hat, die Frage der Kornzölle, welche die großen Massen tief erregt und jetzt, da der Krieg beendigt ist, nur noch mit schwachen Argumenten verteidigt werden kann, und nebenher bleibt die alte unlösbare irische Frage, über welche auch die Liberalen sich in zwei Lager gespalten haben. Mehr als alle diese Dinge dürfte aber für das innere Leben Englands der nächsten Zeit die Frage in Betracht kommen, ob die Liberalen jetzt nachträglich Untersuchungen über die Schuld an den Mißerfolgen des Krieges und an den Schäden, die in der Kriegsverwaltung zu Tage treten, durchsetzen werden. Im Interesse Englands wäre zu wünschen, daß es nicht geschieht und daß eine Amnestie nach dieser Richtung hin verdeckt, was doch nicht mehr gut zu machen ist. Wahrscheinlich werden von irischer Seite alle Hebel angesetzt werden, um eine Reihe von Lärmprozessen herbeizuführen, aber gerade das sollte ein Grund mehr sein, sie zu vermeiden.

Digitized by Google

Bleibt die Frage nach der Wandlung, welche sich in der A
stellung Englands nach außen hin während des Krieges vol
hat. Man muß sich hüten, hier das Defizit allzuhoch anzusch
Das englisch-japanische Bündnis hat doch für England die Bede
gehabt, daß sein Einfluß in Ostasien, der stark im Niedergange
sich neu gekräftigt hat, wenn auch nicht daran zu denken ist, d
frühere dominierende Stellung voll wiederhergestellt wird. Da
finden wir nicht, daß in Südasien die Lage sich zu Ungunsten
lands geändert hätte. In Afghanistan und Persien hat es si
hauptet, im Persischen Golf und in Arabien sogar gewonne
Afrika zwar die lästige und kostspielige Pflicht, noch geraume
ein namhaftes Heer im Süden zu unterhalten, sonst aber h
seine Positionen, namentlich am Tschadsee, noch erweitert. Unb
wird es den Engländern nur sein, daß inzwischen die Verei
Staaten in Liberia sich recht ungeniert eine Kohlenstation einge
haben. So unbefangen zuzugreifen, war bisher ein englisches
legium. Ob Englands Stellung im Mittelmeer gemindert ist, r
wir nicht entscheiden. Der jüngste Besuch der englischen Flo
Italien scheint zu beweisen, daß man in London keineswe
alten freundschaftlichen Beziehungen zu Italien für aufge
ansieht und den Franzosen nicht ohne weiteres das Feld zu rä
gedenkt.

In Frankreich sind inzwischen die Kammern zusammenget
Zum Präsidenten ist, wie wir vermuteten, Bourgeois gewählt w
was also eine Niederlage der Nationalisten bedeutet, deren Kan
Deschanel war. Nach seinen Abenteuern mit den Herren R
und Ugron konnte er auch kaum als Präsident der ersten polit
Körperschaft des Reiches fungieren und die Reklame seiner Fre
die ihn bereits als den künftigen Präsidenten der Republik p
mierten, hat ihm vielleicht am meisten geschadet. Das nächste
nun die Bildung des neuen Ministeriums sein. Man nimm
daß nur Delcassé und André, also die Minister des Auswä
und des Krieges, auf ihre Posten zurückkehren, über alle an
Personenfragen herrscht noch völlige Ungewißheit. Schon die nä
Tage müssen zeigen, wen Loubet mit der Bildung des Minist
betrauen wird und wie weit die Fiktion zutrifft, daß der Prä
ganz außerhalb alles Parteiwesens steht. Das kann doch nu

Digitized by Google

Persönlichkeiten ohne feste Ansichten zutreffen, und nach allem, was wir bisher vom Präsidenten der französischen Republik wissen, trifft diese Voraussetzung für ihn nicht zu.

In Petersburg soll er persönlich einen sehr guten Eindruck gemacht haben, wenn auch immer deutlicher zu Tage tritt, daß der Höhepunkt der Volksbegeisterung für die Alliance unter den Russen überschritten ist. Auch haben einzelne Franzosen in Petersburg recht unliebsame Erfahrungen gemacht, von denen dann freilich in der Presse diskret geschwiegen worden ist. Auch diesmal sind 7 Matrosen, die als Opfer russischer Gastfreundschaft den Termin der Abfahrt versäumt hatten, nachträglich per Bahn nach Frankreich geschafft worden.

Mit General v. Wahl geht es glücklich besser, so daß er heute außer Gefahr ist. Dagegen haben sowohl der Finanzminister Witte, wie der neue Minister des Innern Plehwe Briefe erhalten, die sie mit dem Tode bedrohen. Rußland scheint wieder eine böse Krisis durchzumachen und eine neue terroristische Organisation ihr unheimliches Wesen zu treiben. Was besondere Sorge erregt, ist, daß in Anlaß der Bauernunruhen zwei Regimenter sich geweigert haben sollen, zu schießen. Die Nachricht, die zuerst in englischen Blättern erschien, ist von uns als unglaubwürdig beiseite gelegt worden, sie wird aber in Petersburg in wohlunterrichteten Kreisen kolportiert und geglaubt, und wäre, wenn sie sich bestätigen sollte, zu wichtig, um übergangen zu werden.

Die Unterredung, die Graf Bülow dem Redakteur des „Figaro", Herrn Georges Villiers gewährt hat, ist in sehr ausführlicher Wiedergabe im „Figaro" erschienen. Der Originaltext ist den etwas gekürzten deutschen Wiedergaben entschieden vorzuziehen, schon weil dabei die feineren Nuancen der Unterredung besser zur Geltung kommen. Herr Villiers ist Diplomat gewesen und dem Reichskanzler von früher her wohlbekannt. Gerade jetzt, wo die alte Anschwärzungskampagne der Herren Blennerhasset und Ignotus Wesselitzki im Juniheft der „National Review" wieder frischen Mutes aufgenommen worden ist, konnte es nur von Wert sein, daß die großen Grundzüge unserer Politik vor einer weiten Öffentlichkeit dargelegt werden. Was angenehm auffällt, ist die rückhaltlose Offenheit, mit der Graf Bülow seine Politik dargelegt hat. Er hat uns damit nichts Neues

Digitized by Google

gesagt, aber der Nachdruck, mit dem er die guten Beziehung
Mächte zu einander betonte, steht in sehr angenehmem Gegen
den journalistischen Hetzereien, die neuerdings namentlich von ru
und von englischer Seite (vide „Times", „Pet. Wjed." u. s.
die Welt gesetzt werden. Ebenso haben wir uns über die
Darlegung der politischen Bedeutung des Dreibundes und
besonderen Stellung in Ostasien zwischen den beiden sich das
gewicht haltenden Gruppen der alliierten Mächte gefreut. E
sich daraus ein wohl abgerundetes Programm entwickeln.
wichtigste Satz lautet im französischen Text (als Antwort a
Frage, ob Deutschland sich einer der beiden Gruppen ansc
werde?) „A quoi bon? La paix est assurée. Nous en pr
et, en tout état de cause, nous serons toujours avec ce
la défendront contre ceux qui la troubleront. Nous n
par besoin pour cela de nous lier à qui que ce soit
contract permanent."

Digitized by Google

6. Juni. Senator Combes mit Neubildung des französischen Kabinets betraut.
7. Juni. Konstituierung des Kabinets Combes.
7. Juni. Reise Ferdinands von Bulgarien nach Rußland.
8. Juni. Weihe Firmilians zum Bischof von Üsküb.
9. Juni. Das Repräsentantenhaus in Washington nimmt ein Gesetz gegen die Anarchisten an.
10. Juni. Der Tscheche Klofac insultiert den Deutschen Kaiser im österreichischen Abgeordnetenhause.
11. Juni. Entgegnung des Ministerpräsidenten v. Körber auf die Jesuiten Klofacs.

---

11. Juni 1902.

Über den Gang der Verhandlungen, die den Frieden zwischen England und den Buren herbeigeführt haben, sind wir nunmehr durch die Depeschen einigermaßen orientiert, die am 2. Juni dem englischen Parlament vorgelegt worden sind. Die Korrespondenz liegt uns in der Form vor, wie sie zwischen Lord Kitchener und seinem direkten Chef, dem Staatssekretär für den Krieg, Mr. Balfour, stattgefunden hat.

Aus einem ersten, vom 12. März datierten Telegramm erfahren wir, daß Kitchener dem Stellvertreter Krügers, Schalk Burger, von den Verhandlungen Mitteilung gemacht hatte, die zwischen der niederländischen Regierung und England um jene Zeit, wie wir uns erinnern, stattgefunden haben. Burger erklärte darauf, daß er bereit sei, Friedensvorschläge zu machen, bat aber zugleich um freies Geleit, weil er vorher den Präsidenten Steijn zu sehen wünsche. Es fällt nun auf, daß Balfour, der übrigens stets im Namen des Ministeriums spricht (We have no objection etc.), zustimmt, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch Milner, also nicht Kitchener allein, es für wünschenswert halten sollte. Am 1. April ist Burger von Steijn zurückgekehrt, und eine weitere Zusammenkunft in Klerksdorp zur Verhandlung mit der Transvaalregierung wird erbeten und genehmigt. Auch Botha und Delarey sollen an ihr teilnehmen. Als dann am

Digitized by Google

10. April die Vertreter der Buren um eine Zusammenkun
Kitchener einkommen, überläßt das Ministerium diesem die Bestim
des Ortes der Verhandlung, dringt aber auch jetzt ausdr
darauf, daß Milner an der Verhandlung teilnehme, während
Schreiben der Buren stets nur von Kitchener die Rede ist. V
kann Kitchener die Anträge der Buren melden. Sie geben
Wunsch Ausdruck, den Frieden herzustellen und schlagen als G
lage für denselben vor: 1. Freiheit. 2. Gleichberechtigun
Holländischen und Engländischen bei Erziehungsfragen. 3. Zoll
4. Entfestigung aller Forts in Transvaal und der Oran
Kolonie. 5. Union in Post-, Telegraphen- und Eisenbahnang
heiten. 6. Bei künftigen Differenzen Schiedsgerichte, jedoch s
nur Individuen der beiden Parteien als Schiedsrichter fun
7. Gegenseitige Amnestie. Sollte England sich damit nicht zu
geben, so wünschen sie die Vorschläge der englischen Regier
hören. Kitchener antwortete ihnen sofort, daß England keine A
annehme, welche von Erhaltung der Unabhängigkeit der Rep
ausgehen, eine Antwort, welche am 13. von London aus nachd
bestätigt wird.

Am 14. fand dann in Pretoria die Zusammenkunft zw
Milner und Kitchener einerseits und den Delegierten der
andererseits statt. Steijn als Wortführer und nächst ihm
Burger und Botha erklärten, nachdem ihnen das ablehnende
gramm der englischen Regierung mitgeteilt war, daß sie w
einen Friedensschluß, nicht aber für Aufgeben der Unabhän
bevollmächtigt seien, und daher das Volk, d. h. die im
stehenden Burghers, befragen müßten. Man vertagte sich
bis zum Nachmittag, ein Waffenstillstand, den die Buren beant
wurde von Kitchener und Milner abgelehnt, aber man verst
sich schließlich auf den Wortlaut eines nach England zu sen
Telegramms, um für den Fall, daß auf Erhaltung der Unabhän
verzichtet werde, die Bedingungen der englischen Regierung
zu lernen und sie danach ohne jeden Ausdruck der Billigke
Mißbilligung dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Hiera
eine scharf ablehnende Antwort. Man habe, da die Zusamm
auf Ersuchen der Buren stattgefunden, nicht erwartet, daß s
mit Vorschlägen kommen würden, die auf der Basis der

Digitized by Google

hängigkeit ruhten. Den von den Buren gewünschten Verhandlungsweg wolle man nicht einschlagen, bevollmächtige jedoch Milner und Kitchener, den Buren dieselben Bedingungen zu bieten, die vor 12 Monaten Botha geboten wurden (Ende Februar 1901, bekanntlich damals von dem englischen Ministerium verworfen), unter Vorbehalt von Änderungen, über die man sich verständige. Am 17. April wurde diese Antwort den Buren vorgelegt, die dann, nachdem sie miteinander Rats gepflogen, nochmals um einen Waffenstillstand baten; Kitchener verweigerte ihn zwar, fand sich aber bereit, gewisse Erleichterungen zum Zweck der Beratung mit den Burghers zu gewähren. Zwischen ihm, Botha, De Wet, und Delarey fanden darüber Verhandlungen statt, die zum Ziel führten, und spät Abends verließen die Delegierten Pretoria, um ihre Kommandos aufzusuchen, nachdem Milner ihnen noch eingeschärft hatte, daß sie Vollmachten zu einem endgültigen Abschluß mitzubringen hätten. Schon am 19. konnte Kitchener berichten, daß die Vertreter der einzelnen Burenkommandos am 13. und 15. Mai in Vereeniging zusammentreffen würden, je zwei Mann von jedem Kommando, unter Ausschluß der Fremden. Die Verhandlung werde wohl zwei Tage in Anspruch nehmen. Wirklich traf auch am 17. Mai nachmittags eine Depesche der „Präsidenten der Staaten Burger und Steijn" in Pretoria ein: Beide Regierungen hätten zusammen eine Kommission eingesetzt, um mit Kitchener über Beendigung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Es seien Louis Botha, Christian de Wet, Hertzog, Delarey, Smuts. Wenn es ihm genehm sei, die Kommission zu treffen, möge er Ort und Zeit bestimmen. Kitchener und Milner fragten nun noch einmal an, ob sie auch Vollmachten hätten abzuschließen, und am 19. Mai $11^1/_2$ Uhr legte die Burenkommission in Pretoria ihre Vorschläge dar. Sie lauteten wörtlich: 1. Wir sind bereit in Betreff der Beziehungen zum Auslande auf unsere Unabhängigkeit zu verzichten. 2. Wir wünschen Selbstverwaltung unter englischer Oberaufsicht zu bewahren. 3. Wir sind bereit, einen Teil unseres Territoriums abzutreten.

Da Milner und Kitchener sich weigerten, auf dieser Grundlage zu verhandeln, ward nach längerer Diskussion abgemacht, daß man sich am Nachmittag nochmals treffen wolle und bei dieser zweiten Zusammenkunft fand der Vorschlag Milners Annahme, daß in Anlehnung an die Botha gemachten Anträge ein Dokument aufgesetzt

Digitized by Google

werden solle, über welches dann die Burghers mit „Ja" oder
abzustimmen hätten. Milner und Sir Richard Solomon v
lischer, Smuts und Hertzog von seiten der Buren wurden
Abfassung betraut. Diese Redaktionskommission hat dann
21. Mai getagt, und ihre Vorschläge sind, zur Vorlage
Burghers, von sämtlichen Delegierten angenommen worden.
und Milner haben für England unterzeichnet, für den
Freistaat: Steijn, Brebner, C. R. de Wet, C. Olivier, M.
für Transvaal: Burger, Reitz, Louis Botha, Lucas Me
Krogh. Es waren 12 Punkte.

1. Ablieferung aller Waffen und Munition, Aner
Eduard VII. als ihres Souveräns, Aufhören jedes ferneren
standes.

2. Die im Felde außerhalb der Grenzen von Transv
der Oranje-Kolonie stehenden Burghers werden, nachdem
unterworfen haben, in ihre Heimat zurückgeführt werden.

3. Alle kriegsgefangenen Burghers außerhalb Sü
werden, nachdem sie sich als Untertanen Eduards VII.
haben, dorthin gebracht werden, wo sie vor Ausbruch des
lebten.

4. Die sich so unterwerfenden oder so heimkehrenden B
werden ihrer Freiheit und ihres Eigentums nicht beraubt w

5. Für Taten, die im Zusammenhang mit dem Verl
Krieges stehen, wird man sie weder ziviliter noch kriminell b

6. Die holländische Sprache wird in Oranje-Kolonie und
vaal, wo die Eltern es wünschen, gelehrt werden, und zu
Wirksamkeit der Justiz, wo nötig, vor Gericht gebraucht we

7. Der Besitz von Büchsen wird Personen gestattet sein
zu ihrer Verteidigung brauchen und einen Erlaubnisschein lö

8. Die Militärverwaltung wird baldmöglichst durch ein
regierung ersetzt werden und sobald es die Verhältnisse g
soll eine zur Selbstverwaltung hinüberleitende Repräsenta
fassung eingeführt werden.

9. Die Frage der Gleichstellung der Eingeborenen (Sch
wird nicht vor Herstellung der Selbstverwaltung entschieden

10. Es wird keine besondere Einfuhrsteuer zur Tilgu
Kriegskosten in Transvaal und Oranje eingeführt werden.

Digitized by Google

11. Die Einlösung der von den beiden südafrikanischen Regierungen erlassenen Noten und Empfangsbescheinigungen bis zum Betrage von drei Millionen Pfund wird nach Prüfung durch eine Kommission gesichert; darüber hinausgehende Beträge werden pro rata des Gesamtbetrages gemindert. Doch sind solche Ansprüche innerhalb sechs Monaten (wobei den Kriegsgefangenen Erleichterungen gewährt werden sollen) vorzuweisen.

12. Sobald die Verhältnisse es gestatten, werden Kommissionen in jedem Distrikt eingesetzt werden, um die Herstellung der Baulichkeiten und die Unterstützung der Bedürftigen in jeder Weise zu fördern. Die Regierung wird zu diesem Zwecke Geldsummen vorstrecken, die ohne Zinsen nach einer Reihe von Jahren zurückzuzahlen sind.

Diese 12 Punkte wurden nach London depeschiert und von Chamberlain in einem Telegramm vom 27. Mai an Lord Milner im Namen der englischen Regierung mit folgenden Modifikationen gebilligt:

Punkt 2 und 3 werden zusammengefaßt und lauten: „Alle Burghers im Felde außerhalb der Grenzen Transvaals und der Oranje-River Colony und alle Kriegsgefangenen, die gegenwärtig außerhalb Südafrikas sind, werden, wenn sie sich gebührend als Untertanen S. Maj. König Eduards VII. bekannt haben, allmählich (gradually) in ihre Heimat geführt werden, sobald die Transportmittel beschafft und die Mittel gesichert sind, sie zu erhalten."

Dem Punkt 5 wird am Schluß zugefügt: Diese Klausel soll denen nicht zugute kommen, die gegen Kriegsgebrauch sich die Vergehen zu Schulden kommen ließen, die der Oberkommandierende den Burengeneralen notifiziert hat. Wer solcher Vergehen bezichtigt wird, soll gleich nach Schluß der Feindseligkeit vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Endlich sind die Punkte 11 und 12 zu streichen und durch das folgende zu ersetzen: „Sobald es die Verhältnisse gestatten, wird eine Kommission, in der die Landesbewohner vertreten sind, in jedem Distrikt von Transvaal und Oranje unter Vorsitz eines Richters oder eines anderen Beamten eingesetzt werden, um dem Volk bei Herstellung seiner Wohnstätten behilflich zu sein, und diejenigen zu unterstützen, die infolge von Kriegsverlusten nicht imstande sind, sich

Digitized by Google

Nahrung, Obdach, Saat, Inventar, Gerät und andere zur
normaler Tätigkeit unerläßliche Dinge zu beschaffen.

Sr. Majestät Regierung wird diesen Kommissionen d
nen Lstr. zur Verfügung stellen und gestattet, daß alle
auf Grund des Gesetzes 1. von 1900 von der Südafrikan
publik erlassen sind, und alle Empfangsbescheinigungen,
Offizieren der ehemaligen Republiken ausgestellt wurden,
richtlichen Kommission vorgelegt werden, und wenn sie
Kommission als Bescheinigung rechter Gegenleistungen
werden, sollen sie als Beweis der Kriegsverluste des bez. E
von der Kommission angenommen werden. Außerdem
englische Regierung zu gleichem Zweck Darlehen gewähren
Jahre lang nicht zu verzinsen sind, später aber nach Verlau
Jahre mit drei Prozent Zinsen zurückzuzahlen sind. Die
ständnis soll jedoch Fremden und Rebellen nicht zugute ko

Ein Telegramm Chamberlains von demselben Tage
hebt dann noch ausdrücklich hervor, daß rebellische Kolo
Kaps und Natals, die, nachdem sie sich unterworfen habe
Kolonie zurückkehren, den dortigen Gerichten verfallen; ganz
britische Untertanen, die sich dem Feinde anschlossen, vor den
des Teils des britischen Reiches kompetieren, zu dem sie g

In Betreff der Kapkolonie habe, wie Chamberlain m
Königliche Regierung von der Regierung der Kapkolonie
Erfahrung gebracht, welche Grundsätze sie den Rebellen
anwenden werde. Die Soldaten haben nach Ablieferung ihr
ein Dokument zu unterzeichnen, durch welches sie sich a
des Hochverrats bekennen, und sollen, falls sie sich nicht de
oder einer Handlung schuldig gemacht haben, die gegen d
zivilisierten Krieges ist, nur damit bestraft werden, daß sie auf
jedes Wahlrechts verlustig gehen, Beamte und Offiziere der
aber, sowie alle die eine Stellung als Führer in einem Buren
eingenommen haben, sind wegen Hochverrats vor Gericht
sollen jedoch nicht mit dem Tode bestraft werden. In N
man gegen Rebellen nach den Gesetzen der Kolonie zu ver

Die Korrespondenz ergibt weiter, daß die durch
Proklamation vom 7. August 1901 angekündigte Verbar
Burenführer nicht weiter in Frage kommt.

Digitized by Google

Am 28. Mai wurde nun die auf Grund dieser Korrespondenz festgestellte endgültige Fassung den Delegierten der Buren mitgeteilt, und ihnen eine Kopie der Punkte übergeben, die den Burghers in Vereeniging zur Abstimmung mit Ja und Nein vorzulegen war. Am Abend des 28. reisten sie nach Vereeniging ab. Lord Milner begab sich nach Johannesburg, am 31. kehrten beide Teile nach Pretoria zurück und um $10^1/_2$ Uhr abends dieses denkwürdigen Tages ward von den 10 Delegierten der Buren sowie von Kitchener und Milner das endgültige Friedensdokument unterzeichnet. Die Versammlung in Vereeniging hatte mit Ja gestimmt. Nur der Name von Steijn, der schwer krank ist, fehlte in der Reihe der Unterschriften, De Wet zeichnete als sein Stellvertreter.

Dies ist der formelle Abschluß des südafrikanischen Dramas gewesen; was in den schweren Tagen der Entscheidung sich in Vereeniging abgespielt hat, werden wir wohl erst nach Jahr und Tag erfahren. Jedenfalls haben die Buren Schritt um Schritt ihre Position zu verteidigen gesucht, und wenn die Entscheidung schließlich im englischen Sinne fiel, läßt sich nicht verkennen, daß ein anderer Ausgang nicht mehr möglich war. Auch hat England in wesentlichen Punkten nachgegeben. Es ist, wie wir es stets als Notwendigkeit bezeichneten, ein Kompromiß geschlossen worden. Das Volk der Buren ist befragt worden, soweit dieses Volk noch in Waffen stand und das bedeutete, wie wir wissen, die Gesamtheit der Waffenfähigen. Für die Helfer, die ihnen aus den stammverwandten Kreisen der südafrikanischen Nachbarlande kamen, ist erreicht worden, was die Engländer irgend gewähren konnten, ohne es mit den Loyalisten zu verderben; wir hoffen, daß Eduard VII. bei seiner Krönung noch einen Schritt weiter wird gehen können. Denn wenn sich auch vom englischen Standpunkte aus nicht verkennen läßt, daß diese Leute Rebellen waren, liegen doch sehr wesentliche Milderungsgründe vor: die Blutsverwandtschaft mit den Buren und die wichtige Tatsache, daß die englische Armee nicht stark genug war, jene Leute vor der Versuchung zu schützen, welche von den in die Kapkolonie eindringenden Burenkommandos ausging. Erreicht haben die Buren vor allem die Rückkehr in ihre alten Sitze, die materielle Möglichkeit fortzuexistieren, die unbehinderte Rückkehr aller Gefangenen und eine sehr bedeutende pekuniäre Unterstützung. Auch die Erhaltung ihrer

Digitized by Google

Nationalität erscheint uns nicht gefährdet. Diese wacke
bleiben beieinander und daran hängt schließlich alles. Aus
reichen Nachrichten, die in englischen Zeitungen aller Fa
das Verhalten der Buren verbreitet werden, und aus den
englischen Staatsmänner wie aus der durch das Land
Strömung haben wir den Eindruck gewonnen, daß die
loyal in das Unvermeidliche fügen und daß England entsc
Wort zu halten und allen Ernstes auf eine Versöhnung d
hinzuarbeiten.

Würdiger als Schalk Burger und Botha in ihrem
Brief an alle Offiziere und Beamte der Burghers" rede
nicht gesprochen werden. Es ist nicht Pathos, aber ein tiefe
Ernst, der aus diesem Schreiben spricht, die schlichte, sich
schluß Gottes beugende Frömmigkeit kampfbewährter He
auch nachdem sie unterlegen sind, an ihrem Recht festhalten.
und voll selbstbewußten Stolzes zugleich. Wie schön
Trostesworte, wie vollberechtigt der Dank „unseren We
Kindern, die so tapfer Opfer gebracht und so bitteres Leid
haben". Und dann der Schluß: „Jetzt, da der Friede
ist — wenn er auch nicht ein Friede ist, wie wir ihn ers
laßt uns da verharren, wohin Gott uns geführt hat.
Gewissen können wir erklären, daß $2^1/_2$ Jahre lang das
Kampf in einer Weise geführt hat, wie es die Geschic
kaum kannte. Lasset uns einander die Hände reichen
anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die ge
soziale Wohlfahrt des Volkes, lasset uns allen bitteren
entsagen, lasset uns vergessen und vergeben, auf daß
Wunden heilen mögen." Gewiß, sie sind es, die zu vergel
und wenn sie es zu tun vermögen, wird auch das eine Ta
ihresgleichen in der Geschichte kaum hat.

Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die größten
keiten noch bevorstehen. Auch bei dem besten Willen werd
nicht vermieden werden und wir blicken namentlich mit
die intransigent englischen Elemente im Kaplande und
Es liegen Anzeichen vor, die darauf hinweisen, daß sie den s
Erfolg nützen wollen, um die Afrikander in ihrer Mitte
halten, was ohne Schädigung der Verfassung nicht möglich

Digitized by Google

Verfassungskonflikt wäre aber jetzt, da Südafrika vor allem Ruhe braucht, um seine Wunden zu heilen, das schlimmste was geschehen könnte.

Über Zeit und Umfang der Abrüstung Englands in Südafrika ist noch nichts bekannt geworden. Die englische Marine wird ganz außerordentlich durch die Rückführung der Truppen wie der Gefangenen in Anspruch genommen werden und schwerlich der Ungeduld derjenigen gerecht werden können, die so lange schon in Sehnsucht und Sorge nach der Rückkehr verlangt. Lord Kitchener ist bestimmt als Oberkommandierender nach Indien zu gehen, wo seiner leicht ernste Aufgaben harren könnten. Zunächst wohl die Beendigung des Krieges mit den noch immer nicht unterworfenen Waziris. Ob Krüger von der ihm freigestellten Rückkehr nach Südafrika Gebrauch machen wird, da die Engländer sich bereit gefunden haben, diesem einen Mann den Untertaneneid zu erlassen, wissen wir nicht. Sein Versuch, den Buren auf dem Kontinent einen Bundesgenossen zu finden, hat sich als eine Illusion erwiesen, aber es war eine patriotische Illusion; die harten Notwendigkeiten der politischen Wirklichkeit machten eine wirksame Hilfe unmöglich, und diejenigen sind die besten Freunde der Buren gewesen, die es verschmähen, sie mit klingenden Worten abzufinden.

In wenigen Wochen wird die Krönungsfeierlichkeit in London sich vollziehen. Erst der Friede vom 31. Mai wird sie zu einem wirklichen Fest gemacht haben. Die Welt erwartet mit Bestimmtheit, daß Eduard VII. vom Königsrecht des Verzeihens den allerweitesten Gebrauch machen wird. Es wäre die einzig würdige Antwort, die England auf den offenen Brief Burgers und Bothas geben kann.

Von den Ereignissen der Woche, soweit sie die auswärtige Politik berühren, bedarf die Bildung des neuen französischen Ministeriums noch einiger Bemerkungen. Wie schon die letzten Tage wahrscheinlich machten, ist dieses vierzigste Ministerium der dritten Republik von dem Senator Combes gebildet worden, der neben dem Präsidium noch die Ministerien des Unterrichts und des Kultus übernimmt. Von seinen Kollegen ist der neue Finanzminister Rouvier ohne Zweifel der bedeutendste. Vom Ministerium Waldeck-Rousseau sind der Kriegsminister André und Herr Delcassé in seiner alten Stellung als Minister der auswärtigen Angelegenheiten über-

Digitized by Google

nommen worden. Alle übrigen gehören zu den dii minor
tium und als Kuriosum fällt auf, daß dem Radikal-S
Camille Pelletan, dem ursprünglich die öffentlichen Arbei
tragen werden sollten, schließlich die Marine zugefallen
neue Generation der französischen Politiker ist offenbar
Sätteln gerecht. Auch Doumergue, der Kolonialminister, ist
Sozialist. Alle übrigen gehören verschiedenen Schattieru
Linken an, keiner der Minister gehört zu den Nationalisten
daher begreiflich, daß die Organe dieser Partei und die de
das neue Ministerium nicht eben freundlich anfassen, man w
zugeben müssen, daß in dem heutigen Frankreich eine bess
bination schwer zu finden war. Im wesentlichen wird
Ministerium Combes-Rouvier-Delcassé sein, und zunächst k
noch nicht vorhersehen, welcher der beiden erstgenannten
wiegenden Einfluß haben wird. Combes gilt für klug und
Rouvier ist aber wohl der politisch erfahrenere und gilt
Finanzmann ersten Ranges. Man erwartet von ihm di
führung einer progressiven Einkommensteuer. Sein Name
zur Zeit der Schnäbele-Affäre viel genannt worden, da er
den Kampf gegen Boulanger aufnahm. Seine Feinde su
in den Panamaskandal zu verwickeln. Was jedoch am
auffällt, ist, daß seit bald einem Menschenalter der französi
so völlig aus den Ministerlisten verschwunden ist. Ma
wenn man die Reihen der führenden Politiker übersieht, zu
gelangen, daß es überhaupt keine politisch-brauchbaren Leute
französischen Adel gibt, wenn nicht in der Diplomatie noch
da ein Name auftauchte, der historischen Klang hat.

Aber vielleicht erklärt das völlige Fehlen dieses Ele
Unwürdigkeiten, die sich immer häufiger im französischen P
abspielen. Ganz kürzlich, gleich nachdem der neue Präs
Kammer, Herr Bourgeois, gewählt war, hat sich in der
der Volksvertretung, d. h. unter den Vertrauensmännern de
des Vertrauens der Nation, wir meinen die Mitglied
Kommission zur Prüfung der Wahlen, eine regelrechte Pri
spielt. Nachdem man sich zuerst mit Liebenswürdigkeiten
hatte, unter denen canaille einen verhältnismäßig harmlosen
machte, kam es zum Faustkampfe „un véritable pugilat

Digitized by Google

as „Journal des Débats", so daß Freund und Feind sich nicht ehr unterschieden und man sich später genötigt sah, die nicht be=bsichtigten Ohrfeigen wieder zurückzunehmen und die erhaltenen ab=uleugnen. Wo die Tatsachen durch vieler Zeugen Mund belegt aren, blieb dann nichts übrig, als Sekundanten zu schicken, aber ir haben bisher nicht gehört, daß es darüber zu einem wirklichen Duell gekommen sei. Im „Figaro" hat eine geistreiche Dame den Vorschlag gemacht, der Kammer einen anderen Sitzungssaal anzu=eisen als das Palais Bourbon. Erstens sei nämlich die Venti=ation so schlecht, daß die von all den temperamentvollen Volksver=retern ausströmende Atmosphäre an sich schon ausreiche, eine normale unktion der Nerven unmöglich zu machen, dann aber hafte an den Wänden der Nachhall so unzähliger Injurien und Unwürdigkeiten, aß sich mit dem Raum keinerlei Vorstellung von Würde mehr erbinde.

Das ist sehr richtig und fein empfunden. Ein Raum kann eweiht, aber auch entweiht werden, und nichts ist schwerer, als einem ntweihten Raum die frühere Würde wiederzugeben.

Eine großartige Flottenvermehrung wird in Japan geplant; im aufe von sechs Jahren, vom Juli 1902 ab sollen fertiggestellt erden: 4 Panzerschiffe zu je 15000 t, 2 gepanzerte Kreuzer zu 9900 nd 4 zu 5000 t, 15 Torpedojäger und 50 Torpedoboote. Wird ieser Plan durchgeführt, so wird auch nach Ablauf des englischen llianztraktats Japan im großen Orient die See beherrschen und owohl als Bundesgenosse wie als Gegner erheblich an Bedeutung ewonnen haben.

Wir notieren zum Abschluß, daß am 10. Fürst Ferdinand von ulgarien nach Petersburg abgereist ist. Der Ministerpräsident anew ist ihm vorausgeeilt. Im Gefolge des Fürsten finden wir uch den bulgarischen Kriegsminister und derzeitigen Chef des Stabes.

Digitized by Google

13. Juni. Russischer Sprachenukas für Finland.
14. Juni. Der russische Oberst L. Grimm wird wegen Landesverrats zu zwölfjähr
arbeit verurteilt.
15. Juni. Verlobung des Prinzen Nikolaus von Griechenland mit der Großfü
Wladimirowna.

---

18. Juni

Es ist gewiß eine Tatsache, die als Symptom v
Tragweite betrachtet werden muß, wenn der Staatssekretär
wärtigen Amtes, Frhr. v. Richthofen, sich genötigt
Berliner Vertreter der „Times" vor einer Corona
hörenden zu sagen: „Niemand hat zur Vergiftung der ö
Meinung in England gegen Deutschland mehr beigetragen
Ich habe es auch wiederholt dem Herrn Botschafter gesag
dem Einfluß der „Times" in England und dem Wider
Äußerungen in Deutschland Ihre tendenziöse, vergiftend
erstattung geradezu als Unheil für beide Länder zu betra
Wir halten es für sehr dankenswert, daß hier einmal von
Seite vor einer weiten Öffentlichkeit das Treiben gebrandm
das nun schon seit Jahr und Tag von einem Konsor
Journalisten ausgeht, das seinen Mittelpunkt in Engla
dessen Adepten von Paris über Prag und Pest nach
hinein wühlen, und von Posen, Lemberg und Krakau her
kein anderes Ziel zu kennen scheinen, als alles zum Sch
kehren, was in Deutschland getan und gesagt wird. Herr
in Berlin, Sir Rowland Blennerhassett in London und
der ganze Stab der Mitarbeiter der „National Revue", eine
schrift, die sich die Denunziation Deutschlands zur Lebe
gesetzt zu haben scheint: Herr Wesselitzki-Boshidarowitsch,
dem Pseudonym Ignotus unter der Maske eines Engl

Digitized by Google

Geburt schreibt und zugleich seine giftigen Telegramme und Korrespondenzen an die „Nowoje Wremja“ schickt, die Herrn Maxse, Vater und Sohn, der Exdiplomat Tatischtschew (Argus) u. s. w. Der „National Review“ sekundiert die „Fortnightly Review“, die ihren falschen Engländer Calchas nennt, und ebenso der China-Korrespondent der „Times“, Dr. Morrison, dessen besondere Spezialität es ist, im fernen Osten die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu untergraben. Er unterscheidet sich von dem „National“ und „Fortnightly Review“-Konsortium nur dadurch, daß, während jene dem Phantom einer englisch-russischen Allianz gegen Deutschland nachjagen, er zugleich mit aller Energie auf einen russisch-englischen Konflikt hinarbeitet. In der „Times“ vom 13. Juni wird neuerdings dieses Thema mit kräftigen Seitenhieben gegen Deutschland verbunden, in breiter Selbstgefälligkeit traktiert. Eine besondere Gruppe, die wie jene ihre Spitze gegen uns richtete, war die französisch-tschechisch-ungarische Kombination der Herren Rimler, Chéradame, Kramarz, Ugron, die gleichfalls mit Gefolge auftrat und deren Treiben wir im verflossenen Jahre (konf. Deutschland und die große Politik 1901, pag. 268 folgende) ad absurdum geführt haben. So verschieden die letzten Ziele all dieser politischen Freibeuter sind, in einem stimmen sie überein, daß vor allen Dingen Deutschland klein gemacht werden müsse. Wir denken nun freilich mit König Friedrich Wilhelm I.: „wenn sie ein Herz haben, sollen sie es versuchen“, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß jenes systematische Wühlen die eine Folge gehabt hat, allen denen, die bei einem Zusammenbruch der gegenwärtigen Staatsordnung zu gewinnen meinen, die Vorstellung zu erwecken, daß nun der Augenblick gekommen sei, mit ihren Plänen hervorzutreten.

Die törichte Herausforderung, die seit einigen Jahren von polnischer Seite gegen alles Deutsche geschieht, wird von all diesen internationalen Unruhestiftern begünstigt und, was doch sehr charakteristisch ist, auch von der russischen Presse energisch geschürt, obgleich ja offenkundig ist, daß die Übertragung der bei uns in Posen geltenden Regierungspraxis auf Russisch-Polen, Littauen, Weiß- und Kleinrußland, dort von dem gesamten polnischen Element als eine hochersehnte Wohltat begrüßt werden würde. Bekanntlich stehen alle diese Gebiete unter dem Zwange „verstärkter Sicherheitsmaß-

Digitized by Google

regeln", d. h. in Belagerungszustand, aber auch abgesehe
würden die in Russisch-Polen herrschenden Zustände auf P
Polen übertragen, wohl einen Schrei des Entsetzens erreg
Rußland dürfen Polen, selbst wenn sie zur griechischen Kir
getreten sind, überhaupt keinen Landbesitz in den westlichen G
ments erwerben, und ebenso Kinder von Polinnen, die an Pro
verheiratet sind, nicht, wenn diese Kinder römisch-katholisch
fession sind. Bei Mischehen mit der griechischen Kirche ab
die Kinder unter allen Umständen die griechische Konfessio
nehmen, aus der ein Austritt bekanntlich nicht gestattet ist.

Seit dem 27. Dezember 1884 dürfen Personen polnis
stammung keine Hypothekenbriefe als Pfand annehmen und
ist ihnen jede Möglichkeit genommen, anders als durch
Landbesitz im sogen. westlichen Gebiete zu erwerben. Daz
noch, daß in den 9 westlichen Gouvernements die Polen
eine Kontributionssteuer von 10 Prozent zu tragen haben,
aufhören soll, wenn zwei Drittel des Großgrundbesitzes an
nichtpolnischer Abstammung übergegangen ist und die Anza
Personen nicht weniger als die Hälfte der Besitzer aller,
einzelnen Gouvernements belegenen Güter beträgt. Das
ist, daß in Russisch-Polen als Verkäufer von Gütern fast ausn
Polen fungieren, als Käufer ausschließlich Nichtpolen.

Seit dem 20. Februar 1894 dürfen Personen nicht
Konfession, oder solche, welche Katholikinnen oder Luthera
polnischer Nationalität geheiratet haben, in den Ämtern und
nicht angestellt werden, die dem Ministerium der Wege und
anstalten zu Wasser wie zu Lande unterstellt sind, nicht ein
Weichensteller oder als Pächter der Bahnhofsrestaurants.
samten Westgebiet ist die ländliche Selbstverwaltung und
Geschworenengerichte aufgehoben und ebenso ist den Gemein
Dorfgerichten der Gebrauch einer anderen Sprache als der
verboten, und für das westliche Gebiet der „Gebrauch der p
Sprache im Verkehr mit Behörden und Beamten überhaupt
in jeglicher schriftlichen oder mündlichen Mitteilung an Reg
oder Gesellschaftsinstitute, auf Aushängeschildern, in Bekanntma
ebenso in Klubs, Theatern, Geschäftslokalen und an anderen
lichen Orten, in letzteren Fällen allerdings nur dann, w

Digitized by Google

Gespräch aus dem Rahmen einer gewöhnlichen privaten Unterhaltung heraustritt" (Verordnung vom 30. Juni 1880, die noch heute in Kraft ist). Es ließe sich, wenn wir auf das Gebiet von Kirche und Schule übergehen, das Thema ins Endlose fortspinnen. Aber wir brechen ab. Wer sich genauer orientieren will, lese das sehr lehrreiche Buch des Grafen Leliwa: Russisch-polnische Beziehungen. Leipzig 1895. Aber man fragt wohl, welche Stirn dazu gehört, wenn russische Blätter wohlgefällig in Anlaß der letzten Rede des Grafen Bülow im Herrenhause und der Marienburger Rede Kaiser Wilhelms über die barbarische Polenpolitik Preußens zetern. Die „Pet. Wjedomosti" leisten sich sogar den folgenden Satz: Für die großen Mächte, die heute mit Deutschland auf der Arena der Weltpolitik konkurrieren, ist es erfreulich, ja entzückend, zu sehen, wie Deutschland Hunderte von Millionen verausgabt, um sich nach englischem Muster ein Irland zu schaffen. Im Falle eines Krieges (und trotz aller Friedensliebe wird die Stunde einmal schlagen) ist ja vorteilhaft, im Lande des Gegners einige Millionen Todfeinde desselben in Bereitschaft zu haben, die man erst zu indirekten, dann zu direkten Bundesgenossen machen kann!" Die „Nowoje Wremja" aber stellt die empörenden Injurien des Tschechen Klofac gleichsam als die natürliche Antwort auf die Marienburger Rede Kaiser Wilhelms dar!

Nun wissen wir freilich, daß die großpolnische Agitation, gegen welche wir kämpfen, sich zur Zeit gegen uns wendet, weil sie meint, daß unsere Stellung, dank dem Schutze, den die Verfassung den Polen gewährt wie jedem anderen preußischen Staatsbürger und Mitgliede des Deutschen Reiches, die schwächere ist im Vergleich zu er Stellung, die Rußland seinen Polen gegenüber einnimmt, ir wissen aber auch, daß der Haß der Polen gegen die Russen h tiefer wurzelt und daß Rußland den polnischen Trumpf gegen s nicht ausspielen kann, ohne sich selbst zu verstümmeln. Galizien er, das sich ja mitunter geriert, als sei es Österreich-Ungarn, kann ese Polenpolitik nicht treiben ohne die habsburgische Monarchie eichzeitig in Gegensatz zu Preußen und zu Rußland zu stellen. Die Möglichkeit der einen wie der anderen Kombination lehnen wir limine ab. Was uns in den Gegensatz zu den Polen gedrängt hat, ist die Agitation, die sie zu Zwecken nationaler Propaganda, in Hoffnung auf eine Weltkatastrophe, betreiben. Wir wollen ihnen

Digitized by Google

das wieder abgewinnen, was sie in Zeiten der Schwäche mit
Mitteln uns abgejagt haben, und da es einen anderen We
gibt, drängen wir sie zurück in ihr Nest.

Daß eine solche Notwendigkeit Härten im Gefolge hat, d
einzelne Pole schmerzlich empfinden mag, bestreiten wir nicht.
tu l'as voulu Georges Dandin! Was geschieht, ist die A
auf die geschichtliche Erfahrung, die wir mit unseren Polen g
haben. Auch werden wir es ohne Neid ansehen, wenn ihre
die ja besonders lebhaft in dieser Hinsicht empfinden, in G
oder vielleicht auch bei ihren russischen Freunden eine Zuflu
der preußischen Barbarei suchen.

Was aber die Rede des tschechischen Abgeordneten K
betrifft, so ist das Programm des Mannes uns ja wohlb
Sein Ziel ist, die katholisch-tschechische Kirche von Rom zu lös
sie der russisch-orthodoxen Kirche in den Schoß zu führen.
der Urheber jener Petition, die im Herbst des vorigen Jahr
heiligen Synod in Petersburg um Heiligsprechung des Mä
Johann Huß anging, und der sich danach in öffentlicher R
dem Programm bekannte, daß die Annäherung an Rußla
dem Gebiete der Religion auch eine Annäherung auf dem
der Kultur und der Politik zur Folge haben werde. Dam
bindet sich für Österreich-Ungarn bei ihm das weitere Prog
den staatlichen Dualismus durch eine Staatenföderation zu e
die schließlich jedem der slavischen Volkssplitter seine besondere
ständigkeit schenken würde. Da damit Österreich-Ungarn sich
Bestandteile auflösen müßte, kann kein österreichischer oder ung
Staatsmann solchen Ideen seine Unterstützung leihen, un
nehmen deshalb den Gedanken auch nicht ernst. Was aber ents
ernst genommen werden muß, ist der Umstand, daß Männe
Klofac, im österreichischen Parlamente eine Rolle spielen
und daß sich um sie die anderen gegen Deutschland erhitzte
aus irgend einem Grunde verstimmten Elemente scharen.
wird dadurch förmlich zu der Erwägung gedrängt, daß der
blick doch kommen kann, da die Regierung, mit der wir im B
und Freundschaftsverhältnis stehen, überhaupt keine Majorität
für ihre Politik in der Kammer findet. Jedenfalls muß, n
letzten Klofac-Szene, mit solchen Möglichkeiten gerechnet un

Digitized by Google

die Eventualität einer anderen politischen Orientierung nicht ohne weiteres von unserer Seite abgelehnt werden. Herr Klofac scheint sich trotz der Zurechtweisung, die ihm durch den Präsidenten wie durch Herrn v. Körber zu teil wurde, auch noch Tags darauf sehr groß vorgekommen zu sein, und wir haben den Eindruck nicht gewonnen, daß die Majorität des österreichischen Abgeordnetenhauses in dieser unser Gefühl tief verletzenden Angelegenheit die rechte Stellung eingenommen hat. Ein Staat von den Machtmitteln und der konzentrierten Kraft des Deutschen Reiches steht nie allein, wenn er nicht allein stehen will; mit den Klofac und den galizischen Demonstranten, die sich als die Herren im österreichischen Hause auszuspielen lieben, ist aber bei aller Nachsicht auf die Dauer unmöglich, zusammenzugehen.

Von dem Ministerium Combes haben wir heute bereits eine mehr greifbare Vorstellung gewonnen als vor acht Tagen. Der Ministerpräsident hat der Kammer sein Programm vorgelegt, und zwar eine Majorität, aber nur wenig Beifall gewonnen. Was am meisten auffiel, war die Bundesgenossenschaft, die der Sozialistenführer Jaurès ihm versprach, weil daraus auf Konzessionen nach dieser Seite hin geschlossen wird. Im übrigen ist eigentlich nur das eine klar gelegt worden, daß unter allen Umständen die zweijährige Dienstpflicht in Frankreich zur Durchführung kommen wird. Das ist ja eine innere französische Angelegenheit, über die wir uns kein Urteil anmaßen. Leicht ist die Aufgabe nicht, aber Herr André wird sich offenbar davon überzeugt haben, daß sie die Anforderungen nicht übersteigt, die er an die Leistungsfähigkeit und Pflichttreue der französischen Offiziere stellen muß, wenn sein Ziel erreicht werden soll. Die Russen sind nicht sehr begeistert von diesen Plänen, die in Rußland undurchführbar wären. Aber weshalb sollte der französische Rekrut und der französische Offizier nicht in dieser Hinsicht dem russischen überlegen sein? Noch weniger zufrieden ist man übrigens an der Newa mit Herrn Rouvier, dem neuen französischen Finanzminister, der sich offenbar im Interesse der am Orient sehr beteiligten großen und kleinen französischen Finanz, die Aufgabe gestellt hat, die türkischen Finanzen zu sanieren.

Die „Nowoje Wremja“ stellt in dieser Angelegenheit die folgenden charakteristischen Betrachtungen an: „Der französische Finanzmann

Digitized by Google

Rouvier, der mit der Deutschen Bank solidarisch vorgeht, h
Projekt einer Konvertierung der türkischen Schul
gebracht. Die Konvertierung soll unter Bedingungen ges
die für die Pforte sehr unvorteilhaft sind, und sie ist dah
heftige Opposition seitens hoher türkischer Beamten gestoßen.
Großvezier Kutschuk-Said ist dafür, dann aber hat, wie u
Konstantinopel telegraphiert wird, der deutsche Botschafter
Marschall v. Bieberstein energisch eingegriffen und so i
Sultan für das jetzt angenommene Rouviersche Projekt ge
worden.

„Dank der bevorstehenden Konvertierung der türkischen S
schuld werden einige Einkunftsquellen wieder frei, und diese
dazu dienen, die Garantie für die Bagdadbahn zu sichern.
der größte Stein des Anstoßes umgangen, und alles hängt jetzt
ab, ob Deutschland die Bagdadbahn bauen will, eventuell wa
Bau in Angriff genommen wird.

„In Betreff dieser letzteren Frage können wir auf
direkter Nachrichten aus Kleinasien mitteilen, daß mindeste
Bau der westlichen Abschnitte der Bagdadbahn sehr bald in
genommen wird. Die für die Konzession verlangten einge
Untersuchungen dieser Abschnitte sind beinah fertig und sollen n
der Pforte zu endlicher Bestätigung vorgelegt werden. So z
der schöne Traum, daß der Bau der Bagdadbahn unausführb
in nichts!"

Uns waren diese Tatsachen neu, aber es soll uns freuen,
die „Nowoje Wremja" recht unterrichtet ist. Die Bagdadbah
ihr bête noire, und nichts hat sie mehr erbittert, als daß T
land und Frankreich in dieser Angelegenheit Hand in Hand
Daher auch die Unzufriedenheit mit dem „Finanzmann" R
Aber man tröstet sich in den Redaktionsräumen des Herrn Sj
damit, daß der russische Einfluß auf die Balkanhalbinsel du
nunmehr ganz perfekte Versöhnung mit Bulgarien so viel ge
hat, daß die Rückwirkung auf Konstantinopel nicht ausbleiben
Wie denn die Reise des Fürsten Ferdinand nach Petersbu
die in diesem Anlaß gewechselten Reden sehr ostentativ als E
von hoher Bedeutung dargestellt werden. Auch wird man ane
müssen, daß die geduldige Politik des Fürsten, die freilich v

Digitized by Google

Stambulowschen Ideen weit abgeführt hat, für die koburgische Dynastie große Erfolge erzielt hat. Sie steht jetzt, wie es scheint, auf sicherem Boden und dürfte, da dem Fürsten konfessionell kirchliche Fragen minoris momenti sind, jetzt wohl dank dem russischen Schutz, auf bulgarischem Boden dauernde Wurzel schlagen. Für die Anerkennung Firmilians als Bischof von Üsküb und dem damit verbundenen Verzicht Bulgariens auf dereinstig überwiegenden Einfluß in Makedonien, hat Rußland mit Regulierung der bulgarischen Finanzen gedankt, und da Fürst Ferdinand sich ganz als Vollblut-Slaven zu geben versteht, wird ihm auch die deutsche Beimischung seines Blutes in Gnaden verziehen werden. Wenn er jetzt in Moskau seine Andacht verrichtet und auch von der alten russischen Residenz anerkannt sein wird, kann er getrost heimreisen, er kommt stärker zurück, als er ging. Die Königskrone freilich bringt er nicht heim, damit hat es vorläufig gute Weile, schon wegen der nahe liegenden Erwägung, daß es immer vorteilhafter ist, einen guten Freund zu haben, dem ein Lieblingswunsch in Zukunft einmal erfüllt werden könnte, als einen, der nichts mehr zu wünschen übrig hat.

Von großem Interesse ist eine Korrespondenz des „Journal des Débats" aus Montreal, Ende Mai, weil sich daraus die Stellung erkennen läßt, die Kanada bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Premier-Minister der englischen Kolonien in London einhalten wird. Im Parlament von Ottawa ist nämlich Sir Wilfrid Laurier vom Führer der Opposition Borden darauf interpelliert worden, welche Stellung er zur Frage der Reichswehr, d. h. zum Dienst der Kolonialtruppen außerhalb der Kolonien einzunehmen gedenke. Der Premier-Minister entgegnete, er habe nach London erklärt, die Ministerkonferenz werde mit Nutzen nur über handelspolitische Fragen verhandeln. Man habe ihm Mangel an Courtoisie vorgeworfen, weil er im voraus andere Fragen abgelehnt habe; sollte aber, wie der Minister von Neu-Seeland ankündige, über die abgelehnten Punkte diskutiert werden, so werde er (Laurier) wiederholen, daß seiner Ansicht nach die Verhandlung unnütz sei: „Wir wollen nicht, wie die europäischen Mächte, unsere Mittel ohne jeden Vorteil in den Abgrund des Militarismus werfen." Nach einer solchen Erklärung wird es für Sir Wilfrid sehr schwer sein, sich von Chamberlain bekehren zu lassen, und es scheint demnach, daß der Gegensatz

Digitized by Google

zwischen Kanada und Australien auf jenen Konferenzen ein
liche Rolle spielen wird. Andrerseits wird England wenig
zeigen, den sehr weitgehenden wirtschaftlichen Forderungen
nachzukommen, wie denn der imperialistische Gedanke, dessen th
Verkündigung so großen Enthusiasmns hervorrief, durch den
ihn zur bindenden Norm des politischen Lebens zu machen, e
an Anziehungskraft zu verlieren beginnt.

Digitized by Google

Juni. Tod König Alberts von Sachsen.
Juni. Die österreichische Regierung läßt der ungarischen die amtliche Mitteilung zugehen, daß sie entschlossen sei, die zwischen beiden Mächten bestehenden Handelsverträge zu kündigen.
Juni. An König Eduard VII. wird eine schwere Operation glücklich vollzogen.
Juni. Aufschub der Krönungsfeierlichkeiten.

---

25. Juni 1902.

Wir finden es durchaus verständlich, wenn es für die unge-
euere Mehrzahl der Engländer heute keine interessantere Frage
bt, als die der bevorstehenden Krönungsfeierlichkeiten. Denn
nmal sind die Engländer alle Royalisten quand même, denen es
lbstverständlich erscheint, daß sie sich und ihr Land ehren, wenn sie
ren König feiern, dann aber wird es allerdings auch viel zu sehen
ben, denn die Krönung wird sich mit unerhörtem Prunk vollziehen
d in ihren althergebrachten Formen das old merry England den
wundernden Blicken der Zeitgenossen, als wäre es gegenwärtige
Birklichkeit, wieder vorführen. Die mit der Krönung parallelen
olksfeste und Gastereien, historischen Ballette, militärischen Schau-
ellungen, bei denen die bewaffnete Macht fast aller Länder der Erde
re Vertretung findet, die großartige Entfaltung der englischen See-
acht und der mit all diesen Schauspielen verbundene Pomp einer
irche, die Wert darauf legt, auch nach außen hin sich imponierend
rzustellen, wie sollte das alles in seiner Summe nicht berauschend
f diejenigen wirken, die sich als Teilnehmer oder jubelnde Zuschauer
dem Kreise der Festgenossen bewegen? Der papierene Protest
r Schotten, die nicht Eduard VII., sondern Eduard I. feiern wollen,
ird als eine nicht ernst genommene Kuriosität unbemerkt verhallen,
d auch der Mißton wird sich überhören lassen, durch den die
tterböse Opposition der Iren die Harmonie zu stören sucht. Sie
ben den Beschluß gefaßt, den 26. Juni in ganz Irland als einen

Digitized by Google

Tag der Landestrauer zu begehen! Gewiß eine törichte
stration, und politisch betrachtet, eine Kundgebung von äuß
klugheit, weil sie, wenn wir recht sehen, die Home Ruler
Liberalen von der irischen Sache abdrängt und sie geradez
Programm Roseberrys hineinnötigt. Aber die Iren sin
große Agitatoren und schlechte Politiker gewesen, in dieser
unseren Polen nicht unähnlich, die sich das irische Muster
bild gewählt zu haben scheinen.

Hat uns doch erst kürzlich ein hervorragender Kenner
nischer Verhältnisse dargelegt, daß ganz wie die irische Agi
England von den Iren in Amerika durch eine obligatorisch
besteuerung unterstützt wird, auch die amerikanischen Polen
zu Gunsten der posener und der russischen Polen besteu
fügte hinzu, daß es auch die Iren seien, von welchen d
Deutschland und gleichzeitig gegen England gerichtete Agi
einem Teil der amerikanischen Presse ausgehe, wie denn die
schaft gegen das germanische Element, wo immer es
einen wesentlichen Punkt ihres politischen Programms bilde
Freunde sind die Lateiner, speziell die Franzosen, und
Tatsache und den Einfluß kennt, den die Iren durch ih
ragendes journalistisches Talent auf die Presse der V
Staaten ausüben, wird auch gewisse Strömungen verstehen,
jenigen unbegreiflich erscheinen müssen, der in jener Presse
druck wirklicher Interessen der großen nordamerikanischen
zu erkennen sucht. Doch das ist ein politischer Exkurs, auf
vielleicht noch zurückzukommen Anlaß finden werden. Zunä
mehr Lärm als Kraft in dieser Agitation und ihre Bedeutu
ganz schwinden, wenn sich in jedem einzelnen Falle die
jenes Treibens als das erkennen ließen, was sie sind. So
sich hinter der amerikanischen Löwenhaut verstecken, gla
wirklich den Löwen zu sehen und zu hören. Schließlich e
in den großen Fragen der Völkerinteressen aber nicht die
sondern die Realitäten, und gerade wir haben es nicht zu
wenn jene neue Welt den richtigen Einblick in die Wirklichke
politischen Bestrebungen findet.

In gewissem Sinne könnte man übrigens das Engla
wir im Verlaufe der nahen Festtage gegenüberstehen, auch

Digitized by Google

ktives bezeichnen. Jenes greater Britain, das so glänzend in
ndon vertreten ist, stellt in Wirklichkeit keineswegs die vollkommene
nheitlichkeit dar, die man der Welt vorzuführen bemüht ist.
ährend der Krönungstage gilt eine Art politischen Gottesfriedens,
ie treuga Dei, die als dauernder Zustand sich nur schwer wird
haupten lassen. So glänzend und günstig für das Ministerium
alisbury-Chamberlain der Abschluß des südafrikanischen
rieges gewesen ist, es läßt sich doch nicht verkennen, daß der
usgang nicht der angekündigte war. Vom unconditional surrender
nnte keine Rede sein. Man hat einen Kompromiß geschlossen und
rd in nicht allzuferner Zukunft genötigt sein, weitere Kompromisse
schließen. Denn in Südafrika steht nur Natal ganz auf dem
oden der Politik des Ministers und es läßt sich schon heute er-
nnen, daß zwischen der Kapkolonie und Natal die politischen
nteressengegensätze sich nicht abstumpfen, sondern zuspitzen werden.
as ist recht deutlich durch die Reden zu Tage getreten, die fast
eichzeitig der „Premier" von Natal, Sir A. Him, in London und
r (acting) Premier der Kapkolonie, Mr. Graham, in Kapstadt
halten haben. Während der erste sich unbedingt und enthusiastisch
r das Chamberlainsche Programm aussprach, ging Mr. Graham
t außerordentlicher Schärfe gegen den Chamberlainschen Gedanken
r, die Verfassung in der Kapkolonie zu suspendieren, weil man
durch das Volk zu der Stellung politischer Heloten herabdrücken
irde. Man habe gesagt, daß zwei Prozent aller Weißen des Kaps
ebellen seien, „aber soll man, weil eine Hand voll schlechter Ele-
nte abtrünnig wurden, die ganze Kolonie als rebellisch brand-
rken? Brandmarkt man jeden Holländer der Kolonie zum Rebellen,
bereitet man sich ein Erbe von Feinden und unzweifelhaft werden
Holländer sich gebrandmarkt fühlen, wenn die Verfassung sus-
ndiert wird. Dadurch wird der Gegensatz der Rassen nicht ge-
ndert, sondern verschärft werden." Die „Dutsch" (Holländer)
rden mürrisch und ingrimmig in ihre Farmen zurückkehren und
er Stunde warten. Sei aber einmal die Verfassung suspendiert,
werde sie vor Abschluß der südafrikanischen Föderation nicht her-
stellt werden. Das Kap bliebe dann bei der Entscheidung ohne
imme und Natal mit seiner Verfassung würde die Lage beherrschen.
Wird die Föderation dem Kap oktroyiert, während die Verfassung

Digitized by Google

ruht, so verlieren wir die Kontrole der Zölle, der Eisenbo
Verteidigungsmittel, es wird uns unmöglich werden, die K
Beraubung zu schützen. Nichts würde die Oranje-Koloni
ihre Grenze bis ans Kapland zu ziehen, oder Betschuan
Transvaal und Ostgriqualand zu Natal zu schlagen." Her
wolle England warnen. Die Stimme der Provinzen kom
des Kriegsrechts nicht zur Geltung. Die Unterzeichner de
um Suspendierung der Verfassung seien nicht Vertreter de
Er wünsche, daß die englischen Staatsmänner es sich w
legten, bevor sie einen solchen Schritt wagten. Erfolge
pendierung, so werde das Ministerium zurücktreten im B
mit all seinen Kräften für das Volk und seine Freiheiten
zu sein. Er stehe zu König, Vaterland und Verfassung.

Man sieht, wie scharf der Gegensatz zwischen Kap u
hier zum Ausdruck kommt, obgleich kein Agitator, sondern
politische Beamte des Landes spricht. Offenbar spielen
Rivalitäten mit; insbesondere der Partikularismus des K
das sich zudem als die älteste der englisch-afrikanischen Ko
sonders verletzt fühlt, wenn es hinter der weit jüngeren und
Kolonie Natal zurückstehen muß. Und doch sind diese, g
zu übersehenden Gegensätze gering im Vergleich zu den
keiten, die das englische Ministerium in der am 30. Juni z
tretenden Konferenz der Kolonialminister zu überwinden ha
Wir wissen nicht, ob die Adresse schon formuliert ist,
Minister an diesem 30. Juni dem Könige überreichen wer
es sich in ihr um eine Kundgebung der Loyalität handelt,
Verständigung nicht schwer zu erreichen sein; denn darü
kein Zweifel, daß sie allesamt gut britisch und königl
Kanadier, Neufundländer, Australier, Neuseeländer und
sind in diesem Punkte eines Sinnes. Umso weiter g
Meinungen über das imperialistische Programm Chamberl
Zollverein und die Frage der pflichtmäßigen Beteiligung an d
lasten des Reiches in Heer und Marine auseinander. Si
Laurier hat, wie wir schon früher ausgeführt haben, keinen Zw
über gelassen, daß Kanada von keiner Form des Militarism
wissen will. Kanada hat gelegentlich kein Hehl daraus
daß es ihm nicht unlieb wäre, wenn England zur Wahrun

Digitized by Google

nderen kanadischen Interessen, z. B. in der Frage des Grenzstreites it Alaska, zu den Waffen griffe, um diese Interessen und Rechte en Vereinigten Staaten gegenüber zu verteidigen; andererseits läßt in England auch keinen Zweifel darüber, daß Fälle eintreten önnen, die Kanada nötigen können, sich den Vereinigten Staaten nzuschließen, wenn England gar zu wenig entgegenkommend sei. as gibt doch ein Verhältnis von Mutterland und Kolonie, das öchste Rücksicht verlangt, und wir sehen nicht, wie die „Reichsver- idigung" als pflichtmäßige Leistung Kanadas unter diesen Umständen reicht werden könnte. Ähnlich aber steht es in diesem Punkt auch it den übrigen Kolonien. Sie tragen in Summa heute zu den usgaben der englischen Marine 220000 Lstrl. bei, während Eng- nds Marinebudget bekanntlich die stattliche Höhe von 31 Mill. Lstrl. reicht. Eine Herstellung gleicher Rechte und gleicher Pflichten, e als Endresultat des durchgeführten Systems der Reichsföderation ch ergeben müßte, erscheint daher wenig verlockend, sobald man ihm raktisch näher zu treten versucht. Ganz dasselbe gilt aber von der ollföderation. Der Premier des Commonwealth von Australien, r. Barton, hat sich sogar dahin erklärt, der Imperial „Zollverein" nan braucht das deutsche Wort, weil es ein entsprechendes englisches icht gibt) sei „a total impossibility", eine absolute Unmöglichkeit, nd wenn er auch eine handelspolitische Bevorzugung (preferential reatment) von England nicht gleich bestimmt ablehnt, so meint er och, die Frage sei mit den größten Schwierigkeiten verbunden (a ubject surrounded with difficultys). Zu alledem kommt aber och, daß in England selbst sogar im gegenwärtigen Ministerium einerlei Einigkeit darüber besteht, auf welcher Grundlage die handels- olitische Verständigung zwischen Mutterland und Kolonien erfolgen oll. Chamberlain denkt an ein System des Schutzzolles, der Schatz- anzler Hicks-Beach hat sich vor wenigen Tagen für unbedingte ufrechterhaltung des Freihandelsprinzips erklärt, durch welches Eng- nd groß geworden sei.

Man sieht, wie schwer es sein wird, hier die Diagonale zu ehen und uns will scheinen, daß die Reichsföderation, wie sie hamberlain vorschwebt, in festen und bindenden Formen sich nicht urchführen läßt. Sollte sie trotzdem im Rausch der Begeisterung eschlossen werden, so birgt sie Gefahren in sich und zwar größere

Digitized by Google

für England, als für die Kolonien. Der Anstoß zu derar
bindungen muß aus der Initiative des Schwächeren,
Stärkeren hervorgehen, wenn die neue Zentralisation nich
empfunden werden soll, und zu solcher Initiative zeigt vor
Neuseeland mit seinem, wie es scheint, stets durchgehende
Seddon Neigung. Aber ganz Neuseeland hat eine Bevölk
wenig über einer halben Million Köpfen und ist zudem d
unsinnig sozialistische Verfassung ein politisch völlig unber
Staatswesen. Mr. Seddon aber redet, als habe er das ha
britannien hinter sich!

Für den Fernerstehenden gibt das eine Lage, die
nicht entbehrt, die aber doch auch ihre ernste Seite hat. D
England ist ein Staat mit festen Traditionen und Zielen,
kennt und mit denen sich rechnen läßt. Das England d
föderation wird etwas unbekanntes, dessen Entschlüsse nicht
den Interessen des Mutterlandes, sondern vom Tempera
Kolonien in Abhängigkeit stehen werden. Wir haben es
Stelle oft ausgesprochen, daß wir ein starkes und gesunde
wünschen. Wir wünschen es, weil wir uns selbst stark n
überzeugt sind, daß ein richtig verstandenes Interesse beide
sammenführen, nicht zum Zusammenstoß treiben muß. Die
Federation" auf der Chamberlainschen Grundlage mit ihrem
des Prinzips der offenen Tür, mit ihrer Abhängigkeit
engen Sonderehrgeiz der Kleinen und Fernen, erscheint uns
für England wie für den Weltfrieden. Wir wollen das
einzelnen ausführen, aber es liegt auf der Hand, daß, wo e
Organisation geschlossen wird, um die Interessen anderer zu
sich Gegenorganisationen bilden müssen, bei denen sich Ele
sammenfinden können, von denen man annahm, daß ihre I
einandergehen.

Kurz, um zu resümieren, ein gutes Verhältnis En
seinen Kolonien erscheint auch uns wünschenswert, die Fest
Zusammenhanges etwa durch den geplanten Oberappellati
London, vielleicht auch durch ein Reichsparlament für besond
durchaus annehmbar, auch finden wir es natürlich, daß M
und Kolonien sich, wo es notwendig wird, militärisch zu W
zu Lande unterstützen, etwa wie es während des letzten K

Digitized by Google

hah; was aber darüber hinausgeht, ist vom Übel, weil es den Keim
Zerwürfnissen in sich trägt, die auf das Mutterland und durch
eses auf die Weltpolitik in ihren großen Zusammenhängen zurück-
irken müssen. Man wird überhaupt daran festhalten müssen, daß,
as heute in England geschieht, immer noch unter den Nachwirkungen
er Erregung steht, die der südafrikanische Krieg brachte, durch den
aturgemäß der laute Patriotismus in den Vordergrund drang;
er laute ist aber nicht immer der beste. England braucht jetzt eine
eriode materieller und moralischer Erholung, ein sich Besinnen auf
ch selbst, Reformarbeiten, in denen es hinter vielen Staaten des
ontinents noch zurücksteht, nach all der Aufregung Ruhe, und damit
irfte auch dem allgemeinen Interesse des Weltganzen am besten
edient sein.

Über das Ministerium Combes beginnt man nicht nur
nerhalb Frankreichs den Kopf zu schütteln. Die antiklerikale
ichtung des Ministerpräsidenten macht sich mit so außerordentlicher
chärfe geltend, daß in einem Lande, dessen Frauen durchweg streng
rchlich sind, und dessen Adel und Bauerstand ebenfalls an der
irche festhält, daraus eine Opposition hervorwachsen muß, die mit
er Zeit nicht nur der herrschenden Partei gefährlich werden könnte.
as ist um so bedenklicher, als ein kürzlich erlassener Befehl des
Ministerpräsidenten auch einen direkten Eingriff in die politische
ewissensfreiheit der französischen Beamten bedeutet. Die Ernennung
nd Beförderung sämtlicher Beamten wird nämlich von einem poli-
schen Gesinnungszeugnis in Abhängigkeit gestellt, das die Präfekten
nd Unterpräfekten auszustellen haben! Da fragt man wohl, wo
e französische Freiheit geblieben ist! Bei der scharf radikal-
zialistischen Färbung des Ministeriums dürfte auf diesem Wege
les was mehr nach rechts steht allmählich aus Amt und Einfluß
edrängt und damit eben jener klerikalen krypto-monarchischen Oppo-
tion in die Arme gedrängt werden, deren Bekämpfung das Haupt-
el der Regierung ist. Auch fragt man sich, was alles in den Be-
eich jener politischen Sittenzeugnisse fällt, ob etwa auch ein Be-
nntnis zur zweijährigen Dienstzeit des General André oder zur
rogressiven Einkommensteuer Rouviers, und wie die bekannten und
nbekannten Schlagworte der neuen Herren Frankreichs sonst lauten
ögen?

Digitized by Google

Was aus dem Innern Rußlands zu uns herüberklin
einen wenig erfreulichen Charakter. In Orel soll ein b
Bauernaufstand wüten, auch von neuen Attentaten gegen
amte laufen Gerüchte um; die in Wien erscheinende „Arbeite
veröffentlicht eine Proklamation der russischen Revolutionä
listen, die völlig unverhüllt die alte nihilistische Mordtheorie
„Wir, denen die Möglichkeit genommen ist, die Tyrannei
lichen Mitteln zu bekämpfen, halten es nicht nur für uns
sondern für unsere heiligste Pflicht, obgleich uns solche Tak
steht, Gewalt mit Gewalt zu beantworten und das vergoss
des Volkes wegzuwaschen mit dem Blut der Unterdrücker.
Manifest schließt, wie wir dem „Standard" entnehmen, mit
klärung, daß dieser Kampf erst aufhören werde, wenn es
geworden sei, die Willkür der Obrigkeit durch friedliche und z
Mittel zu bekämpfen.

Das heißt mit anderen Worten, weitere Morde bis
leihung einer Verfassung, also ein blutiges Einschüchterun
das wie derartige unsittliche Mittel stets das Gegenteil
erreichen wird, was es bezweckt: eine Steigerung der Zwan
zu denen die Notwehr heute wie 1881 die russische Regierung
Auch läßt sich nicht verkennen, daß die Absicht zu organischer
arbeit von unten herauf in den Regierungskreisen besteht.
nur nicht alles so sprunghaft geschähe und so häufig in die
Hände gelegt würde, und wenn nicht so unendlich viel zu t
Aus einer Publikation der freien ökonomischen Gesellschaf
sich, daß in dem heutigen Rußland von den Kindern im A
7 bis 14 Jahren 18 Millionen noch immer ohne jeden U
aufwachsen! 15720825 auf dem Lande, 2070244 in den
Wie kann unter solchen Verhältnissen an die Einführung ei
fassung gedacht werden! Aber allerdings wird man sich
kenntnis nicht verschließen dürfen, daß in einem Staat,
Mittel nicht aufbringen kann, um seinen nächsten Pflichten
zieher des Volkes zu genügen, der zugleich seinen Pflich
Grund und Boden gegenüber, den er in Kultur zu erha
nicht gerecht zu werden vermag, die ungeheuren Ausgaben
und Marine sich nur schwer rechtfertigen lassen. Eben
uns die Nachricht zu, daß über Libau immer neue Züge

Digitized by Google

Kolonisten aus Südrußland nach Amerika auswandern. Es sind Leute, die sich dem geltenden Russifizierungssystem entziehen wollen und deren bis heute blühendes Land nun wohl auch der Verödung verfallen wird, die jetzt in Rußland überall vordringt.

Aber sollte es sich nicht empfehlen, Agenten nach Libau zu schicken, um diese tüchtigen und meist kapitalkräftigen Elemente für die Kolonisation in unserer Ostmark zu gewinnen?

Digitized by Google

28. Juni. Unveränderte Erneuerung des Dreibundes auf weitere zwölf Jahre.
28. Juni. Eintreffen des Khedive in Konstantinopel.
28. Juni. Konstituierung des Ministeriums Boström in Schweden.
30. Juni. Endgültige Entscheidung des Kongresses in Washington für den Bau d
Kanals.

---

2. Juli

Die schwere Erkrankung König Eduards VII.,
liche Notwendigkeit, die in allen Vorbereitungen bereits zum
gediehenen Krönungsfeierlichkeiten ins Ungewisse zu verschi
Sorge, mit der man den Nachwirkungen einer Operation ent
die, auch an einem jungen und kräftigen Körper vollzoge
Lebensgefahr keineswegs ausschließt, endlich der günstige
den wider alle Wahrscheinlichkeit die Krankheit nahm, das
nicht nur in England, sondern in aller Welt das lebhaft
gefühl hervorgerufen. Wir haben erst vor 8 Tagen von de
Royalismus der Engländer gesprochen. Vielleicht weil ihre V
sich so sehr republikanischen Staatsformen nähert, gibt
in England keine republikanische Partei; auch die am weite
stehenden Radikalen sind überzeugte Monarchisten, und d
gebungen, die heute aus den Kolonien nach England herüb
haben den schlüssigen Beweis erbracht, daß man in Australi
seeland, Kanada, ja sogar in Südafrika sich in demselben
dungs- und Gedankenkreise bewegt. Die Krankheit des K
so zu einer weiteren Festigung des imperialistischen Gedanken
die Tragik, die in dem plötzlichen Übergang von höchstem
banger Sorge liegt, aber hat bei uns, wie überall, das rei
liche Mitgefühl zum Durchbruch gebracht. Den „finsteren
gegenüber, die den zur Lippe geführten Becher uns entreiße
wir uns selber sterblicher, und um so aufrichtiger nehmen w

Digitized by Google

reude teil, die jetzt, da das Schlimmste jedenfalls überwunden scheint, urch alle Länder englischer Zunge zieht.

Aber wer wollte verkennen, daß es trotz allem ein schwerer chlag ist, der England getroffen hat. Politische, materielle und eelle Interessen knüpften sich an jenen 26. Juni, der nun sang- nd klanglos, in trüber Stimmung hingegangen ist. Nichts aber ist hwerer, als eine unterbrochene Festfreude wieder lebendig zu machen nd Empfindungen aufrecht zu erhalten, deren Enthusiasmus durch nen jähen Mißton gestört wurde. Die Kolonien, deren Vertreter eute (den 30.) in London zu den entscheidenden Beratungen über e Imperial federation zusammengetreten sind, haben die großen Worte nicht gehört, die bestimmt waren, ihnen das Bewußtsein des usammenhanges der Reichsinteressen mit denen der Kolonien zu äftigen; die nüchternen geschäftlichen Erwägungen werden in den ordergrund treten, und man wird aller Wahrscheinlichkeit nach ehr von Macht zu Macht mit einander verhandeln, als es sonst r Fall gewesen wäre. Es liegt das wohl in den Widersprüchen egründet, die nun einmal in der englischen Volksseele ruhen: jene gentümliche Verbindung von enthusiastischem Nationalgefühl, groß- ütigen Regungen und kalter geschäftsmäßiger Rechnung in Wertung r Menschen und der Verhältnisse. Auch wird man sich fragen ürfen, ob es nicht im allgemeinen wie im besonderen englischen nteresse einen Vorteil bedeutet, wenn die Entscheidung über die lgenreichen Probleme, die zur Verhandlung stehen, und über deren nhalt wir unsere Leser ja auf dem Laufenden erhalten haben, cht gleichsam in erhöhter Stimmung, sondern auf Grund einer rgfältigen, alle einschlagenden Verhältnisse berücksichtigenden Er- ägung entschieden werden? Wahrscheinlich wird die Beratung der olonialminister mit der englischen Zentralregierung auch nicht über e Anerkennung der leitenden Hauptgesichtspunkte für eine künftige öderation hinausgehen und in den heimischen Parlamenten, wie in ondon, zu eingehenden Erwägungen der gewiß nicht zu unter- hätzenden Schwierigkeiten führen. So wenig wir auf dem Boden nes unbedingten Freihandelssystems stehen, so bedenklich erscheint uns doch, wenn eine Handelsmacht von der Bedeutung Englands e freihändlerische Grundlage plötzlich verläßt, um zu einem künst- chen und widerspruchsvollen System zu greifen, das sich auf einer

Digitized by Google

Fiktion aufbaut, die der Realität gewohnter und erlebter Ver
widerspricht und alle übrigen am Welthandel und an der W
beteiligten Mächte zwingen würde, sich neu zu orientieren und
nach der Formel zu suchen, die es ihnen möglich machen kön
zusammenzuschließen. Auch kommt hinzu, daß in der Tat
eine Periode der Erholung und Sammlung braucht, um la
ausgeschobene Reformen und die neu aufgetauchten politisc
wirtschaftlichen Probleme in Ruhe zu lösen. Da ist zun
südafrikanische Frage, die sich durch die Frage der ev
Suspendierung der Verfassung im Kaplande doch eigentüm
wickelt hat. Wir werden über den tatsächlichen Zusammenh
Verhältnisse in den nun in den Friedenszustand zurückgetrete
afrikanischen Gebieten erst sehr allmählich zuverlässig orienti
die englische Zensur hatte die Privatkorrespondenz und
ohnehin vorsichtig gehaltenen Zeitungskorrespondenzen so sel
Aufsicht genommen, daß es kaum möglich war, anders a
Kombination und rückschauende Betrachtungen, zu einigermaße
lässigem Urteil zu gelangen. Auch ist bekanntlich von Se
Freunde der Buren ebenfalls mehr als eine falsche Nachrich
Welt gesetzt worden. Jetzt beginnt man aufrichtig zu sein,
Korrespondenzen, die in den letzten Tagen aus Südafrika n
land gelangt sind, verdienen daher besondere Beachtung.
wir in einer Korrespondenz, die am 9. Juni aus Pretoria abg
ist, die folgenden lehrreichen Ausführungen: „Wenn es unzw
ist, daß die große Mehrzahl der Buren die Friedensbedingu
nach den Umständen befriedigende angenommen hat, tritt
peinlicher Weise zu Tage, daß viele der Frauen unversöhnlich
und daß, was die Männer betrifft, unter denen die nichts
wenig im Felde getan haben und sich schon vor zwei Jahr
danach unterwarfen, Leute sind, die ihr Möglichstes tun,
Rassengegensatz wieder anzufachen. General Botha hat es
nötig befunden, die Tatsache zu verheimlichen, daß, wenn
Frauen gewesen wären, der Krieg schon vor 18 Monaten se
gefunden hätte. Auch verdient erwähnt zu werden, daß d
der von den Buren abgelieferten Gewehre verhältnismäßig
ist (trifft heute wohl nicht mehr zu!). Nun liegt aller Gr
Annahme vor, daß die Buren während des letzten Krieges

Digitized by Google

waren, mit Hülfe ihrer Diener, noch ein zweites Gewehr zu führen, ein Mausergewehr und dann meist ein Lee-Metford. Da scheint es doch sonderbar, daß die Zahl der abgelieferten Gewehre so viel niedriger als die der Männer, die sich unterwarfen. Doch wird es schwerlich möglich sein, daß die Buren längere Zeit hindurch Gewehre verheimlichen können, zumal, wenn erst die Südafrika-Konstabler über das ganze Land verbreitet sind. Weiß man doch aus Erfahrung, daß sich immer Buren finden, welche die eigenen Leute preisgeben. Aber es wäre verbrecherische Fahrlässigkeit, wenn wir die Unterwerfung der Buren, der Männer wie der Frauen, als aufrichtig hinnehmen wollten. Die Majorität ist, wie ich aufrichtig glaube, jedenfalls entschlossen, Hand in Hand mit uns ehrlich zu arbeiten, aber bei einem Volke, welches so ehrlich zu hassen und so gut zu fechten versteht, müssen wir Regungen der Unaufrichtigkeit erwarten. Es ist anzunehmen, daß ein Jahrzehnt tüchtiger Regierung die antibritische Gesinnung auf ein Minimum reduziert, und daß die Verbreitung der Bildung ohne holländische Lehren viel dazu beiträgt, den binnenländischen Buren die Augen über die wahre Lage zu öffnen. Was wir bis dahin zu tun haben, wird sein, die eroberten Kolonien in fester Hand zu halten, und alle Mittel, auch die radikalen anzuwenden, um das Kap zu einem Schein von Loyalität zu bringen. Die Gefahr liegt im Kap. Den Schlüssel der Zukunft Südafrikas hat jetzt Mr. Chamberlain, und so lange er im Amte bleibt, läßt sich hoffen, daß Einheitlichkeit in den Zielen, Eintracht der Rassen, Anerkennung einer Flagge und ungeteilte Loyalität durch ganz Südafrika behauptet wird." Wir schließen hier gleich einige Abschnitte aus einer Kapstadter Korrespondenz vom 11. Juni an. Sie stellt zunächst fest, daß in den letzten Wochen ohne Unterbrechung über die Frage der Suspendierung der Verfassung verhandelt und geredet worden sei. Für die Suspendierung habe namentlich Dr. Smartt gesprochen, der übrigens, wie wir aus eben dieser Korrespondenz erfahren, früher ein hervorragendes Mitglied des Bond war, also ein politischer Renegat, dagegen der Primminister (conf. die vorige Wochenschau). Dann heißt es: „Um zusammenzufassen, die Handelsgenossenschaften sind einer Suspendierung der Verfassung entschieden abgeneigt und fürchten nichts mehr, als ein militärisches Regiment. Andererseits wird argumentiert, daß wenn das Parlament

Digitized by Google

berufen wird, die Regierung in eine Lage kommt, die es ihr lich macht, die Gesetze durchzubringen, die sich als notwendi des Krieges ergeben, z. B. Indemnitätsbewilligungen f schreitungen unter Kriegsrecht. In dieser Hinsicht ist h interessante Brief eines Königlichen Rats veröffentlicht wo welchem er erklärt, daß wenn er glaubte, daß das Aufrech der Verfassung das Wiederanwachsen der antibritischen unter Führung des Bond oder einer anderen Organisation, z haben könnte, er hundert Petitionen unterzeichnen wollte, Einberufung zu verhindern. „Aber — fährt der Brief fo glaube, daß der Bond eine schwere Lektion erhalten hat dieser Lektion nicht vergeblich gewesen ist."

„Die Frage ist nun, welche Haltung die Führer des B der holländisch-reformierten Kirche einnehmen werden, da Krieg beendigt ist. Das leitende Organ in unserer Kolon die Stellung ein, daß der Ausgang des Krieges die an Propaganda nicht beeinflussen dürfe, daß die Kraft des Rass für kommende Zeiten lebendig erhalten werden müsse, und kein wirksameres Mittel gebe, die Verbreitung dieses Ge beschleunigen und zu verbittern, als die Fortsetzung des regiments. Ohne Zweifel ist das Land durch die drohende dierung der Verfassung alarmiert und diejenigen, die für pendierung eintreten, machen geltend, daß der Bond so be weil er fürchte, daß seine Intriguen gänzlich unterdrückt könnten. Für die Gegner der Suspendierung sei es ein daß Mr. Merriman für Erhaltung der Verfassung eintre Name dieses begabtesten aller Parlamentsredner sei unzer mit der Pro-Bur-Bewegung verbunden, und abgesehen dav die Buren in kritischer Zeit mit Waffen und durch die thien eines ansehnlichen Teils der Bevölkerung unterstützt gehe Merriman so weit, die Stellung der Holländer mit der Stellung der Uitlanders in Transvaal vor des Krieges zu vergleichen, da doch die von vielen Af der Kolonie begangenen Verbrechen so groß seien, daß Leute nicht beklagen dürften, wenn man ihnen für im Ausübung der politischen Rechte nehme, die sie so gröb braucht hätten."

Digitized by Google

An diesen Ausführungen, die von verschiedenen Korrespondenten des „Standard" ausgehen, ist namentlich das Zugeständnis interessant, daß die eigentliche Schwierigkeit für England nicht in Oranje und Transvaal liege, sondern im Kap. Wie der erste Korrespondent schreibt: The trouble is at the Cape! und das bestätigt uns die Auffassung, mit der wir gleich zu Beginn der südafrikanischen Krisis hervortraten. Die Sorge vor Erstarkung des Bond, der bereits im Kapparlament die Majorität in Händen hatte, ist die erste und eigentliche Ursache der englischen Aggressive (conf. Rhodes und Dr. Jameson) gewesen! Die in beiden Korrespondenzen den Engländern angeratene Gewaltpolitik aber scheint uns im höchsten Grade gefährlich. Sie wird das Gegenteil von dem bewirken, was erstrebt wird; nicht Minderung, sondern Steigerung der Gegensätze. Von den Empfindungen der Burenfrauen aber sollten die Engländer nicht reden. Mütter, die ihre Kinder in den Lagern hülflos sterben sahen, die Mann und Söhne im Felde verloren, die können nicht anders als diejenigen hassen, denen sie die Schuld an all dem Unglück zuweisen. Daran ist nichts zu ändern. Die Zeit kann die blutenden Wunden schließen, aber die Narben bleiben und ihr Anblick weckt den Schmerz. Das Empfinden des Mannes ist ein anderes. Sein Los war das leichtere, weil er kämpfen konnte und sein Leben unausgesetzte, angespannte Tätigkeit war. Jene haben stille sitzen und dulden müssen. Der Schmerz hat sich in ihnen so tief eingenistet, daß er sich nicht anders als in Haß umsetzen kann. Vielleicht lehrt mit der Zeit ihr Glaube sie verzeihen, aber wie sollten sie je vergessen? — Es läßt sich nur hoffen, daß die in jenen Korrespondenzen ausgesprochenen Gedanken bereits überholt sind und einer weiseren Beurteilung der Lage Platz gemacht haben. Die Waffen sind heute gewiß ausgeliefert und die Buren denken nicht an Wiederaufnahme des Kampfes. Dafür haben wir das Wort ihrer besten Männer. Was not tut, ist Milde, und wir hoffen heute mehr als je, daß, wenn König Eduard, in hoffentlich nicht zu ferner Frist, sein Krönungsfest nun doch begeht, er den weitesten Gebrauch von seinem Gnadenrecht machen wird. Die Suspendierung der Verfassung aber würde uns als ein schwerer politischer Fehler von unberechenbarer Tragweite für die Zukunft erscheinen.

Digitized by Google

Während in Südafrika der Streit um diese Zukunftsfrag
hat am 27. Juni in Dublin eine Beratung des Nationalr
toriums des Irenbundes (United Irish League) un
Präsidium von John Redmond stattgefunden. Es handelte
wesentlichen um einen Protest gegen die Ausnahmegerichte, d
nannten coercion courts, und gegen das, was die Iren land
nennen, d. h. um einen Protest gegen den englischen Großgr
auf dem Boden Irlands. Die 1306 Zweigvereine der U
wollen zusammen wirken, um die „Fremden" aus dem L
drängen, auf daß der landlordism schließlich ganz vom Bo
lands verschwinde. ((to its final disappearance from the
Ireland!) Das ist ein Kampfprogramm, das, wie wir nicht be
mit einer neuen Niederlage der Iren enden wird, das aber
darauf hinweist, daß England gut täte, sich nicht neue Schwie
aufzuladen.

Die am 28. Juni erfolgte endliche Unterzeichnung der
änderten Dreibundsakte ist in Deutschland wie etwas S
ständliches hingenommen worden. Allerdings nicht ohne ein
der Beruhigung, denn man war all des von außen herandrä
Geredes herzlich müde geworden. Es ist aber für denjeni
all die Anstrengungen verfolgt hat, die seit Jahr und Tag
worden sind, um diese Erneuerung zu verhindern, nicht oh
humoristischen Beigeschmack, wenn er sich erinnert, wie vie
matische Kunst gewisse Leute daran gesetzt haben, um sich s
eine unzweideutige Niederlage zu holen. Wir denken dabei n
lich an Herrn Barrère, der von Rom aus bereits seine S
ertönen ließ, und an die allezeit falsch prophezeihenden Herren
die Leitartikel in der Petersburger und Moskauer Presse
Sie trösten sich jetzt damit, daß trotz allem das Verhältnis
zu Frankreich sich jedenfalls geändert und in ihrem Sinn
haben müsse. Dagegen wollen wir nichts einwenden. W
es nur gern, wenn unsere Bundesgenossen mit ihren Nac
guten Beziehungen stehen. Der Dreibund ist ein Defensiv
und das verträgt eine große Freiheit der Bewegung der
Mitglieder des Bundes. Bei einem Offensiv- und Defens
wie ihn Rußland und Frankreich für Ostasien abgeschlosse
liegen die Dinge schon anders; da steht der eine Teilne

Digitized by Google

tsächlicher Abhängigkeit von dem anderen, und zwar hat der stärker n den Fragen des großen Orients interessierte zweifellos die Führung. Das mag man nicht zugeben wollen, aber es liegt in der Natur der Dinge. Es ist eine Art politischen Gravitationsgesetzes, das schließlich echanisch wirkt, aber mit der Sicherheit, die sich aus innerer Not- endigkeit ergibt.

Wir sind übrigens der Meinung, daß im Grunde alle Welt einzelne politische Sektierer ausgenommen, die keine Verantwortlichkeit u tragen haben) darüber einig ist, daß es einen Vorteil bedeutet, wenn an auch in Zukunft wieder mit dem Dreibunde rechnen kann. Er hat er Welt so lange den Frieden gesichert, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür richt, daß sein Weiterbestehen zu demselben Ergebnis führen wird.

Es ist uns aufgefallen, mit welcher Entschiedenheit in einer Wiener Korrespondenz des „Standard" gegen die Gerüchte protestiert ird, die von einer Erhebung Bulgariens zum Königreich issen wollen. Der Königstitel würde die Anerkennung der vollen nabhängigkeit in sich schließen und auch, wider die Stipulationen es Berliner Traktats, Ostrumelien von der Türkei lösen, endlich akedonien gefährden. Das müsse im Effekt dahin führen, daß der ultan sich schließlich auch nicht mehr in Konstantinopel behaupten önne. Wie sei daran zu denken, daß er je zu solchen Kombinationen eine Zustimmung erteile. Wolle man ihn aber zwingen, so gebe es inen Krieg, der unweigerlich in einen europäischen Krieg ausmünden üsse! Das ist nicht übel argumentiert. Zum Glück aber ist es mit er Königskrone des Fürsten Ferdinand von Bulgarien nichts. Sie t ein Phantom, dem er mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit nachjagt, as aber schwindet, sobald er mit der Hand nach ihm zu greifen sucht.

Die Firmilian-Komödie hat noch immer nicht ausgespielt. An- änglich sollte der Metropolit im Kloster Athos zum Bischof geweiht erden, aber die griechischen Mönche haben es nicht zugelassen, wie enn der Gegensatz zwischen Griechen und Slaven wieder lebendiger u werden scheint. Schließlich hat er in Dedeagatsch die ersehnte Weihe erhalten, aber er darf nicht wagen nach Üsküb, seinem Bischofssitz, zu gehen, und so wird er sich wohl oder übel darein finden üssen, auch eine Zeit lang Bischof in partibus infidelium zu bleiben.

Digitized by Google

4. Juli. Zuspitzung der bulgarisch-türkischen Beziehungen.
7. Juli. Unfall Chamberlains.
8. Juli. Konvertierung der 3½ proz. franz. Rente.

9. Jul

Die Erneuerung des Dreibundes hat, wie sich v
ließ, eine wahre Hochflut journalistischer Betrachtungen un
land und Frankreich auch offizielle Erklärungen in den Ka
Folge gehabt. Der Eindruck, den man in Summa gewin
daß alle Welt bemüht ist, sich die nun einmal feststehend
so zurechtzulegen und zurechtzurücken, daß sie ein Ansehe
das den Wünschen und den besonderen Interessen der Kom
entspricht. Dagegen läßt sich nichts einwenden, da man
verwehren kann, nach Belieben die Augen zu schließen, we
sehen will; uns genügt die Tatsache, daß das Bündnis
bald 20 Jahre bestanden hat, auf weitere 12 Jahre er
ohne jede Veränderung in Form und Inhalt. Die defe
des Dreibundes, die so lange dahin gewirkt hat, der e
Welt den Frieden zu sichern, wird auch in Zukunft ein
bleiben, mit der die großen und kleinen Gegner einer
politik, mögen sie nun wollen oder nicht, rechnen müsse
Leser werden sich aber erinnern, wie gerade im Laufe
flossenen Jahres daraufhingearbeitet wurde, die Erneu
Dreibundes zu hintertreiben. Die so oft von uns gek
internationale Verschwörerbande unter Führung der Herre
hasset, Tatischtschew, Wesselitzki, Ugron, Lemaitre, Maxse
sorten wurde in ihren plumpen und reklamehaften Bestreb
einer nebenher gehenden, vorsichtigeren und mächtigeren
unterstützt, die nun ebenso wie jene eine Niederlage zu

Digitized by Google

hat, die sich wohl mit großen Worten verkleiden, aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Auch haben wir gar kein Interesse daran, die Halbwahrheiten zu zergliedern, durch welche man bemüht war, sich Beifall und Vertrauensvotum zu sichern. Parlamentarische Minister leben von solchen Erfolgen und ihr Selbsterhaltungstrieb ist um so stärker, je gefährdeter ihre Stellung erscheint. Es waren, um es kurz zu sagen, Betrachtungen post festum, moutarde après dîner — eine Welt der Fiktionen, die ja auch ihre Berechtigung haben mag, und die sich jeder nach seines Herzens Gelüsten aufbauen kann. Dem gegenüber möchten wir auf einige sehr beachtenswerte Realitäten hinweisen, die zum Teil im Zusammenhang mit der Frage der Erneuerung des Dreibundes in England und in Frankreich während der Kammerverhandlungen zu Tage getreten sind. In England war es der stürmische Angriff gegen die auswärtige Politik des Kabinets Salisbury unter Führung von Sir Charles Dilke und der Herren Gibson Bowles, James Bryce und Lord Charles Beresford. Der Angriff umfaßte so ziemlich das gesamte Feld der großen Politik Englands mit Ausnahme Südafrikas, das ja im Augenblick die starke Position des Ministeriums darstellt. Dilke verlangte bessere Beziehungen zu Italien und Festigung der Mittelmeerstellung, was mit einem sorgenvollen Seitenblick nach Marokko hin erläutert wurde, Bowles ein besseres Einvernehmen mit Frankreich und Rußland, mit der China-Politik Englands aber waren alle Oppositionsredner unzufrieden. Nebenher gab es scharfe Vorstöße gegen Deutschland, die namentlich im Munde von Gibson Bowles einen geradezu gehässigen Charakter annahmen. Er sagte unter anderem:

„Deutschland versucht jetzt auch in Persien festen Fuß zu fassen. In China haben wir auch nicht nur unsere Interessen, sondern auch jene Chinas zu vertreten, dem wir seine territoriale Integrität und seine Unabhängigkeit garantiert haben. Diese sind verletzt worden und alles, was dort während der letzten Jahre vorgefallen ist, läßt sich auf ruhestörende Einflüsse Deutschlands zurückführen, dessen Maxime es zu sein scheint, „quieta movere“. Deutschland rührt immer das Wasser auf. Die Boxer-Bewegung, die Einnahme von Port Arthur und die nachfolgenden Unruhen in China sind insgesamt eine Folge der Einnahme von Kiautschu. Jetzt machen wir, die traditionellen Beschützer der Unabhängigkeit und Integrität Chinas allein Schwierigkeiten, Tientsin den Chinesen zurückzugeben. Wir erwecken das Mißtrauen Chinas, machen es uns vielleicht zum Feind und warum und für wen? Wem haben wir den letzten Krieg zu danken? Wo hat Deutschland den

Digitized by Google

Frieden so arg gestört, wie in Südafrika? Der Burenkrieg
lange Dauer waren nur eine Folge des vom Kaiser im
gesandten Telegramms; der, unter der Hand der Buren geg
sicherungen und dann der Waffen- und Munitionszufuh
deutsche Reichspostdampfer, wogegen einzuschreiten Lord S
längste Zeit nicht den Mut fand, und als er es tat und einen D
gepfropft mit Kriegsmaterialien fand, statt eine Entschädigung
noch eine Entschädigung an Deutschland zahlte. Das Auswärtig
noch an den Traditionen des siebenjährigen Krieges u
noch an Friedrich den Großen."

Die gesperrten Stellen zeigen dem Leser, in wel
historisch unwahrer Vorstellungen Herr Bowles sich verf
und wie leicht dem Unterstaatssekretär Lord Cranborne di
gemacht war, den Angriff abzuschlagen. Aber wir erin
nicht, je eine lahmere Entgegnung gehört zu haben, als
Die gegen uns erhobenen Beschuldigungen und direkt
Unterstellungen zu widerlegen, ist von ihm nicht einmal d
gemacht worden. Er wehrte sich, so gut es gehen wollte,
und war dabei noch so ungeschickt, dem neuen japanischen
Englands die Unfreundlichkeit an den Kopf zu werfen, da
Allianzen nur schließe, wenn es darum gebeten werde.
der Eindruck seiner Entgegnungen der, daß Mr. Redmond
durfte, ihm zu sagen: „er wolle nicht persönlich werden
wiederhole nur, was allgemein im Parlamente und auße
selben gesagt werde: daß der edle Lord für seinen veran
Posten nicht die erforderliche Befähigung besitze, und d
auch nicht einnehmen würde, wenn er nicht der Sohn Lord
wäre." Der „Temps", der diese Verhandlungen nicht ohn
freude in einem Leitartikel verarbeitet, benutzt die Gelegenh
hinzuweisen, wie stark die „Familie" im Ministerium wi
Staatsämtern vertreten sei, und allerdings wird sich nic
lassen, daß der Zufall so gespielt hat, daß Lord Sali
Glück hatte, in dem engen Kreise seiner Nächsten gerade d
zu finden, die der Staat brauchen konnte. Wenn, wie im
scheinlicher wird, der alte Herr in nicht allzuferner Zeit in
verdienten Ruhestand tritt, könnte es leicht geschehen,
Familie" nachfolgt, ohne daß darum in England der Kur
leidenschaftlichen Ausdruck fände.

Digitized by Google

Wir meinen aber, daß gegenüber Beschuldigungen und Verdächtigungen, wie sie Bowles gegen eine befreundete Macht erhoben hat, ein Schweigen des Unterstaatssekretärs ungehörig war: qui tacet consentire videtur! Die Folge könnte doch sein, daß man in Deutschland, um jene Legenden recht gründlich zu zerstören, noch einmal zu den Mitteln greift, durch welche in der kubanischen Frage verleumderisch ausgesprengte Gerüchte zu nichte gemacht wurden. Uns ist, wie wir schon vor bald 2 Jahren sagten, Chamberlain weit lieber als Lord Salisbury mit seinem Anhang, und diese Überzeugung hat sich uns noch gefestigt, seit wir im letzten englischen Blaubuch seine Ansichten über die geplante Suspendierung der Verfassung im Kaplande kennen gelernt haben. Chamberlain hat sich von vornherein mit allem Nachdruck dagegen ausgesprochen und die Gründe, die er geltend macht, zeigen die wohldurchdachte Einsicht eines wirklichen Staatsmannes. Eben weil wir glauben, daß er mit Nachdruck die wirklichen Interessen Englands vertritt, glauben wir auch, daß es sehr wohl möglich ist, mit ihm eine Verständigung zu finden, bei der beide Teile ihre Rechnung finden. Er hat den richtigen Blick für Realitäten und da auch wir eine Realpolitik treiben, die mit den berechtigten Interessen der anderen rechnet und sie respektiert, da zudem mit der definitiven Erledigung der Burenfrage das ideell trennende Moment beseitigt ist, sehen wir nicht, was ein gutes Verhältnis zwischen uns und England trüben könnte, wenn nicht Ungeschicklichkeiten und Taktlosigkeiten von der leitenden Stelle dazwischentreten. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Frage der Imperial federation die eine Wendung nicht nimmt, die zu schwierigen Auseinandersetzungen hätte führen müssen, der Gedanke des großbritischen Zollvereins ist als unausführbar fallen gelassen, alles übrige aber trägt so sehr einen spezifisch britischen Charakter, daß es uns ganz recht sein soll, wenn dem Kolonialminister seine Wünsche in Erfüllung gehen. Im Augenblick steht die Frage gemeinsamer Verteidigungsflotte und Verteidigungsarmee auf der Tagesordnung der Kolonialminister-Konferenz.

In Frankreich ist die Rede Delcassés über die Erneuerung des Dreibundes und die französisch-italienischen Beziehungen nicht mehr gewesen als ein Intermezzo, in dem mit großer Leidenschaftlichkeit von beiden Seiten geführten Kampf über die Schulen der

Digitized by Google

Kongregationen. Die Regierung hat mit 333 gegen 205
schließlich einen vollen Sieg errungen. Die Rede des
präsidenten Combes und das Vertrauensvotum, das die
seiner Politik erteilt, wird durch „affichage“, d. h. durch
in allen Gemeinden, der Bevölkerung Frankreichs zu p
Studium vorgelegt und zugleich werden ebenfalls durch An
Namen aller Abgeordneten bekannt gegeben, die für dieses Ve
votum gestimmt haben! Man sieht, mit welchem Hoch
regierende Majorität ihre Meinung dem Lande aufzudränge
ist. Auch stellen die Blätter der Opposition, zu denen h
der „Temps“ gehört, recht trübe Betrachtungen an. Von d
sei herzlich wenig übergeblieben, die égalité sei eine Gle
der Unfreiheit geworden, von der fraternité rede kein Men
Und das nenne man Republik und die Verwirklichung d
von 1789!

Auch die zweijährige Dienstpflicht unter Aufhebung a
pense wird, wie General André es will, angenommen wer
gleich im Grunde die Majorität der Nation dagegen ist.
geheime Majorität ist stumm und steht unter dem Bann d
Phrasen, die in Paris ersonnen werden und dann, wie ande
waren auch, in den Departements vertrieben werden. Das
so recht nach der vielbesprochenen Rede von Jaurès gezei
Mann hatte den Mut gehabt, zu sagen, daß es endlich an
sei, den Frankfurter Frieden als eine Tatsache anzuerkenn
Folge davon war nicht nur der entrüstete Protest der
sondern ein so hitziges Aufflammen des Revanchefeuerwe
wir es seit den Tagen der Boulangerkrisis nicht wieder erle
Natürlich hat sich die buchhändlerische Reklame sofort des
Stoffes bemächtigt. Uns liegt ein Buch von Philippe D
vor, in rot-weiß-blauem Umschlag, als Titelvignette zwe
Elsässerinnen — die übrigens keineswegs traurig, sond
unternehmend aussehen, und als Titel: L'Alsace-Lor
Française, quand même! Zu Seiten des Bildes die Um
Pensons y toujours! — Oublier jamais. 1871—1902.
est Allemand. Les coeurs sont Français! In einem B
blatt hat J. Vaillant in einer wahren Mustersammlun
Phrasen dieses Buch seinen Lesern empfohlen: Oser dire

Digitized by Google

France renonce à l'Alsace-Lorraine est un crime de lèse-patrie; c'est une insulte .... un outrage etc. Das Gewissen aller Patrioten habe sich aufgebäumt, die Elsässer hätten geweint! Frankreich aber halte hartnäckig an der Hoffnung fest, die Provinzen zurückzuerobern, und werde fortfahren, die Herzen der kommenden Generation für diese heilige Aufgabe vorzubereiten. „La vieille Gaule ne veut plus être tributaire de César!" (Was Herr Vaillant sich dabei gedacht hat, ist uns leider verschlossen geblieben. Aber vielleicht hat er vergessen, daß es dem alten Gallien nie gelungen ist, den Cäsar abzuschütteln!) Um die Elsässer aufrecht zu erhalten, schicke Herr Deschamps ihnen daher sein Buch, in dem sie auch den Sergeanten Hoff finden würden, der die 27 Preußen erschossen habe! Im übrigen sollten sie nicht vergessen, daß die „Fédération des sociétés Alsaciennes-Lorraines de France et des colonies" ihren Sitz in Paris, 9 Boulevard Malesherbes, habe.

Das alles grenzt bereits an politische Unzurechnungsfähigkeit, gehört aber zu den Dingen, die man in Deutschland nicht vergessen soll, weil sich daraus der Schluß ergibt, daß Frankreich nach wie vor einer anderen Politik, als der bestenfalls aufgeschobenen Rache unfähig ist. Wir müssen uns darauf einrichten, in den Franzosen dauernde Gegner zu finden und wo nötig, auch danach handeln!

Viktor Hehn in seinen köstlichen Aufzeichnungen über die „mores Francorum" sagt: „Alle Rhetorik (die Franzosen sind Rhetoren, ihre Bildung eine bloß formale) entfernt von der Wirklichkeit, der Rhetor lebt von Worten, nährt sich von Worten und kann auch seinem Nebenmenschen nichts anderes spenden. Die Welt muß sich dem rednerischen Wohlklang beugen und wird zu einer konventionellen, dogmatisch postulierten, lügenhaften, die sich in der Vorstellung so unerschütterlich festsetzt, daß Schmach und Verfolgung jeden anders Meinenden trifft!" So hat sich auch die Vorstellung von den ewig weinenden Elsaß-Lothringern bei ihnen festgesetzt und es wäre vergebenes Liebesmühen, sie ihnen auszutreiben.

Mit besonderem Vergnügen geht man von dieser französischen Begriffsverwirrung auf den kräftigen, gesunden Verstand über, den Präsident Roosevelt, heute unzweifelhaft die erste politische Kapazität der Vereinigten Staaten, bei jeder Gelegenheit äußert.

Digitized by Google

Die Amnestie, die er den Filipinos gewährt hat, geht sehr vie
als die der Engländer in Transvaal, und ebenso hat er m
Federstrich dem General Chaffee seine Zivilvollmachten entzo
das militärische Regiment beseitigt. Nur im Gebiet der M
die Insurrektion noch als fortbestehend anerkannt, alles übri
der Verwaltung der sogenannten Philippinen-Kommission ur
Gewiß sind damit die Maßregeln ergriffen, die am ehesten e
Versöhnung herbeiführen können. Ebenso praktisch hat der P
es verstanden, die kubanischen Angelegenheiten anzufassen.
ohnehin notwendig war, der völlige Anschluß Kubas an das
der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, ist nunm
tragsmäßig festgesetzt und dafür den Kubanern eine ebens
der Natur der heute gegebenen Verhältnisse entspringende
wendig gewordene wirtschaftliche Vorzugsstellung, im Verg
anderen selbständigen Staaten gewährt worden. Wir kön
das Fazit dahin zusammenfassen, daß Amerika von der
Kuba alle Vorteile zieht, die ihm von wesentlicher Bedeutu
daß es aber sich der kaum lösbaren Aufgabe entzogen hat,
Spaniern, Negern und Mulatten bestehende Bevölkerung zu
lieren. Sorge und Last der Selbstverwaltung hat man den K
gelassen, und die Vereinigten Staaten werden in Zukunft n
dann in kubanische Verhältnisse eingreifen, wenn es darauf a
die gefährdete staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Auch die Entscheidung für den Bau des Panamakanal
zu nicht geringem Teile auf den Einfluß des Präsidenten
gehen. Die Verhandlungen mit Kolumbien über die erfor
Landabtretungen sind bereits im Gange und die Arbeit n
amerikanischer Energie ohne Zögern in Angriff genommen
Die größte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung von Arbei
selbst die Neger die Arbeit in diesem Klima nicht vertragen
wird daher genötigt sein, Chinesen zu mieten und das kan
Umständen für die Beziehungen Chinas zu den Vereinigten
von Bedeutung werden. Außerordentliche Hoffnungen werden r
seits an den Ausbau des Kanals geknüpft, weil durch ihn
weg nach China beträchtlich gekürzt wird. Aber das gilt
England, und es zeigt sich so an einem drastischen Beispi
welcher immensen politischen Bedeutung es ist, daß der le

Digitized by Google

Pauncefote-Vertrag Schließung und Öffnung des Kanals in die Hände der Vereinigten Staaten gelegt hat.

Endlich hat Präsident Roosevelt jüngst in Pittsburg eine Rede gehalten, in welcher er auf die Notwendigkeit hinwies, eine gewisse Kontrolle der in Amerika aufgewachsenen Riesenvermögen zu gewinnen. Er sagte sehr richtig, daß diese Vermögen, wenn sie in den rechten Händen seien, zwar den größten Nutzen bringen, im entgegengesetzten Falle aber auch unermeßlichen Schaden anrichten könnten. Es komme also darauf an, auf gesetzlichem Wege, ohne Verletzung der Gerechtigkeit und Billigkeit jenen möglichen Gefahren vorzubeugen. Offenbar liegt ihm bereits ein Plan vor, den der Attorney General (Kronanwalt) M. Knox ausgearbeitet hat. Präsident Roosevelt rühmt den Mr. Knox als einen Mann von gesundem Verstande, unbedingter Rechtlichkeit und unbeugsamem Charakter. Er glaubt an seine Einsicht und seinen entschlossenen Willen und auch daran, daß er für eine ehrliche und furchtlose Verwaltung Sorge tragen wird. Nach diesem Lob wird man gespannt sein, den Mann bei der Arbeit zu sehen.

Übrigens hat der vortreffliche amerikanische Botschafter Mr. White den Tag des amerikanischen Nationalfestes, den 4. Juli, benutzt, um in Leipzig sehr wertvolle Mitteilungen über Mr. Roosevelts Stellung zu Deutschland zu machen. „Der Präsident — sagte er — wünscht natürlich die besten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt aufrechtzuerhalten, speziell zwischen Amerika und Deutschland. Er hat diesen Gedanken mehr als einmal öffentlich ausgesprochen, und die ihn am genauesten kennen, wissen aus seinen Privatäußerungen, daß deutsche Ideale und deutsche Hingebung an Wahrheit und Pflicht von ihm besonders anerkannt und geehrt werden. Im vorigen Jahre sagte Mr. Roosevelt einem Freunde, der ihn verließ, um nach Europa zu reisen: „Ich habe von meinen Knabenjahren an Deutschland geliebt und bewundert, und wenn ich das sage, meine ich es auch. Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß, wenn ich etwas sage, ich es auch meine.“ Wer den Präsidenten Roosevelt genau kennt, weiß auch, daß vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Präsidenten Garfield, kein Präsident so gut begriffen hat, was Deutschland der Zivilisation gegeben hat und noch gibt.“

Digitized by Google

Wir danken und bringen dem Präsidenten Roosevelt
amerikanischen Volke, in dem wir ja zum großen Teil unse
und Brüder wiederfinden, in voller Aufrichtigkeit dieselbe
dungen zurück.

Der König Viktor Emanuel II. tritt jetzt seine R
Petersburg an und wird Ende August Kaiser Wilhelm
besuchen. Die übrigen Reisen des Königs, von denen uns
wissen wollte, finden jetzt wenigstens nicht statt. Solche R
Monarchen haben die Bedeutung, daß sie persönliche Be
bringen, die von großem Wert werden können. Heute si
die Herrscher — in den großen Staaten — die Träger der
politik. In den kleinen Staaten ist das keineswegs immer
wofür sich merkwürdige Beispiele anführen ließen. Die
geht dort eben dahin, daß schließlich die großen nicht and
werden, als ihnen die Last abnehmen. 1876 war es „da
Herzegowina", heute gibt es an mehr als einer Stelle
Elemente, die um ihrer Sonderinteressen willen nicht abgene
einen kleinen Weltenbrand zu entzünden. Denn ein Fa
nach der geistreichen Definition des Amerikaners Dunne, e
der dasjenige tut, was seiner Meinung nach der liebe
wenn er über die betreffenden Verhältnisse richtig orienti

Solchen Elementen gegenüber ist es sehr nützlich,
Männer, die vor Gott und der Welt die größte Vera
tragen, sich persönlich kennen und verstehen lernen.

Digitized by Google

9. Juli. Neuer Ausbruch des Mont Pelée.
10. Juli. Verurteilung der griechischen Mönche, welche deutsche Franziskaner in Jerusalem tätlich beleidigt hatten.
11. Juli. Kaiser Wilhelm empfängt Waldeck-Rousseau an Bord der Hohenzollern.
12. Juli. Eintreffen Lord Kitcheners in London.
13. Juli. Eintreffen König Viktor Emanuel III. in Petersburg.
14. Juli. Rücktritt Lord Salisburys.
14. Juli. Balfour wird Ministerpräsident.
15. Juli. König Eduard trifft in Cowes ein.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.

16. Juli 1902.

Die Franzosen haben neuerdings eine außerordentlich glänzende Finanzoperation durchgeführt. Die Kammer hat sich mit 475 gegen 4 Stimmen bereit gefunden, den ihr von dem neuen Finanzminister Rouvier vorgelegten Gesetzentwurf auf Konvertierung der 3½prozentigen Rente in eine 3prozentige zu genehmigen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 7 Milliarden, so daß jetzt die gesamte französische Staatsschuld (21 Milliarden) nunmehr mit 3 Prozent verzinst wird. Das ist gewiß ein Zeichen für den Reichtum des Landes und die Sicherheit seines Kredits und Herr Rouvier hat bewiesen, daß er ein tüchtiger Finanzmann ist. Wenigstens erregt die Art, wie er die Operation durchführte, in hohem Grade die Bewunderung der Kenner. Es scheint aber, daß die Franzosen bei dieser Prüfung ihres eigenen Finanzwesens auch die Frage erwogen haben, wie weit die Anlage sicher ist, die sie in russischen Anleihen gemacht haben, und daß ihnen dabei doch allerlei ernste Bedenken aufgestiegen sind. Der „Temps" veröffentlicht in seiner Nummer vom 13. Juli einen Leitartikel unter der Spitzmarke: „L'absolutisme et ses inconvénients", der trotz der großen Vorsicht, mit der die Worte gewählt sind, doch in ein entschiedenes Mißtrauensvotum und in den Rat ausmündet, Rußland möge, um einer Revolution zu

Digitized by Google

entgehen, zu einer Verfassung greifen. Der „Temps“ nir
freilich das Wort constitution oder charte nicht in den
sagt „organe de contrôle“; aber da die Spitze seiner Aus
sich gegen das russische Beamtentum in allen seinen Verz
vom Minister bis zum Schreiber hinab richtet, bleibt als kontr
Organ eben nichts anderes übrig, als eine reichsständische V
und diese gerade wünscht der „Temps“.

„Statt einer Autokratie hat Rußland heute eine Bü
die, von demselben Mittelpunkt ausgehend, strahlenförmig
Reich zieht, und deren Organe einander als Rivalen gegen
Eine dieser büreaukratischen Mächte geht darauf aus, d
zu beherrschen und zu absorbieren, — das ist nämlich de
minister —, und man wirft ihm vor, daß er sogar den
herrscht, der aber hat sich aller Mittel begeben, seine Ma
als durch diese Büreaukratie auszuüben. Sie suggeriert
die Mittel, durch die er seine Autorität beschränkt, ind
nötigt, die Dinge nicht anders als durch ihre Brille zu se
Minister selbst aber sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen.
wohnheitsrecht der einzelnen Provinzen ist so verschieden
Verwaltung mehr Kenntnisse beansprucht als ein Mann
kann, und so verläßt man sich schließlich auf den Be
Subalternbeamten, den niemand kontrollieren kann. Und
wenigstens der Loyalität und Treue dieses unermeßlichen
heeres sicher sein könnte! Das aber ist keineswegs der F
jenigen Beamten, die auf einer Universität studiert haben
Gewohnheiten und den Ideen der Opposition verfallen.
keine Disziplin und die Verwaltung gerät in Abhängigkeit
über die sie walten soll. Diese Anarchie ist aber heute a
Armee eingedrungen und das bedeutet eine Gefahr, die ma
hoch genug anschlagen kann.

Der regierende Kaiser weiß das und ist voller So
holt von Privatpersonen Berichte über die Dinge ein,
interessieren; aber wer steht dafür, daß diese Berichte
tendenziös sind? Er hat ganz hervorragenden Leuten, die
des Kreises der Tschinowniks (Beamten) stehen, Aufträ
aber der Tschin hat sich gerächt und ihnen die Ausk
weigert, die sie brauchen. So ist es immer ein Organ

Digitized by Google

trolle, das fehlt, und eben deshalb muß dieses Organ geschaffen werden."

„Wir haben uns," schreibt der „Temps" in den einleitenden Bemerkungen, die ihn zu diesem Schluß führen, „nicht auf den Boden der Sentimentalität, sondern auf den französischen Standpunkt gestellt. Rußland ist aus ökonomischen und finanziellen Gründen ebenso entschieden friedfertig gestimmt, wie es Fraukreich heute ist. Aber es hat ebenso wie Frankreich sein Aktionsfeld abgegrenzt, und es ist deshalb für Frankreich von höchster Wichtigkeit, daß Rußland nicht durch eine Erschütterung im Innern an einer Aktion nach außen hin gehindert werde. Nun ist aber die Opposition der äußersten Linken — wenn man diese Bezeichnung von einem Staate ohne Parlament brauchen darf — uns Franzosen wenig zugetan. Sie sind schlechte Alliierte, wohl weil wir eine Regierungsform gewählt haben, die ihnen wenig sympathisch ist und dann, weil sie unter deutschen Einflüssen stehen. So liegen die Dinge, und das sollte man niemals vergessen. Wenn aber Rußland der Schauplatz dessen werden sollte, was man eine „Revolution" nennt, so wäre Frankreich der verlierende Teil, sowohl wegen der Entwertung der russischen Papiere, die es besitzt, als weil der Alliierte momentan geschwächt würde. Deshalb ist es wichtig zu wissen, was dort vorgeht."

Wir legen dieser französischen Stimme besonderen Wert bei, weil auf der Hand liegt, daß ein Blatt wie der „Temps" sich nur im äußersten Fall zu derartigen Betrachtungen über die nation amie et alliée verstehen kann. Man beginnt um die den Russen geliehenen Milliarden zu sorgen und wittert, wohl nicht mit Unrecht, einen sich vorbereitenden Systemwechsel. Im Juliheft der preußischen Jahrbücher ist über „Das Finanzsystem Witte" ein sehr instruktiver Artikel von Paul Rohrbach erschienen, der sich im wesentlichen mit unseren eigenen Informationen deckt, dessen Hauptwert aber wohl in dem Umstande zu finden ist, daß Rohrbach seine Ausführungen fast ausschließlich auf russische Materialien und auf russische Arbeiten gründet, die mit Genehmigung der Zensur in Rußland selbst erschienen sind. Er hätte sein Quellenmaterial noch wesentlich an der Hand der in russischen Zeitungen und Zeitschriften erschienenen Artikel vermehren können, denn das ist vielleicht die merkwürdigste Erscheinung, daß die unter dem Minister des Innern stehende

Digitized by Google

Zensur die Angriffe auf den Finanzminister und sein Sy
gegeben zu haben scheint. Wir führen, nur um zu exem
aus dem eben erschienenen Werk des russischen National
Radzig „Produktion und Konsum des Hafers in der ganz
einen Abschnitt an, den die sehr vorsichtige „Nowoje
wörtlich wiedergibt, wobei vorausgeschickt werden mag, da
Freihändler ist, während die „Nowoje Wremja" für g
das geltende Schutzsystem vertritt. Radzig schreibt: „W
einem Menschen eine Last von 10 Pud auflegt, die er nu
trägt, so wird es ihm noch schwerer fallen, 11 Pud u.
tragen. Das gilt auch von den Steuern. Man sagt uns,
brauche Einkünfte; gewiß, das ist ganz richtig, aber es ist
notwendig, daß die Einnahmen stets größer sind als die
In den letzten 10 Jahren sind die Einnahmen um 1000
Rbl. höher gewesen als die Ausgaben, und diese ganze Su
man für Eisenbahnen u. s. w. verbraucht."

Der Bau der Eisenbahnen hätte durch Anleihen gedec
können, ohne daß die Bevölkerung sofort belastet wurde.
wie sie der englische Steuerzahler trägt, gehen über die Kräf
Volkes, das außer den Auflagen, die der Krone zufalle
und fiskalische Abgaben) noch durch Schutzzölle gedrückt wi
den Fabrikanten das Recht geben, für alle in Rußland ei
Manufakturen doppelt so hohe Preise zu nehmen, als das

Die Resultate der Finanzpolitik der letzten
liegen für jedermann klar. Wir alle leben schwe
alles ist teurer geworden; am schwersten aber hat es
bevölkerung, und es ist deshalb kein Wunder, wenn die
über Verarmung klagen."

Nun soll, nach einer von englischen und französischen
verbreiteten Nachricht, Kaiser Nikolaus II. den Fürsten Mes
den bekannten hochkonservativen Redakteur des „Graschda
auftragt haben, die Gouvernements zu besuchen, in w
Bauernaufstände noch immer weiterflammen. Er soll
unverfälschten Bericht darüber erstatten, ob jene Unglückliche
Not leiden — der Kaiser scheint der einzige zu sein, der dara
— oder welche Gründe sonst ihre Erhebung veranlaßt ha
die Nachricht, wie wir glauben, zuverlässig, so wäre das

Digitized by Google

ein unerhörtes Mißtrauensvotum gegen die offizielle Verwaltung, und in jedem anderen Staate hätten wohl der Minister des Innern, der Finanzminister und die betreffenden Gouverneure daraufhin ihren Abschied genommen. In Rußland wird das wahrscheinlich ziemlich spurlos vorübergehen. Wer den „Graschdanin" gelesen hat, weiß auch im voraus, mit welchem Rezept der Fürst Meschtscherski heimkehren wird. Das Volk, wird er sagen, ist gut und treu, es geht ihm auch so übel nicht, aber es ist irregeführt, und wenn man die Macht des örtlichen Adels, namentlich die der sogenannten semskije natschalniki, der adligen Landschaftsvorsteher steigert, kann noch alles gut werden. Für weitgehende Reformgedanken ist Fürst Meschtschersky ebensowenig zu haben, wie Pobedonoszew, oder wie Herr Gringmut, der Redakteur der „Mosk. Wjedomosti".

Nebenher läuft aber noch ein anderes Gerücht um, das freilich auf englische Quellen zurückgeht, aber der „Expreß" pflegt gut unterrichtet zu sein, und an sich ist die Nachricht keineswegs so abenteuerlich, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Der Gewährsmann des „Expreß" schreibt (nach der Wiedergabe der „Münchener Allgemeinen Zeitung"):

„Ich habe nun in Erfahrung gebracht, daß der Zar Monate hindurch die soziale Frage, soweit es um Rußland sich handelt, eifrigst studiert hat. Er hat nicht nur die leitenden russischen Blätter mit großer Aufmerksamkeit gelesen und sich Notizen über die geäußerten Anschauungen und politischen Prozesse gemacht, sondern auch die Äußerungen der ausländischen Presse über Rußland gleich sorgfältig verfolgt. Selbst das in Genf erscheinende russische Nihilisten-Blatt „Kolokol" mußte ihm auch regelmäßig unterbreitet werden. Sein größtes Interesse erregte aber ein in Leipzig erschienenes Buch: „Das neue Rußland" von „X", das in ruhiger und sachgemäßer Weise die sozialen Probleme Rußlands erörterte und in dem Ausspruch gipfelte, daß die Rettung nur auf dem Wege der Reformen liege und, wenn er betreten würde, nicht verfehlen könne, Rußland zum mächtigsten Staate der Welt zu machen. Der Zar fand, daß „X" in seiner Kritik des bestehenden Regimes und in seinen Empfehlungen recht hatte und er ließ die Leipziger Verlagsfirma um Namensnennung des Verfassers ersuchen, was nach Einholung der Zustimmung desselben in Aussicht gestellt wurde. Nach mehrmonatlichen Studien überraschte der Zar endlich seine Minister mit der Ankündigung, daß er mit allen, von ihm auf einer Liste verzeichneten 200 Personen (die von Professoren zum Muschik, vom strammsten Loyalisten zum Nihilisten (?) alle Stände und alle Ansichten vertreten) persönlich, unter vier Augen Rücksprache zu nehmen wünsche. Dem folgte der nächste, gleich überraschende Schritt, daß der Zar das Lesen der

Digitized by Google

an ihn gerichteten Bittschriften und Denkschriften aus den Händen d
eingesetzten Departements nahm und sich das weitere selbst vorbehi
täglich etwa 10000 solcher Schriftstücke einlaufen, die alle selbst zu l
Kaiser unmöglich ist, so hat er drei junge Leute, die bisher keine
Stellung bekleidet haben, dafür bestellt, und muß ihm nun fortan all
breitet werden, was nicht bloß die Bitte um eine Unterstützung betr
mag dabei erwähnt werden, daß der ermordete Minister Sspjägi
Präsident des Petitionsdepartements war. Ich hoffe demnächst in
zu sein, die Liste der 200 Personen mitzuteilen, mit denen der Zar Rü
zu pflegen wünscht."

Das wäre also eine sonderbar komponierte Notabelnversa
deren besonderes Kennzeichen wohl darin zu finden wäre,
Gegensatz zum offiziellen Rußland das nichtoffizielle zu Wort
würde. Glauben werden wir aber daran erst, wenn die Versa
wirklich zusammengetreten ist, und auch dann erscheint es zwe
wer in dem Kampf der Meinungen den Sieg erringen wi
Liberalen und Reformer oder die Vertreter jener Büreaukra
seit bald 200 Jahren ihre Interessen mit denen der Z
Omnipotenz identifiziert hat.

Es mag in diesem Zusammenhange erwähnt werden, daß
in Stuttgart in russischer Sprache die erste Nummer einer
schrift „Die Befreiung" herausgekommen ist, als deren R
ein Deutsch-Russe, Peter Struve, zeichnet. Es soll das Orga
russischen Reformpartei werden und setzt sich das Ziel, die
Freiheitsfreunde in Rußland zu sammeln, um eine große Be
zu organisieren, als deren Frucht die russische Verfassung erste

Das Programm verlangt: 1. Freiheit der Personen,
leistet durch Unabhängigkeit der Gerichte. 2. Gleichheit v
Gesetz, daher Beseitigung aller nationalen, ständischen und r
Vorrechte; Freiheit der Presse, Versammlungs- und Koalitio
Petitionsrecht. 3. Eine alljährlich zusammentretende Volksver
die das Recht hat, die Gesetzgebung zu kontrollieren und das
festzustellen.

Das ist die Summe, aber es will uns scheinen, daß n
Wasser die Wolga und den Dniepr hinabfließen wird, e
Ideen sich in Wirklichkeit umsetzen. Wer tiefer blickt, wi
erkennen, daß das russische Volk vor allem wirtschaftliche R
wünscht, die ihm das Leben leichter machen: eine andere Z

Digitized by Google

auf freihändlerischer Grundlage und die entschlossene Beseitigung des Gesamteigentums der Gemeinden an Grund und Boden würde wahrscheinlich zunächst hinreichen, um die erregten und verzweifelnden Massen zu beruhigen. Mit der Klage über die besondere russische Büreaukratie aber ist es eine eigene Sache. Diese Büreaukratie ist fast das gesamte gebildete Rußland, wenn man die wenigen Berufe in Abzug bringt, deren Träger auf eigenen Füßen stehen. Die Büreaukratie rekrutiert sich aus eben jenen jungen Leuten, die, solange sie 18 und 20 Jahre alt sind, bereit sind, ihre persönliche Freiheit und ihre Existenz wegzuwerfen für die Freiheit der Gesamtheit — so wie sie diese Freiheit verstehen. Aber sobald sie in Amt und Sold stehen, gehen ihnen diese Ideale spurlos verloren! Man kann zudem in einem großen Staate unmöglich das Beamtentum plötzlich eliminieren und erneuern, oder auch nur wesentlich einschränken, wenn man aber meint, daß die Kontrolle durch eine Volksvertretung wirksamer sein werde, als die Aufsicht, welche heute von den fast allmächtigen Spitzen des Beamtentums nach unten hin ausgeübt wird, so sprechen die Erfahrungen, die man in den Organen der städtischen und landschaftlichen Selbstverwaltung gemacht, mit allem Nachdruck dagegen. Sobald man diesen russischen Reformprojekten auf den Leib rückt, kommt man immer wieder zu demselben circulus vitiosus: die Menschen müssen in ihrem Denken und Empfinden umgebildet werden, die breite russische Natur muß in Schranken gedrängt werden, die ihr zu eng sind, kurz Rußland müßte aufhören, Rußland zu sein, damit es ein Stück Europa werden kann.

In Frankreich sind die Kammern in die Ferien geschickt worden, nachdem es noch zu guterletzt am Freitag eine Prügelszene gegeben hat, bei der selbst der Präsident nur mit knapper Not einer Tracht Schläge entgangen ist. Im Grunde atmet alles erleichtert auf, wenn diese erlauchte Versammlung zu ihren Penaten zurückkehrt, und auch uns fällt es dann leichter, uns darauf zu besinnen, daß wir in den Franzosen die höflichste und besterzogene Nation der Welt zu Nachbarn haben. Auch die Politik wird an der Seine jetzt voraussichtlich, wie überall um diese Zeit, ihre Ferien halten; denn in der Tat, es liegt so wenig an großen Angelegenheiten vor, daß die Monarchenbesuche und Empfänge zu großen politischen Ereignissen

Digitized by Google

gemacht werden. Wir denken dabei an König Viktor Em
Reise nach Petersburg und an die Bedeutung, die de
beigelegt wird, daß er zuerst nach Petersburg ging, n
kein Geheimnis ist, daß der Reiseplan ursprünglich an
war. Auch die Ehre, die Kaiser Wilhelm dem ehemaligen
Ministerpräsidenten Herrn Waldeck-Rousseau durch ein
erwiesen hat, ist zu einer Haupt- und Staatsaktion
worden, und doch liegt nicht mehr vor als eine Liebe
die Kaiser Wilhelm einem ohne Zweifel hervorragende
wie anderen vor ihm, erwiesen hat. Natürlich ist au
Serben und Bulgaren, Albanern und Makedoniern die
man könnte meinen, daß sich hier große Dinge vorbe
nicht völlig feststände, daß die großen Mächte unter keine
eine neue Balkankrisis aufkommen lassen werden.

Ganz dasselbe gilt von der sogenannten armenische
auf einem Brüsseler Kongreß zur Beratung kommen so
dauern es ganz außerordentlich, daß in der Reihe de
Armeniens", die dort zusammentreffen, neben zahlre
demokratischen Abgeordneten auch angesehene deutsche
finden sind. In Wirklichkeit hat die von dem armenisc
ausgehende Agitation nur Unheil gestiftet. Sie erregt
trauen der Pforte und den Haß der halbwilden kleinasia
völker, unter denen, überall in der Minderzahl, die Arm
Die räuberischen Überfälle der Kurden treffen zudem n
Armenier, sondern ebenso die Türken, die das Unglüc
ihrer Nachbarschaft zu wohnen. Sehen wir aber von d
Nähe des Kaukasus ansässigen Armeniern ab, so sind
meisten Armenier im nördlichen und westlichen Kleinas
Art Herrenstellung, als Großkaufleute und Wucherer, d
Schaden der türkischen Bauern sich ihren Vorteil zu sic
Die Vorstellung von einem künftig zu begründenden
Reiche ist eine lächerliche Utopie, die sich ganz in ein
der Zionistenbewegung setzen läßt. Die reichen Armenier
wie Rußlands, werden die letzten sein, die bereit wäre
solchen Armenien sich ihr Haus zu bauen. In Rußlan
neuerdings aus mannigfachen Gründen mit der französi
in Bagatellfragen recht unzufrieden ist, hat man es se

Digitized by Google

merkt, daß ein Franzose, Herr Anatole France, sich an die Spitze dieser armenischen Bewegung gestellt hat.

Wir können selbst den Rücktritt Lord Salisburys vom Ministerpräsidium und seine Ersetzung durch Balfour nicht als ein Ereignis von großer politischer Tragweite betrachten. Im wesentlichen bleibt es beim Alten und Joe Chamberlain, der übrigens von seinem Unfall so gut wie völlig hergestellt ist, wird nach wie vor die wichtigste Persönlichkeit des Kabinets sein. Auch die Aufgaben der englischen Politik bleiben auf lange hinaus die alten: Südafrika, Irland, das Verhältnis zu den Kolonien. In Südafrika macht sich die Frage nach der Politik, die den Schwarzen gegenüber einzuschlagen ist, zur Zeit fast als die wichtigste geltend, und hier trifft das Interesse der Buren mit dem der Engländer ganz zusammen. Die Schwarzen sind während des Krieges fast sämtlich zu Waffen gekommen, sie sind übermütig und faul und scheinen sich dessen bewußt zu sein, daß sie eine Macht bedeuten. In Zululand und Natal allein sind es 800000 Köpfe, dazu kommen aber noch die Basuto und andere nicht minder kriegerische Stämme. Es wird gewiß nicht leicht sein, die Leute zu entwaffnen, zumal sie ohne Zweifel von der Kampfesweise der Buren gelernt haben. Die Engländer haben jetzt berechnet, daß die Verluste der Buren an Toten während des Krieges 3700 Mann, an Gefangenen 32000 betragen, von denen 700 starben. Die in den Konzentrationslagern gestorbenen werden nicht aufgeführt. Die Gesamtmacht der im Felde stehenden Buren habe 75000 betragen. Da kurz vorher angegeben wurde, daß nunmehr alle Buren sich unterworfen hätten, und zwar seien es etwa 20000 Mann, stimmt auch diese Rechnung wie so viele frühere nicht. Wir vermögen nicht mehr als 55700 herauszuzählen.

In Irland haben die englischen Farmer in Ulster mit den Iren gemeinsame Sache gegen die Landlords gemacht! Eine unerhörte Tatsache, die den Engländern ihre Aufgabe sehr wesentlich erschweren wird,

Wir notieren zum Schluß, daß die Übergabe von Tientsin an den Vizekönig Juanshikai unmittelbar bevorzustehen scheint.

Digitized by Google

Wir danken und bringen dem Präsidenten Roosevelt
amerikanischen Volke, in dem wir ja zum großen Teil unse
und Brüder wiederfinden, in voller Aufrichtigkeit dieselbe
dungen zurück.

Der König Viktor Emanuel II. tritt jetzt seine
Petersburg an und wird Ende August Kaiser Wilhelm
besuchen. Die übrigen Reisen des Königs, von denen uns
wissen wollte, finden jetzt wenigstens nicht statt. Solche
Monarchen haben die Bedeutung, daß sie persönliche B
bringen, die von großem Wert werden können. Heute si
die Herrscher — in den großen Staaten — die Träger der
politik. In den kleinen Staaten ist das keineswegs imme
wofür sich merkwürdige Beispiele anführen ließen. Die
geht dort eben dahin, daß schließlich die großen nicht and
werden, als ihnen die Last abnehmen. 1876 war es „da
Herzegowina", heute gibt es an mehr als einer Stelle
Elemente, die um ihrer Sonderinteressen willen nicht abgene
einen kleinen Weltenbrand zu entzünden. Denn ein Fa
nach der geistreichen Definition des Amerikaners Dunne, e
der dasjenige tut, was seiner Meinung nach der liebe
wenn er über die betreffenden Verhältnisse richtig orient

Solchen Elementen gegenüber ist es sehr nützlich,
Männer, die vor Gott und der Welt die größte Vera
tragen, sich persönlich kennen und verstehen lernen.

Digitized by Google

9. Juli. Neuer Ausbruch des Mont Pelée.
10. Juli. Verurteilung der griechischen Mönche, welche deutsche Franziskaner in Jerusalem tätlich beleidigt hatten.
11. Juli. Kaiser Wilhelm empfängt Waldeck-Rousseau an Bord der Hohenzollern.
12. Juli. Eintreffen Lord Kitcheners in London.
13. Juli. Eintreffen König Viktor Emanuel III. in Petersburg.
14. Juli. Rücktritt Lord Salisburys.
14. Juli. Balfour wird Ministerpräsident.
15. Juli. König Eduard trifft in Cowes ein.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.

16. Juli 1902.

Die Franzosen haben neuerdings eine außerordentlich glänzende Finanzoperation durchgeführt. Die Kammer hat sich mit 475 gegen 4 Stimmen bereit gefunden, den ihr von dem neuen Finanzminister Rouvier vorgelegten Gesetzentwurf auf Konvertierung der 3½prozentigen Rente in eine 3prozentige zu genehmigen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 7 Milliarden, so daß jetzt die gesamte französische Staatsschuld (21 Milliarden) nunmehr mit 3 Prozent verzinst wird. Das ist gewiß ein Zeichen für den Reichtum des Landes und die Sicherheit seines Kredits und Herr Rouvier hat bewiesen, daß er ein tüchtiger Finanzmann ist. Wenigstens erregt die Art, wie er die Operation durchführte, in hohem Grade die Bewunderung der Kenner. Es scheint aber, daß die Franzosen bei dieser Prüfung ihres eigenen Finanzwesens auch die Frage erwogen haben, wie weit die Anlage sicher ist, die sie in russischen Anleihen gemacht haben, und daß ihnen dabei doch allerlei ernste Bedenken aufgestiegen sind. Der „Temps" veröffentlicht in seiner Nummer vom 13. Juli einen Leitartikel unter der Spitzmarke: „L'absolutisme et ses inconvénients", der trotz der großen Vorsicht, mit der die Worte gewählt sind, doch in ein entschiedenes Mißtrauensvotum und in den Rat ausmündet, Rußland möge, um einer Revolution zu

Digitized by Google

4. Juli. Zuspitzung der bulgarisch-türkischen Beziehungen.
7. Juli. Unfall Chamberlains.
8. Juli. Konvertierung der 3½ proz. franz. Rente.

---

9. Juli

Die Erneuerung des Dreibundes hat, wie sich vo
ließ, eine wahre Hochflut journalistischer Betrachtungen und
land und Frankreich auch offizielle Erklärungen in den Kam
Folge gehabt. Der Eindruck, den man in Summa gewinnt
daß alle Welt bemüht ist, sich die nun einmal feststehende
so zurechtzulegen und zurechtzurücken, daß sie ein Ansehen
das den Wünschen und den besonderen Interessen der Komm
entspricht. Dagegen läßt sich nichts einwenden, da man ni
verwehren kann, nach Belieben die Augen zu schließen, wem
sehen will; uns genügt die Tatsache, daß das Bündnis so
bald 20 Jahre bestanden hat, auf weitere 12 Jahre ern
ohne jede Veränderung in Form und Inhalt. Die defens
des Dreibundes, die so lange dahin gewirkt hat, der eur
Welt den Frieden zu sichern, wird auch in Zukunft eine
bleiben, mit der die großen und kleinen Gegner einer
politik, mögen sie nun wollen oder nicht, rechnen müssen.
Leser werden sich aber erinnern, wie gerade im Laufe
flossenen Jahres daraufhingearbeitet wurde, die Erneue
Dreibundes zu hintertreiben. Die so oft von uns gekenn
internationale Verschwörerbande unter Führung der Herren
hasset, Tatischtschew, Wesselitzki, Ugron, Lemaitre, Maxse
sorten wurde in ihren plumpen und reklamehaften Bestrebu
einer nebenher gehenden, vorsichtigeren und mächtigeren
unterstützt, die nun ebenso wie jene eine Niederlage zu v

Digitized by Google

hat, die sich wohl mit großen Worten verkleiden, aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Auch haben wir gar kein Interesse daran, die Halbwahrheiten zu zergliedern, durch welche man bemüht war, sich Beifall und Vertrauensvotum zu sichern. Parlamentarische Minister leben von solchen Erfolgen und ihr Selbsterhaltungstrieb ist um so stärker, je gefährdeter ihre Stellung erscheint. Es waren, um es kurz zu sagen, Betrachtungen post festum, moutarde après dîner — eine Welt der Fiktionen, die ja auch ihre Berechtigung haben mag, und die sich jeder nach seines Herzens Gelüsten aufbauen kann. Dem gegenüber möchten wir auf einige sehr beachtenswerte Realitäten hinweisen, die zum Teil im Zusammenhang mit der Frage der Erneuerung des Dreibundes in England und in Frankreich während der Kammerverhandlungen zu Tage getreten sind. In England war es der stürmische Angriff gegen die auswärtige Politik des Kabinets Salisbury unter Führung von Sir Charles Dilke und der Herren Gibson Bowles, James Bryce und Lord Charles Beresford. Der Angriff umfaßte so ziemlich das gesamte Feld der großen Politik Englands mit Ausnahme Südafrikas, das ja im Augenblick die starke Position des Ministeriums darstellt. Dilke verlangte bessere Beziehungen zu Italien und Festigung der Mittelmeerstellung, was mit einem sorgenvollen Seitenblick nach Marokko hin erläutert wurde, Bowles ein besseres Einvernehmen mit Frankreich und Rußland, mit der China-Politik Englands aber waren alle Oppositionsredner unzufrieden. Nebenher gab es scharfe Vorstöße gegen Deutschland, die namentlich im Munde von Gibson Bowles einen geradezu gehässigen Charakter annahmen. Er sagte unter anderem:

„Deutschland versucht jetzt auch in Persien festen Fuß zu fassen. In China haben wir auch nicht nur unsere Interessen, sondern auch jene Chinas zu vertreten, dem wir seine territoriale Integrität und seine Unabhängigkeit garantiert haben. Diese sind verletzt worden und alles, was dort während der letzten Jahre vorgefallen ist, läßt sich auf ruhestörende Einflüsse Deutschlands zurückführen, dessen Maxime es zu sein scheint, „quieta movere“. Deutschland rührt immer das Wasser auf. Die Boxer-Bewegung, die Einnahme von Port Arthur und die nachfolgenden Unruhen in China sind insgesamt eine Folge der Einnahme von Kiautschu. Jetzt machen wir, die traditionellen Beschützer der Unabhängigkeit und Integrität Chinas allein Schwierigkeiten, Tientsin den Chinesen zurückzugeben. Wir erwecken das Mißtrauen Chinas, machen es uns vielleicht zum Feind und warum und für wen? Wem haben wir den letzten Krieg zu danken? Wo hat Deutschland den

Digitized by Google

Frieden so arg gestört, wie in Südafrika? Der Burenkrieg
lange Dauer waren nur eine Folge des vom Kaiser im
gesandten Telegramms; der, unter der Hand der Buren geg
sicherungen und dann der Waffen- und Munitionszufuh
deutsche Reichspostdampfer, wogegen einzuschreiten Lord Sa
längste Zeit nicht den Mut fand, und als er es tat und einen Da
gepfropft mit Kriegsmaterialien fand, statt eine Entschädigung z
noch eine Entschädigung an Deutschland zahlte. Das Auswärtige
noch an den Traditionen des siebenjährigen Krieges u
noch an Friedrich den Großen."

Die gesperrten Stellen zeigen dem Leser, in welc
historisch unwahrer Vorstellungen Herr Bowles sich versc
und wie leicht dem Unterstaatssekretär Lord Cranborne die
gemacht war, den Angriff abzuschlagen. Aber wir erin
nicht, je eine lahmere Entgegnung gehört zu haben, als d
Die gegen uns erhobenen Beschuldigungen und direkt
Unterstellungen zu widerlegen, ist von ihm nicht einmal de
gemacht worden. Er wehrte sich, so gut es gehen wollte, se
und war dabei noch so ungeschickt, dem neuen japanischen
Englands die Unfreundlichkeit an den Kopf zu werfen, daß
Allianzen nur schließe, wenn es darum gebeten werde.
der Eindruck seiner Entgegnungen der, daß Mr. Redmond
durfte, ihm zu sagen: „er wolle nicht persönlich werden,
wiederhole nur, was allgemein im Parlamente und außer
selben gesagt werde: daß der edle Lord für seinen verant
Posten nicht die erforderliche Befähigung besitze, und da
auch nicht einnehmen würde, wenn er nicht der Sohn Lord S
wäre." Der „Temps", der diese Verhandlungen nicht ohne
freude in einem Leitartikel verarbeitet, benutzt die Gelegenh
hinzuweisen, wie stark die „Familie" im Ministerium wie
Staatsämtern vertreten sei, und allerdings wird sich nich
lassen, daß der Zufall so gespielt hat, daß Lord Salis
Glück hatte, in dem engen Kreise seiner Nächsten gerade di
zu finden, die der Staat brauchen konnte. Wenn, wie imm
scheinlicher wird, der alte Herr in nicht allzuferner Zeit in
verdienten Ruhestand tritt, könnte es leicht geschehen,
Familie" nachfolgt, ohne daß darum in England der Kum
leidenschaftlichen Ausdruck fände.

Digitized by Google

Wir meinen aber, daß gegenüber Beschuldigungen und Verdächtigungen, wie sie Bowles gegen eine befreundete Macht erhoben hat, ein Schweigen des Unterstaatssekretärs ungehörig war: qui tacet consentire videtur! Die Folge könnte doch sein, daß man in Deutschland, um jene Legenden recht gründlich zu zerstören, noch einmal zu den Mitteln greift, durch welche in der kubanischen Frage verleumderisch ausgesprengte Gerüchte zu nichte gemacht wurden. Uns ist, wie wir schon vor bald 2 Jahren sagten, Chamberlain weit lieber als Lord Salisbury mit seinem Anhang, und diese Überzeugung hat sich uns noch gefestigt, seit wir im letzten englischen Blaubuch seine Ansichten über die geplante Suspendierung der Verfassung im Kaplande kennen gelernt haben. Chamberlain hat sich von vornherein mit allem Nachdruck dagegen ausgesprochen und die Gründe, die er geltend macht, zeigen die wohldurchdachte Einsicht eines wirklichen Staatsmannes. Eben weil wir glauben, daß er mit Nachdruck die wirklichen Interessen Englands vertritt, glauben wir auch, daß es sehr wohl möglich ist, mit ihm eine Verständigung zu finden, bei der beide Teile ihre Rechnung finden. Er hat den richtigen Blick für Realitäten und da auch wir eine Realpolitik treiben, die mit den berechtigten Interessen der anderen rechnet und sie respektiert, da zudem mit der definitiven Erledigung der Burenfrage das ideell trennende Moment beseitigt ist, sehen wir nicht, was ein gutes Verhältnis zwischen uns und England trüben könnte, wenn nicht Ungeschicklichkeiten und Taktlosigkeiten von der leitenden Stelle dazwischentreten. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Frage der Imperial federation die eine Wendung nicht nimmt, die zu schwierigen Auseinandersetzungen hätte führen müssen, der Gedanke des großbritischen Zollvereins ist als unausführbar fallen gelassen, alles übrige aber trägt so sehr einen spezifisch britischen Charakter, daß es uns ganz recht sein soll, wenn dem Kolonialminister seine Wünsche in Erfüllung gehen. Im Augenblick steht die Frage gemeinsamer Verteidigungsflotte und Verteidigungsarmee auf der Tagesordnung der Kolonialminister-Konferenz.

In Frankreich ist die Rede Delcassés über die Erneuerung des Dreibundes und die französisch-italienischen Beziehungen nicht mehr gewesen als ein Intermezzo, in dem mit großer Leidenschaftlichkeit von beiden Seiten geführten Kampf über die Schulen der

Digitized by Google

Kongregationen. Die Regierung hat mit 333 gegen 205 (
schließlich einen vollen Sieg errungen. Die Rede des
präsidenten Combes und das Vertrauensvotum, das die
seiner Politik erteilt, wird durch „affichage“, d. h. durch
in allen Gemeinden, der Bevölkerung Frankreichs zu p
Studium vorgelegt und zugleich werden ebenfalls durch Anf
Namen aller Abgeordneten bekannt gegeben, die für dieses Ve
votum gestimmt haben! Man sieht, mit welchem Hochd
regierende Majorität ihre Meinung dem Lande aufzudränge
ist. Auch stellen die Blätter der Opposition, zu denen h
der „Temps“ gehört, recht trübe Betrachtungen an. Von de
sei herzlich wenig übergeblieben, die égalité sei eine Glei
der Unfreiheit geworden, von der fraternité rede kein Men
Und das nenne man Republik und die Verwirklichung de
von 1789!

Auch die zweijährige Dienstpflicht unter Aufhebung a
pense wird, wie General André es will, angenommen wer
gleich im Grunde die Majorität der Nation dagegen ist. A
geheime Majorität ist stumm und steht unter dem Bann de
Phrasen, die in Paris ersonnen werden und dann, wie ande
waren auch, in den Departements vertrieben werden. Das
so recht nach der vielbesprochenen Rede von Jaurès gezeig
Mann hatte den Mut gehabt, zu sagen, daß es endlich an
sei, den Frankfurter Frieden als eine Tatsache anzuerkenn
Folge davon war nicht nur der entrüstete Protest der
sondern ein so hitziges Aufflammen des Revanchefeuerwer
wir es seit den Tagen der Boulangerkrisis nicht wieder erle
Natürlich hat sich die buchhändlerische Reklame sofort des d
Stoffes bemächtigt. Uns liegt ein Buch von Philippe D
vor, in rot-weiß-blauem Umschlag, als Titelvignette zwei
Elsässerinnen — die übrigens keineswegs traurig, sonde
unternehmend aussehen, und als Titel: L'Alsace-Lor
Française, quand même! Zu Seiten des Bildes die Um
Pensons y toujours! — Oublier jamais. 1871—1902.
est Allemand. Les coeurs sont Français! In einem B
blatt hat J. Vaillant in einer wahren Mustersammlung
Phrasen dieses Buch seinen Lesern empfohlen: Oser dire

Digitized by Google

France renonce à l'Alsace-Lorraine est un crime de lèse-patrie; c'est une insulte .... un outrage etc. Das Gewissen aller Patrioten habe sich aufgebäumt, die Elsässer hätten geweint! Frankreich aber halte hartnäckig an der Hoffnung fest, die Provinzen zurückzuerobern, und werde fortfahren, die Herzen der kommenden Generation für diese heilige Aufgabe vorzubereiten. „La vieille Gaule ne veut plus être tributaire de César!" (Was Herr Vaillant sich dabei gedacht hat, ist uns leider verschlossen geblieben. Aber vielleicht hat er vergessen, daß es dem alten Gallien nie gelungen ist, den Cäsar abzuschütteln!) Um die Elsässer aufrecht zu erhalten, schicke Herr Deschamps ihnen daher sein Buch, in dem sie auch den Sergeanten Hoff finden würden, der die 27 Preußen erschossen habe! Im übrigen sollten sie nicht vergessen, daß die „Fédération des sociétés Alsaciennes-Lorraines de France et des colonies" ihren Sitz in Paris, 9 Boulevard Malesherbes, habe.

Das alles grenzt bereits an politische Unzurechnungsfähigkeit, gehört aber zu den Dingen, die man in Deutschland nicht vergessen soll, weil sich daraus der Schluß ergibt, daß Frankreich nach wie vor einer anderen Politik, als der bestenfalls aufgeschobenen Rache unfähig ist. Wir müssen uns darauf einrichten, in den Franzosen dauernde Gegner zu finden und wo nötig, auch danach handeln!

Viktor Hehn in seinen köstlichen Aufzeichnungen über die „mores Francorum" sagt: „Alle Rhetorik (die Franzosen sind Rhetoren, ihre Bildung eine bloß formale) entfernt von der Wirklichkeit, der Rhetor lebt von Worten, nährt sich von Worten und kann auch seinem Nebenmenschen nichts anderes spenden. Die Welt muß sich dem rednerischen Wohlklang beugen und wird zu einer konventionellen, dogmatisch postulierten, lügenhaften, die sich in der Vorstellung so unerschütterlich festsetzt, daß Schmach und Verfolgung jeden anders Meinenden trifft!" So hat sich auch die Vorstellung von den ewig weinenden Elsaß-Lothringern bei ihnen festgesetzt und es wäre vergebenes Liebesmühen, sie ihnen auszutreiben.

Mit besonderem Vergnügen geht man von dieser französischen Begriffsverwirrung auf den kräftigen, gesunden Verstand über, den Präsident Roosevelt, heute unzweifelhaft die erste politische Kapazität der Vereinigten Staaten, bei jeder Gelegenheit äußert.

Digitized by Google

Die Amnestie, die er den Filipinos gewährt hat, geht sehr vi
als die der Engländer in Transvaal, und ebenso hat er m
Federstrich dem General Chaffee seine Zivilvollmachten entz
das militärische Regiment beseitigt. Nur im Gebiet der M
die Insurrektion noch als fortbestehend anerkannt, alles übr
der Verwaltung der sogenannten Philippinen-Kommission u
Gewiß sind damit die Maßregeln ergriffen, die am ehesten
Versöhnung herbeiführen können. Ebenso praktisch hat der
es verstanden, die kubanischen Angelegenheiten anzufassen
ohnehin notwendig war, der völlige Anschluß Kubas an da
der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, ist nunm
tragsmäßig festgesetzt und dafür den Kubanern eine ebens
der Natur der heute gegebenen Verhältnisse entspringende
wendig gewordene wirtschaftliche Vorzugsstellung, im Ver
anderen selbständigen Staaten gewährt worden. Wir kön
das Fazit dahin zusammenfassen, daß Amerika von der
Kuba alle Vorteile zieht, die ihm von wesentlicher Bedeut
daß es aber sich der kaum lösbaren Aufgabe entzogen hat,
Spaniern, Negern und Mulatten bestehende Bevölkerung z
lieren. Sorge und Last der Selbstverwaltung hat man den
gelassen, und die Vereinigten Staaten werden in Zukunft
dann in kubanische Verhältnisse eingreifen, wenn es darauf
die gefährdete staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Auch die Entscheidung für den Bau des Panamakanal
zu nicht geringem Teile auf den Einfluß des Präsidenten
gehen. Die Verhandlungen mit Kolumbien über die erfo
Landabtretungen sind bereits im Gange und die Arbeit
amerikanischer Energie ohne Zögern in Angriff genommen
Die größte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung von Arbe
selbst die Neger die Arbeit in diesem Klima nicht vertrage
wird daher genötigt sein, Chinesen zu mieten und das ka
Umständen für die Beziehungen Chinas zu den Vereinigten
von Bedeutung werden. Außerordentliche Hoffnungen werden
seits an den Ausbau des Kanals geknüpft, weil durch ihn
weg nach China beträchtlich gekürzt wird. Aber das gilt
England, und es zeigt sich so an einem drastischen Beisp
welcher immensen politischen Bedeutung es ist, daß der l

Digitized by Google

Pauncefote-Vertrag Schließung und Öffnung des Kanals in die Hände der Vereinigten Staaten gelegt hat.

Endlich hat Präsident Roosevelt jüngst in Pittsburg eine Rede gehalten, in welcher er auf die Notwendigkeit hinwies, eine gewisse Kontrolle der in Amerika aufgewachsenen Riesenvermögen zu gewinnen. Er sagte sehr richtig, daß diese Vermögen, wenn sie in den rechten Händen seien, zwar den größten Nutzen bringen, im entgegengesetzten Falle aber auch unermeßlichen Schaden anrichten könnten. Es komme also darauf an, auf gesetzlichem Wege, ohne Verletzung der Gerechtigkeit und Billigkeit jenen möglichen Gefahren vorzubeugen. Offenbar liegt ihm bereits ein Plan vor, den der Attorney General (Kronanwalt) M. Knox ausgearbeitet hat. Präsident Roosevelt rühmt den Mr. Knox als einen Mann von gesundem Verstande, unbedingter Rechtlichkeit und unbeugsamem Charakter. Er glaubt an seine Einsicht und seinen entschlossenen Willen und auch daran, daß er für eine ehrliche und furchtlose Verwaltung Sorge tragen wird. Nach diesem Lob wird man gespannt sein, den Mann bei der Arbeit zu sehen.

Übrigens hat der vortreffliche amerikanische Botschafter Mr. White den Tag des amerikanischen Nationalfestes, den 4. Juli, benutzt, um in Leipzig sehr wertvolle Mitteilungen über Mr. Roosevelts Stellung zu Deutschland zu machen. „Der Präsident — sagte er — wünscht natürlich die besten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt aufrechtzuerhalten, speziell zwischen Amerika und Deutschland. Er hat diesen Gedanken mehr als einmal öffentlich ausgesprochen, und die ihn am genauesten kennen, wissen aus seinen Privatäußerungen, daß deutsche Ideale und deutsche Hingebung an Wahrheit und Pflicht von ihm besonders anerkannt und geehrt werden. Im vorigen Jahre sagte Mr. Roosevelt einem Freunde, der ihn verließ, um nach Europa zu reisen: „Ich habe von meinen Knabenjahren an Deutschland geliebt und bewundert, und wenn ich das sage, meine ich es auch. Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß, wenn ich etwas sage, ich es auch meine.“ Wer den Präsidenten Roosevelt genau kennt, weiß auch, daß vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Präsidenten Garfield, kein Präsident so gut begriffen hat, was Deutschland der Zivilisation gegeben hat und noch gibt.“

Digitized by Google

Wir danken und bringen dem Präsidenten Roosevelt
amerikanischen Volke, in dem wir ja zum großen Teil unsere
und Brüder wiederfinden, in voller Aufrichtigkeit dieselben
dungen zurück.

Der König Viktor Emanuel II. tritt jetzt seine R
Petersburg an und wird Ende August Kaiser Wilhelm in
besuchen. Die übrigen Reisen des Königs, von denen unser
wissen wollte, finden jetzt wenigstens nicht statt. Solche R
Monarchen haben die Bedeutung, daß sie persönliche Bez
bringen, die von großem Wert werden können. Heute sind
die Herrscher — in den großen Staaten — die Träger der
politik. In den kleinen Staaten ist das keineswegs immer
wofür sich merkwürdige Beispiele anführen ließen. Die
geht dort eben dahin, daß schließlich die großen nicht ander
werden, als ihnen die Last abnehmen. 1876 war es „das
Herzegowina", heute gibt es an mehr als einer Stelle
Elemente, die um ihrer Sonderinteressen willen nicht abgeneig
einen kleinen Weltenbrand zu entzünden. Denn ein Fana
nach der geistreichen Definition des Amerikaners Dunne, ein
der dasjenige tut, was seiner Meinung nach der liebe G
wenn er über die betreffenden Verhältnisse richtig orientie

Solchen Elementen gegenüber ist es sehr nützlich, n
Männer, die vor Gott und der Welt die größte Veran
tragen, sich persönlich kennen und verstehen lernen.

Digitized by Google

9. Juli. Neuer Ausbruch des Mont Pelée.
10. Juli. Verurteilung der griechischen Mönche, welche deutsche Franziskaner in Jerusalem tätlich beleidigt hatten.
11. Juli. Kaiser Wilhelm empfängt Waldeck-Rousseau an Bord der Hohenzollern.
12. Juli. Eintreffen Lord Kitcheners in London.
13. Juli. Eintreffen König Viktor Emanuel III. in Petersburg.
14. Juli. Rücktritt Lord Salisburys.
14. Juli. Balfour wird Ministerpräsident.
15. Juli. König Eduard trifft in Cowes ein.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.

16. Juli 1902.

Die Franzosen haben neuerdings eine außerordentlich glänzende Finanzoperation durchgeführt. Die Kammer hat sich mit 475 gegen 4 Stimmen bereit gefunden, den ihr von dem neuen Finanzminister Rouvier vorgelegten Gesetzentwurf auf Konvertierung der 3½prozentigen Rente in eine 3prozentige zu genehmigen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 7 Milliarden, so daß jetzt die gesamte französische Staatsschuld (21 Milliarden) nunmehr mit 3 Prozent verzinst wird. Das ist gewiß ein Zeichen für den Reichtum des Landes und die Sicherheit seines Kredits und Herr Rouvier hat bewiesen, daß er ein tüchtiger Finanzmann ist. Wenigstens erregt die Art, wie er die Operation durchführte, in hohem Grade die Bewunderung der Kenner. Es scheint aber, daß die Franzosen bei dieser Prüfung ihres eigenen Finanzwesens auch die Frage erwogen haben, wie weit die Anlage sicher ist, die sie in russischen Anleihen gemacht haben, und daß ihnen dabei doch allerlei ernste Bedenken aufgestiegen sind. Der „Temps" veröffentlicht in seiner Nummer vom 13. Juli einen Leitartikel unter der Spitzmarke: „L'absolutisme et ses inconvénients", der trotz der großen Vorsicht, mit der die Worte gewählt sind, doch in ein entschiedenes Mißtrauensvotum und in den Rat ausmündet, Rußland möge, um einer Revolution zu

Digitized by Google

entgehen, zu einer Verfassung greifen. Der „Temps“ nim
freilich das Wort constitution oder charte nicht in den M
sagt „organe de contrôle“; aber da die Spitze seiner Ausf
sich gegen das russische Beamtentum in allen seinen Verzw
vom Minister bis zum Schreiber hinab richtet, bleibt als kontro
Organ eben nichts anderes übrig, als eine reichsständische Ve
und diese gerade wünscht der „Temps“.

„Statt einer Autokratie hat Rußland heute eine Büre
die, von demselben Mittelpunkt ausgehend, strahlenförmig d
Reich zieht, und deren Organe einander als Rivalen gegenü
Eine dieser büreaukratischen Mächte geht darauf aus, die
zu beherrschen und zu absorbieren, — das ist nämlich der
minister —, und man wirft ihm vor, daß er sogar den K
herrscht, der aber hat sich aller Mittel begeben, seine Mac
als durch diese Büreaukratie auszuüben. Sie suggeriert i
die Mittel, durch die er seine Autorität beschränkt, inde
nötigt, die Dinge nicht anders als durch ihre Brille zu seh
Minister selbst aber sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen.
wohnheitsrecht der einzelnen Provinzen ist so verschieden,
Verwaltung mehr Kenntnisse beansprucht als ein Mann
kann, und so verläßt man sich schließlich auf den Beri
Subalternbeamten, den niemand kontrollieren kann. Und w
wenigstens der Loyalität und Treue dieses unermeßlichen
heeres sicher sein könnte! Das aber ist keineswegs der Fa
jenigen Beamten, die auf einer Universität studiert haben,
Gewohnheiten und den Ideen der Opposition verfallen.
keine Disziplin und die Verwaltung gerät in Abhängigkeit v
über die sie walten soll. Diese Anarchie ist aber heute au
Armee eingedruugen und das bedeutet eine Gefahr, die man
hoch genug anschlagen kann.

Der regierende Kaiser weiß das und ist voller Sor
holt von Privatpersonen Berichte über die Dinge ein, w
interessieren; aber wer steht dafür, daß diese Berichte n
tendenziös sind? Er hat ganz hervorragenden Leuten, die
des Kreises der Tschinowniks (Beamten) stehen, Aufträg
aber der Tschin hat sich gerächt und ihnen die Auskü
weigert, die sie brauchen. So ist es immer ein Organ

Digitized by Google

trolle, das fehlt, und eben deshalb muß dieses Organ geschaffen werden."

„Wir haben uns," schreibt der „Temps" in den einleitenden Bemerkungen, die ihn zu diesem Schluß führen, „nicht auf den Boden der Sentimentalität, sondern auf den französischen Standpunkt gestellt. Rußland ist aus ökonomischen und finanziellen Gründen ebenso entschieden friedfertig gestimmt, wie es Frankreich heute ist. Aber es hat ebenso wie Frankreich sein Aktionsfeld abgegrenzt, und es ist deshalb für Frankreich von höchster Wichtigkeit, daß Rußland nicht durch eine Erschütterung im Innern an einer Aktion nach außen hin gehindert werde. Nun ist aber die Opposition der äußersten Linken — wenn man diese Bezeichnung von einem Staate ohne Parlament brauchen darf — uns Franzosen wenig zugetan. Sie sind schlechte Alliierte, wohl weil wir eine Regierungsform gewählt haben, die ihnen wenig sympathisch ist und dann, weil sie unter deutschen Einflüssen stehen. So liegen die Dinge, und das sollte man niemals vergessen. Wenn aber Rußland der Schauplatz dessen werden sollte, was man eine „Revolution" nennt, so wäre Frankreich der verlierende Teil, sowohl wegen der Entwertung der russischen Papiere, die es besitzt, als weil der Alliierte momentan geschwächt würde. Deshalb ist es wichtig zu wissen, was dort vorgeht."

Wir legen dieser französischen Stimme besonderen Wert bei, weil auf der Hand liegt, daß ein Blatt wie der „Temps" sich nur im äußersten Fall zu derartigen Betrachtungen über die nation amie et alliée verstehen kann. Man beginnt um die den Russen geliehenen Milliarden zu sorgen und wittert, wohl nicht mit Unrecht, einen sich vorbereitenden Systemwechsel. Im Juliheft der preußischen Jahrbücher ist über „Das Finanzsystem Witte" ein sehr instruktiver Artikel von Paul Rohrbach erschienen, der sich im wesentlichen mit unseren eigenen Informationen deckt, dessen Hauptwert aber wohl in dem Umstande zu finden ist, daß Rohrbach seine Ausführungen fast ausschließlich auf russische Materialien und auf russische Arbeiten gründet, die mit Genehmigung der Zensur in Rußland selbst erschienen sind. Er hätte sein Quellenmaterial noch wesentlich an der Hand der in russischen Zeitungen und Zeitschriften erschienenen Artikel vermehren können, denn das ist vielleicht die merkwürdigste Erscheinung, daß die unter dem Minister des Innern stehende

Digitized by Google

Zensur die Angriffe auf den Finanzminister und sein Syst
gegeben zu haben scheint. Wir führen, nur um zu exempl
aus dem eben erschienenen Werk des russischen Nationalö
Radzig „Produktion und Konsum des Hafers in der ganzen
einen Abschnitt an, den die sehr vorsichtige „Nowoje W
wörtlich wiedergibt, wobei vorausgeschickt werden mag, daß
Freihändler ist, während die „Nowoje Wremja" für ge
das geltende Schutzsystem vertritt. Radzig schreibt: „We
einem Menschen eine Last von 10 Pud auflegt, die er nur
trägt, so wird es ihm noch schwerer fallen, 11 Pud u.
tragen. Das gilt auch von den Steuern. Man sagt uns, d
brauche Einkünfte; gewiß, das ist ganz richtig, aber es ist d
notwendig, daß die Einnahmen stets größer sind als die A
In den letzten 10 Jahren sind die Einnahmen um 1000 M
Rbl. höher gewesen als die Ausgaben, und diese ganze Sum
man für Eisenbahnen u. s. w. verbraucht."

Der Bau der Eisenbahnen hätte durch Anleihen gedeckt
können, ohne daß die Bevölkerung sofort belastet wurde. D
wie sie der englische Steuerzahler trägt, gehen über die Kräfte
Volkes, das außer den Auflagen, die der Krone zufallen
und fiskalische Abgaben) noch durch Schutzzölle gedrückt wird
den Fabrikanten das Recht geben, für alle in Rußland eing
Manufakturen doppelt so hohe Preise zu nehmen, als das A

Die Resultate der Finanzpolitik der letzten 1
liegen für jedermann klar. Wir alle leben schwere
alles ist teurer geworden; am schwersten aber hat es di
bevölkerung, und es ist deshalb kein Wunder, wenn die L
über Verarmung klagen."

Nun soll, nach einer von englischen und französischen
verbreiteten Nachricht, Kaiser Nikolaus II. den Fürsten Mesch
den bekannten hochkonservativen Redakteur des „Graschdan
auftragt haben, die Gouvernements zu besuchen, in wel
Bauernaufstände noch immer weiterflammen. Er soll ih
unverfälschten Bericht darüber erstatten, ob jene Unglücklichen
Not leiden — der Kaiser scheint der einzige zu sein, der daran
— oder welche Gründe sonst ihre Erhebung veranlaßt hab
die Nachricht, wie wir glauben, zuverlässig, so wäre das a

Digitized by Google

ein unerhörtes Mißtrauensvotum gegen die offizielle Verwaltung, und in jedem anderen Staate hätten wohl der Minister des Innern, der Finanzminister und die betreffenden Gouverneure daraufhin ihren Abschied genommen. In Rußland wird das wahrscheinlich ziemlich spurlos vorübergehen. Wer den „Graschdanin" gelesen hat, weiß auch im voraus, mit welchem Rezept der Fürst Meschtscherski heimkehren wird. Das Volk, wird er sagen, ist gut und treu, es geht ihm auch so übel nicht, aber es ist irregeführt, und wenn man die Macht des örtlichen Adels, namentlich die der sogenannten semskije natschalniki, der adligen Landschaftsvorsteher steigert, kann noch alles gut werden. Für weitgehende Reformgedanken ist Fürst Meschtschersky ebensowenig zu haben, wie Pobedonoszew, oder wie Herr Gringmut, der Redakteur der „Mosk. Wjedomosti".

Nebenher läuft aber noch ein anderes Gerücht um, das freilich auf englische Quellen zurückgeht, aber der „Expreß" pflegt gut unterrichtet zu sein, und an sich ist die Nachricht keineswegs so abenteuerlich, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Der Gewährsmann des „Expreß" schreibt (nach der Wiedergabe der „Münchener Allgemeinen Zeitung"):

„Ich habe nun in Erfahrung gebracht, daß der Zar Monate hindurch die soziale Frage, soweit es um Rußland sich handelt, eifrigst studiert hat. Er hat nicht nur die leitenden russischen Blätter mit großer Aufmerksamkeit gelesen und sich Notizen über die geäußerten Anschauungen und politischen Prozesse gemacht, sondern auch die Äußerungen der ausländischen Presse über Rußland gleich sorgfältig verfolgt. Selbst das in Genf erscheinende russische Nihilisten-Blatt „Kolokol" mußte ihm auch regelmäßig unterbreitet werden. Sein größtes Interesse erregte aber ein in Leipzig erschienenes Buch: „Das neue Rußland" von „X", das in ruhiger und sachgemäßer Weise die sozialen Probleme Rußlands erörterte und in dem Ausspruch gipfelte, daß die Rettuug nur auf dem Wege der Reformen liege und, wenn er betreten würde, nicht verfehlen könne, Rußland zum mächtigsten Staate der Welt zu machen. Der Zar fand, daß „X" in seiner Kritik des bestehenden Regimes und in seinen Empfehlungen recht hatte und er ließ die Leipziger Verlagsfirma um Namensnennung des Verfassers ersuchen, was nach Einholung der Zustimmung desselben in Aussicht gestellt wurde. Nach mehrmonatlichen Studien überraschte der Zar endlich seine Minister mit der Ankündigung, daß er mit allen, von ihm auf einer Liste verzeichneten 200 Personen (die von Professoren zum Muschik, vom strammsten Loyalisten zum Nihilisten (?) alle Stände und alle Ansichten vertreten) persönlich, unter vier Augen Rücksprache zu nehmen wünsche. Dem folgte der nächste, gleich überraschende Schritt, daß der Zar das Lesen der

Digitized by Google

an ihn gerichteten Bittschriften und Denkschriften aus den Händen des eingesetzten Departements nahm und sich das weitere selbst vorbehielt täglich etwa 10000 solcher Schriftstücke einlaufen, die alle selbst zu les Kaiser unmöglich ist, so hat er drei junge Leute, die bisher keine a Stellung bekleidet haben, dafür bestellt, und muß ihm nun fortan alles breitet werden, was nicht bloß die Bitte um eine Unterstützung betrif mag dabei erwähnt werden, daß der ermordete Minister Sipjägin Präsident des Petitionsdepartements war. Ich hoffe demnächst in de zu sein, die Liste der 200 Personen mitzuteilen, mit denen der Zar Rück zu pflegen wünscht."

Das wäre also eine sonderbar komponierte Notabelnversamm deren besonderes Kennzeichen wohl darin zu finden wäre, d Gegensatz zum offiziellen Rußland das nichtoffizielle zu Wort k würde. Glauben werden wir aber daran erst, wenn die Versam wirklich zusammengetreten ist, und auch dann erscheint es zweif wer in dem Kampf der Meinungen den Sieg erringen wir Liberalen und Reformer oder die Vertreter jener Büreaukrati seit bald 200 Jahren ihre Interessen mit denen der Za Omnipotenz identifiziert hat.

Es mag in diesem Zusammenhange erwähnt werden, daß in Stuttgart in russischer Sprache die erste Nummer einer M schrift „Die Befreiung" herausgekommen ist, als deren Red ein Deutsch-Russe, Peter Struve, zeichnet. Es soll das Organ russischen Reformpartei werden und setzt sich das Ziel, die st Freiheitsfreunde in Rußland zu sammeln, um eine große Ben zu organisieren, als deren Frucht die russische Verfassung erstehe

Das Programm verlangt: 1. Freiheit der Personen, g leistet durch Unabhängigkeit der Gerichte. 2. Gleichheit vo Gesetz, daher Beseitigung aller nationalen, ständischen und rel Vorrechte; Freiheit der Presse, Versammlungs- und Koalition Petitionsrecht. 3. Eine alljährlich zusammentretende Volksvertr die das Recht hat, die Gesetzgebung zu kontrollieren und das festzustellen.

Das ist die Summe, aber es will uns scheinen, daß no Wasser die Wolga und den Dniepr hinabfließen wird, ehe Ideen sich in Wirklichkeit umsetzen. Wer tiefer blickt, wird erkennen, daß das russische Volk vor allem wirtschaftliche Re wünscht, die ihm das Leben leichter machen: eine andere Zol

Digitized by Google

auf freihändlerischer Grundlage und die entschlossene Beseitigung des Gesamteigentums der Gemeinden an Grund und Boden würde wahrscheinlich zunächst hinreichen, um die erregten und verzweifelnden Massen zu beruhigen. Mit der Klage über die besondere russische Büreaukratie aber ist es eine eigene Sache. Diese Büreaukratie ist fast das gesamte gebildete Rußland, wenn man die wenigen Berufe in Abzug bringt, deren Träger auf eigenen Füßen stehen. Die Büreaukratie rekrutiert sich aus eben jenen jungen Leuten, die, solange sie 18 und 20 Jahre alt sind, bereit sind, ihre persönliche Freiheit und ihre Existenz wegzuwerfen für die Freiheit der Gesamtheit — so wie sie diese Freiheit verstehen. Aber sobald sie in Amt und Sold stehen, gehen ihnen diese Ideale spurlos verloren! Man kann zudem in einem großen Staate unmöglich das Beamtentum plötzlich eliminieren und erneuern, oder auch nur wesentlich einschränken, wenn man aber meint, daß die Kontrolle durch eine Volksvertretung wirksamer sein werde, als die Aufsicht, welche heute von den fast allmächtigen Spitzen des Beamtentums nach unten hin ausgeübt wird, so sprechen die Erfahrungen, die man in den Organen der städtischen und landschaftlichen Selbstverwaltung gemacht, mit allem Nachdruck dagegen. Sobald man diesen russischen Reformprojekten auf den Leib rückt, kommt man immer wieder zu demselben circulus vitiosus: die Menschen müssen in ihrem Denken und Empfinden umgebildet werden, die breite russische Natur muß in Schranken gedrängt werden, die ihr zu eng sind, kurz Rußland müßte aufhören, Rußland zu sein, damit es ein Stück Europa werden kann.

In Frankreich sind die Kammern in die Ferien geschickt worden, nachdem es noch zu guterletzt am Freitag eine Prügelszene gegeben hat, bei der selbst der Präsident nur mit knapper Not einer Tracht Schläge entgangen ist. Im Grunde atmet alles erleichtert auf, wenn diese erlauchte Versammlung zu ihren Penaten zurückkehrt, und auch uns fällt es dann leichter, uns darauf zu besinnen, daß wir in den Franzosen die höflichste und besterzogene Nation der Welt zu Nachbarn haben. Auch die Politik wird an der Seine jetzt voraussichtlich, wie überall um diese Zeit, ihre Ferien halten; denn in der Tat, es liegt so wenig an großen Angelegenheiten vor, daß die Monarchenbesuche und Empfänge zu großen politischen Ereignissen

Digitized by Google

gemacht werden. Wir denken dabei an König Viktor Em
Reise nach Petersburg und an die Bedeutung, die dem
beigelegt wird, daß er zuerst nach Petersburg ging, wäl
kein Geheimnis ist, daß der Reiseplan ursprünglich ande
war. Auch die Ehre, die Kaiser Wilhelm dem ehemaligen fr
Ministerpräsidenten Herrn Waldeck-Rousseau durch eine
erwiesen hat, ist zu einer Haupt- und Staatsaktion a
worden, und doch liegt nicht mehr vor als eine Liebens
die Kaiser Wilhelm einem ohne Zweifel hervorragenden
wie anderen vor ihm, erwiesen hat. Natürlich ist auch
Serben und Bulgaren, Albanern und Makedoniern die
man könnte meinen, daß sich hier große Dinge vorberei
nicht völlig feststände, daß die großen Mächte unter keinen
eine neue Balkankrisis aufkommen lassen werden.

Ganz dasselbe gilt von der sogenannten armenischen
auf einem Brüsseler Kongreß zur Beratung kommen soll.
dauern es ganz außerordentlich, daß in der Reihe der
Armeniens", die dort zusammentreffen, neben zahlreich
demokratischen Abgeordneten auch angesehene deutsche
finden sind. In Wirklichkeit hat die von dem armenische
ausgehende Agitation nur Unheil gestiftet. Sie erregt
trauen der Pforte und den Haß der halbwilden kleinasiatis
völker, unter denen, überall in der Minderzahl, die Arme
Die räuberischen Überfälle der Kurden treffen zudem nic
Armenier, sondern ebenso die Türken, die das Unglück
ihrer Nachbarschaft zu wohnen. Sehen wir aber von die
Nähe des Kaukasus ansässigen Armeniern ab, so finde
meisten Armenier im nördlichen und westlichen Kleinasie
Art Herrenstellung, als Großkaufleute und Wucherer, die
Schaden der türkischen Bauern sich ihren Vorteil zu siche
Die Vorstellung von einem künftig zu begründenden a
Reiche ist eine lächerliche Utopie, die sich ganz in eine
der Zionistenbewegung setzen läßt. Die reichen Armenier de
wie Rußlands, werden die letzten sein, die bereit wären,
solchen Armenien sich ihr Haus zu bauen. In Rußland,
neuerdings aus mannigfachen Gründen mit der französisch
in Bagatellfragen recht unzufrieden ist, hat man es sehr

Digitized by Google

merkt, daß ein Franzose, Herr Anatole France, sich an die Spitze dieser armenischen Bewegung gestellt hat.

Wir können selbst den Rücktritt Lord Salisburys vom Ministerpräsidium und seine Ersetzung durch Balfour nicht als ein Ereignis von großer politischer Tragweite betrachten. Im wesentlichen bleibt es beim Alten und Joe Chamberlain, der übrigens von seinem Unfall so gut wie völlig hergestellt ist, wird nach wie vor die wichtigste Persönlichkeit des Kabinets sein. Auch die Aufgaben der englischen Politik bleiben auf lange hinaus die alten: Südafrika, Irland, das Verhältnis zu den Kolonien. In Südafrika macht sich die Frage nach der Politik, die den Schwarzen gegenüber einzuschlagen ist, zur Zeit fast als die wichtigste geltend, und hier trifft das Interesse der Buren mit dem der Engländer ganz zusammen. Die Schwarzen sind während des Krieges fast sämtlich zu Waffen gekommen, sie sind übermütig und faul und scheinen sich dessen bewußt zu sein, daß sie eine Macht bedeuten. In Zululand und Natal allein sind es 800000 Köpfe, dazu kommen aber noch die Basuto und andere nicht minder kriegerische Stämme. Es wird gewiß nicht leicht sein, die Leute zu entwaffnen, zumal sie ohne Zweifel von der Kampfesweise der Buren gelernt haben. Die Engländer haben jetzt berechnet, daß die Verluste der Buren an Toten während des Krieges 3700 Mann, an Gefangenen 32000 betragen, von denen 700 starben. Die in den Konzentrationslagern gestorbenen werden nicht aufgeführt. Die Gesamtmacht der im Felde stehenden Buren habe 75000 betragen. Da kurz vorher angegeben wurde, daß nunmehr alle Buren sich unterworfen hätten, und zwar seien es etwa 20000 Mann, stimmt auch diese Rechnung wie so viele frühere nicht. Wir vermögen nicht mehr als 55700 herauszuzählen.

In Irland haben die englischen Farmer in Ulster mit den Iren gemeinsame Sache gegen die Landlords gemacht! Eine unerhörte Tatsache, die den Engländern ihre Aufgabe sehr wesentlich erschweren wird,

Wir notieren zum Schluß, daß die Übergabe von Tientsin an den Vizekönig Juanshikai unmittelbar bevorzustehen scheint.

Digitized by Google

Seit Mitte Juli Bürgerkrieg in Haiti.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.
18. Juli. Tod des Sultans von Zanzibar.
18. Juli. Die Krönung Eduard VII. wird auf den 9. August festgesetzt
18. Juli. Vorläufige Vereinbarung zwischen der Kurie und den Vereinigten S
die Philippinen.
19. Juli. Ministerpräsident Combes kündigt die Schließung der nicht genehmig
gationen an.
21. Juli. Abreise von Botha und Delarey nach Europa.
22. Juli. Tod des Kardinals Ledochowski.

---

23. Juli

Der Rücktritt Lord Salisburys von seiner Stel
Haupt des englischen Ministeriums wurde schon seit geraum
erwartet. Des greise Staatsmann hatte erst kürzlich durch
seiner Gemahlin einen schweren Verlust erlitten und sehnte
Ruhe. Die Beendigung des Burenkrieges gab einen eh
Anlaß, diesen Wunsch zu erfüllen und so ist er, ohne die
9. August festgesetzten Krönungsfeierlichkeiten abzuwarten,
Privatleben zurückgetreten. An seine Stelle ist der er
des Schatzes, A. J. Balfour, sein Neffe, getreten, der
noch von den Tagen des Berliner Kongresses her, in we
als Sekretär Lord Salisburys fungierte, in bestem Andenk
Am Sonnabend, den 19., hat er seine erste außerparlame
Rede bei Eröffnung eines neuen konservativen Klubs in
gehalten; sie hat unser günstiges Vorurteil wesentlich verstä
sie in Beurteilung der südafrikanischen Angelegenheiten mit
den englischen Standpunkt betonte, war selbstverständlich;
Mr. Balfour zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß d
England gerichteten Angriffe in der Presse des Kontinents
aufhören würden, teilen auch wir. Jene Preß- und Kar

Digitized by Google

kampagne, die durch ganz Europa ging, gehört, soweit Deutschland in Frage kommt, zu den unpolitischsten Aktionen, die je von einer erregten nnd ihrer Empfindung, nicht ruhiger Überlegung folgenden Presse geführt worden ist. Man könnte sie höchstens mit der Aktion zu Gunsten der Polen im Jahre 1863, oder mit dem Bulgarenschwindel vergleichen, der dem Fürsten Bismarck so böse Stunden gemacht hat. Faktisch ist damit den Buren nicht geholfen, uns aber geschadet worden, da alle Gegner Englands die erwünschte Gelegenheit ergriffen, auf uns abzuwälzen, was bei ihnen an Haß und Erbitterung gegen England auf Grund alter, tief begründeter Interessengegensätze sich aufgespeichert hatte. Sie alle haben sich gleichsam vor England reingewaschen: Deutschland ist schuld an euren Verlegenheiten! Doch das liegt nun glücklich hinter uns, und wir hoffen mit Mr. Balfour auf stetig wachsende gute Beziehungen zwischen England und uns, wenn auch die englische Presse endlich mit der wühlenden und hetzenden Tätigkeit einhält, die sie namentlich während der letzten anderthalb Jahre gegen uns ausgespielt hat.

Wenn danach Mr. Balfour die Hoffnung aussprach, man werde sich an der Schwelle eines langen Zeitraumes internationalen guten Einvernehmens befinden, so teilen wir auch diese Hoffnung, zumal, seit durch die Erneuerung des Dreibundes das älteste unter den bestehenden politischen Bündnissen sich auf weitere 12 Jahre wieder zusammengeschlossen hat. Auch hier freilich sind wir auf den Widerspruch eines Teiles unserer Presse gestoßen, die sich darin gefällt, den Dreibund als etwas Gleichgültiges darzustellen. Hat doch jüngst eines unserer Witzblätter, „Der Ulk", es fertig gebracht, das deutsch-österreichisch-italienische Bündnis in Gestalt eines morschen Dreifußes darzustellen, der vor der gewaltigen Figur des Kriegsgottes zusammenbricht! Und doch hat unser aller Erfahrung bewiesen, daß seit 20 Jahren der Friede Mitteleuropas und damit auch der Friede der Nachbarstaaten auf dieser Verbindung beruht. Oder ist es etwa ein Zufall, daß der französische Revanchegedanke sich in Ohnmacht verzehren mußte und die gegen uns gerichtete giftige panslavistische Agitation nicht über geräuschvolle Kundgebungen hinauszugehen vermochte? Daß die orientalische Frage trotz allem ruhen blieb und wir in Ruhe an den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des Reiches schreiten konnten? Der Dreibund gestärkt, nicht durch ein

Digitized by Google

Bündnis, sondern durch ein aufrichtig erstrebtes und ehrl
haltenes Einverständnis mit England, gäbe die stärkste
Gemeinschaft, von der die Welt in neuen Zeiten gewußt h
haben an dieser Stelle auch in den Tagen, da die Leid
meist erregt waren, darauf hingewiesen, daß Deutschland
land die größten protestantisch-germanischen Mächte der E
daß Anlage und Geistesrichtung, Wollen und Können beider
sich in unvergleichlicher Weise ergänzen und daß, seit En
entschlossen zu dem sogenannten Prinzip der offenen Tü
hat, prinzipielle Gegensätze zwischen uns, von Staat zu S
bestehen. Nur wo die Praxis in Widerspruch zu der off
kündeten Theorie tritt, können solche Gegensätze zwar au
bei beiderseitigem guten Willen sich aber nicht behaupten.

Es gab eine Zeit, die nicht allzu weit hinter uns lieg
Novum der rasch emporwachsenden deutschen Kriegsmarine
land gleichsam wie ein Unrecht empfunden wurde und
Stimmung sich zu einer Gefahr für uns auswachsen konn
diese Tage können als überwunden gelten, seit wir stark ge
uns gegen jedermann auch zur See zu verteidigen. Es f
niemandem mehr ein, uns am weiteren Ausbau unserer
hindern zu wollen; sollte es je nötig werden, so sind wi
Teil, dem wir uns anschließen, auch zur See hocherwünscht
genossen; die wesentliche Aufgabe aber, welche dieser Flot
ist, abgesehen von dem Schutz, den sie dem deutschen Hand
Welt und unseren Kolonien, wo sie dessen bedürfen, zu
hat, die, einem großen Teil unseres Volkes eine Bildung
werden, in welcher sie nicht nur zur Stählung ihres Chara
zur selbstverleugnenden Hingabe, sondern auch zu einem
Gesichtskreise, zu freierer Beurteilung von Menschen und
nissen herangebildet wird. Gerade in dieser Hinsicht stehen
anderen Nationen, zumeist aber vor England zurück.
Handelsmarine, die in dem letzten Menschenalter bei uns
gewaltigen Aufschwung genommen hat, wirkt ja in dieser
erziehend, aber der Gesichtspunkt, der alles menschliche Tun a
adelt, die Hingabe an den Staat, kann bei ihr naturgemäß
der Schärfe und nicht so überwiegend zum Ausdruck kom
es notwendig in der Kriegsmarine geschieht. Darauf a

Digitized by Google

wir im Interesse der großen Zukunft, an die wir glauben, den allerhöchsten Wert. Man hat von Goethe und von Rembrandt als Erzieher gesprochen, und gewiß danken wir dem ersten unendlich viel; der „Rembrandt als Erzieher" war ein Modewort, das im Grunde uns wenig oder nichts bedeutete; der große Erzieher bei uns ist der Staat in seinen drei vorzüglichsten Organen: dem Heer, dem Beamtentum, der Flotte. Alle drei erfüllen ihre Aufgabe nicht mehr sobald sie dieses eine, ihre nationalpädagogische Pflicht, ruhen lassen. Man mißverstehe uns nicht. Schule, Universität und Kirche sind ebenso wie die Familie die Voraussetzungen, auf denen alles übrige ruht, aber nicht sie bauen den Staat. Sie geben dem einzelnen, was er braucht, um im Kampfe des Lebens seine Würde zu wahren, das Können, das die Bedingung der Selbstachtung ist, das geistige Rüstzeug, um große Gedanken in großem Sinn zu verstehen, aber sie vermögen nicht zu organisieren. Erst im Zusammenhange der Individuen mit der Gesamtheit, in Reih und Glied, bildet und behauptet sich der Staat, von dessen gesundem Leben die geistige und sittliche Gesundheit aller einzelnen in Abhängigkeit steht. Dieser Gesichtspunkt aber, der im deutschen Volksbewußtsein weit lebendiger ist als im englischen, muß, wenn die englischen Staatsmänner sich einmal davon durchdringen, daß er untrennbar ist von den notwendigen Existenzbedingungen des deutschen Staatslebens, ihnen auch die Vorstellung nehmen, daß der Ausbau unserer Flotte von aggressiven Tendenzen veranlaßt worden sei und damit das Mißtrauen schwinden, das oft laut genug jenseit des Kanals zum Ausdruck gekommen ist. Wir sehen in dieser Hinsicht der Waltung des neuen englischen Ministerpräsidenten voller Vertrauen entgegen. Lord Salisbury hat sich außerordentlich schwer in die politische Wandlung eingelebt, die das Jahr 1870 brachte und wie gelegentlich unzweideutig hervortrat, in Deutschland mehr den unbequemen Rivalen als den gleichberechtigten Genossen in der Weltpolitik anerkennen wollen. Die Antwort darauf war die leidenschaftliche Wendung eines nicht geringen Teils unserer Presse gegen England und schließlich jener offene Kriegszustand in der Presse beider Länder, durch welchen das gebotene Verhältnis von Staat zu Staat ernstlich getrübt zu sein schien. Mr. Balfour steht nach allem, was wir von ihm wissen, freier und unparteiischer da, und es soll uns freuen, wenn diese Richtung schließlich durchdringt.

Digitized by Google

In den „Münchener N. N." sind diese und verwandte
neuerdings in sehr instruktiver Weise behandelt worden. D
war ein Artikel des bekannten Nationalökonomen Walt
„Scharfmacherei zwischen Deutschland und England"; er g
Unterstaatssekretär a. D. Grafen v. Berchem, dessen wir no
rümlich zu gedenken hatten, den Anlaß zu einem Brief, den
Lotz nunmehr in den „M. N. N." veröffentlicht hat. Graf
geht von der Tatsache aus, daß, seit wir der schweren S
die eigene Existenz entrückt zu sein glauben, wir uns mit
in die Betrachtung ausländischer Verhältnisse vertiefen, das
gefühl anderer Länder dabei wenig schonend, und mit gering
darüber, welche Wirkungen sich daraus ergeben." Das ge
nur von der Beurteilung englischer Verhältnisse. Coloma
sei als ein „Deutschenverfolger" gebrandmarkt worden, obglei
ihm ein Hauptverdienst an der Aufrechterhaltung der Ne
Österreich-Ungarns im Jahre 1870 gebühre. Man verwech
bei uns oft die deutschen Reichsinteressen in Ungarn, welch
pflegen allen Grund hätten, mit der davon gänzlich vers
Sache der ungarischen Schwaben und der siebenbürger Sachse
Schicksal, wenngleich sie unserm Herzen noch so nahe stehen,
Einfluß ebenso entrückt sei, wie das der Balten. Auch di
nahme in den Vorgängen, die sich in Cisleithanien abspiele
breche die durch die elementarste politische Klugheit g
Schranken, und ähnlich seien die Erörterungen zu beurteile
die Erweiterung unserer Beziehungen zu Holland zum Ge
nehmen und dadurch „den zarten, jungen Faden deutscher
thien" gefährden, die wir durch unser ruhiges und uneige
Verhalten im Laufe der Jahre erworben hatten. Auch
schlecht informierten Klagen über die Haltung der brasil
Regierung deutschen Auswanderern gegenüber exemplifizie
Berchem, um zum Schluß zu gelangen, daß es die Aufga
patriotisch gesinnter Kreise sein sollte, die Anwendung ge
Schlagworte zu bekämpfen, wie jenes „Civis Romanus su
die Empfindung der nach Weltherrschaft strebenden Römer
hältnisse überträgt, die mit jenen Zeiten und jenen Tendenz
mehr gemein haben. Zur Zeit gelte die deutsche Presse,
geschulten Taktik unserer Gegner, im Auslande als ansp

Digitized by Google

und chauvinistisch und die Folge davon sei ein beträchtlicher Verlust an deutschen Sympathien auf der ganzen Linie. Graf Berchem geht nun den Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung nach.

„Die Überhebung — sagt er —, welche sich in scharfer Kritik ausländischer Verhältnisse bei uns allmählich eingebürgert hat, hat eine gefährliche Wechselwirkung; alle unsere Gegner haben ein lebhaftes Interesse, dieselbe zu ihrem Vorteil zu verwerten. Wie allbekannt, findet sich in allen journalistischen Zentren der Welt unsere Gegnerschaft zahlreich vertreten. Franzosen, Panslavisten, Polen, englische und amerikanische Deutschenfresser reichen sich wohlorganisiert daselbst die Hand, um die oft geradezu mustergültigen Kundgebungen unserer großen Zeitungen vom rechten Flügel der „Kreuz-Zeitung" bis zum linken der „Frankf. Ztg." totzuschweigen, und sich hingegen an jedes deutsche Preßerzeugnis gierig anzuklammern, welches einen Vorwand zur Verhetzung bietet. Artikel letzterer Art werden dann als Ausdruck der öffentlichen Meinung in Deutschland verbreitet, und in vollem Brusttone beleidigter ausländischer Nationalehre mit Angriffen auf Deutschland erfolgreich beantwortet. Wie weit diese journalistische Wechselreiterei des Auslandes geht, ist ersichtlich aus zahlreichen Artikeln der uns feindseligen panslavistischen und englischen Organe, welche oft aus auch persönlich identischer Quelle fließen."

Die Macht der Presse sei in den langen Friedensjahren in bisher unbekanntem Maßstabe auf Kosten der Autorität der Regierung gewachsen und habe die Führung der öffentlichen Meinung übernommen. Wo eine Gruppe größerer Organe mit inhaltlich übereinstimmenden Kundgebungen hervortrete, sei der Eindruck heute mitunter nicht geringer als der diplomatischer Noten. Das Ausland forme danach sein Urteil, es führe den Angriff der Presse auf amtliche Anregung zurück, und namentlich in den parlamentarisch regierten Staaten versagten dann schließlich die besten amtlichen Beziehungen. Aber auch auf Rußland, wo man der Presse dem Ausland gegenüber freie Hand lasse, gleichsam zur Entschädigung für den in den inneren Fragen ihr auferlegten Knebel, sei die Wirkung die gleiche: „sie lähmt und verdächtigt die Aktion der eigenen Regierung."

Graf Berchem hofft, daß auch die heißblütigsten unserer Landsleute sich schließlich der Erkenntnis dieser Erwägungen nicht ver-

Digitized by Google

schließen würden, „da sie in Betreff der allen gemeinsam landsliebe nur in Hinsicht der größeren oder geringeren B von Vorsicht und Überlegung differieren." Mit der r Macht der Presse müsse auch das Bewußtsein der Verantw steigen. Er schließt daran den Appell: „Männer von Nam ohne Rücksicht auf die damit verbundene Unannehmlichkeit scheuen, die Mahnung zur Mäßigung und Selbstbeherrsch zu erneuern im Sinn der ungezählten Deutschen aller St ebenso denken, es aber mit Recht bequemer finden, zu schr

Bismarcks größte Eigenschaft sei wohl die untrügliche seines Augenmaßes gewesen; dieser Waffe verdanke er in e seine Erfolge. „Möge sein Genius über uns walten, d wir lernen, die Dinge zu nehmen, wie sie sich, auf der fei politischen Wage gemessen, darstellen, losgelöst von den ungen der subjektiven Empfindung."

Wir bedauern, daß der Raum uns nicht gestattet hat, des Grafen v. Berchem in vollem Wortlaut zu bringen, sind der Meinung, daß es sich allerdings um eine ernst handelt und daß wir uns in den letzten Jahren auf jäh a Bahn bewegt haben. Nichts ist leichter, als ein scharfes drastischer Formulierung hinzuwerfen und dabei des Beif sicher zu sein, die den nächsten Umstand bilden, und deren Feingefühl durch den Mißbrauch, der mit der Freiheit z getrieben wird, bereits abgestumpft ist, aber sehr schwer i Eindruck zu verwischen, den beleidigende Übertreibung Vielleicht noch schwerer ist es aber, den Eindruck zu verwi eine Beleidigung in bildlicher Darstellung hervorruft. tiefer und fester; sie nistet sich gleichsam ein, und die arbeitet weiter ausbildend mit ihr. Auf keinem Gebiet i mehr gesündigt worden als auf dem der politischen Karika die älteren Jahrgänge des „Kladderadatsch" zur Hand nim in denselben niemals ein rohes Bild finden, aber man blä etwa in den „Lustigen Blättern" und im „Ulk", und n namentlich wenn es sich um Dinge handelt, die bereits einig zurückliegen, erschrecken über die Roheit der Empfindun ihnen zum Ausdruck kommt. An die Stelle des Witzes Insulte, und von richtigem politischen Augenmaß wird

Digitized by Google

nicht einen Schimmer finden. Der „Kladderadatsch" hat dieses richtige Augenmaß bis in die letzten Jahre hinein in hohem Grade gehabt, und auch heute noch bringt er häufig ganz vortreffliche satirische Bilder; er bringt aber auch entschieden schlechte. Bei den anderen aber ist das rohe Bild die Regel und die Wirkung desselben um so schädlicher, je virtuoser die Zeichnung ausgeführt ist. Nun sollte man meinen, daß es doch nicht schwer ist, die Grenze zu ziehen, die zwischen erlaubtem und unerlaubtem Witz liegt; es ist im Grunde eine Frage der Gefühlsbildung, welche unter allen Umständen eine Beschimpfung des Gegners und eine Beleidigung derjenigen Empfindungen ausschließt, die wir an uns selber geachtet wissen wollen.

Das Thema ließe sich in das Endlose fortführen, sobald wir an einzelnen Bildern exemplifizieren wollten. Aber wir empfehlen den Lesern, einmal eine Reihe solcher Bilder Revue passieren zu lassen, und sich zu fragen, wie weit sie selbst durch den Beifall, den sie ihnen zollten, eine moralische Mitschuld tragen. Wer es nicht verlernt hat, sich selber gegenüber aufrichtig zu sein, wird sich schwerlich von aller Mitschuld rein finden.

Und damit mag es dieser vielleicht schon zu langen Erörterungen genug sein. Wir danken dem Grafen Berchem für seine ernsten und patriotischen Worte und hoffen, daß sie nicht in den Wind gesprochen sind.

Von politischen Aktualitäten gibt es nur wenig zu berichten. Der Sultan von Sansibar ist gestorben, das kann uns heute gleichgültig sein, obgleich uns lieber wäre, wenn diese sansibarischen Angelegenheiten noch in den Kreis unserer Interessen fielen. In China dauert der Streit darüber, ob die chinesische Regierung, wie im Friedensinstrument vereinbart war, ihre Schuld in Gold oder nach anderer Berechnung zahlen soll, noch fort; es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß China sehr wohl in der Lage ist, seinen Verpflichtungen voll nachzukommen und wir sehen nicht, weshalb nach allem, was geschehen ist, die Mächte von ihrem guten Recht abstehen sollten. In keinem Fall aber wird Deutschland in dieser Frage eine andere Haltung einnehmen, als die, über welche die Majorität der Mächte sich schließlich verständigt.

Die Zivilverwaltung von Tientsin wird dem Vizekönige Juanschikai wohl in nächster Zeit übergeben und auch die Militärverwaltung

Digitized by Google

der Stadt soll nunmehr wieder in chinesische Hände überg
wollen hoffen, daß es kein gar zu optimistischer Schritt i

In Südafrika ist alles an der Arbeit des Wied
Oranjekolonie und Transvaal haben Vizegouverneure er
Oberaufsicht bleibt bei Lord Milner. Im Kap agitie
Smart geführte Partei der Loyalisten nach wie vor,
Chamberlainschen Bescheides, für Suspendierung der
Die Beziehungen zu den Kaffern scheinen sich günstiger zu
als noch vor 8 Tagen wahrscheinlich war. Im allgemei
wir aber auch heute noch alle Ursache, die von dort herübe
Stimmen mit Vorsicht aufzunehmen. Wie überall hör
Unzufriedenen, während die ruhigen und besonnenen
schweigen. Die Londoner Kolonialkonferenz nimmt den
Verlauf. Sie trägt, um mit Mr. Balfour zu reden,
regungen" heim, formelle Abmachungen werden immer un
licher.

Der vielgenannte Metropolit von Üsküb Firmilian
Tätigkeit mit einem bitteren Kampf den griechischen Mö
Priestern gegenüber begonnen; er könnte leicht den kürze
da die Gewalttätigkeit dieser fanatisierten griechischen und b
Elemente unberechenbar ist. Auch laufen bereits die
Gerüchte um. Immer bedenklicher lauten die Nachrichten au
wo die Wahabiten zu neuer politischer Bedeutung gelang
die türkische Regierung sich vorläufig ihren Aufgaben nicht
zeigt. Doch wagen wir noch nicht, mit einem bestimm
hervorzutreten, da offenbar übertreibende Gerüchte ausgesp
Auch an der albanisch-montenegrinischen Grenze gährt es

Die Reise des Königs Viktor Emanuel
Petersburg hat einen in jeder Hinsicht erfreulichen Verlauf g
dem unsere politischen Gegner vergeblich eine die Bede
Dreibundes abschwächende Auslegung zu geben suchen. In
reich endlich hat das Ministerium Combes den Kampf
Kongregationistenschulen mit einer Rücksichtslosigkeit aufg
die zu einem „Kulturkampf" von außerordentlicher Schä
muß, zumal den neuen Gesetzen rückwirkende Kraft gegebe
ist. Der Ministerpräsident hat dabei kein Hehl daraus gen
die monarchische oder doch antirepublikanische Richtung

Digitized by Google

gregationsschulen und der Einfluß, den die Kongregationen bei den politischen Wahlen ausüben, für ihn das Motiv seines Vorgehens sei. Lasse man ihnen freien Spielraum, so werde Frankreich bald aufhören, Republik zu sein.

Man wird zugeben müssen, daß diese Äußerung des Trägers und Führers der gegenwärtigen französischen Regierung von nur geringem Vertrauen zur republikanischen Gesinnung des Landes Zeugnis ablegt.

Digitized by Google

24.—29. Juli. Ministerkrisis in Serbien.
26. Juli. Beilegung der italienisch-schweizerischen Differenzen unter Vermittlung
27. Juli. Bauernunruhen in Galizien.
29. Juli. Kardinal Gotti zum Generalpräfekten der propaganda fidei ernannt.
29. Juli. Konstituierung des liberalen Ministeriums Sturdza in Rumänien.

---

30. Juli

Schon die Übergabe der Zivilverwaltung von Tie
den Vizekönig Juanshikai und die Aufhebung der Besti
welche die chinesischen Truppen von der Hauptstadt Petsc
hielten, konnte als sicheres Anzeichen dafür gelten, daß die C
die auch nach geschlossenem Frieden im „großen Orient" f
im wesentlichen gehoben war. Das hat sich denn auch in er
Weise dadurch bestätigt, daß England mit den Vizekö
Jantsekiangebietes einen vom Kaiser in Peking, oder
lieber, von der chinesischen Zentralstelle bestätigten Vertrag ab
hat, dem zufolge die unter dem Namen Likin bekannten A
endgültig beseitigt werden. Als Gegenleistung für den d
dingten Ausfall ist eine nicht unwesentliche Steigerung d
zölle für den Import und wahrscheinlich auch für den E
einbart worden. Diese Likinzölle bestanden erst seit dem J
und müssen als eine Folge der völligen Verwirrung betracht
die damals der Taiping-Aufstand hervorrief. Man dar
verwechseln mit den noch fortbestehenden Binnenzöllen,
einzelnen Vizekönigreiche und Provinzen von einander tren
Likins waren Zölle innerhalb einer Provinz und so dicht
ander angebracht, daß z. B. die 128 Kilometer, welche Sch
Sutschau trennen, durch nicht weniger als 10 Likinzollstätten
wurden. Offenbar hatte die chinesische Regierung dieses
wirtschaftlichen Verkehr mörderische System hauptsächlic

Digitized by Google

erhalten, um das Einbringen fremder Waren so gut wie unmöglich zu machen. Wenn jetzt mit diesem System gebrochen wird, so bedeutet das eine wirkliche Erschließung Chinas für den europäischen Handel, da es nicht zweifelhaft ist, daß korrespondierende Verträge auch mit den übrigen Mächten bevorstehen. Es ist das Verdienst von Sir James Makay und von dem chinesischen Kommissar Tscheng die Formel gefunden zu haben, welche die Verständigung möglich macht; wobei selbstverständlich die Haltung der beiden Vizekönige des Jantsebeckens das Verhalten Tschengs bestimmte. Überhaupt läßt sich nicht verkennen, daß jene aufgeklärten Vizekönige sich ein außerordentliches Verdienst um China erworben haben. Es ist ihnen zu danken, daß der Krieg lokalisiert blieb, und ohne Zweifel haben ihre Ratschläge wesentlich dazu beigetragen, daß die Friedens- und Reformpartei in Peking heute das Heft in Händen hat.

Nicht ganz geklärt sind freilich immer noch die Verhältnisse in der Mandschurei, aber man scheint von Seiten aller Interessenten entschlossen, an dieser heiklen Frage nicht zu rühren, seit Rußland sich zu prinzipiellen Zugeständnissen bequemt hat. Weniger zuversichtlich sehen wir die koreanischen Verhältnisse an, obgleich die letzten alarmierenden Nachrichten, wie es scheint, mit Fug und Recht dementiert worden sind. Was sich nicht wegschaffen läßt, ist die Tatsache des steigenden Einflusses der Japaner auf die koreanische Regierung, das Anwachsen der japanischen Einwanderung und endlich der Umstand, daß Rußland darauf ausgehen muß, einen Hafen an der Südküste Koreas zu erwerben. In diesem letzteren Punkt liegt die kritische Seite der koreanischen Frage, deren Entscheidung man wohl hinausschieben kann, die sich aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Das russische Interesse spricht für Erhaltung des status quo, so lange das englisch-japanische Bündnis läuft. Das japanische Interesse ist das genau entgegengesetzte, aber es scheint uns nicht ausgeschlossen, daß nach der japanischen Seite hin England in dem ostasiatischen Zweibunde eine ähnliche Bedeutung gewinnt, wie Rußland in der alliance franco-russe, d. h. daß England die Revanchelust Japans zügelnd in der Rolle des Bundesgenossen den Ausbruch eines Krieges verhindert.

Weniger sicher lassen sich die Wirkungen des Bündnisses in Bezug auf Siam vorhersehen. Bekanntlich ist zum Nachfolger

Digitized by Google

Doumers Paul Beau als Gouverneur von Indo-Chin
worden. Doumer trug sich mit sehr weitgehenden Pl
einerseits den französischen Einfluß nach Jünnan, Kuang-
tung und Hainan zu lenken suchten; andererseits darauf
die französische Einflußsphäre über die Grenzen des Vert
3. Oktober 1893 hinaus auf das westliche Siam auszudehn
haben die Franzosen noch immer vertragswidrig Chantab
so daß England, welches seine Stellung in Birma gefäl
fast als ein Verbündeter Siams erscheint, und dabei auf
Unterstützung rechnen kann. So wie die Verhältnisse he
scheint ein Zurückweichen Frankreichs an diesen Punkten
zu werden, was dann freilich Herrn Delcassé unbequem
durch Doumer eintragen dürfte. Vielleicht nimmt er sein
an anderer Stelle, wo der Arm des russischen Bundesg
quemer hinreicht: im Persischen Golf und in Abessin
Rußland redet man sehr ernstlich davon, daß eine Verei
russischen mit der abessinischen Kirche nahe bevorstehe, u
Rolle, die der konfessionellen Gemeinschaft in der groß
Rußlands zukommt, könnte das von höchster Bedeutun
Eine abessinische Gesandtschaft ist bekanntlich seit geraume
russischem Boden; sie soll erst heimkehren, wenn Ras
Paris verläßt; so daß die abessinische Frage gleichzeitig
befreundeten Mächten angefaßt wird, und das dürfte sch
Zufall sein. Damit kombinieren sich die französisch-a
Eisenbahnpläne; die Linie Djibuti — Harrar — Addis-A
einmal die kürzeste Straße von Abessinien zum Roten Mee
oberen Nil nach Indien und Ostasien darstellen. Die russi
interessiert sich außerordentlich dafür, daß aus Djibuti
und fester Hafen gemacht werde, mit Kohlen- und Wa
damit dem Monopol Adens ein- für allemal ein Ende ber
In der Tat würde ein französischer Hafen Djibuti für R
epochemachender Bedeutung sein, und ebenso für andere A
im Roten Meer nicht vom guten Willen Englands abhäng

Wir übergehen die parallel laufenden Nachrichten
stehenden Unternehmungen im Persischen Golf; das gehört
zum eisernen Bestande russischer Zeitungskorrespondenzen,
kennen läßt sich nicht, daß die große Politik je länger je

Digitized by Google

den europäischen zu den außereuropäischen Problemen ablenkt. Gewiß eine Mahnung für uns, mit größerer Energie als bisher möglich war, unsere kolonialen Stellungen auszubauen und zu festigen. Namentlich der Eisenbahnbau in Deutsch-Ostafrika und in Südwestafrika wird bei der fieberhaften Tätigkeit, die von allen konkurrierenden Mächten entfaltet wird, zu einer schreienden Notwendigkeit.

Die Manöver, welche die italienische Flotte nach Tripolis geführt haben, wo sie bis zum 30. d. Mts. bleibt, um dann über Alexandria nach Konstantinopel zu fahren, und dem Sultan Geschenke König Viktor Emanuels II. zu überbringen, hat wegen der Absichten, die man der italienischen Regierung auf Tripolis zuschreibt, Aufsehen erregt, und ist namentlich von der französischen Presse schadenfroh dahin ausgebeutet worden, um die jüngsten Erklärungen Lord Lansdownes über die englisch-italienischen Beziehungen in Frage zu stellen. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß die italienische Politik sehr weit davon entfernt ist, Abenteuer zu suchen, wie sie ein Gewaltstreich gegen Tripolis sicher bringen würde. Daß aber Italien es nützlich findet, seine stolze Flotte in diesen Gewässern zu zeigen, ist sehr begreiflich. Italien ist auf dem Mittelmeer eine Potenz, die es wohl beanspruchen kann, für sich etwas zu bedeuten, und uns scheint, daß die Stellung, die es heute zwischen England und Frankreich einnimmt, seiner Bedeutung als eine der großen Mächte sehr wohl entspricht. Dasselbe gilt aber von dem anderen italienischen Geschwader, das gleichzeitig die albanische Küste entlang fährt, um sich später mit dem tripolitanischen Geschwader zu vereinigen. Auch an den Küsten des Adriatischen Meeres nach der orientalischen Seite hin wird so die Großmachtstellung markiert, was uns nur nützlich erscheint.

Es ist überraschend, wie schwer es in diesem Sommer fällt, die politische Ungeduld der kleinen Balkanstaaten zu zügeln, wobei diesmal weniger die Regierungen als die Völker, oder besser die Stämme die treibenden Faktoren sind. Hielten nicht Österreich und Rußland zusammen, der Brand wäre längst zu heller Lohe geschürt worden. So hat man wenigstens erreicht, daß die Türkei sich zu Reformen verstanden hat, bei denen dann freilich die Frage der Ausführung auch vertrauenden Gemütern Sorge macht. Makedonien kommt nicht zur Ruhe. An den serbisch-montenegrinisch-albanischen

Digitized by Google

Grenzen sind Konflikte die Regel, nicht die Ausnahme, im Verhältnis von Serbien und Bulgarien ist das Ver gering, daß militärische Vorbereitungen, wie größere Ma notwendig machen, regelmäßig Verdacht erregen und Gegen hervorrufen. Vielleicht am bedenklichsten ist jedoch die Gä durch Albanien geht. Sie hat schon mehrfach zu Denkschrifte die von einem albanischen Zentralkomitee an den Sultan wurden. Die „Peterb. Wjedom." bringen den Text d dieser Memorandums, und da es in der europäischen Pre Widerhall gefunden hat, obgleich es wegen seines Inhalts des russischen Echos Beachtung verdient, mag es in wörtli setzung hier Platz finden: „Ew. Majestät. Geruhen Sie hören; wir reden, wie es ehrlichen und treuergebenen Al ziemt, stets die Wahrheit. Die Bedingungen, unter denen sind die allerkläglichsten. Der Berliner Traktat hat Widerspruchs Ew. Majestät alles getan, um uns mit Haar den Griechen und Slaven auszuliefern. In den eu Parlamenten spricht man von uns, als seien wir ein af Stamm, den man niederkämpfen müsse. Die Regierungen Mächte schließen allerlei Verträge untereinander ab, um un land zu teilen; alltäglich und von allen Seiten wird das Volk beleidigt und gekränkt. Die ganze Welt ignoriert das Recht und die Stärke ist auf unserer Seite. Das w wenn die Stunde kommt, beweisen. Unser Territorium kultiviert; Handel und Industrie sind noch in den Anfä der Reichtum unserer Hafenplätze und die Schätze unse erregen die Gier der ausländischen, uns feindlichen Nation Städte und Dörfer führen ein verschlossenes, vereinzeltes sind in keiner Verbindung untereinander, weil es an allen b Straßen fehlt. Die katholischen und rechtgläubigen Al nicht gleiche Rechte mit den Muselmännern genießen, seh genötigt, in einen fremden Untertanenverband zu treten, Zahl dieser Leute nimmt in Albanien schnell zu. Wir h Schulen, die in unserer Sprache unterrichten, und wä Regierung Ew. Majestät ausländische Schulen beschützt, genötigt, mit den Waffen in der Hand, Tag und Na Grenzen vor Ausländern zu verteidigen, gegen Griechenland,

Digitized by Google

Serbien und Montenegro. Europa aber nennt uns deshalb Barbaren, da wir doch nichts Übles tun, wenn wir die Ehre Albaniens verteidigen und die Ruhe und Unantastbarkeit des Reichs aufrechterhalten."

„Ew. Majestät. Der Koran verlangt vom Kalifen, daß er die Stimme der unterworfenen Völker hört. Wir verlangen für unsere Vilajete Skodra, Janina, Kossowa, Monastyr eine von asiatischen und afrikanischen Vilajeten unabhängige Verwaltung, die es uns möglich macht, unter der Suzeränität Ew. Majestät die Einheit unserer Nation aufrecht zu erhalten, uns zu zivilisieren und unter Ew. Majestät Szepter die Unantastbarkeit des türkischen Reiches dem gemeinsamen Feinde gegenüber aufrecht zu erhalten. Wir verlangen Schulen mit Unterricht in unserer Sprache und Befreiung aller Albaner, die aus politischen Gründen verschickt worden sind. Albaner verstehen nicht zu lügen und deshalb erklären wir offen, daß wir entschlossen sind, uns alle zu einem Ganzen zu verbinden; alle echten Albaner, die nicht Werkzeuge in Händen von Ausländern sind, haben einmütig zu ihrem Führer erkoren Alardo Kastriota, den alle lieben, und der sich ganz der Aufgabe hingibt, sein Vaterland zu erneuern. Mögen andere Ew. Majestät betrügen, die Albaner werden es nie tun und sind bereit unter Eurem Schutz ihre Rechte zurückzugewinnen und ihre Nationalität zu verteidigen. Hält aber die Regierung an dem jetzigen System fest, das die Feinde Albaniens und des Reiches so zu ihrem Vorteil ausbeuten, und findet unsere Bitte kein Gehör, so mag Ew. Majestät wissen, daß das albanische Volk stark genug ist, sich selbst seine Freiheit zu erringen und daß es willig dafür sein Blut vergießen wird. Gott ist mit uns!"

Das Memorandum ist leider undatiert, und scheint uns um einige Wochen, vielleicht um einige Monate zurückzuliegen. Im wesentlichen aber entspricht es den auch jetzt herrschenden Stimmungen; und daß in ihm eine große Gefahr liegt, läßt sich nicht verkennen. Bei all diesen türkischen Angelegenheiten spielt die finanzielle Not der Pforte auf der einen und die Korruption des Beamtentums auf der anderen Seite die entscheidende Rolle; daran scheitern die bestgedachten und bestgemeinten Reformpläne. Vielleicht glückt es mit der jetzt geplanten Konvertierung der türkischen Schuld, die bekanntlich

Digitized by Google

von Rouvier in Angriff genommen, aber noch nicht zum gebracht ist, Es fällt aber auf, wie sehr Frankreich die orie Dinge in seinen Interessenkreis zu ziehen beginnt. Nac bulgarischen Finanzen mit französischem Gelde in Ordnung wurden, unterhandelt heute Serbien ebenfalls unter russisch zu gleichem Zweck mit Paris.

Die Bewegung gegen die Kongregationen ist nu vollem Gange. In den Departements Seine und Rhone bez. 45 kongregationistische Anstalten dem Untergange geweiht Man hat berechnet, daß im ganzen 150000 Kinder plö Eltern zurückgegeben werden, und es ist ohne Zweifel nicht sofort einen Ersatz für die geschlossenen Privatinstitute z ganz abgesehen davon, daß die Eltern wenig Neigung ha Kinder Schulen anzuvertrauen, in welchen die von der R vertretene antikirchliche Tendenz vorherrscht. Bei alledem aber nicht übersehen, daß neben dem religiösen Motiv, Widerstand lebendig erhält, auch eine bewußte politische O monarchistisch-nationalistischen Charakters hergeht. Die Roll die Herzogin von Orleans (älteste Tochter des Erzherzog die bis zum 24. Juli in Paris war, dort gespielt hat, läß keinen Zweifel aufkommen; auch führt man den Besuch de Reilles, de Mun, Piou, Cibiel, de Pomeyrol bei der Gem Präsidenten Loubet auf ihren Einfluß zurück. Gewiß monarchische Tendenz aussichtslos, aber sie hat dahin ge Kraft des Widerstandes zu lähmen, weil es auch unter de Klerus zahlreiche überzeugte Republikaner gibt.

Von den 87 französischen Bischöfen haben infolgedesse gegen das Verfahren der Regierung protestiert, und es ist greiflich, wenn Papst Leo XIII. zu keinem Beschluß in der i peinlichen Angelegenheit kommen kann; wird doch sogar b daß er ein Schisma für Frankreich fürchte.

Der Tod des Kardinals Ledochowski wird in Frankr eben betrauert — man sah in ihm einen Gegner der R Frankreichs in Bezug auf die Leitung der Katholiken des

Digitized by Google

31. Juli. Vergleich zwischen Argentinien und Chile.
31. Juli. Bauernunruhen im Saratowschen.
6. August. Zusammenkunft Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Nikolaus II. auf der revaler Rhede.

---

6. August 1902.

Im Juliheft der Zeitschrift „Rußkaja Mysl" (russischer Gedanke) ist ein interessanter Aufsatz von Jeropkin „Über den Niedergang der Landwirtschaft und über ihre Nöte" zum Abschluß gebracht. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage, die uns neuerdings wieder durch Bauernunruhen im Ssaratowschen zum Studium empfohlen worden ist, wird es lehrreich sein, die Schlüsse kennen zu lernen, die sich für Herrn Jeropkin aus dem Studium der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rußlands ergeben haben.

Er schreibt: „Die Höhe und der Druck der Steuern treibt den Bauern vom Acker fort, die Dörfer veröden, die Industrie wirbt für ihre Armee immer neue Rekruten aus der Dorfbevölkerung, die im kräftigsten Arbeitsalter steht, die Gutsbesitzer jammern über Mangel an Arbeitern und rufen die Regierung zu Hilfe, die ihrerseits ganz ohnmächtig der Arbeitskrisis gegenübersteht. Der Bauer reißt sich vom heimatlichen Boden und von seinem Dorf aber nur los, wenn die Not ihn von der gewohnten Scholle vertreibt. Hat er aber einmal sein Pferd, seinen Landanteil, sein Vieh und seine Hütte verloren, so hat für ihn, den nunmehr sorgenlosen Proletarier, der Vertrag, durch den er sich zur Bearbeitung gutsherrlicher Felder verpflichtet hat, weiter keinerlei Bedeutung. Da hilft keine kriminelle Verfolgung und kein Paßzwang, der Barfüßler läßt sich nicht festhalten.

Also weder Kriminalstrafen, noch irgend welche Zwangsmaßnahmen helfen hier; die Erhaltung der Bauernwirtschaft und vor

Digitized by Google

allem die möglichste Herabsetzung der Abgaben — das ist
der Stand der Gutsbesitzer von der Regierung zu erlang
muß. Annehmbare Getreidepreise, Erhöhung der Fruchtba
Bodens, Herabsetzung der Grundsteuer und der Abgaben —
die Trilogie des ländlichen Elends und der ländlichen Wü

Jeropkin kommt danach auf die riesigen Eisenbahnb
reden: „Aus welcher Quelle schöpfen denn schließlich die Ei
ihre Mittel? Von der Industrie ist nichts zu erwarten,
noch lebt, hat sie es den Bestellungen der Regierung zu
Geben muß die Landwirtschaft: eben jener Bauer, der
Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Produkte die Handels
unserem Vorteil erhöht hat, der die Erwartungen und He
des Branntweinmonopols gerechtfertigt hat, der die Ausgaben
dürfnisse der heimischen Industrie bestreitet — er ist es,
das Defizit der Eisenbahnwirtschaft tragen muß. Wem diese
wenig überzeugend erscheinen, dem raten wir, die Einnah
unseres Reichsbudgets recht genau anzusehen und dann die
der Landbevölkerung der unserer Städte und Fabriken gegenübe
Unzweifelhaft legt unsere Metallindustrie keinerlei Gewicht
Bedarf der Landleute — denn was bedeutet 0,3 Pud Eisen
auf den Kopf der russischen Bauerschaft, wie die Sems
Wjätka festgestellt hat? Bei so geringfügigem direkten B
ein Blühen, ja sogar ein Vegetieren der Eisenindustrie nicht
Über all diese Dinge streitet man nicht mehr. Ebenso unb
ist aber, daß unser Bauer entbehrt, um die anderen zu
er versagt sich den Gebrauch von Eisen und erhält doch die
industrie, ganz wie er nicht satt essen darf, weil man unseren
eine glänzende Handelsbilanz schaffen will.

Wenn wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, was über
armung der rjäsanschen Bauerschaft gesagt wurde, wie s
Prozentsatz verlassener Heimstätten steigt und wie stetig
der wohlhabenden Wirte sinkt, wie erstaunlich schnell das Li
der Gutswirtschaften fortschreitet und wie das Land dank
schüssen der Bauerbank in den Scheinbesitz der Bauern
kurz wenn wir uns das Bild der jetzigen ökonomischen Zust
flachen Landes vorstellen, so drängt sich die Frage auf:
Handelsbilanz konserviert werden und wir unsere Mitte

Digitized by Google

erschöpfen sollen, um dem unerfüllbaren Traum nachzujagen, daß wir den Weltrekord im Eisenbahnbau und in allen Zweigen der Industrie gewinnen — oder ob wir nicht vielmehr unsere eigene Bevölkerung dahin bringen sollen, daß sie sich satt essen kann und ihr die Möglichkeit bieten, einen eigenen Viehstand zu haben, der zu Hause aufgefüttert wird, ihren inneren Getreidemarkt in Nachfrage und Konsum zu steigern und im Kornkasten des Bauern einen kleinen Vorrat sowie in seiner Tasche das Geld zu wahren, das heute die Kosten für Transport und Verladung verschlingen und das dem hungernden Produzenten des Getreides zum Vorteil ausländischer Häfen geraubt wird."

Es ist doch unerläßlich, dieser gewiß aufrichtigen Stimme dem offiziellen Optimismus des Finanzkünstlers an der Newa gegenüber Beachtung zu schenken, und zwar um so mehr, als diese Betrachtungen in der so lange stummen russischen Presse ungestraft laut werden. Wir stehen eben einer Entwicklung gegenüber, deren elementare Kraft stetig anwächst und die früher oder später den Sieg über ein System erringen wird, dessen Härte selbst von diesem geduldigsten aller Völker nur noch zähneknirschend ertragen wird.

An dem System Witte aber hängt der ganze große Zusammenhang der inneren wie der auswärtigen Politik des russischen Reiches. Beides wird heute auf Kredit gemacht und beides muß einem Fiasko entgegengehen, wenn einmal der Kredit erschöpft ist. Bis dahin mag es weit sein, und jeder Freund einer gesunden Weltentwicklung muß wünschen, daß die Krisis nicht nur vertagt, sondern durch rechtzeitiges Einlenken in eine Politik, die mit Realitäten, nicht mit Fiktionen rechnet, vermieden wird. Vielleicht ist sogar von den lebenden russischen Staatsmännern Herr Witte der einzige, der die Wandlung zu vollziehen Kraft und Einsicht hätte, wenn er nur sicher wäre, nicht selbst einer plötzlichen Schwenkung zum Opfer zu fallen. Diese Sicherheit aber ist es gerade, die ihm nicht geboten werden kann, und so sehen wir, daß trotz der durch alle Kreise der russischen Intelligenz ziehenden liberalen Strömung die Regierung nicht nur an den eingeschlagenen Wegen festhält, sondern noch weiter in reaktionäre Bahnen einzulenken entschlossen scheint. Gerade jetzt geht das Gerücht durch das Land, daß eine Aufhebung der Gouvernements-landschafts-Institutionen unmittelbar bevorstehe. Wir wissen nicht, wie weit das Gerücht Grund hat, aber das Hauptorgan der russischen

Digitized by Google

24.—29. Juli. Ministerkrisis in Serbien.
26. Juli. Beilegung der italienisch-schweizerischen Differenzen unter Vermittlung
27. Juli. Bauernunruhen in Galizien.
29. Juli. Kardinal Gotti zum Generalpräfekten der propaganda fidei ernannt.
29. Juli. Konstituierung des liberalen Ministeriums Sturdza in Rumänien.

---

30. Juli

Schon die Übergabe der Zivilverwaltung von Tie
den Vizekönig Juanshikai und die Aufhebung der Besti
welche die chinesischen Truppen von der Hauptstadt Petsc
hielten, konnte als sicheres Anzeichen dafür gelten, daß die S
die auch nach geschlossenem Frieden im „großen Orient" fo
im wesentlichen gehoben war. Das hat sich denn auch in er
Weise dadurch bestätigt, daß England mit den Vizekö
Jantsekiangebietes einen vom Kaiser in Peking, oder
lieber, von der chinesischen Zentralstelle bestätigten Vertrag ab
hat, dem zufolge die unter dem Namen Likin bekannten B
endgültig beseitigt werden. Als Gegenleistung für den d
dingten Ausfall ist eine nicht unwesentliche Steigerung d
zölle für den Import und wahrscheinlich auch für den E
einbart worden. Diese Likinzölle bestanden erst seit dem J
und müssen als eine Folge der völligen Verwirrung betracht
die damals der Taiping-Aufstand hervorrief. Man dar
verwechseln mit den noch fortbestehenden Binnenzöllen,
einzelnen Vizekönigreiche und Provinzen von einander tren
Likins waren Zölle innerhalb einer Provinz und so dicht
ander angebracht, daß z. B. die 128 Kilometer, welche Scha
Sutschau trennen, durch nicht weniger als 10 Likinzollstätten
wurden. Offenbar hatte die chinesische Regierung dieses
wirtschaftlichen Verkehr mörderische System hauptsächlic

Digitized by Google

erhalten, um das Einbringen fremder Waren so gut wie unmöglich zu machen. Wenn jetzt mit diesem System gebrochen wird, so bedeutet das eine wirkliche Erschließung Chinas für den europäischen Handel, da es nicht zweifelhaft ist, daß korrespondierende Verträge auch mit den übrigen Mächten bevorstehen. Es ist das Verdienst von Sir James Makay und von dem chinesischen Kommissar Tscheng die Formel gefunden zu haben, welche die Verständigung möglich macht; wobei selbstverständlich die Haltung der beiden Vizekönige des Jantsebeckens das Verhalten Tschengs bestimmte. Überhaupt läßt sich nicht verkennen, daß jene aufgeklärten Vizekönige sich ein außerordentliches Verdienst um China erworben haben. Es ist ihnen zu danken, daß der Krieg lokalisiert blieb, und ohne Zweifel haben ihre Ratschläge wesentlich dazu beigetragen, daß die Friedens- und Reformpartei in Peking heute das Heft in Händen hat.

Nicht ganz geklärt sind freilich immer noch die Verhältnisse in der Mandschurei, aber man scheint von Seiten aller Interessenten entschlossen, an dieser heiklen Frage nicht zu rühren, seit Rußland sich zu prinzipiellen Zugeständnissen bequemt hat. Weniger zuversichtlich sehen wir die koreanischen Verhältnisse an, obgleich die letzten alarmierenden Nachrichten, wie es scheint, mit Fug und Recht dementiert worden sind. Was sich nicht wegschaffen läßt, ist die Tatsache des steigenden Einflusses der Japaner auf die koreanische Regierung, das Anwachsen der japanischen Einwanderung und endlich der Umstand, daß Rußland darauf ausgehen muß, einen Hafen an der Südküste Koreas zu erwerben. In diesem letzteren Punkt liegt die kritische Seite der koreanischen Frage, deren Entscheidung man wohl hinausschieben kann, die sich aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Das russische Interesse spricht für Erhaltung des status quo, so lange das englisch-japanische Bündnis läuft. Das japanische Interesse ist das genau entgegengesetzte, aber es scheint uns nicht ausgeschlossen, daß nach der japanischen Seite hin England in dem ostasiatischen Zweibunde eine ähnliche Bedeutung gewinnt, wie Rußland in der alliance franco-russe, d. h. daß England die Revancheluft Japans zügelnd in der Rolle des Bundesgenossen den Ausbruch eines Krieges verhindert.

Weniger sicher lassen sich die Wirkungen des Bündnisses in Bezug auf Siam vorhersehen. Bekanntlich ist zum Nachfolger

Digitized by Google

Doumers Paul Beau als Gouverneur von Indo-China
worden. Doumer trug sich mit sehr weitgehenden Plä
einerseits den französischen Einfluß nach Jünnan, Kuang-si,
tung und Hainan zu lenken suchten; andererseits darauf au
die französische Einflußsphäre über die Grenzen des Vertra
3. Oktober 1893 hinaus auf das westliche Siam auszudehner
haben die Franzosen noch immer vertragswidrig Chantabu
so daß England, welches seine Stellung in Birma gefähr
fast als ein Verbündeter Siams erscheint, und dabei auf j
Unterstützung rechnen kann. So wie die Verhältnisse heut
scheint ein Zurückweichen Frankreichs an diesen Punkten n
zu werden, was dann freilich Herrn Delcassé unbequeme
durch Doumer eintragen dürfte. Vielleicht nimmt er seine
an anderer Stelle, wo der Arm des russischen Bundesgen
quemer hinreicht: im Persischen Golf und in Abessini
Rußland redet man sehr ernstlich davon, daß eine Vereinig
russischen mit der abessinischen Kirche nahe bevorstehe, und
Rolle, die der konfessionellen Gemeinschaft in der großen
Rußlands zukommt, könnte das von höchster Bedeutung
Eine abessinische Gesandtschaft ist bekanntlich seit geraumer
russischem Boden; sie soll erst heimkehren, wenn Ras M
Paris verläßt; so daß die abessinische Frage gleichzeitig vo
befreundeten Mächten angefaßt wird, und das dürfte schwe
Zufall sein. Damit kombinieren sich die französisch-abe
Eisenbahnpläne; die Linie Djibuti — Harrar — Addis-Abe
einmal die kürzeste Straße von Abessinien zum Roten Meer
oberen Nil nach Indien und Ostasien darstellen. Die russisch
interessiert sich außerordentlich dafür, daß aus Djibuti ei
und fester Hafen gemacht werde, mit Kohlen- und Wass
damit dem Monopol Adens ein- für allemal ein Ende bereit
In der Tat würde ein französischer Hafen Djibuti für Ruß
epochemachender Bedeutung sein, und ebenso für andere Mä
im Roten Meer nicht vom guten Willen Englands abhänge

Wir übergehen die parallel laufenden Nachrichten vo
stehenden Unternehmungen im Persischen Golf; das gehört n
zum eisernen Bestande russischer Zeitungskorrespondenzen,
kennen läßt sich nicht, daß die große Politik je länger je

Digitized by Google

den europäischen zu den außereuropäischen Problemen ablenkt. Gewiß eine Mahnung für uns, mit größerer Energie als bisher möglich war, unsere kolonialen Stellungen auszubauen und zu festigen. Namentlich der Eisenbahnbau in Deutsch-Ostafrika und in Südwestafrika wird bei der fieberhaften Tätigkeit, die von allen konkurrierenden Mächten entfaltet wird, zu einer schreienden Notwendigkeit.

Die Manöver, welche die italienische Flotte nach Tripolis geführt haben, wo sie bis zum 30. d. Mts. bleibt, um dann über Alexandria nach Konstantinopel zu fahren, und dem Sultan Geschenke König Viktor Emanuels II. zu überbringen, hat wegen der Absichten, die man der italienischen Regierung auf Tripolis zuschreibt, Aufsehen erregt, und ist namentlich von der französischen Presse schadenfroh dahin ausgebeutet worden, um die jüngsten Erklärungen Lord Lansdownes über die englisch-italienischen Beziehungen in Frage zu stellen. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß die italienische Politik sehr weit davon entfernt ist, Abenteuer zu suchen, wie sie ein Gewaltstreich gegen Tripolis sicher bringen würde. Daß aber Italien es nützlich findet, seine stolze Flotte in diesen Gewässern zu zeigen, ist sehr begreiflich. Italien ist auf dem Mittelmeer eine Potenz, die es wohl beanspruchen kann, für sich etwas zu bedeuten, und uns scheint, daß die Stellung, die es heute zwischen England und Frankreich einnimmt, seiner Bedeutung als eine der großen Mächte sehr wohl entspricht. Dasselbe gilt aber von dem anderen italienischen Geschwader, das gleichzeitig die albanische Küste entlang fährt, um sich später mit dem tripolitanischen Geschwader zu vereinigen. Auch an den Küsten des Adriatischen Meeres nach der orientalischen Seite hin wird so die Großmachtstellung markiert, was uns nur nützlich erscheint.

Es ist überraschend, wie schwer es in diesem Sommer fällt, die politische Ungeduld der kleinen Balkanstaaten zu zügeln, wobei diesmal weniger die Regierungen als die Völker, oder besser die Stämme die treibenden Faktoren sind. Hielten nicht Österreich und Rußland zusammen, der Brand wäre längst zu heller Lohe geschürt worden. So hat man wenigstens erreicht, daß die Türkei sich zu Reformen verstanden hat, bei denen dann freilich die Frage der Ausführung auch vertrauenden Gemütern Sorge macht. Makedonien kommt nicht zur Ruhe. An den serbisch-montenegrinisch-albanischen

Digitized by Google

Grenzen sind Konflikte die Regel, nicht die Ausnahme, im Verhältnis von Serbien und Bulgarien ist das Ver gering, daß militärische Vorbereitungen, wie größere Ma notwendig machen, regelmäßig Verdacht erregen und Gegen hervorrufen. Vielleicht am bedenklichsten ist jedoch die Gä durch Albanien geht. Sie hat schon mehrfach zu Denkschrifte die von einem albanischen Zentralkomitee an den Sultan wurden. Die „Peterb. Wjedom." bringen den Text d dieser Memorandums, und da es in der europäischen Pre Widerhall gefunden hat, obgleich es wegen seines Inhalts des russischen Echos Beachtung verdient, mag es in wörtli setzung hier Platz finden: „Ew. Majestät. Geruhen Sie hören; wir reden, wie es ehrlichen und treuergebenen Alb ziemt, stets die Wahrheit. Die Bedingungen, unter denen sind die allerkläglichsten. Der Berliner Traktat hat Widerspruchs Ew. Majestät alles getan, um uns mit Haar den Griechen und Slaven auszuliefern. In den eu Parlamenten spricht man von uns, als seien wir ein af Stamm, den man niederkämpfen müsse. Die Regierungen d Mächte schließen allerlei Verträge untereinander ab, um un land zu teilen; alltäglich und von allen Seiten wird das Volk beleidigt und gekränkt. Die ganze Welt ignoriert das Recht und die Stärke ist auf unserer Seite. Das we wenn die Stunde kommt, beweisen. Unser Territorium kultiviert; Handel und Industrie sind noch in den Anfän der Reichtum unserer Hafenplätze und die Schätze unser erregen die Gier der ausländischen, uns feindlichen Nationen Städte und Dörfer führen ein verschlossenes, vereinzeltes sind in keiner Verbindung untereinander, weil es an allen br Straßen fehlt. Die katholischen und rechtgläubigen Alb nicht gleiche Rechte mit den Muselmännern genießen, sehe genötigt, in einen fremden Untertanenverband zu treten, Zahl dieser Leute nimmt in Albanien schnell zu. Wir ha Schulen, die in unserer Sprache unterrichten, und wä Regierung Ew. Majestät ausländische Schulen beschützt, genötigt, mit den Waffen in der Hand, Tag und Na Grenzen vor Ausländern zu verteidigen, gegen Griechenland,

Digitized by Google

Serbien und Montenegro. Europa aber nennt uns deshalb Barbaren, da wir doch nichts Übles tun, wenn wir die Ehre Albaniens verteidigen und die Ruhe und Unantastbarkeit des Reichs aufrechterhalten."

„Ew. Majestät. Der Koran verlangt vom Kalifen, daß er die Stimme der unterworfenen Völker hört. Wir verlangen für unsere Vilajete Skodra, Janina, Kossowa, Monastyr eine von asiatischen und afrikanischen Vilajeten unabhängige Verwaltung, die es uns möglich macht, unter der Suzeränität Ew. Majestät die Einheit unserer Nation aufrecht zu erhalten, uns zu zivilisieren und unter Ew. Majestät Szepter die Unantastbarkeit des türkischen Reiches dem gemeinsamen Feinde gegenüber aufrecht zu erhalten. Wir verlangen Schulen mit Unterricht in unserer Sprache und Befreiung aller Albaner, die aus politischen Gründen verschickt worden sind. Albaner verstehen nicht zu lügen und deshalb erklären wir offen, daß wir entschlossen sind, uns alle zu einem Ganzen zu verbinden; alle echten Albaner, die nicht Werkzeuge in Händen von Ausländern sind, haben einmütig zu ihrem Führer erkoren Alardo Kastriota, den alle lieben, und der sich ganz der Aufgabe hingibt, sein Vaterland zu erneuern. Mögen andere Ew. Majestät betrügen, die Albaner werden es nie tun und sind bereit unter Eurem Schutz ihre Rechte zurückzugewinnen und ihre Nationalität zu verteidigen. Hält aber die Regierung an dem jetzigen System fest, das die Feinde Albaniens und des Reiches so zu ihrem Vorteil ausbeuten, und findet unsere Bitte kein Gehör, so mag Ew. Majestät wissen, daß das albanische Volk stark genug ist, sich selbst seine Freiheit zu erringen und daß es willig dafür sein Blut vergießen wird. Gott ist mit uns!"

Das Memorandum ist leider undatiert, und scheint uns um einige Wochen, vielleicht um einige Monate zurückzuliegen. Im wesentlichen aber entspricht es den auch jetzt herrschenden Stimmungen; und daß in ihm eine große Gefahr liegt, läßt sich nicht verkennen. Bei all diesen türkischen Angelegenheiten spielt die finanzielle Not der Pforte auf der einen und die Korruption des Beamtentums auf der anderen Seite die entscheidende Rolle; daran scheitern die bestgedachten und bestgemeinten Reformpläne. Vielleicht glückt es mit der jetzt geplanten Konvertierung der türkischen Schuld, die bekanntlich

Digitized by Google

von Rouvier in Angriff genommen, aber noch nicht zum gebracht ist. Es fällt aber auf, wie sehr Frankreich die orie Dinge in seinen Interessenkreis zu ziehen beginnt. Nac bulgarischen Finanzen mit französischem Gelde in Ordnung wurden, unterhandelt heute Serbien ebenfalls unter russisch zu gleichem Zweck mit Paris.

Die Bewegung gegen die Kongregationen ist nu vollem Gange. In den Departements Seine und Rhone bez. 45 kongregationistische Anstalten dem Untergange geweih Man hat berechnet, daß im ganzen 150000 Kinder plö Eltern zurückgegeben werden, und es ist ohne Zweifel nicht sofort einen Ersatz für die geschlossenen Privatinstitute z ganz abgesehen davon, daß die Eltern wenig Neigung ha Kinder Schulen anzuvertrauen, in welchen die von der K vertretene antikirchliche Tendenz vorherrscht. Bei alledem aber nicht übersehen, daß neben dem religiösen Motiv, Widerstand lebendig erhält, auch eine bewußte politische T monarchistisch-nationalistischen Charakters hergeht. Die Rol die Herzogin von Orleans (älteste Tochter des Erzherzog die bis zum 24. Juli in Paris war, dort gespielt hat, läß keinen Zweifel aufkommen; auch führt man den Besuch de Reilles, de Mun, Piou, Cibiel, de Pomeyrol bei der Gem Präsidenten Loubet auf ihren Einfluß zurück. Gewiß monarchische Tendenz aussichtslos, aber sie hat dahin ge Kraft des Widerstandes zu lähmen, weil es auch unter d Klerus zahlreiche überzeugte Republikaner gibt.

Von den 87 französischen Bischöfen haben infolgedesse gegen das Verfahren der Regierung protestiert, und es ist greiflich, wenn Papst Leo XIII. zu keinem Beschluß in der i peinlichen Angelegenheit kommen kann; wird doch sogar daß er ein Schisma für Frankreich fürchte.

Der Tod des Kardinals Ledochowski wird in Frank eben betrauert — man sah in ihm einen Gegner der Frankreichs in Bezug auf die Leitung der Katholiken des

Digitized by Google

31. Juli. Vergleich zwischen Argentinien und Chile.
31. Juli. Bauernunruhen im Saratowschen.
6. August. Zusammenkunft Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Nikolaus II. auf der revaler Rhede.

---

6. August 1902.

Im Juliheft der Zeitschrift „Rußkaja Mysl" (russischer Gedanke) ist ein interessanter Aufsatz von Jeropkin „Über den Niedergang der Landwirtschaft und über ihre Nöte" zum Abschluß gebracht. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage, die uns neuerdings wieder durch Bauernunruhen im Saratowschen zum Studium empfohlen worden ist, wird es lehrreich sein, die Schlüsse kennen zu lernen, die sich für Herrn Jeropkin aus dem Studium der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rußlands ergeben haben.

Er schreibt: „Die Höhe und der Druck der Steuern treibt den Bauern vom Acker fort, die Dörfer veröden, die Industrie wirbt für ihre Armee immer neue Rekruten aus der Dorfbevölkerung, die im kräftigsten Arbeitsalter steht, die Gutsbesitzer jammern über Mangel an Arbeitern und rufen die Regierung zu Hilfe, die ihrerseits ganz ohnmächtig der Arbeitskrisis gegenübersteht. Der Bauer reißt sich vom heimatlichen Boden und von seinem Dorf aber nur los, wenn die Not ihn von der gewohnten Scholle vertreibt. Hat er aber einmal sein Pferd, seinen Landanteil, sein Vieh und seine Hütte verloren, so hat für ihn, den nunmehr sorgenlosen Proletarier, der Vertrag, durch den er sich zur Bearbeitung gutsherrlicher Felder verpflichtet hat, weiter keinerlei Bedeutung. Da hilft keine kriminelle Verfolgung und kein Paßzwang, der Barfüßler läßt sich nicht festhalten.

Also weder Kriminalstrafen, noch irgend welche Zwangsmaßnahmen helfen hier; die Erhaltung der Bauernwirtschaft und vor

Digitized by Google

allem die möglichste Herabsetzung der Abgaben — das
der Stand der Gutsbesitzer von der Regierung zu erla
muß. Annehmbare Getreidepreise, Erhöhung der Frucht
Bodens, Herabsetzung der Grundsteuer und der Abgaben
die Trilogie des ländlichen Elends und der ländlichen W

Jeropkin kommt danach auf die riesigen Eisenbah
reden: „Aus welcher Quelle schöpfen denn schließlich die
ihre Mittel? Von der Industrie ist nichts zu erwarte
noch lebt, hat sie es den Bestellungen der Regierung
Geben muß die Landwirtschaft: eben jener Bauer, der
Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Produkte die Hande
unserem Vorteil erhöht hat, der die Erwartungen und
des Branntweinmonopols gerechtfertigt hat, der die Ausgab
dürfnisse der heimischen Industrie bestreitet — er ist es
das Defizit der Eisenbahnwirtschaft tragen muß. Wem di
wenig überzeugend erscheinen, dem raten wir, die Einn
unseres Reichsbudgets recht genau anzusehen und dann d
der Landbevölkerung der unserer Städte und Fabriken gegenü
Unzweifelhaft legt unsere Metallindustrie keinerlei Gewi
Bedarf der Landleute — denn was bedeutet 0,3 Pud Eis
auf den Kopf der russischen Bauerschaft, wie die Se
Wjätka festgestellt hat? Bei so geringfügigem direkten
ein Blühen, ja sogar ein Vegetieren der Eisenindustrie ni
Über all diese Dinge streitet man nicht mehr. Ebenso u
ist aber, daß unser Bauer entbehrt, um die anderen zu
er versagt sich den Gebrauch von Eisen und erhält doch
industrie, ganz wie er nicht satt essen darf, weil man unser
eine glänzende Handelsbilanz schaffen will.

Wenn wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, was übe
armung der rjäsanschen Bauerschaft gesagt wurde, wie
Prozentsatz verlassener Heimstätten steigt und wie stetig
der wohlhabenden Wirte sinkt, wie erstaunlich schnell das
der Gutswirtschaften fortschreitet und wie das Land dan
schüssen der Bauerbank in den Scheinbesitz der Bauern
kurz wenn wir uns das Bild der jetzigen ökonomischen Z
flachen Landes vorstellen, so drängt sich die Frage auf:
Handelsbilanz konserviert werden und wir unsere Mi

Digitized by Google

erschöpfen sollen, um dem unerfüllbaren Traum nachzujagen, daß wir den Weltrekord im Eisenbahnbau und in allen Zweigen der Industrie gewinnen — oder ob wir nicht vielmehr unsere eigene Bevölkerung dahin bringen sollen, daß sie sich satt essen kann und ihr die Möglichkeit bieten, einen eigenen Viehstand zu haben, der zu Hause aufgefüttert wird, ihren inneren Getreidemarkt in Nachfrage und Konsum zu steigern und im Kornkasten des Bauern einen kleinen Vorrat sowie in seiner Tasche das Geld zu wahren, das heute die Kosten für Transport und Verladung verschlingen und das dem hungernden Produzenten des Getreides zum Vorteil ausländischer Häfen geraubt wird."

Es ist doch unerläßlich, dieser gewiß aufrichtigen Stimme dem offiziellen Optimismus des Finanzkünstlers an der Newa gegenüber Beachtung zu schenken, und zwar um so mehr, als diese Betrachtungen in der so lange stummen russischen Presse ungestraft laut werden. Wir stehen eben einer Entwicklung gegenüber, deren elementare Kraft stetig anwächst und die früher oder später den Sieg über ein System erringen wird, dessen Härte selbst von diesem geduldigsten aller Völker nur noch zähneknirschend ertragen wird.

An dem System Witte aber hängt der ganze große Zusammenhang der inneren wie der auswärtigen Politik des russischen Reiches. Beides wird heute auf Kredit gemacht und beides muß einem Fiasko entgegengehen, wenn einmal der Kredit erschöpft ist. Bis dahin mag es weit sein, und jeder Freund einer gesunden Weltentwicklung muß wünschen, daß die Krisis nicht nur vertagt, sondern durch rechtzeitiges Einlenken in eine Politik, die mit Realitäten, nicht mit Fiktionen rechnet, vermieden wird. Vielleicht ist sogar von den lebenden russischen Staatsmännern Herr Witte der einzige, der die Wandlung zu vollziehen Kraft und Einsicht hätte, wenn er nur sicher wäre, nicht selbst einer plötzlichen Schwenkung zum Opfer zu fallen. Diese Sicherheit aber ist es gerade, die ihm nicht geboten werden kann, und so sehen wir, daß trotz der durch alle Kreise der russischen Intelligenz ziehenden liberalen Strömung die Regierung nicht nur an den eingeschlagenen Wegen festhält, sondern noch weiter in reaktionäre Bahnen einzulenken entschlossen scheint. Gerade jetzt geht das Gerücht durch das Land, daß eine Aufhebung der Gouvernements-landschafts-Institutionen unmittelbar bevorstehe. Wir wissen nicht, wie weit das Gerücht Grund hat, aber das Hauptorgan der russischen

Digitized by Google

Reaktionspartei, die „Moskowskija Wjedomosti", deren Ch
ein Herr Gringmut, schwedischer oder deutscher Herkunft, a
nationalistischer Richtung ist, hat bereits die Siegesfanfare a
„Die Aufhebung der Gouvernementslandschaften" — jub
„wird die ungeheueren Kosten des Unterhalts der unf
landschaftlichen Bureaukratie mit einem Schlage verringer
Möglichkeit zu einer nützlichen Verwendung der frei g
Summen schaffen . . . Das Parlamentspielen wird
nehmen . . ." Die Kreislandschaftsinstitutionen, die Herr
gütigst fortbestehen läßt, sollen so in direktere Beziehunge
Zentralregierung gesetzt werden, die keinerlei Bedürfnis „n
welchen Gebiets-Landschaften" verspüre. Sollte ein solc
wirklich bestehen, so wäre das nichtoffizielle Rußland
mundtod, aber es wäre dann auch ein Ventil weniger v
um der nicht unbedenklichen Spannung der Geister in un
Weise Luft zu machen. Jene landschaftliche Bureaukr
deren bevorstehende Beseitigung das Moskauer Blatt sich f
ist ein Organ der Selbstverwaltung, an dessen Stelle
Routine der staatlichen Bureaukratie treten würde, über
popularität im ganzen weiten Reiche kein Zweifel beste
Wesentliche aber würde doch sein, daß ein Schritt weiter ge
um die Reformarbeit Alexander II. zu Schanden zu mach
Gouvernements-Landschaftsinstitutionen sollten das Gerüste
Bau der Reichsverfassung, durch welche der unglückliche
Reformarbeit zu krönen dachte. Bekanntlich haben die
denen er am 1./13. März 1881 zum Opfer fiel, mit ihm a
Verfassungsprojekt umgebracht, so daß Rußland in den 2
die seither hingegangen sind, unter der Nachwirkung jene
steht. Die Entscheidung für die Rückkehr zum unbeschrä
solutismus ist übrigens nicht gleich, sondern unter mer
Schwankungen des neuen Zaren Alexander III. erst am 29. A
gefallen. Da wir auf diese auch heute politisch bedeutsamen
Ereignisse zu sprechen kommen, mag einer bei uns wenig
Darstellung jener Krisis gedacht werden, die Anfang
Fürsten Meschtscherski im 3. Teil seiner Lebenserinnerun
öffentlicht vom „Graschdanin" und verdeutscht in der „St. P
Zeitung"), in seiner drastischen Weise erzählt worden ist. E

Digitized by Google

„Wenn ich nicht irre, war es der 1. Mai 1881, als ich, auf die Straße tretend, den nunmehr bereits verstorbenen B. M. Markewitsch mit freudestrahlendem Gesichte bei mir vorfahren sah."

„Loris ist verabschiedet, ich gratuliere!"

Wir küßten uns.

Was war vorgegangen?

Was eigentlich vorgegangen war, vermag ich auch jetzt, wo 20 Jahre seitdem verflossen sind, nicht genau zu sagen, da ich weder damals noch später von den Personen, welche bei dem Umschwunge eine Rolle gespielt hatten, so genaue und vollständige Nachrichten habe erhalten können, um eine folgerichtige Erzählung des ganzen Herganges zu geben.

Auf den 28. April hatte der Kaiser die Maiparade festgesetzt.

Für den 29. April hatte Graf Loris-Melikow in seinem Hause eine Zusammenkunft aller Minister anberaumt, auf welcher über die Frage der bevorstehenden Reformen, und unter anderem über die projektierte Einberufung der von den Landschaften erwählten Sachverständigen zur Teilnahme an den Reichsratssitzungen, beraten werden sollte.

Am 29. April erschien aber das Manifest von der Bekräftigung des Selbstherrschertums.

Am Morgen des 28. April wußte also Graf Loris-Melikow noch nichts davon, was am 29. April passierte, und folglich auch nichts davon, was am 26. und 27. April in Zarskoje Sselo vor sich gegangen war.

Nach der einen Version hatte sich an diesen denkwürdigen Tagen folgendes begeben: Erschreckt durch die Pläne des in seiner Stellung gefestigten Grafen Loris-Melikow, soll Katkow nach Petersburg gekommen sein und sich zu K. P. Pobedonoszew begeben haben, mit dem er ein langes Gespräch über die politische Lage hatte; darauf soll K. P. Pobedonoszew zum Kaiser gefahren sein und nun mit ihm ein langes Gespräch gehabt haben, nach welchem der durch die starken und klaren Argumente seines treuen Dieners überzeugte Herrscher den Beschluß faßte, den Mißverständnissen und Wirren, die infolge der Gerüchte von irgendwelchen neuen liberalen Plänen des Grafen Loris-Melikow überall um sich gegriffen hatten, ein Ende zu machen.

Diese Version wird jedoch, soweit mir bekannt, in einigen Teilen von K. P. Pobedonoszew selbst dementiert. Nach der anderen Version sollen dem Herrscher von ihm ergebenen Persönlichkeiten schriftliche Äußerungen zugegangen sein, in welchen ihm mit voller Aufrichtigkeit Einwendungen gegen die Politik der liberalen Konzessionen des Grafen Loris-Melikow vorgelegt wurden und dem Bedürfnis Ausdruck gegeben ward, daß zum Zwecke der Beruhigung der Gemüter und der Rückkehr der Ordnung die Hauptsache — das Selbstherrschertum — gefestigt werden müsse. Unter diesen Briefen habe sich auch einer von Katkow befunden. Es läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der Herrscher unter dem Einflusse dieser Briefe viel über die damalige Lage Rußlands, über die verflossene Regierung und über seine augenblicklichen Verpflichtungen nachdachte, in seiner kristallreinen Seele seine Gedanken vor das

Digitized by Google

Gericht seines hochwahrhaften Gewissens und seiner Liebe für Ru
und dann zum Entschlusse gelangte. Als er diesen gefaßt, lud er
donoszew zu sich, hatte ein Gespräch mit ihm und gab ihm den
Manifest zu schreiben, um seinem ganzen Volke seinen Entschluß zu
Alles dieses ging am 25. oder 26. April vor sich. Das Manifest wurde
vom Herrscher gutgeheißen, unterschrieben und am 27. April dem J
Nabokow gesandt, damit er es in der Senats-Typographie drucken

Wie gesagt, wußte hiervon noch am Vorabende des Ersch
Manifestes weder Graf Loris-Melikow noch sonst jemand in der
erfuhr es aber am Morgen des 28. April auf eine für ihn ganz
Weise. Graf Loris-Melikow hatte einen seiner Departementsdirekt
beschieden und beauftragte ihn, in geschäftlichen Angelegenheiten
minister Nabokow zu fahren und ihn unter anderem an die Aben
Ministerkonseils zu erinnern, die bei ihm stattfinden sollte. Graf Lor
war frisch und fröhlich wie noch nie. Der Departementsdirektor
zum Justizminister und traf ihn beim Lesen der Korrektur des
Der Minister las ihm den Text des Manifestes nach dem Korrektu
und betraute ihn damit, dem Grafen den Inhalt desselben mitzu
war ein historischer Augenblick. Es ist anzunehmen, daß der Abg
Grafen Loris-Melikow, als der Justizminister das Manifest verle
den Auftrag gab, den Inhalt keinem Geringeren als dem Grafen Lori
der noch für den ersten Minister galt, mitzuteilen, sofort begri
große Machthaber gefallen sei, da der Justizminister in einem an
wahrscheinlich nicht diesen Weg der Mitteilung gewählt hätte, so
zum Grafen Loris-Melikow gefahren wäre, um ihn vom Manifest
zu setzen. Wie dem aber auch sei, der Departementsdirektor mu
Hauptstellen des ihm verlesenen Manifestes genau ins Gedächtnis
in einer ganz anderen Stimmung zum Grafen Loris-Melikow z
als jene war, in der er ihn verlassen.

Graf Loris-Melikow empfing ihn frisch und vergnügt.

„Nun?“ fragte er.

„Vor allen Dingen muß ich Ew. Erlaucht über ein wichtige
berichten.“

Wahrscheinlich war das Gesicht des Direktors so ernst, daß
Loris-Melikow die Frage: was ist denn? bereits in plötzlich
Stimmung stellte.

Der Departementsdirektor referierte über den Inhalt des Ma
teilte mit, daß es am nächsten Tage veröffentlicht werde.

Diesen verhängnisvollen Bericht hörte Graf Loris-Melikow
Als am Schlusse desselben die wesentlichsten Worte des Manifest
Bekräftigung des Selbstherrschertums ertönten, ließ sich Graf Lor
auf den Stuhl nieder, vor dem er stand, und versank in tiefes
Der Legende zufolge soll der Graf nach einigen Minuten des
aufgestanden sein, und es sollen ihm die Worte entfahren sein: sie

Digitized by Google

zu Grunde richten. Diese Worte sind von historischer Bedeutung und liefern den Beweis, wie weit der in die Stellung eines Diktators von Rußland geratene kluge kaukasische General von dem Verständnis der staatlichen lebendigen Wahrheit entfernt und wie aufrichtig er gleichzeitig in seiner Verirrung war. In dieser aufrichtigen Verirrung dachte er nur an die in ihm wogenden liberalen Träumereien, indem er aber sagte, durch die Festigung des Selbstherrschertums würden „sie ihn zu Grunde richten", vergaß er vollständig, daß der 1. März der schreckliche Epilog jener Reihe liberaler Konzessionen war, welche das Selbstherrschertum geschwächt und nur das Gebiet der uferlosen Bestrebungen der Feinde desselben erweitert hatten.

An demselben Abend (wie Fürst Meschtscherski oben sagte, sollte doch die Sitzung am 29. April stattfinden? Die Red. der „P. Z.") fand die früher anberaumte Sitzung beim Grafen Loris-Melikow statt. Alle Minister kamen zusammen, und auf den Gesichtern des Hausherrn und der versammelten Minister stand zu lesen, daß die Kunde vom Manifest des morgenden Tages ihnen bereits zugegangen war.

Wie mir später ein Freund nach der Erzählung eines der Teilnehmer mitgeteilt hat, bot K. P. Pobedonoszew auf dieser Sitzung ein ganz besonderes Bild. Er war ruhig und klar und stand im Gegensatze zu jenen Ministern, die sich um den Grafen Loris-Melikow gruppierten, und auf deren Gesichtern ihre unruhige Gemütsverfassung deutlich ausgeprägt war. Es versteht sich von selbst, daß die Sitzung nicht lange dauerte, da das Staatsereignis, das am nächsten Tage bevorstand, sowohl das Schicksal der zu beratenden Fragen, als die Festigkeit der Stellung des Vorsitzenden zweifelhaft machte. Ich hörte später, daß auf dieser Beratung drei Minister — der Kriegsminister Graf Miljutin, der Minister des Innern Graf Loris-Melikow und der Finanzminister Abasa — übereinkamen, nach dem Erscheinen des Manifestes um ihre Verabschiedung zu bitten.

Am anderen Tage erschien das Manifest. Es war herrlich in seiner Kraft, Klarheit und Kürze. Seine Wirkung war sehr groß.

Nach der Maiparade auf dem Frühstück beim Prinzen von Oldenburg war der Herrscher gegen den Grafen Loris-Melikow sehr liebenswürdig und aufmerksam."

Trotz einzelner Widersprüche in den Daten dürfte die Erzählung Meschtscherskis in der Hauptsache den Zusammenhang der Ereignisse richtig dargestellt haben. Mit seiner Schlußbetrachtung dagegen kann man sich schwerlich zufrieden geben. Man mag noch so sehr davon überzeugt sein, daß Rußland für ein konstitutionelles Regiment nicht reif ist (Alexander II. dachte übrigens vorläufig nur an die Erweiterung des Reichsrats durch eine Notabeln-Versammlung, und nur darüber ist am 8./20. März 1881 in Gegenwart Alexanders III. beraten worden), darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Wege, auf

Digitized by Google

denen das autoritative System behauptet und im Volks
gekräftigt werden sollte, die richtigen nicht waren. Von den
die damals die Entscheidung gegen die Fortsetzung der Re
gaben, ist heute nur noch der Generalprokurator Pobedon
Leben; er ist die bestgehaßte Persönlichkeit Rußlands.
der Finanzminister Witte sich ihm affiliert hat, läßt sich
lich erkennen. Witte hat gelegentlich auch liberale Anw
gezeigt, und deshalb meint man, er werde auch für
Melikowschen Ideen von 1881 zu haben sein. Im Auge
hält er offenbar sein bisheriges System noch nicht für abgew
und so mag es noch eine Zeitlang weitergehen; wie lange
wird, das ist eine der allerwichtigsten Fragen der großen

Es liegt nahe, eine Parallele zwischen ihm und dem
Staatsmann zu ziehen, der heute mit den Machtmitteln, des
tarismus eine fast gleichgebietende und bestimmende Ro
Chamberlain. Beide Männer haben die gleiche er
Einseitigkeit gemeinsam, beide sind Parvenus, die zunächst
finanzielles Geschick emporkamen und schließlich den ganzen
Abhängigkeit von ihren besonderen Zukunftsplänen setzt
zwischen der imperialistischen Politik des Engländers und der
Politik des Russen läßt sich eine gewisse Verwandtschaft nicht
Nur daß Chamberlain dabei originaler ist, während Wittes
Eisenbahnpolitik sich als ein Glied in der Kette des w
russischen Imperialismus erweist. Chamberlain sucht die
heranzulocken, um den Zusammenschluß der angelsächsischen
erreichen, Witte und die russischen Staatsmänner, mit dene
oder die mit ihm gehen — denn wer mag diese Frage
scheiden — zerbrechen zu gleichem Zweck das Sonderlebe
Provinzen anderen Stammes und anderer Vergangenheit. B
schaften für die Zukunft auf Kosten der Gegenwart, aber Ch
hat sein va banque Spiel gewonnen und Witte steht erf
der Entscheidung!

Übrigens fehlt es auch nicht an Anzeichen, daß in
eine Wendung sich vorbereiten könnte, die den Liberalen,
unter Campbell-Bannerman, oder unter Roseberry, zu den
Regierungstische verhelfen könnte. Wenn die Krönung h
liegt, die Kolonialminister mit ihren „Anregungen" heimge

Digitized by Google

werden, dann muß der imperialistische Hochdruck, der bisher das öffentliche Leben Englands bestimmt hat, notwendig nachlassen. Die Nöte und Interessen der Tagespolitik werden sich in den Vordergrund drängen. Schon hat in der Frage der Schulreform die Opposition merklich an Boden gewonnen, sie hat die Überlieferungen der alt-englischen Politik für sich, wenn sie mit Nachdruck darauf hinweist, daß das gegenwärtige Ministerium dem Gedanken des Freihandels untreu geworden sei, sie dringt auf mehr als oberflächliche Untersuchung der Verantwortlichkeiten für die Schäden, die während des südafrikanischen Krieges so grell zu Tage traten, sie steht mit der sehr ansehnlichen Macht der demokratischen Arbeiterorganisationen in weit lebendigerer Fühlung als die Neu-Torys, endlich, sie hat den Finger auf die wunden Punkte in der auswärtigen Politik Englands gelegt. Speziell das Verhalten des Ministeriums Italien gegenüber wird bitter kritisiert, und auch die alten Klagen über die Unzulänglichkeit von Armee und Marine wollen nicht verstummen. Im Hintergrunde aber erregt die irische Frage die Leidenschaften, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob das inkonziliante Programm der Regierung zum Ziele führen wird. Daß der wichtige Parlamentssitz in Leeds, dessen bisheriger Vertreter Jackson Peer geworden ist, dem liberalen Barran zufallen konnte, und das Übergehen des ministeriellen Deputierten für Shetland, Mr. Wason, in das Lager der Opposition sind Symptome einer kommenden Wandlung. Es wird außerordentlicher Klugheit und Energie bedürfen, wenn Mr. Balfour und Chamberlain den aufziehenden Sturm ungeschädigt überstehen sollen.

In den Angelegenheiten des kleinen Orients machen die Zustände in Makedonien und in den kleinen Balkanstaaten nach wie vor Sorge. Wir glauben aber trotz allem, daß schließlich auch in diesem Jahre die Erregung verpuffen wird. Europa will keinen Krieg nnd wird ihn sich nicht aufzwingen lassen. Wichtiger vielleicht ist die tiefe Verstimmung, welche die französische Balkanpolitik in Petersburg erregt. Man dankt es Herrn Rouvier keineswegs, daß er die Unifikation der türkischen Schuld durchgesetzt hat, und neuerdings wird auch Herr Constans von der russischen Presse wieder heftig angegriffen. Er wird beinahe als ein Freund der Deutschen dargestellt und das ist in den Augen von Blättern wie die „Nowoje Wremja" noch immer das schlimmste aller politischen Verbrechen.

Digitized by Google

9. August. Krönung König Eduard VII.
11. August. Nihilistisches Attentat gegen den Fürsten Obolenski, Gouverneur v
15. August. Übergabe Tientsins an die chinesische Regierung.
16. August. Botha, De Wet und Delarey treffen in London ein.
16. August. Die Gazelle geht nach La Guaira in See.
21. August. Wiedereröffnung des Cap-Parlaments.
27. August. König Viktor Emanuel III. in Berlin.
5. September. Lord Roberts, French, Brodrick als Gäste bei den Kaisermanöve
7. September. Der Panther bohrt den Crête à Pierrot in den Grund.
13. September. Einzug des chinesischen Hofes in den Sommerpalast zu Peking.
14. September. Ansprache Kaiser Nikolaus II. an die Ältesten der Kursker Bauer
18. September. Schreiben des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Hay i
rumänischen Juden.
19. September. Tod der Königin Henriette Marie von Bulgarien.
19. September. Kossuthfeier in Ungarn.
22. September. Rede Combes in Anlaß der politischen Reden seiner Kollegen
André.
24. September. Aufruf von Botha, De Wet und Delarey.
26. September. Reise des russischen Finanzministers Witte in die Mandschurei.
26. September. Absetzung des französischen Majors Leroy Labourdie wegen Ins
27. September. Beginn der russisch-bulgarischen Festlichkeiten am Schipkapaß.
29. September. Tod Emil Zolas.
29. September. Rückgabe der Eisenbahn Peking—Shanhaikwan durch die Engländ
30. September. Beilegung der Differenzen zwischen Columbien und den Vereini

---

1. Oktober

Seit dem 22. September sind die großen bulgarischen
in Gang. Sie haben am 28. ihren Höhepunkt in der
Einweihung der Schipkakirche durch den russische
presbyter Shelobowski gefunden und werden am 1. Oktober
Bekanntlich ist der russische Charakter dieser Feierlichkeit
innerung an die verlust- und ruhmreichen Kämpfe der
Armee, die zur politischen Emanzipation Bulgariens füh
besonderem Nachdruck betont worden. Ein Glied des Za
der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist als Vertreter de
Nikolaus II. über Varna nach Sofia und von da zur manö
Armee gereist. Mit ihm der Chef seines Stabes und zwei A
dazu der Kriegsminister General Kuropatkin, der 1877 u
Stabschef Skobelews fungierte, der damalige Botschafte

Digitized by Google

Pforte, General N. P. Ignatiew, der die diplomatische Kampagne einleitete, die den Krieg zur Notwendigkeit machte, General Stoletow, der als Befehlshaber der bulgarischen Miliz vom 21. bis zum 23. August 1877 den Schipkapaß gegen die Angriffe Suleiman Paschas verteidigte, die Generale Meyendorff, Dochturow, Grippenberg, Wasmundt und noch 12 andere hohe Militärs. Dazu als Ehrengäste der bulgarischen Regierung 46 Mann, deren Namen mit den Kämpfen um Schipka verbunden sind: der General Dragomirow, der Chef des Generalstabes Ssacharow, Gen.-Leut. Ssobolew, der Sohn des Generals Radetzki u. s. f. Kurz es ist nichts versäumt worden, um der Dankbarkeit Bulgariens den russischen Befreiern gegenüber einen recht in die Augen fallenden Ausdruck zu geben, und es kann nicht bezweifelt werden, daß, wenn am 1. Oktober alle diese Feierlichkeiten, über welche noch eingehende Berichte fehlen, ihr Ende genommen haben werden, eine starke Strömung russisch-bulgarischer Sympathien zurückbleibt. Aber freilich, es fehlt auch nicht an Widersprüchen, wie sie durch den Charakter innerer Unwahrhaftigkeit, der die Beziehungen Rußlands zum kleinen Orient kennzeichnet, nun einmal bedingt sind. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wird aus Sofia nach Konstantinopel gehen, um dem Sultan die Versicherung zu überbringen, daß Kaiser Nikolaus an seiner herzlichen Freundschaft zu ihm treu festhalte, und während die Scheinkämpfe der manövrierenden Truppen auf bulgarischem Boden stattfinden, spielen sehr ernst gemeinte blutige Kämpfe sich auf makedonischem Boden zwischen den vom makedonischen Komitee in Sofia ausgerüsteten bulgarischen Banden und den in Makedonien stehenden und stetig vermehrten türkischen Truppen ab. Speziell im Vilajet Monastir herrschen Zustände, die der offiziöse Telegraph als sehr ernste bezeichnet. Die „Nowoje Wremja" nimmt dabei mit größtem Nachdruck gegen die Türken Partei (Leitartikel vom 20. September) und gibt ihnen auch schuld an den Kämpfen, die zwischen Serben und Albanern fast Tag für Tag stattfinden. Das Blatt kommt in seinem Eifer dabei freilich zu den allerseltsamsten Hirngespinnsten. „Während die Slaven ausgerottet werden, wird wie zum Hohn das freche Gerücht verbreitet, daß Deutschland die Absicht hat, die von der serbischen Bevölkerung aufgegebenen fetten Ländereien zu erwerben, und auf dem denkwürdigen Amselfelde deutsche Kolonisten

Digitized by Google

anzusiedeln! Man kann sich lebhaft vorstellen, welche
den russischen Leser bei dieser Nachricht ergreift und es
reich, zu erfahren, aus welcher Quelle das russische Blatt
essante Nachricht geschöpft hat!

Wichtiger erscheint uns aber die am Vorabend des
Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in Konstantinopel,
„Nowoje Wremja" veröffentlichte Philippika an die
Türkei. Sie lautet wörtlich: „Die Türkei, die wir
haben, die vor 25 Jahren zu Staub zermalmt war, un
verkrüppelt mit für immer gebrochener Kraft aus dem
hoben hat, die wagt es jetzt Europa gegenüber dasselbe
Spiel zu treiben, das 1877 zum Abbruch der denkwürd
stantinopeler Konferenz führte. Bilden sich die Türken w
daß irgendwer ihren alle Monate wiederholten Versicherunge
schenkt, daß gewisse phantastische Beamten-Kommissionen
Makedoniens studieren, um zu reformieren? Glauben s
daß die bloße Versicherung, das Blutvergießen in Maked
nachgelassen, irgendwelchen Eindruck macht? Oder daß
auf die Errichtung eines Konsulats in Mitrowitza verzic
weil es irgend einem Räuber Issa nicht paßt, und dadurch
in Altserbien gefährdet werden könnte?

In der Tat, mag die Türkei sich noch so sehr bemühe
über die wahre Lage der Dinge zu täuschen, für Euro
wenn nicht für Europa, so doch für uns, — ist es eine
Zweifel feststehende Tatsache, daß in diesem Jahre die maked
altserbische Krisis schwerer und von längerer Dauer gewesen is
In den letzten Jahren machte Makedonien gewöhnlich w
Frühlings von sich reden, um diese Zeit erfolgten mit gewi
mäßigkeit revolutionäre Erhebungen; im vorigen Jahre
die Wirren bis in die Mitte des Sommers, und in d
Hälfte des Sommers traten die traurigen Ereignisse in
hinzu. In diesem Jahre breitete sich die Anarchie imm
aus, und jetzt im Herbst, da sonst alles sich beruhigt zu hab
hat sie ihren Höhepunkt erreicht. Diese Symptome sind h
ruhigend und versprechen nichts gutes für die nächste Zu
wäre in höchstem Grade wünschenswert, daß man im
endlich die wahre Lage richtig erkennen und sich, bev

Digitized by Google

spät wird, der traurigen Lehren erinnern wollte, welche die Geschichte gegeben hat."

Man wird nicht verkennen, daß hier die Redaktion der „Nowoje Wremja" ganz unverblümt mit einem Kriege droht, und die Rückwirkung dieser Drohung auf das makedonische Komitee in Sofia läßt sich voraussehen. Die Herren Ssarafow und Genossen werden ihren Eifer verdoppeln, und da jede Abwehr der Pforte gegen die bulgarischen Banden als eine Aggression der Türkei dargestellt wird, kann die Lage sich nur weiter verschärfen. Denn jene makedonischen Wirren wirken erhitzend und erbitternd nach Albanien und Serbien hinüber, und so kommt es allerdings zu unerträglichen Zuständen, unter denen niemand mehr zu leiden hat, als die unglücklichen Bauern Makedoniens und Altserbiens.

Wer unparteiisch urteilt, wird aber zugeben müssen, daß die Initiative zu all dem Unheil jenem makedonischen Komitee gehört, dessen Unterdrückung schon längst Pflicht der bulgarischen Regierung gewesen wäre. Die aber hat, um mit der „Nowoje Wremja" zu reden, „sehr erhebliche Gründe", dieses Komitee zu schonen, und so geht die blutige Propaganda ihren Weg weiter. Gewiß wird die Schipkafeier keine Minderung der Erregung zur Folge haben, und wenn die russische Regierung — wie sie es wohl könnte — sich nicht zu einem Druck entschließt, dem Fürst Ferdinand nachgeben müßte, dürften die düsteren Prophezeiungen der „Nowoje Wremja" doch einmal Wirklichkeit werden. Die détente im großen Orient, die unzweifelhaft eingetreten ist, wirkt auf die Balkanhalbinsel nicht günstig und der unruhige Ehrgeiz der russischen Presse drängt schon seit geraumer Zeit auf eine Aktion, die dem allgemeinen Frieden verderblich werden könnte. Man verstehe uns recht. Wir sind fest davon überzeugt, daß die russische Regierung den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu erhalten wünscht, und daß sie sich der schweren Verwicklungen durchaus bewußt ist, die eine neue orientalische Krisis nach sich ziehen kann, aber wir fürchten, daß sie die seit Jahr und Tag fortgesetzte erhitzende Agitation der russischen Presse in ihrer Bedeutung unterschätzt. Es ist nicht unmöglich, daß eine Situation sich wiederholt, wie sie 1877 bestand, zumal die Unterschätzung der Defensivkraft der Türkei heute genau dieselbe ist, wie vor 25 Jahren.

Digitized by Google

Die Gefahren für den Frieden liegen heute nicht im
der Kabinette, sondern in den ungeregelten Strömungen de
lichen Meinung, die vielleicht nur in Deutschland als friedlic
même bezeichnet werden kann. In Frankreich haben
letzten Tagen die großen Blätter sich wieder einmal einm
Aufrechterhaltung des Revanchegedankens erklärt, als der
Jaurès den Mut fand, sich öffentlich zu einer entgegengeset
fassung zu bekennen. Es wird darüber noch jetzt eine
Polemik geführt, und der „Temps", der trotz seiner Oppo
Fragen der inneren Politik, nach wie vor in auswärtigen
als das Organ Delcassés gelten kann, hat dabei die Führu
nommen. Preußen habe 60 Jahre gewartet, ehe es in Se
vanche nahm für Jena, auch Frankreich könne warten und
zösischen Patrioten hätten den kommenden Generationen „u
d'énergies et d'espérances que l'occasion propice fera fr
zu hinterlassen. Damit ist uns freilich nichts neues gesagt u
der „Temps" gegen die Jaurèssche Utopie einer allgemein
waffnung schreibt, können wir nur beifällig zustimmen. In
„die Ursachen, aus denen Konflikte zwischen den Nationen
können, sind so außerordentlich zahlreich und so zugespitzt,
kurrenz ist so groß und die Begehrlichkeit eine so verzweife
wenn der Streit um Elsaß-Lothringen durch ein Wunder
beseitigt würde, weder Deutschland noch Frankreich, noch son
ein Volk Europas daran denken dürfte, mit seinen Rüstun
zuhalten." Nur scheint uns, daß diese Ausführungen nicht
Einklang zu bringen sind mit der Entrüstung, welche d
Italien gerichteten Bemerkungen des Marineministers P
hervorgerufen haben. Die politische Sünde Pelletans la
daß er ein Geheimnis enthüllte, dessen Mitwisser ganz F
ist, daß nämlich die jetzt so geflissentlich verkündete italien
zösische Freundschaft doch nur unter der Voraussetzung g
Italien die Suprematie Frankreichs im Mittelmeer und i
afrika anerkennt, und für gewisse Eventualitäten nicht au
der politischen Gegner Frankreichs steht. Sollte das nicht
sein, so tröstet man sich mit der Zuversicht, daß Frankr
einer allerdings beneidenswerten strategischen Aufstellung, a
der Lage sein wird, den Italienern einen Stoß ins Herz

Digitized by Google

zu können. Dem Marineminister trat auf korsischem Boden diese Wahrheit so deutlich vor Augen, daß er sich an ihr gleichsam berauschte und sich nicht enthalten konnte, seinen Gedanken einen nicht mißverständlichen Ausdruck zu geben. Der Ministerpräsident Combes ist nun bemüht gewesen, den übeln Eindruck, den diese Ausführungen seines Kollegen in Italien machen mußten, nach Möglichkeit zu verwischen, und Herr Pelletan hat sich selbst so nachdrücklich desavouiert, wie irgend anging. Trotzdem glauben wir nicht, daß nüchterne politische Köpfe in Italien diese Rede, die so sehr der Wirklichkeit der bestehenden Interessengegensätze entsprach, werden vergessen können. Herr Barrère hatte seine Phrasenschleier über diese Realitäten gedeckt, jetzt ist der Schleier an einer Stelle zerrissen worden, aus welcher die Mündungen der französischen Geschütze deutlich hervorblicken.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch auf ein anderes, weniger beachtetes französisches Bekenntnis hinweisen, das wir in russischer Wiedergabe kennen gelernt haben. Unser alter Freund André Chéradame hat sich in der „Revue Hebdomadaire" die Aufgabe gestellt, den gegenwärtigen Charakter der alliance franco-russe zu zeichnen. „Einflußreiche Feinde des russisch-französischen Bündnisses waren bei uns (so schreibt Chéradame) immer die Mitglieder der aristokratischen deutschen Partei, und gewisse Elemente, die unzufrieden sind, weil Frankreich dem gegenwärtigen russischen Systeme seine moralische Unterstützung schenkt. Diese Feindseligkeit wird auch dadurch gefördert, daß viele Russen verkehrte Anschauungen vom französischen Volke haben. Leider haben viele Gebildete ihre Vorstellungen von Frankreich aus Autoren geschöpft, die nicht genügend französisch sind. Der französische Soldat erscheint den Russen in den Farben des „débacle", über den Bauern urteilt er nach „La terre", über die französische Frau nach der „Nana", den „Demievierges" und nach den Eindrücken, die er auf den Boulevards oder an der kosmopolitischen „Côte d'Azur" Nizzas „aux rayons d'un soleil acheté à prix d'or" empfangen hat. Um die Kenntnis des wirklichen Frankreich bemüht unser Bundesgenosse sich leider nur wenig. Das russische Publikum sieht im französisch-russischen Bündnis nur die Politik zweier Regierungen und setzt sich über die ungeheure Bedeutung, die dem Volke selbst zukommt, ganz hinweg. Die traurigen Fehler der Minister aber legt man Frankreich selbst zur

Digitized by Google

Last. Auch macht man es Frankreich zum Vorwurf, daß untergebrachten Anleihen nur Frankreich genützt hätten. F Bündnisses sind ferner die Finländer, Armenier und die Fremden, die es gerne sehen würden, wenn Rußland iso minder stark wäre. In Frankreich kann man die radika als Feindin der Alliance bezeichnen. Trotz der Reden Bankett der Petersburger Presse sahen keineswegs alle Abg das Bündnis mit günstigen Augen an, wie ja die Abstimm die Kredite für die Reise Loubets gezeigt hat. Wie die S wollen auch die Sozialisten den Vorteil des Bündnisses Monarchie nicht verstehen, und ebenso hassen Jaurès Freunde Rußland, weil, wie sie behaupten, die Religion do ment dieses Staates sei. Endlich sind die radikal-sozialisti mente stets allem Slavischen feindselig gewesen. Die Rußlands, die Progressisten und die liberalen Republikaner nicht am Ruder. Trotzdem ist die alliance franco-russe s die Zustimmung der Massen des Volkes, namentlich des franz

Chéradame schließt mit dem Hinweis auf die zahlreich Vorteile, die beide Teile aus dem Bündnis ziehen und s Wunsch aus, daß das Bündnis bald ein produktives möge. Die Presse müsse die Perioden der politischen Stil um sich auszusprechen und ein Aktionsprogramm zur Verti russisch-französischen Beziehungen auszuarbeiten.

Diese Ausführungen des französischen Pamphletisten schworenen Deutschenfeindes sind interessant durch das B daß Sozialisten und Radikale und mit ihnen die gegenwä gierung, zu den Gegnern der Allianz zu zählen sind. Nu wir das letztere nicht unbedingt zugeben. Daß die Sympo Herren Delcassé und Combes im Grunde mehr nach der Seite gehen, ist zwar richtig, aber absolut gleichgültig, weil, Rußland am Bündnis festhalten will, keine französische stark genug ist, um sich von ihm zu lösen. Sie würde stürzt werden. Denn die wahre Lage ist die, daß das Bü der merkwürdigen Allianz der russischen Regierung mit d der französischen Bauernschaft und der französischen Kleinb ruht, während die eigentlichen Politiker in Frankreich u was nicht Regierung oder Presse in Rußland ist, teils in v

Digitized by Google

Feindseligkeit, teils in absolutester Gleichgültigkeit mitmacht, weil ihnen nichts anderes zu tun übrig bleibt. Rußland könnte, wenn es wollte, morgen zu einer anderen politischen Kombination übergehen, ohne daß auch nur eine Hand sich dagegen erheben würde, während Frankreich in dem Bündnis stehen muß, so lange es Rußland paßt. So ist es, und darüber werden die schönsten Deklamationen nicht hinweghelfen.

Daß Herr Chéradame aber die armen Finländer als Feinde der Allianz darstellt, ist eine ähnliche Niedertracht, wie sie Napoleon III. in den Jahren 1869 und 1870 beging, als er die baltischen Deutschen durch den Botschafter General Fleury als die zum Abfall bereiten heimlichen Bundesgenossen Preußens anzuschwärzen bemüht war. Die Finländer haben an ganz andere Dinge zu denken, als an Fragen auswärtiger Politik. Sie ringen um Erhaltung der Grundlagen ihres Rechts und ihrer Kultur und wissen sehr wohl, daß sie dabei nur auf sich selber angewiesen sind.

Es drängt sich übrigens immer mehr die Überzeugung auf, daß auch in Frankreich die Aktionen und Scheinaktionen auf dem Felde der auswärtigen Politik vornehmlich bestimmt sind, als Hülfsmittel in den Verlegenheiten der inneren Politik zu dienen. Daß Rußland in dem Kampf, den Frankreich gegenwärtig gegen die katholische Kirche und gegen die Aristokratie in Verwaltung und Heer führt, ruhig zuschaut, ohne den sozialistischen und radikalen Ministern seine Huld zu entziehen, ist, wie die Dinge liegen, ein unschätzbarer Dienst, der ihnen erwiesen wird. Sie leben davon, und das erklärt uns, weshalb sie ihre Prinzipien, wenn die russischen Interessen in Frage kommen, vorsichtig und diskret verdecken. Der eine Punkt, an dem sie nicht aufrichtig mitmachen können, ist die Politik Rußlands auf der Balkanhalbinsel und in Vorderasien, und das mag auf das langsame Tempo, in dem Rußland vorgeht, von nicht geringem Einfluß sein, so daß wir in dieser Hinsicht gerade Herrn Delcassé ein Verdienst nicht absprechen wollen, ohne freilich den Punkt bezeichnen zu können, an dem er Halt machen wird.

Eine gewisse Verwandtschaft mit dem Vorgehen Frankreichs gegen die Kongregationen zeigen die Bestrebungen des gegenwärtigen englischen Kabinets, die „education bill“ durchzuzwingen. Es handelt sich im letzten Grunde dabei um die Durchführung der Ziele

Digitized by Google

jener „Church Union“, deren Präsident Lord Halifax ist,
Aufgabe anerkanntermaßen die Versöhnung zwischen
Canterbury sein soll. Man könnte also von einer geg
torischen Strömung reden, die zunächst darauf ausgeht
konformistischen, d. h. nicht zur „Hochkirche“ gehörend
gleichsam zu annektieren, und damit dem zum Katholizis
führenden Ritualismus der High Church den Boden für
zu sichern. Die vom Ministerium eingebrachte und von
sition mit Leidenschaft bekämpfte Bill verlangt Aufhebu
1870 bestehenden School Boards, die ohne Zweifel das
haben, auch den Nichtmitgliedern der Hochkirche die Fr
Gewissen zu sichern. Man sieht, die Maßregel würde,
in entgegengesetzter Richtung, zu ähnlichen Zuständen füh
wie sie heute in Frankreich durchgezwungen worden sind.
scheint es fraglich, ob der englische Protestantismus und P
sich diesen Zwang werden bieten lassen und ob Mr. B
Mann ist, auch in dieser prinzipiellen Frage seine ohnehi
abnehmende Majorität zusammenzuhalten. Überhaupt
die Schwierigkeiten, mit denen das Ministerium zu kä
Man hat sich genötigt gesehen, im Ringen mit der U
League, die zu einer regelrechten Boykottierung der engli
grundbesitzer gegriffen und die Umwandlung der Pachtgüt
Grundbesitz als Programmpunkt formuliert hat, die C
hervorzuholen, auch bereits den energischsten der irisch
führer, John Redmond, wegen einer im August von ihm
Rede, vor das Ausnahmegericht zitiert. Aber ein Ende d
ist um so weniger zu erwarten, als die Iren von ihren
und zum Teil sehr wohlhabenden und einflußreichen Lan
Amerika mit offener Hand unterstützt werden. Das chron
der irischen agraren Revolten ist durch Zwangsmaßre
gewiß nicht zu heilen. Es verlangt einen großen Agrarre
da im Ministerium Balfour dieser Mann nicht zu find
Liberalen aber den irischen Wünschen entgegenzukommen
mag auch diese Agitation zur schließlichen Zerbröckelung e
beitragen, die nach Beendigung des südafrikanischen Krieg
öffentlichen Meinung nicht mehr als eine Notwendigkeit
wird. Auch in der rumänischen Judenfrage läß

Digitized by Google

Gegensatz zwischen der englischen Regierung und der Meinung des Landes verfolgen. Das offizielle England hat wie stets den Wünschen Amerikas Rechnung tragen wollen, und daher die Hayesche Note unterstützt. Die Stimmung der großen Massen in England, die wie die british Brothers League eine stark antisemitische Richtung vertritt, billigt jedoch diese Haltung keineswegs, zumal in England, wo meist die amerikanischen Verhältnisse richtiger beurteilt werden als bei uns, kein Zweifel darüber besteht, daß die Hayesche Note den Interessen der bevorstehenden Wahlen zu dienen bestimmt ist. An Mitteln, unliebsame Einwanderer fernzuhalten, fehlt es ja der Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs, und sie macht bekanntlich von diesen Mitteln auch gegen Nichtjuden aller Nationalitäten einen sehr weitgehenden Gebrauch. Endlich ist es ja kein Geheimnis, daß die Lage der russischen Juden noch eine weit schlimmere ist als die der rumänischen, und man fragt sich, weshalb wohl die humanitäre Mahnung nicht auch das Los dieser Unglücklichen zu mildern versucht hat. Kurz es scheint uns, daß in England die Komödie nach ihrem wahren Wert eingeschätzt wird, und man täte gut, auch bei uns sich diesen Erwägungen nicht zu verschließen.

Endlich beginnen auch die Nachwirkungen des Transvaalkrieges sich nicht zum Vorteil der Regierung fühlbar zu machen. Der Schaden, den der Krieg gebracht hat, ist größer, als man ursprünglich dachte, und die zur Linderung des Elends bestimmten Mittel erweisen sich immer mehr als völlig unzureichend. Wenn die Burengenerale sich deshalb zu einer Agitationsreise entschlossen haben, um die Mildtätigkeit des Kontinents für ihre darbenden Landsleute wachzurufen, so erblickt man darin den Beweis, daß die Regierung entweder falsch gerechnet hat oder zur Unzeit karg gewesen ist. Der englische Stolz fühlt sich durch diesen Appell ans Ausland verletzt. Man hätte der Regierung weit eher ein Zuviel als ein Zuwenig nachgesehen, und nichts hätte der Neigung der englischen Nation mehr entsprochen, als eine möglichst generöse und großmütige Haltung den Buren gegenüber. Daran kann nicht gezweifelt werden und die Liberalen werden sich diesen Fehler gewiß zu nutz zu machen wissen. Auch die 113 Freisprechungen, die von der Königlichen Kommission zur Prüfung der kriegsgerichtlichen Urteile ausgegangen sind, befriedigen nicht. Man weiß, daß Kitchener den Buren für den Tag

Digitized by Google

der Krönung eine volle Amnestie in Aussicht gestellt hatte, wäre auch hier die weitgehendste Milde zugleich das Klügs Man darf doch nicht vergessen, daß diese Leute für Vater und Kind fochten und sowohl durch das Leiden der letzte denke an das Sterben der Frauen und Kinder in den Konz lagern — wie durch das systematische Verwüsten des L das furchtbarste gereizt wurden.

Schätzt man doch im Rand allein den Verlust an Pferden auf 6 Millionen Lstr.! Das Echo der Stimm aus Südafrika nach England hinüberklingen, ist sehr wenig und das Bedenklichste dabei, daß, abgesehen von den großen K den Diamanten- und Goldkönigen, eigentlich alles unzu von den Kaffern, denen England jetzt die Waffen abnimm nicht mehr arbeiten wollen, bis zu jenen Uitlanders, um d England diesen bösen Krieg auf sich genommen zu haben

Von akuten politischen Fragen ist nur wenig zu s englisch-französischen Differenzen um Siam nehmen wir nicht ernst, und ebensowenig die angeblich von Rußlan tibetanische Bahn. Der totgesagte Kaiser von Korea schei besten Wohlseins zu erfreuen; Rußland hat den Chinesen bahn Shanghaikwan—Niutschwang wirklich ausgeliefert, Finanzminister Witte hat sich aufgemacht, um die sibi mandschurische Bahn aus eigener Anschauung kennen zu

Der Unfall, der dem Präsidenten Roosevelt zugestoß der glücklicherweise einen verhältnismäßig günstigen Ausg hat der Welt gezeigt, wie viel an dem einen Manne lie ein bester amerikanischer Typus, und sein Ausscheiden hät als ein Unglück für Amerika bezeichnet werden müssen.

Der Tod der Königin der Belgier hat überall tiefes erregt. Sie war eine der unglücklichsten Frauen, die je getragen haben. Vereinsamt und verbittert ist sie gesto Gatte im Auslande, obgleich ein Zweifel an ihrem n nicht bestehen konnte, und an ihrem Totenbette noch zwischen Vater und Tochter von unerhörter Herzlosigkeit. nicht daran denken.

Digitized by Google

Oktober. Die Russen beginnen die südliche Mandschurei zu räumen.
Oktober. Verfügungen zur weiteren Russifikation Finlands.
Oktober. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in Konstantinopel.
Oktober. Sieg des amerikanischen Obersten Pershing über die Maciu-Moros.
Oktober. Abreise Kaiser Nikolaus II. nach Livadia.
Oktober. Tod des Vizekönigs von Nangking.
Oktober. Russisch-chinesischer Vertrag über Rückgabe der Eisenbahn Kiautschu-Niutschwang.
Oktober. Vertrag zwischen Frankreich und Siam.

---

8. Oktober 1902.

Baron Ernst v. d. Brüggen hat jüngst in seinem vortrefflichen Buch „Das heutige Rußland“ [1]), das wir dem Studium aller Politiker dringend empfehlen, einige Zahlen in Erinnerung gebracht, die uns den täglichen Zuwachs des russischen Reiches an Bodenfläche zeigen. Dieser Zuwachs trägt von 1500 bis 1900 täglich 130 Quadratkilometer. Da nun seit dem Wiener Kongreß nach der europäischen Seite das Wachstum Rußlands zum Stehen gekommen ist, haben wir es für das 19. Jahrhundert auf Asien zu beschränken, und das gibt allerdings ein drastisches Bild von dem russischen Drang nach Osten. Die „Nowoje Wremja“ aber hat noch kürzlich ein Zukunftsprogramm für weiteres Wachstum entwickelt, von dem wir Notiz nehmen, da es ernst gemeint ist.

„Unsere territoriale Entwicklung — so heißt es in einem Leitartikel vom 18. September — ist keineswegs zum Abschluß gekommen. Wir sind immer noch auf den Norden zurückgedrängt und deshalb streben wir nach Süden, zum warmen Meer, zu Ländern, welche für die Kultur geeigneter sind. Der Osten ist kein Markt für uns, wir können dort weder unsere Waaren absetzen, noch reich werden, das muß durch die Vereinigung der Länder geschehen, in welchen

[1]) 276 Seiten. Erschienen in Leipzig bei Veit und Comp. 1902.

Digitized by Google

die Geschichte unseres Reiches sich abzuspielen bestimmt i
haben nicht alle diese Länder einen gleichen Wert für
wichtigsten ist für uns die Balkanhalbinsel und Kleinasie
Meerengen, die der Schlüssel zur Herrschaft im nahen O
An zweiter Stelle muß Persien treten, weil es eine d
Straßen zum Ozean ist. Nach Persien folgt der ferne O
auch einen Weg zu den eisfreien Gewässern bietet, aber
ist leider zu weit. Von den russischen Hauptstädten liegen
des Stillen Ozeans ebenso weit wie von der Ostküste Am
Petersburg bis Wladiwostok und von New-York dahin i
fernung gleich. Die eisfreien Häfen, die wir im fernen O
könnten daher nur dann als Zugang zum Stillen Oz
wenn die Hauptstadt Rußlands näher läge, als etwa
Für das moskausche Rußland aber existieren nur 2 Aus
warmen Meer: der eine führt durch die türkischen Meer
andere durch Persien. Da für uns der Orient seiner
nach die Progression Türkei, Persien, ferner Osten zeigt,
naturgemäß erwarten sollen, daß sich die Kräfte Rußlan
auf die friedliche Eroberung der Türkei richten, dann
und zuletzt auf den fernen Osten. In Wirklichkeit sehe
Umgekehrte: auf den fernen Osten haben wir das Maxi
verwandt, was Rußland aufbringen kann, auf Persien
unbedeutenden Bruchteil dieser Ausgaben, und auf die
nichts. Um durch Kultur und Handel die Türkei zu erob
wir die „russische Gesellschaft für Dampfschiffahrt und H
gründet und das ist alles, was wir getan haben, um unse
in Ländern zu stärken, für die Rußland gekämpft und
vergossen hat, mit flammender Begeisterung im Herzen, a
heilige und große Sache. Es bedurfte nur noch ge
strengungen — und wir standen am Ziele. Aber andere
haben uns abgezogen; was wir bereits für unser gesich
hielten, ließen wir bei Seite liegen, und bemerkten selbst
wir dabei unser Recht auf dieses Erbe verspielten. Da
Band des deutschen Schienenweges (die „Nowoje Wren
die Bagdadbahn!) hat uns den Weg nach Süden verl
zürnen den Deutschen, sprechen von ihren Eingriffen
Interessen, und sind doch selbst schuld, da wir nicht

Digitized by Google

Aufmerksamkeit von Kleinasien abwandten, sondern indirekt unseren westlichen Nachbarn den Bosporus gleichsam antrugen: „Kommt, nutzt doch die Frucht unserer Mühen. Wir haben den Acker gereinigt, streut ihr die Saat aus!" Und nun rückt die Erntezeit heran. Wir aber haben nicht gesäet, und nicht wir werden die Ernte einbringen!"

Dieser merkwürdige Artikel, der 14 Tage vor dem Schipkafest erschien, bestätigt uns die oft hervorgehobene Tatsache von dem Gegensatz, der zwischen der Politik der russischen Regierung und den politischen Wünschen der russischen Presse besteht. Denn im Grunde ist es doch die denkbar schärfste Kritik der Politik, die das offizielle Rußland seit den Tagen Alexanders III. eingehalten hat. Nur daß sich dem führenden russischen Blatte der Blick getrübt hat. Nicht Deutschland hat der russischen Politik den Weg durch die Dardanellen gesperrt — er wird beiläufig bemerkt von Rußland recht ungeniert seit Jahr und Tag benutzt —, sondern die eigentlichen Konkurrenten Rußlands auf der Balkanhalbinsel sind die kleinen slavischen Staaten, die es selbst ins Leben gerufen und militärisch organisiert hat. Trotz aller zur Schau getragenen Dankbarkeit für den russischen Befreier, gehen sie politisch und wirtschaftlich ihre eigenen Wege, die im letzten Ziel die russischen nicht sein können. Das Gesetz von der „historischen Undankbarkeit" muß notwendig auf diesem Boden zur Geltung kommen, und wenn es heute den Anschein hat, als ob jene Balkanslaven mit den moskowitischen Brüdern eines Sinnes wären, so ist das ein Schein, der sich daraus erklärt, daß wir in den Anfängen, nicht am Abschluß einer politischen Entwicklung stehen. Der Besuch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch beim Sultan, kann als ein bündiger Beweis dafür angesehen werden, daß die Balkanpolitik des offiziellen Rußland die der „Nowoje Wremja" nicht ist, und dabei wird es allen Anzeichen nach bleiben. Auch ist kein Zweifel, daß Rußland ebenso wie Österreich, seinen Einfluß geltend macht, um die Unruhen, die in Makedonien und von Albanien her in Altserbien ausgebrochen sind, niederzuhalten. Keine der beiden Mächte wird der Türkei Hindernisse in den Weg legen, wenn sie energisch einschreitet, und so läßt sich hoffen, daß trotz des Pessimismus, den die Berichte aus Bulgarien und Serbien atmen, in nicht allzu ferner Frist die beruhigende Kraft des Winters ihre

Digitized by Google

Wirkung nicht verfehlen wird. Seit Kaiser Nikolaus II. lager in Livadia aufgeschlagen hat, und damit der Zeit da die kleinen Balkanfürsten der Ehre eines Empfanges sehen, ist zudem mit Sicherheit zu erwarten, daß sie ihre vermeiden werden, was einen Schatten von Unzufriedenh rufen könnte.

Wir möchten einen ähnlichen Gegensatz zwischen R politik und Zeitungsagitation auch in England anne von den deutsch-englischen Beziehungen die Rede ist. Di oft charakterisierte Gruppe unverantwortlicher Politiker, „National Review" ihr Organ findet, arbeitet direkt dara die Zukunft einen deutsch-englischen Krieg vorzubereiten. Oktoberheft der „National Review" ist von dieser Tend tränkt, und zwar in steigender Gehässigkeit und sinkender Die redaktionelle Monatsübersicht, „episodes of the mon sogar den wenig beneidenswerten Mut, nochmals auf die Be zurückzukommen, daß Deutschland in dem spanisch-ame Kriege eine falsche Rolle gespielt habe, während heute ja ist, daß England es war, das den Antrag an die e Mächte stellte, zu Gunsten Spaniens zu intervenieren. A sieht man, was den Lesern der „National Review" gebot kann. Im Augenblick ist die Sorge des Herrn Maxse der Besuch Kaiser Wilhelms in England. Er fürchtet davon näherung zwischen beiden Mächten und tut sein möglichst zu warnen. Er hofft, es werde sich kein patriotischer Staatsmann finden, der seine Pflichten so weit vergess überhaupt die Frage einer Annäherung an Deutschland i zu ziehen (it is unthinkable, that there can be any patriotic British statesmen so far forgetting their dut contemplate „rapprochement" with Germany, danach: our readers may rest assured that on the ap visit of the Kaiser to Sandringham, his Imperial Ma pursue bigger game than pheasants. We earnestly l the leading English newspapers ... will protest b is too late against the arrangements by which threatened.) Wenn Lord Rosebery und Sir Edward verstehen geben wollten, daß, wenn sie einmal die Regier

Digitized by Google

nehmen, sie keine geheime Verständigung zwischen England und Deutschland anerkennen würden, dann könnte die Gefahr noch abgewandt werden (the situation would be saved). Man fragt sich da wirklich, ob man es mit zurechnungsfähigen Leuten zu tun hat.

Aber es kommt noch besser. Nachdem Herr Kramarz, den wir übergehen, weil er nicht mehr ernst zu nehmen ist, über die böhmische Frage sein Gift ausgebreitet hat, folgt Sir Rowland Blennerhasset mit einer Skizze über den Ursprung des Krieges von 1870, die, wie nicht anders zu erwarten war, den Stab über die treulose deutsche Politik bricht. Der Artikel ist jedoch nur wegen der Schlußmoral geschrieben und die lautet: wie Bismarck den französischen Krieg vorbereitet habe, so rüste sich jetzt das preußisch gewordene Deutschland zum Angriff auf England, um die Herrschaft auf den Meeren zu gewinnen. Schon sei ein besonderer Typus von Schiffen für den Angriff auf die Küsten Englands gebaut, systematisch aber werde die öffentliche Meinung Deutschlands auf den Krieg mit England trainiert. Videant consules. Schon rinne der Sand im Stundenglas, aber vielleicht könne, wenn die englischen Staatsmänner mutig und weitblickend seien, der Konflikt noch vermieden werden.

(Prussianised Germany is now preparing for the struggle with Great Britain which Cavour foresaw. Should it come about it will be a war for supremacy on the ocean. She is adding to her fleet a class of ship specially suited for an attack on England. The same methods exactly are employed by her against the British Empire which she formerly used against France. The German mind is being trained to receive whith enthousiasm the announcement of a war with England when the time comes. Videant consules. Though the sands are running low in the hour-glass, I believe that with courage and foresight on the part of our statesmen that conflict may still be avoided.) Hat man je ruchlosere und gefährlichere Verhetzung gekannt? Von dem heuchlerischen Schlußsatz abgesehen, der wohl die Brücke zum Rückzug bauen soll, wenn die Wirklichkeit alle jene Prophezeiungen Lügen gestraft haben wird, von Anfang bis zu Ende eine Fanfare, die das englische Volk in den Krieg hineinhetzen soll! Es ist schwer, bei einer Persönlichkeit, die man als Gentleman

Digitized by Google

zu betrachten gewohnt war, die psychologische Erklärung
Treiben zu finden. Entweder ist es ein Zustand fassungsl
der Sir Rowland ergriffen hat, und ein Mangel an Ve
die Kraft der eigenen Nation, den sein Stolz ihm zu zeige
sollte, oder eine Unfähigkeit die Dinge in ihrer einfache
zu sehen, wegen deren man ihn nur bemitleiden kann.
denn für ihn und diejenigen seiner Landsleute, die sei
teilen, ein für allemal zu ihrer Beruhigung gesagt werde
keinen unserer Prinzen ausschicken werden, damit er als neu
der Eroberer seinen Einzug in London halte. Auch di
Flotte beabsichtigen wir nicht in unsere weiten Taschen
ja wir wollen nicht einmal den englischen Ministern das
die Brust setzen, um ihnen einen geheimen oder allergehei
trag aufzuzwingen. Und ebenso wenig glauben wir d
England uns überfallen will. Kein Mensch in Deutsch
an den Angstparoxismen, welche die „National-Revue" un
gewählte Schar ihrer Mitarbeiter plagen. Wir kümmer
unsere eigenen Angelegenheiten und sind der Meinung, da
in seinem großen Hause alle Hände voll zu tun hat un
interessiert ist mit jedermann, und also auch mit uns, gu
schaft zu halten. Unsere Flotte aber werden wir weiter
unserem Handel die Vorteile schützen, die ihm sein Unter
geist und das heute immer mehr in aller Welt zur A
gelangende Prinzip der offenen Tür erschlossen hat. Dab
bleiben, und auf diesem Boden wird sich auch, im Inte
Teile, einmal die Verständigung und das so sehr
rapprochement mit dem Herrn Vetter jenseit des Kan

Ob wir aber in Zukunft von den Artikeln der „Natio
Notiz nehmen, ist uns zweifelhaft geworden. Diese M
treibt die bedenklichste Art der Reklame. Ihre, aller
Zeitungen ungebeten zugehenden Hefte, leben von der
die sie zu erregen hoffen und zum Teil auch erregen.
Gewinn, den sie damit erzielt, wird sie kein anständig
beneiden.

In nächster Zeit erwarten wir den Besuch der Buren
und sie sollen uns willkommen sein. Wie jetzt sehr wo
ist, steht ihnen die Ehre bevor, von Kaiser Wilhelm em

Digitized by Google

werden. Auch darüber hat man sich in England erhitzt und auch darüber wird man sich in England beruhigen. Auch läßt Kaiser Wilhelm sich bekanntlich nicht von anderen vorschreiben, was er tun und lassen soll. Wenn es ihm von Interesse ist, die tapferen Männer kennen zu lernen, die so ehrenvoll den Kampf gegen die englische Übermacht ausgefochten haben — Mr. Brodrick hat noch jüngst erklärt, daß er in Summa 400 000 Mann nach Südafrika geschickt habe — so hat niemand darein zu reden. Daß es in den Formen geschieht, die im internationalen Verkehr Geltung gewonnen haben, versteht sich von selbst. Die Stimmung, die wir den afrikanischen Gästen entgegentragen, aber ist die denkbar herzlichste. Wir haben ihre Sorgen mitempfunden, und wie sie selbst den Ausgang des Krieges als ein Definitivum aufgefaßt, und halten seither, auch im Intresse der Buren für frevelhaft daran zu rühren. Wenn sie aber an unser Mitgefühl appellieren, sollen sie freigibige Hände finden, das ist eine private, keine öffentliche Angelegenheit, und England hat, selbst während der Dauer des Krieges, solchen Hülfeleistungen die Pforten Südafrikas nicht verschlossen. Das Traurige ist, daß die Hülfe überhaupt notwendig ist; wenn England sich dadurch in seinem Stolz verletzt fühlt, hätte es seine staatlichen und privaten Hülfeleistungen reichlicher bemessen sollen, und es hätte, wie wir schon vor acht Tagen ausführten, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Wünschen der ungeheuren Mehrzahl der Engländer entsprochen, wenn die Regierung freigiebiger gewesen wäre.

Wie groß aber die Not in Südafrika ist, zeigen die Telegramme und Korrespondenzen, die den englischen Blättern zugehen, am deutlichsten. Zufrieden scheinen zur Zeit nur die Kaffern zu sein, die so viel erspart haben, daß sie nicht zu arbeiten brauchen. Um dem Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, hat man sich bereits genötigt gesehen, Missionen auszuschicken, die in Zentralafrika und in Uganda Schwarze anwerben sollen. Im Augenblick müssen Weiße die Arbeit in den Minen besorgen, die sogenannten Uitlanders sind unzufrieden und der Bond hat durch seinen Präsidenten Theron nachdrücklich darauf bestanden, daß dem Holländischen dieselbe Stellung gewahrt bleibe, die das Französische in Kanada einnimmt. Die größte Sorge bringt aber die Verwilderung der Schwarzen. Es rächt sich jetzt, daß England diese Elemente als Krieger benutzt hat,

Digitized by Google

und schon werden Stimmen laut, welche auf die Gefahr einer Erhebung der Schwarzen hinweisen.

In Amerika ist zur Zeit alle Aufmerksamkeit durch der Arbeiter in den pensilvanischen Kohlengruben absorb jedermann treffende Steigerung der Kohlenpreise, die sich durch einen Trust hervorgerufenen Fleischteuerung kombini einer wahren Kalamität geworden, denn die Vereinigte sind das Land, in welchem am meisten Fleisch gegesse meiste Kohle verbrannt wird. Trotz des Eingreifens des P Roosevelt, der sich von seinem Unfall in erfreulicher W ist bisher eine Verständigung nicht erfolgt. Man hat Quantitäten Kohle aus England und Kanada verschrie aber der Strike nicht bald ausgeglichen wird, werden auch Zufuhren nicht langen. Eine merkwürdige Illustration zu Staatssekretärs Hay in Sachen der rumänischen Juden, Staate Mississippi, in Corinth, erfolgte Lynchung eines eine weiße Frau ermordet hatte. Man hat das Gefängnis dem der Mörder lag, ihn an einen eisernen Pfahl gebunden u auf einen Scheiterhaufen verbrannt, der mit Petroleum ge Die „Times", die ja nicht übermäßig rigoristisch zu sein pf sich um amerikanische Sünden handelt, bemerkt dazu: Das von Negern ist im Süden jetzt so gewöhnlich geworden, da Yorker Zeitungen, welche noch vor wenigen Jahren die fettesten Druck und mit den größten Lettern gebracht hätten wenig Raum dafür übrig haben. Von Jahr zu Jahr wird d im Süden häufiger und barbarischer. Gewiß protestier ständigen Zeitungen im Norden, und einige Blätter im Süde genug, desgleichen zu tun, aber ohne jede Wirkung. Ei spricht heute die Hoffnung aus, daß kein rumänischer A amerikanische Protestnote über die Behandlung der Juden durch eine ausführliche Schilderung der am 28. Sep übten Lynchung beantworte. Eine solche Antwort wäre so und wir wüßten nicht, wie der Staatssekretär Hay sie ledigen könnte, als mit dem Hinweis darauf, daß Amerik Rumänien klein ist.

Die Revolutionen in Venezuela und Colu ihrem wenig übersichtlichen Verlauf wollen kein Ende ne

Digitized by Google

der Revolution in Haiti kombiniert, haben sie die Gewässer Westindiens so unsicher gemacht, daß auch unser Handel, der hier namentlich durch die Hamburg-Amerika-Linie vertreten wird, empfindlich darunter zu leiden hat. Bekanntlich hat der „Panther" sich genötigt gesehen, das haitische Piratenschiff „Crête à Pierrot" in den Grund zu schießen, und es läßt sich hoffen, daß die Lektion nicht vergeblich sein wird. Natürlich hat auch dieser völkerrechtlich unanfechtbare Akt, der durch das unverschämte Verhalten des Haiters unserem Postdampfer „Markomannia" gegenüber veranlaßt war, die Entrüstung englischer Zeitungen und verwandter Organe in den Vereinigten Staaten erregt, aber es ist davon bald wieder abgewiegelt worden. Man hat in Amerika sehr wenig Sympathien für Haiti, dessen Existenz als selbständige Republik kurzweg als eine Anomalie betrachtet wird. Auch glauben wir nicht, daß die Selbständigkeit dieser Schwarzen, die völlig unfähig sind, sich selbst zu regieren, von langer Dauer sein kann, und wer dann ihr Erbe antritt, ist nicht zweifelhaft. Nur die Vereinigten Staaten kommen dabei in Frage.

In den Philippinen wütet die Cholera und dauern die Kämpfe in alter Weise fort. Das heißt, wir erfahren von Zeit zu Zeit von einem glänzenden Siege der amerikanischen Truppen, auf den dann ein noch glänzenderer folgt. Nach einiger Zeit bricht aber das scheinbar unterdrückte Feuer wieder aus. Vielleicht ist der Erfolg, den neuerdings Oberst Persching über die Maciu-Moros errungen hat, von größererer Tragweite. Wir wollen es hoffen, denn es ist wahrlich Zeit, daß endlich auf den unglücklichen Inseln geordnete Zustände eintreten. Aber man wird in Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen die große amerikanische Republik zu kämpfen hat, milder über die Unfähigkeit der Spanier urteilen, dieser Bevölkerung Herr zu werden. Für die Vereinigten Staaten ist die endgültige Regelung der Zustände auf diesem Boden von allergrößter Wichtigkeit, schon wegen der steigenden Bedeutung, die dem amerikanischen Element in Ostasien zugefallen ist. Amerika vertritt hier mit besonderer Energie das Prinzip der offenen Tür und geht damit die Wege, die auch unserem Interesse zumeist entsprechen. Auch sind zur Zeit die Beziehungen Chinas zu den großen Mächten die besten. Namentlich das Übergehen der von Rußland und England besetzten Eisenbahnlinien in die Hände der chinesischen Verwaltung scheint

Digitized by Google

wesentlich dazu beizutragen. Russischerseits wird das
der Japaner als Instruktoren, Lehrer, Leiter industrie
nehmungen u. s. w. in China mit Mißtrauen beobachtet,
wo das japanische Übergewicht unzweifelhaft ist, fürchtet
Einfluß zu verlieren.

Die Schwierigkeiten, die zwischen England und Fra
siamesische Streitfragen aufgekommen waren, si
beigelegt. Ganz unbedenklich ist das Problem der A
französischer und englischer Ansprüche auf diesem viel
Felde trotzdem nicht. Im Oktoberheft der „Fortnightl
weist der unseren Lesern nicht unbekannte Politiker, der s
mit X. Y. Z. zeichnet, darauf hin, daß die englisch-franz
vention von 1896 Unklarheiten in sich schließe, die den
nahelegen, nach dem Besitz von Korat zu streben; dann
ein Handstreich gegen Bangkok das nächste sein. Eng
daher auf eine Revision jener Konvention von 1896 hinc
unter allen Umständen die Integrität derjenigen siamesis
zu sichern, die nicht direkt in die Konvention einzuschli
Aber Herr X. Y. Z. pflegt überall Gefahren und Kr
wittern; wir glauben nicht, daß England geneigt ist, jet
heiklen Frage zu rühren und ebensowenig, daß Frankrei
preisgeben könnte, die ihm nun einmal gehören.

In Paris ist heute kaum von etwas anderem die
von Zolas Tode und Beerdigung. Zum Glück ist schli
verhältnismäßig ruhig verlaufen. Man hat sich nicht
und keine Neigung, die affaire wieder lebendig werden z

Digitized by Google

8. Oktober. Das Nationalkomitee der französischen Grubenarbeiter beschließt einen Generalausstand.
8. Oktober. Rußland gibt die Mandschurei südlich vom Liaoho an China zurück.
9. Oktober. Die N. A. Z. meldet, daß ein Empfang der Burengenerale durch Kaiser Wilhelm nicht erfolgen werde.
9.—11. Oktober. Deutscher Kolonialkongreß in Berlin.
11. Oktober. Beschwerde Serbiens über Anfälle der Albaner.
14. Oktober. Neue Vorschläge Körbers zur Beilegung des tschechisch-deutschen Sprachenkonflikts.
14. Oktober. Einsetzung einer schiedsrichterlichen Kommission zur Beilegung des Kohlenstreikes in Pennsylvanien.

---

15. Oktober 1902.

Die letzte Woche hat uns die Entscheidung gebracht, daß die drei Burengenerale von Kaiser Wilhelm nicht empfangen werden, und zwar weil sie die ihnen gestellten Bedingungen nicht für annehmbar hielten. Sie wollten nicht die Verpflichtung übernehmen, sich jeder feindseligen Agitation gegen England zu enthalten und sie wollten zweitens nicht durch den englischen Botschafter in Berlin bei Sr. Majestät eingeführt werden.

Wir müssen gestehen, daß uns das eine wie das andere gleich unverständlich ist! Daß sie nicht gegen England agitieren wollten, haben Botha, De Wet und Delarey so oft und so nachdrücklich vor aller Öffentlichkeit erklärt, daß nicht erfindlich ist, was sie von einer Zusage nach dieser Richtung hin abgehalten hat; die Einführung durch den Botschafter aber ist die allgemein gültige Form bei Empfängen der Untertanen fremder Staaten. Auch Cecil Rhodes ist diesen Weg gegangen, als er um die Ehre nachsuchte, empfangen zu werden. Im vorliegenden Fall kompliziert sich die ganze Angelegenheit noch dadurch, daß die Burenführer unter der Hand zuverlässig erfahren hatten, daß der Kaiser sich freuen werde, sie zu sehen und die Bedingungen bedeuten nicht mehr und nicht weniger als

Digitized by Google

eine Orientierung über die selbstverständlichen Voraussetz
einen solchen Empfang.

Da haben aber von vornherein Ungeschicklichkeiten sta
oder aber eine intrigante Hand griff ein, um aus nicht
kennenden Gründen die Zusammenkunft unmöglich zu ma

Die erste konfidentielle Mitteilung fand sofort ihre
die Presse, und zwar, wie doch ausdrücklich hervorgehoben w
nicht von Deutschland aus. Danach ungeheurer Stu
englischen Presse, und wiederum erst danach, auch Mitte
vom Kaiser gestellten Bedingungen, die aber schon, ehe sie
Presse bekannt gegeben wurden, als beinahe drohende F
in den englischen Blättern formuliert wurden. Nun erst
„Nein" der Burengenerale, denen man eingeredet zu hab
der deutsche Kaiser werde sie vielleicht gerade wegen d
fordernden Tones der englischen Presse nun dennoch, ohn
sage ihrerseits und ohne Einführung durch den englischen
empfangen, wovon um so weniger die Rede sein konnte
Kaisers Bedingungen schon im Augenblick fertig waren,
Gedanken faßte, die drei tapferen Männer durch einen E
ehren. Daß durch ihre ablehnende Haltung die Frage des
im negativen Sinne erledigt war, versteht sich von selb
bleibt nur übrig, das Fazit zu bedauern.

Ob Unerfahrenheit, überkluge Intrigue oder Perfidie
gebracht hat, können wir heute noch nicht sehen. Die W
lichkeit spricht für die zweite Eventualität. Wie dem au
De Wet, Delarey und Botha sollen uns trotz allem willko
und wir hoffen, daß ihr Ziel, einen reichen Beitrag zur
der Not in Südafrika zu erhalten, auf deutschem Boden
in der Reichshauptstadt, erreicht werden wird. Das alles
einen harmonischeren Verlauf genommen, ohne den Mi
erkünstelten Gegensatzes, der für einen ruhig und klar
Verstand nicht vorhanden gewesen wäre. Was als N
zurückbleibt, ist, das sich ganz Deutschland wieder einmo
alles Gleichgewicht verlierenden Nervosität der englischen
überzeugen können. Wir wollen diesen Eindruck nicht dur
holen jener maßlosen Preßstimmen schärfen, sind aber der
daß es kein ehrenvolles Zeugnis für eine große und sel

Digitized by Google

Nation ist, wenn sie sich so leicht aus Rand und Band bringen läßt. Das galt bisher für ein wenig beneidetes Privileg der kleinen Pariser Presse und ihrer großen Kollegen auf russischem Boden — heute dürfte es schwer fallen, zwischen ihnen und einigen der einflußreichsten und größten englischen Preßorgane einen wesentlichen Unterschied zu finden. Die Nervosität ist hüben und drüben gleich groß, und wenn man genauer zuschaut, wird man auch entdecken, daß sie weniger auf eine Verwandtschaft des Temperaments, als auf Erscheinungen zurückzuführen ist, die in der geschichtlichen Erfahrung begründet sind, welche, wenn auch in sehr verschiedener Weise, alle drei Nationen gemacht haben. In Rußland sind es die wirtschaftlichen Nöte und die zehrende Unzufriedenheit, die auf dem Gegensatz von Wirklichkeit und politischem Streben beruht. Dieses Streben geht nach weitester Freiheit der Bewegung auf demokratischer Grundlage, die Wirklichkeit setzt enge Schranken und ruht auf bureaukratischem Boden; in Frankreich stehen heute Klerikale und mehr oder minder verkappte Monarchisten den sozialistischen Republikanern, welche das Regiment in vollem Umfange an sich gebracht haben, wie einer feindseligen Nation gegenüber; in England kann man die Wandlung nicht verwinden, die gerade in dem Augenblick eintrat, als der neu organisierte Imperialismus im Begriff war, den großen Schlag zu führen, der Deutschland ebenso demütigen sollte, wie Frankreich in Faschoda und Maskat gedemütigt worden war. Der südafrikanische Krieg mit seinen Enttäuschungen und seinen späten und schweren Folgen ist eben deshalb sehr schmerzlich empfunden worden. Auch spielte der mit Trotz aufgenommene Faktor mit, daß England tatsächlich während des ganzen Verlaufs des Krieges in moralischer Isolierung stand und sich eben deshalb um so mehr auf sich selbst zurückzog. Der Trost, den das Mittun der Kolonien brachte, konnte nicht nachhaltig sein, da schon heute feststeht, daß gerade jene Hülfeleistung Kanadas und Australiens, das Selbstbewußtsein und die Ansprüche der autonomen Kolonien sehr wesentlich gesteigert haben. Kurz, uns ist diese politische Nervosität unserer angelsächsischen Vettern sehr verständlich; aber wir sehen in ihr eine vorübergehende Erscheinung, die schwinden muß, sobald England sich wieder auf sich selbst besonnen und die Schwierigkeiten überwunden haben wird, mit denen es heute kämpft. Wir wollen dabei auf die

Digitized by Google

südafrikanischen Dinge nicht eingehen, denn das alles lieg
gangszuständen, von denen wir hoffen, daß sie in nicht
Frist zu geordneten Verhältnissen führen, bei denen all
wohl fühlen können. Dagegen ist die irische Krisis in
einer chronischen Krankheit geworden, für welche das
nicht gefunden werden kann. England ist durchaus nicht i
den Iren zu gewähren, was sie fordern: das Homerule,
Köpfen der irischen Patrioten doch nur als der Übergan
politischer Selbständigkeit gilt. Der englische Staatsman
Gladstone es im April 1886 beantragte, Irland wie ein
Kolonie mit eigenem Parlament und nationalem Ministeri
sieren wollte, würde seinem Staate einen gefährlichen Fei
allezeit in die Flanke fallen kann, organisieren, und Engla
zum Schutz des eigenen Herdes eine Armee mit der
Irland hin aufstellen. Es wäre das eine dauernde
Englands, die wir nicht wünschen dürfen, wenn wir an de
festhalten, daß die aufgebauschten wirtschaftlichen Gegensät
sind als das einigende Band verwandter Grundlagen
und gleicher sittlicher Ideale. Das mag getrübt werde
kann nicht schwinden, und wir rechnen darauf, es noch
daß bei uns wie jenseit des Kanals unsere Auffassung
natürlichen Verhältnis beider Nationen praktische Politik

Fast noch mehr als die irischen Schwierigkeiten mache
die Sorgen um die Regelung der Schulfrage (education bi
Obgleich wir einer weiteren Ausdehnung der Autorität de
über die Schulen der Nonkoformisten keine Sympathien
bringen, weist die allgemeine politische Lage doch dahin
Sieg des gegenwärtigen Ministeriums uns wünschenswer
Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach darauf hinge
die journalistischen Wortführer der Opposition zugleich
sind, welche die künstliche Erregung der öffentlichen Mei
uns aufrecht erhalten und zu steigern bemüht sind.
Koalition aller Welt gegen Deutschland wird von ihnen
kundig als das Ziel ihrer Wünsche bezeichnet. Mr. G
hat nun in seiner großen Birminghamer Rede die Frag
cation bill ganz direkt zur Kabinetsfrage gemacht, und
daran zu zweifeln, daß es ihm voller Ernst damit ist. Das

Digitized by Google

ist geneigt, der Opposition, die in die Reihen der Unionisten einzudringen begonnen hat, Zugeständnisse zu machen, nicht aber sich ihrem Willen zu unterwerfen. Wir werden daher, wenn das Parlament am Donnerstag wieder zusammentritt, lebhafte Kämpfe zu erwarten haben, rechnen aber auf den Sieg des Ministeriums, dessen starke Majorität es auch verträgt, wenn etwa ein Dutzend Stimmen abbröckeln. Der Sieg der Liberalen bedeutet auf dem Felde der auswärtigen Politik zunächst völlige Ungewißheit über den bevorstehenden Kurs und zwar so, daß die Wahrscheinlichkeit für eine gegen uns gerichtete Spitze spricht. Da ist uns die gegenwärtige Regierung, mit der wir trotz allem in schwierigsten Zeitläufen stets eine Verständigung finden konnten, weit lieber. Und schließlich, was geht es uns an, wie die Engländer ihr Schulwesen ordnen.

Ein gewisses Aufsehen hat der französisch-siamesische Vertrag erregt. Frankreich hat Chantoboon geräumt und dafür die Abtretung zweier reicher Provinzen nördlich von Cambodja ganze 25000 qk erhalten nebst Privilegien, die dem französischen Kapital eine bevorzugte Stellung in Siam sichern. Gewiß ein großer Erfolg, durch den die Stellung Frankreichs in Hinterindien erweitert und gestärkt scheint. Heute werden alle territorialen Erweiterungen auf diesem Boden von der öffentlichen Meinung ohne jeden Parteiunterschied nicht nur gutgeheißen, sondern gleichsam antizipiert. Man kann sich in dieser Hinsicht nicht genug tun. Aber es drängt sich dabei doch auch die Erwägung auf, wie neu diese Stellung Frankreichs ist und wie nahe die Wendung gelegen hat, die jene Gebiete als erste Kolonien dem Deutschen Reiche zuführen konnte. Ottokar Lorenz in seinem vortrefflichen Buche: „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches", dem wir eine so wesentliche Bereicherung unseres Wissens danken, hat daran erinnert, daß im Februar 1871 Prinz Adalbert mit dem Vorschlage hervortrat, im Friedensschluß mit Frankreich Kolonien zu erwerben. Er wies u. a. auch auf Saigon hin, also auf den Punkt, von dem die französische Herrschaft in Hinterasien ausgegangen ist. Bismarck nahm den Vorschlag doch so ernst, daß er Abeken beauftragte, darüber mit dem Großherzog von Baden in Beratung zu treten. Schließlich aber überwog der Widerspruch Delbrücks, der die Meinung vertrat, Kolonien seien „ein Unglück für Deutschland, da sie unbedingt die Herstellung einer

Digitized by Google

großen Flotte erforderten, die übermäßige Kosten verursac
Bismarck entschied dann schließlich, die Erwerbung
Besitzungen sei noch verfrüht, und damit wird er wohl
haben.

Aber noch eine andere historische Reminiszenz drän
Als im Dezember 1885 die französische Kammer vor der E
stand, ob Tonking behauptet oder geräumt werden solle
Stimme Majorität den Ausschlag für die Behauptung
gegeben. Bekanntlich hat dann Jules Ferry sich mit gro
getragen; er wollte aus dem ganzen Siam ein französisches
machen, aber gerade der hohe Flug seines Ehrgeizes bro
Fall, und Lord Dufferin konnte danach in aller Ruhe Bir
Das war 1886. Sieben Jahre danach sicherte sich Fran
den Vertrag vom 3. Oktober 1893 die Abtretung alles
linken Ufer des Mekong, 1896 rückten sie bereits ein
darüber hinaus und heute ist ein weiterer Schritt gesche
Folgen noch nicht recht abzusehen sind. Denn jetzt heißt
daß auch England einen Vertrag mit Siam abgeschlossen
gleichzeitig werden in Hinterindien französische Stimmen
sehr pessimistisch über die jüngsten „Erfolge" in Sia
Jedenfalls ist die ganze Angelegenheit noch nicht spruc
aber scheinen in diesen indischen Sphären sich Wandlun
bereiten, die Beachtung verdienen. Französische Nachric
wissen, daß Lord Curzon nach England zurückkehren,
Cromer an seine Stelle treten werde. Da beide Männer
wöhnlicher Energie sind, würde an sich die Personalfrag
bedeuten haben, wenn nicht an Lord Curzon der Ruf ei
ordentlich scharfen Gegnerschaft gegen die russische Poli
Man kann ihn heute als den in Rußland bestgefürchteten
bezeichnen, und deshalb könnte sein Ausscheiden aus de
Stellung als eine Milderung der bestehenden Gegensätze
werden. Man erwartete von ihm, namentlich seit Been
südafrikanischen Krieges, ein beschleunigtes Ausdehnen des
Eisenbahnnetzes nach Seistan (wo jetzt ein russisches Konsu
ja bis nach Kirman in Persien hinein, und das erregte
um so weniger Freude, als die russische Eisenbahnlinie
Mesched immer noch ein Plan geblieben ist. Bei näch

Digitized by Google

trachtung wird man sich jedoch sagen, daß auch die Ausführung der englischen Eisenbahnpläne noch in weitem Felde liegt, und daß Lord Cromer, wenn er Vizekönig von Indien werden sollte, im wesentlichen doch genötigt sein wird, an Curzons Plänen festzuhalten. Wohl aber halten wir es für sehr wahrscheinlich, daß er suaviter in modo vorgehen wird, und das ist immer nützlich.

Übrigens geht das Hauptinteresse in Rußland noch immer vornehmlich auf die Tage der Schipkafestlichkeiten. Über die Bedeutung derartiger demonstrativer Feierlichkeiten läßt sich stets erst einige Zeit nach ihrem Abschluß urteilen, wenn der Telegraph, der die für nützlich erachtete Darstellung in alle Welt schickt, seine Pflichten glücklich erledigt hat. Uns ist nun nachträglich das folgende aufgefallen. Die bulgarischen Blätter feiern vor allem den Grafen Nikolai Pawlowitsch Ignatiew, den Führer der Deputation, welche die mit russischem Gelde erbaute Schipkakirche und die daran geschlossenen stattlichen Nebengebäude den „bulgarischen Brüdern" übergab. Er stellte das nicht offizielle Rußland slavophiler Tendenz dar, während der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch dem offiziellen Rußland den korrekten und würdigen Ausdruck gab. Die russische Regierung aber hat gewiß absichtlich den Grafen Ignatiew nicht in das Gefolge des Großfürsten hineingezogen. Er und seine Leute reisten ihren eigenen Weg und sind erst auf dem Schipkapaß mit Nikolai Nikolajewitsch zusammengetroffen, und nichts fällt mehr auf, als der Unterschied von Ton und Inhalt der Rede des Großfürsten, und der des Mannes von San Stephano. Da wir in der deutschen Presse keine ausreichende Wiedergabe der Rede Ignatiews finden, wollen wir nach dem Referat der „Peterb. Wjedom." die meist charakteristischen Stellen hersetzen.

Die Rede beginnt mit einer Darstellung der merkwürdigen Baugeschichte der Schipkakirche. Der erste Gedanke auf Errichtung der Gedenkkirche gehört der Mutter des Generals Skobelew und dem Grafen Ignatiew, für sich allein aber nimmt der Graf die Ehre in Anspruch, den Platz für die Kirche gewählt und die Billigung seines Planes bei Kaiser Alexander II. durchgesetzt zu haben. Die Ausführung aber habe namentlich anfangs viel Not gemacht. Da nach dem Berliner Traktat ein Firman des Sultans für den Bau nötig gewesen wäre, zog man es vor, allmählich auf den Namen von Privat-

Digitized by Google

personen die erforderlichen Gründstücke zu erwerben. „
Intriguen auf, man behauptete, daß mit Umgehung
Traktates auf dem Balkan eine Festung für die Bul
werde, da doch den Türken vorbehalten sei, dort Trupp
lassen. Eine Kommission ausländischer Offiziere ersch
Fundamente zu prüfen, die für verdächtig gehalten wu
folgten die Unordnungen in Bulgarien, die von Feinden
tums angezettelt wurden, um Bulgarien von seiner histo
auf den Schwabenweg abzulenken, unwürdige Streb
Gewalt an sich und nötigten das Komitee, auf einige
Arbeit einzustellen." Das habe Kosten und Verluste
viele seien kleinmütig geworden, nur er, Ignatiew, ha
zweifelt, und nach der Thronbesteigung des Fürsten Fe
dann wirklich die Arbeit des Komitees wieder aufgenon
können. So sei nicht nur die Kirche, sondern auch e
die Geistlichkeit, ein Seminar, Schule und Haus für
sowie ein Krankenhaus entstanden, kurz ein ganzer Komp
Gebäude. Im Seminar soll noch ein Museum errichtet
die heranwachsenden Generationen der jungen Bulgaren
ihre Dankespflichten nnd daran zu erinnern, daß R
Bulgarien für alle kommenden Jahrhunderte durch ge
verbunden sind. Wenn Minister Danew von der großmü
Rußlands gesprochen habe, so sei allerdings die christliche
der Türkei, namentlich aber die slavische, der Gegenstan
sorge Rußlands gewesen. Er selbst habe in diesem Sin
lang als bloßer Herold des Willens und der Gedanken s
gewirkt. Bis 1870 habe er gehofft, das Ziel auf fried
zu erreichen, zumal es den wohlverstandenen Interessen
entsprach.

„Rußland hat nie, weder materiell noch ökono
moralisch die Stellung des Sultans erschüttern wollen, n
der angeblichen Freunde der Türkei tun." Namentlic
aber die Stellung Bulgariens gewesen und um sie habe e
sich zumeist bemüht. So sei denn auch die Entstehung
nalen Kirche Bulgariens, die Gründung des Exarchats,
Weitere Wohltaten habe die Konstantinopeler Konferenz i
wollen, sie sei an der Verblendung der Pforte gescheitert

Digitized by Google

Kaiser Alexander II. genötigt worden, mit dem Schwerte den gordischen Knoten zu durchhauen. Das siegreiche Heer habe den Vertrag von San-Stephano möglich gemacht, „ein Vertrag, der Ruhe und friedliche Entwicklung nicht nur Bulgarien, sondern auch der Pforte gesichert, und ihr die späteren Wirren und Verluste erspart hätte. „Rußland, das selbstlos brüderliche Opfer gebracht hat, um Bulgarien zu schaffen, kann nicht anders als sein Gedeihen nach allen Richtungen hin zu politischer und ökonomischer Freiheit zu wünschen. Es ist zu hoffen, daß an der Spitze der Regierung als Helfer des Fürsten stets, wie jetzt, erprobte Patrioten stehen, fähig ihr eigenes Interesse dem Wohl des Vaterlandes zu opfern. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Bulgarien, auf das befreundete Rußland gestützt, in enger Verbindung mit ihm und in brüderlichen Beziehungen zu Serbien, fähig werde, seiner Zeit die historische Aufgabe zu erfüllen, welche die Vorsehung vorbestimmt hat, entsprechend der Stellung Bulgariens auf der Balkanhalbinsel und der Bedeutung, die es in der slavischen Welt einnimmt. Ja, es lebe Fürst Ferdinand, das unserem Herzen nahestehende bulgarische Volk und das Bruderheer Bulgariens."

Die Rede des Grafen Ignatiew — so schreibt der Gewährsmann der „Pet. Wjedom." — wurde mit nicht endenwollenden Hurrahrufen gefeiert, und machte auf die Bulgaren einen ganz gewaltigen Eindruck.

Wir zweifeln nicht daran, zumal wir guten Grund zur Annahme haben, daß die stärksten Stellen der Rede nicht wiedergegeben sind. Sie ist ebenso interessant durch das, was sie sagt, wie durch das, was sie verschweigt und durch die Ereignisse, die sich vorher und nachher in Makedonien abgespielt haben und noch abspielen. In Serbien hat sie schwerlich gleiche Freude erregt, und es ist uns auch sehr zweifelhaft, ob Graf Lambsdorff sie mit Wohlgefallen gelesen haben wird. Aber schließlich ist Graf Ignatiew heute ein Privatmann, und die russische Diplomatie trägt keine Verantwortung für die Blüten seiner Beredtsamkeit. Wie man die Rede in Bulgarien verstanden hat, zeigt die folgende kurze Notiz der „Nowoje Wremja": „In Anlaß der Ankunft des Grafen Ignatiew, haben die letzten Nummern der bulgarischen Zeitungen begeisterte Artikel dem Schöpfer des Bulgarien von San Stephano gebracht. Sie loben einmütig die

Digitized by Google

großen Verdienste, die der Graf sich um das Glück des
Volkes erworben hat. Die offiziöse „Bulgaria" widmet
Ignatiew einen langen Leitartikel und sagt u. a., daß de
ganzen bulgarischen Volke, ohne Unterschied der Parteien
zeugungen, geliebt werde und führt als Beweis das folge
an: Bis zu welchem Grade Graf Ignatiew jedem Bul
ist, zeigt das folgende ungewöhnliche, kaum glaubliche
den Tagen des traurigen Stambulowschen Regimes, als
alles Russische verfolgt wurde, ward nur ein Russe nicht
und das war Graf Ignatiew. Der verstorbene Tyrann
nur nicht seine Stimme gegen den Liebling des Volkes
sondern als er gegen Ende seiner usurpierten Stellung
und Anstand zurücktreten und den wahnsinnigen Kampf
land aufgeben wollte, da wandte er sich mit der Bitte
und Beistand an den Grafen Ignatiew." Diese Notiz de
Organs des Fürsten Ferdinand erscheint allerdings auch
wöhnlich und kaum glaublich", da wir uns mit anderen
die ein besseres Gedächtnis haben, als Graf Ignatie
„Bulgaria" es gerade haben wollen, sehr deutlich erinner
Prinz Ferdinand von Koburg niemand anderem als Stam
Wahl zum Fürsten von Bulgarien zu danken gehabt hat
garischen Hofe und an den von ihm abhängigen Steller
entschieden gut, den Schatten Stambulows nicht zu besch

Doch wir rekapitulieren. Die Rede des Grafen Ig
ihrer Verherrlichung von San Stephano ist eine un
Unterstützung der auf Makedonien gerichteten Bestreb
Bulgaren, und das heißt, sie ist das Gegenteil der
offiziellen Rußland, das zum Glück, wie die Verhältn
heute noch stärker ist als er.

Die russischen Zeitungen, die uns in letzter Stund
bestätigen vollauf, daß der Zug des Grafen durch Bu
Triumphzug war und daß in Sofia geradezu eine „Apot
Ausdruck stammt aus einem Leitartikel der „Pet. Wjed.")
vorgeführt wurde. Sie bringen auch den Wortlaut einer
bekannt gegebenen, in Sofia gehaltenen Rede des Grafen.
wörtlich: „Ich bin tief dankbar für den freudigen Em
mir die Hauptstadt des freien Bulgarien bereitet hat.

Digitized by Google

Bulgarien schon vor seiner Befreiung; ich träumte von Groß-Bulgarien, und es war schon geschaffen, aber die europäische Diplomatie erhob sich gegen dieses große Werk des Zaren-Befreiers und zerteilte Bulgarien in mehrere Stücke. Immer aber glaube ich noch, daß früher oder später Bulgarien groß wird, und daß meine Träume von dem Bulgarien von San-Stephano in Erfüllung gehen werden. Es ist ja möglich, daß es nicht bald geschieht, vielleicht erlebe ich diesen herrlichen und feierlichen Augenblick nicht mehr, aber die bulgarische Intelligenz muß stets diesem Ideal zustreben." Hier unterbrach den Redner stürmischer Jubel — er winkte — es ward totenstill und nun fuhr er fort: „Die Feierlichkeiten auf den Höhen von Schipka werden Rußland fest mit dem befreiten Bulgarien verbinden, mit Rußland verbunden wird es groß werden . . . ihr werdet glücklich sein . . ." Wieder unterbrach endloses Hurrah! den Redner, und bewegt schloß er: „Ja, hoch Bulgarien durch alle Jahrhunderte, mag es aufblühen und gedeihen! Hurrah!"

Bei diesen Worten spielten inmitten betäubender Hurrahrufe die vereinigten Militär-Orchester: Gott behüte den Zaren, und alles Volk entblößte das Haupt. Dann folgte die Nationalhymne: Rausche Maritza!

Einige tausend Makedonier brachten dem Grafen Ignatiew ebenfalls eine Ovation dar und sandten eine Deputation zu ihm, die von dem Grafen überaus freudig und herzlich empfangen wurde!"

Das glauben wir.

Mit Recht erregen die Kohlenausstände in Pensylvanien ernste Besorgnis. Die Wahrscheinlichkeit spricht für gefährliche und blutige Zusammenstöße. Auch ein Hinüberschlagen der Bewegung nach Europa läßt sich nicht verkennen; in Frankreich, der Schweiz, Belgien, zum Teil auch schon in England läßt sich die Nachwirkung spüren. Aber es will uns scheinen, daß der Versuch, die gesamte Bevölkerung eines Landes in einen schweren Notstand zu versetzen, um den Komfort einer übermütigen Arbeiterorganisation zu steigern, die Korrektur in sich tragen muß.

Digitized by Google

16. Oktober. Wiedereröffnung des englischen Parlaments und des österreich
16. Oktober. Eintreffen der Burengenerale in Berlin.
17. Oktober. Vertrauensvotum der französischen Kammer für das Ministeri
18. Oktober. Abreise der Burengenerale aus Berlin.
20. Oktober. Konstituierung des Ministeriums Welimirowitsch in Serbien.

---

22. Okt

Am 20. des Monats Safer, im 1249. Jahre der
am 26. Juni st. v. 1833, wurde in Konstantinopel
unterzeichnet, der unter dem Namen Vertrag von Hu
bekannt ist, und in unseren historischen Darstellungen
sonderer Triumph der orientalischen Politik Rußlan
Dieser Vertrag, so geht das Gerücht, sei bei der jüngsten
des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in Konstantin
worden.

Was ist es nun mit diesem Vertrage?

Als Ibrahim Pascha im Dezember 1832 die l
Armee, die Sultan Mahmud ihm entgegenstellen konnt
aufs Haupt geschlagen hatte, und nunmehr dem egyptis
der Zugang zu Konstantinopel offen stand, warf Rußla
Verjüngung der Türkei durch den energischen Egypte
erwünscht sein mußte, sich zwischen den Sieger und d
Die Sendung des Flügeladjutanten Grafen N. N. Mu
Egypten, dann auf Bitten des Sultans das Eintreffen ei
Geschwaders unter Führung des Kontreadmirals Kuma
Dere, und Anfang April 1833 das Eintreffen weite
Kriegsschiffe und einer Abteilung von 10 000 Mann russisch
truppen, die nur als Avantgarde der noch in den Donau
als Okkupationstruppen unter dem General Kisselew stel
gelten konnte, vor Konstantinopel, sowie endlich die

Digitized by Google

Grafen Alexej Fedorowitsch Orlow führten dahin, daß Mehemed-Ali sich genötigt sah, seinen siegreichen Stiefsohn Ibrahim zurückzurufen, und sich mit den Vorteilen zufrieden zu geben, die der Kaiser Nikolaus ihm zu lassen für gut fand. Orlow aber hatte inzwischen jenen Vertrag von Hunkiar Skelessi abgeschlossen, dessen wir gedachten. Es sind 6 Artikel, deren erster verspricht, daß der Kaiser und der Sultan sich über alle Punkte verständigen wollen, welche die Ruhe beider Reiche betreffen, im Notfall aber sich Hülfe leisten werden, Artikel 2 bestätigt den Frieden von Adrianopel und die Griechenland betreffenden Vereinbarungen, im 3. Artikel übernimmt der Kaiser die Verpflichtung, wenn nötig, den Sultan zu Wasser und zu Lande zu unterstützen, der 4. legt die Last der Truppenverpflegung derjenigen Macht auf, der die Hülfe geleistet wird, der 5. bestimmt, daß dieser Vertrag 8 Jahre lang Geltung haben solle, der 6. endlich enthält Bestimmungen über die Ratifikation des Vertrages.

Der eigentliche Schwerpunkt aber fiel auf den Artikel separé et secret, durch welchen Kaiser Nikolaus seinerseits auf jede Hülfeleistung seitens der Pforte verzichtete, wogegen diese die Verpflichtung übernahm, die Dardanellen den Krigsschiffen aller fremden Mächte zu verschließen und sie ihnen unter keinerlei Vorwänden zu öffnen.

Die fremden Mächte, namentlich England, waren durch diesen Geheimvertrag, der natürlich nicht geheim blieb, aufs äußerste beunruhigt, und der Kaiser Nikolaus glaubte in der Tat einen ganz außerordentlichen Erfolg errungen zu haben. Er hat, was vielleicht der Gipfelpunkt seiner Selbsttäuschungen ist, sogar gemeint, der Sultan werde über kurz oder lang zum Christentum übertreten.

In Wirklichkeit handelte es sich doch nur um einen Scheinerfolg, und jener Graf Murawjew, der vom Zaren nach Alexandria zu Mehemed-Ali geschickt worden war, hat in seinem höchst interessanten Tagebuche bereits die Argumente aufgezählt, welche diese Beurteilung des Vertrages rechtfertigen. Denn einmal, so führt Murawjew aus, liegt es ja in der Hand der Pforte, darüber zu entscheiden, ob und wann sie Hülfe braucht. Sie wird daher in jedem Fall nur nach ihrem Ermessen handeln. Zweitens sei die türkische Flotte gar nicht stark genug, um einen feindlichen Einfall abzuwehren, vielmehr lasse sich erwarten, daß ein entschlossener Feind sich ihrer bemächtige und sie gegen Rußland verwende. Feindliche Flotten, die bei Smyrna

Digitized by Google

stehen, seien daher sehr wohl in der Lage, Odessa z
dieren, ehe russische Truppen zum Schutz der Dardane
rücken können. Der Seraskier, der den Vertrag unterzeic
sehr wohl gewußt, daß die Befestigung der Dardane
entschlossenen Angriff gegenüber völlig unzureichend sei,
Namen unter die Vertragsurkunde nur gesetzt, um mög
die russischen Hülfstruppen und die russische Flotte wie
werden.

Kurz, das mare clausum war nichts anderes als ein
und bekanntlich hat Rußland zu Ausgang der zweite
egyptischen Krisis im Jahre 1841 auf die Scheinvorteile v
Skelessi verzichtet. Wir sehen aber nicht, daß in der
Dardanellen, die heute bei der angeblichen Erneuerung des
von Hunkiar Skelessi wohl allein in Betracht käme, der
sich wesentlich geändert hätte. Wie 1833 ist auch heute d
Flotte nicht imstande, einer englischen oder einer russischen
Durchfahrt durch die Meerengen zu verbieten, wenn ihr ein
loser Wille gegenübersteht. Was die Dardanellen schüt
Scheu vor europäischen Verwickelungen, und dieser Schutz
für absehbare Zeit noch außerordentlich wirksam. Alle
wägungen aber führen dahin, jenes Gerücht von der
des Vertrages von 1833 als höchst wenig wahrscheinlich
zu lassen. Es fehlt ihm die raison d'être!

Wir möchten an diese rückschauende Betrachtung ei
knüpfen, die unser Interesse lebhaft erregt hat. In de
politique et parlementaire" ist nämlich ein anonymer
schienen, der den Titel „quatre ans de politique extérie
und die gesamte auswärtige Politik Frankreichs während
4 Jahre einer außerordentlich scharfen Kritik unterzieht.
richtet sich also gegen den jetzigen Minister der auswär
gelegenheiten, Herrn Delcassé, und untrügliche innere
lassen keinen Zweifel darüber, daß der Verfasser niemand
als sein Vorgänger, Herr Hanotaux.

Nach einigen einleitenden Bosheiten (I'ignore si Mr.
a du génie, mais a coup sûr, il a duré) entwirft Herr
wie wohl verständlich ist, ein ungemein glänzendes Bild
in welcher Frankreich sich zu der Zeit befand, als er sein

Digitized by Google

portefeuille niederlegte: Die russische Allianz fest begründet, die Beziehungen zu Deutschland so gut als die Umstände irgend gestatteten, die Annäherung an Italien auf handelspolitischem Gebiet glücklich vollzogen, im Orient die kretische Frage geregelt und damit die Gefahr einer orientalischen Krisis abgewehrt, die kleinen Nationalitäten überall von den Sympathien Frankreichs gestützt. Kurz, Frankreich konnte in Ehren sein Haupt hoch tragen.

Einen dunklen Punkt allerdings gab es: England blickte mit Neid auf das herrliche Kolonialreich, das Frankreich in den letzten 20 Jahren erworben hatte: 40 Millionen Seelen zu den 40 Millionen des Mutterlandes, ein kolossales Werk, das in der Annektion Madagaskars seine Krönung gefunden hatte. Freilich habe es eben deshalb noch viel zu tun gegeben: Die 1½ Milliarden, die der Handel der Kolonie einbrachte, ließen sich noch steigern, in Hinterindien sei Tonkin nicht mehr als eine Straße, die Frankreich sich gebahnt, und ein Köder, den es ausgeworfen habe; die umsichgreifende Politik des commonwealth von Australien mußte gezügelt werden, in Marokko, im östlichen Nordafrika, am Tschadsee wie am oberen Nil gab es große Aufgaben zu lösen. Es kam deshalb namentlich darauf an, Boden zu gewinnen, ohne sich eine Blöße zu geben, und ganz besondere Vorsicht war geboten, als Liotard den Auftrag erhielt, vom Oberen Ubanghi aus einen Zugang zum Nil zu finden. Als 1896 der Kapitän Marchand mit nur 14 Weißen und 200 Schwarzen ausgeschickt wurde, ihm Verstärkungen zu bringen, ward er (Marchand) daher instruiert, sich zurückzuziehen, sobald er auf entschiedene Feindseligkeit stoße. Jeder Konflikt sollte vermieden werden. Nun sei eben damals Kitchener mit einer wirklichen Armee ausgezogen, um die südlichen Dependenzen Egyptens zu gewinnen, und damit bot sich die Möglichkeit von unbequemen Gegensätzen. Ein Verbündeter sei daher von Wichtigkeit gewesen, und den hätte man, wie Herr Hanotaux kühn behauptet, in Deutschland finden können — was uns, beiläufig bemerkt, höchst unwahrscheinlich dünkt. Aber Herr Hanotaux notiert, daß er infolge seines Rücktritts dazu keine Möglichkeit mehr gehabt habe, Delcassé aber vorteilhaft fand, die Hände in den Schoß zu legen. Der neue Minister des Auswärtigen fürchtete die gegen Deutschland gerichtete Stimmung der öffentlichen Meinung Frankreichs, und habe Deutschland so der englischen Um-

Digitized by Google

armung zugeführt. Die Folge aber sei die Demütigung
in Faschoda gewesen.

Hier fällt freilich Herr Hanotaux in bösen Widerspru
selbst, denn seine weitere Darstellung zeigt, daß es eig
Faschodafrage überhaupt nicht hätte geben können, wenn
unerhörte Ungeschick Delcassés sie heraufbeschworen hätte.
die Engländer förmlich in jene Politik hineingehetzt,
„brutalen Forderung" des Rückzuges von Marchand füh
in dieser Frage wird Herr Delcassé sich wohl selber
uns aber drängt sich die Erwägung auf, was denn Herr
von Deutschland erwartete? Doch nicht, daß es, um
eine Stellung am Nil, oder dem Kapitän Marchand eine
zu schaffen, Arm in Arm mit Frankreich England bedr
Ein Staatsmann, der diese Torheit zu begehen bereit w
Deutschland schwerlich zu finden.

Herr Hanotaux geht von den afrikanischen Sünden
nunmehr auf die ostasiatischen über. Auch hier wird u
wie vortrefflich das französische Auswärtige Amt in d
bis 1898 die Interessen Frankreichs zu vertreten wu
Juni 1895 bringt die vorteilhafte Grenzrichtung am M
Namu, Junnan wird dem französischen Einfluß erschlo
Handelsplätze ihm geöffnet, Englands birmanische Plä
scheitern. Dann folgen im Mai 1896 Vorteile, die der f
Polizei an der Grenze von Anam gesichert werden, im
Eisenbahnvertrag, der ein Jahr später noch erweitert
deshalb so wichtig war, weil es eine der ersten Konze
die China gewährt, und sich dem französischen Kapital
neues Feld eröffnet. Es folgen Minenprivilegien, die
im April 1898 übernommene Verpflichtung, in den drei
welche an das französische Territorium stoßen, keinen andere
Vorteile zu gewähren, die Pachtung der Bai von Kuang-
99 Jahre u. s. w., und das alles, ohne es mit den Chine
derben, denn der Boxeraufstand habe gerade die für
wichtigen Territorien nicht getroffen.

Wenn nur Herr Delcassé auf dieser Bahn weite
wäre? Allerdings habe er das Glück gehabt, einige von
geschickt eingeleitete Verhandlungen zum Abschluß zu fü

Digitized by Google

die in China bekannt gewordene Faschoda-Schmach habe alles wieder verdorben. Die Chinesen werden aufsässig. In Schanghai führt eine Bagatellfrage zu einer halben Niederlage, für die Plünderung und Zerstörung der Missionen in Sse-Tschuan kommt eine verspätete Genugtuung, bei der Besetzung der Bai von Kuang-Tschau lauter Ungeschicklichkeiten und unnützes Blutvergießen und bei alledem habe sich Delcassé gar am 24. November 1899 erlaubt, vor der Kammer die Politik seines Vorgängers herabzusetzen. Dafür nimmt denn Herr Hanotaux jetzt seine Revanche, indem er drittens die französische Politik, wie sie infolge des Pekinger Gesandtenmordes sich gestaltete, recht gründlich vornimmt. Erst die Untätigkeit des Ministers trotz der Warnungen des Gesandten Pichon, dann unzureichende Truppensendungen, endlich die Unterordnung französischer Truppen unter einen deutschen Feldmarschall, während es doch Frankreich möglich gewesen wäre, wenn es rechtzeitig und energisch eingriff, Ruhm und Erfolg für sich allein zu gewinnen. Hieran schließt sich eine böse Persiflage der durch Herrn François mit böswilliger Umgehung Pichons in Junnan geführten Verhandlungen, die zu keinerlei Vorteilen für Frankreich führten, während man doch an der russischen Politik in der Mandschurei ein glänzendes Vorbild gehabt habe. In Junnan hätte man mit 4 Mann und einem Korporal zum Ziel kommen können. Herr Hanotaux macht dabei die amüsante Bemerkung, daß, wenn Rußland von seiner Uneigennützigkeit rede, das sehr wohl aufrichtig gemeint sein könne. „Les mots n'ont pas le même sens en Orient que chez nous. Il y a tant de nuances là bas entre l'indépendance et l'asservissement! Und dann, hätten nicht Deutschland und England Protokolle über die Integrität Chinas unterzeichnet und dabei ihre Augen schamhaft von der Mandschurei abgewandt. „Tel est le respect qu'inspire la force quand elle a conscience d'elle-même." Also, wenn wir recht verstehen, Frankreich hätte sich im Junnan festsetzen sollen, wie Rußland in der Mandschurei und, was wohl noch abenteuerlicher ist, auch in Nordchina „sans aucune vue de conquête, mais simplement pour tenir un pistolet braqué sur Pékin." Aber Herr Hanotaux meint wohl auch hier, daß die Worte im Orient eine andere Bedeutung haben, als bei uns; denn der Schluß dieser Jeremiade lautet: „Was ist uns denn von dieser chinesischen Episode geblieben? Ein

Digitized by Google

wenig Staub in unseren Händen." An die 200 Million
China zu zahlen übernommen hat, aber vermag er nicht zu

Noch interessanter sind die Ausführungen in der Tro
frage; Herr Hanotaux war für Intervention Frankreichs, R
und Deutschlands, wobei Deutschland die Initiative gehörte
sowohl für seine Stammesgenossen, wie für seine Kolonien ein
hatte, und durch den Kampf um Ausbreitung seiner Judus
Gegner Englands sei. Rußland hätte in Asien wirken sollen,
reich stand in dritter Reihe, und da die anderen sich nicht
gibt er zu, daß es gut gewesen sei, daß auch Frankreich stil
Dagegen hätte Rußland in der Mandschurei, Deutschland
Hawaii-Inseln (ei! ei! Herr Minister!), Amerika auf den Phi
die Zeit genutzt. Weshalb habe da Frankreich nicht in
zugegriffen?

Denn sagt Herr Hanotaux, „das sollte jedermann bei
außerhalb wissen: Marokko ist eine Lebensfrage für uns, in
es uns unmöglich ist, nachzugeben. Die Lage ist genau dies
in Tunis 1881. Wir dürfen, wenn wir nicht abdanken wolle
fremde Macht an der sehr verwundbaren Flanke unserer alg
Kolonie dulden. Oder sollen wir etwa auf Algier und
Großmachtstellung verzichten? Marokko, ob es nun frei ble
unserem Einfluß unterworfen wird, bedeutet für uns ni
Sicherheit unserer Landesgrenzen, es hält zugleich die
unserer maritimen Stellung in Nordafrika. Der Tag, da
Schiffe in Magador vor Anker legen, gibt uns einen Aus
den Atlantischen Ozean und wir brauchen dann nicht m
Kanonen Gibraltars zu fürchten. Dann wird uns auch das
Tangers gleichgültig sein." Aber Herr Delcassé habe nicht
dieses Ziel vorzubereiten und ebenso fruchtlos sei seine Polit
gegenüber gewesen. Und so kann man Herrn Delcassé
qu'avez vous fait pendant ces quatre ans? Rien! rien!

Zur weiteren Bekräftigung dieser energischen Apostrop
Hanotaux zum Schluß auf die Intervention Frankreichs in
Lorando Tubini und auf die Frage der französisch-italienisch
näherung über. Er hat für beides nur Hohn. Der Vorw
die Expedition nach Mitylene erscheint ihm (ganz wie uns) „mis
der Ausgang kläglich, von der französisch-italienischen Verstä

Digitized by Google

aber verkündet er uns, daß Frankreich freie Hand in Marokko erhalten habe und Italien dafür in Tripolis Aktionsfreiheit bekommen solle! Aber, so meint er, da Italien ohnehin nichts in Marokko oder um Marokko zu suchen habe, sei das ein ungleiches Geschäft. Auch habe man den durch Mitylene beleidigten Sultan dadurch weiter gereizt, daß man über eine seiner Provinzen verfügte, auf welche Frankreich keinerlei Anrecht habe. Schon spüre man die Wirkung bei den afrikanischen Muhammedanern, der Sultan von Marokko aber wisse nunmehr, daß Frankreich ihn verschlucken wollte (que nous voulions l'avaler!). Wenn das wenigstens wahr wäre; es geschehe aber nichts, und so habe man ohne allen Grund das Mißtrauen Europas und Marokkos geweckt. So werde Marokko sich England zuwenden, denn die Orientalen gehen stets mit dem Starken. Frankreich sei auf der ganzen Linie im Rückzuge. In London sei man einsilbig, in Berlin stumm, in Konstantinopel ganz lautlos geworden. Rußland helfe nach wie vor in loyalster Weise, aber es komme nicht aus der Verwunderung über die völlige Untätigkeit Frankreichs. In Italien mache man dem Gesandten ein freundliches Gesicht, aber die Tripelallianz sei gleichfalls lächelnd erneuert worden. Frankreich sei ein Land geworden, das seine Stärke nicht mehr kenne, und doch sei es „la puissance la mieux équilibrée sur terre et sur mer", denn seine Marine sei stärker als die deutsche und seine Armee stärker als die englische. Er wolle deshalb nicht Kriegspolitik treiben, aber wenn Frankreich über seine Interessen verhandle, müsse es wie Brennus sein Schwert in die Wagschaale werfen. Der Friede dürfe nicht durch Schwäche und mitunter durch Demütigungen erkauft werden. Erst dann werde es einen sicheren Frieden geben. Und erst wenn die Regierung die Sprache einer realen Macht führe, werde es unnütz werden, ihr die Existenz dieser Macht zu demonstrieren.

Es ist uns lehrreich erschienen, diese Ausführungen möglichst eingehend wiederzugeben, weil sie uns als Ausdruck eines verhaltenen Ehrgeizes wichtig sind, der alle Tage zu einem bestimmenden Faktor in der Politik Frankreichs werden kann. Am merkwürdigsten sind wohl die Äußerungen über Marokko, die namentlich in England nicht unbemerkt vorübergehen werden und durch die Dinge, die sich gerade jetzt auf marokkanischem Boden abzuspielen beginnen, leicht aktuell

Digitized by Google

werden können. Überhaupt fällt auf, wie scharf Hanot
Blick auf mögliche Quellen großer Verwicklungen ri
argumentiert mit der großen Krisis, welche der Tod d
Franz Josef bringen werde, ja sogar mit einem kriegeris
Nachfolger Kaiser Wilhelms. Die ganze Ausführung t
an den Ehrgeiz der Franzosen appellierenden Charakter,
Unkundige um so leichter irreführen, als sie mit unbewi
hauptungen wie mit Tatsachen operiert. Manches, wie die
ristik der Expedition nach Mitylene, enthält viel treffe
Hauptsache, daß Frankreich auf russische Weisung hin seine
antreten mußte, hat Hanotaux nicht zu sagen gewagt. A
kehrt ist seine Darstellung der Verwicklungen, welche
afrikanische Krieg brachte. Die Sache lag vielmehr so,
Intervention Deutschlands das Signal für eine französis
Allianz gewesen wäre. Aber in diesen Fragen ist die Urte
bei uns so groß gewesen, daß wir uns nicht wundern kön
nachträglich daraus bare Münze geschlagen wird. Daß d
Hanotaux auf seinen Nachfolger im Amt von praktisch
sein wird, glauben wir nicht. Das Ministerium Combes
Majorität sicher, und solange die Kombination der Pa
behauptet, aus denen das Ministerium hervorgegangen
auch Herr Delcassé unentbehrlich bleiben. Daß eine
Hanotaux ein Element der Unsicherheit in die große Pol
würde, kann aber nicht übersehen werden. Es liegen
Hinsicht die französischen Verhältnisse ähnlich wie die engl
der Sturz des Ministeriums und die Regierungsgewalt i
der jetzigen Opposition, ebenfalls als ein Übergang zu
politischen Beziehungen nach außen hin beklagt werden mü
Schlimmste aber wäre ein gleichzeitiger Wechsel hüben u

Zum Schluß noch einige Worte über den Verlauf d
tage. Sie haben viel Jubel gebracht, und die Buren-Gene
wie wir erwarteten, offene Hände gefunden. Was sie sa
gut und würdig und hat die peinlich berührenden A
De Wets in Paris so weit möglich ausgeglichen. Wir de
namentlich an den Vergleich zwischen den Burenfrauen
französischen Frauen während des Krieges von 1870, n
das tertium comparationis nur in der Gleichheit des

Digitized by Google

zu liegen scheint. Auch das geflissentliche Betonen des französischen Blutes in seinen Adern, als der Quelle seiner Kraft, mußte überraschend wirken. Aber wir wollten damit nicht rechten, und so waren es Töne echter Herzlichkeit, die hinüber und herüber klangen. Auch haben die Berliner Sammlungen den fünffachen Betrag dessen ergeben, was Frankreich aufbrachte. Aber es ist doch ein merkwürdiges Schauspiel gewesen, wie diese typischen Vertreter des Agrariertums, denn das sind die Buren in ihren Vorzügen wie in ihren Schwächen, von einer hauptstädtischen Bevölkerung bejubelt und gefeiert wurden, die sich fast ausschließlich in entgegengesetzten Gedanken und Interessensphären bewegt. Auch das hier und da durchklingende religiöse Pathos war wie ein Zugeständnis, das einer sonst geflissentlich in den Hintergrund gerückten Weltanschauung gemacht wurde: ein Tischgebet, in der Reihe der patriotischen Lieder, die gesungen wurden, auch ein geistliches; wie fremd mutet uns das an, wenn wir an Ton und Verlauf der Versammlungen denken, die wir alle Tage in der Reichshauptstadt erleben. Kurz, es war alles weniger berlinisch als burisch. Man akkomodierte sich ihnen, und wahrscheinlich werden Festteilnehmer und andere Mitfeiernde sich dagegen verwahren, wenn man daraus auf ihr politisches Glaubensbekenntnis den Schluß ziehen wollte. Nicht das Urteil, sondern die Empfindung hat mitgespielt. Man dachte nur an die tapferen Männer und an die Not, die sie überstanden haben und die ihren Volksgenossen nach all der Verwüstung des heimatlichen Bodens noch droht.

An sich ist der Appell, den die Burengenerale an das Mitgefühl Europas richten, höchst ungewöhnlich. Es gibt keinen Präzedenzfall dafür und wenn sie aus Deutschland nach Rußland ziehen, wird es ihnen noch schwerer fallen, den unpolitischen Charakter aufrecht zu erhalten, den sie ihrer Reise zu geben bemüht sind. Auch sind wir nach wie vor der Meinung, daß die Reise politisch und praktisch ein Fehler ist. Politisch, weil sie auch beim besten Willen der drei Generäle den Gegensatz der öffentlichen Meinung Europas gegen die Engländer verschärft, und das dürfen sie heute nicht wünschen; praktisch, weil eine Agitation in England aller Wahrscheinlichkeit nach weit reichere Resultate geliefert und einen Druck auf die Regierung ausgeübt hätte, mit dem diese zu rechnen genötigt gewesen

Digitized by Google

wäre. Die Münchener „Allgem. Ztg." schätzt den G
den die Sammlungen auf dem Kontinent ergeben werde
4 Millionen Mark. Das ist sehr wenig im Vergl
60 Millionen Pfund (das ist gegen $1\frac{1}{2}$ Milliarden
welche die Buren ihre Verluste schätzen. Es ist Pflicht u
Englands, so weit als möglich zu helfen, und wir fürch
Kollekten auf dem Kontinent das Bewußtsein dieser
geschwächt, nicht gestärkt haben werden.

Digitized by Google

23. Oktober. Der dänische Reichstag lehnt den Verkauf der westindisch-dänischen Inseln an die Vereinigten Staaten ab.
24. Oktober. Der Mörder Stambulows, Haitu, wird in Sofia zum Tode verurteilt.
25. Oktober. Festzug Eduard VII. durch London.
27.—30. Oktober. Kronprinz Friedrich von Dänemark in Berlin.

---

29. Oktober 1902.

Wir finden in russischen Blättern einen Artikel der Lemberger „Gazeta Narodowa" (Volkszeitung) wiedergegeben, der offenbar das Ziel verfolgt, die öffentliche Meinung Rußlands für die Polen und gegen Deutschland aufzuregen. Es sind die angeblichen Bekenntnisse, die ein deutscher „Hakatist", der hochstehender preußischer Beamter ist, einem polnischen Studienkameraden gemacht haben soll, und die jener der „Gazeta Narodowa" zum Abdruck zuschickt. „Auf die Frage des Polen, weshalb Preußen so grausam die Polen verfolge und sie dadurch dem Panslavismus in die Arme treibe, antwortete der Deutsche: „Vor allem wiederhole ich Dir, was Euch oft genug in Rußland gesagt worden ist, d. h. daß Ihr unverbesserliche Träumer seid. Polen war, ist und wird die Negation Preußens sein, denn unsere preußischen Stammprovinzen stehen auf Euerem Boden. (!) Wir Deutsche müssen uns auch ferner auf Euere Kosten ausbreiten, denn unsere jetzigen Grenzen werden uns zu eng. Es hat ja allerdings in unserer Geschichte liberale Augenblicke gegeben, da wir uns mit Euch verständigen und Euch zur Vernichtung des Panslavismus benutzen wollten. Das alles aber ist unwiderruflich gewesen; wir haben uns überzeugt, daß man im Ernst auf Euch nicht rechnen kann. Wir fürchten niemanden und nichts: Rußland und der Panslavismus sind uns nicht furchtbar, denn wir haben Rußland durch tausend Banden gefesselt, und so lange es

Digitized by Google

bleibt, was es ist, steht es uns ohnmächtig gegenüber. L
hält alle Pulse Rußlands und wir beobachten sorgfälti
Arterien. Frankreich kann mit uns nicht konkurrieren, d
niemals so viele seiner Leute in Rußland haben, wie wir
das heutige Frankreich — es will nur die Früchte früherer
nießen und weiter nichts. In unseren Händen liegt
Industrie und liegen die russischen Finanzen: unsere Leute
von Petersburg bis Wladiwostock; mitunter versuch
höheren Sphären sich von uns zu emanzipieren, aber
das untere Räderwerk der Staatsverwaltung unserer Le
lassen. Auch verschmähen wir keinen Bundesgenossen
Rußlands und Frankreichs, von Österreich, das uns gehö
reden! Und dann haben wir Bundesgenossen. Ihr kenn
der Judenschaft, die stets mit den Machthabern geht.
oder der russische, mag noch so gut polnisch oder russisc
bleibt doch ein Halb-Deutscher. Sein Jargon und sei
thien verbinden ihn uns. An Euren Grenzen sitzen gegen
Juden, nicht verstreut, sondern in den Städten konzentrie
dem haben wir schon längst die 15 Millionen Russinen
thenen) in Rußland ins Auge gefaßt. Mit den Jude
eine Masse von 20 Millionen Köpfen in Westrußland.
also Rußland gegen Rußland in Bewegung setzen wo
uns dazu die Kadres nicht. Kleinrußland wird mit uns
Grenzen keinen Streit anfangen. Es wird dankbar fü
was wir ihm geben. Nach dem bevorstehenden Konflikt
Warschau, Wilna und die baltischen Küsten nehmen; d
zum Schwarzen Meere erhält Kleinrußland. Die Klein
ein besserer Bundesgenosse als Ihr gegen den Panslavis
aber den Konflikt betrifft, so können wir warten. Früher
kommt es zum Zerfall Rußlands von innen heraus, und d
wir über sein Schicksal entscheiden, wie der Große Ku
Euer Schicksal entschieden hat. Bis dahin wird aber Ru
wagen, uns anzufallen, denn es kennt seine Schwäche.
uns inzwischen, Österreich und den türkischen Orient e
Rußland wird mittlerweile Eroberungen in Asien machen
auch das Feld seiner Zukunft. Das aber ist unsere A
so schloß der Deutsche!"

Digitized by Google

Unsere Wiedergabe dieses unsinnigen Geschwätzes ist den „Pet. Wjedomosti“ des Fürsten Uchtomski entnommen, der sich zwar eines Kommentars enthält, aber offenbar meint, daß seine Leser solche Nahrung vertragen. Auch hätten wir den Artikel nicht an dieser Stelle hervorgehoben, wenn die Tendenz der Mache nicht von politischem Interesse wäre. Man hat nämlich in letzter Zeit in Rußland begonnen, den Klagen der galizischen Ruthenen (die mit den obengenannten Russinen identisch sind) eine den Polen in Lemberg und Krakau sehr bequeme Aufmerksamkeit zuzuwenden. Indem man nun durch jenen fingierten Hakatisten die Ruthenen als heimliche Bundesgenossen der Deutschen darstellt, ihnen die westrussische Judenschaft an die Seite rückt, und vor den Augen des entsetzten russischen Patrioten den Zerfall Rußlands, den Verlust aller Westprovinzen, der Küsten des Baltischen und des Schwarzen Meeres als Schreckbild einer vielleicht nahen Zukunft entrollt, hofft man dadurch jene lästigen Sympathien für die Ruthenen recht gründlich zu beseitigen. Daß wir dann noch ganz beiläufig Österreich und die Türkei annektieren, ist zur Gipfelung des politischen Nonsens kennzeichnend, zeigt aber zugleich, wie die polnische politische Phantasie unfähig ist, innerhalb der Grenzen des Denkbaren zu bleiben. Es lohnt kein weiteres Wort darüber zu verlieren. Aber es ist vielleicht nützlich zur Ernüchterung der Urheber jener Hetzereien an die rücksichtslose Schärfe zu erinnern, mit der alle politischen Aspirationen der Polen auf russischem Boden zurückgewiesen werden. Man wäre in Warschau sehr zufrieden, wenn die preußische Praxis auf russisch-polnischen Boden übertragen würde, und den polnischen Zeitungen würde dort die preußische Freiheit wie eine Befreiung von schwerer Last erscheinen. Aber da man ihnen die eine Freiheit gelassen hat, auf uns zu schmähen, machen sie wenigstens davon Gebrauch und verstärken so den Chorus, der in Galizien angestimmt wird. Wir haben unseren Standpunkt in der Polenfrage mehr als einmal formuliert. Von einer gewalttätigen Germanisierung der Polen wollen wir nichts wissen, aber wir wollen auch nicht die mit Geschick und Hinterhaltigkeit verfolgten Polonisierungsbestrebungen dulden, in denen die polnische Gesellschaft und der polnische Klerus wetteifernd tätig sind. Erreichen wollen wir dreierlei: wir wollen eine weitere Polonisierung deutscher Bauern und Kleinbürger unmöglich machen,

Digitized by Google

wir wollen von den Polen die loyale Betätigung einer
Staatsgesinnung erlangen, und wollen drittens dafür S
daß das Hineinziehen der von Polen bewohnten Provinze
in die Zukunftspläne der polnischen Unabhängkeitspartei
politisches Absurdum jedem darstellt, der sich einen Res
Denkens gewahrt hat. Was aber die nationalen Bestr
galizischen Ruthenen betrifft, so ist es unsere Aufgabe n
fördern oder zu behindern. Das sind rein österreichische
heiten und noch steht, Gott sei Dank, als einer der ers
deutscher Politik fest, daß wir unter keinen Umständen in
Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen. Und in di
haben wir ein gutes Recht, Reziprozität zu verlangen.

Die Unruhen in Makedonien scheinen nun glü
Ende entgegenzugehen, und es läßt sich nicht verkennen,
die russische Regierung sich nach dieser Richtung hin
dienste dadurch erworben hat, daß sie ein energisches
der türkischen Regierung gegen die aus Bulgarien herübe
Banden nicht nur nicht behindert, sondern durch wiederholte
gefördert, man könnte beinah sagen, veranlaßt hat. Die
Reden des alten Grafen Ignatiew sind in dieser Hins
wirkungslos verhallt, und jetzt beginnt auch, offenbar
Wink von Livadia her, die russische Presse abzuwiegeln.
man bisher aus ihren Darstellungen den Eindruck gewann
Makedonien in Flammen steht, erfahren wir jetzt, daß di
in den Vilajeten Bitolja und Kossowo bloß in der Ein
standen hätten, nur etwa 1/10 Makedoniens, das Vilajet
der Schauplatz der Tätigkeit jener Banden des makedoni
tees gewesen, und heute könne an einer baldigen Herst
Ordnung nicht mehr gezweifelt werden. Die über den a
bulgarischen Charakter der Schipkatage erbitterten S
man mit freundlichen Worten zu trösten und zu ber
auch dem eben erfolgten Ministerwechsel in Belgrad di
Deutung zu geben. Von der am Willen der Zarin
Reise König Alexanders und seiner Gemahlin nach L
überhaupt nicht geredet und vielleicht wäre es klüge
wenn man in Serbien desgleichen getan hätte. Abe
täuschung muß wohl zu groß gewesen sein, und so ist

Digitized by Google

schrieben und gesprochen worden, als eine ruhige Überlegung gutheißen konnte.

Es scheint übrigens, daß Kaiser Nikolaus II. in Livadia mit wichtigen Staatsangelegenheiten beschäftigt ist. Fast sämtliche Minister haben sich um ihn versammelt und auch der Finanzminister Witte, der bereits auf der Rückreise von seiner Expedition in die Mandschurei begriffen ist, wird sich dort einfinden. Er hat bei seiner, mit überraschender Schnelligkeit vollzogenen Reise gewiß einen Einblick in die wirkliche Lage der ostasiatischen Verhältnisse gewonnen, denn niemand wird ihm abstreiten können, daß er einen scharfen Blick für Realitäten hat. Nach Berichten, welche auf die „Times" zurückgehen, müßte man schließen, daß er mit dem Eindruck zufrieden sein wird, den ihm die Mandschurei bot. Der Korrespondent des Cityblattes entwirft wenigstens ein wahrhaft glänzendes Bild von den Erfolgen der Russen, und hält ihre Stellung für unerschütterlich fest. Auch die Zurückziehung der russischen Truppen auf die mandschurische Bahn sei als eine Stärkung der russischen Position zu betrachten. Sie sei militärisch geschlossener als bisher. Es klingt fast ein Ton des Neides aus diesem Lob heraus, und allerdings hat England eben jetzt mit einem wenig willfährigen China zu rechnen. Sir Ernest Satow hat sich genötigt gesehen, eine Einladung an den Kaiserlichen Hof in Peking abzulehnen, weil er noch immer nicht genügende Satisfaktion für die Ermordung zweier chinesischer Missionare erlangen konnte, die im August in Honan dem Fanatismus des chinesischen Pöbels zum Opfer fielen. Es scheint, daß man, um die Engländer zu befriedigen, zu dem altbekannten Mittel gegriffen hat, unbedeutende Figuranten zu strafen, die Hauptschuldigen aber unbehelligt zu lassen. Nun hat England infolge dessen 4 seiner Kanonenboote den Jantse hinaufdampfen lassen, sie liegen bereits vor Hankau, und das Weitere bleibt abzuwarten. In Rußland aber scheint man zu fürchten, daß England die Gelegenheit benutzen werde, um an diesem wichtigen Mittelpunkte chinesischen Handels festen Fuß zu fassen, und die russischen Händler, die erst kürzlich dort Beziehungen angeknüpft haben, aus ihrer Position drängen könnten. Namentlich der Export der sogenannten Ziegeltees ruht ganz in russischen Händen und es ist sehr begreiflich, daß man sich diese Vorteile nicht will entziehen lassen.

Digitized by Google

Es liegt zwischen England und Rußland n
Differenzpunkt vor, dessen Tragweite wir noch nicht re
können. Die russische Regierung hat sich nämlich an d
mit dem Antrage gewandt, daß, entgegen bestehenden A
über die zwischen Rußland und Afghanistan schwebe
regulierungsfrage, nicht durch Vermittlung des foreign off
direkt zwischen der Regierung des Emir und der russischen
werden solle. Auf eine im englischen Parlament gestel
hat Lord Cranborne mitgeteilt, daß die englische Regier
Modifikation der bestehenden Abmachungen vornehmen
nicht geneigt sei, dem Emir von den russischen Absichte
zu geben, ehe sie genaueres über diese Absichten wisse.
findet recht unliebenswürdige Kommentare in der russis
sie weist darauf hin, daß nach Erledigung der Schwi
Transvaal England zu seiner alten aggressiven Politik
Aber dieser Schluß ist entschieden voreilig: England
alle Hände voll zu tun. Hat auch der Krieg in Trans
hört, so machen sich doch die Nachwirkungen des Kri
ordentlich schwer geltend. Schon daß man genötigt ist, g
Mann stehender Truppen in Süd-Afrika zu unterhalten, ken
Schwierigkeit der Lage. Das Schlimmste aber ist, die Z
des Parteilebens und die in der Tat entsetzliche wirtsch
Englische Berichte, die jetzt sehr zahlreich aus Süd-Afri
malen schwarz in schwarz; sie sprechen von geradezu
Zuständen, und ein gut Stück Wahrheit mag daran s
Chamberlain zu dem ganz ungewöhnlichen Schritt entschlos
nach Süd-Afrika zu reisen, um sich durch eigene Anschau
teil zu bilden.

Das im ganzen kärgliche Resultat, das die Samm
Kontinents für die Buren ergeben haben, wird in Engla
Art Genugtuung spöttisch kommentiert. Ein gleicher
England selbst hätte den zehnfachen Ertrag ergeben m
aber hätten die drei Generäle nun einmal verspielt.
jedoch nicht, daß es dabei bleiben wird; es liegt im e
teresse Englands, möglichst rasch den Übergang zu ges
schaftlichen Verhältnissen zu vermitteln, und dieses Ziel
erreichen, ehe die Landwirtschaft der Buren wieder

Digitized by Google

Grundlage ruht. Mit gewisser Sorge verfolgt man jedoch die stetig steigende Auswanderung der Buren nach Madagaskar. Französische Berichte wollen wissen, daß gegen 10000 Köpfe sich dort schließlich zusammenfinden würden; und da wohl nur die unversöhnlichen Elemente hinüberziehen, gibt das für immerhin denkbare Eventualitäten eine dem englischen Interesse höchst unbequeme Nachbarschaft. Vom englischen Standpunkte aus konnte ein Hinüberziehen unzufriedener Buren nach Deutsch-Südwest-Afrika erwünschter scheinen, weil die Haltung der deutschen Politik eine festere Gewähr für die Zukunft bietet. Aber charakteristischerweise hat es nur sehr wenige Buren in unsere Kolonie gezogen. Es stellt sich eben je länger je mehr heraus, daß die Begeisterung, welche unsere öffentliche Meinung den Buren entgegentrug, keineswegs durch entsprechende Sympathien ihrerseits beantwortet worden ist. Wir denken nicht ohne Beschämung der Mahnungen einer Broschüre, die gerade in den Tagen erschien, als die Burengenerale unter uns weilten; sie wies darauf hin, daß für die deutschen Burenkämpfer, die verwundet und an Gesundheit geschädigt zurückgekehrt seien, und für die Witwen und Waisen der im Kampf für Transvaal gefallenen Deutschen nichts, absolut garnichts, geschehen sei. Sollte es nicht Aufgabe des Burenhülfsfonds sein, was er an Mitteln beisammen hat oder noch aufzubringen gedenkt, ihnen zuzuwenden?

Ein überaus merkwürdiges Symptom latenter russisch-französischer Gegensätze ist uns kürzlich in einer, offenbar aus geistlicher Feder stammenden Konstantinopeler Korrespondenz der „Now. Wrj." entgegengetreten; der Korrespondent erinnert an das Wort Gambettas, daß die klerikalen Institutionen seines Vaterlandes gut und nützlich seien, aber nur zum Export über die Grenze. Das werde jetzt praktisch betätigt, und die französische Regierung begünstige in jeder Weise die Auswanderung der aus der Heimat verdrängten Mönchs- und Nonnen-Orden in den Orient, wo sie naturgemäß Konkurrenten der griechisch-orthodoxen Kirche würden. Schon seien einige Dampfer voll solcher Auswanderer in Konstantinopel eingetroffen; andere hätten in Griechenland, auf den Inseln und in Rumänien Fuß gefaßt; so heißt es in einer Korrespondenz aus Bukarest, daß französische Mönchsorden in Rumänien eingetroffen seien und Kapitalien von 115—120 Mill. Frcs. mitgebracht hätten. Sie haben

Digitized by Google

bei der Regierung bereits Gesuche um Anlage von Schul
karest, Jassy und anderen Orten eingereicht, und ihre Ver
kürzlich vom Ministerpräsidenten in besonderer Audienz
worden. „Das rumänische Volk", schließt die Korrespon
damit höchlichst unzufrieden, da es ohnehin bemerkt,
Katholizismus seit einiger Zeit im Lande bedenklich zun
die Interessen der von den Vätern ererbten orthodoxen Kir
bedroht." Der ökumenische Patriarch habe darauf ein Se
an sämtliche höheren Geistlichen des Orients gerichtet,
den katholischen Schulen zu warnen, und in Konstantino
Sendschreiben in allen Kirchen verlesen worden. So sei
zwar anerkannt, aber es frage sich, wie man sie bekän
Der Verfasser der Korrespondenz warnt namentlich vor
der französischen Schulen und empfiehlt die Gründung vo
in welchen zwar in französischer Sprache unterrichtet wird,
richt aber in Händen rechtgläubiger Christen ruhe. Es wä
wenn Rußland durch Geldmittel Hülfe brächte. Noch
wenn gebildete junge Männer und junge Frauen, die
Staatsdienst gebunden seien, so viel Patriotismus bewiese
willig in kritischer Stunde sich als Lehrer dem Unterrich
gläubigen Schulen widmen zu wollen.

Man kann sich unter diesen Umständen vorstellen
schärfer diese Gegensätze werden müssen, sobald sie auf de
Boden konfessioneller Unduldsamkeit, auf Palästina und
Stätten hinübergreifen.

Mit großer Anerkennung haben wir einen Artikel de
gelesen, der den Schiedsspruch König Oskars von Schwe
Samoa-Angelegenheit zum Gegenstande hat. Das
Referat des „Temps" läßt das gute Recht Deutschland
Unrecht Englands und der Vereinigten Staaten ohne
behalt deutlich hervortreten; auch die Gefahr des damaligen
für Deutschland kommt zu voller Kenntnis. Es sind bek
ruhigen Nerven unserer Diplomatie gewesen, die eine
Ehren für Deutschland möglich machten, und es freut un
Schiedsspruch des Schwedenkönigs noch nachträglich unse
rechtfertigt. Umsomehr sind die amerikanischen Blätter i
und auch das weiß der „Temps" sehr treffend zu erklä

Digitized by Google

Amerikaner," sagt er, „intervenieren eben jetzt, und werden in Zukunft in „Zentral- und Südamerika intervenieren; sie wollen aber nicht Entschädigungsansprüchen ausgesetzt sein, und es ist verständlich, daß, wenn der König von Schweden einen für ihren Beutel gefährlichen Präcedenzfall geschaffen hat, sie sehr laut zu schreien beginnen. Aber noch ist nicht festgestellt, ob eine prinzipielle Entscheidung oder einen Vorschlag vorliegt; auch fragt sich, ob die Vereinigten Staaten nicht klüger täten den Spruch anzunehmen, als ihn zu verwerfen. Wenn man beau joueur ist, nimmt man Spielregeln und Folgen des Spieles an. Interventionspolitik und Eroberungen sind ein edles und ruhmvolles Spiel für die Nationen. Da die Vereinigten Staaten daran Geschmack gefunden haben, sollten sie wenigstens ihr Spiel bezahlen und zwar zu guten Preisen; vielleicht verlieren sie dabei weniger als sie glauben; denn nichts schützt mehr vor törichten Versuchungen und nichts entmutigt die Konkurrenz mehr, als wenn ein Sport recht teuer ist."

Einen großen Erfolg hat Präsident Roosevelt dadurch erreicht, daß er den pensylvanischen Kohlenstreik durch eine gütliche Verständigung aus der Welt geschafft hat. Er hat dabei nach beiden Richtungen hin viel Energie entwickelt, und sowohl den Arbeitern wie den Trusts gegenüber den Staatsgedanken zur Geltung gebracht. Sogar das „Megatherion der Spekulation", wie der „Figaro" Pierpoint Morgan nennt, hat von ihm sehr nachdrückliche Wahrheiten zu hören bekommen. Die Demokraten, welche aus dem Streik Kapital für die nächste Präsidentenwahl zu schlagen hofften, sind einigermaßen kleinlaut geworden. Das Ansehen des Präsidenten ist wesentlich gesteigert und seine Wiederwahl wird immer wahrscheinlicher.

Nur mit Betrübnis läßt sich von Dingen Akt nehmen, die sich am 22. im Abgeordnetenhause des österreichischen Reichsrats abgespielt haben. Nachdem die Tschechen gegen die Regel des Hauses tschechisch zu reden begonnen hatten, rief ihnen der Abgeordnete Berger zu: „es gibt hier keine innere tschechische Parlamentssprache; das sind keine Parlamentarier, das sind Lausbuben." Da sich die Tschechen den Lausbuben nicht wollten gefallen lassen, kam es zu einer unbeschreiblichen Szene, bis endlich der hilflose Präsident die Sitzung aufhob. Solche Dinge aber können sich alle Tage

Digitized by Google

wiederholen, und werden noch übertrumpft durch den
mentarismus der Brünner Handelskammer, in welcher 10 T
18 Deutschen gegenüberstehen und die Majorität seit ge
Zeit durch das Werfen von Stinkbomben zur Flucht nötige
ist dasselbe Mittel, durch welches während der Stu
unruhen in Rußland gelegentlich die Vorlesungen eine
brechung fanden.

Digitized by Google

30. Oktober. Türkische Gesandtschaft in Livadia.
3. November. Beschießung von Midia (Yemen) durch den italienischen Kommandanten Arnone.
4. November. Nachtragsetat von acht Millionen Lstr. für Transvaal und Oranjekolonie.

---

5. November 1902.

Uns ist ein merkwürdiges Zeugnis kranker Regungen in der deutschen Volksseele durch die Post zugegangen: der altbraunschweigische Volkskalender für das Jahr 1903. Man möchte ihm am besten als Motto einen Satz vorstellen, der in der Rubrik „aus alten Büchern" offenbar in entgegengesetzter Tendenz prangt: „Es ist ein Fluch, der mit sehenden Augen blind sein und mit offenen Ohren nicht verstehen läßt." In der Tat, wer den Inhalt dieses Kalenders durchgeht, stößt auf eine politische Verblendung, deren Ausdruck man für eine Satire halten würde, wenn nicht alles so erstaunlich und verdrießlich ernst gemeint wäre. Oder ist es nicht Verblendung, wenn in einem braunschweigischen Kalender unter den wichtigen Gedenktagen der 27. Juni 1866, der „Sieg der Hannoveraner über die Preußen", der Erinnerung des Volkes empfohlen wird, während doch wohl auch in Braunschweig jedes Kind wissen müßte, daß 1866 die braunschweigischen Fahnen an der Seite der preußischen zu Kampf und Sieg ausgezogen sind! Aber noch kürzlich konnte in Braunschweig ein Theaterstück, „Die Schlacht bei Langensalza", aufgeführt und darin die Niederlage der Preußen bejubelt werden, als sei auf den 27. Juni kein 29. Juni gefolgt, und als sei die Waffenbrüderschaft der Jahre 1870/71 nichts anderes als ein leerer Traum gewesen.

Digitized by Google

Doch wir kehren zum altbraunschweigischen Kalender zurück. Er führt an der Spitze ein Verzeichnis der von der Zentrale der „braunschweigischen Landes-Rechts-Partei" organisierten Zweigvereine der sogenannten „vaterländischen (bez. welfischen) Vereinigungen". Es sind nicht weniger als 37, zu denen dann die Zentrale der „braunschweigisch-welfischen Partei" mit ihren 10 Filialen kommt. Hieran schließt sich, um dem Unternehmen seinen besonderen Stempel zu geben, eine Ansprache „An unsere Leser", die in den Kampfesruf ausmündet: „Braunschweig den Braunschweigern und sein Thron seinem Welfenhause". Danach ein Gedicht, dessen Verfasser es vorgezogen hat, sich nicht zu nennen. Es heißt des Kaisers letzte Nacht am 9. März 1888, und wird durch die folgende Randglosse ein geführt: „Dieses bisher nicht veröffentlichte Gedicht ist anläßlich des Todes Kaiser Wilhelms I. entstanden. Bekanntlich ist damals über die letzten Lebensstunden des alten Kaisers ohne Widerspruch die Erzählung verbreitet gewesen, daß demselben in seinen fieberischen Todesphantasien der anklagende Schatten seines von ihm vertriebenen blinden Vetters, des Königs Georg V. von Hannover, erschienen sei. Unser Gedicht hat sich diesen, eine Art tragischer Vergeltung enthaltenden, erschütternden Moment zum Gegenstande gewählt." Die beiden Schlußstrophen aber lauten:

„Weh mir, was taucht dort auf und straft mich Lügen?
Ein Königsschatten! bleich und lind,
Klagt er mich an — mit meiner Mutter Zügen,
Und ach! sein Augenpaar ist blind."
„Hinweg! Es fleht der Kranke, leis und leiser,
Und bricht zusammen mit dem letzten Wahn.
Zu Ende ging es mit dem großen Kaiser — — —
Sei gnädig, Gott, dem armen alten Mann!"

Darunter stehen die Initialen J. D., auf deren Deutung wir verzichten wollen; aber wir hoffen, daß man selbst in welfischen Kreisen dem Mann die Hand verweigern wird, der die Stirn gehabt hat, die friedliche, bis zum letzten Atemzuge von Pflichtgedanken beherrschte Todesstunde unseres ehrwürdigen ersten Kaisers durch seine Phantastereien nachträglich zu beflecken, als habe er zu Gericht zu sitzen über einen Richard III.

Übrigens spricht eine nicht unähnliche Gesinnung aus dem sich hier anschließenden Leitartikel über „Die vaterländische Bewegung

Digitized by Google

im letzten Jahre"; wir empfehlen ihn der Aufmerksamkeit aller derjenigen, die berufen sind, diese welfische Agitation im Braunschweigischen im Auge zu behalten. Er gibt Bericht über die Entstehung der Rechtspartei im Jahre 1895, die Tätigkeit ihres Organs, der „Altbraunschweigischen Volkszeitung", über ihre Agitation und ihre Kongresse, sowie über ihren Kampf mit der braunschweigischen Regierung. Vor allem aber lernen wir den Geist kennen, der unter diesen Schatten einer ein- für allemal abgeschlossenen Vergangenheit umgeht. Die Welfenschauspiele des ersten Vorsitzenden der Rechtspartei, Elster (jetzt Archivar des Prinzen Wilhelm von Schaumburg-Lippe auf Schloß Nachod), werden als wirksames Agitationsmittel gerühmt, und als Ziel der vielseitigen Tätigkeit der Privaten wie der Vereine erscheint die Aufgabe, die Reichstagswahlen in Braunschweig so zu wenden, daß man „ein kräftiges Wörtlein" des braunschweigischen Volkes in Berlin zu hören bekomme und das Land endlich seinen angestammten Herzog zurückerhalte. Von einer „Untertanentreue" dem Kaiser gegenüber aber erklärt jener Artikel ausdrücklich nichts wissen zu wollen, und ebenso ausdrücklich führt der Kalender in einem Aufsatz zu der bevorstehenden Silberhochzeit „unseres Herzogpaares" aus, daß seit dem Tode Herzog Wilhelms das hannoversche Fürstenhaus auch das braunschweigische geworden sei: „ihm und nur ihm gelten die Gefühle treuer Anhänglichkeit an den Stamm Heinrichs des Löwen, die jeden Braunschweiger beseelen müssen". Es würde zu weit führen, den ganzen Inhalt des Kalenders zu analysieren; von seinen ausgewählten Denksprüchen, über die Originalnovellen, in denen sogar die bekannte „affenartige Geschwindigkeit" der Preußen wieder auftaucht, bis zu den Silbenrätseln, deren Lösung ergibt: „Herzog von Cumberlands Einzug in Braunschweig", ist es ein Geist des Hasses und der Aufreizung gegen Preußen. Den würdigen Abschluß des ganzen bildet eine Phantasie: Eine Frühlingsnacht 1866, Gespräch zwischen einem Großen dieser Welt und seinem Gewissen. Der Große dieser Welt ist Bismarck, den sein Gewissen mahnt, des Vaterlandes Frieden nicht zu stören und nicht eine grausige Verantwortung auf die Schultern des alten Mannes zu laden, den er am Gängelbande führe. Die Stimmen der Nacht, ein plötzlich aufziehendes Gewitter, die Mutter Erde selbst, die vergeblich auf ihn einreden, vermögen

Digitized by Google

den Verstockten nicht umzustimmen: „Verstumme! Ich fühle mich nicht als Staubgeborener. Ich nehme mein Geschick in meine Hand und bin mir selbst genug. Hinweg!"

„Er blieb fortan allein. Finsternis umfing ihn — und die deutsche Erde mußte Bruderblut trinken."

Man müßte in der Tat blind sein, um zu verkennen, daß hier eine nicht ungefährliche Saat ausgestreut wird. Es handelt sich um eine Agitation, die künstlich nach Braunschweig hinübergepflanzt ist, deren eigentlicher Herd aber in Hannover liegt, im kleinen Kreise jener Unversöhnlichen, an welchen die Weltgeschichte vorübergezogen ist, ohne eine andere Spur zu hinterlassen, als die Legende von Langensalza und die Hoffnung, daß die Welt einmal aus ihren Angeln gehoben werden könnte, damit der Welfenthron wieder erstehe. Preußen werde vergehen, wie das Griechenland Alexanders des Großen und das Schweden Gustav Adolfs und Karls XII. Mit Riesenkräften hätten jene ihren Staat beseelt, aber nach ihnen seien noch stärkere über sie gekommen. Ihre Nachfolger hatten Mühe, jene weiten Fußstapfen auszufüllen, um mit gewöhnlichem Menschentritt auf ebenem Boden wieder sicher gehen zu können.

Die Worte stammen vom „alten Moser", dessen Verehrung für Friedrich den Großen, dem er bekanntlich seine Befreiung aus dem Hohentwiel dankte, ihm damals (1767) gleichwertige Nachfolger des Königs als unwahrscheinlich erscheinen ließ. Schwerlich würde er heute an Preußen exemplifiziert haben, das blieb den Gelehrten des altbraunschweiger Kalenders vorbehalten, denen die Kunst, Gift aus jeder Blume zu holen, in ihrem blinden Haß zur zweiten Natur geworden zu sein scheint. Aber wir möchten, so sehr es uns notwendig erscheint, auf diese Dissonanzen aufmerksam zu machen, doch auch die Bedeutung der welfischen Agitation in Braunschweig nicht überschätzen. Für sich allein bedeutet sie nichts. Gefährlich kann sie nur in der Kombination mit anderen Elementen werden, die, so verschieden sie sonst in ihrem Wesen, ihrer Weltanschauung und in ihren Zielen von diesem hyperkonservativen Welfentum sein mögen, darin mit ihm zusammentreffen, daß sie alles fördern, was das Reich schwächt, und alles zu verhindern bemüht sind, was es stärken könnte. Es darf uns keineswegs gleichgültig sein, wenn die prinzipielle Opposition einige Stimmen im Reichstage

Digitized by Google

gewinnt. In Lebensfragen der Nation können, bei der Verworrenheit unserer Parteiverhältnisse, leicht wenige Stimmen entscheiden, und bei den künftigen Reichstagswahlen wird es daher in Braunschweig wie in Hannover heißen müssen, nieder mit den Welfen.

Wenn wir die Behandlung dieser Angelegenheit in unsere Wochenschau über die auswärtige Politik ziehen, wie schon vor ziemlich genau einem Jahre in Anlaß des braunschweiger Welfenkongresses vom 25. und 26. September 1901 geschah, finden wir das Recht dazu darin, daß jene Agitation ihre Stützpunkte nicht im Reiche, sondern außerhalb desselben sucht. Geht das Treiben in gleichem Stil fort, so kann eine Welfenlegion das Resultat bei immer denkbaren Verwicklungen der Zukunft sein. Und vor dieser Schande wollen wir das tüchtige und treue braunschweigische Volk, trotz aller kasuistischen Verführung, gesichert wissen.

Mit außerordentlichem Interesse haben wir das Oktoberheft der New-Yorker Monatsschrift „The American Monthly Review of Reviews" gelesen, die von Albert Shaw herausgegeben wird. Das Heft wird von einer politischen Übersicht eröffnet, welche die Überschrift „Der Fortschritt der Welt" trägt und höchst bezeichnenderweise fast ausschließlich von Amerika handelt. Den Ausgangspunkt gibt der Rücktritt des „Sprechers" des Kongresses, Mr. Henderson, der nicht mehr mitmachen will, weil unter den Republikanern viele der Meinung sind, daß man die Trusts durch ein Übergehen zum Freihandelssystem werde niederkämpfen können. Henderson dagegen will die Trusts unter Kontrolle der Föderation stellen und hält es keineswegs für notwendig, Amerika der Konkurrenz anderer Staaten zu erschließen. Den Kubanern will er dagegen Reziprozität gewähren. Auch die „American Monthly" meint, das Verhältnis zwischen Amerika und Kuba liege bereits so, daß man zwischen der Alternative Reziprozität oder Annexion wählen müßte. Die letztere werde nur dem Zuckertrust zugute kommen, und deshalb empfehle es sich, mit Kuba einen möglichst liberalen Reziprozitätsvertrag zu schließen, der erst eine handelspolitische Union und in weiterer Zukunft einmal wohl auch die Annexion bringen könne. Mr. Shaw gibt dabei zu verstehen, daß diese kubanische Frage dem Präsidenten Roosevelt sehr am Herzen liege, da sie eine praktischere staatsmännische Aufgabe

Digitized by Google

stelle als die Regelung der Trusts und die Revision des Tarifs. Überhaupt empfehle es sich, das Reziprozitätssystem in Betreff der nächsten Nachbarn der Vereinigten Staaten in Anwendung zu bringen. Kuba gegenüber erfülle man damit eine moralische Verpflichtung, aber auch New-Foundland gegenüber müsse man es durchzuführen suchen. In den Tagen des Staatssekretärs Blaine sei man dem Ziel ganz nahe gewesen, als ein Veto der britischen Regierung dazwischen trat und zwar infolge eines Drucks, der von Kanada ausging. Jetzt solle England anderen Sinnes geworden sein, Sir Robert Bond solle die Versicherung aus London heimgebracht haben, daß England sich einem Handelsvertrage New-Foundlands mit den Vereinigten Staaten nicht widersetzen werde. Es gelte daher, den günstigen Augenblick zu nutzen, zumal in Kanada der lebhafte Wunsch bestehe, die Insel in ihre Föderation hineinzuziehen. Komme es statt dessen zu einem Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten, so werde man zwar zunächst in Kanada sehr mißvergnügt sein, aber doch nur so lange, bis man selbst in ein entsprechendes Verhältnis zu ihnen getreten sei. Die außerordentliche Geschicklichkeit der Handelspolitik des Dominion of Kanada lasse sich nur bewundern, und es sei sehr wohl denkbar, daß, wenn Kanada längs seiner Südgrenze einen Prohibitivzoll errichte, es dennoch seine Hülfsquellen und seine Bevölkerung in günstiger Weise entwickle, während die Vereinigten Staaten immer noch Raum genug in den Wüsten des Westens, Mexiko, Alaska, Westindien, den Philippinen und wo immer sonst finden könnten. Aber eine so willkürliche Scheidung wäre doch nur eine Verschwendung von Energie für beide Teile. „Wir haben von einer starken Einwanderung in Kanada Nutzen gezogen, nunmehr ist die Zeit für eine entgegengesetzte Bewegung gekommen. Die Vereinigten Staaten sollten sowohl die Produkte Kanadas, wie seine Bevölkerung herbeiladen, das Dominion dagegen dem amerikanischen Kapital und der amerikanischen Arbeit alle Gastfreundschaft gewähren, damit die ungeheuren Naturschätze des Landes erschlossen werden. Gewiß ist es staatsklug von Kanada, sich einen Markt in England und auf dem europäischen Kontinent zu suchen und Schiffsverbindungen nach England und Frankreich zu fördern." Am höchsten aber werde Kanada erblühen unter einem groß gedachten Reziprozitätssystem mit den Vereinigten Staaten. Sir Wilfrid Laurier und

Digitized by Google

Präsident Roosevelt seien die Männer, diesen großen Gedanken in die Wirklichkeit einzuführen.

Es schließen sich hieran Betrachtungen über den Präsidenten, die wir übergehen. Sie sind außerordentlich anerkennend gehalten und zeigen deutlich, wie mächtig und zugleich wie populär der Präsident ist. Was uns mehr interessiert sind die Betrachtungen über die Monroe-Doktrin. Sie wird, so führt Mr. Albert Shaw aus, am besten gerechtfertigt, wenn wir uns geschickt zeigen und sie zu behaupten verstehen, und weiter, wenn wir sie nur in guter Sache geltend machen. Solch eine gute Sache biete sich sowohl im Karibischen Meer, wie im Isthmus von Panama. Es werde bald überall als der einfachste und billigste Weg, die Ordnung herzustellen, anerkannt werden, wenn die Souveränität von Kolumbia auf die Vereinigten Staaten übertragen werde, denn der Isthmus sei kein wesentlicher Teil des kolumbischen Territoriums, ja, Kolumbien werde ohne Panama geschlossener und sicherer dastehen. Auch sei es weit einfacher, wenn Amerika für eine runde Summe Panama kaufe, als wenn es über ewige Rechte am Kanal verhandle. Unter allen Umständen seien die Vereinigten Staaten bestimmt, für alle Zukunft Panama zu Wasser und zu Lande zu beschützen und es in Ordnung zu erhalten (to protect and police). Dazu komme dann noch die gute Aussicht, daß man nächstens Dänisch-Westindien aufkaufen werde.

Diese Hoffnung ist nun freilich zu Schanden geworden, ohne daß, wie es scheint, die Politiker der großen Republik deshalb ihre Rechnungen auf eine fernere Zukunft aufgegeben hätten.

Es schließt sich hieran eine ziemlich kühl gehaltene Betrachtung über die letzten haitanischen Wirren, aus der man den Eindruck gewinnt, daß die französisch redende Negerrepublik den Amerikanern nicht als ein lockender Zukunftsbesitz erscheint. Sie haben gerade genug Neger am eigenen Herde. Dagegen verdienen einige Brasilien betreffende Bemerkungen bei uns beachtet zu werden. „Gegenstand der Monroe-Doktrin ist, soweit Brasilien in Betracht kommt, diesem Staat einen moralischen Rückhalt an den Vereinigten Staaten zu geben, indem jeder Fuß breit Landes vor europäischem Angriff geschützt wird, damit das Land sich in seiner Weise behaupte und entwickle. Die Monroe-Doktrin bedeutet, daß die Vereinigten Staaten

Digitized by Google

es nicht gern sehen werden, wenn Frankreich von Norden her über Französisch-Guinea Brasilien kolonisiert, oder daß Deutschland im Süden durch seine Kolonisation der Republik Verluste verursacht."

Hier halten wir einen Augenblick inne. Also wenn die Absichten der „American Monthly" verwirklicht werden, haben wir das folgende zu erwarten: Reziprozitätsvertrag und später folgende Annexion von Kuba, Reziprozitätsvertrag mit New-Foundland und womöglich mit Kanada, wobei die künftige Föderation mit beiden zwar nicht verlangt wird, aber doch als mögliche Perspektive dem Leser von selbst aufsteigt. Ankauf von Panama und der dänisch-westindischen Inseln, Erhaltung Brasiliens in seinem gegenwärtigen Zustande. Nun wird man von einem allgemein europäischen Standpunkte aus gegen die Annexion von Kuba nichts einzuwenden haben. Die geplanten Reziprozitätsverträge mit New-Foundland und Kanada werden zunächst von England schwer empfunden werden, könnten aber, weil sie eine ungeheure wirtschaftliche Macht noch mehr konzentrieren, in ihren Konsequenzen doch dahin führen, daß eine wirtschaftliche Defensiv-Allianz der europäischen Staaten zu einer unabweislichen Pflicht der Selbstverwaltung wird. Der Ankauf von Panama würde, seit England seinen Clayton-Bulwer- und den ersten Hey-Pauncefote-Vertrag preisgegeben hat, an den einmal bestehenden Verhältnissen wenig ändern, und aller Wahrscheinlichkeit nach sogar zur Sicherung des Verkehrs beitragen; doch müßte dieser Ausgang als die Gipfelung einer diplomatischen und politischen Niederlage Englands betrachtet werden. Was aber Brasilien betrifft, so erinnert die Fürsorge Amerikas für Aufrechterhaltung der Republik in ihren gegenwärtigen Zuständen (maintaining and developing their republic in their own fashion) lebhaft an das Interesse, das im achtzehnten Jahrhundert die Nachbarstaaten der Aufrechterhaltung der Integrität und der Verfassung der Republik Polen zuwandten. Wenn ein Reich von der Größe Brasiliens nicht imstande ist sich selbst so zu gestalten, wie es seinem Interesse entspricht, ist die schützende Hand des Nachbars allezeit verdächtig. Ein Mittel aber, deutsche, italienische oder französische Einwanderung von Brasilien fernzuhalten, gibt es nicht. Die Entwicklung geht ihren natürlichen Gang, und uns will scheinen, daß niemand Schaden von jener Einwanderung, Brasilien aber einen sehr beträchtlichen Vorteil aus ihr zieht.

Digitized by Google

Die englischen Verhältnisse werden pessimistisch beurteilt. „Die allgemeine koloniale Lage entspreche nicht den Wünschen Mr. Chamberlains. Seine Konferenz der Kolonialminister habe sich als inopportun erwiesen. Ohne diese Konferenz und ohne die Anwesenheit von Männern wie die Premierminister von Kanada und der australischen Föderation, die ihr großes Ansehen einsetzten, um dem Kolonialsekretär ihren Protest in the very face entgegenzuwerfen, wäre die Verfassung der Kapkolonie suspendiert worden." Überhaupt sei die unabhängige Sprache Kanadas und Australiens keineswegs angenehm in England empfunden worden, ebensowenig habe die glänzende Aufnahme Freude erregt, die Sir Wilfrid Laurier in Paris fand.

Was die Zeitschrift weiter über Frankreich, Deutschland und die orientalische Politik sagt, ist unbedeutend. Diese Dinge liegen dem Verfasser des „Fortschritts der Welt" offenbar fern, und seine Quellen sind schlecht orientiert gewesen. Aber es ist immer interessant, zu verfolgen, wie sich das Bild der Welt und der „Fortschritt" in den Augen dieser amerikanischen Politiker gestaltet. Sie haben eine andere Perspektive und es kann nur nützen, wenn wir uns mit ihr vertraut machen, da sie sich in praktische Politik umzusetzen pflegt.

Von politischen Tagesfragen ist so gut wie nichts zu berichten. Wenn wir von dem Besuch des Kronprinzen von Dänemark absehen, der hier ein allseitiges herzliches Entgegenkommen gefunden hat, sind es lauter werdende Dinge, denen wir gegenübergestanden haben. Sie lassen sich besser besprechen, wenn sie mehr Gestalt gewonnen haben werden. Weder ist in England die Verhandlung über die educational bill zum Abschluß gediehen, noch haben in Österreich-Ungarn die Ausgleichsverhandlungen ihr Ende gefunden. In Makedonien wird es langsam stiller, aber die Gärung dauert fort. Die russisch-englischen Verhandlungen sind noch im Fluß, und über die Ergebnisse der Witteschen Reise laufen bisher nur Gerüchte um. Ähnlich aber liegt es zur Zeit mit all den mehr oder minder brennenden Fragen der großen wie der kleinen Politik. Wir können ohne alle Aufregung ihre weitere Entwicklung abwarten.

Digitized by Google

5. November. Sieg der Christlich-sozialen bei den Wahlen in Wien.
5. November. Sieg der Republikaner bei den Wahlen zum Repräsentantenhause in den Vereinigten Staaten.
6. November. Abreise Kaiser Wilhelms nach England.
7. November. Finanzminister Witte in Livadia.
8. November. Verständigung der Mächte über die Räumung Shanghais.
8. November. Reziprozitätsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und New-Foundland.
10. November. Ministerkrisis in Spanien (Sagasta).
11. November. König Karl von Rumänien in Bulgarien.

---

12. November 1902.

Der Berliner Korrespondent des „Standard" telegraphiert am 7. Oktober seinem Blatte: „Die Nervosität der deutschen Presse im Hinblick auf die allgemein in England gegen Deutschland eingenommene Haltung, tritt in einem Artikel des heutigen Abendblattes der „National-Zeitung" hervor, der beide Teile ermahnt, ruhig zu sein und nichts zu sagen, weil das das beste Mittel sei, beide Nationen zu ruhigem Urteil zurückzuführen. Beide könnten sich gegenseitig beträchtlich schädigen, ohne dauernden Vorteil dafür zu gewinnen, und andererseits könnten sie sich gegenseitig fördern, ohne ihre Interessen dort zu identifizieren, wo kein besonderer Grund dafür spreche. Trotz des Wandels in den europäischen Machtverhältnissen seien die englisch-deutschen Beziehungen in ihrem Fundament nicht erschüttert worden."

Das ist im wesentlichen richtig und einsichtig geurteilt, nur will uns scheinen, daß die „Nervosität ganz auf englischer Seite zu suchen ist. Man hat bei uns die systematische Agitation einer bestimmten Klique der englischen Presse, welche ein gegen Deutschland zu richtendes Weltbündnis der öffentlichen Meinung als unerläßliche

Digitized by Google

politische Notwendigkeit aufzudrängen bemüht war, und die noch heute in gleichem Sinne agitiert, außerordentlich ruhig aufgenommen, während in England Parlament, Presse und Klubs in die ungeheuerste Aufregung gerieten, weil im Verlauf des Burenkrieges unsere Zeitungen sich nicht genierten, mit ihrer Meinung offen hervorzutreten. Was hätte man gesagt, wenn ähnliche, gegen England gerichtete Bestrebungen von Deutschland ausgegangen wären, oder wenn, nach noch frischen englischen Vorbildern, ein ehemaliger Botschafter sich herausgenommen hätte, feindselige politische Klatschereien gegen England in Umlauf zu setzen? Wir können uns das ungefähr vorstellen, da auch jetzt beim Besuch Kaiser Wilhelms in England die englische Presse in erstaunlicher Naivetät aus ihrer nervösen Stimmung kein Hehl macht. Oder ist es nicht etwa Nervosität, wenn große Parteiorgane es für nötig halten, das englische Ministerium eindringlich zu vermahnen, daß es sich ja nicht durch die Liebenswürdigkeit des Kaisers zum Schaden Englands faszinieren lasse! Es wird gewiß nicht möglich sein, auf anderem wie auf englischem Boden ein Präzedens dafür zu finden. Ein Korrespondent des Pariser „Temps" hat dieser, für die englischen Staatsmänner nicht eben schmeichelhaften Befürchtung einen drastischen Ausdruck gegeben. Er gibt ein Gespräch wieder, das er mit einem „membre très un vue" des englischen diplomatischen Korps gehabt haben will. Die Reise des Kaisers, beteuerte der Diplomat, habe keinerlei politische Bedeutung! „Aber", meint der Franzose, „die Zeitungen scheinen doch zu fürchten, daß es ihm wieder gelingen wird, den Ministern den Kopf zu verdrehen, ja man behauptet sogar, daß er Mr. Brodrick bewogen habe, die Reform der englischen Armee aufzugeben!" Auch könnte der Kaiser einflußreiche Leute in der Umgebung des Königs gewinnen und dadurch einen Teil der Presse zu sich hinüberziehen. Doch der englische Diplomat hat guten Trost zur Hand. Die Armee wäre jetzt nach Beendigung des Krieges doch nicht reformiert worden und was die Zeitungen beträfe, so seien sie — bis auf unbedeutende Ausnahmen, den deutschen aufrichtig feind, er brauche nur mit der „Times" zu exemplifizieren, und wenn der Kaiser auch bemüht sei, sowohl mit England wie mit Frankreich zu kokettieren und sie zugleich gegeneinander aufzuhetzen, so habe auch das nichts zu sagen: Der Antagonismus zwischen Eng-

Digitized by Google

land und Deutschland werde fortbestehen, denn England sei ein Hindernis für jede weitere Entwicklung Deutschlands, während Frankreich sich nicht weiter zu entwickeln brauche und erst verdauen müsse, was es erworben habe.

Nun werden die Leser des „Temps", die sich eifrig für Marokko interessieren, wohl mit diesem Schlußkompliment wenig zufrieden sein; was uns betrifft, so lassen uns die Ausführungen des angeblichen Diplomaten ebenso kühl, wie was sonst an Worten von jenseit des Kanals zu uns herübertönt. Es bleibt die Tatsache, daß wir unseren Weg ungestört weiter gehen, und daß nach der allgemeinen Weltlage keine politische Kombination weniger denkbar ist, als ein Bruch zwischen England und Deutschland. Auch haben die englischen Staatsmänner ebenso wie die unserigen in dieser Erkenntnis gehandelt, ohne sich um den Chor zu kümmern, der seine eigenen Weisen vortrug.

Die Reise Kaiser Wilhelms ist wohl das deutlichste Zeichen dafür, daß Stimmungen und Verstimmungen ein politischer Faktor nicht sind, so lange die Zügel der Regierung in festen Händen ruhen. Schleifen sie am Boden, dann allerdings liegt es anders; dann schwingt Herr Omnes, wie Luther zu sagen pflegte, sich auf den Kutschbock, und der Lauf, den der Staatswagen nimmt, wird unberechenbar. Sehen wir recht, so entsprechen übrigens die sehr herzlichen Worte, die dem Kaiser entgegentönten, durchaus dem realen Bedürfnis Englands nach guten Beziehungen zu seinen Nachbarn — und wessen Nachbar wäre es nicht — zumal wenn dieser Nachbar so mächtig ist wie Deutschland. Die Reise Chamberlains nach Südafrika wäre ohne dringende Notwendigkeit gewiß nicht ins Werk gesetzt worden, ganz wie die jüngst vom Parlament bewilligten 8 Millionen Lstrl. in der Tasche der Steuerzahler geblieben wären, wenn sich das Opfer irgend hätte umgehen lassen. Es gibt eben ernste und schwere Arbeit in Südafrika zu tun, und „König Josef", wie der „Temps" Chamberlain nennt, wird alle Gelegenheit haben, seinen praktischen Blick und seine Energie zu zeigen. Die Spuren des südafrikanischen Krieges sind nicht über Nacht zu verwischen, und vollends wird es Zeit kosten, ehe all die inneren Gegensätze beseitigt sind, die er wachgerufen hat: Ausländer und Engländer, Loyalisten und „Rebellen" im Kap und in Natal, Besiegte und Sieger, und

Digitized by Google

endlich die erregte Masse der Eingeborenen, von deren Arbeit die Ausbeutung der Minenschätze in Abhängigkeit steht. Wie läßt sich erwarten, daß die Wellen dieses wogenden Meeres sich plötzlich infolge des Zauberwortes: Frieden! legen. Ein Friede will erlebt und empfunden, nicht nur dekretiert sein, ganz wie ein Staatenbund in Art der angeblich vereinbarten imperialistischen Föderation zwischen England und seinen großen Kolonien erlebt und nicht bloß dekretiert sein will. Die jetzt endlich veröffentlichten Akten der Konferenz der Kolonialminister in London haben denn auch, wie wir von vornherein erwarteten, eine große Enttäuschung in England und große Befriedigung in den Kolonien hervorgerufen. Es bleibt nach wie vor dabei, daß England die Ehre und die Last der Verteidigung des Imperiums zu Wasser wie zu Lande weiter trägt, ohne daß die Kolonien mehr dafür geboten hätten, als die Aussicht auf ihren guten Willen im Falle der Not. Wir erinnern uns aber, wie begehrlich sie in ihren Ansprüchen waren: am meisten Neuseeland, dessen „soziale Fortschritte" eine sehr unbequeme propagandistische Tendenz zeigen. Und nun hat gar England sich genötigt gesehen, jenen Reziprozitätsvertrag zwischen New Foundland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gutzuheißen, von dessen prinzipieller Tragweite wir vor acht Tagen geredet haben. Weitere Schwierigkeiten sind im Somalilande hinzugekommen, und es lohnt doch davon Notiz zu nehmen, mit welcher schlecht versteckten Schadenfreude der „Temps" über die Niederlage des Obersten Swayne bei Mudug und über die Schwierigkeit berichtet, die sein Nachfolger, der Brigadier Manning zu bewältigen haben wird. Der „Mad Mullah" erscheint da fast wie ein zweiter Mahdi, und nicht ohne Bosheit wird darauf hingewiesen, wie England, das in kritischer Stunde den Italienern den Durchzug durch Zeilah verweigerte, der ihnen ihre abessinische Niederlage erspart hätte, jetzt genötigt sei, die Italiener um freien Durchzug durch ihr Gebiet zu ersuchen. Bekanntlich wird der Somalikrieg von England vorzüglich mit indischen Truppen geführt werden, obgleich sich gerade jetzt Indien zu einem neuen Feldzuge gegen die Waziri vorbereitet, und über die afghanisch-russischen Grenzverhältnisse höchst ärgerliche Verhandlungen schweben, die in der russischen Presse nicht eben freundlich kommentiert werden. Nehmen wir endlich noch die große Aufmerksamkeit verlangenden chinesischen Ver-

Digitized by Google

hältnisse hinzu, die den Engländern mehr zu schaffen geben, als allen übrigen Nationen, mit alleiniger Ausnahme Rußlands, so werden wir den Schluß daraus ziehen, daß derjenige englische Staatsmann, der jetzt eine künstliche Differenz mit Deutschland heraufbeschwören wollte, alles politischen Urteils bar sein müßte. Der freundschaftliche Besuch Kaiser Wilhelms bedeutet an sich einen Vorteil für England, weil er zeigt, daß England und wir trotz allem in politischer Eintracht leben, und diesen Vorteil wird das englische Ministerium auf die Gefahr hin einzustreichen wissen, daß die Presse behauptet, Kaiser Wilhelm verdrehe den Ministern den Kopf.

Man hat, ebenfalls in französischen Blättern, die Vermutung ausgesprochen, die Engländer hätten bei der italienischen Aktion im Roten Meere ihre Hände im Spiel und dächten daran, Hodeida zu besetzen. Das letztere wird wohl schon dadurch widerlegt, daß eben jetzt in Hodeida eine sehr bösartige Choleraepidemie herrscht. Für ein englisch-italienisches Zusammenwirken in der Midi-Bai-Angelegenheit läßt sich aber bisher kein irgend greifbares Symptom anführen. An der ganzen Streitfrage, welche das Einschreiten der Italiener veranlaßt hat, tragen die besonderen Verhältnisse, die sich auf arabischem Boden ausgebildet haben, die vornehmlichste Schuld. Die Pforte ist niemals im vollen Sinne des Wortes Herr im Lande gewesen. Zahlreiche Häuptlingschaften, in Summe der ganze nomadisierende Teil der Bevölkerung ist tatsächlich unabhängig und so gut wie unfaßbar, da sie allezeit bereit sind, ihre Zelte abzubrechen und sich dadurch den etwa gegen sie ausgesandten türkischen Truppen zu entziehen. Die Leute eines dieser Häuptlinge, des Schech Tahir, dem der große Stamm der Beni Merwan untertan ist, haben sich Piraterie gegen italienische Untertanen zu schulden kommen lassen, was nicht möglich gewesen wäre, wenn die Pforte ihre Pflicht erfüllte und mit ihrer Flotte die Seepolizei auf dem Roten Meer ausübte. Aber wo ist die türkische Flotte? Man sieht sie nirgends, jedenfalls nicht dort, wo es ihre Aufgabe wäre, sich zu zeigen. Kurz, den Italienern blieb nichts anderes übrig, als Selbsthülfe zu üben, und das haben sie schnell und energisch getan. Es ist darüber zu Verhandlungen zwischen der Pforte und der italienischen Regierung gekommen, in welchen weniger die Frage der Entschädigung, als die von Italien verlangte Aus-

Digitized by Google

lieferung der Piraten zu Schwierigkeiten führte, die jetzt glücklich beigelegt sind. Die Pforte hat diejenigen Piraten, die als italienische Untertanen sich den Leuten des Schech Tahir angeschlossen hatten, den Italienern zur Bestrafung übergeben, über die Bestrafung der übrigen, die nominell ihre eigenen Untertanen sind, wird sie sich wohl mit dem Schech zu verständigen wissen.

Jedesmal, wenn derartige Schwierigkeiten mit der Pforte auftauchen, läßt sich eine Art Spannung in der politischen Atmosphäre konstatieren. Der Ausgang ist nicht abzusehen, und die orientalische Frage, wo immer sie akut wird, schließt weitergehende ernste Verwicklungen nicht aus. Wir erinnern an die französische Expedition nach Mitylene, deren Nachwehen noch jetzt in den Entschädigungsforderungen der französischen Regierung für die Herren Lorando-Tubini, unsauberen Angedenkens, weiterspielen; waren doch die beiden engbefreundeten Regierungen von Rußland und Frankreich nahe daran, darüber in sehr unbequeme prinzipielle Erörterungen zu geraten. Noch weit mehr macht sich diese orientalische Spannung heute in der, wie man meinen konnte, erledigten makedonischen Angelegenheit geltend. Es ist erstaunlich, mit welcher Leidenschaft alle führenden Organe der russischen Presse, von der „Now. Wr." über die „Peterburgskija Wiedomosti" zu den „Nowosti", diese Dinge verfolgen. Wir sagen erstaunlich, weil ganz sicher feststeht, daß die russische Regierung, was an ihr liegt, getan hat, um die makedonische Frage aus der Welt zu schaffen. Sowohl Graf Lambsdorff wie Sinowjew, der jetzige Botschafter in Konstantinopel und frühere Chef des asiatischen Departements, also wohl der erste Kenner der russischen Orientpolitik, haben der Pforte die Aufgabe der Pazifizierung Makedoniens nach Möglichkeit zu erleichtern versucht, und in richtiger Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse, die nicht zu umgehende Forderung nach Verwaltungsreformen in Makedonien, in freundlicher, nicht in drohender Form gestellt. Denn wer die Türkei kennt, weiß, daß auch von ihr das Wort gilt: sit ut est, aut non sit! Unbequem wird sie ihren Untertanen, zumal den christlichen, sobald man sie aus ihrer Ruhe aufrüttelt, wie neuerdings durch die bulgarische Agitation in Makedonien, die nicht nur über die Makedonier Not und Unheil hereinbrechen ließ, sondern in ihren Konsequenzen das mühsam behauptete Gleichgewichtssystem zwischen den

Digitized by Google

kleinen, ganzen und halben Selbständigkeiten der Balkanhalbinsel umzustürzen drohte. Die Nachwirkungen der aufregenden Reden des alten Grafen Ignatiew vor, während und nach der Schipkafeier machen sich immer mehr fühlbar; sie haben Serben und Bulgaren so bitter entzweit, daß alle von den Slavophilen ausgehenden Mahnungen zu Frieden und Eintracht wirkungslos verhallen, andrerseits aber dahin geführt, daß die russische Presse tagaus, tagein in dieser makedonischen Frage ihre Sonderpolitik verficht. Natürlich ist Nikolai Pawlowitsch (Graf Ignatiew) ihr Held. Sein „Großbulgarien" erscheint als das nächst zu erreichende Ideal und wenn er beschwichtigend gesagt hat, der „psychologische Moment" sei jetzt noch nicht gekommen, so werden doch alle Vorbereitungen getroffen, ihn zu beschleunigen. In den „Pet. Wjed." finden wir einen Artikel mit der Überschrift: „Türkische Bestialitäten in Makedonien" und die hier erzählten Greuel wären allerdings ganz unerträglich, wenn sie nicht aus den in diesen Fragen völlig unglaubwürdigen bulgarischen Zeitungen entnommen wären. Vielleicht am bezeichnendsten ist aber eine Art Aufruf, den die russischen Blätter aus dem offiziellen Organ des bulgarischen heiligen Synod, des „Zrkowen Westnik" abdrucken und dessen Schluß wir hersetzen. Er lautet: „Das türkische Heer wird durch seine Überzahl und seine Härte den Aufstand erdrücken, auch der rauhe Winter wird dazu helfen. Aber das türkische Heer, die türkischen Beamten und der Frühling werden für einen neuen furchtbareren Aufstand aller den Türken untergebenen Christen sorgen. Die Aufstände in der Türkei werden nicht aufhören, so lange dieses blutige Regime fortdauert und so lange es eine Stütze in Europa findet..... Makedonien, die Provinz Adrianopel und Armenien haben alles göttliche und menschliche Recht auf einen erträglicheren Zustand. Diese drei unglücklichen Provinzen haben ein volles Recht, zu wünschen, daß ihre harten Herren, wenn auch nicht bestraft, so doch wenigstens in ihrer Ungerechtigkeit, Härte und Bestialität beschränkt werden. Die Türkei versteht weder aus Aufständen noch aus Katastrophen Lehren zu ziehen; nach den Metzeleien von 1876 folgte das Armeniergemetzel von 1897 und jetzt steht Europa vor einem neuen Gemetzel. Das Gemetzel von 1876 und der Verlust ganzer Provinzen nach dem Befreiungskriege hat die türkische Verwaltung nichts gelehrt; sie ist ebenso lasterhaft

Digitized by Google

und blutig geblieben, wie von jeher. An den Strömen Christenblut auf der Balkanhalbinsel sind in höchstem Grade diejenigen europäischen Staaten mit schuld, welche Reformen für die Türkei forderten, aber nichts taten, sie durchzuführen. Wenn diese Reformen auch jetzt nicht durchgeführt werden, so ist es Europa selbst, das die Flamme des Aufruhrs wieder auf der Balkanhalbinsel anfacht." Damit schließt der namentlich in seinem ersten, hier nicht wiedergegebenen Teil mit außerordentlichem Feuer und gewiß aufrichtiger Leidenschaft geschriebene Artikel. Auch glauben wir nicht, daß man in den Petersburger offiziellen Kreisen den Abdruck gern gesehen hat. Um so eifriger ist er verbreitet worden, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß der jüngste Artikel der „Nowosti", der Deutschland die Schuld zumessen will, daß die Türkei nicht reformiere, geschrieben ist, um die Vorwürfe zu maskieren, die man nach einer anderen Seite nicht richten darf. Wie lächerlich der gegen uns gerichtete Vorwurf ist, braucht kaum ausgeführt zu werden. Einmal haben wir mindestens ebenso energisch wie Rußland darauf hingewiesen, daß Reformen und eine gerechte Behandlung der Christen notwendig seien, weiter gehen aber konnte Deutschland nicht, wenn es nicht in eine Sphäre eingreifen wollte, welche Rußland von jeher mit Nachdruck und Eifersucht als ein Gebiet bezeichnet hat, in welchem ihm der Vortritt gehört. Rußland hat stets das Eintreten anderer Mächte für die griechisch-orthodoxen Christen der Balkanhalbinsel als einen Eingriff in seine Rechte betrachtet. Wir denken nicht daran, ihm diese Rechte streitig zu machen, und sind zudem der Meinung, daß da, wo wir kategorische Forderungen stellen, wir auch bereit sein müssen, ihre Erfüllung zu erzwingen. Aber welcher Frevel wäre es, wenn Deutschland um der makedonischen Frage willen sich in einen Krieg mit der Türkei stürzen wollte! Man braucht den Gedanken nur auszusprechen, um seinen Widersinn zu empfinden. Nun liegen aber die Verhältnisse so, daß die russische Regierung, der man ein lebhaftes Interesse an ihren Glaubensgenossen in Makedonien gewiß nicht absprechen kann, der Türkei nicht nur Freiheit zur Unterdrückung der bulgarischen Banden in Makedonien gegeben, sondern sie ausdrücklich dazu aufgefordert hat, ganz wie Rußland Bulgarien nötigte, sich vom makedonischen Komitee loszusagen. Das sind gewiß wohlerwogene Beschlüsse der russischen

Digitized by Google

Politik, deren besondere Motive wir nicht kennen. Wenn nun jetzt die russische Presse konsequent die entgegengesetzte Politik vertritt und nicht nur die öffentliche Meinung Rußlands erregt, sondern den aufständischen Elementen in Makedonien und den Männern des bulgarischen Komitees in Sofia zugleich ihre Hoffnungen und Illusionen lebendig hält, so kann man wohl die Frage aufwerfen, welches der schließliche Ausgang dieses widerspruchsvollen Treibens sein wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach ein Krieg, der nicht auf die Balkanhalbinsel allein beschränkt bleiben wird, und von dem sich schwerlich vorhersagen läßt, wie viele und welche Mächte schließlich in ihn hineingezogen werden können.

Der „Vorwärts" hat am 6. November ein Zirkular des russischen Kriegsministers Kuropatkin vom 12./25. August 1902 veröffentlicht, das zweifellos echt ist. Es berichtet von der, aus den russischen und europäischen revolutionären Organen längst bekannten sozialistischen und revolutionären Agitation in der russischen Armee. Die aufgeführten Tatsachen zeigen allerdings, daß die propagandistische Tätigkeit äußerst lebendig ist, sie lassen aber nicht erkennen, wie weit eine tatsächliche Ansteckung der Soldaten stattgefunden hat. Am meisten aufgefallen ist uns, daß offenbar ein „Gehen ins Heer", wie zu Turgeniews Zeiten ein „Gehen ins Volk" sich vorbereitet. Junge Leute aus gebildeten Ständen lassen sich unter Verleugnung ihrer Bildungsprivilegien als Gemeine einreihen und bleiben mehrere Jahre im Dienste, um unter dem Volk sozialistische Propaganda zu treiben. Noch läßt sich die Tragweite dieser neuen Methode nicht schätzen, daß sie sehr gefährlich werden kann, ist aber zweifellos.

Der Sieg der Christlichsozialen und Antisemiten in den österreichischen Wahlen ist als ein Sieg des Klerikalismus über die Alldeutschen zu betrachten und war nach den Fehlern, die im Laufe des letzten Jahres von Führern und Gefolgschaft der Alldeutschen gemacht worden sind, vorherzusehen. Es ist ein Triumph für Rom, der die in Frankreich erlittenen Niederlagen einigermaßen versüßen wird. Aber man ist ja im Vatikan gewohnt, Frankreich gegenüber beide Augen zuzuschließen. Man fürchtet den entschlossenen Radikalismus der regierenden Parteien, die zur Not nicht davor zurückschrecken könnten, das ganze Budget des Kultus, in Summa

Digitized by Google

43 Mill. Frcs. zu streichen und damit den gläubigen Katholiken Frankreichs eine Last aufzuerlegen, welche diese wohl sicher auf sich nehmen würden. Dann aber wäre ein Rückschlag im Ertrage des Peterspfennigs zu erwarten, der im Vatikan sehr schmerzlich empfunden werden dürfte. Bis 1897 haben die Eingänge des Peterspfennigs durchschnittlich 6 Millionen ausgemacht, von denen nahezu die Hälfte aus Frankreich kam. Und diese Zahlen erklären vieles, was sonst unbegreiflich wäre.

Digitized by Google

13. November. Unruhen in Marokko.
13. November. Flottenbewegungen Englands, Frankreichs, Spaniens.
15. November. Attentat auf König Leopold II.
17. November. Eintreffen des Königs Karl I. von Portugal in England.
19. November. Ministerkrisis in Serbien.

- -

19. November 1902.

Während wir im Kampf um den Zolltarif mit den wenig geistvollen Dauerreden unserer Obstruktionisten uns abfinden, so gut oder schlecht es eben gehen will, hat der englische Ministerpräsident Balfour mit seiner Majorität ein in England nicht eben neues Mittel in Anwendung gebracht, um die education bill zu glücklichem Abschluß zu führen. Es ist dieselbe Methode, durch die 1887 im Unterhause die irische Zwangsbill durchgesetzt ward, und durch welche Gladstone 1894 die Obstruktion der Unionisten gegen sein Home-Rule endgültig zu brechen dachte; die Methode nämlich, dem Unterhause bestimmte Termine zu setzen, vor deren Ablauf über einen vorher angegebenen Abschnitt der Gesetzesvorlage endgültig mit ja oder nein abgestimmt werden muß, ganz abgesehen davon, ob die Debatte schon geschlossen ist, oder ob noch unerledigte Amendements vorliegen. Das alles fällt unter den Tisch des Hauses und kann nicht wieder hervorgeholt werden. Man wird nach diesem System vor Ende November die „education bill" unter Dach und Fach gebracht haben. Es ist aber von besonders pikantem Beigeschmack, daß im Jahre 1894 gerade Chamberlain es war, der diese Zwangstaktik verdammte, ganz wie er heute ihre Notwendigkeit aus Gründen der Staatsraison verteidigt. Damals arbeitete die parlamentarische Maschinerie gegen ihn, heute dient sie seinen Zwecken, und damit ist für ihn die Sache erledigt. Daß ein solches Vorgehen nicht nur unter dem Beifall der Majorität, sondern auch der führenden eng-

Digitized by Google

lischen Blätter in Angriff genommen werden konnte, obgleich die englische Opposition noch weit davon entfernt ist, in ihrer Taktik die Wege unserer parlamentarischen Sozialdemokraten einzuschlagen, und andere als wirklich sachlich begründete Reden, so viel wir bemerkt haben, nicht vorgekommen sind, zeigt, wie ein Londoner Korrespondent der „M. A. Z." richtig bemerkt, daß „selbst bei der „Mutter der Parlamente" der Parlamentarismus der alten Zeit zum überwundenen Standpunkte geworden ist". Nur daß, wie jener Korrespondent ebenfalls richtig ausführt, gerade im vorliegenden Falle die Majorität, welche mit der „parlamentarischen Guillotine" arbeitet, nicht auf die Erziehungsbill, sondern im Hinblick auf den südafrikanischen Krieg zu stande gekommen ist. Aber die sich daraus ergebende Möglichkeit einer Revanche der Liberalen scheint kaum als politischer Faktor mit in Betracht gezogen zu werden. Sie liegt zeitlich zu fern, und Chamberlain rechnet wohl richtig, wenn er für absehbare Zeit auf Behauptung seiner einzigartigen Stellung rechnet. Denn das ist trotz allen Reichtums an parlamentarischer Erfahrung in England noch nicht dagewesen, daß der Staatssekretär für die Kolonien als der eigentliche Träger der Reichspolitik betrachtet werden mußte. So aber liegen die Dinge heute, und wer überlegt, wie es dazu kommen konnte, wird schließlich zum Resultate gelangen, daß es eine Entwicklung ist, die der neuen imperialistischen Politik Englands durchaus entspricht. Die Verbindung von Schein und Wirklichkeit, auf welcher der Zusammenhang zwischen Mutterland und Kolonien beruht, muß zu zentrifugalen Tendenzen führen, sobald die verbindenden Fäden und Drähte nicht von einer starken Hand zusammengefaßt werden. Der Imperialismus hat den Chef des Kolonialamtes zur politisch wichtigsten Persönlichkeit der englischen Regierung gemacht, und wir verstehen es deshalb sehr wohl, daß Chamberlain auch nicht einen Finger gerührt hat, um an Salisburys Stellung die offizielle Leitung des Ministeriums zu übernehmen. Mr. Balfour vertritt mit Anstand und Geschick die dekorative Seite der Politik nach innen wie nach außen, aber hier wie dort macht sich allezeit der Einfluß Chamberlains geltend. Je mehr man diesen Typus englischer Macht und Interessenpolitik studiert, um so deutlicher tritt auch der ihn charakterisierende Sinn für Realitäten hervor. Wir meinen nicht, daß Cham-

Digitized by Google

berlain je unerreichbare Dinge angreifen wird, denn auch wo er — wie in den Beziehungen zu den großen Kolonien, sich seine Ziele weit steckt, versteht er inne zu halten und den Bogen nicht zu überspannen. Im notwendigen aber zeigt er rücksichtslose Energie. Es läßt sich daraus wohl der Schluß ziehen, daß Abenteuerlichkeiten, wie sie uns in den letzten Jahren unter den Politikern der englischen Presse entgegengetreten sind, von ihm keine Unterstützung zu erwarten haben, während er andrerseits auch in seinen Beziehungen zu anderen Mächten nur Realitäten gelten lassen wird. Respekt und Rücksicht werden nur diejenigen erwarten können, die selbst stark sind, und das wollen wir uns gesagt sein lassen. Die 8 Millionen Lstrl., welche auf seinen Antrag hin vom Parlament für Transvaal und Oranjekolonie bewilligt worden sind, finden vielleicht durch Erwägungen ihre Erklärung, die mit dieser prinzipiellen Stellung des Kolonialstaatssekretärs in Zusammenhang stehen. Die Willigung erfolgte nach Rückkehr der Burengenerale von ihrer „Sammelreise" durch Frankreich und Deutschland. So sehr nun die drei Generale sich einer antienglischen Agitation enthielten, so merklich erhitzend, im antienglischen Sinne, wirkte doch ihre bloße Gegenwart. Es kann aber mit aller Bestimmtheit behauptet werden, daß diese Wirkung in Rußland und in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika noch weit größer gewesen wäre. Das liegt im Volkscharakter, wäre aber für England noch unbequemer, als die Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands und Frankreichs es gewesen ist, weil in Rußland wirkliche Interessengegensätze dabei Ausdruck gefunden hätten, in den Vereinigten Staaten aber die öffentliche Meinung eine reale politische Macht darstellt. Die Rückkehr der Burengenerale könnte demnach ein glänzend bezahlter Akt politischer Klugheit gewesen sein, und die nachträglich wieder auftauchende Meldung, daß sie vielleicht dennoch Rußland und Amerika aufsuchen könnten, weitere Zugeständnisse zur Folge haben. Das scheint um so eher denkbar, als Englands wohlverstandenes Interesse mit den Wünschen der Buren zusammenfällt. Wenn „Englands fähigster Sohn", wie Balfour auf dem Lord Major-Bankett Chamberlain nannte, sich aus eigener Anschauung über die südafrikanischen Verhältnisse orientiert haben wird, dürfte damit auch die Entscheidung darüber fallen, ob die drei Generale eine zweite Vortragstour unternehmen.

Digitized by Google

Über die Verhältnisse im Somalilande verlautet, wie gewöhnlich, wenn England im Begriff steht, einen großen Schlag zu führen, so gut wie garnichts, und ebensowenig sind von dem Feldzug gegen die Waziris und von der afghanischen Differenz mit Rußland weitere Nachrichten eingelaufen. Dagegen wirkt ein kürzlich erschienener Leitartikel des „Temps" über Rußlands Erfolge in Asien fast wie eine Aufforderung an England, vor den russischen Fortschritten in Asien auf der Hut zu sein. Man höre: „Langsam, unter Hindernissen, aber ununterbrochen, laufen von allen Seiten her Nachrichten ein, welche von den erstaunlichen Fortschritten Rußlands in Asien Zeugnis ablegen. Gestern war es der siegreiche Rückzug der Russen aus der Mandschurei und eine Räumung, welche Okkupation bedeutet. Heute erkennen wir die friedliche, aber unwiderstehliche Festsetzung der russischen Herrschaft in Persien." Rußland erringe überall Erfolge ohne zu erobern. Denn eine offizielle und verfrühte Besitzergreifung sei nicht nur unvorteilhaft, sondern könne die größten Gefahren nach sich ziehen. Asiatischen Mächten gegenüber müsse man den Schein bestehen lassen und sich Realitäten sichern: beschützen, nicht drohen, als Wohltäter und Hüter der fremden Macht auftreten, und sie mit so inbrünstiger Fürsorge umarmen, daß sie nichts versagen kann. In China habe diese Methode zum Ziele geführt, jetzt triumphiere sie in Persien. Noch vor 4 Jahren sei Rußlands Suprematie dort bedroht gewesen. Persien suchte politische und materielle Unterstützung in England, und schon sollte eine große Anleihe in London aufgenommen werden, so daß die entrüstete russische Presse bereits von Zwang und Eroberung sprach. Was aber tat die russische Regierung? Statt zu drohen, verhandelte sie. Statt, wie England, eine Garantie der Anleihe zu verlangen, lieh sie ohne Garantie und sorgte dafür, daß mit dem Gelde der Anleihe vor allem Persiens ältere Schulden getilgt wurden. Den Namen für das Geschäft aber gab eine französische Bank her, und so blieb Rußland die einzige europäische Finanzmacht in Teheran. Drei weitere Anleihen Persiens in Rußland folgten, und jetzt sei Persien verpflichtet, bis 1912 bei niemandem sonst Hülfe zu suchen. „Avant cette date, elle sera dans la main de son bailleur de fonds!"

Und nun wird weiter ausgeführt, wie meisterhaft Rußland es verstanden habe, das Vertrauen der Dynastie zu gewinnen. Schon

Digitized by Google

hätten russische Offiziere dem Schah eine prachtvolle Kosackenbrigade organisiert, die vor zwei Jahren während einer Hungerемeute die Dynastie gerettet habe. Ein russischer General, im Dienste des Schahs, kommandiere sie, dieser General korrespondiere aber direkt mit dem russischen Kriegsminister und, da er zugleich Direktor der Hauptbank in Teheran sei, auch mit Herrn v. Witte. Das schöne russische Geld aber, das in Persien umlaufe, gereiche dem Handel der Bazare von Teheran zum größten Nutzen. Ganz friedlich, ohne jeden strategischen Hintergedanken, sei auch die Eisenbahnlinie Resch—Teheran entstanden, aus welcher wahrscheinlich der Schah den größten pekuniären Vorteil ziehe, kurz, es sei alles wie in der Mandschurei!

Es schließt sich hieran eine nochmalige Charakteristik der eben geschilderten macchiavellistischen Methode, und das Ganze mündet in die offenbar an Herrn Delcassé gerichtete Mahnung aus: Gehe hin und tue desgleichen. (Telle est la méthode Russe en Asie, et l'on pourrait choisir, ailleurs, de moins heureux modèles.)

Wäre nicht dieser Schluß, so müßte man wirklich glauben, die Absicht sei, Rußland den Engländern zu denunzieren. Aber es scheint wirklich, daß es sich nur um einen weiteren Hieb gegen den Siam-Vertrag Delcassés handelt, gegen den jetzt von französisch-kolonialen Kreisen mit aller Macht agitiert wird. Auch die „Revue politique et parlementaire" ist aufs neue mit schwerem Geschütz gegen ihn vorgegangen, und der letzthin erwähnte, gegen den französischen Minister gerichtete Artikel der „Nowoje Wremja", hat überall in Paris ein lautes Echo gefunden. Daß aber der Angriff wirklich gefährlich ist, beweist die Tatsache, daß das russische Auswärtige Amt dem bedrängten Staatsmann das „Journal de St. Petersbourg" mit dem folgenden Artikel zu Hülfe geschickt hat:

„Ein Pariser Telegramm enthält ein Urteil der „Correspondenz politique" über die Kommentare, zu denen ein Artikel eines Preßorgans unserer Hauptstadt Anlaß gegeben hat; diesem Artikel eines russischen Blattes, der die hohe Person des französischen Ministers des Auswärtigen behandelte, wurde von einigen französischen Zeitungen ein offiziöser Charakter zugeschrieben. Die „Correspondenz politique" hat in dieser Hinsicht die Sachlage für den Teil der französischen Presse zurechtgestellt, welcher sie hätte mißverstehen können. Was die Politik betrifft, die in so beharrlicher Weise von Herrn

Digitized by Google

Delcassé getrieben wird, so scheint es fast überflüssig, hier daran zu erinnern, wie sehr man ihm in Rußland Gerechtigkeit widerfahren läßt und die großen Verdienste dieses Staatsmannes anerkennt. Man weiß hier, daß diese Politik tief von den Prinzipien durchdrungen ist, welche die Basis der franko-russischen Allianz bilden, einer Allianz, die ein wesentliches Element des Gleichgewichts der Mächte ist, und beiden Ländern schon so glückliche Resultate gebracht hat, ebenso wie sie zur Konsolidierung des allgemeinen Friedens mächtig beigetragen hat."

Das ist eine hübsche Bestätigung unserer letzten Ausführung über den Gegensatz zwischen der Politik des offiziellen Rußland und der russischen Preßpolitik. Auch ist die „Nowoje Wremja" genötigt gewesen, in einem Leitartikel ausdrücklich zu erklären, daß sie nur ihre eigenen Gedanken vertreten habe. Vielleicht hat sie übrigens mit einem Angriff auf einen anderen französischen Minister mehr Glück. Am 13. November brachte sie einen fulminanten Artikel gegen Herrn Pelletan mit der Überschrift: „Die Verwandlung der französischen Mittelmeerflotte in ein Spielzeug." Herr Pelletan hat nämlich das Unglück gehabt, von der „Daily Mail" gelobt zu werden, weil die Minderung der Aufrüstung der französischen Flotte offenbar beweise, daß die englisch-französischen Beziehungen die allerbesten seien. Auch im „Temps" waren infolge dessen Angriffe gegen Pelletan laut geworden, aber sie werden von der „Nowoje Wremja" doch noch übertroffen. Das Blatt schließt eine Philippika von fast drei Spalten folgendermaßen: „Das Verfahren des französischen Marineministers, das der englischen Zeitung so gefällt, ist höchst sonderbar, namentlich, wenn man sich der so viel Lärm machenden kriegerischen Rede erinnert, in welcher er sagte: „Die Ostküste Korsikas zielt direkt mitten ins Herz Italiens." Der französische Kriegsminister sorgt gleichzeitig für die Befestigung Korsikas, und für die Verwandlung der Mittelmeer-Flotte Frankreichs (nicht Englands) in ein Spielzeug. Es ist schwer, inkonsequenter zu sein. Wir können nur unserem tiefsten Bedauern Ausdruck geben und wünschen, daß das französische Ministerium möglichst schnell der französischen Mittelmeerflotte ihre Macht und ihr Ansehen wiedergibt, auf daß sie wiederum den Feinden der uns befreundeten und alliierten Macht schrecklich sei." Den Schlußsatz empfehlen

Digitized by Google

wir den Herren X. Y. Z. und wie das Konsortium der „National Review“ sonst zeichnet, zu geneigter Erwägung. Aber man kann gespannt sein, ob das „Journal de St. Petersbourg“ auch die „hohe Person“ dieses französischen Ministers unter ihre schützenden Fittiche nehmen wird.

In der makedonischen Frage dauert die Parallelaktion der russischen und der französischen Presse gleichfalls fort, obgleich zur Zeit sich die Verhältnisse in der unglücklichen Provinz einigermaßen beruhigt zu haben scheinen. Das Zusammenwirken Österreich-Ungarns und Rußlands auf diesem Boden macht sich offenbar wohltätig geltend. Vielleicht hat es auch bei der freundschaftlichen Begegnung zwischen König Karl von Rumänien und dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien mitgespielt. König Karl ist schon einmal im Begriff gewesen, den Besuch des Fürsten zu erwidern, als die Ermordung des Professors Michaileano durch ein Mitglied des makedonischen Komitees die Reise unmöglich machte und in ganz Rumänien die größte Erbitterung hervorrief. Man ist dann in Bulgarien bemüht gewesen, wieder zu normalen Beziehungen zu gelangen und auch die unbegreifliche Rücksichtslosigkeit gut zu machen, die doch in der Nichteinladung des Königs zur Schipkafeier lag. So hat man es nicht an allen irgend denkbaren Aufmerksamkeiten und Höflichkeiten gegen den König fehlen lassen, und wir meinen, daß es gewiß nicht in so ostentativer Form geschehen wäre, wenn nicht auch in Livadia empfunden würde, daß man dem Könige in Bulgarien eine Genugtuung schuldig war.

Die Ministerwechsel in Serbien und in Bulgarien sind von geringem Interesse und ebenso wenig Interesse erregt bei uns die Rekonstruktion des Ministeriums Sagasta in Spanien. Das wesentliche liegt darin, daß kein Systemwechsel eintritt. Sowohl der Minister des Auswärtigen, Graf Almodovar, wie der Kriegsminister, General Weyler, haben ihr Portefeuille behalten, nur Finanzen, Justiz und öffentliche Arbeiten sind mit neuen Persönlichkeiten besetzt worden. Von auswärtigen Fragen kommt heute für Spanien nur Marokko in Betracht, und da läßt sich die schließliche Wendung nicht vorhersehen. Der Prätendent von Taza, vom Stamm der Riate, ist zwar geschlagen, und wie neuerdings gemeldet wird, auch gefangen genommen. Aber es gährt offenbar in Marokko und der Anfall

Digitized by Google

der Kabylen auf Tetuan kann unter Umständeu zu enropäischen Schwierigkeiten führen. Es wird unter diesen Umständen nur mit Genugtuung begrüßt werden, daß der Sultan von Marokko bei den Grenzverhandlungen mit Frankreich, den Franzosen nicht die von ihnen beanspruchten Vorzugszölle für ihren Landhandel gewährt hat. Das hätte sofort den Protest aller anderen, am marokkanischen Handel beteiligten Staaten, zur Folge gehabt. Die Politik der offenen Tür unter Bedingungen, die allen Teilen gleiches Recht gewähren, ist auch hier der, wie es scheint, einzige Ausweg, um Verwicklungen zu vermeiden.

Das niederträchtige Attentat, dem König Leopold II. der Belgier ausgesetzt gewesen, aber glücklicherweise ungeschädigt entgangen ist, hat die Aufmerksamkeit wieder dem ruchlosen Treiben der Anarchisten zugewandt. Es ist allgemein beachtet worden, daß es wiederum ein Italiener war, der das Attentat verübt hat. Auch König Humbert von Italien, Carnot, Mac Kinley und Kaiserin Elisabeth von Österreich sind italienischen Anarchisten zum Opfer gefallen! Man fragt sich, woher dieses Gift in die italienische Volksseele gedrungen ist, und fragt nach den Mitteln, wie es ausgerottet werden soll. Gingen doch auch die zahlreichen Dynamitattentate in Spanien und in Frankreich meist auf italienische Anarchisten zurück. In Belgien steht selbst auf dieses Verbrechen nicht die Todesstrafe, und Rubino, der es wohl gewußt hat, daß er sein eigenes Leben nicht aufs Spiel setze, kommt mit Gefangenschaft fort. Der „Temps", dem wir in diesem Punkte ganz beistimmen, sagt: „Diese Leute sind finster und rasend, Fanatiker, deren Vernunft umnebelt ist, die von dunklem Haß gegen das Leben instinktiv getrieben, in einer Art Tollheit zerstören. Alle Klassen der Gesellschaft, alle Völker des Weltalls sind gleich bedroht und müssen unter diesen tragischen Umständen verstehen, daß sie solidarisch sind." Gewiß, wenn nur diese Solidarität zunächst ihre Äußerung darin fände, daß die Verbreitung anarchistischer Lehren an sich als ein Verbrechen verfolgt und bestraft würde, und wenn man sich entschlösse, die falsche Humanität fahren zu lassen, welche auch dem Mörder gegenüber vor der Todesstrafe zurückschreckt.

Digitized by Google

20. November. Rückreise Kaiser Wilhelms nach Deutschland.
20. November. Aufhebung des Kriegsrechts in Oranjekolonie und Transvaal.
22. November. Protest Venezuelas gegen das Vorgehen Englands.
25. November. Abreise Chamberlains nach Südafrika.

— - —

26. November 1902.

Über die marokkanischen Angelegenheiten, welche zeitweilig einen drohenden Charakter anzunehmen schienen, da gleichzeitig Engländer, Franzosen und Spanier es nötig fanden, den Befehl zur Absendung von Kriegsschiffen an die Küste von Tetuan zu erlassen, läßt sich jetzt mit einiger Sicherheit urteilen. Wir schicken voraus, daß der jetzige Sultan von Marokko, Abdul Asis, anno 1894 erst 16jährig zur Regierung kam, also auch heute noch ein junger Mann ist. Die Befürchtung, die bei seinem Regierungsantritt ziemlich allgemein verbreitet war, daß er sich der schweren Aufgabe, sein Reich in Ordnung zu halten, nicht gewachsen zeigen werde, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Ein erfahrener und treuer Großvezier half ihm zunächst einen gefährlichen Prätendenten unschädlich zu machen, und bald zeigte sich auch, daß der junge Sultan Neigung und Fähigkeiten hatte, die Eigenherrschaft auszuüben, welche die Tradition Marokkos vom Sultan verlangt. Heute gilt er für einen Reformer, und in der Tat hat er sich dem Verkehr mit den europäischen Mächten zugänglicher gezeigt, als sein Vorgänger. Die marokkanische Gesandtschaft, die im vorigen Jahr unter uns weilte, steht wohl noch in frischer Erinnerung; aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Lage des Sultans außerordentlich schwierig ist. Das Vordringen der Franzosen von ihren saharischen Besitzungen und Dependenzen aus an die Ostgrenzen Marokkos, kommt überhaupt nicht zum Stehen, und immer erneute Grenzregulierungskommissionen ringen

Digitized by Google

den Marokkanern einen Fetzen tributpflichtigen Landes nach dem andern ab. Auch gegenwärtig tagt eine solche Kommission in Mustapha und wir werden von ihren Errungenschaften wohl noch zu reden haben. Dazu liegt die französische Flotte in Toulon allezeit aktionsfertig zur Hand, wenn es gilt, französische Ansprüche aufrecht zu erhalten. Dann kommt Spanien, das, seit es seine Position in Westindien und im Stillen Ozean verspielt hat, um so eifriger seine alten marokkanischen Interessen hütet. Ist doch Spanien die einzige Macht, die einen festen Punkt auf marokkanischem Boden besitzt, und neuerdings daran geht, durch Befestigung der Chavarinas-Inseln, nördlich vom Cabo del agua, sich hart an der algerisch-marokkanischen Grenze eine starke Position zu sichern. Nicht weniger eifersüchtig halten die Engländer den Blick auf die West- und Nordküste Marokkos gerichtet, fest entschlossen, keine fremden Besitzergreifungen an diesen Küsten zu dulden. Diese Verhältnisse erklären es, daß, als vor kurzem in Tetuan Unruhen ausbrachen, die von den Riff-Kabylen ausgingen, es sofort zu einer Flottendemonstration von Seiten der genannten drei Mächte kam. Jetzt ist, nach der Versicherung von Mr. Delcassé, in Tetuan wieder alles zu friedlicher Ordnung zurückgekehrt, sodaß ein Einschreiten der Mächte unnötig geworden ist; doch ist uns noch nicht zuverlässig bekannt, ob tatsächlich die fremden Kreuzer bereits den Rückweg angetreten haben.

Ein anderer Zwischenfall hätte gleichfalls gefährlich werden können: In Taza, östlich von Fez, hatte ein Sherif auf Grund göttlicher Inspiration sich zum Sultan proklamieren lassen, und der mächtige Stamm der Riata, in dessen Gebiet Taza liegt, war ihm zugefallen. Diese Riata, die für den tapfersten Teil der marokkanischen Bevölkerung gelten, sind ein Mischvolk, dessen Herkunft nicht ganz feststeht; aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Untergrund dieser Stämme lybischer und äthiopischer Rasse, und später stark durch römische und vandalische Einwanderung umgebildet worden. Sie gelten als entschiedene Feinde aller Europäer, und diese Abneigung gegen das Fremde ist gewiß ein Faktor ihrer Erregung gegen Sultan Abdul Asis gewesen. Daß es dem Sultan gelang, den Prätendenten und die Riata rasch und vollständig niederzuwerfen, hat für den Augenblick seine Autorität außerordentlich gefestigt, und das kann nur als sehr erfreulich bezeichnet werden. Je stärker er im eigenen

Digitized by Google

Lande seine Stellung behauptet, um so weniger liegt die Gefahr einer Verwicklung vor, wie sie ein lange währender Bürgerkrieg wohl sicher nach sich ziehen würde. Schon 1894 erklärte das „Journal des Débats“: Es gibt keine Frage, die für Frankreich wichtiger wäre, als die marokkanische. Gerade jetzt, da Herr Delcassé von allen Seiten wegen des Siam-Vertrages vom 7. Oktober d. J. angegriffen wird, wäre es ihm ganz unmöglich gewesen, wenn er seine Stellung behaupten wollte, auch nur um einen Schritt in marokkanischen Angelegenheiten zurückzuweichen. Es fällt übrigens auf, daß trotz des energischen Eintretens des „Journal de St. Petersbourg“ für Delcassé, dessen wir vor acht Tagen gedachten, die gegen ihn gerichteten Angriffe der russischen Presse fortdauern. Kombiniert mit den Angriffen der französischen Kolonialpartei, gibt das für den Minister eine nicht ungefährliche Situation, zumal Mr. Doumer, der neue Präsident der Budgetkommission, als anerkannt tüchtiger Kandidat für die Nachfolgerschaft bereit steht. Sollte es wirkich dahin kommen, daß Delcassé genötigt wird, seinen Siam-Vertrag zurückzuziehen, so wird sich die Position nicht behaupten lassen. Vielleicht steht es damit im Zusammenhang, daß, gewiß nicht ohne sein Zutun, ein Konsortium französischer Kapitalisten und Ingenieure sich zusammengefunden hat, um in Südpersien große Eisenbahnbauten auszuführen. Das wäre ein Mittel für Mr. Delcassé, die Gunst der öffentlichen Meinung Rußlands, deren politische Bedeutung für das jeweilige französische Ministerium doch immer fühlbarer wird, zurückzugewinnen, weil die Petersburger und Moskauer Journalisten darin einen gegen England gerichteten Schachzug erkennen würden.

Das offizielle Frankreich hat noch mancherlei Ungelegenheiten. Herr Jules Lemaître ist mit einer Agitation hervorgetreten, die sich eine Verfassungsänderung zum Ziel nimmt, und die direkte Wahl des Präsidenten der Republik durch alle stimmberechtigten Bürger verlangt. Aber über diesen Gedanken hat sich die nationalistische Partei gespalten, so daß sie im Augenblick schwächer dazustehen scheint. Die Idee an sich aber ist gefährlich, weil ein auf solcher Basis gewählter Präsident „un président nationalisé“ ganz andere Ansprüche auf Autorität erheben dürfte, als unter gegenwärtgen Verhältnissen denkbar ist. In Plebisziten liegt auf französischem Boden immer die Gefahr einer Diktatur.

Digitized by Google

Von großem Interesse ist der in Frankreich ernst erwogene Gedanke der zweijährigen Dienstpflicht. Bekanntlich begann die französische Republick mit fünfjähriger Dienstpflicht. In den 31 Jahren, die seither hingegangen sind, wird die Nation sich darüber klar geworden sein, ob ihre heutige dreijährige Dienstzeit zu große Anforderungen an den Einzelnen stellt. Die Demokratisierung der Armee, die im Prinzip durchgeführt ist, müßte dadurch noch weiter gefördert werden. So ist der Gesamteindruck, den man aus den gegenwärtigen französischen Verhältnissen gewinnt, der einer außerordentlichen Nervosität, die nach Betätigung verlangt.

Es läßt sich aber wörtlich dasselbe von der gegenwärtigen Stimmung in Rußland sagen, nur mit dem Unterschiede, daß es unter einem autokratischen Regiment schwerer fällt, Stimmungen in praktische Politik umzusetzen; im Grunde sind es stets dieselben Probleme, die umgewälzt werden: Die Notwendigkeit einer Reform der bäuerlichen Verhältnisse, der Niedergang von Landwirtschaft und Industrie, die Not und die Reformpläne der studentischen Jugend, und endlich der Ärger über alle anderen Nationen der Welt, die Franzosen nicht ausgeschlossen. Es ist merkwürdig, wie lehrhaft allen Staaten die Wege gewiesen werden, die sie hätten gehen müssen. Wer die russischen Korrespondenzen aus Berlin, Paris, Wien oder London verfolgt, erstaunt über die hochmütige Überlegenheit, mit der die große und kleine Politik der europäischen Staaten vor dem russischen Publikum zerpflückt wird; und ebenso über die sittliche Überlegenheit, mit welcher diese Herren von ihrem Standpunkte aus die Sünden des Auslandes geißeln. Der russische Leser muß den Eindruck gewinnen, als ob jenseit der russischen Grenzpfähle eine ebenso unfähige, wie sittlich verkommene Welt ihr höchst verwerfliches Dasein friste. Nur nach einer Richtung hin erkennen diese Herolde dem Abendlande besondere Gaben zu: wenn es sich darum handelt, nachzuweisen, mit welcher Perfidie alle Welt darauf ausgeht, das gute Recht Rußlands zu untergraben und zu gefährden. Man bedauert nur, daß diese politischen Sittenrichter nicht Gelegenheit finden, im heiligen Rußland selbst ihre diplomatischen Gaben und ihre ethischen Qualitäten zur Geltung zu bringen. Aber das ist echt slavisch und findet sein Analogon sowohl in Galizien und Prag, wie in den frischgebackenen Selbständigkeiten der slavischen Balkanstaaten.

Digitized by Google

Durch Bescheidenheit hat sich keine jener Nationen und Nationchen jemals ausgezeichnet. Ihre Presse ist die hochfahrendste und anspruchsvollste Europas, allezeit bereit, die Legionen marschieren zu lassen, über die sie glücklicherweise nicht zu verfügen hat. Auch meinen wir, daß man ihnen fast zuviel Ehre antut, wenn man von all ihren Ministerwechseln und politischen Krisen Notiz nimmt; hat doch der junge König Alexander von Serbien seit seinem Regierungsantritt 1894, nicht weniger als 11 Ministerien verbraucht, und viel geringer wird die Zahl der wechselnden bulgarischen Ministerien auch nicht gewesen sein. Diese interessanten Nationen brauchen eine politische Vormundschaft, und wo diese die Zügel nicht straff genug anzieht, gibt es allezeit Lärm. Heute sind es zwei Vormünder, und es macht einen beinahe drolligen Eindruck, wenn jetzt die „Nowoje Wremja", die alte Feindin Österreichs, die antirussische Tendenz des allerneusten serbischen Ministeriums für gleichgültig erklärt, da ja Rußland und Österreich die Politik des Balkans bestimmten.

Großes Aufsehen hat die nunmehr veröffentlichte Korrespondenz zwischen Chamberlain und Botha gemacht. Es sind im ganzen vier Schreiben, darunter zwei recht umfangreiche. Das interessanteste Resultat dieser Korrespondenz ist, daß Chamberlain tatsächlich den Burengeneralen bei ihrer ersten Audienz jede über die Abmachung von Vereeniging hinausgehende Unterstützung versagte. Das würde unsere Konjektur bestätigen, daß die Agitationsreise der drei Generale im Resultat ein außerordentlich wirksames Pressionsmittel gewesen ist. Sehr erfreulich ist, daß Chamberlain es ausdrücklich als Pflicht der englischen Regierung anerkannt hat, für die Witwen und Waisen der Buren zu sorgen. Die letzte Entscheidung in prinzipiellen wie in Detailfragen aber hat er einer afrikanischen Reise vorbehalten. Am 25. d. ist er auf dem „Good Hope" nach Afrika abgedampft.

Überraschende Nachrichten bringen englische Depeschen vom 20. und 21. November über die Zustände in Venezuela. Wir setzen den Text des „Standard" her: Caracas, den 21. November. „Die venezolanische Regierung hat einen scharfen Protest gegen die britische Regierung erlassen, weil die englische Korvette „Fantom" in den Orinoko dringt; das sei ohne Erlaubnis geschehen und eine Verletzung der Souveränität von Venezuela. Die venezolanische Regierung wartet auf Antwort."

Digitized by Google

Hieran schließt sich das folgende Telegramm aus Washington vom 21.: nachstehende Depesche ist aus Willemstad (Curaçao) eingelaufen: „Mr. Haggard hat Venezuela wiederholt, daß Großbritannien sich nicht für verantwortlich hält wegen des Vorgehens von Ban Righ, (von den Gegnern Castros ausgerüstetes Kaperschiff) sondern fortfährt, ganz neutral zu bleiben; daß es auch zum Beweis seiner versöhnlichen Haltung dem Ban Righ untersagt habe, sich in Trinidad wieder auszurüsten. Präsident Castro hat diese Erklärung nicht angenommen und besteht auf Satisfaktion. Ein venezolanisches Organ erklärt, daß Trinidad das Hauptquartier der Revolution gewesen sei, und daß Mannschaft und Munition von dort her abgeschickt wurden. Es behauptet ferner, daß Großbritannien die Welt gegen Präsident Castro aufgereizt und voreingenommen habe, daß die Blockade effektiv sei und daß man britische Schiffe, welche sie verletzen, aufheben werde. In diplomatischen Kreisen weiß man, daß Großbritannien angehaltene Fahrzeuge gewaltsam befreien wird. Deutschland unterstützt Großbritannien (is upholding)". Hieran schließt sich ein Newyorker Telegramm aus Caracas, gleichfalls vom 21.: „Die europäischen Mitglieder des diplomatischen Korps suchen Mr. Bowen, Gesandten der Vereinigten Staaten, zu überreden, daß er sich ihrer Erklärung anschließe, daß nämlich die Blockade des Orinoko nicht effektiv sei. Diese Stellung haben Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien eingenommen. Aber Mr. Bowen hat eine diskrete Antwort gegeben und es abgelehnt, sich mit ihnen zu identifizieren. Das von dem venezolanischen auswärtigen Amt inspirierte Regierungsorgan hat den britischen Vertreter, Mr. Haggard, aufs neue angegriffen und behauptet, er suche kurz vor seinem Abgang Aufsehen zu machen." Nachdem dann das Blatt die Besetzung der Insel Pathos durch England kritisiert hat, fährt es fort: „für Venezuela ist die Zeit gekommen, die Angriffe ernstlich in Betracht zu ziehen, welche gegen seine Souveränität von einer scheinbar befreundeten, in Wirklichkeit feindseligen Macht ausgehen."

Zu diesem Telegramm bemerkt der Newyorker Gewährsmann des „Standard": Die Haltung des Präsidenten Castro erklärt sich daraus, daß er glaubt, Großbritannien werde, um Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, nicht Gewalt brauchen.

Digitized by Google

Nach einem anderen Telegramm aus Willemstad (Curaçao) haben die gespannten Beziehungen zwischen England und Venezuela sich noch dadurch verschärft, daß England Satisfaktion in der Van Righ-Affäre verweigerte und daß die Regierung von Trinidad die Orinokoblockade nicht anerkannte. Präsident Castro sieht die Weigerung der Regierung von Trinidad, seine am Tage nach der Flucht des Generals Matos erlassene Proklamation anzuerkennen, als einen ferneren Beweis dafür an, daß England die Revolutionäre unterstützt. Den Schluß dieser Reihe bildet ein Telegramm des Privatkorrespondenten des „Standard" aus Newyork vom Freitag nachts: „A propos der Nachricht, daß Präsident Castro England im Vertrauen auf den Schutz der Vereinigten Staaten herausfordert, bemerkt der „Commercial advertiser": Die Amerikaner werden es mit größter Genugtuung ansehen, wenn die Unverschämtheit und Unredlichkeit Signor Castros eine heilsame Züchtigung durch England oder eine andere Macht erfährt." Das Blatt rät, ein Kriegsschiff auszusenden, damit es Zeuge solcher Züchtigung sei, und dadurch bewiesen werde, daß die Monroe-Doktrin kein Schirm für Handlungen, wie die Venezuelas sei.

Abgesehen von dem, was diese Telegramme bringen, wissen wir nichts, außer, daß allerdings die venezolanischen Händel die Geduld aller an friedlichen Beziehungen interessierten Staaten schon längst erschöpft haben. In jenen südamerikanischen Fehden handelt es sich fast ausschließlich um das Interesse ehrgeiziger Führer, nicht um Interessen des Landes, und die Vorstellung, daß dieses Treiben unter allen Umständen durch die Monroe-Doktrin gedeckt werde, bedarf allerdings dringend einer Korrektur. Parallel mit diesen venezolanischen Nachrichten geht die erfreulichere Kunde, daß in Kolumbien endlich der Friede hergestellt ist. Der Oberkommandierende der Aufständischen, Herrera, hat sich, wie es scheint unter amerikanischer Vermittlung, verpflichtet, die Flotte und alles Kriegsmaterial der aufständischen Provinzen auszuliefern, wogegen die Regierung volle Amnestie gewährt und die Besiegten auf ihre (der Regierung) Kosten in die Heimat zurückschafft. Das nächste wird dann sein, daß der Kongreß berufen wird, um eine endgültige Entscheidung in der Frage des Panamakanals zu treffen und lange schwebende Streitfragen, wie die über den Wahlmodus zu regeln.

Digitized by Google

Wichtiger als diese süd- und mittelamerikanischen Angelegenheiten können die Nachrichten werden, die uns aus englischer und russischer Quelle aus Afghanistan zugehen. Schon am 19. November brachte die „Nowoje Wremja“ ein Telegramm aus Bombai, demzufolge ein Aufstand in Afghanistan ausgebrochen sei; jetzt bringen Londoner Zeitungen die folgende Nachricht aus Kalkutta: „Der Aufstand in Afghanistan nimmt täglich zu. Die Brüder des Emir agitieren. Die Manöver der britischen Truppen bei Delhi sind infolge dessen abgesagt worden. Ein Armeekorps steht schon bereit, um im Notfall an die afghanische Grenze zu rücken. Die Ankunft Kitcheners wird mit Ungeduld erwartet.“ Damit wäre eine Petersburger Depesche des „Globe“ zu kombinieren, die der „Temps“ wiedergibt und der zufolge in Petersburg das Gerücht verbreitet sein soll, der Emir von Afghanistan hätte englischen Agenten gestattet, sich in Herat zu installieren, auch habe der kriegerische Stamm der Benesuebi die englischen Offiziere gut aufgenommen, welche ihre festen Plätze inspizierten. Der Korrespondent fügt hinzu, daß diese Gerüchte genügten, um die wachsende Tätigkeit der Russen in diesem Teil Afghanistans zu rechtfertigen.

Auch diese Nachrichten entziehen sich zunächst jeder Kontrolle, aber es muß doch hervorgehoben werden, daß die russische Presse einen immer schärferen Ton gegen England anschlägt. Als die Nachricht von der Befestigung Famagustas (auf Cypern) sich in Rußland verbreitete, gab die „Nowoje Wremja“ das Signal zum Vorgehen der übrigen Blätter. „Aus der „Kohlenstation“, welche England dafür erhielt, daß es unsere Diplomatie auf dem Berliner Kongreß betrog, wird bald ein zweites Gibraltar geworden sein. Der östliche Teil des Mittelländischen Meeres wird bald das Britische Meer heißen, ganz wie die Engländer schon jetzt sagen „Shanghai is British“ (Schanghai wird bekanntlich nach Vereinbarung aller Okkupationsmächte gerade jetzt geräumt!) Aus Famagusta kann es je nach Bedürfnis die Küsten Ägyptens, Syriens und Kleinasiens, ja Kreta und die Besikabai am Eingang der Dardanellen heimsuchen. Nach der anderen Seite hin aber wird England seine Besitzungen in Yemen und an der Somaliküste erweitern, bei Aden und Berbera, und das alles unter dem plausibeln Vorwande, daß es sich seinen Seeweg nach Indien sichern müsse. Hieran schließt sich die Klage,

Digitized by Google

daß zwar Frankreich sein möglichstes tue, um durch Toulon, Biserta, Korsika ein Gegengewicht zu schaffen, aber Spanien und Italien wie hypnotisiert zuschauten. Und doch sei, da trotz aller Handelsrivalitäten Deutschland sich mit den stammverwandten Engländern verständige, die Union der Lateiner eine unerläßliche Notwendigkeit. Darin liege die Bürgschaft für eine politische Wiedergeburt Italiens und Spaniens. Daß zum Schluß der Hieb auf Deutschland nicht fehlt, versteht sich von selbst. Seit England sich dem großen Orient zugewandt, habe Deutschland sich in dem europäischen Orient eingenistet. Und doch liege der nahe Orient Rußland zunächst, diese einfache Wahrheit solle nicht vergessen werden, und man solle auch nicht vergessen, daß diese nahe Nachbarschaft der russischen Politik bestimmte Pflichten auferlege!

Das sind uns sehr bekannte Töne, die weiterer Analyse nicht bedürfen. Aber man kann im Hinblick auf die bittere Feindseligkeit, die sich hier gegen England ausspricht, wohl die Frage aufwerfen, was denn aus jener russisch-englischen Allianz geworden ist, für welche die Politiker der „National Review" und ihre Freunde in Petersburg und Moskau so lange und so begeistert agitiert haben?

Zum Schluß die charakteristische Notiz, daß die Universität Jurjew, die jetzt ein hundertjähriges Jubiläum feiert, indem sie sich die Vergangenheit Dorpats zu gut schreibt, den Priester Joan v. Kronstadt, den bekannten Wundertäter, zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt hat. Sic transit gloria!

Digitized by Google

27. November. Mr. White tritt von seinem Posten als Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin zurück.
27. November. In der italienischen Kammer wird das Ehescheidungsgesetz eingebracht.
27. November. Französisch-ägyptischer Handelsvertrag auf 21 Jahre.
27. November. Eröffnung des rumänischen Parlaments.
1. Dezember. Rücktritt des Ministeriums Zaimis in Athen.
1. Dezember. Eröffnung des Kongresses in Washington durch eine Botschaft des Präsidenten.

---

3. Dezember 1902.

Die makedonischen Angelegenheiten wollen nicht zur Ruhe kommen. Die nach allen Richtungen hin Sturm prognostizierenden Leitartikel und Zuschriften der russischen Blätter sind auch, wo sie in ihrer Parteirichtung schroff auseinandergehen, darin einstimmig, daß sie die Fortdauer der gegenwärtigen Zustände in Makedonien für unhaltbar erklären. Für das Frühjahr wird eine neue Erhebung angekündigt und dann, so liest man deutlich zwischen den Zeilen, wird auch eine Aktion Rußlands nicht mehr zu umgehen sein. Wir wiesen schon vor 8 Tagen auf die haarsträubenden Schilderungen hin, welche von den Spezialkorrespondenten russischer Zeitungen über die von den Türken in Makedonien verübten Greuel umlaufen. Schon damals erschien uns wahrscheinlich, daß diese Berichte auf bulgarische Quellen zurückgehen, und deren Respekt vor der Wahrheit schätzen wir ganz außerordentlich niedrig ein. Eine Polemik zwischen dem Uchtomskischen Blatt („Peterburg. Wjedomosti") und dem Ssuworinschen („Nowoje Wremja") bestätigt die Rechtmäßigkeit dieses Bedenkens in draftischer Weise. Es ergibt sich nämlich daraus, daß die so großes Aufsehen erregenden Mitteilungen der „Nowoje Wremja" nichts anderes sind, als Artikel der in Sofia erscheinenden „Abendpost", die ihrerseits (aber mit Zitat) wieder von den „Peterb. Wjedomosti" benutzt werden. Damit schrumpft naturgemäß die Bedeutung der mitgeteilten Tatsachen stark zusammen,

Digitized by Google

denn die ungeheuerlichen Übertreibungen der bulgarischen Parteiblätter sind bekannt, und ebenso täuscht sich niemand über die von ihnen verfolgte Tendenz.

Immerhin ist der Rest an Wahrheit, den andere unverdächtige Quellen ergeben, so groß, daß nicht weiter bestritten werden darf, daß eine makedonische Frage allerdings besteht. Der Schwerpunkt des allgemeinen, oder sagen wir, des europäischen Interesses an diesen Dingen scheint uns nun darin zu liegen, ob dieses makedonische Problem von der Türkei gelöst wird, oder ob es dem bulgarischen Ehrgeiz und Größenwahn gelingt, die Verhältnisse so zuzuspitzen, daß die makedonische Frage wiederum zu einer orientalischen Frage im weiteren Sinne des Wortes wird.

Wenn man heute eine Umfrage bei den großen Mächten, die direkt oder indirekt an der Lösung des Problems interessiert sind, veranstalten könnte, so wäre die Antwort nicht zweifelhaft. Einen orientalischen Krieg wünscht keine von ihnen und das bedeutet auch, daß keine von ihnen das Einschreiten einer anderen Macht — wobei doch nur an Rußland zu denken wäre — wünschen darf. Denn jede Aktion im Orient ist in ihren Konsequenzen von nicht zu berechnender Tragweite. Wer mag vorhersehen, welche Konflikte sich daraus ergeben können, und wo die einmal angefachte Flamme weiter zündet? Auch läßt sich mit voller Sicherheit sagen, daß vor allem Rußland selbst eine solche Lösung nicht wünscht. Argumente der inneren russischen Politik, wie Erwägungen, die in der Weltlage ihre Rechtfertigung finden, die Friedensliebe des Zaren und die Notlage der russischen Finanzen, sprechen in gleichem Maße dagegen. Und aus denselben Gründen dürfte man in Livadia einer Konferenz abgeneigt sein, da die historische Erfahrung gezeigt hat, daß solche Konferenzen die Lage verschärft haben und die Unversöhnlichkeit bestehender Gegensätze klarer zu Tage treten ließen. Die Schwierigkeit für Rußland liegt aber neben dem als höchst unbequem empfundenen Drängen der öffentlichen Meinung der Hauptstädte, und wie wir glauben hinzufügen zu können, der Armee, auch in den Differenzen der französischen und russischen Interessen, die neuerdings wieder mit großem Nachdruck von Seiten des russischen Klerus im Orient geltend gemacht worden sind. Er klagt über die katholische Propaganda der aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen im Orient,

Digitized by Google

und wenn die Berichte, welche darüber den Zeitungen zugehen, nicht übertrieben sind — ein Vorbehalt, den wir stets machen, wo wir von der russischen Presse reden —, scheint allerdings die griechische Kirche überall zurückgedrängt zu werden, wo sie mit der französisch-katholischen Propaganda zusammenstößt. Jene französischen Priester sind eben besser gebildet und, was doch auch mitspielt, sie verfügen über größere Geldmittel.

Daß Österreich-Ungarn keinen orientalischen Krieg will, läßt sich a priori annehmen. Es müßte einen großen Teil der Gefahren auf sich nehmen und auch bei günstigem Ausgang die Last seiner Schwierigkeiten nur vermehren. Fast dasselbe möchten wir von Italien und auch von England sagen, dessen politische Orientierung nach anderer Richtung geht und das gerade genug in Asien, Afrika und Amerika zu tun hat. Deutschland aber steht ganz außer Frage. Es hat auf diesem Boden kein anderes Interesse, als den Frieden zu erhalten.

So bleibt denn die andere Frage, was die Türkei tun kann, um die ohne Zweifel gefährliche Bewegung in Makedonien zum Stehen zu bringen. Mit der militärischen Verdrängung der Banden des makedonischen Komitees und mit der (oft barbarisch strengen) Züchtigung derjenigen Makedonier, die sich ihnen, sei es nun freiwillig oder gezwungen, angeschlossen haben, ist es gewiß nicht getan. Denn einmal hat sich gezeigt, daß die verdrängten Haufen immer wiederkehren, wenn Zeit und Gelegenheit ihnen günstig ist, dann aber rufen die Gewaltsamkeiten der türkischen Truppen Haß und neue Erhebungen hervor, sobald der Zwang schwindet. Auch erwarten wir von dem, was man in bulgarischen Kreisen unter „Reform" versteht, nur wenig. Nicht um konstitutionelle Staatsformen, sondern um gesicherte wirtschaftliche Existenz handelt es sich für die Makedonier, jedes Eingreifen der Türken in die Frage des Nationalitätenhaders aber würde die Lage noch weiter verschärfen.

Serben, Bulgaren, Griechen und Türken können nebeneinander nur dann in Frieden leben, wenn keinem Teil die ausschließliche Herrschaft zufällt, oder um es in ein Schlagwort zusammenzufassen, wenn die Autorität des Sultans das Gleichgewicht aufrecht erhält.

Hier aber liegt das Problem. Es läßt sich seit Jahren verfolgen, daß die Qualität der türkischen Beamten in Makedonien

Digitized by Google

herabgeht, weil den Beamten ihre Gehälter besten Falles unregelmäßig, meist aber gar nicht bezahlt werden; diese Leute leben von Erpressungen, und es liegt auf der Hand, wie Justiz und Verwaltung darunter zu leiden haben. Dazu kommt, daß die Gendarmerie ganz aus Muhamedanern besteht, was ebenfalls in der Praxis der Polizeiwirtschaft harte Ungerechtigkeiten zu Folge hat, da die obersten Landesbeamten, die Valis, ihrer Aufgabe offenbar nicht gewachsen sind, da für die Aufbesserung der Kommunikationen so gut wie garnichts geschehen ist und endlich das Schulwesen der großen Provinz ganz darniederliegt. Das alles aber sind Übel, die sich sehr wohl beseitigen ließen, sobald die Pforte wirklich tüchtige Beamte an die Spitze Makedoniens stellt, und die Geldmittel flüssig macht, die nun einmal beschafft werden müssen, um den Fundamentschaden, das faktische Raubsystem der Beamten zu beseitigen.

Bisher hat es aber, in sehr übel angewandter Sparsamkeit und Sorglosigkeit gerade daran gefehlt, obgleich die Aufgebote der letzten Monate gewiß größere Kosten verursacht haben, als die Erfüllung dieser dringendsten staatlichen Pflichten verlangt hatte. Aber es ist ja eine bekannte Tatsache, daß, sobald Geld im Schatze ist, die rückständigen russischen Forderungen von 1878 her durch drohende Vorstellungen beigetrieben werden, und neuerdings ist von Frankreich bei solchen Gelegenheiten die Lorando-Tubini-Schraube recht rücksichtslos dem türkischen Daumen aufgesetzt worden. Kurz, wenn wir zusammenfassen, an sich scheinen uns diese makedonischen Nöte keineswegs unheilbar. Wenn die bestehenden Gesetze wirklich ausgeführt werden, und die Autorität des Sultans den unfähigen und ungetreuen Beamten gegenüber einsetzt, wenn die Gehälter bezahlt, das wirtschaftliche Leben gefördert, die staatsrechtliche Gleichberechtigung der Christen nicht nur anerkannt, sondern auch durchgeführt wird, wenn —! Daran liegt es, und wohl eine nicht allzu ferne Zukunft wird uns lehren, ob Wille und Mittel dazu in der Türkei aufzutreiben sind. Daran hängt alles.

Wir haben oben der Schwierigkeiten gedacht, welche sich zur Zeit im inneren Leben Rußlands geltend machen. Es ist von ihnen neuerdings weit mehr die Rede gewesen als in früheren Zeiten, und wir haben an dieser Stelle noch jüngst auf das Buch von Brüggen hingewiesen (Das heutige Rußland, Leipzig 1902), das mit großem

Digitized by Google

Nachdruck zeigte, daß sich in Rußland eine Wandlung vorbereite, und da die gegenwärtigen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen diesen so überaus wichtigen Problemen nahestehen, wollen wir das Buch nur nochmals dringend empfehlen.

Seit dem 1. Juli des laufenden Jahres ist aber eine neue Quelle der Belehrung flüssig geworden, die freilich nur denjenigen zugänglich ist, die russisch lesen können. Wir meinen die von Peter Struve herausgegebene, alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift „Die Befreiung", von der bisher 10 sehr inhaltreiche Nummern vorliegen. Die Zeitschrift erscheint in Stuttgart, und ist durchaus ernst zu nehmen. Herr Struve, wohl derselbe, der 1894 die „kritischen Bemerkungen über die ökonomische Entwicklung Rußlands" veröffentlichte, gehört zu den avancierten Liberalen Rußlands, was sich etwa mit dem heute in Frankreich regierenden Liberalismus deckt, also radikal und sozialistisch gefärbt ist. Herr Struve ist kein Freund terroristischer oder anarchisch-nihilistischer Tendenzen, aber er findet im Hinblick auf die in Rußland bestehenden Verhältnisse schließlich alles begreiflich, und in gewissem Sinn auch entschuldbar. Der Hauptwert der Zeitschrift liegt in den Korrespondenzen, die ihr aus Rußland zugehen, in den veröffentlichten Aktenstücken, und es ist nicht undenkbar, daß sie mit der Zeit eine ähnliche Bedeutung gewinnt, wie einst der „Kolokol" Herzens unter Kaiser Nikolaus I. und unter Alexander II. Vornehmlich auf Grund dieser Struveschen Materialien und Ausführungen sind dann die in unserer Presse nicht genügend beachteten Artikel von Dr. P. Rohrbach geschrieben, deren Inhalt sich kurz dahin zusammenfassen läßt, daß das System Witte am Ende seiner Weisheit sei, und wenn es sich trotzdem weiter behaupten sollte, der Staatsbankerott Rußlands die notwendige Konsequenz sein müsse. Mit dieser Gefahr sei zu rechnen, und deshalb fernerer Kredit den Russen nicht zu gewähren. Nebenher zeigt er an der Hand der Struveschen Materialien, daß zwischen dem Minister des Innern Plehwe und Herrn Witte ein bitterer Kampf ausgefochten werde, und der Finanzminister im Gegensatz zum Minister des Innern liberalisierende Anwandlungen zu zeigen beginne. Wir haben auf den beginnenden Gegensatz zwischen den beiden mächtigsten russischen Ministern schon lange, bevor diese Frage von Struve angeregt wurde, hingewiesen, aber wir sehen in ihr keinerlei Prinzipienfrage,

Digitized by Google

sondern eine Machtfrage von Mann zu Mann, in welcher die Entscheidung in Livadia, oder, da es nicht wahrscheinlich ist, daß sie sobald fällt, in Petersburg getroffen werden wird. Die Gerüchte, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, daß der Rücktritt des Oberprokureurs Pobedonoszew unmittelbar bevorstehe, sind offenbar nichts anderes, als Symptome dieses Kampfes gewesen, denn Pobedonoszew und Witte sind Bundesgenossen, und aus der Umgebung Plehwes muß diese Nachricht hervorgegangen sein, die mehr den Wünschen derjenigen entsprach, die sie verbreitet haben, als der Wirklichkeit. Pobedonoszew ist im Amt geblieben, und aller Wahrscheinlichkeit nach bleibt er es bis an sein Lebensende. Noch vor wenigen Tagen beantwortete uns ein vortrefflich orientierter Russe die Frage, ob Pobedonoszew wirklich gehen werde, mit den Worten: „Daß er geht glaube ich nur, wenn es Tatsache geworden ist. Kaiser Alexander III. hat ihn sterbend dem Sohne als den Mann empfohlen, auf den er unter allen Umständen hören solle. Nikolaus II. hält an nichts fester als an dem Willen des Vaters". Und damit sind wir an einen Punkt gekommen, der die schwache Seite der Struveschen Zeitschrift ist. Jene Petersburger und Moskauer Zuschriften enthalten zwar gelegentlich sehr wertvolle Nachrichten, aber sie wollen höchst vorsichtig angefaßt sein. Gerade daß sie aus den Kreisen der „besten" Gesellschaft stammen, mindert ihre Glaubwürdigkeit. Denn abgesehen von einer gewissen Gleichgültigkeit der Wahrheit gegenüber, wie sie aus Neigung zum Übertreiben sich ergibt und der slavischen Natur eigentümlich zu sein scheint, ist es Tatsache, daß nirgend in der Welt politisch mehr geklatscht wird, als in den vornehmen Kreisen Petersburgs. Der Fürst Meschtscherski hatte früher in seinem „Graschdanin" eine stehende Rubrik für die politischen Klatschbasen (kumuschki), welche diese Tendenz nicht übel persiflierte. Eine Nachricht, wie Herr Struve sie jüngst brachte, daß nämlich Witte Hals über Kopf aus Sibirien aufgebrochen sei, um sich in Livadia gegen die Beschuldigungen Plehwes zu rechtfertigen, ist — eine Tatarennachricht und auf ähnliche Phantasien lebhafter Korrespondenten sind wir mehrfach gestoßen. Auch finden wir noch kein sicheres Anzeichen dafür, daß Wittes Stellung erschüttert sei. So lange Pobedonoszew ihm zur Seite steht, hat er nichts zu fürchten.

Digitized by Google

Was aber den drohenden Zusammenbruch der russischen Finanzwirtschaft betrifft, so halten wir die von Brüggen und Rohrbach zusammengetragenen Daten im wesentlichen für richtig, trotzdem aber den erwarteten Zusammenbruch für wenig wahrscheinlich. Das russische Reich ist trotz seiner Erschöpfung zu reich an natürlichen Hilfsmitteln, um verzweifeln zu müssen, und seine politische Stellung hängt zu sehr an der Erfüllung übernommener Verpflichtungen, als daß es sich über sie hinwegsetzen könnte. Es hat unserer Meinung nach allerdings etwas zu bedeuten, daß Rußland bisher immer seinen Coupon bezahlt hat, sogar in der schweren Zeit, die zwischen 1815 und 1823 liegt, weil sich daraus ergibt, daß ein russischer Kaiser nicht anders kann, als seine politische Ehre unter allen Umständen nach außen hin zu behaupten. An die Möglichkeit eines Staatsbankerotts, der auswärtige Anleihen trifft, würden wir erst glauben, wenn die Nationalversammlung aller Reußen die Regierung in ihre vorurteilslosen Hände genommen hat. Auch wenn Witte gehen sollte, wird — immer unter obiger Voraussetzung — sein Nachfolger genötigt sein, vor allen Dingen die Zinsen der auswärtigen Schuld zu sichern.

Als weiteres Aktivum in der russischen Rechnung kommt die beispiellose Dulderkraft des russischen Volkes in Betracht. Das Elend, das dieses Volk in den letzten 12 Jahren getragen hat, übersteigt das Glaubliche und auch heute trägt es, trotz der, nur durch falsche Vorspiegelungen, welche den Zaren selbst als Führer zeigten, hervorgerufenen Unruhen geduldig, was „Gott gegeben hat". Unserer Meinung nach tritt die wirtschaftliche und politische Krisis erst mit dem Moment ein, wo die Leitung des Staates in die Hände dessen übergeht, was man die russische Intelligenz nennt. Wir haben vor ihr, abgesehen von den selbstverständlich vorhandenen rühmlichen Ausnahmen, einen außerordentlich geringen Respekt, und wissen bestimmt, daß das russische Volk vor ihr gar keinen Respekt hat. Der Tschinownik — und wer ist in Rußland nicht Beamter und nicht glücklicher Besitzer eines Tschin — hat für die Masse der Bevölkerung nur soweit Bedeutung, als der Zar hinter ihm steht. Wer aber genügende Kraft politischer Phantasie hat, um sich eine russische konstituierende Versammlung zu denken, sieht auch gleich hinter ihr die große russische Republik. Wir möchten nicht zu denen gehören,

Digitized by Google

die sie in Rußland erleben. Die Greuel der ersten französischen Revolution würden matt und farblos im Vergleich erscheinen.

Summa Summarum, behält Rußland Frieden nach Westen und Süden hin, so wird es diese Krisis überstehen wie frühere auch. Aber allerdings ist die Krisis außerordentlich gefährlich und die steigenden Ansprüche der Semstwos erscheinen, so berechtigt ein Teil ihrer Forderungen ist, höchst bedenklich als Vorläufer anderer ganz unberechtigter, über die eigene Leistungsfähigkeit weit hinausgehender Zukunftsforderungen. Unerläßlich ist einheitliche Leitung durch eine starke Hand, aber wir wissen nicht, ob und wie lange dieses Unerläßliche in Rußland zu finden sein wird.

Eine sehr beachtenswerte politische Kundgebung finden wir in der „Post" vom 29. November. Sie schreibt: „Der (Pariser) „Eclair" will glauben machen, Deutschland habe in irgend einem früheren Stadium mit der französischen Regierung Verhandlungen über Marokko anzuknüpfen versucht. Das ist nach unserer Kenntnis der Dinge niemals geschehen. Die deutsche Regierung hat nicht nur selbst keine Marokko betreffenden Anregungen bei Frankreich gemacht, sie hat auch Versuchen, die in dieser Richtung von dritter Seite unternommen worden sind, keine Folge gegeben." Die Notiz ist sicher offiziösen Ursprungs und wäre gewiß nicht erfolgt, wenn hinter dem „Eclair" nur die Redaktion des Blattes stände. Es handelt sich offenbar um einen Versuch bei der Verschärfung, welche die Unruhen in Marokko zeigen, und der dann nicht unwahrscheinlichen Intervention Englands und Frankreichs, Deutschland als den möglichen Parteigänger Frankreichs hinzustellen. Daran ist natürlich nicht zu denken. Deutschlands Interesse an diesen Küsten ist das der offenen Tür, und je fester wir an diesem Standpunkt festhalten, desto größer ist die Aussicht, ihn durchzusetzen. Auch liegen, trotz der Alarmnachrichten, die einige Tage durch die Blätter gingen, die Dinge nicht so kritisch, wie es wohl scheinen konnte. Im wesentlichen gilt auch heute noch das Bild, das wir vor 8 Tagen entworfen haben, und es scheint, daß die Neigung zur Erledigung der marokkanischen Frage doch nur sehr einseitig gewesen ist.

Wir wenden uns zum Schluß den Verhältnissen zu, wie sie sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestaltet haben. Das Resultat der Wahlen zeigt uns einen Sieg der

Digitized by Google

Republikaner. Ihre Majorität im Senat betrug 20, im Hause der Repräsentanten 30 Stimmen. Republikanisch hat auch der Staat New-York gewählt, die Stadt, wie zu erwarten stand, demokratisch. Es wäre aber trotzdem ein übereilter Schluß, wollte man annehmen, daß die Wiederwahl Roosevelts zum Präsidenten bei der 1904 bevorstehenden Entscheidung gesichert ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Tatsache den Ausschlag geben, ob der wirtschaftliche Aufschwung des Landes sich bis dahin behauptet, und gerade in diesem Punkte klingen von jenseit des Ozeans höchst pessimistische Stimmen herüber. Allgemein scheint die Befürchtung, daß eine Krisis des amerikanischen Geldmarktes bevorstehe, und das Publikum beginnt je länger je mehr die großen Kapitalistenbündnisse mit Mißtrauen zu betrachten. Und in der Tat, das kann kaum wunder nehmen. Die meisten Trusts zeigen, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen, eine Überkapitalisation. Die gehofften Ersparnisse, die man durch das Zusammenlegen der Einzelbetriebe zu erreichen hoffte, sind keineswegs gemacht worden, die Kosten der Erweiterung des Eisenbahnnetzes haben sich nicht verzinst, und wenn auch die Bruttoeinnahmen der Eisenbahnen gestiegen sind, so haben dafür die Nettoerträge abgenommen. Dazu sind die Arbeitslöhne erheblich gestiegen, gestiegen auch die Preise der Lebensmittel und der meisten Erzeugnisse der Industrie, so daß für jedermann das Leben teurer geworden ist. Bedenklich ist doch auch, daß die Anthrazitkohlenarbeiter in Pensylvanien einen vollen Sieg errungen haben, weil mit dem Erfolge auch die Ansprüche gestiegen sind, so daß neue Unruhen und Krisen keineswegs unwahrscheinlich erscheinen. Als bedenklichstes Symptom aber gilt, daß die Bankreserven keine sichere Unterlage mehr für ihre Depositen bieten; hat man doch berechnet, daß seit 1896 die Einlagen um etwa vier Milliarden Dollars gestiegen sind, während im gleichen Zeitraum die Bankreserven sogar um ein Geringes abgenommen haben. Der frühere Unterstaatssekretär Vanderlip hat sich neuerdings über alle diese Fragen mit höchster Schärfe ausgesprochen, und da er mit den Standard Oil- und Rockfeller-Interessen verbunden ist, will man darin eine Warnung gegen die Morgan-Gruppe erkennen, die fast den Charakter einer Drohung trägt.

Nun liegt auf der Hand, daß die Demokraten, die, seit sie Bryans Silbertheorie aufgegeben haben, auf weit festeren Füßen

Digitized by Google

stehen und ihren Schwerpunkt auf Bekämpfung der Trusts und der Schutzzölle legen, gewinnen müssen, je mehr jene Schäden allgemein fühlbar werden.

Es wird daher alles davon abhängen, ob es Roosevelt gelingt, seinen Kampf gegen die Trusts durchzuführen und eine Tarifreform zu erreichen. Scheitert er darin, so ist seine Wiederwahl trotz der Majorität, die heute zu ihm steht, mehr als zweifelhaft. Wir wünschen ihm das Beste.

Digitized by Google

3. Dezember. Arbeiterunruhen in Rostow a. D.
4. Dezember. Annahme der education bill mit 286 gegen 134 Stimmen.
5. Dezember. Genehmigung einer Arbeiterversammlung in Petersburg.
6. Dezember. Konstituierung des konservativen Ministeriums Silvela in Spanien.
7. Dezember. Gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela.
9. Dezember. Der englische Gesandte und der deutsche Geschäftsträger verlassen Caracas.
9. Dezember. Der amerikanische Gesandte Bowen übernimmt den Schutz der Deutschen und Engländer in Venezuela.

---

10. Dezember 1902.

In Petersburg hat mit Genehmigung des stellvertretenden Stadthauptes v. Frisch und unter Zustimmung des Herrn Lopuchin, Direktors im Polizeidepartement des Ministeriums des Innern, am 29. November eine erste Arbeiterversammlung stattgefunden, deren Gegenstand die besonderen Interessen des russischen Arbeiterstandes waren. Am 4. Dezember hat Herr v. Plehwe den Vertretern dieser Versammlung in Aussicht gestellt, sie auch ferner in ihren Bemühungen zu unterstützen, so daß man berechtigt wäre, daraus den Schluß zu ziehen, daß Rußland im Begriff ist, in eine Periode des Staatssozialismus einzutreten, zumal den Zeitungen gestattet worden ist, von der vollzogenen Tatsache Notiz zu nehmen. Ob freilich, wie der „Swet" verspricht, Berichte über den Inhalt der Verhandlungen sich werden veröffentlichen lassen, bleibt abzuwarten. Fürst Uchtomski wirft die entrüstete Frage auf, ob denn der „Swet" beabsichtige, sich zu einem russischen „Vorwärts" auszubilden, und wie er mögen viele andere denken. Es will uns aber scheinen, daß die Tatsache an sich schon deshalb von Bedeutung ist, weil den Moskauer, Tulaer, Odessaer und anderen Arbeitern nicht wird verweigert werden können, was den Petersburgern gestattet ist, und es soll uns wunder nehmen, wenn wir nicht entweder von zahlreichen Arbeiterkongressen oder von zahlreichen Verboten solcher Versammlungen in nächster

Digitized by Google

Zeit zu hören bekommen sollten. Die Maßregel in ihrem Liberalismus fällt um so mehr auf, als gerade in letzter Zeit scharfe Maßregelungen der Landschaftsversammlungen stattgefunden haben, als diese daran gingen, die Ursachen zu erwägen, aus denen der wirtschaftliche Niedergang Rußlands seine Erklärung findet. Ähnliche Maßregelungen haben die von der Regierung selbst ins Leben gerufenen Komitees der Gouvernements und Kreise hinnehmen müssen, weil sie den gleichen verbotenen Boden betraten. Es ist demnach verständlich, wenn in Petersburg unkontrollierbare Gerüchte umlaufen. Bald ist es der Justizminister Murawjew, dessen Rücktritt bevorstehen soll, bald der Wittes. Der Reichskontrolleur Lobko wird als sein Nachfolger genannt, aber das alles ist offenbar verfrüht, wenn überhaupt es Wirklichkeit werden soll. Herrn Struves Blatt ist voller Gerüchte, die wir nicht wiederholen wollen. Erwiesen scheint uns nur der steigende Gegensatz der Herren Witte und Plehwe und die Tatsache, daß davon die Schwächung beider nicht ohne Schadenfreude erwartet wird. Man beginnt sich jetzt dessen zu erinnern, daß beide Herren deutsche Namen tragen, und in Petersburg läuft ein satirisches Gedicht um, dessen wesentliche Tendenz darin liegt, daß man diese Quasideutschen für alles Unheil verantwortlich machen will, unter dem Rußland zu seufzen hat. Es führt die Überschrift: Die heilige Legion Rußlands und zählt die Herren in folgendem Verse auf:

Witte, Sänger, Plehwe von,
Lambsdorff, Fredericks, Baron,
Sabler, Kleighes ... das ist die Legion

kernrussischer Namen. Sie umgibt den Thron des Zaren, schützt seinen Schlaf, behütet die Religion, hält das Volk in Schrecken, ersetzt das Gesetz und zieht aus den Taschen des Volkes eine Million nach der anderen ... Es geht so durch mehrere Strophen weiter und schließt wieder mit den drei Namen Witte, Sänger, Plehwe von.

Das sind nun allerdings die zur Zeit wichtigsten Ministerien: Finanzen, Volksaufklärung, Inneres, und daß die Träger dieser Ämter Deutsche sind, läßt sich ebensowenig bestreiten, wie daß Herr Peter Struve, in dessen „Befreiung" die Verse abgedruckt werden, von deutschen Eltern stammt. Man könnte darin eine Art Nemesis erkennen. Die gewaltsame Russifikation der Grenzprovinzen trägt ihre Früchte, indem sie dem Nationalrussentum eine Konkurrenz ge-

Digitized by Google

schaffen hat, dem dieses sich nicht gewachsen zeigt, und es läßt sich vorhersehen, daß, je weiter der Assimilationsprozeß sich vollzieht, um so zahlreicher die fremden Namen in der „heiligen Legion" werden müssen! Finnländer, Deutsche, Armenier und in zweiter Linie Polen und Tataren, sowie die jetzt allmählich auch vortretenden Letten und Esthen. Das alles ist arbeitsfähiger und zäher als das Nationalrussentum und sinkt nicht in die Reihen des Proletariats hinab. Wie elementar diese Bewegung weitergeht, zeigt namentlich die Rangliste von Armee und Marine. Wir denken dabei auch an die Universität Dorpat, die am 17. Januar 1893 zu jenem Jurjew umgebildet wurde, das lächerlicherweise am 25. Dezember dieses Jahres ein hundertjähriges Jubiläum nach noch nicht zehnjährigem Bestehen feiern will. Die Universität Berlin hat, wie wir mit Genugtuung hören, jede Teilnahme an der Feier abgelehnt. Und in der Tat, mit dem alten Dorpat hat jenes Jurjew so wenig zu teilen, wie etwa die baltischen Provinzen der guten alten Zeit mit den Witte, Plehwe, Sänger und wie sie sonst alle heißen. Jurjew ist eine durchaus russische Universität, und zwar von geringerer wissenschaftlicher Bedeutung als Moskau, Petersburg, Kiew. Die Deutschen Rußlands, die ihre Söhne studieren lassen wollen, ziehen es daher vielfach vor, sie in jene großen russischen Universitäten zu schicken, ohne befürchten zu müssen, daß ein Anschluß ihrer Söhne an die unklaren und auf Politik gerichteten studentischen Bewegungen der Russen stattfinden könnte. Sie lernen, was es zu lernen gibt, und bringen meist mehr Fleiß und ein stetigeres sachliches Interesse in ihr Arbeitsfeld hinein. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen nach etwa einem Jahrzehnt noch weit merklicher hervortreten als heute. Die alte Generation der baltischen Deutschen aber, deren Einfluß so wesentlich zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Rußland und Preußen beigetragen hat, stirbt allmählich aus. So erfahren wir von dem kürzlich erfolgten Tode des Barons Karl von der Recke, oder, wie man ihn in Kurland nannte, des alten Paulsgnadeschen. Er ist 85 Jahre alt geworden, das Muster eines Edelmanns, der seine außerordentlichen Gaben dem Dienst seiner engeren Heimat und damit zugleich dem russischen Kaiserhause widmete. Er war von 1862—73 kurländischer Landesbevollmächtigter, also der höchste Selbstverwaltungsbeamte der Provinz und der Vermittler

Digitized by Google

ihrer besonderen Interessen vor dem Monarchen. Namentlich Kaiser Alexander II. hat er nahe gestanden und zu nicht geringem Teil ist es ihm zu verdanken, wenn das Unheil der Nivellierungspolitik nicht früher über das Land einbrach. Schwerlich werden solche Männer aus der Generation hervorgehen können, die heute heranwächst.

Je wirrer und undurchsichtiger sich übrigens die inneren Verhältnisse Rußlands gestalten, um so leidenschaftlicher geht das Drängen der Presse auf eine auswärtige Aktion. Einmal ist es die schon neulich von uns ventilierte makedonische Frage. Die jetzt vom Sultan tatsächlich angekündigten Verwaltungsreformen werden unisono als ungenügend bezeichnet, und in recht auffälliger Übereinstimmung mit der französischen Presse wird dabei Deutschland Schuld gegeben, daß nicht mehr geschehen und nicht früher eingegriffen worden ist. Der „Temps" — um ein Beispiel anzuführen — spricht von Bemühungen Frankreichs, Österreichs und Rußlands, um Reformen für Makedonien zu erlangen. Dann fährt das immer noch mit dem Quay d'Orsay in lebhafter Fühlung stehende Blatt fort: „Ni l'Angleterre ni l'Italie n'ont refusé leur concours à ces sages initiatives. Seule l'Allemagne s'était renfermée dans un isolement négatif. Elle a fini elle-même par sentir la gravité des circonstances et par se piquer d'honneur un peu tardivement." Das ist ebenso kläglich wie unwahr. Offenbar braucht Herr Delcassé wieder einen politischen Erfolg, um seine Stellung in der Kammer, namentlich bei der bevorstehenden Debatte über den Siam-Vertrag zu behaupten. In Wirklichkeit haben die Dinge keineswegs so sich abgespielt, und man würde vielleicht das Richtige treffen, wenn man den Bericht des „Temps" direkt in sein Gegenteil umkehren wollte. Doch darüber wird sich wohl erst streiten lassen, wenn einmal ein Blau- oder Gelbbuch über die makedonische Frage veröffentlicht wird. Was uns interessiert, ist, daß die russische Presse auf Verstärkung des Druckes auf den Sultan dringt und dabei die französische Presse an ihrer Seite findet. Das Bündnis von Zeitung zu Zeitung scheint uns danach weit stärker zu sein, als das von Regierung zu Regierung. Genau dasselbe bestätigt uns die zweite von der russischen Presse wieder in den Vordergrund gezogene Frage: Afghanistan und in weiterer Perspektive Indien. Die „Nowoje Wremja" hat es kürzlich klipp und klar ausgesprochen, daß es keines-

Digitized by Google

wegs ein Unding wäre, wenn Rußland sich das Ziel setzte, über Afghanistan gegen Indien vorzugehen. Der Vertrag von 1873, der Afghanistan als zur englischen Einflußsphäre gehörig anerkannte, ist vor zwei Jahren der englischen Regierung gekündigt worden — wenigstens behauptet es die „Nowoje Wremja", uns ist die Tatsache nicht erinnerlich — und so stehe zunächst der Einsetzung eines russischen Konsulats in Kabul nichts im Wege. Man nimmt an, daß, seit Lord Kitchener zum Oberkommandierenden der indischen Armee ernannt ist, nicht mehr viel Zeit zu verlieren sei, und erinnert daran, wie leicht heute Herat von Russisch-Turkestan aus zu erreichen ist.

Ein französischer Aufsatz, der im „Bulletin du comité de l'Asie française" erschienen ist und den die „Peterburgskija Wjedomosti" reproduzieren, führt diese Gedanken noch viel handgreiflicher aus. „Die russischen Vorposten — sagt er — stehen etwa 25 km von Tschitral, dessen strategische Bedeutung darin liegt, daß von hier aus eine Straße nach Kaschmir, die andere nach Pischawar führt. Diese Straße gegen einen von Norden her anrückenden Feind zu verteidigen, ist außerordentlich schwer, und zwar, weil die in Turkestan stehenden russischen Truppen ohne jeden Zeitverlust konzentriert werden können. Gegen einen russischen Angriff kann England höchstens 40000 Mann europäischer Truppen und 200000 einigermaßen tauglicher indischer Miliz aufbringen. Zur Verstärkung einer angreifenden russischen Armee können dagegen aus dem Kaukasus und aus anderen Teilen Rußlands Truppen nachrücken, da Rußland in Friedenszeiten 1000000 Soldaten unter der Flinte hat. Nehmen wir an, daß die Engländer ihren 40000 Mann europäischer Truppen noch 5000 hinzufügen, und zu den 200000 indischen Milizen noch einmal so viel, und das alles ohne Zögerung auf ihren Eisenbahnen ins Pentschab werfen, so wird, ganz abgesehen davon, daß auch diese Truppenzahl ungenügend ist, um ein angreifendes russisches Heer zum Stehen zu bringen, ganz Indien ohne Truppen sein. Daraus ergeben sich aber für England zwei Gefahren. Der Angriff der Russen und der Aufstand der indischen Bevölkerung. Die englischen Militärschriftsteller knüpfen zu große Hoffnungen an die Topographie Afghanistans. Sie glauben, daß Steppen, Berge und Pässe Hindernisse sind, welche eine durch Entbehrungen geschwächte Armee nicht

Digitized by Google

werde überwinden können. Aber diesen Optimismus teilen Engländer, die lange in Indien gedient haben, keineswegs. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß ein Angriff von Afghanistan aus zum Siege der russischen Armee führen müsse. Will aber Rußland sich Afghanistans bemächtigen, so ist es morgen in seinen Händen. Ebenso leicht kann es sich zum Herrn von Herat und von Persien machen. Die Befestigung der Städte und der Grenzen Afghanistans wird eilig weitergeführt, weil das durch den südafrikanischen Krieg völlig entkräftete England durch das Gespenst eines russischen Angriffs geängstigt wird, und den fürchtet man sehr ängstlich. Die Frage ist nur, ob Rußland geneigt ist, diese verzweifelte Lage Englands zu nützen, um seiner Herrschaft in Asien von Afghanistan aus den Todesstoß zu geben."

Wir meinen diese Frage mit Nein! für die russische Regierung, und mit Ja! für die russische Presse beantworten zu dürfen. Die russische Regierung wird eben die Illusionen nicht teilen, auf welcher dieser leicht geschürzte Artikel sich aufbaut. Nach den Erfahrungen, die der Transvaalkrieg gebracht hat, ist es lächerlich, zu behaupten, daß England nicht mehr als 45000 europäischer Truppen zum Schutz Indiens aufbringen kann, ganz abgesehen davon, daß gerade in dieser Frage der imperialistische Gedanke in den autonomen Kolonien gewaltig mitspielen würde. Auf die Schwierigkeiten, mit denen Rußland zu rechnen hätte, hat bekanntlich Graf York in seinem klassischen Buche so eingehend aufmerksam gemacht, daß wir weiterer Ausführung überhoben zu sein glauben. Auch nehmen wir die Frage nicht ernst, sie interessiert uns zumeist wegen jenes Bündnisses der Journalisten hüben und drüben.

Der Kaiser Nikolaus II. wird am 25. Dezember unseres Stils in Zarskoje eintreffen und dort die Kaiserin Witwe, Maria Fedorowna, die aus Kopenhagen heimgekehrt ist, vorfinden. Die Kaiserin Alexandra Feodorowna soll im Frühjahr mit dem Kaiser nach Italien reisen, und der „Temps" weiß bereits von ganz außerordentlichen Sicherheitsmaßregeln zu erzählen, welche zwischen der russischen und der italienischen Polizei im Hinblick darauf vereinbart sind. An der Eisenbahn Civita-Vecchia — Rom sollen 5 Bataillone Infanterie nach russischem Brauch Spalier bilden, zwischen Hafen und Bahnhof von Civita-Vecchia zwei Regimenter aufgestellt werden. Die Reise selbst

Digitized by Google

solle zu Wasser geschehen. Wir geben dem „Temps“ ganz recht, wenn er für die Notwendigkeit dieser Vorsichtsmaßnahmen eintritt, vermögen ihm aber nicht in den Schlüssen zu folgen, die er an die Reise des Zaren knüpft. Ihm scheint sich daraus der nahe Anschluß Italiens an die alliance franco-russe zu ergeben, ganz wie damals, als Exzellenz Barrère etwas vorzeitig die Abwendung Italiens vom Dreibunde ankündigte. „Le chancelier de Bulow, avant même le renouvellement de la Triplice n'a-t-il pas d'avance autorisé sa partenaire a valser avec qui lui plaira?“ Gewiß, aber er hat danach den Dreibund abgeschlossen, und damit auf eine Reihe von Jahren, deren Ablauf wir noch abwarten wollen, die jetzt bestehende Gruppierung der Mächte weiter festgelegt. Wenn der „Temps“ weiter meint, die „ligue formée dans un dessein plus ou moins offensif“ hätte ihre Spitze abgestumpft, so können wir ihn vor dieser Illusion nur warnen. Die Spitze dürfte sich noch heute außerordentlich scharf zeigen, was aber die Offensive betrifft, so hat sie in Betreff des Dreibundes nie eine andere Bedeutung gehabt, als die, daß der Hieb die beste Parade ist. In diesem Sinne aber hoffen wir, daß der Dreibund allezeit offensiv bleiben wird.

Doch genug der Polemik, obgleich nach einer anderen Seite hin das Verhalten der englischen Presse in Anlaß der Abmachungen, die zur Räumung von Schanghai führen werden, uns reichlichen Anlaß dazu böte. Wir wollen lieber darauf hinweisen, daß in der „Imperial Revue“ eine sehr deutsch-freundliche Stimme laut geworden ist, und daß die Identität der englischen und der deutschen Interessen gegenüber Venezuela zu einer gemeinsamen Aktion beider Mächte über See geführt hat, von deren Wirkung wir wohl in nicht allzu ferner Zukunft hören werden. Es ist, wenn wir von der China-Expedition absehen, an der auch andere Mächte teilnahmen, die erste gemeinsame Unternehmung Deutschlands und Englands zur See, von der die Geschichte weiß. Sie geschieht zugleich in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Die schon seit 18 Monaten schwebenden Differenzen, welche die unerhörte Un—verfrorenheit des Präsidenten de Castro noch weiter zugespitzt hat, werden dadurch beseitigt werden, daß Venezuela die Genugtuung leistet, die ihm vor-

Digitized by Google

geschrieben wird. Je länger es sich sträubt, desto schlimmer wird der Ausgang für den Präsidenten und für das Land sein, so daß sich wohl hoffen läßt, daß noch in zwölfter Stunde ein freiwilliges Nachgeben weitere Zwangsmittel unnötig macht.

Inzwischen hat Chamberlain Kairo verlassen, um den Weg nach Transvaal anzutreten. Es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß er unterwegs noch ein oder das andere Mal Station macht. Die Verhältnisse an den Küsten Arabiens wie im Somaliland könnten ihm wichtig genug erscheinen, um ein Urteil aus eigenem Augenschein für notwendig zu halten. Inzwischen sind aber aus Südafrika recht pessimistisch klingende Nachrichten eingelaufen, die nicht, wie behauptet worden ist, auf Spekulationen der Minen-Magnaten zurückgehen, sondern in der Tat der Wirklichkeit entsprechen sollen. Der „Standard" hat darüber sehr instruktive Korrespondenzen gebracht. Die Not und Hilflosigkeit der Kolonie — so heißt es wörtlich — „sei nie größer gewesen als jetzt", und das dringendste Problem sei die Beschaffung eines Ersatzes für schwarze Arbeiter. Die Kaffern haben während des Krieges gute Tage gehabt. Ihre Taschen — sofern sie welche haben — sind voll Geld, und der afrikanische Neger arbeitet nur, wenn er in Not ist. Man denkt daher in Uganda, Nyassaland oder in den Aquatorial-Provinzen zu werben, auf belgischem, portugiesischem und deutschem Boden, wo immer sich Willige finden. Kulis zu mieten wird als letzte Auskunft in Reserve gehalten, da man mit Recht annimmt, daß die politischen Schwierigkeiten und die Rassengegensätze in Südafrika gerade groß genug sind. In der That wird Mr. Chamberlain Gelegenheit haben, zu zeigen, ob er wirklich der Staatsmann ist, für den die Engländer ihn halten. Er wird mit dem Bond und mit den Engländern, mit dem Sondergeist und der Rivalität der einzelnen Kolonien und mit den Uitlanders, vor allem aber mit den Buren zu rechnen haben, die, wie sich immer mehr herausstellt, doch tief enttäuscht in die neue Wirklichkeit eingetreten sind. Hinter alledem aber steht noch jene Kaffernfrage, auf deren Ernst wir schon vor einem halben Jahre hingewiesen haben. Gewiß Arbeit genug für einen Mann.

Im Unterhause ist die Edukationsbill glücklich mit einer Majorität von 123 Stimmen durchgebracht worden. Auch im Ober-

Digitized by Google

hause hat sie die zweite Lesung überstanden. Die von Rosebery geführte Minorität brachte es nur auf 37 Stimmen, gegen 110 der Regierung, so daß der schließliche Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Aber es bleibt immer die Tatsache, daß das Parlament, das über diese wichtige Bill entschieden hat, auf die Parole des Transvaalkrieges gewählt worden ist, und daß die Stimmung des Landes in der Frage der Verstärkung des kirchlichen Einflusses auf die Schulen keineswegs auf Seiten der Majorität steht. Auch die irischen Fragen gewinnen wieder ein böses Ansehen, wenn sich auch nicht übersehen läßt, daß die einflußreiche irische Geistlichkeit mit der Edukationsbill sehr wohl zufrieden ist, weil sie von ihr eine Verstärkung ihres Einflusses erwartet. Vielleicht hat dieser Umstand dazu beigetragen, daß König Eduard VII. sich entschlossen hat, mit der Königin Irland zu besuchen.

In Spanien ist Sagasta nun doch endgültig zurückgetreten. Nunmehr sind mit Silvela die Konservativen am Ruder, und da die Auflösung der Cortes und das Ausschreiben von Neuwahlen der erste Schritt des neuen Ministeriums gewesen ist, wird man das Resultat der Wahlen abwarten müssen, ehe sich mit einiger Sicherheit über die Zukunftsaussichten prognostizieren läßt. In Spanien stehen die Lebensanschauungen des Mittelalters denen eines hypermodernen Liberalismus so unvermittelt gegenüber, daß sich wohl daraus zumeist das ruhelose Ringen der Nation nach geordneten politischen Lebensformen erklärt. Bisher hat noch niemand es verstanden, einen Kompromiß zu finden, der beide Extreme befriedigt, und man bedauert zumeist den armen jungen König, der ein nicht fest genug fundiertes Königtum diesen Gegensätzen vermitteln soll, die noch durch provinziale Rivalitäten weiter geschärft werden, und dank einer unzureichenden Geschäftsordnung im Parlament zu zügellosem Ausdruck kommen.

Auch in Griechenland hat es einen Ministerwechsel gegeben. Der alte Delyannis, den der Krieg von 1895 umwarf, ist wieder an die Spitze getreten. Der König, der ihm nicht wohl wollte, scheint sich in das Unvermeidliche gefunden zu haben, und so wird seine Aufgabe sein, mit den 115 sicheren Anhängern, die er zählt, zwischen Theotokisten und Zaimisten zu lavieren, die zusammen über 119 Stimmen verfügen, so daß er in jedem einzelnen Fall 3 Stimmen

Digitized by Google

aus der Opposition gewinnen muß, um eine Majorität zu haben. Ein Kunststück, das der alte Praktikus parlamentarischer Taktik gewiß zu leisten im stande ist.

Am 1. Dezember endlich ist auch der Kongreß in Washington eröffnet worden. Die Eröffnungsrede des Präsidenten kündigt Frieden nach außen hin an, ohne allen Vorbehalt, und dieses gute Wort, so hoffen wir, wird Wahrheit werden.

Digitized by Google

10. Dezember. Wegnahme der venezolanischen Kriegsflotte durch die Alliierten.
13. Dezember. Veröffentlichung der von Abessinien mit England und Italien geschlossenen Verträge.
13. Dezember. Ablehnung des deutschen Ultimatums durch den Präsidenten Castro.
14. Dezember. Annahme des Zolltarifgesetzes im deutschen Reichstage mit 202 gegen 100 Stimmen.
16. Dezember. Handschreiben des Herzogs von Cumberland an einen Anhänger in Braunschweig, durch welches er erklärt, seine und seiner Nachfolger Ansprüche auf Braunschweig behaupten zu wollen.

17. Dezember 1902.

Unsere Leser erinnern sich der sonderbaren Warnungen, welche ein Teil der englischen Presse kurz vor der Reise Kaiser Wilhelms nach England in allen Tönen den englischen Ministern zugehen ließ. Jetzt, da die Reise glücklich überstanden ist, hat sie durch den bekannten Argus-Korrespondenten der „Nowoje-Wremja" — der ja unser Freund nicht ist — einen Kommentar erhalten, der zu lehrreich ist, um nicht in den Hauptsachen wiederholt zu werden.

Herr Argus schreibt: „Die letzte Reise Kaiser Wilhelms unterscheidet sich von gewöhnlichen Herrscherreisen und auch von den früheren Reisen des Kaisers durch die ungewöhnlichen Erwartungen und Befürchtungen, die sie wachgerufen hat. Der panische Schrecken, der vor der Abreise des Kaisers durch Großbritannien ging, die Überzeugung, daß die britischen Minister dem Zauber seiner Persönlichkeit nicht widerstehen würden, und daß jede neue Verständigung mit ihm England in noch größere Abhängigkeit setzen würde — das bedeutet doch einen solchen Tribut an Achtung und Bewunderung, daß davor die feinste Schmeichelei der Höflinge verblassen muß. Wer sich seiner ersten Englandreise anno 1890 erinnert, wird nicht verkennen, wie völlig sich die Stellung Wilhelms II. in der öffentlichen Meinung Europas gewandelt hat. Damals hatte

Digitized by Google

er die Zügel der Regierung aus den stärksten und kundigsten Händen, in seine eigenen, wie man glaubte, schwachen und ungeschulten Hände genommen. Einer der klügsten Diplomaten in Berlin gab damals der allgemeinen Ansicht Ausdruck, wenn er sagte, „der Sturz Bismarcks werde die erste und letzte Großtat der neuen Regierung sein". Und nun folgt eine Gegenüberstellung der Anfänge unter der Aera Caprivi und der Stellung, die Deutschland heute einnimmt, und eine Parallele zwischen Kaiser Wilhelms und Bismarcks Weltauffassung, wobei Herr Argus sich sehr entschieden auf Seiten des Kaisers stellt, dem er dann freilich Pläne imputiert, mit denen Kaiser Wilhelm schwerlich geneigt sein wird, sich zu identifizieren. „Was Wilhelm II. begeistert, ist die Geschichte des heiligen römischen Reiches Deutscher Nation, die Eroberung und Kolonisation der alten Welt durch die Germanen: Herrschaft über Europa und den Orient und das Übergewicht Deutschlands in der ganzen Welt, das ist das Endziel seiner Bestrebungen.

Die auswärtige Politik sei gedankenreicher geworden und doch ebenso praktisch geblieben, wie unter Bismarck. Sei der Sansibar-Vertrag mit England das „Narva" Kaiser Wilhelms gewesen, so könne man jetzt sagen, daß „Pultawa" darauf folgte. Deutschland sei heute eine Macht in Asien und Polynesien, es spiele eine wichtige Rolle in Süd- und Ostafrika wie in Südamerika, und der deutsche Einfluß überwiege in Österreich-Ungarn, Rumänien und in der Türkei.

Der Schreck der Engländer beim Erscheinen Kaiser Wilhelms sei daher wohlverständlich. Aber *man erzähle*, daß den Redakteuren der großen englischen Zeitungen so positive Mitteilungen gemacht worden seien, daß sie erkennen mußten, wie ein Beharren in ihrer bisherigen Haltung sich als unpatriotisch verbiete. *Es heiße*, sie hätten sich überzeugen müssen, daß die zwar sehr wünschenswerte Verständigung mit Rußland absolut unerreichbar, daß dagegen eine deutsch-russisch-französische Annäherung sehr wohl möglich sei und für England verhängnisvoll werden könne. Es gebe nur ein Mittel, diese Wendung zu verhindern: die Annäherung an Deutschland, das allein stark genug und bereit sei, die dem britischen Reiche von Rußland drohenden Gefahren abzuwenden.

„Ich machte" — so schließt Herr Argus wörtlich — „befreundete englische Politiker auf die unzweifelhafte Tatsache aufmerksam, daß,

Digitized by Google

wenn feindselige Absichten Rußlands beständen, sie doch während der 3 Jahre des afrikanischen Krieges hätten zu Tage treten müssen . . ." „Ihr Argument ist überzeugend" — antwortete man mir — „aber leider hat man dem Kabinet urkundliche Beweise vorgelegt." Ich bemerkte, von solchen Dokumenten habe man auch 1899, als Kaiser Wilhelm eintraf, gesprochen, und damals dem britischen Botschafter nach Konstantinopel telegraphiert, er solle seinen Widerspruch gegen die deutsche Bagdad-Konzession fallen lassen. Später aber habe sich gezeigt, daß diese Dokumente „Phantasien" waren. Man antwortet mir: „Jetzt ist das leider nicht der Fall."

„Mir ist aus guter Quelle das folgende Gespräch zwischen dem Diplomaten einer neutralen Macht und einem kompetenten deutschen Staatsmann wiedergegeben worden. „Unsere Politik schwankte lange zwischen der Verteidigung deutscher Interessen an verschiedenen Punkten des Weltalls: in Südafrika, Südamerika, im fernen Osten. Jetzt hat unsere Politik sich kristallisiert: die Strömung der öffentlichen Meinung in unserem Vaterlande weist uns auf einen bestimmten Weg, auf den nahen Orient. Dabei sind unsere Bestrebungen ganz friedliche, sie verlangen Unterstützung und Kräftigung der Türkei. Die Türkei ihrerseits wird zum Wall, der die friedliche Entwicklung Europas nach zwei Seiten hin sichert. England ist daran nicht weniger interessiert als Deutschland, und deshalb ist es nur natürlich, wenn wir uns einander nähern, und auch alle anderen Völker Europas ziehen daraus Nutzen." „Aber Frankreich unterstützt Euch ja in der Frage der Bagdadbahn" bemerkte der neutrale Diplomat. Der deutsche Staatsmann begnügte sich, darauf mit einem Lächeln zu antworten."

Wir gehen wohl nicht irre, wenn wir annehmen, daß Diplomat und Staatsmann nichts anderes sind als Personifikationen der zwei Seelen, die in der Brust des Herrn Argus miteinander ein Zwiegespräch führen, ganz wie die geheimen Dokumente, die Kaiser Wilhelm bei seinen Englandreisen offenbar mit sich zu führen pflegt, der erregten Phantasie des erfindungsreichen Korrespondenten gehören müssen. Interessant ist aber jene Londoner Korrespondenz trotz allem, weil sie uns zeigt, welche Bestürzung in den Kreisen der hetzenden Journalisten der „National Review" und ihrer russischen Mitarbeiter dadurch erregt worden ist, daß ihre Fiktion von dem

Digitized by Google

bevorstehenden deutsch-englischen Kampf auf Leben und Tod so ganz in sich zusammenbricht. Die Urteile, die über Kaiser Wilhelm aus russischem Munde als englische Volksmeinung herübergetragen werden, kann man übrigens ganz ebenso in Paris und Petersburg hören, so daß, wenn in Frankreich und in Rußland eine Wahlmonarchie bestände, er hier wie dort die allergrößten Aussichten hätte, gewählt zu werden. Da das nun nicht geschehen kann, trägt man ihm einen entschlossenen Haß entgegen, der namentlich in der russischen Presse einen so kräftigen Ausdruck findet, als sich mit den geltenden Zensurvorschriften irgend vereinbaren läßt. Dabei ist die Taktik stets die, den Schein zu erwecken, als ob die Politik der deutschen Regierung bei allen übrigen Mächten die größte Erbitterung hervorrufe. Im Augenblick müssen die Vereinigten Staaten herhalten und man versäumt nicht, ihnen angelegentlich vorzureden, wie unerläßlich es sei, daß sie ihre Flotte rascher verstärken, damit Deutschland nicht ein allzugroßes Übergewicht behaupte. Unsere Flotte von 1916 ist das Schreckbild, mit dem sie drohen; denn seien erst die 38 Linienschiffe, 14 großen Kreuzer, 38 kleinen Kreuzer und 96 Torpedoboote in Stand, dann habe auch die Monroedoktrin ausgelebt. So schreibt ein russisches Blatt, aber es könnte ebenso gut in der „Times" gestanden haben, die es trotz unseres Zusammenwirkens in Venezuela für wohl angebracht hält, auch jetzt gelegentliche Giftmischereien gegen uns vorzunehmen. Denn die Furcht vor einem vollen Einvernehmen zwischen uns und den Vereinigten Staaten bleibt immer das Gespenst, das die „Times" und ihre Gesinnungsgenossen zumeist fürchten. Es gibt aber wirkliche Interessengegensätze zwischen uns und den Vereinigten Staaten überhaupt nicht, man muß sie künstlich konstruieren (wie ja nicht ohne Glück durch Benutzung der deutschen Einwanderung in Brasilien geschieht), ganz wie jetzt die russische Presse die Bagdadbahn zu einem deutsch-russischen Streitobjekt aufzubauschen bemüht ist, was gewiß nicht geschehen würde, wenn irgend ein realer politischer Gegensatz vorläge. Aber das stete Zurückkommen auf diesen einen Punkt hat doch die Wirkung gehabt, daß die nicht existierende Bagdadbahnfrage zur Zeit die öffentliche Meinung in Rußland lebhaft beunruhigt, während die russische Regierung, die natürlich mit Realitäten, nicht mit Phantasiegebilden rechnet, von ihr keinerlei Notiz nimmt. Dasselbe gilt auch von der make-

Digitized by Google

donischen Frage und hat eben jetzt eine merkwürdige Bestätigung gefunden.

Die vom russischen „Regierungsanzeiger" gebrachte Kundgebung über die Richtung der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß wir sie im Wortlaut noch einmal hersetzen. Sie lautet:

Petersburg, 13. Dezember. „Laut Nachrichten aus der östlichen Türkei schließt die Lage auf der Balkanhalbinsel nicht die Möglichkeit ernster Komplikationen aus. Dank der rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen und dem Eintritte des Winters ist anzunehmen, daß die Gärung in Makedonien einstweilen keine weitere Ausbreitung findet, dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die steigende Unzufriedenheit der Untertanen des Sultans unter dem Drucke verschiedener Komitees einen allgemeinen Aufstand im Frühling hervorzurufen geeignet ist. Diese beängstigenden Erscheinungen können nicht verfehlen, Rußlands Aufmerksamkeit zu erwecken, das von altersher für das Schicksal der verwandten Stämme besorgt ist. Die russische Regierung machte der Pforte entsprechende Vorstellungen, um einem weiteren Umsichgreifen der Unruhen über die ganze Balkanhalbinsel vorzubeugen, und beauftragte den russischen Botschafter in Konstantinopel, nach Prüfung der örtlichen Zustände, über die Möglichkeit sofortiger Einführung administrativer Reformen in Makedonien zu berichten, und ohne Unterlaß der türkischen Regierung deren Durchführung zu empfehlen, zwecks der Verbesserung der Lage der orthodoxen Bevölkerung. Indessen ist nicht außer acht zu lassen, daß so lange Unruhen in diesem Gebiete vorhanden sind, die der türkischen Regierung Anlaß geben, Maßregeln gegen die aufständischen Untertanen zu ergreifen, administrative Reformen und eine vollkommene Beschützung der Bevölkerung vor den Übergriffen der Beamten sehr schwierig sind. Demnach ist die erste Hauptbedingung für einen Erfolg in dieser Richtung das Aufhören der Agitationen des Komitees in Makedonien, da sie den beabsichtigten patriotischen Zweck nicht erreichen, sondern die Bevölkerung nur von friedlicher Arbeit zurückhalten und zu verhängnisvollen Schritten hinreißen. Die russische Regierung hatte wiederholt Veranlassung, ihre Ansicht über die makedonische Frage auszusprechen; sie verurteilte jeden Versuch der fla-

Digitized by Google

vischen Stämme auf gewalttätige Veränderung der durch internationale Vereinbarungen garantierten Lage der Balkanhalbinsel. Dieser Ansicht ist die russische Regierung auch gegenwärtig. Angesichts dessen erachtet sie es für zweckentsprechend, von neuem der serbischen und bulgarischen Regierung den wohlmeinenden Rat zu geben, und sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, im eigenen Interesse die gefährliche Agitation zu verhindern und zur Wiederherstellung der Ruhe auf dem Balkan ihrerseits beizutragen. Die Kaiserliche Regierung ist berechtigt zu der festen Hoffnung, das in den gemäß dem Allerhöchsten Willen gemachten Vorstellungen gesteckte Ziel zu erreichen, und darauf zu rechnen, daß die slavischen Stämme, welche ihre Freiheit und Selbständigkeit den uneigennützigen Opfern Rußlands verdanken, ihren Weisungen folgen werden. Der unerschütterliche Entschluß Rußlands, den möglichen Komplikationen auf der Balkanhalbinsel vorzubeugen, findet die vollste Zustimmung der übrigen Mächte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat nicht versäumt, ihren Vertreter in Konstantinopel nach dem Austausch der Ansicht mit dem russischen Botschafter zu beauftragen, sich den Schritten des russischen Botschafters bei der Pforte behufs der Notwendigkeit der Einführung von Reformen in Makedonien anzuschließen. Die vereinten Anstrengungen der benachbarten, an der Aufrechterhaltung des Friedens im Orient am meisten interessierten Staaten, sind die Folge der Vereinbarungen von 1897, deren wohltätige Wirkung und Existenz nur möglich ist bei strenger Beobachtung der ihnen zu Grunde liegenden Prinzipien, als die Nichtzulassung willkürlicher Abänderung der vertragsmäßig festgestellten Ordnung auf der Balkanhalbinsel und die Aufrechterhaltung der Ruhe, die so notwendig ist für die Wohlfahrt der christlichen Völker, und endlich die Wahrung des allgemeinen Friedens. Zum Schluß kann die Kaiserliche Regierung, welche nicht wenige Beweise ihres steten Wunsches, die besten Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten, gegeben hat, nicht ermangeln, die Hoffnung auszudrücken, daß die Regierung des Sultans die nötigen Maßregeln zur Unterdrückung jeglicher Gewalttätigkeiten ergreifen und die Bedeutung der freundschaftlichen Vorstellungen Rußlands zu Gunsten der christlichen Bevölkerung Makedoniens

Digitized by Google

schätzen wird, deren schnelle und möglichste Beruhigung als bestes Material erscheint, der Entstehung von für die ottomanische Regierung gefährlichen Komplikationen vorzubeugen."

Die gesperrten Stellen weisen auf die entscheidenden Punkte hin: entschlossene Mißbilligung der Agitation des makedonischen Komitees, eine ernste Mahnung an Bulgarien und Serbien, ihrerseits diese Agitation niederzuhalten, ebenso ernst, aber im Tone sehr freundschaftlich, die Mahnung an die Pforte, für Wiederherstellung der Ordnung Sorge zu tragen, viertens der Hinweis auf die österreichisch-russische Verständigung von 1897, zur Aufrechterhaltung der vertragsmäßigen Ordnung! Der eindrucksvolle Schluß endlich läßt keinen Zweifel darüber, daß jene makedonische Frage wirklich ernste Gefahren in sich schließt.

Man wird sofort den Gegensatz erkennen, in welchen hier die russische Regierung zu der aufreizenden, von der Petersburger und Moskauer Presse, sowie von den Organen Serbiens und Bulgariens vertretenen Politik tritt. Die Auffassung, die wir seit Wochen in dieser Frage vertraten, hat damit ihre glänzende Bestätigung gefunden, und wir wünschen mit Rußland nichts mehr, als daß nun auch wirklich die in Makedonien in Angriff genommenen Reformen ihr Ziel, die Herstellung der Ruhe erreichen. Über die Stimmung unter den makedonischen Bauern aber ist kein Zweifel. Sie erstreben die Vereinigung mit Bulgarien keineswegs, und zwar, weil sie nichts mehr fürchten als die Heranziehung zur militärischen Dienstpflicht, die ihnen jede Kombination bringt, welche ihren staatlichen Zusammenhang mit der Türkei durchbricht. Klingt das anders als die durch die slavische Presse kolportierten Schauergeschichten, so hat es dafür den Vorzug, wahr zu sein. Ohne das makedonische Komitee gäbe es keine makedonische Frage und auch keine makedonischen Greuel. Man von Bulgarien aus systematisch türkische Repressalien zu provozieren, und scheut sich auch nicht — wie wir bestimmt wissen — es unter vier Augen zuzugestehen. Daß auch von türkischer Seite grobe Mißgriffe und Ausschreitungen stattgefunden haben, steht gleichfalls fest, aber die Hauptschuld fällt jener gewissenlosen Agitation zu.

Von den venezolanischen Dingen läßt sich im Grunde nicht mehr sagen, als aus den Telegrammen bekannt ist. Alle in-

Digitized by Google

timen Details fehlen noch. Fest steht, daß England und Deutschland in vollstem Einvernehmen handeln, und daß die Vereinigten Staaten schon vorher die geplante Exekution beider Mächte an dem störrischen Gläubiger gekannt und gebilligt haben. Die Monroe-Doktrin gibt keinerlei Anlaß und Vorwand zum Eingreifen, und Venezuela wird die Sünden seines Präsidenten büßen und gut machen müssen, ohne daß ihm Hülfe von außen kommt. Schon existiert eine venezolanische Flotte nicht mehr. Die Küsten sind blockiert, auch die Kanonen haben zu sprechen begonnen, und die Gegenrede der feindlichen Forts schnell zum Schweigen gebracht. Das von dem Gesandten der Vereinigten Staaten übermittelte Gesuch Castros um ein Schiedsgericht haben die Vereinigten Staaten sich keineswegs zu eigen gemacht. Es kommt post festum; dagegen scheint Italien sich Deutschland und England anschließen zu wollen, um auch die Befriedigung der Ansprüche seiner Untertanen zu erreichen. Man hat berechnet, daß Venezuela in den letzten 70 Jahren nicht weniger als 104 Revolutionen durchgemacht hat. Das gibt jedes Jahr eine, und jedes 2. Jahr zwei Revolutionen und verurteilt das chronische Mißregiment dieses von der Natur so ungewöhnlich reich ausgestatteten Landes mehr, als es jede Aufzählung der von Präsident Castro ausgegangenen Schädigungen zu tun vermöchte. Gerade die Tatsache, daß diese südamerikanischen Staaten im Vertrauen auf den Schutz, den sie von der Monroe-Doktrin erwarten, jede Willkür und Ungerechtigkeit für erlaubt halten, entzieht ihnen eine Hülfe, auf die sie rechnen könnten, wenn sie wirklich ein gutes Recht zu verteidigen hätten. Denn das eine liegt auf der Hand, daß die Monroe-Doktrin sofort in sich zusammenbrechen müßte, wenn sie sich mit einem Regiment, das weder Treue noch Glauben kennt, identifizieren wollte. Je höher die amerikanischen Ansprüche gehen, um so peinlicher ist in allen internationalen Fragen die strikteste Unparteilichkeit und Gerechtigkeit von ihnen einzuhalten. Und wo in dem Streit Venezuelas mit den europäischen Staaten das Recht ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch sehen wir dem Ausgang in aller Ruhe entgegen. Gewiß wird de Castro sich noch nach Kräften regen, um seine persönliche Stellung und seine Partei zu retten. Daß es ihm auf die Dauer glückt, glauben wir keineswegs, und wenn nicht alle Wahrscheinlichkeit trügt, wird sein Sturz, der nicht ausbleiben kann, auch der erste Schritt zum Frieden

Digitized by Google

sein. Bis dahin aber können wir in aller Ruhe den Ausgang vor den Hafenplätzen Venezuelas abwarten. Es ist eine Episode in unserem politischen Leben, mehr nicht, und ihre hauptsächlichste Bedeutung ist darin zu sehen, daß Deutschland zum ersten Male mit der englischen Flotte zu zweien in einer Frage gemeinsamen Interesses operiert. Im politischen Leben aber entscheiden Tatsachen und nicht Zeitungsartikel, und wir hoffen, daß die Richtung, welche die Tatsachen der Politik gegeben haben, allmählich auch die Krankheiten der Zeitungspolitik zu bewältigen stark genug sein werden.

Die Marokkanische Frage hat infolge der Niederlage, welche die Truppen des Sultans erlitten haben, wieder einen erheblich ernsteren Charakter angenommen. Denn darüber darf man sich nicht täuschen, das Gefährlichste in der gegenwärtigen Lage wäre ein Versagen der Autorität des Sultans Abdul-Aziz. Den Verdacht, daß hinter den aufständischen Elementen Frankreich stehe, wollen wir nicht mit Bestimmtheit wiederholen, da alle tatsächlichen Beweise dafür fehlen. Das „is fecit cui prodest“ scheint als Argument gedient zu haben, zumal Herr Delcassé in der Tat ohne greifbare politische Erfolge sich allerdings nicht lange mehr wird behaupten können. Aber das sind doch immer nur Konjekturen und wir ziehen es deshab auch in diesem Fall vor, die Tatsachen abzuwarten.

Digitized by Google

17. Dezember. Der italienische Gesandte verläßt Venezuela.
17. Dezember. Rücktritt des österreich-ungarischen Kriegsministers von Krieghammer.
18. Dezember. Der amerikanische Gesandte in Venezuela, Bowen, wird von Castro zu Verhandlungen mit den europäischen Mächten bevollmächtigt.
18. Dezember. Schließung des englischen Parlaments.
19. Dezember. Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Tower, wird vom Kaiser empfangen.
20. Dezember. Verhaftung der Humberts in Madrid.
21. Dezember. Unruhen in Schansi und Kansu.
22. Dezember. Eröffnung des griechischen Parlaments.
24. Dezember. Graf Lambsdorff trifft in Belgrad ein.

24. Dezember 1902.

Wer nach historischen Analogien sucht, um die Entwicklung zu deuten, welche die heutigen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zu nehmen drohen, wird an die kritischen Jahre 1876, 1886 und 1897 denken. Anno 76 ging es mit dem „bischen" Herzegowina an, um in den russisch-türkischen Krieg auszumünden, der leicht zu einem Weltkrieg hätte werden können, wenn nicht Fürst Bismarck die undankbare Aufgabe auf sich genommen hätte, auf dem Berliner Kongreß die Formel fertigzustellen, welche die scheinbar unversöhnlichen politischen Gegensätze ausglich. 1886 war es das Zusammentreffen der bulgarischen Revolution mit dem Versuche Griechenlands, auf Kosten der Türkei seine Grenzen zu regulieren, die ebenfalls fast in ein Kriegswetter ausgemündet wäre. Die Blockade der griechischen Häfen durch die Flotten der großen Mächte brachte die Bewegung zum stehen, ohne freilich die Leidenschaften beseitigen zu können, die sie hervorgerufen hatten. Seit 1895 regte sich die griechische Agitation aufs neue in Kreta, und als die Mächte, welche die Bewegung mit Sorgen beobachteten, zu dem Mittel von 86 greifen wollten, um die Ruhe wieder herzustellen, versagte sich England der geplanten Blockade der kretischen Häfen; Oberst Vassos mit seinen Freiwilligen konnte auf Kreta landen und es folgten die Ereignisse, die jedermann noch in frischer Erinnerung hat: der

Digitized by Google

griechisch-türkische Krieg, und nach der Niederlage Griechenlands der von den Mächten diktierte griechisch-türkische Friedensschluß. Auch damals aber war eine bedenkliche politische Krisis am Balkan der Aktion Griechenlands parallel gegangen, und der Sieg der Griechen hätte wahrscheinlich die ganze Halbinsel in Flammen gesetzt. Beide Mal, 1886 wie 1897, hatte Griechenland seine Hoffnung auf die Hülfe Englands gesetzt, von dem man am Piräus glaubte, energischer Unterstützung sicher zu sein. Daß diese Unterstützung nicht kam, hat man aber in Athen den Engländern nicht verdacht. Man begnügte sich mit der Tatsache, daß die Sympathien der öffentlichen Meinung Englands sich laut für Griechenland ausgesprochen hatten, und das ist in so fester Erinnerung geblieben, daß während des Südafrikanischen Krieges Griechenland das einzige Land Europas gewesen ist, in dem das ganze Volk entschlossen für England und gegen die Buren Partei nahm.

Uns sind diese Tatsachen wieder lebendig geworden bei Verfolgung der Wahlkampagne, die sich eben jetzt in Griechenland abgespielt hat, und deren Ausgang die Konstituierung des neuen Ministeriums Delyannis gewesen ist. Delyannis aber war sowohl 1886 wie 1897 Minister; er ist also der Mann, der bemüht war, die Zukunftspläne zu verwirklichen, mit denen sich die griechischen Patrioten trugen. Das, nicht seine diplomatischen und militärischen Niederlagen, haben die Griechen in treuem Gedächtnis behalten. In einem Briefe des „Temps" aus Athen vom 6. Dezember heißt es, daß der Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit, sowohl in der Hauptstadt, wie in den Provinzen gewesen sei. Die letzten Demonstrationen in Athen waren bewunderungswürdig organisiert.

Waldeck-Rousseau (der damals in Athen war) mischte sich unter das Volk, um selbst einen Eindruck zu gewinnen, und erklärte, er habe nichts gesehen, was sich dem vergleichen lasse. Das ist aus dem Munde eines Kenners der Wahlmache, wie es der frühere französische Ministerpräsident ist, gewiß kein übles Lob. Und in der Tat, die ganze Liste der Delyannisschen Kandidaten ist mit ungeheurer Majorität gewählt worden, während der bisherige Ministerpräsident Zaimis selbst für seine Person nur eine ganz geringe Mehrheit erlangen konnte. Das meist Charakteristische liegt aber

Digitized by Google

wohl darin, daß die erregte Volksmenge dem Könige — der, wie begreiflich, kein Freund von Delyannis ist — den Mann ihres Herzens zum Ministerpräsidenten geradezu aufnötigte. „Sie brachten den König — erzählt jene Korrespondenz — in die Notlage, ihren Befehlen sofort genug zu tun, sonst würden sie, so sagten die hitzigsten, zu den äußersten Mitteln greifen. Und diese Drohungen waren sehr ernst zu nehmen. Auch mußten alle Truppen in den Kasernen bereit stehen, während starke Abteilungen von Polizeiagenten und Gendarmen die Straßen sperrten, die zum Bürgermeister führten, der für Theotokis Partei genommen hatte. Ebenso aber mußte Theotokis geschützt werden, gegen den die Delyannisten die ärgsten Schimpfreden laut werden ließen. Auch die Straßen, die zum Palast des Königs führten, waren gesperrt, und die Wache durch 2 bis 3 Eskadrons Kavallerie verstärkt. In der Tat waren Vorsichtsmaßregeln erforderlich. Als der König, nach Meinung der Anhänger Delyannis, mit der Aufforderung an Delyannis, das Ministerium zu bilden, zu lange zögerte, sah man Bürger, die als Herolde gekleidet waren, das Volk auffordern, sich vor der Wohnung des Hegeten (d. i. Delyannis) zu einer großen Demonstration zu versammeln. So strömten große Massen zusammen. Delyannis ermahnte zur Ruhe, aber die Vertreter Attikas, die alle anwesend waren, regten die Menge immer mehr durch ihre fast revolutionären Reden auf. Dann setzten sich die Demonstranten in Bewegung, um auf dem Schloßplatz ihren Willen kund zu tun. Beim Vorüberziehen wurde das Haus des Bürgermeisters mit Steinen beworfen, auch suchte man, um zur Wohnung von Theotokis zu gelangen, den Kordon der Truppen zu durchbrechen, welche die Universitätsstraße sperrten. Aber die Truppen hielten, obgleich man Steine gegen sie und gegen den Balkon von Theotokis schleuderte, die Menge fern, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Und dieselbe Haltung bewahrten Volk und Soldaten vor dem Palais des Königs, obgleich sogar der Polizeimeister durch einen Steinwurf leicht verletzt wurde. Zuletzt überwog die Vorsicht, die Manifestanten zogen ab, aber sie erklärten, daß sie wieder kommen würden, wenn ihr Wunsch nicht morgen erfüllt werde. Als dann der König am folgenden Tage Delyannis wirklich rufen ließ, schlug die Stimmung in Jubel um, und jetzt ist der König wieder höchst populär.

Digitized by Google

Das alles ist doch sehr merkwürdig und gewiß hauptsächlich durch die Erregung zu erklären, welche die makedonische Bewegung mit all ihren Nachwehen auch in Griechenland hervorgerufen hat. Der alte Delyannis bleibt trotz allem den Griechen der Mann der Tat, und es ist nicht undenkbar, daß auch heute noch die Politiker am Ylissos ihre Blicke nach England, als nach dem möglichen Helfer in einer neuen orientalischen Krisis richten. Wir glauben aber nicht, daß diese Rechnuug richtig ist; denn die Regelung der orientalischen Wirren ruht heute in den Händen von Oesterreich-Ungarn und Rußland. Der angekündigte Besuch des Grafen Lambsdorff in Wien mit den vorausgehenden Orientierungsreisen des Ministers in Belgrad und Sofia, ist ein unverkennbares Zeichen, daß auf Grund der Entente von 1897 ein autoritatives Eingreifen dieser beiden, an den orientalischen Angelegenheiten meist interessierten Großmächte, unmittelbar bevorsteht. 1897 war die erste Kundgebung der Entente ein Dank an die Adresse Rumäniens wegen der korrekten Haltung, die König Carol damals den bulgarischen Provokationen gegenüber eingenommen hatte.. Wenn die Griechen klug wären, müßten sie suchen, sich ein ähnliches Verdienst zu erwerben, und vielleicht wird ihnen eine bündige Meinungsäußerung des englischen Kabinets den Weg dazu ebnen.

Was aber den Kern aller Wirren, die makedonische Frage betrifft, so ist es allerdings unerläßlich, daß der falsche Zirkel, der sich aus den Raubzügen der Banden des makedonischen Komitees und den dann folgenden türkischen Repressalien ergibt, endgültig aus der Welt geschafft werde. Die „N. Freie Presse“ macht der Regierung des Fürsten Ferdinand den Vorwurf, daß sie kein ehrliches Spiel treibe, sondern bei Reklamationen von Seiten der Mächte mit dem Komitee Michailow — dem makedonischen Komitee zahmer Observanz — vorfahre, dagegen dem wirklich gefährlichen Komitee Ssarafow gegenüber beide Augen zudrücke. Das ist deshalb nicht ganz unwahrscheinlich, weil Herr Ssarafow sich durch die fanatisierten Adepten, die er um sich geschart hat, zu einer über Bulgarien hinaus gefürchteten Persönlichkeit gemacht hat, der man auch das allerschlimmste zutraut. Wer aber hat Neigung, sich diesen Leuten gleichsam als Opfer darzubieten? In Rußland ist die Presse zwar etwas ruhiger in Beurteilung der Balkanangelegenheiten ge-

Digitized by Google

worden, sie fährt aber fort, Berichte über türkische Greuel zu bringen, und namentlich die auf Frau Bachmetjew zurückgehenden Nachrichten über türkische Gewalttaten haben ganz außerordentliches Aufsehen erregt. Es heißt, daß die 10000 Rbl., welche Kaiser Nikolaus II. für die makedonischen Flüchtlinge in Bulgarien gespendet hat, durch diese Berichte veranlaßt worden sind. Das Schlimme ist nur, daß man immer befürchtet, daß solche Gelder direkt oder indirekt sich in Aktionsmittel des makedonischen Komitees umwandeln. So läßt sich im voraus absolut nichts bestimmtes über die wahrscheinlichen Ergebnisse der Reise des russischen Ministers sagen, auch wenn man, wie wir, geneigt ist, sie möglichst optimistisch anzusehen.

Sehr aufgefallen ist, daß die russische Regierung die, wenn wir vom Finanzministerium absehen, nicht eben sehr redselig ist, in Widerlegung eines Artikels, der in der „Nowoje Wremja" erschien und von Herrn Pawel Tolstoi gezeichnet war, es für nützlich befunden hat, der russischen Öffentlichkeit darzulegen, daß sie keineswegs die Chancen ungenützt gelassen habe, welche der afrikanische Krieg Englands ihrer Politik bot. Die Punkte, auf welche es dem Grafen Lambsdorff namentlich ankommt, sind:

1. Der Vertrag, durch welchen Rußland sich zur Zurückziehung seiner Truppen aus der Mandschurei verpflichtet habe, stehe einmal in Abhängigkeit „von dem Grade der Ruhe im Lande" und sei dann auch nicht auf das Drängen anderer Mächte, sondern „infolge der verstärkten Bemühungen Chinas" unterzeichnet worden.

2. Das englisch-japanische Bündnis beweise keineswegs, daß diese beiden Staaten die dominierende Rolle im fernen Osten spielen, da zwischen Rußland und Frankreich eine enge Einigung in den ostasiatischen Angelegenheiten bestehe.

3. Es sei unrichtig, daß der japanische Einfluß in Korea stärker sei, als der russische, und ebenso

4. sei der Stellung des Engländers Brown als Chef der koreanischen Zollämter keine größere Bedeutung beizulegen, da seine Vollmachten mit Tilgung der koreanischen Anleihe erlöschen.

5. Die Versuche Englands, die persische Grenze zu verletzen, seien gescheitert, die Beziehungen Persiens zu Rußland hätten sich weiter gefestigt, nicht verschlechtert.

Digitized by Google

6. Auch in den afghanischen Angelegenheiten sei Rußland keineswegs vor England zurückgewichen, vielmehr habe man England, ohne vorherige Verhandlungen, nur mitgeteilt, daß Rußland in Anbetracht der veränderten Verhältnisse an der Grenze, zu Afghanistan in unmittelbare Beziehungen zu treten beschlossen habe.

7. Endlich verwahrt sich die russische Regierung dagegen, daß sie zur Frage der Deutschland erteilten Konzession zum Bau der Bagdadbahn, nur passiv Stellung genommen habe. Das Gegenteil werde durch die bekannte Erklärung des Finanzministers bewiesen.

Diese 7 Punkte sagen nun freilich jedem, der die Politik der letzten Jahre verfolgt hat, nichts Neues. Auffallend ist nur außer der Schärfe der gegen England gerichteten Spitzen die schon angedeutete Tatsache, daß diese Kundgebung in Anlaß eines russischen Zeitungsartikels erfolgte. Wir werden dadurch noch mehr in der Überzeugung gestärkt, daß die öffentliche Meinung in Rußland in den Fragen der äußeren wie der inneren Politik eine wachsende Bedeutung gewinnt, und das ist eine Tatsache, die uns keineswegs in erfreulichem Lichte erscheint. Mit einem Staat, der entschlossen seinen Interessen nachgeht, läßt sich rechnen, mit Stimmungen des profanum vulgus nicht; da entscheiden Instinkte, Sympathien und Antipathien, und wohin die führen, kann niemand vorhersehen. Einen Einfluß jener Strömungen der öffentlichen Meinung erkennen wir auch in dem an sich nur zu lobenden Entschluß des Kaisers, die nach Sibirien „wegen Unruhen" verbannten Studenten ihren Familien zurückzugeben. Aber man fragt, weshalb denn jene furchtbar harten Strafen über die jungen Leute verhängt wurden, wenn es genügt, sie der Fürsorge ihrer Familien anzuvertrauen, um sie wieder an Ordnung zu gewöhnen? Die Antwort ist, daß in dem einen Fall nach der hergebrachten Routine einer harten Bureaukratie, im anderen nach den großmütigen Impulsen einer weichen und edel angelegten Natur entschieden wurde. Es wäre nur zu wünschen, daß sie sich gleich geltend gemacht hätte, ehe das Drängen der öffentlichen Meinung die Initiative des Gedankens für sich in Anspruch nehmen konnte. In einem Punkte freilich wünschten wir, daß diese drängende öffentliche Meinung Gehör fände. Und das sind die wirtschaftlichen Fragen, über welche die Lokalkomitees in ganz Rußland jetzt zu Rate sitzen. Die „Nowoje Wremja", die

Digitized by Google

regelmäßige zusammenfassende Überblicke über die Arbeit dieser Kommissionen bringt, sagt in ihrem letzten Bericht: „In keiner Frage findet sich in den Arbeiten des Komitees eine solche Einstimmigkeit, wie in Beurteilung der finanziellen und ökonomischen Nöte, besonders wo es sich um Herabsetzung der direkten Steuern und Beseitigung des Schutzzollsystems handelt.“ Daran hängt im Grunde alles, und die Drohungen, die in eben der „Nowoje Wremja“, der wir diesen Artikel entnehmen, zu finden sind, sobald sie auf unseren Zolltarif zu sprechen kommt, enthalten durch das Votum dieser Komitees doch eine ganz eigentümliche Beleuchtung.

Die Exekution an Venezuela hat durch das gemeinsame Vorgehen Englands und Deutschlands, dem sich jetzt auch Italien anzuschließen scheint, einen besonderen Charakter gewonnen, der, wie man meinen sollte, auch ein freundliches Echo in der beiderseitigen Presse und im englischen Parlamente hätte finden sollen. Auch finden wir nicht, daß bei uns nach dieser Richtung hin gesündigt worden sei. Dagegen hört weder die Feindseligkeit eines Teiles der englischen Presse und bestimmter von England aus beeinflußter amerikanischer Zeitungen auf, noch hat es die Opposition im Parlament unterlassen können, gegen das Zusammengehen beider Mächte ihre Angriffe zu richten.

Natürlich spielt dabei auch der Jangtse-Vertrag mit, sowie die mit ihm in Zusammenhang stehenden Bedingungen, welche der Räumung Schanghais zu Grunde gelegt wurden. Als ob es sich in dieser ganzen Angelegenheit um eine spezifisch deutsche Aktion handelte. Die Dinge sind bekanntlich so gegangen, daß, als Anfang Oktober der deutsche Geschäftsträger unsere Bedingungen für die Räumung Schanghais der chinesischen Zentral-Regierung mitteilte, und deren erst mündliche, dann schriftliche Zustimmung erfolgte, gleichzeitig der französische Geschäftsträger in Peking mit geringfügigen Modifikationen die gleichen Räumungsbedingungen stellte wie wir, und auch genau dieselbe Antwort erhielt. Wir haben aber nicht gehört, daß irgend jemand in England den Franzosen daraus einen Vorwurf gemacht hätte! Doch dies nur beiläufig, denn wir wissen, daß solche kleine Nadelstiche mehr ärgerlich als schädlich sind. Das Wesentliche liegt doch darin, daß beide Regierungen in völliger Überein-

Digitized by Google

stimmung miteinander und nach vorausgegangener Verständigung mit den Vereinigten Staaten handeln. Auch glauben wir nicht, daß das akute Stadium, in das die venezolanische Frage gegenwärtig getreten ist, von langer Dauer sein kann. Es bieten sich zwei Lösungen: entweder die Gegner Castros werden Herr der Situation und Castro verschwindet vom politischen Schauplatz, um Matos Raum zu geben, mit dem sich dann wahrscheinlich bald eine Verständigung fände, oder aber Castro bleibt bis auf weiteres und fügt sich einem Schiedsspruch, den England und Deutschland in die Hände Präsident Roosevelts legen, dem alle Teile das persönliche Vertrauen entgegentragen, dessen der arbiter bedarf. Uns scheint aber die Wahl Roosevelts deshalb besonders glücklich zu sein, da niemand mehr als der Präsident der Vereinigten Staaten in der Lage ist, auch einem störrischen Venezuela gegenüber, seinem Spruch Respekt zu verschaffen.

Die Dinge in Marokko haben sich dadurch wesentlich verschlimmert, daß die Truppen des Sultans von dem Prätendenten von Tâza geschlagen worden sind. Der Sultan ist nach Fez zurückgekehrt und es heißt, er bereite einen neuen Feldzug vor. Andere Nachrichten wollen wissen, daß der Prätendent die Offensive ergreifen werde. Auch andere Berberstämme gelten für unsicher. Jedenfalls nimmt diese Verwicklung das politische Interesse lebhaft in Anspruch.

Wir notieren zum Schluß, daß die am 6. Mai aus Paris verschwundene Familie Humbert, deren 20 Jahre durchgesetzter Betrug mit den fingierten Millionen der Crawfordschen Erbschaft ein wahres Meisterstück modernster Gaunerei war, glücklich in Madrid festgenommen worden ist. Mit dem Roman ihrer Flucht werden die Pariser Blätter und die französischen Gerichte uns in den nächsten Wochen unterhalten.

Digitized by Google

25. Dezember. Konferenz König Alexanders von Serbien mit dem Grafen Lambsdorff in Nisch.
26. Dezember. Eintreffen Chamberlains in Durban.
26. Dezember. Präsident Roosevelt lehnt es ab, Schiedsrichter zwischen Venezuela und den Mächten zu sein.
27. Dezember. Graf Lambsdorff in Sofia.
28. Dezember. Auflösung des japanischen Parlaments.

31. Dezember 1902.

Das abschließende Jahr zeigt uns zwei politische Probleme, um deren Erledigung die interessierten politischen Faktoren eifrigst bemüht sind: das makedonische und venezolanische; und ein Problem, das drohend am Horizont aufsteigt: das marokkanische. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir mit Sicherheit in nächster Zukunft eine endgültige Erledigung der Sorgen erwarten, welche die Aktion der bulgarischen Banden überall erregt hat, oder ein plötzliches Schwinden der Unbequemlichkeiten, welche mit der Haltung des Präsidenten Castro verbunden sind.

Vielmehr ist sicher, daß beides ein langwieriges Nachspiel haben wird. In der makedonischen Angelegenheit läßt sich beim besten Willen nicht mehr erreichen, als ein nochmaliges Hinausschieben einer drohenden großen Krisis, mit Venezuela aber wird es, wenn wirklich ein Schiedsspruch von allen Beteiligten angenommen werden sollte, eine verdrießliche Abrechnung geben, bei der auch prinzipielle Fragen von großer Bedeutung nicht zu umgehen sein werden. Was aber Marokko betrifft, so ist der Sieg des Sultans Abdul Aziz, von dem wir neulich berichteten, in Wirklichkeit eine schwere Niederlage gewesen, so daß alle Schlüsse, die wir aus diesem vermeintlichen Erfolge zogen, sich in ihr Gegenteil verkehren. Im Augenblick liegt es so, daß der Sultan um seinen Thron und um seine Existenz kämpft;

Digitized by Google

unterliegt er, oder dauert der Bürgerkrieg noch längere Zeit fort, so ist das Schlimmste zu befürchten, denn alle politischen Rivalitäten, die hier mitspielen, werden in dem Augenblick lebendig, wo der Bestand des marokkanischen Reiches gefährdet erscheint. Es will aber ein nicht beglaubigtes, aber auch nicht ohne weiteres abzuweisendes Gerücht wissen, daß die Aufständischen Waffen und Munition von Osten her, also aus den Gebieten beziehen, in welchen der französische Einfluß mit elementarer Kraft vordringt.

Jedenfalls kann es nur nützlich sein, sich über die politischen und historischen Zusammenhänge der Bewegung zu orientieren. Der „Temps", der in seiner Nummer vom 26. Dezember über diese Dinge einen sehr instruktiven, wahrscheinlich aus den Akten des Quai d'Orsay geschöpften Bericht bringt, kann uns dabei als Führer dienen. Sultan Mulai Abdul Aziz, so führt Herr Adrien Hébrard aus, dankt seinen Thron keineswegs allein seinem Erbrecht. Als nach 21jähriger Regierung sein Vater Mulai Hassan starb (Juni 1894), war der älteste Sohn, Mulai Mohamed, der ohne Zweifel meistberechtigte Erbe. Aber der Haß des damaligen Ober-Kämmerers Si Ahmed Ben Monsa verlegte ihm den Weg zum Thron. Er verheimlichte 48 Stunden lang, vom 4. bis 6. Juni 1894, den Tod des Sultans und diese kurze Frist genügte ihm, um die Krone seinem Kandidaten, dem minderjährigen Abdul Aziz zu sichern. Mulai Mohamed und seine Anhänger wurden, als sie sich erhoben, geschlagen, er selbst gefangen genommen und in Mekneſſa eingekerkert. Dort soll er noch jetzt leben. An diese, im Orient nichts weniger als ungewöhnlichen Ereignisse knüpft der gegenwärtige Aufstand gegen den Sultan an. Ein gewisser Omar Zarhuni trat auf; ein Mann niedriger Herkunft, der aber weit gereist war und sich den Ruf der Heiligkeit zu erwerben verstanden hatte. Der „Temps" behauptet, der Mann sei zugleich ein geschickter Taschenspieler und Magnetiseur. Die Suggestion, die von ihm ausgehe, lasse ihn als ein übernatürliches Wesen erscheinen. Unmöglich ist das keineswegs; im Orient pflegen Selbsttäuschung, Fanatismus und bewußter Betrug zum gleichen Ziel zu wirken; alle Mahdis, von denen wir wissen, zeigen in dieser Hinsicht Geistesverwandtschaft und ihre Geschichte trägt daher etwas Typisches. Wie dem auch sei, Omar Zarhuni verstand es jedenfalls sich ein Ansehen zu geben. Wenn er auf seiner weißen

Digitized by Google

Eſelin reitend — er ſelbſt nannte ſich Bu Hamara, d. h. Vater der Eſelin — dem Volk verkündete, daß er nach Fez ziehen werde, um dort den „Herren der Stunde", den Mahdi auszurufen, und wie dann dieſer unter einem Pfeiler der Moſchee das Schwert finden werde, das er zur Erfüllung ſeines Berufes brauche, dann fand er Glauben. Sein Anſehen ſtieg ſo ſehr, daß er es für möglich fand, einen neuen Trug hinzuzufügen, und bald wußten ſeine Anhänger, daß der „Vater der Eſelin" niemand anders ſei, als Mulai Mohamed ſelbſt, der rechtmäßige Sultan. Der dynaſtiſche Anſpruch trat dem religiöſen zur Seite und ein Teil der Berberſtämme, ſpeziell die Riad von Taza, nahm nunmehr offen für ihn Partei. Zunächſt aber war Abdul Aziz der mächtigere. Am 3. November wurde der Prätendent und Prophet von einem Bruder des Sultans geſchlagen und es hieß in Europa, daß der falſche Mulai Mohamed gefangen ſei. Aber der Erfolg war von kurzer Dauer. In einer zweiten Schlacht, am 29. November, ging der Stamm der Hyaina zum Propheten über, und die Folge war eine vernichtende Niederlage der Truppen des Sultans. Dieſer lag damals gerade im Felde gegen den Stamm der Zimmur (weſtlich von Mekneſſa). Auf die Kunde der verlorenen Schlacht detachierte er 6—7000 Mann, um dem Bruder Hülfe zu bringen; das aber nutzten die Zimmur, um dem geſchwächten Hauptheer in den Rücken zu fallen, und dem Sultan blieb ſchließlich nichts übrig, als ſein demoraliſiertes Heer nach Fez zurückzuführen. Er hat ſich dann ſelbſt an die Spitze ſeiner Truppen geſtellt und iſt, wie jetzt aus Tanger gemeldet wird, abermals geſchlagen worden. Über alles weitere gehen die Nachrichten weit auseinander. Franzöſiſche Quellen wollen wiſſen, daß Bu Hamara ſich jetzt Mulai Mohamed und Mahdi nenne, und 100 km um Fez, von allem Pomp eines Sultans umgeben, unbeſchränkte Herrſchaft ausübe. Dagegen ſchreibt der Korreſpondent der „Times" — qui prétend avoir le privilège de savoir mieux que personne ce qui se passe au Maroc — er habe zwei Kundſchafter nach Taza geſchickt, und dieſe hätten den falſchen Propheten geſprochen. Er habe ihnen geſagt, daß er nicht nach dem Throne für ſich ſtrebe; ſein Auftrag ſei, den heiligen Krieg gegen die Chriſten zu führen. Siege er, ſo wolle er aus einer der Scherif-Familien einen Sultan wählen, der ſich verpflichte, dieſen heiligen Krieg weiter zu führen. Das Heer

Digitized by Google

der Aufständischen sei gegen 30000 Mann stark, Bu Hamara kein anderer, als der ihnen bekannte Soldat Omar Zarhuni.

Das ist alles, was wir bisher wissen. Trotz aller Widersprüche in den französischen und englischen Berichten läßt sich nicht verkennen, daß allerdings, wie der „Temps" sagt, „une crise redoutable s'est ouverte au Maroc, et qu'il en peut sortir des changements dont la portée serait internationale." Das heißt ins praktisch-politische übersetzt, es kann dahin kommen, daß im Streit der Ansprüche auf den marokkanischen Thron die europäischen Mächte, speziell Frankreich und England, nach verschiedener Richtung Partei nehmen. Daß England für Abdul-Aziz sein wird, kann als sicher gelten; Frankreichs Interesse weist auf Unterstützung des Machthabers im Osten, und es ist sehr charakteristisch, daß der „Temps" die Nachricht der „Times" von einer gegen alle Christen gerichteten Erhebung des Bu Hamara mit unverhülltem Ärger zurückweist. Wir erinnern uns aber daran, mit welcher Leidenschaft die französischen Politiker an den Zukunftsplänen in Bezug auf Marokko festhalten. „Es gibt — sagte das „Journal des Débats" vor nunmehr fast zwei Jahren (Mai 1901) — außerhalb Europas keine Frage, die für uns von größerer Wichtigkeit wäre", und ebenso lebendig ist uns in Erinnerung, wie nachdrücklich die russische Presse noch vor wenigen Monaten darauf drang, daß Frankreich endlich energisch in Marokko vorgehen müsse. Und in der Tat, so wie die Dinge heute liegen, wär es für Rußland die denkbar günstigste Kombination, um in Asien freie Hand zu bekommen.

Diese Erwägung führt uns auf die bedeutsame Reise des Grafen Lambsdorff — oder wenn es durchaus so sein soll Lamsdorf — nach Belgrad, Sofia, Wien. Über die aufrichtig friedliche Tendenz dieser Reise kann kein Zweifel sein; alle Nachrichten, die bisher bekannt geworden sind, bekräftigen uns diese Auffassung. Es scheint sogar, wenn wir französischen Nachrichten trauen dürfen, daß der Graf in Nisch das Versprechen geben durfte, daß die Königin Draga in Petersburg von der Kaiserin empfangen werden wird. In Sofia aber ist jedenfalls darauf hingewiesen worden, daß die Agitation der Banden Sfarafows einzustellen sei. Das offizielle Rußland hat keine Neigung das Doppelspiel der bulgarischen Regierung ferner zu dulden und Fürst Ferdinand wird sich danach zu richten haben. Das Wesentliche bleibt aber immer Wien, und dafür haben

Digitized by Google

wir keinen anderen Anhalt als den, daß Österreich-Ungarn im eigensten Interesse den russischen Wünschen entgegenkommen kann. Was möglich ist, den Ausbruch einer orientalischen Krisis zurückzuhalten, wird gewiß geschehen, und da auch die Pforte allen Grund hat, in demselben Sinne zu wirken, hoffen wir, trotz der nach anderer Richtung gehenden Aktion der russischen Presse, das Beste. Dahin führt uns auch die Erwägung, daß die russische Regierung das denkbarste getan hat, um die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung des Landes von der Balkanhalbinsel nach den mittelasiatischen und ostasiatischen Interessensphären Rußlands abzulenken. Die „Communiqués", die wir jüngst ausführlich besprochen haben, weisen mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß weder ein Anspruch noch irgend einer der großen Pläne aufgegeben ist, die in Asien von Rußland verfolgt werden, und diejenigen, welche meinen, daß finanzielle Gründe Rußland von einem energischen Vorgehen im fernen Osten abhalten könnten, möchten wir ersuchen, uns nur einen Fall zu nennen, da solche Erwägungen in der asiatischen Politik Rußlands den Ausschlag gegeben hätten. Sie ist stets sowohl vom Gang der europäischen Politik des Reiches, wie von seiner Finanzlage unabhängig gewesen, und dabei wird es auch in Zukunft bleiben. Aber wer wollte verkennen, daß ein Konflikt um Marokko die Kombination wäre, die zur Zeit am besten diese asiatischen Interessen Rußlands fördern mußte. Es ist schwerlich zu erwarten, daß wenn es ernst wird in Marokko, von Petersburg aus den Franzosen der Rat zugehen sollte, möglichste Zurückhaltung zu üben. Wir möchten in diesem Zusammenhange auch auf die Gesandtschaft hinweisen, welche am 2. Januar von Rußland nach Abessinien abgeht. Sie schließt sich direkt an die vom Negus mit England und Italien vollzogene Grenzrichtung und erneuert Beziehungen, halb konfessionellen, halb politischen Charakters, die keineswegs erst von den Tagen des Kosaken Atschinow datieren, sondern bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen und mit der erstaunlichen Nachhaltigkeit gepflegt worden sind, welche den politischen Ehrgeiz Rußlands auszeichnet.

In Wien wird Graf Lambsdorff auf eine gedrückte Stimmung stoßen. Zu den Widerwärtigkeiten, welche die nachgerade unerträglich gewordenen Zwistigkeiten der Nationalitäten mit sich bringen, ist der Kummer gekommen, der durch die Flucht der Prinzessin

Digitized by Google

Luise Antoinette und durch den Austritt ihres Bruders, des Erzherzogs Leopold Ferdinand, aus der Familiengemeinschaft des Kaiserhauses, dem vielgeprüften Kaiser Franz Josef bereitet worden ist. Wir wollen bei dem, was an wirklichen und angeblichen Tatsächlichkeiten über Anlaß und Verlauf, der auch unser sächsisches Könighaus tief erschütternden Ereignisse umläuft, nicht wiederholen. Von unserm Standpunkte aus beklagen wir neben vielem anderen, daß in diesem Zweige des Erzherzoglichen Hauses offenbar das Bewußtsein der Standesehre und der Standespflichten fehlt, die sich doch nicht wegwerfen lassen wie ein Handschuh, den man verbraucht hat. Aber es scheint uns nützlich, einer Stimme zum Wort zu helfen, die in der „Zeit" laut geworden ist, und der Wahrheit vielleicht näher kommt, als was an Gerüchten durch die Welt getragen wird. Der Gewährsmann des Blattes ist ein Mitglied des hohen Wiener Klerus, der die Prinzessin Luise Antoinette seit vielen Jahren kennt. Er erzählt: „Die Prinzessin war von frühester Jugend an sehr regen Geistes und begierig, sich zu unterrichten. Sie ist von verschiedenen Lehrern erzogen worden. Ein alter würdiger Priester von liberaler Gesinnung gab ihr den Religionsunterricht. Die Eltern der Prinzessin, die streng devot waren, hätten es gern gesehen, wenn das Kind, das zum jungen Mädchen heranwuchs, ebenso eifrig, wie sie selbst, an den religiösen Übungen teilgenommen hätte. Aber sie nahm am Gottesdienst nur gezwungen teil, und beichtete nur ungern. Als sie vor etwa 10 Jahren Braut des Prinzen Friedrich August von Sachsen wurde, atmete sie erleichtert auf. Sie hoffte in ihrer neuen Heimat ganz freie Bewegung zu haben, auch in religiösen Dingen. Sie wußte nicht, daß in Dresden König, Königin, die Prinzen, der ganze Hof und die vornehmsten Würdenträger noch kirchlicher waren als ihre Eltern. Ihr Widerstand gegen diese streng katholischen Lebensformen führte zu den ersten Mißhelligkeiten mit ihren Schwiegereltern. Es steht aber fest, daß bei alledem der Kronprinz in der ersten Zeit seine Gemahlin außerordentlich liebte, aber er stellte sich auf die Seite seiner Eltern und wollte aus der Prinzessin eine katholische Musterfrau machen. Das führte zu Spannungen, der Konflikt wurde von Jahr zu Jahr, und unglücklicherweise mit dem Heranwachsen der Kinder, immer schärfer. Der Vater wollte allerdings den Überlieferungen seines Hauses treu bleiben, während die Mutter, welche die

Digitized by Google

Kinder vergötterte, sie in liberalem Geist erziehen wollte. So wurde der Abgrund zwischen den Gatten immer tiefer, zu einer Zeit, da das Publikum noch keinerlei Ahnung von den zwischen ihnen bestehenden Gegensätzen hatte. (Anm.: Wir haben hier eine Rückübersetzung aus dem Französischen gegeben, da uns der Text der Wiener „Zeit" eben nicht zugänglich ist.) Man wird aber diese Version nicht ohne weiteres zurückweisen können: wenn sie auch nicht entschuldigt, erklärt sie doch manches, was sonst unverständlich wäre.

Über Venezuela ist wenig zu sagen. Die nunmehr perfekte Blockade wird nachdrücklich aufrecht erhalten, und mitlerweile gehen die Verhandlungen um einen Schiedsspruch, den, wie jetzt feststeht, Präsident Roosevelt nicht auf sich nehmen will, so, daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Sache an das Haager internationale Schiedsgericht fallen könnte. Aber es liegt auf der Hand, daß die beiden meistbeteiligten Mächte erst dann auf einen Schiedsspruch eingehen können, wenn in der Hauptsache Venezuela ihr gutes Recht anerkannt hat. Der Verlauf wird der sein müssen, der aus der Alabama-Angelegenheit und in der Samoafrage bekannt ist. In beiden Fällen war eine im Prinzip alle Schwierigkeiten lösende Verständigung vorausgegangen und der Schiedsspruch erfolgte über Detailfragen, die einer minutiösen Untersuchung bedurften. Es ist mit solchen Schiedssprüchen wie mit internationalen Kongressen, die einen Konflikt auch nur dann zu friedlicher Lösung führen können, wenn die Hauptdifferenz bereits glücklich beseitigt ist. Der Berliner Kongreß von 1878 ist dafür das klassische Beispiel. Nun scheint es aber, daß der Starrsinn und Größenwahn des Präsidenten Castro eine gütliche Verständigung ausschließt, so daß uns nach wie vor als beste Lösung das Verschwinden Castros von der politischen Schaubühne erscheinen würde. Mit Matos oder einem anderen Präsidentschaftsaspiranten wird sich besser verhandeln lassen.

Daß die öffentliche Meinung in Rußland sich gegen uns auch in dieser Venezuela-Angelegenheit wenden würde, ließ sich voraussehen. Die Herren Publizisten in Moskau und Petersburg, die so leichten Herzens jahraus jahrein gegen uns ins Feld gezogen sind, halten es für ihr gutes Recht zu verlangen, daß Deutschland unter keinen Umständen mit England Hand in Hand geht. Hinc illae lacrimae! Es lohnt auch nicht ein Wort darüber zu verlieren.

Digitized by Google

Auch das verstehen wir, daß die Presse der englischen Opposition die Gelegenheit benutzt, um dem Ministerium Balfour-Chamberlain wegen seiner gemeinsamen Aktion mit Deutschland am Zeuge zu flicken. Wäre Campbell Bannerman am Ruder, so hätte er wahrscheinlich getan wie Lord Lansdowne, und dann von Seiten der Konservativen die Opposition gefunden, die er heute macht. Das gehört nun einmal zur Praxis des englischen Parteiregiments. Wohl aber hat uns die Brutalität überrascht, mit der Rudyard Kipling seinem Haß gegen Deutschland — das er nicht kennt — Luft gemacht hat. Etwas Niederträchtigeres an englischer politischer Poesie erinnern wir uns nicht gelesen zu haben, obgleich uns Herr Austin noch in lebendiger Erinnerung steht. Daß aber die „Times" ihm ihre Spalten öffnet, kann nicht wunder nehmen, es entspricht ihrer Haltung gegen uns und mag nebenher noch ein gutes Geschäft bedeuten.

Inzwischen ist Chamberlain glücklich in Natal gelandet, und von Durban aus klingen seine ersten Reden zu uns herüber. Sie sind im wesentlichen versöhnlich gehalten. Er gibt zu, daß der eigentliche Gegenstand des Kampfes die Frage gewesen sei, wem die Suprematie in Südafrika gehören solle, den Holländern oder den Engländern. Nun habe der Erfolg für England entschieden und er rechne auf ein freundschaftliches Zusammenwirken beider blutsverwandter Rassen, wenn er auch wisse, daß die Buren nicht über Nacht würden vergessen können. Er betonte die Notwendigkeit, Lord Milners Stellung weiter zu stärken. Der Jubel in Natal war groß. Man hat es dort als eine besondere Aufmerksamkeit empfunden, daß „der alte gute Joë" in Durban, nicht in Kapstadt, südafrikanischen Boden betreten hat. Auch war es gewiß geschickt, daß Chamberlain von dem Punkte ausging, an dem das englische Element meist geschlossen beisammen sitzt. In der Kapkolonie kommt das schwer zu behandelnde Element des Bond hinzu, und damit stellt sich dort eine weit schwierigere Aufgabe. Aber über Chamberlains Kunst, sein persönliches Übergewicht zur Geltung zu bringen, kann jetzt ein Zweifel nicht mehr bestehen, und es läßt sich schon heute vorhersehen, daß das Ergebnis seiner afrikanischen Reise eine wesentliche Stärkung und Sicherung der englischen Stellung zur Folge haben wird.

Digitized by Google

Eben trifft die Nachricht ein, daß der Hadda Mullah, der den Engländern an ihrer indischen Nordwestgrenze so viel Not machte, gestorben und auch bereits am 23. Dezember verbrannt worden ist. Das Bureau Reuter knüpft daran die noch nicht recht verständliche Bemerkung: „Der Mullah Safi Sahib tritt seine Nachfolge an". Man wird im Interesse Englands hoffen, daß Safi Sahib nicht auch die Erbschaft des Hasses antritt, den Hadda Mullah den Engländern entgegentrug.

Digitized by Google

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abasa, ruff. Finanzminiſter 307.
Abdul Aziz, Sultan von Marokko ſiehe Marokko.
Abdur-Rahman, Emir von Afghaniſtan ſiehe Afghaniſtan.
Abeken, Geheimrat 335.
„Abendpoſt“ 399.
Abeſſinien 296. 375. 419. 440.
— Eiſenbahn, franz.-abeſſin. 296.
Adalbert, Prinz, von Preußen 335.
Addis-Abeba Eiſenbahn, Djibuti—Harrar—Addis—Abeba (Abeſſinien) 296.
Aden 296. 397.
Adrianopel 166. 174. 378.
— Friede von 343.
Adriatiſches Meer 297.
Aegypten 83. 192. 195. 216. 342. 345. 397.
— Handelsvertrag, franz.-ägyptiſcher 399.
— Kriſis, türk.-äg. 344.
Affaire (Dreifus) 171.
Afghaniſtan 5. 75. 103. 125. 139. 226. 358. 385. 397. 412. 413. 414. 433.
— Abdur-Rahman, Emir 104.
— Grenze, afgh.-ruff. 375.
— Habib Ullah, Emir 358. 397.
— Asmar 103.
Afrika 2. 3. 38. 48. 56. 57. 86. 116. 132. 133. 135. 136. 154. 170. 177. 186. 252. 298. 299. 327. 394. 401. 443.
— Äquatorial-Provinzen 416.
— Central-Afrika 327.
Afrika Kaffern 11. 12. 13. 14. 15. 16. 45. 56. 125. 195. 215. 292. 320. 327. 416.
— Kapholländer 56.
— Kap—Kairo Bahn 135. 178.
— Kapkolonie 155. 234. 235. 251. 371. 443.
— Kapland 10. 11. 12. 14. 16. 55. 103. 133. 215. 220. 234. 236. 251. 252. 260. 261. 262. 263. 269. 292. 374.
— Kapparlament 263. 310.
— Kaprebellen 177.
— Kapſtadt 56. 127. 132. 134. 251. 443.
— Konvention, afrikaniſche 48.
— Meridianbahn 135.
— Nordafrika 314. 348.
— Oſtafrika 345. 420.
— Deutſch-Oſtafrika 2. 3. 131. 297.
— Eiſenbahn oſtafrikaniſche 87.
Südafrikan. Föderation 251.
Konzentrationslager 4. 14. 15. 224. 283. 320.
Natal 129. 133. 234. 236. 251. 252. 283. 373. 443.
Verein. Staaten von S. 132.
Deutſch-Südweſtafrika 131. 297. 359.
— Weſtafrika 169. 170. 178.
Afrikander 4. 10. 12. 14. 16. 55. 131. 136. 236. 262.
— Merriman, Führer der 262.
Afrikanderbond, Hofmeyer, Führer des 56.
Alabama Prozeß 71. 442.
Alaska (N. W. Amerika) 70. 71. 253. 368.

Digitized by Google

Albanien 58. 138. 140. 145. 146. 149. 159. 282. 292. 297. 298. 299. 311. 313. 323. 331.
Albert, König von Sachsen 249.
Alexander der Große 366.
Alexander I., Kaiser von Rußland 165.
Alexander II., Kaiser von Rußland 67. 163. 174. 204. 304. 307. 337. 339. 403. 412.
Alexander III., Kaiser von Rußland 28. 163. 164. 174. 188. 202. 204. 206. 304. 307. 323. 404.
Alexander, Fürst von Bulgarien 27. 174.
Alexander, König von Serbien 116. 356. 394. 436.
Alexandra Feodorowna, ruff. Kaiserin 414.
Alexandrette, Hafen von (Kleinasien) 39.
Alexandria (Ägypten) 297. 343.
Alfons XIII., König von Spanien 200. 208.
Algier 28. 185. 206. 348. 391.
Allahabad (am Ganges) 104.
Allart, Nihilistin 142.
Alldeutsche 120. 157. 380.
Allianz, franko-slavische 94. 95. 96.
— englisch-franz. 199. 350.
— engl.-franz.-russ. 38. 114. 115.
— englisch-japan. 90. 140. 239.
— englisch-russ. 241. 398.
— europäische 6. 370.
— ostasiatische 153.
— russ.-französ. 8. 49. 57. 75. 95 96. 118. 123. 124. 125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
Almodovar, span. Minister d. Auswärtigen 388.
„Altpolnische Revue" 18.
Amajuba-Hügel, Nordspitze von Natal 131.
Amerika 8. 46. 50. 51. 52. 53. 54. 59. 60. 69. 70. 71. 72. 73. 92. 94. 97. 140. 146. 147. 171. 179. 187. 199. 250. 257. 272. 273. 289. 318. 319. 320. 321. 322. 328. 329. 348. 361. 367. 368. 369. 370. 371. 384. 396. 401. 407. 409.
— Konflikt, kubanisch-amerik. 71.
— Kongreß, panamerikanischer 1.
— Krieg, span.-amerik. 50. 51. 53. 54. 59. 67. 69. 70. 72. 96. 324.
— Mittelamerika 397.
Amerika Südamerik. Staaten 9. 361. 396. 397. 420. 421. 426.
— Syndikat, englisch-amerik. 178.
— Verein. Staaten 8. 39. 40. 44. 49. 51. 52. 53. 54. 59. 70. 71. 72. 83. 94. 97. 114. 187. 200. 209. 221. 222. 226. 250. 253. 271. 272. 273. 284. 310. 319. 328. 329. 353. 360. 361. 368. 369. 372. 375. 384. 395. 396. 406. 415. 422. 426. 435.
Amselfeld (Altserbien) 311.
Amsterdam „Telegraf" 154.
Amur 30. 33. 35. 83. 92.
Anam (franz. Hinterindien) 346.
Anatolische Eisenbahn-Ges. 30. 39.
André, franz. Kriegsminister 172 205. 226. 237. 245. 255. 270. 310.
Angra Pequena (Namaland) 132.
Antillen kl. 71.
Arabien 44. 59. 139. 226. 292. 376. 416.
Archangelsk, Gouvern. N. O. Rußland 143.
Argentinien 1. 9. 220. 301.
Argus, Londoner Korresp. der Nowoje Wremja. 114. 172. 173. 174. 241. 266. 419. 420. 421. konf. Tatischtschew.
Armenien 140. 282. 283. 316. 378. 411.
Arnone, italien. Admiral 363.
Aschabad (Persien) 152.
— Aschabad—Mesched Eisenbahn 336.
Asien 8. 22. 92. 203. 299. 308. 321. 348. 354. 377. 385. 401. 414. 439. 440.
— Hinterasien 335.
— Kleinasien 45. 246. 282. 322. 323. 397.
— Mittelasien 216. 440.
— Ostasien 1. 38. 75. 82. 84. 97. 104. 107. 123. 124. 146. 149. 177. 206. 216. 222. 226. 228. 264. 296. 329. 357. 432. 440.
— — Allianz, ostasiat. 153.
— Südasien 186. 226.
— Vorderasien 47.
Asmar (Afghanistan) 103.
„Associated Preß" 52.
Athen 399. 429.
Äthiopische Eisenbahn-Ges. 48.
Athos (Kloster) Halbinsel Hagion Oros 265.
Atlantischer Ozean 70. 348.
Atschinow, Kosak 440.
Attika 430.

Digitized by Google

Auſtin, engliſcher Hofpoet 443.
Auſtralien 6. 41. 103. 129. 130. 196. 216. 248. 252. 253. 258. 333. 345. 371.
— Föderation, auſtr. 371.
Aynard, franz. Abgeordneter 185.

B.

Bachmetjew, ruſſ. Geſandter in Sofia 168. 432.
Baden 179.
— Großherzog von 179. 335.
Bagdad 39. 44. 139.
Bagdadbahn 30. 39. 45. 246. 322. 421. 422. 433.
Bahama-Inſeln (Mexican. Golf) 71.
Balfour, engl. Miniſterpräſident 39. 55. 129. 229. 275. 283—85. 287. 292. 309. 318. 382—84. 443.
Balkanſlaven 197. 393.
Balkanſtaaten 8. 70. 95. 107. 115. 144. 145. 148. 159. 165. 166. 169. 176. 197. 198. 246. 282. 297. 309. 313. 317. 322. 324. 338. 339. 378. 379. 380. 393. 394. 423. 424. 428. 429. 431. 440.
Balſchanow, Nihiliſt 150. 161.
Balten 288. 411.
Baltiſche Küſte 354.
Baltiſches Meer 18. 214. 355.
Baltiſche Provinzen 165. 317. 411.
Bangkok (Siam) 330.
Ban Righ, venez. Kaperſchiff 395. 396.
Barcelona 10. 69. 81. 220.
Bardoux, Jacques, Journaliſt 199.
Barran, M. P. 309.
Barrère, franz. Botſchafter in Rom 10. 16. 28. 49. 80. 264. 315. 415.
Barton, auſtral. Miniſterpräſident 253.
Baſra (Schat el Arab) 39. 139.
Baſuto (öſtl. v. Natal) 283.
Bayern 179.
Beau, Paul, Gouv. v. Indo-China 296.
„Befreiung" 280. 403. 410.
Behringsmeer 72.
Belgien 2. 140. 150. 156. 161. 169. 189. 341. 389. 416.
— Leopold II., König 382. 389.
— Königin, Tod der 320.
Belgrad 356. 428. 431. 439.
Beludſchiſtan 152.
Bender Abbas (Straße von Hormus) 139.
Beneſuebi, afgh. Stamm 397.
Beni Merwan, marokkaniſcher Stamm 376.
Berbera (Somalikküſte) 397.
Berchem, Graf 118—120. 288—291.
Beresford, Lord Charles, M. P. 267.
Berlin 18. 40. 44. 135. 138. 150. 240. 274. 310. 331. 342. 349. 351. 353. 365. 393. 399. 411. 420.
— Kongreß 284. 397. 428. 442.
— Kongo-Vertrag 170.
— Traktat 45. 207. 265. 298. 337. 338.
Bermudas-Inſeln, engl. Inſelfeſtung öſtlich von Waſhington 70. 224.
Berthelot, franz. Staatsmann 206.
Beſikabai (Kleinaſien) 397.
Betſchuana-Land (weſtl. v. Transvaal) 131—133. 252.
Bialyſtock (Gouv. Grodno) 188.
Bielczewski, Erzb. v. Lemberg 217.
Bigelow, Poultney, amerikaniſcher Journaliſt 46.
Bigham, M. P. 128.
Biredjik (Kleinaſien) 39.
Birma, Ober- (engl. Hinterindien) 47. 125. 296. 336.
Birmingham 20. 324.
„Birſhewyja Wjedomoſti" 90.
Bismarck, Otto v. 85. 118. 119. 122. 148. 204. 285. 290. 325. 335. 336. 365. 420. 428.
Bitolja, Vilajet (Makedonien) 356.
Blagoweſchtſchensk (Amurgebiet) 32. 33. 35. 36.
Blaine, Staatsſekretär d. Ver. St. 368.
Blake, M. P. 128.
Blanco, ſpan. Marſchall 54.
Blaubuch, engl. 269.
Blennerhaſſet, Sir Rowland. Publiziſt 76. 153. 227. 240. 266. 325. 326.
Blowitz, Oppert aus, Pariſer Korreſpond. der Times 19. 21. 32.
Bogdi-Chan (Kaiſer von China) 24. 25.
Bogoduchow (Gouvern. Charkow) 142.
Bogoljubow, ruſſ. Miſſionar 142.
Böhmiſche Frage 325.
Bombay 139. 397.
Bond 261—263. 327. 416.
Bond Sir Robert, Miniſter v. Newfoundland 368.
Boninnière, La, de Beaumont, franzöſ. Admiral 95.

Digitized by Google

Bonnechose, Kardinal 183.
Boriſſow, Gouv. Minsk 188.
Bosnien 140. 198.
Bosporus 115. 323.
Boſtröm, ſchwed. Miniſter 258.
Botha, General 12. 16. 154. 220. 221. 229. 230. 231. 232. 236. 237. 260. 284. 310. 331. 332. 394.
Boulanger, General 127. 128. 171. 183. 238. 270.
Bourgeois, franz. Staatsmann 215. 220. 226. 238.
Bowen, Geſandter d. Vereinigten Staaten in Venezuela 395. 409. 428.
Bowles, Gibſon, M. P. 267—269.
Braſilien 288. 369. 371. 422.
Braunſchweig 179. 180. 363—367. 419.
— Wilhelm, Herzog 365.
— Landes Rechts-Partei 364.
— Volkskalender, altbraunſchweigiſch-welfiſche Partei 363—365.
Brebner, Burendelegierter 232.
Bremen 20.
Breſt 203.
Briſſon, franz. Staatsmann 185. 198. 215.
Brock, T., Bildhauer 61.
Broderer Company 176.
Brodrick, engl. Kriegsminiſter 98. 100—103. 176. 310. 327. 373.
Brown, Chef der koreaniſchen Zollämter 432.
Brüggen, Ernſt von der, Baron 321. 402. 405.
Brünn, Handelskammer 362.
Brüſſel, 55. 87. 150. 170. 282.
Bryan, amerik. Politiker 407.
Bryce, James, M. P. 267.
Bu Hamara, Prätendent in Marokko 438. 439.
Bujuk-Dere (am Bosporus) 342.
Bukareſt 28, 174. 359. 360.
Bulawayo, Südafrika 133.
„Bulgaria" 340.
Bulgarien 27. 70. 116. 118. 126. 140. 145. 146. 159. 160. 166. 167. 168. 169. 176. 239. 246. 247. 265. 282. 285. 292. 298. 300. 310. 311. 323. 337—341. 356. 372. 377—379. 388. 394. 399—401. 424. 425. 428. 431. 432. 436. 439.
— Anordnung des Unterrichtsminiſters Kantſchew 59.
— Beziehungen, bulgariſch-türkiſche 266.
— Fürſt Alexander 27. 174.
Bulgarien Henriette Marie, Fürſtin 310.
— Joſeph, Exarch 160. 167.
— Komitee, Bulgariſches 380.
— Sineſius, Metropolit 159. 160. 167.
Bülow, Graf von, Reichskanzler 20. 42. 43. 87. 96. 97. 118. 140. 148—150. 160. 227. 243.
Bulwer, engl. Geſandter in Waſhington, Clayton-Bulwer Vertrag 5.
Buren 4. 5. 10. 11—16. 28. 39. 45. 46. 50. 55. 56. 61—63. 85. 86. 90. 104. 117. 119. 125. 131. 135. 136. 150. 154. 155. 169. 172. 177. 178. 185. 186. 187. 193. 195. 200. 206. 208. 215. 216. 220. 221. 223. 224. 229—237. 260. 261. 263. 268. 283. 284. 285. 319. 326. 327. 331. 332. 342. 350—352. 358. 359. 373. 384. 394. 416. 429. 443.
— Pro Boers 61.
Burenrepubliken 136. 156.
Burgher, Schalk, ſtellv. Präſid. von Transvaal 118. 138. 154. 229—232. 236. 237.

C.

Cabo-del-agua (Marokko) 391.
Calchas, Pſeudonym eines in der Fortnightly Review ſchreibenden Ruſſen 241.
Calcutta, ſ. Kalkutta.
Cambodja (franz. Hinterindien) 335.
Cambon, frz. Botſchafter in London 57.
Campbell Bannerman, Führer der engl. Oppoſition 63. 64. 84—86. 98. 101. 102. 128. 129. 308. 443.
Canada, ſiehe Kanada.
Canterbury 318.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 132. 420.
Caracas (Venezuela) 394. 395. 409.
Carlos, Don, ſpan. Thronprätendent 200.
Carlyle, Thomas 86.
Carnarvon, Lord, engl. Kolonialſekretär 131.
Carnot, Präſident d. franz. Republik 389.
Caſtro, venez. Präſident 395. 415. 419. 426. 428. 435. 436. 442.
Catalonien 87.
Catinatt, franz. Kreuzer 139.
Cavour, Camillo 180. 325.
Ceylon 224.
Chabarowka, Mündung des Uſſuri, Eiſenbahnſtat. 33–35.

Digitized by Google

Chaffee, amerik. General 272.
Chamberlain, John, Kolonialstaatssekretär 5. 12. 13. 16. 20. 28. 38. 42. 43. 55. 64. 97. 104. 128. 129. 134. 135. 136. 191. 192. 196. 216. 225. 233. 234. 247. 251—54. 261. 266. 269. 283. 292. 308. 309. 334. 358. 371. 374. 382—84. 390. 394. 416. 436. 443.
Chantabun (Siam) 296. 335.
Charkow, Gouv., Kleinrußland 142. 310.
Chartered Company 131. 133. 134. 224.
Chavarinas-Inseln, Marokkanische Küste 391.
Chérabame, Pamphletist 94. 241. 315. 316. 317.
Chesapeake-Bai 70.
Chicago 87.
Chile 1. 9. 220. 301.
China 6. 9. 10. 18. 20. 21. 22. 24—28. 30—33. 35. 36. 40. 47. 50. 69. 74. 75. 82. 84. 87. 88. 91. 92. 101. 105. 123. 124. 146. 151. 178. 190. 241. 267. 272. 291. 292. 294. 295. 310. 320. 329. 330. 331. 346—48. 357. 375. 385. 415. 432. 434.
— Bank, russ.-chines. 24. 83. 84.
— Bogdi Chan, russische Bezeichnung des Kaisers v. China 24. 25.
— Boxerbewegung 18. 20—26. 30. 32. 267. 346.
— Boxer Ikhetuan 22. 23. 25. 26.
— Bündnis, russ.-chines. 75.
— Eisenbahn 89.
— Indo-Chine (franz. Hinterindien) 158. 296.
— Juanschikai, Vizekönig von Tschili 40. 283. 291. 294.
— Kaiserin-Witwe Tsu-tsi 22. 23.
— Krieg, japan.-chines. 95.
— Nanning, Hafenplatz 105.
— Nordchina 347.
— Ost-chines. 24. 89.
— Südchina 125. 147. 190
— Su-Juan Tschun, Marschall 105.
— Taiping-Aufstand 294.
— Tibetanische 320.
— Vertrag, russ.-chines. 321.
— Wan-Wen-Shao, Bevollm. 87.
— Wirren 1. 3. 20. 47. 90
Chitrowo, russ. Diplomat 28.
Chodinskifeld (in Moskau) 163. 188.
Chuntschun (Mandschurei) 33.
Cibiel, Mad. de franz. Legitimistin 300.
Cisleithanien 288.
Civita Vecchia 414.
Clayton-Bulwer Vertrag 5.
Cleveland, Präsident der V. St. 71.
Columbien siehe Kolumbien.
Combes, franz. Ministerpräsident 229. 237. 38. 245. 255. 270. 284. 292. 310. 315. 16. 342. 350.
„Commercial advertiser" 396.
Common wealth 6. 253.
Constans, franz. Staatsmann 309.
Constantinopel, siehe Konstantinopel.
„Contemporary Review" 153.
Corinth 328.
„Correspondenz, polit." 386.
Corsica, siehe Korsika.
Cortes, spanische 417.
Costa, ital. Sozialist 80.
Cowes (Insel Wight) 275.
Cranborne, Lord, Unterstaatssekretär 43. 44. 46. 51. 52. 59. 73. 74. 83. 91. 268. 358.
Crawford-Humbert 191. 435.
Creagh, engl. Admiral 84.
Creta, siehe Kreta.
Crête à Pierrot, Piratenschiff 310. 329.
Cripps, Mr., M. P. 128.
Cromer, Lord 336. 337.
Cuba, siehe Kuba.
Cumberland, Herzog von 365. 419.
Curzon, Lord, Vizekönig v. Indien 336. 337.
Czartoryski, Fürst Adam 1. 17.
Czechen, siehe Tschechen.

D.

„Daily Mail" 387.
Dalai Lama 18. 25. 26.
Dalni (russ. Ostasien) 89. 124.
Dänemark 122. 214.
— Friedrich Kronprinz von Dänemark 353. 371.
— Inseln. Dänisch-westind. 40. 200. 353. 369. 370.
— Reichstag 358.
Danew, bulg. Minister 118. 126. 146. 167. 176. 189. 239. 338.
Dardanellen 323. 343. 344. 397.
Dauffet, Pariser Stadtrat 94.
De Beer, Diamantencompagnie 130.
Dedeagatsch (Rumelien) 265.
Dedekind, Welfe, Landesgerichtspräsident in Braunschweig 179.
Delarey, General 78. 98. 108. 154. 177. 220. 221. 229. 231. 284. 310. 331. 332.

Digitized by Google

Delbrück, Rud. von, Präsident des Reichskanzleramts 335.
Delcassé, franz. Minister des Ausw. 28. 46—49. 57. 58. 117. 148. 172. 204—206. 213. 215. 226. 237. 238. 269. 296. 314. 316. 317. 344—348. 350. 386. 387. 391. 392. 412. 427.
Delhi 397.
Delyannis, griechischer Ministerpräsident 417. 429. 430. 431.
Demidow, russ. Großindustrieller 188.
Deschamps, Philipp, Publizist 270. 271.
Deschanel, franz. Kammerpräsident 158. 185. 215. 226.
Deutsche Bank 39. 246.
Deutschland 4. 17. 18. 20. 22. 38. 40—46. 50—54. 59. 60. 73. 76. 96. 97. 100. 102. 107. 108. 114. 115. 118 -123. 128. 132. 138. 140. 141. 144. 145. 148. 149. 153. 156. 169. 170. 172. 173. 178—180. 184. 185. 190. 191. 204. 206. 207. 217. 218. 220. 222. 223. 228. 240. 241. 243. 244. 245. 247. 250. 253. 256. 264. 267. 268. 269. 271. 273. 282. 285—291. 294. 309. 311. 314. 315. 322—326. 332—335. 345. 347. 348. 350. 351. 353—355. 359. 360. 362. 363. 370—374. 376. 379. 384. 390. 395. 398. 401. 406. 409—412. 415. 416. 420—422. 426. 427. 433—435. 442. 443.
— Abkommen, Deutsch-englisches 43.
— Annäherung, Deutsch-franz.-russ. 348. 420.
— Beziehungen, Englisch-deutsche 324. 372.
— Handelsvertrag, deutsch-italien. 149.
— Kolonialkongreß, Deutscher 331.
— Kolonien 2.
— Konflikt, Deutsch-engl. 206. 422.
— Ostmark 257.
— Reichsanzeiger 69. 73.
— Reichstag. Zolltarif 419.
— Ultimatum an Venezuela 419.
Devonshire, Herzog von 192.
Dewet, General 1. 154. 220. 221. 231. 332. 235. 310. 331. 332. 350.
Diebitsch, Feldmarschall 166.
Djibuti (Rotes Meer) 296.
Djibuti, Eisenbahn, Djibuti—Harrar—Addis-Abeba 296.
Dilke, Sir Charles, M. P. 267.
Disraeli, Benjamin, 191.
Dochturow, russ. General 311.
Donaufürstentümer 165.
Dorpat 112. 398. 411.
Dostojewski, Fedor, Romanschriftsteller 111.
Doumer, franz. Staatsmann 158. 159. 172. 185. 199. 215. 296. 392.
Downing Street (Straße des Ausw. Amtes in London) 53.
Draga, Königin von Serbien 439.
Dragomirow, russ. General 311.
Dreibund 8. 16. 28. 40. 53. 148—150. 196. 197. 201. 216. 228. 258. 264—267. 269. 285. 292. 349. 415.
Dresden 441.
Dreyfus, Alfred 43.
Droysen, Gustav 176.
Drumond 185.
Dublin 264.
Dufferin, Lord, Vizekönig von Indien 336.
Dünkirchen 49. 215.
Dunne, amerik. Schriftsteller 274.
Durban (Natal) 129. 195. 436. 443.
Durnowo, Chef d. russ. Polizei 181.
Dworzowaja Ploschtschadj, Schloßplatz, an dem das Ausw. Amt in Petersburg liegt 57.

E.

„Echo de Paris" 204.
„Eclair" 406.
Eduard VII., König v. England 41. 63. 103. 155. 177. 216. 224. 232. 233. 235. 237. 249. 258. 263. 275. 384. 310. 353. 417.
Elisabeth, Kaiserin v. Österreich 389.
Elsaß-Lothringen 121. 191. 271. 314.
Elster, Vorsitzender der braunschw. Rechtspartei 365.
England, (s. a. Großbritanien) 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 22. 28. 38. 39. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 69. 70. 71. 72. 73. 75. 76. 77. 81. 83. 84. 85. 86. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 96. 97. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 107. 108. 115. 118. 119. 120. 121. 123. 125. 126. 129. 130. 131. 132. 133. 135. 136. 139. 140. 146. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 169. 170. 177. 178. 179. 185. 186. 187. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 199. 201. 204. 205. 206. 208. 209. 210. 215. 216. 217.

Digitized by Google

220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 229. 230. 231. 232. 233. 235. 236. 237. 240. 241. 247. 248. 249. 250. 252. 253. 254. 255. 258. 259. 260. 263. 264. 266. 267. 268. 269. 272. 275. 278. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 294. 295. 296. 297. 308. 309. 310. 317. 318. 319. 320. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 357. 358. 359. 360. 368. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 390. 391. 392. 394. 396. 397. 398. 401. 406. 409. 413. 414. 415. 416. 419. 420. 421. 426. 427. 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435. 439. 440. 442. 443. 444.

England, Abkommen, deutsch-engl. 43.
— Allianz, engl.-franz. 199. 350.
— — engl.-franz.-russisch. 38. 114. 115.
— — engl.-japan. 90. 140. 239.
— — engl.-russ. 241. 398.
— Armee 13.
— Beziehungen, englisch-deutsche 324. 372.
— — englisch-franz. 387.
— — englisch-italien. 297. 376.
— Blaubuch 269.
— Bündnis, japan.-engl. 69. 74. 75. 77. 90. 104. 105. 123. 150. 151. 206. 226. 239. 295. 432.
— Differenzen, französisch-engl. 320.
— Education bill. 317. 318. 334. 371. 382. 383. 409. 416. 417.
— Eisenbahn 135.
— Kolonien 2. 41. 101. 103. 194. 195. 196. 226. 252. 258. 259. 261. 283. 333. 375. 383. 384. 414. 416.
— Konflikt, deutsch-engl. 206. 422. russ.-engl. 241.
— Konvention, engl.-franz. 330.
— Ministerium 10.
— Syndikat, amerikanisch-engl. 178.
— Verhandlungen, russ.-engl. 371.
— Vertrag, japan.-engl. 73. 76. 81. 90. 91. 92. 97. 150. 153.
Ermeland 218.
Esten 411.
Etienne, franz. Abgeordneter 47.
Europa 6. 8. 11. 44. 54. 59. 70. 92. 96. 120. 121. 124. 154. 172. 206. 214. 247. 265. 266. 273. 281. 284. 285. 295. 297. 298. 309. 312. 314. 321. 324. 341. 344. 349. 351. 368. 370. 372. 378. 379. 380. 385. 389. 390. 395. 400. 413. 414. 419. 420. 421. 426. 428. 429. 438. 439.
— Allianz, europ. 6. 370.
„Evening Post" 60.

F.

Fairfield, Mr., Mitglied des engl. Kolonialsekretariats 134.
Falloux, royalistischer Schriftsteller 183.
Fantom, engl. Korvette 394.
Faschoda (oberer Nil, nördlich von der Mündung des Sobat) 84. 146. 201. 333. 346. 347.
Faure, Felix, Präsident der franz. Republik 202.
Ferdinand von Coburg, Fürst von Bulgarien 146. 167. 229. 239. 246. 247. 265. 313. 338. 339. 340. 388. 401. 439.
Ferry, Jules, franz. Minister des Auswärtigen 201. 336.
Fez, Marokko 391. 435. 438.
Fidus, bonapartistischer Schriftsteller 183.
„Figaro" 202. 210. 227. 239. 361.
Filipinos 272.
Finland 107. 161. 164. 165. 175. 240. 316. 317. 321. 411.
Firmilian, Bischof von Kesarea 145. 146. 159. 166. 167. 176. 189. 229. 247. 265. 292.
Fleury, General, franz. Botschafter in Petersburg 317.
„Fortnighter Review" 140. 241. 330.
François, franz. Diplomat 347.
Frankfurter Friede 270.
„Frankfurter Zeitung" 289.
Frankreich 3. 6. 16. 19. 21. 22. 28. 38. 39. 40. 43. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 54. 57. 58. 71. 75. 79. 81. 84. 95. 96. 97. 105. 108. 111. 114. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 125. 126. 147. 148. 149. 150. 152. 156. 158. 159. 161. 165. 170. 171. 172. 173. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 189. 191. 195. 196. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 220. 221. 222. 226. 227. 229. 237. 238. 241. 245. 246. 250. 255. 264. 266. 267. 269. 270. 271. 275. 277. 278. 281. 282. 283. 285. 289. 292. 293. 296. 297. 300.

Digitized by Google

309. 314. 315. 316. 317. 318. 321. 325. 327. 330. 331. 333. 335. 336. 341. 342. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 354. 359. 360. 369. 370. 371. 373. 374. 377. 380. 381. 382. 384. 385. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 395. 398. 400. 401. 402. 403. 406. 412. 421. 422. 427. 429. 432. 434. 435. 437. 438. 439. 444.
Frankreich, Allianz, engl.-franz. 199. 350.
— — engl.-franz.-ruſſiſch 38. 114. 115.
— — franco-ſlaviſch 94. 95. 96.
— — ruſſiſch-franz. 8. 49. 57. 75. 95. 96. 118. 123—125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
— Annäherung, deutſch-franz.-ruſſiſche 348. 420.
— Beziehungen, engliſch-franz. 387.
— — franz.-italieniſche 6. 10. 16. 44. 45. 48. 80. 116. 269. 315.
— Differenzen, franzöſiſch-engl. 320.
— Eiſenbahn, franz.-abeſſ. 296.
— Flotte 391.
— Gegenſätze, franz.-ruſſ. 359.
— Guinea, franz. 370.
— Handelsvertrag, franz.-egyptiſcher 399.
— Kamerun 3. 20. 50. 125. 127.
— Kolonien 2. 57. 386.
— Konvention, engl.-franz. 330.
— Mittelmeerflotte 387.
— Verſtändigung, ital.-franz. 10.
— Vertrag, franz.-ſiameſ. 335. 386. 392. 412.
Franz Ferdinand, Erzherzog 59.
Franz Joſeph, Kaiſer von Oeſterreich 350. 441.
Franziskaner (deutſche) 275.
Freihandelſyſtem 367.
„Fremdenblatt“ 16. 17.
French, engl. General 310.
Freycinet, franz. Staatsmann 202.
Friedenskongreß, Haager 1.
Friedrich Auguſt, Kronprinz von Sachſen 441.
Friedrich der Große 268. 366.
Friedrich, Kronprinz von Dänemark 353.
Friedrich Wilhelm I. 241.
Fritſch, ſtellvertr. Stadthaupt in Petersburg 409.
Fuad Paſcha, türk. Staatsmann 115.
Fulham (in England) 284.

G.

Galizien 16. 17. 157. 158. 217. 218. 243. 244. 294. 355. 393.
— Landtag 1. 17.
Gambetta, Léon 359.
Garfield, Präſident der Vereinigten Staaten 278.
Gazelle 20. 310.
„Gazeta Narodowa“, Organ des Statthalters von Galizien 353.
Gazireh (am Perſiſchen Golf) 39.
Genf 279.
Georg V., König von Hannover 364.
Georges, ſchwed. Politiker 214.
Gibraltar 348. 397.
Gigen Khutuktu, chineſiſcher Beamter 25.
Giolitti, ital. Miniſter des Innern 80.
„Giornale d'Italia“ 148.
Giuſſo, ital. Miniſter der öffentl. Arbeiten 80.
Gladſtone, William Ewart 84. 191. 334. 382.
„Globe“ 397.
Gogol, ruſſ. Romandichter 109.
Goldfields Comp. 133.
Goluchowski, Graf, öſterreichiſcher Miniſter des Auswärtigen 191. 196. 197.
Good Hope, engl. Dampfer 394.
Gordon, General 131. 192. 247.
Gorki, Maxim, ruſſ. Schriftſteller 111.
Gotti, Kardinal 294.
Grab, heiliges 207.
Graham, Prim-Miniſter der Kapkolonie 251. 252.
„Graſhdanin“ 144. 278. 279. 304. 404.
„Graudenzer Zeitung“ 217. 218.
Grévy, Präſident d. franz. Republik 159. 203.
Grey, Sir Edward, M. P. 324.
Griechenland 145. 165. 166. 167. 221. 265. 292. 298. 343. 359. 401. 417. 428. 429. 431.
— Friede, griechiſch-türkiſcher 429.
— Nikolaus, Prinz 240.
Grimm, ruſſ. Obriſt 240.
Gringmut, ruſſ. Journaliſt 279. 304.
Grippenberg, ruſſ. General 311.
Griqualand, Weſt, nördlich der Kapkolonie 132.
— Oſt, nördlich der Kapkolonie 252.
Großbritannien (ſ. a. England) 51. 52. 192. 206. 254. 325. 395. 419.

Digitized by Google

Grote, Ruff. Agent in China 24. 25.
Guatemala (Mittelamerika) 191.
Guayara, La (Venezuela, Guaira) 1. 310.
Guinea, franz. 370.
Guſtav Adolf 366.
Guyana, britiſch 71.

H.

Haag 187.
— Friedenskongreß 1.
— Schiedsgericht 442.
Habib Ullah, Khan, Emir v. Afghaniſtan 139. 358. 397.
Hada-Mollah, Prieſter 104. 444.
Haggard, Mr., engl. Geſandter in Venezuela 395.
Hainan (Inſel der Provinz Kanton) 296.
Haiti 191. 284. 329. 369.
— Markomannia, Dampfer 329.
Halifax, Lord, Präſident der Church Union 318.
Halju, Mörder Stambulows 353.
Hamburg-Amerika-Linie 178. 329.
Handelsvertrag, deutſch-italieniſcher 149.
— New-Foundland (Reziprozitätsſyſtem) 368. 370. 372. 375.
Hankau (am Jantſe) 357.
Hannover 363. 365. 366. 367.
„Hannoverſcher Kurier" 57.
Hanotaux, franz. Staatsmann 344. 345. 346. 347. 348. 350.
Harcourt. Sir William M. P. 128.
Harmel, Mr., Führer der chriſtlich-demokratiſchen Vereinigung 184.
Harrar (Abeſſinien) Eiſenbahn, Djibuti-Harrar-Addis-Abeba 296.
Haſſan Paſcha, türkiſcher Marineminiſter 116.
Hawaii, (Sandwichinſeln) 348.
Hay, Staatsſekretär der Vereinigten Staaten 310. 319. 328.
Hay-Pauncefote-Vertrag 272. 370.
Hayaſhi, japan. Geſandter in London 73.
Hébrard, Adrien, franz. Politiker 437.
Hebriden, die Neuen 48. 57.
Hehn, Viktor 271.
Heilige Stätten 360.
Heiliges Grab 207.
Heinrich der Löwe 365.
Heinrich, Prinz von Preußen 39. 51. 69. 78. 87. 94. 98. 108. 191.
St. Helena 224.
Helene Wladimirowna, ruſſ. Großfürſtin 240.
Henderſon, Mr., Sprecher des Kongreſſes in Waſhington 367.
Henriette Marie, Fürſtin v. Bulgarien 310.
Herat (Afghaniſtan) 206. 397. 413. 414.
Herrera, Ob. Komm. der kolumb. Aufſtändiſchen 396.
Herzog, Burendelegierter zu den Friedensverh. 231. 232.
Herzegowina 140. 198. 274. 428.
Herzen, Alex., ruſſiſcher Reformpolitiker 403.
Heyden, Graf, ruſſ. Staatsmann 141.
Hicks-Beach, Sir Michael, Schatzkanzler 128. 253.
Him, Sir A., Prim-Miniſter v. Natal 251.
Hobhouſe, Miß 63.
Hodeida, Hafen am Roten Meer 376.
Hoff, Sergant 271.
Hofmeyer, Führer des „Afrikanderbond" 56.
Hohentwiel 366.
Hohenzollern 120.
— Schiff 275.
Holland (ſ. a. Niederlande) 5. 39. 50. 56. 122. 130. 132. 154. 181. 191. 221. 251. 261. 262. 288. 327. 443.
— Wilhelmine, Königin 181. 190. 191.
Holleben, von, Botſchafter in Waſhington 53.
Holmſtroem, Wladimir, ruſſiſcher Journaliſt 44. 45. 121. 123. 198.
Homerule 63. 64. 85. 86. 250. 334. 382.
Honan (China) 357.
Honduras 71.
Hübner, Prof. 176.
Hugo, Viktor, Zentennarfeier 94.
Humbert, König von Italien 389.
— franz. Hochſtapler 428. 435.
— -Crawford 191. 435.
Hunkiar Skeleſſi, Vertrag 342. 343. 344.
Hupei, Provinz am mittleren Jantſe 105.
Huß, Joh. 79. 244.
Hyaina, marokkaniſcher Stamm 438.

J.

Jablonowo, Groß- (Gouvern. Kurſk) 142.

Digitized by Google

Jackson, M. P. 309.
Jacobs, Delegierter von Transvaal 154.
Jacobson, Dragoman des russ. Konsulats in Rustschuk 28.
Jamaika 71.
Jameson (Einfall) 56. 127. 128. 129. 130. 131. 133. 134. 136. 224. 263.
Jangtsekiang 97. 294. 357.
Jangtse-Vertrag 434.
Jangtsetal 3. 295.
Janina (Albanien) 299.
Japan 9. 25. 74. 75. 77. 83. 88. 89. 90. 91. 95. 115. 124. 146. 151 153. 190. 196. 206. 239. 268. 295. 330. 432. 436.
— Allianz, engl.-japan. 90. 140. 239.
— Bündnis, japan.-engl. 69. 74 75. 90. 104. 105. 123. 150. 157. 206. 226. 239. 295. 432.
— Krieg, japan.-chines. 95.
— Vertrag, engl.-japan. 73. 76. 81. 90. 91. 92. 97. 150. 153.
Jaroslaw, russ. Gouvernement zu beiden Seiten der oberen Wolga 188.
Jassy, Hauptstadt der Moldau 360.
Jaurès, franz. Sozialist 245. 270. 314. 316.
Ibrahim, Pascha, ägypt. Feldherr 342. 343.
Jekaterinoslaw, Gouvernement in Neurußland (Dnjepr — Asowsches Meer) 188.
Jelisawetpol (Kaukasus, Gouvern. Tiflis) 188.
Jena 314.
Jeropkin, russ. Nationalökonom 301. 302.
Jerusalem 207. 275.
Jezd (Persien) 152.
Ignatjew, General N. P. 311. 337. 338. 339. 340. 341. 356. 378.
Ikhetuan (Boxer) 22. 23. 25. 26.
„Imperial Review" 415.
Indien 92. 101. 103. 104. 125. 296. 336. 337. 375. 397. 412. 413. 414. 444.
— dänisch-westindische Inseln 40. 200. 353. 369. 370.
— Hinterindien 335. 336. 345.
— „Times of India" 139.
— Westindien 70. 72. 200. 368. 391.
Indo-Chine 158. 296.
Joachim III., Patriarch 167.
Joan von Kronstadt, Priester, Wundertäter 398.
Johannesburg 133. 134. 235.
Joseph, bulgar. Exarch 160. 167.
— österr. Erzherzog 300.
Josephine, Kaiserin v. Frankreich 199.
„Journal of Commerce" 60.
„— des débats" 39. 126. 182. 207. 239. 247. 392. 439.
„— de dix ans par Fidus" 183.
„— de St-Pétersbourg 386. 388. 392.
Irenbund (United-Irish-League) 264. 318.
Irkutsk 33. 322.
Irland 62. 63. 64. 85. 86. 99. 104. 161. 177. 191. 192. 225. 243. 249. 250. 264. 283. 309. 318. 417.
— Krisis, irische 334.
— Zwangsbill, irische 382.
Issa, Räuber 312.
Isthmus (Kanal) 5.
Italien 6. 7. 16. 22. 29. 48. 49. 50. 54. 57. 58. 78. 79. 80. 81. 87. 116. 122. 126. 140. 148. 150. 156. 157. 171. 184. 189. 191. 207. 216. 226. 264. 267. 297. 309. 314. 315. 345. 349. 370. 375. 376. 377. 387. 389. 395. 398. 399. 401. 412. 414. 415. 419. 426. 428. 434. 440.
— Beziehungen, engl.-italien. 297. 376.
— — franz.-italienische 6. 10. 16. 44. 45. 48. 50. 116. 269. 314.
— Differenz, italienisch-schweizerische 294.
— Handelsvertrag, deutsch-italien. 149.
— Humbert, König 389.
— Parlament 59.
— Verständigung, ital.-französ. 10.
— Viktor Emanuel II. 80.
— Viktor Emanuel III. 79. 87. 274. 275. 282. 292. 297. 310.
Ito, Marquis, japan. Staatsmann 206.
Juanschikai, chines. Staatsmann 40. 283. 291. 294.
Jungtürken 140.
Jurjew (Dorpat) 112. 398. 411.
Jussow, russ. Fabrikbesitzer. 188.
Iwano-Wosnessensk, russ. Fabrikstadt. 188.

K.

Kabul (Afghanistan) 413.
Kabylen 389.
— Riffkabylen 391.

Digitized by Google

Kaffern 11. 12. 13. 14. 15. 16. 45. 56. 125. 195. 215. 292. 320. 327. 416.
Kairo 132. 416.
— Kap—Kairo-Bahn 135. 178.
Kalkutta 397.
Kamball, engl. Agent an den Küsten des perſiſchen Golfes 139.
Kanada 41. 70. 99. 103. 196. 216. 221. 247. 248. 252. 253. 258. 327. 328. 333. 368. 370. 371.
Kanſu, nordweſtlichſte Provinz des eigentl. China 428.
Kanton 22. 23.
— Taotai, chineſiſcher Stadtbeamter 22.
Kantſchew, bulgariſcher Unterrichtsminiſter 59.
Kapholländer 56.
Kapkolonie 155. 234. 235. 251. 371. 443.
Kapland 10. 11. 12. 14. 16. 55. 103. 133. 215. 220. 234. 236. 251. 252. 260. 261. 262. 263. 269. 292. 374.
Kapparlament 263, 310.
Kaprebellen 177.
Kapſtadt 56. 127. 132. 134. 251. 443.
„Kaptimes“ 55.
Karibiſches Meer 70. 369.
Karl I., König von Portugal 382.
Karl, König von Rumänien 372. 388. 431.
Karl XII., König von Schweden 366.
Kaſchan (Perſien) 152.
Kaſchmir 413.
Kaſtriota, Alardo, Albaniſcher Prätendent 299.
Kaſwin (Perſien) 151.
Katalonien 69.
Katharina II., ruſſ. Kaiſerin 202.
Katkow, Michail Nikiforowitſch, ruſſ. Publiziſt 305.
Kaukaſus 151. 162. 282. 413.
Khedive 258.
Kiachta (Transbaikalien) 26.
Kiautſchu 3. 92. 206. 267.
— Eiſenbahn, Kiautſchu—Niutſchwang 321.
Kiew 93. 411.
Kimberley (Griqualand) 127.
Kipling, Rudyard 443
Kirchhoff, Prof. 176.
Kirman (Perſien) 152. 336.
Kiſchm (am perſ. Golf) 139.
Kiſſelew, ruſſ. General und Diplomat 342.
Kiſſingen 118.
Kitchener, Lord, General 12. 13. 14. 16. 129. 150. 154. 169. 195. 208. 220. 229. 230. 231. 232. 234. 235. 237. 275. 319. 345. 397. 413.
„Kladderadatſch“ 290. 291.
Kleigels, Petersburger Polizeimeiſter 410.
Kleinaſien 45. 246. 282. 322. 323. 397.
Klerksdorp (Transvaal) 78. 229.
Klingenberg, Gouverneur von Wladimir 143.
Klofac, Tſcheche 229. 243. 244. 245.
Klondyke (Alaska) 5. 72.
Kloſter Athos 265.
Knox, Kronanwalt 273.
Koburgſche Dynaſtie in Bulgarien 247.
„Kölniſche Zeitung“ 20.
„Kolokol“, Organ Herzens 279. 403.
Kolonial-Konferenz 292.
Kolonialkongreß, deutſcher 331.
Kolonien ſiehe bei den betr. Staaten.
Kolumbien 272. 310. 328. 369. 396.
— Herrera, Oberkommand. der Aufſtändiſchen 396.
Kongoſtaat 2. 131. 169. 170. 178. 189.
— Konferenz 2.
— Vertrag, Berliner 170.
Kongregationen 400.
Kongreß, Berliner 284. 397. 428. 442.
— deutſcher Kolonial- 331.
— Haager Friedens- 1.
— panamerikaniſcher 1.
— Slaven-C., Prag 168.
Konieh (Kleinaſien) 39. 342.
Konſtantinopel 116. 145. 166. 167. 246. 258. 265. 297. 311. 312. 321. 342. 349. 359. 360. 377. 421. 423. 424.
— Konferenz 338.
Koogts, Delegierter v. Transvaal 154.
Kopenhagen 199. 210. 214. 414.
Koran 299.
Korat (Siam) 330.
Körber, öſterr. Miniſterpräſident 6. 81. 229. 245. 331.
Korea 74. 75. 123. 124. 125. 295. 320. 330. 432.
Korſika 315. 387. 398.
Koſſowa, ſiehe Amſelfeld 299.
— Vilajet 356.
Koſſuthfeier 310.
Koweit (perſ. Golf) 39. 139.
Krakau 240. 355.
Kramarz, Dr., Tſcheche 196. 241. 325.
Kreta 70. 345. 397. 428.
„Kreuzzeitung“ 217. 289.

Digitized by Google

Krieg, siebenjähr. 268.
Krieghammer, von, Rücktritt des österr.-ung. Kriegsministers 428.
Krimkrieg 166. 223.
Krogh, Delegierter für Transvaal 282.
Kronprinz Wilhelm, Schiff 69.
Kronstadt 202. 211.
— Joan von Kronstadt, Priester 398.
Kroonstadt (Transvaal) 118.
Krüger, P., Präsident von Transvaal 5. 10. 16. 44. 56. 61. 131. 154. 155. 206. 229. 237.
Kruizinger, General 138.
Kwangsi, Provinz nördlich von franz. Indien 105. 296.
Kweilin, Vertragshafen in Kwangsi 105.
Ku, russ. Bankbeamter 22. 23. 24.
Kuang-Tschau, franz. Pachthafen in Südchina 346. 347.
Kuang-Tung, Provinz östlich von Kwangsi 296.
Kuba, Konflikt, kubanisch-amerik. 71.
Kuli 416.
Kumani, Kontreadmiral 342.
Kurie 284.
Kurland 162. 411.
Kuropatkin, General, Kriegsminister 310. 380.
Kursk, Gouvernement im Centrum 142. 310.
— Eisenbahn Moskau—Kursk 188.
Kuschk (russ. Turkestan) 127. 206.
Kutschuk Said, Großvezir 246.
Kuyper, niederländ. Premierminister 39. 55. 63.

L.

La Boninnière de Beaumont, französ. Admiral 95.
Labouchère, M. P. 128.
La Guayara (in Venezuela, Guaira) 1. 310.
Lama 22.
Lambsdorff, Graf, russ. Minister des Auswärtigen 27. 75. 82. 145. 339. 377. 410. 428. 431. 432. 436. 439.
Langensalza 366.
Lansdowne, Marquis of brit. Minister des Auswärtigen 39. 73. 297. 443.
Laristan, Süd- (S.W.-Persien) 139.
Laurier, Sir Wilfried, Ministerpräsident von Kanada 247. 252. 368. 371.
Lawrence, engl. Kreuzer 139.
Ledochowski, Kardinal 284. 300.
Leeds (Kent) 309.
Leipzig 278. 279. 321. 402.
Leliwa, Graf, polnischer Schriftsteller 243.
Lemaitre, Jules, französ. Politiker 172. 266. 392.
Lemberg 30, 217. 220. 240. 353. 355.
— „Gazeta Narodowa", Lemberger Volkszeitung 353.
Lena 141.
Leo XIII., Papst 53. 78. 79. 87. 183. 206. 217. 218. 300.
Leonard, Mitverschworener des Jamesons 134.
Leonow, K., bulgarischer Publizist 28.
Leopold II., König von Belgien 382. 389.
Leopold Ferdinand, Erzherzog 441.
Leroy-Beaulieu, Paul, Nationalökonom 57.
Leroy-Labourdie, französ. Major 310.
Letten 411.
Leyds, Staatssekretär v. Transvaal 16. 154.
Leygues, französ. Politiker. 185.
L'Hassa (Tibet) 26.
Liaoho (China) 87. 88. 89. 331.
Liaotung (China) 5. 75. 87. 89. 124.
Libau 256. 257.
Liberia (Republik Westafrika) 226.
Liga, liberale 78.
Li-Hung-Tschang, Vizekönig von Petschili 18. 22. 23. 24. 25. 28. 31.
Likinzölle 294.
Linga (am pers. Golf) 139.
Liotard, französ. Forschungsreisender 345.
Litauen 106. 188. 218. 241.
Livadia (Krim) 118. 321. 324. 356. 357. 372. 388. 400. 404.
— Türkische Gesandtschaft in 363.
Livingstone, David 1.
Lobko, russ. Reichskontrolleur 410.
Lodz, russ. Polen 188.
London 12. 38. 43. 55. 56. 60. 73. 90. 127. 133. 134. 154. 172. 216. 226. 230. 233. 237. 240. 247. 251. 254. 259. 275. 292. 310. 326. 349. 353. 375. 385. 393. 397. 421.
Lopuchin, Dir. d. russ. Polizeidep. 409.
Lorando Tubini, franz. Gläubiger der Türkei 348. 377. 402.
Lorenz, Ottokar, Prof. 335.
Loris-Melikow, Graf 305. 306. 307. 308.

Digitized by Google

Loß, Walther, Prof. 288.
Loubet, Präsident der französ. Republik 168. 191. 198. 200. 202. 203. 210. 212. 213. 215. 226. 300. 316.
Louise Antoinette, Kronprinzessin von Sachsen 441.
„Lustige Blätter" 290.
Lyon 185.

M.

MacDonald, Sir Claude, engl. Gesandter in Tokio 73.
Maciu Moros, Philippenenstamm 321. 329.
MacKinley, Präsident der Verein. Staaten 53. 389.
MacMahon, Marschall 117.
Madagaskar 345. 359.
Mad Mullah 375.
Madrid 53. 54. 108. 428. 435.
Mafeking, (Betschuanaland) 133.
Magador, (Marokko) 348.
Mahdi 375.
Mahmud, Sultan 342.
Maimatschin (mongolisch-sibirische Grenzstadt) 22. 23. 27.
Maine, Schiff 53. 54.
Maintenon, Mme. de 199.
Makay, Sir James, engl. Staatsmann 295.
Makedonien 126. 138. 140. 145. 146. 159. 160. 167. 168. 189. 247. 265. 282. 297. 309. 311. 312. 313. 323. 339. 340. 341. 356. 371. 377. 378. 379. 380. 388. 399. 400. 401. 402. 412. 423. 424. 425. 431. 432. 436.
— Komitee, makedonisches 356. 379. 388. 401. 423. 425. 431.
— Michailow, Chef des maked. Komitees 431.
Malta 70.
Mandschurei 1. 5. 18. 20. 21. 24. 25. 26. 30. 32. 69. 74. 75. 76. 82. 83. 84. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 97. 105. 123. 124. 125. 146. 147. 151. 178. 295. 310. 321. 331. 347. 348. 357. 385. 386. 432.
— Eisenbahn, sibirisch-mandschurische 83. 89. 146. 308. 320. 357.
— — -vertrag 138. 146. 150. 178.
Manning, engl. Brigadegeneral 375.
Manresa, (Spanien) 81.
Marchand, L. (franz. Oberst) 84. 146. 159. 345. 346.
Maria Feodorowna, russ. Kaiserin-Witwe 414.
Maria Medici, ties Katharina M. Gemahlin Heinrich II. v. Frankreich 199.
Marienburger Rede 243.
Markewitsch, russ. Schriftsteller 305.
Markomannia, Deutscher Post-Dampfer 329.
Marokko 6. 40. 48. 57. 206. 216. 267. 345. 348. 349. 374. 388. 389. 390. 391. 392. 406. 427. 435. 436. 437. 439. 440.
— Abdul Aziz, Sultan 348. 389. 390. 427. 435. 436. 437. 438.
— Gesandtschaft marokkanische 390.
— Hyaina Stamm 438.
— Mustapha, Grenzstadt 391.
— Riate, Berberstamm 388. 391. 438.
Marschall v. Bieberstein, deutscher Botschafter in Konstantinopel 246.
Martignac, franz. Minister 202.
Martinique, Westindien 181. 199. 208.
Maskat (Arabien) 39. 333.
Masovien 218.
Matabele (Kaffernstamm) 127. 135.
„Matin" 20. 21. 95. 96. 185.
Matos, venez. General 396. 435. 442.
Maxse, Herausgeber der „National Review" 241. 266. 324.
Medici, Katharina 199.
Meer, Rotes 296. 376.
— Schwarzes 354. 355.
Mehmed Ali, Pascha von Ägypten 343.
Mekuessa (Marokko) 437. 438.
Mekong (Hinterindien) 336. 346.
Méline, franz. Staatsmann 147. 185.
Meridianbahn, afrikanische 135.
Merriman, Mr., Führer d. Afrikander im Kap-Parlament 262.
Meschhed (Persien) 152.
Meschtscherski, Fürst, Journalist 67. 278. 279. 304. 307. 404.
„Meschweret" (jungtürkisches Blatt) 140.
Meteor, Kaiseryacht 78.
Methuen, Lord, General 98. 105. 108. 117.
Mexiko 368.
— Golf von 70.
Meyendorff, russ. General 311.
Meyer, Lucas, Burenführer 154. 232.
Michaileano, bulgar. Prof. 388.
Michailow, Alexander, Nihilist 163.
— Chef des maked. Komitees 431.
Midia (Yemen) 363. 376.
Miljutin, Graf, Kriegsminister 307.

Digitized by Google

Millerand, franzöſ. Staatsmann, Sozialiſt 147. 158. 172. 185. 198. 204.
Milner, Lord, High Kommiſſioner für Südafrika 150. 195. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 292. 443.
Miribel, franz. General 204.
Mirko, Fürſt von Montenegro 116.
Miſſiſſippi 328.
Mitrowitza (Alt-Serbien) 312.
Mitteleuropa 121. 122. 173. 196. 285.
Mittelmeer 48. 81. 148. 177. 216. 226. 267. 297. 314. 397.
— -flotte, franz. 387.
Mitylene 44. 45. 48. 58. 96. 125. 184. 210. 348. 349. 350. 377.
Mommſen, Theodor 176.
Monaſtir (Makedonien) 299. 311.
Mönche, griechiſche 275.
Mönchs- und Nonnenorden 359.
Mongolei 18. 22. 25. 26. 32. 36.
— Tuſhket Khan 25. 26.
Monroe-Doktrin 8. 71. 369. 396. 422. 426.
Monſa, Si Ahmed Ben, marokkaniſcher Kämmerer 437.
Montenegro 70. 116. 146. 292. 297. 299.
— Mirko, Fürſt 116.
— Nadeſhda Konſtantinowitz, Braut des Thronfolgers 116.
Mont Pélée (Martinique) 181. 275.
Montreal (Kanada) 247.
Morgan, Pierpoint 361. 407.
Moriſſon, Dr., China-Korreſpondent der „Times“ 241.
Morley, John, M. P. 192.
Moſer, Joh. Jacob 366.
Moskau 33. 93. 110. 111. 112. 143. 146. 153. 159. 162. 163. 168. 169. 212. 264. 304. 322. 323. 392. 398. 404. 409. 411. 425. 442.
— Eiſenbahn Moskau-Kurſk 188.
„Moskowskija Wjedomoſti“ 144. 279. 304.
Moſul (El-Djeſire am Tigris) 39.
Mudug (Somaliland) 375.
Mulai Haſſan, Vater des Sultans von Marokko 437.
— Mohamed, Bruder des Sultans von Marokko 437. 438.
Münchener „Allgemeine Zeitung“ 118. 179. 279. 352. 383.
— „Neueſte Nachrichten“ 288.
Mun, Graf de, franz. Monarchiſt 300.
Münſter, Graf, Botſchafter in Paris 136.
Murawjew, Graf, Flügeladjutant 342. 343.
— Graf, Juſtizminiſter 410.
Muſtapha, Grenzſtadt in Oſt-Marokko 391.

N.

Naband (perſ. Golf) 139.
Nabokow, ruſſ. Juſtizminiſter 306.
Nachod (Böhmen) 365.
Nadeſhda Konſtantinowitz, Braut des montenegriniſchen Thronfolgers 116.
Nakib 139.
Namu (Siam) 346.
Nancy, Biſchof Turinaz 183.
Nangking 321.
Nanning, chineſiſcher Hafenplatz 105.
Napoleon I., 212. 223.
— III., 58. 183. 208. 317.
Narva 420.
Natal 129. 133. 234. 236. 251. 252. 283. 373. 443.
„National Review“ 94. 153. 227. 240. 241. 324. 326. 388. 398. 421.
„Nationalzeitung“ 372.
Negus von Abeſſynien 440.
Neu-Caledonien 48.
„Neue Freie Preſſe“ 16. 167. 431.
Neue Hebriden 48. 57.
Neufundland (New-Foundland) 48. 57. 252. 368.
— Handelsvertrag (Reziprozitätsſyſtem) 368. 370. 372. 375.
Neuſeeland 103. 216. 225. 247. 252. 254. 258. 375.
— Seddon, Premierminiſter 254.
New-York 31. 39. 46. 52. 78. 98. 322. 328. 395. 396. 407.
„New-York Times“ 60.
Niederlande (ſ. auch Holland) 56. 61. 155. 156.
Njeſhinſches Inſtitut 176.
„Niet“ (Pſeudonym) Journaliſt 203.
Nihiliſtin, Allart 142.
Nihiliſtenprozeß 164.
Nihiliſtenverſchwörung 204.
Nikolaus I., Kaiſer v. Rußland 162. 403.
— II., Kaiſer v. Rußland 26. 49. 65. 75. 82. 83. 145. 164. 165. 175. 189. 202. 204. 206. 207. 278. 279. 280. 301. 310 311. 321. 324. 343. 357. 400. 404. 405. 414. 415. 432.

Digitized by Google

Nikolaus, Prinz von Griechenland 240.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 310. 311. 312. 321. 323. 337. 342.
Nil 296. 345. 346.
„Nineteenth Century" 153.
Nisch (Serbien) 436. 439.
Nishnij-Nowgorod 143.
Niutschwang (Golf v. Petschili) 83. 87. 88. 89. 151.
— Eisenbahn, Kiautschu—Niutschwang 321.
— — Niutschwang — Schanghaikwan 87. 88. 89. 190. 320.
Nizza 315.
Nonnenorden, Mönchs- und N.-O. im Orient 359.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 16. 17. 60. 78. 331.
Norman, M. P. 43. 44. 51. 114.
Norwegen 122.
„Nowoje Wremja" 37. 38. 67. 87. 88. 103. 104. 114. 115. 123. 157. 162. 168. 172. 186. 197. 198. 241. 243. 245. 246. 278. 309. 311. 312. 313. 321. 322. 323. 339. 359. 377. 386. 387. 394. 397. 399. 412. 413. 419. 432. 433. 434.
Nowosselsk, Gouv. Grodno 143.
„Nowosti" 90. 377. 379.
„Nowy Krai" 87.
Nyassaland 416.

O.

Obolenski, Fürst, Geh.R. d. russisch. Finanzmin. 181.
— Fürst, Gouverneur v. Charkow 310.
Ocean, atlantischer 70. 348.
O'Connel, irischer Staatsmann 62.
Odessa 112. 139. 344. 409.
Offene Tür-Prinzip 3. 147. 326. 329. 389. 406.
Oldenburg, Prinz von 307.
Olivier, Burenführer 220. 232.
Olney, Staatssekretär d. Ver. Staaten Amerika 71.
Omar Zarhuni-Bu Hamara 437. 439.
Orange 154. 220. 230. 232. 233. 252. 263. 292. 363. 384. 390.
Oranje-Freistaat, Steijn, Präsident 138. 154. 220. 229. 230. 231. 232. 235. 275. 284.
Orechowo-Subowo 188.
Orel 256.
Orient 44. 48. 58. 79. 83. 115. 125. 145. 150. 151. 174. 184. 186. 207. 239. 245. 265. 282. 294. 297. 300. 309. 311. 318. 322. 345. 349. 359. 360. 377. 398. 400. 420. 421. 424. 431. 437. 440.
Orient europäischer 398.
— frage, oriental. 69. 70. 95. 145. 175. 285. 377. 400.
— Krieg, oriental. 400. 401.
— Krisis, orientalische 6. 22. 31. 105. 150.
— Politik 36. 58. 91. 125. 166. 173. 342. 347. 371. 377.
— Türkischer 354.
Orinoko 394. 395. 396.
Orleans, Herzogin 300.
Orlow, Graf 343.
Ormuz 139.
Österreich-Ungarn 6. 7. 22. 29. 44. 52. 53. 54. 79. 95. 120. 122. 140. 159. 166. 197. 198. 209. 217. 220. 229. 244. 245. 249. 288. 297. 323. 342. 354. 355. 356. 371. 380. 388. 394. 401. 412. 420. 424. 431. 440.
— Abkommen, russ.-öst. 145. 148. 197.
— Elisabeth, Kaiserin 389.
— Franz Joseph, Kaiser 350, 441.
— Reichsrat 361.
— Sprachen, deutsch-tschechisch. Konflikt 331.
— Verständigung, öst.-russ. 425.
Ostmark 257.
Ostrumelien 265.
Ostseeprovinzen, russische 175.
Ottawa (Kanada) 247.
Ottoman. Bank 39.
— Regierg. siehe Türkei.
Oxford 130.

P.

Palästina 360.
Panama 30. 238. 258. 369. 370. 396.
Panpolonismus 157. 158.
Panslavismus 157. 285. 289. 353. 354.
Panther 310. 329.
Papst Leo XIII. 53. 78. 79. 87. 183. 206. 217. 218. 300.
Paris 7. 18. 19. 21. 30. 32. 57. 87. 108. 115. 172. 173. 174. 176. 183. 185. 189. 204. 240. 270. 296. 300. 330. 333. 350. 371. 386. 393. 422. 435.
— Seehandlungen 54.
Parnell, M. P. 62.
Paschitsch, serbischer Minister 140.

Digitized by Google

Paskewitsch, Fürst, Feldmarschall 162.
Pathos, Insel (Westindien) 395.
Pauncefote, engl. Botschafter in Washington 72. 73. 210.
— -Hay Vertrag 272. 370.
Pechin, franz. Sozialist 158.
Peking 10. 18. 20. 23. 26. 31. 91. 294. 295. 310. 347. 357. 434.
— Eisenbahn, Peking-Tientsin 178. 190.
— Gesandtenmord 347.
Pelletan, frz. Marinemin. 238. 310. 314. 315. 387.
Pennsylvanien 328. 331. 341. 361. 407.
Pentschab 413.
Périer, Casimir, ehem. Präs. d. franz. Republik 108. 111. 159. 185.
Pershing, engl. Oberst 321. 329.
Persien 5. 38. 39. 43. 44. 75. 92. 118. 125. 139. 151. 152. 216. 226. 287. 296. 322. 336. 385. 414. 432.
— Süd-P. Eisenbahn 392.
Peshawar, britisch Indien N.W. 413.
Pest 181. 191. 196. 197. 240.
Petersburg 6. 26. 30. 31. 38. 57. 59. 79. 91. 105. 107. 110. 111. 112. 117. 144. 146. 150. 153. 159. 168. 186. 188. 198. 202. 210. 211. 212. 213. 227. 239. 244. 246. 264. 273. 275. 282. 292. 305. 309. 316. 322. 354. 379. 392 397. 398. 404. 409. 410. 411. 422. 423. 425. 429. 442.
— „Wjiedomosti" 22. 31. 36. 37. 44. 109. 116. 121. 123. 138. 141. 144. 167. 198. 211. 214. 228. 243. 298. 337. 339. 340. 355. 377. 378. 379. 413.
— „Zeitung, Petersburger" 304.
Petschili 89. 97. 294.
Pforte siehe Türkei.
Philipp II. von Spanien 82. 221.
Philippinen, Kommission 272.
— Filipinos 272.
— Krieg 46. 54. 187. 209. 284. 329. 348. 368.
— Macin Moros 321. 329.
Pichon, frz. Ges. in Peking 347.
St-Pierre (Westindien) 199.
„Pilot" 42.
„Pioneer Mail" 104.
Piou, franz. Monarchist 300.
Piraeus 429.
Pittsburgh Pennsylvanien 273.
Pius IX. 78. 183.
Plehwe, russ. Min. d. Inn. 161. 164. 175. 220. 227. 403. 404. 409. 410. 411.
Pobedonoszew, Oberprokureur des heil. Synod 65. 168. 207. 279. 305. 306. 307. 308. 404.
Podolien 218.
Poincaré, franz. Abgeord. 185.
Polen 16. 17. 18. 79. 85. 121. 140. 141. 157. 158. 165. 188. 196. 204. 206. 217. 218. 219. 220. 241. 242. 243. 244. 250. 285. 289. 353. 354. 355. 356. 370. 411.
— Frage 20. 29. 144. 217. 355.
— Panpolonismus 157. 158.
— polnisch, littauisch 106.
— polnisch, galizisch 17. 30.
— Reichstag 8.
— „Revue, altpolnische" 18.
Polenow, A. Journalist 138.
Poltawa 198. 420.
Pomeyrol, franz. Monarchist 300.
Pommern 17. 18. 218.
Port Arthur 31. 87. 89. 124. 267.
Portoriko 71.
Portugal 4. 131. 416.
— Karl I., König 382.
Posen 18. 85. 157. 158. 217. 218. 219. 240. 241. 250.
„Post" 406.
Potocki, Graf 217.
Prag 240. 293.
— Slaven-Kongreß 168.
Prätoria 11. 15. 118. 133. 150. 230. 231. 235. 260.
Preußen 1. 17. 18. 79. 86. 218. 219. 242. 243. 314. 317. 325. 353. 355. 356. 363. 365. 366. 411.
— Friedrich Wilhelm I. 241.
— Prinz Adalbert 335.
— Westpreußen 217. 218.
„Preußische Jahrbücher" 277.
Primrose-league 191. 192. 193.
Prinetti, ital. Minist. d. Ausw. 16. 80. 81. 127. 140. 149. 216.
Puschkin, Alexander S. 162.

Q.

Quai d'Orsay (Ausw. Amt in Paris, am) 21. 184.

R.

Radetzki, Sohn des russ. Generals 141. 311.

Digitized by Google

Radowitz, Gef., Madrid 53.
Radzig, ruff. Nationalökonom 278.
Rampolla, Kardinal, Staatsfekretär 98. 183. 184.
Rand (Transvaal) 131. 133. 134. 320.
Ras-Makonnen, abeffynifcher Fürft 296.
Reciprocitätsvertrag (Vereinigte Staaten) 370. 372. 375.
Recke, Karl von der, kurländ. Staatsmann 411.
Redmond, M. P. 268. 318.
Reilles, franz. Monarchift 300.
Reitz, Staatsfekretär von Transvaal 154. 232.
Rembrandt als Erzieher 287.
Remiremont (Dep. Vosges) 147.
Refcht, Eifenbahn, Refcht-Teheran 386.
— Nordperfien 152.
Reuter-Bureau 444.
Reval 301.
„Review of reviews" 367. 370.
„Revue, altpolnifche" 18.
— Hebdomadaire" 315.
— pol. et parlam." 344. 386.
Rheims 49.
Rhodes, Cecil 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 178. 263. 331.
—, F. W., Reverend 129.
—, Frank, Oberft 133.
Rhodefia 128. 131.
Rhone 300.
Rfäfan, ruff. Gouvern. im Zentrum an der Oka 301.
Riate, Berberftamm in Marokko 388. 391. 438.
Ribot, frz. Staatsmann 185.
Richelieu, Kardinal 58.
Richter, ruff. Nationalökonom 112. 113.
Richthofen, Freiherr v., Staatsfekr. Ausw. 119. 240.
Rimler, ungarifcher Politiker 226. 241.
Roberts, Lord, Feldmarfchall 129. 310.
Robinfon, Sir Herkules (Lord Rosmead) 134.
Rockefeller-Intereffen 407.
Rohrbach, Paul 277. 403. 405.
Rom 40. 79. 116. 184. 206. 207. 264. 318. 414.
Roofevelt, Präfident 8. 51. 71. 98. 271. 273. 274. 320. 328. 361. 367. 369. 408. 435. 436. 442.
— Miß Alice 78.
„Roffija 106.
Roftopchin, Graf, ruff. Staatsmann 212. 213.
Roftow am Don, Gouv. Jekaterinoslaw 409.
Rotes Meer 296. 376.
Rouvier, franz. Staatsmann 237. 238. 245, 246. 255. 275. 300. 309.
Rubino, Anarchift 389.
Rumänien 210. 294. 310. 318. 319. 328. 359. 360. 388. 399. 420. 431.
— Karl, König 372. 388. 431.
Rurik, erfter Warägerfürft 214.
„Rußkaja Myfl" 301.
„Rußkija Wjedomofti" 139.
Rußland 1. 5. 6. 7. 8. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 30. 32. 35. 36. 37. 38. 39. 44. 45. 47. 48. 54. 57. 58. 59. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 75. 76. 82. 83. 84. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 105. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 138. 141. 144. 145. 146. 147. 148. 150. 151. 152. 153. 157. 158. 159. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 173. 174. 175. 176. 178. 181. 182. 184. 185. 186. 188. 189. 196. 197. 198. 199. 200. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 217. 222. 227. 229. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 250. 256. 257. 264. 267. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 289. 295. 296. 297. 298. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 310. 311. 312. 313. 315. 316. 317. 319. 320. 321. 322. 323. 329. 330. 331. 333. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 347. 348. 349. 351. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 360. 376. 377. 378. 379. 380. 384. 385. 386. 387. 388. 392. 393. 394. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 431. 432. 433. 439. 440. 442.
— Abkommen, ruff.-öfterr. 145. 148. 197.
— Alexander I., Kaifer 165.
— — II., Kaifer 67. 163. 174. 204. 304. 307. 337. 339. 403. 412.
— — III., Kaifer 28. 163. 164. 174. 188. 202. 204. 206. 304. 307. 323. 404.

Digitized by Google

Rußland, Alexandra Feodorowna, Kaiserin 414.
— Allianz, engl.-franz.-russisch 38. 114. 115.
— — engl.-russ. 241. 398.
— — russisch-franz. 8. 49. 57. 75. 95. 96. 118. 123. 124. 125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
— Annäherung, deutsch-franz.-russ. 348. 420.
— Arbeiterversamml., russ. 409.
— Bank, russ.-chines. 24. 83. 84.
— Bündnis, russ.-chines. 75.
— — russ.-schwed. 214.
— Gegensätze, franz.-russ. 359.
— Katharina, Kaiserin 202.
— Kleinrußland 113. 241. 354.
— Konflikt, russ.-engl. 241.
— Krieg, russ.-türk. 168. 174. 428.
— Maria Feodorowna, Kaiserin-Witwe 414.
— Nicolaus I., Kaiser v. Rußland 162. 403.
— Nikolaus II., Kaiser von Rußland 26. 49. 65. 75. 82. 83. 145. 164. 165. 175. 189. 202. 204. 206. 207. 278. 279. 280. 301. 310. 311. 321. 324. 343. 357. 400. 404. 405. 414. 415. 432.
— Paul, Kaiser 161. 174. 202.
— Paulsgnade, Gut in Kurland 411.
— „Regierungsanzeiger" 422.
— — Ukas vom 6. Febr. 64.
— „Russki Archiv" 212.
— Semstwo 113. 142. 163. 164. 302. 406.
— Südrußland 257.
— Verhandlungen, russ.-engl. 371.
— Vertrag, russ.-chines. 321.
— Weißrußland 241.
Ruthenen 354. 355. 356.
Rutherfoord, Harris, Agent von Cecil Rhodes 133. 134.

S.

Sabler, GR. Gehilfe v. Pobedonoszew 410.
Sachsen 179.
— Albert, König 249.
— Friedrich August, Kronprinz 441.
Sadabrast-Khan, afghanischer General 103. 104.
Safi Sahib, Mullah, Nachfolger des Hadda Mullah 444.
Sagasta, span. Ministerpräsident 82. 108. 372. 388. 417.
Sahara 390.
Saigon, franz. Hinterindien 335.
Salisbury 5. 12. 13. 16. 38. 43. 51. 52. 53. 61. 63. 64. 71. 76. 82. 85. 98. 129. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 201. 216. 221. 225. 251. 267. 268. 269. 275. 283. 284. 287. 383.
Samoa 222. 360. 442.
Saenger, russ. Minister der Volksaufklärung 141. 175. 410. 411.
Sandringham, Grafsch. Norfolk 324.
San Martino, Ponza di, italienisch. Kriegsminister 171. 189.
Sansibar, Vertrag 133. 420.
San Stephano 174. 337. 339. 340. 341.
Saragossa 81.
Satow, Sir Edw., engl. Gesandter in Peking 190. 357.
Saunders, Berliner Times-Korresp. 240.
Schachowskoi, russ. Semstwovertreter 141.
Schanghaikwan (Golf von Liaotung), Eisenbahn Niutschwang 87. 88. 89. 190. 320.
Schah von Persien Mussafer ed Din 386.
Schansi, chines. Provinz östlich von Petschili 428.
Schantung, chines. Provinz südl. von Petschili 91. 97.
Schaumburg-Lippe, Wilhelm, Prinz 365.
Schech Tahir, arab. Häuptling 376. 377.
Scheeper, Burenführer 30. 45. 46.
Schimonoseki auf Nipon, Friede vom 17. April 1895: 95.
Schipkapaß (Balkan) 310. 311. 313. 323. 337. 341. 356. 378. 388.
Schlesien 17. 18. 218.
— Oesterr.-Schlesien 218.
— Preußisch-Schlesien 218.
Schnäbele-Affäre 238.
Schönerer, Führer der Alldeutschen in Wien 108. 120.
Schottland 249.
Schwarzes Meer 354. 355.
Schweden 9. 30. 107. 122. 214. 258.
— Bündnis, russ.-schwed. 214.
— Gustav Adolf, König 366.
— Karl XII., König 366.

Digitized by Google

Schweden, Oskar, König 360. 361.
Schweiz 150. 157. 158. 341.
— Differenz, ital.-schweizerische 294.
Sedan 314.
Seddon, Premierminister, Neuseeland 254.
Seine 300.
Seistan, Eisenbahn, persisch-afghanische Grenzprovinz 336.
Selburne, Lord, M. P. 134.
Semstwo siehe Rußland.
Serbien 70. 116. 118. 126. 140. 145. 146. 159. 167. 168. 169. 176. 282. 294. 297. 298. 299. 300. 311. 313. 331. 339. 342. 356. 378. 388. 394. 401. 424. 425.
— Alexander, König 116. 356. 394. 436.
— Altserbien 312. 313. 323.
— Draga, Königin 439.
— Ministerkrisis 382.
— Welimirowitsch, Min.-Präs. 342.
Setsen-Khan (Mongolei) 25.
Sevilla 81.
Seylor, Olivier, Pseudonym eines „Matin"-Korrespondenten 95. 96.
„Shamarok" 140.
Shanghai 31. 97. 294. 347. 372. 397. 415. 434.
Shanghaiwan, Golf von Liaotung 87. 89.
Shang-tsia-ku, chines. Telegraphenchef 23.
Shaw, Alb., Journalist 367. 369.
Shelobowski, russ. Protopresbyter 310.
Shetland 309.
Siam 48. 57. 186. 199. 203. 295. 296. 320. 321. 330. 335. 336. 348.
— Vertrag, franz.-siames. 335. 386. 392. 412.
Sibirien 22. 84. 124. 159. 162. 404. 433.
— Eisenbahn, sibirisch-mandschurische 83. 89. 146. 308. 320. 357.
Siebenbürgen 288.
Silvela, span. Minister 409. 417.
Sinesius, bulg. Metrop. 159. 160. 167.
Skandinavien 214.
Skobelew, General 204. 210. 337.
Skodra (Skutari, alban. Vilajet) 299.
Slaven 79. 95. 96. 122. 145. 165. 166. 168. 169. 206. 244. 265. 298. 311. 316. 323. 339. 404. 424. 425.
— Allianz, franco-slavisch 94. 95. 96.
— Balkanslaven 197. 393.
— Congreß, Prag 168.
Slavophilen 378.
Slowacki, poln. Dichter 157.
Smart, südafrik. Politiker 261. 292.
Smith, engl. General 187.
„Smolensker Zeitung" 36.
Smuts, Burendelegierter 231. 232.
Smyrna 343.
Sofia 28. 126. 168. 310. 311. 313. 340. 353. 380. 399. 431. 436. 439.
Sohar (pers. Golf) 39.
Sokol 94.
Solomon, Sir Richard 232.
Solun, Makedonien. Vilajet 356.
Somaliland, Ostafrika 375. 385. 397. 416.
— Mudug 375.
Spanien 7. 46. 51. 52. 53. 54. 70. 71. 72. 73. 79. 81. 82. 87. 122. 126. 141. 154. 156. 200. 208. 324. 372. 382. 388. 390. 391. 398. 417.
— König Alfons XIII. 200. 208.
— Krieg, span.-amerik. 50. 51. 53. 54. 59. 69. 70. 72. 96. 324.
— Philipp II., König v. Spanien 156.
Spiridonowitsch, serb. Agitator 168. 169.
Ssacharow, Chef des russ. Generalstabes 311.
Ssamara, Gouvern. untere Wolga 110. 144. 188.
„Ssamara-Zeitung" 139.
Ssarafow, Haupt des makedonischen Komitees 126. 145. 160. 176. 313. 431. 439.
Ssaratow, Gouvern. Wolgagebiet 80. 301.
Ssergejew, russ. Publizist 109. 110.
„Ssibirskaja Shisn" 109.
Ssinowjew, russ. Botsch. Konstantinopel 8. 167. 377.
Ssobolew, Gen.-Leutn. 311.
Ssuworin, Besitzer der „Nowoje Wremja" 246. 399.
Ssypjagin, russ. Minister d. Innern 161. 162. 280.
Stambulow, bulg. Ministerpräsident 247. 340. 353.
Stambulows Mörder Halju 353.
„Standard" 46. 86. 112. 120. 129. 133. 195. 256. 263. 265. 372. 394. 395. 396. 416.
Standard-oil-Interessen 407.
Stanley, Henry, Afrikareisender 1.
Stätten, heilige 360.
Steijn, Präsident der Oranje-Republik 138. 154. 220. 229. 230. 231. 232. 235. 275. 284.

Digitized by Google

Stiller Ozean 38. 54. 123. 124. 322. 391.
Stockholm 214.
Stoletow, ruſſ. General 311.
Stone, Miß 145. 160. 167.
Struve, Peter, Herausgeber der „Befreiung" 280. 403. 404. 410.
Stundiſten 205.
Sturdza, rumän. Min.-Präſ. 294.
Stuttgart 280. 403.
„Su" (ruſſ. Grenzkommiſſar Sulwoski) 22. 23. 24.
Südafrika 5. 10. 11. 13. 62. 76. 84. 86. 97. 99. 101. 104. 108. 120. 130. 132. 140. 153. 154. 155. 169. 176. 177. 186. 187. 195. 206. 208. 216. 223. 224. 225. 232. 233. 234. 235. 237. 251. 258. 260. 261. 263. 264. 267. 268. 283. 284. 292. 320. 327. 332. 334. 358. 374. 384. 390. 416. 420. 421. 443.
— Krieg 3. 4. 38. 55. 61. 62. 98. 100. 102. 104. 117. 135. 223. 251. 255. 307. 318. 333. 336. 350. 373. 374. 383. 414. 421. 429. 432.
Sudan 5. 102. 104. 192.
Su-Juan-Tſchun, chineſ. Marſchall 105.
Suleiman-Paſcha, türkiſcher General 311.
Surpriſe, engl. Kreuzer 81.
Sutſchau, Provinz Kanſu 294.
Swaine, engl. Oberſt 375.
„Swjet" 139. 409.
Syndikat, amerikaniſch-engl. 178.
Synod, heilige 79. 207. 244. 378.
Syrien 397.

T.

Tabago, Weſtindien 71.
Tabris, Perſien N.W. 151.
Taiping-Aufſtand 294.
Tanganyika-See 131. 135.
Tanger 186.
Taotai von Kanton 22.
Taragona, Katalonien, Arbeiterunruhen 81.
Tataren 411.
Tatiſchtſchew, ruſſiſcher Exdiplomat, Londoner „Argus"-Korreſpond. der Nowoje Wremja 114. 172. 173. 174. 241. 266. 419. 420. 421.
Tâza (Marokko) 388. 391. 435. 438.
Teheran, Perſien 152. 386.
— Eiſenbahn, Reſch-Teheran 386.
Teikowo, Gouv. Wladimir 188.
Telegraf, Amſterdamer 154.
Teller, Senator in Waſhington 46.
Temirjäſow, ruſſ. Bevollm. Berlin 141.
„Temps" 20. 21. 140. 149. 268. 270. 275. 276. 277. 314. 360. 373. 374. 375. 385. 387. 397. 412. 414. 415. 429. 437. 439.
Tetuan, Marokko, N. W. 389. 390. 391.
Theotokis, griech. Miniſter 430.
Theron, Präſ. d. Bond 327.
Theſeus, engl. Kreuzer 81.
Tianſhan-pe-lu (Mandſchurei) 25.
Tibet 125.
— Eiſenbahn 320.
Tientſin 97. 151. 267. 283. 291. 294. 310.
— Eiſenbahn, Peking—Tientſin 178. 190.
Tiflis 162.
Times, 10. 18. 19. 20. 21. 26. 30. 31. 32. 96. 104. 105. 228. 240. 241. 328. 357. 373. 422. 438. 439. 443.
— Moriſſon, Dr., China-Korreſpondent 241.
— Oppert aus Blowitz, Pariſer Korreſpondenz der Times 19. 21. 32.
Times of India 139.
Tirtoff, ruſſ. Admiral 95.
Tisza, Koloman, ungar. Staatsmann 118. 136. 137. 288.
Tokio 73.
Tolſtoi, Graf Leo 8. 93. 111.
— Pavel 432.
Tonkin 105. 125. 336. 345.
Toulon 48. 391. 398.
Tower, amerik. Botſch. Berlin 428.
Traktat, Berliner 45. 207. 265. 298. 337. 338.
Transvaal 56. 90. 114. 131. 132. 133. 134. 154. 206. 220. 227. 230. 232. 233. 252. 262. 263. 272. 292. 348. 358. 359. 363. 384. 390. 416.
— Krieg 319. 414. 417.
— Krüger, Präſident, P. 5. 10. 16. 44. 56. 61. 131. 154. 155. 206. 229. 237.
Treitſchke, H. v. 176.
Trepow, ruſſ. Gen.-Major 142.
Trieſt 69. 140.
— Arbeiterunruhen 81.
Trinidad 395. 396.
Triple-alliance ſiehe Dreibund.
Tripolis 6. 16. 28. 44. 45. 49. 50. 80. 81. 116. 148. 216. 297. 349.

Digitized by Google

Trust 328. 361. 367. 368. 407. 408.
Tschadsee 226. 345.
Tschechen 6. 79. 94. 121. 241. 361.
— Sprachenkonflikt, dtsch.-tschech. 331. 362.
Tscheng, chinesischer Kommissar 295.
Tschili (Petschili, Provinz) 178.
Tschitral (N.W. Indien) 413.
Tschun, Sühneprinz 20.
Tsu-tsi, Kais. Witwe v. China 22. 23.
Tula, russ. Gouvernem., Zentrum 409.
Tunis 348.
Turgeniew, Iwan Sfergejewitsch 380.
Turin, Arbeiterunruhen 78.
Turinaz, Bischof v. Nancy 183.
Türkei 6. 8. 16. 28. 44. 45. 50. 83. 115. 116. 122. 140. 141. 146. 159. 166. 167. 174. 207. 208. 245. 246. 265. 282. 292. 297. 299. 309. 311. 312. 313. 322. 323. 338. 339. 342. 343. 344. 355. 356. 376. 377. 378. 379. 399. 400. 401. 402. 420. 421. 423. 424. 425. 428. 431. 432.
— Beziehungen, bulgar.-türk. 266.
— Friede, griechisch-türkischer 429.
— Krieg, griechisch-türkischer 429.
— — russ.-türk. 168. 174. 428.
— Krisis, türk.-egypt. 344.
— Sultan Abdul-Hamid Khan 8. 39. 139. 167. 207. 246. 265. 297. 298. 311. 323. 337. 338. 401. 402. 412. 423. 424.
Turkestan 413.
Tuschket Khan (Mongolei) 25. 26.
Tweenfontein 1.

U.

Ubanghi, Nebenfluß des Kongo 345.
Uchtomski, Fürst, Journalist 18. 22. 23. 27. 28. 30. 31. 32. 36. 44. 65. 67. 106. 121. 158. 168. 355. 399. 409.
Uganda (NW. v. Viktoria Nyansa) 327. 416.
Ugandabahn 3.
Ugron, Gabriel, ungarischer Abgeordneter 226. 241. 266. 288.
Uitlander 133. 262. 320. 327. 416.
Ular-Uhlemann, Dr., Journalist 18. 19. 20. 21. 26. 27. 30. 31. 32.
„Ulk" 285. 290.
Ulster (Irland) 283.
Ungarn 6. 121. 241. 243. 249. 310.
— Kossuthfeier 310.
— Tisza, Koloman 118. 136. 137. 288.
Union Constitutional Club, Picadilly 61.
Unionisten, polit. Partei 62. 64.
Urga (Mandschurei) 22. 24. 26.
Üskük (Albanien) 145. 159. 166. 167. 229. 247. 265. 292.

V.

Vaillant, J., franz. Publizist 270. 271.
Valencia 81.
Vanderlip, ehem. Staatssekretär der V. St. 407.
Varna, bulg. Seehafen 310.
Vassos, griech. Oberst 428.
Vatikan 49. 184. 380. 381.
Velden, van (Burendelegierter) 154.
Veldt (südafrik. Ebene) 134.
Venedig 118. 127. 149.
Venezuela 20. 29. 44. 71. 328. 390. 394. 395. 396. 409. 415. 419. 422. 425. 426. 427. 428. 434. 435. 436. 442.
— Deutsches Ultimatum an Venezuela 419.
Vendome, Korrespond. der „Nowoje Wremja" 114.
Vereeniging, Friedensverhandl. zu 200. 208. 231. 235. 394.
Victoria, Königin v. England 4. 61.
Villa, ital. Politiker 80.
Villiers, G., Red. d. Figaro 227.
St. Vincent (Westindien) 208.
Vineta, deutsch. Kreuzer 1.
Virginische Inseln 71.
Volksgesundheit 37.
„Vorwärts" 380. 409.
„Vossische Zeitung" 20. 21.
„Vuporio Sanomat Supistus", finländ. Zeitg. 107.

W.

Wahabiten, Sekte in Arabien 292.
Wahl, Gouverneur v. Wilna 200. 227.
Waldeck-Rousseau, ehem. franz. Min.-Präs. 140. 147. 158. 172. 181. 182. 185. 198. 200. 201. 203. 205. 210. 213. 215. 237. 275. 282. 429.
Waldersee, Graf, Gen.-Feldm. 3.
Wales, Prinz von 6. 40. 41. 48.
Waller, amerik. General 187.
Wauhope, Lord, engl. General im Sudan 102.
Wannowski, russ. Kultusmin., vorher

Digitized by Google

Kriegsminister 93. 161. 164. 175. 176.
Wan-Wen-Shao, chin. Bevollm. 87.
Warjäg, russ. Kreuzer 39.
Warschau 176. 188. 354. 355.
Washington 46. 51. 52. 53. 54. 59. 60. 90. 210. 229. 395.
— Kongreß 258. 399. 418.
Wasmundt, russ. General 311.
Wason, M. P. 309.
Wattenbach, Professor 176.
Waziri, Volksstamm im N.N.-Himalaja 237. 375. 385.
Waziristan 104.
Webster, Sir Richard 128.
Weihaiwei, Hafen in Nord-Shantung 59. 76.
Welfen 364. 366. 367.
— Agitation 365. 366.
— Kongreß, braunschw. 367.
— Welfenlegion 367.
Welimirowitsch, serb. Min.-Präs. 342.
Wereschtschagin, russ. Maler 33. 35. 36.
Wesselitzki, Woshidarowitsch, Journalist 153. 227. 240. 266.
Wessels, Burendelegierter 155.
Westfäl. Friede 218.
Westmächte 24. 25. 58.
Westminster 128.
„Westnik-Jewropy" 33. 112.
Weyler, span. General 388.
Whates, Biograph Salisburys 51. 71. 72.
White, amer. Botsch. Berlin 273. 399.
Wjätka, russ. Gouvernem. N. von Kasan 143. 302.
Wien 7. 120. 150. 160. 197. 220. 256. 265. 393. 431. 439. 440. 441.
— Kongreß 218. 321.
— Wahlen 372.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 364.
— II., Deutscher Kaiser: 40. 135. 206. 243. 274. 275. 282. 301. 324. 326. 327. 331. 350. 372. 373. 374. 376. 390. 419. 420. 421. 422.
Wilhelm, Herzog v. Braunschweig 365.
Wilhelm der Eroberer 326.
— Prinz v. Schaumburg-Lippe 365.
Willemstad (Curaçao) 395. 396.
Wilna 105. 188. 200. 354.
Witte, russ. Finanzminister 67. 114. 145. 204. 205. 206. 220. 227. 277. 303. 308. 310. 320. 357. 371. 372. 386. 403. 404. 405. 410. 411.
Wladimir, Gouverneur v. 143
Wladiwostock, russ. Hafen am japan. Meer 124. 322. 354.
Wolff, Abg. d. österr. Reichsrat 20.
Wolga 113. 139. 143.
Wolhynien 218.
Wologda, Gouv. südlich v. Archangel 143.
Wolseley, Lord 108. 154.
„World" 46.
Wreschen, Prov. Posen 17.
Wu (Uchtomski) 22. 23.
Wyndham, M. P. 128.

Y.

Yemen, Arabien 397.
Yi, Großlama d. Burjäten 23. 26.
Yildiz-Kiosk, Residenzschloß des Sultans 312.
York, Graf, Oberst 414.
Yukon, Goldfelder (Alaska) 72.
Yün-Nan, nördlich von franz. Hinterindien 47. 296. 346. 347.

Z.

Zaimis, griech. Minist. 399. 429.
Zanzibar, Sultan 284. 291.
Zarskoje, Sselo, Residenzschloß bei Petersburg 305. 414.
Zeilah, engl. Territorium am Golf v. Aden 375.
„Zeit" 441. 442.
Zimmur, arab. Stamm 438.
Zionistenbewegung 282.
Zola, Emil 310. 330.
Zolltarif, Deutscher Reichstag 419.
„Zrkowen Westnik" 378.
Zululand 283.
Zweibund 197.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

This book should be re
the Library on or before the
stamped below.
A fine of five cents a day is
by retaining it beyond the
time.
Please return promptly.

DUE APR 1 1948

Digitized by Google

Digitized by Google

This book should be returne
the Library on or before the last
stamped below.
A fine of five cents a day is incurr
by retaining it beyond the specifi
time.
Please return promptly.

DUE APR 13'48

Digitized by Google

2044 086 026 606

Digitized by Google